Christopher Clark

DIE SCHLAFWANDLER

Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog



DVA


Europa 1914
NORWEGEN
SCHWEDEN
Nordsee
Ostsee
DÄNEMARK
GROSSBRITANNIEN UND IRLAND
RUSSLAND
NIEDER-LANDE
DEUTSCHES REICH
BELGIEN
LUXEMBURG
Atlantischer Ozean
FRANKREICH
SCHWEIZ
ÖSTERREICH-UNGARN
RUMÄNIEN
Schwarzes Meer
SERBIEN
BULGARIEN
MONTENEGRO
ITALIEN
PORTUGAL
SPANIEN
ALBANIEN
OSMANISCHES REICH
GRIECHENLAND
Mittelmeer
SPAN. MAROKKO
MAROKKO
ALGERIEN
TUNESIEN
Mittelmeer
LIBYEN
ÄGYPTEN

Christopher Clark

DIE SCHLAFWANDLER

Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog

Aus dem Englischen von

Norbert Juraschitz

Deutsche Verlags-Anstalt

Die Originalausgabe erschien 2012 unter dem Titel
The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914
bei Allen Lane, London.

1. Auflage

Redaktion: Heike Specht und Jan Schleusener
Karten: Peter Palm, Berlin
Typografie und Satz: DVA/Brigitte Müller
Gesetzt aus der Minion
ISBN 978-3-641-11877-8

www.dva.de

Für Josef und Alexander

INHALT

EINLEITUNG

Auf dem europäischen Kontinent herrschte Frieden an jenem Morgen des 28. Juni 1914, einem Sonntag, als Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau Sophie Chotek auf dem Bahnhof von Sarajevo ankamen. Nur 37 Tage später befand sich Europa im Krieg. Der Konflikt, der in jenem Sommer begann, mobilisierte 65 Millionen Soldaten, brachte drei Reiche zu Fall und forderte 20 Millionen militärische und zivile Todesopfer sowie 21 Millionen Verwundete. Die Gräuel des 20. Jahrhunderts in Europa gingen aus dieser Katastrophe hervor; es war, wie der amerikanische Historiker Fritz Stern es nannte, »die erste Katastrophe des 20. Jahrhunderts, der Große Krieg, aus der sich alle folgenden Katastrophen ergaben«.[1] Die Diskussion, warum es dazu kam, begann, noch ehe die ersten Schüsse fielen, und sie ist bis heute nicht beendet. Sie hat historische Literatur von einzigartiger Fülle, Differenziertheit und moralischer Intensität hervorgebracht. Für Theoretiker der internationalen Beziehungen sind die Ereignisse von 1914 immer noch die politische Krise *par excellence*, so verworren, dass sie unzähligen Hypothesen Raum geben.

Ein Historiker, der den Ursprung des Ersten Weltkriegs untersucht, stößt auf mehrere Probleme. Das naheliegendste Problem ist das Überangebot an Quellen. Jeder kriegführende Staat hat mehrbändige, offizielle Editionen der diplomatischen Akten herausgegeben, das umfassende Werk mühsamer, kollektiver Archivarbeit. Staatsmänner, Befehlshaber, Minister, hohe Regierungsvertreter, Adjutanten und Höflinge haben Tagebücher und Memoiren geschrieben, alles in allem Zehntausende von Seiten. In diesem Meer von Quellen gibt es tückische Strömungen. Die meisten offiziellen Quelleneditionen, die in der Zwischenkriegszeit erschienen sind, haben eine apologetische Tendenz. Die 57-bändige deutsche Publikation *Die Große Politik*, die 15889 Dokumente, geordnet nach 300 Themenfeldern, umfasst, wurde keineswegs aus rein wissenschaftlichem Interesse herausgegeben; man hoffte, die Offenlegung der Quellen vor dem Krieg werde ausreichen, um die

in den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags enthaltene These der »Kriegsschuld« zu widerlegen.[2] Auch für die französische Regierung war die Veröffentlichung der Dokumente ein Projekt von »im Grunde politischem Charakter«, wie Außenminister Jean Louis Barthou es im Mai 1934 ausdrückte. Es hatte zum Ziel, »ein Gegengewicht zu der Kampagne zu bilden, die Deutschland nach dem Vertrag von Versailles lancierte«.[3] In Wien setzte man sich, wie Ludwig Bittner, der Mitherausgeber der achtbändigen Sammlung *Österreich-Ungarns Außenpolitik*, im Jahr 1926 darlegte, zum Ziel, eine maßgebliche Quellenedition zusammenzustellen, ehe ein internationales Gremium (womöglich der Völkerbund?) die österreichische Regierung zur Veröffentlichung unter weniger günstigen Vorzeichen zwang.[4] Die frühen sowjetischen Quelleneditionen litten zum Teil unter dem Bestreben, den Nachweis zu erbringen, dass der Krieg vom autokratischen Zaren und seinem Bündnispartner, dem bürgerlichen Raymond Poincaré, initiiert worden sei. Die Sowjetregierung hoffte, auf diese Weise französischen Forderungen nach Rückzahlung der Vorkriegsdarlehen die rechtliche Grundlage zu entziehen.[5] Selbst in Großbritannien, wo die Edition *British Documents on the Origins of the War* unter hehren Appellen an die unparteiische akademische Lehre veröffentlicht wurde, war die erschienene Quellenedition nicht ganz frei von tendenziösen Auslassungen, die ein leicht unausgewogenes Bild von dem Platz Großbritanniens bei den Ereignissen unmittelbar vor Kriegsausbruch im Jahr 1914 ergeben.[6] Mit einem Wort, die großen europäischen Quelleneditionen waren, bei all ihrem unleugbaren Wert für die Forscher, Munition in einem »Weltkrieg der Dokumente«, wie der deutsche Militärhistoriker Bernhard Schwertfeger in einer kritischen Studie aus dem Jahr 1929 anmerkte.[7]

Die Memoiren der Staatsmänner, Befehlshaber und anderer Entscheidungsträger sind nicht weniger problematisch, so unverzichtbar sie auch für jeden sind, der die Ereignisse zu verstehen versucht, die sich im Vorfeld des Krieges abspielten. Einige sind ausgerechnet bei den brennenden Fragen enttäuschend zugeknöpft. Nehmen wir nur drei Beispiele: *Die Betrachtungen zum Weltkriege*, die der deutsche Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg 1919 veröffentlichte, sagen so gut wie nichts über seine

eigenen Handlungen oder die seiner Kollegen während der Julikrise 1914 aus; die politischen Memoiren des russischen Außenministers Sergej Sasonow sind oberflächlich, aufgebläht, hier und da verlogen und absolut nichtssagend im Hinblick auf seinen Anteil an den maßgeblichen Ereignissen; die zehnbändigen Memoiren des französischen Präsidenten Poincaré über seine Jahre an der Macht sind eher propagandistisch als erhellend – es bestehen eklatante Diskrepanzen zwischen seinen »Erinnerungen« an die Ereignisse während der Krise und den zeitgenössischen Notizen in seinem unveröffentlichten Tagebuch.[8] Die liebenswürdigen Memoiren des britischen Außenministers Sir Edward Grey sind lückenhaft in der heiklen Frage nach den Zusagen, die er den Ententemächten vor August 1914 gemacht hatte, und nach der Rolle, die diese beim Krisenmanagement gespielt hatten.[9]

Als der amerikanische Historiker Bernadotte Everly Schmitt von der University of Chicago Ende der 1920er Jahre mit Empfehlungsschreiben nach Europa reiste, um ehemalige Politiker zu interviewen, die an den Ereignissen beteiligt gewesen waren, war er schockiert über die augenscheinliche, völlige Immunität seiner Gesprächspartner gegen jeden Selbstzweifel. (Die einzige Ausnahme war Grey, der »spontan anmerkte«, dass er einen taktischen Fehler begangen hatte, als er versuchte, in der Julikrise mittels der Berliner Regierung mit Wien zu verhandeln, dabei war die erwähnte Fehleinschätzung von untergeordneter Bedeutung und der Kommentar entsprach eher einer typisch englischen Selbstkasteiung als einem echten Eingeständnis einer Mitverantwortung.)[10] Einige hatten auch Probleme mit dem Gedächtnis. Schmitt spürte Peter Bark auf, den ehemaligen russischen Finanzminister, der inzwischen als Banker in London tätig war. Im Jahr 1914 hatte Bark an Sitzungen teilgenommen, bei denen Entscheidungen von enormer Tragweite getroffen wurden. Aber als Schmitt sich mit ihm traf, blieb Bark hartnäckig dabei, dass er »kaum eine Erinnerung an Ereignisse aus jener Ära habe«.[11] Zum Glück sind die eigenen Notizen des Ministers aus jener Zeit aufschlussreicher. Als der Forscher Luciano Magrini im Herbst 1937 nach Belgrad fuhr, um jeden Überlebenden zu interviewen, der nach dem damaligen Wissensstand in irgendeiner Form mit der

Verschwörung von Sarajevo in Verbindung stand, stellte er fest, dass manche Zeugen zu Angelegenheiten Aussagen machten, von denen sie eigentlich nichts wissen konnten, andere hingegen »stumm blieben oder eine falsche Darstellung von dem, was sie wissen, lieferten« und wieder andere »ihre eigenen Aussagen noch ausschmückten oder in erster Linie an Selbstrechtfertigung interessiert waren«.[12]

Überdies bestehen immer noch beträchtliche Wissenslücken. Ein Teil der wichtigen Kommunikation zwischen Hauptakteuren spielte sich verbal ab und ist nicht dokumentiert – der Meinungsaustausch kann in diesen Fällen lediglich über indirekte Hinweise oder spätere Aussagen rekonstruiert werden. Die serbischen Organisationen, die mit dem Attentat zu tun hatten, waren extrem verschwiegen und hinterließen so gut wie keine schriftlichen Spuren. Dragutin Dimitrijević, der Chef des serbischen Militärgeheimdienstes, ein zentraler Akteur bei der Verschwörung gegen Franz Ferdinand in Sarajevo, verbrannte in regelmäßigen Abständen alle seine Unterlagen. Von dem genauen Inhalt der ersten Gespräche zwischen Wien und Berlin darüber, was als Reaktion auf die Schüsse in Sarajevo unternommen werden sollte, ist vieles unbekannt. Die Protokolle der Gipfeltreffen zwischen der französischen und russischen politischen Führung, die vom 20. bis 23. Juni in St. Petersburg stattfanden, Dokumente von potenziell enormer Bedeutung für das Verständnis der letzten Phase der Krise, sind nie gefunden worden (die russischen Protokolle sind vermutlich schlichtweg verschollen; das französische Team, das die *Documents Diplomatiques Français* herausgab, konnte die französische Fassung nicht finden). Die Bolschewiken veröffentlichten viele zentrale diplomatische Dokumente in dem Versuch, die imperialistischen Machenschaften der Großmächte zu diskreditieren, aber sie erschienen in unregelmäßigen Abständen, ohne bestimmte Ordnung und konzentrierten sich generell auf bestimmte Themen wie die russischen Pläne am Bosporus. Einige Dokumente (die genaue Zahl ist nicht bekannt) gingen im Chaos des Bürgerkriegs beim Transport verloren, und die Sowjetunion gab nie eine systematisch zusammengestellte Quellensammlung heraus, die sich mit den britischen, französischen, deutschen und österreichischen Editionen messen

konnte.[13] Die veröffentlichten Quellen auf russischer Seite sind bis heute alles andere als vollständig.

Die außerordentlich enge Verflechtung der Krise ist ein weiteres Kennzeichen. Die Kubakrise war schon komplex genug, dabei waren nur zwei Hauptakteure daran beteiligt (die USA und die Sowjetunion), sowie eine Reihe von Stellvertretern und untergeordneten Akteuren. Eine Darstellung, wie der Erste Weltkrieg zustande kam, muss hingegen die multilateralen Interaktionen von fünf autonomen, gleichwertigen Akteuren (Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Russland und Großbritannien) – sechs, wenn man Italien mitzählt – berücksichtigen. Hinzu kommen mehrere strategisch wichtige und ebenso autonome, souveräne Akteure wie das Osmanische Reich und die Staaten auf der Balkanhalbinsel, einer Region, die in den Jahren vor Kriegsausbruch von starken, politischen Spannungen und einer extremen Instabilität geprägt war.

Verkompliziert wird das Ganze durch die Tatsache, dass die politischen Entscheidungsprozesse in den von der Krise betroffenen Staaten häufig alles andere als transparent sind. Man kann in den Ereignissen des Juli 1914 eine »internationale« Krise sehen, ein Begriff, der eine Gruppe von Nationalstaaten impliziert, die man sich als kompakte, autonome, eigenständige Einheiten vorstellen muss, wie Billardkugeln auf einem Tisch. Aber die souveränen Strukturen, die in der Krise die Politik gestalteten, waren ausgesprochen uneinheitlich. Damals herrschte eine Unsicherheit (und unter Historikern besteht sie noch heute), wer innerhalb der verschiedenen Regierungsbehörden denn genau die Macht hatte, den politischen Kurs zu bestimmen; überdies gingen »politische Maßnahmen« (oder zumindest eine Politik fördernde Initiativen der verschiedensten Art) nicht unbedingt vom Zentrum des Systems aus; sie konnten von recht peripheren Orten im diplomatischen Apparat, von militärischen Befehlshabern, von Ministerialbeamten und sogar von Botschaftern ausgehen, die häufig auf eigene Faust Entscheidungsträger waren.

Die erhaltenen Quellen präsentieren uns somit ein Wirrwarr aus Versprechungen, Drohungen, Plänen und Prognosen – genau dies ist nicht zuletzt der Grund dafür, dass der Kriegsausbruch auf so irritierend vielfältige

Weise interpretiert wurde und wird. So gut wie jede Sichtweise der Ursprünge lässt sich anhand einer Auswahl der verfügbaren Quellen belegen. Und das erklärt wiederum zum Teil, weshalb die Literatur zu den »Anfängen des Ersten Weltkriegs« so gigantische Ausmaße erreicht hat, dass kein einziger Historiker (nicht einmal eine Fantasiegestalt, welche alle erforderlichen Sprachen fließend beherrscht) jemals hoffen kann, alle diese Werke zu Lebzeiten zu lesen – schon vor zwanzig Jahren umfasste eine Bibliographie der damaligen Literatur 25000 Bücher und Artikel.[14] Manche Darstellungen haben sich ganz auf die Frage der Verantwortung eines schwarzen Schafes unter den europäischen Staaten kapriziert (mit Deutschland als häufigstem Kandidaten, aber keine einzige Großmacht blieb von der Zuweisung der Hauptverantwortung völlig verschont); andere haben die Schuld aufgeteilt oder nach Fehlern im »System« gesucht. Die Frage war stets so aktuell und vielschichtig, dass die Diskussion unablässig weiterging. Und im Kontext der historischen Diskussionen, die sich tendenziell mit den Fragen der Schuld oder der Beziehung zwischen individueller Urheberschaft und strukturellen Zwängen befassten, erstreckt sich ein weites Feld an Kommentaren zu den internationalen Beziehungen, in denen Kategorien wie Abschreckung, Entspannung und Unabsichtlichkeit oder verallgemeinerbare Mechanismen wie Ausbalancieren, Verhandeln und Einreihen in den Vordergrund rücken. Obwohl die Erörterung dieser Frage inzwischen fast hundert Jahre alt ist, besteht kein Grund zu der Annahme, dass sie obsolet ist.[15]

Auch wenn die Diskussion alt ist, so ist das Thema immer noch aktuell, eigentlich ist es heute sogar aktueller und bedeutsamer als vor zwanzig oder dreißig Jahren. Die Umbrüche in unserer eigenen Welt haben unsere Sichtweise der Ereignisse von 1914 verändert. Es war einfach, sich die Katastrophe von Europas »letztem Sommer« als ein Kostümspektakel der Ära Eduards VII. vorzustellen. Die verweichlichten Rituale und pompösen Uniformen, der »Ornamentalismus« einer Welt, die immer noch zum großen Teil in erblichen Monarchien organisiert war, hatten eine distanzierende Wirkung auf die heutige Erinnerung. Sie schienen zu signalisieren, dass die Protagonisten Menschen aus einer anderen, untergegangenen Welt waren.

Die Vermutung hielt sich hartnäckig, dass die Akteure, wenn sie schon buschige, grüne Straußenfedern auf ihren Hüten trugen, auch entsprechende Gedanken und Motive gehabt haben mussten.[16]

Dabei muss jedem Leser aus dem 21. Jahrhundert, der den Verlauf der Krise von 1914 aufmerksam verfolgt, deren Aktualität ins Auge springen. Alles fing mit einem Kommando von Selbstmordattentätern und einem Autokorso an. Hinter der Gräueltat von Sarajevo stand eine erklärte Terrororganisation, die einen Opfer-, Todes- und Rachekult pflegte; überdies war diese Terrororganisation extraterritorial und kannte keinen eindeutigen geographischen oder politischen Ort. Sie war in Zellen über politische Grenzen hinweg verstreut, man konnte sie nicht zur Rechenschaft ziehen, zu einer souveränen Regierung unterhielt sie lediglich indirekt und heimlich Kontakte, die für Außenstehende kaum auszumachen waren. Tatsächlich könnte man sogar behaupten, dass die Julikrise 1914 uns heute weniger fremd – weniger unerklärlich – ist als noch in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist an die Stelle des Systems globaler, bipolarer Stabilität ein weit komplexeres und unberechenbareres Gefüge von Kräften getreten, einschließlich einiger Reiche im Niedergang und aufsteigender Mächte – ein Zustand, der zum Vergleich mit der Situation in Europa anno 1914 geradezu einlädt. Dieser Perspektivwechsel veranlasst uns, die Geschichte der Entwicklung zum Krieg neu zu betrachten. Wenn man sich dieser Herausforderung stellt, so heißt das keineswegs, mit aller Gewalt einen banalen Gegenwartsbezug herzustellen, der sich die Vergangenheit so zurechtbastelt, dass sie den Bedürfnissen der Gegenwart entspricht, sondern es geht darum, jene Merkmale der Vergangenheit zu erkennen, auf die wir durch unseren veränderten Standpunkt einen klareren Blick erhalten haben.

Dazu zählt etwa der Balkankontext des Kriegsbeginns. Serbien ist einer der blinden Flecke der Historiographie zur Julikrise. Das Attentat in Sarajevo wird in vielen Darstellungen als reiner Vorwand behandelt, als ein Ereignis ohne großen Einfluss auf die eigentlichen Kräfte, deren Zusammenspiel den Konflikt herbeiführte. In einer ausgezeichneten Studie zum Ausbruch des Krieges 1914 erklären die Autoren: »Die Morde [in Sarajevo] allein lösten

nichts aus. Erst die Art und Weise, wie dieses Ereignis ausgenutzt wurde, führte die Nationen in den Krieg.«[17] Die Marginalisierung der serbischen und damit der breiteren Balkandimension der Geschichte setzte schon während der Julikrise ein, die als eine Antwort auf die Morde in Sarajevo begann, aber später eine andere Richtung erhielt und in eine geopolitische Phase eintrat, in der Serbien und seine Aktionen eine untergeordnete Rolle spielten.

Auch unser moralischer Kompass hat sich verändert. Die Tatsache, dass ein serbisch dominiertes Jugoslawien als einer der Siegerstaaten aus diesem Krieg hervorging, schien implizit die Tat des Mannes zu rechtfertigen, der am 28. Juni die Schüsse abgab – so sahen es mit Sicherheit die jugoslawischen Behörden, die den Ort des Attentats mit Fußabdrücken aus Bronze und einer Tafel markierten, welche die »ersten Schritte in die Freiheit der Jugoslawen« feierten. In einer Zeit, in der die nationale Idee noch jung und voller Versprechungen war, herrschte intuitiv Sympathie mit dem Nationalismus der Südslawen und wenig Sympathie für die schwerfällige Völkergemeinschaft des Habsburger Reichs. Die Kriege im Ex-Jugoslawien der neunziger Jahre haben uns an die Tödlichkeit des Nationalismus auf dem Balkan erinnert. Seit Srebrenica und der Belagerung Sarajevos fällt es schwerer, Serbien als reines Objekt oder Opfer der Großmachtpolitik zu sehen, stattdessen kann man sich leichter den serbischen Nationalismus als eigene historische Kraft vorstellen. Aus der Sicht der heutigen Europäischen Union betrachten wir den zerfallenen Flickenteppich des habsburgischen Österreich-Ungarn tendenziell mit mehr Sympathie – oder zumindest weniger Verachtung.

Schließlich dürfte heute kaum jemand auf die Idee kommen, die beiden Morde in Sarajevo als ein bloßes Unglück abzutun, das unmöglich gewichtigere Folgen zeitigen konnte. Die Anschläge auf das World Trade Center im September 2001 haben uns exemplarisch vor Augen geführt, inwiefern ein einziges, symbolträchtiges Ereignis – so tief es auch in einem größeren historischen Prozess verwurzelt sein mag – die Politik unwiderruflich verändern kann, indem es bisherige Optionen zunichtemacht und neuen Optionen eine unvorhersehbare Dringlichkeit verleiht. Wenn man Sarajevo und den Balkan wieder in den Mittelpunkt der Geschichte rückt, so

heißt das keineswegs, dass die Serben oder ihre Politiker dämonisiert werden, noch entlässt es uns aus der Verpflichtung, die Kräfte zu verstehen, die auf und in den serbischen Politikern, Offizieren und Aktivisten wirkten, deren Verhalten und Entscheidungen nicht zuletzt bestimmten, welche Konsequenzen die Schüsse von Sarajevo haben würden.

Das vorliegende Buch setzt sich zum Ziel, die Julikrise von 1914 als ein modernes Ereignis zu verstehen, als das komplexeste Ereignis der heutigen Zeit, womöglich bislang aller Zeiten. Es befasst sich weniger mit der Frage, warum der Krieg ausbrach, als damit, wie es dazu kam. Die Fragen nach dem Warum und Wie sind logisch untrennbar miteinander verbunden, aber sie führen uns in verschiedene Richtungen. Die Frage nach dem *Wie* fordert uns auf, die Abfolge der Interaktionen näher zu untersuchen, die bestimmte Ergebnisse bewirkten. Hingegen lädt uns die Frage nach dem *Warum* ein, nach fernen und nach Kategorien geordneten Ursachen zu suchen: Imperialismus, Nationalismus, Rüstung, Bündnisse, Hochfinanz, Vorstellungen der nationalen Ehre, Mechanismen der Mobilisierung. Der »Warum-Ansatz« bringt zwar eine gewisse analytische Klarheit, aber er hat auch einen verzerrenden Effekt, weil er die Illusion eines ständig wachsenden Kausaldrucks erzeugt. Die Faktoren türmen sich auf und drücken auf die Ereignisse; politische Akteure werden zu reinen ausführenden Organen der Kräfte, die sich längst etabliert haben und ihrer Kontrolle entziehen.

In der Geschichte, die dieses Buch erzählt, bestimmen handlungsfähige und -bereite Entscheidungsträger das Bild. Diese Entscheidungsträger (Könige, Kaiser, Außenminister, Botschafter, Militärs und eine Fülle kleinerer Beamter) bewegten sich mit behutsamen, wohlberechneten Schritten auf die Gefahr zu. Der Ausbruch des Krieges war der Höhepunkt in einer Kette von Entscheidungen, die von politischen Akteuren mit bewussten Zielen getroffen wurden. Diese Akteure waren bis zu einem gewissen Grad der Selbstreflexion fähig, sie erkannten eine Auswahl von Optionen und bildeten sich auf der Basis der besten Informationen, die ihnen vorlagen, ein Urteil. Nationalismus, Rüstung, Bündnisse und Hochfinanz waren allesamt Teil der Geschichte, aber man kann ihnen lediglich dann eine echte erklärende Bedeutung beimessen, wenn man aufzeigen kann, dass sie Entscheidungen

beeinflussten, die – zusammengenommen – den Krieg ausbrechen ließen.

Ein bulgarischer Historiker der Balkankriege stellte unlängst treffend fest: »Sobald wir die Frage ›warum‹ stellen, wird Schuld zum Brennpunkt.«[18] Fragen nach der Schuld und Verantwortung für den Kriegsausbruch flossen schon vor Beginn des Krieges in diese Geschichte ein. Der gesamte Quellenbestand steckt voller Schuldzuschreibungen (denn es ist eine Eigenart dieser Krise, dass alle Handelnden dem Gegner aggressive Absichten unterstellten und sich selbst defensive Intentionen bescheinigten), und das Urteil, das Artikel 231 des Friedensvertrags von Versailles enthält, hat dafür gesorgt, dass die »Kriegsschuldfrage« weiterhin aktuell ist. Auch hier legt der Fokus auf dem *Wie* eine alternative Vorgehensweise nahe: eine Reise durch die Ereignisse, die nicht von der Notwendigkeit getrieben wird, eine Anklageschrift gegen diesen oder jenen Staat oder diese oder jene Person zu schreiben, sondern sich zum Ziel setzt, die Entscheidungen zu erkennen, die den Krieg herbeiführten, und die Gründe und Emotionen zu verstehen, die dahintersteckten. Das heißt nicht, dass die Frage nach der Verantwortung ganz aus der Diskussion ausgeklammert wird – nach Möglichkeit sollen die Antworten auf die *Warum*-Frage jedoch aus den Antworten auf Fragen nach dem *Wie* erwachsen, statt umgekehrt.

Dieses Buch erzählt, wie der Krieg nach Europa kam. Es zeichnet die Pfade zum Krieg in einem mehrschichtigen Narrativ nach, das die wichtigsten Entscheidungszentren in Wien, Berlin, St. Petersburg, Paris, London und Belgrad umfasst, mit kurzen Exkursionen nach Rom, Konstantinopel und Sofia. Es ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil konzentriert sich auf die beiden Antagonisten Serbien und Österreich-Ungarn, deren Streit den Konflikt auslöste. Er zeichnet ihre Interaktionen bis zum Vorabend der Morde in Sarajevo nach. Teil II unterbricht den erzählerischen Ansatz und geht in vier Kapiteln vier Fragen auf den Grund: Wie kam die Polarisierung Europas in entgegengesetzte Bündnisblöcke eigentlich zustande? Wie gestalteten die Regierungen der europäischen Staaten die Außenpolitik? Wie kam es, dass der Balkan – eine Randzone fernab von den europäischen Zentren der Macht und des Geldes – zum Schauplatz einer so gigantischen Krise wurde? Wie brachte ein internationales System, das allem Anschein

nach in eine Phase der Entspannung eintrat, einen allgemeinen Krieg hervor? Teil III beginnt mit dem Attentat in Sarajevo und schildert die Julikrise selbst, wobei die Wechselbeziehungen zwischen den wichtigen Entscheidungszentren untersucht und die Kalkulationen, Missverständnisse und Entscheidungen ans Licht gebracht werden, welche die Krise in die nächste Phase eintreten ließen.

Eine zentrale These dieses Buches lautet, dass man die Ereignisse vom Juli 1914 nur dann verstehen kann, wenn man die Wege, welche die Hauptentscheidungsträger beschritten, beleuchtet und ihre Sicht der Ereignisse schildert. Dazu genügt es allerdings nicht, einfach die Abfolge der internationalen »Krisen« Revue passieren zu lassen, die dem Kriegsausbruch vorausgingen – wir müssen uns vor Augen führen, wie jene Ereignisse empfunden und in Narrative eingewoben wurden, welche die Wahrnehmungen prägten und Verhalten motivierten. Warum verhielten sich jene Männer, deren Entscheidungen Europa in den Krieg führten, ausgerechnet so und sahen die Dinge auf diese Weise? Wie lassen sich das Gefühl der Angst und die dunklen Vorahnungen, die einem in so vielen Quellen begegnen, in Einklang bringen mit der Arroganz und Prahlerei, auf die wir stoßen – häufig zum Ausdruck gebracht von ein und derselben Person? Warum spielten so exotische Besonderheiten der Vorkriegszeit wie die albanische Frage und das »bulgarische Darlehen« eine so große Rolle, und wie trafen sie in den Köpfen jener Personen, die die politische Macht innehatten, aufeinander? Als die Entscheidungsträger über die internationale Lage oder externe Bedrohungen diskutierten, sahen sie da die Realität oder projizierten sie ihre eigenen Ängste und Wünsche auf ihre Widersacher, oder beides? So anschaulich wie möglich sollen hier die überaus dynamischen »Entscheidungspositionen« rekonstruiert werden, die von den Hauptakteuren im Vorfeld und während des Sommers 1914 eingenommen wurden.

In einer der interessantesten jüngeren Publikationen über diesen Krieg wird die These aufgestellt, dass er nicht nur keineswegs unvermeidlich, sondern tatsächlich »unwahrscheinlich« gewesen sei – zumindest bis zu seinem Ausbruch.[19] Daraus würde folgen, dass der Konflikt nicht die Konsequenz einer langfristigen Verschlechterung der Beziehungen war, sondern

kurzfristiger Erschütterungen des internationalen Systems. Ob man diese Anschauung nun teilt oder nicht, sie hat den Vorteil, dass sie das Element des Zufalls in das Geschehen einbringt. Und es trifft mit Sicherheit zu, dass manche Entwicklungen, die ich hier untersuche, zwar unmissverständlich in die Richtung der tatsächlichen Ereignisse von 1914 weisen, dass andere Vektoren des Wandels vor dem Krieg aber auch auf Ergebnisse hindeuten, die schließlich nicht Realität wurden. Dies im Hinterkopf, möchte ich in diesem Buch zeigen, wie die einzelnen Puzzleteilchen der Kausalität zusammenkamen, die, sobald sie an Ort und Stelle lagen, den Kriegsausbruch ermöglichten. Allerdings möchte ich dabei den Ausgang nicht allzu sehr im Voraus festlegen. Ich habe versucht, mir stets vor Augen zu halten, dass die in diesem Buch beschriebenen Menschen, Ereignisse und Kräfte in sich den Keim für andere, vielleicht nicht ganz so schreckliche Zukünfte trugen.

1 Zitiert in David Fromkin, *Europe's Last Summer. Who Started the Great War in 1914?,* New York 2004, S. 6 (deutsch: *Europas letzer Sommer. Die scheinbar friedlichen Wochen vor dem Ersten Weltkrieg,* München 2005, S. 16 f.).

2 Das deutsche Auswärtige Amt förderte die Aktivitäten des Arbeitsauschusses Deutscher Verbände, der die Koordination der Kampagne gegen die Kriegsschuld übernommen hatte, und unterstützte inoffiziell eine mit Gelehrten besetzte Zentralstelle zur Erforschung der Kriegsursachen; siehe Ulrich Heinemann, *Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik,* Göttingen 1983, insb. S. 95–117; Sacha Zala, *Geschichte unter der Schere politischer Zensur. Amtliche Aktensammlung im internationalen Vergleich,* München 2001, insb. S. 57–77; Imanuel Geiss, »Die manipulierte Kriegsschuldfrage. Deutsche Reichspolitik in der Julikrise 1914 und deutsche Kriegsziele im Spiegel des Schuldreferats des Auswärtigen Amtes, 1919–1931«, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen,* 34 (1983), S. 31–60.

3 Barthou an Martin, Brief vom 3. Mai 1934, zitiert in Keith Hamilton, »The Historical Diplomacy of the Third Republic«, in: Keith M. Wilson (Hg.), *Forging the Collective Memory. Government and International Historians through Two World Wars,* Providence, Oxford 1996, S. 29–62, hier S. 45; zur französischen Kritik an der deutschen Edition siehe beispielsweise E. Bourgeois, »Les archives d'État et l'enquête sur les origines de la guerre mondiale. À propos de la publication allemande: Die grosse Politik d. europ. Kabinette et de sa traduction française«, in: *Revue historique,* 155 (Mai–August 1927), S. 39–56. Bourgeois warf den deutschen Herausgebern vor, die Quellenedition in einer Weise zu gestalten, die taktisch bedingte Lücken im Quellenbestand verschleiere; eine Erwiderung des deutschen Herausgebers findet sich unter Friedrich Thimme, »Französische Kritiken zur deutschen Aktenpublikation«, in: *Europäische Gespräche,* 8/9 (1927), S. 461–479.

4 Ulfried Burz, »Austria and the Great War. Official Publications in the 1920s and 1930s«, in: Wilson (Hg.), *Forging the Collective Memory,* S. 178–191, hier S. 186.

5 J.-B. Duroselle, *La grande guerre des Français, 1914–1918: L'incompréhensible,* Paris 1994, S. 23–33; J. F. V. Keiger, *Raymond Poincaré,* Cambridge 1997, S. 194 f.

6 Keith M. Wilson, »The Imbalance in British Documents on the Origins of the War, 1898–1914. Gooch, Temperley and the India Office«, in: ders. (Hg.), *Forging the Collective Memory,* S. 230–264, hier S. 231; siehe auch im selben Band Wilsons »Introduction. Governments, Historians and ›Historical Engineering‹«, S. 1–28, insb. S. 12 f.

7 Bernhard Schwertfeger, *Der Weltkrieg der Dokumente. Zehn Jahre Kriegsschuldforschung und ihr Ergebnis,* Berlin 1929. Allgemeiner zu diesem Problem siehe Zala, *Geschichte unter der Schere,* insb. S. 31–36, 47–91, 327–338.

8 Theobald von Bethmann Hollweg, *Betrachtungen zum Weltkriege,* 2 Bde., Berlin 1919, insb. Bd. 1, S. 113–184; Sergei Dmitrievich Sazonov, *Les Années fatales,* Paris 1927 (deutsch: Sergej Sasonow, *Sechs schwere Jahre,* Berlin 1927); Raymond Poincaré, *Au service de la France – neuf années de souvenirs,* 10 Bde., Paris 1926–1933, insb. Bd. 4: *L'Union sacrée,* S. 163–431. Eine ausführlichere, aber nicht unbedingt erhellendere Erörterung der Krise durch den ehemaligen Präsidenten findet sich in den Äußerungen, die René Gerin dokumentierte: René Gerin, *Les responsabilités de la guerre: quatorze questions, par René Gerin … quatorze réponses, par Raymond Poincaré,* Paris 1930.

9 Edward Viscount Grey of Fallodon, *Twenty-Five Years: 1892–1916*, London 1925 (deutsch: *Fünfundzwanzig Jahre Politik, 1892–1916. Memoiren in 2 Bänden*, München 1926).

10 Bernadotte Everly Schmitt, *Interviewing the Authors of the War,* Chicago 1930.

11 Ebenda, S. 11.

12 Luigi Albertini, *The Origins of the War of 1914,* 3 Bde., Oxford 1953, Bd. 2, S. 40; Magrini arbeitete im Auftrag des italienischen Historikers Luigi Albertini.

13 Derek Spring, »The Unfinished Collection. Russian Documents on the Origins of the First World War«, in: Wilson (Hg.), *Forging the Collective Memory,* S. 63–86.

14 John W. Langdon, *July 1914: The Long Debate, 1918–1990*, Oxford 1991, S. 51.

15 Es wäre ein aussichtsloses Unterfangen, an dieser Stelle eine Auswahl aus der Literatur zu nennen. Eine hilfreiche Diskussion der Debatte und ihrer Geschichte bieten John A. Moses, *The Politics of Illusion. The Fischer Controversy in German Historiography,* London 1975; Annika Mombauer, *The Origins of the First World War: Controversies and Consensus,* London 2002; W. Jäger, *Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte um den Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914–1980,* Göttingen 1984; Langdon, *The Long Debate;* ders., »Emerging from Fischer's Shadow: Recent Examinations of the Crisis of July 1914«, in: *The History Teacher*, Bd. 20, Nr. 1 (Nov. 1986), S. 63–86; James Joll, »The 1914 Debate Continues: Fritz Fischer and His Critics«, in: *Past & Present,* 34/1 (1966), S. 100–113 und die Antwort darauf in S. H. S. Hatton, »Britain and Germany in 1914: The July Crisis and War Aims«, in: *Past & Present,* 36/1 (1967), S. 138–143; Konrad H. Jarausch, »Revising German History. Bethmann Hollweg Revisited«, in: *Central European History*, 21/3 (1988), S. 224–243; Samuel R. Williamson und Ernest R. May, »An Identity of Opinion. Historians and July 1914«, in: *Journal of Modern History,* 79/2 (Juni 2007), S. 335–387; Jay Winter und Antoine Prost, *The Great War in History. Debates and Controversies, 1914 to the Present,* Cambridge 2005.

16 Zum »Ornamentalismus« siehe David Cannadine, *Ornamentalism. How the British Saw Their Empire,* London 2002; ein ausgezeichnetes Beispiel für die distanzierende »Welt von früher«-Haltung gegenüber der Welt von 1914 bietet Barbara Tuchman, *Proud Tower. A Portrait of the World before the War, 1890–1914,* London 1966 und dies., *August 1914,* London 1962.

17 Richard F. Hamilton und Holger Herwig, *Decisions for War 1914–1917,* Cambridge 2004, S. 46.

18 Swetoslaw Budinow, *Balkanskite Woini (1912–1913). Istoritscheski predstawi w sistemata na nautschno-obresowatelnata komunikatsia,* Sofia 2005, S. 55.

19 Siehe insb. Holger Afflerbach, »The Topos of Improbable War in Europe before 1914«, in: ders. und David Stevenson (Hg.), *An Improbable War? The Outbreak of World War I and European Political Culture before 1914*, Oxford 2007, S. 161–182, sowie die Einführung der Herausgeber zum selben Band, S. 1–17.

TEIL I

WEGE NACH SARAJEVO

KAPITEL 1
SERBISCHE SCHRECKGESPENSTER

Mord in Belgrad

Kurz nach zwei Uhr morgens am 11. Juni 1903 näherten sich 28 Offiziere der serbischen Armee dem Haupteingang des Königspalastes in Belgrad.[20] Nach einem Schusswechsel wurden die Wachen vor dem Gebäude verhaftet und entwaffnet. Mit den Schlüsseln, die sie dem befehlshabenden Offizier abnahmen, drangen die Verschwörer in die Empfangshalle ein und begaben sich zu den königlichen Schlafgemächern. Eilig rannten sie die Stufen hoch und die Korridore entlang. Als die Verschwörer feststellten, dass die königlichen Gemächer von einer schweren Eichentür versperrt waren, sprengten sie die Tür mit einer Schachtel Dynamit auf. Die Sprengladung war so stark, dass die Flügel aus den Angeln gerissen und quer durch das Vorzimmer geschleudert wurden. Der Adjutant des Königs, der hinter der Tür gestanden hatte, wurde tödlich getroffen. Die Detonation ließ darüber hinaus im Palast den Strom ausfallen, sodass es im ganzen Gebäude stockfinster wurde. Die Eindringlinge ließen sich davon nicht abhalten, entdeckten in einem Nachbarzimmer ein paar Kerzen und stürmten weiter. Als sie das Schlafzimmer erreichten, waren König Alexander und Königin Draga nicht mehr dort. Aber der französische Roman, den die Königin gelesen hatte, lag aufgeschlagen mit den Seiten nach unten auf dem Nachttisch. Jemand berührte die Laken und spürte, dass das Bett noch warm war – offenbar hatte das Paar es erst vor kurzem verlassen. Nachdem die Eindringlinge vergeblich das Schlafzimmer durchsucht hatten, durchkämmten sie mit Kerzen und gezogenem Revolver in den Händen den ganzen Palast.

Während die Offiziere von Zimmer zu Zimmer zogen und auf Schränke, Wandteppiche und andere potenzielle Verstecke schossen, kauerten König Alexander und Königin Draga im ersten Stock in einem winzigen Anbau zur

Schlafkammer, wo die Dienstmädchen der Königin in der Regel ihre Kleider bügelten und stopften. Fast zwei Stunden dauerte die Suche. Der König nutzte diese Pause, um sich so leise wie möglich eine Hose und ein rotes Seidenhemd anzuziehen; er wollte nicht, dass seine Feinde ihn nackt fanden. Der Königin gelang es derweil, sich mit einem Unterrock, einem Korsett aus weißer Seide und einem einzigen gelben Strumpf notdürftig zu bekleiden.

Unterdessen wurden in der Stadt weitere Opfer aufgetrieben und getötet: Die beiden Brüder der Königin, die allgemein verdächtigt wurden, Ränke gegen den serbischen Thron zu schmieden, wurden aus dem Haus ihrer Schwester in Belgrad gejagt und »zu einer Wache in der Nähe des Palastes gebracht, wo sie beschimpft und barbarisch niedergemacht wurden«.[21] Auch in die Wohnungen des Regierungschefs Dimitrije Cincar-Marković und des Kriegsministers Milovan Pavlović drangen Mörder ein. Beide wurden erschlagen; auf Pavlović, der sich in einer Holzkiste versteckt hatte, wurden 25 Schüsse abgegeben. Innenminister Belimir Theodorović wurde angeschossen und irrtümlich für tot gehalten, erholte sich später aber von seinen Wunden; andere Minister wurden unter Arrest gestellt.

Im Palast wurde der loyale erste Adjutant des Königs, Lazar Petrović, den man nach einem Schusswechsel entwaffnet und gefasst hatte, von den Verschwörern durch die dunklen Zimmer geführt und gezwungen, den König von jeder Tür aus zu rufen. Als sie zu einer zweiten Suche in die Schlafkammer zurückkehrten, entdeckten sie schließlich hinter dem Wandteppich einen versteckten Eingang. Ein Angreifer schlug vor, kurzerhand die Wand mit einer Axt einzuschlagen. Da erkannte Petrović, dass das Spiel aus war, und erklärte sich bereit, den König aufzufordern, sein Versteck zu verlassen. Hinter der Täfelung fragte der König nach, wer denn rufe, worauf der Adjutant antwortete: »Ich bin’s, Euer Laza, öffnet Euren Offizieren die Tür!« Der König erwiderte: »Kann ich mich auf den Eid meiner Offiziere verlassen?« Die Verschwörer antworteten zustimmend. Einer Version zufolge erschien der König, vor Angst zitternd, die Brille auf der Nase und notdürftig mit dem roten Hemd bekleidet, in seinen Armen die Königin. Das Paar wurde in einem Kugelhagel aus nächster Nähe niedergeschossen. Petrović, der einen versteckten Revolver in einem

aussichtslosen Versuch zog, seinen Herrn zu schützen (zumindest wurde das später behauptet), wurde ebenfalls getötet. Es folgte eine Orgie sinnloser Gewalt. Die Leichen wurden, laut der späteren Aussage des traumatisierten, italienischen Barbiers des Königs, dem man den Befehl erteilte, die Körper abzuholen und sie für das Begräbnis einzukleiden, mit Säbeln zerstochen, mit einem Bajonett aufgerissen, teilweise ausgenommen und mit einer Axt zerhackt, bis sie zur Unkenntlichkeit verstümmelt waren. Der Leichnam der Königin wurde zum Geländer des Schlafzimmerfensters geschleppt und, so gut wie nackt und völlig blutverschmiert, in den Garten geworfen. Als die Mörder versuchten, mit Alexander ebenso zu verfahren, schloss sich dem Vernehmen nach eine Hand des Königs für einen Moment um das Geländer. Ein Offizier hackte die Faust mit einem Säbel durch. Die einzelnen Finger und der Körper des Monarchen fielen zu Boden. Als sich die Attentäter im Garten versammelt hatten, um eine Zigarette zu rauchen und ihr Zerstörungswerk zu inspizieren, fing es an zu regnen.[22]

Die Ereignisse vom 11. Juni 1903 markierten einen Neubeginn in der serbischen politischen Geschichte. Die Dynastie Obrenović, die Serbien während des größten Teils der kurzen Existenz des Landes als unabhängiger Staat regiert hatte, war ausgelöscht. Nur wenige Stunden nach dem Attentat verkündeten die Verschwörer das Ende der Obrenović-Linie und die Thronbesteigung durch Peter Karadjordjević, der damals in der Schweiz im Exil lebte.

Warum wurde mit der Obrenović-Dynastie so schonungslos abgerechnet? Die Monarchie hatte in Serbien nie stabile Institutionen etabliert. Die Wurzel des Problems lag nicht zuletzt im Nebeneinander rivalisierender dynastischer Familien. Zwei große Sippen, die der Obrenović und der Karadjordjević, hatten sich in dem Befreiungskrieg gegen die osmanische Herrschaft ausgezeichnet. Der dunkelhäutige einstige Viehhirte »Kara Djordje« (serbisch für »Schwarzer Georg«) Petrović, der Begründer der Karadjordjević-Linie, führte im Jahr 1804 einen Aufstand an, mit dem es ihm gelang, für einige Jahre die Osmanen aus Serbien zu vertreiben. Im Jahr 1813 flüchtete er jedoch ins österreichische Exil, als die Osmanen eine

Gegenoffensive begannen. Zwei Jahre danach brach unter der Führung von Miloš Obrenović ein zweiter Aufstand aus. Dem geschickten Politiker Obrenović gelang es, mit den osmanischen Behörden die Anerkennung eines serbischen Fürstentums auszuhandeln. Als Karadjordjević aus dem Exil nach Serbien zurückkehrte, wurde er auf Befehl von Obrenović und mit dem Einverständnis der Osmanen ermordet. Nachdem Obrenović sich seinen ärgsten Widersacher vom Hals geschafft hatte, wurde ihm der Titel Fürst (serbisch: *knez)* von Serbien verliehen. Angehörige des Obrenović-Clans regierten Serbien während des größten Teils seines Bestehens als Fürstentum innerhalb des Osmanischen Reiches (1817–1878).



Peter I. Karadjordjević

Corbis

Die beiden rivalisierenden Dynastien, eine exponierte Lage zwischen dem Osmanischen und dem Habsburgischen Reich und eine ausgesprochen respektlose politische Kultur, die von Kleinbauern dominiert wurde – alle diese Faktoren zusammengenommen sorgten dafür, dass die Monarchie eine umstrittene Einrichtung blieb. Es ist bezeichnend, wie wenige serbische Regenten des 19. Jahrhunderts auf dem Thron eines natürlichen Todes starben. Der Gründer des Fürstentums, Miloš Obrenović, war ein grausamer Autokrat, dessen Herrschaft immer wieder von Aufständen erschüttert wurde. Im Sommer 1839 dankte er zugunsten seines ältesten Sohnes Milan ab, der zu dem Zeitpunkt so schwer an den Masern erkrankt war, dass er bei seinem Tod 13 Tage später noch immer nichts von seinem Aufstieg mitbekommen hatte. Die Herrschaft des jüngeren Sohnes Mihailo fand ein vorzeitiges Ende, als er durch eine Rebellion im Jahr 1842 abgesetzt wurde. Damit war der Weg frei für die Einsetzung eines Karadjordjević – keines anderen als Alexander, Sohn des »Schwarzen Georgs«. Aber im Jahr 1858 wurde auch Alexander gezwungen abzudanken, ihn löste wiederum Mihailo ab, der im Jahr 1860 auf den Thron zurückkehrte. Mihailo war in seiner zweiten Regierungszeit nicht beliebter als in der ersten; acht Jahre später fiel er gemeinsam mit einer Kusine einer Verschwörung zum Opfer, die möglicherweise der Karadjordjević-Clan unterstützt hatte.

Die lange Regierungszeit von Mihailos Nachfolger, Fürst Milan Obrenović (1868–1889), brachte ein gewisses Maß an politischer Stabilität. Im Jahr 1882, vier Jahre nachdem der Berliner Kongress Serbien den Status eines unabhängigen Staates zuerkannt hatte, erklärte Milan das Land zu einem Königreich und sich selbst zum König. Doch die außerordentlich starken politischen Turbulenzen blieben ein Problem. Im Jahr 1883 lösten die Bemühungen der Regierung, die Feuerwaffen der Bauernmilizen im Nordosten Serbiens zu konfiszieren, einen großen Provinzaufstand aus: den Timoker Aufstand. Milan antwortete mit brutalen Vergeltungsmaßnahmen gegen die Rebellen und einer Hexenjagd auf führende politische Persönlichkeiten in Belgrad, die im Verdacht standen, die Unruhen geschürt zu haben.

Die serbische politische Kultur wandelte sich Anfang der 1880er Jahre

durch das Aufkommen moderner politischer Parteien mit eigenen Zeitungen, Versammlungen, Manifesten, Wahlkampfstrategien und lokalen Ausschüssen. Auf diese beeindruckende neue Kraft im öffentlichen Leben antwortete der König im Stil eines echten Autokraten. Als die Wahlen von 1883 eine feindliche Mehrheit im serbischen Parlament (der sogenannten Skupština) ergaben, weigerte sich der König kurzerhand, eine von der dominierenden Radikalen Volkspartei gestellte Regierung zu ernennen, und beschloss stattdessen, ein Kabinett aus Bürokraten zusammenzustellen. Die Skupština wurde per Dekret eröffnet und zehn Minuten danach wiederum per Dekret geschlossen. Ein katastrophaler Krieg gegen Bulgarien im Jahr 1885 (die Folge von Entscheidungen königlicher Vertreter, die ohne jede Rücksprache mit Ministern geschweige denn dem Parlament getroffen wurden) sowie eine erbitterte und skandalöse Scheidung von seiner Frau Königin Nathalie schadeten zusätzlich dem Ruf des Monarchen. Als Milan 1889 abdankte (nicht zuletzt in der Hoffnung, die hübsche junge Frau seines Privatsekretärs zu ehelichen), schien sein Abgang längst überfällig.

Die Regentschaft, die während der Minderjährigkeit von Milans Sohn Kronprinz Alexander als serbische Regierung eingesetzt wurde, hatte vier Jahre lang Bestand. Im Jahr 1893 stürzte Alexander selbst im Alter von nur 16 Jahren in einem bizarren Staatsstreich die Regentschaft: Die Kabinettsminister wurden zu einem Abendessen eingeladen, und ihnen wurde bei einem Trinkspruch in aller Freundschaft mitgeteilt, dass sie alle unter Arrest ständen. Der junge König kündigte an, dass er die Absicht habe, die »volle königliche Autorität« für sich zu beanspruchen; zentrale Ministerialgebäude und das Telegrafenamt waren bereits vom Militär besetzt worden.[23] Die Bürger von Belgrad sahen am nächsten Morgen an jeder Straßenecke Plakate, die bekannt gaben, dass Alexander die Macht übernommen habe.

In Wirklichkeit hielt hinter den Kulissen immer noch Ex-König Milan die Fäden in der Hand. Milan hatte seinerzeit die Regentschaft eingesetzt, und Milan hatte auch den Putsch im Namen seines Sohnes inszeniert. In einem grotesken familieninternen Schachzug, für den man in Europa kaum eine zeitgenössische Parallele finden dürfte, diente der abgetretene Vater als

höchster Berater für den königlichen Sohn. In den Jahren 1897 bis 1900 wurde dieses Arrangement in der »Milan-Alexander-Dyarchie« offiziell bestätigt. »Königvater Milan« wurde zum Oberbefehlshaber der serbischen Armee ernannt, der erste und letzte Zivilist in diesem Amt.

Unter Alexanders Herrschaft begann die Endphase der Geschichte der Obrenović-Dynastie. Mit der Rückendeckung seines Vaters verspielte Alexander rasch das hoffnungsfrohe Wohlwollen der Bevölkerung, das häufig mit der Einsetzung einer neuen Ordnung einhergeht. Er ignorierte die vergleichsweise liberalen Bestimmungen der serbischen Verfassung und führte stattdessen eine Art neoabsolutistischer Herrschaft ein: Geheime Wahlen wurden abgeschafft, die Pressefreiheit wurde aufgehoben, Zeitungen wurden geschlossen. Als die Führung der Radikalen Volkspartei protestierte, sahen sie sich kurzerhand ausgeschlossen von der Machtausübung. In der Manier eines Möchtegern-Diktators schaffte Alexander Verfassungen ab, führte neue ein und setzte sie wieder aus. Er zeigte nicht den geringsten Respekt für die Unabhängigkeit der Justiz und intrigierte sogar gegen hohe Politiker. Das Spektakel, wie der König und Königvater Milan skrupellos im Tandem die Hebel der Macht bedienten – ganz zu schweigen von Königinmutter Nathalie, die trotz der gescheiterten Ehe mit Milan immer noch großen Einfluss hatte –, wirkte sich verheerend auf das Ansehen der Dynastie aus.

Alexanders Entscheidung, die umstrittene Witwe eines ominösen Ingenieurs zu heiraten, trug nicht gerade dazu bei, die Lage zu entspannen. Er hatte Draga Mašin 1897 kennengelernt, als sie als Hofdame bei seiner Mutter gedient hatte. Draga war zehn Jahre älter als der König, in der Belgrader Gesellschaft unbeliebt, galt gemeinhin als unfruchtbar und war für ihre angeblich zahlreichen sexuellen Beziehungen hinlänglich bekannt. Während einer hitzigen Sitzung des Kronrats, als die Minister vergeblich versuchten, den König von einer Heirat mit Mašin abzubringen, brachte der Innenminister Djordje Genčić ein gewichtiges Argument vor: »Sire, Ihr könnt sie nicht heiraten. Sie war die Mätresse von allen und jedem – auch meine.« Die Belohnung für die Offenherzigkeit des Ministers war eine heftige Ohrfeige – Genčić sollte sich später einer Mordverschwörung gegen den

König anschließen.[24] Mit anderen hohen Regierungsvertretern kam es zu ähnlichen Auseinandersetzungen.[25] Auf einer sehr gereizten Kabinettssitzung schlug der amtierende Regierungschef sogar vor, den König im Palast unter Hausarrest zu stellen oder ihn gefesselt und geknebelt außer Landes zu schaffen, um die Trauung zu verhindern.[26] Der Widerstand gegen Mašin in den herrschenden Schichten war so stark, dass es dem König eine Zeitlang schwerfiel, geeignete Kandidaten für hohe Ämter zu finden; schon die Meldung von der Verlobung Alexanders und Dragas führte dazu, dass die Kabinettsminister geschlossen ihren Rücktritt erklärten, und der König musste sich notgedrungen mit einem lückenhaften »Hochzeitskabinett« aus unbekannten Persönlichkeiten abfinden.

Der Streit um die Ehe belastete auch die Beziehung zwischen dem König und seinem Vater. Milan war so empört über die Aussicht, dass Draga seine Schwiegertochter werden sollte, dass er von seinem Posten als Oberbefehlshaber der Armee zurücktrat. In einem Brief an seinen Sohn vom Juni 1900 erklärte er, dass Alexander »Serbien in einen Abgrund stürze«, und schloss mit einer unverhüllten Warnung: »Ich werde als Erster die Regierung begeistert begrüßen, die Euch nach einer solchen Dummheit von Eurer Seite aus dem Land jagt.«[27] Alexander hielt dennoch an seinem Vorhaben fest (er und Draga wurden am 23. Juni 1900 in Belgrad getraut) und nutzte die Gelegenheit, die der Rücktritt seines Vaters bot, um die eigene Kontrolle über das Offizierskorps zu stärken. Es folgte eine »Säuberung« von Milans Freunden (und Dragas Gegnern) aus hohen militärischen und zivilen Posten. Der Königvater wurde weiterhin ständig observiert, dann gebeten, Serbien zu verlassen, und anschließend wurde ihm die Rückkehr untersagt. Es war eine gewisse Erleichterung für das königliche Paar, als Milan, der sich in Österreich niedergelassen hatte, im Januar 1901 starb.

Ende 1900 stieg für kurze Zeit die Beliebtheit des Monarchen wiederum, als der Palast bekannt gab, dass die Königin ein Kind erwarte. Es folgte eine Woge öffentlicher Sympathiebekundungen. Allerdings war im April 1901 die Woge der Empörung entsprechend heftig, als sich herausstellte, dass Dragas Schwangerschaft lediglich eine List gewesen war, um die öffentliche Meinung zu besänftigen (in der Hauptstadt kursierten gar Gerüchte von

einem vereitelten Plan, ein »untergeschobenes Kind« als serbischen Thronerben einzusetzen). Blind und taub für die Stimmung im Volk inszenierte Alexander einen regelrechten Kult um seine Königin, feierte ihren Geburtstag mit pompösen öffentlichen Veranstaltungen und benannte Regimenter, Schulen und sogar Dörfer nach ihr. Gleichzeitig leistete er sich immer dreistere Spielchen mit der Verfassung. In einem berühmten Fall im März 1903 hob der König mitten in der Nacht die serbische Verfassung auf, führte eilends neue repressive Bestimmungen im Presse- und Versammlungsrecht in die Gesetzbücher ein und setzte die Verfassung nur 45 Minuten später wieder in Kraft.



König Alexander und Königin Draga um 1900

Getty Images

Im Frühjahr 1903 hatten Alexander und Draga den größten Teil der serbischen Gesellschaft gegen sich. Die Radikale Volkspartei, die bei den Wahlen im Juli 1901 eine absolute Mehrheit der Sitze erlangt hatte, verabscheute die autokratischen Maßnahmen des Königs. Unter den einflussreichen Kaufmanns- und Bankiersfamilien (insbesondere jenen, die am Export von Vieh und Lebensmitteln beteiligt waren) werteten viele die

Wien-freundliche Außenpolitik der Obrenović-Dynastie als Fesselung der serbischen Wirtschaft an ein österreichisches Monopol und als Hindernis für die einheimischen Kapitalisten beim Zugang zu den Weltmärkten.[28] Am 6. April 1903 wurde eine Demonstration in Belgrad, die gegen die Verfassungsmanipulation des Königs protestierte, von der Polizei und Gendarmen brutal aufgelöst. Achtzehn Menschen kamen ums Leben, weitere fünfzig wurden verletzt.[29] Über hundert Menschen, darunter etliche Offiziere, wurden verhaftet und ins Gefängnis gesteckt, die meisten wurden jedoch nach wenigen Tagen wieder entlassen.

Im Zentrum des wachsenden Widerstands gegen die Krone stand die serbische Armee. Um die Jahrhundertwende zählte die Armee zu den dynamischsten Einrichtungen in der serbischen Gesellschaft. In einer immer noch weitgehend ländlichen und unterentwickelten Wirtschaft, wo es kaum Möglichkeiten gab, eine vielversprechende Laufbahn einzuschlagen, war ein Offizierspatent ein bevorzugter Weg zu Status und Einfluss. Dieses Übergewicht war von König Milan noch verstärkt worden, indem er dem Militär reichlich Mittel zukommen ließ und das Offizierskorps aufstockte, während er zugleich die ohnehin mageren Ausgaben des Staates für höhere Bildung kürzte. Doch die fetten Jahre fanden nach dem Abschied des Königvaters im Jahr 1900 ein jähes Ende: Alexander kürzte das Militärbudget, man ließ es zu, dass Offiziersgehälter monatelang in Rückstand gerieten, und eine Vetternwirtschaft bei Hofe sorgte dafür, dass Freunde oder Verwandte des Königs und seiner Frau über die Köpfe ihrer Kollegen hinweg auf zentrale Posten befördert wurden. Dieser Groll wurde noch durch die (trotz offizieller Dementis) verbreitete Überzeugung geschürt, dass der König, da er keinen biologischen Thronerben hervorgebracht hatte, die Absicht habe, Königin Dragas Bruder Nikodije Lunjevica als Nachfolger auf den serbischen Thron zu setzen.[30]

Im Sommer 1901 bildete sich um einen talentierten jungen Leutnant der serbischen Armee, der bei den Ereignissen im Juli 1914 eine wichtige Rolle spielen sollte, eine Verschwörung heraus. Dragutin Dimitrijević, der später wegen seiner massigen Gestalt »Apis« genannt wurde, weil seine Anhänger ihn mit dem Stiergott des alten Ägyptens verglichen, war unmittelbar nach

seinem Examen an der serbischen Militärakademie auf einen Posten im Generalstab befördert worden, ein untrügliches Zeichen für die hohe Meinung, die seine Vorgesetzten von ihm hatten. Dimitrijević war wie geschaffen für die Welt der politischen Verschwörungen. Der geradezu manisch heimlichtuerische, ganz in seiner militärischen und politischen Arbeit aufgehende Apis, der bei der Wahl seiner Methoden keine Skrupel kannte und in kritischen Augenblicken stets einen kühlen Kopf behielt, eignete sich nicht dafür, eine große Volksbewegung anzuführen. Sein großes Talent bestand vielmehr darin, innerhalb kleiner Gruppen und in privaten Kreisen Anhänger zu gewinnen und aufzubauen, seinen Gefolgsleuten ein Gefühl der Bedeutung ihrer Aufgabe zu vermitteln, Zweifel verstummen zu lassen und zu extremen Aktionen zu motivieren.[31] Ein Verschwörer beschrieb ihn als »geheime Kraft, der ich mich selbst zur Verfügung stellen musste, obwohl mir mein Verstand keinen Grund dafür nennen konnte«. Ein anderer Königsmörder wunderte sich über die Gründe für den Einfluss Apis': Weder seine Intelligenz, noch seine Redegewandtheit, noch die Kraft seiner Ideen schienen seine Wirkung ausreichend zu erklären. »Aber er war der Einzige unter uns, der allein durch seine Präsenz imstande war, meine Gedanken in seine Richtung zu lenken, und konnte mit wenigen, ganz normal dahingesagten Worten aus mir einen gehorsamen Vollstrecker seines Willens machen.«[32] Das Milieu, in dem Dimitrijević diese Talente einsetzte, war dezidiert männlich. Frauen kamen in seinem Erwachsenenleben nur am Rande vor; er ließ nie ein sexuelles Interesse an ihnen erkennen. Sein gewohntes Umfeld und der Schauplatz aller seiner Intrigen waren die rauchgeschwängerte, Männern vorbehaltene Welt der Belgrader Kaffeehäuser – ein Ort, der zugleich privat und öffentlich war, wo Gespräche geführt werden konnten, ohne dass sie zwangsläufig belauscht wurden. Die bekannteste erhaltene Aufnahme von ihm zeigt den Schnurrbart tragenden Ränkeschmied mit zwei Kameraden in einer charakteristisch verschwörerischen Pose.

Dimitrijević hatte ursprünglich die Absicht, das königliche Paar auf einem Ball im Zentrum Belgrads am 11. September (dem Geburtstag der Königin) zu ermorden. Nach einem Plan, der aus einem Agententhriller von Ian

Fleming stammen könnte, sollten zwei Offiziere das Kraftwerk an der Donau angreifen, das ganz Belgrad mit Strom versorgte, während ein anderer das kleinere Kraftwerk ausschalten sollte, das das Gebäude belieferte, in dem der Ball stattfand. Sobald die Lichter ausgegangen waren, wollten die vier Attentäter, die am Ball teilnahmen, die Vorhänge in Brand stecken, den Feueralarm auslösen und den König und seine Frau ermorden, indem sie die beiden zwangen, Gift zu schlucken (Feuerwaffen wären bei einer möglichen Durchsuchung entdeckt worden). Das Gift hatte man erfolgreich an einer Katze getestet, aber ansonsten scheiterte der Plan in jeder Beziehung. Das Kraftwerk erwies sich als zu schwer bewacht, und die Königin beschloss ohnehin, nicht an dem Ball teilzunehmen.[33]

Die Verschwörer ließen sich von diesem und anderen gescheiterten Anschlägen nicht abschrecken und dehnten in den folgenden zwei Jahren die Reichweite der Verschwörung eifrig aus. Über einhundert Offiziere wurden rekrutiert, darunter viele jüngere Militärs. Ende 1901 bestanden auch Kontakte zu zivilen politischen Führern, darunter der ehemalige Innenminister Djordje Genčić, eben jener, der einst wegen seines offenen Protests gegen die Heiratspläne des Königs geohrfeigt worden war. Im Herbst 1902 erhielt die Verschwörung in einem geheimen Schwur förmlich Ausdruck. Der von Dimitrijević-Apis stammende Wortlaut machte kein Hehl aus dem Ziel des Unternehmens: »In der Erwartung des sicheren Zusammenbruchs des Staates […] und da wir dafür in erster Linie den König und die Mätresse Draga Mašin verantwortlich machen, schwören wir, dass wir sie ermorden werden, und setzen zu diesem Zweck unsere Unterschrift darunter.«[34]

Im Frühjahr 1903, als dem Komplott zwischen 120 und 150 Verschwörer angehörten, war der Plan, das Königspaar im eigenen Palast zu ermorden, ausgereift. Die Durchführung erforderte jedoch umfassende Vorbereitungen, weil der König und seine Frau, die inzwischen von einer völlig berechtigten Paranoia erfasst worden waren, die Sicherheitsvorkehrungen verschärft hatten. Der König zeigte sich nie in der Stadt, außer in der Gesellschaft einer Schar von Begleitern; Draga hatte so große Angst vor einem Anschlag, dass sie sich einmal sechs Wochen lang nicht mehr aus dem Palast wagte. Die

Wachen in und um das Gebäude wurden verdoppelt. Die Gerüchte um einen bevorstehenden Putsch waren so weit verbreitet, dass selbst die Londoner *Times* vom 27. April 1903 eine »vertrauliche« Belgrader Quelle mit folgenden Worten zitierte: »Es existiert eine so weitreichende militärische Verschwörung gegen den Thron, dass weder der König noch die Regierung es wagen, Schritte zu unternehmen, um sie zu zerschlagen.«[35]

Durch die Rekrutierung wichtiger Insider, darunter auch Offiziere der Palastwache und der eigene Adjutant des Königs, verfügten die Verschwörer über eine Möglichkeit, an der Reihe der Wachen vorbeizukommen und sich Zutritt zu den innersten Gemächern zu verschaffen. Das Datum für den Anschlag wurde erst drei Tage zuvor festgelegt, als bekannt war, dass alle wichtigen Verschwörer an Ort und Stelle und an ihren jeweiligen Posten im Dienst sein würden. Es wurde vereinbart, dass die Sache mit der größtmöglichen Eile durchgezogen und anschließend sofort bekannt gegeben werden musste, um einem Eingreifen der Polizei oder der Regimenter, die dem König die Treue hielten, zuvorzukommen.[36] Das Bestreben, den Erfolg des Unternehmens so schnell wie möglich publik zu machen, dürfte nicht zuletzt erklären, weshalb man beschloss, die königlichen Leichen über den Balkon beim Schlafzimmer zu werfen. Apis schloss sich dem Mordkommando an, das sich Zutritt zu dem Palast verschaffte, verpasste jedoch den letzten Akt des Dramas: Er wurde bei einem Schusswechsel mit den Wachen am Haupteingang angeschossen und schwer verwundet. Er brach zusammen, verlor das Bewusstsein und wäre um ein Haar verblutet.



Ermordung der Obrenović, aus dem *Petit Journal*, 28. Juni 1903

»Verantwortungslose Akteure«

»Stadt ruhig, Bevölkerung scheint allgemein ungerührt«, bemerkte Sir George Bonham, der britische Botschafter in Belgrad in einer lapidaren Note am Abend des 11. Juni für London.[37] Die serbische »Revolution« sei, berichtete Bonham, von den Bewohnern der Hauptstadt »mit offener Befriedigung begrüßt« worden; der Tag nach den Morden sei »als Feiertag gefeiert und die Straßen mit Flaggen geschmückt« worden. Es herrschte »ein völliges Fehlen des gebührenden Bedauerns«.[38] Das »auffälligste Merkmal« der serbischen Tragödie, erklärte Sir Francis Plunkett, Bonhams Kollege in Wien, sei »die außerordentliche Ruhe, mit der die Durchführung eines so grässlichen Verbrechens akzeptiert worden sei«.[39]

Böse Zungen werteten diese gleichmütige Stimmung als Beweis für die Herzlosigkeit einer Nation, die von einer langen Tradition der Gewalt und des Königsmordes abgehärtet worden war. In Wahrheit hatten die Belgrader Bürger allen Grund, die Attentäter begeistert zu empfangen. Die Verschwörer

übergaben die Macht unverzüglich an eine provisorische Allparteienregierung. Das Parlament wurde rasch wieder einberufen. Peter Karadjordjević wurde aus seinem Schweizer Exil zurückgerufen und vom Parlament zum König gewählt. Die ausgeprägt demokratische Verfassung von 1888 wurde, nunmehr unter dem Namen Verfassung von 1903, mit geringfügigen Änderungen wieder in Kraft gesetzt. Das alte Problem der Rivalität zwischen zwei serbischen Dynastien war auf einen Schlag Vergangenheit. Der Umstand, dass Karadjordjević, der einen großen Teil seines Lebens in Frankreich und in der Schweiz verbracht hatte, ein Anhänger John Stuart Mills war (in seinen jüngeren Jahren hatte er sogar Mills Essay *Über die Freiheit* ins Serbische übersetzt), wurde von allen liberal Gesinnten außerordentlich begrüßt.

Noch ermutigender war Peters Erklärung, die er nach der Rückkehr aus dem Exil vor der Bevölkerung abgab, dass er die Absicht habe, »als wahrhaft verfassungsmäßiger König Serbiens zu regieren«.[40] Das Königreich wurde nunmehr zu einem echten parlamentarischen Staatswesen, in dem der Monarch herrschte, aber nicht regierte. Die Tatsache, dass der grausame Regierungschef Cincar-Marković, ein Günstling Alexanders, während des Umsturzes ermordet worden war, war ein eindeutiges Signal, dass politische Macht künftig auf dem Rückhalt der Bevölkerung und auf Parteinetzwerken basieren würde, statt auf dem guten Willen der Krone. Politische Parteien konnten ihrer Arbeit nachgehen, ohne ständig Repressionen befürchten zu müssen. Die Presse litt zumindest unter keiner so starken Zensur, wie sie unter den Obrenović üblich gewesen war. Es winkte die Aussicht auf ein nationales politisches Leben, das empfänglicher für die Bedürfnisse der Bevölkerung war und sich eher im Einklang mit der öffentlichen Meinung befand. Serbien stand an der Schwelle einer neuen Epoche seiner politischen Existenz.[41]

Wenn der Putsch von 1903 einige alte Fragen beantwortete, so schuf er auch neue Probleme, die sich massiv auf die Ereignisse von 1914 auswirken sollten. Vor allen Dingen löste sich das konspirative Netzwerk, das sich zum Mord an der Königsfamilie gebildet hatte, nicht einfach auf, sondern blieb weiterhin eine wichtige Kraft in der serbischen Politik und im öffentlichen

Leben. Der provisorischen revolutionären Regierung, die einen Tag nach den Morden gebildet wurde, gehörten vier Verschwörer (darunter die Minister für Krieg, öffentliche Bauten und Wirtschaft) und sechs Parteipolitiker an. Apis, der sich immer noch von seiner Schussverletzung erholte, wurde offiziell für die Verdienste gedankt, die er der Skupština erwiesen hatte, und er wurde zu einem Volkshelden. Der Umstand, dass das neue Regime seine Existenz dem blutigen Werk von Verschwörern verdankte, kombiniert mit der Angst vor dem, wozu das Netzwerk womöglich immer noch fähig war, machte offene Kritik schwierig. Ein Minister in der neuen Regierung vertraute zehn Tage nach dem Ereignis einem Zeitungskorrespondenten an, dass er die Aktionen der Attentäter für »beklagenswert« halte, aber »außerstande sei, sie offen so zu bezeichnen, wegen der Emotionen, welche die Äußerung bei der Armee auslösen könnte, auf deren Unterstützung sowohl der Thron als auch die Regierung angewiesen seien«.[42]

Das Netzwerk der Königsmörder hatte vor allem am Hof großen Einfluss. Bislang hätten die verschwörerischen Offiziere, berichtete der britische Gesandte Wilfred Thesiger im November 1905 aus Belgrad, »die wichtigste und sogar einzige Stütze seiner Majestät gebildet«; wenn man sie absetzen würde, hätte die Krone »keine Partei mehr, auf deren Hingabe oder sogar Freundschaft sie sich verlassen konnte«.[43] Folglich war es auch keine Überraschung, dass König Peter, als er im Winter 1905 nach einem Begleiter für seinen Sohn Kronprinz Djordje auf einer Reise durch Europa Ausschau hielt, keinen anderen als Apis auswählte, der eben erst eine lange Genesungphase hinter sich hatte. Drei der Kugeln, die in der Mordnacht in seinen Körper eingedrungen waren, steckten immer noch in ihm. Der Hauptarchitekt des Königsmordes erhielt die Aufgabe, dem nächsten Karadjordjević-König bis zum Ende seiner Erziehung als Prinz beizustehen. Allerdings sollte Djordje nie König werden; er disqualifizierte sich 1909 selbst von der serbischen Thronfolge, indem er seinen Kammerdiener zu Tode prügelte.[44]

Der österreichische Botschafter in Belgrad übertrieb folglich nur geringfügig, als er berichtete, dass der König selbst nach seiner Wahl durch das Parlament der »Gefangene« jener geblieben sei, die ihn an die Macht

gebracht hatten.[45] Der König sei eine Null, schloss ein hoher Vertreter im österreichischen Auswärtigen Amt Ende November. Das ganze Geschehen werde von den Leuten des 11. Juni gelenkt.[46] Die Verschwörer nutzten dieses Druckmittel, um sich die begehrtesten Posten im Militär und in der Regierung zu sichern. Die neu ernannten königlichen Adjutanten waren ausnahmslos Verschwörer, das Gleiche galt für die Ordonnanzoffiziere und den Direktor der Postabteilung im Kriegsministerium, überdies hatten die Verschwörer Einfluss auf militärische Ernennungen, selbst auf hohe Kommandoposten. Mit Hilfe ihres privilegierten Zugangs zum Monarchen übten sie auch auf politische Fragen von nationaler Bedeutung großen Einfluss aus.[47]

Die Machenschaften der Königsmörder wurden keineswegs kritiklos hingenommen. Die neue Regierung wurde von außen unter Druck gesetzt, sich von dem Netzwerk zu distanzieren, insbesondere von Großbritannien, das seinen bevollmächtigten Gesandten abzog und die Gesandtschaft in den Händen des Chargé d’affaires Thesiger ließ. Noch im Herbst 1905 wurden viele symbolträchtige Funktionen in Belgrad (in erster Linie Veranstaltungen am Hof) von Repräsentanten der europäischen Großmächte boykottiert. Innerhalb der Armee selbst entstand unter der Führung von Hauptmann Milan Novaković eine auf die Festungsstadt Niš konzentrierte »Gegenverschwörung«. In einem Manifest verlangte Novaković die Entlassung der 68 namentlich bekannten Königsmörder. Er wurde rasch verhaftet, und nach einer beherzten Verteidigung seiner Aktionen wurden er und seine Komplizen vor ein Militärgericht gestellt, schuldig gesprochen und zu unterschiedlich langen Gefängnisstrafen verurteilt. Als Novaković zwei Jahre später entlassen wurde, nahm er seine öffentlichen Attacken gegen die Königsmörder wieder auf und wurde erneut inhaftiert. Im September 1907 verschwanden er und ein männlicher Verwandter von ihm unter mysteriösen Umständen bei einem angeblichen Fluchtversuch – ein Skandal, der im Parlament und in der liberalen Presse einen Aufschrei der Empörung auslöste.[48] Die Frage, wie sich die Beziehung zwischen der Armee und den zivilen Behörden gestaltete, blieb folglich nach dem Attentat von 1903 ungeklärt, ein Umstand, der Serbiens Vorgehensweise im Jahr 1914 prägen

sollte.

Die Hauptlast der Verantwortung für den Umgang mit dieser heiklen Konstellation hatte der Führer der Radikalen Nikola Pašić zu tragen. Der in Zürich geschulte Bauingenieur Pašić war nach dem Königsmord der dominierende Politiker. In den Jahren 1904 bis 1918 leitete er zehn Kabinette über insgesamt neun Jahre. Als der Mann, der vor, während und nach den Schüssen von Sarajevo im Jahr 1914 an der Spitze der serbischen Politik stand, zählte Pašić zu den Hauptakteuren in der Krise, die dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges vorausging.

Seine Laufbahn gehört mit Sicherheit zu den bemerkenswertesten politischen Karrieren der modernen europäischen Geschichte, nicht nur wegen ihrer langen Dauer (Pašić war über vierzig Jahre in der serbischen Politik tätig), sondern auch wegen des Wechsels zwischen Momenten eines schwindelerregenden Triumphes und Situationen extremer Bedrängnis. Obwohl er eigentlich Bauwesen studiert hatte, widmete er sein ganzes Leben der Politik – das war auch einer der Gründe dafür, weshalb er erst im Alter von 45 Jahren heiratete.[49] Von Anfang an engagierte er sich mit aller Kraft für den Kampf um die serbische Unabhängigkeit von jeder Fremdherrschaft. Schon im Jahr 1875, als in Bosnien eine Revolte gegen die türkische Herrschaft ausbrach, fuhr der junge Pašić als Korrespondent für die irredentistische Zeitung *Narodno Oslobodjenje* (Nationale Befreiung) dorthin, um direkt von der Front des serbischen nationalen Kampfes zu berichten. Anfang der 1880er Jahre leitete er die Modernisierung der Radikalen Volkspartei, die bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs die mächtigste Kraft in der serbischen Politik bleiben sollte.

Die Radikalen traten für eine eklektische Politik ein, die liberale, konstitutionelle Ideen mit Aufrufen zu einer Expansion Serbiens und der territorialen Vereinigung aller Serben auf der Balkanhalbinsel kombinierte. Die Basis der Partei (und der Schlüssel zu ihren anhaltenden Wahlerfolgen) waren die Kleinbauern, die den größten Teil der Landesbevölkerung ausmachten. Als Bauernpartei übernahmen die Radikalen eine bunte Palette populistischer Strömungen, die sie mit panslawistischen Gruppierungen in Russland in Verbindung brachten. Der Berufsarmee standen sie misstrauisch

gegenüber, nicht nur weil sie die Belastung des Staatshaushaltes scheuten, die ihr Unterhalt mit sich brachte, sondern auch weil sie weiterhin das Konzept einer Bauernmiliz für die beste und natürlichste Form der bewaffneten Organisation hielten. Während des Timoker Aufstands von 1883 stellten sich die Radikalen an die Seite der Bauern, die gegen die Regierung die Waffen erhoben hatten, und auf die Niederschlagung des Aufstands folgten Repressionen gegen Führer der Radikalen. Auch Pašić geriet unter Verdacht. Er flüchtete noch rechtzeitig vor der Verhaftung ins Ausland und wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt. In seinen Jahren im Exil knüpfte er dauerhafte Kontakte nach St. Petersburg und wurde zum Liebling panslawistischer Kreise; seither war seine Politik stets eng mit der russischen Politik verbunden.[50] Nach Milans Abdankung im Jahr 1889 wurde Pašić, der während seiner Zeit im Exil zum Helden der Radikalen-Bewegung aufgestiegen war, begnadigt. Er kehrte unter dem Jubel der Bevölkerung nach Belgrad zurück und wurde zum Vorsitzenden der Skupština und danach zum Bürgermeister der Hauptstadt gewählt. Seine erste Amtszeit als Regierungschef (Februar 1891 bis August 1892) endete jedoch mit seinem Rücktritt aus Protest gegen die anhaltenden, nicht verfassungsgemäßen Machenschaften Milans und der Regenten.

Im Jahr 1893 schickte Alexander, nach seinem Staatsstreich gegen die Regentschaft, Pašić als serbischen Sondergesandten nach St. Petersburg. Auf diese Weise sollten die politischen Ambitionen Pašićs in Schach gehalten werden, gleichzeitig war er fern von Belgrad. Pašić bemühte sich darum, die russisch-serbischen Beziehungen zu verbessern, und machte kein Hehl aus seiner Überzeugung, dass eine künftige nationale Emanzipation Serbiens ohne russische Unterstützung letztlich unmöglich sei.[51] Aber seine Tätigkeit wurde durch den Wiedereintritt von Königvater Milan in die Belgrader Politik gestört. Mitglieder der Radikalen wurden gejagt und aus dem Staatsdienst vertrieben, Pašić wurde abberufen. In den Jahren der Milan-Alexander-Herrschaft wurde Pašić aufmerksam beobachtet und von der Macht ferngehalten. Im Jahr 1898 wurde er unter dem Vorwand, er habe Milan in einem Parteiorgan beleidigt, zu neun Monaten Haft verurteilt. Pašić war noch in Haft, als das Land 1899 von einem gescheiterten Anschlag auf

den Königvater erschüttert wurde. Einmal mehr wurden die Radikalen der Mittäterschaft verdächtigt, obwohl ihre Verbindung zu dem jungen Bosnier, der den Schuss abgegeben hatte, bis heute unklar ist. König Alexander forderte die Hinrichtung Pašićs wegen des Verdachts auf Komplizenschaft bei dem Mordversuch, doch das Leben des Radikalenführers wurde (Ironie der Geschichte mit Blick auf die späteren Ereignisse) ausgerechnet durch die nachdrücklichen Proteste der österreichisch-ungarischen Regierung gerettet. In einer für Alexanders Herrschaft charakteristischen List wurde Pašić mitgeteilt, dass er gemeinsam mit einem Dutzend seiner Parteigenossen hingerichtet werde, wenn er nicht ein Eingeständnis einer moralischen Mitschuld an dem Mordanschlag unterschrieb. Da er nicht wusste, dass sein Leben durch die Intervention Wiens bereits gerettet war, willigte er ein. Das Dokument wurde anschließend veröffentlicht, und bei der Entlassung aus dem Gefängnis stand Pašić unter dem Verdacht, dass er seine Partei befleckt habe, um seine Haut zu retten. Biologisch war er am Leben, aber politisch war er, zumindest bis auf Weiteres, tot. In den unruhigen letzten Jahren der Herrschaft Alexanders zog er sich fast ganz aus dem öffentlichen Leben zurück.

Der Regimewechsel leitete die Glanzzeiten für Pašićs politische Karriere ein. Er und seine Partei waren nunmehr die dominierende Kraft im öffentlichen Leben Serbiens. Die Macht passte zu diesem Mann, der so lange darum gekämpft hatte, und er wuchs rasch in die Rolle eines Vaters der Nation. Die Belgrader intellektuelle Elite mochte Pašić nicht, aber er genoss einen enormen Rückhalt unter der Bauernschaft. Er sprach mit dem starken, rustikalen Dialekt, der in der Gegend um Zaječar üblich war und über den sich die Belgrader lustig machten. Seine Ausdrucksweise war stockend, und seine Äußerungen waren mit Abschweifungen und Einwürfen gespickt, die sich hervorragend für Anekdoten eigneten. Als man Pašić erzählte, dass der berühmte Satiriker Branislav Nušić 1908 gegen die Annexion Bosniens und Herzegowinas protestiert hatte, indem er an der Spitze einer Demonstration durch die Stadt marschierte und anschließend mit dem Pferd in das Außenministerium ritt, antwortete er dem Vernehmen nach: »Ähhmm … sehen Sie … Ich wusste, dass er gute Bücher schreibt, aber äh … dass er so

gut reiten kann, das habe ich nicht gewusst …«[52] Pašić war ein schlechter Redner, aber ein ausgezeichneter Moderator, insbesondere bei den Bauern, welche die überwältigende Mehrheit der serbischen Wählerschaft ausmachten. In ihren Augen waren Pašićs introvertierte, unverfälschte Redeweise und sein spät zündender Witz, ganz zu schweigen von seinem üppigen, patriarchalischen Bartwuchs, Kennzeichen einer beinahe übernatürlichen Vernunft, Voraussicht und Weisheit. Unter seinen Freunden und Anhängern wurde er nur »Baja« genannt – ein Wort, das einen gestandenen Mann bezeichnet, der von seinen Zeitgenossen nicht nur respektiert, sondern auch geliebt wird.[53]

Ein Todesurteil, lange Jahre im Exil, die Paranoia eines Lebens unter ständiger Beobachtung – all dies hinterließ einen tiefen Eindruck auf Pašićs Verhalten und Ansichten als Politiker. Vorsicht, Geheimhaltung und nebulöse Ausdrucksweise wurden ihm zur Gewohnheit. Viele Jahre später erinnerte sich ein ehemaliger Sekretär, dass Pašić dazu neigte, Ideen und Entscheidungen nicht auf Papier festzuhalten, ja nicht einmal auszusprechen. Er hatte die Gewohnheit, regelmäßig seine Papiere zu verbrennen, amtliche ebenso wie private. Er entwickelte eine Tendenz, sich in potenziellen Konfliktsituationen passiv zu verhalten, und deckte nur ungern seine Karten allzu früh auf, sondern immer in letzter Sekunde. Er war so sehr Pragmatiker, dass er für seine Gegner anscheinend überhaupt keine Prinzipien besaß. Das Ganze war mit einer starken Sensibilität für die öffentliche Meinung verwoben, mit dem Bedürfnis, im Einklang mit der serbischen Nation zu stehen, für deren Sache er gelitten und gearbeitet hatte.[54] Pašić wurde schon im Vorfeld von der Verschwörung gegen das Königspaar in Kenntnis gesetzt und wahrte die Geheimhaltung, lehnte es aber ab, sich aktiv daran zu beteiligen. Als man ihm am Tag vor dem Angriff auf den Palast die Einzelheiten der geplanten Operation zukommen ließ, reagierte er auf eine Weise, die charakteristisch für ihn war: Er setzte sich mit seiner Familie in einen Zug, der sie an die Adriaküste brachte, die damals unter österreichischer Herrschaft war. Dort wartete er die Konsequenzen ab.

Pašić war sich darüber im Klaren, dass sein Erfolg davon abhing, dass er seine eigene und die Unabhängigkeit der Regierung garantierte, während er

zugleich eine stabile und dauerhafte Beziehung zur Armee und dem in ihr existierenden konspirativen Netzwerk aufbaute. Es ging nicht nur um die gut hundert Mann, die tatsächlich an der Verschwörung teilgenommen hatten, sondern um die vielen jüngeren Offiziere (deren Zahl unaufhaltsam stieg), die in den Verschwörern die Inkarnation des serbischen nationalen Willens sahen. Erschwerend kam noch hinzu, dass die stärksten politischen Gegner Pašićs, die Unabhängigen Radikalen, eine Splittergruppe, die sich 1901 von seiner eigenen Partei abgespalten hatte, bereit waren, mit den Königsmördern zusammenzuarbeiten, wenn diese ihnen halfen, die Regierung Pašić zu untergraben.

Pašić verhielt sich in dieser prekären Lage außerordentlich klug. Er machte einzelnen Verschwörern persönliche Angebote, mit dem Ziel, die Bildung einer Koalition gegen die Regierung zu stören. Ungeachtet der Proteste seiner Parteikollegen unterstützte er ein großzügiges Finanzierungspaket für die Armee, das zum Teil den Boden wiedergutmachte, der seit dem Abtritt des Königvaters Milan verloren gegangen war; in aller Öffentlichkeit erkannte er die Legitimität des Staatsstreichs von 1903 an (eine Angelegenheit von großer symbolischer Bedeutung für die Verschwörer) und widersetzte sich allen Bemühungen, die Königsmörder vor Gericht zu stellen. Gleichzeitig arbeitete er jedoch zielstrebig darauf hin, ihre Präsenz im öffentlichen Leben einzuschränken. Als bekannt wurde, dass die Verschwörer die Absicht hatten, zum ersten Jahrestag der Morde einen festlichen Ball zu veranstalten, intervenierte Pašić (damals in seiner Funktion als Außenminister) und verschob die Veranstaltung auf den 15. Juni, den Jahrestag der Wahl des neuen Königs. Im Jahr 1905, als der politische Einfluss der Königsmörder häufig in der Presse und im Parlament thematisiert wurde, warnte Pašić die Skupština vor der Gefahr für die demokratische Ordnung durch »verantwortungslose Akteure«, die außerhalb der Strukturen der konstitutionellen Befehlsgewalt operierten – eine Linie, die beim Fußvolk der Radikalen Volkspartei gut ankam. Für den, in ihren Augen, Prätorianergeist des Offizierskorps hatten sie nichts übrig. Im Jahr 1906 nutzte er geschickt die Erneuerung normaler Beziehungen zu Großbritannien, um eine Reihe hoher Offiziere unter den Königsmördern in den Ruhestand zu schicken.[55]

Diese raffinierten Manöver hatten eine ambivalente Wirkung. Die prominentesten Verschwörer wurden von ihren exponierten Posten entfernt, und der Einfluss ihres Netzwerks auf die Politik wurde kurzfristig verringert. Auf der anderen Seite konnte Pašić kaum etwas unternehmen, um ihre wachsende Stärke innerhalb der Armee und unter sympathisierenden Zivilisten zu stoppen, unter den sogenannten *zaveritelji* – jenen, die sich nach der Tat zur Verschwörung bekehrten –, die zu noch radikaleren Ansichten als die ursprünglichen Komplizen neigten.[56] Und der wohl wichtigste Punkt: Nach der Entfernung der höchsten Königsmörder aus dem öffentlichen Leben erlangte der unermüdliche Apis eine Stellung unumstrittener Dominanz innerhalb des Netzwerks. Apis stand stets im Mittelpunkt bei Jahrestagen des Königsmordes, zu denen sich die Offiziere trafen, um in dem Restaurant Kolarac in einem kleinen Park in der Nähe des Nationaltheaters im Stadtzentrum von Belgrad ein Bier zu trinken und ein wenig zu feiern. Und er trug mehr als jeder andere Offizier dazu bei, einen harten Kern ultranationalistischer Offiziere zu rekrutieren, die bereit waren, den Kampf um die Vereinigung aller Serben mit allen Mitteln zu unterstützen.

Mentale Karten

Der Idee der »Vereinigung aller Serben« lag ein mentales Bild Serbiens zugrunde, das wenig mit der politischen Landkarte der Balkanhalbinsel um die Jahrhundertwende zu tun hatte. Den einflussreichsten Ausdruck fand die Idee in einem geheimen Memorandum, das der serbische Innenminister Ilija Garašanin schon 1844 für Fürst Alexander Karadjordjević verfasst hatte. Garašanins Vorschlag, der nach der Veröffentlichung im Jahr 1906 als *Načertanije* (abgeleitet von dem altserbischen *náčrt*, »Entwurf«) bezeichnet wurde, skizzierte ein »Programm für die nationale und auswärtige Politik Serbiens«. Der Einfluss dieses Dokuments auf serbische Politiker und Patrioten kann kaum hoch genug veranschlagt werden; im Laufe der Zeit wurde es zur Magna Charta der serbischen Nationalbewegung.[57]

Garašanin begann sein Memorandum mit der Feststellung, dass Serbien »klein« sei, aber »in diesem Zustand nicht bleiben darf«.[58] Das erste Gebot

der serbischen Politik müsse, führte er aus, das »Prinzip der nationalen Einheit« sein, womit er die Vereinigung aller Serben innerhalb der Grenzen eines serbischen Staates meinte: »Wo ein Serbe lebt, dort ist Serbien.« Das historische Vorbild für diese weit gefasste Vision eines serbischen Staatswesens war das mittelalterliche Reich Stepan Dušans, ein großes Territorium, das den größten Teil der heutigen serbischen Republik umfasst, dazu das gesamte heutige Albanien, den größten Teil Makedoniens und den Norden und mittleren Teil Griechenlands. Bemerkenswerterweise gehörte Bosnien jedoch nicht dazu.

Zar Dušans Reich brach nach der Niederlage gegen die Türken auf dem Amselfeld, dem *Kosovo Polje*, am 28. Juni 1389 zusammen. Dieser Rückschlag habe jedoch, so Garašanin, nicht die Legitimität des serbischen Staates aufgehoben; er habe lediglich die historische Existenz unterbrochen. Die »Wiederherstellung« eines Großserbiens, das alle Serben in sich vereine, sei folglich keine Neuerung, sondern der Ausdruck eines alten historischen Rechtes. »Unserem Streben kann man nicht vorwerfen, dass es etwas Neues, Unbegründetes, dass es Revolution und Umsturz sei, sondern jeder muss anerkennen, dass es politisch notwendig ist, dass es in sehr alter Zeit begründet wurde und seine Wurzeln im ehemaligen staatlichen und nationalen Leben der Serben hat.«[59] Garašanins Argumentation zeichnete sich somit durch eben jene dramatische Verkürzung historischer Zeiträume aus, die man häufig bei Diskussionen in sich geschlossener Nationalbewegungen beobachtet; überdies stützte sie sich auf die Fiktion, dass Zar Dušans weitläufiges, multiethnisches, bunt zusammengewürfeltes mittelalterliches Staatswesen mit der modernen Vorstellung eines kulturell und sprachlich homogenen Nationalstaates gleichgesetzt werden könne. Serbische Patrioten sahen in dieser Beziehung keine Unstimmigkeit, weil sie behaupteten, dass so gut wie alle Bewohner dieser Ländereien im Grunde Serben seien. Vuk Karadžić, der Begründer der modernen serbokroatischen Literatursprache und Autor eines berühmten nationalistischen Traktats »Srbi svi i svuda« (»Serben alle und überall«, veröffentlicht 1836), sprach von einer Nation aus fünf Millionen Serben, welche die »serbische Sprache« sprachen und von Bosnien und Herzegowina über das Temescher Banat (im

Osten Ungarns, heute Timişoara in Westrumänien), die Bačka (eine Region, die von Nordserbien bis nach Südungarn reicht), Kroatien, Dalmatien bis zur Adriaküste von Triest bis nach Nordalbanien verstreut waren. Freilich gebe es, räumte Karadžić ein, in jenen Ländern auch Menschen »römischen Glaubens« (damit meinte er insbesondere die Kroaten), denen es »noch schwerfällt, sich Serben zu nennen, aber sie werden sich entsprechend den Umständen nach und nach daran gewöhnen, denn wenn sie keine Serben sein wollen, haben sie keinerlei Volksnamen«.[60]

Das Vereinigungsprogramm verpflichtete das serbische Staatswesen, wie Garašanin genau wusste, zu einem langwierigen Kampf gegen die beiden großen Territorialmächte, das Osmanische und das Habsburger Reich, deren Herrschaftsgebiet in jenes Großserbien hineinreichte, das den Nationalisten vorschwebte. Im Jahr 1844 kontrollierte noch das Osmanische Reich den größten Teil des Balkans. »Serbien muss unablässig danach trachten, Stein für Stein aus der Fassade des türkischen Staates herauszulösen und sich selbst einzuverleiben, sodass es dieses gute Material auf den guten alten Fundamenten des serbischen Reiches für den Aufbau und die Gründung eines großen neuen serbischen Staates nutzen kann.«[61] Auch Österreich war dazu bestimmt, zum Feind der Serben zu werden.[62] In Ungarn, Kroatien-Slawonien und Istrien-Dalmatien lebten Serben (von den unzähligen Kroaten ganz zu schweigen, die das Serbentum noch nicht angenommen hatten), die angeblich nur auf die Befreiung von der Habsburgischen Herrschaft und die Vereinigung unter dem Dach des serbischen Staates warteten.

Bis zum Jahr 1918, als ein großer Teil der Ziele erfüllt wurde, blieb Garašanins Memorandum die zentrale politische Blaupause für Serbiens Herrscher; zugleich wurden über eine nationalistische Propaganda, die teilweise von Belgrad aus koordiniert und teilweise von patriotischen Netzwerken innerhalb der Presse gefördert wurde, der Bevölkerung weitgehend die Leitlinien eingetrichtert.[63] Die großserbische Vision war aber nicht allein eine Frage der Regierungspolitik oder gar der Propaganda. Sie war tief mit der Kultur und Identität der Serben verwoben. Die Erinnerung an Dušans großes Reich hallt in der außerordentlich reichen Überlieferung serbischer Volkslieder nach. Es handelt sich um lange Balladen, die früher

meist zu der melancholischen Begleitung der einsaitigen Gusla gesungen wurden, in denen Sänger und Zuhörer von Neuem die großartigen, archetypischen Momente der serbischen Geschichte durchlebten. Diese Lieder stellten in Dörfern und auf Märkten in den ganzen serbischen Landen ein erstaunlich enges Band zwischen Dichtung, Geschichte und Identität her. Ein früher Bewunderer dieses Phänomens war der deutsche Historiker Leopold von Ranke, der in seiner 1829 erschienen Geschichte der »serbischen Revolution« schreibt: »Da ist wohl der Betrachtung werth [sic], wie die Geschichte der Nation, von dem Gedicht ergriffen, hiedurch erst in einen nationalen Besitz verwandelt und für das lebendige Andenken gerettet worden ist.«[64]

Im Rahmen dieser Überlieferung wurde vor allen Dingen die Erinnerung an den serbischen Kampf gegen jede Fremdherrschaft bewahrt. Ein immer wiederkehrendes Thema war die Niederlage der Serben gegen die Türken auf dem Kosovo Polje am 28. Juni 1389. Diese eher unbedeutende Schlacht im Mittelalter, die im Lauf der Jahrhunderte ausgeschmückt wurde, entwickelte sich zu einem symbolischen, mustergültig geführten Kampf zwischen dem Serbentum und seinem ungläubigen Erzfeind. Um sie rankte sich eine Chronik, in der herausragende Helden, welche die Serben in der Zeit der Not vereint hatten, ebenso vorkommen wie verräterische Schurken, die mit ihrer Unterstützung der gemeinsamen Sache gezögert oder die Serben an ihre Feinde verraten hatten. Dem mythischen Pantheon gehört der gefeierte Attentäter Miloš Obilić an, von dem die Lieder erzählen, dass er sich am Tag der Schlacht ins türkische Hauptquartier geschlichen und dem Sultan die Kehle durchgeschnitten habe, ehe die osmanischen Wachen ihn fassten und köpften. Mordanschläge, Märtyrertod, Opfergeist und der Durst nach Rache im Namen der Toten sind die zentralen Motive.[65]

Ein fiktives Serbien, das in eine mythische Vergangenheit projiziert wurde, wird in dieser Liedkultur überaus lebendig. Während sich der britische Archäologe Sir Arthur Evans Vorträge der epischen Lieder unter den bosnischen Serben zur Zeit des Aufstands gegen die Türken von 1875 anhörte, wunderte er sich über ihre Fähigkeit, »den bosnischen Serben die engeren Traditionen seines […] Königreichs in diesen ruhmreicheren

Legenden vergessen zu lassen«, seine Erfahrung mit der seiner »Brüder« in allen serbischen Ländereien zu verschmelzen und dadurch »das Gewäsch der Geographen und Diplomaten zu übertönen«.[66] Es stimmt, dass diese Kultur der mündlichen Überlieferung im 19. Jahrhundert in eine Ära des allmählichen Niedergangs eintrat, weil sie nach und nach von gedruckten Werken verdrängt wurde. Doch der britische Diplomat Sir Charles Eliot hörte noch 1897 diese Epen, die von fahrenden Spielmännern auf Märkten im Tal der Drina vorgetragen wurden, als er durch Serbien reiste. »Diese Rhapsodien«, kommentierte er, »werden in einem monotonen Singsang zur Begleitung einer Gitarre mit einer Saite gesungen, aber mit einem so echten Gefühl und Ausdruck, dass die gesamte Wirkung nicht unangenehm ist.«[67] Auf jeden Fall sorgte die außerordentlich einflussreiche gedruckte Sammlung, die Vuk Karadžić zusammenstellte und veröffentlichte, dafür, dass die Lieder weiterhin unter der wachsenden literarischen Elite kursierten. Darüber hinaus wuchs der epische Korpus noch weiter an. Das Epos *Der Bergkranz*, ein Klassiker des Genres, der 1847 von dem Fürstbischof von Montenegro Petar II. Petrović-Njegoš veröffentlicht wurde, glorifiziert den legendären Tyrannenmörder und nationalen Märtyrer Miloš Obilić und ruft zu einer Erneuerung des Kampfes gegen die Fremdherrschaft auf. *Der Bergkranz* wurde in den nationalen serbischen Kanon aufgenommen und ist seither ein fester Bestandteil.[68]

Aufgrund der Verpflichtung, »verloren gegangene« serbische Territorien zurückzugewinnen, gepaart mit dem Handicap einer exponierten Lage zwischen zwei großen Reichen, zeichnete sich die Außenpolitik des serbischen Staates durch eine ganze Reihe auffälliger Merkmale aus. An erster Stelle ist hier die Unbestimmtheit der geographischen Ausrichtung zu nennen. Ein grundsätzliches Engagement für ein Großserbien war das eine, aber wo genau sollte die Rückeroberung beginnen? In der Vojvodina, im Königreich Ungarn? Im osmanischen Kosovo, das unter dem Namen »Altserbien« bekannt war? In Bosnien, das nie Teil von Dušans Reich gewesen war, in dem aber ein beträchtlicher Anteil an Serben lebte? Oder in Makedonien im Süden, das noch unter osmanischer Herrschaft stand? Das Missverhältnis zwischen dem visionären Ziel der »Vereinigung« und den

kläglichen finanziellen und militärischen Ressourcen, die dem serbischen Staat zur Verfügung standen, brachte es mit sich, dass den Entscheidungsträgern in Belgrad nichts anderes übrig blieb, als opportunistisch auf die rasch wechselnden Bedingungen auf dem Balkan zu reagieren. Als Folge wechselte die Ausrichtung der serbischen Außenpolitik zwischen 1844 und 1914 wie eine Kompassnadel von einem Punkt an der Peripherie des Staates zum anderen. Dabei war der eigentliche Grund für diese Oszillationen häufig die Reaktion auf ein bestimmtes Ereignis. Im Jahr 1848 etwa, als sich Serben in der Vojvodina gegen die Magyarisierungspolitik der ungarischen revolutionären Regierung auflehnten, unterstützte Garašanin sie von dem Fürstentum Serbien aus mit Vorräten und Freiwilligenverbänden. Im Jahr 1875 waren alle Augen auf die Herzegowina gerichtet, wo sich die Serben gegen die osmanische Herrschaft erhoben hatten – unter denjenigen, die sich eilends an den Schauplatz des Kampfes begaben, befanden sich Pašić und der militärische Kommandeur und künftige König Peter Karadjordjević, der dort unter einem falschen Namen kämpfte. Nach 1903 hatte Belgrad im Zuge eines verfrühten lokalen Aufstands gegen die Türken ein verstärktes Interesse daran, die Serben des osmanischen Makedoniens zu befreien. Und im Jahr 1908, als die Österreicher formell Bosnien-Herzegowina annektierten (das seit 1878 von ihnen besetzt war), schnellten die besetzten Gebiete ganz oben auf die Agenda. In den Jahren 1912 und 1913 hingegen hatte einmal mehr Makedonien oberste Priorität.

Die serbische Außenpolitik litt unter der Diskrepanz zwischen dem visionären Nationalismus, der die politische Kultur des Landes durchdrang, und den komplexen, ethnischen Realitäten auf dem Balkan. Das Kosovo stand im Zentrum der serbischen mythischen Landschaft, war aber ethnisch gesehen kein rein serbisches Gebiet. Albanisch sprechende Muslime stellten dort spätestens seit dem 18. Jahrhundert die Mehrheit.[69] Viele Serben, die Vuk Karadžić in Dalmatien und Istrien gezählt hatte, waren in Wirklichkeit Kroaten, die überhaupt nicht den Wunsch hatten, sich einem großserbischen Staat anzuschließen. Bosnien wiederum, das historisch gesehen nie ein Teil Serbiens gewesen war, beheimatete viele Serben (als die beiden Provinzen 1878 von Österreich-Ungarn besetzt wurden, stellten sie 43 Prozent der

Bevölkerung von Bosnien und Herzegowina), dort lebten aber auch katholische Kroaten (rund 20 Prozent) und bosnische Muslime (etwa 33 Prozent). (Das Überleben einer beachtlichen muslimischen Minderheit zählte zu den Merkmalen Bosniens; in Serbien selbst waren muslimische Gemeinschaften während des langen Unabhängigkeitskampfes größtenteils zur Auswanderung getrieben, deportiert oder getötet worden.)[70]

Noch komplizierter war die Lage im Fall Makedoniens. Auf die heutige politische Karte des Balkans übertragen, umfasst die geographische Region, die man gemeinhin Makedonien nennt, neben der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien Grenzregionen entlang der südserbischen und ostalbanischen Randgebiete, einen großen Teil des Südwestens von Bulgarien und einen großen Teil Nordgriechenlands.[71] Die genauen historischen Grenzen Makedoniens sind noch heute umstritten (man denke an den immer noch schwelenden Konflikt zwischen Athen und Skopje um den Gebrauch des Namens »Mazedonien« für die heutige Republik), genau wie die Frage, ob und in welchem Ausmaß diese Region überhaupt eine eigene kulturelle, linguistische oder nationale Identität besitzt (nach heutigem Stand wird die Existenz einer mazedonischen Sprache von Linguisten auf der ganzen Welt anerkannt, mit Ausnahme Serbiens, Bulgariens und Griechenlands).[72] Im Jahr 1897 wunderte sich Sir Charles Eliot bei seiner Reise durch Serbien darüber, dass seine serbischen Reisegefährten »nicht zugeben wollten, dass es in Makedonien auch Bulgaren gab«, stattdessen bestanden sie darauf, »dass die slawischen Bewohner des Landes ausnahmslos Serben seien«.[73] Als die Carnegie-Stiftung 16 Jahre später eine Kommission in das Gebiet entsandte, welche die im Zuge des Zweiten Balkankrieges begangenen Gräueltaten untersuchen sollte, war es ihr unmöglich, einen lokalen Konsens über die ethnische Abstammung der Menschen herzustellen, die in Makedonien lebten. Die Atmosphäre, in der diese Themen diskutiert wurden, war zu stark polarisiert, selbst an den Universitäten. Der Bericht, den die Kommission im selben Jahr veröffentlichte, enthielt nicht eine, sondern zwei ethnische Karten der Region, welche die Sichtweise Belgrads beziehungsweise Sofias wiedergaben. Nach der einen wimmelte es in West- und Nordmakedonien nur so von nicht befreiten Serben, die sehnlich auf die Vereinigung mit ihrem

Vaterland warteten, in der anderen erschien die Region hingegen als Kernland des bulgarischen Siedlungsgebietes.[74] In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts leiteten die Serben, Griechen und Bulgaren allesamt überaus rührige Propagandabehörden in Makedonien, deren Ziel es war, die einheimischen Slawen für ihre jeweilige nationale Sache zu gewinnen.

In Anbetracht des Missverhältnisses zwischen nationaler Vision und ethnischen Realitäten ließ sich kaum vermeiden, dass die Verwirklichung serbischer Ziele gewaltsam verlaufen würde, und zwar nicht nur auf regionaler Ebene, wo die Interessen der mehr oder weniger großen Mächte zum Tragen kamen, sondern auch in den Städten und Dörfern der umstrittenen Gebiete. Manche Staatsmänner begegneten dieser Herausforderung, indem sie versuchten, die nationalen serbischen Ziele in eine großzügigere »serbokroatische« politische Vision zu verpacken, welche die Idee einer multiethnischen Zusammenarbeit implizierte. Zu ihnen zählte auch Nikola Pašić, der in den neunziger Jahren ausführlich darüber geschrieben hatte, dass sich Serben und Kroaten in einer Welt, wo kleine Nationen zum Niedergang verdammt waren, unbedingt vereinigen müssten. Diesen schönen Worten lagen jedoch die Annahmen zugrunde, dass erstens Serben und Kroaten im Grunde das gleiche Volk seien und dass zweitens die Serben in diesem Prozess die Führungsrolle übernehmen mussten, weil sie ein authentischeres slawisches Volk als die katholischen Kroaten seien, die so lange »dem Einfluss der fremden Kultur« ausgesetzt waren.[75]

Serbien konnte es sich kaum leisten, die genannten Ziele vor den Augen der ganzen Welt zu verfolgen. Ein gewisses Maß an Heimlichkeit war folglich bei dem Trachten nach »Freiheit« für die Serben, die noch Untertanen der benachbarten Staaten oder Reiche waren, bereits vorprogrammiert. Garašanin verkündete dieses Gebot 1848 während des Aufstands in der Vojvodina. »Die Serben der Vojvodina«, schrieb er, »erwarten vom ganzen Serbentum eine helfende Hand, damit sie über ihren traditionellen Feind triumphieren können. […] Aber aus politischen Gründen können wir ihnen nicht ganz offen helfen. Es bleibt uns nur die Möglichkeit, ihnen heimlich beizustehen.«[76] Diese Vorliebe für verdeckte Operationen ist auch in Makedonien zu beobachten. Nach einem gescheiterten Aufstand der

Makedonier gegen die Türken im August 1903 fing das neue Karadjordjević-Regime an, sich aktiv in der Region zu engagieren. Es wurden Komitees gegründet, um die serbische Guerillatätigkeit in Makedonien zu fördern, und in Belgrad fanden Versammlungen statt, auf denen Banden von Freischärlern rekrutiert und ausgestattet wurden. Als der serbische Außenminister Kaljević von dem osmanischen Gesandten in Belgrad zur Rede gestellt wurde, dementierte er jede Beteiligung der Regierung und protestierte, dass die Versammlungen jedenfalls nicht illegal seien, weil man sie nicht »zur Aufstellung von Banden« einberufen habe, »sondern zum Sammeln von Geldern und zum Ausdruck der Sympathie für die Glaubensbrüder jenseits der Grenze«.[77]

Die Königsmörder waren eng in diese grenzüberschreitende Tätigkeit verwickelt. Die Verschwörer und ihre Mitläufer in der Armee beriefen ein informelles nationales Komitee in Belgrad ein, koordinierten die Kampagne und befehligten viele Freiwilligenverbände. Streng genommen handelte es sich nicht um Einheiten der eigentlichen serbischen Armee, aber der Umstand, dass den freiwilligen Offizieren sofort von der Militärführung Urlaub gewährt wurde, lässt auf eine großzügige Unterstützung von offizieller Seite schließen.[78] Die Tätigkeit der Milizen weitete sich stetig aus, und es kam zu zahlreichen gewaltsamen Zusammenstößen zwischen serbischen *Četniks* (Freischärlern) und Banden bulgarischer Freiwilliger. Im Februar 1907 verlangte die britische Regierung, dass Belgrad dieser Aktivität ein Ende setzte, die aller Wahrscheinlichkeit nach einen Krieg zwischen Serbien und Bulgarien auslösen würde. Einmal mehr wies Belgrad jede Verantwortung von sich, bestritt, dass es die Tätigkeit der Četniks unterstütze, und erklärte, es könne sein Volk »nicht daran hindern, sich gegen ausländische Banden zu verteidigen«. Die Glaubwürdigkeit dieser Haltung wurde jedoch durch die fortwährende Unterstützung des Kampfes seitens der Regierung untergraben – im November 1906 hatte die Skupština bereits 300000 Dinar an Hilfsgeldern für Serben bewilligt, die in Altserbien und Makedonien leiden mussten, und darauf folgte noch ein »geheimer Kredit« für »außerordentliche Ausgaben und die Verteidigung der nationalen Interessen«.[79]

Ein derartiger Irredentismus barg allerdings ein gewisses Risiko. Es war leicht, Guerillakämpfer ins Feld zu schicken, aber es war schwierig, sie zu kontrollieren, sobald sie an Ort und Stelle waren. Im Winter 1907 war bereits klar, dass eine Reihe der Četnik-Banden in Makedonien gänzlich unabhängig operierte. Nur unter großen Schwierigkeiten gelang es einem Gesandten aus Belgrad, die Kontrolle wiederherzustellen. Die Lehre aus dem »makedonischen Verwirrspiel« war somit ambivalent, was für die Ereignisse von 1914 verhängnisvolle Folgen hatte. Auf der einen Seite barg die Dezentralisierung von Befehlsfunktionen an Zellen, die von Mitgliedern des Verschwörernetzwerks dominiert wurden, die Gefahr, dass die Kontrolle über die nationale serbische Politik dem politischen Zentrum entgleiten und an unverantwortliche Elemente an der Peripherie übergehen könnte. Auf der anderen Seite demonstrierte die Diplomatie der Jahre 1906/07, dass die unklare Beziehung zwischen der serbischen Regierung und den Netzwerken, denen man die irredentistische Politik anvertraute, genutzt werden konnte, um die politische Verantwortung von Belgrad abzulenken und den Spielraum der Regierung auszuweiten. Die politische Elite in Belgrad gewöhnte sich eine Art Doppeldenken an, das darauf basierte, phasenweise den Anschein zu erwecken, die offizielle Außenpolitik Serbiens und das Werk der nationalen Befreiung jenseits der Staatsgrenzen seien voneinander unabhängige Phänomene.

Separation

»Eine Einigung und Harmonie mit Österreich sind für Serbien ein Ding der Unmöglichkeit«, schrieb Garašanin im Jahr 1844.[80] Bis zum Jahr 1903 war das Potenzial für einen offenen Konflikt zwischen Belgrad und Wien begrenzt. Die beiden Länder hatten eine lange Grenze gemeinsam, die aus der Sicht Belgrads kaum verteidigt werden konnte. Die serbische Hauptstadt, die malerisch an der Vereinigung der Flüsse Donau und Save lag, war von der Grenze zu Österreich-Ungarn nur einen Katzensprung entfernt. Serbische Exporte gingen hauptsächlich in die Habsburger Monarchie, und ein großer Teil der Importe stammte von dort. Die Erfordernisse der geographischen

Lage wurden durch Russlands Politik in der Region noch verstärkt. Auf dem Berliner Kongress von 1878 hatte Russland dazu beigetragen, ein großes bulgarisches Staatswesen aus dem Osmanischen Reich herauszulösen, in der Erwartung, dass Bulgarien ein russischer Vasall bleiben würde. Da bereits absehbar war, dass sich Bulgarien und Serbien eines Tages um Gebiete in Makedonien streiten würden, trachtete Fürst (später König) Milan danach, dieser Gefahr durch eine engere Anlehnung an Wien entgegenzutreten. Die russische Unterstützung für Sofia trieb Serbien folglich Wien in die Arme. Solange Russland in der Balkanpolitik auf Bulgarien setzte, würden die Beziehungen zwischen Wien und Belgrad wahrscheinlich harmonisch bleiben.

Im Juni 1881 einigten sich Österreich-Ungarn und Serbien auf ein Handelsabkommen. Drei Wochen danach wurde dies um eine geheime Übereinkunft ergänzt, die Fürst Milan persönlich ausgehandelt und unterschrieben hatte. Darin hieß es, dass Österreich-Ungarn Serbien nicht nur in seinem Bestreben, den Status eines Königreichs zu erlangen, beistehen werde, sondern auch serbische Gebietsansprüche in Makedonien unterstützen werde. Serbien willigte seinerseits ein, die Stellung der Monarchie in Bosnien und Herzegowina nicht zu untergraben. Unter Paragraph II hieß es, dass Serbien »weder politische, religiöse noch sonstige Intrigen von seinem Territorium aus zulassen werde, die gegen die österreichisch-ungarische Monarchie gerichtet waren, einschließlich Bosniens, Herzegowinas und des Sandschak von Novi Pazar«. Milan bekräftigte diese Vereinbarungen mit einer schriftlichen, persönlichen Verpflichtung, mit einem dritten Staat »keinen irgendwie gearteten Vertrag« zu schließen, ohne zuerst mit Wien Rücksprache zu halten.[81]

Diese Vereinbarungen waren freilich ein wackliges Fundament für gute österreichisch-serbische Beziehungen: Sie waren nicht im Gefühlsleben der serbischen Bevölkerung verwurzelt, die tief antiösterreichisch eingestellt war; symbolisch standen sie für eine wirtschaftliche Abhängigkeit, welche die serbische nationale Meinung nicht hinnehmen konnte; und sie beruhten auf der Kooperation eines launenhaften und zunehmend unbeliebten serbischen Monarchen. Aber solange Milan Obrenović auf dem Thron saß, garantierten

die Absprachen zumindest, dass Serbien sich nicht gemeinsam mit Russland gegen Österreich stellte und dass die Speerspitze der Außenpolitik weiterhin in Richtung Makedonien und die bevorstehende Auseinandersetzung mit Bulgarien wies, nicht nach Bosnien und Herzegowina.[82] Im Jahr 1892 wurde ein neues Handelsabkommen unterzeichnet, und die geheime Übereinkunft wurde 1889 um zehn Jahre verlängert; danach ließ man sie auslaufen, sie blieb jedoch vorerst die Plattform für die serbische Politik gegenüber Wien.

Der Wechsel der Dynastie 1903 signalisierte eine Neuausrichtung. Österreich erkannte rasch den Staatsstreich der Karadjordjević-Dynastie an, nicht zuletzt weil Peter den Österreichern schon im Vorfeld zugesagt hatte, er habe die Absicht, Serbien auf einem österreichfreundlichen Kurs zu halten.[83] Aber es zeigte sich schon bald, dass Serbiens neue Führer die Absicht hatten, eine stärkere wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit anzustreben. In den Jahren 1905/06 kam es zu einer Krise, bei der handels- und geopolitische Aspekte sowie die Problematik von Rüstungsaufträgen und Hochfinanz eng miteinander verflochten waren. Wien verfolgte drei Ziele: einen Handelsvertrag mit Serbien abschließen, dafür sorgen, dass serbische Waffenbestellungen weiterhin an österreichische Firmen gingen, und ein hohes Darlehen an Belgrad vergeben.[84] Da in keiner einzigen Frage eine Einigung erzielt wurde, kühlten sich die Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten rasch ab, und das Ergebnis war für Wien ein völliges Fiasko. Die serbischen Rüstungsaufträge gingen an die französische Firma Schneider-Creusot statt an den österreichischen Rivalen Škoda in Böhmen. Die Österreicher antworteten, indem sie die Grenze für die Einfuhr von Schweinen und Schweinefleisch aus Serbien sperrten, und lösten damit einen Zollstreit aus, der als »Schweinekrieg« (1906–1909) in die Geschichte einging. Allerdings war diese Maßnahme kontraproduktiv, weil Serbien rasch andere Exportmärkte fand (insbesondere in Deutschland, Frankreich und Belgien) und nunmehr anfing, in großem Stil Schlachthöfe zu bauen. Auf diese Weise überwand es die langjährige Abhängigkeit von den österreichisch-ungarischen weiterverarbeitenden Betrieben. Schließlich verschaffte sich Belgrad nicht über Wien einen hohen Kredit, sondern über Paris (im Gegenzug für die Rüstungsaufträge bei französischen Firmen).

Es lohnt sich, die Bedeutung des französischen Kredits näher zu untersuchen. Wie alle jungen Balkanstaaten war Serbien ein unverbesserlicher Kreditnehmer, der völlig auf internationale Geldgeber angewiesen war. Mit dem Geld wurden zum größten Teil die militärische Expansion und Infrastrukturprojekte finanziert. Während der ganzen Herrschaft von König Milan blieben die Österreicher geduldige Geldgeber. Weil diese Darlehen jedoch die finanziellen Mittel des Schuldnerstaates überstiegen, mussten sie mit Hypotheken abgesichert werden: Für jedes Darlehen wurde eine bestimmte Staatseinnahme zugesagt oder ein Schienenbesitz verpfändet. Es wurde vereinbart, dass die zugesagten Einnahmen aus der Eisenbahn, Briefmarken und Alkoholsteuern in eine bestimmte Kasse eingezahlt werden sollten, die gemeinsam von Vertretern der serbischen Regierung und den Gläubigern beaufsichtigt wurde. Durch dieses Arrangement blieb der serbische Staat in den achtziger und neunziger Jahren zwar zahlungsfähig, es trug jedoch nicht dazu bei, die Verschwendungssucht der Regierung in Belgrad zu zügeln. Bis zum Jahr 1895 hatte sie es geschafft, Schulden in Höhe von über 350 Millionen Francs anzuhäufen. In Anbetracht des drohenden Bankrotts handelte Belgrad ein neues Darlehen aus, durch das so gut wie alle alten Schulden zu einem niedrigeren Zinssatz zusammengelegt wurden. Die zugesagten Staatseinnahmen wurden einer separaten Verwaltung unterstellt, die zum Teil von den Repräsentanten der Geldgeber geleitet wurde.

Mit anderen Worten, fragwürdige Schuldner wie Serbien (das Gleiche galt für die anderen Balkanstaaten und das Osmanische Reich) konnten sich zu akzeptablen Bedingungen Kredite verschaffen, wenn sie sich auf Zugeständnisse bei der fiskalen Kontrolle einließen, die einer teilweisen Pfändung der Funktionen eines souveränen Staates gleichkamen. Nicht zuletzt aus diesem Grund waren internationale Kredite in jener Zeit eine politische Angelegenheit von höchster Bedeutung, die untrennbar mit Diplomatie und Machtpolitik verflochten war. Insbesondere die französische Kreditvergabe war eine außerordentlich politische Angelegenheit. Paris legte ein Veto gegen Kredite für Regierungen ein, deren Politik den französischen Interessen feindlich schien; es begünstigte Kredite im Gegenzug für

wirtschaftliche oder politische Zugeständnisse; gelegentlich gewährte es widerwillig auch unzuverlässigen, aber strategisch wichtigen Kunden einen Kredit, um zu verhindern, dass sie anderswo Hilfe suchten. Potenzielle Klienten wurden aggressiv umworben – im Falle Serbiens gab man der Regierung im Sommer 1905 zu verstehen, dass die Pariser Geldmärkte, falls Belgrad Frankreich nicht das Vorkaufsrecht einräumte, für Serbien ganz geschlossen würden.[85] Im Jahr 1907 legte das französische Außenministerium seine Abteilungen für Wirtschaft und Politik zusammen und bestätigte so die enge Verknüpfung zwischen Strategie und Finanzwelt.[86]

Vor diesem Hintergrund war der serbische Kredit von 1906 ein wichtiger Wendepunkt. Die finanziellen Beziehungen Frankreichs zu Belgrad wurden, wie ein früher amerikanischer Analyst der Hochfinanz vor dem Krieg meinte, »enger und dominanter«.[87] Den Franzosen gehörten am Ende über drei Viertel der gesamten serbischen Staatsschulden.[88] Das war eine enorme Belastung für den serbischen Staat – der Tilgungsplan erstreckte sich bis ins Jahr 1967 (tatsächlich zahlte Belgrad nach 1918 einen großen Teil seiner Verpflichtungen nicht zurück). Der Löwenanteil des Geldes ging in Rüstungskäufe (vor allem schnell feuernde Artillerie), von denen die meisten in Frankreich abgewickelt wurden, sehr zum Ärger nicht nur der österreichischen, sondern auch der britischen Diplomaten und Waffenlieferanten. Der Kredit von 1906 ermöglichte es Serbien zudem, dem wirtschaftlichen Druck Wiens standzuhalten und einen längeren Zollkrieg zu führen. »Die zweifellos erfolgreiche Frage des Widerstands von Herrn Pašić gegen [österreichische] Forderungen«, berichtete der britische Gesandte in Belgrad 1906, »markiert einen wichtigen Schritt in der wirtschaftlichen und politischen Emanzipation Serbiens.«[89]

Diese Erfolge auf dem Feld der Hochfinanz dürfen jedoch nicht von der prekären Lage der serbischen Volkswirtschaft insgesamt ablenken. Dies hatte weniger mit der österreichischen Zollpolitik zu tun als mit einem wirtschaftlichen Niedergang, dessen Wurzeln tief in die Geschichte und die agrarische Struktur des Landes reichten. Die Entstehung und anschließende Expansion Serbiens gingen mit einem Prozess der Enturbanisierung einher, weil die überwiegend muslimischen Städte im Lauf der jahrzehntelangen

Verfolgungen und Deportationen entvölkert wurden.[90] An die Stelle der relativ stark urbanisierten und kosmopolitischen Strukturen der osmanischen Peripherie traten eine Gesellschaft und eine Wirtschaft, die ganz von christlichen Kleinbauern geprägt waren, teils eine Konsequenz des Fehlens einer einheimischen serbischen Adelsschicht und teils eine Folge der Bemühungen der herrschenden Dynastie, die Herausbildung einer solchen Oberschicht zu verhindern, indem die Zusammenlegung von Gütern verhindert wurde.[91] Während die Städte schrumpften, wuchs die Bevölkerung mit einer geradezu beängstigenden Geschwindigkeit; Hunderttausende Hektar von Grenzertragsböden wurden zur Nutzung durch junge Familien freigegeben, wodurch soziale Beschränkungen, die auf die Zahl der Eheschließungen und die Geburtenrate Einfluss hatten, gelockert wurden. Aber dieses rasante Bevölkerungswachstum trug nicht dazu bei, den Teufelskreis aus schwacher Wirtschaftsleistung und Niedergang umzukehren, unter dem die serbische Wirtschaft ab Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs litt.[92] Der Pro-Kopf-Ertrag der Landwirtschaft fiel von Anfang der 1870er Jahre bis 1910–1912 um 27,5 Prozent, nicht zuletzt weil die Ausweitung der Nutzfläche eine umfassende Entwaldung zur Folge hatte und somit zu einem Rückgang der Weideflächen führte, der für die Schweinehaltung unerlässlich ist – dem traditionell lukrativsten und effizientesten Zweig der serbischen Landwirtschaft. Bereits in den achtziger Jahren war die herrlich bewaldete Wildnis von Sumadija (das ideale Weideland für Schweine) fast völlig verschwunden.[93]

Dieser traurige Rekord wäre vermutlich weniger ins Gewicht gefallen, wenn gleichzeitig ein beachtliches Wachstum in Handel und Industrie zu verzeichnen gewesen wäre, aber auch hier sah es, selbst gemessen am Standard auf dem Balkan, schlecht aus. Die Unternehmenskultur in Serbien schuf eine geringe Nachfrage nach im eigenen Land hergestellten Fabrikwaren. Die ländliche Bevölkerung hatte kaum Zugang zu den Märkten, und es gab kaum aufblühende Industriezweige wie die Textilfabriken, die im benachbarten Bulgarien die Industrieproduktion steigerten.[94] Unter diesen Bedingungen war die serbische wirtschaftliche Entwicklung auf Investitionen von außen angewiesen: Der erste Versuch, auf industrieller Basis

Zwetschgenmarmelade abzufüllen und zu exportieren, wurde von Angestellten einer Budapester Obstkonservenfabrik gestartet; auch der Seide- und Weinboom gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde von ausländischen Unternehmern ausgelöst. Doch die Investitionen im Land flossen weiterhin spärlich, nicht zuletzt weil ausländische Firmen von der Fremdenfeindlichkeit, einem korrupten Beamtenapparat und der schwach entwickelten vorherrschenden Geschäftsethik abgeschreckt wurden, auf die sie bei Versuchen, in Serbien Fuß zu fassen, stießen. Selbst in Bereichen, in denen die Regierung gezielt versuchte, Investitionen zu fördern, blieb das Schikanieren ausländischer Betriebe durch lokale Behörden ein ernstes Problem.[95]

Die Investitionen in Serbiens Humankapital ließen ebenfalls zu wünschen übrig: Im Jahr 1900 gab es in ganz Serbien immer noch nur vier Hochschulen für Lehrer, die Hälfte der Grundschullehrer hatte keine pädagogische Ausbildung, der größte Teil des Unterrichts fand nicht in Gebäuden statt, die für diesen Zweck gedacht waren, und nur etwa ein Drittel der Kinder besuchte tatsächlich eine Schule. In diesen Mängeln zeigen sich die kulturellen Vorlieben einer ländlichen Bevölkerung, die für Bildung wenig übrig hatte und Schulen als fremdartige, von der Regierung aufgezwungene Einrichtungen ansah. Im Jahr 1905 beschloss das von Bauern dominierte Parlament, die Skupština, weil sie notgedrungen eine neue Einnahmequelle für den Fiskus genehmigen musste, Schulbücher zu besteuern, statt die häusliche Schnapsbrennerei. Die Folge war eine erstaunlich niedrige Alphabetisierungsquote, die von 27 Prozent in den nördlichen Bezirken des Königreichs bis zu nur 12 Prozent im Südosten reichte.[96]

Dieses traurige Bild eines »Wachstums ohne Entwicklung« wirkte sich in mehrfacher Hinsicht auf die Ereignisse aus. Es hatte zur Folge, dass die serbische Gesellschaft sowohl in sozioökonomischer als auch in kultureller Hinsicht ungewöhnlich homogen blieb. Das Band zwischen dem Stadtleben und der traditionellen Lebensweise der bäuerlichen, mündlichen Kultur, mit ihren starken mythischen Überlieferungen, wurde nie gekappt. Selbst die Hauptstadt Belgrad (wo die Alphabetenquote 1900 lediglich 21 Prozent betrug) blieb eine Stadt dörflicher Einwanderer, eine Welt »bäuerlicher

Stadtbewohner«, die sehr stark von der Kultur und den Verwandtschaftsbeziehungen der traditionellen, ländlichen Gesellschaft geprägt war.[97] In diesem Umfeld wurde die Entwicklung eines modernen Bewusstseins nicht als eine Weiterentwicklung von einer bisherigen Weltanschauung empfunden, sondern als eine dissonante Überlagerung moderner Haltungen auf eine Lebensweise, die immer noch ganz im Bann traditioneller Anschauungen und Wertvorstellungen lag.[98]

Diese überaus charakteristische Verknüpfung zwischen Wirtschaft und Kultur erklärt unter anderem mehrere auffällige Merkmale Serbiens vor dem Krieg. In einer Wirtschaft, die ehrgeizigen und begabten jungen Männern kaum Chancen bot, war die Armee die Hauptattraktion. Und das erklärt wiederum teilweise, weshalb die zivilen Behörden gegenüber Herausforderungen seitens der militärischen Befehlsstruktur so hilflos wirkten – ein wesentlicher Faktor in der Krise, die ganz Serbien im Sommer 1914 erfasste. Andererseits lässt sich nicht leugnen, dass der Partisanenkrieg mit irregulären Milizen und Guerillabanden, der bei der Entstehung des unabhängigen Serbiens eine zentrale Rolle spielte, gerade wegen des Fortbestands einer bäuerlichen Kultur, die einer regulären Armee skeptisch gegenüberstand, so lange durchgehalten werden konnte. Für eine Regierung, die mit einem immer arroganteren Militär konfrontiert wurde und keine organische Verbindung zu einer großen, aufstrebenden Bildungsschicht hatte, die andere parlamentarische Systeme des 19. Jahrhunderts stützte, war der Nationalismus das stärkste politische Instrument und die stärkste kulturelle Kraft. Die fast universelle Begeisterung für die Annektierung noch nicht eroberter serbischer Gebiete stützte sich nicht nur auf die in die Volkskultur eingebetteten mythischen Passionen, sondern auch auf den Landhunger einer Bauernschaft, deren Parzellen immer kleiner und weniger ertragreich wurden. Unter diesen Voraussetzungen musste das Argument – so fragwürdig es auch war –, die Mängel der serbischen Wirtschaft seien eine Folge der Wiener Strafzölle und des Würgegriffs des österreichischen und ungarischen Kapitals, zwangsläufig auf begeisterte Zustimmung stoßen. Diese Beschränkungen schürten ferner die manischen Bestrebungen Belgrads, einen Meereszugang zu bekommen, der es dem Land angeblich ermöglichen

würde, aus der Rückständigkeit auszubrechen. Die relative Schwäche der kommerziellen und industriellen Entwicklung brachte es mit sich, dass Serbiens Herrscher bei den militärischen Ausgaben, die sie für eine aktive Außenpolitik investieren mussten, weiterhin auf internationale Geldgeber angewiesen waren. Und das erklärt wiederum zum Teil die immer engere Verstrickung Serbiens in Frankreichs Netz aus Bündnissen nach 1905, die sowohl auf finanziellen als auch auf geopolitischen Notwendigkeiten basierte.

Eskalation

Nach 1903 konzentrierte sich die Aufmerksamkeit serbischer Nationalisten in erster Linie auf den dreiseitigen Kampf zwischen Serben, Bulgaren und Türken, der in Makedonien schwelte. Das änderte sich im Jahr 1908 mit der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn. Da diese beiden formell osmanischen Provinzen sich bereits seit dreißig Jahren unter österreichischer Besetzung befanden und eine Änderung dieses Status nie zur Diskussion gestanden hatte, könnte man meinen, dass die nominelle Änderung vom Status eines besetzten Gebiets zu einem annektierten keine große Rolle spielte. Die serbische Öffentlichkeit sah das jedoch ganz anders. Die Ankündigung löste einen »beispiellosen Ausbruch des Zorns und der nationalen Begeisterung« sowohl in Belgrad als auch in den Provinzen aus. Es fanden »viele Versammlungen« statt, auf denen Redner »lautstark einen Krieg gegen Österreich forderten«.[99] Über 20000 Menschen kamen zu einer Kundgebung gegen Österreich im Staatstheater in Belgrad, wo Ljuba Davidović, der Führer der Unabhängigen Radikalen, in einer Rede erklärte, die Serben müssten die Annexion bis zum Tod bekämpfen: »Wir werden kämpfen, bis wir siegreich sind, aber wenn wir unterliegen, dann werden wir in dem Wissen untergehen, dass wir uns die größte Mühe gegeben haben und dass wir die Achtung nicht nur der Serben, sondern der ganzen slawischen Rasse haben.«[100] Einige Tage danach hielt der ungestüme Kronprinz Djordje vor rund 10000 Menschen in der Hauptstadt eine Rede, in der er vorschlug, das serbische Volk in einem bewaffneten Kreuzzug anzuführen, um die

annektierten Provinzen zurückzuerobern: »Ich bin außerordentlich stolz, Soldat zu sein, und es würde mich mit Stolz erfüllen, derjenige zu sein, der euch, das serbische Volk, in diesem verzweifelten Kampf auf Leben und Tod, um unsere Nation und unsere Ehre anführt.«[101] Nikola Pašić, der Vorsitzende der Radikalen Volkspartei, der damals kein Ministeramt innehatte und folglich seine Gedanken offener aussprechen konnte, verkündete, dass Serbien sich, falls man die Annexion nicht rückgängig machen könne, auf einen Befreiungskrieg vorbereiten müsse.[102] Der russische Liberale Pawel Miljukow, der sich 1908 in Serbien aufhielt, war über die Intensität der Emotionen schockiert. Aus der Erwartung eines Krieges gegen Österreich wurde, erinnerte er sich, »die Bereitschaft zum Kampf, und der Sieg schien einfach und gewiss zugleich«. Dieser Ansicht waren alle, das stand für sie so fest, dass »es völlig sinnlos gewesen wäre, sich darüber in eine Diskussion einzulassen«.[103]

Die mentalen Karten, welche die Auffassungen bezüglich Serbiens Politik und ihren Zielen innerhalb der Elite und der Bevölkerung prägten, kamen einmal mehr zum Tragen. Die Intensität der Gefühle, die in Serbien durch die Annexion ausgelöst wurden, könne man, so erklärte der britische Gesandte in Belgrad in einem Bericht vom 27. April 1909, nur verstehen, indem man sich vor Augen führe, dass

> jeder patriotische Serbe, der sich für Politik interessiert oder aktiv daran beteiligt, die serbische Nation nicht so auffasst, dass ihr nur die Untertanen König Peters angehören, sondern dass sie aus all denen besteht, die ihnen in Rasse und Sprache gleichen. Folglich sieht er der späteren Gründung eines Großserbiens entgegen, das in einem Schoß sämtliche unterschiedlichen Sektionen der Nation vereinen wird, die gegenwärtig unter österreichischer, ungarischer und türkischer Herrschaft getrennt sind. […] Von diesem Standpunkt aus ist Bosnien sowohl geographisch als auch ethnographisch das Herz Großserbiens.[104]

In einem fast zeitgenössischen Traktat zu der Krise stellte der gefeierte Volkstumsforscher Jovan Cvijić, Nikola Pašićs einflussreichster Ratgeber zur

nationalen Frage, fest, dass es auf der Hand liege, dass Bosnien und Herzegowina »innerhalb des großen Komplexes oder ethnographischen Gebietes des serbischen [!] Volkes eine Zentralstellung einnehmen«. Ohne sie könne es keinen großserbischen Staat geben.[105] Aus Sicht der panserbischen Publizisten gehörte Bosnien-Herzegowina zu den »serbischen Ländereien unter Fremdherrschaft«; seine Bevölkerung war »nach der Rasse und Sprache ganz Serbisch« und bestand aus Serben, Serbokroaten und »Serben-Mohammedanern«, freilich mit Ausnahme der Minderheit »befristeter Bewohner« und »Ausbeuter«, die von den Österreichern im Laufe der vergangenen dreißig Jahren eingesetzt worden waren.[106]

Getragen von dieser Welle der Empörung entstand eine neue Massenorganisation, um die nationalistischen Ziele zu verfolgen. Die sogenannte *Srpska Narodna Odbrana* (Serbische nationale Verteidigung*)* rekrutierte Tausende von Mitgliedern, verstreut über mehr als 220 Komitees in Städten und Dörfern Serbiens, sowie ein Netzwerk von Helfern innerhalb Bosnien-Herzegowinas.[107] Die Unabhängigkeitskampagne, die in Makedonien allmählich ins Rollen gekommen war, wurde nunmehr in die annektierten Provinzen umgelenkt: Narodna Odbrana organisierte Guerillabanden, rekrutierte Freiwillige, baute in Bosnien ein Spionagenetz auf und setzte die serbische Regierung unter Druck, eine aggressivere Politik zu verfolgen. Veteranen aus den Kämpfen in Makedonien, wie Major Voja Tankosić, ein enger Kamerad von Apis, wurden an die bosnische Grenze verlegt, wo sie Tausende neuer Rekruten für den bevorstehenden Kampf ausbildeten. Eine Zeitlang sah es so aus, als stehe Serbien kurz davor, einen selbstmörderischen Angriff auf seinen Nachbarn zu starten.[108]

Die Politiker in Belgrad unterstützten anfangs die Kampagne, erkannten aber auch schon bald, dass Serbien die Annexion auf keinen Fall rückgängig machen konnte. Ausschlaggebend für diese ernüchternde Erkenntnis war Russland, das nichts unternahm, um den serbischen Widerstand zu unterstützen. Das war auch kein Wunder, immerhin hatte der russische Außenminister Alexander Iswolski seinem österreichischen Gegenspieler Alois Aehrenthal – zumindest grundsätzlich – die Annexion vorgeschlagen. Iswolski hatte den serbischen Außenminister Milovan Milovanović sogar im

Voraus über die bevorstehende Annektierung in Kenntnis gesetzt. Bei einer Begegnung in Marienbad, wo Iswolski eine Kur machte, hatte der russische Außenminister seinem serbischen Widerpart mitgeteilt, dass St. Petersburg die Balkanstaaten zwar als »Kinder Russlands« betrachte, aber weder Russland selbst noch eine andere Großmacht etwas unternehmen werde, um die Annexion anzufechten. (Iswolski erwähnte gegenüber seinem serbischen Gesprächspartner nicht den Umstand, dass er den Österreichern selbst die Annexion der Provinzen vorgeschlagen hatte, im Rahmen einer Vereinbarung, die russischen Kriegsschiffen den Zugang zu den türkischen Meerengen erleichtern sollte.) Der serbische Botschafter in St. Petersburg wurde später ermahnt, dass Belgrad auf keinen Fall gegen Österreich mobilisieren dürfe, »weil niemand imstande wäre, uns zu helfen; die ganze Welt wünscht Frieden«.[109]

Außenminister Milovanović war ein gemäßigter Politiker, der 1905/06 Pašić wegen seiner Handlungsweise in der österreichisch-serbischen Krise kritisiert hatte und 1908 entsetzt feststellte, dass sich eben derselbe für einen Krieg aussprach. Er befand sich jetzt in einer außerordentlich prekären Lage. Da er direkt mit Iswolski gesprochen hatte, erkannte er, dass es keinen Sinn hatte zu versuchen, die europäischen Mächte gegen die Annexion aufzubringen. Auf der anderen Seite musste er auch die nationalistische Hysterie in Serbien zügeln, während er gleichzeitig die Skupština und die politische Elite für eine gemäßigt »nationale« Politik gewinnen musste – zwei Ziele, die so gut wie unvereinbar waren, denn die serbische Öffentlichkeit würde schon das kleinste Zugeständnis an Wien als einen »Verrat« des nationalen Interesses werten.[110] Hinzu kam noch die Feindseligkeit unter den Radikalen und ihren ehemaligen Parteigenossen, den Unabhängigen Radikalen, deren Politik den Stempel eines kompromisslosen, panserbischen Nationalismus trug. Grabenkämpfe innerhalb der Führung der Radikalen Volkspartei, etwa zwischen der »Pašić-Gruppe« und den »Hof-Radikalen« um Milovanović, steigerten noch die Konfusion und Unsicherheit. Hinter den Kulissen bemühte sich Milovanović um eine moderate Politik, die ihr Augenmerk auf begrenzte territoriale Kompensation für Serbien richtete und klaglos die Schmähung der panserbischen Presse hinnahm. In der Öffentlichkeit

hingegen wählte er unnachgiebige Worte, die im eigenen Land zwangsläufig eine Begeisterung weckten und in den österreichischen Zeitungen empörte Kommentare auslösten. »Das serbische nationale Programm«, erklärte er in einer Rede vor der Skupština im Oktober 1908 unter Beifallsstürmen, »verlangt, dass Bosnien und Herzegowina emanzipiert werden«. Durch die Einmischung in die Realisierung dieses Plans, erklärte er, habe Österreich-Ungarn es unvermeidlich gemacht, dass »Serbien und das ganze Serbentum eines Tages in der nahen oder fernen Zukunft in einem Kampf auf Leben und Tod gegen es kämpfen werden«.[111]

Milovanovićs missliche Lage veranschaulicht, welchen Belastungen serbische Politiker in jener Zeit ausgesetzt waren. Dieser intelligente und zurückhaltende Mensch erkannte sehr genau, welche Beschränkungen die Lage und die Verfassung Serbiens ihm auferlegten. Im Winter 1908/09 drängten alle Mächte Belgrad, nachzugeben und sich in das Unvermeidliche zu fügen.[112] Aber er wusste ebenso gut, dass kein zuständiger Minister es wagen konnte, öffentlich das nationale Programm der serbischen Vereinigung zu diskreditieren. Jedenfalls war Milovanović selbst ein glühender und aufrichtiger Verfechter dieses Programms. Serbien könne es sich niemals leisten, sagte er einmal, die Sache des Serbentums aufzugeben. »Aus serbischer Sicht besteht kein Unterschied zwischen den Interessen des serbischen Staates und den Interessen anderer Serben.«[113] Hier traten einmal mehr die Projektionen der serbischen mentalen Karte zutage, nach der die politischen und ethnischen Imperative ausgerichtet wurden. Der zentrale Punkt war folgender: Gemäßigte Politiker wie Milovanović und sogar Pašić (der später von seinen Aufrufen zum Krieg Abstand nahm) unterschieden sich von den extremen Nationalisten im Grunde nur in der Frage, wie man mit den Problemen, vor denen der Staat stand, umgehen soll. Sie konnten es sich nicht leisten, das nationalistische Programm an sich zu kritisieren (und wollten dies auch gar nicht). Innenpolitisch waren die Extremisten deshalb rhetorisch immer im Vorteil, weil sie die Rahmenbedingungen der Diskussion vorgaben. In einem solchen Umfeld fiel es Gemäßigten schwer, sich Gehör zu verschaffen, wenn sie nicht die Sprache der Extremisten übernahmen. Und das machte es wiederum für Außenstehende schwierig,

eine Abweichung in den Positionen zu erkennen, die von der gesamten politischen Elite verfochten wurden. Es konnte der täuschende Eindruck entstehen, dass sie eine unerschütterliche, einheitliche Front bilde. Die gefährliche Dynamik dieser politischen Kultur sollte Belgrad im Juni und Juli 1914 zu spüren bekommen.

Am Ende behielt Österreich-Ungarn natürlich die Oberhand, und Belgrad war gezwungen, am 31. März 1909 offiziell auf seine Ansprüche zu verzichten. Unter großen Schwierigkeiten gelang es der Regierung, die Agitation zu beruhigen. Belgrad versprach Wien, seine »Freiwilligen und Banden« zu entwaffnen und aufzulösen.[114] Der Srpska Narodna Odbrana wurden ihre aufrührerischen und kriegführenden Funktionen entzogen, und sie wurde – zumindest nach außen hin – in eine friedliche panserbische Propaganda- und Nachrichtenagentur umgewandelt, die in enger Zusammenarbeit mit einer Reihe anderer nationalistischer Vereinigungen tätig war, wie den Turnverbänden Sokol und Gruppen wie Prosveta und Prirednik, deren Aufgabe es war, die serbische Kultur mittels Literatur, Erziehung und Jugendarbeit zu fördern.

Serbien war zwar mit dem Versuch gescheitert, die Annexion rückgängig zu machen oder territoriale Zugeständnisse zu erhalten, die Milovanović als Kompensation gefordert hatte, aber es gab zwei wichtige Veränderungen. Erstens leitete die Krise eine Phase der engeren Zusammenarbeit zwischen Belgrad und den beiden freundlich gesinnten Großmächten ein. Das Band zu St. Petersburg wurde durch den Antritt des neuen russischen Botschafters, Baron Nikolai Hartwig, gestärkt, eines glühenden Panslawisten und Serbophilen, der im politischen Leben Belgrads bis zu seinem plötzlichen Tod kurz vor Ausbruch des Krieges eine zentrale Rolle spielen sollte. Die finanziellen und politischen Verbindungen zu Frankreich wurden ebenfalls intensiviert – das äußerte sich in einem von Paris vermittelten hohen Kredit, um die serbische Armee aufzustocken und ihre Schlagkraft zu erhöhen.

Zweitens hatten die Hysterie und anschließende Enttäuschung von 1908/09 auf nationalistische Gruppierungen eine radikalisierende Wirkung. Auch wenn sie vorübergehend von der Kapitulation der Regierung in der Frage der Annexion entmutigt wurden, so gaben sie ihre Ambitionen keineswegs auf.

Es entstand eine Kluft zwischen der Regierung und nationalistischen Kreisen. Bogdan Radenković, ein ziviler nationaler Aktivist in Makedonien, wo der Kampf gegen die Bulgaren fortgesetzt wurde, traf sich mit Offiziersveteranen der makedonischen Front, darunter einige Verschwörer von 1903, um über den Aufbau einer neuen Geheimgesellschaft zu sprechen. Das Ergebnis war die Gründung von *Ujedinjenje ili smrt!* (»Vereinigung oder Tod!«) am 3. März 1911 in einer Belgrader Wohnung, die gemeinhin unter dem Namen »Schwarze Hand« bekannt war. Apis, der inzwischen Dozent für Taktik an der Militärakademie war, zählte zu den sieben Männern (fünf Königsmörder und zwei Zivilisten), die am Gründungstreffen teilnahmen. Er brachte das Netzwerk aus jüngeren Königsmördern und Mitläufern mit, in welchem er inzwischen unumstritten die Führungsposition einnahm.[115] Die Satzung von Ujedinjenje ili smrt! begann mit der wenig überraschenden Erklärung, dass die »Vereinigung des Serbentums« das Ziel der neuen Vereinigung sei. Weitere Paragraphen erklärten, dass die Mitglieder die Regierung dazu bewegen sollten, die Idee zu übernehmen, Serbien sei das »Piemont« der Serben, ja aller südslawischer Völker – das Organ, das eigens gegründet wurde, um die Ideale von Ujedinjenje ili smrt! zu propagieren, trug den treffenden Titel *Pijemont.* Die neue Bewegung vertrat eine umfassende und hegemoniale Auffassung des Serbentums: Die Propaganda der Schwarzen Hand erkannte nicht die separate Identität bosnischer Muslime an und leugnete rundweg die Existenz eines eigenständigen Volkes der Kroaten.[116] Um das Serbentum auf den mit Sicherheit gewaltsamen Kampf um die Einheit vorzubereiten, würde die Gesellschaft eine revolutionäre Tätigkeit in allen von Serben bewohnten Gebieten organisieren. Auch außerhalb der Grenzen des serbischen Staates wollte die Gesellschaft mit allen verfügbaren Mitteln die Feinde der serbischen Idee bekämpfen.[117]

Bei ihrer Arbeit für die »nationale Sache« sahen sich diese Männer zunehmend als Gegner des demokratischen parlamentarischen Systems in Serbien und insbesondere der Radikalen Volkspartei, deren Führer sie als Verräter der Nation beschimpften.[118] In Ujedinjenje ili smrt! lebte der alte Hass des serbischen Militärs gegen die Radikalen weiter. Es bestanden auch Ähnlichkeiten mit einer protofaschistischen Ideologie: Das Ziel war

keineswegs nur eine Veränderung im Führungspersonal des Staates (das war bereits 1903 ohne nennenswerten Nutzen für die serbische Nation erreicht worden), sondern eine durchgreifende Erneuerung der serbischen Politik und Gesellschaft, eine »Regeneration unserer degenerierten Rasse«.[119]

Die Bewegung wahrte strenge Geheimhaltung. Die Mitglieder wurden über eine von Jovanović-Čupa, einem Mitglied des Gründungsrates und Freimaurer, ausgedachte Zeremonie eingeführt. Neue Rekruten legten in einem abgedunkelten Raum vor einer Gestalt mit Kapuze den Eid ab, unter Todesstrafe der Organisation bedingungslosen Gehorsam zu leisten:

> Ich [Name] schwöre, mit dem Eintritt in die Organisation Vereinigung oder Tod, bei der Sonne, die mich wärmt, bei der Erde, die mich nährt, vor Gott, bei dem Blute meiner Vorfahren, bei meiner Ehre und meinem Leben, dass ich von diesem Moment an bis zum Tode die Gesetze dieser Organisation treu befolgen werde und dass ich immer bereit sein werde, jedes Opfer für sie zu bringen.
>
> Ich schwöre vor Gott, bei meiner Ehre und meinem Leben, dass ich alle Aufträge und Befehle fraglos ausführen werde.
>
> Ich schwöre vor Gott, bei meiner Ehre und meinem Leben, dass ich alle Geheimnisse dieser Organisation mit ins Grab nehmen werde.
>
> Mögen Gott und meine Kameraden in der Organisation meine Richter sein, falls ich jemals, ob wissentlich oder nicht, diesen Eid brechen sollte.[120]

In schriftlicher Form wurde so gut wie nichts festgehalten, es existierte kein zentrales Register der Mitglieder, lediglich ein loses Netz aus Zellen, von denen keine einzige einen Überblick über das Ausmaß der Organisation oder ihre Tätigkeit hatte. Folglich besteht noch heute eine gewisse Unsicherheit über die Größe der Organisation. Bis Ende 1911 war die Zahl der Mitglieder auf 2000 bis 2500 angewachsen; während der Balkankriege stieg sie dramatisch an, aber die spätere Schätzung eines Überläufers, der zum Informanten wurde und die Zahl mit 100000 bis 150000 angab, ist mit Sicherheit übertrieben.[121]

Wie viele es auch waren, jedenfalls hielt die Schwarze Hand rasch Einzug in die Strukturen des offiziellen Serbiens. Von ihrer Basis im Militär dehnte sie sich aus und infiltrierte Kader der serbischen Grenzwachen und Zollbeamten, insbesondere entlang der serbisch-bosnischen Grenze. Darüber hinaus gab es viele Rekruten unter den Agenten, die noch in Bosnien für die Narodna Odbrana arbeiteten, obwohl ihre Tätigkeit angeblich 1909 beendet worden war. Zu ihren Aktivitäten zählte etwa der Unterhalt eines Ausbildungslagers für Terroristen, wo Rekruten in der Schießkunst, im Bombenlegen, Sprengen von Brücken und in der Spionage ausgebildet wurden.[122]

Diese Organisationsform war wie maßgeschneidert für den erfahrenen Verschwörer Apis. Die strenge Geheimhaltung war ganz nach seinem Geschmack. Das galt auch für die Insignien der Organisation, ein rundes Logo mit einem Schädel, gekreuzten Knochen, einem Messer, einer Phiole mit Gift und einer Bombe. Als er später gefragt wurde, warum er und seine Kollegen diese Symbole gewählt hätten, antwortete Apis, dass diese Embleme in seinen Augen »kein so beängstigendes oder negatives Aussehen« hätten. Immerhin sei es doch die Aufgabe aller national gesinnten Serben, »das Serbentum mit Bomben, Messern und Gewehren zu retten«. »Bei meiner Arbeit in [Makedonien]«, erinnerte er sich, »wurde Gift eingesetzt, und jeder Guerillakämpfer trug es bei sich, sowohl als Angriffsmittel, als auch um jemanden zu retten, wenn er in feindliche Hände fiel. Aus diesem Grund kamen solche Embleme in das Siegel der Organisation, und es war ein Zeichen, dass diese Leute bereit waren zu sterben.«[123]

Die heimliche Vorgehensweise der Schwarzen Hand hatte auch eine paradoxe öffentliche Seite.[124] Leichtfertig dahingesagte Worte sorgten schon bald dafür, dass die Regierung und die Presse von der Existenz der Bewegung wussten; es existieren sogar Hinweise, dass selbst Prinz Alexander, der Thronfolger nach der Abdankung seines älteren Bruders Djordje, im Voraus über die neue Gründung informiert wurde und ihre Tätigkeit förderte. (Der Prinz gehörte einem kleinen Kreis aus Sponsoren an, welche die Gründung des Organs *Pijemont* finanziell unterstützten.) Die

Rekrutierung erfolgte informell und häufig halb öffentlich; die Werber brauchten lediglich die patriotische Tätigkeit der Organisation zu erwähnen, und schon schlossen sich viele Offiziere ohne weitere Umstände an.[125] In Belgrader Kaffeehäusern fanden Dinner und Bankette statt, wo Apis an einer langen, mit national gesinnten Studenten besetzten Tafel am Kopfende thronte.[126] Als der Kommandant von Belgrad Miloš Bozanović seinen Untergebenen Major Kostić um Informationen über die Schwarze Hand bat, konnte Kostić es kaum glauben: »Die kennen Sie nicht? Das ist doch allgemein bekannt. Man spricht in den Kaffeehäusern und Gaststätten darüber.« Womöglich ließ sich das in einer Stadt wie Belgrad nicht vermeiden, wo jeder jeden kannte und wo sich das Gesellschaftsleben in Kaffeehäusern, nicht in privaten Salons abspielte. Die Aufsehen erregende Heimlichkeit der Schwarzen Hand erfüllte jedoch vermutlich auch ein emotionales Bedürfnis, denn welchen Sinn hatte es, einer Geheimorganisation anzugehören, wenn es kein Mensch wusste? Beim Essen und Trinken mit anderen Verschwörern am gewohnten Tisch gesehen zu werden, verlieh einem ein Gefühl der Bedeutung; diejenigen, die formal zwar nicht dem Netzwerk angehörten, aber darüber Bescheid wussten, verband ein prickelndes, geheimes Einvernehmen – und das war wichtig für eine Bewegung, die für sich beanspruchte, die schweigende Mehrheit der serbischen Nation zu repräsentieren.

Aber selbst wenn die Existenz der Organisation allgemein bekannt war, blieben doch ihre Ziele weitgehend ungewiss. Wie viele führende Persönlichkeiten der Radikalen betrachtete auch Pašić die Schwarze Hand als eine Bewegung, die sich in erster Linie den Umsturz des serbischen Staates von innen zum Ziel gesetzt hatte – er hielt den Ultranationalismus offenbar lediglich für eine Tarnung für die innenpolitische subversive Tätigkeit. Diese Fehleinschätzung schlich sich in viele diplomatische Berichte ein. Der für gewöhnlich gut informierte österreichische Botschafter in Belgrad berichtete im November 1911 beispielsweise, dass die Behauptung der Schwarzen Hand, sie sei eine patriotische Gruppierung, die außerhalb Serbiens operiere, um alle Serben zu vereinen, in Wirklichkeit nur eine Tarnung sei; ihr eigentliches Ziel sei es, sich in die inneren Angelegenheiten einzumischen.[127]

Dieses Missverständnis verwirrte die österreichischen Behörden noch in der Julikrise 1914.

Innerhalb Bosniens und der Herzegowina verflochten sich die Netzwerke von Ujedinjenje ili smrt! und Narodna Odbrana mit lokalen Gruppierungen panserbischer Aktivisten, von denen *Mlada Bosna* (»Junges Bosnien«) die wichtigste war. Mlada Bosna war keine einheitliche Organisation, sondern eine Ansammlung von Gruppen und Zellen revolutionärer Jugendlicher, die seit etwa 1904 in der ganzen Provinz tätig waren; ihr Augenmerk richtete sich allerdings nicht so eng auf Serbien wie das der Schwarzen Hand oder der Narodna Odbrana.[128] Da sie unter den Augen der österreichischen Polizei operierten, wählten die Jungbosnier eine dezentrale, flexible Struktur, die sich auf kleine »Kreise« *(kružki)* stützte, die nur über auserwählte Zwischenmänner miteinander verknüpft waren. Die große Stunde der Jungbosnier schlug im Jahr 1910, als einer von ihnen einen Selbstmordanschlag gegen den österreichischen Gouverneur Bosniens verübte. Anlässlich der Eröffnung des bosnischen Parlaments am 3. Juni 1910 gab Bogdan Žerajić, ein serbischer Student aus der Herzegowina, fünf Schüsse auf Gouverneur Marijan Varešanin ab. Als alle Kugeln ihr Ziel verfehlten, schoss Žerajić die sechste und letzte Kugel in seinen eigenen Kopf. Er wurde anonym in einem Abschnitt des Friedhofs von Sarajevo beigesetzt, der Verbrechern und Selbstmördern vorbehalten war, aber sein Grab wurde schon bald zu einer Kultstätte der serbischen Untergrundbewegung, und seine Tat wurde von der nationalistischen Presse in Belgrad gefeiert.[129]

Keiner trug mehr dazu bei, Žerajićs Ansehen zu steigern, als Vladimir Gačinović, sein Kamerad bei den Jungbosniern. Gačinović hatte Bosnien verlassen, um in Belgrad die Hochschule zu besuchen. Er schloss dort an der Universität ein Semester ab, bevor er ein Regierungsstipendium für die Universität Wien erhielt. Im Jahr 1911 war er sowohl in Ujedinjenje ili smrt! als auch in Narodna Odbrana eingetreten. Nach der Rückkehr nach Sarajevo baute er in der Stadt ein Netz aus aktiven Zellen auf. Aber Gačinović wurde vor allem für ein Traktat berühmt, das er zu Ehren des Lebens und Tods von Žerajić schrieb. In dem Werk *Tod eines Helden* beschrieb er den

Selbstmordattentäter als »Mann der Tat, der Kraft, des Lebens und der Tugend, einen Menschenschlag, der eine neue Epoche einläutet«, und schloss mit einem flammenden Aufruf: »Junge Serben, werdet ihr solche Männer hervorbringen?« Gačinovićs Pamphlet kursierte in ganz Bosnien unter der Hand und wurde zu einem der Schlüsseltexte des panserbischen terroristischen Milieus, weil es das Motiv des Opfers und das Motiv des Mordes beziehungsweise des Attentats in einer Weise miteinander vermengte, die an die Epen über das Kosovo Polje erinnerte.[130] Žerajićs Anschlagversuch markierte den Beginn des systematischen Einsatzes von Terror gegen die politische Elite des Habsburger Reiches; es kam zu sieben ähnlichen Vorfällen, und mehr als ein Dutzend weitere gescheiterte Verschwörungen wurden in den südslawischen Provinzen des Reiches in den drei Jahren von Žerajićs Attentat bis zu den verhängnisvollen Schüssen von Sarajevo am 28. Juni 1914 aufgedeckt.[131]

Drei Türkenkriege

Ende September 1911, nur sechs Monate nach der Gründung von Ujedinjenje ili smrt!, begann Italien eine Invasion Libyens. Dieser nicht provozierte Angriff auf eine unverzichtbare Provinz des Osmanischen Reiches löste eine Kaskade opportunistischer Angriffe auf osmanisch kontrollierte Gebiete auf dem Balkan aus. Eine lose Koalition aus Balkanstaaten (Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland) führte zeitgleich Angriffe gegen osmanisches Territorium aus und begann damit den Ersten Balkankrieg (Oktober 1912 bis März 1913). Das Ergebnis war ein gewaltiger Sieg für die Verbündeten über osmanische Kräfte, die aus Albanien, Makedonien und Thrakien vertrieben wurden. Im Zweiten Balkankrieg (Juni bis Juli 1913) stritten sich die kriegführenden Parteien um die Siegesbeute des Ersten: Serbien, Griechenland, Montenegro und Rumänien kämpften gegen Bulgarien um Territorien in Makedonien, Thrakien und der Dobrudscha.

Die Auswirkung dieser beiden Kriege wird ausführlicher in Kapitel 5 erörtert. Vorläufig genügt der Hinweis, dass Serbien der offensichtlichste Nutznießer war, denn es erwarb das zentrale Vardar-Tal, einschließlich

Ohrid, Bitola, Kosovo, Štip und Kočani, dazu die östliche Hälfte des Sandschak von Novi Pazar (die westliche Hälfte fiel an Montenegro). Das Königreich dehnte sich von gut 47500 Quadratkilometern auf über 86760 Quadratkilometer aus, und die Bevölkerung wuchs um über 1,5 Millionen. Der Erwerb des Kosovo, des Schauplatzes der serbischen Volksdichtung, gab Anlass zu großer Freude, und da das Königreich im Westen nunmehr eine gemeinsame Grenze mit Montenegro hatte, bestand die Aussicht, dass Serbien über eine politische Union mit seinem Nachbarn dauerhaften Zugang zur Adria erhielt. Darüber hinaus demonstrierte Serbiens Kriegführung allem Anschein nach, dass die jahrelangen, über französische Kredite (im September 1913 wurde von einem französischen Bankenkonsortium ein weiterer hoher gewährt) finanzierten Rüstungsanstrengungen nicht umsonst gewesen waren. Innerhalb von drei Wochen nach der ersten Mobilmachung hatte man 300000 Mann ins Feld geführt. Die serbische Armee war mittlerweile, wie ein ausländischer Beobachter anmerkte, »ein Faktor, mit dem man rechnen musste«, und Serbien selbst eine starke Regionalmacht.[132] Dayrell Crackanthorpe, der britische Gesandte in Belgrad, berichtete über die öffentliche Begeisterung: »Serbien kommt es so vor, als habe es, gewissermaßen, die Volljährigkeit erlangt, und kann […] eine eigene nationale Politik verfolgen.« Die politische Elite des Königreichs machte gegenwärtig »eine Phase extremer Selbstzufriedenheit durch«; in der Presse und in der öffentlichen Debatte wurden überall serbische Erfolge auf dem Schlachtfeld dem »Scheitern der österreichischen Diplomatie« gegenübergestellt.[133]

Für viele in den neu eroberten Gebieten brachte die serbische Herrschaft Schikanen und Unterdrückung mit sich. Die Vereinigungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit, die nach der serbischen Verfassung von 1903 garantiert waren (Artikel 24, 25 und 22), wurden in den neuen Gebieten nicht eingeführt, ebenso wenig wie Artikel 13, der die Todesstrafe für politische Verbrechen aufhob. Den Bewohnern der neuen Gebiete wurde das aktive und passive Wahlrecht verweigert. Anders gesagt, die eroberten Gebiete bekamen fürs Erste den Charakter einer Kolonie. Die Regierung rechtfertigte diese Entscheidungen damit, dass das kulturelle Niveau der neuen Territorien so

niedrig sei, dass die Gewährung der Freiheiten den Bestand des Landes gefährden würde. In Wirklichkeit ging es in erster Linie darum, die Nichtserben, welche in vielen Regionen die Mehrheit stellten, von der nationalen Politik fernzuhalten. Oppositionelle Zeitungen wie *Radičke Novine* und *Pravda* wiesen auch prompt darauf hin, dass die »neuen Serben« unter den Türken tatsächlich mehr politische Rechte gehabt hätten als unter serbischer Verwaltung.[134]

Auf serbischer Seite war dies ein Krieg mit zwei Gesichtern, der nicht nur von regulären Einheiten der Armee geführt wurde, sondern auch, wie so oft in der Vergangenheit, von Partisanenbanden, *comitatjis* und anderen Freischärlern. In den neu eroberten Gebieten hatte das Einvernehmen zwischen offiziellen Behörden und informellen Gruppierungen furchtbare Konsequenzen. Es kam zu unzähligen Fällen willkürlicher Zerstörung von türkischen Gebäuden wie Schulen, Badehäusern und Moscheen. Britischen Konsuln gelang es in manchen Fällen, den Schaden in Grenzen zu halten, indem lokale serbische Befehlshaber überzeugt wurden, dass das eine oder andere Gebäude schon aus der Zeit Stepan Dušans stammte und folglich Teil des serbischen Nationalerbes sei. Diese Notlüge beispielsweise führte dazu, dass die schöne türkische Brücke Kamen Most aus dem 15. Jahrhundert im makedonischen Skopje (Üsküb) verschont blieb.[135]

Im Oktober und November 1913 berichteten die britischen Vizekonsuln in Skopje und Monastir von systematischer Einschüchterung, willkürlichen Verhaftungen, Prügelstrafen, Vergewaltigungen, dem Niederbrennen von Dörfern und Massakern durch die Serben in den annektierten Gebieten.[136] »Es zeigt sich bereits überdeutlich«, berichtete Vizekonsul Greig aus Monastir, »dass Muslime unter serbischer Herrschaft nichts anderes als regelmäßige Massaker, die sichere Ausbeutung und den endgültigen Ruin zu erwarten haben.« Elf Tage später reichte er einen weiteren Bericht ein und warnte, dass die »bulgarischen und insbesondere muslimischen Bevölkerungen in den Bezirken Perlepe, Krčevo und Kruševo wegen der sehr häufigen und barbarischen Massaker und Plünderungen, denen sie von serbischen Banden ausgesetzt waren, Gefahr liefen, ausgelöscht zu werden«.[137] Bis zum Ende des Monats hatten »Plünderungen, Mord und

andere Gräueltaten durch Banden serbischer Freischärler und mit ihnen verbündete Personen« fast schon anarchische Zustände geschaffen.[138] Albaner und andere Muslime, Bulgaren, Walachen und Juden hätten, berichtete der Vizekonsul im Dezember, Angst vor der Aussicht auf die Abhängigkeit von einem »Staat ohne einen Penny«, der allem Anschein nach dazu neigte, »jeder Gemeinde ihre Existenzmittel in einem Ausmaß zu entziehen, wie man es selbst in den finstersten Tagen des türkischen Regimes nicht gekannt habe«.[139] Aus Bitola im Süden, in der Nähe der griechischen Grenze, berichtete der britische Vizekonsul, dass die alten Verwaltungsbeamten durch eine neue Kohorte korrupter »serbischer Ex-Propagandisten« abgelöst worden seien, deren Anführer »1) ein Ex-Barbier, Spion und serbischer Agent […] und 2) ein einheimischer Serbomane von undefinierbarem Beruf namens Maxim« seien. »Nichts könnte«, so Greig, »den Feinden Serbiens besser in die Hände spielen als die Schreckensherrschaft dieser Clique.«[140]

Bemerkenswert ist an diesen Berichten nicht allein ihr beunruhigender Inhalt, sondern auch die Skepsis, mit der sie von dem britischen Gesandten Crackanthorpe, einem erklärten Serbophilen, aufgenommen wurden. Crackanthorpe, dessen wichtigste Quelle zu den Ereignissen in den annektierten Gebieten »ein ihm bekannter serbischer Offizier« war,[141] akzeptierte die offiziellen Dementis der Belgrader Regierung fraglos und bemühte sich, die Wirkung der Telegramme von Greig aus Monastir abzuschwächen, indem er gegenüber dem Foreign Office andeutete, der Vizekonsul sei hysterischen Flüchtlingen und ihren Lügengeschichten auf den Leim gegangen. Die Ereignisse auf dem Balkan wurden bereits, so könnte man argumentieren, durch die geopolitische Brille des Bündnissystems gesehen, in dem Serbien als freundlicher Staat galt, der in einen tapferen Kampf gegen den furchterregenden Nachbarn Österreich-Ungarn verwickelt war. Erst die Detailfülle der Berichte, die aus den annektierten Gebieten eingingen, im Verein mit bestätigenden Schilderungen von rumänischen, Schweizer und französischen Vertretern überzeugte das britische Foreign Office, dass die Meldungen über Gräueltaten in Makedonien nicht als österreichische Propaganda abgetan werden durften.

Unterdessen zeigte die serbische Regierung nicht das geringste Interesse, weitere Gräueltaten zu verhindern oder eine Untersuchung der bereits begangenen in die Wege zu leiten. Als Pašić von den Briten auf die Ereignisse in Bitola hingewiesen wurde, erwiderte er einfach, er kenne den dortigen Präfekten nicht persönlich und könne deshalb keinen Kommentar abgeben. Sein Angebot, einen Kommissar in den Süden zu schicken, um der Angelegenheit nachzugehen, wurde niemals umgesetzt. Als der serbische Gesandte in Konstantinopel ihm von Beschwerden einer Delegation hoher muslimischer Würdenträger berichtete, erklärte er, diese Geschichten würden von Emigranten stammen, die ihr eigenes Leiden bewusst übertrieben hätten, damit sie von ihren neuen Landsleuten desto herzlicher aufgenommen wurden.[142] Und die Carnegie Commission, die sich aus sorgfältig nach ihrer Unparteilichkeit ausgewählten Experten zusammensetzte, erhielt nach ihrem Eintreffen auf dem Balkan, um die Gräueltaten in den umstrittenen Gebieten zu untersuchen, von Belgrad so gut wie keine Unterstützung.[143]

Für eine gewisse Zeit hoben die Kriege allem Anschein nach die strukturellen Spannungen innerhalb der Exekutive in Belgrad auf. Eine Weile zogen die verdeckten Netzwerke, die reguläre Armee, die Freischärler und die Kabinettsminister in der nationalen Sache an einem Strang. Apis wurde vor der serbischen Invasion im Jahr 1912 zu verdeckten Operationen für die Armee in Makedonien ausgesandt; bei seinen Verhandlungen mit albanischen Clanchefs im Jahr 1913 fungierte die Schwarze Hand im Wesentlichen als ein Arm des Außenministeriums in Belgrad. An der Befriedung der neu eroberten Gebiete im Süden waren nicht nur reguläre Truppen beteiligt, sondern auch Banden aus Freiwilligen, die Aktivisten der Schwarzen Hand nahe standen, etwa Voja Tankosić, ein ehemaliger Königsmörder, der die Ermordung der beiden Brüder Königin Dragas beaufsichtigt hatte.[144] Es war ein Zeichen für das gestiegene Ansehen der Schwarzen Hand, dass Apis im Januar 1913 zum Oberstleutnant befördert und im August zum Chef der Nachrichtenabteilung im Generalstab ernannt wurde, eine Rolle, die ihm die Kontrolle über das weitreichende Netz serbischer Agenten der Narodna Odbrana innerhalb von Österreich-Ungarn verschaffte.[145]

Die Einigkeit bekam allerdings erste Risse, sobald die Balkankriege vorüber

waren, als Auseinandersetzungen um die Verwaltung der neu erworbenen Gebiete eine katastrophale Verschlechterung der Beziehungen zwischen ziviler und militärischer Verwaltung zur Folge hatten. Auf der einen Seite standen das Kriegsministerium, die serbische Armee und verschiedene Mitläufer aus den Reihen der oppositionellen Unabhängigen Radikalen; auf der anderen Seite standen die Führer der Radikalen Volkspartei, die den größten Teil des Kabinetts stellten.[146] Der Streit drehte sich in erster Linie um den Charakter der Verwaltung, die in den neuen Gebieten eingeführt werden sollte. Das Kabinett Pašić hatte die Absicht, eine zivile Interimsverwaltung per Dekret einzuführen. Die Armee hingegen sprach sich für eine Fortsetzung der Militärverwaltung aus. Angespornt von den aktuellen Erfolgen weigerte sich die militärische Führung, die Kontrolle im annektierten Gebiet abzugeben. Dabei ging es nicht allein um Macht, sondern auch um die politische Linie, denn die Hardliner stellten sich auf den Standpunkt, dass lediglich eine harte und unnachgiebige Verwaltung geeignet sei, die serbische Kontrolle in gemischten Gebieten zu festigen. Als der Radikale Innenminister Stojan Protić im April 1914 ein Dekret erließ, das formell die Armee den zivilen Behörden unterstellte, brach eine regelrechte Krise aus. Offiziere in den neuen Gebieten weigerten sich, dem Dekret Folge zu leisten, die militärische Partei schloss sich mit der Opposition der Unabhängigen Radikalen in der Skupština zusammen, genau wie die Verschwörer anno 1903. Es kursierten sogar Gerüchte über einen bevorstehenden Putsch, der von Apis gesteuert werden sollte. Dem Vernehmen nach würde er Truppen aus der Belgrader Garnison zum Königspalast führen, König Peter zur Abdankung zugunsten seines Sohnes Prinz Alexander zwingen und die Kabinettsmitglieder der Radikalen ermorden.[147]

Ende Mai 1914 war die Situation in Belgrad so brisant geworden, dass eine Intervention von außen erforderlich war, um den Zusammenbruch der Regierung Pašić zu verhindern. In einem höchst ungewöhnlichen Schritt erklärte der russische Gesandte in Belgrad öffentlich, für die russische Balkanpolitik sei es erforderlich, dass Pašić im Amt bleibe. Die Franzosen stärkten ihm den Rücken, indem sie durchblicken ließen, dass eine von

Unabhängigen Radikalen und Mitgliedern der Militärfraktion dominierte Regierung womöglich nicht mehr die üppige finanzielle Unterstützung seitens Paris bekäme, welche seit 1905 die staatlichen Investitionen in Serbien finanziert hatte. Es war eine fast vollkommene Wiederholung der Geschehnisse des Jahres 1899, als der gerissene Führer der Radikalen durch die Intervention des österreichischen Gesandten der Hinrichtung entging. Auf diese Weise ausmanövriert, zog sich Apis von dem Komplott zurück.[148] Nachdem die Gefahr einer unmittelbaren Übernahme vorübergehend abgewehrt war, richtete Pašić den Blick auf die bevorstehenden Wahlen im Juni 1914, um seine Stellung zu festigen.

Diese undurchschaubaren politischen Auseinandersetzungen waren für die Beobachter der serbischen Angelegenheiten in Wien kein großer Trost. Wie Dayrell Crackanthorpe im März 1914 treffend anmerkte: Sowohl die »moderatere und bedachtere Fraktion der Meinung«, in Gestalt des Kabinetts der Radikalen Minister, als auch die »Militärpartei« unter dem Einfluss der Schwarzen Hand waren überzeugt, dass die Auflösung Österreich-Ungarns fast unmittelbar bevorstehe und dass Serbien das Erbfolgerecht auf die weiten Ländereien des Reiches zustehe, die noch auf ihre panserbische Erlösung warteten. Die beiden unterschieden sich lediglich in der Methode: Während die Militärpartei auf einen »Aggressionskrieg« setzte, »sobald der Moment gekommen und das Land bereit sei«, vertraten die Moderaten die Ansicht, dass »das Signal zur Auflösung des österreichisch-ungarischen Reiches nicht von außen, sondern von innen kommen werde«, und sprachen sich deshalb dafür aus, dass das Land auf alle Eventualfälle vorbereitet sein müsse. Was die Institutionen betrifft, war das Gerüst des gemäßigten offiziellen Serbiens und der unnachgiebigen, irredentistischen Netzwerke weiterhin eng miteinander verflochten. Die höheren Ränge des Militärs und seines Nachrichtendienstes, mit seinem Agentennetz in Bosnien und Herzegowina, die Zollbehörde, Teile des Innenministeriums und andere Regierungsorgane waren massiv von den Netzwerken unterwandert, genau wie die Netzwerke umgekehrt vom Staat unterwandert waren.

Die Verschwörung

Die Verschwörung zur Ermordung Erzherzog Franz Ferdinands lässt sich kaum bis ins Detail rekonstruieren. Die Attentäter gaben sich ihrerseits alle Mühe, die Spuren zu verwischen, die sie mit Belgrad in Verbindung brachten. Viele überlebende Beteiligte weigerten sich, über ihre Rolle zu sprechen; andere spielten ihren Anteil herunter oder verschleierten ihre Spuren mit nebulösen Spekulationen, sodass sich ein Wirrwarr widersprüchlicher Zeugenaussagen ergab. Von der Verschwörung selbst sind keinerlei Dokumente überliefert: So gut wie alle, die daran beteiligt waren, verkehrten für gewöhnlich in Kreisen, die eine fast schon manische Geheimhaltung wahrten. Das stillschweigende Einverständnis zwischen dem serbischen Staat und den an der Verschwörung beteiligten Netzwerken war bewusst geheim und informeller Natur – es existierten keinerlei Unterlagen. Die Historiker, die sich mit der Verschwörung befassten, mussten sich deshalb mit einer zweifelhaften Kombination von Quellen behelfen: mit Erinnerungen, mit Zeugenaussagen und eidesstattlichen Erklärungen aus der Zeit nach dem Krieg, die unter Zwang gemacht wurden, mit Behauptungen, die sich angeblich auf inzwischen vernichtete Dokumente stützten, und auf Auszüge aus dem erhaltenen Quellenmaterial, die zum größten Teil nur vage auf die Planung und Durchführung der Verschwörung Bezug nehmen. Von dem Hintergrund dieser Verschwörung hängt jedoch so viel ab, dass Historiker mit geradezu kriminalistischem Eifer so gut wie jedes Detail von allen Seiten beleuchtet haben. Deshalb ist es inzwischen möglich, durch das Chaos aus Quellen und tendenziösen Verzerrungen in einem großen Teil der Sekundärliteratur eine Linie mit der größtmöglichen Plausibilität zu ziehen.

Apis war der wichtigste Kopf hinter der Verschwörung, aber die Idee selbst stammte vermutlich von seinem Kameraden Rade Malobabić, einem in Österreich-Ungarn geborenen Serben, der einige Jahre lang als Spion mit der Narodna Odbrana zusammengearbeitet und Informationen über österreichische Befestigungsanlagen und Truppenbewegungen gesammelt hatte. Er übergab sie serbischen Grenzbeamten, die als Aktivisten der Schwarzen Hand eine Doppelrolle spielten, und über die Beamten an den serbischen Militärgeheimdienst.[149] Malobabić war ein hervorragender Agent, ein überaus engagierter und gerissener Mann, der das Grenzgebiet wie seine

Westentasche kannte und mehrmals der Ergreifung durch die österreichischen Behörden entging. Dem Vernehmen nach ist er einmal durch den fast zugefrorenen Fluss Drina geschwommen, dem er mit Eiskristallen bedeckt entstieg, um seinen Führungsoffizieren auf der serbischen Seite der Grenze Bericht zu erstatten.[150] Vermutlich informierte Malobabić als Erster Apis von dem bevorstehenden Besuch Franz Ferdinands in Sarajevo im Juni 1914.[151]

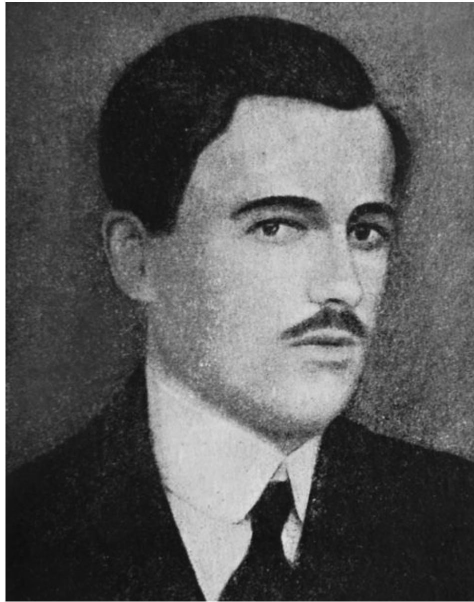
Warum Apis unbedingt ein Attentat gegen den Erzherzog und Thronfolger verüben wollte, lässt sich kaum sagen, weil er keine klare Version seiner Motive hinterließ. Anfang 1914 konzentrierte sich die Feindseligkeit der lokalen Aktivisten in Bosnien in erster Linie auf die Person Oskar Potioreks, den österreichischen Landeschef Bosniens, einen Nachfolger Varešanins, den zu töten Žerajić im Juni 1910 nicht gelungen war. Indem Apis die Anstrengungen Erzherzog Franz Ferdinand zuwandte, erhöhte er den Einsatz. Der Anschlag auf einen Statthalter würde zwar sicher einigen Staub aufwirbeln, könnte aber auch ohne Weiteres als lokale Angelegenheit ausgegeben werden, die auf regionale Machtstreitigkeiten zurückzuführen war. Ein Anschlag auf den habsburgischen Thronerben hingegen, überdies zu einer Zeit, als der herrschende Kaiser bereits auf die dreiundachtzig zuging, musste zwangsläufig als Anschlag auf den Bestand des Reiches selbst gewertet werden.

An dieser Stelle sollte betont werden, dass der Erzherzog nicht wegen einer angeblichen Feindseligkeit gegen die slawischen Minderheiten in Österreich-Ungarn ausgewählt wurde, sondern gerade weil er, mit den Worten seines Mörders Gavrilo Princip, »als künftiger Herrscher bestimmte Ideen und Reformen durchgeführt hätte, die uns im Wege standen«.[152] Princip spielte hier auf die angebliche Unterstützung des Erzherzogs für eine Strukturreform der Monarchie an, die den slawischen Ländereien eine größere Autonomie einräumen sollte. Viele im irredentistischen serbischen Milieu fassten diese Idee als eine potenziell katastrophale Bedrohung des Vereinigungsprojektes auf. Falls sich die Habsburger Monarchie aus eigenem Antrieb erfolgreich in ein dreigliedriges Staatswesen umwandeln sollte, das von Wien aus nach föderativen Grundsätzen regiert wurde, etwa mit Zagreb als Hauptstadt mit dem gleichen Status wie Budapest, so bestand die Gefahr, dass Serbien seine

Pionierrolle als Piemont der Südslawen verlor.[153] Die Auswahl des Erzherzogs steht somit exemplarisch für ein immer wiederkehrendes Motiv in der Logik terroristischer Bewegung, nämlich dass Reformer und Gemäßigte stärker zu fürchten sind als direkte Gegner und Hardliner.

Die für das Attentat auf den Erzherzog ausgewählten Männer waren allesamt in dem Milieu der irredentistischen Netzwerke geprägt worden. Es handelte sich um den ehemaligen Freischärler Voja Tankosić, der die drei jungen bosnischen Serben rekrutierte, den Kern des nach Sarajevo geschickten Mordkommandos. Trifko Grabež, Nedeljko Čabrinović und Gavrilo Princip waren alle neunzehn, als Tankosić sie für die Verschwörung warb. Sie waren gute Freunde und verbrachten einen großen Teil ihrer Zeit zusammen. Grabež war der Sohn eines orthodoxen Priesters in Pale, knapp zwanzig Kilometer östlich von Sarajevo, der zum Abschluss seines Studiums nach Belgrad gereist war. Čabrinović war mit 14 Jahren von der Schule abgegangen und gelangte anschließend nach Belgrad, wo er Arbeit als Setzer für einen Betrieb fand, der sich auf anarchistische Literatur spezialisiert hatte. Princip hatte wie Grabež Sarajevo verlassen, um in Belgrad auf die Schule zu gehen. Alle drei hatten unglückliche Kindheiten hinter sich und stammten aus armen Haushalten. Grabež und Čabrinović hatten schon früh in ihrem Leben unter männlichen Autoritätsfiguren gelitten und sich gegen sie aufgelehnt. Während des Prozesses erzählte Čabrinović dem Gericht, sein Vater habe ihn zu Hause misshandelt, weil er in der Schule in Sarajevo so schlecht war; am Ende flog der Junge von der Schule, weil er einen Lehrer ins Gesicht geschlagen hatte. Die Spannungen zu Hause wurden noch dadurch verschärft, dass Čabrinović senior als Polizeispitzel für die verhassten Österreicher arbeitete – ein Stigma, das der Junge abzulegen hoffte, indem er sich für die nationale Sache engagierte. Auch Grabež war von seinem Gymnasium in Tuzla geflogen, weil er einen Lehrer geschlagen hatte.[154] Das Geld war knapp, nur Princip hatte ein regelmäßiges Einkommen in Form einer bescheidenen Unterstützung von seinen Eltern, aber das wurde in der Regel unter den Freunden aufgeteilt oder an mittellose Bekannte verliehen.[155] Čabrinović erinnerte sich später, dass er bei seiner Ankunft in Belgrad ein paar Tage lang seinen gesamten Besitz in einem kleinen Koffer mit sich

herumtrug, vermutlich weil er keine Bleibe hatte.[156] Wie zu erwarten, stand es nicht zum Besten um die Gesundheit der jungen Männer. Vor allem Princip war dünn und kränklich; vermutlich litt er schon damals unter einer tuberkulösen Erkrankung. Wegen der Krankheit war er gezwungen, vorzeitig von der Schule in Sarajevo abzugehen. Im Gerichtsprotokoll wird er als »kleiner schwächlicher Jüngling« beschrieben.[157]



Nedeljko Čabrinović



Der junge Gavrilo Princip

Die Jungen hatten keine schlechten Angewohnheiten. Sie waren aus jenem düsteren, jugendlichen Stoff gemacht, der reich an Idealen, aber arm an Erfahrung ist und aus dem moderne terroristische Bewegungen in erster Linie ihren Nachwuchs rekrutieren. Sie tranken keinen Alkohol. Sie waren zwar romantisch veranlagt und heterosexuell, aber sie suchten nicht gerade die Gesellschaft junger Frauen. Sie lasen nationalistische Gedichte und irredentistische Zeitungen und Pamphlete. Die jungen Männer befassten sich ausgiebig mit dem Leiden der serbischen Nation, für das sie allen und jedem die Schuld gaben, nur nicht den Serben selbst, und sie empfanden die Kränkungen und Demütigungen des geringsten ihrer Landsleute als eigene. Ein wiederkehrendes Motiv war die wirtschaftliche Degradierung ihrer bosnischen Landsleute durch die österreichischen Behörden (eine Klage, welche den Umstand übersah, dass Bosnien in Wirklichkeit stärker industrialisiert war und gemessen am Pro-Kopf-Einkommen einen höheren Wohlstand als der größte Teil des serbischen Kernlands hatte).[158] Das Opfer war ein zentrales Motiv, fast schon ein Wahn. Princip hatte sogar Zeit gefunden, den gesamten *Bergkranz* auswendig zu lernen, jenes aufrührende Epos von Petrović-Njegoš zur Feier des selbstlosen Tyrannenmordes durch Miloš Obilić.[159] Princip sagte vor Gericht aus, dass er vor dem Attentat die Gewohnheit hatte, zum Grab des Selbstmordattentäters Bogdan Žerajić zu gehen: »Dort verbrachte ich oft ganze Nächte, indem ich über unsere Verhältnisse, über unsere elende Lage und über ihn [Žerajić] nachdachte, und da entschloss ich mich zum Attentat.«[160] Auch Čabrinović erzählte, dass er gleich nach seiner Ankunft in Sarajevo das Grab von Žerajić aufgesucht habe. Da es verwahrlost gewesen sei, habe er Blumen darauf gelegt (eine Randnotiz auf dem österreichischen Gerichtsprotokoll weist boshaft darauf hin, dass diese Blumen von benachbarten Gräbern gestohlen worden waren). Bei diesen Aufenthalten an der Ruhestätte Žerajićs habe er, so Čabrinović, den Entschluss gefasst, so zu sterben wie Žerajić. »Ich wusste überhaupt, dass ich nicht lange leben würde. Immer beschäftigte mich der Gedanke an Selbstmord; da war mir alles gleichgültig.«[161]

Dieser Aufenthalt am Grab eines Selbstmörders ist bemerkenswert und vielsagend, weil er bestätigt, welche Faszination die Figur des

Selbstmordattentäters ausübte, der in der Kosovo-Legende und generell für das Selbstbewusstsein des panserbischen Milieus eine so zentrale Rolle spielt. Die einschlägigen Zeitschriften, Tagebücher und Briefwechsel wimmeln nur so von Opfermotiven. Selbst das Attentat sollte einen verschlüsselten Tribut an Žerajićs frühere Tat enthalten, denn Princip hatte ursprünglich vor, sich genau an derselben Stelle aufzubauen, wo auch Žerajić gestanden hatte, auf der Kaiserbrücke: »Ich wollte dann von der gleichen Stelle aus schießen wie der verstorbene Žerajić.«[162]

Für alle Attentäter war Belgrad der Schmelztiegel, der ihre Politik radikalisierte und sie für die Sache der Vereinigung aller Serben einspannte. In einer vielsagenden Passage des Gerichtsprotokolls erinnerte sich Čabrinović, wie er im Jahr 1912, als er zu krank geworden war, um in Serbien weiterzuarbeiten, und beschlossen hatte heimzukehren, zur Belgrader Filiale der Narodna Odbrana gegangen war. Dort wurde ihm mitgeteilt, dass ein bosnischer Serbe jederzeit Geld für die Rückreise nach Sarajevo bekommen könne. Er wurde von einem gewissen Major Vasić empfangen, dem Sekretär der lokalen Vereinigung der Narodna Odbrana. Vasić gab ihm Geld und patriotische Schriften und konfiszierte sein Buch mit Erzählungen von Maupassant mit der Begründung, sie seien nichts für einen jungen serbischen Patrioten, und ermahnte ihn, stets »ein braver Serbe« zu sein.[163] Derartige Treffen waren ausschlaggebend für die Prägung dieser jungen Männer, deren Beziehungen zu Autoritätspersonen so vorbelastet waren. Innerhalb der nationalistischen Netzwerke gab es ältere Männer, die nicht nur bereit waren, ihnen mit Geld und Ratschlägen zur Seite zu stehen, sondern auch ihnen Zuneigung und Respekt zu erweisen. Darüber hinaus vermittelten sie ihnen das Gefühl, dass ihr Leben einen Sinn hatte, dass sie in einem historischen Moment lebten und dass sie Teil eines großartigen und blühenden Projekts waren – ein Gefühl, das die jungen Männer bislang so sehr vermisst hatten.

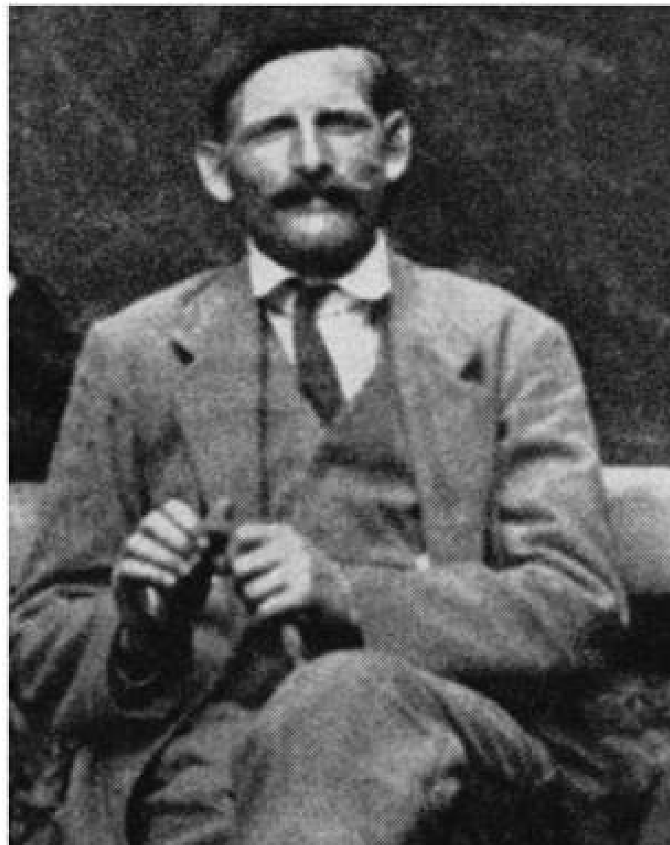
Diese Betreuung der Jüngeren durch Ältere zur Einbindung in die Netzwerke war ein ganz wesentliches Element für den Erfolg der irredentistischen Bewegung. Als Čabrinović aus Belgrad nach Sarajevo zurückkehrte, gelang es ihm nicht, sich wieder in sein altes sozialistisches

Milieu einzufügen. Da seine Parteigenossen spürten, dass er seine Weltanschauung geändert hatte, beschimpften sie ihn als serbischen Agitator und Spion und schlossen ihn aus der Partei aus. Im Jahr 1913, als Čabrinović wieder nach Belgrad ging, war er bereits kein linker Revolutionär mehr, sondern sein Standpunkt war »anarchistisch, mit nationalistischer Mischung«.[164] Princip hatte sich ebenfalls in dieser emotional aufgeladenen Umgebung aufgehalten: Nachdem er im Mai 1912 Sarajevo verlassen hatte, um seine weiterführende Bildung in Belgrad abzuschließen, lief auch er dem unermüdlichen Major Vasić über den Weg. Beim Ausbruch des Ersten Balkankrieges half Vasić ihm, zur türkischen Grenze zu gelangen, um sich als freiwilliger Kämpfer zu melden, doch der lokale Kommandeur – kein anderer als ein gewisser Voja Tankosić – wies ihn an der Grenze mit der Begründung ab, er sei »zu schwach und zu klein«.

Mindestens genauso wichtig wie der Kontakt zu Aktivisten wie Vasić oder mit der schriftlichen Propaganda der Narodna Odbrana war das Milieu der Kaffeehäuser, das jungen bosnischen Serben, die sich in Belgrad aufhielten, ein gewisses Zugehörigkeitsgefühl vermittelte. Čabrinović ging häufig »zum Eichelkranz, zum Grünen Kranz und zum Goldfischlein«, wo er, wie er sich später erinnerte, »allerlei Reden« aufschnappte und mit »Studenten, Typographen, Komitatschis (Freischärlern)« verkehrte, vor allem aber mit bosnischen Serben. Die jungen Männer speisten, rauchten und sprachen über Politik oder debattierten über Zeitungsartikel.[165] Ausgerechnet im Eichelkranz und im Grünen Kranz dachten Čabrinović und Princip zum ersten Mal über die Möglichkeiten nach, den österreichischen Thronerben zu ermorden; der hohe Aktivist der Schwarzen Hand, der den jungen Männern Browning-Pistolen und Schachteln mit Munition verschaffte, war ebenfalls »eine in den Kaffeeschänken gern gesehene Persönlichkeit«.[166] An diesen Orten herrschte überwiegend eine ultranationalistische und antiösterreichische Stimmung. Eine Passage im Gerichtsprotokoll ist besonders vielsagend: Der Richter fragte Princip, wo Grabež denn seine ultranationalistischen politischen Ansichten angenommen habe. Princip erwiderte arglos: »Nachdem er [Grabež] nach Belgrad gekommen, nahm auch er dieselben Grundsätze an.« Mit Blick auf die damit verbundene

Implikation bohrte der Richter weiter: »Also ist es genug, nach Belgrad zu kommen, um alsbald von denselben Ideen eingenommen zu werden wie Sie?«[167] Aber Princip lehnte jede weitere Aussage dazu ab, weil er merkte, dass man ihn aus der Reserve gelockt hatte.

Sobald die Planung des Attentats ernsthaft begonnen hatte, wurde sorgfältig darauf geachtet, dass keine offensichtliche Verbindung zwischen der Zelle und den Behörden in Belgrad bestand. Führungsoffizier der Attentäter war ein Mann namens Milan Ciganović, ein bosnischer Serbe und Mitglied der Schwarzen Hand, der unter Tankosić mit den Partisanen gegen die Bulgaren gekämpft hatte und jetzt bei der serbischen Eisenbahn arbeitete. Ciganović unterstand Tankosić, der wiederum Apis unterstellt war. Alle Befehle wurden nur mündlich weitergegeben.



Milan Ciganović

Roger Viollet/Getty Images

Die Ausbildung für den Anschlag fand in der serbischen Hauptstadt statt.

Princip hatte bereits bei den Partisanen Schießunterricht erhalten und war von den dreien der beste Schütze. Am 27. Mai bekamen sie die Waffen, die sie später verwenden sollten: vier Pistolen und sechs kleine Bomben mit einem Gewicht von weniger als zweieinhalb Pfund aus dem serbischen Staatsarsenal bei Kragujevac. Darüber hinaus wurden sie mit Gift in Form von kleinen Phiolen mit Zyanid, die in Baumwolle gepackt waren, ausgestattet. Sie hatten Anweisung, sich zu erschießen, sobald der Anschlag durchgeführt war, oder sich, falls dies nicht möglich war, mit Zyanid das Leben zu nehmen. Dies war eine weitere Vorsorgemaßnahme gegen eine Indiskretion oder ein erzwungenes Geständnis, das Belgrad belasten könnte. Überdies gefiel es den jungen Männern, die von dem Gedanken, ihr Leben wegzuwerfen, ganz begeistert waren und sich als Märtyrer sahen.

Die drei Attentäter gelangten mit Hilfe der Schwarzen Hand und ihrer Verbindungen zum serbischen Zoll nach Bosnien. Čabrinović überquerte am 30. Mai bei Mali Zvornik mit Hilfe der »Untergrundbahn« der Schwarzen Hand (Schullehrer, ein Grenzsoldat, der Sekretär eines Bürgermeisters, usw.) die bosnische Grenze und schlug sich nach Tuzla durch, wo er auf seine Kameraden wartete. Princip und Grabež wurden von serbischen Grenzbeamten zum Übergang bei Lješnica geführt und auf eine bewaldete Insel in der Drina gebracht, die an dieser Stelle zwischen serbischem und bosnischem Gebiet floss. In diesem Versteck, das von Schmugglern häufig genutzt wurde, waren sie vor den Augen der österreichischen Grenzpolizei verborgen. Am nächsten Tag wurden sie nach Einbruch der Dunkelheit von einem Schmuggler im Dienst des Untergrunds auf österreichisches Staatsgebiet gebracht.

Die drei Attentäter achteten zwar sorgsam darauf, nicht von der österreichischen Polizei oder Beamten gesehen zu werden, aber gegenüber serbischen Landsleuten waren sie extrem indiskret. Princip und Grabež wurden beispielsweise von einem Lehrer, der für den Untergrund arbeitete, in das Haus eines bosnisch-serbischen Bauern namens Mitar Kerović gebracht. Da der Lehrer unterwegs schon einige Gläser Šlivovic getrunken hatte, wollte er bei den Bauern Eindruck schinden: »Diese Studenten haben harte Herzen. Sie gehen hin, um Franz Ferdinand zu ermorden, wenn er nach Sarajevo

kommt.«[168] Princip erlag der kindlichen Prahlsucht (immerhin hatten sie jetzt die Drina überquert und befanden sich auf heimischem Boden) und setzte noch eins drauf: Er präsentierte seine Pistole und zeigte den Gastgebern, wie die Bomben funktionierten. Für diese Dummheit musste die Familie Kerović – apolitische Analphabeten, die nur eine schwache Vorstellung von dem hatten, was die jungen Männer planten – einen schrecklichen Preis zahlen. Nedjo Kerović, der die Männer in seinem Wagen nach Tuzla fuhr, wurde später des Verrates und der Beihilfe zum Mord für schuldig befunden und zum Tode verurteilt (was in zwanzig Jahre Haft umgewandelt wurde). Sein Vater Mitar wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Ihre Zeugenaussage im Prozess gegen die Attentäter im Oktober 1914 sorgte für die wenigen humorvollen Momente während des Verfahrens. Vom Richter nach dem Alter gefragt, erwiderte Nedjo, der selbst Vater von fünf Kindern war, dass er das nicht sagen könne, da müsste man seinen Vater fragen. Und als Kerović senior gefragt wurde, wie viel er denn an dem Abend trinken musste, als die jungen Männer kamen, erwiderte er: »Ich weiß es nicht, Herr. Wenn ich in der Feldflasche etwas finde, so trinke ich, weiter weiß ich nichts.«[169]

In Sarajevo schloss sich den jungen Männern eine vierköpfige Zelle an, die Danilo Ilić, ein bosnischer Serbe und Mitglied der Schwarzen Hand, rekrutiert hatte. Mit seinen 23 Jahren war Ilić der Älteste von ihnen. Er hatte mit einem österreichischen Stipendium begonnen, sich zum Lehrer ausbilden zu lassen, hatte aber aufgegeben, als er erkrankte. Er war Mitglied der Jungbosnier und ein persönlicher Freund von Gačinović, dem Troubadour von Žerajić. Wie die anderen hatte sich auch Ilić 1913 in Belgrad aufgehalten und die üblichen Kaffeehäuser aufgesucht. Dort wurde er für die Schwarze Hand geworben und hatte Apis' Vertrauen gewonnen, bevor er im März 1914 nach Sarajevo zurückkehrte, wo er als Korrekturleser und Redakteur für eine lokale Zeitung arbeitete.

Sein erster Rekrut für das Mordkommando war ein linker Revolutionär und Muslim, der Schreiner Muhamed Mehmedbašić, der aus der Herzegowina stammte. Die beiden kannten sich gut. Im Januar 1914 hatten sie sich in Frankreich mit Voja Tankosić getroffen, um einen Mordanschlag auf Potiorek zu planen. Das Vorhaben scheiterte. Bei der Heimreise im Zug

geriet Mehmedbašić in Panik, als er uniformierte Polizeibeamte erblickte, und spülte seine Giftphiole die Toilette hinunter (der Dolch, den er hineintauchen sollte, wurde aus einem Fenster geworfen). Die anderen beiden Rekruten waren Cvijetko Popović, ein hochgebildeter, brillanter 18-jähriger Oberschüler, und Vaso Čubrilović, der Bruder des Lehrers, der die jungen Männer ins Haus der Familie Kerović gebracht hatte. Mit seinen 17 Jahren war Čubrilović, ein weiterer Schulrebell, der Jüngste der Mannschaft. Er war Ilić vor der Gründung der Zelle nie begegnet, und die beiden Einheimischen lernten Princip, Mehmedbašić, Čabrinović und Grabež erst nach dem Attentat kennen.[170]

Ilićs Wahl an Mitstreitern (ein Mann, der sich bereits als unfähig erwiesen hatte, hochgefährliche Aufträge auszuführen, und zwei völlig unerfahrene Schuljungen) erscheint auf den ersten Blick seltsam, aber in dem Wahnsinn steckte Methode. Der eigentliche Sinn der zweiten Sarajevoer Zelle war, die Spuren der Verschwörung zu verwischen. In diesem Zusammenhang war Mehmedbašić eine gute Wahl, weil er ein bereitwilliger, wenn auch unfähiger Attentäter war und somit eine hilfreiche Reserve für die Belgrader Zelle, aber kein Serbe. Da Ilić und Princip Mitglieder der Schwarzen Hand waren, konnte man sich (theoretisch) darauf verlassen, dass sie sich das Leben nehmen oder zumindest nach dem Anschlag schweigen würden. Die Jungs aus Sarajevo waren außerstande, etwas zu verraten, aus dem ganz einfachen Grund, dass sie nichts über den Hintergrund der Verschwörung wussten. So würde der Eindruck entstehen, dass es sich um ein rein lokales Projekt gehandelt habe, ohne Verbindungen zu Belgrad.

Nikola Pašić reagiert

Wie viel wusste Nikola Pašić über die Verschwörung gegen Franz Ferdinand, und was unternahm er, um den Anschlag zu verhindern? Es ist so gut wie sicher, dass Pašić bis zu einem gewissen Grad über den Plan informiert war. Dafür gibt es mehrere Hinweise, doch am vielsagendsten ist wohl die Aussage von Ljuba Jovanović, dem Bildungsminister in der Regierung Pašić. Jovanović erinnerte sich (in einem Fragment, das 1924 veröffentlicht, aber

vermutlich viel früher geschrieben wurde), dass Pašić dem serbischen Kabinett »Ende Mai oder Anfang Juni« mitgeteilt hatte, »dass einige Vorbereitungen trafen, um nach Serajewo [sic!] zu gehen und Franz Ferdinand, der dort eintreffen und am Vormittag feierlich empfangen werden sollte, umzubringen«. Das gesamte Kabinett, auch Pašić, war sich einig, dass der Regierungschef den Grenzbehörden entlang der Drina entsprechende Instruktionen erteilen solle, um den Grenzübertritt zu verhindern.[171] Andere Dokumente und Auszüge aus Quellen sowie das seltsame und verschleiernde Verhalten von Pašić selbst nach 1918 unterstützen die These, er habe im Voraus von der Verschwörung gewusst.[172] Aber *wie* hat er es erfahren? Sein Informant war vermutlich – auch wenn sich diese Annahme auf indirekte Hinweise stützt – kein anderer als der serbische Eisenbahnangestellte und Agent der Schwarzen Hand Milan Ciganović, der allem Anschein nach ein persönlicher Spitzel des Regierungschefs selbst war, mit dem Auftrag, die Aktivitäten der Geheimgesellschaft im Auge zu behalten. Wenn das zutrifft, dann verfügte Pašić über detaillierte und aktuelle Informationen, nicht nur über die Verschwörung, sondern auch über die Personen und Organisationen, die sich dahinter verbargen.[173]

Die drei Attentäter mit Ziel Sarajevo, die Ende Mai bosnischen Boden betraten, hinterließen in offiziellen serbischen Dokumenten so gut wie keine Spur. Auf jeden Fall waren sie nicht die Einzigen, die im Sommer 1914 illegal Waffen über die Grenze schafften. Berichte der serbischen Grenzbehörden in der ersten Junihälfte enthüllen ein dichtes Netz eines geheimen Grenzverkehrs. Am 4. Juni informierte der Bezirkschef von Podrinje bei Sabac den Innenminister Protić über das Vorhaben einiger Beamten, die für die Grenzkontrolle arbeiteten, »eine bestimmte Menge an Bomben und Waffen mit Hilfe unserer Leute in Bosnien über die Grenze zu schaffen«. Der Bezirkschef hatte mit dem Gedanken gespielt, die Waffen zu beschlagnahmen, weil sie sich aber in einem Koffer befanden, der bereits auf der bosnischen Seite der Grenze stand, befürchtete er, ein Versuch, ihn zurückzuholen, könnte die Operationen der Grenztruppen belasten oder entlarven. Bei weiteren Erkundigungen stellte sich heraus, dass der Agent, der auf bosnischer Seite die Waffen in Empfang nehmen sollte, kein anderer

als Rade Malobabić war.[174]

Das eigentlich Alarmierende an diesen Operationen, beschwerte sich ein lokaler Beamter, sei, dass sie nicht nur ohne Wissen der zuständigen zivilen Behörden organisiert wurden, sondern dass sie überdies »in aller Öffentlichkeit bei helllichtem Tage« durchgeführt wurden. Und da es sich bei den Tätern um »staatliche Vertreter« handelte, könne leicht der Eindruck entstehen, »dass wir derartige Aktionen begrüßen würden«. Pašić und Innenminister Protić erkannten die Gefahr. Wenn es zutraf, dass Pašić zu dieser Zeit bereits von der Verschwörung wusste, dann sollte man annehmen, dass er alles tat, um Aktionen zu beenden, welche die Belgrader Regierung belasten könnten. Am 10. Juni erging tatsächlich an die Behörden der Grenzgebiete der Befehl, dass »alle derartigen Aktivitäten unterbunden werden sollten«.[175]

Ob die *zivilen* Führungskräfte in den betroffenen Gebieten überhaupt in der Lage waren, die Operationen der Grenzwachen zu unterbinden, war eine andere Frage. Als Raiko Stepanović, ein Unteroffizier der Grenzwachen, der einen Koffer voller Gewehre und Bomben über die Grenze geschmuggelt hatte, einberufen wurde, um dem Leiter der Bezirksverwaltung Rechenschaft abzugeben, weigerte er sich einfach zu kommen.[176] Nach einer Kabinettssitzung Mitte Juni wurde an die zivilen Behörden eine Anweisung verschickt, in der eine offizielle Untersuchung zum illegalen Übergang von Waffen und Personen nach Bosnien gefordert wurde. Der Hauptmann der 4. Grenzwache erhielt am 16. Juni die knappe Anweisung, in der »empfohlen« wurde, »diesen Verkehr von Waffen, Munition und anderen Sprengstoffen aus Serbien nach Bosnien einzustellen«. Es kam keine Antwort. Später stellte sich heraus, dass militärische Befehlshaber an der Grenze den strikten Befehl hatten, derartige Einmischungen von ziviler Seite unbeantwortet an ihre vorgesetzten Offiziere weiterzuleiten.[177]

Mit anderen Worten, die Regierung in Belgrad hatte die serbische Grenze nicht mehr unter Kontrolle. Als Kriegsminister Stepanović den Generalstabschef um eine Stellungnahme bat, um die offizielle Haltung des Militärs zu verdeckten Operationen in Bosnien zu klären, wurde die Anfrage zunächst an den Chef der Einsatzabteilung weitergeleitet, der allerdings

behauptete, darüber nichts zu wissen, und anschließend an den Chef des Militärgeheimdienstes, keinen Geringeren als Apis persönlich. In einer ausführlichen, geradezu impertinenten und durch und durch verlogenen Antwort an den Chef der Einsatzabteilung rechtfertigte Apis die Dienste und das Ansehen des Agenten Malobabić und betonte nachdrücklich, dass sämtliche Gewehre, die in seine Hände gelangt seien, lediglich zur Selbstverteidigung serbischer Agenten, die in Bosnien tätig waren, verwendet würden. Von Bomben behauptete er jedoch nichts zu wissen (drei Jahre später sagte er unter Eid aus, dass er persönlich Malobabić die Materialbeschaffung und Koordination des Attentats auf Franz Ferdinand übertragen hatte).[178] Wenn an der Grenze ein Sicherheitsrisiko aufkomme, liege dies, erklärte Apis, nicht an den diskreten und notwendigen Operationen des Militärs, sondern an der Anmaßung der zivilen Behörden, die für sich das Recht beanspruchten, die Grenze zu überwachen. Kurzum, das Problem waren die Zivilisten, die versuchten, sich in sensible Militäroperationen einzumischen, die außerhalb ihrer Zuständigkeit lagen und von denen sie nichts verstanden.[179] Diese Antwort wurde an Putnik, den serbischen Generalstabschef, weitergeleitet, der sie in einem Brief vom 23. Juni an den Kriegsminister zusammenfasste und billigte. Der Riss zwischen den zivilen Strukturen und einem massiv von der Schwarzen Hand unterwanderten militärischen Oberkommando verlief nunmehr von den Ufern der Drina bis in die Regierungsviertel Belgrads.

Beunruhigt über den resoluten Ton der Antwort von Apis und dem Generalstabschef ordnete Pašić am 24. Juni eine umfassende Untersuchung der Aktivitäten der Grenzwachen an. Er habe über »viele Quellen« erfahren, schrieb er in einem streng geheimen Brief an den Kriegsminister, dass »die Offiziere« einer Tätigkeit nachgingen, die nicht nur gefährlich, sondern gar verräterisch sei, »weil sie die Heraufbeschwörung eines Konflikts zwischen Serbien und Österreich-Ungarn zum Ziel habe«.

> Alle unsere Verbündeten und Freunde Serbiens würden, wenn sie wüssten, was unsere Offiziere und Unteroffiziere treiben, uns nicht nur im Stich lassen, sie würden sich auf die Seite Österreich-Ungarns stellen und ihm

> gestatten, seinen unruhigen und treulosen Nachbarn zu bestrafen, der Aufstände und Anschläge auf seinem Gebiet vorbereitet. Die Lebensinteressen Serbiens machen es ihm zur Verpflichtung, sich vor allem zu hüten, das einen bewaffneten Konflikt mit Österreich-Ungarn zu einer Zeit provozieren könnte, in der wir einen Frieden brauchen, um uns zu erholen und auf die uns bevorstehenden Ereignisse vorzubereiten.[180]

Der Brief endete mit der Anweisung, dass eine »strenge Untersuchung« eingeleitet werden müsse, weil viele Offiziere sich einer so »verwegenen und leichtfertigen« Aktivität schuldig gemacht hätten, mit dem Ziel einer »Ausmerzung und Unterdrückung« der betreffenden Gruppen.

In gewisser Weise war das natürlich so, wie wenn man die Stalltür schließt, nachdem das Pferd bereits davongelaufen ist, denn die jungen Männer hatten schon Ende Mai die Grenze überquert. Über zwei Wochen waren vergangen, bis Pašić Schritte unternahm, um die Grenze zu schließen, und fast vier, bis er bereit war, eine Ermittlung gegen die Drahtzieher der Verschwörung einzuleiten. Es ist schwierig zu sagen, warum der Regierungschef so langsam auf die Meldung einer Verschwörung reagierte. Er hat mit Sicherheit gewusst, dass Anweisungen an die Grenzwachen tendenziell nutzlos waren, in Anbetracht der Tatsache, dass so viele Grenzer der Organisation Ujedinjenje ili smrt! nahestanden. Womöglich hatte er Angst, sich seinem einflussreichen Widersacher Apis in den Weg zu stellen. Es fällt auf, dass Apis, trotz des Rufes nach einer »strengen Untersuchung«, während der gesamten Krise auf dem Posten als Chef des Militärgeheimdienstes blieb – er wurde nicht entlassen, nicht einmal bis zum Ausgang der Ermittlung vom Dienst suspendiert. In diesem Zusammenhang darf die extreme politische Krise nicht vergessen werden, die Serbien im Mai 1914 gelähmt hatte. Pašić setzte sich damals durch, aber nur um Haaresbreite, überdies lediglich mit der Unterstützung der Botschafter der beiden Großmächte mit dem größten Einfluss in der serbischen Politik. Folglich sind gewisse Zweifel angebracht, ob er wirklich über geeignete Mittel verfügt hätte, die Aktivitäten von Apis zu beenden, selbst wenn er es gewollt hätte. Womöglich hatte Pašić sogar Angst, dass eine offene Konfrontation seine eigene Ermordung durch

Agenten der Schwarzen Hand zur Folge hätte, obwohl dies unwahrscheinlich war, wenn man bedenkt, dass er ja schon die Krise im Mai unbeschadet überstanden hatte. Andererseits muss man sich vor Augen führen, dass der serbische Regierungschef trotz allem der mächtigste Mann im Land blieb, ein Staatsmann mit einem beispiellosen Geschick an der Spitze einer Massenpartei, deren Abgeordnete immer noch die nationale Legislative dominierten. Wahrscheinlich kehrte Pašić in diesen Wochen einfach zu den Gewohnheiten der langjährigen turbulenten Phase des serbischen politischen Lebens zurück: sich bedeckt halten, keine Risiken eingehen, Konflikte sich selbst überlassen, das Ende des Sturms abwarten.

Dennoch hielt Pašić einen wichtigen Trumpf in der Hand: Er konnte die Verschwörung unter geringem Risiko für sich selbst durchkreuzen, indem er Wien vertraulich vor dem Komplott gegen den Erzherzog warnte. Um die Frage, ob eine derartige Warnung ausgesprochen wurde, wird heftig gestritten. Die Quellenlage ist in diesem Punkt außerordentlich schwierig, weil im Nachhinein niemand ein Interesse daran hatte, dass eine offizielle Warnung übermittelt beziehungsweise empfangen wurde. Pašić selbst bestritt in einem Interview am 7. Juli 1914 für die ungarische Zeitung *Az Est* ausdrücklich, dass er versucht habe, Wien zu warnen.[181] Aber was blieb ihm auch anderes übrig? Denn das Eingeständnis, Bescheid gewusst zu haben, hätte ihn und seinen Kollegen zu Komplizen der Verschwörung gemacht. Die Verteidiger Serbiens in den Nachkriegsjahren folgten zwangsläufig der gleichen Linie, weil sich ihre Behauptung, Belgrad trage keine Mitschuld am Kriegsausbruch, auf die These stützte, dass die serbische Regierung überhaupt nichts von einer Verschwörung wusste. Die österreichischen Behörden hatten ebenfalls kein Interesse, eine Warnung zuzugeben, weil das wiederum die Frage aufgeworfen hätte, warum man keine geeigneteren Maßnahmen zum Schutz des Thronerben getroffen hatte – am 2. Juli veröffentlichte die halboffizielle Wiener Zeitung *Fremdenblatt* eine Erklärung, dass an dem Gerücht, das österreichische Auswärtige Amt sei im Vorfeld vor der bevorstehenden Gräueltat gewarnt worden, nicht das Geringste wahr sei.[182]

Dennoch existieren eindeutige Hinweise, dass in irgendeiner Form eine

Warnung erfolgt war. Die untadeligste Quelle ist der französische Staatssekretär für auswärtige Beziehungen Abel Ferry, der am 1. Juli in sein Tagebuch im Amt schrieb, sein alter Freund, der serbische Gesandte in Paris Milenko Vesnić, sei soeben bei ihm zu Besuch gewesen. Im Lauf des Gesprächs erklärte Vesnić unter anderem, die serbische Regierung habe »die österreichische Regierung gewarnt, dass sie von einer Verschwörung Wind bekommen habe«.[183] Dies wird unter anderem von dem serbischen Militärattaché in Wien bestätigt, der dem italienischen Historiker Magrini im Jahr 1915 sagte, Pašić habe an die serbische Gesandtschaft in Wien ein Telegramm geschickt, in dem es hieß, dass »die serbische Regierung wegen eines Nachrichtenlecks Grund zu der Annahme habe, dass ein Komplott gegen das Leben des Erzherzogs anlässlich seiner Reise nach Bosnien ausgeheckt worden sei«, und dass die österreichisch-ungarische Regierung gut beraten sei, den Besuch zu verschieben.[184]

Anhand der Erinnerungen und Aussagen dritter Personen lässt sich rekonstruieren, was Jovan Jovanović, der serbische Gesandte in Wien, als Nächstes unternahm. Er traf sich am 21. Juni mittags mit Leon Biliński, dem österreichisch-ungarischen Finanzminister, um die österreichische Regierung vor den wahrscheinlichen Konsequenzen zu warnen, falls der Erzherzog tatsächlich nach Bosnien reisen sollte. Doch die Warnung wurde lediglich in äußerst nebulösen Worten übermittelt. Ein Besuch des Thronerben zum Jahrestag der Niederlage auf dem Amselfeld, deutete Jovanović an, werde mit Sicherheit als eine Provokation betrachtet werden. Unter den jungen Serben, die in den österreichisch-ungarischen Streitkräften dienten, »könnte auch einer sein, der anstelle einer Platzpatrone eine scharfe Kugel in sein Gewehr oder seinen Revolver geladen habe …« Biliński ließ jedoch, unbeeindruckt von diesen ominösen Andeutungen, »nicht erkennen, dass er der Information irgendeine Bedeutung beimaß«, und entgegnete lediglich sinngemäß: »Hoffen wir, dass nichts passiert.«[185] In späteren Jahren weigerte sich Biliński standhaft, mit Journalisten oder Historikern über diese Episode zu sprechen, und erklärte, ein Schleier des Vergessens müsse über diese finsteren Momente der neuesten Geschichte gezogen werden. Es liegt auf der Hand, dass er zum damaligen Zeitpunkt nicht geneigt war, die Warnung ernst

zu nehmen – immerhin war sie so allgemein formuliert, dass sie auch als reiner Einschüchterungsversuch gewertet werden konnte, oder als unerwünschter Versuch des serbischen Gesandten, sich in die Innenpolitik der Monarchie einzumischen, indem eine vage Drohung gegen die höchsten Persönlichkeiten ausgesprochen wurde. Deshalb sah Biliński auch keinen Grund, die Botschaft an den österreichischen Außenminister Graf Berchtold weiterzuleiten.

Mit anderen Worten: Eine gewisse Warnung wurde ausgesprochen, aber keine, die der Situation angemessen gewesen wäre. Im Rückblick wirkt sie wie ein Vertuschungsmanöver. Jovanović hätte viel konkreter und direkter warnen können, indem er den Österreichern die besten Informationen lieferte, die in Belgrad vorlagen. Auch Pašić hätte die Österreicher direkt über die Gefahr informieren können, statt über Jovanović. Er hätte eine echte Untersuchung der Verschwörung in die Wege leiten und damit sein eigenes Amt riskieren können, statt den Frieden und die Sicherheit seiner Nation. Aber es gab eben, wie immer, Zwänge und Komplikationen. Jovanović war zum Beispiel nicht nur Mitglied des serbischen diplomatischen Dienstes, sondern auch ein hoher panserbischer Aktivist mit der klassischen Laufbahn eines Ultranationalisten. Er war ein ehemaliger *comitatji*, der nach der Annexion Bosniens im Jahr 1908 Unruhe geschürt hatte. Es ging sogar das Gerücht, dass er Guerillabanden angeführt habe. Zufällig war er überdies, im Sommer 1914, der Kandidat der Schwarzen Hand für den Posten des Außenministers, für den Fall, dass die Regierung Pašić gestürzt wurde.[186] Tatsächlich waren die panserbischen Anschauungen des serbischen Gesandten so bekannt, dass Wien gegenüber Belgrad einmal angedeutet hatte, seine Ablösung durch eine weniger feindselige Persönlichkeit wäre nicht unwillkommen. Das ist auch ein Grund, weshalb Jovanović beschloss, sich an Biliński zu wenden, statt an Graf Berchtold, der keine hohe Meinung von ihm hatte.[187]

Auch Pašić handelte aus vielschichtigen Motiven heraus. Zum einen war da die Sorge (die von der Führung der Radikalen Partei weithin geteilt wurde), wie die mit Ujedinjenje ili smrt! verbundenen Netzwerke auf einen Schritt reagieren würden, den sie mit Sicherheit als schweren Verrat ansehen

würden.[188] Womöglich hat er gehofft, dass der Anschlag in Sarajevo scheiterte. Wohl am wichtigsten war jedoch der Umstand, dass er genau wusste, wie eng die staatlichen Strukturen und die eigentliche Logik seiner historischen Existenz mit den irredentistischen Netzwerken verflochten waren. Pašić mochte ihre Exzesse bedauern, aber er konnte sie nicht öffentlich desavouieren. Genau genommen bestand eben darin die Gefahr, dass er damit öffentlich zugab, über ihre Tätigkeit Bescheid zu wissen. Das war nicht nur eine Frage des Vermächtnisses der serbischen nationalen Konsolidierung, die sich stets auf die Zusammenarbeit von staatlichen Behörden mit Netzwerken aus Freiwilligen gestützt hatte, die Nachbarstaaten unterwandern konnten. Es betraf auch die Zukunft. Serbien hatte die nationalistischen Netzwerke in der Vergangenheit gebraucht und war wiederum auf sie angewiesen, wenn der Moment kam, Bosnien und Herzegowina für das Serbentum zu retten – eines Tages war es so weit, wie Pašić genau wusste.

Alles, was wir über diesen feinsinnigen, faszinierenden Mann wissen, lässt darauf schließen, dass er erkannte, dass Serbien vor allen Dingen Frieden brauchte, um nach dem Blutvergießen der Balkankriege neue Kräfte zu sammeln. Die Eingliederung der frisch annektierten Gebiete – an sich bereits ein gewaltsamer und traumatischer Prozess – hatte erst angefangen. Erzwungene Wahlen standen bevor.[189] Aber es ist typisch für die meisten fähigen Politiker, dass sie imstande sind, gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen zu argumentieren. Pašić wollte Frieden, aber er war auch überzeugt – daraus hat er nie ein Hehl gemacht –, dass die historische Endphase der serbischen Expansion aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ohne einen Krieg erreicht werden konnte. Nur ein großer europäischer Konflikt, an dem die Großmächte beteiligt waren, würde ausreichen, um die beeindruckenden Hindernisse zu beseitigen, die der serbischen »Wiedervereinigung« im Weg standen.

Vielleicht erinnerte sich Pašić an die Warnung, die Charles Hardinge, der ständige Staatssekretär im Foreign Office in London, gegenüber Grujic, dem serbischen Gesandten in London, während der Annexionskrise 1908/09 ausgesprochen hatte. Hardinge hatte den Gesandten im Januar 1909 ermahnt,

dass seitens Russland und der Ententemächte nur dann eine Unterstützung kommen werde, wenn Serbien von Österreich-Ungarn angegriffen wurde; falls Serbien selbst die Initiative ergreifen sollte, kam eine Hilfe nicht in Frage.[190] Dass Pašić Überlegungen in dieser Richtung anstellte, geht aus einer Korrespondenz zwischen dem serbischen Regierungschef und dem russischen Zaren Anfang Frühjahr 1914 hervor, in der Pašić den Zaren eindringlich um russische Unterstützung im Fall eines österreichisch-ungarischen Angriffs bat.[191] Ein derartiges Szenario war natürlich zum Scheitern verurteilt, wenn die Weltöffentlichkeit die Mordverschwörung selbst bereits als eine serbische Aggression wertete; Pašić war jedoch sicher, dass die Österreicher nicht imstande wären, eine Verbindung zwischen dem Attentat (falls es gelingen sollte) und der serbischen Regierung herzustellen, weil nach seiner Meinung eine derartige Verbindung schlicht nicht existierte.[192] Ein Angriff Österreich-Ungarns musste deshalb zwangsläufig die Unterstützung seitens Russlands und seiner Bündnispartner auslösen; Serbien würde auf keinen Fall allein bleiben.[193] Das war in Pašićs Augen nicht in erster Linie eine Frage der Zuneigung Russlands zu Serbien, sondern die logische Konsequenz der Imperative, welche die russische Politik auf dem Balkan bestimmten.[194] Das mutmaßliche Vertrauen von Pašić auf diesen Erlösungsmechanismus war so groß, dass sich selbst die Zeitschrift *Pijemont* einmal über seinen »großen Glauben an Russland« lustig machte.[195] Berichte, die Pašić Mitte Juni vom serbischen Gesandten in St. Petersburg erhielt, dass Russland seine Ostgrenze neu formiert habe, um größere Streitkräfte für eine »Offensive gegen den Westen« einsetzen zu können, dürften die Plausibilität dieses Denkens bestätigt haben.[196]

Das soll keineswegs heißen, dass Pašić bewusst einen allgemeinen Konflikt anstrebte oder dass die Idee, einen österreichischen Angriff zu provozieren, sein Verhalten in irgendeiner Form direkt beeinflusst hätte. Aber womöglich minderte die Ahnung, dass ein Krieg der historisch notwendige Schmelzofen für den serbischen Nationalstaat war, das Gefühl der Dringlichkeit, als sich die Gelegenheit bot, die Mörder zu stoppen, ehe es zu spät war. Diese Gedanken und Szenarien dürften ihm durch den Kopf gegangen sein, als er –

mit bedächtiger Langsamkeit – darüber nachdachte, wie er mit der Situation umgehen sollte, die durch die Nachricht von der Verschwörung entstanden war.

Das Vermächtnis der serbischen Geschichte und insbesondere die Entwicklung des Königreichs seit 1903 lasteten im Sommer 1914 schwer auf Belgrad. Das Staatswesen war immer noch eine junge und zerbrechliche Demokratie, bei der die zivilen Entscheidungsträger in der Defensive waren – der Machtkampf zwischen den konspirativen »Prätorianer-Netzwerken«, die aus dem Königsmord von 1903 hervorgegangen waren, und den Führern der Radikalen, die das Parlament dominierten, war noch offen. Das irredentistische Milieu war aus den beiden Balkankriegen triumphierend hervorgegangen und war fester als je zuvor entschlossen, die Angelegenheit zu forcieren. Die tiefe gegenseitige Durchdringung staatlicher und nichtoffizieller irredentistischer Einrichtungen im eigenen Land und jenseits der Landesgrenzen führte sämtliche Bemühungen, ihre Aktivitäten zu überwachen, ad absurdum. Diese Merkmale der politischen Kultur setzten die Männer, die das Land regierten, stark unter Druck, aber sie waren darüber hinaus eine unkalkulierbare Belastung für die Beziehungen zu Österreich-Ungarn. »Allen, die keine Serben sind«, beobachtete der ehemalige serbische Gesandte in Berlin Miloš Bogičević später, »fällt es schwer, ihren Weg unter den verschiedenen nationalen Organisation zu finden, die sich die Verwirklichung des großserbischen Ideals zum Ziel gesetzt haben.«[197] Diese Undurchschaubarkeit in der Struktur der Bewegungen und ihrer Beziehungen zu staatlichen Behörden machte es so gut wie unmöglich, offizielle und nichtoffizielle Formen des Irredentismus voneinander zu trennen, selbst für einen langjährigen ausländischen Beobachter der Belgrader Szene. Auch dies sollte im Juli 1914 zu einer gefahrvollen Bürde werden.

Nikola Pašić dürfte der stetig wachsende Druck, der im Sommer dieses Jahres auf ihm lastete (finanzielle und militärische Erschöpfung nach zwei erbitterten Kriegen, die Gefahr eines Militärputsches in den frisch annektierten Gebieten, das Scheitern, eine Mordverschwörung gegen einen mächtigen und unversöhnlichen Nachbarn zu verhindern), schier unerträglich

erschienen sein. Doch der Mann, der dieses komplexe und instabile Staatswesen durch die von den Ereignissen vom 28. Juni 1914 ausgelöste Krise steuern musste, war selbst ein Produkt der politischen Kultur: verschwiegen, sogar heimlichtuerisch, behutsam bis an den Rand der Untätigkeit. Das waren die Eigenschaften, die Pašić sich im Lauf von mehr als drei Jahrzehnten im serbischen öffentlichen Leben angeeignet hatte. Sie hatten ihm geholfen, in der kleinen, turbulenten Welt der Belgrader Politik zu überleben. Aber sie waren schlecht für die Krise geeignet, in die Serbien stürzte, nachdem die Terroristen ihre Mission in Sarajevo erfolgreich beendet hatten.

20 Heute die ehemaligen Palastgebäude in der Belgrader Innenstadt an der Straße Dragoslava Jovanovića.

21 Sir George Bonham an Marquess von Lansdowne, Telegramm (Kopie), Belgrad, 12. Juni 1903, TNA, FO 105/157, Bl. 43.

22 Widersprüchliche Versionen des Königsmordes kursierten in Belgrad in den Wochen nach den Anschlägen, weil verschiedene Personen danach trachteten, die belastendsten Einzelheiten zu verbergen oder ihre eigene Rolle bei der Verschwörung zu übertreiben oder kleinzureden. Detaillierte und sachkundige erste Presseberichte über die Ereignisse vom 10./11. Juni finden sich in der *Neuen Freien Presse,* vom 12. Juni 1903, S. 1 ff., und 13. Juni 1903, S. 1 f.; die Berichte des britischen Gesandten geben hervorragend Aufschluss über die ständige Anhäufung von Fakten inmitten der ganzen Gerüchte; sie können eingesehen werden in TNA, FO 105/157, »Servia. Coup d'Etat. Extirpation of the Obrenovitch dynasty & Election of King Peter Karageorgević. Suspension of diplomatic relations with Servia June 1903«; dazu auch Wayne S. Vucinich, *Serbia Between East and West. The Events of 1903–1906,* Stanford 1954, S. 55–59; zu den maßgeblichen Darstellungen in der Sekundärliteratur siehe Slobodan Jovanović, *Vlada Aleksandra Obrenovića,* 3 Bde., Belgrad 1934–1936, Bd. 3, S. 359–362; Dragisa Vasić, *Devetsto treća (majski prevrat) prilozi za istoriju Srbije od 8. jula 1900. do 17. januara 1907,* Belgrad 1925, S. 75–112; Rebecca West, *Black Lamb and Grey Falcon. A Journey through Yugoslavia,* London 1955, S. 11 f., 560–564 (gekürzt auf deutsch: *Schwarzes Lamm und grauer Falke. Eine Reise durch Jugoslawien,* Berlin 2002).

23 David MacKenzie, *Apis: The Congenial Conspirator. The Life of Colonel Dragutin T. Dimitrejević,* Boulder 1989, S. 26; Alex N. Dragnich, *Serbia, Nikola Pašić and Yugoslavia,* New Brunswick 1974, S. 44.

24 McKenzie, *Apis*, S. 29.

25 Siehe beispielsweise die Auszüge aus dem Tagebuch Vukasin Petrovićs, die ein Gespräch mit Alexander Obrenović wiedergeben, transkribiert in: Vladan Georgevitch, *Das Ende der Obrenovitch. Beiträge zur Geschichte Serbiens 1897–1900,* Leipzig 1905, S. 559–588.

26 Vucinich, *Serbia between East and West*, S. 9.

27 Ebenda, S. 10.

28 Branislav Vranesević, »Die außenpolitischen Beziehungen zwischen Serbien und der

Habsburgermonarchie«, in: Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch (Hg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, 10 Bde., Wien 1973–2006, Bd. 6/2, S. 319–386, hier S. 366 f.

29 Siehe *The Times*, vom 7. April 1903, S. 3, Nr. 37048, Sp. B; 23. April 1903, Nr. 37062, Sp. A.

30 Vucinich, *Serbia between East and West*, S. 21; Gale Stokes, »The Social Role of the Serbian Army before World War I: A Synthesis«, in: Stephen Fischer-Galati und Béla K. Király (Hg.), *War and Society in Central Europe, 1740–1920*, Boulder 1987, S. 105–117.

31 Zu »Gruppencharisma« siehe Roger Eatwell, »The Concept and Theory of Charismatic Leadership«, in: *Totalitarian Movements and Political Religions*, 7/2 (2006), S. 141–156, hier S. 144, 153, 154; ders., »Hacia un nuevo modelo de liderazgo carismático de derecha«, in: Miguel Ángel Simon Gomez (Hg.), *La extrema derecha en Europa desde 1945 a nuestros días*, Madrid 2007, S. 19–38.

32 Beide Kommentare zitiert in MacKenzie, *Apis*, S. 50.

33 Vucinich, *Serbia between East and West*, S. 47.

34 McKenzie, *Apis*, S. 35; Vucinich, *Serbia between East and West*, S. 51; Vladimir Dedijer, *The Road to Sarajevo*, London 1967, S. 85.

35 *The Times*, vom 27. April 1903, S. 6, Nr. 37065, Sp. B.

36 Jovanović, *Vlada Aleksandra Obrenovica*, Bd. 3, S. 359.

37 Sir G. Bonham an Marquess von Lansdowne, dechiffriertes Telegramm, Belgrad, 7.45 p.m., 11. Juni 1903, TNA, FO 105/157, Bl. 11.

38 Bonham an Marquess von Lansdowne, Telegramm (Kopie), Belgrad, 12. Juni 1903, TNA, FO 105/157, Bl. 43.

39 Sir F. Plunkett an Marquess von Lansdowne, Wien, 12. Juni 1903, ebenda, Bl. 44.

40 Siehe Peters Proklamation vom 25. Juni (AS), abgedruckt in: Djurdje Jelenić, *Nova Srbija i Jugoslavija. Istorija nacionalnog oslobodjenja i ujedinjenja Srba, Hrvata i Slovenaca, od Kočine krajine do vidovdanskog ustava (1788–1921)*, Belgrad 1923, S. 225.

41 Zu Darstellungen, die den Putsch von 1903 als Schwelle zu einem goldenen Zeitalter Serbiens ausgeben, siehe M. Popović, *Borba za parlamentarni režim u Srbiji*, Belgrad 1938, insb. S. 85–108, 110 f.; Z. Mitrović, *Srpske političke stranke*, Belgrad 1939, insb. S. 95–114; Alex N. Dragnich, *The Development of Parliamentary Government in Serbia*, Boulder 1978, S. 95–98; ders., *Serbia, Nikola Pašić and Yugoslavia*.

42 Äußerungen von M. Kalievié, berichtet in Bonham an Marquess von Lansdowne, 21. Juni 1903, TNA , FO 105/157, Bl. 309 ff., hier Bl. 310; siehe auch Vucinich, *Serbia between East and West*, S. 70 f.

43 Wilfred Thesiger an Marquess von Lansdowne, Belgrad, 15. November 1905, TNA, FO 105/158, Bl. 247–252, hier Bl. 250. (Thesiger war der Vater des berühmten Forschers und Schriftstellers.)

44 Thesiger an Marquess von Lansdowne, Belgrad, 5. Dezember 1905, ebenda, Bl. 253 ff., hier Bl. 254 f.; Dragnich, *Serbia, Nikola Pašić and Yugoslavia*, S. 73 f.

45 MacKenzie, *Apis*, S. 56.

46 Graf Mérey von Kapos-Mére an Aehrenthal, 27. November 1903, zitiert in: F. R. Bridge, *From Sadowa to Sarajevo. The Foreign Policy of Austria-Hungary, 1866–1914*, London 1972, S. 263; Méreys Einschätzung wird bekräftigt in Kosztowits an Melvil van Lijnden, Belgrad, 4. September 1903, NA, 2.05.36, Dok. 10, Rapporten aan en briefwisseling met het Ministerie van Buitenlandse Zaken.

47 David MacKenzie, »Officer Conspirators and Nationalism in Serbia, 1901–1914«, in: S. Fischer-

Galati und B. K. Kiraly (Hg.), *Essays on War and Society in East Central Europe, 1720–1920*, Boulder 1987, S. 117–150, hier S. 125; D. Djordjević, »The Role of the Military in the Balkans in the Nineteenth Century«, in: R. Melville und H.-J. Schroeder (Hg.), *Der Berliner Kongress von 1878,* Wiesbaden 1982, S. 317–347, insb. S. 343 ff.

48 D. T. Bataković, »Nikola Pašić, les radicaux et la ›Main Noire‹«, in: *Balcanica*, 37 (2006), S. 143–169, hier S. 154; eine erzählende Darstellung der »Gegenverschwörung von Niš« enthält Vasić, *Devetsto treća,* S. 131–184.

49 Eine scharfsinnige Analyse der Persönlichkeit Pašićs bietet Djordje Stanković, *Nikola Pašić. Prilozi za biografiju*, Belgrad 2006, Teil 2, Kap. 8, S. 322.

50 Slobodan Jovanović, »Nicholas Pašić: After Ten Years«, in: *Slavonic and East European Review,* 15 (1937), S. 368–376, hier S. 369.

51 Zu Pašićs Russophilie, die eher pragmatische als ideologische Gründe hatte, siehe Čedomir Popov, »Nova Osvetljenja Rusko-Srpskih odnosa« (Rezension von Latinka Petrović und Andrej Šemjakin (Hg.), *Nikola Pašić. Pisma članci i govori*, Belgrad 1995), in: *Zbornik Matice Srpske za Slavistiku,* 48/49 (1995), S. 278–283, hier S. 278; Vasa Kazimirović, *Nikola Pašić i njegovo doba 1845–1926*, Belgrad 1990, S. 54 f., 63. Die ideologische Dimension der Russophilie Pašićs unterstreicht hingegen Andrej Šemjakin, *Ideologia Nikole Pašića. Formiranje i evolucija (1868–1891),* Moskau 1998; zu der Mission in St. Petersburg, siehe MacKenzie, *Apis*, S. 27.

52 Siehe die Anekdoten, die gesammelt sind in Nikac Djukanov, *Bajade: anegdote o Nikoli Pašiću*, Belgrad 1996, S. 35.

53 Stanković, *Nikola Pašić*, S. 315.

54 Bataković, »Nikola Pašić«, S. 150 f.; Dragnich, *Serbia, Nikola Pašić and Yugoslavia,* S. 3, 6 f., 27 f.; MacKenzie, *Apis,* S. 26 ff.

55 Bataković, »Nikola Pašić«, S. 151; Dragnich, *Serbia, Nikola Pašić and Yugoslavia,* S. 76; MacKenzie, *Apis,* S. 57; Constantin Dumba, *Memoirs of a Diplomat*, London 1933, S. 141 ff.

56 Vucinich, *Serbia between East and West*, S. 102.

57 Der Autor des Textes, auf dem die *Načertanije* basierte, war der Tscheche František Zach, dessen Vorlage eine föderale Organisation der südslawischen Völker vorsah. Wo Zach jedoch von »Südslawen« geschrieben hatte, setzte Garašanin »Serben« oder »serbisch« ein. Diese und andere Veränderungen machten aus der kosmopolitischen Vision Zachs ein weit engstirnigeres serbisches, nationalistisches Manifest.

58 Zum Wortlaut des *Načertanije,* siehe Dragoslav Stranjaković, »Kako postalo Garašaninovo ›Načertanije‹«, in: *Spomenik Srpske Kraljevske Akademije,* VCI (1939), S. 64–115, hier S. 75; zitiert in Wolf Dietrich Behschnitt, *Nationalismus bei Serben und Kroaten 1830–1914,* München 1980, S. 55.

59 Stranjaković, »Kako postalo Garašaninovo ›Načertanije‹«, S. 78, zitiert in Behschnitt, *Nationalismus,* S. 56 f.; siehe auch Horst Haselsteiner, »Nationale Expansionsvorstellungen bei Serben und Kroaten im 19. Jahrhundert«, in: *Österreichische Osthefte,* 39 (1997), S. 245–254, hier S. 247 f.

60 Zum Wortlaut des Traktats *Srbi svi i svuda*, siehe Vuk Stefanović Karadžić, *Kovčežic za istoriju, jezik, običaje Srba sva tri zakona* [Ein Schatz der Geschichte, Sprache und Traditionen der Serben aller drei Konfessionen], Wien 1849, S. 1–27, hier S. 1, 7, 19, 22; auszugsweise zitiert in: Holm Sundhaussen, *Geschichte Serbiens. 19.–21. Jahrhundert*, Wien, Köln, Weimar 2007, S. 88–93, hier S. 92 f.; zur rätselhaften Weigerung der Kroaten, die Bezeichnung »Serben« zu übernehmen, siehe, S. 2 f.; Haselsteiner, »Nationale Expansionsvorstellungen«, S. 246 f.

61 Karadžić, *Kovčežic,* S. 2 f.; Haselsteiner, »Nationale Expansionsvorstellungen«, S. 248.

62 Stranjaković, »Kako postalo Garašaninovo ›Načertanije‹«, S. 84, zitiert in Behschnitt, *Nationalismus,* S. 56; Haselsteiner, »Nationale Expansionsvorstellungen«, S. 249.

63 David MacKenzie, »Serbia as Piedmont and the Yugoslav Idea, 1804–1914«, in: *East European Quarterly,* 28 (1994), S. 153–182, hier S. 160.

64 Leopold Ranke, *Die serbische Revolution. Aus serbischen Papieren und Mittheilungen,* 2. Aufl., Berlin 1844, zur serbischen Poesie S. 65–75, hier S. 71.

65 Tim Judah, *The Serbs. History, Myth and the Destruction of Yugoslavia,* 2. Aufl, New Haven 2000, S. 29–47.

66 Arthur J. Evans, *Through Bosnia and the Herzegovina on Foot during the Insurrection, August and September, 1875,* London 1877, S. 139.

67 Barbara Jelavich, »Serbia in 1897: A Report of Sir Charles Eliot«, in: *Journal of Central European Affairs,* 18 (1958), S. 183–189, hier S. 185.

68 Dedijer, *Road to Sarajevo,* S. 250–260.

69 Die genauen Bevölkerungszahlen für »Altserbien« (mit Kosovo, Metohija, Sandžak und Bujanovac) sind nicht bekannt; siehe Behschnitt, *Nationalismus,* S. 39.

70 Siehe Justin McCarthy, *Death and Exile. The Ethnic Cleansing of Ottoman Muslims, 1821–1922,* Princeton 1996 S. 161–164 und passim.

71 Einen ausgezeichneten Überblick (mit Karte) bietet Andrew Rossos, *Macedonia and the Macedonians. A History,* Stanford 2008, S. 4.

72 John Shea, »Macedonia in History: Myths and Constants«, in: *Österreichische Osthefte,* 40 (1998), S. 147–168; Loring M. Danforth, »Competing Claims to Macedonian Identity: The Macedonian Question and the Breakup of Yugoslavia«, in: *Anthropology Today,* 9/4 (1993), S. 3–10; Rossos, *Macedonia,* S. 5.

73 Jelavich, »Serbia in 1897«, S. 187.

74 Carnegie Foundation Endowment for International Peace, *Enquête dans les Balkans: rapport présenté aux directeurs de la Dotation par les membres de la commission d'enquête,* Paris 1914, S. 448 f.

75 Zitiert in Djordje Stanković, *Nikola Pašić, saveznivi i stvaranje Jugoslavije,* Zajecar 1995, S. 29; zu Pašićs Überzeugung, Serben, Kroaten und Slowenen seien im Wesentlichen gleich, siehe auch ders., *Nikola Pašić. Prilozi za biografiju,* insb. im ersten Kapitel, S. 40.

76 Zitiert in David MacKenzie, *Ilja Garašanin: Balkan Bismarck,* Boulder 1985, S. 99.

77 Vucinich, *Serbia between East and West,* S. 122.

78 Kosztowits an Melvil de Lijnden, Belgrad, 25. August 1903, NA, 2.05.36, Dok. 10, Rapporten aan en briefwisseling met het Ministerie van Buitenlandse Zaken.

79 MacKenzie, »Officer Conspirators«, S. 128 f. ; Vucinich, *Serbia between East and West,* S. 158 f.

80 Haselsteiner, »Nationale Expansionsvorstellungen«, S. 249.

81 Zitiert in Vucinich, *Serbia between East and West,* S. 172, 174.

82 Bridge, *From Sadowa to Sarajevo,* S. 122 f.

83 Kazimirović, *Nikola Pašić,* S. 607.

84 Zu den Handels- und Rüstungsfragen siehe Jovan Jovanović, *Borba za Narodno Ujedinjenje, 1903–1908,* Belgrad [1938], S. 108–116.

85 Kosztowits an W. M. de Weede, Belgrad, 24. Mai 1905, NA, 2.05.36, Dok. 10, Rapporten aan en briefwisseling met het Ministerie van Buitenlandse Zaken.

86 M. B. Hayne, *The French Foreign Office and the Origins of the First World War 1898–1914,* Oxford 1993, S. 52, 150.

87 Herbert Feis, *Europe, the World's Banker 1870–1914. An Account of European Foreign Investment and the Connection of World Finance with Diplomacy before the War,* New Haven 1930, S. 264.

88 Čedomir Antić, »Crisis and Armament. Economic Relations between Great Britain and Serbia 1910–1912«, in: *Balcanica,* 36 (2006), S. 151–161.

89 J.B. Whitehead, »General Report on the Kingdom of Servia for the Year 1906«, in: David Stevenson (Hg.), *British Documents on Foreign Affairs. Reports and Papers from the Foreign Office Confidential Print,* Teil 1: *From the Mid-Nineteenth Century to the First World War,* Serie F: *Europe, 1848–1914,* Bd. 16: *Montenegro, Romania, Servia 1885–1914,* Dok. 43, S. 205–220, hier S. 210.

90 Michael Palairet, *The Balkan Economies c. 1800–1914. Evolution without Development*, Cambridge 1997, S. 28.

91 Ebenda, S. 86 f.

92 Holm Sundhaussen, *Historische Statistik Serbiens. Mit europäischen Vergleichsdaten, 1834–1914,* München 1989, S. 26 ff.

93 Palairet, *Balkan Economies*, S. 23.

94 Ebenda, S. 112, 113, 168; John R. Lampe, »Varieties of Unsuccessful Industrialisation. The Balkan States Before 1914«, in: *Journal of Economic History,* 35 (1975), S. 56–85, hier S. 59.

95 Palairet, *Balkan Economies*, S. 331.

96 Martin Mayer, »Grundschulen in Serbien während des 19. Jahrhunderts. Elementarbildung in einer ›Nachzüglergesellschaft‹«, in: Norbert Reiter und Holm Sundhaussen (Hg.), *Allgemeinbildung als Modernisierungsfaktor. Zur Geschichte der Elementarbildung in Südosteuropa von der Aufklärung bis zum Zweiten Weltkrieg*, Berlin 1994, S. 77–102, hier S. 87 f., 91 f.

97 Andrei Simic, *The Peasant Urbanites. A Study of Rural-Urban Mobility in Serbia,* New York 1973, S. 28–59, 148–151.

98 Siehe die Überlegungen von Mira Crouch zum Belgrad der Zwischenkriegszeit in dem Aufsatz »Jews, Other Jews and ›Others‹: Some Marginal Considerations Concerning the Limits of Tolerance«, in: John Milfull (Hg.), *Why Germany? National Socialist Anti-Semitism and the European Context*, Providence 1993, S. 121–138, hier S. 125.

99 Whitehead, »General Report on the Kingdom of Servia for the year. 1908«, S. 312–334, hier S. 314.

100 Zitiert in Violeta Manojlović, »Defense of National Interest and Sovereignty: Serbian Government Policy in the Bosnian Crisis, 1906–1909«, MA Examensarbeit, Simon Fraser University, 1997, S. 58.

101 Zitiert ebenda, S. 68 f.

102 Ebenda, S. 3.

103 Paul Miliukov, *Political Memoirs 1905–1917,* Ann Arbor 1967, S. 182.

104 Whitehead, »General Report … 1908«, S. 314 f.

105 Jovan Cvijic, *The Annexation of Bosnia and Herzegovina and the Serb Problem*, London 1909, S. 14, zitiert nach Sundhaussen, *Geschichte Serbiens,* S. 194; zu seinem Einfluss auf Pašić siehe Vladimir Stojancević, »Pašićevi pogledi na resavanje pitanja Stare Srbije i Makedonije do 1912.

godine«, in: Vasilije Krestic, *Nikola Pašić. Zivot i delo. Zbornik radova za Naucnog Skupa u Srpskoj Akademiji Nauka i Utmetnosti,* Belgrad 1997, S. 284–301, hier S. 285.

106 Prince Lazarovich-Hrebelianovich, *The Servian People. Their Past Glory and Destiny,* New York 1910, S. 142.

107 Behschnitt, *Nationalismus,* S. 108.

108 MacKenzie, »Officer Conspirators«, S. 130 f.; ders., *Apis,* S. 63.

109 Zitiert in Milorad Radusinović, »Antanta i Aneksiona kriza«, in: *Istorija 20. Veka,* 9 (1991), S. 7–22, hier S. 9.

110 Aleksandar Pavlović, *Liudi i dogadaji, ideje i ideali,* Belgrad 2002, S. 30–38. Pavlović war ein sozialdemokratischer Politiker und Mitglied der intellektuellen Elite Belgrads; diese Ausgabe seines Tagebuchs, dessen Existenz der Öffentlichkeit unbekannt war, wurde von seinen Töchtern im Jahr 2002 veröffentlicht.

111 Zitiert in Manojlović, »Defense of National Interest and Sovereignty«, S. 78.

112 Radusinović, »Antanta i Aneksiona kriza«, S. 18.

113 Zitiert in Milan St. Protić, *Radikali u Srbjii: Ideje i Pokret,* Belgrad 1990, S. 246.

114 Manojlović, »Defense of National Interest and Sovereignty«, S. 109.

115 Milovije Buha, ›*Mlada Bosna*‹*–Sarajevski atentat. Zavod za udžbenike i nastavna sredstva,* Sarajevo 2006, S. 171.

116 Behschnitt, *Nationalismus,* S. 117.

117 Nähere Angaben zur Gründung von Ujedinjenje ili smrt! bei MacKenzie, »Serbia as Piedmont«, S. 153–182; ders., *Apis,* S. 64–68; Dragoslav Ljubibratic, *Mlada Bosna i Sarajevski atentat,* Sarajevo 1964, S. 35 ff.; Behschnitt, *Nationalismus,* S. 115 ff.

118 Buha, »*Mlada Bosna«,* S. 170.

119 *Pijemont*, vom 12. November 1911, zitiert in Bataković, »Nikola Pašić«, S. 143–169, hier S. 158; die Verbindung zu einem Proto-Faschismus stellt auch her Vladimir Dedijer und Branko Pavičević, »Dokazi za jednu tezu«, in: *Novi Misao* (Belgrad), Juni 1953.

120 Zitiert in Joachim Remak, *Sarajevo. The Story of a Political Murder,* London 1959, S. 46; zu Jovanovićs Urheberschaft und Beteiligung siehe David MacKenzie, »Ljuba Jovanović-Čupa and the Search for Yugoslav Unity«, in: *International History Review,* 1/1 (1979), S. 36–54.

121 Dedijer, *Road to Sarajevo,* S. 379.

122 Remak, *Sarajevo,* S. 49.

123 Zitiert in MacKenzie, *Apis,* S. 71.

124 Vojislav Vučković, *Unutrašnje krize Srbije i Prvi Svetski Rat,* Belgrad 1966, S. 179.

125 Bataković, »Nikola Pašić«, S. 160.

126 MacKenzie, *Apis,* S. 73.

127 Ugron an Aehrenthal, Belgrad, 12. November 1911, HHStA Wien, PA Serbien XIX 62, Nr. 94 a.

128 Buha, »*Mlada Bosna«,* S. 143, 175.

129 Siehe beispielsweise *Politika,* Belgrad, vom 18. August 1910, die Žerajić als einen »edlen Spross seiner Rasse« rühmte, dessen Name »unter der Bevölkerung heute als etwas Heiliges ausgesprochen« werde. Der Artikel wurde allem Anschein nach zur Feier des Geburtstags von König Peter Karadjordjević geschrieben; er wird im österreichischen »Roten Buch« zitiert, stammt hier aber aus der Online-Quelle: http://209.85.135.104/search?

q=cache:0YxuZRIgw9YJ:www.geocities.com/veldes1/varesanin.html+%22bogdan+zerajic%22=en&
8.

130 Remak, *Sarajevo,* S. 36 f.

131 Dedijer, *Road to Sarajevo,* S. 236; Jean-Jacques Becker, »L'ombre du nationalisme serbe«, in: *Vingtième Siècle,* 69 (2001), S. 7–29, hier S. 13.

132 Paget an Grey, Belgrad, 6. Juni 1913, TNA, FO 371/1748.

133 Crackanthorpe an Grey, Belgrad, 7. September 1913, ebenda, Bl. 74 ff.

134 Carnegie Foundation, *Enquête dans les Balkans,* S. 144; Katrin Boeckh, *Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg. Kleinstaatenpolitik und ethnische Selbstbestimmung auf dem Balkan,* München 1996, S. 125 f.

135 Boeckh, *Von den Balkankriegen,* S. 164.

136 Peckham an Crackanthorpe, Üsküb, 23. Oktober 1913; Crackanthorpe an Grey, Belgrad, 17. November, TNA, FO 371/1748, Bl. 147 f., 158.

137 Greig an Crackanthorpe, Monastir, 25. November 1913, ebenda, Bl. 309.

138 Greig an Crackanthorpe, Monastir, 30. November 1913, ebenda, Bl. 341–350, hier Bl. 341.

139 Greig an Crackanthorpe, Monastir, 16. Dezember 1913, ebenda, Bl. 364.

140 Greig an Crackanthorpe, Monastir, 24. Dezember 1913, TNA, FO 371/2098, Bl. 11–15, hier Bl. 13 f.

141 Randnotiz von »RGV« (Robert Gilbert Vansittart) auf dem Rundschreiben des Foreign Office, 9. Dezember 1913, TNA, FO 371/1748, Bl. 327.

142 Siehe Pašićs Kommentare, vom 3. April 1914, angehängt an Djordjević an Außenministerium Belgrad, Konstantinopel, 1. April 1914, in DSPKS, 7 Bde., Belgrad 1980, Bd. 7/1, Dok. 444, S. 586.

143 Die Unterstützung wurde mit der Begründung verweigert, dass das russische Mitglied der Kommission, Pawel Miljukow, ein »Feind Serbiens« sei, weil er sich vor der Duma für eine Autonomie für Mazedonien ausgesprochen hatte; siehe Boeckh, *Von den Balkankriegen,* S. 172.

144 Remak, *Sarajevo,* S. 57.

145 Buha, »*Mlada Bosna*«, S. 173 f.

146 Zur radikalisierenden Wirkung der Kriege auf die serbische Armee siehe: Descos an Doumergue, Belgrad, 7. Mai 1914, DDF, 3. Serie, Bd. 10, Dok. 207, S. 333 ff.

147 Ob Apis tatsächlich die Absicht hatte, solch einen Putsch durchzuführen, ist unklar und immer noch umstritten, siehe dazu MacKenzie, *Apis,* S. 119 f.; zu den Verbindungen zwischen der Schwarzen Hand und der parlamentarischen Opposition siehe Vučković, *Unutrašnje krize,* S. 187.

148 Dedijer, *Road to Sarajevo,* S. 389.

149 Apis behauptete im Jahr 1917 bei seinem Prozess in Saloniki, er habe den Agenten Rade Malobabić mit der Organisation sämtlicher Einzelheiten des Anschlags beauftragt. Ob die ganze Gruppe Ujedinjenje ili smrt! daran beteiligt war oder lediglich ein Zirkel aus Offizieren und Agenten um Apis, ist umstritten. Siehe dazu David MacKenzie, *The ›Black Hand‹ on Trial: Salonika, 1917,* Boulder 1995, S. 45, 261 f.; Fritz Würthle, *Die Sarajewoer Gerichtsakten,* Wien 1975; Miloš Bogičević, *Le Procès de Salonique, Juin 1917,* Paris 1927, S. 36, 63; MacKenzie, *Apis,* S. 258 f.

150 Bogičević, *Procès de Salonique,* S. 78 ff., 127.

151 Luigi Albertini, *The Origins of the War of 1914,* 3 Bde., Oxford 1953, Bd. 2, S. 73; MacKenzie, *Apis,* S. 128.

152 Sitzung vom 12. Oktober 1914, transkribiert in: Professor Pharos (Pseud.), *Der Prozess gegen die Attentäter von Sarajewo,* hg. von Josef Kohler, Berlin 1918, S. 31; dazu auch: Albert Mousset, *Un drame istorique: l'attentat de Sarajevo,* Paris 1930, S. 131.

153 Albertini, *Origins,* Bd. 2, S. 86 ff.

154 Kohler (Hg.), *Prozess,* S. 44.

155 Remak, *Sarajevo,* S. 63.

156 Kohler (Hg.), *Prozess,* S. 4.

157 Ebenda, S. 21 f.

158 Zur vieldiskutierten Frage der wirtschaftlichen Lage Bosniens im Vergleich zu Serbien, siehe Evelyn Kolm, *Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus,* Frankfurt am Main 2001, S. 235–240; Robert J. Donia, *Islam under the Double Eagle. The Muslims of Bosnia and Herzegovina, 1878–1914,* New York 1981, S. 8; Peter F. Sugar, *The Industrialization of Bosnia-Herzegovina, 1878–1918,* Seattle 1963; Palairet, *Balkan Economies,* S. 171, 231, 369; Robert A. Kann, »Trends towards Colonialism in the Habsburg Empire, 1878–1918: The Case of Bosnia-Hercegovina 1878–1918«, in: D. K. Rowney und G. E. Orchard (Hg.), *Russian and Slavic History,* Columbus 1977, S. 164–180; Kurt Wessely, »Die wirtschaftliche Entwicklung von Bosnien-Herzegowina«, in: Wandruszka und Urbanitsch (Hg.), *Die Habsburgermonarchie,* Bd. 1, S. 528–566.

159 Im *Bergkranz* geht es genau genommen nicht um Miloš Obilić, aber sein Name, der gut zwanzig Mal im Lauf des Textes vorkommt, wird wiederholt als Symbol für all das genannt, was positiv an der serbischen Tradition eines mutigen und aufopfernden Kampfes ist. Den vollständigen Wortlaut auf Englisch samt einem nützlichen kritischen Apparat findet man unter http://www.rastko.rs/knjizevnost/njegos/njegos-mountain_wreath.html. Das Epos wurde wiederholt ins Deutsche übertragen, zuletzt von A. Schmaus, aktuelle Auflage: Petar Petrović Njegoš, *Der Bergkranz,* München 2012.

160 Aussage von Gavrilo Princip in Kohler (Hg.), *Prozess,* S. 40.

161 Ebenda, S. 41.

162 Ebenda, S. 30, 53.

163 Ebenda, S. 5.

164 Ebenda, S. 6.

165 Ebenda.

166 Ebenda, S. 9.

167 Ebenda, S. 24.

168 Ebenda, S. 137, 147.

169 Ebenda, S. 145 f., 139.

170 Zu den Auseinandersetzungen von Čubrilović mit seinen Lehrern siehe Zdravko Antonić, »Svedočenje Vase Čubrilovića o sarajevskom atentatu i svom tamnovanju 1914–1918«, in: *Zbornik Matice srpske za istoriju,* 46 (1992), S. 163–180, hier S. 165, 167.

171 Ljuba Jovanović, »Nach dem Veitstage des Jahres 1914«, in: *Die Kriegsschuldfrage. Berliner Monatshefte für Internationale Aufklärung,* 3/1 (1925), S. 68–82, hier S. 68 f.; zur Bedeutung des Dokuments siehe Albertini, *Origins,* Bd. 2, S. 90; diese Version der Ereignisse wird jedoch nicht allgemein akzeptiert. Siehe beispielsweise Buha, »*Mlada Bosna*«, S. 343, der (aufgrund des Mangels eines direkten Beweises) argumentiert, dass Pašić möglicherweise von dem Grenzübertritt der

jungen Männer wusste, aber nicht ihren wahren Auftrag kannte. Siehe auch Bataković, »Nikola Pašić«, S. 162; Stanković, *Nikola Pašić*, insb. S. 262.

172 Die vorliegenden Hinweise, dass Pašić schon vor der Tat Bescheid wusste, werden diskutiert in Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 90–97. Albertini richtet sein Augenmerk auf die Aussage von L. Jovanović, gestützt durch die Annahme, dass Ciganović Pašićs Spitzel war; Albertinis Mitarbeiter Luciano Magrini fügte zwei weitere Aussagen von Bekannten Pašićs hinzu, die während des Krieges aufgezeichnet wurden, siehe L. Magrini, *Il dramma di Seraievo. Origini i responsabilità della guerra europea*, Mailand 1929, S. 106 ff., 114 ff. Die zur damaligen Zeit bekannten Informationen werden umsichtig von Sydney Bradshaw Fay bewertet in, ders., *The Origins of the World War*, 2 Bde., New York 1929, Bd. 2, S. 140–146; Hans Uebersberger, *Österreich zwischen Russland und Serbien. Zur südslawischen Frage und der Entstehung des Ersten Weltkrieges*, Köln, Graz, 1958, S. 264 f., ergänzt dieses Quellenmaterial um eine Notiz in Pašićs Handschrift, in der von »Schuljungen«, »Bomben« und »Revolvern« die Rede ist. Sie wurde unter den Papieren des serbischen Außenministeriums entdeckt. Vladimir Dedijer räumt in seiner außerordentlich detaillierten, aber nicht unbedingt zuverlässigen Darstellung des Hintergrunds, *Road to Sarajevo* (deutsch: *Die Zeitbombe: Sarajewo 1914*, Wien 1967), zwar ein, dass Pašić vermutlich schon im Vorfeld von der Verschwörung wusste, gibt aber zu bedenken, dass dies womöglich nur daran lag, dass er ihre Existenz aus den unvollständigen Informationen, die ihm vorlagen, ableiten konnte. Die aktuelleren Darstellungen, darunter Friedrich Würthles sehr ausführliches Werk *Die Spur führt nach Belgrad*, Wien 1975, enthalten eine Fülle von Interpretationen, fügen aber diesem Bestand keine weiteren Quellen hinzu.

173 Für Ciganovićs Rolle als Spitzel liegen zwar nur indirekte, aber recht überzeugende Hinweise vor, siehe dazu Bogičević, *Procès de Salonique*, S. 32, 131 f.; Fay, *Origins*, Bd. 2, S. 146 ff.; und Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 98. Auch Pašićs Neffe war Mitglied der Vereinigung Ujedinjenje ili smrt!.

174 Siehe Leiter des Bezirks Podrinje an Protić, Sabac, 4 Juni 1914; Protić an Pašić (mit einer Zusammenfassung der Berichte von der Grenze), Belgrad, 15. Juni 1914; Leiter des Bezirks Podrinje an Kommandeur der 5. Grenzwache bei Loznice, Sabac, 16. Juni 1914; Kommandeur des Divisionsgebiets Drina, Valevo, an Kriegsminister, 17. Juni 1914, DSPKS Bd. 7, Dok. 155, 206, 210, 212, S. 290, 337 ff., 344 f., 347.

175 Innenminister an Leiter des Bezirks Podrinje in Sabac, 10. Juni 1914, ebenda, Antwort von Protić angehängt an Dok. 155, S. 290.

176 Leiter des Bezirks Podrinje an Protić, Sabac, »Streng geheim«, 14. Juni 1914, ebenda, Dok. 198, S. 331.

177 Hauptmann der 4. Grenzwache an Kommandant des 5. Grenzgebiets, 19 Juni 1914; Kommandant des 5. Grenzgebiets an Generalstab, selbes Datum, ebenda, beide angehängt an Dok. 209, S. 343; siehe auch Dedijer, *Road to Sarajevo*, S. 390 f.; Buha, *›Mlada Bosna‹*, S. 178.

178 Der volle serbische Wortlaut der Aussage Apis' vor Gericht ist enthalten in Milan Z. Živanović, *Solunski process hiljadu devetsto sedamnaeste. Prilog zaproucavanje političke istorije Srbije od 1903. do 1918. god*, Belgrad 1955, S. 556 ff.; siehe auch MàcKenzie, »*Black Hand« on Trial*, S. 46.

179 Königlicher Generalstab Nachrichtenabteilung (Apis) an Generalstab Einsatzabteilung, 21. Juni 1914, in: DSPKS, Bd. 7/2, Dok. 230, S. 364 f.

180 Pašić an Stepanović, Belgrad, 24. Juni 1914, ebenda, Dok.. 254, S. 391 f.

181 Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 99; Stanković, *Nikola Pašić, saveznivi i stvaranje Jugoslavije*, S. 40.

182 Siehe »Die Warnungen des serbischen Gesandten«, in: *Neue Freie Presse*, 3. Juli 1914, S. 4.

183 »Note de M. Abel Ferry«, 1. Juli 1914, in: DDF, Serie 3, Bd. 10, Dok. 466, S. 670 f.

184 Aussage von Lešanin, dokumentiert in Magrini, *Il dramma di Seraievo*, S. 115.

185 Brief von Jovanović an das *Neue Wiener Tageblatt*, Nr. 177, 28. Juni 1924, zitiert in Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 105; Bogičević, *Procès de Salonique*, S. 121–125; Magrini, *Il dramma di Seraievo*, S. 115 f.; Fay, *Origins*, Bd. 2, S. 152–166.

186 Remak, *Sarajevo*, S. 75.

187 Ebenda, S. 74; Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 102.

188 Vučković, *Unutrašnje krize*, S. 192.

189 Stanković, *Nikola Pašić. Prilozi za biografiju*, S. 264.

190 Radusinović, »Antanta I Aneksiona kriza«, S. 18.

191 Stanković, *Nikola Pašić, saveznivi i stvaranje Jugoslavije*, S. 30 ff.; Dragnich, *Serbia, Nikola Pašić and Yugoslavia*, S. 106.

192 Stanković, *Nikola Pašić, saveznivi i stvaranje Jugoslavije*, S. 36.

193 Ebenda, S. 41.

194 Zu Pašićs Interpretation der russischen Balkanpolitik siehe A. Šemjakin, »Rusofilstvo Nikole Pasica«, S. 28.

195 Zitiert in Behschnitt, *Nationalismus*, S. 128.

196 Berichte des serbischen Militärattachés in St. Petersburg werden zusammengefasst in dem Dokument Protić an Pašić, Belgrad, 12. Juni 1914; es gab noch mehr aufgeregte Meldungen über die russische militärische Bereitschaft in der serbischen Botschaft Belgrad (Spalaiković) an den Außenminister, St. Petersburg, 13. Juni 1914, DSPKS, Bd. 7, Dok. 185, 189, S. 317, 322.

197 Bogičević, *Procès de Salonique*, S. iii.

KAPITEL 2
DAS REICH OHNE EIGENSCHAFTEN

Konflikt und Gleichgewicht

Zwei militärische Katastrophen prägten die Entwicklung des Habsburger Reiches in den letzten fünfzig Jahren seines Bestehens. In der Schlacht bei Solferino schlugen französische und piemontesische Truppen 1859 ein österreichisches Heer von 100000 Mann in die Flucht und machten damit den Weg zur Gründung eines neuen italienischen Nationalstaates frei. Bei Königgrätz rieben die Preußen anno 1866 ein Heer von 240000 Mann auf und schlossen damit das Habsburger Reich aus dem entstehenden deutschen Nationalstaat aus. Die kumulative Wirkung dieser Erschütterungen transformierte das innere Leben der österreichischen Territorien.

Unter dem Schock der Niederlage verwandelte sich das neoabsolutistische Österreich zu Österreich-Ungarn. Nach dem 1867 vereinbarten Kompromiss wurde die Macht unter den beiden dominierenden Nationalitäten aufgeteilt: die Deutschen im Westen und die Ungarn im Osten. Es entstand ein einzigartiges Staatswesen, wie ein Ei mit zwei Dottern, in dem das Königreich Ungarn und ein Territorium, das in erster Linie die österreichischen Lande umfasste und häufig Cisleithanien (im Sinne von »Land diesseits des Flusses Leithe«) genannt wurde, Seite an Seite innerhalb der dünnen Hülle der Habsburgischen Doppelmonarchie lebten. Jede Einheit hatte ein eigenes Parlament, und es gab weder einen gemeinsamen Regierungschef noch ein gemeinsames Kabinett. Lediglich die Außenpolitik, die Verteidigung und mit der Verteidigung zusammenhängende finanzielle Fragen wurden von »gemeinsamen Ministern« geregelt, die direkt dem Kaiser unterstanden. Angelegenheiten, die für das ganze Reich von Interesse waren, konnten nicht in gemeinsamen Parlamentssitzungen diskutiert werden, weil das wiederum impliziert hätte, dass das Königreich Ungarn lediglich der untergeordnete Teil einer größeren Einheit war. Stattdessen mussten

»Delegationen«, Gruppen aus dreißig Abgeordneten aus jedem Parlament, die sich abwechselnd in Wien und in Budapest trafen, untereinander ihre Anschauungen austauschen.

Der sogenannte »österreichisch-ungarische Ausgleich« hatte schon damals viele Gegner und hat seither unzählige Kritiker gefunden. In den Augen überzeugter ungarischer Nationalisten handelte es sich um einen Ausverkauf, der den Ungarn die volle nationale Unabhängigkeit verweigerte, auf die sie Anspruch hatten. Einige erklärten, Österreich werde das Königreich Ungarn weiterhin als eine landwirtschaftliche Kolonie ausbeuten. Wiens Weigerung, die Kontrolle über die Streitkräfte abzugeben und eine separate und gleichberechtigte ungarische Armee aufzustellen, war besonders strittig – im Jahr 1905 lähmte eine Verfassungskrise um diese Frage das gesamte politische Leben des Reiches.[198] Andererseits vertraten die österreichischen Deutschen den Standpunkt, dass die Ungarn auf Kosten der weiter entwickelten Österreicher lebten und einen höheren Anteil an den laufenden Staatsausgaben tragen sollten. Ein Konflikt war in dem System vorprogrammiert, weil die beiden »Reichshälften« nach dem Ausgleich verpflichtet waren, alle zehn Jahre die Zollunion neu zu verhandeln, nach der die Einnahmen und Steuern unter ihnen aufgeteilt wurden. Bei jeder Überprüfung der Union stellten die Ungarn immer dreistere Forderungen.[199] Überdies konnten die politischen Eliten der anderen nationalen Minderheiten im Habsburger Reich dem Ausgleich kaum positive Seiten abgewinnen, vielmehr hatte man sie de facto unter die Obhut der beiden »Herrenrassen« gestellt. Der erste ungarische Regierungschef nach dem Ausgleich, Gyula Andrássy, fasste diesen Aspekt der Regelung treffend zusammen, als er gegenüber seinem österreichischen Widerpart bemerkte: »Ihr kümmert euch um eure Slawen, wir uns um unsere.«[200] Die letzten Jahrzehnte vor dem Kriegsausbruch wurden zunehmend von dem Kampf um nationale Selbstbestimmung unter den elf amtlichen Nationalitäten des Reiches geprägt: Deutsche, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Slowenen, Kroaten, Serben, Rumänen, Ruthenen, Polen und Italiener.

In den beiden Reichshälften ging man diese Herausforderungen auf verschiedene Weise an. Die Ungarn taten im Grunde so, als würde das

Nationalitätenproblem gar nicht existieren. Lediglich sechs Prozent der Bevölkerung hatten im Königreich das Wahlrecht, weil es an bestimmte Besitzverhältnisse geknüpft war und damit die Ungarn begünstigte, die den größten Teil der wohlhabenden Bevölkerungsschicht stellten. Demzufolge kontrollierten ungarische Abgeordnete, obwohl sie lediglich 48,1 Prozent der Bevölkerung ausmachten, mehr als 90 Prozent der Parlamentssitze. Die drei Millionen Rumänen in Transsylvanien, die größte Minderheit des Königreichs, stellten 15,4 Prozent der Bevölkerung, hatten aber nur fünf der gut 400 Sitze im ungarischen Parlament inne.[201] Seit Ende der siebziger Jahre setzte die ungarische Regierung darüber hinaus auf eine aggressive »Magyarisierung«. Die Bildungsgesetze verordneten den Gebrauch der ungarischen Sprache in allen staatlichen und kirchlichen Schulen, das galt selbst für die Leute, die Kindern im Kindergartenalter das Essen brachten. Von Lehrern wurde verlangt, dass sie fließend Ungarisch sprachen. Außerdem konnten sie entlassen werden, falls sich herausstellte, dass sie »dem [ungarischen] Staat feindlich gesinnt« waren. Diese Herabstufung der Sprachenrechte wurde durch ein scharfes Vorgehen gegen Aktivisten der ethnischen Minderheiten unterstützt.[202] Serben aus der Vojvodina im Süden des Königreichs, Slowaken aus den nördlichen Landesteilen und Rumänen aus dem Großfürstentum Transsylvanien schlossen sich in dem Ringen um Minderheitenrechte gelegentlich zusammen, hatten aber wenig Erfolg, weil sie lediglich eine kleine Zahl an Abgeordnetenmandaten aufbieten konnten.

In Cisleithanien hingegen laborierten etliche Regierungen nacheinander an Korrekturen des Systems herum, um den Forderungen der Minderheiten nachzukommen. Die Wahlrechtsreformen von 1882 und 1907 (als de facto ein allgemeines Männerwahlrecht eingeführt wurde) ebneten bis zu einem gewissen Grad die politische Arena. Doch diese demokratisierenden Schritte steigerten lediglich das Potenzial für nationale Konflikte, insbesondere um die heikle Frage des Sprachgebrauchs in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Gerichten und Verwaltungsbehörden.

Die von der nationalistischen Politik hervorgerufenen Spannungen zeigten sich nirgends deutlicher als im cisleithanischen Parlament, das seit 1883 in einem stattlichen neoklassizistischen Gebäude an der Ringstraße von Wien

tagte. In diesem 526-köpfigen Parlament (damals das größte in Europa) zogen sich die nationalen Neigungen quer durch das vertraute Spektrum der parteipolitischen, ideologischen Vielfalt, sodass ein Sammelsurium an Splittergruppen und Grüppchen entstand. Unter den gut dreißig Parteien, die nach den Wahlen von 1907 Mandate innehatten, befanden sich beispielsweise 28 tschechische Agrarier, 18 Jungtschechen (radikale Nationalisten), 17 tschechische Konservative, sieben Alttschechen (gemäßigte Nationalisten), zwei Tschechisch-Progressive (eher realpolitisch ausgerichtet), ein »wilder« (unabhängiger) Tscheche und neun tschechische Nationalsozialisten. Die Polen, Deutschen, Italiener und sogar die Slowenen und Ruthenen waren ähnlich nach ideologischen Kriterien gespalten.

Da es in Cisleithanien keine Amtssprache gab (im Gegensatz zum Königreich Ungarn), gab es auch keine offizielle Sprache für die Parlamentssitzungen. Deutsch, Tschechisch, Polnisch, Ruthenisch, Kroatisch, Serbisch, Slowenisch, Italienisch, Rumänisch und Russisch waren allesamt zugelassen. Es wurden jedoch keine Dolmetscher zur Verfügung gestellt, und es gab keine Möglichkeit, den Inhalt der Reden, die nicht auf Deutsch gehalten wurden, aufzuzeichnen oder zu überwachen, sofern der fragliche Abgeordnete nicht von sich aus beschloss, dem Parlament eine übersetzte Fassung seiner Rede vorzulegen. Abgeordnete selbst aus den kleinsten Fraktionen konnten so unerwünschte Initiativen blockieren, indem sie lange Reden in einer Sprache hielten, die nur eine Handvoll ihrer Kollegen verstanden. Ob sie tatsächlich auf die Punkte eingingen, die in dem aktuellen Antrag angesprochen wurden, oder einfach lange Gedichte in ihrer eigenen Nationalsprache vortrugen, ließ sich kaum überprüfen. Vor allem die Tschechen waren berühmt für die Weitschweifigkeit ihrer Obstruktionspolitik.[203] Das cisleithanische Parlament entwickelte sich zu einer Touristenattraktion. Vor allem im Winter drängten sich die Wiener Vergnügungssüchtigen auf der beheizten Besuchergalerie. Im Gegensatz zu den Theatern und Opernhäusern der Stadt war der Zutritt zu den Parlamentssitzungen kostenlos, wie ein Berliner Journalist einmal sarkastisch kommentierte.[204]

Der nationale Konflikt spitzte sich so sehr zu, dass in den Jahren 1912 bis

1914 mehrere Parlamentskrisen die Legislative der Monarchie lahmlegten: Der böhmische Landtag war 1913 so aufmüpfig geworden, dass der österreichische Regierungschef Graf Karl Stürgkh ihn auflöste und an seiner Stelle eine kaiserliche Kommission für die Verwaltung der Provinz einsetzte. Die tschechischen Proteste gegen diese Maßnahme zwangen im März 1914 das cisleithanische Parlament in die Knie. Am 16. März löste Stürgkh kurzerhand auch dieses Parlament auf – es war immer noch ausgesetzt, als Österreich-Ungarn im Juli Serbien den Krieg erklärte, sodass Cisleithanien bei Kriegsausbrauch de facto mit einer Art administrativem Absolutismus regiert wurde. In Ungarn stand es nicht viel besser: Im Jahr 1912 waren, nach Protesten in Zagreb und anderen südslawischen Städten gegen einen unbeliebten Statthalter, der kroatische Landtag aufgelöst und die Verfassung außer Kraft gesetzt worden. In Budapest selbst hielt in den letzten Vorkriegsjahren ein parlamentarischer Absolutismus Einzug mit dem vorrangigen Ziel, die Hegemonie der Ungarn gegen die Herausforderung zu verteidigen, die von dem Widerstand der nationalen Minderheiten und der Forderung nach einer Wahlrechtsreform ausging.[205]

Diese spektakulären Symptome einer Funktionsstörung bestätigen auf den ersten Blick die Anschauung, dass das österreichisch-ungarische Reich ein todgeweihtes Staatswesen war, dessen Verschwinden von der politischen Landkarte nur eine Frage der Zeit sei – ein Argument, mit dem feindselige Zeitgenossen andeuten wollten, dass die Bemühungen des Reiches, seine Integrität in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch zu verteidigen, in gewisser Weise unberechtigt waren.[206] In Wirklichkeit reichten die Wurzeln für die politischen Unruhen Österreich-Ungarns nicht so tief, wie es den Anschein hatte. Freilich kam es immer wieder zu ethnischen Konflikten (Krawalle in Ljubljana im Jahr 1908 oder regelmäßige Schlägereien zwischen Tschechen und Deutschen in Prag), aber sie erreichten nie ein Ausmaß der Gewalt, wie man es im zeitgenössischen Zarenreich oder im Belfast des 20. Jahrhunderts erlebte. Was die Turbulenzen im cisleithanischen Parlament angeht, so handelte es sich eher um ein chronisches Leiden als um eine tödliche Krankheit. Die Regierungsgeschäfte konnten stets vorübergehend nach den Notstandsregelungen weitergeführt werden, die in Paragraph 14 der

Verfassung von 1867 festgehalten waren. Bis zu einem gewissen Grad hoben sich die verschiedenen Arten des politischen Konflikts gegenseitig auf. Der Konflikt zwischen Sozialisten, Liberalen, klerikalen Konservativen und anderen politischen Gruppierungen nach 1907 war ein Segen für den österreichischen Teil der Monarchie, weil er die nationalen Lager spaltete und dadurch die Schädlichkeit des Nationalismus als politische Strömung schwächte. Das Ausbalancieren der komplexen Phalanx aus Kräften, die für eine funktionierende Mehrheit nötig waren, war eine schwierige Aufgabe, die Takt, Flexibilität und strategisches Denken erforderte, aber die Karrieren der letzten drei österreichischen Regierungschefs vor 1914 (Beck, Bienerth und Stürgkh) zeigten – ungeachtet zeitweiliger Pannen im System –, dass es möglich war.[207]

Das Habsburger Reich erlebte im letzten Jahrzehnt vor dem Krieg eine Phase des starken Wirtschaftswachstums mit einem entsprechenden Anstieg des allgemeinen Wohlstands – das unterschied es vom zeitgenössischen Osmanischen Reich, aber auch von der Sowjetunion der 1980er Jahre, einem anderen klassischen Beispiel eines zerfallenden Staatswesens. Freie Märkte und der Wettbewerb im riesigen Gebiet der Zollunion stimulierten den technischen Fortschritt und die Einführung neuer Produkte. Schon allein die Größe und Vielfalt der Doppelmonarchie hatten zur Folge, dass neue Betriebe von raffinierten Netzwerken kooperierender Industriezweige profitierten, gestützt auf eine effektive Verkehrsinfrastruktur und einen hochwertigen Dienstleistungs- und Versorgungssektor. Die heilsamen wirtschaftlichen Effekte machten sich insbesondere im Königreich Ungarn bemerkbar. In den 1840er Jahren war Ungarn tatsächlich die Kornkammer Österreichs gewesen: 90 Prozent der Exporte nach Österreich waren Agrarprodukte. Aber in den Jahren 1909 bis 1913 waren die ungarischen Industrieexporte auf einen Anteil von 44 Prozent gestiegen. Gleichzeitig sorgte die ständig wachsende Nachfrage nach billigen Lebensmitteln seitens der Industrieregion in Böhmen dafür, dass sich der ungarische Agrarsektor bester Gesundheit erfreute, da er durch den gemeinsamen Markt des Habsburger Reiches gegen rumänische, russische und amerikanische Konkurrenz geschützt war.[208] Was die Monarchie insgesamt angeht, sind sich

die meisten Wirtschaftshistoriker einig, dass die Phase 1887 bis 1913 eine »industrielle Revolution« oder einen Aufschwung zu einem nachhaltigen Wachstum mit den üblichen Indikatoren einer Expansion erlebte: Der Roheisenverbrauch stieg zwischen 1881 und 1911 auf das Vierfache, das Gleiche galt für das Schienennetz zwischen 1870 und 1900. Die Säuglingssterblichkeit ging zurück, während die Anzahl der Grundschulen die von Deutschland, Frankreich, Italien und Russland übertraf.[209] In den letzten Jahren vor dem Krieg war Österreich-Ungarn, und insbesondere Ungarn (mit einem jährlichen Wachstum von durchschnittlich 4,8 Prozent), eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften in Europa.[210]

Selbst ein kritischer Beobachter wie der *Times*-Korrespondent Henry Wickham Steed, der lange in Wien lebte, erkannte im Jahr 1913, dass »der ›Rassenkampf‹ in Österreich« im Grunde ein Streit um die Gönnerschaft im bestehenden System war:

> Das Wesen des Sprachenstreits besteht darin, dass es ein Ringen um bürokratischen Einfluss ist. Ganz ähnlich kommen die Forderungen nach neuen Universitäten oder Hochschulen, die Tschechen, Ruthenen, Slowenen und Italiener aufstellen, gegen die sich aber je nachdem Deutsche, Polen und andere Rassen wehren, den Forderungen nach der Gründung neuer Apparate gleich, um potenzielle Beamte hervorzubringen, die man anschließend dem politischen Einfluss der parlamentarischen Parteien anvertrauen kann, sodass der Betreffende in der Verwaltung befördert wird.[211]

Darüber hinaus gab es langsame, aber unmissverständliche Fortschritte in Richtung einer nachgiebigeren Nationalitätenpolitik (zumindest in Cisleithanien). Die Gleichheit aller untergebenen Nationalitäten und Sprachen in Cisleithanien wurde offiziell im Grundgesetz von 1867 anerkannt, und ein Kodex aus Fallrecht aufgrund von Präzedenzfällen sammelte sich an, um Lösungen für Probleme zu finden, welche die Verfasser des Ausgleichs nicht vorhergesehen hatten, etwa die Sprachregelungen für tschechische Minderheiten in deutschen Gebieten

Böhmens. In den letzten Friedensjahren besserten die cisleithanischen Behörden weiterhin das System als Reaktion auf die Forderungen nationaler Minderheiten nach. Der galizische Ausgleich, der im galizischen Landtag in Lemberg (dem heutigen Lwiw) am 28. Januar 1914 vereinbart wurde, legte beispielsweise einen festen Anteil der Mandate in einem vergrößerten regionalen Parlament für die unterrepräsentierten Ruthenen (Ukrainer) fest und sagte in absehbarer Zeit die Gründung einer ukrainischen Universität zu.[212] Sogar die ungarische Regierung ließ Anfang 1914 Anzeichen eines Sinneswandels erkennen, als sich das internationale Klima verschlechterte. Den Südslawen in Kroatien-Slawonien wurden die Abschaffung der außerordentlichen Vollmachten und eine Garantie der Pressefreiheit versprochen, während Transsylvanien die Nachricht erreichte, dass die Budapester Regierung die Absicht habe, viele Forderungen der rumänischen Mehrheit in der Region zu erfüllen. Der russische Außenminister Sergej Sasonow war von dem Gedanken, dass diese Maßnahmen die habsburgische Herrschaft in den rumänischen Territorien stabilisieren könnten, so sehr beeindruckt, dass er Zar Nikolaus II. im Januar 1914 vorschlug, den Millionen Polen im Westen Russlands vergleichbare Zugeständnisse zu versprechen.[213]

Diese Nachbesserungen von Fall zu Fall auf konkrete Forderungen hin lassen vermuten, dass das System früher oder später ein umfassendes Geflecht aus Garantien für die Nationalitätenrechte innerhalb eines vereinbarten Rahmens konstruiert hätte.[214] Überdies gab es Anzeichen, dass die Regierung allmählich lernte, wie sie geschickter auf die materiellen Forderungen der Regionen reagieren musste.[215] Natürlich übernahm der Staat diese Rolle, nicht die geplagten Parlamente der Habsburger Territorien. In Anbetracht der starken Verbreitung der Schulausschüsse, Stadträte, Kommissionen, Bürgermeisterwahlen und dergleichen mehr war gewährleistet, dass der Staat enger und dauerhafter mit dem Leben der Bürger in Berührung kam als die politischen Parteien oder Parlamente.[216] Es handelte sich nicht (oder zumindest nicht in erster Linie) um einen Unterdrückungsapparat, sondern um eine pulsierende Einheit, die über starke Bindungen verfügte, um einen Vermittler zwischen vielfältigen sozialen,

wirtschaftlichen und kulturellen Interessen.[217] Der Erhalt der Habsburger Monarchie war ein kostspieliges Unterfangen – die Ausgaben für die Landesverwaltung stiegen in den Jahren 1890 bis 1911 um 366 Prozent.[218] Aber die meisten Bewohner des Reiches assoziierten die Habsburger Monarchie mit den Vorzügen einer ordnungsgemäßen Regierung: staatliche Bildung, Sozialhilfe, Gesundheitswesen, Rechtsstaatlichkeit und der Erhalt einer entwickelten Infrastruktur.[219] Diese Merkmale des Habsburger Staatswesens blieben nach der Abschaffung der Monarchie noch lange in Erinnerung. In den späten 1920er Jahren, als der Schriftsteller (und examinierte Ingenieur) Robert Musil auf Österreich-Ungarn im letzten friedlichen Jahr seiner Existenz zurückblickte, entstand vor seinen Augen folgendes Bild: »die weißen, breiten, wohlhabenden Straßen […] die es [das Reich] nach allen Richtungen wie Flüsse der Ordnung, wie Bänder aus hellem Soldatenzwillich durchzogen, welche die Länder mit dem papierweißen Arm der Verwaltung umschlangen«.[220]

Letztlich erkannten die meisten Aktivisten der Minderheiten die Bedeutung des Habsburger Gemeinwesens als ein System der kollektiven Sicherheit an. Die Bitterkeit der Konflikte unter den Minderheiten (zwischen Kroaten und Serben in Slawonien etwa oder zwischen Polen und Ruthenen in Galizien) und die unzähligen Regionen, in denen verschiedene ethnische Minderheiten lebten, ließen vermuten, dass die Gründung neuer und separater nationaler Einheiten womöglich mehr Probleme schuf, als sie löste.[221] Und wie sollten solche aufkeimenden Nationalstaaten ohne den schützenden Schild des Reiches denn überhaupt zurechtkommen? Im Jahr 1848 hatte der tschechische Nationalist František Palacky gewarnt, dass eine Auflösung des Habsburger Reiches lediglich die Basis für eine »russische allgemeine Monarchie« biete, geschweige denn die Tschechen befreie. »Ich fühle mich aus natürlichen ebenso wie aus historischen Gründen genötigt, [in Wien] das Zentrum zu suchen, das aufgerufen ist, für mein Volk Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu garantieren und zu schützen.«[222] Im Jahr 1891 brachte Fürst Karl Schwarzenberg das gleiche Argument vor, als er den jungtschechischen Nationalisten Edward Grégr fragte, was er denn mit seinem Land anfangen wolle, das zu klein sei, um allein zu überleben, wenn er und die Seinen das

Habsburger Reich so sehr hassten. Ob er es an Deutschland oder an Russland aushändigen wolle, weil ihm nichts anderes übrig bleibe, wenn er den österreichischen Bund verlasse.[223] Vor 1914 waren radikale Nationalisten, die eine vollständige Trennung vom Reich anstrebten, eine kleine Minderheit. In vielen Gegenden standen nationalistischen politischen Gruppierungen Netzwerke aus Organisationen gegenüber, die verschiedene Formen eines Patriotismus für das Habsburger Reich pflegten: Veteranenverbände, religiöse oder karitative Gruppen, Vereinigungen der *bersaglieri* (Scharfschützen).[224]

Die Ehrwürdigkeit und die Beständigkeit der Monarchie wurden in der unerschütterlichen Figur des Backenbart tragenden Kaisers Franz Joseph personifiziert. Er hatte ein Leben hinter sich, das ihm ungewöhnlich viele persönliche Tragödien beschert hatte. Sein Sohn Rudolf hatte sich in einem Doppelselbstmord mit seiner Geliebten im Jagdhaus der Familie umgebracht, seine Frau Elisabeth (»Sisi«) war von einem italienischen Anarchisten am Ufer des Genfer Sees erdolcht worden, seinen Bruder Maximilian hatten mexikanische Rebellen in Queretaro hingerichtet, und seine Lieblingsnichte war verbrannt, als eine Zigarette ihr Kleid in Brand gesteckt hatte. Der Kaiser hatte diese Schicksalsschläge mit stoischer Gelassenheit ertragen. Im öffentlichen Leben projizierte er das Bild einer in ihrer »Unpersönlichkeit« geradezu »dämonischen« Person, wie der Satiriker Karl Kraus einmal sagte. Sein schablonenhafter Kommentar zu so gut wie jeder offiziellen Zeremonie: »Es war sehr schön, es hat mich sehr gefreut«, war in der ganzen Monarchie eine gebräuchliche Redewendung.[225] Der Kaiser bewies ein beachtliches Geschick bei der Steuerung des komplexen Mechanismus seines Staates, balancierte entgegengesetzte Kräfte gegeneinander aus, damit alles in einem Gleichgewicht einer wohlberechneten Unzufriedenheit blieb, und beteiligte sich persönlich eng an allen Phasen der Verfassungsreform.[226] Aber im Jahr 1914 war er zu einem Faktor der Trägheit geworden. In den letzten beiden Jahren vor dem Krieg stärkte er dem autokratischen ungarischen Regierungschef István Tisza den Rücken gegen die Forderungen nach einer Wahlrechtsreform in Ungarn. Solange das Königreich Ungarn weiterhin die Mittel und Stimmen lieferte, die Wien brauchte, war Franz Joseph bereit, die

Hegemonie der ungarischen Elite zu tolerieren, auch wenn sie die Interessen der nationalen Minderheiten in den Territorien des Königreichs missachtete.[227] Es gab Anzeichen, dass Franz Joseph den Kontakt zum Leben seiner Zeitgenossen allmählich verlor: »Das mit Macht dahinflutende Leben unserer Zeit«, schrieb der österreichisch-deutsche Politiker Joseph Maria Baernreither im Jahr 1913, als Franz Joseph 83 Jahre alt war, »dringt kaum wie ein fernes Rauschen an das Ohr unseres Kaisers. Jede wirkliche Teilnahme an diesem Leben ist ihm versperrt, er versteht die Zeit nicht mehr, und die Zeit geht über ihn hinweg.«[228]

Dennoch: Der Kaiser blieb der Brennpunkt starker politischer und emotionaler Bindungen. Es wurde allgemein anerkannt, dass seine Popularität nichts mit seiner verfassungsmäßigen Rolle zu tun hatte, sondern auf allgemein geteilten Gefühlen des Volkes beruhte.[229] Im Jahr 1914 saß er bereits länger auf dem Thron, als die meisten seiner Untertanen am Leben waren. Er schien irgendwann alt geworden und, mit den Worten aus Joseph Roths Meisterwerk *Der Radetzkymarsch,* »seit jener Stunde in seiner eisigen und ewigen, silbernen und schrecklichen Greisenhaftigkeit eingeschlossen zu bleiben, wie in einem Panzer aus ehrfurchtgebietendem Kristall«.[230] Er tauchte regelmäßig in den Träumen seiner Untertanen auf. Seine himmelblauen Augen starrten weiterhin aus den Porträts in Zehntausenden von Kneipen, Klassenzimmern, Amtsräumen und Wartesälen auf Bahnhöfen, während die Tageszeitungen von dem geschmeidigen und federnden Elan schwärmten, mit dem der alte Mann bei staatlichen Anlässen aus seiner Kutsche stieg. Das blühende und relativ gut verwaltete Reich bewies, genau wie sein betagter Monarch, eine bemerkenswerte Stabilität inmitten der Unruhen. Krisen kamen und gingen, ohne dass sie den Anschein erweckten, den Fortbestand des Systems an sich zu gefährden. Die Lage sei, wie der Wiener Journalist Karl Kraus spöttelte, »hoffnungslos, aber nicht ernst«.

Ein Sonderfall war Bosnien-Herzegowina, das die Österreicher im Jahr 1878 mit der Vollmacht des Berliner Vertrags unter osmanischer Oberherrschaft »besetzten« und dreißig Jahre danach offiziell annektierten. Ende des 19. Jahrhunderts war Bosnien ein dicht bewaldetes, gebirgiges Land, im Süden

eingerahmt von über 2000 Meter hohen Gipfeln und im Norden vom Tal der Save. Die Herzegowina hingegen bestand hauptsächlich aus wilden, verkarsteten Hochebenen, durchzogen von schnellen Wasserläufen und umschlossen von Gebirgsketten – ein überaus raues Gelände, das so gut wie keine Infrastruktur hatte. Die Rahmenbedingungen dieser beiden Balkanprovinzen unter Habsburgischer Herrschaft waren lange Zeit Gegenstand heftiger Diskussionen. Die jungen bosnisch-serbischen Terroristen, die im Sommer 1914 nach Sarajevo fuhren, um den österreichischen Thronerben zu ermorden, rechtfertigten ihre Aktionen mit der Unterdrückung ihrer Brüder in Bosnien und Herzegowina, und manche Historiker ließen ebenfalls durchblicken, die Österreicher seien selbst schuld daran, dass sie die bosnischen Serben durch eine Kombination aus Unterdrückung und Misswirtschaft Belgrad in die Arme getrieben hätten.

Aber stimmt das? In den ersten Jahren der Besetzung kam es verbreitet zu Protesten, vor allem gegen die Wehrpflicht. Doch das war nichts Neues – die Provinzen waren schon unter osmanischer Herrschaft unruhig gewesen. Außergewöhnlich war vielmehr die relative Ruhe von Mitte der achtziger Jahre an bis 1914.[231] Der Zustand der Bauernschaft nach 1878 war ein wunder Punkt. Die Österreicher beschlossen, das osmanische Besitzsystem der *agaluk* (Landgüter) nicht abzuschaffen, in dessen Strukturen rund 90000 bosnische Leibeigene oder *kmets* noch im Jahr 1914 arbeiteten. Einige Historiker haben diesen Umstand als Beweis für eine »Teile und herrsche«-Politik gewertet, mit dem Ziel, die überwiegend serbische Bauernschaft zu unterdrücken, während die Behörden sich bei den Kroaten und Muslimen in den Städten einschmeichelten. Aber das ist eine Projektion aus heutiger Sicht. Ein kultureller und institutioneller Konservatismus stützte die österreichische Herrschaft in den neuen Provinzen, nicht die Philosophie der Kolonialherrschaft. Eine »Politik der kleinen Schritte und Kontinuität« waren die Kennzeichen der österreichischen Herrschaft in allen Regionen Bosnien-Herzegowinas, wo traditionelle Institutionen existierten.[232] Wenn möglich wurden die aus der osmanischen Zeit überlieferten Gesetze und Einrichtungen angeglichen und korrigiert, nicht kurzerhand abgeschafft. Die Habsburger Verwaltung erleichterte jedoch die Emanzipation der leibeigenen

Bauern mit Hilfe einer Einmalzahlung. Bis zum Kriegsausbruch erkauften sich auf diese Weise über 40000 bosnische Leibeigene ihre Unabhängigkeit. Jedenfalls ging es den serbischen *kmets*, die noch am Vorabend des Krieges im alten Grundbesitzsystem lebten, gemessen am Standard der europäischen Bauern zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht besonders schlecht. Vermutlich waren sie wohlhabender als ihre Kollegen in Dalmatien oder Süditalien.

Die österreichische Verwaltung tat überdies viel, um die Produktivität der Landwirtschaft und Industrie in Bosnien-Herzegowina zu steigern. Man gründete Musterhöfe, auch einen Weinberg und eine Fischzucht, führte eine rudimentäre agrarwissenschaftliche Ausbildung für Dorfschullehrer ein und gründete in Ilidze sogar eine landwirtschaftliche Hochschule, zu einer Zeit, als im benachbarten Serbien keine vergleichbare Institution existierte. Wenn die Übernahme der neuen Methoden relativ langsam voranschritt, so lag dies eher am Widerstand der Bauernschaft gegen Innovationen als an der Nachlässigkeit der Österreicher. Außerdem setzte ein starker Zustrom an Investitionen ein. Ein Straßen- und Schienennetz entstand, darunter einige der besten Bergstraßen in Europa. Diese Infrastrukturprojekte dienten freilich zum Teil einem militärischen Zweck, aber es wurde in eine bunte Palette an Sektoren investiert: etwa den Bergbau, die Metallurgie, Forstwirtschaft und Chemieindustrie. Die Geschwindigkeit der Industrialisierung erreichte unter der Regierung von Graf Benjamin Kállay (1882–1903) ihren Höhepunkt; ein rasanter Anstieg der industriellen Produktion (durchschnittlich 12,4 Prozent jährlich von 1881 bis 1913) war die Folge, mit dem kein anderes Land auf dem Balkan mithalten konnte.[233] Kurzum, die Habsburgische Verwaltung behandelte die neuen Provinzen als Vorzeigeobjekt, dessen Sinn es war, »die Humanität und Effizienz der habsburgischen Herrschaft« unter Beweis zu stellen. Im Jahr 1914 hatte Bosnien-Herzegowina bereits ein Niveau erreicht, das durchaus vergleichbar war mit den übrigen Ländereien der Doppelmonarchie.[234]



Der größte Makel an der Leistung der österreichischen Verwaltung in Bosnien-Herzegowina waren die erschreckend hohe Zahl an Analphabeten und der schwache Schulbesuch, der noch niedriger als der in Serbien war.[235] Aber das war nicht etwa die Folge einer österreichischen Politik der Massenverdummung. Vielmehr bauten die Österreicher im Land Grundschulen (fast 200), ganz zu schweigen von drei Hochschulen, einem Lehrerausbildungsseminar und einem technischen Institut. Das war vielleicht nicht gerade der Griff nach den Sternen, aber von einer Vernachlässigung kann keine Rede sein. Das Problem bestand nicht zuletzt darin, die Bauern überhaupt dazu zu bringen, dass sie ihre Kinder auf die Schule schickten.[236]

Erst im Jahr 1909, nach der offiziellen Annektierung der Provinzen, wurde eine Schulpflicht für die Grundschule eingeführt.

Freilich war in Bosnien-Herzegowina nicht alles eitel Sonnenschein. Die österreichischen Behörden gingen hart gegen alles vor, das nur entfernt nach einer nationalen Agitation gegen das Reich roch, gelegentlich auch massiv und willkürlich. Im Jahr 1913 setzte Oskar Potiorek, der Militärgouverneur von Bosnien-Herzegowina, den größten Teil der bosnischen Verfassung von 1910 außer Kraft, verschärfte die staatlichen Kontrollen des Schulwesens, verbot den Vertrieb von Zeitungen aus Serbien und schloss viele bosnisch-serbische Kulturorganisationen. Allerdings geschah dies, sollte man fairerweise erwähnen, als Reaktion auf eine Eskalation der ultranationalistischen serbischen Aggressivität.[237] Ein weiterer Unruhefaktor war die politische Enttäuschung der Serben und Kroaten auf der anderen Seite der Grenze in Kroatien-Slawonien, und im Osten in der Vojvodina, die beide von Budapest aus nach dem restriktiven ungarischen Wahlrecht regiert wurden. Aber im Großen und Ganzen war es eine relativ gerechte und effiziente Verwaltung, die von einem pragmatischen Respekt für die diversen Traditionen der nationalen Gruppen in den Provinzen durchdrungen war. Theodore Roosevelt täuschte sich nicht allzu sehr, als er bei einem Besuch zweier hoher österreichischer Politiker im Weißen Haus im Juni 1904 feststellte, dass die Habsburger Monarchie verstanden habe, »wie man die verschiedenen Nationen und Religionen in diesem Land gleichwertig behandelt und wie man dadurch so großen Erfolg erzielt«. Er fügte, womöglich ein wenig unglücklich, hinzu, dass die US-Verwaltung auf den Philippinen seiner Meinung nach viel von dem österreichischen Vorbild lernen könne.[238] Auch Besucher im Land waren von der Unparteilichkeit des Habsburger Regimes beeindruckt: Es herrsche eine Stimmung des »gegenseitigen Respekts und der gegenseitigen Toleranz« unter den ethnisch-religiösen Gruppen, beobachtete ein amerikanischer Journalist im Jahr 1902; die Gerichte würden »klug und ehrenhaft geleitet«, und »jedem Bürger ließ man Gerechtigkeit widerfahren, unabhängig von seiner Religion oder sozialen Stellung«.[239]

Wer den Zustand und die Aussichten Österreich-Ungarns am Vorabend des

Ersten Weltkriegs bewerten will, sieht sich akut mit dem Problem der zeitlich bedingten Perspektive konfrontiert. Der Zusammenbruch des Reiches mitten im Krieg und nach der Niederlage von 1918 drückt unserem Blick auf die Habsburger Lande im Nachhinein seinen Stempel auf, sodass der Schauplatz von den bösen Omen eines unmittelbar bevorstehenden und unausweichlichen Niedergangs überschattet erscheint. Der tschechische Aktivist Edvard Beneš ist ein Paradebeispiel hierfür. Während des Ersten Weltkrieges wurde Beneš zum Organisator einer geheimen tschechischen Unabhängigkeitsbewegung; im Jahr 1918 zählte er zu den Gründungsvätern des neuen tschechoslowakischen Nationalstaats. Aber in einer Studie zum »Österreichischen Problem und der tschechischen Frage«, die 1908 veröffentlicht wurde, hatte er noch sein Vertrauen in die Zukunft des Habsburger Gemeinwesens zum Ausdruck gebracht. »Viele haben von der Auflösung Österreichs gesprochen. Ich glaube überhaupt nicht daran. Die historischen und wirtschaftlichen Bande, welche die österreichischen Nationen miteinander verbinden, sind zu stark, als dass dies passieren könnte.«[240] Ein besonders krasses Beispiel ist der ehemalige *Times*-Korrespondent (und spätere Chefredakteur) Henry Wickham Steed. Im Jahr 1954 erklärte Steed in einem Brief an die Literaturbeilage der *Times,* dass er im Jahr 1913, als er Österreich-Ungarn verließ, das Gefühl gehabt habe, »dass er einem dem Untergang geweihten Konstrukt entkommen« sei. Seine Worte bestätigten lediglich, was damals gemeinhin geglaubt wurde. Im Jahr 1913 hatte er die Lage jedoch noch anders beurteilt. Obwohl er offen unzählige Merkmale der österreichischen Herrschaft kritisierte, schrieb er in jenem Jahr, dass er in zehn Jahren »ständiger Beobachtung und Erfahrung« außerstande gewesen sei, »einen ausreichenden Grund« zu entdecken, weshalb die Habsburger Monarchie »nicht ihren rechtmäßigen Platz in der europäischen Gemeinschaft behalten sollte«. »Ihre inneren Krisen«, so schloss er, »sind häufig Krisen des Wachstums, und nicht Krisen des Niedergangs.«[241] Erst im Laufe des Ersten Weltkrieges entwickelte sich Steed zu einem Fürsprecher der Auflösung Österreich-Ungarns und zu einem glühenden Verfechter der Nachkriegsregelung in Mitteleuropa. Zur englischen Ausgabe der Memoiren des tschechischen Nationalisten Tomáš

Masaryk *The Making of a State* steuerte Steed ein Vorwort bei, in dem er erklärte, der Name »Österreich« sei gleichbedeutend mit »jedem Mittel, das die Seele eines Menschen töten, sie mit einer Spur materiellen Wohlstands korrumpieren, ihr die Gewissens- und Gedankenfreiheit rauben, die Robustheit zersetzen, die Standhaftigkeit entziehen und sie von dem Streben nach seinem Ideal abbringen kann«.[242]

Eine derartige Umkehrung der Vorzeichen konnte auch in der anderen Richtung erfolgen. Der ungarische Gelehrte Oszkár Jászi (einer der besten Kenner des Habsburger Reiches) war ein scharfer Kritiker des dualistischen Systems. Im Jahr 1929 beendete er eine ehrgeizige Studie der Auflösung der Monarchie mit der Beobachtung, dass »der Weltkrieg nicht die Ursache, sondern lediglich die endgültige Beseitigung des tiefen Hasses und Misstrauens der verschiedenen Nationen« gewesen sei.[243] Doch im Jahr 1949, nach einem weiteren Weltkrieg und einer verheerenden Phase der Diktatur und des Völkermords in seiner Heimat, schlug Jászi, der seit 1919 im amerikanischen Exil lebte, einen ganz anderen Ton an. In der alten Habsburger Monarchie, schrieb er, »war die Rechtsstaatlichkeit hinreichend sicher; die Freiheiten des Einzelnen wurden immer stärker anerkannt; politische Rechte kontinuierlich ausgeweitet; das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung zunehmend respektiert. Selbst die abgelegensten Winkel der Monarchie konnten die Vorzüge der Freizügigkeit der Menschen und Waren spüren.«[244] Während die Euphorie der nationalen Unabhängigkeit manche, die einst loyale Bürger des Habsburger Reiches gewesen waren, veranlasste, die alte Doppelmonarchie zu kritisieren, schwelgten andere wiederum, die vor 1914 heftige Kritiker gewesen waren, in nostalgischen Erinnerungen. Im Jahr 1939 fand der ungarische Schriftsteller Mihály Babits folgende Worte, als er über den Zusammenbruch der Monarchie nachdachte: »Wir bedauern jetzt den Verlust und weinen um die Rückkehr von etwas, das wir einst hassten. Wir sind unabhängig, aber statt uns zu freuen, können wir nur zittern.«[245]

Die Schachspieler

Nach dem Ausschluss der Österreicher aus Italien im Jahr 1859 und aus Deutschland im Jahr 1866 wurde die Balkanhalbinsel mangels Alternativen zum wichtigsten Brennpunkt der österreichisch-ungarischen Außenpolitik. Zu allem Unglück fiel diese Verengung der geopolitischen Optionen in eine Ära der wachsenden Instabilität auf dem gesamten Balkan. Das eigentliche Problem war die schwindende osmanische Autorität in Südosteuropa, sodass eine Spannungszone zwischen den beiden Großmächten mit strategischen Interessen in der Region entstand.[246] Sowohl Russland als auch Österreich-Ungarn fühlten sich historisch berufen, eine Hegemonie in jenen Territorien auszuüben, aus denen sich die Osmanen zurückzogen. Das Haus Habsburg übernahm traditionell immer schon die Rolle des Hüters von Europas östlichem Tor gegen die Türken. In Russland propagierte die Ideologie des Panslawismus eine natürliche Gemeinsamkeit der Interessen zwischen den aufstrebenden slawischen (vorwiegend orthodoxen) Nationen der Balkanhalbinsel und ihrer Schutzmacht in St. Petersburg. Der Rückzug des Osmanischen Reiches warf darüber hinaus die Frage nach der künftigen Kontrolle des Bosporus auf, für die russischen Entscheidungsträger eine überaus wichtige strategische Frage. Gleichzeitig traten ehrgeizige neue Balkanstaaten mit eigenen entgegengesetzten Interessen und Zielen auf den Plan. Auf diesem ganzen unsicheren Terrain manövrierten Österreich und Russland wie Schachspieler in der Hoffnung, mit jedem Zug den Vorteil des Gegners auszugleichen oder zu verringern.

Bis 1908 gewährleisteten Kooperation, Selbstbeschränkung und das Abstecken informeller Einflusssphären, dass die mit dieser Gemengelage verbundenen Gefahren eingedämmt wurden.[247] In dem neu aufgelegten Dreikaiserabkommen von 1881 zwischen Russland, Österreich-Ungarn und Deutschland verpflichtete sich Russland, die österreichisch-ungarische Besetzung Bosnien-Herzegowinas zu »respektieren«, die 1878 im Berliner Vertrag ausdrücklich gebilligt worden war. Außerdem vereinbarten die drei Signatarmächte, die jeweiligen »Interessen auf der Balkanhalbinsel zu berücksichtigen«.[248] Weitere österreichisch-russische Vereinbarungen in den Jahren 1897 und 1903 bestätigten die gemeinsame Verpflichtung, den Status quo auf dem Balkan zu erhalten.

Die politische Lage auf dem Balkan war jedoch so komplex, dass die Wahrung guter Beziehungen zur rivalisierenden Großmacht nicht ausreichte, um Ruhe und Sicherheit zu garantieren. Die kleineren Raubtiere der Halbinsel mussten ebenfalls zufriedengestellt und gezähmt werden. Und der wichtigste war aus Wiener Sicht das Königreich Serbien. Während der langen Herrschaft des austrophilen Milan Obrenović blieb Serbien ein zahmer Partner für die Wiener Pläne, das sich mit dem Anspruch des Reiches auf die regionale Hegemonie abgefunden hatte. Wien unterstützte seinerseits 1882 das Trachten Belgrads, den Status eines Königreichs zu erlangen, und versprach diplomatische Rückendeckung, falls sich Serbien nach Süden in das osmanische Makedonien ausdehnen wollte. Wie der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Gustav Kálnoky von Köröspatak seinem russischen Kollegen im Sommer 1883 mitteilte, waren gute Beziehungen zu Serbien der Schlüssel zur Balkanpolitik des Reiches.[249]

Obwohl König Milan von Serbien freundlich gesinnt war, konnte er auch ein anstrengender Partner sein. Im Jahr 1885 sorgte der König für einige Unruhe in Wien, als er vorschlug, abzudanken, seinen Sohn nach Österreich in die Schule zu schicken und es dem Habsburger Reich zu erlauben, sein Königreich zu annektieren. Die Österreicher wollten davon nichts wissen. Bei einer Begegnung in Wien wurde der entmutigte Monarch an seine königlichen Pflichten erinnert und nach Belgrad zurückgeschickt. Ein blühendes und unabhängiges Serbien passe besser in die österreichischen Pläne, erklärte Kálnoky seinem Regierungschef, als der Besitz einer unruhigen Provinz.[250] Am 14. November, nur vier Monate nachdem er scheinbar die Lust am Regieren verloren hatte, marschierte Milan jedoch plötzlich und unerwartet in das Nachbarland Bulgarien ein, ein Satellitenstaat Russlands. Der daraus entstehende Konflikt war rasch beendet, weil die serbische Armee ohne Probleme von den Bulgaren zurückgeworfen wurde, aber es waren hektische diplomatische Bemühungen nötig, um zu verhindern, dass dieser überraschende Vorstoß nicht die österreichisch-russische Entspannung störte.

Der Sohn erwies sich als noch unberechenbarer als sein Vater: Alexander rühmte sich großspurig der Rückendeckung Österreich-Ungarns für sein

Königreich und erklärte 1899 in aller Öffentlichkeit, dass »die Feinde Serbiens auch die Feinde Österreich-Ungarns« seien – ein Fauxpas, der in St. Petersburg Missfallen erregte und Wien in eine recht peinliche Lage brachte. Andererseits wusste Alexander auch die Vorzüge einer russophilen Politik zu schätzen: Im Jahr 1902, nach dem Tod des Königvaters Milan, warb König Alexander eifrig um russische Unterstützung; gegenüber einem Journalisten in St. Petersburg erklärte er sogar, die Habsburger Monarchie sei »der Erzfeind Serbiens«.[251] Folglich bedauerte in Wien kaum jemand den vorzeitigen Tod Alexanders, auch wenn die Politiker dort über die Grausamkeit, mit der er und sein Geschlecht ausgerottet wurden, ebenso schockiert waren wie alle anderen.

Erst nach und nach wurde den Österreichern klar, dass der Königsmord im Juni 1903 einen realen Bruch markierte. Das Wiener Außenministerium beeilte sich, zu dem Usurpatoren Peter Karadjordjević gute Beziehungen zu knüpfen, den es optimistisch als seinem Charakter nach austrophil einstufte. Österreich-Ungarn erkannte als erster ausländischer Staat förmlich das neue serbische Regime an. Doch es zeigte sich schon bald, dass es für eine harmonische Beziehung zwischen den beiden Nachbarn keine Basis mehr gab. Die Leitung der serbischen Politik ging in die Hände von Männern über, die kein Hehl aus ihrer Feindschaft gegen die Doppelmonarchie machten, und die Politiker in Wien verfolgten mit wachsender Sorge die nationalistischen Erwartungen der Belgrader Presse, der die Regierung nunmehr freie Hand ließ. Im September 1903 berichtete Konstantin Dumba, der österreichische Gesandte in Belgrad, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern so schlecht wie nur irgend möglich seien. Wien zeigte sich auf einmal entrüstet über den Königsmord und schloss sich den Briten an, die Sanktionen gegen den Hof von Karadjordjević verhängten. In der Hoffnung, von der Lockerung des österreichisch-serbischen Bandes zu profitieren, sprangen die Russen in die Bresche und versicherten der Belgrader Regierung, dass Serbiens Zukunft im Westen, an der Adriaküste, liege. Sie drängten die Serben, ihren langjährigen Handelsvertrag mit Wien nicht zu verlängern.[252]

Ende 1905 entdeckte Wien, dass Serbien und Bulgarien eine »geheime« Zollunion vereinbart hatten. Aus den Spannungen wurde ein offener Konflikt.

Wien forderte zunächst Anfang 1906, Belgrad solle den Unionsvertrag widerrufen. Dies erwies sich als kontraproduktiv und führte unter anderem dazu, dass die Union mit Bulgarien, die bis dahin den meisten Serben relativ gleichgültig gewesen war, mit einem Mal (zumindest zeitweilig) zum Fetisch serbisch-nationaler Agitation wurde.[253] In groben Zügen wird die Krise von 1906 bereits in Kapitel 1 geschildert, aber ein Punkt sollte nicht vergessen werden, nämlich dass den Politikern in Wien weniger die vernachlässigbare kommerzielle Bedeutung der Union mit Belgrad Kopfzerbrechen bereitete, sondern vielmehr die politische Logik, die sich dahinter verbarg. Was wäre, wenn die serbisch-bulgarische Zollunion nur der erste Schritt in Richtung einer »Liga« der Balkanstaaten wäre, die allesamt Österreich-Ungarn feindlich gesinnt und empfänglich für die Einflüsterungen aus St. Petersburg wären?

Es ist einfach, dies als österreichische Paranoia abzutun, aber in Wirklichkeit hatten die Entscheidungsträger in Wien nicht ganz Unrecht: Das serbisch-bulgarische Zollabkommen war tatsächlich die *dritte* einer Reihe geheimer Absprachen zwischen Serbien und Bulgarien, von denen schon die ersten beiden eindeutig gegen Österreich ausgerichtet waren. Ein Freundschaftsvertrag und ein Bündnisvertrag waren am 12. Mai 1904 unter strengster Geheimhaltung in Belgrad unterzeichnet worden. Dumba hatte sein Bestes getan, um herauszufinden, was zwischen den bulgarischen Delegierten in der Stadt und ihren serbischen Gesprächspartnern vorging, aber auch wenn sein Verdacht geweckt worden war, gelang es ihm nicht, sich Einblick in die streng geheimen Verhandlungen zu verschaffen. Wiens Befürchtung, dass Russland die Finger im Spiel hatte, war nur allzu begründet, wie sich zeigen sollte. St. Petersburg arbeitete tatsächlich, ungeachtet der österreichisch-russischen Entspannung und der gewaltigen Belastung durch einen verheerenden Krieg gegen Japan, auf die Gründung eines Balkanbundes hin. Eine Schlüsselfigur bei den Verhandlungen war der bulgarische Diplomat Dimitar Risow, ein ehemaliger Agent der russischen Asienabteilung. Am 15. September 1904, um elf Uhr vormittags, wurden den russischen Botschaftern in Belgrad und Sofia zeitgleich (und geheim) von den serbischen beziehungsweise bulgarischen Außenministern Kopien des serbisch-

bulgarischen Bündnisvertrags vorgelegt.[254]

Die immer engere Verflechtung außen- und innenpolitischer Themen belastete die österreichisch-ungarische Balkanpolitik.[255] Aus naheliegenden Gründen war die Wahrscheinlichkeit besonders groß, dass sich Innen- und Außenpolitik im Fall jener Minderheiten berührten, für die ein unabhängiges »Vaterland« außerhalb der Grenzen des Reiches existierte. Die Tschechen, Slowenen, Polen, Slowaken und Kroaten der Habsburger Territorien besaßen keinen externen Nationalstaat, die drei Millionen Rumänen im Herzogtum Transsylvanien hingegen schon. Wegen der Klauseln der Doppelmonarchie konnte Wien kaum etwas unternehmen, um zu verhindern, dass die repressive ungarische Kulturpolitik das benachbarte Königreich Rumänien verärgerte – einen politischen Partner von hohem strategischem Wert in der Region. Es gelang jedoch, zumindest um 1910, die österreichisch-rumänischen Beziehungen von dem Einfluss innerer Spannungen zu isolieren, in erster Linie weil die rumänische Regierung, ein Bündnispartner Österreichs und Deutschlands, keine Anstrengungen unternahm, ethnische Unruhen in Transsylvanien zu schüren oder auszunutzen.

Das konnte man jedoch nicht von den Serben und dem Königreich Serbien nach 1903 sagen. Etwas mehr als vierzig Prozent der Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas waren Serben, und es gab große Gebiete serbischer Besiedlung in der Vojvodina in Südungarn sowie kleinere Gebiete in Kroatien-Slawonien. Nach dem Königsmord von 1903 forcierte Belgrad die irredentistische Tätigkeit innerhalb des Reiches und konzentrierte sich dabei in erster Linie auf Bosnien-Herzegowina. Im Februar 1906 fasste der österreichische Militärattaché in Belgrad Pomiankowski das Problem in einem Brief an den Generalstab zusammen. Es sei sicher, erläuterte Pomiankowski, dass Serbien im Fall eines künftigen militärischen Konflikts zu den Feinden des Reiches zählen werde. Das Problem sei weniger die Haltung der Regierung an sich, sondern die ultranationalistische Ausrichtung der politischen Kultur insgesamt: »Selbst wenn eine vernünftige Regierung am Ruder wäre«, warnte er, »würde sie kaum im Stande sein, die gegenwärtig noch allmächtigen, radicalen [sic!] Chauvinisten vor einem Abenteuer zurückzuhalten.« Noch gefährlicher als diese »offene

Gegnerschaft Serbiens und seiner miserablen Armee« sei jedoch »die politische Minierarbeit der Radicalen im Frieden, welche den Geist unserer südslawischen Bevölkerung systematisch vergiftet und unserer Armee im Ernstfalle schwere Verlegenheiten bereiten kann.«[256]

Der »chauvinistische« Irredentismus des serbischen Staates, oder genauer der einflussreichsten politischen Kräfte, nahm somit in den Wiener Einschätzungen der Beziehung zu Belgrad eine zentrale Stellung ein. Die offiziellen Instruktionen, die Außenminister Graf Alois von Aehrenthal im Sommer 1907 für den neuen österreichischen Gesandten in Serbien zusammenstellte, vermitteln einen Eindruck davon, wie sehr sich die Beziehungen seit dem Königsmord verschlechtert hatten. Unter König Milan sei die serbische Krone, erinnerte sich Aehrenthal, stark genug gewesen, gegen jede »offenkundige, bosnische Agitation« vorzugehen, aber seit den Ereignissen vom Juli 1903 habe sich alles verändert. Nicht allein sei König Peter zu schwach, um sich den Kräften des chauvinistischen Nationalismus entgegenzustellen, sondern er habe vielmehr selbst angefangen, die nationale Bewegung zu benutzen, um seine Stellung zu konsolidieren. Eine der »hauptsächlichsten Aufgaben« des neuen österreichischen Gesandten in Belgrad werde es deshalb sein, die Aktivität der serbischen Nationalisten genau zu beobachten und zu analysieren. Sobald sich die Gelegenheit biete, solle der Gesandte König Peter und Regierungschef Pašić davon in Kenntnis setzen, dass er über das Ausmaß und den Charakter der panserbischen nationalistischen Tätigkeit voll im Bilde sei; die führenden Kräfte in Belgrad sollten durchaus wissen, dass Österreich-Ungarn die Besetzung Bosnien-Herzegowinas als »definitiv« betrachte. Vor allen Dingen solle der Gesandte sich nicht mit den üblichen offiziellen Dementis zufrieden geben:

> Es ist vorauszusehen, dass man Ihnen auf Ihre wohlgemeinten Warnungen nach dem bekannten Cliché antworten werde, das die serbischen Staatsmänner immer bereit haben, wenn man ihnen ihre lichtscheuen Machenschaften in Bezug auf die besetzten Provinzen vorhält: »die serbische Regierung bestrebe sich eines einwandfreien und korrekten Verhaltens, sie sei aber außerstande, das nationale Empfinden, das nach

Betätigung dränge, zurück zu dämmen, etc. etc.«[257]

Aehrenthals offizielle Instruktion vermittelt die auffälligsten Merkmale der Wiener Haltung gegenüber Belgrad: ein Glaube an die urwüchsige Kraft des serbischen Nationalismus, ein intuitives Misstrauen gegen die Staatsmänner an der Spitze und eine tiefe Angst bezüglich der Zukunft Bosniens, überdeckt von einer Pose hochnäsiger und unantastbarer Überlegenheit.

Somit war die Bühne bereit für die Annexion Bosnien-Herzegowinas im Jahr 1908. Es hatte nie ein Zweifel daran bestanden, und zwar weder in Österreich noch in den Kanzleien der anderen Großmächte, dass Wien die Besetzung von 1878 als dauerhaft ansah. In einem geheimen Artikel des erneuerten Dreikaiserabkommens von 1881 hatte sich Österreich-Ungarn ausdrücklich »das Recht vorbehalten, diese beiden Provinzen zu einem Zeitpunkt zu annektieren, der ihm opportun erscheint«. Dieser Anspruch wurde bei österreichisch-russischen diplomatischen Vereinbarungen immer wieder unterstrichen. Grundsätzlich wurde er von Russland auch gar nicht in Frage gestellt, auch wenn sich St. Petersburg das Recht vorbehielt, Bedingungen vorzugeben, wann der Moment für eine solche Änderung des Status gekommen war. Die Vorteile einer offiziellen Annexion für Österreich-Ungarn lagen auf der Hand. Jegliche Zweifel an der Zukunft der Provinzen wären damit aus der Welt geschafft – hier drängte die Zeit, denn der auf dem Berliner Kongress vereinbarte Besetzungsstatus lief im Jahr 1908 aus. Ferner würde der Schritt es ermöglichen, Bosnien-Herzegowina stärker in das politische Gerüst des Reiches zu integrieren, etwa durch die Bildung eines Landtages in der Provinz. Ein stabileres Umfeld für Binneninvestitionen würde entstehen. Und noch wichtiger: Die Annexion würde Belgrad (und den Serben in Bosnien-Herzegowina) signalisieren, dass Österreich-Ungarn auf Dauer dieses Land besitzen werde, und somit, zumindest in der Theorie, jeden Anreiz für weitere Agitation beseitigen.

Aehrenthal, der im November 1906 das Amt des Außenministers übernahm, hatte auch andere Gründe, die Angelegenheit zu beschleunigen. Bis um die Jahrhundertwende war er ein überzeugter Anhänger des dualistischen Systems gewesen. Doch sein Vertrauen in den Ausgleich wurde im Jahr 1905

durch die erbitterten Grabenkämpfe zwischen den österreichischen und ungarischen politischen Eliten um die Leitung der gemeinsamen Streitkräfte erschüttert. Im Jahr 1907 befürwortete er bereits eine Dreiparteienlösung für die Probleme der Monarchie: Die beiden dominierenden Machtzentren innerhalb der Monarchie sollten um eine dritte Einheit ergänzt werden, der alle Südslawen (in erster Linie Kroaten, Slowenen und Serben) angehörten. Dieses Programm hatte unter den südslawischen Eliten viele Anhänger, vor allem unter den Kroaten, denen es überhaupt nicht gefiel, dass sie unter Cisleithanien, dem Königreich Ungarn und der von Budapest aus verwalteten Provinz Kroatien-Slawonien aufgeteilt waren. Nur wenn Bosnien-Herzegowina voll annektiert war, war es möglich, die Provinzen später in die Struktur einer reformierten trialistischen Monarchie einzugliedern. Und dieser Schritt würde wiederum, so hoffte Aehrenthal inbrünstig, ein inneres Gegengewicht gegen die irredentistische Tätigkeit Belgrads bilden. Statt eines »Piemonts« der Südslawen auf dem Balkan würde Serbien zum abgetrennten Glied eines riesigen, kroatisch dominierten südslawischen Gemeinwesens innerhalb des Habsburger Reiches.[258]

Das entscheidende Argument für eine Annexion lieferte die jungtürkische Revolution, die im Sommer 1908 im osmanischen Makedonien ausbrach. Die Jungtürken zwangen den Sultan in Konstantinopel, eine Verfassung auszurufen und ein Parlament zu gründen. Sie hatten die Absicht, das osmanische Herrschaftssystem einer radikalen Reform zu unterziehen. Es kursierten Gerüchte, dass die türkische Führung in Kürze allgemeine Wahlen im ganzen Osmanischen Reich abhalten werde, einschließlich der von Österreich-Ungarn besetzten Gebiete, die gegenwärtig kein eigenes repräsentatives Organ hatten. Was wäre, wenn die neue türkische Regierung mit der durch die Revolution gestärkten Legitimierung und neuem Selbstvertrauen die Rückgabe des verlorenen westlichen Randgebietes forderte und die Bewohner mit dem Versprechen einer Verfassungsreform lockte?[259] In Bosnien bildete sich in der Hoffnung, sich diese Unwägbarkeiten zunutze zu machen, eine opportunistische muslimisch-serbische Koalition heraus, die eine Autonomie unter türkischer Oberherrschaft anstrebte.[260] Nunmehr bestand die Gefahr, dass sich eine

Allianz mehrerer Nationalitäten innerhalb der Provinz mit den Türken zusammenschloss, um die Österreicher zu vertreiben.

Um dem zuvorzukommen, bereitete Aehrenthal in aller Eile die Annexion vor. Den Osmanen wurde die nominelle Oberherrschaft mit einer stattlichen Entschädigung abgekauft. Wichtiger waren die Russen, von deren Stillhalten das ganze Unterfangen abhing. Aehrenthal wusste wohl, wie wichtig gute Beziehungen zu Russland waren. Als österreichischer Botschafter in St. Petersburg in den Jahren 1899 bis 1906 hatte er maßgeblich Anteil an der österreichisch-russischen Annäherung gehabt. Es war kein Problem, die Zustimmung des russischen Außenministers Alexander Iswolski zu erlangen. Die Russen hatten keine Einwände gegen eine Formalisierung des Status von Österreich-Ungarn in Bosnien-Herzegowina, vorausgesetzt, St. Petersburg bekam etwas als Gegenleistung. In der Tat schlug Iswolski mit der Unterstützung des Zaren Nikolaus II. vor, die Annexion Bosnien-Herzegowinas gegen die österreichische Unterstützung eines erleichterten russischen Zugangs zu den türkischen Meerengen einzutauschen. Am 16. September 1908 einigten sich Iswolski und Aehrenthal in Schloss Buchlau, dem mährischen Landsitz des österreichisch-ungarischen Botschafters in St. Petersburg Leopold Graf Berchtold, auf die genauen Bestimmungen der Absprache. In gewisser Weise ging somit die Annexion von 1908 aus dem Geist des österreichisch-russischen Balkanbündnisses hervor. Überdies bestand eine treffliche Übereinstimmung bei dem Austausch, weil Iswolski und Aehrenthal im Wesentlichen genau dasselbe wollten: Vorteile, die über Geheimverhandlungen auf Kosten des Osmanischen Reiches und gegen den Berliner Vertrag erzielt wurden.[261]

Trotz dieser Vorbereitungen löste Aehrenthal mit der Bekanntgabe der Annexion am 5. Oktober 1908 eine schwere Krise in Europa aus. Iswolski dementierte, dass er sich zuvor mit Aehrenthal geeinigt habe. In der Folge bestritt er sogar, dass er im Voraus über Aehrenthals Absichten informiert worden sei, und forderte, eine internationale Konferenz einzuberufen, um den Status von Bosnien-Herzegowina zu klären.[262] Die daraus hervorgehende Krise zog sich monatelang hin, während Serbien, Russland und Österreich nacheinander mobil machten und Aehrenthal unablässig Iswolskis Forderung

einer Konferenz auswich, die in den in Buchlau vereinbarten Bestimmungen nicht vorgesehen war. Die Angelegenheit wurde erst durch die Demarche an St. Petersburg vom 21. März 1909 aus der Welt geschafft, in der die Deutschen die Russen ermahnten, endlich die Annexion anzuerkennen, und die Serben ebenfalls unter Druck setzten. Falls sie sich weiter weigerten, warnte Kanzler Bülow, würden die Dinge ihren Lauf nehmen. Diese Formulierung deutete nicht nur die Möglichkeit eines österreichischen Krieges gegen Serbien an, sondern noch wichtiger die Möglichkeit, dass die Deutschen die Dokumente veröffentlichten, die Iswolskis Komplizenschaft beim ursprünglichen Deal um die Annexion bewiesen. Iswolski machte sofort einen Rückzieher.

Aehrenthal wird traditionell die Hauptschuld an der Annexionskrise in die Schuhe geschoben. Aber ist das gerecht? Freilich mangelte es den Manövern des österreichischen Außenministers an diplomatischer Transparenz. Er entschloss sich dazu, mit den Instrumenten der alten Diplomatie zu arbeiten, und setzte auf vertrauliche Treffen, den Austausch von Zusagen und geheimen bilateralen Vereinbarungen, statt zu versuchen, die Annexionsfrage über eine internationale Konferenz mit allen Signatarmächten des Berliner Vertrags zu lösen. Diese Vorliebe für heimliche Absprachen erleichterte es Iswolski zu behaupten, er, und damit Russland, sei von dem »aalglatten« österreichischen Minister hinters Licht geführt worden. Dabei deutet alles darauf hin, dass die Krise nur deshalb diesen Verlauf nahm, weil Iswolski in geradezu ungeheuerlichem Ausmaß log, um seinen Posten und seinen Ruf zu retten. Dem russischen Außenminister waren zwei schwerwiegende Fehleinschätzungen unterlaufen: Erstens hatte er angenommen, dass London seine Forderung einer Öffnung der türkischen Meerengen für russische Kriegsschiffe unterstützen würde. Und er hatte zweitens die Wirkung der Annexion auf die russische nationalistische Meinung eklatant unterschätzt. Nach einer Darstellung war er anfangs absolut ruhig, als ihn die Meldung von der Annexion am 8. Oktober 1908 in Paris erreichte. Erst während seines Aufenthalts in London, ein paar Tage danach, als sich die Briten als unkooperativ erwiesen und er von den Pressereaktionen in St. Petersburg hörte, erkannte er seinen Fehler, geriet in Panik und fing an, sich selbst als

Aehrenthals Opfer zu präsentieren.[263]

Ob Aehrenthals Politik nun gut oder schlecht war, die Krise um die Annexion war ein Wendepunkt in der Geopolitik auf dem Balkan. Sie machte den letzten Rest der österreichisch-russischen Bereitschaft zunichte, bei der Lösung der Balkanprobleme zusammenzuarbeiten. Von diesem Moment an sollte es weit schwieriger werden, die negativen Strömungen einzudämmen, die durch die Konflikte unter den Balkanstaaten aufkamen. Darüber hinaus schuf sie eine Distanz zu Österreichs Nachbarn und Bündnispartner: dem Königreich Italien. Seit langem hatte es bereits latente Spannungen zwischen den beiden Staaten gegeben (Rechte italienischer Minderheiten in Dalmatien und Kroatien-Slawonien und machtpolitische Rivalität in der Adria waren die Hauptzankäpfel), doch die Annexionskrise löste Rufe nach einer Kompensation für Italien aus und schürte die italienischen Ressentiments in einer bislang unbekannten Intensität. In den letzten Jahren vor Kriegsausbruch fiel es immer schwerer, italienische und österreichische Ziele an der Adriaküste der Balkanhalbinsel miteinander in Einklang zu bringen.[264] Die Deutschen wollten sich anfangs in der Annexionsfrage nicht festlegen, rafften sich jedoch schon bald zu einer tatkräftigen Unterstützung Österreich-Ungarns auf, und auch dies war eine ambivalente Entwicklung. Sie hatte zwar den gewünschten Effekt, dass die russische Regierung davon abgebracht wurde, noch mehr Kapital aus der Annexionskrise schlagen zu wollen, aber langfristig verstärkte dies sowohl in St. Petersburg als auch in London den Eindruck, Österreich sei ein Satellitenstaat Berlins – eine Wahrnehmung, die in der Krise von 1914 eine gefährliche Rolle spielen sollte.

In Russland zeigte die Krise eine besonders tiefgreifende und dauerhafte Wirkung. Die Niederlage im Krieg gegen Japan von 1904 /05 hatte Hoffnungen auf eine Expansion im Fernen Osten für die absehbare Zukunft zunichtegemacht. Das britisch-russische Abkommen, das Iswolski und der britische Botschafter Sir Arthur Nicolson am 31. August 1907 unterzeichneten, hatte die Grenzen des russischen Einflusses in Persien, Afghanistan und Tibet festgelegt. Der Balkan blieb (zumindest im Moment) die einzige Region, in der Russland immer noch eine Politik mit dem Ziel

verfolgen konnte, seinen Machtbereich auszudehnen.[265] Man betonte auf zunehmend emotionale Weise Russlands Status als Schutzmacht der kleineren slawischen Völker, während die wichtigsten Entscheidungsträger dabei vor allem den Zugang zu den türkischen Meerengen im Hinterkopf hatten. Von Iswolski in die Irre geführt und von den chauvinistischen öffentlichen Äußerungen aufgeputscht, werteten die russische Regierung ebenso wie die Öffentlichkeit die Annexion als einen brutalen Verrat des Einvernehmens zwischen den beiden Mächten, eine unverzeihliche Demütigung und eine inakzeptable Provokation in einer vitalen Interessenssphäre. In den Jahren nach der Bosnienkrise legten die Russen ein so umfangreiches militärisches Investitionsprogramm auf, dass es ein europäisches Wettrüsten einleitete.[266] Darüber hinaus gab es Anzeichen für ein tieferes russisches politisches Engagement in Serbien. Im Herbst 1909 berief das russische Außenministerium Nikolai Hartwig, einen »glühenden Fanatiker in der alten slawophilen Tradition«, in die russische Botschaft in Belgrad. Sobald Hartwig, ein tatkräftiger und intelligenter Gesandter, im Amt war, setzte er alles daran, Belgrad zu einer aggressiveren Einstellung gegen Wien zu bewegen. Tatsächlich drängte er in dieser Richtung so sehr, dass er gelegentlich sogar die Instruktionen seiner Vorgesetzten in St. Petersburg umging.[267]

Lug und Trug

Die Annexionskrise vergiftete noch stärker das Klima zwischen Wien und Belgrad. Wie so oft, wurde die Situation durch die politischen Bedingungen innerhalb der Doppelmonarchie verschärft. Mehrere Jahre lang hatten die österreichisch-ungarischen Behörden die Aktivität der serbokroatischen Koalition beobachtet, einer politischen Fraktion, die sich innerhalb des kroatischen Landtags in Agram (heute Zagreb), der Hauptstadt des von Ungarn regierten Kroatien-Slawonien, 1905 gebildet hatte. Nach den Landtagswahlen von 1906 sicherte sich die Koalition die Kontrolle über die Verwaltung in Agram, übernahm eine »südslawische« Agenda, die einen engeren Zusammenschluss der südslawischen Völker innerhalb des Reiches

anstrebte, und lieferte sich mit den ungarischen Behörden erbitterte Auseinandersetzungen um so heikle Fragen wie die Forderung, dass alle staatlichen Eisenbahnbediensteten Ungarisch sprechen müssen. An dieser Konstellation im Landtag war eigentlich nichts Ungewöhnliches; die Österreicher hatten allerdings den Verdacht, dass einige oder alle Abgeordneten der Koalition möglicherweise als eine fünfte Kolonne für Belgrad arbeiteten.[268]

Während der Krise von 1908/09 grenzten diese Ahnungen bereits an Paranoia. Im März 1909, gerade als Russland von seinem Konfrontationskurs in Sachen Bosnien abrückte, leitete die Habsburger Regierung ein erstaunlich ungeschicktes juristisches Verfahren gegen die serbokroatische Koalition ein und beschuldigte 53 hauptsächlich serbische Aktivisten des Hochverrats, weil sie sich angeblich verschworen hatten, die südslawischen Territorien aus Österreich-Ungarn herauszulösen und Serbien anzugliedern. Um die gleiche Zeit veröffentlichte der in Wien lebende Historiker und Schriftsteller Doktor Heinrich Friedjung einen Artikel in der *Neuen Freien Presse,* in dem er drei prominenten Politikern der Koalition vorwarf, sie hätten von Belgrad Gelder als Lohn für konspirative Tätigkeit im Namen des serbischen Königreichs erhalten. Friedjung behauptete, er habe vertrauliche amtliche Dokumente eingesehen, welche diese Vorwürfe unwiderlegbar bewiesen.

Der Hochverratsprozess in Agram zog sich vom 3. März bis zum 5. November 1909 und wurde schon bald zu einem vollständigen PR-Fiasko für die Regierung. Das Gericht hörte 276 Zeugen für die Anklage an, aber keinen einzigen, den die Verteidigung berufen hatte. Alle 31 in Agram ausgesprochenen Schuldsprüche wurden in der Folge vom Berufungsgericht in Wien kassiert. Zur gleichen Zeit enthüllte eine Kette von Verleumdungsklagen gegen Friedjung und den Chefredakteur der *Reichspost,* die seine Behauptungen nachgedruckt hatte, weitere peinliche Manipulationen. Die »vertraulichen Dokumente«, auf die der brave Historiker seine Anklagen gestützt hatte, entpuppten sich als Fälschungen, die ein zwielichtiger serbischer Doppelagent der österreichischen Gesandtschaft in Belgrad zugespielt hatte. Das Außenministerium in Wien hatte sie wiederum Friedjung zur Verfügung gestellt. Der unglückliche

Friedjung, dessen tadelloser Ruf als Historiker schmählich missbraucht worden war, entschuldigte sich und zog sämtliche Vorwürfe zurück. Aber der unermüdliche tschechische nationale Aktivist und Anwalt der Angeklagten Tomáš Masaryk ging der Angelegenheit bis zur höchsten Ebene nach, suchte überall (auch in Belgrad) nach neuen Hinweisen und erklärte auf verschiedenen öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, dass der österreichische Botschafter in Belgrad die Fälschungen wissentlich im Namen des Grafen Aehrenthal beschafft habe.[269]

Es ist höchst unwahrscheinlich, dass die Behörden in Wien von Anfang an wussten, dass die Dokumente nicht authentisch waren. Eine Paranoia hatte vermutlich die Leichtgläubigkeit gefördert; die Österreicher neigten dazu, das zu glauben, was sie am meisten fürchteten. Aber die Prozesse von Agram und gegen Friedjung belasteten dauerhaft die Beziehungen zwischen Wien und Belgrad. Besonders merkwürdig war die Tatsache, dass sich der Skandal schon bald auf den österreichischen Gesandten in Serbien Graf Johann Forgách von Ghymes und Gács konzentrierte, mit weitreichenden Konsequenzen für die diplomatische Beziehung zwischen den beiden Ländern. In den Jahren 1910 und 1911 brachte Masaryks Kampagne fortlaufend neue peinliche »Enthüllungen« der österreichischen Heimtücke ans Licht (von denen nicht alle der Wahrheit entsprachen). Die serbische Presse jubelte vor Freude und forderte lautstark die Abberufung Forgáchs aus Belgrad.[270] Aber Forgách, der schon längst jede Freude an seiner Stellung verloren hatte, wies energisch (und vermutlich zu Recht) sämtliche Vorwürfe zurück; Aehrenthal wiederum, der selbst heftig angegriffen wurde, sah sich außerstande, den umstrittenen Gesandten abzuberufen, solange dies als ein Eingeständnis Wiens gewertet werden könnte, dass die österreichischen Behörden bewusst die Öffentlichkeit getäuscht hätten. »Die Situation ist für mich keine Angenehme«, schrieb Forgách im November 1910 in einem privaten Brief an den Leiter des Auswärtigen Amtes in Wien, »aber ich werde – wie schon so manches – die Belgrader Zeitungsstürme ruhig übertaugen können, falls sich die Regierung halbwegs anständig benimmt.«[271]

Was Forgách besonders aufbrachte, war die unablässige Beteiligung hoher

serbischer Regierungsvertreter – an erster Stelle der Leiter des serbischen Auswärtigen Amtes Miroslav Spalajković – an der Kampagne, um ihn zu diskreditieren. Spalajković verschaffte Masaryk Beweismaterial gegen die österreichische Regierung; er wurde in den Prozessen gegen Friedjung sogar im Namen der serbokroatischen Koalition als Experte in den Zeugenstand gerufen. Nachdem er dazu beigetragen hatte, die Glaubwürdigkeit der gefälschten Dokumente zu untergraben, ging er noch einen Schritt weiter und behauptete, Forgách habe sie *absichtlich* vorgelegt, in der Hoffnung, Vorwürfe gegen die serbokroatische Koalition erheben zu können. Im Winter 1910/11 meldete der holländische Gesandte in Belgrad Vredenburch, dass Spalajković in diplomatischen Kreisen unablässig Gerüchte gegen den österreichischen Vertreter in die Welt setze.[272] Doch damit nicht genug: Spalajković und seine Frau wurden ständig in Gesellschaft Hartwigs gesehen, des neuen russischen Gesandten; ja es wurde gemunkelt, das Paar lebe praktisch in der russischen Gesandtschaft.[273] Forgách entwickelte einen unheilvollen Wahn gegen den Mann, den er »unseren Todfeind« nannte; ein schroffer Briefwechsel zwischen dem Gesandten und dem Regierungsvertreter vergiftete das Verhältnis zwischen den beiden noch mehr. Im April 1911 wies Forgách dann das gesamte Personal der österreichischen Gesandtschaft in Belgrad an, jeden Kontakt zu Spalajković zu vermeiden. »Übrigens ist der stets übergespannte Mann«, teilte er Aehrenthal mit, »in mancher Hinsicht nicht ganz zurechnungsfähig. Sein Hass gegen die [österreichisch-ungarische] Monarchie hat sich seit der Annexion beinahe zu einer Geisteskrankheit entwickelt.«[274]

Forgáchs Stellung in Belgrad war inzwischen unhaltbar geworden, im Sommer 1911 wurde er abberufen. Doch der Skandal um die Agram-Friedjung-Prozesse und sein Nachspiel in der serbischen Hauptstadt dürfen nicht vergessen werden, weil Personen daran beteiligt waren, die bei den Ereignissen von 1914 eine wichtige Rolle spielen sollten. Miroslav Spalajković war ein sehr hoher außenpolitischer Regierungsvertreter mit einem langjährigen Interesse an Bosnien-Herzegowina: Seine Frau war Bosnierin, und er hatte schon 1897 an der Pariser Universität in seiner Doktorarbeit die These aufgestellt, dass eine Annexion der beiden Provinzen

durch Österreich-Ungarn, weil sie autonome rechtliche Einheiten unter osmanischer Oberherrschaft geblieben seien, niemals rechtmäßig sein könne.[275] Anschließend diente er als serbischer Gesandter in Sofia, wo er (im Einvernehmen mit den Russen) eine wichtige Rolle beim Schmieden der serbisch-bulgarischen Allianz im Zentrum des Balkanbundes spielte, der im Jahr 1912 den Ersten Balkankrieg begann. Während seiner Amtszeit in Sofia blieb er Nikolai Hartwigs engster Freund und besuchte ihn »bis zu zwanzig Mal im Monat« in Belgrad.[276] Dann wurde er an die noch wichtigere Gesandtschaft in St. Petersburg versetzt. Während der Julikrise von 1914 sollte er hier die Aufgabe haben, für die serbische Regierung in Belgrad die Intentionen des Zaren und seiner Minister zu deuten. Forgách wiederum verließ seinen Posten als erklärter Serbenfeind. Er gehörte weiterhin zu einer ganzen Reihe von Regierungsvertretern, die nach dem plötzlichen Tod Aehrenthals an Leukämie im Jahr 1912 die österreichisch-ungarische Außenpolitik gestalteten.[277] Ebenso wenig darf die tiefe persönliche Feindseligkeit zwischen Iswolski und Aehrenthal, die von der Wiener Presse im Nachspiel der Bosnienkrise ganz richtig als ein Hindernis für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland erkannt wurde, vergessen werden.[278] Ein merkwürdiges Kennzeichen der Julikrise von 1914 ist der Umstand, dass so viele Schlüsselakteure sich schon seit langem kannten. Unter der Oberfläche unzähliger wichtiger Verhandlungen und Transaktionen lauerten persönliche Antipathien und unvergessene Kränkungen.

Das serbische Problem war keine Angelegenheit, die die Österreicher isoliert lösen konnten. Es war eingebettet in ein ganzes Bündel miteinander verflochtener Fragen. Zunächst war hier die dringende Frage der Beziehung Serbiens zu Russland zu nennen, die nach der Annexionskrise enger war als zuvor. Wien hegte ein tiefes Misstrauen gegen den russischen Gesandten Hartwig, dessen Austrophobie, Panslawismus und wachsender Einfluss in Belgrad für die Zukunft Böses ahnen ließen. Hartwig sei, berichtete der französische Gesandte in Sofia, »der Archetypus eines wahren Muschiks«, ein Verfechter der »alten russischen Türkenpolitik«, der bereit war, »den

Fernen Osten für den Balkan zu opfern«.[279] Hartwig pflegte eine außerordentlich enge Beziehung zu Regierungschef Nikola Pašić. Die beiden Männer trafen sich fast täglich: »Euer Bart berät sich mit unserem Bart«, pflegten die Vertreter des serbischen Außenministeriums gegenüber den unteren Diplomaten der russischen Gesandtschaft zu sagen. »Kein Mensch«, kommentierte ein russischer Botschaftsangestellter, »glaubte, dass hinsichtlich der politischen Ziele, die [Russland und Serbien] teilten, Geheimnisse möglich wären.«[280] Der russische Gesandte wurde überall in Belgrad wie ein Held begrüßt: »Die Leute brauchten nur seinen markanten Kopf zu sehen, schon erhielt er begeisterten Beifall.«[281]

Theoretisch konnte Wien die Feindseligkeit Serbiens durch eine Verbesserung der Beziehungen zu Bulgarien kompensieren. Aber diese Option brachte ebenfalls Schwierigkeiten mit sich. Da um den Grenzverlauf zwischen Bulgarien und Rumänien immer noch erbittert gestritten wurde, barg eine Annäherung an Sofia die Gefahr, sich Bukarest zum Feind zu machen. Und eine feindselige Regierung in Bukarest war wegen der großen rumänischen Minderheit in der ungarischen Provinz Transsylvanien überhaupt nicht wünschenswert. Falls Rumänien sich von Wien ab- und St. Petersburg zuwenden sollte, könnte die Minderheitenfrage durchaus zu einem Problem für die regionale Sicherheit werden. Ungarische Diplomaten und insbesondere politische Führer warnten, dass »Großrumänien« eine ebenso ernste Gefahr für die Doppelmonarchie sei wie »Großserbien«.

Kopfzerbrechen bereitete überdies der Kleinstaat Montenegro an der Adriaküste. Dieses malerische, arme Königreich bildet die Kulisse für Franz Lehárs Operette *Die lustige Witwe,* wo es kaum getarnt als »Großfürstentum von Pontevedro« auftaucht (das deutsche Libretto ließ die Katze aus dem Sack, indem es dort ausdrücklich heißt, dass die Sänger »montenegrinische Trachten« tragen sollen).[282] Montenegro war der kleinste Balkanstaat, mit einer Bevölkerung von nur 250000 Einwohnern, verstreut über eine wunderschöne, aber raue Landschaft aus schwarzen Gipfeln und tiefen Schluchten. In diesem Land konnte es passieren, dass man den König in eine prächtige Uniform aus Gold, Silber, Rot und Blau gekleidet bei Sonnenuntergang mit einer Zigarette vor dem Palast antraf, weil er gerne mit

einem Passanten plauderte. Als der Prager Journalist Egon Erwin Kisch im Sommer 1913 zu Fuß von Cetinje, der damaligen Hauptstadt von Montenegro, bis zur schönen Hafenstadt Rijeka (heute in Kroatien) wanderte, geriet er ganz aus der Fassung, als er aus den Tälern Gewehrschüsse hörte. Er fragte sich anfangs, ob ein Balkankrieg ausgebrochen war, doch sein Führer versicherte ihm, dass dies lediglich montenegrinische Jugendliche seien, die mit russischen Gewehren kleine Fische in den schnell fließenden Gebirgsbächen schössen.[283]

Auch wenn es arm und klein war, war Montenegro keineswegs unbedeutend. Seine Geschütze auf den Höhen von Lovčen überragten die nicht zu verteidigenden österreichischen Hafenanlagen bei Cattaro (heute: Kotor) an der Adria – sehr zum Ärger der Habsburger Marinestrategen. Nikola, der herrschende Fürst seit 1861 und damit nach Königin Viktoria und Kaiser Franz Joseph der europäische Monarch mit der drittlängsten Regierungszeit, war außerordentlich ehrgeizig. Es war ihm gelungen, das Territorium seines Königreichs auf dem Berliner Kongress von 1878 zu verdoppeln. Während der Annexionskrise von 1908 dehnte er das Gebiet weiter aus und warf seither ein Auge auf einen Teil Nordalbaniens. Im Jahr 1910 ernannte er sich selbst zum König. Außerdem verheiratete er außerordentlich geschickt seine Töchter. König Peter Karadjordjević von Serbien war sein Schwiegersohn (allerdings war seine montenegrinische Frau bereits verstorben, als Peter gekrönt wurde); eine andere Tochter Nikolas, Elena, heiratete Victor Emmanuel III. von Italien (seit 1900 König); zwei weitere heirateten russische Erzherzöge in St. Petersburg, wo sie bekannte Figuren in der russischen Gesellschaft wurden. Nikola machte sich seine strategisch wichtige Lage zunutze, um sich von einflussreichen ausländischen Geldgebern Mittel zu verschaffen, in erster Linie von Russland. Im Jahr 1904 demonstrierte er seine Solidarität mit dem großen slawischen Verbündeten, indem er feierlich Japan den Krieg erklärte. Die Russen revanchierten sich mit Militärhilfen und einer militärischen Delegation, deren Aufgabe die »Reorganisation der montenegrinischen Armee« war.[284]

Italien, das über das Königshaus mit Montenegro verbunden war, machte die Lage noch komplizierter. Seit Mai 1882 gehörte Italien dem Dreibund mit

Österreich und Deutschland an und erneuerte die Mitgliedschaft 1891, 1902 und 1912. Aber die öffentliche Stimmung bezüglich der Beziehungen zu Österreich war tief gespalten. Das im weitesten Sinn liberale, säkulare und nationale Italien tendierte zu einem Konfrontationskurs gegen die Österreicher, insbesondere an der Adria, die italienische Nationalisten als natürliches Mittel zu einer Konsolidierung des italienischen Einflusses betrachteten. Das katholische, klerikale und konservative Italien hingegen sprach sich tendenziell für eine Annäherung und Kooperation mit Wien aus. Als eine Art Spiegel dieser gespaltenen Meinung pflegte Rom eine kunstvolle, vielschichtige und häufig widersprüchliche Diplomatie. In den Jahren 1900 und 1902 unterzeichnete die italienische Regierung Geheimabkommen mit Frankreich, die den größten Teil der vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Wien und Berlin neutralisierten. Von 1904 an machten die Italiener überdies verstärkt deutlich, dass sie die österreichisch-ungarische Politik auf dem Balkan als eine Schädigung ihrer Interessen in der Region werteten. Montenegro wurde als vielversprechendes Expansionsfeld des italienischen kommerziellen und kulturellen Einflusses auf dem Balkan angesehen, und Außenminister Tomaso Tittoni pflegte sehr freundschaftliche Beziehungen zu Belgrad und Sofia.[285]

Die Italiener reagierten auf die Annexion Bosniens im Jahr 1908 scharf, weniger weil sie grundsätzlich diesen Schritt Österreichs ablehnten, sondern weil sich Aehrenthal weigerte, Rom mit der Gründung einer italienischen Universität in der überwiegend italienischsprachigen Hafenstadt Triest zu entschädigen.[286] Im Oktober 1909 scherte König Victor Emmanuel III. aus dem Dreibund aus und unterzeichnete ein Geheimabkommen mit Zar Nikolaus II. Das »Racconigi-Abkommen«, wie es später genannt wurde, verlangte, dass Italien und Russland ohne die Zustimmung des anderen keinerlei Vereinbarungen zum »Osten Europas« trafen und dass die beiden Mächte sich verpflichteten, »wohlwollend zum einen die russischen Interessen in der Frage der Meerengen, zum anderen die italienischen Interessen in Tripolis und der Cyrenaica zu betrachten«.[287] Das Abkommen war längst nicht so weltbewegend, wie es schien, weil die Italiener nicht lange danach eine Übereinkunft mit Wien unterschrieben, die weitgehend die

Zusagen von Racconigi aufhob, aber es signalisierte die Entschlossenheit Roms, eine selbstbewusstere und unabhängigere Politik zu verfolgen.

Zum nächsten österreichisch-italienischen Zankapfel auf dem Balkan würde höchstwahrscheinlich Albanien werden, das noch fest in das Osmanische Reich eingebunden war, Italien und Österreich aber beide im Bereich ihrer Einflusssphären sahen. Seit den 1850er Jahren hatte Österreich über sein Vizekonsulat in Skutari eine Art religiöses Protektorat über die Katholiken im Norden des Landes ausgeübt. Doch die Italiener hatten ebenfalls ein starkes Interesse an Albanien mit seiner langen Adriaküste. Um die Jahrhundertwende einigten sich Rom und Wien darauf, dass sie eine albanische Unabhängigkeit im Fall des Zusammenbruchs der osmanischen Macht in der Region befürworten würden. Die Frage, wie der Einfluss zwischen den beiden Adriamächten genau aufgeteilt werden sollte, blieb ungeklärt.

Trügerische Ruhe

Im März 1909 gab Serbien eine förmliche Zusage, dass es von künftigen verdeckten Operationen gegen österreichisches Territorium absehen und gute nachbarschaftliche Beziehungen zum Reich unterhalten werde. Im Jahr 1910 vereinbarten Wien und Belgrad nach einigem Hin und Her sogar einen Handelsvertrag, der den österreichisch-serbischen Handelsstreit beendete. Ein Anstieg der serbischen Importe um 24 Prozent in jenem Jahr bewies die verbesserten wirtschaftlichen Bedingungen. Österreichisch-ungarische Waren tauchten wiederum in den Ladenregalen in Belgrad auf, und schon im Jahr 1912 war die Doppelmonarchie erneut der wichtigste Abnehmer und Lieferant Serbiens.[288] Bei Begegnungen zwischen Pašić und dem österreichischen Vertreter beteuerten beide Seiten ihren guten Willen. Doch die Beziehungen zwischen den beiden Staaten waren von einer extremen Verkrampftheit geprägt, die anscheinend nicht gelöst werden konnte. Es war zwar die Rede von einem offiziellen Besuch König Peters in Wien, aber daraus wurde nie etwas. Die serbische Regierung verlegte den Besuch zunächst von Wien nach Budapest – mit dem nicht ganz unbegründeten

Hinweis auf den schlechten Gesundheitszustand des Monarchen –, dann verschob sie ihn und sagte ihn schließlich, im April 1911, auf unbestimmte Zeit ab. Zum Ärger der Österreicher fand im Herbst 1911 jedoch eine überaus erfolgreiche Reise des Königs nach Paris statt. Der Besuch in Frankreich wurde für so wichtig erachtet, dass der serbische Gesandte in Paris nach Belgrad zurückkehrte, um bei den Vorbereitungen mitzuhelfen. Ein früherer Plan, die Reise nach Frankreich mit Stationen in Wien und Rom zu kombinieren, wurde fallen gelassen. Peter kam am 16. November in Paris an und wurde im Hof des Quay d’Orsay untergebracht, wo er vom Präsidenten der Republik empfangen wurde. Er erhielt einen goldenen Orden, der eigens für diesen Anlass geprägt worden war und an den Dienst des Königs als junger serbischer Freiwilliger im französischen Krieg von 1870 gegen Preußen erinnerte. Bei einem Staatsbankett am selben Abend (und sehr zum Ärger der Österreicher) eröffnete Präsident Fallières seine Rede, indem er Peter als »den König aller Serben« rühmte (implizit also auch jener innerhalb Österreich-Ungarns) sowie als den Mann, der sein Land und Volk in die Freiheit führen werde. Sichtlich bewegt erwiderte Peter, dass er und seine serbischen Landsleute bei ihrem Freiheitskampf auf Frankreich zählen würden.[289]

Hinter den Kulissen wurden überdies die Aktivitäten zur Befreiung Bosnien-Herzegowinas fortgesetzt. Die Narodna Odbrana, die angeblich in eine rein kulturelle Organisation umgewandelt worden war, nahm schon bald ihre frühere Tätigkeit wieder auf; ihre Ableger breiteten sich nach 1909 aus und erstreckten sich über ganz Bosnien-Herzegowina. Die Österreicher überwachten, so weit es ihnen möglich war, die Spionagetätigkeit serbischer Agenten, die die Grenze überschritten. Ein charakteristisches Beispiel hierfür war ein gewisser Dragomir Djordjević, ein Reserveleutnant in der serbischen Armee, der seine Kulturarbeit als »Schauspieler« in Bosnien mit der Leitung eines verdeckten Netzwerks serbischer Informanten kombinierte; er wurde im Oktober 1910 bei der Rückkehr nach Serbien erspäht, wo er ein Waffentraining absolvieren sollte.[290] Österreichische Repräsentanten in Serbien hatten auch sehr früh schon Kenntnis von der Gruppe Ujedinjenje ili smrt!, auch wenn sie anfangs nicht recht wussten, was sie von diesem

mysteriösen Neuling in der Belgrader Szene halten sollten. In einem Bericht vom 12. November 1911 berichtete der neue Gesandte in Belgrad (der Nachfolger Forgáchs) Stephan von Ugron zu Abránfalva der Regierung in Wien von »einer angeblich in Offizierskreisen bestehenden Bewegung«, die gegenwärtig das Thema der Pressekommentare in Serbien sei. Bislang wisse »aber Niemand etwas Positives« über die Gruppe, abgesehen davon, dass sie sich selbst die Schwarze Hand nenne und in erster Linie den Einfluss auf die nationale Politik wiedererlangen wolle, welche die Armee in der Obrenović-Ära gehabt hatte.

Weitere Berichte von Ugron und dem österreichischen Militärattaché Otto Gellinek vermittelten eine etwas konkretere Vorstellung. Nunmehr wurde Apis als die dominierende Figur in dem neuen Netzwerk identifiziert, und von seinen Motiven ergab sich ein schärferes Bild: »Das Programm der Bewegung besteht angeblich in der Beseitigung aller Persönlichkeiten im Lande, welche der Verwirklichung der großserbischen Idee im Wege stehen«, sowie der Inthronisierung eines Führers, »der bereit sei, die Serben in den Kampf für die Vereinigung aller Serben zu führen«.[291] Gerüchte in der Presse, dass die Schwarze Hand eine schwarze Liste der Politiker zusammengestellt habe, die im Fall eines Putsches gegen die derzeitige Regierung der Radikalen ermordet werden sollten, erwiesen sich später als falsch. Im Herbst 1911 wurden sie jedoch von den mysteriösen Morden an zwei prominenten Oppositionspolitikern genährt. Offenbar hätten die Verschwörer die Absicht, meldete Gellinek am 22. November 1911, mit legalen Mitteln die »inneren Feinde des Serbentums« zu beseitigen, »um sich dann mit geeinigten Kräften gegen die äußeren Feinde zu wenden«.[292]

Die Österreicher verfolgten diese Entwicklung anfangs mit erstaunlichem Gleichmut. Es sei so gut wie unmöglich, stellte Gellinek fest, eine Organisation in Serbien längere Zeit geheim zu halten, »denn unter fünf Verschwörern findet sich mindestens ein Denunziant«. Immerhin waren Verschwörungen in Serbien nichts Neues; folglich wurde der Angelegenheit wenig Bedeutung beigemessen.[293] Die Haltung der österreichischen Beobachter änderte sich jedoch, als sie allmählich erkannten, welchen Einfluss die Schwarze Hand auf Teile des Staatsapparats hatte. Im Dezember

1911 meldete der Militärattaché, dass der serbische Kriegsminister eine Untersuchung gegen die Bewegung abgesagt habe, »weil sich sonst Schwierigkeiten von weittragender Bedeutung ergeben hätten«. Anfang Februar 1912 beobachtete er, dass das Netzwerk einen halboffiziellen Charakter erworben habe: »die Regierung soll über alle Mitglieder [der Schwarzen Hand] und über ihre Aktivität informiert sein«; schon der Umstand, dass Kriegsminister Stepanović, ein Fürsprecher der Organisation, im Amt blieb, war ein Zeichen für den wachsenden politischen Einfluss.[294]

Es kristallisierte sich ein komplexes Muster heraus, das die österreichische Handlungsweise im Sommer 1914 prägen sollte. Einerseits war klar, dass die Organisation Ujedinjenje ili smrt! ein subversives Netzwerk war, das den damaligen zivilen Behörden im Königreich Serbien entgegenstand und von ihnen gefürchtet wurde. Andererseits wurden die großserbischen Zielsetzungen des Netzwerks sowohl von Elementen der zivilen Führung als auch von der breiteren Bevölkerung in Serbien weithin geduldet und unterstützt. Es gab sogar Phasen, in denen die Bewegung und die Regierung anscheinend im Tandem operierten. Im Februar 1912 warnte Ugron, dass die serbischen Behörden eventuell mit »einer begeisterten, militärisch-patriotischen Bewegung« zusammenarbeiteten, vorausgesetzt, die Stoßrichtung dieser Bewegung könnte nach außen gegen Serbiens externe Feinde um- und von einer subversiven Tätigkeit im Königreich selbst abgelenkt werden.[295] Das irredentistische Presseorgan *Pijemont* vertrat offen gegen Habsburg gerichtete, ultranationalistische Ziele. Indem die Schwarze Hand sich selbst über »nationale« Zielsetzungen definiere, bemerkte Ugron, mache sie es den serbischen zivilen Behörden schwer, Maßnahmen gegen sie zu ergreifen.[296] Kurzum, die Österreicher erkannten sowohl die Reichweite des Einflusses der Schwarzen Hand als auch die Komplexität der Zwänge, die die Regierung Pašić daran hinderten, gegen sie vorzugehen.

In den Grundzügen galt diese Analyse bis in den Sommer 1914. Die Österreicher verfolgten so aufmerksam wie möglich das dramatische Wachstum des Netzwerks während der Balkankriege von 1912 und 1913. Im Januar 1914 rückte der Prozess gegen einen Königsmörder namens Vemić in den Mittelpunkt des Interesses. Der Offizier war dafür berüchtigt, dass er im

Jahr 1903 einen Koffer mit sich herumtrug, in dem er ein getrocknetes Stück Fleisch aufbewahrte. Dieses hatte er in der Nacht vom 11. Juni als Trophäe aus Königin Dragas Brüsten herausgeschnitten. Im Oktober 1913 erschoss Vemić einen serbischen Rekruten, weil dieser mit der Ausführung eines Befehls zu lange gewartet hatte, und wurde deshalb vor ein Militärgericht gestellt. Sein Freispruch durch ein Gericht, das ausschließlich mit hohen Offizieren besetzt war, löste in Teilen der Belgrader Presse einen Aufschrei der Empörung aus, und Vemić wurde in einem Wiederaufnahmeverfahren vor den Obersten Gerichtshof geladen. Seine Strafe (lediglich zehn Monate Haft) wurde jedoch durch eine Begnadigung abgekürzt, welche die militärische Führung dem König Ende Dezember 1913 abrang.[297] Das Offizierskorps sei im heutigen Serbien ein maßgeblicher politischer Faktor, bemerkte Gellinek im Mai 1914. Diese Zunahme des »Prätorianerelements« im serbischen öffentlichen Leben wiederum stelle eine erhöhte Gefahr für Österreich-Ungarn dar, denn das Offizierskorps sei überdies das Bollwerk der großserbischen, extrem Österreich-feindlichen Strömung.[298]

Der wohl rätselhafteste Bestandteil in der Mixtur war Nikola Pašić, der »ungekrönte König Serbiens«. Pašić hielt sich während der politischen Unruhen von 1913/14 zurück und ließ sich nicht zu einer direkten Konfrontation mit dem Offizierskorps provozieren. Mit der gewohnten Agilität sei er, beobachtete Gellinek am 21. Mai 1914, feindseligen Zwischenrufen in der Skupština geschickt ausgewichen, indem er nachdrücklich erklärt habe, dass zwischen der serbischen Regierung und dem serbischen Offizierskorps in allen wichtigen Fragen vollstes Einvernehmen herrsche.[299] In einem am 21. Juni (eine Woche vor den Schüssen von Sarajevo) vorgelegten Bericht fasst Gellinek die Situation in vier Punkten zusammen: Die Krone war Verschwörern in die Hände gefallen und im Grunde machtlos. Die Armee verfolgte weiterhin in der Innen- und Außenpolitik ihre eigenen Ziele. Der russische Gesandte Nikolai Hartwig hatte immer noch außerordentlich großen Einfluss in Belgrad. Dies alles hieß jedoch keinesfalls, dass man Pašić als Faktor in der serbischen Politik abschreiben müsse. Ganz im Gegenteil: Der Gründer und seit drei Jahrzehnten Führer der »extrem russophilen« Radikalen Partei nahm

ungeachtet dessen weiterhin eine »allmächtige Stellung« ein.[300]

Die Herstellung eines direkten Kontaktes mit Nikola Pašić erwies sich jedoch als außerordentlich schwierig. Eine merkwürdige Episode aus dem Herbst 1913 veranschaulicht das Problem. Am 3. Oktober stattete Pašić Wien einen seit langem geplanten Besuch ab. Die Reise kam genau zum richtigen Zeitpunkt, weil Wien und Belgrad im Streit um die serbische Besetzung von Teilen Nordalbaniens zu keiner Einigung fanden. Am 1. Oktober war auf einen Brief, der Belgrad ermahnte, die Serben müssten sich aus Albanien zurückziehen, lediglich eine unverbindliche Antwort gekommen. In Begleitung seines Botschafters traf sich Pašić unter anderem mit verschiedenen österreichischen Ministern, etwa zu einem Mittagessen mit dem österreichischen Außenminister Berchtold; außerdem konferierte er mit dem ungarischen Regierungschef István Tisza sowie mit Forgách, Biliński und anderen. Aber zu keiner Zeit wurde über die dringende Frage diskutiert. Biliński, der gemeinsame Minister, der für Bosnien-Herzegowina zuständig war, erinnerte sich in seinen Memoiren, dass Pašić ein außerordentlich schwer zu fassender Gesprächspartner war. Eifrig und rhetorisch geschickt parierte er Fragen seitens seiner österreichischen Gesprächspartner mit zweifelhaften Versicherungen, dass »alles gut werde«. Biliński machte Berchtold Vorwürfe, weil er den serbischen Politiker nicht stärker unter Druck gesetzt hatte. »Klein von Gestalt, mit wallendem Patriarchenbart, fanatisch im Blick, dabei bescheiden im Auftreten […]« brachte Pašić den österreichischen Außenminister mit seiner Kombination aus würdevoller Leutseligkeit und bewusster Vernebelungstaktik ganz aus dem Konzept.[301] Bei der ersten Begegnung zwischen den beiden vor dem Mittagessen war Berchtold von Pašićs Liebenswürdigkeit so entwaffnet, dass er es, als das Thema Albanien zur Sprache kam, versäumte, den vollen Ernst der österreichischen Einwände gegen die serbische Besetzung deutlich zu machen. Im Laufe des Nachmittags fiel es Berchtold irgendwann ein, dass er ganz »vergessen« hatte, Pašić über die Ansichten Wiens zur Sache zu informieren. Man kam überein, dass er die albanische Frage gegenüber dem serbischen Führer noch am selben Abend ansprechen sollte. Laut Terminplan war für die beiden Männer ein Besuch der Oper geplant. Aber als der

Außenminister mit einer kleinen Verspätung ankam, um seinen Platz in der königlichen Loge einzunehmen, stellte er fest, dass sich Pašić bereits in sein Hotel zurückgezogen hatte, wo er angeblich schnell im Bett eingeschlafen war. Der serbische Regierungschef reiste am nächsten Morgen früh aus Wien ab, ohne dass ein weiteres Treffen geplant war. Berchtold setzte sich eilig an den Schreibtisch und schrieb in den frühen Morgenstunden noch einen Brief, der sofort per Kurier ins Hotel gebracht wurde, sodass er Pašić erreichte, als er die Stadt verließ. Weil der Brief aber auf Deutsch geschrieben war (ganz zu schweigen von Berchtolds notorisch unleserlicher Handschrift), konnte Pašić ihn nicht lesen. Selbst als der Brief in Belgrad entziffert wurde, fiel es Pašić dem Vernehmen nach schwer zu begreifen, worauf Berchtold eigentlich hinauswollte.[302] Und die Mitarbeiter im Auswärtigen Amt hatten auch keine Ahnung, weil Berchtold nicht daran gedacht hatte, eine Rohfassung des Textes aufzubewahren. Diese geradezu komische Folge von Fehlern und Irrtümern (vorausgesetzt, man kann Bilińskis Erinnerung ein Jahrzehnt später Glauben schenken) ist zweifellos ein Indikator für die herrschende Unordnung in Österreich, eventuell auch für Berchtolds fast schon schmerzlich höfliche Schüchternheit und Zurückhaltung, aber sie illustriert auch Pašićs berüchtigte Kunst im Ausweichen.[303] Vor allen Dingen vermittelt sie einen Eindruck von der lähmenden Verkrampftheit, die am Vorabend des Ersten Weltkrieges die österreichisch-serbischen Beziehungen erfasst hatte.

Was aus der österreichischen Beobachtung Serbiens in den letzten Jahren, Monaten und Wochen vor dem Attentat hervorging, war ein einigermaßen ausgewogener Eindruck von den destabilisierenden Kräften, die im Nachbarstaat am Werk waren. Allerdings ergab dies ein feindseliges und deshalb tendenziöses und einseitiges Bild. Die österreichischen Beobachtungen der Ereignisse in Serbien waren in eine Matrix negativer Einstellungen (teils aufgrund von Erfahrungen, teils aufgrund uralter Klischees) über die serbische politische Kultur und die bekanntesten Akteure in diesem Umfeld eingebettet. Begriffe wie böse Absicht, Hinterlist, Unzuverlässigkeit, Ausweichen, Gewalt und Reizbarkeit tauchten immer wieder in den Berichten aus Belgrad auf. Auffällig war das Fehlen einer

sorgfältigen Analyse der operativen Beziehung zwischen den Österreich-feindlichen Gruppierungen innerhalb Serbiens und dem irredentistischen Terror in den Habsburger Ländereien. Es ist durchaus möglich, dass das Fiasko der Agram-Friedjung-Prozesse die österreichische Nachrichtenbeschaffung nach 1909 ernsthaft behinderte, genau wie der Iran-Contra-Skandal während der Präsidentschaft Ronald Reagans in den 1980er Jahren eine Zeitlang die verdeckte Aktivität der US-Geheimdienste reduzierte.[304] Die Österreicher erkannten, dass Narodna Odbrana den Sturz der habsburgischen Herrschaft in Bosnien zum Ziel hatte und Netzwerke von Aktivisten in den habsburgischen Landen unterhielt. Sie vermuteten, dass die gesamte serbische irredentistische Aktivität im Reich ihre Wurzeln in der panserbischen Propaganda der patriotischen Netzwerke mit Sitz in Belgrad hatte. Aber der genaue Charakter dieser Kontakte und die Beziehung zwischen Narodna Odbrana und der Schwarzen Hand wurden nicht erkannt. Und dennoch: Die zentralen Bezugspunkte, die das österreichische Denken und Handeln nach den Ereignissen in Sarajevo prägen sollten, waren allesamt bereits im Frühjahr 1914 vorhanden.

Falken und Tauben

Die Balkankriege machten Österreichs Sicherheitsstrategie auf der Balkanhalbinsel zunichte und schufen ein größeres und stärkeres Serbien. Das Territorium des Königreichs vergrößerte sich um mehr als achtzig Prozent. Während des Zweiten Balkankrieges legten die serbischen Streitkräfte unter ihrem Oberbefehlshaber General Putnik eine beeindruckende Disziplin und Zielstrebigkeit an den Tag. Die habsburgische Regierung hatte sich in Gesprächen über die militärische Gefahr, die von Belgrad ausging, häufig abfällig geäußert. In einer vielsagenden Metapher hatte Aehrenthal Serbien einmal als »kleinen Dieb« bezeichnet, der Äpfel aus dem österreichischen Obstgarten stehle. Eine derartige Überheblichkeit konnte man sich nicht mehr leisten. In einem Bericht des Generalstabs vom 9. November 1912 wunderte sich der Schreiber über die dramatisch gestiegene Schlagkraft Serbiens. Verbesserungen des Schienennetzes, die seit

Beginn des Jahres im Gange waren, die Modernisierung der Waffen und Ausrüstung sowie eine massive Aufstockung der Zahl der Grenzeinheiten (alles mit Hilfe französischer Darlehen finanziert) hatten aus Serbien einen beeindruckenden Gegner gemacht.[305] Überdies würde Serbiens militärische Stärke höchstwahrscheinlich mit der Zeit noch zunehmen; in den neuen Gebieten, die Serbien in den beiden Balkankriegen erobert hatte, lebten 1,6 Millionen Menschen. In einem Bericht vom Oktober 1913 stellte der Militärattaché in Belgrad Otto Gellinek fest, dass zwar kein Grund zu sofortiger Panik bestehe, dass man aber die militärische Tapferkeit des Königreichs keinesfalls unterschätzen dürfe. »Trotzdem wird man bei allen militärischen Kalküls den serbischen operativen Truppen der beiden ersten Aufgebote mindestens die gleiche Anzahl eigener Truppen gegenüberstellen müssen.«[306]

Die Frage, wie man auf die brisantere Sicherheitslage auf dem Balkan reagieren müsse, spaltete die Entscheidungsträger in Wien. Sollte Österreich-Ungarn in irgendeiner Form eine Einigung mit Serbien anstreben oder es mit diplomatischen Mitteln eindämmen? Sollte Wien versuchen, die gescheiterte Entente mit St. Petersburg wiederzubeleben? Oder würde ein militärischer Konflikt das Problem lösen? Es war schwierig, aus dem komplexen Apparat des österreichisch-ungarischen Staates eindeutige Antworten herauszufiltern. Die Außenpolitik im Reich wurde nicht von einer kompakten Exekutive an der Spitze des Systems gestaltet. Sie entwickelte sich vielmehr aus den Interaktionen vieler verschiedener Inseln der Macht, deren Beziehungen untereinander teilweise informell und ständig im Fluss waren. Der Generalstab war ein solches Machtzentrum, die Militärkanzlei des Thronerben ein zweites. Das Außenministerium am Wiener Ballhausplatz zählte ganz offensichtlich zu den Hauptakteuren, auch wenn es in Wirklichkeit einen Rahmen schuf, innerhalb dessen rivalisierende Gruppierungen um Einfluss rangen. Wegen der dualistischen Verfassung war es erforderlich, dass der ungarische Regierungschef in Fragen der Reichsaußenpolitik zu Rate gezogen wurde, und die enge Verknüpfung zwischen innen- und außenpolitischen Problemen gewährleistete, dass andere Minister und hohe Regierungsvertreter ebenfalls Anteil an der Lösung

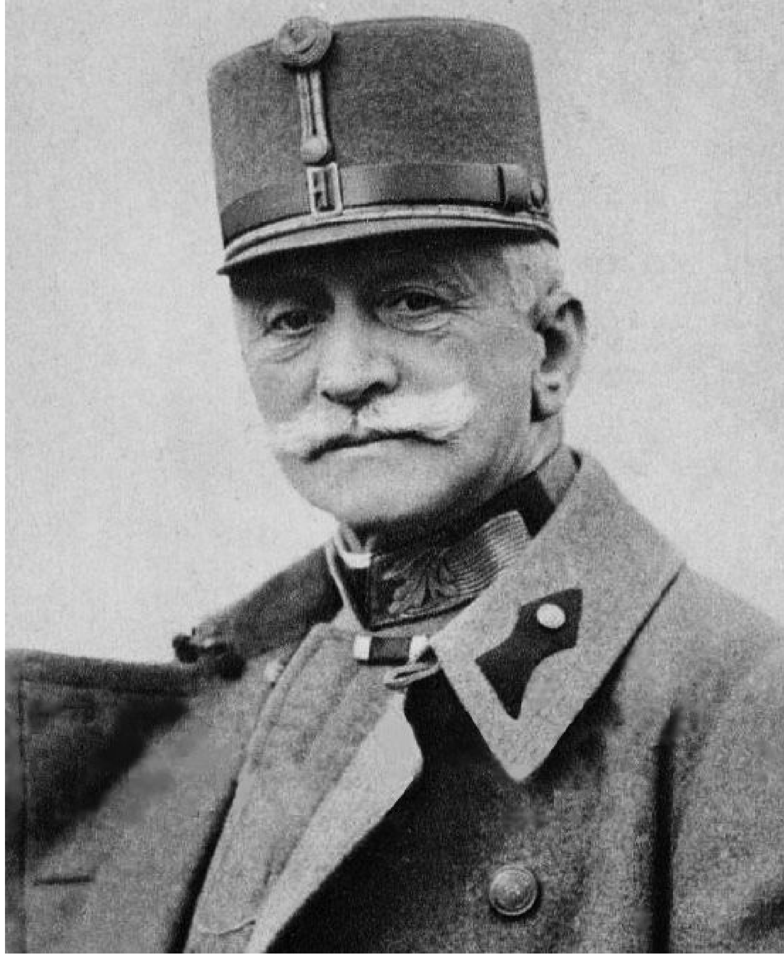
bestimmter Fragen für sich beanspruchten: beispielsweise Leon Biliński, der gemeinsame Finanzminister, der für die Verwaltung Bosnien-Herzegowinas zuständig war, oder auch Potiorek, der sogenannte Landeschef von Bosnien, der Biliński theoretisch untergeben war, dessen Ansichten aber nicht immer mit denen des Ministers übereinstimmten. Das Gefüge dieses Systems war so offen, dass selbst relativ niedrige Figuren (etwa Diplomaten oder Ressortleiter im Außenministerium) versuchen konnten, die Reichspolitik zu prägen, indem sie unaufgefordert Denkschriften vorlegten, die bei Gelegenheit eine wichtige Rolle spielen konnten, indem sie das Augenmerk der Entscheidungsträger auf einen bestimmten Punkt lenkten. Und über dem Ganzen thronte der Kaiser, dessen Befugnis, die Initiativen seiner Minister und Berater zu billigen oder abzublocken, weiterhin unumstritten war. Aber es war eher eine passive als aktive Rolle: Er reagierte auf Anregungen und vermittelte zwischen Initiativen, die von den lose miteinander verbundenen Machtzentren der politischen Elite ausgingen.[307]



Leopold Graf Berchtold

Popperfoto/Getty Images

Vor dem Hintergrund dieses bemerkenswert polykratischen Systems kristallisierten sich drei Personen als besonders einflussreich heraus: der Chef des österreichischen Generalstabs Feldmarschallleutnant Franz Freiherr Conrad von Hötzendorf; der Erbe des habsburgischen Throns Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este und der gemeinsame Außenminister seit 1912 Leopold Graf Berchtold.



Franz Conrad von Hötzendorf

Getty Images

Conrad von Hötzendorf zählt zu den wohl faszinierendsten Figuren in einem hohen militärischen Amt zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Als er im Jahr 1906 zum Generalstabschef ernannt wurde, war er 54 Jahre alt und blieb während seiner gesamten Karriere ein standhafter Fürsprecher eines Krieges gegen die Feinde der Monarchie. Was seine Ansichten zu den auswärtigen Beziehungen des Reiches angeht, war Conrad unerbittlich aggressiv. Allerdings hegte er ernste Zweifel bezüglich seiner Befähigung zu dem Amt und spielte häufig mit dem Gedanken an Rücktritt. In vornehmer Gesellschaft war er schüchtern und liebte die Einsamkeit von Wanderungen in den Bergen, wo er melancholische Bleistiftskizzen von steilen Hängen bedeckt von dichten Nadelbäumen anfertigte. Sein Hang zu Selbstzweifeln wurde von

regelmäßigen Anfällen schwerer Depressionen verstärkt, insbesondere seit dem Tod seiner Frau im Jahr 1905. In seiner Beziehung zu Gina von Reininghaus, der Gattin eines Wiener Unternehmers, versuchte er, dieser Unruhe zu entfliehen.

Die Art und Weise, wie sich Conrad auf diese skandalträchtige Beziehung einließ, wirft ein bemerkenswertes Licht auf seinen Charakter. Das Ganze fing bei einem Wiener Festessen im Jahr 1907 an, als die beiden zufällig nebeneinander platziert wurden. Etwa eine Woche später wurde Conrad persönlich an der Villa Reininghaus in der Operngasse vorstellig und verkündete seiner Gastgeberin: »Ich habe Sie namenlos lieb und habe nur einen Gedanken: dass Sie meine Frau werden sollen.« Bestürzt erwiderte Gina, das komme überhaupt nicht in Frage; sie sei »siebenfach gebunden«, sie habe einen Mann und sechs Kinder. »Trotzdem«, beharrte Conrad, »werde ich nicht ruhen – dieser Wunsch wird für mich immer mein Leitstern sein.«[308] Ein oder zwei Tage später kam ein Adjutant vorbei und teilte Frau Reininghaus mit, dass sie es sich mit Blick auf die instabile geistige Verfassung Hötzendorfs noch einmal überlegen solle, ehe sie ihm jede Hoffnung nehme. Conrad selbst machte ihr acht Tage später noch einmal die Aufwartung und erklärte, dass er, falls sie ihn endgültig ablehne, von seinem Posten als Generalstabschef zurücktreten und sich aus dem öffentlichen Leben zurückziehen werde. Sie einigten sich auf folgende Lösung: Reininghaus sollte auf absehbare Zukunft bei ihrem Mann und ihren Kindern bleiben. Sollte es ihr jedoch an einem bestimmten Punkt angebracht erscheinen, sich von ihrem Mann zu trennen, werde sie an Conrad denken. Das Vabanquespiel des Stabschefs – eine triumphale Umsetzung des Kultes der Offensive bei der Brautwerbung – hatte sich ausgezahlt.

Gina blieb noch acht Jahre bei ihrem Mann. Wann sie und Conrad eine Affäre begannen, ist nicht genau bekannt. Ginas Mann Hans von Reininghaus ließ sich jedenfalls wiederstandslos Hörner aufsetzen – der reiche Geschäftsmann hatte andere Frauen, um sich zu zerstreuen, und die Verbindung zu Conrad bot einen willkommen Zugang zu lukrativen Militäraufträgen. Unterdessen besuchte Conrad seine Geliebte, sooft er konnte. Er schrieb auch Liebesbriefe, manchmal gleich mehrere an einem

Tag. Aber da es unmöglich war, sie seiner Zukünftigen zu schicken, wenn er keinen Skandal riskieren wollte, sammelte er sie in einem Album mit dem Namen »Tagebuch meiner Leiden«. Abgesehen von einigen allgemeinen Neuigkeiten blieb das Thema immer gleich: Sie sei seine einzige Freude, nur der Gedanke an sie könne ihn vor dem Abgrund der Verzweiflung retten, sein Schicksal liege in ihren Händen, und dergleichen mehr. Insgesamt sammelte er von 1907 bis 1915 mehr als 3000 Briefe, einige bis zu sechzig Seiten lang. Gina erfuhr erst nach seinem Tod von dem Album.[309]

Die Bedeutung dieser Beziehung kann man nicht hoch genug veranschlagen; sie stand im Zentrum von Conrad von Hötzendorfs Leben in den Jahren von 1907 bis zum Kriegsausbruch und verdrängte alle anderen Sorgen, selbst die militärischen und politischen Fragen, die auf seinen Schreibtisch gelangten. Der zwanghafte Charakter könnte nicht zuletzt einige Merkmale von Conrads beruflichem Verhalten erklären: etwa seine Bereitschaft, den eigenen Ruf aufs Spiel zu setzen, indem er sich mit extremen Positionen identifizierte, und seine relative Immunität gegen die Angst, abgesetzt oder diskreditiert zu werden. Er betrachtete den Krieg sogar als Mittel, Gina in seinen Besitz zu bringen. Nur als siegreicher Kriegsheld wäre er, so glaubte Conrad, imstande, die gesellschaftlichen Hindernisse aus dem Weg zu räumen und den Skandal zu überstehen, der mit der Heirat einer prominenten, geschiedenen Frau verbunden war. In einem Brief an Gina fantasierte er von der Rückkehr von einem »Balkankrieg«, den Lorbeerkranz des Siegers auf dem Haupt, wie er alle Warnungen in den Wind schlägt und sie zu seiner Frau macht.[310] Aufnahmen von ihm aus jenen Jahren zeigen einen Mann, der sich peinlich darum bemüht, ein männliches, adrettes und jugendliches Äußeres zu bewahren. In seinem Nachlass, der inzwischen im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien aufbewahrt wird, sind aus den Zeitschriften ausgeschnittene Werbeanzeigen für Faltencremes zu finden. Kurzum, Conrad von Hötzendorf stand exemplarisch für ein morsch gewordenes, geradezu überreiztes Männlichkeitsidol in Europa, das in mancher Hinsicht für den *fin-de-siècle* charakteristisch war.

Conrad ging an die geopolitischen Zwänge der Habsburger Monarchie mit der gleichen monomanischen Fixiertheit heran, die er auch in seinem

Liebesleben an den Tag legte. Auch für damalige Verhältnisse und im Vergleich zu anderen europäischen Militärs fiel er durch seine ungewöhnliche Aggressivität aus dem Rahmen. Seine Antwort auf so gut wie jede diplomatische Herausforderung lautete »Krieg«; in dieser Beziehung war von 1906 bis 1914 praktisch keine Veränderung zu beobachten. Mehrmals riet Conrad zu Präventivkriegen gegen Serbien, Montenegro, Russland, Rumänien und sogar Italien, den untreuen Bündnispartner Österreichs und Rivalen auf dem Balkan.[311] Er machte kein Hehl aus seinen Überzeugungen, sondern verbreitete sie ganz offen über Zeitschriften wie die *Militärische Rundschau*, die bekanntlich dem Generalstab nahe stand.[312] Er war sogar stolz auf die Unveränderlichkeit seiner Meinung, die er als Indiz für männliche Solidität und Standhaftigkeit ansah. Er vertrete hier lediglich die Position, die er immer vertreten habe, lautete ein Lieblingssatz in den Briefen und Berichten, die er an Minister und Kollegen schickte. Darüber hinaus bevorzugte er einen schroffen, nörgelnden, selbstgerechten Stil, der seine Kollegen und Vorgesetzten verärgerte. Im Jahr 1912, als ihre Affäre bereits stadtbekannt war, gab Gina Conrad zu bedenken, dass er mit dem Kaiser womöglich besser zurechtkomme, wenn er sanft mit dem alten Mann spreche und »die Methode der Keulenschläge« vermeide.[313]

Innerhalb von Conrads Horizont gab es viele potenzielle Feinde, aber Serbien wurde zu seiner größten Sorge. In einem Ende 1907 geschriebenen Memorandum forderte er die Invasion und Annexion Serbiens, das er als »konstanten Herd für jene Aspirationen und Machinationen« bezeichnete, »welche auf die Abtrennung aller südslawischen Gebiete [vom Reich] abzielen«.[314] In den Jahren 1908/09, als die Annexionskrise ihren Höhepunkt erreichte, forderte er mehrmals einen Präventivkrieg gegen Belgrad. »Es ist ein Verbrechen«, sagt er im Frühjahr 1909 zu Gina von Reininghaus, »dass jetzt nichts geschieht. Der Krieg mit Serbien hätte die Monarchie gerettet. In wenigen Jahren werden wir diese Unterlassung bitter büßen, und ich werde dazu auserkoren sein, die ganze Verantwortung zu tragen und den Kelch bis zur Neige zu leeren.«[315] Er forderte während der Balkankrise 1912/13 erneut einen Krieg gegen Serbien. In den zwölf Monaten vom 1. Januar 1913 bis zum 1. Januar 1914 riet er sage und schreibe 25 Mal zu einem Krieg gegen

Serbien.[316] Dieser zielstrebigen Kriegstreiberei lag eine sozialdarwinistische Philosophie zugrunde, der zufolge das Ringen und der Wettbewerb um die Vorherrschaft als unvermeidliche und notwendige Aspekte des politischen Lebens zwischen den Staaten galten. Conrad vertrat noch keine rassistische Anschauung (es gab allerdings mit Sicherheit viele junge Offiziere, die einem bevorstehenden Zusammenstoß zwischen den germanischen und slawischen Völkern entgegensahen), sondern eine düstere Hobbes'sche Sichtweise des ewigen Streits zwischen Staaten, die zwangsläufig um jeden Preis nach der eigenen Sicherheit streben.[317]

Bis zum Ausbruch der Balkankriege fielen die Einmischungen Conrads eher durch ihre Zahl als durch ihre Wirkung auf. Schon die Starrheit seiner Ansichten minderte ihre Glaubwürdigkeit unter der zivilen Führung. Kaiser Franz Joseph wies seine Forderungen nach einem Präventivkrieg gegen Serbien im Jahr 1908 rundweg zurück. Auch Aehrenthal blieb unempfänglich für seine Argumente und verlor zusehends die Geduld wegen der Bemühungen des Stabschefs, sich in den politischen Entscheidungsprozess einzumischen. Im Oktober 1911, als Conrad von Hötzendorf nachdrücklich einen Krieg gegen Italien forderte, hatte Aehrenthal bereits genug und reichte eine offizielle Beschwerde beim Kaiser ein. Conrad habe, so Aehrenthal, eine »Kriegspartei« innerhalb des Generalstabs geschaffen. Wenn man dieser Entwicklung nicht entgegentrete, werde sie »die Lahmlegung der politischen Aktionsfähigkeit der Monarchie herbeiführen«.[318] Der Konflikt spitzte sich auf einer stürmischen Audienz beim Kaiser am 15. November zu. Da Kaiser Franz Joseph von seinem aufmüpfigen Stabschef die Nase voll hatte, berief er ihn nach Schönbrunn und hielt ihm eine Standpauke: »Die fortwährenden Angriffe gegen Aehrenthal, diese Nadelstiche verbiete Ich«, sagte er zu Conrad. »Diese fortwährenden Angriffe, besonders die Vorwürfe wegen Italien und des Balkan, die sich immer wiederholen, die richten sich gegen *Mich;* die Politik mache *Ich,* das ist *Meine* Politik! Meine Politik ist eine Politik des Friedens. Dieser Meiner Politik müssen sich alle anbequemen.«[319] Diese Auseinandersetzung zwischen dem Habsburger Kaiser und seinem Stabschef verdient besonders hervorgehoben zu werden. Ein solcher Zusammenprall wäre unter Conrads Vorgängern undenkbar gewesen.[320] Es

war ein Zeichen, dass die bestehenden Elemente der habsburgischen Befehlsstruktur auseinanderdrifteten und eine Teilautonomie erwarben, die den Prozess der Entscheidungsfindung erheblich erschwerte. Von dem Tadel des Kaisers völlig unbeeindruckt, schickte sich Conrad an, eine energische Antwort zu formulieren, aber Franz Joseph entließ ihn, bevor er Gelegenheit hatte, sie vorzulegen. Seine Absetzung wurde offiziell am 2. Dezember 1911 bekannt gegeben.[321]

Der konsequenteste und einflussreichste Gegner Conrads und seiner Kriegspolitik war Franz Ferdinand, der Erbe des habsburgischen Throns, jener Mann, dessen Tod in Sarajevo die Julikrise von 1914 auslösen sollte. Franz Ferdinand hatte eine komplexe, aber entscheidende Stellung in der habsburgischen Führung inne. Am Hof war er isoliert. Sein Verhältnis zum Kaiser war nicht gerade herzlich. Die Ernennung zum Thronerben war nur deshalb zustande gekommen, weil der Sohn des Kaisers, Kronprinz Rudolf, im Januar 1889 Selbstmord begangen hatte. Die Erinnerung an diesen talentierten und grüblerisch veranlagten Prinzen überschattete zweifellos die Beziehung des Kaisers zu dem schroffen und temperamentvollen Mann, der an dessen Stelle trat. Erst fünf Jahre nach dem Tod seines Sohnes war der Kaiser bereit, Franz Ferdinand zum mutmaßlichen Erben zu ernennen, und weitere zwei Jahre später, im Jahr 1896, wurde der Erzherzog der endgültige Thronerbe. Aber selbst dann verliefen die Begegnungen des Kaisers mit seinem Neffen tendenziell in einer kränkend herablassenden Art, und es hieß, der Erzherzog zittere auf dem Weg zu kaiserlichen Audienzen wie ein Schuljunge auf dem Weg zum Direktor.



Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich-Este

Die skandalöse Heirat Franz Ferdinands mit der tschechischen Adligen Sophie Chotek im Juli 1900 belastete seine Beziehung zum Kaiser zusätzlich. Es handelte sich um eine Liebesheirat, entgegen den Wünschen des Kaisers und der Königsfamilie. Auch wenn seine Braut aus einer adligen böhmischen Linie stammte, entsprach Gräfin Sophie Chotek von Chotkova und Wognin nicht den strengen genealogischen Kriterien des Hauses Habsburg. Franz Ferdinand musste lange darum kämpfen, unterstützt von Erzbischöfen und Ministern und am Ende sogar Kaiser Wilhelm II. von Deutschland und Papst Leo XIII., bis er endlich die Erlaubnis für die Eheschließung erhielt. Am Ende gab Franz Joseph nach, blieb aber bis zum gewaltsamen Tod des Paares ein unversöhnlicher Gegner der Heirat.[322] Franz Ferdinand wurde gezwungen, einen Eid abzulegen, der alle Kinder, die aus seiner Ehe mit Sophie hervorgingen, von der Thronfolge des habsburgischen Throns ausschloss.

Nach der Hochzeit ließ das Paar weiter die Kränkungen des Hofprotokolls über sich ergehen, die so gut wie jeden Aspekt des dynastischen öffentlichen Lebens regelten: Sophie, der es untersagt war, den Titel Erzherzogin zu führen, wurde zunächst als Fürstin, später als Herzogin von Hohenberg angesprochen. Es war ihr nicht erlaubt, ihren Gatten in die königliche Loge in der Oper zu begleiten, bei einem Galadinner neben ihm zu sitzen oder mit ihm in der prächtigen königlichen Kutsche mit goldenen Rädern zu fahren. Ihr ärgster Peiniger war der kaiserliche Kammerherr Fürst Montenuovo, seinerseits ein unehelicher Nachfahre Napoleons, der die Regeln der Etikette bei jeder Gelegenheit mit unerbittlicher Präzision durchsetzte.

Franz Ferdinand entschädigte sich nach 1906, als der Kaiser seinen Neffen zum Generalinspekteur der Armee ernannte, für die langen Jahre der Isolation am Hof, indem er sich innerhalb des wackligen Staatsgefüges der Doppelmonarchie eine eigene Machtbasis aufbaute. Neben der Durchsetzung einer Reihe wichtiger Ernennungen (unter anderen Aehrenthal und Conrad) dehnte der Erzherzog die Tätigkeit seiner Militärkanzlei aus, die in der Nähe seiner Residenz im Unteren Belvedere untergebracht war. Unter der energischen Aufsicht des talentierten Stabschefs Major Alexander Brosch von Aarenau wurde die Militärkanzlei nach dem Muster eines Ministeriums reorganisiert. Die angeblich militärischen Nachrichtenkanäle dienten als Deckmantel für politische Datensammlung, und ein Netzwerk freundlich gesinnter Journalisten, die vom Belvedere aus gelenkt wurden, verbreitete die Ideen des Erzherzogs, nahm politische Gegner aufs Korn und trachtete danach, die öffentliche Diskussion zu beeinflussen. Indem die Kanzlei jährlich über 10000 Briefe und Noten verarbeitete, entwickelte sie sich zu einem regelrechten kaiserlichen Thinktank, einem Machtzentrum innerhalb des Systems, das manche gar als »Schattenregierung« werteten.[323] Wie alle Denkfabriken kochte auch diese ihr eigenes Süppchen. Eine interne Studie ihrer Tätigkeit gelangte zu dem Schluss, dass es ihr wichtigstes politisches Ziel war, alle »möglichen Entgleisungen« zu verhindern, welche die »national-föderalistische Zerbröckelung« des Habsburger Reiches beschleunigen könnten.[324]

Kern dieser Sorge um die politische Zersplitterung war eine tief verwurzelte

Feindseligkeit gegen die ungarischen Eliten, welche die östliche Hälfte des Reiches kontrollierten.[325] Der Erzherzog und seine Berater waren ausgesprochene Kritiker des dualistischen politischen Systems, das im Nachspiel der österreichischen Niederlage gegen Preußen von 1866 geschmiedet worden war. Diese Regelung hatte, in Franz Ferdinands Augen, einen verhängnisvollen Fehler: Sie konzentrierte die Macht in den Händen einer anmaßenden und politisch illoyalen ungarischen Elite, während sie gleichzeitig die übrigen neun offiziellen Nationalitäten des Habsburger Reiches an den Rand drängte und brüskierte. Sobald er sich mit seinem Stab im Belvedere eingerichtet hatte, baute Hauptmann Brosch von Aarenau ein Netzwerk unzufriedener nichtungarischer Intellektueller und Experten auf, und die Militärkanzlei wurde zum Ansprechpartner für den slawischen und rumänischen Widerstand gegen die repressive Minderheitenpolitik des Königreichs Ungarn.[326]

Der Erzherzog machte kein Hehl daraus, dass er die Absicht hatte, das Regierungssystem nach seiner Thronbesteigung zu reformieren. Sein Hauptziel war es, die ungarische Hegemonie im östlichen Teil der Monarchie zu brechen oder zu verringern. Eine Zeitlang sprach sich Franz Ferdinand für eine Stärkung des slawischen Elements in der Monarchie aus, indem innerhalb des Reiches ein kroatisch (und damit katholisch) dominiertes »Jugoslawien« geschaffen wurde. Gerade der Umstand, dass er mit dieser Idee assoziiert wurde, erregte den Hass seiner orthodoxen serbischen Feinde. Im Jahr 1914 hatte er jedoch, wie es scheint, diesen Plan bereits aufgegeben und befürwortete stattdessen eine weitreichende Umstrukturierung, durch die das Reich zu einer Art »Vereinigte Staaten von Großösterreich« würde, mit 15 Mitgliedstaaten, von denen viele eine slawische Bevölkerungsmehrheit gehabt hätten.[327]

Mit der Herabstufung des Status der Ungarn hofften der Erzherzog und seine Ratgeber, die Autorität der Habsburger Dynastie zu stärken und gleichzeitig die Loyalität der kleineren Nationalitäten zurückzugewinnen. Was immer man von diesem Programm halten mochte – und die Ungarn hielten ganz offensichtlich wenig davon –, es präsentierte den Erzherzog jedenfalls als einen Mann mit radikalen Zielsetzungen, dessen

Thronbesteigung dem üblichen Durchwursteln ein Ende gesetzt hätte, das die österreichische Politik im letzten Jahrzehnt vor 1914 zu lähmen schien. Außerdem stellte es den Thronerben in einen direkten politischen Gegensatz zum herrschenden Souverän. Der Kaiser wollte auf keinen Fall ein Herumdoktern an dem Ausgleich von 1867 dulden, den er als die dauerhafteste Errungenschaft seiner eigenen ersten Regierungsjahre ansah.

Franz Ferdinands innenpolitisches Reformprogramm hatte darüber hinaus weitreichende Implikationen für seine außenpolitischen Anschauungen. Er war überzeugt, dass die derzeitige strukturelle Schwäche der Monarchie und die Notwendigkeit radikaler innerer Reformen kategorisch jede Außenpolitik ausschlossen, die einen Konfrontationskurs fuhr. Franz Ferdinand war deshalb ein unerbittlicher Gegner des aggressiven Abenteurertums von Conrad. Das entbehrte nicht einer gewissen Ironie, denn Franz Ferdinand hatte einst in seiner Funktion als Generalinspekteur Conrad von Hötzendorf auf seinen Posten im Generalstab berufen und ihn damals über die Köpfe vieler offiziell qualifizierterer Offiziere hinweg befördert – womöglich wurde der Erzherzog aus diesem Grund von vielen, und zu Unrecht, als Kopf der österreichischen Kriegspartei angesehen. Die beiden Männer waren sich in einigen Punkten einig: etwa in der Gleichbehandlung der Nationalitäten oder der Entlassung älterer, hoher Offiziere in den Ruhestand, die im Falle eines Krieges aller Wahrscheinlichkeit nach ihren Pflichten nicht nachkommen konnten.[328] Franz Ferdinand mochte Conrad überdies persönlich, nicht zuletzt weil Letzterer eine respektvolle und mitfühlende Haltung gegenüber seiner Frau einnahm (der Thronerbe pflegte generell Menschen danach zu beurteilen, wie sie mit den merkwürdigen Umständen seiner Heirat umgingen, und Conrad war aus naheliegenden Gründen geneigt, die unorthodoxe Liebesheirat des Erzherzogs zu preisen). Aber in Sachen Sicherheit und Diplomatie lagen Welten zwischen den beiden.

Conrad betrachtete die Armee ausschließlich als ein Werkzeug der modernen Kriegführung und setzte sich ganz für ihre Modernisierung und Vorbereitung auf die realen Bedingungen der nächsten größeren Konflikte ein; für Franz Ferdinand hingegen war die Armee vor allen Dingen ein Garant für innere Stabilität. Franz Ferdinand war ein Vertreter der Marine,

der entschlossen war, die österreichische Dominanz in der Adria durch den Bau einer Flotte von Kriegsschiffen zu festigen; Conrad hielt die Marine für eine Verschwendung von Ressourcen, die man besser im Heer investieren sollte: Der schönste Sieg auf See könne eine Niederlage auf Land nicht wettmachen, sagte er einmal sinngemäß zum Erzherzog.[329] Im Gegensatz zu Conrad war Franz Ferdinand ein Gegner der Annexion Bosniens. »Im allgemeinen bin ich überhaupt bei unseren desolaten inneren Verhältnissen«, schrieb er im August 1908 Aehrenthal, »gegen alle solche Kraftstückeln.«[330] Mitte Oktober mahnte er, beunruhigt über die heftige Reaktion in Serbien, den Außenminister, es nicht zu einem Krieg kommen zu lassen: »Wir haben dadurch gar keinen Vorteil und es hat ganz den Anschein, als ob diese Balkanköter, von England und vielleicht Italien gehetzt, uns zu einem voreiligen kriegerischen Schritt bewegen wollten.«[331] Es sei ja schön und gut, den Serben und Montenegrinern eine Abreibung zu verpassen, teilte er Brosch im Vertrauen mit, aber welchen Nutzen hätten diese »billigen Lorbeeren, wenn wir uns dadurch eine allgemeine europäische Verwicklung hinaufdividieren und dann womöglich mit zwei bis drei Fronten zu kämpfen haben und das nicht aushalten können«? Conrad müsse, so warnte er, zurückgehalten werden. Zu einem offenen Bruch kam es im Dezember 1911, als Conrad verlangte, Österreich-Ungarn solle die Gelegenheit, die sich durch den Libyenkrieg bot, für einen Angriff auf Italien nutzen. Vor allen Dingen, weil Franz Ferdinand sich von ihm abwandte, wurde Conrad im Dezember 1911 vom Kaiser entlassen.[332]

Franz Ferdinands einflussreichster Verbündeter war der neue habsburgische Außenminister Leopold Graf Berchtold von und zu Ungarschitz, Fratting und Pullitz. Berchtold war ein Adliger mit enorm viel Geld und erlesenem Geschmack, ein städtischer, patrizischer Vertreter der Grundbesitzer, die in den oberen Etagen der österreichisch-ungarischen Verwaltung immer noch das Sagen hatten. Da er seinem Temperament nach zurückhaltend, ja sogar ängstlich veranlagt war, handelte er in der Politik nicht instinktiv. Seine wahren Leidenschaften galten der Kunst, Literatur und dem Pferderennen, denen er allesamt so eifrig nachging, wie sein Reichtum es ihm gestattete. Seine Bereitschaft, eine diplomatische Laufbahn einzuschlagen, hatte eher

mit seiner persönlichen Loyalität zum Kaiser und zu seinem Vorgänger, Außenminister Aehrenthal, zu tun als mit seinem Hunger nach persönlicher Macht oder Ansehen. Der Widerwillen, aus dem er kein Hehl machte, wenn ihm Posten von höherem Rang und mit mehr Verantwortung angetragen wurden, war zweifellos echt.

Nach der Versetzung aus dem Staatsdienst in den Auswärtigen Dienst war Berchtold an den Botschaften in Paris und London tätig, bevor er 1903 eine Stelle in St. Petersburg annahm. Dort wurde er ein enger Freund und Partner von Aehrenthal, der seit 1899 Botschafter in Russland war. Die Stelle in St. Petersburg gefiel Berchtold, weil er ein begeisterter Fürsprecher der österreichisch-russischen Entente war. Er glaubte, dass harmonische Beziehungen zu Russland, die sich auf eine Kooperation in potenziellen Konfliktregionen wie dem Balkan stützten, sowohl für die Sicherheit des Reiches als auch für den europäischen Frieden unerlässlich waren. Es verschaffte ihm eine große Befriedigung, dass er an der Seite Aehrenthals imstande war, mit zu der Konsolidierung guter Beziehungen zwischen den beiden Mächten beizutragen. Als Aehrenthal nach Wien abreiste, nahm Berchtold hocherfreut den Posten des Botschafters an, voller Zuversicht, weil er wusste, dass seine eigenen Anschauungen zu den österreichisch-russischen Beziehungen voll und ganz im Einklang mit denen des neuen Ministers in Wien standen.[333]

Deshalb war es ein Schock für ihn, dass er sich an der vordersten Front wiederfand, als sich die österreichisch-russischen Beziehungen im Jahr 1908 drastisch verschlechterten. Die ersten 18 Monate von Berchtolds neuer Stelle waren relativ harmonisch verlaufen, trotz einiger Anzeichen, dass sich Iswolski allmählich von der Entente mit Österreich distanzierte und zu einer kontinentalen Strategie neigte, die sich auf das neue britisch-russische Abkommen von 1907 stützte.[334] Die Annexionskrise machte jedoch jede Aussicht auf künftige Zusammenarbeit mit dem russischen Außenminister zunichte und untergrub die Politik der Entspannung, in deren Namen Berchtold das Amt angenommen hatte. Er bedauerte zutiefst die Bereitschaft Aehrenthals, das Wohlwollen der Russen aufs Spiel zu setzen, um das österreichisch-ungarische Ansehen zu retten. In einem Brief an den Minister

vom 19. November 1908 formulierte Berchtold implizit eine Kritik an der Politik seines früheren Mentors. »Eine Fortführung der von uns inaugurierten aktiven Balkanpolitik […]«, schrieb er, »müsste unfehlbar eine weitere ungünstige Rückwirkung auf unser Verhältnis zu Russland ausüben«. Der Grund dafür sei die »krankhafte Steigerung des panslawistisch gefärbten russischen Nationalgefühls«. Aktuelle Ereignisse hätten seine Arbeit in St. Petersburg »äußerst schwierig« gemacht. Ein anderer wäre womöglich imstande, das nötige Charisma und die Herzlichkeit auszustrahlen, um die guten Beziehungen wiederherzustellen, »für meine bescheidene Leistungsfähigkeit erscheint mir diese Aufgabe ungefähr als die Quadratur des Zirkels«. Er schloss mit der Bitte um seine Abberufung, sobald wieder Normalität eingekehrt sei.[335]

Berchtold blieb bis April 1911 in St. Petersburg, aber sein Posten war ihm eine schwere Last geworden. Die demonstrative Zurschaustellung des Reichtums, die für das Gesellschaftsleben unter den Wohlhabenden des frühen 20. Jahrhunderts charakteristisch war, ödete ihn allmählich an. Im Januar 1910 nahm er an einem großen Ball im Palast der Gräfin Thekla Orlow-Dawidow teil – einem Gebäude, das der Architekt Boulanger nach dem Vorbild von Versailles entworfen hatte –, wo die Ballsäle und Galerien üppig mit Tausenden frischen Blumen geschmückt waren, die man in einem Sonderzug unter immensen Kosten eigens aus den Gewächshäusern an der französischen Riviera durch die nördliche Winterlandschaft befördert hatte. Selbst diesem reichen Kunstkenner und Freund der Pferderennen lag eine derartige Verschwendungssucht schwer im Magen.[336] Mit großer Erleichterung verließ Berchtold St. Petersburg und kehrte auf sein Gut in Buchlau zurück. Die Phase der Erholung sollte jedoch nur zehn Monate lang dauern. Am 19. Februar 1912 berief der Kaiser ihn nach Wien und ernannte ihn zum Nachfolger Aehrenthals als Außenminister.

Berchtold brachte in sein neues Amt den aufrichtigen Wunsch mit, die Beziehungen zu Russland zu normalisieren; genau genommen war die Überzeugung, dass ihm dies gelingen könnte, der Grund, dass der Kaiser ausgerechnet ihn berief.[337] Das Anstreben einer Entspannung wurde von dem neuen österreichischen Botschafter in St. Petersburg Duglas Graf Thurn

unterstützt, und Berchtold stellte schon bald fest, dass er in der Person Franz Ferdinands einen mächtigen Verbündeten hatte. Der Erzherzog schnappte sich den neuen Außenminister bei der ersten Gelegenheit, überschüttete ihn mit Ratschlägen, versicherte ihm, dass er viel besser geeignet sei als seine furchtbaren Vorgänger Goluchowski und Aehrenthal, und unterstützte eine Politik der Entspannung auf dem Balkan.[338] Im Augenblick war unklar, was man unternehmen konnte, um die Beziehungen zu Russland zu verbessern: Nikolai Hartwig schürte eifrig den serbischen Ultranationalismus, auch die irredentistische Agitation innerhalb der Habsburger Monarchie; vor allem bemühten sich russische Agenten eifrig um einen Balkanbund gegen die Türkei und Österreich, was die Österreicher damals noch nicht wussten. Dennoch war die neue Verwaltung im gemeinsamen Außenministerium bereit, einen Meinungsaustausch in die Wege zu leiten. Seine Politik, kündigte Berchtold in einer Rede vor der ungarischen Delegation am 30. April 1912 an, sei »eine Politik der Stabilität und des Friedens, der Erhaltung des Bestehenden und der Vermeidung von Verwicklungen und Erschütterungen«.[339]

Die Balkankriege sollten diese Verpflichtung auf eine harte Probe stellen. Der wichtigste Zankapfel war Albanien. Die Österreicher setzten sich weiterhin für die Gründung eines unabhängigen Albaniens ein, das im Laufe der Zeit, so hoffte man, zu einem österreichischen Satellitenstaat werde. Die serbische Regierung hingegen war entschlossen, sich ein Territorium einzuverleiben, welches das Kernland mit der Adriaküste verband. Während der Balkankriege von 1912 und 1913 lösten mehrere serbische Angriffe auf Nordalbanien eine Reihe internationaler Krisen aus. Die Folge war eine deutliche Verschlechterung der österreichisch-serbischen Beziehungen. Österreichs Bereitschaft, die serbischen Forderungen zu erfüllen (oder sie nur ernst zu nehmen), schwand, und Serbien, dessen Selbstvertrauen durch den Erwerb von Ländern im Süden und Südosten enorm gewachsen war, wurde zu einer immer bedrohlicheren Präsenz.

Die österreichische Feindseligkeit gegen Belgrads Triumphe wurde vom Herbst 1913 an durch schlechte Neuigkeiten aus den von serbischen Truppen eroberten Gebieten verstärkt. Von dem österreichischen Generalkonsul

Jehlitschka in Skopje gingen im Oktober 1913 Berichte über Gräueltaten gegen die einheimische Bevölkerung ein. In einem war die Rede von der Zerstörung zehn kleiner Dörfer, deren gesamte Bevölkerung getötet worden sei. Zuerst wurden die Männer gezwungen, aus dem Dorf zu kommen, und reihenweise erschossen; dann wurden die Häuser in Brand gesteckt, und als die Frauen und Kinder vor den Flammen flüchteten, wurden sie mit Bajonetten ermordet. Im Allgemeinen, so der Generalkonsul, übernahmen die Offiziere das Erschießen der Männer; der Mord an den Frauen und Kindern wurde den einfachen Soldaten überlassen. Eine andere Quelle beschrieb das Verhalten serbischer Soldaten nach der Besetzung von Gostivar, einer Stadt in einer Region, wo es zu einem albanischen Aufstand gegen die serbischen Eindringlinge gekommen war. Rund 300 Muslime aus Gostivar, die an dem Aufstand überhaupt nicht beteiligt gewesen waren, wurden verhaftet und in der Nacht in Gruppen von zwanzig bis dreißig Mann aus der Stadt geführt, wo sie mit den Gewehrkolben erschlagen und mit Bajonetten erstochen wurden (Schüsse hätten die schlafenden Einwohner der Stadt geweckt). Dann warf man sie in ein riesiges offenes Grab, das man zuvor eigens zu diesem Zweck ausgehoben hatte. Das waren keine »Akte spontaner Brutalität«, schlussfolgerte Jehlitschka, sondern »eine mit kaltem Blute und systematisch, offenbar über höheren Befehl durchgeführte Eliminierungs- oder Ausrottungsoperation«.[340]

Solche Berichte, die sich wie gezeigt mit jenen britischer Vertreter in der Region deckten, wirkten sich unweigerlich auf die Stimmung und Haltung der politischen Führung in Wien aus. Im Mai 1914 meldete der serbische Gesandte in Wien Jovanović, dass sich sogar der französische Botschafter bei ihm über das Verhalten der Serben in den neuen Provinzen beschwert habe; ähnliche Beschwerden würden von griechischen, türkischen, bulgarischen und albanischen Kollegen eingehen, und es sei zu befürchten, dass die Beschädigung des serbischen Ansehens »sehr ernste Konsequenzen« haben könnte.[341] Die prompten Dementis von Pašić und seinen Ministern verstärkten den Eindruck, dass die Regierung entweder selbst hinter den Gräueltaten steckte oder nicht bereit war, etwas zu unternehmen, um sie zu verhindern. Sie wollte die Fälle nicht einmal untersuchen. Der österreichisch-

ungarische Gesandte in Belgrad amüsierte sich über Leitartikel in der Wiener Presse, die der serbischen Regierung rieten, die Minderheiten mit Samthandschuhen anzufassen und sie durch eine Politik der Versöhnung zu gewinnen. So ein Rat, bemerkte er in einem Brief an Berchtold, könnte in »Kulturstaaten« durchaus befolgt werden. Serbien sei jedoch ein Staat, wo »Mord und Totschlag zum System erhoben wurden«.[342] Die Wirkung dieser Berichte auf die österreichische Politik ist schwierig zu beurteilen – für all jene in Wien, die ohnehin bereits ein extrem klischeehaftes Bild von Serbien und seinen Bürgern hatten, waren die Meldungen alles andere als eine Überraschung. Zumindest unterstrichen sie in Wiens Augen die Unrechtmäßigkeit der serbischen territorialen Expansion.

Dennoch: Ein Krieg zwischen Österreich und Serbien schien im Frühjahr und Frühsommer 1914 unwahrscheinlich. In Belgrad war es im Frühjahr dieses Jahres relativ ruhig, Erschöpfung und ein gewisses Sättigungsgefühl in Folge der Balkankriege hatten sich eingestellt. Die Instabilität der neu eroberten Gebiete und die Spannungen zwischen ziviler und militärischer Verwaltung, die Serbien keine Ruhe ließen, gaben allen Anlass zu der Annahme, dass sich die Regierung in Belgrad auf absehbare Zeit in erster Linie mit Aufgaben der inneren Konsolidierung beschäftigen werde. In einem am 24. Mai 1914 abgeschickten Bericht beobachtete der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, Baron Giesl, dass die serbische Truppenstärke entlang der albanischen Grenze zwar weiterhin hoch sei, es allem Anschein nach jedoch keinen Grund gebe, weitere Einfälle zu befürchten.[343] Und drei Wochen später, am 16. Juni, schlug eine Depesche von Gellinek, dem Militärattaché in Belgrad, einen ähnlich versöhnlichen Ton an. Es treffe zwar zu, dass die serbische Regierung »beurlaubte Offiziere einberufen, Reservemannschaft und Offiziere angewiesen, ihren Aufenthaltsort nicht zu verlassen, … und dadurch den schon während des Winters wesentlich erhöhten Bereitschaftsgrad der serbischen Armee noch um ein weiteres gesteigert [habe]. Aggressive Pläne [gegen Österreich-Ungarn], auch gegenüber Albanien, möchte ich Serbien derzeit nicht unterstellen«.[344] An der Südfront war alles ruhig.

Es gab auch keine Anzeichen, dass die Österreicher ihrerseits mit dem

Gedanken an Krieg spielten. Anfang Juni wies Berchtold einen hohen Ressortleiter im Auswärtigen Amt, Baron Franz Matscheko, an, ein geheimes Grundsatzpapier zu verfassen, das die Hauptsorgen des Reiches auf dem Balkan skizzierte und Lösungen vorschlug. Das »Matscheko-Memorandum«, das in Absprache mit Forgách und Berchtold ausgearbeitet und dem Außenminister am 24. Juni vorgelegt wurde, gibt uns den klarsten Einblick in die Denkweise der österreichischen Regierung im Sommer 1914. Es ist alles andere als ein hoffnungsfrohes Dokument. Matscheko sieht nur zwei positive Entwicklungen auf dem Balkan: Anzeichen für eine Annäherung zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien, das endlich »aus der russischen Hypnose erwacht« war, und die Schaffung eines unabhängigen Albaniens.[345] Aber Albanien war nicht gerade ein Musterbeispiel für eine erfolgreiche Staatsgründung: Das Ausmaß der inneren Unruhen und Gesetzlosigkeit war sehr hoch, und unter Albanern war man sich einig, dass es ohne Hilfe von außen keine Ordnung geben würde.[346] Und fast alle anderen aktuellen Entwicklungen waren negativ: Das durch die beiden Balkankriege vergrößerte und gestärkte Serbien stellte eine größere Gefahr dar als je zuvor, die rumänische öffentliche Meinung hatte sich Russland zugewandt, was wiederum die Frage aufwarf, wann Rumänien offiziell den Dreibund verlassen würde, um sich mit Russland zu verbünden. Österreich sah sich in jedem Fall mit einer russischen Politik (mit Rückendeckung aus Paris) konfrontiert, die »in letzter Linie aggressive und gegen das Bestehende gerichtete Tendenzen« verfolgte. Denn jetzt, wo die Türkei in Europa vernichtet worden sei, könne das einzige Ziel eines von Russland unterstützten Balkanbundes die endgültige Auflösung von Österreich-Ungarn selbst sein, dessen Gebiete Russland eines Tages seinen hungrigen Satelliten überlassen werde.

Und wie sah die Lösung aus? Das Memorandum konzentrierte sich auf vier diplomatische Hauptziele. Erstens müssten die Deutschen auf eine Linie mit der österreichischen Balkanpolitik gebracht werden – Berlin habe es unablässig versäumt, den Ernst der Herausforderungen zu erkennen, mit denen sich Wien auf dem Balkan konfrontiert sah, und müsse für eine positivere Haltung gewonnen werden. Zweitens sollte Rumänien gedrängt

werden, unmissverständlich zu erklären, wo seine Verbündeten ständen. Die Russen hätten Bukarest den Hof gemacht, in der Hoffnung, einen neuen Frontabschnitt gegen Österreich-Ungarn zu bekommen. Falls die Rumänen wirklich die Absicht hätten, sich mit der Entente zu verbünden, müsse Wien das so schnell wie möglich wissen, damit man Vorkehrungen für die Verteidigung von Transsylvanien und den Rest des östlichen Ungarns treffen könne. Drittens müsse der Versuch unternommen werden, den Abschluss eines Bündnisses mit Bulgarien zu beschleunigen, um den Auswirkungen der verbesserten Beziehung zwischen Russland und Serbien entgegenzutreten. Schließlich müsse man sich mit Hilfe wirtschaftlicher Zugeständnisse darum bemühen, Serbien von einer Politik der Konfrontation abzubringen – allerdings war Matscheko skeptisch, ob man auf diesem Weg die Feindseligkeit Belgrads überwinden konnte.

Es schwang der Hauch einer nervösen Paranoia in dem Matscheko-Memorandum mit, eine merkwürdige Kombination aus Manieriertheit und Fatalismus, die viele österreichische Zeitgenossen als charakteristisch für die Stimmung und Kultur im Wien des frühen 20. Jahrhunderts eingestuft hätten. Aber es war nicht der leiseste Fingerzeig darin enthalten, dass Wien einen Krieg, sei er begrenzt oder umfassend, als unmittelbar bevorstehend, notwendig oder gar wünschenswert eingestuft hätte. Ganz im Gegenteil lag der Schwerpunkt eindeutig auf diplomatischen Mitteln und Zielsetzungen, im Einklang mit Wiens Eigendarstellung als Exponent einer »konservativen und Friedenspolitik«.[347]

Conrad hingegen, der im Dezember 1912 von dem Posten des Generalstabschefs abgesetzt worden war, hielt stur an einer Kriegspolitik fest. Doch sein Einfluss schwand zusehends. Im Mai 1913 wurde aufgedeckt, dass Oberst Alfred Redl, der ehemalige Chef der militärischen Spionageabwehr und Stabschef des 8. Armeekorps in Prag, routinemäßig streng vertrauliche Militärgeheimnisse an St. Petersburg weitergegeben hatte, darunter komplette Mobilmachungspläne, die wiederum in groben Zügen von den Russen an Belgrad verraten wurden. Der Skandal warf, gelinde gesagt, ein unrühmliches Licht auf Conrads Fähigkeiten als militärischer Verwalter, weil alle Ernennungen auf dieser Ebene in seine Zuständigkeit fielen. Redl war ein

extravaganter Homosexueller, dessen indiskrete und kostspielige Liaisons ihn zu einem leichten Opfer für die Erpresser des russischen Nachrichtendienstes machten. Wie konnte dieser Umstand, so durfte man fragen, Conrad entgehen, jenem Mann, der seit 1906 für die Aufsicht über Redls Fortschritte verantwortlich war? Es wurde allgemein bemerkt, dass Conrad sich für diesen Aspekt seiner Tätigkeit kaum interessierte und dass er viele der neu berufenen hochrangigen Militärs lediglich flüchtig kannte. Er machte allerdings das Ganze noch schlimmer, indem er dem in Ungnade gefallenen Oberst dazu drängen ließ, in einem Hotelzimmer mit einer Pistole, die man ihm in die Hand drückte, Selbstmord zu begehen. Redl richtete die Waffe gegen sich – eine hässliche Lösung, die nicht nur den streng katholischen Thronerben verärgerte, sondern auch, was noch wichtiger war, dem Generalstab die Möglichkeit raubte, von Redl ein volles Geständnis zu bekommen, welche Unterlagen auf welche Weise nach St. Petersburg gelangt waren.

Womöglich war gerade das Conrads Absicht gewesen, denn es stellte sich heraus, dass unter den Personen, die an dem Verrat österreichischer Militärgeheimnisse beteiligt waren, auch ein Stabsoffizier südslawischer Herkunft namens Čedomil Jandrić war, der zufällig ein guter Freund von Conrads Sohn Kurt war. Čedomil und Kurt waren auf der Militärakademie Klassenkameraden gewesen und hatten häufig gemeinsam getrunken und gefeiert. Es tauchten Hinweise auf, die darauf schließen ließen, dass Jandrić zusammen mit der italienischen Geliebten des jungen Hötzendorf (zumindest in dieser Hinsicht war Kurt ganz der Vater) und einigen anderen Freunden aus ihrem Kreis an dem Verkauf von militärischen Geheimnissen an die Italiener beteiligt gewesen war. Der größte Teil der Informationen wurde anschließend von den Italienern an St. Petersburg weitergegeben. Kurt von Hötzendorf war womöglich direkt an der Spionagetätigkeit für die Russen beteiligt, wenn man den Behauptungen von Oberst Michail Alexejewitsch Swetschin, dem damaligen Chef des Militärgeheimdienstes für den Bezirk St. Petersburg, Glauben schenken kann. Swetschin erinnerte sich später, dass zu den österreichischen Agenten, die Russland hochkarätige Informationen lieferten, auch der Sohn des Stabschefs zählte, der sich angeblich in das

Arbeitszimmer seines Vaters geschlichen und Dokumente der Kriegsplanung zum Kopieren entwendet hatte. Man kann sich leicht ausmalen, welche Wirkung diese bizarren Verwicklungen auf Conrad haben mussten. Das volle Ausmaß der Schuld Kurt von Hötzendorfs (wenn er es tatsächlich selbst war) wurde damals nicht aufgedeckt, aber bei einem Treffen auf höchster Ebene im Mai 1913 in Wien, das Conrad leitete, wurde bekannt gegeben, dass der junge Mann für schuldig befunden wurde, wichtige Informationen über seine beschuldigten Kumpanen verschwiegen zu haben. Nachdem Conrad die Versammelten gedrängt hatte, die schwerste Strafe auszusprechen, wurde ihm schwindlig. Er gab den Vorsitz ab und musste für kurze Zeit den Raum verlassen.[348] Bei aller Arroganz, die er an den Tag legte, wurde der Stabschef durch den Redl-Skandal zutiefst getroffen. Er war so demoralisiert, dass er sich in den Sommermonaten des Jahres 1913 ganz untypisch ruhig verhielt.[349]

Franz Ferdinand war immer noch der größte Hemmschuh für eine Kriegspolitik. Der Thronerbe bemühte sich mehr als jeder andere darum, den Einfluss der Ratschläge Conrads auf die Entscheidungsträger zu neutralisieren. Anfang Februar 1913, kaum sechs Wochen nach der Absetzung Conrads, ermahnte Franz Ferdinand ihn auf einem Treffen im Palast Schönbrunn, dass es die Pflicht der Regierung sei, den Frieden zu bewahren. Conrad erwiderte mit der üblichen Offenheit sinngemäß: Doch gewiss nicht um jeden Preis.[350] Franz Ferdinand warnte wiederholt Berchtold, nicht auf die Argumente des ehemaligen Generalstabschefs zu hören, und schickte seinen Adjutanten Oberst Carl Bardolff mit der strikten Anweisung zu Conrad, er möge den Außenminister nicht »zu einer Aktion drängen«. Der Erzherzog wolle, so wurde Conrad mitgeteilt, »unter keinen Umständen einen Krieg gegen Russland … Er will von Serbien nicht einen Zwetschgenbaum, nicht ein Schaf, es fällt ihm nicht ein«.[351] Die Beziehung zwischen den beiden Männern war zunehmend angespannt. Im Herbst 1913 zeigte sich die Feindschaft zwischen ihnen ganz offen. Franz Ferdinand tadelte den im Dezember 1912 erneut zum Generalstabschef Berufenen vor einer Versammlung hoher Offiziere, weil er die Aufstellungen der Manöver geändert hatte, ohne ihn zu fragen. Nur durch die Vermittlung des

ehemaligen Stabschefs von Franz Ferdinand, Brosch von Aarenau, wurde Conrad von einem Rücktritt abgehalten. Es war nur eine Frage der Zeit, bis Conrad sein Amt abgeben musste. »Seit dem Fall Redl«, erinnerte sich ein Adjutant des Erzherzogs, »war der im Frieden immer schon lebensschwache Chef ein toter Mann. […] Es handelte sich nur um den Zeitpunkt der Bestattung.«[352] Nach weiteren wütenden Wortwechseln bei den Sommermanövern von 1914 in Bosnien beschloss Franz Ferdinand, seinen lästigen Stabschef loszuwerden. Wenn der Erzherzog den Besuch in Sarajevo überlebt hätte, wäre Conrad von seinem Posten entlassen worden. Die Falken hätten ihren entschlossensten und konsequentesten Wortführer verloren.

Unterdessen gab es auch – zumindest oberflächliche – Anzeichen für eine Verbesserung der diplomatischen Beziehungen zu Belgrad. Die österreichisch-ungarische Regierung besaß 51 Prozent der Orient-Eisenbahngesellschaft, ein internationales Unternehmen, das mit einer ursprünglich türkischen Konzession in Mazedonien tätig war. Da der größte Teil der Schienen nunmehr unter serbische Kontrolle geraten war, mussten sich Wien und Belgrad darauf einigen, wem denn die Gleise gehörten, wer für die Kosten der Reparatur von Kriegsschäden aufkam und wie oder ob die Arbeit daran fortgesetzt werden sollte. Belgrad beharrte auf den vollen serbischen Besitzrechten, und somit begannen im Frühjahr 1914 die Verhandlungen, um sich auf einen Preis und die Bedingungen der Übergabe zu einigen. Die Gespräche waren komplex, schwierig und gelegentlich hasserfüllt, insbesondere wenn willkürliche Einmischungen seitens Pašićs zu Nebensächlichkeiten den Fortgang der Verhandlungen störten, doch in der österreichischen und serbischen Presse wurde recht positiv darüber berichtet. Die Gespräche waren noch im Gange, als der Erzherzog nach Sarajevo fuhr.[353] Darüber hinaus machte eine Einigung Ende Mai 1914 nach Monaten offiziellen Ringens Mut. Eine kleine Zahl Gefangener sollte ausgetauscht werden, die von beiden Staaten unter dem Vorwurf der Spionage gefangen gehalten wurden. Das waren bescheidene, aber hoffnungsvolle Indikatoren, dass Österreich-Ungarn und Serbien im Laufe der Zeit durchaus lernen könnten, als gute Nachbarn miteinander zu leben.

198 Norman Stone, »Constitutional Crises in Hungary, 1903–1906«, in: *Slavonic and East European Review,* 45 (1967), S. 163–182; Peter F. Sugar, »An Underrated Event: The Hungarian Constitutional Crisis of 1905–6«, in: *East European Quarterly*, 15/3 (1981), S. 281–306.

199 A. Murad, *Franz Joseph and His Empire,* New York 1978, S. 176; Andrew C. Janos, »The Decline of Oligarchy: Bureaucratic and Mass Politics in the Age of Dualism (1867–1918)«, in: Andrew C. Janos und William B. Slottman (Hg.), *Revolution in Perspective: Essays on the Hungarian Soviet Republic of 1919,* Berkeley 1971, S. 1–60, hier S. 23 f.

200 Zitiert in Alan Sked, *The Decline and Fall of the Habsburg Empire 1815–1918,* New York 1991, S. 190 (deutsch: *Der Fall des Hauses Habsburg. Der unzeitige Tod eines Kaiserreichs,* Berlin 1993).

201 Samuel R. Williamson, *Austria-Hungary and the Origins of the First World War*, Houndmills 1991, S. 24; die Zahlen für das Jahr 1880 in Sked, *Decline and Fall*, S. 278 f.

202 Sked, *Decline and Fall*, S. 210 f.; Janos, »The Decline of Oligarchy«, S. 50–53.

203 Brigitte Hamann, *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators,* München 1996, S. 170–174.

204 Unter denjenigen, die sich die Possen der Abgeordneten anschauen wollten, war auch der junge Adolf Hitler. Zwischen Februar 1908 und Sommer 1909, als die Tschechen ihre Obstruktionspolitik auf die Spitze trieben, war er häufig auf der Besuchergalerie anzutreffen. Später sollte er behaupten, dieses Erlebnis habe ihn von seiner jugendlichen Bewunderung für das parlamentarische System »geheilt«.

205 Steven Beller, *Francis Joseph*, London 1996, S. 173 (deutsch: *Franz Joseph. Eine Biographie,* Wien 1997); Arthur J. May, *The Hapsburg Monarchy, 1867–1914*, Cambridge, Mass. 1951, S. 440; C. A. Macartney, *The House of Austria. The Later Phase, 1790–1918*, Edinburgh 1978, S. 240; R. A. Kann, *A History of the Habsburg Empire, 1526–1918*, Berkeley 1977, S. 452–461 (deutsch: *Geschichte des Habsburgerreiches 1526–1918*, Wien u.a. 1993); Robin Okey, *The Habsburg Monarchy, c. 1765–1918. From Enlightenment to Eclipse*, London 2001, S. 356–360.

206 Eine interessante Überlegung zu diesem Problem enthält Arthur J. May, »R. W. Seton-Watson and British Anti-Hapsburg Sentiment«, in: *American Slavic and East European Review,* 20, Nr. 1 (1961), S. 40–54.

207 Eine ausgezeichnete, knappe Analyse bietet Lothar Höbelt, »Parliamentary Politics in a Multinational Setting: Late Imperial Austria«, CAS Working Papers in Austrian Studies Series, Working Paper 92–6; seine Argumentation wird ausführlicher dargelegt in ders., »Parteien und Fraktionen im Cisleithanischen Reichsrat«, in: Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch (Hg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918,* 10 Bde., Wien 1973–2006, Bd. 7/1, S. 895–1006.

208 László Katus, »The Common Market of the Austro-Hungarian Monarchy«, in: András Gerö (Hg.), *The Austro-Hungarian Monarchy Revisited*, New York 2009, S. 21–49, hier S. 41.

209 István Deák, »The Fall of Austria-Hungary: Peace, Stability, and Legitimacy«, in: Geir Lundestad (Hg.), *The Fall of Great Powers*, Oxford 1994, S. 81–102, hier S. 86 f.

210 György Köver, »The Economic Achievements of the Austro-Hungarian Monarchy. Scales and Speed«, in: Gerö (Hg.), *Austro-Hungarian Monarchy*, S. 51–83, hier S. 79; Nachum T. Gross, »The Industrial Revolution in the Habsburg Monarchy 1750–1914«, in: Carlo C. Cipolla (Hg.), *The Emergence of Industrial Societies,* 6 Bde., New York 1976, Bd. 4/1, S. 228–278; David F. Good, »›Stagnation‹ and ›Take-Off‹ in Austria, 1873–1913«, in: *Economic History Review*, 27/1 (1974), S. 72–88, argumentiert, dass man zwar genau genommen nicht von einem österreichischen »Take-off« sprechen könne, dass das Wachstum im österreichischen Teil der Monarchie jedoch während der gesamten Vorkriegszeit robust blieb; John Komlos, »Economic Growth and Industrialisation in Hungary 1830–1913«, in: *Journal of European Economic History,* 1 (1981), S. 5–46; ders., *The*

Habsburg Monarchy as a Customs Union. Economic Development in Austria-Hungary in the Nineteenth Century, Princeton 1983, insb. S. 214–220; eine Darstellung, welche die Vitalität des österreichischen (im Gegensatz zum ungarischen) Pro-Kopf-Wachstums unterstreicht, bietet Max Stephan Schulze, »Patterns of Growth and Stagnation in the Late Nineteenth-Century Habsburg Economy«, in: *European Review of Economic History*, 4 (2000), S. 311–340.

211 Henry Wickham Steed, *The Hapsburg Monarchy*, London 1919, S. 77.

212 John Leslie, »The Antecedents of Austria-Hungary's War Aims. Policies and Policy-makers in Vienna and Budapest before and during 1914«, in: Elisabeth Springer und Leopold Kammerhold (Hg.), *Archiv und Forschung. Das Haus-, Hof- und Staatsarchiv in seiner Bedeutung für die Geschichte Österreichs und Europas*, Wien 1993, S. 307–394, hier S. 354.

213 Kann, *History*, S. 448; May, *Hapsburg Monarchy*, S. 442 f.; Sked, *Decline and Fall*, S. 264; Sasonow an Nikolaus II., 20. Januar 1914, GARF, Fond 543, Findliste (opis) 1, Akte (delo) 675.

214 Okey, *Habsburg Monarchy*, S. 303, 305.

215 Wolfgang Pav, »Die dalmatinischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat nach der Wahlrechtsreform von 1907«, MA-Arbeit, Universität Wien 2007, S. 144, online eingesehen unter http://othes.univie.ac.at/342/1/11-29-2007_0202290.pdf.

216 Zu diesem Trend siehe John Deak, »The Incomplete State in an Age of Total War. Or: The Habsburg Monarchy and the First World War as a Historiographical Problem«, unveröffentlichtes Manuskript, Universität von Notre Dame 2011; John Deak legte eine Version dieses Aufsatzes 2011 im Seminar für Modern European History in Cambridge vor. Ich danke ihm herzlich, dass er mir noch vor der Veröffentlichung Einblick in eine vollständige Fassung gewährte.

217 Maureen Healy, *Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. Total War and Everyday Life in World War I*, Cambridge 2004, S. 24; John W. Boyer, »Some Reflections on the Problem of Austria, Germany and Mitteleuropa«, in: *Central European History*, 22 (1989), S. 301–315, hier S. 311.

218 Zum Wachstum der Staatsausgaben in jenen Jahren siehe Deak, »The Incomplete State in an Age of Total War«.

219 Gary B. Cohen, »Neither Absolutism nor Anarchy: New Narratives on Society and Government in Late Imperial Austria«, in: *Austrian History Yearbook*, 29/1 (1998), S. 37–61, hier S. 44.

220 Robert Musil, *Der Mann ohne Eigenschaften*, Hamburg 1978, S. 32 f.

221 Barbara Jelavich, *History of the Balkans*, 2 Bde., Cambridge 1983, Bd. 2, S. 68.

222 F. Palacky vor dem »Fünfzigerausschuss« der Frankfurter Nationalversammlung, 11. April 1848, in: Hans Kohn, *Pan-Slavism. Its History and Ideology*, Notre Dame 1953, S. 65–69.

223 Zitiert in May, *Hapsburg Monarchy*, S. 199.

224 Lawrence Cole, »Military Veterans and Popular Patriotism in Imperial Austria, 1870–1914«, in: ders. und Daniel Unowsky (Hg.), *The Limits of Loyalty. Imperial Symbolism, Popular Allegiances and State Patriotism in the Late Habsburg Monarchy*, New York, Oxford 2007, S. 36–61, hier S. 55.

225 Zu Franz Joseph als »Unpersönlichkeit« und »Dämon der Mittelmäßigkeit« siehe Karl Kraus, *Die letzten Tage der Menschheit. Eine Tragödie in fünf Akten*, Frankfurt am Main 1986, IV. Akt, 29. Szene, S. 497 f.; siehe auch Hugh LeCaine Agnew, »The Flyspecks on Palivec's Portrait. Franz Joseph, the Symbols of Monarchy and Czech Popular Loyalty«, in Cole und Unowsky (Hg.), *Limits of Loyalty*, S. 86–112, hier S. 107.

226 Lothar Höbelt, *Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte*, Wien 2009; zum Anteil des Kaisers an der Ausarbeitung von Gesetzen und Verfassungen siehe: Lászlo Péter, »Die Verfassungsentwicklung in Ungarn«, in: Wandruszka and Urbanitsch (Hg.), *Die*

Habsburgermonarchie, Bd. 7/1, S. 239–540, insb. S. 403–414.

227 Beller, *Francis Joseph*, S. 173.

228 Joseph Maria Baernreither, *Fragmente eines politischen Tagebuches. Die südslawische Frage und Österreich-Ungarn vor dem Weltkrieg*, hg. Joseph Redlich, Berlin 1928, S. 210.

229 Zur Treue zum Kaiser siehe Stephen Fischer-Galati, »Nationalism and Kaisertreue«, in: *Slavic Review*, 22 (1963), S. 31–36; Robert A. Kann, »The Dynasty and the Imperial Idea«, in: *Austrian History Yearbook*, 3/1 (1967), S. 11–31; Lawrence Cole und Daniel Unowsky, »Introduction. Imperial Loyalty and Popular Allegiances in the Late Habsburg Monarchy«, in: dies. (Hg.), *Limits of Loyalty*, S. 1–10; im selben Band siehe auch folgende Kapitel: Christiane Wolf, »Representing Constitutional Monarchy in Late Nineteenth-Century and Early Twentieth-Century Britain, Germany and Austria«, S. 199–222, insb. S. 214; Alice Freifeld, »Empress Elisabeth as Hungarian Queen: The Uses of Celebrity Monarchy«, S. 138–161.

230 Joseph Roth, Der *Radetzkymarsch*, Köln 1989, S. 70.

231 F. R. Bridge, *From Sadowa to Sarajevo. The Foreign Policy of Austria-Hungary, 1866–1914*, London 1972, S. 71.

232 Noel Malcolm, *Bosnia. A Short History*, London 1994, S. 140 (deutsch: *Geschichte Bosniens*, Frankfurt am Main 1996).

233 Michael Palairet, *The Balkan Economies c. 1800–1914. Evolution without Development*, Cambridge 1997, S. 171, 369; Peter F. Sugar, *The Industrialization of Bosnia-Herzegovina, 1878–1918*, Seattle 1963; zu einer nicht ganz so positiven Einschätzung, die den eigennützigen Charakter der österreichischen Investitionen unterstreicht, gelangt Kurt Wessely, »Die wirtschaftliche Entwicklung von Bosnien-Herzegovina«, in: Wandruszka und Urbanitsch (Hg.), *Die Habsburgermonarchie*, Bd. 1, S. 528–566.

234 Robert J. Donia, *Islam under the Double Eagle. The Muslims of Bosnia and Herzegovina 1878–1914*, New York 1981, S. 8; Robert A. Kann, »Trends towards Colonialism in the Habsburg Empire, 1878–1914: The Case of Bosnia-Hercegovina 1878–1918«, in: D. K. Rowney und G. E. Orchard (Hg.), *Russian and Slavic History*, Columbus 1977, S. 164–180.

235 Martin Mayer, »Grundschulen in Serbien während des 19. Jahrhunderts. Elementarbildung in einer ›Nachzüglergesellschaft‹«, in: Norbert Reiter und Holm Sundhaussen (Hg.), *Allgemeinbildung als Modernisierungsfaktor. Zur Geschichte, der Elementarbildung in Südosteuropa von der Aufklärung bis zum Zweiten Weltkrieg*, Berlin 1994, S. 93.

236 Malcolm, *Bosnia*, S. 144.

237 Vladimir Dedijer, *The Road to Sarajevo*, London 1967, S. 278 (deutsch: *Die Zeitbombe: Sarajewo 1914*, Wien 1967).

238 Bemerkung, die vom ehemaligen österreichischen Handelsminister Joseph Maria Baernreither überliefert ist, siehe ders., *Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen. Fragmente eines politischen Tagebuches 1897–1917*, hg. Oskar Mitis, Wien 1939, S. 141 f.

239 William Eleroy Curtis, *The Turk and His Lost Provinces: Greece, Bulgaria, Servia, Bosnia*, Chicago, London 1903, S. 275; es könnte durchaus sein, dass Präsident Roosevelt Curtis gelesen hat, der ebenfalls den Bogen zu den Philippinen schlägt.

240 Edvard Beneš, *Le Problème Autrichien et la Question Tchèque*, Paris 1908, S. 307, zitiert in: Joachim Remak, »The Ausgleich and After – How Doomed the Habsburg Empire?«, in: Ludovik Holotik und Anton Vantuch (Hg.), *Der Österreich-Ungarische Ausgleich 1867*, Bratislava 1971, S. 971–988, hier S. 985.

241 Wickham Steed, Brief an den Chefredakteur, *Times Literary Supplement*, 24. September 1954; ders., *The Hapsburg Monarchy*, S. xiii.

242 Tomáš G. Masaryk, *The Making of a State. Memories and Observations, 1914–1918*, London 1927 [das tschechische Original und die deutsche Ausgabe erschienen 1925], S. 8. Eine Diskussion der Ansicht Steeds und speziell dieses Absatzes enthält Deak, »The Incomplete State in an Age of Total War«.

243 Oszkár Jászi, *The Dissolution of the Habsburg Monarchy*, Chicago 1929, S. 23, 451.

244 Oszkár Jászi, »Danubia: Old and New«, in: *Proceedings of the American Philosophical Society*, 93/1 (1949), S. 1–31, hier S. 2.

245 Mihály Babits, *Keresztükasul életemen*, Budapest 1939, zitiert in: Mihály Szegedy-Maszák, »The Re-evaluated Past. The Memory of the Dual Monarchy in Hungarian Literature«, in: Gerö (Hg.), *Austro-Hungarian Monarchy*, S. 192–216, hier S. 196.

246 Eine hilfreiche Zusammenstellung mehrerer Länderstudien enthält Marian Kent (Hg.), *The Great Powers and the End of the Ottoman Empire*, London 1984.

247 Williamson, *Austria-Hungary*, S. 59 ff.; Bridge, *From Sadowa to Sarajevo*, S. 211–309.

248 Der französische Originalwortlaut des Dreikaiserabkommens (von 1881) sowie das separate Protokoll sind abgedruckt in *GP*, Bd. 3, Dok. 532, S. 176–179; dazu auch Bridge, *From Sadowa to Sarajevo*, S. 399–402.

249 Zitiert in ebenda, S. 141. Siehe dazu aber auch Ernst R. Rutkowski, »Gustav Graf Kálnoky. Eine biographische Skizze«, in: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs*, 14 (1961), S. 330–343.

250 Denkschrift Kálnokys für Taaffe, September 1885, zitiert in Bridge, *From Sadowa to Sarajevo*, S. 149.

251 Edmund Glaise von Horstenau, *Franz Josephs Weggefährte: das Leben des Generalstabschefs, Grafen Beck nach seinen Aufzeichnungen und hinterlassenen Dokumenten*, Zürich, Wien 1930, S. 391.

252 Bridge, *From Sadowa to Sarajevo*, S. 263.

253 Kosztowits an Tets van Goudriaan, Belgrad, 22. Januar 1906, NA, 2.05.36, Dok. 10, Rapporten aan en briefwisseling met het Ministerie van Buitenlandse Zaken.

254 Eine aufschlussreiche Diskussion dieser Abkommen, die sich auf die Memoiren und Tagebücher des bulgarischen Diplomaten Christofor Chessaptschiew stützt, bietet Kiril Valtchev Merjanski, »The Secret Serbian-Bulgarian Treaty of Alliance of 1904 and the Russian Policy in the Balkans before the Bosnian Crisis«, MA-Arbeit, Wright State University, 2007, S. 30 f., 38 f., 41 f., 44, 50 f., 53–78. Siehe auch Constantin Dumba, *Memoirs of a Diplomat*, London 1933, S. 137 ff.; Miloš Bogičević, *Die auswärtige Politik Serbiens 1903–1914*, 3 Bde., Berlin 1931, Bd. 3, S. 29.

255 Eine klassische Diskussion dieses Problems bietet Solomon Wank, »Foreign Policy and the Nationality Problem in Austria-Hungary, 1867–1914«, in: *Austrian History Yearbook*, 3 (1967), S. 37–56.

256 Pomiankowski an Beck, Belgrad, 17. Februar 1906, zitiert in: Günther Kronenbitter, »*Krieg im Frieden«. Die Führung der k.u.k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906–1914*, München 2003, S. 327.

257 »Konzept der Instruktion für Forgách anlässlich seines Amtsantrittes in Belgrad«, Wien, 6. Juli 1907, in: Solomon Wank (Hg.), *Aus dem Nachlass Aehrenthal. Briefe und Dokumente zur österreichisch-ungarischen Innen- und Aussenpolitik 1885–1912*, 2 Bde., Graz 1994, Bd. 2, Dok. 377, S. 517–520, hier S. 518.

258 Solomon Wank, »Aehrenthal's Programme for the Constitutional Transformation of the Habsburg Monarchy: Three Secret Memoires«, in: *Slavonic and East European Review*, 42 (1963), S. 513–536, hier S. 515.

259 Zum Hintergrund der Annexion siehe Bernadotte E. Schmitt, *The Annexation of Bosnia 1908–1909*, Cambridge 1937, S. 1–18.

260 Okey, *Habsburg Monarchy*, S. 363.

261 Holger Afflerbach, *Der Dreibund. Europäische Grossmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg*, Wien 2002, S. 629.

262 N. Shebeko, *Souvenirs. Essai historique sur les origines de la guerre de 1914*, Paris 1936, S. 83.

263 Harold Nicolson, *Die Verschwörung der Diplomaten. Aus Sir Arthur Nicolsons Leben 1849–1928*, Frankfurt am Main 1930, S. 301 f.; Williamson, *Austria-Hungary*, S. 68 f.; Schmitt, *The Annexation of Bosnia*, S. 49–60; eine zeitgenössische Darstellung, die diese Sichtweise bestätigt, siehe: Baron M. de Taube, *La politique russe d'avant-guerre et la fin de l'empire des Tsars*, Paris 1928, S. 186 f.

264 Theodor von Sosnosky, *Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866*, Berlin 1913, S. 170 ff.; Schmitt, *Annexation of Bosnia*, S. 43 f.; Afflerbach, *Dreibund*, S. 750–754, 788–814; R. J. B. Bosworth, *Italy, the Least of the Great Powers: Italian Foreign Policy before the First World War*, Cambridge 1979, S. 87 f., 223 f., 245.

265 W. M. Carlgren, *Iswolsky und Aehrenthal vor der bosnischen Annexionskrise. Russische und österreichisch-ungarische Balkanpolitik 1906–1908*, Uppsala 1955, S. 86 f.

266 David Stevenson, *Armaments and the Coming of War. Europe 1904–1915*, Oxford 1996, S. 162 f.

267 Paul Miliukov, *Political Memoirs 1905–1917*, Ann Arbor 1967, S. 242; V. N. Strandmann, *Balkanske Uspomene*, aus dem Russischen ins Serbische übers. von Jovan Kachaki, Belgrad 2009, S. 238.

268 G. Schödl, *Kroatische Nationalpolitik und »Jugoslavenstvo«. Studien zur nationalen Integration und regionaler Politik in Kroatien-Dalmatien am Beginn des 20. Jahrhunderts*, München 1990, S. 289.

269 Tomáš G. Masaryk, *Der Agramer Hochverratsprozess und die Annexion von Bosnien und Herzegowina*, Wien 1909, eine Broschüre, die die wichtigsten Reden Masaryks zum Agramer Gerichtsskandal enthält; siehe auch von Sosnosky, *Die Balkanpolitik*, S. 221–224; Baernreither, *Fragmente*. *Die südslawische Frage*, S. 133–145.

270 Forgách an Aehrenthal, Belgrad, 9. November 1910, *ÖUAP*, Bd. 3, Dok. 2296, S. 40; Forgách an Aehrenthal, Belgrad, 13. November 1910, ebenda, Dok. 2309, S. 49; Forgách an Aehrenthal, Belgrad, 15. November 1910, ebenda, Dok. 2316, S. 56 ff.; Forgách an Aehrenthal, Belgrad, 22. November 1910, ebenda, Dok. 2323, S. 64 ff.

271 Forgách an Aehrenthal, Belgrad, 26. November 1910, ebenda, Dok. 2329, S. 72 ff.

272 Forgách an Macchio, Belgrad, 17. Januar 1911, ebenda, Dok. 2413, S. 146.

273 Forgách an Aehrenthal, Belgrad, 12. Dezember 1910, ebenda, Dok. 2369, S. 109 f.

274 Forgách an Aehrenthal, Belgrad, 1. April 1911, ebenda, Dok. 2490, S. 219.

275 Siehe Miroslav Spalajković, *La Bosnie et l'Herzégovine. Étude d'histoire diplomatique et de droit international*, Paris 1897, insb. S. 256–316.

276 Notizen über ein Gespräch mit Descos von Jean Doulcet, St. Petersburg, 8. Dezember 1913, AMAE Papiers Jean Doulcet, Bd. 23, Saint Petersbourg IV, Notes personnelles, 1912–1917.

277 Leslie, »Antecedents«, S. 341; zur Feindschaft zwischen Forgách und Spalajković siehe auch

Friedrich Würthle, *Die Spur führt nach Belgrad*, Wien 1975, S. 186–192.

278 Tschirschky an Bethmann Hollweg, Wien, 13. Februar 1910, PA-AA, R 10984.

279 Notizen zu einem Gespräch mit André Panafieu, St. Petersburg, 11. Dezember 1912, AMAE Papiers Jean Doulcet, Bd. 23.

280 Strandmann, *Balkanske Uspomene*, S. 249.

281 Malenković an Pašić, Budapest, 12. Juli 1914, AS, MID – PO, 416, Bl. 162.

282 Andrew Lamb, »Léhar's *Die Lustige Witwe* – Theatrical Fantasy or Political Reality?«, Beitrag im Programmheft der englischen Aufführung *The Merry Widow*, Royal Opera, London, 1997; überarbeitet und online zugänglich unter http://www.josef-weinberger.com/mw/politics.html.

283 Egon Erwin Kisch, *Mein Leben für die Zeitung 1906–1913. Journalistische Texte 1*, Berlin und Weimar 1983, S. 140 ff.

284 Poliwanow an Neratow, St. Petersburg, 14. August 1911, *IBZI*, Reihe 3, Bd. 1, Teil 1, Dok. 318, S. 383 f.

285 Kronenbitter, *Großmachtpolitik Österreich-Ungarns*, S. 321; Christopher Seton Watson, *Italy from Liberalism to Fascism, 1870–1925*, London 1967, S. 333–338.

286 Ebenda, S. 344.

287 Der Wortlaut des Racconigi-Abkommens (auf Französisch und Russisch) findet sich in: Narodni komissariat po inostrannym delam (Hg.), *Materialy po istorii franko-russkich otnoschenii sa 1910–1914 g.g. Sbornik sekretnych diplomatitscheskich dokumentow bywschego Imperatorskogo rossiiskogo ministerstwa inostrannych del*, Moskau 1922, S. 298; zum anschließenden Abkommen zwischen Österreich-Ungarn und Italien siehe Guido Donnino, *L'Accordo Italo-Russo di Racconigi*, Mailand 1983, S. 273–279.

288 Čedomir Antić, »Crisis and Armament. Economic Relations between Great Britain and Serbia 1910–1912«, in: *Balcanica*, 36 (2006), S. 158 f.

289 Aehrenthal an Szögyény, Erlass nach Berlin, 29. Dezember 1911, *ÖUAP*, Bd. 3, Dok. 3175, S. 733; Radoslav Vesnić, *Dr Milenko Vesnić, Gransenjer Srbske Diplomatije*, Belgrad 2008, S. 275, 280.

290 Von Haymerle an AM Wien, Belgrad, 9 Oktober 1910, *ÖUAP*, Bd. 3, Dok. 2266, S. 13 f.

291 Ugron an Aehrenthal, Belgrad, 12. November 1911, *ÖUAP*, Bd. 3, Dok. 2911, S. 539; Ugron an Aehrenthal, Belgrad, 14. November 1911, ebenda, Dok. 2921, S. 545 f.; Gellinek an Generalstabschef, Belgrad, 15. November 1911, ebenda, Dok. 2929, S. 549 f.

292 Gellinek an Generalstabschef, Belgrad, 22. November 1911, ebenda, Dok. 2966, S. 574; siehe auch Ugron an Aehrenthal, Belgrad, 29. Januar 1912, transkribiert in Barbara Jelavich, »What the Habsburg Government Knew about the Black Hand«, in: *Austrian History Yearbook*, 22 (1991), S. 131–150, hier S. 141.

293 Gellinek an Generalstabschef, Belgrad, 15. November 1911, *ÖUAP*, Bd. 3, Dok. 2928, S. 549; Gellinek an Generalstabschef, Belgrad, 15. November 1911, ebenda, Dok. 2929, S. 549 f.

294 Gellinek an Generalstabschef, Belgrad, 3. Dezember 1911, ebenda, Dok. 3041, S. 627; Gellinek an Generalstabschef, Belgrad, 2. Februar 1912, ebenda, Dok. 3264, S. 806 f.

295 Ugron an AM Wien, Belgrad, 6. Februar 1912, ebenda, Dok. 3270, S. 812 ff.

296 Jelavich, »What the Habsburg Government Knew«, S. 138.

297 Gellinek an Generalstabschef, Belgrad, 18. Januar 1914, transkribiert in Jelavich, »What the Habsburg Government Knew«, S. 142 ff., hier S. 143.

298 Gellinek an Generalstabschef, Belgrad, 10. Mai 1914, transkribiert in ebenda, S. 145 ff., hier S. 145.

299 Gellinek an Generalstabschef, Belgrad, 21. Mai 1914, transkribiert in ebenda, S. 147 ff., hier S. 147 f.

300 Gellinek an Generalstabschef, Belgrad, 21. Juni 1914, transkribiert in ebenda, S. 149 f., hier S. 150.

301 Hugo Hantsch, *Leopold Graf Berchtold. Grandseigneur und Staatsmann,* 2 Bde., Graz 1963, Bd. 2, S. 489.

302 Leon Biliński, *Wspomnienia i dokumenty,* 2 Bde., Warschau 1924, Bd. 1, S. 260 ff.; eine tiefsinnige Analyse dieser Begegnung enthält auch ein Kapitel eines unveröffentlichten Manuskripts von Samuel R. Williamson mit dem Titel »Serbia and Austria-Hungary: The Final Rehearsal, October 1913«, S. 13 ff. Ich bin Professor Williamson außerordentlich dankbar, dass er mir dieses Kapitel zeigte, das mir half, die Entwicklung der österreichisch-serbischen Beziehungen nach dem Zweiten Balkankrieg mit neuen Augen zu sehen.

303 Zu Berchtolds außerordentlicher, aber kaum aufrichtiger Höflichkeit, der stets leichthin, aber seiner selbst unsicher und deshalb zurückhaltend und wenig mitteilsam war (»politesse exquise, mais peu sincère, léger, peu sûr de luimême, et à cause de cela réservé et peu communicatif«), siehe Shebeko, *Souvenirs*, S. 167.

304 Jelavich, »What the Habsburg Government Knew«, S. 131–150.

305 Kronenbitter, *Großmachtpolitik Österreich-Ungarns*, S. 386.

306 Gellinek, Resümee über die serbische Armee nach ihrem Feldzug gegen Bulgarien im Sommer 1913, zitiert in ebenda, S. 434 f.; zu österreichischen Beurteilungen der serbischen militärischen Stärke siehe auch Rudolf Jerábek, *Potiorek. General im Schatten von Sarajevo,* Graz 1991, S. 106.

307 Eine ausgezeichnete Analyse der Entscheidungsstrukturen in Österreich-Ungarn bietet Leslie, »Antecedents«.

308 Gina Gräfin Conrad von Hötzendorf, *Mein Leben mit Conrad von Hötzendorf,* Leipzig 1935, S. 12.

309 Lawrence Sondhaus, *Franz Conrad von Hötzendorf: Architect of the Apocalypse,* Boston 2000, S. 111.

310 Holger Herwig, *The First World War. Germany and Austria-Hungary, 1914–1918,* London 1997, S. 10.

311 Hans Jürgen Pantenius, *Der Angriffsgedanke gegen Italien bei Conrad von Hötzendorf. Ein Beitrag zur Koalitionskriegsführung im Ersten Weltkrieg*, 2 Bde., Köln 1984, Bd. 1, S. 350–357: Herwig, *The First World War*, S. 9 f.

312 Roberto Segre, *Vienna e Belgrado 1876–1914,* Mailand [1935], S. 43.

313 Gräfin Conrad von Hötzendorf, *Mein Leben mit Conrad, S.* 44.

314 Conrad, Denkschrift vom 31. Dezember 1907, zitiert in: Kronenbitter, *Großmachtpolitik Österreich-Ungarns*, S. 330.

315 Gräfin Conrad von Hötzendorf, *Mein Leben mit Conrad*, S. 101.

316 Herwig, *First World War,* S. 19 ff.

317 Zu Conrads Haltung zu einem bewaffneten Konflikt siehe Kronenbitter, *Großmachtpolitik Österreich-Ungarns,* S. 135 ff., 139 f.; István Deák, *Beyond Nationalism. A Social and Political History of the Habsburg Officer Corps,* New York 1990, S. 73; Pantenius, *Angriffsgedanke,* S. 231, 233–236.

318 Aehrenthal, Denkschrift vom 22. Oktober 1911, zitiert in Kronenbitter, *Großmachtpolitik*

Österreich-Ungarns, S. 365 f.

319 Conrad von Hötzendorf, *Aus meiner Dienstzeit, 1906–1918,* 5 Bde., Wien 1921–1925, Bd. 2, S. 282.

320 Deák, *Beyond Nationalism*, S. 73.

321 Bridge, *From Sadowa to Sarajevo*, S. 336; Sondhaus, *Architect of the Apocalypse,* S. 106.

322 Rudolf Sieghart, *Die letzten Jahrzehnte einer Großmacht*, Berlin 1932, S. 52; Georg Franz, *Erzherzog Franz Ferdinand und die Pläne zur Reform der Habsburger Monarchie*, Brünn 1943, S. 23.

323 Lawrence Sondhaus, *The Naval Policy of Austria-Hungary 1867–1918. Navalism, Industrial Development and the Politics of Dualism,* West Lafayette 1994, S. 176; der österreichische Regierungschef Koerber benutzte die Bezeichnung »Schattenregierung«, siehe Franz, *Erzherzog Franz Ferdinand*, S. 25.

324 Zitiert in Kronenbitter, *Großmachtpolitik Österreich-Ungarns*, S. 66.

325 Lavender Cassels, *The Archduke and the Assassin,* London 1984, S. 23; Franz, *Erzherzog Franz Ferdinand*, S. 18.

326 Keith Hitchins, *The Nationality Problem in Austria-Hungary. The Reports of Alexander Vaida to Archduke Franz Ferdinand's Chancellery,* Leiden 1974, S. x, 8–14, 176–179 und passim.

327 Stephan Verosta, *Theorie und Realität von Bündnissen. Heinrich Lammasch, Karl Renner und der Zweibund, 1897–1914,* Wien 1971, S. 244, 258 f., 266.

328 Kronenbitter, *Großmachtpolitik Österreich-Ungarns,* S. 74, 163; Sondhaus, *Architect of the Apocalypse*, S. 118.

329 Sondhaus, *Architect of the Apocalypse*, S. 104 f.

330 Franz Ferdinand an Aehrenthal, 6. August 1908, zitiert in Leopold von Chlumecky, *Erzherzog Franz Ferdinands Wirken und Wollen,* Berlin 1929, S. 98.

331 Franz Ferdinand an Aehrenthal, 20. Oktober 1908, zitiert in Kronenbitter, *Großmachtpolitik Österreich-Ungarns*, S. 338 f.

332 Franz Ferdinand an Major Alexander Brosch von Aarenau, 20. Oktober 1908, zitiert in Chlumecky, *Erzherzog Franz Ferdinands Wirken und Wollen*, S. 99; Rudolf Kiszling, *Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este. Leben, Pläne und Wirken am Schicksalsweg der Donaumonarchie,* Graz 1953, S. 127–130; Sondhaus, *Architect of the Apocalypse,* S. 102.

333 Zu seinen Motiven für die Annahme des Postens siehe Berchtold, Tagebucheintrag vom 2. Februar 1908, zitiert in Hantsch, *Berchtold*, Bd. 1, S. 88.

334 Ebenda, S. 86.

335 Berchtold an Aehrenthal, St. Petersburg, 19. November 1908, zitiert in ebenda, S. 132 ff.

336 Ebenda, S. 206; zu Berchtolds Ansichten zum Spießbürgertum der Highsociety in St. Petersburg siehe S. 233.

337 Leslie, »Antecedents«, S. 377.

338 Franz Ferdinand an Berchtold, Wien, 16. Januar 1913, zitiert in Bridge, *From Sadowa to Sarajevo*, S. 342.

339 Zitiert in Hantsch, *Berchtold*, Bd. 1, S. 265.

340 Report des Generalkonsuls Jehlitschka in Üsküb, 24. Oktober 1913, kopiert als Anhang zu Griesinger an deutsches Auswärtiges Amt, Belgrad, 30. Oktober, PA-AA, R14 276, zitiert in Katrin Boeckh, *Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg. Kleinstaatenpolitik und ethnische*

Selbstbestimmung auf dem Balkan, München 1996, S. 168.

341 Jovanović an Pašić, Wien, 6. Mai 1914, AS, MID – PO, 415, Bl. 674.

342 Storck an Berchtold, Belgrad, 28. Oktober 1913, zitiert in Boeckh, *Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg*, S. 171 f.

343 Giesl an AM Wien, Belgrad, 30. Mai 1914, in *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 9774, S. 96 f.

344 Gellinek an AM Wien, ebenda, Dok. 9883, S. 158 f.

345 Der Wortlaut des Matscheko-Memorandums findet sich ebenda, Dok. 9918 (Fassung vom 24. Juni 1914), S. 186–198, hier S. 186; dazu auch Bridge, *From Sadowa to Sarajevo*, S. 443–448, hier S. 443.

346 Zur Notwendigkeit einer äußeren Hilfe siehe De Veer und Thomson (Niederländische Gesandtschaft in Albania) an Kriegsministerium der Niederlande, NA, 2.05.03, Dok. 652 Algemeine Correspondentie over Albanië, Ministerie van Buitenlandse Zaken.

347 Sämtliche Zitate aus dem Matscheko-Memorandum sind dem deutschen Wortlaut entnommen, der abgedruck ist in *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 9918, S. 186–198; dazu auch Bridge, *From Sadowa to Sarajevo*. Zu der Paranoia, die in dem Memorandum zum Ausdruck kommt, und der »Schrillheit« des Tons siehe Williamson, *Austria-Hungary*, S. 165–170; zur friedliebenden allgemeinen Anschauung: Bridge, *From Sadowa to Sarajevo*, S. 334 f.; eine andere Anschauung, die davon ausgeht, dass die im Memorandum genannten Ziele (insbesondere die Einbindung Rumäniens) lediglich über das Auslösen einer Krise erreicht werden konnten, vertritt Paul Schroeder in »Romania and the Great Powers before 1914«, in: *Revue Roumaine d’Histoire*, 14/1 (1975), S. 39–53.

348 Siehe Kronenbitter, *Großmachtpolitik Österreich-Ungarns*, S. 236 f.; zur Beteiligung des jungen Hötzendorf siehe Bruce W. Menning, »Russian Military Intelligence, July 1914. What St Petersburg Perceived and Why It Mattered«, unveröffentlichtes Typoskript. Ich bin Professor Menning außerordentlich dankbar, dass er mir diesen Aufsatz noch vor der Veröffentlichung im *Journal of Modern History* zur Verfügung gestellt und mit mir seine Überlegungen zum Stellenwert der Aufklärung beim russischen Entscheidungsprozess diskutiert hat. Zu den Memoiren Swetschins, die Menning disktuierte, siehe Michail Swetschin, *Sapiski starogo generala o bylom*, Nizza 1964, insb. S. 99.

349 Williamson, *Austria-Hungary*, S. 146.

350 Zitiert in Sondhaus, *Architect of the Apocalypse*, S. 122.

351 Von Hötzendorf, *Aus meiner Dienstzeit*, Bd. 3, S. 169; Karl Bardolff, *Soldat im alten Österreich*, Jena 1938, S. 177; Kiszling, *Erzherzog Franz Ferdinand*, S. 196.

352 Zitiert in Kronenbitter, *Großmachtpolitik Österreich-Ungarns*, S. 71 f.

353 Strandmann, *Balkanske Uspomene*, S. 245–250; zu den Beschwerden serbischer Unterhändler über die Einmischungen Pašićs, siehe Mikhail Ilić an Pašić, Wien, 9. März 1914; ders. an dens., Wien, 10. März 1914, und insb. ders. an dens., 11. März 1914, wo Ilić Pašić bittet, von weiteren Störungen der Verhandlungen durch »Neuheiten« abzusehen, AS, MID – PO, 415, Bl. 9–12, 14–24, 25 ff.; zur Bereitschaft beider Parteien, zu einer Einigung zu gelangen, siehe Hartwig an Sasonow, Belgrad, 4. März 1914, *IBZI*, Reihe 1, Bd. 1, Dok. 379, S. 375.

TEIL II

EIN GETEILTER KONTINENT

KAPITEL 3
DIE POLARISIERUNG EUROPAS 1887–1907

Schon wenn man ein Schaubild der Bündnisse zwischen den europäischen Großmächten im Jahr 1887 mit einer ähnlichen Karte für das Jahr 1907 vergleicht, ist eine deutliche Veränderung zu erkennen. Die erste Karte zeigt ein multipolares System, in dem sich vielfältige Kräfte und Interessen gegenseitig in einem fragilen Gleichgewicht ausbalancieren. In Afrika und Südasien waren Großbritannien und Frankreich Rivalen; Großbritannien trat in Zentralasien und Persien Russland entgegen. Frankreich war entschlossen, das Diktat des deutschen Sieges von 1870 rückgängig zu machen. Entgegengesetzte Interessen auf dem Balkan gaben den Anlass zu Spannungen zwischen Russland und Österreich-Ungarn. Italien und Österreich waren Rivalen an der Adria und stritten sich unablässig um den Status italienischsprachiger Gemeinden innerhalb des Habsburger Reiches, zugleich kam es wegen der Nordafrikapolitik Italiens zu Spannungen mit Frankreich.

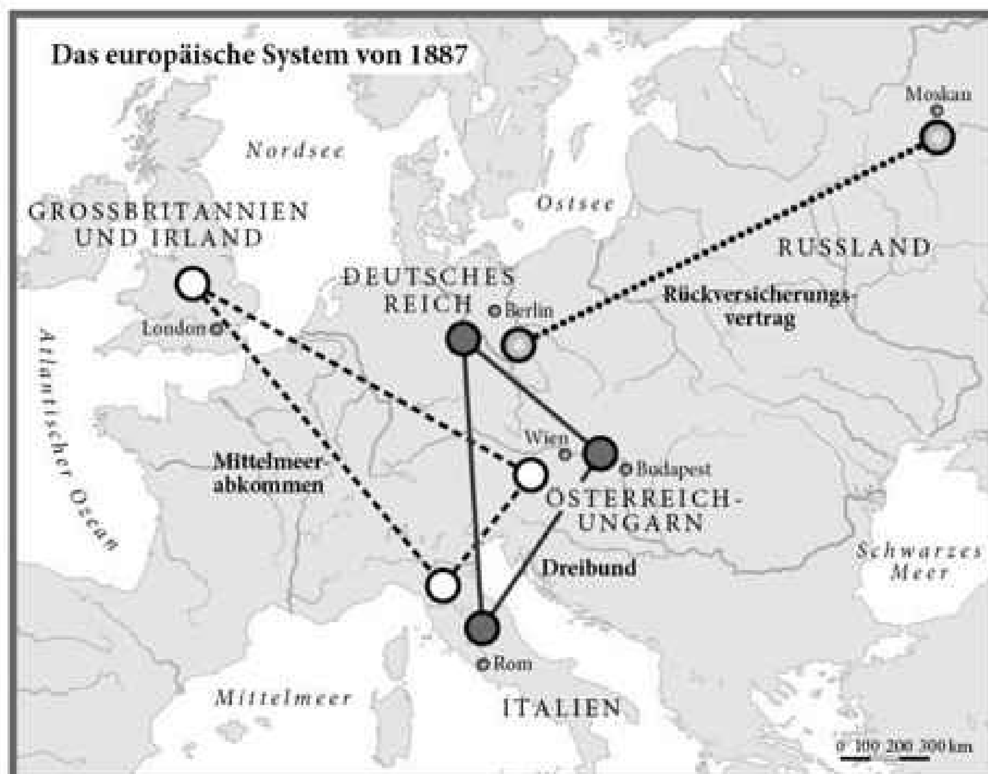
Alle diese Belastungen wurden durch die Verflechtungen des Systems von 1887 in Schach gehalten. Der am 20. Mai 1882 geschlossene Dreibund zwischen Deutschland, Österreich und Italien verhinderte, dass die Spannungen zwischen Rom und Wien zu einem offenen Konflikt eskalierten. Der defensive Rückversicherungsvertrag zwischen Deutschland und Russland (18. Juni 1887) enthielt Bestimmungen, die beide Mächte davon abhielten, ihr Glück in einem Krieg mit einer anderen Kontinentalmacht zu suchen, und schirmte die russisch-deutschen Beziehungen gegen Nebeneffekte der österreichisch-russischen Spannungen ab.[354] Die russisch-deutsche Verbindung garantierte ferner, dass es Frankreich nicht gelingen würde, ein antideutsches Bündnis mit Russland zu schmieden. Und Großbritannien war über das Mittelmeerabkommen mit Italien und Österreich (eher ein Austausch von Noten als ein Vertrag) von 1887 lose in das

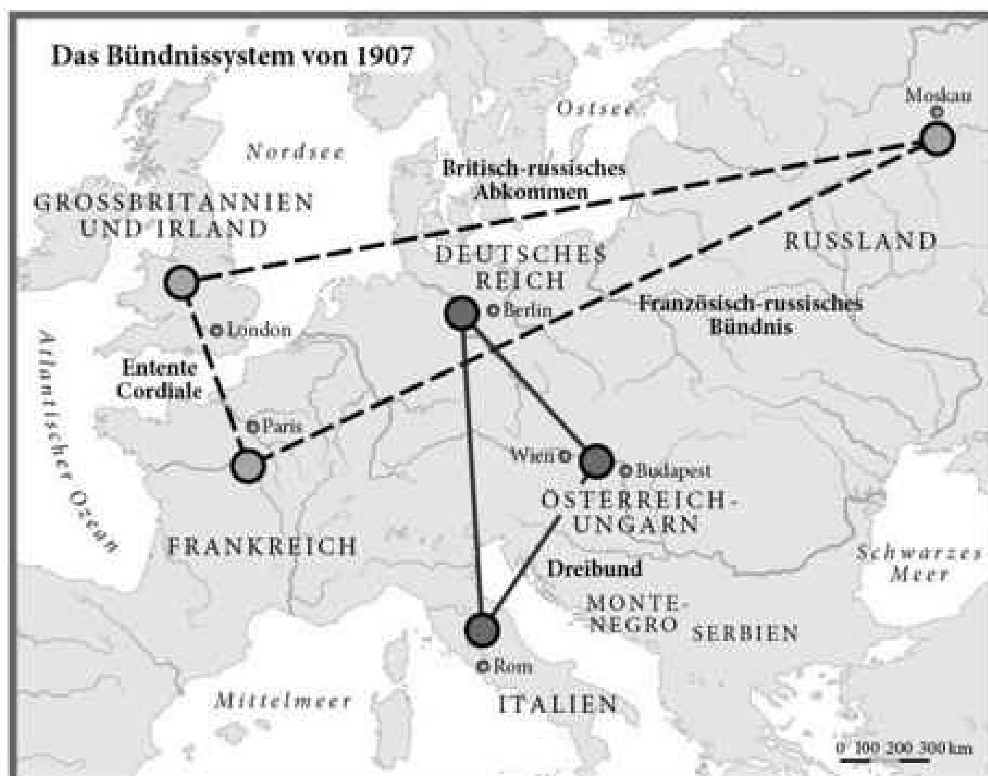
kontinentale System eingebunden, dessen Ziel es war, französische Vorstöße im Mittelmeer und russische auf dem Balkan oder in den türkischen Meerengen zu verhindern.

Gehen wir nun zwanzig Jahre weiter zu einer Karte der europäischen Bündnisse im Jahr 1907, so präsentiert sich ein völlig anderes Bild. Man sieht ein bipolares Europa, das um zwei Bündnissysteme herum organisiert ist. Der Dreibund ist immer noch in Kraft (auch wenn die Bündnistreue Italiens zunehmend zweifelhaft ist). Frankreich und Russland sind in dem französisch-russischen Bündnis (1892 entworfen und 1894 ratifiziert) miteinander vereint. Demnach mussten die beiden Signatarmächte, falls ein Mitglied des Dreibundes mobilisieren sollte, »beim ersten Bekanntwerden des Ereignisses, ohne dass es einer vorherigen Absprache bedarf, sofort und gleichzeitig die Gesamtheit ihrer Streitkräfte mobil machen«. »Diese Truppen werden den Kampf rückhaltlos und mit aller Kraft aufnehmen, so dass Deutschland zugleich im Osten und im Westen zu kämpfen haben wird.«[355] Großbritannien war über die Entente Cordiale mit Frankreich (1904) und das britisch-russische Abkommen von 1907 mit dem französisch-russischen Bündnis verknüpft. Es sollte noch einige Jahre dauern, ehe sich diese losen Bündnisse zu Koalitionen verfestigten, die in Europa den Ersten Weltkrieg austrugen, aber die Umrisse der bewaffneten Lager waren bereits eindeutig auszumachen.

354 Nach den Bestimmungen des Rückversicherungsvertrages vereinbarten beide Länder, Neutralität zu wahren, falls eines von ihnen in einen Krieg mit einem dritten Land verwickelt werden sollte; aber die Neutralität wurde auch ausdrücklich für den Fall, dass Deutschland Frankreich oder Russland Österreich-Ungarn angriff, aufgehoben.

355 Eine deutsche Übersetzung des Wortlautes ist abgedruckt in George F. Kennan, *Die schicksalhafte Allianz. Frankreich und Russland am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Köln 1990, S. 247 f.; eine englischsprachige Fassung findet sich bei The Avalon Project. Documents in Law, History and Diplomacy, Yale Law School, online abrufbar unter http://avalon.law.yale.edu/19th_century/frrumil.asp.


Das europäische System von 1887
Moskau
Nordsee
Ostsee
GROSSBRITANNIEN
UND IRLAND
RUSSLAND
DEUTSCHES
REICH
Berlin
Rückversicherungs-
vertrag
London
Atlantischer Ozean
Wien
Budapest
Mittelmeer-
abkommen
ÖSTERREICH-
UNGARN
Dreibund
Schwarzes
Meer
Rom
Mittelmeer
ITALIEN
0 100 200 300 km


Das Bündnissystem von 1907
Moskau
Ostsee
Nordsee
Britisch-russisches
Abkommen
GROSSBRITANNIEN
UND IRLAND
RUSSLAND
DEUTSCHES
REICH
Berlin
Französisch-russisches
Bündnis
London
Entente
Cordiale
Atlantischer Ozean
Paris
Wien
Budapest
ÖSTERREICH-
UNGARN
FRANKREICH
Dreibund
Schwarzes
Meer
MONTE-
NEGRO
SERBIEN
Rom
Mittelmeer
ITALIEN
0 100 200 300 km

Die Polarisierung des geopolitischen Systems in Europa war eine entscheidende Voraussetzung für den Krieg, der 1914 ausbrach. Es ist so gut wie unvorstellbar, dass eine Krise in den österreichisch-serbischen Beziehungen, wie ernst sie auch sein mochte, das Europa von 1887 in einen kontinentalen Krieg hätte stürzen können. Die Spaltung in zwei Bündnisblöcke verursachte nicht den Krieg; genau genommen trug sie in den Vorkriegsjahren ebenso sehr dazu bei, einen Konflikt zu lindern wie ihn zu eskalieren. Aber ohne die beiden Blöcke hätte der Krieg nie in dieser Form ausbrechen können. Das bipolare System prägte das Umfeld, in dem wichtige Entscheidungen getroffen wurden. Um zu verstehen, wie es zu dieser Polarisierung kommen konnte, müssen wir vier miteinander zusammenhängende Fragen beantworten: Warum bildeten Russland und Frankreich in den 1890er Jahren ein Bündnis gegen Deutschland? Warum entschloss sich Großbritannien, sein Schicksal mit dieser Allianz zu verknüpfen? Welche Rolle spielte Deutschland beim Zustandekommen seiner eigenen Umzingelung durch eine feindliche Koalition? Und inwiefern kann der strukturelle Wandel des Bündnissystems für die Ereignisse verantwortlich gemacht werden, die Europa und die ganze Welt im Jahr 1914 in einen Krieg stürzten?

Gefährliche Liaison: Das französisch-russische Bündnis

Die Wurzeln des französisch-russischen Bündnisses sind in jener Situation zu suchen, die in Europa nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1870 entstanden war. Jahrhundertelang war das deutschsprachige Zentrum Europas zersplittert und schwach gewesen; auf einmal war es vereint und stark. Seit dem Krieg von 1870 gestaltete sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich außerordentlich schwierig. Schon das Ausmaß des deutschen Sieges über Frankreich (ein Sieg, den die wenigsten Zeitgenossen erwartet hatten) hatte die französische Oberschicht traumatisiert und eine Krise ausgelöst, die weit in die französische Kultur hineinreichte; die Annexion Elsass-Lothringens aber, für die sich das Militär vehement ausgesprochen und die der deutsche Kanzler Otto von Bismarck widerwillig

akzeptiert hatte, belastete die französisch-deutschen Beziehungen nachhaltig.[356] Elsass-Lothringen entwickelte sich zum Heiligen Gral des französischen Revanchekultes, der zum Brennpunkt aufeinanderfolgender Wellen der chauvinistischen Agitation wurde. Die verlorenen Provinzen waren niemals die einzige treibende Kraft hinter der französischen Politik. Aber immer wieder hetzten sie die öffentliche Meinung auf und übten ständig Druck auf die Entscheidungsträger in Paris aus. Auch ohne die Annexion hätte jedoch schon allein die Existenz des neuen Deutschen Reiches die Beziehung zu Frankreich verändert, dessen Sicherheit traditionell durch die Zersplitterung des deutschsprachigen Europas garantiert worden war.[357] Nach 1871 musste Frankreich notgedrungen nach jeder sich bietenden Chance Ausschau halten, die neue, Angst einflößende Macht an der östlichen Grenze einzudämmen. Eine dauerhafte Feindseligkeit zwischen Frankreich und Deutschland war folglich bis zu einem gewissen Grad in dem europäischen Staatensystem vorprogrammiert.[358] Die welthistorische Bedeutung dieser Entwicklung kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Die Beziehungen unter den europäischen Staaten sollten künftig von einer neuen, bislang unbekannten Dynamik erfasst werden.

In Anbetracht der Größe und des militärischen Potenzials des neuen Deutschen Reiches lautete das Hauptziel der französischen Außenpolitik zwangsläufig die Eindämmung Deutschlands durch die Bildung eines antideutschen Bündnisses. Der attraktivste Kandidat für eine derartige Partnerschaft war, trotz des völlig andersartigen politischen Systems, Russland. Wie James B. Eustis, der ehemalige amerikanische Botschafter in Paris, im Jahr 1897 beobachtete, stand Frankreich »einer von zwei Wegen offen, entweder selbstbewusst und unabhängig bleiben und sich auf die eigenen Ressourcen bei der Begegnung jeder Gefahr stützen […] oder ein Bündnis mit Russland anstreben, die einzige Macht, zu der es Zugang hatte«.[359] Falls es so weit kommen sollte, sähe sich Deutschland der Gefahr eines potenziell feindlichen Bündnisses an zwei separaten Fronten gegenüber.[360]

Berlin konnte dies nur verhindern, indem es Russland selbst in ein Bündnissystem einband. Das war der eigentliche Beweggrund für das

Dreikaiserabkommen, das 1873 von Deutschland mit Österreich und Russland geschlossen wurde. Allerdings war ein Bündnis, das Russland und Österreich-Ungarn umfasste, zwangsläufig instabil, weil die beiden Mächte auf dem Balkan konkurrierende Interessen hatten. Sollte es sich als unmöglich erweisen, diese Spannungen in den Griff zu bekommen, wäre Deutschland gezwungen, sich zwischen Österreich-Ungarn und Russland zu entscheiden. Falls Deutschland das Habsburgerreich wählte, wäre das Hindernis für eine französisch-russische Partnerschaft aus dem Weg geräumt. Der deutsche Kanzler Otto von Bismarck, der Hauptarchitekt des Reiches und wichtigste Kopf der Außenpolitik bis zu seinem Abschied aus dem Amt im März 1890, hatte dieses Problem genau erkannt und richtete seine Politik entsprechend aus. Sein Ziel war es, wie er im Sommer 1877 erklärte, »eine politische Gesamtsituation« zu schaffen, »in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden«.[361] Bismarck entschied sich für eine zweigleisige Politik, die einerseits darauf abzielte, direkte Konfrontationen zwischen Deutschland und anderen Großmächten zu vermeiden, und andererseits die Uneinigkeit unter den übrigen Mächten auszunutzen, wann immer es zum Vorteil Deutschlands war.

Diese Ziele verfolgte Bismarck mit beachtlichem Erfolg. Er verringerte das Risiko, sich die Briten zum Feind zu machen, indem er sich aus dem Wettlauf um koloniale Besitztümer in Afrika und im Pazifik heraushielt. Er wahrte eine Haltung des absoluten Desinteresses an den Angelegenheiten auf dem Balkan und erklärte in einer berühmten Rede vor dem Reichstag im Dezember 1876, dass die Balkanfrage nicht »die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers« wert wäre.[362] Als Russlands Krieg gegen das Osmanische Reich in den Jahren 1877/78 eine internationale Krise auslöste, gelang es Bismarck, die Mächte auf dem Berliner Kongress zu überzeugen, dass Deutschland die Rolle eines desinteressierten Hüters des kontinentalen Friedens spielen kann. Indem der Kanzler bei dem Konflikt um die Nachkriegsregelung vermittelte, ohne eine unmittelbare Belohnung für Deutschland zu wünschen, wollte er demonstrieren, dass der europäische Frieden und die deutsche Sicherheit in Wirklichkeit ein und dasselbe seien.[363]

Im Jahr 1887, auf dem Höhepunkt des Bismarck'schen Bündnissystems, war Deutschland in der einen oder anderen Form mit so gut wie jeder Kontinentalmacht über Abkommen verbunden. Der Dreibund mit Österreich und Italien und der Rückversicherungsvertrag mit Russland gewährleisteten, dass Frankreich isoliert blieb. Es war ihm nicht möglich, eine antideutsche Koalition zu schmieden. Das Mittelmeerabkommen zwischen Großbritannien, Italien und Österreich, das über Bismarcks Vermittlung zustande gekommen war, verband Berlin sogar indirekt (über den Dreibund) mit London.

Die Bismarck'sche Diplomatie stieß jedoch auch an Grenzen, insbesondere mit Blick auf Russland, dessen Verpflichtungen auf dem Balkan sich kaum mit dem zerbrechlichen Rahmen des Dreikaiserabkommens vereinbaren ließen. Die Bulgarienkrise Mitte der 1880er Jahre illustriert dies anschaulich. Im Jahr 1885 übernahm eine bulgarische irredentistische Bewegung die Kontrolle über das benachbarte Ostrumelien unter osmanischer Herrschaft und verkündete die Gründung eines Großbulgariens.[364] Die russische Regierung verurteilte die Annexion, weil die Bulgaren so dem Bosporus und Konstantinopel beängstigend nahe gekommen wären, dem strategischen Augapfel Russlands. Hingegen wies die britische Regierung, die über kürzlich erfolgte russische Provokationen in Zentralasien verärgert war, ihre Konsuln an, das neue bulgarische Regime anzuerkennen. Dann brachte König Milan von Serbien Bewegung in das Ganze, indem er im November 1885 in Bulgarien einmarschierte. Die Serben wurden zurückgeworfen, und Österreich musste intervenieren, um eine Besetzung Belgrads durch Bulgarien zu verhindern. In dem anschließenden Frieden gelang es den Russen zwar, eine direkte Anerkennung eines Großbulgariens abzuwenden, aber sie mussten notgedrungen eine Form von Personalunion zwischen den nördlichen und südlichen (osmanischen) Landesteilen akzeptieren. Es gelang den Russen nicht, mit Hilfe weiterer Interventionen – Entführung, Einschüchterung und die erzwungene Abdankung des bulgarischen Fürsten eingeschlossen – die bulgarische Regierung zum Gehorsam zu zwingen. Im Frühjahr 1887 musste man damit rechnen, dass die Russen in Bulgarien einmarschierten und eine Marionettenregierung einsetzten – ein Schritt,

gegen den Österreich-Ungarn und Großbritannien auf jeden Fall protestiert hätten. Die Russen entschlossen sich am Ende gegen das unkalkulierbare Risiko eines Krieges gegen Bulgarien, aber eine Welle massiv antideutscher Stimmung schwappte durch die russische Presse und Öffentlichkeit, weil die panslawistische Presse nunmehr Deutschland als den Wächter der österreichischen Balkaninteressen und als Haupthindernis für die russische Schutzmacht über die Balkanslawen betrachtete.

Aus der ganzen Episode zog Berlin eine Lehre: Das Problem auf dem Balkan bestand nach wie vor. Die Bulgarienkrise verdeutlichte einen Moment lang, was für eine enorme Gefahr latent in der Instabilität der Region steckte, nämlich dass die Aktivität eines unbedeutenden, kleineren Staates eines Tages zwei Großmächte zu einem Kurs verleiten könnte, der in Richtung Krieg wies. Wie konnte man dem entgegentreten? Bismarcks Antwort bestand einmal mehr darin, dass er gute Beziehungen zu Russland anstrebte. Auf diese Weise ließ er Interessenkonflikte verstummen, hielt St. Petersburg von Paris fern und übte auf dem Balkan einen moderaten Einfluss aus. Der Kanzler knüpfte Beziehungen zum Zarenreich, indem er mit dem gemäßigten und prodeutschen russischen Außenminister Nikolai Giers den Rückversicherungsvertrag von 1887 vereinbarte. Nach den Bestimmungen dieses Vertrages sagte Berlin zu, russische Ziele in den türkischen Meerengen zu unterstützen und im Falle eines Krieges zwischen Russland und einer dritten Macht neutral zu bleiben, mit Ausnahme natürlich eines unprovozierten russischen Angriffs auf Österreich-Ungarn. In diesem Fall hätte Deutschland seine Verpflichtungen nach dem Zweibund erfüllen und der Doppelmonarchie beistehen müssen.

In Berlin waren keineswegs alle überzeugt, dass dieser Kurs klug war. In Anbetracht des aggressiven Tons der russischen Presse und angesichts deutsch-russischer Beziehungen, in denen die Zeichen mehr und mehr auf Konfrontation standen, waren viele skeptisch, welchen Nutzen der Rückversicherungsvertrag haben würde. Sogar Bismarcks Sohn Herbert, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, hatte seine Zweifel, was die langfristige Wirkung des neuen Vertrages anging. »Es ist immer eine Art Druck auf den Zaren«, vertraute Bismarck junior seinem Bruder an, »und hält uns im

Ernstfall die Russen wohl doch sechs bis acht Wochen länger vom Halse als ohne dem«.[365] Andere, insbesondere im Militär, verfielen in eine Paranoia und fingen an, einen Präventivkrieg gegen das russische Reich zu fordern. In den höchsten Ebenen der Verwaltung kristallisierte sich eine Anti-Bismarck-Fraktion heraus, die nicht zuletzt durch wachsenden Missmut angesichts der verschlungenen Komplexität und der inneren Widersprüche der Diplomatie des Kanzlers gefördert wurde. Wieso sollten die Deutschen, so fragten etliche Kritiker, es auf sich nehmen, Österreich-Ungarn gegen Russland und Russland gegen Österreich-Ungarn zu schützen? Keine andere Macht verhielt sich so; wieso musste ausgerechnet Deutschland ständig absichern und ausgleichen, wieso sollte ihm als einziger Großmacht das Recht verwehrt werden, eine unabhängige Politik auf der Basis der eigenen Interessen zu führen? In den Augen der Anti-Bismarck-Clique erschien das bemerkenswerte Netz transkontinentaler Verpflichtungen des Kanzlers weniger als ein durchdachtes System, sondern eher als klappriges Gerüst, als fragiles Flickwerk aus »Pflastern und Flicken«, das dazu dienen sollte, den dringenden Fragen auszuweichen, die sich dem Deutschen Reich in einer immer gefährlicheren Welt stellten.[366] Als Reaktion auf diese aktuelle Strömung ließ Bismarcks Nachfolger, Kanzler Leo von Caprivi, den Rückversicherungsvertrag mit Russland im Frühjahr 1890 auslaufen.

Mit der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages zwischen Deutschland und Russland wurde das Tor für eine französisch-russische Annäherung geöffnet. Allerdings standen dieser immer noch unzählige Hindernisse im Weg. Der autokratische Herrscher Alexander III. war für die republikanische französische Elite ein unangenehmer politischer Partner – und umgekehrt galt das Gleiche. Es war außerdem fraglich, ob Russland von einem Bündnis mit Frankreich großen Nutzen hätte. Immerhin dürften die Russen bei einem ernsten Konflikt mit Deutschland ohnehin auf eine französische Unterstützung zählen können; warum sollten sie also ihre Handlungsfreiheit aufgeben, um sie zu garantieren? Falls ein Krieg zwischen Russland und Deutschland ausbrechen sollte, war es so gut wie unvorstellbar, dass die französische Regierung tatenlos zusehen würde. Zumindest wäre Deutschland gezwungen, eine substanzielle Verteidigungsstreitmacht an der

französischen Grenze aufzustellen – eine Maßnahme, die den Druck auf die russische Front verringern würde. All diese Vorteile konnte man aber auch haben, ohne sich auf die Unbequemlichkeiten eines förmlichen Vertrags einzulassen. Auch wenn Frankreich und Russland das gemeinsame Interesse hatten, den imperialen Plänen Großbritanniens entgegenzutreten, lagen die Einflusssphären an der Peripherie ihrer Territorien doch so weit auseinander, dass eine enge Zusammenarbeit unmöglich war. Die Franzosen waren nicht in der Lage, russische Ziele auf dem Balkan zu unterstützen, und es schien zweifelhaft, dass Russland jemals einen Nutzen davon hätte, wenn es französische Ziele in, sagen wir, Nordafrika unterstützte. In manchen Fragen hatten Russland und Frankreich sogar diametral entgegengesetzte Interessen: Beispielsweise verfolgten die Franzosen eine Politik, die russischen Pläne in Hinblick auf die türkischen Meerengen zu blockieren, denn diese konnten am Ende theoretisch den französischen Einfluss im östlichen Mittelmeer schwächen – in dieser Region deckten sich die Interessen Frankreichs also eher mit denen Großbritanniens als mit jenen Russlands.[367]

Darüber hinaus fiel es auch schwer einzusehen, warum die Russen ihre gute Beziehung zu Deutschland belasten sollten. Es kam regelmäßig zu Spannungen zwischen den beiden Reichen, in erster Linie um die deutschen Zölle auf russische Getreideimporte, aber es gab kaum direkte Interessenkonflikte. Die Gründe für Russlands Auseinandersetzungen mit Berlin waren größtenteils auf die Rivalität zwischen St. Petersburg und Wien auf dem Balkan zurückzuführen. Und allein die Stärke des Deutschen Reiches schien ein Argument für eine Verbindung der beiden Nachbarn miteinander, insbesondere in der Sphäre der Balkanpolitik, wo man hoffte, dass eine gute Beziehung zwischen St. Petersburg und Berlin eine mäßigende Wirkung auf Wien haben würde. So lautete die Formel, die mit Unterbrechungen in der Ära des Dreikaiserabkommens funktioniert hatte. Eine deutsche Neutralität hatte folglich für die Russen potenziell einen größeren Vorteil als die Unterstützung Frankreichs. Die Russen hatten dies schon längst erkannt, eben deshalb hatten sie ja beschlossen, ihre kontinentale Sicherheitspolitik in erster Linie auf Abkommen mit Deutschland zu stützen. Und aus diesem Grund hatte Zar Alexander III.,

obwohl er persönlich wenig für Deutschland oder die Deutschen übrig hatte, die Hetze der Presse geflissentlich überhört und im Jahr 1887 den Rückversicherungsvertrag durchgesetzt.

Warum begrüßten die Russen also die französischen Offerten Anfang der 1890er Jahre? Die Deutschen erleichterten die Umorientierung der russischen Politik mit Sicherheit, indem sie es ablehnten, den Vertrag zu erneuern, obwohl der prodeutsche russische Außenminister Nikolai Giers sogar bessere Bedingungen angeboten hatte. Das maßvolle deutsche Wehrgesetz vom Juni 1890, das die Friedensstärke der Streitkräfte um 18574 Mann erhöhte, spielte insofern ebenfalls eine Rolle, als es im Zuge der Nichterneuerung in St. Petersburg ein Gefühl der Bedrohung hervorrief. Der Abschied Bismarcks und die wachsende politische Bedeutung des reizbaren Kaisers Wilhelm II., den Zar Alexander einen »gemeinen, jungen Gecken« nannte, warfen beunruhigende Fragen zur künftigen Orientierung der deutschen Außenpolitik auf.[368] Die Aussicht auf hohe französische Darlehen zu günstigen Bedingungen war ebenfalls verführerisch. Doch der entscheidende Katalysator war etwas ganz anderes, nämlich die russische Angst, dass Großbritannien in Kürze dem Dreibund beitreten könnte.

In den frühen 1890er Jahre war die britisch-deutsche Annäherung in der Vorkriegszeit auf ihrem Höhepunkt. Der Helgoland-Sansibar-Vertrag vom 1. Juli 1890, dem zufolge die Briten und Deutschen verschiedene Territorien in Afrika austauschten oder abtraten und Deutschland die winzige Nordseeinsel Helgoland erwarb, ließ in St. Petersburg die Alarmglocken klingeln. Die russischen Befürchtungen stiegen im Sommer 1891 sprunghaft an, als die Erneuerung des Dreibundes und ein Besuch des deutschen Kaisers in London germanophile Lobeshymnen in der britischen Presse auslösten. Großbritannien sei, so schwadronierte die *Morning Post*, im Grunde »dem Drei- oder genauer dem Viererbund« beigetreten; England und Deutschland seien, so stellte der *Standard* am 4. Juli 1891 fest, »uralte Freunde und Bündnispartner«, und Bedrohungen des europäischen Friedens werde man künftig »durch die Vereinigung der Stärke der englischen Marine mit der militärischen Stärke Deutschlands« entgegentreten.[369] Derartige Presseartikel füllten die Postsendungen der französischen und russischen Botschafter in

London. Es sah so aus, als wäre England, der Rivale Russlands im Fernen Osten und in Zentralasien, im Begriff, sich mit seinem mächtigen westlichen Nachbarn und damit auch mit Österreich, dem russischen Rivalen auf dem Balkan, zu verbünden. Die Folge könnte, wie der französische Botschafter in St. Petersburg warnte, »eine kontinentale Annäherung zwischen den Kabinetten Londons und Berlins« sein, mit potenziell verheerenden Konsequenzen für Russland.[370]

Die augenscheinlich verstärkte Intimität zwischen Großbritannien und Deutschland drohte, die missliche Lage Russlands auf dem Balkan mit den Spannungen zu verschmelzen, die auf seine erbitterte weltweite Rivalität zu Großbritannien zurückzuführen waren, eine Rivalität, die an mehreren Schauplätzen ausgetragen wurde: Afghanistan, Persien, China und den türkischen Meerengen. Um diese wahrgenommene Gefahr zu kompensieren, schoben die Russen ihre Bedenken beiseite und strebten ganz offen eine Einigung mit Frankreich an. Giers, der sich vor kurzem noch für die Erneuerung des Rückversicherungsvertrags stark gemacht hatte, legte in einem Brief vom 19. August 1891 an seinen Botschafter in Paris dar, welche Denkweise hinter dem Anstreben einer Einigung mit Frankreich steckte: Eben die Erneuerung des Dreibundes im Verein mit dem »mehr oder weniger wahrscheinlichen Anschluss Großbritanniens an die politischen Ziele, welche diese Allianz verfolgt«, hatte Russland und Frankreich veranlasst, »einen Meinungsaustausch [anzustreben], um die Haltung […] unserer jeweiligen Regierungen zu definieren«.[371] Der Konsultativpakt, der von den beiden Staaten im Sommer 1891 unterzeichnet wurde, enthielt dementsprechend Giers' Anspielung auf die Gefahr, die ein britischer Beitritt zum Dreibund darstellte. Eine französisch-russische Militärkonvention folgte am 18. August 1892, und zwei Jahre später unterzeichneten die beiden Länder das richtige Bündnis von 1894.

An dieser Folge von Ereignissen sind zwei Punkte bemerkenswert. Erstens war diese Allianz aufgrund komplexer Motive zustande gekommen. Für Paris war der Wunsch, Deutschland in die Schranken zu weisen, der Hauptgrund, den Russen hingegen ging es eher darum, Österreich-Ungarn auf dem Balkan aufzuhalten. Aber beide Mächte waren auch überaus besorgt wegen einer,

wie sie meinten, wachsenden Intimität zwischen Großbritannien und dem Dreibund. Vor allem für die Russen, deren Außenpolitik damals gemäßigt germanophil war, stand die weltweite Konfrontation mit dem britischen Empire ganz oben auf der Agenda, nicht die Feindschaft zu Berlin. Freilich existierte auch eine vehement germanophobe Tendenz in Teilen der russischen Führung – Nikolai Giers war entsetzt, als Zar Alexander III. ihm mitteilte, falls ein Krieg zwischen Russland und Österreich ausbrechen sollte, sei das Ziel des französisch-russischen Bündnisses, Deutschland in seiner jetzigen Form zu »vernichten«. Es solle wiederum »in eine Anzahl kleiner, schwacher Staaten zerfallen«.[372] Aber insgesamt war eine russische Feindschaft gegen Deutschland immer noch in erster Linie auf die deutsche Freundschaft mit Österreich und seine mutmaßlich verstärkten Bande zu Großbritannien zurückzuführen. Erst im Jahr 1900 wurden ergänzende militärische Bestimmungen in den französisch-russischen Vertrag aufgenommen, die festlegten, dass Frankreich, falls ein britisch-russischer Krieg ausbrechen sollte, 100000 Mann an die Kanalküste verlegen sollte, während Russland, falls ein britisch-französischer Krieg ausbrach, Truppen an der indischen Grenze entlang der Bahnlinien stationieren sollte. Russland sagte zu, das Liniennetz mit französischen Geldern auszubauen.[373]

Zweitens muss auf die neue Qualität der französisch-russischen Allianz hingewiesen werden. Im Gegensatz zu den früheren Bündnissen des europäischen Systems wie dem Zwei- und Dreibund und dem Dreikaiserabkommen wurde dieses als eine Militärkonvention ins Leben gerufen, dessen Bedingungen die vereinte Aufstellung von Landstreitkräften gegen einen gemeinsamen Feind vorsah (im Jahr 1912 wurde ein Marineabkommen ergänzt).[374] Es war nicht länger das Ziel, »feindliche Beziehungen« unter Bündnispartnern in den Griff zu bekommen, sondern der Gefahr entgegenzutreten, die von einer rivalisierenden Koalition ausging. In diesem Sinn markierte das französisch-russische Bündnis einen »Wendepunkt im Vorfeld des Großen Krieges«.[375]

Die Gründung des französisch-russischen Bündnisses an sich machte einen Zusammenstoß mit Deutschland keineswegs unvermeidlich, geschweige denn wahrscheinlich. Es hielt schon bald Einzug in die Volkskultur beider Länder,

über die Feierlichkeiten, die mit offiziellen Besuchen verbunden waren, über Postkarten, Speisepläne, Karikaturen und allgemeine Vermarktung.[376] Doch die Unterschiede in den französischen und russischen Interessen blieben ein Hindernis für eine enge Zusammenarbeit: In den 1890er Jahren stellten sich französische Außenminister konsequent auf den Standpunkt, dass das Bündnis, da die Russen nicht bereit seien, für die Rückgabe Elsass-Lothringens zu kämpfen, Frankreich lediglich minimale Verpflichtungen abverlangen könne.[377] Die Russen waren ihrerseits nicht gewillt, sich wegen des Bündnisses Deutschland zum Feind zu machen; im Gegenteil waren sie der Meinung, dass sie nunmehr in einer besseren Position wären, um gute Beziehungen zu Berlin zu pflegen. Wie Wladimir Lamsdorf, der oberste Berater des russischen Außenministers, im Jahr 1895 sagte, war der eigentliche Zweck des Bündnisses, Russlands Handlungsfreiheit zu sichern und Frankreichs Überleben zu garantieren, während gleichzeitig dessen antideutschen Ambitionen die Zügel angelegt wurden.[378] Im ersten Jahrzehnt des Bündnisses befassten sich die russischen Entscheidungsträger – an erster Stelle der Zar – nicht vorrangig mit Mittel- oder Südosteuropa, sondern mit der wirtschaftlichen und politischen Infiltrierung von Nordchina. Noch wichtiger war: Das gemeinsame Misstrauen gegen Großbritannien, das zum Zustandekommen des französisch-russischen Bündnisses beigetragen hatte, verhinderte zugleich (zumindest eine Zeitlang), dass Russland eine ausschließlich antideutsche Haltung einnahm. Russlands Interesse an einer informellen Kontrolle über die Mandschurei brachte St. Petersburg in Konflikt mit der britischen Chinapolitik und sorgte dafür, dass die Beziehungen zu London, auf absehbare Zeit viel stärker belastet waren als die Beziehungen zu Berlin.

Frankreichs Sicht

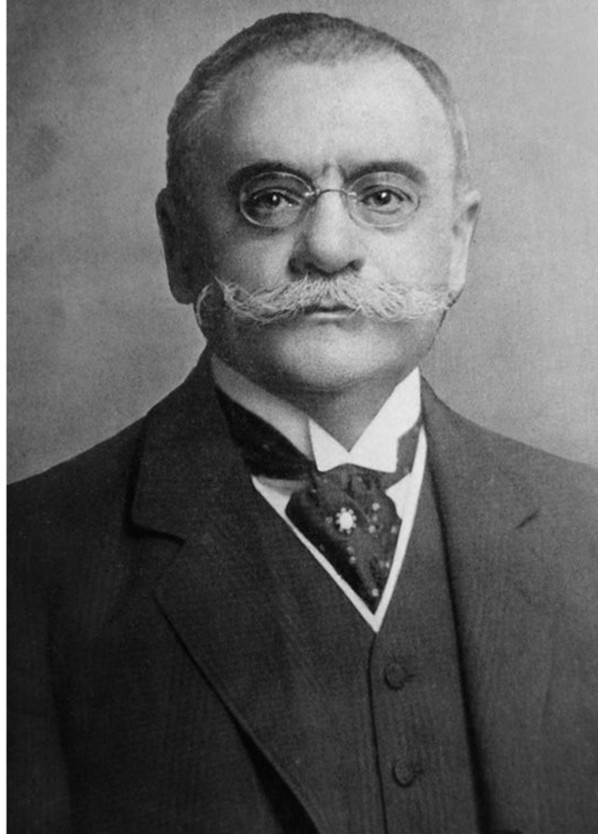
Auch Frankreich musste schwierige Entscheidungen treffen in der Frage, wie die kategorischen Imperative, die sich aus der Rivalität zu Großbritannien ergaben, ausbalanciert werden sollten mit jenen, die aus den Beziehungen zu Deutschland erwuchsen. In den ersten vier Jahren des französisch-russischen

Bündnisses entschied sich der französische Außenminister Gabriel Hanotaux für einen streng antibritischen Kurs. Von den Leitartikeln der französischen Kolonialpresse getrieben stellte Hanotaux die britische Präsenz in Ägypten direkt in Frage. Diese Linie gipfelte schließlich in der fast schon surrealen »Faschoda-Krise« von 1898, als ein französisches Expeditionskorps eine abenteuerliche Reise quer durch Afrika antrat, um auf die Region am Oberlauf des Nils Ansprüche zu erheben. Unterdessen marschierten britische Truppen aus dem besetzten Ägypten nach Süden, um die Franzosen bei Faschoda zu empfangen, einem verfallenen ägyptischen Vorposten in den sudanesischen Sümpfen. Die darauf folgende politische Krise brachte beide Mächte im Sommer 1898 an den Rand eines Krieges. Erst als die Franzosen einen Rückzieher machten, war die Gefahr eines Konflikts gebannt.

Die französische Politik gegenüber Deutschland musste die Prioritäten berücksichtigen, die diese koloniale Auseinandersetzung mit Großbritannien mit sich brachte. In einem vertraulichen Memorandum vom Juni 1892 bemerkte Hanotaux, dass die aktuelle französische Politik lediglich eine sehr begrenzte Kollaboration mit Berlin gestatte. Das Problem an diesem Ansatz war, dass er die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Deutschland und Großbritannien offen ließ – eben jene Option, die nicht zuletzt die Gründung des französisch-russischen Bündnisses vorangetrieben hatte. Eine Möglichkeit, ein britisch-deutsches Zusammengehen zu verhindern, so überlegte Hanotaux, wäre eventuell das Anstreben einer breiteren französisch-deutsch-russischen Übereinkunft. Das würde es Paris wiederum ermöglichen, die deutsche Unterstützung gegen Großbritannien in Ägypten zu bekommen und damit die Harmonie zu stören, »die schon so lange zwischen Deutschland und England Bestand hat«. Die daraus hervorgehende Bindung mit dem östlichen Nachbarn wäre selbstverständlich vorübergehend und zweckgebunden: Eine dauerhafte Versöhnung mit Deutschland sei erst möglich, so Hanotaux, wenn Berlin bereit sei, die 1870 annektierten Provinzen endgültig abzutreten.[379]

Vor den gleichen Entscheidungen stand auch Hanotaux’ Nachfolger Théophile Delcassé, der im Sommer 1898 das Amt übernahm. Wie die meisten politisch aktiven Franzosen hegte Delcassé ein starkes Misstrauen

gegen die Deutschen und kam in seinen politischen Schriften und Stellungnahmen unablässig auf dieses Thema zu sprechen. Seine Leidenschaft für die verlorenen Provinzen war so stark, dass die Mitglieder seiner Familie es nicht wagten, in seiner Gegenwart die Namen »Elsass« und »Lothringen« auszusprechen. »Wir hatten das vage Gefühl, dass es zu heikel wäre, darüber zu sprechen«, erinnerte sich seine Tochter später.[380] Aber als imperiale Macht, die darauf ausgerichtet war, ihren Einfluss an mehreren Fronten auszudehnen, stand Frankreich noch vor weiteren Schwierigkeiten, die unter Umständen die Konfrontation mit Deutschland in den Schatten stellen konnten. Im Jahr 1893 hatte Delcassé in seiner Funktion als Staatssekretär für koloniale Angelegenheiten nachdrücklich die Aufstellung französischer Truppen am Oberen Nil verlangt, um die Briten dort herauszufordern.[381] Als er auf dem Höhepunkt der Faschoda-Krise sein Amt antrat, machte er als Erstes hier einen Rückzieher, in der Hoffnung, im Gegenzug von London Konzessionen im Südsudan zu erhalten. Weil London sich aber schlichtweg weigerte einzulenken, schwenkte Delcassé wieder auf eine antibritische Haltung ein und versuchte (genau wie Hanotaux vor ihm), die britische Besetzung Ägyptens in Frage zu stellen. Sein Ziel war letztlich die Annexion Marokkos durch Frankreich.[382]



Théophile Delcassé

Um den Druck auf Großbritannien zu erhöhen, versuchte Delcassé, genau wie Hanotaux es vorhergesehen hatte, die Deutschen in ein Konsortium mit Frankreich und Russland einzubinden. Im Herbst, Winter und Frühling 1899/1900 schien das politische Klima günstig für dieses Unterfangen: In Gesprächen mit dem französischen Botschafter in Berlin deutete der neue deutsche Kanzler Bernhard von Bülow gemeinsame französisch-deutsche Interessen außerhalb Europas an. In Paris war allgemein bekannt, dass die deutsche Presse (wie die französische) den britischen Krieg gegen die Burenrepublik ablehnte. Meldungen von hasserfüllten antibritischen Ausbrüchen zu diesem Thema von Seiten des deutschen Kaisers gaben noch mehr Grund zu Optimismus. Im Januar 1900 drängten Leitartikel, die Delcassés Presseamt lanciert hatte, Deutschland, in der ägyptischen Frage die Kräfte mit Frankreich zu vereinen. Sie wiesen darauf hin, dass auch Deutschland von einer Neutralisierung des Suezkanals profitieren würde und dass die vereinten Flotten der Kontinentalmächte ausreichen würden, um zu

gewährleisten, dass die Briten jede internationale Regelung respektierten. In diplomatischen Kreisen war allgemein bekannt, dass diese Artikel aus Delcassés Behörde stammten und die offizielle Linie des französischen Außenministeriums wiedergaben.[383]

Während Delcassé auf eine deutsche Antwort wartete, bereitete er seine Kollegen in Paris mit der ihm eigenen Heftigkeit auf einen Krieg mit Großbritannien vor, der durchaus globale Dimensionen annehmen konnte. »Manche schlagen eine Landung in England vor«, sagte er am 28. Februar 1900 dem französischen Kabinett, »andere eine Expedition nach Ägypten; wieder andere plädieren für einen Angriff auf Birma mit Truppen aus Indochina, der zeitgleich mit einem russischen Marsch gegen Indien erfolgen könnte.«[384] Man kam überein, eine erweiterte Sitzung des Obersten Kriegsrates einzuberufen, um die Frage zu erörtern, wo Frankreich nun tatsächlich das britische Empire angreifen sollte. Großbritannien sei eine Gefahr für den Weltfrieden, erklärte Delcassé, und es sei an der Zeit, sich »für das Wohl der Zivilisation« einzusetzen, wie er sich im März 1900 einem Journalisten gegenüber ausdrückte.[385] Die Briten würden, so Delcassé, überall darauf hinarbeiten, Italien und Spanien von Frankreich zu entfremden; sie hätten selbst ein Auge auf Marokko geworfen (später war Delcassé ganz besessen von *amerikanischen* Plänen, Marokko einzunehmen).[386] Eine Zeitlang galt das intuitive Misstrauen, das sich in der Regel gegen Berlin richtete, nunmehr London.

Diese außergewöhnlichen Überlegungen führten allerdings zu nichts, weil die Deutschen sich weigerten, bei Delcassés Plan für eine kontinentale Liga gegen Großbritannien mitzuspielen. Aus Berlin kam der verwirrende Vorschlag, doch die britische Regierung zu konsultieren, ehe irgendwelche Forderungen an London gerichtet würden. Offenbar bestand eine gewaltige Diskrepanz zwischen den antibritischen Ausbrüchen des Kaisers und dem zögerlichen Kurs seiner Außenpolitik: »Er *sagt:* ›Ich verachte die Engländer …‹«, jammerte Delcassé, »dabei lähmt er alles.«[387] Der eigentliche Knackpunkt war Berlins Forderung einer Gegenleistung: Am 15. März 1900 meldete der französische Botschafter in Berlin, dass die Deutschen die Verhandlungen über die Bildung einer antibritischen Koalition lediglich unter

der Voraussetzung weiterführen würden, dass Frankreich, Russland und Deutschland sich verpflichteten, »den Status quo zu garantieren, sofern er ihre europäischen Besitzungen betraf«. Das war ein verschlüsseltes Ersuchen an Paris, die deutsche Souveränität in Elsass-Lothringen anzuerkennen.[388]

Die Antwort aus Berlin leitete eine umfassende und dauerhafte Neuorientierung der Denkweise Delcassés ein. Von diesem Moment an gab der französische Außenminister jeden Gedanken an eine französisch-deutsche Zusammenarbeit auf.[389] Das Projekt eines gemeinsamen Vorgehens in Ägypten wurde ohne viel Aufheben fallen gelassen. Stattdessen tendierte Delcassé über eine ganze Reihe von Zwischenpositionen allmählich zu der Auffassung, dass französische Ziele gar über eine Kollaboration mit Großbritannien erreicht werden könnten, nämlich über ein koloniales Tauschgeschäft: Die Konsolidierung der britischen Kontrolle über Ägypten würde man für das britische Einverständnis zu einer französischen Kontrolle in Marokko eintauschen. Dieses Arrangement hätte zugleich den Vorteil, dass es die gefürchtete (wenn auch in Wirklichkeit sehr unwahrscheinliche) Aussicht einer gemeinsamen britisch-deutschen Initiative in Marokko verhindern würde.[390] Im Jahr 1903 war der französische Außenminister zu der Überzeugung gelangt, dass ein Austausch Marokko-Ägypten den Grundstein für ein umfassendes Bündnis mit Großbritannien bilden könnte.

Diese Neuorientierung hatte tiefgreifende Folgen für die deutsch-französischen Beziehungen, denn die Entscheidung, Großbritannien zu besänftigen, statt ihm die Stirn zu bieten, erleichterte eine stärkere Betonung des antideutschen Potenzials in der französischen Außenpolitik. Das zeigt sich deutlich an dem veränderten Vorgehen Delcassés beim Erwerb Marokkos. In einer früheren Phase seines Programms hatte Delcassé vorgehabt, Großbritannien über eine Herausforderung in Ägypten so unter Druck zu setzen, dass es stillschweigend sein Einverständnis zu Marokko gab, und die übrigen interessierten Mächte mit Zugeständnissen zu kaufen. Spanien sollte Ländereien in Nordmarokko erhalten, Italien würde man die französische Rückendeckung für seine Ambitionen in Libyen anbieten, und die Deutschen sollten mit Territorien aus Französisch-Zentralafrika entschädigt werden. Die neue Marokkopolitik nach 1900 unterschied sich in

zwei wichtigen Punkten: Sie sollte in erster Linie im Verein mit Großbritannien verwirklicht werden. Noch wichtiger: Delcassé hatte mittlerweile die Absicht, Marokko zu besetzen, ein Land, dessen Unabhängigkeit durch einen internationalen Vertrag garantiert war, ohne die deutsche Regierung zu entschädigen geschweige denn zu konsultieren. Indem Delcassé ein so provokatives Programm wählte und daran auch gegen die Proteste seiner französischen Kollegen festhielt, legte er in Nordafrika ein diplomatisches Minenfeld an, das in der Marokkokrise von 1905 aktiviert werden sollte.

Das Ende der britischen Neutralität

In einer Rede vor dem britischen Unterhaus am 9. Februar 1871, nur drei Wochen nach Ausrufung des deutschen Kaiserreiches im Spiegelsaal von Versailles, dachte der konservative Politiker Benjamin Disraeli über die welthistorische Bedeutung des deutsch-französischen Krieges nach. Das sei, so erklärte er den Abgeordneten, »kein gewöhnlicher Krieg« gewesen, wie der Krieg zwischen Preußen und Österreich 1866 oder die französischen Kriege gegen Italien oder gar der Krimkrieg. »Der Krieg steht für die deutsche Revolution, ein größeres politisches Ereignis als die Französische Revolution des vorigen Jahrhunderts.« Sämtliche diplomatischen Traditionen, fügte er hinzu, seien hinweggefegt worden. »Das Kräftegleichgewicht ist völlig aus den Fugen geraten, und das Land, das stärker darunter leiden wird und die Auswirkungen dieses Wandels am stärksten zu spüren bekommt, ist England.«[391]

Disraelis Worte wurden häufig als weitsichtige Vision des bevorstehenden Konflikts mit Deutschland zitiert. Wenn man die Rede auf diese Weise liest – also durch die Brille von 1914 und 1939 –, versteht man die Intentionen allerdings völlig falsch. Von zentraler Bedeutung für den britischen Staatsmann im Nachspiel des deutsch-französischen Krieges war weniger der Aufstieg Deutschlands als vielmehr die Befreiung des britischen Erzfeindes Russland von der Regelung, der sich das Zarenreich nach dem Krimkrieg (1853–1856) unterworfen hatte. Nach den Bestimmungen, die von den

Regierungen Großbritanniens und Frankreichs im Pariser Frieden von 1856 festgelegt wurden, waren die Gewässer des Schwarzen Meeres »förmlich und für alle Zeit« für Kriegsschiffe der Mächte, die einen Küstenstreifen besitzen, oder irgendeiner anderen Macht verboten.[392] Der Zweck des Vertrages war es, Russland von einer Bedrohung des östlichen Mittelmeers oder einer Störung der britischen Land- und Seewege nach Indien abzuhalten. Doch die politischen Fundamente des Vertrags von 1856 waren durch die Niederlage Frankreichs zerstört worden. Die neue französische Republik brach mit der Regelung und gab ihren Widerstand gegen eine Militarisierung des Schwarzen Meeres durch Russland auf. Weil Russland genau wusste, dass Großbritannien die Vertragsbestimmungen allein nicht durchsetzen konnte, trieb es nunmehr den Bau einer Schwarzmeerflotte voran. Am 12. Dezember 1870 traf die Meldung in London ein, dass Russland den Frieden von 1856 »zurückgewiesen« habe und ein »neues Sewastopol« (ein Arsenal und einen Hafen für Kriegsschiffe) in der Stadt Poti an der Ostküste des Schwarzen Meeres aufbaue, nur wenige Meilen von der türkischen Grenze entfernt.[393]

Es hatte den Anschein, als würde eine neue Ära des russischen Expansionsdrangs anbrechen, und auf eben diese Aussicht ging Disraeli in der Rede vom 9. Februar 1871 ausführlich ein. Gut 200 Jahre lang habe Russland, so Disraeli, eine Politik der »legitimen« Expansion verfolgt, während das Zarenreich »seinen Weg zur Küste suchte«. Doch die Militarisierung des Schwarzen Meeres kündigte allem Anschein nach eine neue und beunruhigende Phase der russischen Aggression an, mit dem Ziel, Konstantinopel und die Kontrolle über die türkischen Meerengen zu erlangen. Da Russland jedoch »keinen moralischen Anspruch auf Konstantinopel« habe und »nicht die politische Notwendigkeit dorthin zu gehen« bestehe, bezeichnete Disraeli dies als »nicht legitime, sondern beunruhigende Politik«. Russland war keineswegs die einzige Gefahr, die er am Horizont aufziehen sah (er war auch wegen der wachsenden Macht und Aggressivität der Vereinigten Staaten besorgt), entscheidend ist jedoch, dass Disraeli, als er von der »deutschen Revolution« sprach, nicht auf die Gefahr hinwies, die von dem neuen Deutschland ausging, sondern auf die globalen und imperialen Konsequenzen des jüngsten Krieges zwischen Deutschland

und Frankreich, eines Krieges, der »die gesamte Maschinerie der Staaten erschüttert« habe.[394]

Disraelis Rede kündigte ein Motiv an, das in der britischen Außenpolitik bis 1914 von zentraler Bedeutung bleiben sollte. In den Jahren 1894 bis 1905 ging von Russland, nicht von Deutschland, »die größte, langfristige Gefahr« für britische Interessen aus.[395] Die Chinafrage, die britische Politiker in jenen Jahren beschäftigte, ist ein Paradebeispiel.[396] In China war genau wie auf dem Balkan die schwindende Macht eines alten Reiches der Motor des Wandels. Anfang der 1890er Jahre löste das Eindringen Russlands in den Norden Chinas eine Kette lokaler und regionaler Konflikte aus, die in dem chinesisch-japanischen Krieg von 1894/95 ihren Höhepunkt erreichten.[397] Das siegreiche Japan entpuppte sich als Rivale Russlands um den Einfluss in Nordchina. Chinas Niederlage hingegen leitete unterdessen einen Wettlauf um Konzessionen der Großmächte ein, die allesamt hofften, aus dem weiteren Verfall des chinesischen Staates Kapital zu schlagen. Die negativen Energien, die durch diesen Wettlauf um China entstanden, schürten wiederum die Spannungen in Europa.[398]

Der Kern des Problems waren, aus britischer Sicht, die steigende Macht und der Einfluss Russlands. In China, das mit Blick auf das Handelspotenzial für Großbritannien unendlich viel wichtiger als Afrika war, bedrohte Russland unmittelbar britische Interessen. Nach der internationalen Intervention zur Unterdrückung des Boxeraufstands (1898–1901) wurde das Problem noch akuter, als die Russen ihre Rolle bei der Intervention dazu nutzten, um ihre Position in Nordchina zu konsolidieren.[399] In Anbetracht der geographischen Lage Russlands und des Übergewichts der Landstreitkräfte fällt es allerdings schwer, einen Weg zu sehen, wie dessen Vordringen in Ostasien verhindert werden konnte. Ein neues »Großes Spiel« wurde eröffnet, das Russland aller Wahrscheinlichkeit nach gewinnen würde.[400] Indien war eine weitere anfällige Grenze: Britische Politiker stellten alarmiert fest, dass das unaufhaltsame Vordringen der russischen Eisenbahn in Zentralasien zugleich bedeutete, dass Russland »besseren militärischen Zugang« als Großbritannien selbst zu dem Subkontinent hatte.[401]

Da Russland allem Anschein nach in Zentralasien und im Fernen Osten eine antibritische Politik verfolgte und Frankreich in Afrika ein Rivale Großbritanniens war, erschien das französisch-russische Bündnis aus Londoner Sicht in erster Linie als antibritisches Instrument. Das Problem war während des Burenkrieges besonders akut, als Nordindien wegen der Verlegung beträchtlicher Truppenkontingente nach Südafrika exponiert war. Im August 1901 gelangte ein Bericht der Nachrichtenabteilung im Kriegsministerium über die »Militärischen Bedürfnisse des Empires bei einem Krieg gegen Frankreich und Russland« zu dem Schluss, dass die indische Armee außerstande war, zentrale Stützpunkte gegen einen russischen Angriff zu verteidigen.[402] Hinzu kam: Russische Diplomaten waren nicht nur (aus britischer Sicht) feindselig, expansionistisch und skrupellos, sondern neigten auch zu Heimlichtuerei und falschem Spiel. »Ihre Lügen sind selbst in den Annalen der russischen Diplomatie einzigartig«, meldete Lord George Hamilton, der Staatssekretär für Indien, im März 1901 während der Verhandlungen um eine Regelung in China. »Russlands Diplomatie ist, wie Sie wissen, eine lange und mannigfaltige Lüge«, sagte George Curzon, der Vizekönig von Indien Earl of Selborne, dem Ersten Lord der Admiralität im Jahr 1903.[403]

Britische Entscheidungsträger reagierten mit einer zweigleisigen Politik auf die russische Gefahr: Zum einen arbeiteten sie auf eine Annäherung an Japan und Frankreich hin, zum anderen strebten sie eine Einigung über die Machtteilung mit Russland selbst an, die den Druck auf die Peripherie des Empires lindern würde. Im Nachspiel des chinesisch-japanischen Krieges von 1894/95 waren Großbritannien und Japan gemeinsam daran interessiert, eine weitere russische Expansion zu verhindern. Japan war der »natürliche Bündnispartner« im Fernen Osten, wie Außenminister Kimberley es in einem Brief vom Mai 1895 an den britischen Gesandten in Tokio formulierte.[404] Die Bedrohung der chinesischen Grenze Russlands durch die eindrucksvollen Bodentruppen Japans (200000 japanische Soldaten waren bis Ende 1895 in die Mandschurei verlegt worden) würde die Anfälligkeit der britischen Peripherie in Nordindien kompensieren. Die rasch wachsende japanische Flotte bildete ein weiteres »Gegengewicht« zu den Russen und linderte

dadurch die Belastung der überdehnten britischen Flotten.[405] Im Jahr 1901, nach einer langen Phase der vorsichtigen Annäherung, wurden die Gespräche zur Gründung eines förmlichen Bündnisses aufgenommen, zunächst ein Marineverteidigungspakt, später eine umfassendere Vereinbarung, die am 30. Januar 1902 in London unterzeichnet wurde. Das 1905 und 1911 (mit erweiterten Bestimmungen) erneuerte britisch-japanische Bündnis wurde zu einem Fixpunkt auf der internationalen Bühne der Vorkriegszeit.

Dieselbe Logik lag der britischen Entscheidung zugrunde, eine Übereinkunft mit Frankreich anzustreben. Schon im Jahr 1896 hatte Lord Salisbury festgestellt, dass Konzessionen an Frankreich entlang des Mekongtals im Grenzland zwischen dem britischen Birma und dem französischen Indochina den willkommenen Nebeneffekt hatten, die Franzosen mit ins Boot zu nehmen und für kurze Zeit den Zusammenhalt des französisch-russischen Bündnisses zu lockern.[406] Die Entente Cordiale von 1904 war nach dem gleichen Muster nicht in erster Linie ein antideutsches Abkommen (zumindest nicht aus der Sicht Whitehalls), sondern ein Abkommen, das die kolonialen Spannungen mit Frankreich abbauen würde und gleichzeitig indirekt einen gewissen Druck auf Russland erzeugte. Delcassé hatte diese Überlegung gefördert, indem er andeutete, dass Frankreich, falls eine Entente zustande kommen sollte, einen mäßigenden Einfluss auf Russland ausüben und gegenüber St. Petersburg sogar deutlich machen würde, dass die französische Unterstützung ausbleiben werde, falls Russland eine kriegerische Auseinandersetzung mit Großbritannien beginnen sollte.[407] Folglich gab es allen Grund zu der Hoffnung, dass, wie Lord Lansdowne sagte, »ein gutes Einvernehmen mit Frankreich höchstwahrscheinlich der Vorläufer für ein besseres Einvernehmen mit Russland« werde.[408]

Der letzte Punkt ist wichtig. Zur selben Zeit, als sie mit Japan ein Gegengewicht gegen Russland schufen, trachteten die britischen Politiker danach, der Herausforderung durch Russland zu begegnen, indem sie St. Petersburg in ein imperiales Abkommen über die Mächteteilung einbanden. Das war keineswegs ein Widerspruch. Wie Sir Thomas Sanderson, der ständige Staatssekretär im Foreign Office, in einem Brief an den britischen

Gesandten in St. Petersburg im Mai 1902 beobachtete, war das japanische Bündnis gerade deshalb nützlich, weil die Briten, solange die Russen »merken, dass wir unsere Schweine auch anderswo zu Markte tragen können, sie höchstwahrscheinlich auch nicht zur Verbuchung bringen werden«; folglich werde dies »die britische Chance auf eine endgültige Einigung eher erhöhen, statt zu mindern«.[409] Britische Sicherheitsüberlegungen gingen weiterhin von katastrophalen Szenarien in Zentralasien aus: Die Russen seien, so hieß es auf einer Kabinettssitzung im Dezember 1901, imstande, 200000 Mann in die Region jenseits des Kaspischen Meeres und in den Herat zu verlegen. Um sich gegen eine solche Streitmacht zu behaupten, müsse die britische Garnison in Indien dauerhaft auf eine Stärke von 50000 bis 100000 Mann aufgestockt werden, eine enorme finanzielle Belastung für die Regierung – und das zu einer Zeit, in der Finanzexperten drastische Ausgabenkürzungen forderten.[410] Und das »rasante Tempo« des russischen Schienenbaus zur afghanischen Grenze ließ darauf schließen, dass sich die Lage rasch zum Nachteil Großbritanniens entwickelte.[411]

Diese Sorgen wurden durch den Kriegsausbruch zwischen Russland und Japan im Februar 1904 noch verschärft. Die Tatsache, dass russische Streitkräfte auf See ebenso wie an Land gegen ihre japanischen Gegner anfangs eher schwache Leistungen boten, trug keineswegs dazu bei, die britischen Ängste zu beschwichtigen. Was wäre, wenn die Russen, wie Viscount Kitchener warnte, dazu neigten, ihre Verluste gegen Japan zu kompensieren, indem sie Indien bedrohten? In diesem Fall bräuchte Indien massive Verstärkungen – bis Februar 1905 wurden 211824 Mann veranschlagt, laut Schätzungen der indischen Regierung.[412] Das wäre mit einem enormen Anstieg der Ausgaben verbunden – Kitchener schätzte, dass es insgesamt »20 Millionen Pfund plus eine jährliche Belastung von weiteren 1,5 Millionen Pfund« kosten würde, dem »drohenden Vormarsch Russlands« entgegenzutreten.[413] Das war keine Kleinigkeit für die liberale Regierung, die im Jahr 1905 mit dem Versprechen an die Macht gekommen war, die Militärausgaben zu senken und Programme im eigenen Land auszuweiten. Und wenn Großbritannien es sich nicht leisten konnte, die Nordwestgrenze Indiens militärisch zu verteidigen, folgte daraus, dass man nach

nichtmilitärischen Mitteln Ausschau halten musste, um Indien gegen einen russischen Angriff abzusichern.

Japans Sieg über Russland im Jahr 1905 entschied den Streit zugunsten einer Verständigung. In Anbetracht des Ausmaßes der russischen Niederlage und der Welle innerer Unruhen, die das Land lähmten, klang der Ruf, die von Russland ausgehende Gefahr rechtfertige gewaltige Investitionen in die indische Verteidigung, längst nicht mehr so überzeugend.[414] Der neue Außenminister Edward Grey trat im Dezember 1905 sein Amt an und war entschlossen, »Russland wiederum in den Gremien Europas etabliert zu sehen, und ich hoffe zu günstigeren Bedingungen für uns als bislang«.[415] Im Mai 1906 gelang es Grey, Verstärkungen für Indien zurückstellen zu lassen.

Ein Aspekt dieser verworrenen Umorientierungen muss hervorgehoben werden: Weder die Entente Cordiale mit Frankreich noch das Abkommen mit Russland war von den britischen Politikern in erster Linie gegen Deutschland gerichtet. In den britischen Plänen kam Deutschland hauptsächlich als untergeordnete Funktion der Spannungen mit Frankreich und Russland vor. Die deutsche Regierung erregte vor allem dann Ärger und Zorn, wenn sie scheinbar mit Russland und Frankreich gemeinsame Sache gegen Großbritannien machte, wie beispielsweise im Frühjahr 1895, als Deutschland zusammen mit den beiden benachbarten Großmächten Tokio unter Druck setzte, das im chinesisch-japanischen Krieg eroberte Territorium an China zurückzugeben, oder im Jahr 1897, als die Deutschen überraschend bei Kiaotschou (Jiaozhou) in China einen Brückenkopf auf der Halbinsel Shantung besetzten – ein Schritt, von dem London (ganz richtig) annahm, dass er heimlich von den Russen gebilligt und gefördert worden war. In beiden Fällen wurde die deutsche Handlungsweise vor dem Hintergrund der wahrgenommenen französischen und russischen Pläne gegen Großbritannien gedeutet. Auf dem Schauplatz China war Deutschland, wie überall, eher ein diplomatischer Störenfried als eine existenzielle Bedrohung. Mit anderen Worten, der »englisch-deutsche Gegensatz« war nicht der oberste, entscheidende Faktor der britischen Politik; bis um 1904/05 war er genau genommen zumeist anderen dringenderen Sorgen untergeordnet.[416]

Imperialer Nachzügler: Deutschland

Das Hauptziel der deutschen Außenpolitik in der Ära Bismarcks war es, die Entstehung einer feindlichen Koalition der Großmächte zu verhindern. Solange die Spannungen zwischen den Weltreichen anhielten, war dieses Ziel vergleichsweise einfach zu erreichen. Die französische Rivalität zu Großbritannien lenkte Paris immer wieder von seiner Feindschaft zu Deutschland ab; Russlands Feindseligkeit gegen Großbritannien sorgte dafür, dass es sich weniger aufmerksam dem Balkan widmete, und trug so dazu bei, einen österreichisch-russischen Konflikt abzuwenden. Als hauptsächlich kontinentale Macht konnte sich Deutschland – vorausgesetzt es trachtete nicht selbst danach, ein globales Reich zu gründen – aus den großen Auseinandersetzungen um Afrika, Zentralasien und China heraushalten. Und solange Großbritannien, Frankreich und Russland Rivalen blieben, war Berlin immer imstande, sie gegeneinander auszuspielen. Dieser Zustand erhöhte die Sicherheit des Reiches und schuf einen gewissen Handlungsspielraum für die Politiker in Berlin.

Doch Bismarcks Strategie hatte auch ihren Preis. Sie erforderte, dass Deutschland unter seinen Möglichkeiten blieb, sich aus dem Wettlauf um Futterplätze in Afrika, Asien und anderswo heraushielt und tatenlos zusah, während andere Mächte um die globale Machtaufteilung stritten. Außerdem musste Berlin widersprüchliche Verpflichtungen gegenüber seinen Nachbarmächten eingehen. Die Konsequenz war ein Gefühl der nationalen Lähmung, das bei den Wählern gar nicht gut ankam, deren Stimmen über die Zusammensetzung des deutschen Landesparlaments entschieden. Der Gedanke an koloniale Besitzungen – die man sich als Eldorado mit billigen Arbeitskräften und Rohstoffen vorstellte sowie als boomenden Exportmarkt, in dem eine wachsende Bevölkerung aus Einheimischen und Siedlern fleißig Waren aus dem Mutterland kaufte – war für die deutsche Mittelschicht ebenso verführerisch wie für die etablierten europäischen Reiche.

Es darf nicht vergessen werden, dass schon bescheidene deutsche Bemühungen, die machtpolitischen Beschränkungen für eine Expansion zu überwinden, auf erbitterten Widerstand seitens der etablierten Weltmächte

stießen. In diesem Zusammenhang sollte man sich einen offensichtlichen, aber wichtigen Unterschied zwischen dem verspäteten Deutschen Reich und seinen weltweiten Rivalen vor Augen führen: Als die Besitzer riesiger Anteile der bewohnten Oberfläche der Erde mit einer militärischen Präsenz entlang der ausgedehnten Peripherien der Reiche verfügten Großbritannien, Frankreich und Russland über Aktivposten, die ausgetauscht und verhandelt werden konnten, ohne dass es die Metropole allzu viel kostete. Großbritannien konnte Frankreich Konzessionen im Mekongdelta anbieten; Russland konnte Großbritannien eine Demarkation der Einflusssphären in Persien anbieten; Frankreich konnte Italien Zugang zu den begehrten Gebieten in Nordafrika anbieten. Deutschland konnte nicht glaubwürdig derartige Angebote machen, weil es immer in der Position eines Emporkömmlings mit leeren Taschen blieb, der verzweifelt versuchte, einen Platz an dem bereits überfüllten Tisch zu ergattern. Seine Versuche, zumindest einen Anteil an den mageren Portionen zu bekommen, die noch erhältlich waren, stießen in der Regel auf energischen Widerstand seitens des etablierten Clubs der Weltmächte.

In den Jahren 1884/85 etwa, als die deutsche Regierung versuchte, den imperialistischen Appetit der Bevölkerung zu stillen, indem sie den Erwerb einer bescheidenen Sammlung kolonialer Besitzungen billigte, stieß sie auf eine abweisende Antwort aus Großbritannien. Im Jahr 1883 hatte der Bremer Kaufmann Heinrich Vogelsang Land entlang der Angra-Pequeña-Küste im heutigen Namibia gekauft. Im darauffolgenden Jahr fragte Bismarck offiziell die britische Regierung, ob sie die Absicht habe, Ansprüche auf diese Region zu erheben. Aus London kam eine schroffe Erwiderung, dass Großbritannien nicht gewillt sei, es einem anderen Land zu gestatten, irgendwo in der Region zwischen dem portugiesischen Angola und der britischen Kapkolonie Fuß zu fassen. Berlin antwortete mit zwei Fragen, um die Lage zu sondieren: Worauf stützte sich der britische Anspruch? Und ob die britischen Behörden es auf sich nähmen, deutsche Siedler in der Region zu beschützen?[417] Es vergingen Monate, bis Whitehall sich herabließ, eine Antwort zu schicken. Bismarck war über diese herablassende Art verärgert, aber es bestand kein Anlass, dies persönlich zu nehmen – London verhielt sich 1895 /96 genauso abweisend

und hochnäsig, als es mit den Amerikanern wegen des venezolanischen Grenzstreits zu tun hatte.[418] Als die Deutschen dennoch weitermachten und offiziell die Inbesitznahme des Territoriums bekannt gaben, antwortete die britische Regierung prompt, indem sie selbst Ansprüche anmeldete. In Berlin erhitzten sich die Gemüter. Es könne nicht geduldet werden, schäumte Bismarck vor Wut, dass Großbritannien für sich das Privileg einer »afrikanischen Monroe-Doctrin« beanspruche.[419] Der Kanzler erhöhte den politischen Druck. Sein Sohn Herbert wurde nach London geschickt, um die Verhandlungen zu leiten. Am Ende gaben die Briten, die von ernsteren Herausforderungen abgelenkt waren (russische Pläne in Afghanistan, Spannungen in Afrika mit Frankreich), nach, und die Krise ging vorüber, aber es war eine heilsame Mahnung, wie wenig Platz für die letzte Großmacht Europas noch am Tisch geblieben war.

Nicht zuletzt um den selbstauferlegten Beschränkungen der Bismarck'schen Politik zu entrinnen, ließ Deutschland 1890 den Rückversicherungsvertrag mit Russland auslaufen. Der Wachwechsel in jenem Jahr (Bismarcks Abschied, die Ernennung Leo von Caprivis zu seinem Nachfolger und das Hervortreten Kaiser Wilhelms II. als Hauptakteur in der Reichspolitik) kündigte eine neue Phase in den deutschen auswärtigen Beziehungen an. Der »neue Kurs« zu Beginn der 1890er Jahre zeichnete sich anfangs weniger durch Zielstrebigkeit aus, sondern eher durch Unentschlossenheit und zielloses Treiben. Das durch Bismarcks unvermittelten Abschied entstandene Vakuum wurde nicht gefüllt. Die Initiative ging an Friedrich von Holstein über, den Leiter der politischen Abteilung im Außenministerium. Holsteins Politik bestand darin, die Bindungen zu Österreich-Ungarn zu festigen und zugleich mögliche Risiken auf dem Balkan über eine Verständigung mit London auszubalancieren, auch wenn er sich nicht für ein richtiges Bündnis mit Großbritannien aussprach. Unabhängigkeit war der zentrale Faktor seiner Denkweise. Ein mit Großbritannien verbündetes Deutschland lief Gefahr, Londons Sündenbock auf dem Kontinent zu werden – die Erinnerung an den Siebenjährigen Krieg, als sich Friedrich der Große als Bündnispartner Großbritanniens von einer mächtigen kontinentalen Koalition umzingelt sah, spielte hier eine maßgebliche Rolle. Der entscheidende Punkt sei, wie

Bernhard von Bülow im März 1890 seinem Vertrauten Eulenburg schrieb, dass Deutschland »von keiner fremden Macht abhängig« sein dürfe.[420] Der Preis für eine Einigung mit Großbritannien wäre der Verzicht Deutschlands auf koloniale Besitztümer, aber diesen Preis zahlte Caprivi gerne.

Die Politik der freien Hand erschien recht harmlos, barg jedoch beträchtliche Risiken. Im Sommer 1891 erfuhren die Deutschen, dass ihr Bündnispartner Italien geheime Gespräche mit Frankreich führte, weil es hoffte, die Unterstützung der Franzosen für künftige Eroberungen in Nordafrika zu erhalten. Gleichzeitig gingen in Berlin Meldungen über einen offiziellen Besuch einer französischen Flottille in dem russischen Hafen Kronstadt ein, wo französische Offiziere unter großem Jubel von der russischen Presse und Bevölkerung begrüßt wurden. Mit der 1892 folgenden französisch-russischen Militärkonvention zeigte sich, dass schon der Anschein einer engen Zusammenarbeit mit Großbritannien das Risiko barg, die exponierte Stellung Deutschlands auf dem Kontinent zu steigern, ohne dass es selbst daraus einen entsprechenden Nutzen für die Sicherheit zog. Das wohl Alarmierendste an der ganzen Sache war: Die engere Intimität zwischen Frankreich und Russland brachte Großbritannien offenbar nicht dazu, engere Beziehungen zu Deutschland anzustreben; im Gegenteil veranlasste es die britischen Politiker, den Nutzen einer Beschwichtigungspolitik abzuwägen, zunächst mit Frankreich, später mit Russland. Der Umstand, dass die französische Flottille auf dem Heimweg aus Russland 1891 Portsmouth einen symbolischen Besuch abstattete, hatte ebenfalls eine ernüchternde Wirkung auf die Stimmung in Berlin.[421]

War Deutschland stark genug, seinen Weg auch ohne die Unterstützung mächtiger Verbündeter zu gehen? Als Antwort auf diese Frage stockte Caprivi die Verteidigungsfähigkeit des Reiches auf. Mit der Verabschiedung des Wehrgesetzes von 1893 wurde die Stärke der Armee auf 552000 Mann (150000 mehr als ein Jahrzehnt zuvor) erhöht, und die Militärausgaben in jenem Jahr waren doppelt so hoch wie 1886. Diese Steigerungen wurden jedoch nicht in eine umfassendere politische Strategie eingebettet; ihr Zweck war Abschreckung.

Welche diplomatischen Implikationen dieses Trachten nach militärischer

Autonomie hatte, war unter den wichtigsten Entscheidungsträgern in Berlin umstritten. Sollte Deutschland, da eine Verbesserung der Beziehungen zu Frankreich so gut wie ausgeschlossen war, weiterhin eine Einigung mit Großbritannien anstreben oder sein Heil in verbesserten Beziehungen zu Russland suchen? Beide Optionen brachten letztlich frustrierende Ergebnisse. Die deutschen Entscheidungsträger setzten große Hoffnungen in den russisch-deutschen Handelsvertrag, der im Frühjahr 1894 geschlossen wurde. Der vom Reichstag gegen heftige Proteste der deutschen Agrarlobby ratifizierte Vertrag war ein Meilenstein in den Wirtschaftsbeziehungen, der beiden Ländern immense Vorteile bescherte. Aber er bewirkte keine Lockerung der russischen Bindung an Frankreich; im Gegenteil betrachteten die Russen den Vertrag als eine Rechtfertigung ihrer Linie und als Indikator für die Möglichkeiten, die ihnen offen standen, wenn die Deutschen diplomatisch in einer schwächeren Position blieben.[422]

Die britische Option war nicht weniger heikel. Das lag in erster Linie daran, dass Caprivis Politik der »freien Hand« London viel größere Freiräume verschaffte als Berlin. Das französisch-russische Bündnis gestattete es Großbritannien, zwischen den kontinentalen Lagern hin und her zu wechseln, und verringerte den Anreiz, ein dauerhaftes Einvernehmen mit Berlin anzustreben. Lediglich in Krisenzeiten an der Peripherie des Empires strebte London aktiv engere Bindungen an, aber das lief nie auf das Angebot eines umfassenden Bündnisses zu Bedingungen hinaus, von denen man vernünftigerweise annehmen konnte, dass Berlin sie akzeptieren würde. Im Jahr 1901 etwa, als britische Truppen in Südafrika gebunden waren und die Russen den Druck in China erhöhten, war der britische Außenminister Lansdowne so erpicht darauf, die Unterstützung Deutschlands gegen das Zarenreich zu erhalten, dass er im Kabinett den Entwurf eines geheimen Bündnisvertrages mit Deutschland verteilte, der unter bestimmten Bedingungen Großbritannien und Deutschland verpflichtet hätte, zur Unterstützung Japans gegen Russland Krieg zu führen. Behutsam wurden erste Fühler nach Berlin ausgestreckt, aber die Deutschen wollten sich nicht in eine antirussische Vereinigung hineinziehen lassen, weil sie Angst hatten, dass sie bei einem kontinentalen Konflikt gefährlich exponiert wären. Die

Unterstützung durch die britische Marine würde hier kaum ins Gewicht fallen.[423] Bülow bereitete folgende Frage Kopfzerbrechen: Was hatten die Briten den Deutschen zu bieten, um die verstärkte französische und russische Feindschaft zu kompensieren, die ein deutsches Bündnis mit Großbritannien unweigerlich mit sich bringen würde? Das war das strukturelle Problem, das sämtliche Bemühungen, eine britisch-deutsche Annäherung in förmliche Bahnen zu lenken, erschwerte.

Eine weitere, naheliegendere Schwierigkeit bestand darin, dass Berlins Bemühungen, deutsche Interessen außerhalb Europas zu fördern, unweigerlich auf britischen Protest stießen. Als der türkische Sultan Abdul Hamid der deutschen Bagdadbahn-Gesellschaft den Auftrag erteilte, eine Abzweigung von der anatolischen Bahnlinie bis Konja nach Bagdad zu bauen, kamen lautstarke Beschwerden von der britischen Regierung, die in dem von Deutschen finanzierten Projekt »ein unbefugtes Eindringen in die englische Sphäre« sahen, weil dies die Rentabilität der britisch finanzierten Smyrna Railway verringern würde – bei dieser Episode gingen britische Politiker, wie in vielen anderen Streitfällen, von der Annahme aus, dass britische imperiale Interessen »vital« und »unverzichtbar«, die deutschen hingegen lediglich »Luxus« seien, deren tatkräftiges Anstreben von anderen Mächten zwangsläufig als Provokation gewertet wurde.[424] Der Streit um den britisch-kongolesischen Vertrag vom 12. Mai 1894, durch den Großbritannien einen 25 Kilometer breiten Landstreifen erhielt, der Uganda mit Rhodesien verband, ist ein weiteres gutes Beispiel. Dieser Vertrag, der eigentlich dafür gedacht war, französische Pläne am Oberen Nil zu verhindern, hatte zugleich den Effekt, dass Deutsch-Ostafrika ringsherum an einen Kordon britischen Territoriums grenzte. Erst nach massivem deutschem Druck gab London am Ende nach. Die deutschen Zeitungen, die sich verzweifelt nach Signalen für das nationale Selbstbewusstsein sehnten, feierten dieses Ergebnis begeistert. Darüber hinaus bestätigte es auch die unter deutschen Politikern verbreitete Überzeugung, dass man deutsche Interessen nur dann schützen könne, wenn man Großbritannien die Stirn biete.[425]

In der Transvaalkrise von 1894/95 erreichten die britisch-deutschen

Spannungen ihren Höhepunkt. Schon seit langem kam es zu lokalen Problemen zwischen der britisch kontrollierten Kapkolonie und der benachbarten Südafrikanischen Republik der Buren, auch Transvaal genannt. Obwohl die Unabhängigkeit von Transvaal international (auch von Großbritannien) anerkannt war, forderte Cecil Rhodes, die führende Persönlichkeit in der Kapkolonie, nachdrücklich die Annexion des nördlichen Nachbars, da er dem Lockruf der in den 1880er Jahren entdeckten riesigen Goldvorkommen nicht widerstehen konnte. Weil deutsche Siedler in der Wirtschaft von Transvaal eine wichtige Rolle spielten und den Deutschen ein Fünftel des gesamten investierten ausländischen Kapitals gehörte, hatte die Berliner Regierung ein starkes Interesse, die Unabhängigkeit der Republik zu erhalten. Im Jahr 1894 löste Berlins Beteiligung an Plänen für den Bau einer deutsch finanzierten Bahnlinie, die den Binnenstaat Transvaal mit der Delagoa-Bucht (heute: Maputo-Bucht) im portugiesischen Mosambik verband, Proteste in London aus. Während die britische Regierung in Betracht zog, über eine Annexion der Delagoa-Bucht die Kontrolle über die umstrittene Bahnlinie zu übernehmen, und jede Regelung zurückwies, die ihre politische und wirtschaftliche Dominanz in der Region abgeschwächt hätte, bestanden die Deutschen auf einer Beibehaltung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Transvaals.[426] Im Herbst 1895 kam es zu weiteren Spannungen, als der britische Botschafter in Berlin Sir Edward Malet Transvaal einen Konfliktherd in den britisch-deutschen Beziehungen nannte und vage die Möglichkeit eines Krieges zwischen den beiden Ländern andeutete, falls Deutschland sich weigere, nachzugeben.

Die deutsche Regierung war demzufolge ohnehin schlecht auf die Briten zu sprechen, als ein gescheiterter Überfall auf Transvaal im Dezember 1895 eine internationale Krise auslöste. Die britische Regierung hatte Dr. Leander Starr Jamesons Angriff auf die Republik, den sogenannten Jameson Raid, zwar nicht ausdrücklich gebilligt, aber mindestens ein britisches Regierungsmitglied (Joseph Chamberlain) hatte im Vorfeld davon gewusst. Der Überfall selbst endete in einem Fiasko: Jamesons Männer wurden rasch von den Truppen der Republik Transvaal überwältigt und gefangen genommen. In Berlin ging man, genau wie in Paris und St. Petersburg,

allgemein davon aus, dass London ungeachtet der offiziellen Dementis aus Whitehall hinter der versuchten Invasion steckte. Entschlossen, ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen, schickte die deutsche Regierung ein persönliches Telegramm des Kaisers an Paul Kruger, den Präsidenten der Republik Transvaal. Die »Krüger-Depesche«, wie sie später bekannt wurde, wünschte dem Präsidenten ein frohes neues Jahr und gratulierte ihm dazu, dass er, »ohne an die Hülfe [sic!] befreundeter Mächte zu appellieren […] die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen« verteidigen konnte.[427]

Diese zurückhaltend formulierte Nachricht löste einen Sturm der Empörung in der britischen Presse und eine entsprechende Woge der Begeisterung in Deutschland aus, wo sie als Zeichen begrüßt wurde, dass endlich etwas für die Verteidigung deutscher Interessen in Übersee getan wurde. Dabei war die Krüger-Depesche kaum mehr als eine politische Geste. Deutschland zog sich rasch aus der Auseinandersetzung mit Großbritannien um den Süden Afrikas zurück. Das Kaiserreich verfügte nicht über die nötigen Mittel, seinen Willen durchzusetzen, ja es konnte sich nicht mal den gebührenden Respekt als ebenbürtiger Rivale in einem derartigen Interessenkonflikt verschaffen. Am Ende akzeptierte Berlin eine Kompromisslösung, die als Gegenleistung für wertlose britische Zugeständnisse Deutschland von weiteren Einmischungen in die politische Zukunft Südafrikas ausschloss.[428] Zur Bestürzung der deutschen nationalistischen Presse lehnte die deutsche Regierung es ab, vor oder während des Burenkrieges (1899–1902) im Namen von Transvaal zu intervenieren, der mit der Niederlage Transvaals und der Umwandlung in eine britische Kolonie endete.

Somit waren die 1890er Jahre eine Ära der sich verstärkenden deutschen Isolation. Eine Zusage von Großbritannien blieb in weiter Ferne, und das französisch-russische Bündnis schien den Bewegungsspielraum auf dem Kontinent erheblich einzuengen. Aber die Staatsmänner Deutschlands brauchten außergewöhnlich lange, bis sie das Problem in seinem vollen Ausmaß erkannten. Sie waren nämlich überzeugt, dass die anhaltenden Spannungen zwischen den Weltreichen allein bereits eine Garantie dafür seien, dass diese sich niemals gegen Deutschland zusammenschließen

würden. Statt der Isolation durch eine Politik der Annäherung zu begegnen, erhoben die deutschen Politiker das Streben nach Autonomie zum Leitgedanken.[429] Am deutlichsten zeigte sich diese Entwicklung an der Entscheidung, eine große Flotte zu bauen.

Mitte der neunziger Jahre, nach einer langen Phase der Stagnation und des relativen Niedergangs, nahmen der Schiffbau und die Seekriegführung auf einmal eine zentrale Stellung in der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik ein.[430] Die öffentliche Meinung spielte hier eine wichtige Rolle – große Schiffe waren in Deutschland, genau wie in Großbritannien, der Fetisch der großen Qualitätsblätter und ihrer gebildeten Leser aus der Mittelschicht. Der damals angesagte »Flottenkult« des amerikanischen Schriftstellers Alfred Thayer Mahan hatte ebenfalls beträchtlichen Anteil.[431] Mahan sagte in seinem Werk *The Influence of Sea Power upon History* (1890) einen Kampf um die Weltmacht voraus, der durch riesige Flotten aus schweren Schlachtschiffen und Kreuzern entschieden werde. Kaiser Wilhelm II., der das Flottenprogramm unterstützte, war eifriger Hobbynautiker und begeisterter Leser von Mahan; in den Heften des jungen Wilhelm sind unzählige Schlachtschiffe zu finden: liebevoll gezeichnete schwimmende Festungen, die vor mächtigen Kanonen nur so strotzen. Die internationale Dimension darf allerdings keineswegs unterschätzt werden: Vor allem die Reihe von Auseinandersetzungen mit Großbritannien an der Peripherie führte zu der Entscheidung, eine stärkere Flotte zu erwerben. Nach der Transvaalkrise war der Kaiser geradezu besessen von der dringenden Notwendigkeit, Schiffe zu bauen, das ging so weit, dass er anfing, so gut wie jede internationale Krise als eine Lektion in dem Primat der Seemacht zu deuten.[432]

Die intensivere persönliche Beschäftigung des Kaisers mit Angelegenheiten der Marine fiel mit einem erbitterten Grabenkampf innerhalb der Chefetage der deutschen Seekriegsleitung zusammen. Der Leiter des Marinekabinetts Admiral Baron Gustav von Senden-Bibran und sein ehrgeiziger Protegé Alfred von Tirpitz forderten nachdrücklich den Bau einer großen Zahl von Schlachtschiffen. Auf der anderen Seite stand der zurückhaltende Admiral Friedrich Hollmann, Staatssekretär für die Marine und damit zuständig für

die Ausarbeitung der Flottengesetze für den Reichstag. Hollmann plädierte weiterhin für den Bau einer Streitmacht schneller Kreuzer von dem Schiffstyp, der von der damals aktuellen französischen *jeune école* befürwortet wurde. Während dem aufstrebenden Tirpitz ein künftiges Ringen um die Gleichstellung mit Großbritannien in Gewässern nahe der Heimat vorschwebte, hatte Hollmann eine flexiblere, über lange Strecken einsetzbare Waffe vor Augen, mit deren Hilfe man deutsche Ansprüche an der Peripherie durchsetzen und deutsche Interessen schützen konnte. Von 1893 bis 1896 führten Tirpitz und seine Bundesgenossen einen Kleinkrieg gegen Hollmann, stellten offen seine Kompetenz in Frage und bombardierten den Kaiser geradezu mit Memoranden, in denen sie ihre eigenen strategischen Vorschläge skizzierten. Nachdem Wilhelm II. eine Zeitlang zwischen den zwei Lagern geschwankt hatte, entzog er 1897 Hollmann seine Unterstützung und ernannte an dessen Stelle Tirpitz.[433] Am 26. März 1898 verabschiedete der Reichstag nach einem gigantischen Propagandafeldzug ein neues Flottengesetz. Anstelle der bruchstückhaften und vagen Vorschläge der frühen neunziger Jahre setzte das Reichsmarineamt unter Admiral von Tirpitz ein umfassendes, langfristiges Bauprogramm durch, das bis 1912 den Löwenanteil der deutschen Rüstungsausgaben verschlingen sollte. Letztlich sollte das Deutsche Reich in die Lage versetzt werden, die britische Flotte als ebenbürtiger Gegner herauszufordern.[434]

Die deutsche Entscheidung, ein ehrgeiziges Flottenprogramm aufzulegen, nimmt in der Literatur zu den Ursprüngen des Ersten Weltkriegs eine dominierende Stellung ein. Im Nachhinein betrachtet mochte dies den Konflikt, der 1914 ausbrach, ankündigen oder womöglich gar erklären. War die Entscheidung, die britische Seeherrschaft herauszufordern, etwa nicht eine unnötige Provokation, die dauerhaft die Beziehungen zwischen den beiden Staaten vergiftete und die Polarisierung des europäischen Systems vertiefte?

Man kann an der deutschen Seekriegsstrategie vieles kritisieren. Am schwersten wog wohl, dass sie nicht in ein breites politisches Konzept eingebettet war, das über das Streben nach freier Hand in der Weltpolitik hinausging. Aber das neue Flottenprogramm war weder ein empörender noch

ein ungerechtfertigter Schritt. Die Deutschen hatten allen Grund zu der Annahme, dass man sie nicht ernst nehmen würde, wenn sie sich nicht eine starke Seestreitkraft verschafften. Immerhin schlugen die Briten in der Korrespondenz mit den Deutschen gewohnheitsmäßig einen recht herrischen Ton an. Im März 1897 fand beispielsweise ein Treffen zwischen dem stellvertretenden Staatssekretär im Foreign Office Sir Francis Bertie, wegen seiner aggressiven Art meist »the Bull« genannt, und dem Chargé d'affaires und geschäftsführenden deutschen Botschafter in London Hermann Freiherr von Eckardstein statt. Im Laufe ihres Gesprächs brachte Eckardstein, ein bekannter Anglophiler, der sich nach der Mode Eduards VII. kleidete und sich gerne in den Londoner Clubs zeigte, die Frage der deutschen Interessen in Südafrika zur Sprache. Berties Antwort war ein regelrechter Schock. Sollten die Deutschen auch nur einen Finger wegen Transvaal rühren, erklärte Bertie, so würde die britische Regierung vor keiner Maßnahme, nicht einmal der »äußersten« (eine unmissverständliche Anspielung auf Krieg) zurückschrecken, um »eine Einmischung Deutschlands … zurückzuweisen«. »Die Regierung wisse genau, dass sie, falls es zum Kriege mit Deutschland kommen sollte«, fuhr er fort, »die gesammte englische Nation hinter sich habe, und eine Blockade von Hamburg und Bremen sowie die Vernichtung des deutschen Handels auf hoher See sei [sic] für die englische Flotte eine Kleinigkeit.«[435]

Die deutsche Marinepolitik muss vor diesem Hintergrund der Spannung und Bedrohung gesehen werden. Selbstverständlich besteht kein Zweifel an der antienglischen Orientierung der neuen Waffe – das stellte Tirpitz persönlich unmissverständlich klar: Die Denkschrift, in der er dem Kaiser im Juni 1897 seinen Flottenplan darlegte, begann mit der lapidaren Feststellung: »Für Deutschland ist zur Zeit der gefährlichste Gegner zur See England«, und die gleiche These tauchte in den folgenden Jahren in allen Gesetzentwürfen und Memoranden auf.[436] Aber das war keineswegs überraschend: Rüstungsprogramme orientieren sich für gewöhnlich am stärksten potenziellen Gegner; bis zur Unterzeichnung der Entente Cordiale im Jahr 1904 hatten französische Seekriegsstrategen der *jeune école* in ihren programmatischen Schriften im Falle eines Krieges den systematischen

Einsatz schneller, stark bewaffneter Kreuzer gegen Handelsschiffe vorgesehen, um die Britischen Inseln auszuhungern und zur Kapitulation zu zwingen. Noch im Jahr 1898 hatten britische Marinekreise diese Aussicht als so real eingestuft, dass sie wegen des Bedarfs an zusätzlichen Kreuzern und der Sicherung der einheimischen Lebensmittelvorräte in Panik gerieten.[437]

Jedenfalls lag es keineswegs am deutschen Schiffbau nach 1898, dass Großbritannien engere Beziehungen zu Frankreich und Russland anstrebte. Die Entscheidung, mit Frankreich eine Entente zu bilden und mit Russland eine Einigung anzustreben, kam in erster Linie wegen des Drucks an der Peripherie des Empires zustande. Britische Politiker beschäftigten sich längst nicht so intensiv mit dem deutschen Flottenprogramm und waren nicht so alarmiert, wie häufig angenommen wird.[438] Die britische Seekriegsstrategie war niemals allein auf Deutschland ausgerichtet, sondern auf die Notwendigkeit, in einer Welt der großen Seemächte (wie Frankreich, Russland und den Vereinigten Staaten) die dominierende Stellung zu behalten. Und das deutsche Flottenprogramm hatte auch nicht den hypnotisierenden Effekt auf britische Strategen, den manche ihm zugesprochen hatten.[439] Im Jahr 1905 konnte der Direktor der britischen Marineaufklärung das britische Seeübergewicht über Deutschland selbstbewusst als »überwältigend« bezeichnen.[440] Im Oktober 1906 räumte Charles Hardinge, der ständige Staatssekretär im Foreign Office, ein, dass Deutschland keine unmittelbare Gefahr für Großbritannien darstelle. Im folgenden Jahr merkte Admiral Sir Arthur K. Wilson in einem Bericht über aktuelle Kriegspläne der Admiralität an, dass ein britisch-deutscher Konflikt unwahrscheinlich sei, dass keine Macht in der Lage sei, der anderen einen »vitalen Schaden« beizubringen, und dass es schwierig sei, »sich vorzustellen, wie es zu einem Konflikt kommen könnte«. Außenminister Edward Grey äußerte sich ebenfalls optimistisch: »Wir werden sieben Dreadnoughts vom Stapel lassen, bevor sie auch nur eine haben«, bemerkte er im November 1907. »Im Jahr 1910 werden sie vier gegen unsere sieben haben, aber bis dahin ist noch viel Zeit, neue [Schiffe] Kiel zu legen, falls sie das tun sollten.«[441] Selbst der Erste Seelord Sir John (»Jackie«) Fisher rühmte in einem Schreiben von 1907 an König Eduard VII. die britische

Überlegenheit über die Deutschen: »England hat sieben Dreadnoughts und drei Schlachtkreuzer, während Deutschland noch nicht einmal eines angefangen hat!« Diese Zuversicht war durchaus berechtigt, weil die Deutschen das Wettrüsten zur See von vornherein verloren hatten: Während die Zahl der deutschen Kriegsschiffe in den Jahren 1898 bis 1905 von 13 auf 16 stieg, wuchs die britische Flotte von 29 auf 44 Schiffe. Tirpitz hatte beabsichtigt, ein Verhältnis von einem deutschen großen Kriegsschiff auf 1,5 britische zu erreichen, aber er kam nie auch nur in die Nähe dieses Ziels. Im Jahr 1913 verzichtete die deutsche Seekriegsleitung offiziell und unilateral auf ein weiteres britisch-deutsches Wettrüsten, indem Tirpitz erklärte, er gebe sich mit den von Großbritannien geforderten Mengenverhältnissen zufrieden. Bis 1914 bauten die Briten ihre Führung wiederum aus. Die Angst vor einem Seekrieg, die von Zeit zu Zeit die ganze britische Presse und politische Kreise erfasste, war durchaus real, aber sie war zum großen Teil von den Propagandafeldzügen geschürt, welche die Fürsprecher eines Seekrieges lancierten. Auf diese Weise sollten sämtliche Forderungen abgeschmettert werden, das darbende britische Heer mit mehr Geldern zu unterstützen.[442]

Somit bestand eine eklatante Diskrepanz zwischen den großen Worten, mit denen Tirpitz und Konsorten die Ausgaben für die Kriegsmarine rechtfertigten, und den vergleichsweise mageren Ergebnissen. Der deutsche Schiffbau sollte das Projekt unterstützen, das man um 1900 gemeinhin als »Weltpolitik« bezeichnete. Darunter verstand man eine Außenpolitik mit dem Ziel, den Einfluss Deutschlands als Weltmacht auszudehnen und so zu den anderen großen Akteuren auf der Weltbühne aufzuschließen. »Ungeheure Ländermassen kommen in den verschiedensten Weltteilen in den nächsten Jahrzehnten zur Verteilung«, mahnte der Historiker und Publizist Hans Delbrück in einem wichtigen Aufsatz von 1897. »Die Nationalität, die dabei leer ausgeht, ist in der folgenden Generation aus der Reihe der großen Völker, die dem Menschengeist seine Prägung geben, ausgeschieden.«[443] In einer vielbeachteten Rede vom 6. Dezember 1897 brachte der Staatssekretär des Äußeren Bernhard von Bülow die brodelnde Stimmung zum Ausdruck: »Die Zeiten, wo der Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine

Doktrin thront – diese Zeiten sind vorüber«, kündigte er an. »Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.«[444]

Eine Zeitlang schien der Begriff Weltpolitik die Stimmung der deutschen Mittelschicht und der national gesinnten Presse wiederzugeben. Das Wort fand deshalb Anklang, weil es in sich so viele zeitgenössische Erwartungen bündelte. Weltpolitik bedeutete das Trachten nach einer Ausweitung der ausländischen Märkte (zu einer Zeit sinkender Exportquoten); es beinhaltete den Ausbruch aus den Zwängen des kontinentalen Bündnissystems, um auf einer größeren Weltbühne zu operieren. Es drückte den Hunger nach echt nationalen Projekten aus, die dazu beitragen würden, die disparaten Regionen des Deutschen Reiches zusammenzufügen; und es gab die allgemeine Überzeugung wieder, dass Deutschland, das spät zu dem kolonialen Festmahl hinzugestoßen war, aufholen musste, wenn es sich den Respekt der anderen Großmächte verschaffen wollte. Aber während alle diese Aspekte mitschwangen, erhielt Weltpolitik nie eine feste oder konkrete Bedeutung.[445] Selbst Bernhard von Bülow, dem viele das Verdienst zusprechen, er habe die Weltpolitik zum Leitgedanken erhoben, legte niemals eine endgültige Definition vor, was damit eigentlich gemeint war. Seine widersprüchlichen Äußerungen zu dem Thema legen die Vermutung nahe, dass es kaum mehr als die alte Politik der »freien Hand« mit einer größeren Flotte und einer bedrohlicheren Stimmungsmache war. »Wir sollen Weltpolitik betreiben«, notierte der ehemalige Generalstabschef General Alfred von Waldersee mürrisch im Juli 1900 in sein Tagebuch. »Wenn ich nur wüsste, was das sein soll.«[446]

Die konkreten Errungenschaften der Weltpolitik nach 1897 fielen entsprechend bescheiden aus, insbesondere gemessen an den Eroberungen der Vereinigten Staaten in den gleichen Jahren: Während sich Deutschland die Marianen und die Karolineninseln, einen Teil Samoas und den kleinen Brückenkopf Kiaotschou an der chinesischen Küste sicherte, führten die Vereinigten Staaten gegen Spanien einen Krieg um Kuba und verleibten sich in dessen Verlauf 1898 die Philippinen, Puerto Rico und Guam ein; sie erklärten im selben Jahr Hawaii offiziell zu ihrem Besitz und führten auf den

Philippinen einen hässlichen Kolonialkrieg (1899–1902), der zwischen 500000 und 750000 Filipinos das Leben kostete. Ferner erwarben sie 1899 einen Teil der Samoa-Inseln und bauten anschließend einen Kanal durch die mittelamerikanische Landenge, unter dem Schutz einer Kanalzone unter eigener Verwaltung, die, wie der Außenminister ausdrücklich betonte, auf dem Kontinent Südamerika »de facto souverän« sei.[447] Als dagegen Bülow begeistert Kaiser Wilhelm II. zu einer neuen kolonialen Besitzung beglückwünschte und davon schwärmte, dass dieser Erwerb die Bevölkerung und die Flotte anregen werde, dem Kaiser weiter auf dem Pfad zu Weltmacht, Größe und ewigem Ruhm zu folgen, sprach er von den ökonomisch und strategisch wertlosen Karolineninseln![448] Es ist kein Wunder, dass manche Historiker zu dem Schluss gelangten, Deutschlands Weltpolitik sei vor allem mit Blick auf die einheimischen Verbraucher konzipiert worden: als Mittel, die nationale Solidarität zu stärken, dem Reichstag langfristige, hohe Belastungen des Haushalts aufzubürden, abweichenden politischen Meinungen wie denen der Sozialdemokratie den Reiz zu nehmen und so die Dominanz der bestehenden industriellen und politischen Eliten zu konsolidieren.[449]

Der vielleicht bemerkenswerteste Fehler der deutschen Politik in den Jahren um 1900 war das Versäumnis zu erkennen, wie schnell sich die internationale Lage zum Nachteil Deutschlands entwickelte. Die Politiker in Berlin blieben in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts zuversichtlich, dass die globale Spannung zwischen dem britischen Empire und dem russischen Zarenreich Deutschland dauerhaft einen gewissen Handlungsspielraum garantieren werde. Kurzfristig konzentrierten sie sich darauf, gute Beziehungen zu St. Petersburg zu pflegen. Langfristig waren sie überzeugt, dass die Belastung durch den Druck Russlands und das Wachstum der deutschen Flotte Großbritannien letztlich zwingen werde, bessere Beziehungen zu Berlin anzustreben.

Der große Wendepunkt?

In der Nacht vom 8. auf den 9. Februar 1904 griff Admiral Togo Heiachiros

Flotte vor Port Arthur an der chinesischen Küste russische Kriegsschiffe an, die vor Anker lagen, und versenkte sie allesamt – der Auftakt zum russisch-japanischen Krieg. Die Japaner begannen den Krieg, aber die Russen hatten ihn provoziert. Im vergangenen Jahrzehnt waren der Zar und seine einflussreichsten Berater geradezu besessen gewesen von der Aussicht, ein riesiges ostasiatisches Reich zu erobern. Die Russen waren unablässig in den Norden Chinas, auf die Halbinsel Liaodong und in den Norden Koreas vorgestoßen und waren damit in die japanische Interessensphäre eingedrungen. Sie nahmen den Boxeraufstand von 1898 bis 1901 (nicht zuletzt die Folge russischer Einfälle in China) zum Vorwand, 177000 Mann in die Mandschurei zu entsenden, die angeblich ihre Eisenbahnen schützen sollten. Nach dem Abklingen des Aufstands ignorierte Russland Forderungen seitens der anderen Mächte, die Truppen wieder abzuziehen. Anfang 1903 wurde deutlich, dass sie die Absicht hatten, die Mandschurei für unbegrenzte Zeit zu besetzen. Wiederholte Gesuche seitens der Japaner, förmlich eine Demarkationslinie der russischen und japanischen Einflusssphären in der Mandschurei und in Korea festzulegen, wurden von St. Petersburg brüsk beiseitegewischt.

Gestärkt durch das Bündnis mit Großbritannien von 1902 hatten die Japaner das nötige Selbstvertrauen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Der anschließende Krieg bescherte Russland eine so verheerende Niederlage, wie niemand sie im Vorfeld für möglich gehalten hätte. Zwei von drei russischen Flotten wurden völlig zerstört (Ironie der Geschichte: die dritte, nämlich die Schwarzmeerflotte, überlebte, weil russische Kriegsschiffe die türkischen Meerengen immer noch nicht durchfahren durften). Russische Truppen wurden in der Mandschurei im Jahr 1904 überrannt, die Japaner belagerten Port Arthur, und die Armee, die man zum Entsatz aussandte, musste unverrichteter Dinge aus der Region abziehen. Im Januar 1905 kapitulierte Port Arthur nach langem, erbittertem Kampf. Zwei Monate danach schlug ein japanisches Heer mit 270000 Mann eine zahlenmäßig stärkere russische Streitmacht in der Nähe von Mukden in der Mandschurei in die Flucht. Unterdessen erschütterte eine Welle ethnisch bedingter Gewalt, massiver Streiks, politischer Proteste und Unruhen das russische Reich und entlarvte

die innere Zerbrechlichkeit der zaristischen Autokratie. Einmal musste eine Armee mit fast 300000 Mann (noch größer als das Heer in der Mandschurei) in Polen aufmarschieren, um die Ordnung wiederherzustellen.

Der russisch-japanische Krieg hatte eine zugleich tiefgreifende und ambivalente Wirkung. Kurzfristig schien der Krieg Deutschland unerwartete Möglichkeiten zu bieten, die Beschränkungen zu durchbrechen, die dem Land von dem französisch-russischen Bündnis und der britisch-französischen Entente auferlegt worden waren. Langfristig hatte der Krieg jedoch genau den gegenteiligen Effekt: Er bewirkte eine Verfestigung des Bündnissystems, das sich neu orientierte, weg von den einst peripheren Spannungen hin zum Kontinent Europa; und dadurch wurde der Handlungsspielraum Deutschlands drastisch eingeschränkt. Da sich diese beiden Aspekte auch auf die Ereignisse von 1914 auswirkten, lohnt es sich, kurz näher darauf einzugehen.

Im Sommer 1904 war die diplomatische Lage Deutschlands bereits erheblich schlechter als im Jahr 1890, als Bismarck sein Amt abgab. Deutsche Politiker hatten diese Entwicklungen auf die leichte Schulter genommen, in erster Linie weil sie überzeugt waren, dass die Möglichkeit einer deutsch-britischen Annäherung wegen der Spannungen zwischen Großbritannien und den Kontinentalmächten unverändert bestehen bleiben würde. Vor diesem Hintergrund war die Meldung der britisch-französischen Entente ein schwerer Schlag. In einem Brief an Bülow vom April 1904 teilte Kaiser Wilhelm dem Kanzler mit, dass die Entente ihm »doch nach mancher Richtung hin zu denken« gebe, und zwar wegen der Tatsache, dass »England jede Rücksichtnahme auf uns mehr und mehr in den Hintergrund treten lassen wird«.[450]

Wie konnte sich Deutschland aus dieser misslichen Lage befreien? Zwei Optionen drängten sich geradezu auf: Die erste hieß, das Reich an eine Vereinbarung mit Russland zu binden und dadurch das französisch-russische Bündnis zu schwächen oder zu neutralisieren. Die zweite bestand darin, Mittel und Wege zu finden, die neue Entente zwischen Großbritannien und Frankreich zu schwächen. Der russisch-japanische Krieg bot die Gelegenheit, beide Optionen zu testen. Der deutsche Kaiser hatte schon seit geraumer Zeit, ohne Erfolg, eine diplomatische Annäherung an die Russen gefordert und

erkannte rasch die Vorteile, die man eventuell aus der russischen Notlage ziehen konnte. In einem Brief vom Februar 1904 an den Zaren wies er darauf hin, dass die Franzosen den Japanern Rohstoffe liefern würden und somit kaum als verlässliche Bündnispartner gelten konnten.[451] Im Juni teilte Wilhelm Nikolaus mit, dass die britisch-französische Entente seiner Ansicht nach dem Zweck diene, »die Franzosen daran zu hindern, Dir zu Hilfe zu kommen«. In weiteren Briefen brachte er voller Pathos sein Mitgefühl für das Missgeschick der russischen Armee zum Ausdruck und zeigte sich zuversichtlich, was künftige Erfolge anging.[452] Die Deutschen boten auch praktische Hilfe an, etwa dass russische Schlachtschiffe auf ihrem Weg nach Osten in deutschen Häfen Kohle bunkerten. Diese Offerten gipfelten in zwei förmlichen Bündnisangeboten. Das erste, das am 30. Oktober 1904 vorgelegt wurde, bot einen Beistandspakt an, nach dem beide Signatarstaaten einander zu Hilfe kommen würden, falls einer der beiden in Europa oder anderswo auf der Welt angegriffen werden sollte. Aber Zar Nikolaus wollte nicht ein förmliches Abkommen schließen, ohne sich mit dem französischen Verbündeten zu beraten. Da undenkbar war, dass die Franzosen zustimmen würden, kam dies einer Ablehnung des Angebots gleich.

Im Sommer 1905 hatte sich jedoch die innere und militärische Lage Russlands drastisch verschlechtert. Als der Kaiser seine Offerten wiederholte, stellte er fest, dass der Zar inzwischen geneigter war, ein deutsches Angebot in Betracht zu ziehen. Im Sommer 1905 lief die königliche Jacht *Hohenzollern* das kleine Fischerdorf Björkö im Finnischen Meerbusen an und traf sich dort mit der *Polarstern*, der Jacht des Zaren. Die beiden Boote wurden am 23. Juli längsseits miteinander vertäut, und der Zar kam zum Abendessen an Bord. Es folgten vertrauliche Gespräche, in deren Verlauf Wilhelm – mit beachtlichem Erfolg – auf die Befürchtungen des Zaren wegen der britischen Pläne gegen Russland und wegen der Unzuverlässigkeit der Franzosen anspielte, die sich nun auf Gedeih und Verderb mit den Briten verbündet hatten. Der erschöpfte Nikolaus brach in Tränen aus, umarmte seinen deutschen Vetter und unterschrieb auf der gepunkteten Linie. Doch der daraus hervorgegangene Vertragsentwurf überstand nicht die Prüfung durch die Beamten des Zaren in St. Petersburg. Es sei unmöglich, führten sie

aus, eine Zusage an Berlin mit dem französischen Bündnis in Einklang zu bringen, das immer noch das Fundament der russischen Sicherheit sei. Berichte aus Paris bestätigten, dass die Franzosen niemals zugunsten einer russisch-deutschen Annäherung einer Änderung der Bestimmungen ihres Bündnisvertrages zustimmen würden. Der Zar war zwar weiterhin für eine Übereinkunft mit Deutschland in irgendeiner Form offen, aber unter dem Druck seiner politischen und wirtschaftlichen Berater ließ er den Gedanken allmählich fallen. Der östliche Ausweg aus der deutschen Isolation war somit versperrt, zumindest auf absehbare Zeit.

Zur gleichen Zeit hielt die deutsche Führung nach Möglichkeiten Ausschau, das Tor zu öffnen, das sich kürzlich durch die britisch-französische Entente geschlossen hatte. Im Rahmen der umfassenden Regelung anstehender Kolonialstreitigkeiten, die 1904 über die Entente Cordiale ausgehandelt worden waren, hatten die Briten eingewilligt, Marokko der französischen Einflusssphäre zuzuordnen, im Gegenzug für die Anerkennung der britischen Vorrangstellung in Ägypten. Die französische Regierung wollte unbedingt aus dieser Einigung Kapital schlagen, solange die britische Zusage noch frisch war, und entsandte im Januar 1905 eine diplomatische Mission nach Fez mit dem Auftrag, über die Konsolidierung der französischen Kontrolle in Marokko zu verhandeln.

In Anbetracht der Bestimmungen der britisch-französischen Vereinbarung war es keineswegs verwunderlich, dass die Franzosen versuchten, ihren Einfluss in Marokko zu festigen. Doch der französische Außenminister hatte beschlossen, der Politik eine dezidiert gegen Deutschland gerichtete Tendenz zu geben. Potenzielle Meinungsverschiedenheiten mit Spanien waren durch den Gebietstausch ausgeräumt worden, und das Nordafrika-Abkommen mit Italien von 1902 garantierte, dass Rom nichts unternahm. Die britische Zustimmung war durch die Entente gewährleistet. Aber den Deutschen wurde nicht die geringste Kompensation angeboten. Berlin wurde nicht einmal im Vorfeld über die Intentionen Frankreichs informiert. Das war eine Abkehr von jener Linie, die Delcassé selbst vormals verfolgt hatte und die vorgesehen hatte, eine deutsche Zustimmung mit Hilfe territorialer Kompensation »in anderen Teilen Afrikas, wo sie Ambitionen haben

mochten«, auszuhandeln.[453] Mit der Entscheidung, die Deutschen auszuklammern, verlieh Delcassé seiner Nordafrikapolitik eine völlig unnötige, provokative Note und setzte sich selbst der Kritik seiner französischen Kollegen aus: Sogar Paul Revoil, Delcassés engster Mitarbeiter in der Marokkofrage, klagte über die Unnachgiebigkeit des Ministers. »Das große Unglück«, protestierte Revoil, sei, dass Delcassé es als »abstoßend empfand, mit Deutschland Gespräche zu führen. ›Die Deutschen sind Schwindler‹, sagt er. Aber in Gottes Namen, ich bitte doch nicht um den Austausch schöner Worte oder Verlobungsringe, sondern um ein Geschäftsgespräch!«[454] Selbst Eugène Étienne, der Führer der französischen Kolonialpartei, betrachtete Delcassés Weiterung, mit den Deutschen über Marokko zu verhandeln, als »Gipfel der Unklugheit«.[455]

Das deutsche Auswärtige Amt verfolgte seinerseits schon seit einiger Zeit argwöhnisch die Schritte der Franzosen in Marokko und wollte auf keinen Fall zulassen, dass die französische Regierung unilateral auf eine Weise vorging, die den deutschen Interessen in der Region schadete. Der deutsche Standpunkt hatte völkerrechtlich gesehen eine gewisse Berechtigung: Ein internationales Abkommen von 1881 hatte Marokko förmlich als ein Gebiet anerkannt, dessen Zugehörigkeit nur multilateral, sprich: durch einen internationalen Vertrag geregelt werden konnte. Letztlich verfolgte die deutsche Politik jedoch schlichtweg das Ziel, die Stärke der Entente auf die Probe zu stellen; es ging ihr weniger darum, dem Recht Geltung zu verschaffen. Meldungen aus London gaben Anlass zu der Annahme, dass sich die britische Regierung nicht verpflichtet fühlen würde, bei einem Streit zwischen Frankreich und einer dritten Macht um Marokko zu intervenieren.[456] Man hoffte, dies würde Frankreich daran erinnern – wie Wilhelm salopp formulierte –, dass eine Flotte »keine Räder« hat. Diese Einsicht sollte Frankreich dazu bewegen, den Widerstand gegen eine Einigung mit Deutschland abzuschwächen.[457] So gesehen kann man den Vorstoß in der Marokko-Frage als »westliche« Variante der Annäherungsversuche an Russland in den Jahren 1904/05 werten.

Anfang Januar 1905 reiste eine französische Delegation nach Fez im marokkanischen Binnenland und forderte die Kontrolle über die

marokkanische Armee und Polizei; der Sultan weigerte sich. Am 31. März 1905 stattete Kaiser Wilhelm II. der Stadt Tanger einen Überraschungsbesuch ab. Unter begeisterten Jubelrufen der Bevölkerung, die in dem deutschen Monarchen ein willkommenes Gegengewicht zu den Franzosen sahen, ritt Wilhelm zur deutschen Gesandtschaft, zeigte dem dritten Sekretär der französischen Gesandtschaft die kalte Schulter, der ihn »im Namen von H. Delcassé« willkommen geheißen hatte, und hielt eine Rede, in der er bekräftigte, dass deutsche Handels- und Wirtschaftsinteressen sowie die Unabhängigkeit und Integrität Marokkos gewahrt werden müssten.[458] Nach knapp zwei Stunden in der Stadt ging er wieder an Bord des Schiffs und legte ab.

Kurzfristig war diese spektakuläre Geste ein großer Erfolg. Der Besuch löste in Frankreich einen Aufschrei der Empörung aus, die Briten hingegen zeigten kein Interesse zu intervenieren. Nach einer Phase gegenseitiger Drohgebärden und Vabanquespiele entschied sich die französische Regierung, eine friedliche Lösung anzustreben. Théophile Delcassé wurde entlassen und seine Linie der Provokation vorübergehend diskreditiert. Seine Aufgaben übernahm der neue und unerfahrene Ministerpräsident Maurice Rouvier, der bilaterale Verhandlungen über die Zukunft Marokkos in Aussicht stellte. Aber die Deutschen versuchten, im Nachhinein unklug, möglichst viel Kapital aus der Episode zu schlagen, lehnten Rouviers Vorschlag ab und bestanden stattdessen darauf, gemäß den Bestimmungen des Vertrags von 1881 den Streit auf einer internationalen Konferenz zu schlichten. Diese Forderung wurde am Ende erfüllt, doch der deutsche Triumph war von kurzer Dauer. Eine Konferenz, die in der spanischen Hafenstadt Algeciras im Januar 1906 eröffnet wurde, bestätigte zwar generell die Quasi-Unabhängigkeit Marokkos, aber den deutschen Unterhändlern gelang es nicht, von den anderen Großmächten (abgesehen von Österreich) Unterstützung für ihre weitergehenden Vorschläge bezüglich einer Internationalisierung der marokkanischen Polizei und Finanzeinrichtungen zu bekommen. Großbritannien, Italien und Spanien, die allesamt über Kompensationsgeschäfte entschädigt worden waren, und Russland, dem ein weiterer französischer Kredit als Gegenleistung für die Unterstützung in

Aussicht gestellt wurde, stellten sich eindeutig auf die Seite Frankreichs. Die russischen Delegierten reisten mit der strengen Anweisung, jeden französischen Vorschlag »tatkräftig« zu unterstützen, nach Algeciras.[459] Die Nutzlosigkeit des Dreibunds war allen deutlich geworden. Es war, so stellte sich heraus, ein krasser Fehler gewesen, die multilaterale Lösung einer Frage zu fordern, die Frankreich bereits bilateral mit den meisten beteiligten Mächten gelöst hatte. Die deutschen Politiker hatten gepfuscht. Am 5. April 1906 brach Kanzler Bernhard von Bülow, der Hauptarchitekt der deutschen Marokko-Politik, im Reichstag unmittelbar nach einer Rede über das Ergebnis von Algeciras zusammen. Er musste sich bis Oktober von den Folgen des Zusammenbruchs erholen.[460]

Die Bemühungen der deutschen Regierung, östliche und westliche Optionen auszuloten, um die Isolation des Reichs zu überwinden, waren somit kläglich gescheitert. Die britisch-französische Entente wurde durch die deutsche Initiative gegen Frankreich eher gestärkt als geschwächt.[461] Auch im Osten entpuppten sich die Chancen, die sich scheinbar durch den russisch-japanischen Krieg für Deutschland ergeben hatten, als illusorisch. Die östliche Option wurde im Sommer 1907 auf absehbare Zeit zunichtegemacht, als Großbritannien und Russland ein Abkommen unterzeichneten, mit dem sie alle ihre Streitigkeiten in Bezug auf Persien, Afghanistan und Tibet beilegten.

Das Abkommen von 1907 kam nicht wegen antideutscher Sentiments oder etwaiger Ängste vor dem Deutschen Reich zustande. Es war eher umgekehrt: Da Russland für Großbritannien entlang einer weit höheren Zahl neuralgischer Punkte eine größere Gefahr darstellte, musste London Russland beschwichtigen und Deutschland die Stirn bieten. Schon vor der Jahrhundertwende war dies die überwiegende britische Haltung zu einer Annäherung an Russland gewesen, und sie hatte auch nach der Unterzeichnung des Abkommens Bestand. Im März 1909 drückte Sir Charles Hardinge das kurz und bündig aus. »Wir haben keine offenen Fragen mit Deutschland, bis auf den Flottenbau«, sagte er zu Sir Arthur Nicolson, der ihn bald ablösen sollte, »hingegen hängt unsere ganze Zukunft in Asien davon ab, sehr gute und freundschaftiche Beziehungen zu Russland zu pflegen. Wir

können es uns nicht leisten, in irgendeiner Form unser Bündnis mit Russland zu opfern, nicht einmal für den Nutzen eines reduzierten Flottenprogramms.«[462] Das Gleiche gilt für die russischen Entscheidungsträger, die dem Abkommen zustimmten: Für sie war das keine Linie, die sich gegen Deutschland richtete, sondern eine absichernde Maßnahme mit dem Ziel, eine Atempause für die innere Konsolidierung oder (je nachdem, wen man fragte) größere Freiheit bei der Außenpolitik zu erlangen. Bemerkenswert war die Verknüpfung zwischen einer Einigung in Persien und der Aussicht auf britische Unterstützung für einen erleichterten Zugang der russischen Flotte zu den türkischen Meerengen. Für Iswolski und seinen Botschafter in London, Graf Benckendorff, war die Frage der Wasserstraßen »der Kern des Abkommens« und der Schlüssel zu einer vorteilhaften Änderung der russischen Zugangsrechte zu einem »günstigen Zeitpunkt« in naher Zukunft.[463]

Mit anderen Worten: Das neue internationale System, das sich seit 1907 herauskristallisierte, benachteiligte zwar hauptsächlich das Deutsche Reich, aber man darf nicht davon ausgehen, dass dieses Ergebnis getreu die Pläne wiedergab, die es herbeiführten. Lediglich im Falle Frankreichs kann man von einer Politik sprechen, die der Eindämmung Deutschlands konsequent eine hohe Priorität einräumte. Vielmehr sollte diese Kette von Abkommen als die europäische Konsequenz welthistorischer Umbrüche gedeutet werden: der chinesisch-japanische Krieg und das Auftreten Japans als regionale Macht, die Belastungen der Haushalte durch Konflikte in Afrika und durch das »Große Spiel« in Zentralasien, der Rückzug der osmanischen Macht in Nordafrika und Südwesteuropa sowie das Aufkommen der China-Frage, womit nicht nur der Wettstreit der Großmächte gemeint ist, sondern auch das hohe Ausmaß innerer Unruhen in China, die darauf zurückzuführen waren. Die »Ruhelosigkeit« Deutschlands und sein Drängen als Emporkömmling gehörten ebenfalls in das Bild, aber sie wurden innerhalb eines Blickfelds wahrgenommen, das größere Sorgen präsentierte. Die einst von vielen vertretene Anschauung, dass Deutschland sich die eigene Isolation durch sein ungeheuerliches internationales Auftreten selbst zuzuschreiben habe, wird durch eine breitere Analyse der Prozesse nicht bestätigt, durch die die

Neuorientierungen dieser Ära zustande kamen.[464]

In Wirklichkeit wies der Kausalzusammenhang zwischen dem Antagonismus gegen Deutschland und dem neuen Bündnissystem bis zu einem gewissen Grad in die andere Richtung: Die Isolation des Reichs wurde nicht von diesem Antagonismus gegen Deutschland verursacht, sondern das neue System selbst kanalisierte und verstärkte die Feindseligkeit gegen das Deutsche Reich. Im Fall Russlands brachten der Sieg Japans im Osten und die vorläufige Schlichtung des Streits mit Großbritannien in Zentralasien unweigerlich eine Neuorientierung der Außenpolitik auf den einzigen verbliebenen Schauplatz mit sich, auf dem sie noch eine imperialistische Vision verfolgen konnten: auf dem Balkan, einer Region, wo sich ein Konflikt mit Österreich-Ungarn und damit auch mit Deutschland kaum vermeiden ließ. Der alte Grabenkampf innerhalb der russischen außenpolitischen Gemeinde zwischen »Asiaten« und »Europäern« wurde zugunsten Letzterer entschieden. Unter Iswolski und Sasonow hatten die Europäer, die tendenziell Deutschland misstrauten und gute Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich vorzogen, stets eine Mehrheit der Schlüsselpositionen inne.[465] Die britisch-französische Entente neutralisierte ganz ähnlich die antibritische Stimmung in Frankreich, die vor 1904 von Zeit zu Zeit die Germanophobie französischer Politiker gelindert hatte.

Den Teufel an die Wand malen

Der Fall Großbritannien ist besonders interessant. Es ist erstaunlich, wie aggressiv eine Reihe wichtiger britischer Politiker darauf reagierte, dass die deutsche Regierung gegen eine französische Kontrolle Marokkos intervenierte. Am 22. April 1905 teilte Außenminister Lord Lansdowne dem englischen Botschafter in Paris mit, dass die Deutschen möglicherweise einen Hafen an der westafrikanischen Küste als Entschädigung für die französische Einnahme Marokkos wünschten und dass England bereit sei, sich diesem Vorschlag gemeinsam mit Frankreich »vehement zu widersetzen«.[466] Der britische Botschafter in Paris war kein anderer als Sir Francis »the Bull« Bertie, Viscount von Thame, der ehemalige parlamentarische Staatssekretär,

der den deutschen Geschäftsführer Eckardstein mit der Androhung eines Krieges wegen Transvaal eingeschüchtert hatte. Als Bertie Lansdownes Nachricht an Delcassé weiterleitete, der zum ersten Mal von deutschen Plänen hinsichtlich eines maurischen Hafens hörte, benutzte der britische Botschafter weit stärkere Worte, die das Gefühl einer kategorischen und bedingungslosen Unterstützung für französische Maßnahmen erweckten: »Die Regierung Seiner britannischen Majestät«, so wurde der Wortlaut später dem Foreign Office übermittelt, »ist der Meinung, dass das Verhalten Deutschlands in der Marokko-Frage mit Blick auf die Haltung des Herrn Delcassé völlig unvernünftig ist, und sie wünscht, Seiner Exzellenz alle in ihrer Macht stehende Unterstützung zu geben.«[467] In einem privaten Gespräch mit Delcassé stärkte Bertie dem Außenminister mit markigen Worten den Rücken; ein oder zwei Tage danach teilte der Außenminister einem engen Vertrauten mit, dass die Haltung Frankreichs nunmehr unerschütterlich sei, und gebrauchte dabei Worte, die an Berties frühere Drohung erinnerten:

> [Deutschland] weiß, dass es England gegen sich haben würde. Ich wiederhole, dass England uns rückhaltlos unterstützen und ohne uns keinen Frieden unterzeichnen würde. Glauben Sie, dass Kaiser Wilhelm in aller Ruhe die Aussicht in Kauf nimmt, dass seine Kriegsschiffflotte zerstört, der Seehandel ruiniert und die Häfen von der englischen Flotte bombardiert würden?[468]

Auch aus anderen Bereichen der britischen Führungsebene kamen militante Signale. General Grierson, der militärische Einsatzleiter, inspizierte in Begleitung von Sir John »Jackie« Fisher im März 1905 das französisch-belgische Grenzgebiet, um die Bedingungen für die Landung eines britischen Expeditionskorps zu bewerten. Im April machte der Erste Seelord Sir Fisher, der sich schon seit Beginn der Krise nach »grünem Licht« für einen Angriff auf die Deutschen sehnte, sogar den Vorschlag, eine britische Flotte zum Nord-Ostsee-Kanal zu entsenden und ein Expeditionskorps an der Küste Schleswig-Holsteins an Land zu setzen.[469] Diese verblüffend kriegerischen

Aussagen hatten nichts damit zu tun, ob die Position Deutschlands gegenüber dem französischen Vorstoß in Marokko nun richtig oder falsch war; sie gingen auf die Erkenntnis zurück, dass Deutschland die Stärke der neuen Entente auf die Probe stellte, die sich letztlich auf eine Vereinbarung stützte, die britische Dominanz in Ägypten im Gegenzug für die französische Dominanz in Marokko zu bekommen.

Die Übernahme des Außenministeriums durch Sir Edward Grey im Dezember 1905 festigte den Einfluss einer aufkommenden antideutschen Fraktion innerhalb des Foreign Office. Greys Verbündete und Untergebene schickten ihm ununterbrochen Notizen und Protokolle, die vor der von Berlin ausgehenden Gefahr warnten.[470] Anderslautende Meinungen im Foreign Office wurden an den Rand gedrängt. Depeschen von britischen Botschaftern in Deutschland, die der vorherrschenden Meinung im Wesentlichen widersprachen, etwa die Telegramme von Lascelles, De Salis und Goschen in Berlin, wurden mit skeptischen Randnotizen übersät, sobald sie in London eintrafen. Im Gegensatz dazu wurden die Berichte von Sir Fairfax Cartwright in München und später Wien, die die aktuellen Entwicklungen in Deutschland und Österreich stets so negativ wie möglich schilderten, mit großem Lob begrüßt: »Ein in jeder Hinsicht ausgezeichneter und wertvoller Bericht«, »überaus interessant und lesenswert«, »eine interessante und vielsagende Depesche«, »eine überaus tüchtige Depesche«, »Mr. Cartwright ist ein scharfer Beobachter«, »ein tiefsinniger Überblick über die Lage« und dergleichen mehr.[471]

In der »offiziellen Version« der britischen Außenpolitik betrachtete man die britisch-deutschen Beziehungen zunehmend als eine endlose Reihe finsterer deutscher Provokationen. Der Beamte G. S. Spicer kam zu der Auffassung, dass Deutschland seit den Tagen Bismarcks »eine durchweg den Interessen Großbritanniens unfreundliche Linie« verfolgt habe.[472] Bei einem späteren Rückblick neigte Grey dazu, die zwei Jahrzehnte zwischen 1884 und seinem Amtsantritt als eine Ära grundlegend falscher Zugeständnisse an einen unversöhnlichen Gegner zu betrachten.[473] »Vage und unbestimmte Muster einer teutonischen Expansion« wurden der deutschen Führung unterstellt.[474] Den Deutschen wurde vorgeworfen, sie würden eine Diktatur über den

ganzen Kontinent anstreben, hätten es »bewusst auf eine Weltherrschaft« abgesehen oder würden die Briten, wie Bertie in der pragmatischen Ausdrucksweise eines Eton-Schülers formulierte, »ins Wasser schubsen und ihnen die Sachen wegnehmen«.[475] Im November 1909 bezeichnete Sir Charles Hardinge Deutschland als »die einzige aggressive Macht in Europa«.[476] Derartige Behauptungen, die wie ein Mantra bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Depeschen, Briefen und Protokollen wiederholt wurden, verschmolzen zu einer neuen virtuellen Realität, einer Deutung des Weltgeschehens.

Warum entwickelten diese Männer eine so starke Feindschaft gegen Deutschland? Benahmen sich die Deutschen etwa »schlechter« als andere Mächte, drängten und forderten sie womöglich in Situationen, in denen andere Mächte einen sanfteren und fügsameren Modus operandi fanden? In einem Umfeld, in dem subjektive Eindrücke eine so große Rolle spielten und die Normen eines akzeptablen Verhaltens so variabel waren, ist es natürlich schwierig einzuschätzen, wie »provokativ« bestimmte Verhaltensweisen und Initiativen wirklich waren. War die Krüger-Depesche etwa provokativer als die scharf formulierte Botschaft von Grover Cleveland, die um dieselbe Zeit von Washington abgeschickt wurde, um die Briten von Einfällen in Venezuela abzuhalten? War die Besetzung Kiaotschous provokativer als die amerikanische Beschlagnahmung der Kanalzone oder als die Schaffung eines russischen Protektorats über die Mongolei? War das tölpelhafte Bemühen Deutschlands um einen diplomatischen Triumph in Agadir provokativer als die unilateralen Schritte, durch die Frankreich im Jahr 1911 das französisch-deutsche Marokko-Abkommen brach (siehe Kapitel 4)? Womöglich sind das die falschen Fragen. Die Germanophoben drückten sich bei ihren Vorbehalten gegen Deutschland selten konkret aus. Sie sprachen allgemein von prahlerischen Ambitionen und tyrannisierendem »Auftreten« der Deutschen, von der Unberechenbarkeit des Kaisers und der Bedrohung, welche die militärische Stärke Deutschlands für das europäische Kräftegleichgewicht darstellte, aber sie scheuten sich, echte deutsche Verstöße gegen internationale Gepflogenheiten zu benennen.

Die längste Liste der britischen Beschwerden findet sich in einem

berühmten Memorandum zum gegenwärtigen Stand der britischen Beziehungen zu Frankreich und Deutschland, das Eyre Crowe im Januar 1907 verfasste, damals der Leiter der westlichen Abteilung im Foreign Office. Crowe zählte zu den wohl außergewöhnlichsten Figuren in der britischen Außenpolitik. Sein Vater hatte für den konsularischen Dienst gearbeitet, aber seine Mutter und seine Frau waren Deutsche. Crowe selbst, in Leipzig geboren, konnte, als er als Siebzehnjähriger zum ersten Mal nach England kam, um für die Aufnahmeprüfung in das Foreign Office zu pauken, nicht fließend Englisch. Sein Leben lang sprach er Englisch mit einem, wie Zeitgenossen meinten, »kehligen« Akzent – ein Untergebener erinnerte sich, dass er einmal mit folgenden englischen Worten abgekanzelt wurde: *»What you have wr-r-ritten on this r-r-report is utter r-r-rot.«* (Was Sie in diesem Bericht geschrieben haben, ist völliger Unfug.) Die Wahrnehmung, dass Crowe zwar bewundernswert effizient und fleißig die Angelegenheiten der Abteilungen regelte, aber dennoch in Stil und Haltung unwiderruflich deutsch blieb, war der Grund dafür, dass er in den Reihen des Dienstes nie so weit aufstieg, wie sein Talent rechtfertigt hätte. Trotz oder womöglich nicht zuletzt wegen dieser persönlichen Haltung wurde Crowe zu einem der unversöhnlichsten Gegner einer Annäherung an Deutschland in Whitehall.

Das Memorandum vom 1. Januar 1907 begann mit einem kurzen Überblick über die jüngste Marokkokrise. Crowes Darstellung enthielt den unverkennbaren Unterton einer Moralpredigt nach dem Motto »Selbst schuld«. Der deutsche Tyrann hatte Frankreich bedroht in der Hoffnung, dessen »frische Freundschaft« mit Großbritannien »im Keim zu ersticken«. Aber er hatte den Mumm und die Treue von Frankreichs britischem Kumpel unterschätzt: Er »schätzte die Stärke des britischen Gefühls und den Charakter der Minister Seiner Majestät falsch ein«. Wie die meisten Tyrannen war auch dieser ein Feigling, und die Aussicht einer »englisch-französischen Koalition in Waffen« reichte, um ihn abzuschrecken. Aber ehe er einen Rückzieher machte, bereitete sich der Tyrann noch mehr Schande, indem er sich bei dem britischen Freund Liebkind machen wollte und »eine Politik der Kooperation mit Deutschland in den schönsten Farben malte«. Und wie sollte Großbritannien nun auf diese unschöne Geste reagieren? Als

die herausragende Weltmacht sei Großbritannien, so argumentierte Crowe, durch eine Art »Naturgesetz« verpflichtet, sich gegen jeden Staat zur Wehr zu setzen, der versuchte, eine gegen die britische Hegemonie gerichtete Koalition zu gründen. Und genau das habe die deutsche Politik beabsichtigt. Das ultimative Ziel Deutschlands sei eine »deutsche Hegemonie, zunächst in Europa und später auf der ganzen Welt«. Während die britische Hegemonie jedoch von allen begrüßt und gefeiert und wegen der politischen Liberalität und Freiheit des Handels von keinem beneidet und gefürchtet werde, bewiesen die Äußerungen des Kaisers und der alldeutschen Presse, dass eine deutsche Hegemonie einer »politischen Diktatur« gleichkomme, die der »Ruin der Freiheiten Europas« wäre.

Natürlich konnte Crowe nicht grundsätzlich jedes Wachstum deutscher Macht und deutschen Einflusses ablehnen, und so weit ging er auch nicht. Das Problem war die schroffe und provokative Art und Weise, mit der Deutschland seine Ziele angeblich verfolgte. Aber worin bestanden diese Provokationen denn genau? Sie umfassten so frevelhafte Taten wie das »dubiose Vorgehen« in Sansibar und die Einnahme Kameruns zu einem Zeitpunkt, als London bereits seine Absicht angekündigt hatte, den Bewohnern des Landes ein britisches Protektorat zu gewähren. Wohin die Briten auch schauten (so schien es zumindest für Crowe), stolperten sie über die Deutschen. Die Liste deutscher Gräueltaten ging noch weiter: von der finanziellen Unterstützung für die Republik Transvaal über Beschwerden wegen der britischen Kriegführung in Südafrika bis hin zu einer lästigen Einmischung in die Region des Jangtse-Tales, das »damals de facto als britisches Reservat galt«. Und um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, gab es da noch das »etwas unappetitliche Geschäft« der deutschen Bemühungen, die internationale Presse von New York über St. Petersburg, Wien, Madrid, Lissabon, Rom und Kairo, ja sogar bis nach London zu beeinflussen, wo »die deutsche Botschaft vertrauliche und weitgehend unverdächtige Beziehungen zu einer Reihe angesehener und viel gelesener Zeitungen unterhielt«.[477]

Man könnte vieles zu diesem faszinierenden Dokument sagen, das Grey als empfohlene Lektüre Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman und anderen hohen Ministern zukommen ließ. Zunächst wäre da Crowes fast

schon komische Neigung, die Kriege, Protektorate, Besetzungen und Annexionen des britischen Empires als natürlichen und wünschenswerten Zustand zu beschreiben, die vergleichsweise ineffektiven Manöver der Deutschen hingegen als grundlose und empörende Verletzungen des Friedens. Wie konnten die Deutschen es wagen, Großbritannien wegen der Samoa-Frage zu belästigen, wenn London im Begriff war, den Streit mit Transvaal »dem Urteil des Krieges zu unterwerfen«! Dazu kam die Tendenz, hinter jedem Konflikt den langen Arm der deutschen Politik zu vermuten. Folglich hatten selbstredend die Deutschen Großbritanniens »Unruhen mit Russland in Zentralasien geschürt« und den europäischen Widerstand gegen die britische Besetzung Ägyptens »behutsam aufgehetzt«. Wo immer es zu Spannungen zwischen Großbritannien und seinen Rivalen kam, zogen angeblich die Deutschen im Hintergrund die Fäden. Was die Manipulation der Presse von Kairo bis London anging, so enthüllte Crowes Umgang mit diesem Thema eine gehörige Spur Paranoia: Die deutsche Pressearbeit war geradezu lächerlich verglichen mit den weit umfassenderen und höheren Subventionen, die St. Petersburg und Paris verteilten.

Womöglich hatten die kränkenden Vorfälle letztlich nur sekundäre Bedeutung; den Kern seiner Argumentation bildete Crowes albtraumhaftes Psychogramm des deutschen Nationalstaates, den er als zusammengeflickte Figur präsentierte, die Komplotte schmiedete, um sich »durch offensive Prahlerei und permanentes Nörgeln«, »berufsmäßige Erpressung«, »Schikanen und Beleidigungen« bei jeder Gelegenheit Vorteile zu verschaffen, und so eine »gedankenlose Missachtung für die Empfindlichkeiten anderer Völker« an den Tag legte. Ob hinter der ganzen Stümperei nun ein Plan steckte oder ob sie »nicht mehr als der Ausdruck einer vagen, verwirrten und unzweckmäßigen Staatskunst [sei], weil man sich über die eigene Absicht nicht voll im Klaren war«, machte hier keinen Unterschied. Das Ergebnis war das gleiche: Lediglich strengste Disziplin werde den Deutschen gutes Benehmen beibringen. Auch die Franzosen seien, rief Crowe in Erinnerung, früher sehr lästig gewesen und hätten Großbritannien ständig grundlos herausgefordert. Aber mit ihrer knallharten Weigerung, auch nur einen Zoll Boden in Ägypten und im Sudan

preiszugeben, gefolgt von der Androhung eines Krieges wegen Faschoda, hätten die Briten all dem ein Ende gemacht. Nunmehr seien Großbritannien und Frankreich die besten Freunde. Daraus folgte, dass lediglich eine absolut »unnachgiebige Entschlossenheit«, »britische Rechte und Interessen in jeder Region des Globus« zu schützen, »den Respekt der deutschen Regierung und der deutschen Nation« gewinnen werde. Ein solches Szenario ließ nicht allzu viel Raum, um die wachsende Macht des jüngsten europäischen Reiches einzugliedern.

Hinter diesen Befürchtungen verbarg sich, wenn auch in Crowes Text nur indirekt angedeutet, das geradezu sensationelle Wirtschaftswachstum Deutschlands. Im Jahr 1862, als Bismarck preußischer Ministerpräsident geworden war, entfiel auf die Industrieregionen der deutschen Kleinstaaten mit 4,9 Prozent der fünftgrößte Anteil an der weltweiten Produktion; Großbritannien lag mit 19,9 Prozent mit großem Abstand an der Spitze. In den Jahren 1880 bis 1900 kletterte Deutschland auf Platz drei hinter den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Und im Jahr 1913 lag es noch hinter den Vereinigten Staaten, aber bereits vor Großbritannien. Anders ausgedrückt: In den Jahren von 1860 bis 1913 vervierfachte sich der deutsche Anteil an der weltweiten Industrieproduktion, während der britische Anteil um ein Drittel sank. Noch beeindruckender war der wachsende deutsche Anteil am Welthandel. Im Jahr 1880 kontrollierte Großbritannien 22,4 Prozent des Welthandels; die Deutschen belegten zwar den zweiten Platz, hatten aber mit 10,3 Prozent einen deutlichen Rückstand. Im Jahr 1913 hingegen war Deutschland mit 12,3 Prozent Großbritannien hart auf den Fersen, dessen Anteil auf 14,2 Prozent geschrumpft war. Wohin man auch blickte, waren die Konturen eines Wirtschaftswunders zu erkennen: Von 1895 bis 1913 schnellte die deutsche Industrieproduktion um 150 Prozent in die Höhe, die Metallproduktion um 300 Prozent, die Kohleproduktion um 200 Prozent. Im Jahr 1913 erzeugte und verbrauchte die deutsche Wirtschaft 20 Prozent mehr Strom als Großbritannien, Frankreich und Italien gemeinsam.[478] In Großbritannien schwang bei den Worten »Made in Germany« sehr stark das Gefühl einer Bedrohung mit, nicht weil die deutschen Handels- oder Wirtschaftspraktiken aggressiver oder

expansionistischer als andere waren, sondern weil sie die Grenzen der britischen Weltherrschaft aufzeigten.[479]

Die deutsche Wirtschaftsmacht gab den politischen Ängsten der Entscheidungsträger auf ähnliche Weise Nahrung wie die chinesische Wirtschaftsmacht heute. Dabei war das Aufkommen einer Germanophobie in der britischen Außenpolitik keineswegs unvermeidlich.[480] Sie war nicht allgegenwärtig, nicht einmal in den obersten Etagen des Foreign Office selbst, und in der übrigen politischen Elite war sie noch schwächer ausgeprägt. Harte Arbeit hinter den Kulissen war nötig, um Bertie, Hardinge und Nicolson auf hohe Posten zu hieven, von denen aus sie den Ton und den Kurs der britischen Politik bestimmen konnten. Bertie verdankte seinen raschen Aufstieg nach Jahren der Enttäuschung auf unteren Posten seinen energischen Äußerungen in politischen Gesprächen mit dem Privatsekretär König Eduards VII. Auch Hardinge war ein erfahrener Höfling und Intrigant, der Berties Kandidatur für den Pariser Botschafterposten im Jahr 1905 befürwortet hatte. Hardinge setzte seine Beziehungen bei Hofe ein, um »eine gewisse Obstruktion an der Spitze des F. O. zu überwinden«.[481] Bertie und Hardinge kooperierten wiederum bei der Beförderung Arthur Nicolsons auf hohe Botschaftsposten, trotz der Tatsache, dass es von seiner Frau hieß, sie meide die Gesellschaft und »kleide sich wie ein Hausmädchen«.[482] Die britische Politik hätte auch einen anderen Kurs nehmen können: Wenn es Grey und seinen Mitarbeitern nicht gelungen wäre, so viele einflussreiche Posten zu besetzen, hätten nachgiebigere Stimmen wie jene Goschens und Lascelles’ oder des parlamentarischen Staatssekretärs Edmond Fitzmaurice, der den »antideutschen Virus« beklagte, der seine Kollegen befallen hatte, womöglich mehr Anhänger gefunden. Stattdessen festigte jedoch die Grey-Gruppe nach und nach ihren Einfluss auf die britische Politik und gab die Bedingungen vor, unter denen die Beziehungen mit Deutschland betrachtet und gedeutet werden mussten.

Die »Erfindung«, wie Keith Wilson es nannte,[483] Deutschlands als Hauptgefahr für Großbritannien spiegelte eine breitere strukturelle Verschiebung wider und verfestigte sie zudem. Die polyzentrische Welt der »großen Spiele« in Afrika, China, Persien, Tibet und Afghanistan, eine Welt,

in der Politiker häufig das Gefühl hatten, sie würden von einer Krise zur nächsten hecheln und lediglich auf ferne Herausforderungen reagieren statt die Agenda zu bestimmen, wich einem simpleren Kosmos, in dem ein einziger Feind die Bühne beherrschte. Das war nicht der *Grund* für Großbritanniens Bündnis mit Russland und Frankreich, sondern eher die Konsequenz. Denn die Umstrukturierung des Bündnissystems erleichterte (genau genommen erforderte) die Neuausrichtung der britischen Befürchtungen und Paranoia, die in den Jahren um den Burenkrieg ihren Höhepunkt erreicht hatten.[484] Die britische Außenpolitik hatte sich – genau wie die amerikanische Außenpolitik des 20. Jahrhunderts[485] – stets auf Szenarien der Bedrohung und Invasion gestützt. Mitte des 19. Jahrhunderts hatten die Ängste vor einer französischen Invasion regelmäßig die politischen Eliten gelähmt; in den neunziger Jahren hatte Russland, dessen Kosakenhorden jeden Moment in Indien und Essex einmarschieren konnten, in der britischen politischen und öffentlichen Vorstellung Frankreich verdrängt.[486] Jetzt war Deutschland an der Reihe. Das Ziel war neu, aber die Methoden waren vertraut.

Im Rückblick ist die Versuchung groß, in den Unruhen von 1904 bis 1907 die Geburtsstunde der Triple Entente zu sehen, die im Jahr 1914 in den Krieg ziehen sollte. So sah es mit Sicherheit für den französischen Diplomaten Maurice Paléologue aus, der seine Tagebücher aus diesen Jahren drei Jahrzehnte später veröffentlichte. In den mit dem späteren Wissen neu geordneten »Tagebüchern« spricht Paléologue den französischen Entscheidungsträgern (und insbesondere sich selbst) ein geradezu übernatürliches Vorherwissen von dem bevorstehenden Krieg zu.[487] Sie stehen exemplarisch für eine Verzerrung der Wahrnehmung, die bei den Nachkriegsmemoiren vieler Staatsmänner vor dem Krieg zu beobachten ist. Die Zerschlagung des Knotens im Jahr 1914 scheint für uns den Horizont der ganzen vorangegangenen Dekade zu beherrschen. Dabei tut sie das nur in unseren Augen, soll heißen: im Rückblick.

Im Jahr 1907 war alles andere als offensichtlich, dass die neuen Bündnisse Europa in einen Krieg führen würden. Die Schwäche Russlands nach der

Katastrophe von 1905 zwang die Entscheidungsträger in St. Petersburg in erster Linie, gute Beziehungen zu Deutschland anzustreben, und man akzeptierte, zumindest fürs Erste, in St. Petersburg auch, dass die innere Zerrissenheit jede Form des internationalen Abenteurertums ausschloss.[488] Es fällt schwer, sich Bedingungen auszumalen, unter denen Frankreich eventuell bereit gewesen wäre, für die Russen auf dem Balkan ein Risiko einzugehen, und noch schwerer, sich die Russen für Elsass-Lothringen auf dem Marsch nach Berlin vorzustellen. Im Jahr 1909 betonte Paris seine Unabhängigkeit, indem es mit Deutschland ein Abkommen über Marokko unterschrieb – ein »bemerkenswertes Beispiel für das Überschreiten der Trennlinien« zwischen den Bündnisblöcken.[489] Und im Jahr 1910 trafen sich russische und deutsche Politiker in Potsdam und Berlin, um deutsche und russische Interessen in der Türkei und in Persien zu regeln. Eine Lockerung des französisch-russischen Bündnisses stand freilich außer Frage, aber es war immerhin eine bedeutsame Geste in Richtung Entspannung.[490] Was das britisch-russische Abkommen von 1907 anging, so mag es die Spannungen zwischen Russland und Großbritannien gelindert haben, aber es schaffte nicht ihre Ursache aus der Welt. Bis ins Jahr 1914 hinein warnte im Foreign Office immer wieder jemand vor der russischen Gefahr für das weit reichende Empire.

Kurzum: Die Zukunft war alles andere als vorherbestimmt. Die Triple Entente, die 1914 in den Krieg zog, lag noch jenseits des Horizonts der meisten Staatsmänner. Der große Wendepunkt von 1904 bis 1907 erklärt unter anderem die Entstehung der *Strukturen*, innerhalb derer ein Kontinentalkrieg möglich wurde. Aber er kann nicht die konkreten Gründe erklären, weshalb es zu diesem Konflikt kam. Dazu müssen wir untersuchen, inwiefern der Entscheidungsprozess die Ergebnisse prägte und wie das lose Netzwerk kontinentaler Bündnisse mit den Konflikten auf der Balkanhalbinsel verflochten wurde.

356 Claude Digeon, *La Crise allemande dans la pensée française 1870–1914*, Paris 1959, S. 535–542.

357 Klaus Hildebrand, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945*, Stuttgart 1995, S. 18.

358 Eine scharfsichtige Analyse dieses Problems bietet Paul W. Schroeder, »The Lost Intermediaries: The Impact of 1870 on the European System«, in: *International History Review*, 6/1 (1984), S. 1–27.

359 J. B. Eustis, »The Franco-Russian Alliance«, in: *The North American Review*, 165 (1897), S. 111–118, hier S. 117.

360 Ulrich Lappenküper, *Die Mission Radowitz. Untersuchungen zur Russlandpolitik Otto von Bismarcks (1871–1875)*, Göttingen 1990, S. 226.

361 Das Zitat stammt aus dem berühmten Memorandum von Bad Kissingen vom 15. Juni 1877, das zwar mit Blick auf den Balkan konzipiert worden war, aber viele zentrale Themen der Politik des Kanzlers enthält; der Wortlaut ist nachgedruckt in *GP*, Bd. 2, S. 153 f.

362 Otto von Bismarck, »Rede vor dem Reichstag vom 5. Dezember 1876«, in: Horst Kohl (Hg.), *Politische Reden Bismarcks. Historisch-kritische Gesamtausgabe*, 14 Bde., Stuttgart 1892–1905, Bd. 6, S. 461.

363 Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 50 f.; siehe auch Hermann Oncken, *Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges*, 2 Bde., Leipzig 1933, Bd. 1, S. 215.

364 Eine gute Zusammenfassung der Bulgarienkrise bietet J. M. Roberts, *Europe, 1880–1945*, 3. Aufl., Harlow 2001, S. 75–78.

365 Herbert von Bismarck an seinen Bruder Wilhelm, 11. November 1887, in: Walter Bussmann (Hg.), *Staatssekretär Graf Herbert von Bismarck: Aus seiner politischen Privatkorrespondenz*, Göttingen 1964, S. 457 f.

366 Zur *fronde* gegen Bismarck siehe J. A. Nicholls, *Germany After Bismarck*, Cambridge, Mass. 1958, S. 101 ff., 132 ff.; Katherine Lerman, *Bismarck. Profiles in Power*, Harlow 2004, S. 244–248; Konrad Canis, *Bismarcks Außenpolitik 1870 bis 1890: Aufstieg und Gefährdung*, Paderborn 2004, S. 381 ff.; Ernst Engelberg, *Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas*, München 1993, S. 309–313; Otto Pflanze, *Bismarck and the Development of Germany*, 3 Bde., Princeton 1990, Bd. 3: *The Period of Fortification 1880–1898*, S. 313–316 (auf Deutsch in zwei Bänden erschienen: *Bismarck*. Bd. 2: *Der Reichskanzler*, München 1998, S. 558–561).

367 William L. Langer, »The Franco-Russian Alliance (1890–1894)«, in: *The Slavonic Review*, 3/9 (1925), S. 554–575, hier S. 554 f.

368 Zur Wirkung der Nichterneuerung in St. Petersburg siehe Peter Jakobs, *Das Werden des französisch-russischen Zweibundes, 1890–1894*, Wiesbaden 1968, S. 56 ff.; George F. Kennan, *The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Prussian Relations, 1875–1890*, Princeton 1979, S. 398.

369 *Morning Post*, 1. Juli 1891 und *Standard*, 4. Juli 1891, beide zitiert in Patricia A. Weitsman, *Dangerous Alliances*, *Proponents of Peace*, *Weapons of War*, Stanford 2004, S. 109.

370 Antoine Laboulaye an Alexandre Ribot, 22. Juni 1890, zitiert in ebenda, S. 105.

371 Giers an Mohrenheim, 19.–21. August 1891, zitiert in ebenda, S. 105 f.

372 Kennan, *Schicksalhafte Allianz*, S. 213.

373 Francis R. Bridge und Roger Bullen, *The Great Powers and the European States System 1815–1914*, Harlow 1980, S. 259; zur antibritischen Orientierung des neuen Bündnisses (in russischen Augen) siehe auch Jakobs, *Das Werden des französisch-russischen Zweibundes*, S. 73–78.

374 Kennan, *Schicksalhafte Allianz*, passim.

375 Weitsman, *Dangerous Alliances*, S. 117.

376 Zum Bündnis in der Volkskultur siehe I. S. Rybatschenok, *Rossija i Franzija: sojus interessow i sojus serdez, 1891–1897*: *russko-franzusski sojus w diplomatitscheskich dokumentach, fotografijach, rissunkach, karikaturach, stichach, tostach i menju*, Moskau 2004.

377 Thomas M. Iiams, *Dreyfus, Diplomatists and the Dual Alliance: Gabriel Hanotaux at the Quai*

d'Orsay, 1894–1898, Genf 1962, S. 27 f.

378 Gespräch zwischen Lamsdorf und Lobanow-Rostowski, aufgezeichnet am 9. Oktober 1895, in W. N. Lamsdorf, *Dnewnik: 1894–1896*, bearb. W. I. Bowykin und I. A. Diakonowa, Moskau 1991, S. 264 ff.; D. C. B. Lieven, *Nicholas II. Emperor of All the Russias*, London 1993, S. 93.

379 Zu Hanotaux' Sichtweise, dass die Kolonien unerlässlich für die Wiederherstellung des verlorenen Prestiges seien, siehe Peter Grupp, *Theorie des Kolonialimperialismus und Methoden der imperialistischen Außenpolitik bei Gabriel Hanotaux*, Bern und Frankfurt 1962, insb. S. 78–84, 122–127, 142–145; siehe auch Alf Heggoy, *The African Policies of Gabriel Hanotaux, 1894–1898*, Athens 1972, insb. S. 10 f.; Christopher Andrew und A. S. Kanya-Forstner, »Gabriel Hanotaux, the Colonial Party and the Fashoda Strategy«, in: E. F. Penrose (Hg.), *European Imperialism and the Partition of Africa*, London 1975, S. 55–104.

380 Zitiert in Christopher Andrew, *Théophile Delcassé and the Making of the Entente Cordiale. A Reappraisal of French Foreign Policy 1898–1905*, London 1968, S. 19; M. B. Hayne, *The French Foreign Office and the Origins of the First World War, 1898–1914*, Oxford 1993, S. 95.

381 G. N. Sanderson, *England, Europe and the Upper Nile, 1882–1889*, Edinburgh 1965, S. 140–161.

382 Hayne, *French Foreign Office*, S. 97.

383 Andrew, *Delcassé*, S. 168.

384 Ebenda, S. 171.

385 Jules Clarétie, »Vingt-huit ans à la Comédie-Française – Journal«, Tagebucheintrag vom 8. März 1900, in: *Revue des deux mondes* (November 1949/6), S. 122–140, hier S. 129.

386 Ebenda, S. 129; Andrew, *Delcassé*, S. 307 f.; Hayne, *French Foreign Office*, S. 113.

387 Andrew, *Delcassé*, S. 172; zur französischen Reaktion auf Anzeichen einer britisch-deutschen Annäherung Ende der 1890er Jahre siehe auch S. J. V. Rolo, *Entente Cordiale. The Origins and Negotiation of the Anglo-French Agreements of* 8 *April 1904*, London 1969, S. 73.

388 Rolo, *Entente Cordiale*, S. 106.

389 Maurice Paléologue, *Un grand tournant de la politique mondiale (1904–1906)*, Paris 1914, S. 196.

390 Hayne, *French Foreign Office*, S. 55.

391 Disraelis Rede vor dem House of Commons, online zugänglich unter Hansard 1803–2005, http://hansard.millbanksystems.com/commons/1871/feb/09/address-to-her-majesty-on-her-most.

392 Leitartikel, *The Times*, 15. Februar 1871, S. 9, Sp. C.

393 »The Eastern Question: The Russian Repudiation of the Treaty of 1856, A New Sebastopol Wanted …«, in: *New York Times*, 1. Januar 1871, S. 1.

394 Disraelis Rede vor dem House of Commons.

395 Keith Neilson, *Britain and the Last Tsar. British Policy and Russia 1894–1917*, Oxford 1995, S. xiii.

396 Eine definitive Analyse der Chinafrage bietet Thomas Otte, *The China Question. Great Power Rivalry and British Isolation, 1894–1905*, Oxford 2007.

397 Payson J. Treat, »The Cause of the Sino-Japanese War, 1894«, in: *The Pacific Historical Review*, 8 (1939), S. 149–157; Stewart Lone, *Japan's First Modern War. Army and Society in the Conflict with China, 1894–95*, London 1994, S. 24.

398 Keith Neilson, »Britain, Russia and the Sino-Japanese War«, in: Keith Neilson, John Berryman und Ian Nish, *The Sino-Japanese War of 1894–5 in its International Dimension*, London [1994], S. 1–22.

399 Rolo, *Entente Cordiale*, S. 64, 108.

400 D. Gillard, *The Struggle for Asia, 1828–1914. A Study in British and Russian Imperialism,* London 1977, S. 153–166.

401 Godley (ständiger Staatssekretär, India Office) an Curzon, 10. November 1899, zitiert in Neilson, *Britain and the Last Tsar,* S. 122.

402 Intelligence Department, War Office, »Military Needs of the Empire in a War with France and Russia«, 12. August 1901, zitiert in ebenda, S. 123.

403 Zitiert in ebenda, S. 16 f.

404 Zitiert in Otte, *China Question*, S. 71.

405 Zitiert aus einem Brief des britischen Militärattachés in Peking an Kimberley in ebenda, S. 71.

406 Zu den britischen Reaktionen auf französische Übergriffe von Indochina aus und der Verknüpfung mit der Politik der Entente siehe J. D. Hargreaves, »Entente Manquée: Anglo-French Relations, 1895–1896«, in: *Historical Journal*, 11 (1953–5), S. 65–92; Otte, *China Question*, S. 330.

407 Neilson, *Britain and the Last Tsar*, S. xiv; Rolo, *Entente Cordiale*, S. 273; zu Delcassé siehe Keith M. Wilson, *The Policy of the Entente. Essays on the Determinants of British Foreign Policy, 1904–1914*, Cambridge 1985, S. 71.

408 Zitiert in Wilson, *Policy of the Entente*, S. 71.

409 Zitiert in Neilson, *Britain and the Last Tsar,* S. 22.

410 Ebenda, S. 124 f.

411 Zur »fieberhaften Eile« der russischen militärischen Vorbereitungen in der Nähe der indischen Grenze siehe den geheimen Bericht des britischen Militärattachés H. D. Napier, St. Petersburg, 9. November 1904, beigefügt zu Charles Hardinge an Lansdowne, 10. November 1904, Hardinge Papers, Cambridge University Library, Bd. 46.

412 »Demands for Reinforcements by the Government of India«, 20. Februar 1905, zitiert in Neilson, *Britain and the Last Tsar*, S. 131.

413 Stanley Wolpert, *Morley and India, 1906–1910,* Berkeley 1967, S. 80.

414 Neilson, *Britain and the Last Tsar*, S. 134 f.; Wilson, *Policy of the Entente*, S. 7.

415 Grey an Spring Rice, London, 22. Dezember 1905, zitiert in Neilson, *Britain and the Last Tsar*, S. 12.

416 Otto, *China Question*, S. 71, 90, 333.

417 Zum deutschen Vorstoß nach Angra Pequeña siehe Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 87 f.; sowie Canis, *Bismarcks Außenpolitik*, S. 209–217.

418 Zu dem »viermonatigen hochmütigen Schweigen«, mit dem die Regierung Salisbury Präsident Clevelands Note vom 20. Juli 1895 quittierte, in dem er gegen das aggressive britische Vorgehen in Venezuela protestierte, und der »herablassenden« Antwort der britischen Regierung auf die folgende US-Korrespondenz siehe Bradford Perkins, *The Great Rapprochement: England and the United States 1895–1914,* London 1969, S. 13–16; sowie H. C. Allen, *Great Britain and the United States: A History of Anglo-American Relations (1783–1952)*, London 1954, S. 532–541.

419 Bismarcks Schlussbemerkung auf dem Brief von Graf Hatzfeldt an Bismarck, 24. Mai 1884, *GP*, Bd. 4, S. 58.

420 Bülow an Eulenburg, 2. März 1890, zitiert in Peter Winzen, *Bülow's Weltmachtkonzept. Untersuchungen zur Frühphase seiner Außenpolitik 1897–1901*, Boppard am Rhein 1977, S. 50.

421 Konrad Canis, *Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik, 1890 bis 1902,* Berlin 1997,

S. 93 f.

422 Ebenda, S. 124.

423 Ebenda.

424 Gordon Martel, *Imperial Diplomacy: Rosebery and the Failure of Foreign Policy*, London 1986, S. 187.

425 Zu den deutschen Einwänden gegen den Vertrag siehe Jacques Willequet, *Le Congo Belge et la Weltpolitik (1894–1914)*, Brüssel 1962, S. 14–21; Canis, *Von Bismarck zur Weltpolitik*, S. 134 f.; vgl. A. J. S. Taylor, »Prelude to Fashoda: The Question of the Upper Nile, 1894–5«, in: *English Historical Review*, 65 (1950), S. 52–80.

426 Canis, *Von Bismarck zur Weltpolitik*, S. 142 f.

427 Der volle Wortlaut der Krüger-Depesche ist abgedruckt in *GP*, Bd. 11, Dok. 2610, S. 31 f.

428 Zum Verlauf und den Konsequenzen der Transvaalkrise siehe Harald Rosenbach, *Das deutsche Reich, Großbritannien und der Transvaal (1896–1902). Anfänge deutsch-britischer Entfremdung*, Göttingen 1993.

429 Friedrich Kießling, *Gegen den »großen Krieg«? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914*, München 2002, S. 137.

430 S. Winzen, »Zur Genesis von Weltmachtkonzept und Weltpolitik«, in: J. C. G. Röhl (Hg.), *Der Ort Kaiser Wilhelms in der deutschen Geschichte*, München 1991, S. 189–222; hier S. 192 f.

431 Jan Rüger, *The Great Naval Game. Britain and Germany in the Age of Empire*, Cambridge 2007.

432 Gregor Schöllgen, *Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage, 1871–1914*, München 1984, S. 76; Christopher Clark, *Kaiser Wilhelm II. A Life in Power*, London 2008, S. 184 (deutsch: *Wilhelm II. Die Herrschaft des letzten deutschen Kaisers*, München 2008, S. 181–187).

433 Jonathan Steinberg, *Yesterday's Deterrent; Tirpitz and the Birth of the German Battle Fleet*, London [1965], S. 71, 101 f., 109; Ivo Nikolai Lambi, *The Navy and German Power Politics, 1862–1914*, Boston 1984, S. 68–86.

434 Steinberg, *Yesterday's Deterrent*, S. 201 sowie S. 125–148.

435 Zitiert in Rosenbach, *Transvaal*, S. 70.

436 In Auszügen ist die Denkschrift abgedruckt in Volker R. Berghahn und Wilhelm Deist (Hg.), *Rüstung im Zeichen der wilhelminischen Weltpolitik. Grundlegende Dokumente 1890–1914*, Düsseldorf 1988, Dok. II/10, S.122–127; dazu auch die Dok. II/11, II/12 und VII/1.

437 Siehe dazu James Ainsworth, »Naval Strategic Thought in Britain and Germany 1890–1914«, Dissertation, University of Cambridge, 2011; zur Hartnäckigkeit der britischen Angst vor der französischen Seestreitmacht um 1900 und der relativ niedrigen Priorität, die der »deutschen Gefahr« eingeräumt wurde, siehe Andreas Rose, *Zwischen Empire und Kontinent. Britische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg*, München 2011, S. 209 ff.

438 Sogar Lord Selborne, der häufig als Kronzeuge für die These angeführt wird, dass die Angst vor der deutschen Seestreitmacht die britische Strategie verändert habe, machte sich wegen der russischen und französischen Flotten ebenso viele Gedanken wie wegen der deutschen, siehe Dominik Geppert und Andreas Rose, »Machtpolitik und Flottenbau vor 1914. Zur Neuinterpretation britischer Außenpolitik im Zeitalter des Hochimperialismus«, in: *Historische Zeitschrift*, 293 (2011), S. 401–437, hier S. 409; Rose, *Zwischen Empire und Kontinent*, S. 223–226.

439 Die Literatur zur britisch-deutschen Rivalität auf See befand sich eine Zeitlang in einer Art Umbruchphase. Die ältere Anschauung, die Arthur J. Marder, *From the Dreadnought to Scapa*

Flow. The Royal Navy in the Fischer Era, 1904–1919, 5 Bde., Oxford 1961–70, vertrat, dass die von Deutschland ausgehende Gefahr das britische Denken beherrscht und verändert habe, ist von mehreren aktuelleren Studien in Frage gestellt worden; siehe beispielsweise: Jon T. Sumida, »Sir John Fischer and the Dreadnought. The Sources of Naval Mythology«, in: *The Journal of Military History*, 59 (1995), S. 619–638; Charles H. Fairbanks Jr, »The Origins of the Dreadnought Revolution. A Historiographical Essay«, in: *International History Review*, 13 (1991), S. 246–272; Nicholas A. Lambert, »Admiral Sir John Fischer and the Concept of Flotilla Defence, 1904–1909«, in: *The Journal of Military History*, 59 (1995), S. 639–660. Die wichtigste revisionistische Studie in dieser Denkschule ist derzeit Rose, *Zwischen Empire und Kontinent*.

440 Zitiert in Niall Ferguson, *Pity of War,* London 1998, S. 71 (leicht gekürzte deutsche Ausgabe: *Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert,* Stuttgart 1999).

441 Hardinge, Wilson und Grey zitiert in Wilson, *Policy of the Entente*, S. 106.

442 Rose, *Zwischen Empire und Kontinent*, S. 202–217 und 404–424; zu Tirpitz' Verzicht auf das Wettrüsten siehe Hew Strachan, *The First World War*, Oxford 2001, S. 33.

443 Hans Delbrück in *Preussische Jahrbücher*, 87 (1897), S. 402, zitiert in Canis, *Von Bismarck zur Weltpolitik*, S. 225.

444 Bernhard von Bülow, Rede vor dem Reichstag am 6. Dezember 1897, in: Johannes Penzler (Hg.), *Fürst Bülows Reden nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik. Mit Erlaubnis des Reichskanzlers gesammelt und herausgegeben,* 2 Bde., Berlin 1907, Bd. 1, *1897–1903,* S. 7 f.

445 Canis, *Von Bismarck zur Weltpolitik*, S. 255 f.

446 Waldersee, Tagebucheintrag vom 13. Juli 1900, in: Heinrich Otto Meisner, *Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee,* 3 Bde., Stuttgart 1922 f., Bd. 2, S. 449.

447 George C. Herring, *From Colony to Superpower: US Foreign Relations since 1776*, New York 2009, S. 307; Ferguson, *Pity of War*, S. 54 f.

448 Zitiert in Paul Kennedy, *The Rise of the Anglo-German Antagonism, 1860–1914,* London 1980, S. 365, 236.

449 Zur *Weltpolitik* als Instrument eines »Sozialimperialismus«, der eigens für innenpolitische Zwecke entwickelt wurde, siehe vor allem Hans-Ulrich Wehlers Standardwerk, *Das deutsche Kaiserreich 1871–1918,* Göttingen 1973, S. 178; ders., *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, 5 Bde., München, 1987–2008, Bd. 3, S. 1139; eine ähnliche Anschauung vertritt Wolfgang M. Mommsen, *Großmachtstellung und Weltpolitik. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches, 1870 bis 1914*, Frankfurt am Main 1993, S. 139 f.; zur Marine als Instrument für inneres Krisenmanagement siehe Volker Berghahn, *Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II.*, Düsseldorf 1971, S. 11–20, 592–604 und passim.

450 Wilhelm II. an Bülow, Syrakus, 19. April 1904, in *GP*, Bd. 20/1, Dok. 6378, S. 22 f.

451 Wilhelm II. an Zar Nikolaus II., 11. Februar 1904, in: W. Goetz (Hg.), *Briefe Kaiser Wilhelms II. an den Zaren, 1894–1914,* Berlin 1920, S. 337 f.

452 Wilhelm II. an Nikolaus II., 6. Juni und 19. August 1904, in ebenda, S. 340 f.

453 Delcassé an Barrère, 28. Februar 1900, zitiert in Andrew, *Delcassé*, S. 151.

454 Abel Combarieu, *Sept ans à l'Élysée avec le président Émile Loubet: de l'affaire Dreyfus à la conférence d'Algésiras, 1899–1906,* Paris 1932, S. 183 f.

455 Zitiert in Andrew, *Delcassé,* S. 271; Samuel R. Williamson, *The Politics of Grand Strategy. Britain and France Prepare for War, 1904–1914,* Cambridge, Mass. 1969, S. 14; vgl. J. C. G. Röhl, *Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund, 1900–1941*, München 2008, S. 372.

456 Metternich (deutscher Botschafter in London) an Auswärtiges Amt, London, 4. Juni 1904, *GP*, Bd. 20/1, Dok. 6384, S. 29 f.

457 Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 232 f.; Williamson, *Grand Strategy*, S. 31 f.

458 »The German Emperor at Tangier«, in: *The Times*, 1. April 1905, S. 5, Sp. A.

459 »The Morocco Question«, in: *The Times*, 8. Januar 1906, S. 9, Sp. A.

460 Katherine Lerman, *The Chancellor as Courtier: Bernhard von Bülow and the Governance of Germany, 1900–1909*, Cambridge 1990, S. 147 f.; zur Nutzlosigkeit des Dreibundes siehe Fürst Max von Lichnowsky, *Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky. Meine Londoner Mission 1912–1914,* Berlin 1918, S. 13 ff.

461 Kennedy, *Anglo-German Antagonism*, S. 280.

462 Hardinge an Nicolson, London, 26. März 1909, zitiert in Zara S. Steiner, *The Foreign Office and Foreign Policy, 1898–1914,* Cambridge 1969, S. 95.

463 Marina Soroka, *Britain, Russia and the Road to the First World War. The Fateful Embassy of Count Aleksandr Benckendorff (1903–16)*, London 2011, S. 146; Rogers Platt Churchill, *The Anglo-Russian Convention of 1907,* Cedar Rapids 1939, S. 340; David MacLaren McDonald, *United Government and Foreign Policy in Russia, 1900–1914,* Cambridge, Mass. 1992, S. 110.

464 Eine Darstellung, welche die Zwänge, die von der Peripherie auf die europäische Diplomatie ausgingen, gebührend berücksichtigt, bietet Thomas Otte, *China Question;* ders. *The Foreign Office Mind. The Making of British Foreign Policy, 1865–1914,* Cambridge 2011; Nils Petersson, *Imperialismus und Modernisierung. Siam, China und die europäischen Mächte, 1895–1914,* München 2000; eine überzeugende Kritik auf theoretischer und empirischer Basis der »Konsensmeinung«, dass die deutschen Mächte durch ihr ungebührliches Auftreten ihre eigene Isolation selbst »verschuldet« hätten, legt Paul W. Schroeder vor in »Embedded Counterfactuals and World War I as an Unavoidable War«, online eingesehen unter: http://ir.emu.edu.tr/stafff/ekaymak/courses/IR515/Articles/Schroeder%200n%20counterfactuals.pdf, S. 28 f. und passim.

465 Fiona K. Tomaszewski, *A Great Russia. Russia and the Triple Entente,* Westport 2002, S. 68.

466 Lansdowne an Bertie, London, 22. April 1905, *BD*, Bd. 3, Dok. 90, S. 72 f.

467 Aide-Mémoire der britischen Botschaft in Paris, Paris, 24. April 1905, *DDF*, Serie 2, Bd. 6, Dok. 347, S. 414f; zu Delcassés Unkenntnis von den mutmaßlichen deutschen Plänen bezüglich eines westmarokkanischen Hafens siehe Anm. 5 ebenda.

468 Gespräch zwischen Delcassé und Paléologue vom 26. April 1905, nacherzählt in Maurice Paléologue, *The Turning Point. Three Critical Years 1904–1906*, London 1935, S. 233.

469 Andrew, *Delcassé*, S. 283 ff.; zu Fishers »Antigermanismus« siehe Strachan, *First World War,* S. 18.

470 Steiner, *Foreign Office,* S. 100, 102,

471 Siehe, beispielsweise, die Notizen, die Grey, Crowe und Eduard VII. auf verschiedenen Briefen von Cartwright an Grey einfügten, München, 12. Januar 1907, 23. April 1907, 7. August 1907, 8. Januar 1908, *BD*, Bd. 6, Dok. 2, 16, 23 sowie die Notizen zu Cartwrights Depesche aus München vom 8. Januar 1908, S. 11, 32, 42, 108. Sidney B. Fay erörtert Londons Reaktionen auf Cartwrights Depeschen in seiner Rezension dieses von Gooch und Temperley herausgegebenen Bandes *British Documents* in *American Historical Review*, 36 (1930), S. 151–155.

472 G. S. Spicer, Notizen von Bertie an Grey, Paris, 12. September 1907, *BD*, Bd. 6, Dok. 35, S. 55–58, hier S. 56.

473 Edward Grey, *Twenty-Five Years, 1892–1916*, 2 Bde., London 1925, Bd. 1, S. 33 (deutsch: *Fünfundzwanzig Jahre Politik, 1892–1916,* München 1926).

474 Eyre Crowe, »Memorandum on the Present State of British Relations with France and Germany«, 1. Januar 1907, *BD*, Bd. 3, Anhang zu Dok. 445, S. 397–420, hier S. 406.

475 Grey, *Twenty-Five Years*, Bd. 2, S. 29; J. A. S. Grenville, *Lord Salisbury and Foreign Policy. The Close of the Nineteenth Century*, London 1970, S. 213.

476 Gesprächsnotiz von Hardinge vom 10. November 1909 zu Goschen an Grey, Berlin, 4. November 1909, *BD*, Bd. 6, Dok. 204, S. 304–312, hier S. 311; eine vielsagende und scharf revisionistische Erörterung dieser und anderer Äußerungen findet sich in Keith M. Wilson, *The Policy of the Entente. Essays on the Determinants of British Foreign Policy, 1904–1914,* Cambridge 1985, S. 100.

477 Eyre Crowe, »Memorandum on the Present State of British Relations with France and Germany«, 1. Januar 1907, *BD*, Bd. 3, Anhang zu Dok. 445, S. 397–420, hier S. 406. Zur Konsolidierung der »antideutschen Phalanx« im Zentrum des Foreign Office siehe Jürgen Angelow, *Der Weg in die Urkatastrophe. Der Zerfall des alten Europas 1900–1914*, Berlin 2010, S. 51 f.

478 Diese Zahlen stammen aus Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte,* 5 Bde., München 2008, Bd. 3: *Von der »deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges*, *1849–1914*, S. 610 ff.

479 Clive Trebilcock, *The Industrialisation of the Continental Powers 1780–1914,* London 1981, S. 22.

480 Keith Neilson, »Quot homines, tot sententiae: Bertie, Hardinge, Nicolson and British Policy, 1906–1916«, unveröffentlichtes Manuskript; ich bin Professor Neilson außerordentlich dankbar, dass er mir eine Kopie dieses Textes noch vor der Veröffentlichung zukommen ließ.

481 Hardinge an Bertie, privater Brief, 14. Februar 1904, Bertie Papers, TNA, FO 800/176; Hardinge an Bertie, privater Brief, 11. Mai 1904, Bertie Papers, ebenda, FO 800/183, beide zitiert in Neilson, »Quot homines, tot sententiae«.

482 Keith Neilson, »›My Beloved Russians‹: Sir Arthur Nicolson and Russia, 1906–1916«, in: *International History Review*, 9/4 (1987), S. 521–554, hier S. 524 f.

483 »The Invention of Germany« lautet die Überschrift des sechsten Kapitels von Wilson, *Policy of the Entente*, S. 100–120.

484 Zu den britischen Sorgen um die Verteidigungsfähigkeit nach dem Burenkrieg siehe Aaron L. Friedberg, *The Weary Titan. Britain and the Experience of Relative Decline, 1895–1905,* Princeton 1988, S. 232 ff. und passim; David Reynolds, *Britannia Overruled. British Policy and World Power in the Twentieth Century,* 2. Aufl., Harlow 2000, S. 63–67.

485 Zu diesem Kennzeichen der US-Außenpolitik siehe John A. Thompson, »The Exaggeration of American Vulnerability: The Anatomy of a Tradition«, in: *Diplomatic History*, 16/1 (1992), S. 23–43.

486 Beispiele für derartige Phantastereien bieten A. Dekhnewallah (Pseud.), *The Great Russian Invasion of India. A Sequel to the Afghanistan Campaign of 1878–9*, London 1879; William Le Queux, *The Great War in England in 1897,* London 1894 (sieht eine französisch-russische Invasion voraus, die durch das heldenhafte Eingreifen des Deutschen Kaiserreichs vereitelt wird); einen ausgezeichneten Überblick bietet I. F. Clarke, *Voices Prophesying War*, *1763–1984*, London 1970.

487 Tagebucheintrag vom 29. November 1906, in Paléologue, *The Turning Point,* S. 328.

488 David M. McDonald, *United Government and Foreign Policy in Russia 1900–1914,* Cambridge, Mass. 1992, S. 103–111.

489 E. W. Edwards, »The Franco-German Agreement on Morocco, 1909«, in: *English Historical*

Review, 78 (1963), S. 483–513; zur feindseligen britischen und russischen Antwort siehe Paul Cambon an Jules Cambon, 9. Dezember 1911, in Paul Cambon, *Correspondance 1870–1924*, 3 Bde., Paris 1940–1946, Bd. 2, S. 354 f.; Jean-Claude Allain, *Agadir, 1911. Une Crise impérialiste en Europe pour la conquête du Maroc*, Paris 1976, S. 232–246.

490 Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 256 f.; Uwe Liszkowski, *Zwischen Liberalismus und Imperialismus. Die zaristische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg im Urteil Miljukovs und der Kadettenpartei, 1905–1914*, Stuttgart 1974, S. 70, 156; zu den Entspannungstendenzen allgemein in diesem Zeitraum siehe Kießling, *Gegen den »großen Krieg«?*, passim.

KAPITEL 4

DIE VIELEN STIMMEN
DER EUROPÄISCHEN AUSSENPOLITIK

In einer Ende der 1890er Jahre veröffentlichten Karikatur illustrierte ein französischer Künstler die Krise, die sich am Vorabend des Boxeraufstands über China zusammenbraute. Unter dem argwöhnischen Blick Großbritanniens und Russlands schickt sich Deutschland an, ein Stück mit dem Namen »Kiao-Tschou« aus einem Kuchen namens »China« herauszuschneiden, während Frankreich seinem russischen Verbündeten moralisch den Rücken stärkt und Japan das Ganze beobachtet. Hinter dem ganzen Geschehen wirft ein Qing-Beamter verzweifelt die Arme in die Luft, muss aber tatenlos zusehen. Wie so oft bei solchen Illustrationen werden die Mächte als Personen dargestellt: Großbritannien, Deutschland und Russland durch Karikaturen ihrer jeweiligen Monarchen, Frankreich durch »Marianne«, die Symbolfigur der Republik, und Japan und China durch stereotype asiatische Gestalten. Die Personifizierung von Staaten war fester Bestandteil der europäischen politischen Karikatur, spiegelt darüber hinaus aber auch eine tief verankerte Denkweise wider: die Tendenz, sich Staaten als Zusammensetzung von Individuen vorzustellen, regiert von kompakten Regierungsbehörden, die von einem unteilbaren Willen getrieben werden.



»Das Gerangel um China« von Henri Meyer, *Le Petit Journal*, 1898

Dabei zeigt sich schon bei einem flüchtigen Blick auf die europäischen Regierungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, dass die exekutiven Strukturen, von denen politische Maßnahmen ausgingen, alles andere als einheitlich waren. Die Politik war nicht das Vorrecht einzelner souveräner Personen. Initiativen, die auf den Kurs der Politik eines Landes Einfluss hatten, konnten aus sehr peripheren Orten der politischen Struktur hervorgehen. Koalitionen verschiedener Gruppierungen, funktionelle Störungen innerhalb der Regierung, wirtschaftliche oder finanzielle Zwänge und die schwer fassbare Chemie der öffentlichen Meinung übten allesamt einen ständig wechselnden Druck auf die Entscheidungsprozesse aus. In dem Maße, wie sich die Macht, Entscheidungen zu beeinflussen, von einer Schaltzentrale in der Exekutive zu einer anderen verlagerte, traten entsprechende Schwankungen im Ton und in der Orientierung der politischen Linie auf. Dieses Durcheinander rivalisierender Stimmen ist ganz entscheidend für das Verständnis der periodisch auftretenden Erschütterungen des europäischen Systems in den letzten Vorkriegsjahren. Es erklärt nicht zuletzt, weshalb die Julikrise von 1914 zur komplexesten und undurchschaubarsten politischen Krise der Moderne wurde.

Souveräne Entscheidungsträger

Das Europa des beginnenden 20. Jahrhunderts war ein Kontinent der Monarchien. Von den sechs wichtigsten Mächten waren fünf in der einen oder anderen Form Monarchien; nur Frankreich war eine Republik. Die relativ jungen Nationalstaaten auf der Balkanhalbinsel (Griechenland, Serbien, Montenegro, Bulgarien, Rumänien und Albanien) waren ausnahmslos Monarchien. Das Europa der schnellen Kreuzer, der Telegrafie und elektrischen Zigarrenanzünder bewahrte im Herzen noch diese alte, pompöse Einrichtung, die große und komplexe Staaten fest mit den Unwägbarkeiten der menschlichen Biologie verband. Die Exekutiven in Europa waren noch auf die Throne und die Männer oder Frauen, die auf ihnen saßen, ausgerichtet. Minister in Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland wurden vom Kaiser beziehungsweise Zaren ernannt. Die drei

Herrscher hatten unbegrenzten Zugang zu staatlichen Unterlagen. Sie übten formal auch die Befehlsgewalt über ihre Streitkräfte aus. Dynastische Einrichtungen und Netzwerke gestalteten die Kommunikation zwischen Staaten. Botschafter legten ihre Referenzen dem Souverän persönlich vor, und direkte Gespräche und Begegnungen unter Monarchen fanden bis unmittelbar vor dem Krieg statt. Tatsächlich kam ihnen sogar eine gesteigerte Bedeutung zu, indem sie eine parallele Ebene des gegenseitigen Austauschs schufen, deren Verhältnis zur offiziellen Diplomatie gelegentlich schwierig auszumachen war.



Wilhelm II. und Nikolaus II. jeweils in der Uniform des anderen Landes

Hulton Royals Collection/Getty Images

Monarchen waren ebenso Symbolfiguren wie politische Akteure, und in dieser Rolle konnten sie kollektive Emotionen und Assoziationen aufnehmen und bündeln. Als Pariser Zuschauer Eduard VII. anstarrten, wie er lässig in einem Stuhl vor dem Hotel saß und eine Zigarre rauchte, kam es ihnen so vor, als würden sie England in der Gestalt eines sehr fetten, eleganten und selbstsicheren Mannes betrachten. Sein während des Jahres 1903 enorm

gestiegenes Ansehen in der Pariser öffentlichen Meinung trug nicht zuletzt dazu bei, den Weg für die Entente mit Frankreich im folgenden Jahr frei zu machen. Selbst der freundliche Despot Nikolaus II. wurde von den Franzosen wie ein Held gefeiert, als er 1896 Paris besuchte, ungeachtet seiner autokratischen politischen Philosophie und seiner wenig beeindruckenden Ausstrahlung, weil er als die Personifizierung der französisch-russischen Allianz betrachtet wurde.[491] Und wer verkörperte die beunruhigenden Aspekte der deutschen Außenpolitik (ihre Schwankungen, die fehlende Ausrichtung und frustrierten Ambitionen) besser als der fieberhafte, taktlose, zu Panik neigende und herrische Kaiser Wilhelm II., jener Mann, der es wagte, Edvard Grieg zu belehren, wie er den *Peer Gynt* aufführen solle?[492] Ob der Kaiser nun tatsächlich die deutsche Politik gestaltete oder nicht, er symbolisierte sie mit Sicherheit für die Gegner Deutschlands.

Im Kern des monarchischen Clubs, der über das Vorkriegseuropa herrschte, stand das Trio kaiserlicher Vettern: Zar Nikolaus II., Kaiser Wilhelm II. und König Georg V. Um die Jahrhundertwende hatte sich das genealogische Netz der herrschenden Familien Europas so sehr verdichtet, dass man fast schon von Fusion sprechen könnte. Kaiser Wilhelm II. und König Georg V. waren beide Enkelsöhne von Königin Viktoria. Zar Nikolaus’ Frau Alexandra von Hessen-Darmstadt war Viktorias Enkeltochter. Die Mütter von Georg und Nikolaus waren Schwestern aus dem Hause Dänemark. Kaiser Wilhelm und Zar Nikolaus waren wiederum beide Ururenkel von Zar Paul I. Die Großtante des Kaisers, Charlotte von Preußen, war die Urgroßmutter des Zaren. So gesehen erscheint der Ausbruch des Krieges im Jahr 1914 eher als der Höhepunkt einer Familienfehde.



Wilhelm II.

Bettmann/Corbis

Es ist schwierig zu beurteilen, wie viel Einfluss diese Monarchen auf ihren jeweiligen Regierungsapparat oder in ihm ausübten. Großbritannien, Deutschland und Russland repräsentierten drei sehr verschiedene Formen der Monarchie. Russland war, zumindest nach der Theorie, eine Autokratie, in der die Autorität des Monarchen kaum durch das Parlament oder die Verfassung eingeschränkt war. Eduard VII. und Georg V. waren konstitutionelle und parlamentarische Monarchen ohne direkten Zugriff auf die Hebel der Macht. Kaiser Wilhelm nahm eine Art Zwischenstellung ein – in Deutschland wurde ein konstitutionelles und parlamentarisches System den Elementen der alten preußischen Militärmonarchie aufgepfropft, die den Prozess der nationalen Einigung überlebt hatten. Aber die offiziellen

Regierungsstrukturen entsprachen nicht zwangsläufig auch den wichtigsten Merkmalen des monarchischen Einflusses. Zu den maßgeblichen Variablen zählten ferner Entschlossenheit, Kompetenz und intellektuelle Begabung des Monarchen selbst, die Fähigkeit der Minister, unwillkommene Initiativen abzublocken, und der Grad der Einigkeit zwischen Monarch und Regierung.



Eduard VII. in seiner Uniform als Oberst des österreichischen 12. Husarenregiments

Der Einfluss der Monarchen auf die Gestaltung der Außenpolitik zeichnete sich nicht zuletzt dadurch aus, dass er im Laufe der Zeit erheblich schwankte. Eduard VII., unter dessen Aufsicht die diplomatische Neuausrichtung von 1904 bis 1907 erfolgte, hatte klare Ansichten zur Außenpolitik und rühmte sich, stets gut Bescheid zu wissen. Er vertrat die Haltung eines imperialistischen »Chauvinisten«; zum Beispiel hatte er sich über den

liberalen Widerstand gegen den Afghanistankrieg von 1878/79 aufgeregt und zu seinem Kolonialverwalter Sir Henry Bartle Frere gesagt: »Wenn es nach mir ginge, würde ich keine Ruhe geben, bis wir ganz Afghanistan eingenommen hätten und behielten.«[493] Er war hocherfreut über die Meldung des Überfalls auf die Republik Transvaal 1895, unterstützte Cecil Rhodes' Beteiligung an dem Unterfangen und schäumte vor Wut über die Krüger-Depesche Kaiser Wilhelms. Sein ganzes Erwachsenenleben hindurch bewahrte er eine dezidierte Feindseligkeit gegen Deutschland. Offenbar wurzelte diese Antipathie teilweise in seiner Auflehnung gegen seine Mutter Königin Viktoria, deren Haltung gegenüber Preußen er als zu freundlich empfand, sowie in seiner Angst und Abscheu gegen Baron Stockmar, den ernsten deutschen Pädagogen, den Viktoria und Albert eingestellt hatten, um den jungen Eduard einem schonungslosen Regime unermüdlichen Studierens zu unterwerfen. Der deutsch-dänische Krieg von 1864 war eine prägende Episode in der Anfangszeit seiner politischen Tätigkeit. Eduards Sympathien lagen in dem Konflikt eindeutig bei den dänischen Verwandten seiner jungen Braut.[494] Nach der Thronbesteigung war Eduard ein wichtiger Mentor der antideutschen Gruppe von Entscheidungsträgern um Sir Francis Bertie.[495]

Der Einfluss des Königs erreichte im Jahr 1903 seinen Höhepunkt, als ein offizieller Besuch in Paris (»der wichtigste königliche Besuch der neuesten Geschichte«, wie manche sagten) den Weg für die Entente zwischen den beiden rivalisierenden Kolonialmächten frei machte. Die Beziehungen zwischen den beiden westlichen Reichen waren zu der Zeit noch von der französischen Empörung über den Burenkrieg vergiftet. Der Staatsbesuch, der auf Eduards eigene Initiative zustande gekommen war, erwies sich als Triumph der Öffentlichkeitsarbeit und trug erheblich dazu bei, die Spannungen abzubauen.[496] Nach der Unterzeichnung der Entente setzte sich Eduard weiterhin für eine Einigung mit Russland ein, obwohl er, wie viele seiner Landsleute, das zaristische politische System verabscheute und den Russen mit Blick auf Persien, Afghanistan und Nordindien noch nicht über den Weg traute. Als er im Jahr 1906 hörte, dass sich der russische Außenminister Iswolski in Paris aufhielt, fuhr er schleunigst aus Schottland nach Süden, weil er hoffte, dass sich eine Gelegenheit zu einem Treffen

ergeben würde. Iswolski antwortete positiv und reiste nach London, wo sich die beiden Männer zu Gesprächen trafen, die, laut Charles Hardinge, »substanziell dazu beitrugen, den Weg für die Verhandlungen zu bereiten, die damals um eine Einigung mit Russland geführt wurden«.[497] In beiden Fällen übte der König keine Regierungsgewalt als solche aus, sondern handelte als eine Art außerplanmäßiger Botschafter. Er war dazu imstande, weil sich seine Prioritäten weitgehend mit denen der liberalen, imperialistischen Fraktion in Whitehall deckten, deren Dominanz in der Außenpolitik nicht zuletzt sein Verdienst gewesen war.

Bei Georg V. sah das hingegen ganz anders aus. Bis zu seiner Thronbesteigung im Jahr 1910 interessierte er sich kaum für auswärtige Angelegenheiten und hatte lediglich eine grobe Vorstellung von den britischen Beziehungen zu anderen Mächten. Der österreichische Botschafter Graf Mensdorff war über den neuen König hocherfreut, der im Gegensatz zu seinem Vater allem Anschein nach frei von starken Vorurteilen für oder gegen einen ausländischen Staat war.[498] Wenn Mensdorff hoffte, der Wachwechsel werde eine Abschwächung der antideutschen Stimmung in der britischen Politik herbeiführen, so wurde er jedoch schon bald enttäuscht. In der Außenpolitik bedeutete die scheinbare Neutralität des Monarchen lediglich, dass die Politik fest in der Hand der liberalen Imperialisten um Grey blieb. Georg verschaffte sich nie ein politisches Netzwerk, das sich mit dem seines Vaters messen konnte. Er scheute Ränkespiele hinter den Kulissen und vermied es, ohne ausdrückliche Erlaubnis seiner Minister politische Stellungnahmen abzugeben.[499] Er stand fast ununterbrochen mit Edward Grey in Kontakt und gewährte dem Außenminister häufig Audienzen, wann immer er sich in London aufhielt. Er achtete sorgsam darauf, Greys Zustimmung zum Inhalt politischer Gespräche mit ausländischen Repräsentanten einzuholen, insbesondere mit seinen deutschen Verwandten.[500] Die Thronbesteigung Georgs hatte somit einen drastischen Rückgang des Einflusses der Krone auf die allgemeine Orientierung der Außenpolitik zur Folge, obwohl die beiden Monarchen über die exakt gleichen verfassungsmäßigen Befugnisse verfügten.

Selbst innerhalb des extrem autoritären Umfelds der russischen Autokratie

unterlag der Einfluss des Zaren auf die Außenpolitik dezidierten Beschränkungen und schwankte im Laufe der Zeit. Wie Georg V. war auch der neue Zar ein unbeschriebenes Blatt, als er im Jahr 1894 auf den Thron kam. Er hatte sich vor der Thronbesteigung kein eigenes politisches Netzwerk aufgebaut, und aus Rücksichtnahme auf seinen Vater hatte er darauf verzichtet, seine Meinung zur Regierungspolitik zu äußern. Als Heranwachsender hatte er wenig Talent für das Erlernen der Staatskunst gezeigt. Konstantin Pobedonoszew, der konservative Jurist, den man angestellt hatte, um dem Teenager Nicky eine Lehrstunde über die inneren Mechanismen des zaristischen Staates zu erteilen, erinnerte sich später: »Ich konnte lediglich beobachten, dass er beim Bohren in der Nase völlig die Umgebung vergaß.«[501] Auch nach der Thronbesteigung hielten ihn seine extreme Schüchternheit und Scheu, echte Autorität auszuüben, in den ersten Jahren davon ab, der Regierung seine politischen Präferenzen (sofern er welche hatte) aufzuzwingen. Außerdem mangelte es ihm an dem nötigen Rückhalt in der Exekutive, den er gebraucht hätte, um den Kurs der Politik konsequent zu bestimmen. Zum Beispiel hatte er weder ein privates Sekretariat noch einen Privatsekretär. Er konnte auf seinem Recht bestehen, selbst über unbedeutende Ministerentscheidungen informiert zu werden (und davon machte er auch Gebrauch), aber in einem so riesigen Staat wie Russland hieß das lediglich, dass der Monarch von einer Flut banaler Angelegenheiten erdrückt wurde, während die wirklich wichtigen Dinge auf der Strecke blieben.[502]

Dennoch war der Zar imstande, insbesondere ab 1900, die russische Außenpolitik in eine bestimmte Richtung zu lenken. Ende der neunziger Jahre engagierte sich Russland sehr stark bei der wirtschaftlichen Erschließung Chinas. Nicht alle in der Regierung waren über die Fernostpolitik glücklich. Manche ärgerten sich über die enormen Kosten der damit verbundenen infrastrukturellen und militärischen Verpflichtungen. Andere wie der Kriegsminister General Alexej A. Kuropatkin hielten den Fernen Osten für eine Ablenkung von weit dringenderen Sorgen an der westlichen Peripherie, insbesondere dem Balkan und den türkischen Meerengen. Doch zu diesem Zeitpunkt war Nikolaus II. noch fest überzeugt,

dass Russlands Zukunft in Sibirien und im Fernen Osten liege, und sorgte dafür, dass sich die Anhänger einer Ostpolitik gegen ihre Widersacher durchsetzten. Ungeachtet anfänglicher Bedenken befürwortete er den Schritt, im Jahr 1898 mit Port Arthur (heute Lüshunkou) einen chinesischen Brückenkopf auf der Halbinsel Liaodung zu besetzen. In Korea stärkte Nikolaus einer Politik des russischen Eindringens den Rücken, die St. Petersburg auf einen Kollisionskurs mit Tokio brachte.

Die Interventionen Nikolaus' erfolgten eher in der Form inoffizieller Zusammenschlüsse, nicht als Entscheidungen der Exekutive. Beispielsweise war er eng mit den adligen Unternehmern verbandelt, die die riesige Bauholzkonzession in Korea am Fluss Yalu betrieben. Der Holzmagnat am Yalu Alexander Besobrasow, ein ehemaliger Offizier der Reitergarde, etablierte mit Hilfe seiner persönlichen Beziehungen zum Zaren den Yalu als einen Brückenkopf für die Ausdehnung der informellen russischen Herrschaft auf die Halbinsel Korea. Im Jahr 1901 berichtete der Finanzminister Sergej Witte, dass Besobrasow »nicht weniger als zwei Mal wöchentlich – mehrere Stunden am Stück« beim Zaren sei und ihn zur Fernostpolitik berate.[503] Die Minister hatten die Anwesenheit dieser einflussreichen Außenstehenden bei Hofe satt, aber sie konnten kaum etwas unternehmen, um ihre Macht einzudämmen. Diese informellen Kontakte wiederum trieben den Zaren zu einer aggressiveren Sichtweise der russischen Politik in der Region. »Ich möchte nicht Korea erobern«, sagte Nikolaus 1901 zu Prinz Heinrich von Preußen, »aber ich kann unter keinen Umständen zulassen, dass sich Japan dort fest etabliert. Das wäre ein *casus belli*.«[504]

Nikolaus verstärkte seine Kontrolle über die Politik, indem er einen Vizekönig für den Fernen Osten mit allen Vollmachten nicht nur für zivile und militärische Angelegenheiten, sondern auch für die Beziehungen zu Tokio einsetzte. Der Amtsinhaber Admiral Jewgeni Alexejew unterstand unmittelbar dem Zaren und war somit jeder ministeriellen Aufsicht entzogen. Die Ernennung war von der Clique um Besobrasow eingefädelt worden, der darin ein Mittel sah, die relativ zurückhaltende Fernostpolitik des Außenministeriums zu umgehen. Als Folge fuhr Russland de facto zwei parallele Kurse, einen offiziellen und einen nichtoffiziellen, in der

Kolonialpolitik, die es Nikolaus II. ermöglichten, sich aus den Optionen die angenehmste herauszupicken und die Fraktionen gegeneinander auszuspielen.[505] Admiral Alexejew hatte weder Erfahrung noch Kenntnisse der diplomatischen Gepflogenheiten und trat so schroff und unnachgiebig auf, dass er seine japanischen Gesprächspartner zwangsläufig vor den Kopf stieß. Ob Nikolaus II. jemals bewusst eine Kriegspolitik gegen Japan einschlug, ist fraglich, aber er trug mit Sicherheit den Löwenanteil der Verantwortung dafür, dass der Krieg im Jahr 1904 ausbrach, und damit auch für die folgenden Katastrophen.[506]

Am Vorabend des russisch-japanischen Krieges könnte man also sagen, dass der Einfluss des Zaren hoch, der seiner Minister hingegen niedrig war. Doch dieser Zustand war nicht von langer Dauer, weil der katastrophale Ausgang dieses Kurses drastisch die Fähigkeit des Zaren einschränkte, die Agenda zu bestimmen. Während die Meldungen ununterbrochener Niederlagen eingingen und soziale Unruhen in ganz Russland ausbrachen, setzte eine Gruppe von Ministern unter Sergej Wittes Führung Reformen durch, welche die Regierung einigen sollten. Die Macht wurde in einem Ministerrat konzentriert, an dessen Spitze zum ersten Mal ein »Erster Minister« oder Ministerpräsident stehen sollte. Unter Witte und seinem Nachfolger Pjotr Stolypin (1906–1911) war die Exekutive bis zu einem gewissen Grad gegen willkürliche Interventionen des Monarchen abgeschirmt. Vor allem Stolypin, einem Mann von enormer Entschlossenheit, Intelligenz, Charisma und unermüdlichem Fleiß, gelang es, seine persönliche Autorität über die meisten Minister zu behaupten. Auf diese Weise erreichte er eine Geschlossenheit der Regierung, die man vor 1905 überhaupt nicht gekannt hatte. In den Jahren Stolypins schien Nikolaus sich »merkwürdig fern von jeder politischen Betätigung« zu halten.[507]

Der Zar fügte sich allerdings nicht lange in dieses Arrangement. Noch während Stolypin an der Macht war, fand Nikolaus Mittel und Wege, seine Aufsicht zu umgehen, indem er hinter dem Rücken des Ministerpräsidenten Absprachen mit bestimmten Ministern traf. Dazu zählte etwa Außenminister Iswolski, dessen ungeschickte Vorgehensweise bei den Verhandlungen mit seinem österreichisch-ungarischen Widerpart die Annexionskrise von

1908/09 auslöste. Im Gegenzug für Wiens diplomatische Unterstützung eines russischen Zugangs zu den türkischen Meerengen billigte Iswolski die Annexion Bosnien-Herzegowinas durch Österreich-Ungarn. Weder Ministerpräsident Stolypin noch seine Ministerkollegen waren im Vorfeld über diesen kühnen Schritt informiert worden, den Zar Nikolaus persönlich abgesegnet hatte. Zur Zeit der Ermordung Stolypins durch Terroristen im Herbst 1911 beschnitt Nikolaus systematisch dessen Befugnisse, indem er die politischen Gegner des Ministerpräsidenten förderte. Sobald Nikolaus sich mit einem Block aus Ministern konfrontiert sah, die seine Handlungsfreiheit einzuschränken drohten, entzog er ihnen die Unterstützung und intrigierte prompt gegen die Männer, die er selbst an die Macht berufen hatte. Witte war 1906 diesem autokratischen Auftreten zum Opfer gefallen; Stolypin wäre es wohl ebenso ergangen, wenn man ihn nicht ermordet hätte; und sein Nachfolger, der sanftmütige Wladimir Kokowzow, wurde im Februar 1914 aus dem Amt entlassen, weil auch er sich als Anhänger der Idee einer »einigen Regierung« entpuppt hatte. Auf die Implikationen dieser Machenschaften für den Kurs der russischen Außenpolitik kommen wir noch ausführlich zurück – an dieser Stelle halten wir fest, dass in den Jahren 1911 bis 1914 die einige Regierung an Einfluss verlor und sich die autokratische Macht behauptete.[508]

Doch diese autokratische Macht wurde *nicht* etwa für eine konsequente politische Vision genutzt. Vielmehr diente sie umgekehrt dazu, die Autonomie und Macht des Monarchen zu schützen, indem sämtliche politischen Formationen zerschlagen wurden, die eventuell die Initiative ergreifen konnten. Die Einmischung des Autokraten hatte somit nicht die Durchsetzung des Willens des Zaren an sich zur Folge, sondern eine dauerhafte Unsicherheit in der Frage, wer wozu befugt war – ein Zustand, der Grabenkämpfen Tür und Tor öffnete und maßgeblich der Beständigkeit der russischen Entscheidungsfindung schadete.

Von den drei Vettern auf dem Thron war und bleibt Wilhelm II. der umstrittenste. Das Ausmaß seiner Macht innerhalb der deutschen Exekutive wird noch heute heftig diskutiert.[509] Der Kaiser hatte bei der Thronbesteigung zweifellos die *Absicht*, die Außenpolitik seines Landes

selbst zu gestalten. »Das Auswärtige Amt? Wieso? Ich bin das Auswärtige Amt!«, rief er einmal aus.[510] In einem Brief an den Prince of Wales (den späteren König Eduard VII.) schrieb er: »Ich bin der alleinige Herr der deutschen Politik und mein Land muss mir folgen, wo immer ich hingehe.«[511] Wilhelm interessierte sich persönlich für die Ernennung von Botschaftern und unterstützte gelegentlich eigene Favoriten gegen den Rat des Kanzlers und des Auswärtigen Amtes. Stärker als seine beiden monarchischen Vettern hielt er Begegnungen und die Korrespondenz mit anderen Dynastien, die Teil des üblichen Verkehrs unter Monarchen waren, für eine einzigartige diplomatische Ressource, die es für die Interessen des Landes zu nutzen galt.[512] Wie Nikolaus II. umging auch Wilhelm (vor allem in den ersten Jahren seiner Herrschaft) häufig die zuständigen Minister, indem er sich mit »Lieblingen« beriet, förderte Grabenkämpfe zwischen den Gruppen, um die Einheit der Regierung zu schwächen, und vertrat öffentliche Anschauungen, die entweder nicht mit den betroffenen Ministern abgesprochen waren oder der dominierenden politischen Linie widersprachen.

Vor allem auf diesem Feld (nicht autorisierte Äußerungen nicht sanktionierter politischer Anschauungen) erntete der Kaiser die schärfste Kritik, sowohl von Zeitgenossen als auch seitens der Historiker.[513] Der bizarre Ton und Inhalt eines großen Teils der persönlichen Äußerungen des Kaisers, sei es in Telegrammen, Briefen, Randnotizen, Gesprächen, Interviews und Reden zu außen- und innenpolitischen Themen, stehen völlig außer Frage. Schon allein ihre außergewöhnliche Fülle ist bemerkenswert: Der Kaiser sprach, schrieb, telegrafierte, kritzelte und schwadronierte in den dreißig Jahren seiner Herrschaft fast ununterbrochen, und ein großer Teil dieser Äußerungen wurde dokumentiert und blieb der Nachwelt erhalten. Einige Aussagen waren geschmacklos und unangebracht. Zwei Beispiele, die beide mit den Vereinigten Staaten zu tun haben, mögen zur Veranschaulichung dienen: Am 4. April 1906 war Kaiser Wilhelm II. Gast bei einem Dinner an der US-Botschaft in Berlin. Während einer lebhaften Unterhaltung mit seinen amerikanischen Gastgebern sprach Wilhelm von der Notwendigkeit, mehr Raum für die rasch wachsende deutsche Bevölkerung

zu beschaffen, die zur Zeit seiner Thronbesteigung vierzig Millionen Einwohner gezählt habe, sagte er dem Botschafter, nunmehr aber bei rund sechzig Millionen liege. An sich sei das ja eine gute Sache, aber die Frage der Ernährung dieser Menschen werde in den kommenden zwanzig Jahren immer dringender werden. Andererseits seien große Landstriche Frankreichs offenbar unterbevölkert und müssten dringend entwickelt werden. Vielleicht solle man die französische Regierung fragen, ob es ihr etwas ausmachen würde, die Grenze ein wenig nach Westen zu verlegen, um den Überschuss der Deutschen aufzunehmen? Dieses alberne Geplauder (das wohl als Scherz gedacht war, wie wir annehmen können) wurde von einem der Gesprächspartner als ernst gemeint dokumentiert und mit der nächsten diplomatischen Post nach Washington weitergeleitet.[514] Das zweite Beispiel stammt aus dem November 1908, als in der Presse etliche Spekulationen um einen möglichen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Japan kursierten. Ganz aufgebracht über diese Aussicht, schickte der Kaiser mit der Absicht, sich bei der Atlantikmacht einzuschmeicheln, einen Brief an Präsident Roosevelt, in dem er ihm – diesmal im vollen Ernst – anbot, ein preußisches Armeekorps an der kalifornischen Küste zu stationieren.[515]

In welchem Verhältnis stehen solche Äußerungen zu der Welt der realen politischen Ergebnisse? Jeder Außenminister oder Botschafter in einer heutigen Demokratie, der derart unangemessene Äußerungen von sich gibt, würde auf der Stelle entlassen werden. Aber welche Rolle spielte dieses Geschwätz eines Monarchen im größeren Rahmen? Wegen der extremen Inkonsequenz der Äußerungen des Kaisers fällt eine Beurteilung ihrer Wirkung schwer. Wenn Wilhelm eine klare und in sich stimmige politische Vision verfolgt hätte, könnte man die Wirkung einfach am Ergebnis messen, aber seine Intentionen waren stets unbestimmt, und der Brennpunkt seiner Aufmerksamkeit wechselte ständig. Ende der neunziger Jahre schwärmte der Kaiser von dem Projekt, ein »Neudeutschland« in Brasilien zu gründen, und »verlangte ungeduldig«, die Einwanderung in diese Region zu fördern und so schnell wie möglich zu steigern – wie man sich denken kann, wurde nichts daraus. Im Jahr 1899 teilte er Cecil Rhodes mit, er habe die Absicht »Mesopotamien« als deutsche Kolonie zu erwerben. Und ein Jahr später, zur

Zeit des Boxeraufstands, kam von ihm der Vorschlag, ein ganzes deutsches Armeekorps nach China zu entsenden, mit dem Auftrag, das Land zu teilen. Im Jahr 1903 billigte er ausdrücklich einen Operationsplan, in dem eine »feste Position in Westindien und freie Hand in Südamerika« als »militärisch wichtigste […] Forderung« bezeichnet wurden, und drängte den Stab der Admiralität – der offenbar nichts Besseres zu tun hatte –, Invasionspläne für Kuba, Puerto Rico und New York auszuarbeiten, Invasionspläne, die reine Zeitverschwendung waren, weil die Heeresleitung (neben anderen Faktoren) niemals einwilligte, die erforderlichen Truppen bereitzustellen.[516]

Der Kaiser griff Ideen auf, begeisterte sich für sie, verlor dann das Interesse oder den nötigen Mut und ließ sie wieder fallen. In der einen Woche ärgerte er sich über den russischen Zaren, machte ihm aber in der nächsten den Hof.[517] Er dachte sich unendlich viele Bündnisprojekte aus: für ein Bündnis *mit* Russland und Frankreich *gegen* Japan und Großbritannien; *mit* Russland, Großbritannien und Frankreich *gegen* die USA; *mit* China und Amerika *gegen* Japan und die Triple Entente; oder *mit* Japan und den USA *gegen* die Entente und so weiter.[518] Im Herbst 1896, zu einer Zeit, als sich die Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland nach Streitigkeiten um den Status von Transvaal abgekühlt hatten, schlug der Kaiser eine kontinentale Liga mit Frankreich und Russland zur gemeinsamen Verteidigung des Kolonialbesitzes gegen Großbritannien vor. Praktisch um die gleiche Zeit spielte er jedoch mit dem Gedanken, jeden Anlass zu einem Konflikt mit Großbritannien zu beseitigen, indem das Reich einfach auf alle Kolonien bis auf Ostafrika verzichtete. Doch im Frühjahr 1897 hatte Wilhelm diesen Gedanken wieder fallen gelassen und schlug vor, eine engere Beziehung zu Frankreich zu knüpfen.[519]

Wilhelm gab sich nicht damit zufrieden, seine Minister mit Kommentaren und Randnotizen zu bombardieren, sondern er trug seine Ideen auch unmittelbar den Repräsentanten ausländischer Mächte vor. In manchen Fällen widersprachen seine Interventionen der offiziellen Politik, manchmal lagen sie auf der gleichen Linie; und hier und da schossen sie so weit über das Ziel hinaus, dass sie wie eine überzogene Parodie der offiziellen Meinung wirkten. Im Jahr 1890, als das Auswärtige Amt die Beziehung zu den

Franzosen abkühlen ließ, wärmte Wilhelm sie wiederum auf; das Gleiche tat er auch während der Marokkokrise von 1905: Während das Auswärtige Amt den Druck auf Paris erhöhte, versicherte Wilhelm mehreren ausländischen Generälen und Journalisten sowie einem ehemaligen französischen Minister, dass er eine Versöhnung mit Frankreich anstrebe und nicht die Absicht habe, wegen Marokko einen Krieg zu riskieren. Im März, am Vorabend seiner Abreise nach Tanger, hielt der Kaiser in Bremen eine Rede, in der er verkündete, dass die »Erfahrungen aus der Geschichte« ihn gelehrt hätten, »niemals nach einer öden Weltherrschaft zu streben«. Er fügte hinzu, dass das deutsche Reich »von allen Seiten das absoluteste Vertrauen als eines ruhigen, ehrlichen, friedlichen Nachbarn genießen« solle. Eine Reihe hoher Persönlichkeiten – insbesondere die Falken in der Obersten Heeresleitung – war der Meinung, dass diese Rede der deutschen Regierung einen Strich durch die Rechnung machte.[520]

Im Januar 1904 fand sich der Kaiser bei einem Galadinner neben König Leopold von Belgien wieder (der zur Feier von Wilhelms Geburtstag nach Berlin gereist war) und nutzte die Gelegenheit, um Leopold mitzuteilen, dass er erwarte, dass Belgien im Falle eines Krieges mit Frankreich an der Seite von Deutschland stehen werde. Für den Fall, dass sich der belgische König für Deutschland entscheide, versprach Wilhelm dem Land neue Territorien in Nordfrankreich und dem belgischen König »den Glanz und die Pracht des alten Burgund«. Als Leopold völlig verblüfft erwiderte, seine Minister und das belgische Parlament würden einen so fantastischen und kühnen Plan niemals billigen, gab Wilhelm zurück, dass er »einen Monarchen nicht achten könne, der sich Deputierten und Ministern verantwortlich fühle, anstatt allein unserem Herrgott im Himmel«. Wenn der belgische König nicht entgegenkommender sei, sehe der Kaiser sich gezwungen, sich »nur von strategischen Erwägungen leiten zu lassen« – mit anderen Worten: Belgien zu besetzen. Dem Vernehmen nach war Leopold über diese Äußerungen so aufgebracht, dass er, als er nach dem Festessen vom Tisch aufstand, seinen Helm verkehrt herum aufsetzte.[521]

Gerade wegen solcher Episoden trachteten Wilhelms Minister danach, ihn vom tatsächlichen Entscheidungsprozess fernzuhalten. Es ist eine

ungewöhnliche Tatsache, dass die wichtigste außenpolitische Entscheidung der Herrschaft Wilhelms, nämlich der Verzicht, den Rückversicherungsvertrag 1890 zu erneuern, ohne Beteiligung oder Information des Kaisers im Vorfeld getroffen wurde.[522] Im Sommer 1905 vertraute Kanzler Bernhard von Bülow Wilhelm die Aufgabe an, Nikolaus II. bei Björkö vor der finnischen Küste den Vorschlag für einen Bündnisvertrag vorzulegen. Nach Wilhelms Rückkehr musste Bülow jedoch feststellen, dass der Kaiser es gewagt hatte, eine wichtige Passage in dem Vertragsentwurf zu ändern. Der Kanzler reagierte darauf, indem er seinen Rücktritt einreichte. Wilhelm wollte auf keinen Fall seinen einflussreichsten Beamten verlieren und lenkte sofort ein; Bülow willigte ein, im Amt zu bleiben, und die Änderung des Vertragsentwurfs wurde rückgängig gemacht.[523]

Der Kaiser beklagte sich unablässig, dass man ihn übergehe und ihm den Zugang zu wichtigen diplomatischen Dokumenten vorenthalte. Er regte sich besonders stark auf, wenn außenpolitische Beamte darauf bestanden, seine private Korrespondenz mit anderen Staatsoberhäuptern zu prüfen. Es gab beispielsweise einen ziemlichen Wirbel, als sich der deutsche Botschafter in Washington Hermann Speck von Sternburg im Jahr 1908 weigerte, einen Brief von Wilhelm an Präsident Theodore Roosevelt weiterzuleiten, in dem der Kaiser seine aufrichtige Bewunderung für den amerikanischen Präsidenten äußerte. Nicht der politische Inhalt des Briefs bereitete den Diplomaten Kopfzerbrechen, sondern die Überschwänglichkeit und Unreife des Stils. Es könne mit Sicherheit nicht geduldet werden, bemerkte ein Regierungsvertreter, dass der Souverän des Deutschen Reiches dem Präsidenten der Vereinigten Staaten einen Brief schicke, »der in einem Tone geschrieben war, wie ihn ein verliebter Tertianer an eine Nähmamsell schreibt«.[524]

Das waren zweifellos verstörende Äußerungen. In einem Umfeld, in dem Regierungen fortwährend über die Intentionen des jeweils anderen rätselten, waren sie eventuell sogar gefährlich. Dennoch sollten wir uns drei Dinge vor Augen halten: Erstens spielte der Kaiser bei solchen Begegnungen eine Rolle der Führung und Kontrolle, die er in der Praxis gar nicht ausüben konnte. Zweitens waren derartige Drohgebärden stets mit eingebildeten Szenarien

verknüpft, in denen Deutschland die *angegriffene* Partei war. Wilhelms unziemlicher Vorschlag an Leopold von Belgien war nicht als Offensivpakt gedacht, sondern als Teil einer deutschen Reaktion auf einen französischen Angriff. Das eigentlich Merkwürdige an seinen Überlegungen, in einem künftigen Konflikt die belgische Neutralität zu verletzen, war nicht der Gedanke einer Verletzung der Neutralität an sich (die Option einer Invasion in Belgien wurde auch im französischen und britischen Generalstab diskutiert), sondern der Kontext, in dem sie geäußert wurde, und die Identität der beiden Gesprächspartner. Und schließlich zählte es zu den vielen Eigenarten des Kaisers, dass er schlichtweg unfähig war, sein Verhalten an das Umfeld anzupassen, in dem er wegen seines hohen Amtes zwangsläufig agieren musste. Allzu häufig redete er nicht wie ein Monarch, sondern wie ein aufgeregter Teenager und ließ seinen momentanen Überlegungen freien Lauf. Er war ein extremes Beispiel jener Gesellschaftskategorie dieser Zeit, die Nervensäge im Club, die lang und breit dem Nebensitzer ein Lieblingsprojekt erklärt. Es ist kein Wunder, dass unzähligen europäischen Monarchen das kalte Grausen kam bei der Aussicht, auf einem Bankett in die Fänge des Kaisers zu geraten, wo sie keine Fluchtmöglichkeit hatten.

Wilhelms Einmischungen beschäftigten die Mitarbeiter des deutschen Außenministeriums zwar sehr stark, aber sie trugen kaum zur Bestimmung des politischen Kurses bei. Tatsächlich könnten ein starkes Gefühl der Ohnmacht und der fehlende Zugang zu den wahren Hebeln der Macht teilweise die wiederholten Fantastereien Wilhelms genährt haben, etwa von künftigen Weltkriegen zwischen Japan und den USA, Invasionen in Puerto Rico, einem globalen heiligen Krieg gegen das britische Empire, einem deutschen Protektorat über China und dergleichen mehr. Das waren Träumereien eines unverbesserlichen geopolitischen Fantasten, keine echte Politik. Und jedes Mal, wenn ein richtiger Konflikt anscheinend unmittelbar bevorstand, gab Wilhelm klein bei und fand schnell Gründe, weshalb Deutschland auf keinen Fall in den Krieg ziehen durfte. Als die Spannungen mit Frankreich Ende 1905 ihren Höhepunkt erreichten, bekam Wilhelm kalte Füße und teilte Kanzler Bülow mit, dass wegen der sozialistischen Agitation im eigenen Land jede offensive Aktion im Ausland völlig ausgeschlossen sei;

ein Jahr danach warnte er, da ihn die Meldung von König Eduards außerplanmäßigem Besuch bei dem gestürzten französischen Außenminister Théophile Delcassé aufgerüttelt hatte, den Kanzler, dass die deutsche Artillerie und Marine derzeit außerstande wären, einen Konflikt durchzustehen.[525] Wilhelms Worte waren hart, aber sobald Unruhen drohten, neigte er dazu, eine Kehrtwende zu vollziehen und in Deckung zu gehen. Genau das sollte er auch in der Julikrise 1914 tun. »Es ist merkwürdig«, beobachtete Jules Cambon, der französische Botschafter in Berlin im Mai 1912 in einem Brief an einen hohen Mitarbeiter im französischen Außenministerium, »zu erleben, wie dieser Mann, der in seinen Worten so unvermittelt, so leichtfertig und impulsiv wirkt, in seinen Taten voller Zurückhaltung und Geduld ist.«[526]

Ein knapper Überblick über die Monarchen zu Beginn des 20. Jahrhunderts lässt auf einen schwankenden und letztlich geringen Einfluss auf die tatsächlichen politischen Ergebnisse schließen. Kaiser Franz Joseph von Österreich-Ungarn las Unmengen von Depeschen und traf sich regelmäßig mit seinen Außenministern. Doch ungeachtet seiner Leistung als »erster Beamter« seines Reiches war es Franz Joseph, genau wie Nikolaus II., unmöglich, die Informationsflut zu bewältigen, die auf seinem Schreibtisch landete. Man hielt es nicht für nötig, dafür zu sorgen, dass er seine Zeit entsprechend der jeweiligen Bedeutung des betreffenden Themas einteilte.[527] Die österreichisch-ungarische Außenpolitik wurde nicht von kaiserlichen Erlassen gestaltet, sondern durch das Wechselspiel der Fraktionen und Lobbygruppen im Umfeld des Ministeriums. Italiens Victor Emmanuel III. (reg. 1900–1946) arbeitete längst nicht so hart wie Franz Joseph: Er verbrachte den größten Teil seiner Zeit im Piemont oder auf seinen Gütern bei Castelporziano, las drei Stunden täglich die Zeitungen und notierte sich penibel die Fehler, die er darin fand. Immerhin bemühte er sich, wenigstens einen Teil der diplomatischen Korrespondenz durchzusehen. Der italienische König pflegte enge Beziehungen zu seinen Außenministern und billigte mit Sicherheit die schwere Entscheidung von 1911, Libyen zu besetzen, aber direkt mischte er sich nur selten und mit großen Abständen in die Politik ein.[528] Nikolaus II. konnte diese oder jene Fraktion oder Minister favorisieren

und auf diese Weise den Zusammenhalt der Regierung schwächen, aber er war außerstande, die Agenda festzulegen, insbesondere nach dem Fiasko des russisch-japanischen Krieges. Wilhelm II. war zwar tatkräftiger als Nikolaus, aber seine Minister waren dafür auch geschickter als ihre russischen Kollegen darin, den Entscheidungsprozess gegen Interventionen von oben abzuschirmen. Wilhelms Initiativen waren jedenfalls zu disparat und schlecht koordiniert, um eine Art alternativer Arbeitsplattform zu bilden.

Ob sich die Monarchen auf dem Kontinent nun engagiert in den politischen Prozess einmischten oder nicht, sie blieben doch schon allein aufgrund ihrer Existenz ein Unruhefaktor in den internationalen Beziehungen. In nur teilweise demokratisierten Systemen schuf die Präsenz von Herrschern eine gewisse Ambivalenz. Immerhin waren sie der vermeintliche Brennpunkt ihrer jeweiligen Exekutiven, hatten Zugang zu sämtlichen staatlichen Unterlagen und Mitarbeitern und trugen letztlich die Verantwortung für jede Entscheidung der Exekutive. Eine rein dynastische Außenpolitik, in der sich Monarchen trafen und untereinander die großen Staatsangelegenheiten klärten, war eindeutig nicht mehr zeitgemäß – das vergebliche Treffen bei Björkö war der Beweis. Aber die Versuchung, die Monarchen als die Steuermänner und Personifizierung der Exekutive zu betrachten, war unter Diplomaten, Politikern und insbesondere unter den Monarchen selbst noch stark. Ihre Präsenz schuf eine dauerhafte Ungewissheit in der Frage, wo nun genau der Dreh- und Angelpunkt des Entscheidungsprozesses zu suchen war. So gesehen konnten Könige und Kaiser zu einer Quelle der Verschleierung in den internationalen Beziehungen werden. Der daraus folgende Mangel an Klarheit belastete Bemühungen, sichere und transparente Beziehungen zwischen Staaten zu etablieren.

Monarchische Strukturen vernebelten auch die Machtverhältnisse innerhalb jeder Exekutive. In Italien war beispielsweise nicht geklärt, wer tatsächlich die Armee befehligte: der König, der Kriegsminister oder der Generalstabschef. Der italienische Stabschef tat alles, um Zivilisten aus Gesprächen mit seinen deutschen und österreichischen Partnern herauszuhalten, und zivile Beamte revanchierten sich, indem sie die Offiziere aus der politischen Entscheidungsschleife ausschlossen – mit der Folge etwa,

dass Italiens Generalstabschef nicht einmal über die Bestimmungen des Dreibundes informiert wurde, welche die Bedingungen festlegten, unter denen Italien zum Kampf an der Seite seiner Verbündeten aufgefordert werden konnte.[529]

In solch einer Situation (und in sämtlichen kontinentalen Monarchien lagen analoge Bedingungen vor) war der König oder Kaiser der einzige Punkt, an dem voneinander unabhängige Befehlsketten zusammenliefen. Wenn der Monarch es nicht schaffte, eine integrierende Funktion auszuüben, wenn die Krone nicht die bestehenden Unzulänglichkeiten kompensierte, dann blieb das System unentschlossen, potenziell inkohärent. Die Monarchen scheiterten allerdings häufig in dieser Rolle oder weigerten sich vielmehr, sie an vorderster Front zu übernehmen, weil sie hofften, das wenige, was von ihrer eigenen Initiative und Dominanz im System noch blieb, zu erhalten, indem sie separat mit zentralen Funktionären innerhalb der Exekutive verhandelten. Und das wirkte sich wiederum negativ auf den Entscheidungsprozess aus. In einem Umfeld, wo die von einem zuständigen Minister getroffene Entscheidung von einem Kollegen oder Rivalen überstimmt oder torpediert werden konnte, fiel es den Ministern häufig schwer zu entscheiden, »wie ihre Tätigkeit in das größere Bild passte«.[530] In der daraus folgenden Verwirrung hatten Minister, Beamte, Militärs und Politikexperten das starke Gefühl, sie wären selbst befugt, ihr Anliegen in Diskussionen mit Nachdruck zu vertreten, hielten sich aber nicht für persönlich verantwortlich für die Ergebnisse. Gleichzeitig förderte der Druck, sich beim Monarchen einzuschmeicheln, eine Atmosphäre des Konkurrenzkampfs und der Speichelleckerei. Eine Beratung unter den verschiedenen Ressorts, die eine ausgewogenere Entscheidungsfindung eventuell ermöglicht hätte, wurde so erheblich erschwert. Die Folge war eine Kultur der Grabenkämpfe und rhetorischen Exzesse, die im Juli 1914 gefährliche Früchte tragen sollte.

Wer regierte in St. Petersburg?

Wenn die Monarchen nicht den Kurs der Außenpolitik bestimmten, wer dann? Die naheliegende Antwort sollte mit Sicherheit lauten: die

Außenminister. Diese Männer überwachten die Tätigkeit des diplomatischen Korps und ihrer Ministerien, lasen und beantworteten die wichtigste ausländische Korrespondenz und waren dafür verantwortlich, dem Parlament und der Öffentlichkeit die Politik zu erklären und vor ihnen zu rechtfertigen. In der Realität schwankte jedoch die Macht der Außenminister, die Politik zu gestalten, wenigstens so sehr und variierte unter den europäischen Mächten ebenso stark wie die politische Kraft der Souveräne. Der Einfluss der Außenminister hing von zahlreichen Faktoren ab: der Macht und Gunst anderer Minister, insbesondere der Ministerpräsidenten, der Haltung und dem Verhalten des Monarchen, der Bereitschaft hoher außenministerieller Funktionäre und Botschafter, der Führung des Ministers zu folgen, und dem Grad der Instabilität innerhalb des Systems.

In Russland bewohnten der Außenminister und seine Familie private Räumlichkeiten im Ministerium, einem riesigen dunkelroten Gebäude an dem großen Platz gegenüber dem Winterpalast, sodass sein Gesellschaftsleben und das seiner Frau und Kinder eng mit der Arbeit des Ministeriums verflochten waren.[531] Seine Fähigkeit, die Politik zu gestalten, wurde von der Dynamik eines politischen Systems bestimmt, dessen Parameter im Nachspiel des russisch-japanischen Krieges und der Revolution von 1905 neu definiert wurden. Eine Gruppe einflussreicher Minister schickte sich an, eine konzentriertere Entscheidungsstruktur zu schaffen, die es der Exekutive ermöglichte, innen- und außenpolitische Imperative gegeneinander abzuwägen und die höchsten Beamten zur Ordnung zu rufen. Wie dies genau erfolgen sollte, war allerdings umstritten. Der tatkräftigste und begabteste Reformer war Sergej Witte, ein Finanz- und Wirtschaftsexperte, der 1903 aus der Regierung zurückgetreten war, weil er das aggressive Vorgehen in Korea ablehnte. Witte wünschte sich ein »Kabinett« mit einem »ersten Minister« an der Spitze, der nicht nur befugt war, seine Ministerkollegen notfalls zu bestrafen, sondern auch ihren Zugang zum Zaren zu kontrollieren. Der konservative ehemalige Finanzminister Wladimir Kokowzow[532] hielt diese Vorschläge für einen Angriff auf das Prinzip der zaristischen Autokratie, die seiner Meinung nach für Russland die einzige geeignete Regierungsform war. Man einigte sich auf einen Kompromiss: In Form des Ministerrats wurde eine

Art Kabinett gebildet, und sein Vorsitzender oder Ministerpräsident erhielt die Vollmacht, einen unkooperativen Minister zu entlassen. Aber das »Recht der individuellen Berichterstattung« (mit anderen Worten, das Recht der Minister, ihre Sichtweise unabhängig vom Vorsitzenden des Ministerrates dem Zaren darzulegen) blieb erhalten.

Es entstand ein gewissermaßen unentschiedenes Arrangement, dem gemäß alles vom Austarieren der Initiativen unter den aufeinanderfolgenden Ministerpräsidenten, ihren Ministern und dem Zaren abhing. Wenn der Vorsitzende energisch und hart durchgriff, konnte er hoffen, seinen Ministern den eigenen Willen aufzuzwingen. Aber wenn es einem selbstbewussten Minister gelang, sich die Rückendeckung des Zaren zu sichern, konnte er unter Umständen mit den Kollegen brechen und seinen eigenen Weg gehen. Mit der Ernennung Pjotr Stolypins zum Vorsitzenden des Ministerrats im Sommer 1906 bekam das neue System einen charismatischen und dominanten Führer. Und der neue Außenminister Alexander Iswolski wirkte wie ein Politiker, der das neue System funktionsfähig machen konnte. Er sah sich selbst als ein Mann der »neuen Politik« und richtete unverzüglich Verbindungsposten im Außenministerium ein, um die Beziehung zur Duma zu regeln. In seinen Gesprächen mit dem Zaren äußerte er sich respektvoll, aber nicht so ehrerbietig wie seine Vorgänger. Er war ein eifriger Anhänger der Reform und Modernisierung des Ministeriums, und er war ein enthusiastischer Fürsprecher des Prinzips einer »einigen Regierung«.[533] Und der wohl wichtigste Punkt: Er war sich mit den meisten Kollegen im Ministerrat einig, dass eine Verständigung mit Großbritannien wünschenswert wäre.

Es stellte sich jedoch schon bald heraus, dass Iswolskis außenpolitische Vision maßgeblich von der seiner Kollegen abwich. Stolypin und Kokowzow sahen das britisch-russische Abkommen als Chance an, sich von dem Abenteurertum der Jahre vor dem russisch-japanischen Krieg zu verabschieden und sich auf die innenpolitische Konsolidierung und das Wirtschaftswachstum zu konzentrieren. In Iswolskis Augen hingegen war das Abkommen mit England der Blankoscheck für eine offensivere Politik. Er glaubte, mit Hilfe der durch das Abkommen eingeleiteten freundschaftlichen

Beziehungen werde es ihm gelingen, sich den Rückhalt Londons für den freien Zugang russischer Kriegsschiffe zu den türkischen Meerengen zu sichern. Das war keineswegs reines Wunschdenken: Der britische Außenminister Sir Edward Grey hatte Iswolski ausdrücklich ermuntert, in diese Richtung zu planen. In einem Gespräch mit dem russischen Botschafter in London im März 1907 hatte Grey erklärt: »Wenn dauerhaft [zwischen den beiden Ländern] gute Beziehungen etabliert werden, dann werde England es nicht länger zu einem festen Gegenstand seiner Politik machen, das bestehende Arrangement [in den Meerengen] zu bewahren.«[534]



Pjotr Stolypin

Popperfoto/Getty Images

Vor diesem Hintergrund nahm Iswolski im Jahr 1908 seine unseligen Gespräche mit Aehrenthal auf, in denen er die russische Zustimmung zur

Annexion Bosnien-Herzegowinas im Gegenzug für die österreichische Unterstützung bei einer Revision der Regelung zu den Meerengen versprach. Die Vereinbarung mit Aehrenthal sollte der erste Schritt zu einer umfassenden Revision sein. Diese Demarche war mit Rückendeckung des Zaren erfolgt; möglicherweise war sogar Nikolaus II. derjenige, der Iswolski dazu gedrängt hatte, den Österreichern einen Handel anzubieten. Als glühender Verfechter einer Expansion in Fernost vor 1904 richtete der Zar nunmehr sein Augenmerk auf die Meerengen: »Der Gedanke, die Dardanellen und Konstantinopel zu erobern«, so erinnerte sich ein russischer Politiker, »ging ihm ständig durch den Kopf.«[535] Statt eine Ablehnung von Stolypin, Kokowzow und den anderen Ministern zu riskieren, machte Iswolski von seinem Recht auf individuelle Berichterstattung Gebrauch. Es war der Höhepunkt der politischen Unabhängigkeit des Außenministers – einer Unabhängigkeit, die er erreichte, indem er die Differenzen zwischen den verschiedenen Machtzentren im System gegeneinander ausspielte. Aber der Triumph war von kurzer Dauer. Da London sich auf keinen Fall auf einen derartigen Handel einlassen wollte, scheiterte die Meerengenpolitik. Iswolski fiel in der russischen Öffentlichkeit in Ungnade und stellte sich dem Zorn Stolypins und Kokowzows.

Kurzfristig hatte das Fiasko der bosnischen Annexionskrise (wie das Debakel des russisch-japanischen Krieges) eine Stärkung der kollektiven Autorität des Ministerrats zur Folge. Der Zar verlor die Initiative, zumindest vorläufig. Iswolski musste einen Rückzieher machen und sich der Disziplin einer »einigen Regierung« unterwerfen. Stolypin hingegen stand nunmehr auf dem Höhepunkt seiner Macht. Konservative Anhänger der Autokratie sahen in ihm bereits bestürzt einen übermächtigen »Herrn« oder »Großwesir«, der die Macht seines Meisters usurpiert hatte. Die Wahl Sergej Sasonows als Nachfolger Iswolskis im September 1910 verstärkte die Dominanz Stolypins allem Anschein nach. Sasonow war ein vergleichsweise junger Diplomat, hatte wenig Erfahrung mit hohen Kanzleiposten im Außenministerium, und es fehlte ihm an Beziehungen zum Adel und zum Zarenhof. Er kannte die Politik in St. Petersburg kaum und hatte so gut wie keinen Einfluss in

Regierungskreisen. Seine Hauptqualifikationen für ein Amt waren, wie kritische Stimmen anmerkten, seine »Mittelmäßigkeit und Gefügigkeit« und die Tatsache, dass er Stolypins Schwager war.[536]

Nach dem Scheitern der Politik Iswolskis und seinem Abschied aus dem Amt trug die russische Außenpolitik folglich nicht länger den Stempel des Außenministers, sondern des Ministerpräsidenten Pjotr Stolypin. Er vertrat die Anschauung, dass Russland einen Frieden um jeden Preis brauche und an jeder Front eine Politik der Versöhnung verfolgen müsse. Die Konsequenz war eine Phase der dezidierten Annäherung an Berlin, ungeachtet der jüngsten Spannungen wegen Bosnien. Im November 1910 leitete ein Besuch von Nikolaus II. und Sasonow in Potsdam Gespräche ein. Das Ganze kulminierte in einer Vereinbarung, die den Höhepunkt der russisch-deutschen Entspannung markierte.[537]

Die Ermordung Stolypins änderte anfangs nichts an der politischen Orientierung. Unmittelbar nach dem Tod seines Schutzherrn bemühte sich Sasonow, seinen eigenen Weg zu finden. Aber die Schwäche Sasonows, zusammen mit Stolypins Tod, machte wiederum verstärkt die potenzielle Instabilität des Systems deutlich; für die erfahrensten und vor Selbstbewusstsein strotzenden Repräsentanten im Ausland wurde es nun möglich, eine unabhängigere Rolle zu spielen. Vor allem zwei Gesandte, nämlich Nikolai Tscharykow in Konstantinopel und Nikolai Hartwig in Belgrad, spürten eine Lockerung der Kontrolle von St. Petersburg aus und lancierten auf eigene Faust mit hohen Risiken verbundene Initiativen, um aus der sich verschlechternden Lage auf dem Balkan Kapital zu schlagen.[538] Inzwischen saß in der russischen Botschaft in Paris kein Geringerer als der ehemalige Außenminister Alexander Iswolski, dessen Entschlossenheit, die Politik – vor allem auf dem Balkan – zu gestalten, nach seiner Versetzung in den diplomatischen Dienst ungebrochen war. Iswolski heckte an der Seine seine eigenen Intrigen aus, während er gleichzeitig »Sasonow über die Kurierpost tyrannisierte«.[539]

Sasonows Niedergang war jedoch nicht von Dauer. Im Lauf der Zeit fing er an, seinen eigenen Weg in der Balkanpolitik zu gehen, und machte sich die Schwäche Kokowzows, Stolypins Nachfolger als Vorsitzender des

Ministerrats, zunutze. Das Entscheidende ist, dass die Kräfte, welche die Politik in Russland prägten, fortwährend wechselten. Macht strömte durch das System und konzentrierte sich an verschiedenen Punkten: beim Monarchen, dem Außenminister, dem Ministerpräsidenten, den Botschaftern. Man kann tatsächlich von einer Art »Hydraulik der Macht« sprechen, in der das Hervortreten eines Knotens im System das Verschwinden eines anderen bewirkte. Und die gegenläufige Dynamik innerhalb des Systems wurde durch die Spannung zwischen gegensätzlichen politischen Optionen noch verstärkt. Russische liberale Nationalisten und Panslawisten dürften für eine aggressive Politik mit Blick auf die türkischen Meerengen und eine solidarische Haltung zu den slawischen »kleinen Brüdern« auf der Balkanhalbinsel plädiert haben. Konservative hingegen waren sich tendenziell schmerzlich der inneren politischen und finanziellen Schwäche Russlands bewusst, sowie der Gefahren, »eine aktive Außenpolitik auf Kosten des Bauchs der Bauern« zu führen, wie Kokowzow sich ausdrückte. Sie befürworteten deshalb eine Politik des Friedens um jeden Preis.[540]

Als im Frühjahr 1909 beispielsweise in der Duma über die Bedeutung der Bosnienkrise debattiert wurde, nahmen konservative Interessengruppen, die im Rat des vereinigten Adels vertreten waren, den Standpunkt ein, dass die Annexion den russischen Interessen oder der Sicherheit keineswegs geschadet habe und dass Russland eine Politik der völligen Nichteinmischung in die Angelegenheiten auf dem Balkan verfolgen solle. Gleichzeitig müsse eine Versöhnung mit Berlin angestrebt werden. Der eigentliche Feind sei, so argumentierten sie, Großbritannien, das versuche, Russland zu einem Krieg mit Deutschland zu drängen, um die britische Kontrolle über die Weltmärkte zu festigen. Demgegenüber forderten die profranzösischen und probritischen Liberalen der Konstitutionellen Demokraten (kurz: Kadetten) die Umwandlung der Triple Entente in einen Dreibund, der es Russland gestatten würde, in der Balkanregion Macht auszuüben und den Niedergang seines Großmachtstatus zu stoppen.[541] Darin bestand eines der zentralen Probleme, mit dem sich alle außenpolitischen Regierungsvertreter auseinandersetzen mussten (und jene, die sich heute bemühen, sie zu verstehen): Das »nationale Interesse« war kein objektiver Imperativ, der sich der Regierung von der

Außenwelt her geradezu aufdrängte, sondern die Projektion bestimmter Interessen innerhalb der politischen Elite selbst.[542]

Wer regierte in Paris?

In Frankreich herrschte eine andere, aber im Großen und Ganzen analoge Dynamik. In einem weit größeren Ausmaß als in Russland genoss das Außenministerium, oder der Quai d'Orsay, wie es wegen seiner Lage am Ufer der Seine genannt wurde, eine beeindruckende Macht und Autonomie. Es war eine sozial kohärente und relativ stabile Organisation mit einem starken Gespür für die eigene Berufung. Ein dichtes Netzwerk aus Familienbanden verstärkte noch den Korpsgeist des Ministeriums: Die Brüder Jules und Paul Cambon waren Botschafter in Berlin und London, der Botschafter in St. Petersburg im Jahr 1914, Maurice Paléologue, war ihr Schwager; daneben gab es noch andere Dynastien: die Herbettes, die de Margeries und die de Courcels, um nur einige zu nennen. Das Außenministerium wahrte seine Unabhängigkeit über eine gewohnheitsmäßige Verschwiegenheit. Sensible Informationen wurden nur selten an Kabinettsminister weitergegeben. Es war nicht ungewöhnlich, dass hohe Funktionäre selbst den höchsten Politikern Informationen vorenthielten, sogar dem Präsidenten der Republik persönlich. Im Januar 1895 etwa, während der Amtszeit des Außenministers Gabriel Hanotaux, trat Präsident Jean Casimir-Périer nach nur sechs Monaten im Amt zurück, aus Protest dagegen, dass das Außenministerium es versäumt hatte, ihn persönlich über hochwichtige Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten. Politische Dokumente wurden als Geheimnisse behandelt. Raymond Poincaré wurde über die Details des französisch-russischen Bündnisses erst informiert, als er im Jahr 1912 Ministerpräsident und Außenminister wurde.[543]

Doch die relative Unabhängigkeit des Ministeriums verhalf nicht unbedingt auch dem Minister zu Macht und Autonomie. Französische Außenminister waren tendenziell schwach, ja sogar schwächer als ihre eigenen Mitarbeiter im Ministerium. Das lag nicht zuletzt an dem relativ schnellen Wechsel der Minister, einer Konsequenz der anhaltend starken Unruhen im

Vorkriegsfrankreich. So gab es vom 1. Januar 1913 bis Kriegsausbruch sechs verschiedene Außenminister. Das Ministeramt war im Lebenslauf französischer Politiker verglichen mit Großbritannien, Deutschland oder Österreich-Ungarn eher eine Übergangsphase und nicht ganz so wichtig. Und da von einer Solidarität im Kabinett keine Rede sein konnte, wurden die Tatkraft und der ganze Ehrgeiz der Minister in der Regel von den erbitterten Grabenkämpfen aufgezehrt, die in der Dritten Republik an der Tagesordnung waren.

Natürlich gab es Ausnahmen von der Regel. Wenn ein Minister lange genug an der Macht blieb und über ausreichend Entschlusskraft und Fleiß verfügte, konnte er der Tätigkeit des Ministeriums mit Sicherheit seinen Stempel aufdrücken. Théophile Delcassé ist ein gutes Beispiel. Er blieb erstaunliche sieben Jahre im Amt (von Juni 1898 bis Juni 1905) und begründete seine Herrschaft über das Ministerium nicht nur durch unermüdliche Arbeit, sondern auch indem er seine Beamten in Paris ignorierte und ein Netzwerk gleichgesinnter Botschafter und Funktionäre aus der gesamten Organisation aufbaute. In Frankreich bewirkte, wie in ganz Europa, das Kommen und Gehen bestimmter Ämter innerhalb des Systems immer wieder neue Anpassungen in der Machtverteilung. Unter einem energischen Minister wie Delcassé schrumpfte tendenziell der Anteil hoher Staatsbediensteter, die man gemeinhin die Zentrale nannte, an der Macht, während die Botschafter aufblühten, weil sie von den auferlegten Beschränkungen befreit wurden, genau wie Iswolski und Hartwig in den ersten Jahren Sasonows. Während der langen Amtszeit Delcassés bildete sich ein inneres Kabinett hoher Botschafter um die Brüder Cambon (London und Berlin) und Camille Barrère (Rom) heraus. Die Botschafter trafen sich regelmäßig in Paris, um über die Politik zu diskutieren und wichtige Regierungsvertreter unter Druck zu setzen. Mit dem Minister kommunizierten sie über private Briefe und umgingen so die Staatsdiener der Zentrale.

Die Botschafter entwickelten ein außerordentlich hochtrabendes Gefühl ihrer eigenen Bedeutung, insbesondere wenn man ihre Haltung an dem Berufsethos heutiger Botschafter misst. Paul Cambon ist ein charakteristisches Beispiel: In einem Brief von 1901 bemerkte er, dass die

gesamte Geschichte der französischen Diplomatie lediglich auf eine lange Liste von Versuchen der Akteure im Ausland hinauslaufe, etwas gegen den Widerstand aus Paris durchzusetzen. Wenn er mit den amtlichen Instruktionen aus der Hauptstadt nicht einverstanden war, verbrannte er sie häufig einfach. In einem spannungsreichen Gespräch mit Justin de Selves, dem Außenminister von Juni 1911 bis Januar 1912, teilte Cambon de Selves recht taktlos mit, dass er sich für ebenso bedeutend wie den Minister halte.[544] Dieser Anspruch erscheint nicht ganz so bizarr, wenn man sich vor Augen führt, dass Cambon zwischen 1898 (als er in London Botschafter wurde) und dem Sommer 1914 neun Minister kommen und gehen sah – zwei davon sogar zwei Mal. Cambon hielt sich nicht für einen untergeordneten Angestellten der Regierung, sondern für einen Diener Frankreichs, dessen großes Wissen ihn für eine wichtige Rolle im Entscheidungsprozess qualifizierte.



Paul Cambon

Das überhöhte Selbstwertgefühl Cambons (das im Übrigen viele Botschafter teilten) wurde von der Überzeugung getragen, dass man Frankreich nicht nur repräsentierte, man *personifizierte* es. Obwohl Cambon von 1898 bis 1920 Botschafter in London war, sprach er kein Wort Englisch. Bei seinen Begegnungen mit Edward Grey (der seinerseits kein Französisch sprach) bestand er darauf, dass jede Äußerung ins Französische übersetzt wurde, selbst so leicht verstehbare Wörter wie *»Yes«*.[545] Er war, wie viele Mitglieder der französischen Elite, fest überzeugt, dass Französisch die einzige Sprache sei, mit der man rationale Gedanken ausdrücken könne, und lehnte die Gründung französischer Schulen in Großbritannien mit der abwegigen Erklärung ab, in Großbritannien aufgewachsene Franzosen seien am Ende tendenziell geistig zurückgeblieben.[546] Cambon und Delcassé pflegten eine enge Zusammenarbeit, deren Frucht die Entente Cordiale von 1904 war. Mehr als jeder andere bereitete Cambon den Boden für die Entente und bemühte sich seit 1901 intensiv darum, seine britischen Gesprächspartner zu überreden, sich wegen Marokko zu einigen, während er gleichzeitig Delcassé drängte, vermeintliche Ansprüche Frankreichs auf Ägypten aufzugeben.[547]

Die Lage änderte sich nach Delcassés Abschied auf dem Höhepunkt der ersten Marokkokrise. Seine Nachfolger konnten sich hinsichtlich Energie und Autorität nicht mit ihm messen. Maurice Rouvier und Léon Bourgeois bekleideten das Ministeramt nur zehn beziehungsweise sieben Monate; Stéphen Pichon hatte eine längere Amtszeit, von Oktober 1906 bis März 1911, aber er scheute regelmäßige harte Arbeit und blieb seinem Schreibtisch am Quai d’Orsay häufig fern. Als Folge nahm der Einfluss der Zentrale stetig zu.[548] Im Jahr 1911 hatten sich zwei maßgebliche Gruppen innerhalb der Welt der französischen Außenpolitik herausgebildet. Auf der einen Seite waren die alten Botschafter und ihre Verbündeten in der Verwaltung, die tendenziell eine Entspannung gegenüber Deutschland und eine pragmatische, offene Herangehensweise an die auswärtigen Beziehungen befürworteten. Auf der anderen waren die »Jungtürken«, wie Jules Cambon sie nannte, der Zentrale.

Die Botschafter verfügten über die Autorität des Alters und der Erfahrung, die sie in den langen Jahren im Amt erworben hatten. Die Männer der

Zentrale hatten beträchtliche institutionelle und strukturelle Vorteile. Sie konnten Pressemitteilungen herausgeben, sie kontrollierten die Weiterleitung offizieller Dokumente, und vor allem hatten sie Zugang zum sogenannten *cabinet noir* innerhalb des Ministeramts – einer kleinen, aber wichtigen Abteilung, die für das Öffnen der Briefe und Abfangen und Entschlüsseln der diplomatischen Korrespondenz zuständig war. Und genau wie in Russland deckten sich diese strukturellen und widersprüchlichen Spaltungen mit abweichenden Anschauungen zu den auswärtigen Beziehungen. Die Unruhen des internen Machtkampfes konnten sich folglich unmittelbar auf die Orientierung der Politik auswirken.

Die französische Linie zur Marokkofrage ist ein gutes Beispiel. Nach dem französisch-deutschen Streit um Marokko im Jahr 1905 und dem deutschen Debakel bei Algeciras ein Jahr später bemühten sich Paris und Berlin um eine Übereinkunft, die den schwelenden Streit um Marokko beendete. Auf französischer Seite gingen die Meinungen auseinander, wie man am besten mit den deutschen Ansprüchen mit Blick auf Marokko umging. Sollte sich Paris bemühen, den deutschen Interessen entgegenzukommen, oder sollte es einfach weitermachen, als ob das Deutsche Reich in der Region schlichtweg keinerlei Ansprüche hätte? Der vehementeste Verfechter der ersten Ansicht war Jules Cambon, der Bruder von Paul und französische Botschafter in Berlin. Cambon hatte mehrere Gründe, eine Entspannung mit Deutschland anzustreben. Die Deutschen, führte er aus, hätten das Recht, für die Interessen der Industriellen und der Investoren im Ausland zu sprechen. Er vertrat auch die Ansicht, dass die höchsten deutschen Entscheidungsträger – vom Kaiser und seinem engen Freund Graf Philipp zu Eulenburg bis hin zum Kanzler Bernhard von Bülow, dem Außenminister Heinrich von Tschirschky und dessen Nachfolger Wilhelm von Schoen – aufrichtig bessere Beziehungen zu Frankreich wünschen würden. In erster Linie sei Frankreich, so Cambon, mit seinem Parteienstreit in der Politik und der leidenschaftlichen nationalistischen Presse für die Missverständnisse verantwortlich, die zwischen den beiden Nachbarstaaten aufgekommen seien. Die Frucht von Cambons Bemühungen war die französisch-deutsche Übereinkunft vom 9. Februar 1909, die Berlin von jeder politischen Initiative

in Marokko ausschloss, zugleich aber die Bedeutung einer französisch-deutschen Kooperation auf wirtschaftlicher Ebene unterstrich.[549]

Auf der Gegenseite standen die Männer der Zentrale, die jede Form von Zugeständnissen ablehnten. Hinter den Kulissen torpedierten einflussreiche Regierungsbeamte wie der manische Deutschenhasser Maurice Herbette, der Leiter der Kommunikationsabteilung im Quai d'Orsay von 1907 bis 1911, die Verhandlungen, indem sie potenziell umstrittene Versöhnungsvorschläge an die französische Presse durchsickern ließen, bevor die Deutschen sie überhaupt zu Gesicht bekommen hatten. Sie hetzten die chauvinistische Presse sogar zu einer Kampagne gegen Cambon persönlich auf.[550] Herbette war ein Paradebeispiel für einen Beamten, dem es gelang, der französischen Politik seinen Stempel aufzudrücken. In einem Memorandum von 1908, das dem berühmten Memorandum Eyre Crowes für das Foreign Office vom Vorjahr glich (wenn man davon absieht, dass Crowes Dokument 25 Druckseiten füllte, Herbettes Denkschrift sich hingegen über unglaubliche 300 wirre Manuskriptseiten erstreckte), malte Herbette die jüngste Geschichte der französisch-deutschen Beziehungen in den finstersten Farben als eine Serie boshafter Hinterlisten, »Andeutungen« und Drohungen. Die Deutschen seien unaufrichtig, misstrauisch, illoyal und falsch. Ihre Bemühungen um Versöhnung seien raffinierte Tricks mit dem Ziel, Frankreich hinters Licht zu führen und zu isolieren, ihre Vertretungen im Namen ihrer Interessen im Ausland seien reine Provokationen; ihre Außenpolitik ein widerwärtiger Wechsel aus »Drohungen und Versprechen«. Frankreich trage, so schließt er, absolut keine Schuld an den schlechten Beziehungen zwischen den beiden Staaten, sein Verhalten gegenüber Deutschland sei stets untadelig »entgegenkommend und würdig« gewesen: »Eine unparteiische Prüfung der Dokumente beweise, dass Frankreich und seine Regierung keinesfalls für diese Situation verantwortlich gemacht werden können.« Wie Crowe im Vorjahr konzentrierte sich auch Herbette in seinem Memorandum darauf, verwerfliche Motive und Symptome zu unterstellen, statt konkrete Verstöße zu nennen.[551] Es gibt keine Anzeichen dafür, dass Herbette jemals seine Anschauungen zu Deutschland geändert hat. Er und andere unverbesserliche Beamte in der Zentrale waren ein

gewaltiger Hemmschuh für eine Entspannung mit Berlin.

Mit dem Zusammenbruch der Regierung Anfang März 1911 und Pichons Abschied aus dem Amt erreichte der Einfluss der Zentrale seinen absoluten Höhepunkt. Pichons Nachfolger als Außenminister war der gewissenhafte, aber völlig unerfahrene Jean Cruppi, ein ehemaliger Verwaltungsbeamter, dessen Hauptqualifikation für das außenpolitische Ressort allein darin bestand, dass etliche Personen, die sich besser geeignet hätten, den Posten bereits abgelehnt hatten – ein Indiz für das geringe Ansehen, das die Ministerposten damals genossen. Während Cruppis kurzer Amtszeit (vom 2. März bis zum 27. Juni 1911) übernahm die Zentrale de facto die Kontrolle über die Politik. Unter dem Druck des politischen und wirtschaftlichen Direktors im Quai d’Orsay willigte Cruppi ein, sämtliche wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland in Marokko zu beenden – eine unmissverständliche Widerrufung der Übereinkunft von 1909. Es folgte eine Reihe unilateraler Initiativen: Die Verhandlungen um die gemeinsame französisch-deutsche Leitung einer Bahnlinie von Fez nach Tanger wurden ohne Begründung abgebrochen, und eine neue finanzielle Vereinbarung mit Marokko wurde entworfen, in der keine Rede mehr von einer deutschen Beteiligung in irgendeiner Form war. Cambon war entsetzt: Die Franzosen, so warnte er, würden ihre Beziehungen zu Deutschland in einem »esprit de chicane« (Geist der Schikane) führen.[552]

Schließlich beschloss Paris im Frühjahr 1911, ohne andere beteiligte Länder zu konsultieren, ein beachtliches Kontingent französischer Truppen aus der Hauptstadt in der marokkanischen Stadt Fez einzusetzen, unter dem Vorwand, einen lokalen Aufstand niederzuschlagen und französische Siedler zu beschützen. Damit verstieß Frankreich eklatant sowohl gegen die Akte von Algeciras als auch gegen die französisch-deutsche Übereinkunft von 1909. Die Behauptung, der Truppeneinsatz sei notwendig, um die Gemeinschaft der Europäer in Fez zu beschützen, war vorgeschoben. Der Aufstand war tief im Landesinneren ausgebrochen, und für die Europäer bestand so gut wie keine Gefahr. Das Gesuch des Sultans um Beistand aus Paris war in Wirklichkeit vom französischen Konsul formuliert und ihm zur Unterschrift vorgelegt worden, nachdem Paris die Intervention bereits

beschlossen hatte.[553] Im Folgenden wird ausführlich auf die zweite Marokkokrise eingegangen, die hiernach ausbrach – fürs Erste geht es vor allem darum, dass sich nicht die französische Regierung als solche für die aggressive Politik in Marokko entschied, sondern die Falken im Quai d'Orsay, die im Frühjahr und Frühsommer 1911 einen so großen Einfluss auf die Politik wie kein anderer hatten.[554] Wie in Russland hatte auch hier der Wechsel des Einflusses von einem Teil der Exekutive zu einem anderen eine rasche Veränderung des Tons und der Richtung der Politik zur Folge.

Wer regierte in Berlin?

Auch in Deutschland wurde die Außenpolitik durch das Wechselspiel unter den Machtzentren im System gestaltet. Aber es gab einige strukturelle Unterschiede. Der wichtigste Unterschied war der Umstand, dass innerhalb des komplexen bundesstaatlichen Gebildes, das für das 1871 gegründete deutsche Kaiserreich geschaffen wurde, die Rolle des Außenministers weitgehend in das Amt des Reichskanzlers integriert war. Dieser Schlüsselposten war in Wirklichkeit eine Kombination, in der eine Reihe verschiedener Ämter in Personalunion vereint waren. Der Kanzler des Deutschen Reichs war für gewöhnlich gleichzeitig Ministerpräsident und Außenminister Preußens, des dominierenden Bundesstaates, der rund drei Fünftel des Territoriums und der Bevölkerung des neuen Reiches stellte. Es gab keinen Reichsaußenminister, nur einen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, der dem Kanzler direkt unterstellt war. Und die enge Verknüpfung des Kanzlers mit der Gestaltung der Außenpolitik manifestierte sich auch in der Tatsache, dass seine privaten Räumlichkeiten in dem kleinen und überfüllten Palast an der Wilhelmstraße 76 lagen, wo auch das Auswärtige Amt untergebracht war.

Dieses System hatte es Otto von Bismarck gestattet, die einzigartige Verfassungsstruktur zu dominieren, die er selbst im Nachspiel der deutschen Vereinigungskriege mitgestaltet hatte. So konnte er quasi im Alleingang die auswärtigen Angelegenheiten regeln. Bismarcks Abschied Anfang Frühjahr 1890 hinterließ ein Machtvakuum, das niemand füllen konnte.[555] Leo von

Caprivi, der erste Kanzler und preußische Außenminister nach Bismarck, hatte keinerlei Erfahrung in der Außenpolitik. Caprivis epochale Entscheidung, den Rückversicherungsvertrag nicht zu erneuern, wurde in Wirklichkeit von einer Fraktion innerhalb des Auswärtigen Amtes betrieben, die insgeheim schon seit einiger Zeit gegen Bismarcks Linie gearbeitet hatte. An der Spitze dieser Gruppe stand der Leiter der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt Friedrich Holstein, ein überaus intelligenter, redegewandter, im Privaten hinterhältiger und in Gesellschaft zurückgezogener Mensch, der unter seinen Kollegen zwar Bewunderung, aber kaum Zuneigung hervorrief. Es bereitete ihnen kaum Schwierigkeiten, den neuen Kanzler zu überzeugen. Mit anderen Worten, wie in Frankreich hatte die Schwäche des Außenministers (oder in diesem Fall des Kanzlers) zur Folge, dass die Initiative auf die ständigen Beamten der Wilhelmstraße überging, dem Berliner Gegenstück zur Pariser Zentrale. An diesem Zustand änderte sich auch unter Caprivis Nachfolger Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst nichts, der das Amt des Kanzlers in den Jahren 1894 bis 1899 innehatte. Anfang und Mitte der neunziger Jahre war es Holstein, nicht der Kanzler oder Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, der die deutsche Außenpolitik gestaltete.

Holstein brachte dieses Kunststück zum Teil deshalb fertig, weil er ausgezeichnete Beziehungen sowohl zu den zuständigen Politikern als auch zu dem Kreis der Berater um Kaiser Wilhelm II. pflegte.[556] Das waren die Jahre, in denen sich Wilhelm am energischsten aufspielte, weil er »sein eigener Bismarck« werden und sein »persönliches Regiment« über das schwerfällige deutsche System durchsetzen wollte. Das gelang ihm nicht, vielmehr bewirkten seine Mätzchen paradoxerweise eine Konzentration der exekutiven Macht, allein dank der Tatsache, dass sich die meisten hohen Politiker und Beamten zusammenrauften, um jede Gefährdung der Integrität des Entscheidungsprozesses durch den Souverän abzuwehren. Friedrich von Holstein, Graf Philipp zu Eulenburg, ein enger Freund und einflussreicher Ratgeber des Kaisers, und sogar der ineffektive Kanzler Hohenlohe bekamen am Ende Übung darin, »den Kaiser zu lenken«.[557] In erster Linie taten sie dies, indem sie ihn nicht allzu ernst nahmen. In einem Brief an Eulenburg

vom Februar 1897 stellte Holstein fest, dass dies nunmehr bereits das dritte »auswärtig-politische Programm in sechs Monaten« sei, das er von dem Souverän gesehen habe. Eulenburg riet ihm, sich nichts daraus zu machen: Die Projekte des Kaisers seien keine »Programme«, versicherte er Holstein, sondern launenhafte »Randbemerkungen« von begrenztem Einfluss auf den Gang der Politik. Auch der Kanzler machte sich deswegen keine allzu großen Sorgen. »Es scheint, dass S. M. wieder ein neues Programm empfiehlt«, schrieb Hohenlohe. »Ich nehme das aber nicht tragisch; nachdem ich schon so viele Programme habe entstehen und vergehen sehen.«[558]

Eulenburg und Holstein waren es auch, die den Karrierediplomaten Bernhard von Bülow auf den Weg in Richtung Kanzleramt brachten. Schon als Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten unter Kanzler Hohenlohe (1897–1900) war es Bülow mit der Hilfe seiner Freunde gelungen, die Kontrolle über die deutsche Politik zu übernehmen. Nach 1900 wurde seine Stellung noch stärker, als der Kaiser auf Eulenburgs Rat hin Bülow zum Kanzler ernannte. Geschickter als jeder Kanzler vor ihm setzte Bülow alle Fertigkeiten eines erfahrenen Höflings ein, um das Vertrauen Wilhelms zu gewinnen. Ungeachtet interner Rivalitäten und Verdachtsmomente verschaffte sich die Troika Bülow-Holstein-Eulenburg eine Zeitlang einen bemerkenswert starken Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung.[559] Das System funktionierte gut, solange drei Bedingungen erfüllt waren: a) die Partner waren sich in den Zielen einig; b) ihre Politik hatte Erfolg; und c) der Kaiser blieb ruhig.

Während der Marokkokrise von 1905/06 war keine der drei Voraussetzungen erfüllt. Zunächst waren sich Holstein und Bülow über die deutschen Ziele in Marokko nicht einig (Bülow wollte lediglich eine Form von Kompensation; Holstein gab sich der unrealistischen Hoffnung hin, die englisch-französische Entente zu sprengen). Dann sah sich die deutsche Delegation bei der Konferenz von Algeciras 1906 isoliert und von den Franzosen ausmanövriert. Es zeigte sich, dass die Marokkopolitik ein katastrophaler Fehlschlag gewesen war. Eine Konsequenz dieses Fiaskos war, dass sich der Kaiser, der wegen des Vorgehens stets seine Zweifel gehabt hatte, von seinem Kanzler distanzierte und wiederum als Gefahr für

den Entscheidungsprozess auftrat.[560]

Das war das Gegenteil von dem, was sich um dieselbe Zeit in Russland abspielte, wo das Debakel der Ostasienpolitik des Zaren die Position des Monarchen schwächte und den Weg für eine Stärkung der Verantwortung des Kabinetts frei machte. In Deutschland hingegen stellte das Scheitern der hohen Regierungsbeamten für kurze Zeit den Handlungsspielraum des Kaisers wieder her. Im Januar 1906, als das Amt des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts unvermittelt frei wurde (weil der vorige Amtsinhaber an Überarbeitung gestorben war), schlug Wilhelm II. Bülows Rat in den Wind und setzte einen Nachfolger seiner Wahl ein. Gemeinhin ging man davon aus, dass Heinrich von Tschirschky, ein enger Vertrauter des Kaisers, der ihn häufig auf Reisen begleitet hatte, zu dem Zweck ernannt worden war, die Bülow-Holstein-Politik durch einen etwas versöhnlicheren Kurs zu ersetzen. Anfang 1907 kursierten Gerüchte über eine Fehde zwischen dem »Bülow-Lager« und dem »Tschirschky-Kreis«.

In den letzten Jahren seiner Kanzlerschaft, die bis 1909 dauerte, kämpfte Bülow skrupellos um seine frühere Vormachtstellung. Er versuchte, genau wie Bismarck in den achtziger Jahren, einen neuen parlamentarischen Block zu bilden, der sich durch die Loyalität zu seiner Person auszeichnete. Auf diese Weise hoffte er, sich für den Kaiser unentbehrlich zu machen. Er half bei der Inszenierung des enormen Skandals um die *»Daily-Telegraph*-Affäre« mit (November 1908), bei der unüberlegte Äußerungen Wilhelms in einem Interview in einer britischen Zeitung veröffentlicht wurden. Das Interview löste einen Sturm der Entrüstung in der deutschen Öffentlichkeit aus, die von den öffentlichen Indiskretionen des Kaisers die Nase voll hatte. Bülow war sogar indirekt an der Reihe von Pressekampagnen in den Jahren 1907/08 beteiligt, die Homosexuelle im engeren Kreis des Kaisers entlarvten, darunter Eulenburg, den einstigen Verbündeten des Kanzlers. Inzwischen verschmähte Bülow, der vermutlich selbst homosexuell war, den früheren Freund als potenziellen Rivalen um die Gunst des Kaisers.[561] Trotz dieser ausgefallenen Manöver gelang es Bülow nie, den früheren Einfluss auf die Außenpolitik zurückzugewinnen.[562] Die Ernennung von Theobald von Bethmann Hollweg zum Kanzler am 14. Juli 1909 brachte eine gewisse

Stabilisierung mit sich. Bethmann Hollweg mochte zwar jede Erfahrung in der Außenpolitik fehlen, aber er war eine solide, gemäßigte und beeindruckende Persönlichkeit und konnte sich rasch Autorität über die Minister und kaiserlichen Sekretäre verschaffen.[563] Überdies war der Kaiser nach dem Schock und der Demütigung durch die Skandale um das *Daily-Telegraph*-Interview und Eulenburg weniger geneigt als früher, die Autorität seiner Minister öffentlich in Frage zu stellen. Das erleichterte die Regierungsarbeit.

Die prekäre Dominanz des Sir Edward Grey

In Großbritannien haben wir ein völlig anderes Bild. Anders als Stolypin und Kokowzow oder ihre deutschen Kollegen Bülow und Bethmann Hollweg hatte der britische Außenminister Sir Edward Grey keinen Grund, unerwünschte Einmischungen des Souveräns zu fürchten. König Georg V. war absolut glücklich darüber, dass sein Außenminister ihm auf dem internationalen Parkett sagte, wo es langging. Außerdem erfreute sich Grey der reichlichen Unterstützung seines Premiers Herbert Asquith. Er musste sich auch nicht, wie seine französischen Kollegen, gegen übermächtige Funktionäre im eigenen Foreign Office behaupten. Schon allein wegen der Kontinuität im Amt übte Grey einen nachhaltigeren Einfluss auf die Politik aus, als die meisten seiner französischen Kollegen. Während Edward Grey im Foreign Office in den Jahren vom Dezember 1905 bis Dezember 1916 das Sagen hatte, kamen und gingen im selben Zeitraum in Frankreich 15 Außenminister. Darüber hinaus festigte Greys Antritt im Foreign Office den Einfluss eines Netzwerks hoher Regierungsvertreter, die im Großen und Ganzen seine Anschauung zur britischen Außenpolitik teilten. Grey war zweifellos der einflussreichste Außenminister im gesamten Vorkriegseuropa.



Sir Edward Grey

Wie die meisten seiner Vorgänger im 19. Jahrhundert wurde Sir Edward Grey in die Oberschicht der britischen Gesellschaft geboren. Er war der Nachkomme einer angesehenen adligen Linie der Whig-Partei – sein Uronkel war der Earl Grey des Reformgesetzes von 1832 und Namensvetter für den beliebten aromatisierten Tee. Unter den Politikern, die vor 1914 auf der europäischen politischen Bühne auftraten, zählt Grey zu den rätselhaftesten. Seine zurückhaltende und hochmütige Art kam bei den einfachen Mitgliedern der Liberal Party nicht gut an. Er war lange Abgeordneter der Liberalen gewesen, war aber der Meinung, dass die Außenpolitik zu wichtig sei, um sie den Unwägbarkeiten einer Debatte im Parlament auszusetzen. Er war ein Außenminister, der kaum etwas über die Welt außerhalb Großbritanniens wusste, niemals großes Interesse an Reisen gezeigt hatte, keine einzige Fremdsprache sprach und sich in Gesellschaft von Ausländern unwohl fühlte.

Er war ein liberaler Politiker, dessen Vorstellung von Politik von den meisten Liberalen abgelehnt und von den meisten Konservativen unterstützt wurde. Grey wurde zum einflussreichsten Mitglied der Fraktion, die unter dem Namen »liberale Imperialisten« bekannt wurde, dabei scherte er sich anscheinend herzlich wenig um das britische Empire – seine Anschauungen zur Außenpolitik und nationalen Sicherheit waren fest auf den europäischen Kontinent ausgerichtet.

Es bestand eine merkwürdige Dissonanz zwischen Greys Person (privat ebenso wie öffentlich) und seiner Arbeitsweise in der Politik. Als junger Mann hatte er kaum Anzeichen für Wissensdurst, politische Ambitionen oder Ehrgeiz gezeigt. Er vertrödelte seine Jahre am Balliol College in Oxford, wo er den größten Teil seiner Zeit darauf verwendete, Tennis-Champion zu werden, bevor er mit einer Drei in Jura sein Examen machte. Das Fach hatte er gewählt, weil es dem Vernehmen nach einfach war. An seinen ersten (unbezahlten) politischen Posten kam er über familiäre Beziehungen. Als Erwachsener pflegte Grey stets das Bild eines Mannes, für den Politik eine lästige Pflicht war, nicht eine Berufung. Als im Jahr 1895 das Parlament nach einer Niederlage der Liberalen bei einer wichtigen Abstimmung aufgelöst wurde, bekannte Grey, der damals Abgeordneter und parlamentarischer Staatssekretär für auswärtige Beziehungen war, dass er kein Bedauern empfinde. »Ich werde nie wieder ein Amt übernehmen, und die Tage meines Aufenthalts im Unterhaus sind vermutlich gezählt. Wir [er und seine Frau Dorothy] sind beide sehr erleichtert.«[564] Grey war ein großer Naturliebhaber, Vogelbeobachter und Angler. Um die Jahrhundertwende war er bereits weithin bekannt als Autor eines zu Recht gefeierten Aufsatzes über das Angeln mit Fliegen. Sogar als Außenminister neigte er dazu, seinen Schreibtisch für einen Ausflug aufs Land zu verlassen, und mochte es überhaupt nicht, wenn er früher als absolut notwendig nach London gerufen wurde. Einige, die mit Grey zusammenarbeiteten, wie der Diplomat Cecil Spring-Rice, hatten das Gefühl, dass die Ausflüge allmählich überhandnahmen und dass der Außenminister gut beraten wäre, »weniger Zeit mit seinen Enten zu verbringen und lieber Französisch zu lernen«.[565] Manchen Kollegen fiel es schwer, bei Grey eine politische Motivation zu

erkennen; er schien ihnen »frei von persönlichem Ehrgeiz, zurückhaltend und unnahbar«.[566]

Dennoch entwickelte Grey einen starken Machthunger und eine Bereitschaft, konspirative Methoden einzusetzen, um an die Macht zu gelangen und sie zu behalten. Die Übernahme des Postens des Außenministers hatte er zusammen mit seinen vertrauten Freunden Herbert Asquith und Richard B. Haldane, liberale Imperialisten wie er selbst, sorgfältig geplant. Im sogenannten »Relugas Compact«, einem Komplott, das in Greys Anglerhütte im gleichnamigen schottischen Dorf ausgeheckt worden war, vereinbarten die drei Männer, den Führer der Liberalen Sir Henry Campbell-Bannerman aus dem Weg zu räumen und sich selbst auf zentrale Kabinettsposten zu hieven. Verschwiegenheit und eine Vorliebe für diskrete Machenschaften hinter den Kulissen blieben ein Wahrzeichen seiner Arbeit als Außenminister. Hinter der Geste der vornehmen Schüchternheit verbarg sich ein intuitives Gefühl für die Methoden und Taktiken einer polarisierenden Politik.

Grey sicherte sich rasch die unangefochtene Kontrolle über den Entscheidungsprozess und sorgte dafür, dass sich die britische Politik in erster Linie auf die »deutsche Gefahr« konzentrierte. Es wäre natürlich übertrieben, diese Umorientierung der britischen Politik allein auf Edward Greys Einfluss zurückzuführen. Grey zog nicht die Fäden; die Männer der neuen politischen Linie (Bertie, Hardinge, Nicolson, Mallet, Tyrrell und weitere) waren keine Marionetten, die er nach Belieben manipulierte. Vielmehr arbeiteten sie an seiner Seite als Mitglieder einer losen Koalition, die von gemeinsamen Überzeugungen getrieben wurde. Tatsächlich war Grey auf einige dieser Mitarbeiter stark angewiesen. Seine Entscheidungen und Memoranden orientierten sich etwa zum großen Teil an Hardinges Berichten.[567] Der Aufstieg der Gruppe um Grey wurde durch jüngste Strukturreformen im Foreign Office gefördert, deren Ziel nicht die Stärkung der Autorität des Außenministers gewesen war, sondern eine breitere Aufteilung der Macht unter einer Gruppe hoher Regierungsvertreter.[568] Dennoch sind die Energie und die Wachsamkeit, mit der Grey seinen Aufstieg verwirklichte, beeindruckend. Freilich wurde dies dadurch

erleichtert, dass sein ehemaliger Mitverschwörer Herbert Asquith, der Premierminister von 1908 bis 1916, fest hinter ihm stand. Die Unterstützung eines großen Teils der Konservativen im Unterhaus war ebenfalls ein wichtiger Pluspunkt – und Grey schaffte es geschickt, seine parteiübergreifende Anziehung zu bewahren.

Doch Greys Machtfülle und die Konsequenz seiner Vorstellungen bewahrten den Entscheidungsprozess in Großbritannien nicht völlig vor den Unruhen, die für die europäischen Exekutiven charakteristisch waren. Die antideutsche Haltung der Grey-Gruppe hatte außerhalb des Foreign Office wenige Anhänger. Sie wurde nicht einmal von der Mehrheit des britischen Kabinetts unterstützt. Die Regierung der Liberalen und die liberale Bewegung allgemein wurden durch die Spannung zwischen liberalen Imperialisten und radikalen Elementen polarisiert. Viele führende Radikale, darunter einige der angesehensten Parteimitglieder, bedauerten die Politik einer Annäherung an Russland. Sie warfen Grey und seinen Partnern vor, gegenüber Deutschland eine unnötig provozierende Haltung einzunehmen. Sie hatten ihre Zweifel, ob die Vorteile einer Beschwichtigung Russlands den potenziellen Nutzen einer Freundschaft mit dem Deutschen Reich aufwiegen würden. Ferner machten sie sich Sorgen, ob die Gründung einer Triple Entente Deutschland womöglich drängen würde, eine aggressivere Haltung einzunehmen, und forderten eine Entspannung der Beziehung zu Berlin. Ein weiteres Problem war die Tendenz der britischen öffentlichen Meinung, insbesondere innerhalb der kulturellen und politischen Elite, die in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch, ungeachtet wiederholter britisch-deutscher »Pressekriege«, zu einer eher deutschfreundlichen Haltung neigte.[569] Neben dem Antagonismus zu Deutschland bestanden innerhalb der britischen Elite auch vielschichtige Verbindungen und eine tiefe Bewunderung für die kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Leistungen des Landes.[570]

Grey begegnete diesen Herausforderungen, indem er den Entscheidungsprozess gegen den misstrauischen Blick unliebsamer Augen abschirmte. Dokumente von seinem Schreibtisch trugen häufig den Vermerk »Nur für begrenzten Verteiler«; eine charakteristische Anmerkung seines

Privatsekretärs lautete: »Sir E. Grey hält diesen Verteiler für ausreichend.« Konsultationen zu wichtigen politischen Entscheidungen (insbesondere mit Blick auf die enge Bindung an Frankreich) blieben auf getreue Kontakte innerhalb der Regierung beschränkt. Beispielsweise wurde das Kabinett nicht über die Gespräche zwischen Frankreich und Großbritannien im Dezember 1905 und Mai 1906 informiert, bei denen sich militärische Repräsentanten beider Länder im Grundsatz darauf einigten, in welcher Form eine britische Intervention zur Unterstützung Frankreichs im Fall eines Krieges erfolgen würde. Diese Vorgehensweise passte zu Greys elitärer Auffassung von Politik und zu seiner erklärten Sichtweise der Entente, nämlich dass sie »in einem loyalen und großzügigen Geist« gepflegt werden müsse. Es sollte gewährleistet werden, dass sämtliche auftretenden Probleme und Herausforderungen die »Einigkeit« eher »stärkten« statt schwächten und dass das allmähliche Fortschreiten in Richtung einer engen Verpflichtung stets gegen jeden »Parteienstreit« isoliert war.[571] Mit anderen Worten, Grey fuhr zweigleisig. In der Öffentlichkeit dementierte er wiederholt, dass Großbritannien in irgendeiner Form verpflichtet sei, Frankreich zu Hilfe zu kommen. London habe absolut freie Hand. Wenn er von feindseligen Kollegen unter Druck gesetzt wurde, konnte er immer sagen, die gemeinsamen Mobilmachungsszenarien des Militärs seien lediglich Pläne für den Notfall. Mit Hilfe dieser Manöver gelang es Grey, der britischen Außenpolitik eine bemerkenswerte innere Konsequenz zu verleihen.

Allerdings ist ohne Weiteres zu erkennen, wie dieser Zustand – getrieben von dem wechselnden Kräftegleichgewicht zwischen Fraktionen innerhalb der britischen Regierung und der politischen Elite – für Verwirrung sorgte. Für die französischen Gesprächspartner, die direkt mit dem Außenminister und seinen Mitarbeitern zu tun hatten, stand es fest, dass »Sir Grey«, wie manche von ihnen ihn irrtümlich nannten, im Fall eines Krieges an der Seite Frankreichs stehen würde, ungeachtet der offiziellen Beteuerungen, dass die Entente nicht bindend sei. Für die Deutschen jedoch, die in diese Gespräche nicht eingeweiht waren, sah es ganz so aus, als würde sich Großbritannien einer kontinentalen Koalition fernhalten, insbesondere falls das französisch-russische Bündnis selbst die Initiative gegen Deutschland ergriff, und nicht

umgekehrt.

Die zweite Marokkokrise 1911

Die Schwankung der Macht zwischen verschiedenen Punkten innerhalb der politischen Strukturen, in denen Entscheidungen getroffen wurden, verstärkte die Komplexität und Unberechenbarkeit der Interaktionen im europäischen internationalen System, insbesondere in jenen Momenten der politischen Krise, wenn zwei oder mehr Regierungen in einer Atmosphäre der erhöhten Spannung aneinander gerieten. Dieser Effekt lässt sich besonders deutlich an dem Streit beobachten, der zwischen Deutschland und Frankreich im Sommer 1911 um Marokko ausbrach. Die französisch-deutsche Übereinkunft von 1909 wurde, wie gesagt, nach einer Reihe von Schritten des Quai d’Orsay außer Kraft gesetzt. Höhepunkt des Ganzen war die Entsendung einer großen französischen Streitmacht in das Sultanat im April 1911. Alarmiert von der Aussicht einer unilateralen Machtübernahme in Marokko durch Frankreich besetzte die spanische Regierung ihrerseits Larache und Ksar-el-Kebir im Norden und Nordwesten Marokkos mit Truppen. Nunmehr war eine deutsche Intervention unvermeidlich, und das Kanonenboot *Panther*, ein wenig beeindruckendes Gefährt, das längst hätte verschrottet werden müssen, ging am 1. Juli 1911 pflichtgetreu vor der marokkanischen Küste vor Anker.

In gewisser Hinsicht verlief die zweite Marokkokrise überaus merkwürdig. Man ließ es zu, dass die Angelegenheit bis zu einem Punkt eskalierte, an dem ein westeuropäischer Krieg unmittelbar bevorzustehen schien. Dabei waren die Positionen, die die gegnerischen Parteien vertraten, keineswegs unvereinbar und bildeten am Ende auch die Basis für eine dauerhafte Regelung. Weshalb kam es dann überhaupt zur Eskalation? Das lag unter anderem an der Kompromisslosigkeit des französischen Außenministeriums. In der Anfangsphase der Krise riss die Zentrale die Initiative an sich und behielt sie auch. Die Stellung der ständigen Vertreter wurde durch den Umstand gestärkt, dass Außenminister Jean Cruppi am 27. Juni aus dem Amt ausschied, nur wenige Tage vor dem Eintreffen der *Panther* vor Agadir. Sein

Nachfolger Justin de Selves – eine Fehlbesetzung genau wie Cruppi – geriet sofort unter den Pantoffel des *chef du cabinet* im französischen Außenministerium Maurice Herbette. Als Leiter des Kommunikationsressorts von 1907 bis 1911 hatte Herbette ein weitläufiges Netz aus Pressekontakten geknüpft und bemühte sich während der Marokkokrise nach Kräften, schon die Vorstellung, mit Deutschland Gespräche zu führen, zu diskreditieren. Nicht zuletzt wegen der Unnachgiebigkeit Herbettes und anderer einflussreicher ständiger Vertreter wurde erst Ende Juli 1911 der französische Botschafter in Berlin überhaupt angewiesen, Gespräche mit der deutschen Regierung aufzunehmen, in welcher Form Deutschland für die Konsolidierung der alleinigen Herrschaft Frankreichs in Marokko entschädigt werden könnte.

Dieser versöhnliche Schritt war allein deshalb möglich, weil sich Botschafter Jules Cambon von seinem Posten in Berlin aus über den Kopf seines Außenministers hinweg direkt an den tatkräftigen und freimütigen Ministerpräsidenten Joseph Caillaux wandte, der am 27. Juni unmittelbar vor Ausbruch der Krise das Amt angetreten hatte. Der Sohn des berühmten Eugène Caillaux, der als Finanzminister die französischen Entschädigungszahlungen an Deutschland nach 1870 so rasch abgezahlt hatte, war ein wirtschaftlicher Liberaler und Modernisierer des Fiskus, der die auswärtigen Beziehungen mit den pragmatischen Augen des Geschäftsmannes betrachtete. Er sah keinen Grund dafür, dass die deutschen kommerziellen Interessen in Marokko nicht genauso behandelt werden sollten wie die anderer Nationalitäten, und war ein Kritiker des merkantilistischen Stils der Wirtschaftsstrategie, der zum Kennzeichen des europäischen Imperialismus geworden war.[572] Das Kabinett war gespalten zwischen Caillaux, der sich für eine versöhnliche Politik in Marokko aussprach, und Justin de Selves, der als Sprachrohr für die Falken im Quai d’Orsay fungierte. De Selves wurde von seinem Ministerium gedrängt, französische Kreuzer nach Agadir zu entsenden, ein Schritt, der eine ernste Eskalation hätte auslösen können. Nachdem Caillaux gegen diese Option ein Veto eingelegt hatte, fingen die Falken an, gegen ihn und Jules Cambon zu intrigieren. Mit Hilfe von Zeitungsartikeln wurden die Fürsprecher einer

Versöhnung in Verruf gebracht. Caillaux regte sich über Maurice Herbettes Versuche, seine Politik zu sabotieren, so sehr auf, dass er ihn zu sich bestellte und ihm mit der entsprechenden Geste zu verstehen gab: »Ich werde Sie wie diesen Bleistift brechen.«[573] Am Ende gelang es Caillaux, eine Einigung mit Deutschland zu erreichen, aber nur indem er (über die deutsche Botschaft in Paris, Jules Cambon in Berlin und über einen Geschäftsmann namens Fondère) vertrauliche und inoffizielle Gespräche mit Berlin führte, die geschickt den Minister und seine Beamten umgingen.[574] Bis Anfang August hatte Caillaux auf diese Weise heimlich bereits eine Entschädigungsregelung mit Berlin vereinbart, die sein Außenminister Justin de Selves weiterhin vehement ablehnte.[575]



Joseph Caillaux

Hulton Archive/Getty Images

491 Johannes Paulmann, *Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg*, Paderborn 2000, S. 338 ff.

492 Zur Fähigkeit des Kaisers, die Sprache zu prägen, mit der einfache Deutsche die auswärtigen Beziehungen erfassten, siehe Michael A. Obst, »*Einer nur ist Herr im Reiche«. Wilhelm II als politischer Redner*, Paderborn 2010, S. 406 f.

493 Christopher Hibbert, *Edward VII. A Portrait*, London 1976, S. 282.

494 Virginia Cowles, *Edward VII and His Circle*, London [1956], S. 110.

495 Zara S. Steiner, *The Foreign Office and Foreign Policy, 1898–1914*, Cambridge 1969, S. 69 ff.

496 Robert und Isabelle Tombs, *That Sweet Enemy*. *The French and British from the Sun King to the Present*, London 2006, S. 438; Hibbert, *Edward VII*, S. 259 (Zitat), 258; Roderick McLean, *Royalty and Diplomacy in Europe, 1890–1914*, Cambridge 2001, S. 147f.

497 Zitiert in Hibbert, *Edward VII*, S. 261 f.

498 Harold Nicolson, *King George the Fifth*, London 1952, S. 175.

499 Kenneth Rose, *George V*, London 1983, S. 166.

500 Nicolson, *King George the Fifth*, S. 175.

501 Zitiert in Miranda Carter, *The Three Emperors. Three Cousins, Three Empires and the Road to World War One*, London 2009, S. 82.

502 D. C. B. Lieven, *Nicholas II. Emperor of All the Russias*, London 1993, S. 117.

503 Zitiert in David M. McDonald, *United Government and Foreign Policy in Russia 1900–1914*, Cambridge, Mass. 1992, S. 31.

504 Zitiert in Lieven, *Nicholas II*, S. 97.

505 McDonald, *United Government*, S. 38–57.

506 Lieven, *Nicholas II*, S. 100.

507 McDonald, *United Government*, S. 106.

508 Ebenda, S. 168–198.

509 John C. G. Röhl, *Deutschland ohne Bismarck. Die Regierungskrise im Zweiten Kaiserreich, 1890–1900*, Tübingen 1969; ders., »Der ›Königsmechanismus‹ im Kaiserreich«, in: Röhl, *Kaiser*, *Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik*, 4. Aufl. München 1995, S. 116–140; Hans-Ulrich Wehler, *Das deutsche Kaiserreich, 1871–1918*, Göttingen 1973, S. 60–69; ders., *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, 5 Bde., München 1995, Bd. 3, S. 1016–1020.

510 L. Cecil, »Der diplomatische Dienst im kaiserlichen Deutschland«, in: K. Schwabe (Hg.), *Das diplomatische Korps*, *1871–1945*, Boppard am Rhein 1985, S. 15–39, hier S. 39.

511 Das Originalzitat auf Englisch lautet: »I am the sole master of German policy and my country must follow me wherever I go.« Zitiert in J. C. G. Röhl, »Kaiser Wilhelm II. Eine Charakterskizze«, in: ders., *Kaiser, Hof und Staat*, S. 17–34, hier S. 20.

512 J. C. G. Röhl, »Glanz und Ohnmacht des deutschen diplomatischen Dienstes«, in: ders., *Kaiser Hof und Staat*, S. 162–175, hier S. 171; F.-C. Stahl, »Preußische Armee und Reichsheer, 1871–1914«, in: O. Hauser (Hg.), *Zur Problematik Preußen und das Reich*, Köln und Wien 1984, S. 181–245, hier S. 202; Johannes Paulmann, »›Dearest Nicky …‹ Monarchical Relations between Prussia, the German

Empire and Russia during the Nineteenth Century«, in: R. Bartlet und K. Schönwalder (Hg.), *The German Lands and Eastern Europe. Essays on the History of Their Social, Cultural and Political Relations*, London 1999, S. 157–181.

513 Das maßgebliche, kritische Standardwerk in dieser Beziehung ist J. C. G. Röhl, *Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund 1900–1941*, München 2008, S. 26.

514 O'Brien an Elihu Root, Berlin, 7. April 1906, zitiert in Alfred Vagts, *Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik*, 2 Bde., New York 1935, S. 1878, zitiert in Röhl, *Der Weg in den Abgrund*, S. 488.

515 Ragnhild Fiebig-von Hase, »Die Rolle Kaiser Wilhelms II. in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, 1890–1914«, in: John C. G. Röhl (Hg.), *Wilhelm II.*, München 1991, S. 223–257, hier S. 251; ders., *Der Weg in den Abgrund*, S. 653.

516 Röhl, *Der Weg in den Abgrund*, S. 253, 125, 109, 269.

517 Siehe Holstein an Eulenburg, Berlin, 20. Oktober 1891, in Röhl (Hg.), *Philipp Eulenburgs Politische Korrespondenz*, 3 Bde., Boppard am Rhein 1976–1983, Bd. 1, S. 716.

518 Röhl, *Der Weg in den Abgrund*, S. 82, 90.

519 Harald Rosenbach, *Das deutsche Reich, Großbritannien und der Transvaal (1896–1902). Anfänge deutsch-britischer Entfremdung*, Göttingen 1993, S. 58–61; zu einer ähnlichen Verwirrung in der Fernostpolitik des Kaisers siehe Gordon Craig, *Deutsche Geschichte 1866–1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches*, München 1980, S. 221 ff.

520 Röhl, *Der Weg in den Abgrund*, S. 375 f.; Holger Afflerbach, *Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich*, München 1994, S. 58 f.

521 Diese Episode wird ausführlich in Röhl, *Der Weg in den Abgrund*, S. 348 f., diskutiert.

522 K. Hildebrand, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945*, Stuttgart 1995, S. 155 f.; Rainer Lahme, *Deutsche Außenpolitik 1890–1894. Von der Gleichgewichtspolitik Bismarcks zur Allianzstrategie Caprivis*, Göttingen 1994, S. 18; N. Rich, M. H. Fisher und W. Frauendienst (Hg.), *Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins*, 4 Bde., Göttingen, Berlin, Frankfurt 1957, Bd. 1, S. 130.

523 Wilhelm an Bülow, 11. August 1905, in *GP*, Bd. 19/2, S. 496 ff.; siehe auch Katherine Lerman, *The Chancellor as Courtier Bernhard von Bülow and the Governance of Germany, 1900–1909*, Cambridge 1990, S. 129 f.; Christopher Clark, *Wilhelm II. Die Herrschaft des letzten deutschen Kaisers*, München 2008, S. 138 f. und 190 ff.

524 Röhl, *Der Weg in den Abgrund*, S. 543.

525 Ebenda, S. 366, 473; Holstein, nicht datierte Notiz, Rich, Fischer und Frauendienst (Hg.), *Geheime Papiere*, Bd. 4, S. 366.

526 Jules Cambon an Maurice Paléologue, Berlin, 10. Mai 1912, AMAE PA-AP, 43 Jules Cambon 56, Bl. 204.

527 Jean-Paul Bled, *Franz Joseph*, London 1994, S. 200–203 (deutsch: *Franz Joseph. Der letzte Monarch der alten Schule*, Wien 1988).

528 R. J. B. Bosworth, *Italy, the Least of the Great Powers: Italian Foreign Policy before the First World War*, Cambridge 1979, S. 14–17.

529 Fortunato Minniti, »Gli Stati Maggiori e la politica estera italiana«, in: R. J. B. Bosworth und Sergio Romano (Hg.), *La Politica estera italiana (1860–1985)*, Bologna 1991, S. 91–120, hier S. 120; Bosworth, *Italy, the Least of the Great Powers*, S. 219.

530 Lieven, *Nicholas II*, S. 105.

531 Die Kinder spielten zum Beispiel mit den Kindern freundlich gesinnter Botschafter, siehe Helene Izvolsky, »The Fateful Years: 1906–1911«, in: *Russian Review*, 28/2 (1969), S. 191–206.

532 Kokowzow trat 1905 als Finanzminister zurück, nahm das Amt jedoch im November 1905 wieder an und behielt es bis Februar 1914. Ab 1911 war er zugleich Ministerpräsident und Finanzminister.

533 David MacLaren McDonald, *United Government and Foreign Policy in Russia, 1900–1914*, Cambridge, Mass. 1992, S. 84 f., 94 ff.

534 Memorandum von Edward Grey, 15. März 1907; Grey an Nicolson, London, 19. März 1907, TNA FO 418/38, Bl. 79, 90 f.

535 Paul Miliukov, *Political Memoirs 1905–1917*, Ann Arbor 1967, S. 184.

536 McDonald, *United Government*, S. 153, 157 f.; Andrew Rossos, *Russia and the Balkans. Inter-Balkan Rivalries and Russian Foreign Policy 1908–1914*, Toronto 1981, S. 11; Ronald Bobroff, *Roads to Glory. Late Imperial Russia and the Turkish Straits*, London 2006, S. 13 ff.

537 Zum Hintergrund des Potsdamer Abkommens siehe I. I. Astafjew, R*ussko-germanskije diplomatitscheskije otnoschenija, 1905–1911 gg.*, [Moskau] 1972.

538 Zu Hartwig siehe Rossos, *Russia and the Balkans*, S. 50 f.; zu Tscharykows Diplomatie im Jahr 1911 siehe Bobroff, *Roads to Glory*, S. 23–26.

539 McDonald, *United Government*, S. 166.

540 Zitiert in Lieven, *Nicholas II*, S. 82.

541 Rossos, *Russia and the Balkans*, S. 9; Uwe Liszkowski, *Zwischen Liberalismus und Imperialismus. Die zaristische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg im Urteil Miljukovs und der Kadettenpartei 1905–1914*, Stuttgart 1974, S. 173 f.

542 Zu diesem Aspekt der russischen Politik siehe Dietrich Geyer, *Der russische Imperialismus. Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860–1914*, Göttingen 1977, S. 220–238 und passim.

543 M. B. Hayne, *The French Foreign Office and the Origins of the First World War, 1898–1914*, Oxford 1993, S. 34.

544 Ebenda, S. 81.

545 »Un Diplomate« (Pseud.), *Paul Cambon, ambassadeur de France*, Paris 1937, S. 234.

546 Hayne, *French Foreign Office*, S. 84, 103.

547 Ebenda, S. 85.

548 Ebenda, S. 174, 200.

549 Zur Übereinkunft bezüglich Marokkos siehe Paul Cambon an Henri Cambon, 7. Februar 1909, in Cambon, *Correspondance*, Bd. 2, S. 272 f.

550 Hayne, *French Foreign Office*, S. 199, 207.

551 Herbette, »Relations avec la France de 1902 à 1908. Notes de Maurice Herbette«, AMAE NS Allemagne 26, insb. Bl. 3 Verso, 25, 27, 34, 36, 37, 58, 87, 91, 113, 150, 160, 175, 182, 200, 212, 219, 249, 343; eine Diskussion dieses Dokuments bietet Hayne, *French Foreign Office*, S. 209.

552 Zitiert in Jean-Claude Allain, *Agadir. Une Crise impérialiste en Europe pour la conquête du Maroc*, Paris 1976, S. 284; dazu auch Hayne, *French Foreign Office*, S. 212; zum französischen Umgang mit der Beziehung zu Deutschland in Marokko siehe auch E. Oncken, *Panthersprung nach Agadir. Die deutsche Politik während der zweiten Marokkokrise 1911*, Düsseldorf 1981, S. 98–109.

553 E.W. Edwards, »The Franco-German Agreement on Morocco, 1909«, in: *English Historical*

Review, *78* (1963), S. 483–513.

554 Eine subtile Analyse des Übergangs zu einer »abenteuerlichen Diplomatie« in Paris in den Jahren 1910/11 bietet Allain, *Agadir*, S. 279–297.

555 Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 161.

556 Wolfgang J. Mommsen, *Großmachtstellung und Weltpolitik. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches, 1870 bis 1914*, Frankfurt am Main 1993, S. 125.

557 Geoff Eley, »The View from the Throne: The Personal Rule of Kaiser Wilhelm II«, in: *Historical Journal*, 28/2 (1985), S. 469–485.

558 Holstein an Eulenburg, Berlin, 3. Februar 1897; siehe auch Eulenburg an Holstein, Wien, 7. Februar 1897, in Rich, Fisher und Frauendienst (Hg.), *Die geheimen Papiere*, Dok. 599 und 601, Bd. 4, S. 8, 12; siehe auch Hohenlohe an Eulenburg, Berlin, 4. Februar 1897, in: Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, *Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit*, hg. K. A. v. Müller, Stuttgart, Berlin 1931, S. 297.

559 Lerman, *Chancellor as Courtier*, S. 110.

560 Wilhelm an Bülow, 11. August 1905, in *GP*, Bd. 19/2, S. 496 ff.; siehe auch Lerman, *Chancellor as Courtier*, S. 129 f.

561 Peter Winzen, *Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow. Weltmachtstratege ohne Fortune, Wegbereiter der großen Katastrophe*, Göttingen 2003, S. 134–146.

562 Lerman, *Chancellor as Courtier*, S. 258.

563 Konrad H. Jarausch, *The Enigmatic Chancellor. Bethmann Hollweg and the Hubris of Imperial Germany*, New Haven 1973, S. 72, 110.

564 Sir Edward und Lady Grey, *Cottage Book. The Undiscovered Country Diary of an Edwardian Statesman*, bearb. v. Michael Waterhouse, London 2001, S. 63; zu Greys erklärter Abneigung gegen das politische Leben siehe auch S. 21.

565 Spring-Rice an Ferguson (Lord Nova), 16. Juli 1898, in Stephen Gwynn (Hg.), *The Letters and Friendships of Sir Cecil Spring-Rice*, London 1929, S. 252 f.

566 Arthur Ponsonby, zitiert in Steiner, *British Foreign Office*, S. 84.

567 Ebenda, S. 92.

568 Ebenda, S. 91.

569 Dominik Geppert, *Pressekriege. Öffentlichkeit und Diplomatie in den deutsch-britischen Beziehungen (1896–1912)*, München 2007, S. 412–418.

570 Zum Verhältnis der Elite zu Deutschland siehe Thomas Weber, *»Our Friend ›The Enemy‹«. Elite Education in Britain and Germany before World War I*, Stanford 2008.

571 Rede von Grey vor dem Eighty Club, dokumentiert in *The Times*, 1. Juni 1905, S. 12, Sp. B.

572 Jean-Claude Allain, *Joseph Caillaux*, 2 Bde., Paris 1978, Bd. 1, insb. S. 327–333; W. Henry Cooke, »Joseph Caillaux. Statesman of the Third Republic«, in: *Pacific Historical Review*, 13/3 (1944), S. 292–297.

573 Allain, *Joseph Caillaux*, Bd. 1, S. 388.

574 John Keiger, *France and the Origins of the First World War*, London 1983, S. 35, 42.

575 Allain, *Agadir*, S. 402.

Durch die Hintertür war es dem Ministerpräsidenten zwar gelungen, die Falken im französischen Außenministerium auszumanövrieren, aber diese Diplomatie brachte weitere Risiken mit sich. In der ersten Augustwoche 1911 führte ein kurzer Zusammenbruch der Kommunikation zu einer völlig unnötigen Eskalation, einschließlich der Drohung, französische und britische Kriegsschiffe bei Agadir einzusetzen, obwohl Caillaux und sein deutscher Widerpart zu der Zeit eigentlich beide kompromissbereit waren.[576] Caillaux gab Fondère die Schuld an dem Missverständnis. Allerdings wäre ein Vermittler wie Fondère ebenso wie die Aktionen Caillaux' hinter den Kulissen überhaupt nicht nötig gewesen, wenn sich Beamte des Ministeriums nicht verschworen hätten, ihn aus dem Amt zu katapultieren und die Gespräche mit Deutschland zu torpedieren. Das bedeutete wiederum unweigerlich, dass Caillaux in manchen Fällen gezwungen war, seine Verpflichtungen zurückzuziehen, weil seine Ministerkollegen sich weigerten, die Zusagen, die er Berlin gemacht hatte, zu akzeptieren. Diese komplexen Manöver steigerten noch die Unsicherheit in Berlin, wie die französischen Schritte nun zu deuten waren. Es hieß, die widersprüchlichen Entwicklungen gegeneinander abzuwägen, wie ein junger deutscher Diplomat in seinem Bericht es versuchte: »Trotz des Pressgeschreis und des Chauvinismus in der Armee« werde sich Caillaux am Ende mit seiner Linie vermutlich durchsetzen.[577]

Was die deutsche Politik während der Krise anging, wurde sie nicht von Kanzler Bethmann Hollweg und schon gar nicht vom Kaiser gestaltet, sondern von dem eifrigen schwäbischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Alfred von Kiderlen-Wächter. Kiderlen war auch an der Ausarbeitung der französisch-deutschen Übereinkunft vom Februar 1909 beteiligt gewesen, und es war ganz natürlich, dass er eine führende Rolle bei der Antwort Deutschlands auf den französischen Truppeneinsatz spielte. In einer für die oberen Etagen der deutschen Exekutive charakteristischen Art nahm der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in der Marokkopolitik persönlich das Steuer in die Hand, leitete die Kommunikation mit Paris und hielt den Kanzler auf Distanz.[578] Kiderlen hatte gar kein Interesse daran, Deutschland einen Anteil an Marokko zu sichern, aber er wollte auf keinen

Fall durchgehen lassen, dass Frankreich unilateral hier die alleinige Kontrolle übernahm. Er hoffte, die Anerkennung deutscher Rechte und eine Form von territorialer Kompensation im Französischen Kongo zu erreichen, indem er die französischen Schritte mit einer Reihe immer schärferer Protestgesten beantwortete. Er hatte auch allen Grund zu glauben, dass dieses Ziel ohne einen Konflikt erreicht werden könnte, denn im Mai 1911 hatte Joseph Caillaux, der damalige Finanzminister, deutschen Diplomaten in Paris versichert, dass Frankreich »gern bereit sei, wenn wir [die Deutschen] sein Lebensinteresse an Marokko rückhaltlos anerkennten, uns anderweitig Zugeständnisse zu machen«.[579] Nach Caillaux' Übernahme des Amtes des Ministerpräsidenten im Juni ging Kiderlen deshalb davon aus, dass dies auch Frankreichs Linie sei. Er wies Pläne zurück, zwei Schiffe nach Agadir zu entsenden; seiner Meinung nach müsste die *Panther*, die für einen Landungsversuch nicht ausgerüstet war und auch keine entsprechenden Befehle hatte, für eine symbolische Demonstration ausreichen.[580]

Die folgende Entwicklung der Krise zeigte, dass Kiderlen die französische Antwort völlig falsch eingeschätzt hatte. Darüber hinaus unterliefen ihm bei der Lenkung des innenpolitischen deutschen Umfelds gravierende Fehler. Kiderlens persönliche Beziehungen zu Kaiser Wilhelm II. waren nichts besonders herzlich, und der Kaiser war gegenüber der Nordafrikapolitik der Regierung ebenso skeptisch wie schon 1905.[581] Um sich gegen möglichen Widerstand von dieser Seite her zu rüsten, plädierte Kiderlen dafür, deutsche ultranationalistische Politiker und Publizisten zu unterstützen. Sobald die Pressekampagne angelaufen war, war er jedoch außerstande, den Ton oder Inhalt zu kontrollieren. Die Konsequenz dieser Entscheidung war, dass sich eine deutsche Politik, die konsequent darauf abzielte, unter der Schwelle eines bewaffneten Konflikts zu bleiben, vor dem Hintergrund einer donnernden nationalistischen Pressekampagne abspielte, die in Paris und London die Alarmglocken läuten ließ. Schlagzeilen in den ultranationalistischen Zeitungen, die eindrucksvoll »West-Marokko für Deutschland!« forderten, waren Wasser auf den Mühlen der Falken in Paris. Sie beunruhigten auch den Kaiser, der eine so scharfe Kritik an der Politik des Staatssekretärs äußerte, dass Kiderlen am 17. Juli seinen Rücktritt

einreichte – lediglich über die Vermittlung Bethmann Hollwegs war es möglich, die Politik zu retten und Kiderlen im Amt zu halten.[582]

Am 4. November 1911 legte ein französisch-deutscher Vertrag endlich die Konditionen einer Einigung fest. Marokko wurde ein ausschließlich französisches Protektorat, es wurde versichert, dass deutsche Wirtschaftsinteressen respektvoll behandelt würden, und Teile Französisch-Kongos wurden an Deutschland abgetreten. Aber die zweite Marokkokrise hatte die gefahrvolle Inkohärenz der französischen Diplomatie enthüllt. Ein internes Disziplinarkomitee, das am 18. November 1911 zusammenkam, um die Aktivität Maurice Herbettes zu untersuchen, brachte die umfassenden Machenschaften der Beamten in Paris ans Licht. Auch Caillaux geriet in Verruf. Er und sein Kabinett wurden in der öffentlichen Meinung mit einem Vertrag assoziiert, der den Deutschen in den Augen vieler französischer Nationalisten allzu große Zugeständnisse gemacht hatte. Das ist bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass er weniger abtrat, als Delcassé Ende der neunziger Jahre als Angebot für Marokko in Betracht gezogen hatte. Nach der Enthüllung von Caillaux' geheimen Verhandlungen mit den Deutschen (die dem *cabinet noir* als dechiffrierte Korrespondenz in die Hände fielen und von der Zentrale der Presse zugespielt wurden) war sein Schicksal besiegelt, und Caillaux musste am 21. Januar 1912 den Hut nehmen, nachdem er nur sieben Monate lang das Amt des Ministerpräsidenten bekleidet hatte.

Auch in Deutschland wurde der Vertrag vom November 1911 kritisiert – weil er den Deutschen zu wenig Nutzen brachte. Teilweise war das Kiderlens Schuld, denn es bestand eine eklatante Diskrepanz zwischen dem, was Deutschland erwarten konnte, indem es die Franzosen in der Marokkofrage herausforderte, und den schillernden Prämien – etwa ein »deutsches West-Marokko« –, welche die ultranationalistische Presse der Öffentlichkeit vorgegaukelt hatte. Kurzzeitig hatte Kiderlein sogar unklugerweise zu dieser Agitation ermuntert. Damit trug der Staatssekretär zur Verschärfung der Entfremdung zwischen der Regierung und jenen bei, die angeblich ihre »naturgemäßen Anhänger« auf Seite der extremen Rechten waren. Allerdings war dieser faustische Pakt mit den nationalistischen Medien nur deshalb nötig

gewesen, weil Kiderlen keine andere Möglichkeit hatte, dafür zu sorgen, dass seine eigene Kontrolle des Entscheidungsprozesses nicht durch den Souverän gestört wurde.

Die wohl wichtigste Konsequenz des deutschen Schwankens während der Krise war die verstärkte Tendenz in Paris, deutsche Taten als reinen Bluff zu deuten. Als der frisch ins Amt gekommene Ministerpräsident und Außenminister Raymond Poincaré in den ersten Monaten 1912 die Akten des Quai d'Orsay las, wunderte er sich über den Wechsel zwischen Härte und Zugeständnissen in der deutschen Politik: »Jedes Mal wenn wir gegenüber Deutschland einen versöhnlichen Ansatz wählten«, beobachtete Poincaré, »nutzte es ihn aus; auf der anderen Seite hat es bei jeder Gelegenheit, wo wir Standhaftigkeit bewiesen haben, nachgegeben.« Daraus zog er die unheilvolle Schlussfolgerung, dass Deutschland »lediglich die Sprache der Stärke« verstehe.[583]

Auch die britische Beteiligung an der Krise war von tiefen Spaltungen im Regierungsapparat geprägt. Zu Beginn reagierte das liberale Kabinett zurückhaltend, weil es der Meinung war, dass Frankreich im Wesentlichen für die Auslösung der Krise verantwortlich war und zum Nachgeben gedrängt werden sollte. Am 19. Juli autorisierte das Kabinett Grey sogar, Paris mitzuteilen, dass London unter bestimmten Umständen durchaus eine deutsche Präsenz in Marokko akzeptieren könnte. Die französische Regierung erwiderte wütend, dass ein britisches Stillhalten in dieser Frage einem Bruch des englisch-französischen Abkommens von 1904 gleichkomme.[584] Gleichzeitig nahmen die Feinde Deutschlands um Grey eine stramm profranzösische Haltung ein. Nicolson, Buchanan, Haldane und Grey selbst bauschten die von Deutschland ausgehende Gefahr auf und belebten die Vorstellung neu, dass der Erhalt der Entente auf dem Spiel stehe. Am 19. Juli bat der Kriegsminister Richard Haldane den militärischen Einsatzleiter Sir Henry Wilson, seine Abreise auf den Kontinent zu verschieben, damit sie am Vormittag die voraussichtlichen Truppenstärken im Falle eines Konflikts an der französisch-deutschen Grenze einschätzen konnten.[585] Als Justin de Selves seine Überraschung über das Ausmaß der deutschen Kompensationsforderungen im Kongo zum Ausdruck brachte, schrieb Sir

Francis Bertie aus Paris an Grey von den »übermäßigen« Forderungen der Deutschen, von denen sie genau wüssten, »dass sie unmöglich angenommen werden konnten, und die zum Ziel hätten, den Franzosen die Etablierung Deutschlands an der marokkanischen Küste schmackhaft zu machen«[586] – das war eine völlig falsche Interpretation der deutschen Position, und sie sollte den britischen Anhängern des Seekriegs Angst machen, für die die Gründung einer deutschen Bastion an der Atlantikküste auf keinen Fall in Frage kam.

Eben diese Aussicht eines deutschen Atlantikhafens ermöglichte es Grey, die Zustimmung des Kabinetts zu folgendem Schritt zu erhalten: Er ließ dem deutschen Botschafter am 21. Juli eine private Warnung zukommen. Falls Deutschland die Absicht habe, so Grey, in Agadir zu landen, sei Großbritannien verpflichtet, seine Interessen dort zu verteidigen – und damit meinte er den Einsatz britischer Kriegsschiffe.[587] Noch am selben Tag heizte die Gruppe um Grey das Klima noch stärker an: Am Abend des 21. Juli 1911 hielt der Schatzkanzler David Lloyd George im Mansion House eine Rede, die einer scharfen Warnung an Berlin gleichkam. Es sei absolut unerlässlich, so Lloyd George, dass Großbritannien »seinen Platz und sein Prestige unter den Großmächten der Welt« bewahre. Die britische Macht habe mehr als einmal kontinentale Nationen vor »überwältigenden Katastrophen und sogar vor der nationalen Auslöschung bewahrt«. Falls Großbritannien gezwungen werde, zwischen Frieden auf der einen Seite und der Aufgabe seiner internationalen Vormachtstellung auf der anderen zu wählen, »dann sage ich mit Nachdruck, dass ein Frieden um diesen Preis eine nicht hinzunehmende Demütigung für eine große Nation wie die unsere bedeuten würde«.[588] In den folgenden Tagen schürte Grey die Panik vor einem Seekrieg in London und warnte Lloyd George und Churchill, dass die britische Flotte jederzeit angegriffen werden könne. Dem Ersten Lord der Admiralität Reginald McKenna teilte Grey mit, dass die deutsche Flotte inzwischen mobilisiert und zum Angriff bereit sei – in Wirklichkeit war die Hochseeflotte verstreut, und die Deutschen hatten auch gar nicht die Absicht, ihre Schiffe zu konzentrieren.[589]

Die Rede im Mansion House war kein spontaner Ausbruch; vielmehr war

sie ein Schachzug, den Grey, Asquith und Lloyd George sorgfältig geplant hatten. Genau wie Caillaux sein Außenministerium umging, um seine eigene friedliche Agenda bei den Verhandlungen mit Berlin durchzusetzen, umgingen jetzt die Deutschenhasser um Grey die Friedenstauben im liberalen Kabinett, um den Deutschen eine scharfe und potenziell provozierende Botschaft zukommen zu lassen. Lloyd George hatte die heiklen Passagen seiner Rede nicht mit dem Kabinett abgesprochen, lediglich mit Premierminister Asquith und Außenminister Grey.[590] Die Rede war umso wichtiger, weil sie signalisierte, dass Lloyd George aus dem Lager der Tauben in das der Falken gewechselt war. Seine Äußerungen lösten in Berlin Bestürzung aus. Dort war man der Meinung, dass die britische Regierung völlig unnötig die französisch-deutschen Verhandlungen stören würde. Für wen sich Lloyd George denn halte, dass er Deutschland Vorschriften machen und eine rasche französisch-deutsche Einigung stoppen wolle, fragte Arthur Zimmermann, der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, den britischen Botschafter in Berlin.[591]

Lloyd Georges Äußerungen schockierten auch jene britischen Minister, die sich nicht Greys Programm angeschlossen hatten. Viscount John Morley, der Staatssekretär für Indien, bezeichnete die Rede (und Greys anschließende Verteidigung in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter in London) abschätzig als eine »ungerechtfertigte und unglückliche Provokation für Deutschland«. Der Lordkanzler Lord Loreburn war bestürzt darüber, dass Großbritannien Frankreich so aggressiv in einem Streit unterstützte, in dem (zumindest in Loreburns Augen) Paris keineswegs frei von jeder Schuld sei. Er flehte Grey inständig an, sich von der Rede zu distanzieren und klarzustellen, dass Großbritannien nicht die Absicht habe, sich in die Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland einzumischen.[592]

Die Gruppe um Grey setzte sich durch. Bei einer Sitzung des Verteidigungsausschusses, die für den 23. August 1911 einberufen wurde, kamen die Teilnehmer überein, dass Großbritannien, falls ein französisch-deutscher Krieg ausbrechen sollte, eine rasche kontinentale Intervention, samt der Entsendung eines britischen Expeditionskorps, durchführen würde. Asquith, Grey, Haldane, Lloyd George und die Stabschefs waren anwesend,

aber wichtige Persönlichkeiten der Radikalen, darunter Morley, Crewe, Harcourt und Esher, wurden entweder nicht informiert oder nicht eingeladen. In den folgenden Wochen liefen (zum Entsetzen der Radikalen) die Kriegsplanungen auf vollen Touren. Selbst Asquith schreckte vor den umfassenden »militärischen Gesprächen« zurück, die zum Ziel hatten, die Mobilmachungspläne und Strategie im September 1911 mit den Franzosen zu koordinieren, aber Grey lehnte es ab, sie zu stoppen.[593] In einem weit stärkeren Ausmaß als die beiden ursprünglichen Konfliktparteien war Großbritannien bereit, eine drastische Eskalation in Kauf zu nehmen.[594] »Denn während Frankreich im September keinerlei Kriegsvorbereitungen getroffen hat«, schrieb auf dem Höhepunkt der Krise selbst Bethmann Hollweg in einem späteren Brief an den deutschen Botschafter in London, »ist England, wie es scheint, jeden Tag schlagbereit gewesen.«[595] Der österreichische Außenminister Graf Aehrenthal gelangte zu einer ganz ähnlichen Schlussfolgerung und stellte am 3. August fest, dass England einen Moment lang sogar bereit schien, den Streit um Marokko als Vorwand für eine volle »Abrechnung mit dem deutschen Rivalen« zu nutzen.[596] Der Kontrast zu der vergleichsweise zurückhaltenden und versöhnlichen Position Russlands war besonders erstaunlich.[597] Erst nach dieser britischen Reaktion gab Wien seine Neutralität auf, die es bislang in der Marokkofrage eingenommen hatte.[598]

Die Auseinandersetzung zwischen den Falken und Tauben war allerdings noch nicht vorüber. Genau wie sich die Beamten des französischen Außenministeriums an Caillaux und dem glücklosen Justin de Selves rächten und die beiden im Januar 1912 aus dem Amt jagten, erneuerten in Großbritannien die radikalen Skeptiker ihre Kritik an Greys politischem Kurs. Vielen Ministern im Kabinett hatte das Ausmaß der Zusagen Greys an Frankreich vor der Marokkokrise von Anfang an nicht behagt. Im Dezember 1911 kam es zu einem Aufstand der Hinterbänkler gegen Grey. Der Unmut gegen ihn war nicht zuletzt auf eine Enttäuschung über seine extreme Verschwiegenheit zurückzuführen: Warum hatte man keine Menschenseele über die Unternehmungen informiert, auf die sich die Regierung vermutlich im Namen des britischen Volkes einlassen wollte? Arthur Ponsonby und

Noel Buxton, beide bekannte, liberale Gegner Greys, forderten ein Komitee, um die britisch-deutschen Beziehungen zu verbessern. Diese Attacke gegen den Außenminister schlug fast in der gesamten liberalen Presse Wellen. Aber während es den Konservativen in Paris gelang, Caillaux und seine Versöhnungspolitik in Verruf zu bringen, schaffte es die »prodeutsche« Lobby in Großbritannien nicht, Grey oder seine Politik abzusetzen.

Das hatte drei Gründe: Erstens waren britische Minister für derartige Kampagnen generell weniger anfällig, dank der robusten Parteienstruktur der britischen Parlamentspolitik; hinzu kam die Gefahr, dass Grey selbst, wenn sein Kurs in Verruf geraten sollte, zurücktreten konnte und Lloyd George, Haldane und womöglich Churchill ihm folgen würden – das wäre das Ende der Liberalen in der Regierung, ein ernüchternder Gedanke für die liberalen Nichtinterventionisten. Und wenigstens ebenso wichtig war schließlich die Unterstützung der Konservativen im Parlament für Greys Politik einer militärischen Entente mit Frankreich. Unter anderem half es dem Außenminister, die Stürme der Marokkokrise zu überstehen, dass Arthur Balfour, der Führer der Konservativen bis November 1911, ihm insgeheim die Unterstützung zugesagt hatte.[599] Diese Abhängigkeit von der Opposition im Unterhaus sollte sich im Sommer 1914 als eine Belastung erweisen, als eine drohende Krise wegen Irland die Unterstützung durch die Konservativen in Frage stellte.

Aber wenn die wesentlichen Punkte der Entente-Politik Greys weiterhin Bestand hatten, hielt ihn der Umstand, dass er seine Position gegen eine dermaßen lautstarke und einflussreiche innere Opposition verteidigen musste, immerhin davon ab, seine Verpflichtungen so klar und deutlich auszusprechen, wie er es sich gewünscht hätte. Nach dem »Panthersprung« musste Grey einen Drahtseilakt zwischen den französischen Wünschen nach klareren Zusagen seinerseits und der beharrlichen Verweigerungshaltung der Nichtinterventionisten im Kabinett (die immerhin noch in der Mehrheit waren) bewältigen. In zwei Kabinettsresolutionen vom November 1911 riefen 15 seiner Ministerkollegen Grey zur Ordnung und verlangten, dass er davon Abstand nahm, militärische Gespräche auf höchster Ebene zwischen Großbritannien und Frankreich zu fördern, ohne sie zuvor zu informieren und

ihre Genehmigung einzuholen. Im Januar 1912 wurde unter den Nichtinterventionisten mit Loreburn an der Spitze die Idee diskutiert, eine Kabinettserklärung zu verabschieden, dass Großbritannien »in keiner Form, weder direkt noch indirekt, ausdrücklich noch implizit, verpflichtet sei, Frankreich gegen Deutschland mit Waffengewalt zu unterstützen«. Dieser Schlag blieb Grey und seinen Leuten nur erspart, weil Loreburn erkrankte und in Pension ging.[600]

Die Notwendigkeit, einen so geballten Widerstand aus dem Innern der Regierung mit einer Politik auszubalancieren, die auf den Erhalt der Entente als Instrument der Sicherheitspolitik ausgerichtet war, hatte eine irritierende Zweideutigkeit der britischen diplomatischen Signale zur Folge. Auf der einen Seite hatten britische Militärs stets eine gewisse Diskretion bei Gesprächen mit ihren französischen Kollegen gewahrt; ihre Versicherungen einer britischen militärischen Unterstützung im Fall eines Konflikts mit Deutschland trugen dazu bei, dass die französische Position sich verhärtete.[601] Diese Initiativen waren vom Kabinett nicht gebilligt, geschweige denn vom britischen Parlament. Während der zweiten Marokkokrise wurde der neue Director of Military Operations (DMO), Generalmajor Henry Wilson, zu Gesprächen mit dem französischen Generalstab nach Paris geschickt, um einen Terminplan für eine gemeinsame britisch-französische Mobilmachung gegen Deutschland zu vereinbaren. Das daraus hervorgehende Wilson-Dubail-Memorandum vom 21. Juli 1911 (General Auguste Dubail war zur der Zeit französischer Generalstabschef) verlangte, dass bis zum 15. Tag der Mobilmachung sechs britische Infanteriedivisionen, eine Kavalleriedivision und zwei berittene Brigaden (mit insgesamt 150000 Mann und 67000 Pferden) an der französischen linken Flanke Stellung bezogen.[602] Die Entscheidung in den ersten Monaten von 1912, den deutschen Flottenausbau durch eine Koordinierung der britischen und französischen Marinestrategie zu neutralisieren, verstärkte die Annahme, dass hier eine Art Verteidigungsbündnis ins Leben gerufen wurde.

Auf der anderen Seite machten die berühmten Briefe zwischen Grey und Cambon vom 22. und 23. November 1912, die seine nichtinvertenvionistischen Widersacher Grey »abgerungen« hatten, wie

Morley später sagte, deutlich, dass die Entente alles andere als ein Bündnis war, weil in ihnen die Handlungsfreiheit beider Partner betont wurde, selbst wenn einer der Partner von einer dritten Macht angegriffen werden sollte. Bestand nun eine Verpflichtung, Frankreich zu unterstützen, oder nicht? Grey tat gut daran, öffentlich zu erklären, dass es sich hier lediglich um Notfallpläne handle, die keine bindende Kraft hätten. Im privaten Kreis räumte der Außenminister ein, dass die britisch-französischen Militärgespräche in seinen Augen Großbritannien »zu einer Kooperation mit Frankreich verpflichten«, solange dessen Aktionen »nicht provokativ und vernünftig« seien. Der ständige Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Sir Arthur Nicolson beharrte Anfang August 1914 gegenüber Grey darauf, dass dieser »immer wieder M. Cambon versprochen habe, falls Deutschland der Aggressor sei, würden Sie an der Seite Frankreichs stehen«. Darauf erwiderte Grey lediglich: »Gewiss, aber er hat nichts Schriftliches in der Hand.«[603]

Die britisch-französische Diplomatie war somit auf höchster Ebene (zumindest auf britischer Seite) von einer Art Doppeldenken geprägt. Man ging davon aus, dass Grey seine öffentlichen Äußerungen und sogar seine Korrespondenz an die Erwartungen der Nichtinterventionisten im Kabinett und an jene der Bevölkerung anpassen musste. Aber wenn Paul Cambon mit seinen antideutschen Freunden in London oder Bertie in Paris sprach, dann bekam er das zu hören, was er gerne hören wollte. Für die Franzosen war dieses Arrangement, gelinde gesagt, problematisch. Als die Julikrise 1914 ihren Höhepunkt erreichte, mussten die Entscheidungsträger in Paris, der französische Botschafter in London und sogar Grey selbst einige Momente äußerster Beklemmung überstehen. Noch wichtiger war: Wegen der Unsicherheit der Zusagen Großbritanniens waren französische Strategen gezwungen, im Osten Kompensation für ihre Schwäche im Westen zu suchen, indem sie noch stärker eine Militarisierung des Bündnisses mit Russland anstrebten.[604] Die französische Regierung sei, notierte Baron Guillaume, der belgische Gesandte in Paris, im Frühjahr 1913, gezwungen, »ihr Bündnis mit Russland immer stärker zu festigen, weil sie sich darüber im Klaren sei, dass die britische Freundschaft für sie immer weniger stabil und

wirkungsvoll sei«.[605] Auch in Deutschland sorgte die Unentschlossenheit der britischen Politik für Verwirrung und Ärger. Auf der einen Seite war Grey gezwungen, dem Schein nach gegenüber Berlin eine Politik der offenen Tür zu verfolgen, um die Nichtinterventionisten zu versöhnen. Aber er fühlte sich auch verpflichtet, von Zeit zu Zeit den Deutschen eindeutige Warnungen zukommen zu lassen, damit sie nicht womöglich zu der Schlussfolgerung gelangten, Großbritannien habe Frankreich ganz aufgegeben und man könne es angreifen, ohne eine britische Reaktion zu befürchten. Das Ergebnis dieser widersprüchlichen Botschaften – eine Folge der Wandelbarkeit der Machtverhältnisse innerhalb der europäischen Exekutiven – war eine dauerhafte Ungewissheit bezüglich der britischen Intentionen, die den Entscheidungsträgern in Berlin während der ganzen Julikrise keine Ruhe lassen sollte.

Soldaten und Zivilisten

»Die Lage [in Europa] ist ungewöhnlich«, berichtete Oberst Edward House dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson im Mai 1914 von Berlin aus. »Es herrscht der völlig toll gewordene Militarismus.«[606] Die Anschauungen von House waren zum Teil womöglich durch eine persönliche Erfahrung geprägt: Er war ein »politischer Oberst« nach amerikanischem Muster. Der Rang in der Bürgerwehr von Texas war ihm für seine politischen Verdienste in dem US-Staat verliehen worden. Als der Oberst jedoch nach Berlin kam, hielten die Deutschen ihn für einen Militär und setzten ihn bei Banketten immer neben Generäle. Seine Feststellung einer Dominanz des Militarismus könnte ein Stück weit auch auf dieses unglückliche Missverständnis zurückzuführen sein.[607] Wie dem auch sei, das Vorkriegseuropa bot von der anderen Seite des Atlantiks aus betrachtet ohne Zweifel ein merkwürdiges Spektakel. Hohe Staatsdiener, Kaiser und Könige wohnten öffentlichen Veranstaltungen in Uniform bei; große Paraden waren ein fester Bestandteil der öffentlichen Manifestation der Macht; prächtig erleuchtete Flottenschauen zogen riesige Menschenmengen an und füllten die Seiten der Illustrierten; die Armeen aus Wehrpflichtigen wuchsen zu einem

männlichen Mikrokosmos der Nation heran; die Zurschaustellung von Militaria hielt in das öffentliche und private Leben selbst der kleinsten Gemeinschaften Einzug. In welcher Hinsicht prägte dieser »Militarismus« die Entscheidungen, die Europa 1914 in den Krieg führten? Hatte die Julikrise ihre Wurzeln, wie manche Historiker argumentieren, in dem Verzicht auf Verantwortung durch zivile Politiker und der Usurpierung der politischen Macht durch die Generäle?

Man kann mit Sicherheit von einer Auseinandersetzung zwischen Soldaten und Zivilisten innerhalb der Regierungen vor dem Krieg sprechen: Es ging schlichtweg um Geld. Die Kosten für Verteidigung machten einen beträchtlichen Teil der Staatsausgaben aus. Militärs, die unbedingt ihre Ausrüstung, die Ausbildung der Rekruten und die Infrastruktur verbessern wollten, mussten sich (genau wie heute) mit zivilen Politikern um die Verwendung staatlicher Mittel streiten. Umgekehrt trachteten Finanzminister und ihre politischen Verbündeten danach, im Namen der Haushaltsdisziplin oder Konsolidierung der Staatsfinanzen die Rüstungsausgaben zu senken. Wer sich bei diesen Streitigkeiten durchsetzte, hing von der Struktur der institutionellen Umgebung und der herrschenden inneren und internationalen politischen Konstellation ab.

Bis 1908 fiel es den russischen Generälen wegen der chaotischen Organisation des Oberkommandos schwer, die Regierung wirksam unter Druck zu setzen. Von 1908 an, als durch Reformen in der Militärverwaltung eine stärker gebündelte Struktur entstand, verschob sich jedoch das Gleichgewicht. Der Kriegsminister wurde zum höchsten Regierungsvertreter für Verteidigung, der das Exklusivrecht hatte, dem Zaren über militärische Angelegenheiten zu berichten.[608] Seit 1909 entwickelte sich eine geradezu historische Rivalität zwischen dem neuen Kriegsminister Wladimir Suchomlinow (der im Juli 1914 immer noch im Amt war) und dem willensstarken konservativen Finanzminister Wladimir Kokowzow. Mit der Rückendeckung des einflussreichen Ministerpräsidenten Pjotr Stolypin hatte der Anhänger einer fiskalen Verantwortung und wirtschaftlichen Entwicklung Kokowzow routinemäßig die Haushaltsentwürfe Suchomlinows blockiert oder gekürzt. Die beruflichen Meinungsverschiedenheiten

verwandelten sich schon bald in persönlichen Hass.[609] Suchomlinow hielt Kokowzow für »engstirnig, geschwätzig und selbstsüchtig«; Kokowzow warf dem Kriegsminister (mit größerer Berechtigung) Unfähigkeit, Unverantwortlichkeit und Bestechlichkeit vor.[610]

Kokowzows deutsches Gegenstück war Adolf Wermuth, der Schatzminister von 1909 bis 1911, der mit der Unterstützung des Kanzlers Bethmann Hollweg hart daran arbeitete, den Reichshaushalt wiederum auszugleichen und die Staatsschulden abzubauen. Wermuth kritisierte scharf die verschwenderischen Ausgaben unter Tirpitz und beschwerte sich häufig über die Verantwortungslosigkeit des Marinesekretärs, genau wie sich Kokowzow über Suchomlinows verschwenderischen Umgang mit dem Militärhaushalt beklagte.[611] Der Grundsatz des deutschen Schatzmeisters lautete: »Keine Ausgabe ohne Deckung.«[612] Darüber hinaus bestand auch eine dauerhafte Spannung zwischen dem Stabschef und dem Kriegsminister, weil die Forderungen nach einem höheren Budget des Ersteren häufig von Letzterem abgelehnt oder bekämpft wurden.[613] Eine aktuelle Studie hat sogar die These aufgestellt, dass die berühmte Denkschrift von 1905, in der der Generalstabschef Alfred von Schlieffen eine massive Offensive im Westen skizzierte, kein »Kriegsplan« an sich gewesen sei, sondern ein Gesuch um höhere staatliche Mittel – unter anderem sah Schlieffens Plan den Einsatz von 81 Divisionen vor, mehr als die deutsche Armee selbst im mobilisierten Zustand damals hatte.[614] Die Frage der Finanzierung wurde im Deutschen Reich noch dadurch erschwert, dass die direkten Steuereinnahmen laut der bundesstaatlichen Verfassung den Mitgliedstaaten zuflossen, nicht der Reichsregierung. Der dezentrale Aufbau des Deutschen Reiches erlegte den Verteidigungsausgaben eine fiskale Beschränkung auf, für die es in Großbritannien, Frankreich oder Russland kein Gegenstück gab.[615]

Allerdings wurde der Konflikt um Mittel in Deutschland durch den Umstand gemildert, dass das Militärbudget nur in Intervallen von fünf Jahren dem Parlament vorgelegt wurde – ein sogenanntes *Quinquennat.* Weil hohe Militärs das Quinquennat als Mittel schätzten, die Armee vor der ständigen Einmischung durch das Parlament zu bewahren, scheuten sie sich, das

System zu gefährden, indem sie hohe zusätzliche Zuwendungen forderten. Dieses System diente als starker Anreiz zur Selbstbeschränkung. Wie der preußische Kriegsminister Karl von Einem im Juni 1906 beobachtete, war das Quinquennat zwar eine lästige Regelung, aber sie war dennoch nützlich, weil die heftige und unablässige Agitation gegen die Existenz der Armee, die mit jeder Aufstockung des Militärs aufkomme, nur noch gefährlicher würde, wenn man alljährlich darüber diskutierte.[616] Gerade im Jahr 1911, als das Militärbudget erneut zur Diskussion stand und Stabschef Moltke und Kriegsminister Heeringen gemeinsam eine deutliche Aufstockung forderten, sorgten Schatzmeister Wermuth und Kanzler Bethmann Hollweg mit ihrem Widerstand dafür, dass die anschließende Steigerung der Friedensstärke der Armee sehr bescheiden ausfiel (10000 Mann).[617]

Analoge Spannungen waren damals in jeder europäischen Exekutive zu beobachten. In Großbritannien warben die Liberalen im Jahr 1906 mit dem Versprechen, die riesigen Rüstungsausgaben der Jahre des Burenkrieges zu kürzen, mit dem Wahlspruch »Frieden, Kürzungen und Reform« (und gewannen die absolute Mehrheit). Haushaltsbedingte Beschränkungen waren ein wichtiger Faktor für die Entscheidung, eine Verständigung mit Frankreich und Russland anzustreben. Das hatte etwa die Konsequenz, dass das Budget für die britische Marine zwar weiterhin anstieg (die britischen Ausgaben für den Flottenbau waren 1904 dreimal so hoch wie die deutschen und selbst 1913 noch mehr als doppelt so hoch), die Ausgaben für das Heer jedoch in den Vorkriegsjahren konstant blieben. Kriegsminister Haldane war somit gezwungen, sich auf Einsparmöglichkeiten und Reorganisation zu beschränken statt auf Expansion.[618] In Österreich-Ungarn brachte die unruhige innenpolitische Lage in der Doppelmonarchie nach der Jahrhundertwende die Entwicklung des Militärs fast völlig zum Erliegen, weil im ungarischen Parlament Verfechter einer Autonomie danach trachteten, der gemeinsamen Armee der Monarchie ungarische Steuereinnahmen und Rekruten vorzuenthalten. In diesem Umfeld wurden Vorschläge für höhere Militärausgaben durch endlose Parlamentsdebatten zermürbt, und das habsburgische Heer siechte in einem Zustand ständiger Stagnation vor sich hin, wie ein österreichischer Stabschef einmal sagte. Das

war ein Grund, weshalb Österreich-Ungarn noch im Jahr 1912 lediglich 2,6 Prozent seines Nettosozialprodukts für Verteidigung ausgab – ein so niedriger Anteil wie bei keiner anderen europäischen Macht damals und mit Sicherheit weniger, als die Volkswirtschaft sich hätte leisten können (die Zahlen für Russland, Frankreich und Deutschland betrugen in jenem Jahr 4,5, 4,0 beziehungsweise 3,8 Prozent).[619]

In Frankreich hatte die Dreyfus-Affäre der neunziger Jahre den zivil-militärischen Konsens der Dritten Republik zerstört. Die oberen Etagen der Armee, die als Bollwerk der klerikalen und reaktionären Haltungen galten, standen in der Öffentlichkeit fortan unter Generalverdacht, insbesondere in den Augen der republikanischen und antiklerikalen Linken. Im Zuge des Skandals strebten drei aufeinanderfolgende Regierungen der Radikalen ein Programm einer aggressiven »republikanisierenden« Militärreform an, vor allem unter den Ministerpräsidenten Émile Combes (1903–1905) und Georges Clemenceau (1906–1909). Die staatliche Aufsicht über die Armee wurde verschärft, der zivile Kriegsminister bekam mehr Macht gegenüber den regulären Befehlshabern, und der Wehrdienst wurde im März 1905 – gegen den Rat von Militärexperten – von drei auf zwei Jahre verkürzt, mit dem Ziel, die politisch suspekte »Prätorianergarde« der Dreyfus-Ära zu einer »Bürgerarmee« ziviler Reservisten für die Landesverteidigung in Kriegszeiten umzuwandeln.

Erst in den letzten Jahren vor dem Krieg kippte die Stimmung allmählich wiederum zugunsten des französischen Militärs. In Frankreich wurde im Jahr 1911, wie schon zuvor in Russland, die Armeeführung schlanker gemacht, und der Generalstabschef Joseph Joffre wurde zum Regierungsvertreter ernannt, der für die Planung in Friedenszeiten zuständig war und im Krieg das Oberkommando über das Hauptheer führte. Die »lange und schmerzliche Geschichte« des Ringens um höhere Mittel ging weiter, aber in den Jahren 1912 bis 1914 schuf die militärfreundliche Haltung der Regierung Poincaré und danach der Präsidentschaft Poincarés, verstärkt durch umfassende Neuorientierungen in der französischen Politik und Meinung, ein Umfeld, das eine Aufrüstung begünstigte.[620] Im Jahr 1913 war es bereits politisch denkbar, die Rückkehr zu einem dreijährigen Wehrdienst zu fordern, wenn

auch gegen den Protest des Finanzministers Louis-Lucien Klotz, der die Meinung vertrat, eine Verstärkung der Grenzbefestigungen sei billiger und wirkungsvoller.[621] Auch in Deutschland spornte die gehobene Stimmung nach der Marokkokrise Kriegsminister Josias von Heeringen und Stabschef Helmuth von Moltke an, eindringlicher eine Aufstockung der Armee zu fordern. Von seinem Posten im Reichsschatzamt aus führte Adolf Wermuth ein tapferes Rückzugsgefecht gegen höhere Ausgaben, gab aber im März 1912 auf, nachdem deutlich geworden war, dass seine Politik nicht mehr die breite Unterstützung der Regierung hatte. Die Haushaltsdisziplin der Wermuth-Ära wurde aufgehoben, und die Fürsprecher höherer Ausgaben für das Heer gewannen allmählich die Oberhand über ihre Rivalen von der Marine. Nach einer langen Phase relativen Stillstands katapultierte das Wehrgesetz vom 3. Juli 1913 die deutschen Militärausgaben auf ungeahnte Höhen.[622]

In Russland fiel es Wladimir Kokowzow, der Finanzminister blieb und Pjotr Stolypin nach dessen Ermordung als Ministerpräsident nachfolgte, immer schwerer, die unausgesetzte Lobbyarbeit und die Intrigen des Kriegsministers Suchomlinow abzuwehren. Die Fehde zwischen den beiden Männern spitzte sich auf einem wichtigen Ministertreffen im Frühjahr 1913 zu, als Suchomlinow den Ministerpräsidenten mit einem höheren Budgetvorschlag überrumpelte, über den jeder am Tisch vorab informiert worden war, bis auf Kokowzow selbst. Die Unterstützung des Monarchen war für diese Verschiebung des Kräftegleichgewichts entscheidend. »Bei Ihren Auseinandersetzungen mit Suchomlinow hatten Sie immer Recht«, sagte Nikolaus II. im Oktober 1912 zu Kokowzow. »Aber ich möchte, dass Sie meine Haltung verstehen: Ich habe Suchomlinow nicht unterstützt, weil ich zu Ihnen kein Vertrauen habe, sondern weil ich einem Militärhaushalt die Zustimmung nicht verweigern kann.«[623]

Brachte dieser massive Transfer von Ressourcen auch einen Transfer der Macht oder zumindest des politischen Einflusses mit sich? Bei der Antwort auf diese Frage müssen die verschiedenen Bedingungen berücksichtigt werden, die in den Staaten herrschten. Das Land mit der strengsten zivilen Kontrolle war damals mit Sicherheit Frankreich. Als Joffre im Dezember

1911 seinen neuen strategischen Plan darlegte, der sich in erster Linie auf eine sehr offensive Aufstellung entlang der französisch-deutschen Grenze stützte, teilte Ministerpräsident Joseph Caillaux dem Stabschef knapp mit, dass die Entscheidungsfindung letztlich Sache der zivilen Behörden sei.[624] Die Aufgabe des Stabschefs sei es lediglich, wie Caillaux mehrfach betonte, seinen politischen Herrn und Meister in Fragen zu beraten, die in seinen Wissensbereich fielen. Die Wende zu höheren Militärausgaben und die Entscheidung, in den Jahren 1912 bis 1914 in Joffres offensive Aufstellung zu investieren, ging nicht vom Militär aus, sondern von den Politikern unter der Führung des falkenhaften, aber im Sinne der Verfassung eindeutig zivilen Raymond Poincaré.

In Russland sah die Lage völlig anders aus. Die Existenz des Zaren als Brennpunkt des autokratischen Regierungssystems ermöglichte es hier einzelnen Ministern, sich eine gewisse Autonomie zu verschaffen. Kriegsminister Wladimir Suchomlinow ist ein typisches Beispiel. Zur Zeit seiner Ernennung im Jahr 1909 tobte in St. Petersburg ein Machtkampf um die parlamentarische Kontrolle der Armee. Eine einflussreiche Abgeordnetengruppe versuchte, das Recht der Duma durchzusetzen, die Verteidigungspolitik zu überwachen. Suchomlinow wurde eingeschaltet, um die Duma abzuwehren, ein Einschleichen »ziviler Haltungen« in den militärischen Entscheidungsprozess zu verhindern und das Vorrecht des Zaren zu schützen – eine Rolle, die ihm den Hass der öffentlichen Meinung eintrug, aber starken Rückhalt vom Thron sicherte.[625] Angesichts dieser Rückendeckung des Souveräns konnte es sich der Kriegsminister erlauben, eine Sicherheitspolitik zu formulieren, die sich dramatisch von den offiziellen russischen Verpflichtungen zum Bündnis mit Frankreich unterschied.

Statt den französischen Forderungen nach einem raschen Offensivschlag gegen Deutschland in der ersten Phase der Mobilisierung nachzukommen, verlegte Suchomlinows Reorganisation von 1910 das Augenmerk der russischen Truppenaufstellungen weg von den westlichen Grenzbereichen im polnischen Ausläufer an Orte im russischen Hinterland. Das Ziel war, ein besseres Gleichgewicht zwischen Truppenstärke und Bevölkerungsdichte zu erreichen und eine Streitkraft zu bilden, die notfalls auch am östlichen

Schauplatz eingesetzt werden konnte. Der äußerste Westen sollte in der ersten Phase der Feindseligkeiten dem Gegner überlassen werden, bis zu einer massiven, vereinten Gegenoffensive durch die russischen Streitkräfte.[626] Es sieht nicht so aus, als hätte man sich in irgendeiner Form darum bemüht, diese Neuerung mit dem Außenministerium abzustimmen. Französische Militärexperten waren anfangs entsetzt über den neuen Plan, der in ihren Augen dem französisch-russischen Bündnis die militärische Initiative gegen Deutschland entzog. Die Russen gingen am Ende auf die französischen Befürchtungen ein, aber es ist dennoch bemerkenswert, dass Suchomlinow genügend Unabhängigkeit besaß, eine Politik auszuarbeiten und umzusetzen, die anscheinend dem Wesen des Bündnisses mit Frankreich, also dem Kern der russischen Außenpolitik widersprach.[627]

Mit der Rückendeckung des Zaren gelang es Suchomlinow auch, die Autorität des Ministerpräsidenten Kokowzow zu untergraben, nicht nur indem er ihn wegen des Militärhaushalts herausforderte, sondern auch indem er einen feindseligen Block im Ministerrat aufbaute. Und das verschaffte dem Kriegsminister wiederum eine Plattform, von der aus er seine Ansichten zur russischen Sicherheitslage präsentieren konnte. In einer Reihe wichtiger Treffen in der vierten Novemberwoche 1912 legte Suchomlinow seine Anschauung dar, dass ein Krieg unvermeidlich sei: »Und es wäre besser für uns, ihn so früh wie möglich zu beginnen«; ein Krieg werde, so argumentierte er, Russland »nur Vorteile bringen«. Diese abstrusen und abwegigen Behauptungen erstaunten den zurückhaltenden Kokowzow.[628] Doch Suchomlinow war nur deshalb dazu imstande, weil er die Unterstützung anderer ziviler Minister (Ruchlow, Maklakow, Schtscheglowitow) und vor allem des einflussreichen Alexander Kriwoschein hatte, des Landwirtschaftsministers und Vertrauten des Zaren. In den letzten Monaten des Jahres 1912 entstand innerhalb des Ministerrats eine »Kriegspartei« unter Führung von Suchomlinow und Kriwoschein.[629]

Auch in Deutschland verschaffte der prätorianische Charakter des Systems dem Militär einen gewissen Handlungsspielraum. Zentrale Persönlichkeiten wie der Stabschef konnten eindeutig phasenweise Einfluss auf die Entscheidungsfindung nehmen, insbesondere in verschärften Krisenzeiten.[630]

Welche Aussagen die Militärs machten, lässt sich vergleichsweise einfach ermitteln. Das Gewicht ihrer Ratschläge bei der Entscheidungsfindung zu beurteilen, ist hingegen nicht ganz so einfach, vor allem in einem Umfeld, in dem es nicht unbedingt zu einem offenen Konflikt zwischen militärischen und zivilen Amtsinhabern kommen musste, weil ein kollegiales Entscheidungsgremium wie der russische Ministerrat fehlte.

Eine Möglichkeit, die Wechselwirkung zwischen militärischer und ziviler Entscheidungsfindung zu erkennen, ist ein Blick auf das Verhältnis zwischen dem offiziellen diplomatischen Apparat aus Botschaftern, Gesandten und Gesandtschaftssekretären und dem parallelen Netz aus Militär- und Marineattachés unter Aufsicht des Generalstabs und der Admiralität, deren Sichtweise der Ereignisse gelegentlich von der des offiziellen diplomatischen Netzes abwich. Ein Beispiel: Im Oktober 1911 schickte Wilhelm Widenmann, der deutsche Marineattaché in London, einen alarmierenden Bericht nach Berlin. Britische Marineoffiziere würden, so Widenmann, inzwischen offen zugeben, dass England »seine ganze Flotte« während der Marokkokrise im Sommer mobilisiert habe. England habe, so schien es, »nur auf das Signal von französischer Seite [gewartet], um über Deutschland herzufallen«. Und zu allem Überfluss sei nun »ein skrupelloser, ehrgeiziger und unzuverlässiger Demagoge wie Winston Churchill« der neue Erste Seelord. Aus diesem Grund müsse sich Deutschland auf die Möglichkeit eines unprovozierten Angriffs gefasst machen, nach dem Muster der britischen Vernichtung der dänischen Flotte in Kopenhagen im Jahr 1807. Eine weitere Aufrüstung der Flotte sei unerlässlich, weil in England »nur eins imponiere: Ein festes Ziel und ein unerschütterlicher Wille, es zu erreichen«.[631] Diese Depeschen wurden an Wilhelm II. weitergeleitet, der sie mit hocherfreuten Kommentaren (»richtig«, »richtig!«, »vorzüglich« und so weiter) vollkritzelte. Die ganze Angelegenheit war eigentlich nichts Besonderes – Widenmann reagierte zum Teil auf das, was er in London beobachtet hatte –, aber dahinter verbarg sich die Absicht, zu verhindern, dass der Generalstab in Berlin die Marokkokrise womöglich nutzte, um die finanzielle Vorherrschaft der Marine in Frage zu stellen.[632]

Die Bedeutung der Berichte Widenmanns lag weniger in ihrem Inhalt oder

in den Reaktionen des Kaisers, sondern in der Antwort des Kanzlers und des Außenministers. Empört über diese paradiplomatische Panikmache ersuchte Bethmann Hollweg den deutschen Botschafter in London Graf Metternich, eine Gegendepesche zu verfassen, die Widenmanns Argumente widerlegte. Metternich antwortete mit einem Bericht, der Widenmanns Behauptungen differenzierte. Es sei zwar richtig, dass »ganz England« im Sommer 1911 »auf einen Krieg gefasst« gewesen sei, doch das bedeute noch lange nicht, dass die Bereitschaft zu aggressiven Handlungen vorhanden gewesen sei. Auf jeden Fall würden solche Entscheidungen, stellte Metternich fest – und das war der springende Punkt –, in England weder von Heeres- oder Marineoffizieren noch von Kriegsministern oder dem Ersten Seelord entschieden, sondern von einem Kabinett, das aus verantwortungsbewussten Ministern zusammengesetzt sei. »Flotte und Heer werden hier«, so erklärte Metternich, »als wichtigste Einsätze der Politik, als Mittel zum Zweck, nicht aber als Bestimmer des politischen Kurses betrachtet.« Auf jeden Fall wollten die Engländer inzwischen unbedingt die Spannungen vom Sommer begraben, und die deutsche Regierung solle deshalb eine Verbesserung der Beziehungen zu London anstreben.[633]

Dieses Mal war der Kaiser nicht so glücklich: »Falsch!«, »Quatsch«, »unglaubliches Blech!«, »Hasenfuß« lauteten die Notizen am Rand des Dokuments. »Ich stimme dem Urteil des Botschafters nicht bei! Der Marineattaché hat Recht!«[634] Das Merkwürdige an diesen beiden widersprüchlichen Depeschen ist, dass beide weiterhin die Politik prägten: Der Kaiser nahm den Widenmann-Bericht als Vorwand, ein weiteres Flottengesetz zu fordern; Bethmann Hollweg hingegen hielt an der Politik der Entspannung fest, die Metternich empfahl. Ein hoher Befehlshaber machte später sinngemäß folgende Beobachtung: »Der Kaiser machte eine, der Kanzler eine andere Politik, und der Generalstab seine Antworten für sich.«[635]

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als könnten wir eine Trennlinie zwischen den demokratischen, parlamentarischen Staaten Großbritannien und Frankreich auf der einen Seite, wo zivile Entscheidungsträger das Sagen

hatten, und den autoritäreren Verfassungen von Russland, Österreich und Deutschland auf der anderen Seite ziehen, wo ungeachtet gradueller Unterschiede bei der Parlamentarisierung Militärs von einer gleich hohen oder gar höheren Warte aus mit ihren zivilen Kollegen um politischen Einfluss stritten – nämlich dank ihres privilegierten Zugangs zum Souverän. Die Realität war jedoch komplexer, als eine derartige Dichotomie nahelegen würde. In Frankreich bewirkte die Umstrukturierung des Militärs nach 1911 eine außerordentliche Konzentration der Autorität in den Händen des Stabschefs Joffre, das ging so weit, dass er eine stärkere Macht über die Streitkräfte hatte als sein aristokratischer, militaristischer deutscher Gegenspieler Helmuth von Moltke. Und damit nicht genug: Die neuen französischen Maßnahmen verschafften der Armee eine fast vollständige Autonomie innerhalb des Staates – auch wenn diese Autonomie, im Gegensatz zu der der deutschen Armee, auf die Kooperation und Unterstützung der zuständigen zivilen Minister angewiesen war.[636]

Auch in Großbritannien wurde die Vertiefung der Entente mit Frankreich vom Militär vorangetrieben, nicht von Verhandlungen und Vereinbarungen unter Zivilisten. Wir haben bereits gesehen, wie eifrig führende Militärs in Großbritannien Frankreich während der ersten Marokkokrise 1905/06 ihre Unterstützung anboten. Und es ist keineswegs sicher, dass sich die führenden britischen Militärs in der Rolle des willfährigen Dieners ihrer politischen Herren sahen. Wilson handelte nicht einfach nur auf Anweisungen hin; er hatte seine eigenen Anschauungen zur militärischen Rolle Großbritanniens bei einem künftigen kontinentalen Krieg und forderte nachdrücklich eine militärische Konfrontation. Wie seine Kollegen auf dem Kontinent verachtete auch Wilson zivile Politiker und hielt sie für völlig unfähig, militärische Angelegenheiten zu begreifen. Sir Edward Grey sei, schrieb er in sein Tagebuch, »ein ignoranter, eitler und schwacher Mann, völlig ungeeignet für den Posten des Außenministers eines beliebigen Landes, das größer als Portugal ist«. Was das übrige liberale Kabinett anging, so waren sie nicht mehr als »dreckige, ahnungslose Köter«. Die ganze Vorstellung einer zivilen Lenkung der Armee war »in der Theorie tückisch und in der Praxis hoffnungslos«.[637] Zutiefst konservativ in seinen Ansichten, intrigierte Wilson

massiv gegen eine liberale politische Führung, die er verachtete. Über seinen engen Vertrauten, den ständigen Staatssekretär Sir Arthur Nicolson, verschaffte er sich aus dem Foreign Office Informationen und leitete sie an seine Verbündeten in der Konservativen Partei weiter. Mit Generalmajor Henry Wilson besaß Großbritannien »seine eigene Version« eines Conrad von Hötzendorf in Österreich-Ungarn oder Apis in Serbien.[638] Die militärischen Gespräche mit Frankreich waren nicht allein wegen des Drucks, den sie auf die zivile Führung ausübten, wichtig, sondern auch weil sie, schon dank ihres Zustandekommens, augenscheinlich eine moralische Verpflichtung mit sich brachten, im Fall eines Krieges gegen Deutschland an der Seite Frankreichs zu kämpfen. Die Militarisierung der Entente förderte somit die immer weiter wachsende Diskrepanz zwischen der britischen Militärplanung und einer offiziellen diplomatischen Haltung zutage, für die alle mit dem Begriff »Bündnis« assoziierten Pflichten immer noch tabu waren.

Im Zusammenhang mit dem französischen Bündnis mit Russland spielte sich etwas ganz Ähnliches ab. Die Bemühungen der französischen Militärbefehlshaber, die Auswirkungen des Stationierungsplans von 1910 aufzuheben, hatten eine Verstärkung der gegenseitigen Abhängigkeit der Militärplanung in den beiden verbündeten Staaten zur Folge – ein vom Militär gelenkter, aber von der zivilen Führung gebilligter Prozess. Aber genau wie die Zivilisten diesen Prozess genehmigten, konnten sie nicht verhindern, dass er die Parameter verschob, innerhalb derer politische Entscheidungen getroffen wurden. Als die Franzosen bei den jährlichen gemeinsamen französisch-russischen Generalstabstreffen verlangten, dass die Russen einen großen Teil des geliehenen Geldes für die Sanierung ihrer strategisch wichtigen Eisenbahnen nach Westen verwendeten, hatte dies zur Folge, dass sich das Kräftegleichgewicht in St. Petersburg von Kokowzow hin zu seinen Gegnern im russischen Oberkommando verschob. Vermutlich hatte Kokowzow ganz Recht, wenn er den Militärs vorwarf, sie würden mit Hilfe ihrer übergreifenden Beziehungen innerhalb des Bündnisses lediglich ihren eigenen Einfluss innerhalb des russischen politischen Systems stärken.[639]

Umgekehrt hatten die Forderungen der Russen an ihre französischen Bündnispartner potenziell weitreichende Konsequenzen für die französische Innenpolitik. Im Jahr 1914, als die Russen mahnten, dass jede Kürzung des Wehrdienstes den Wert Frankreichs als Bündnispartner verringern würde, ließen sie den führenden Staatsmännern des Landes keine andere Wahl als einen Schritt zu unterstützen (die dreijährige Dienstzeit), der in der französischen Wählerschaft umstritten war. Selbst die kleinsten technischen Details der operativen Planung konnten zur Lunte für einen politischen Sprengsatz werden.[640] In Frankreich gab sich eine kleine Gruppe wichtiger Entscheidungsträger große Mühe, das Ausmaß und den Charakter der strategischen Verpflichtungen des Bündnisses vor denjenigen (in erster Linie Radikale und Radikale Sozialisten) geheim zu halten, die aus politischen Gründen Einspruch erheben könnten. Diskretion war vor allem Anfang 1914 dringend notwendig, als Poincaré in Zusammenarbeit mit dem Militär den im Kern offensiven Charakter der französischen strategischen Planung vor einem Kabinett, einem Abgeordnetenhaus und einer Öffentlichkeit verheimlichte, die zunehmend zu einem defensiven Ansatz neigten. Poincaré wahrte in dieser Frage eine so extreme Verschwiegenheit, dass er und Joffre sogar dem Kriegsminister Adolphe Messimy die Details des neuen französischen Einsatzplans vorenthielten.[641] Im Frühjahr 1914 war die Verpflichtung zu einer koordinierten französisch-russischen Militärstrategie zu einer potenziell brisanten Kraft in der Politik geworden, weil sie Frankreich zwang, an einer militärischen Planung und Vorbereitung festzuhalten, deren öffentliche Legitimierung fraglich war. Wie lange Poincaré diesen Drahtseilakt noch durchgehalten hätte, werden wir nie erfahren, weil die Frage nach dem Kriegsausbruch im Sommer 1914 obsolet war.

Somit kann man von zwei gegensätzlichen Prozessen sprechen: einem, durch den die Initiative zu einem beträchtlichen Teil an eine laut Verfassung untergeordnete Militärführung überging, und einem zweiten, in dem ein prätorianisches Militär, das nach der Verfassung eine gewisse Unabhängigkeit genoss, von den Politikern eingedämmt, gesteuert oder abgelenkt wurde. Moltkes Rufe nach einem Präventivkrieg wurden von

Kaiser Wilhelm II. und den zivilen Führungspersonen ebenso abgeblockt wie Conrads von Kaiser Franz Joseph, Erzherzog Franz Ferdinand und Leopold von Berchtold.[642] Kokowzow schaffte es, zumindest eine Zeitlang, geschickt die ambitionierten Initiativen des Kriegsministers zu stoppen. Ende 1913 versuchte Suchomlinow, Kokowzow, den damaligen Ministerpräsidenten und Finanzminister, völlig aus den Überlegungen zum Militärhaushalt auszuschließen. Allerdings erkannte der Ministerrat, dass der herrschsüchtige Kriegsminister zu weit gegangen war, und lehnte den Antrag ab.[643] In Russland, Deutschland und Österreich, Großbritannien und Frankreich blieb die militärische Planung letztlich den politischen und strategischen Zielen der zivilen Führungen untergeordnet.[644]

Dennoch: Ungeklärte Fragen zum Kräfteverhältnis zwischen zivilen und militärischen Gruppierungen und zu ihrem jeweiligen Einfluss auf den Entscheidungsprozess verschleierten weiterhin die Beziehungen unter den Regierungen der Großmächte. Die europäischen Mächte gingen allesamt von der Existenz einer Gruppe militärischer Falken innerhalb jeder Regierung eines künftigen Gegners aus und versuchten verzweifelt herauszufinden, wie viel Einfluss die Gruppe hatte. Anfang Februar 1913, als die Spannungen zwischen Österreich und Russland wegen der Balkanpolitik zunahmen, räumte der russische Außenminister Sasonow in einem Gespräch mit Graf Pourtalès, dem deutschen Botschafter in St. Petersburg, ein, dass der österreichisch-ungarische Außenminister, den er aus seinen Tagen in St. Petersburg persönlich kannte, ein Mann mit friedliebenden Intentionen und Anschauungen sei. Aber war er auch stark genug, dem Druck seitens des Generalstabschefs General Conrad von Hötzendorf standzuhalten, dessen kriegerische Pläne der russischen militärischen Aufklärung nur allzu bekannt seien? Und selbst wenn Berchtold, zumindest vorläufig, noch das Sagen hatte, könnte die Macht nicht in die Hände des Militärs geraten, wenn die Doppelmonarchie schwächer wurde und nach immer radikaleren Lösungen Ausschau hielt?[645] Diese Mutmaßungen waren in gewisser Hinsicht auch eine Projektion. Sasonow hatte mit eigenen Augen den Machtkampf zwischen Suchomlinow und Kokowzow beobachtet und unlängst verfolgt, dass der Stabschef Russland an den Rand eines Krieges gegen Österreich-

Ungarn geführt hatte. Er wusste besser als jeder andere, wie labil das Verhältnis zwischen militärischen und zivilen Entscheidungsträgern sein konnte. In einer feinsinnigen Analyse der Stimmung in St. Petersburg erkannte Pourtalès eine Art von Gleichgewicht zwischen kriegerischen und pazifistischen Elementen: »Ebenso wie es an Persönlichkeiten fehlt, bei denen man voraussetzen könnte, dass sie zugleich das Streben und den Einfluss hätten, Russland in kriegerische Abenteuer zu stürzen, ebenso fehlt es auch hier an Männern, deren Stellung und Einfluss stark genug sind, um das Vertrauen zu erwecken, dass sie auf eine Reihe von Jahren hinaus die russische auswärtige Politik zielbewusst in friedlichen Bahnen werden leiten …«[646] Kokowzows Analyse der gleichen Frage war nicht so optimistisch. In seinen Augen verbrachte der Zar immer mehr Zeit in der Gesellschaft der »Militärkreise«, deren »vereinfachende Anschauungen immer mehr Kraft gewännen«.[647]

Die spezifische Schwierigkeit, diese Beziehungen von außen zu beurteilen, wurde noch dadurch gesteigert, dass zivile Politiker durchaus nicht abgeneigt waren, die Existenz einer »Kriegspartei« auszunutzen (oder gar zu erfinden), um ihren eigenen Argumenten größeres Gewicht zu verleihen: So ließen die Deutschen während der Haldane-Mission von 1912 etwa die Briten bewusst in dem Glauben, die Berliner Regierung sei in Tauben und Falken gespalten und dass britische Zugeständnisse dem Kanzler Bethmann Hollweg gegen die kriegerischen Elemente in Berlin den Rücken stärken würden. Im Mai 1914 wählten sie die gleiche Taktik, als sie (über eine Reihe »lancierter« Presseartikel) behaupteten, dass eine Fortsetzung der britisch-russischen Flottengespräche lediglich den Einfluss der Militaristen gegenüber der gemäßigten zivilen Führung stärken würde.[648] In diesem Fall wurde, wie in anderen Feldern der Kommunikation zwischen Regierungen, die Wandelbarkeit der Beziehungen zwischen ziviler und militärischer Führung innerhalb der jeweiligen Systeme durch falsche Wahrnehmungen und falsche Darstellungen vergrößert.

Presse und öffentliche Meinung

»Die meisten Konflikte, welche die Welt im Laufe der letzten Jahrzehnte gesehen hat«, erklärte der deutsche Reichskanzler Bernhard von Bülow im März 1909 vor dem deutschen Parlament, »sind nicht hervorgerufen worden durch fürstliche Ambitionen oder ministerielle Umtriebe, sondern durch leidenschaftliche Erregung der öffentlichen Meinung, die durch Presse und Parlament die Exekutive mit sich fort riss.«[649] Steckt in Bülows Behauptung ein Körnchen Wahrheit? Lag das eigentliche Machtzentrum, das damals die Außenpolitik gestaltete, jenseits der Kanzleien und Ministerien in der Welt der Lobbygruppen und politischen Presse?

Eines lässt sich nicht bestreiten: In den letzten Jahrzehnten vor Kriegsausbruch war eine dramatische Expansion der politischen öffentlichen Sphäre und der allgemeinen Diskussion von Fragen, die mit internationalen Beziehungen zu tun hatten, zu beobachten. In Deutschland tauchte eine Reihe nationaler Lobbygruppen auf, die es sich zum Ziel setzte, die Stimmung der Bevölkerung zu kanalisieren und die Regierung unter Druck zu setzen. Als Folge wandelten sich die Substanz und der Stil der politischen Kritik, die immer demagogischer und, was die Ziele anging, diffuser und extremer wurde. Regierungen sahen sich somit immer häufiger in die Defensive gedrängt und mussten sich gegen Vorwürfe wehren, sie hätten nicht energisch genug die nationalen Ziele verfolgt.[650] Auch in Italien sind die Anfänge einer selbstbewussteren und anspruchsvolleren politischen Öffentlichkeit zu beobachten: Unter dem Einfluss des Ultranationalisten Enrico Corradini und des Demagogen Giovanni Papini wurde im Jahr 1910 Italiens erste nationalistische Partei, die Associazione Nazionaliste Italiana, gegründet. Über ihre Abgeordneten im Parlament und ihr Organ *L'Idea Nazionale* forderte sie die sofortige »Repatriierung« der italienisch besiedelten Territorien entlang der Adriaküste Österreich-Ungarns und war auch bereit, einen Krieg zu billigen, falls kein anderes Mittel ausreichte. Im Jahr 1911 beschäftigten selbst gemäßigtere Blätter wie *La Tribuna* aus Rom und *La Stampa* aus Turin nationalistische Journalisten.[651] Noch stärker als in Deutschland herrschte hier ein großes Konfliktpotenzial mit einer Regierung, die verpflichtet war, widersprüchliche Prioritäten miteinander in Einklang zu bringen.[652] Auch in Russland kam in den letzten Jahrzehnten des 19.

Jahrhunderts eine Massenpresse auf: Im Jahr 1913 verkaufte *Russkoje Slowo*, die meistverkaufte Tageszeitung Moskaus, bis zu 800000 Exemplare täglich. Die Zensur war zwar noch in Kraft, aber die Behörden gestatteten eine relativ ungehinderte Diskussion auswärtiger Angelegenheiten (solange die Artikel nicht direkt den Zaren oder seine Minister kritisierten), und viele wichtige Tageszeitungen stellten pensionierte Diplomaten für Beiträge zur Außenpolitik ein.[653] Nach der Bosnienkrise wurde außerdem die russische öffentliche Meinung immer anmaßender – vor allem in der Balkanpolitik – und regierungsfeindlicher.[654] Und in Großbritannien tischte die aufkommende Boulevardpresse ihren Lesern ein reichhaltiges Menü aus Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit, Panikmache und Kriegshetze auf. Während des Burenkrieges verkaufte die *Daily Mail* eine Million Exemplare täglich; im Jahr 1907 betrug die Auflage immer noch zwischen 850000 und 900000 im Durchschnitt.

Monarchen, Minister und hohe Staatsbeamte hatten also allen Grund, die Presse ernst zu nehmen. In parlamentarischen Systemen kann man davon ausgehen, dass sich positive Publicity in Wählerstimmen niederschlägt, negative Berichterstattung hingegen Wasser auf den Mühlen der Opposition ist. In autoritäreren Systemen war öffentliche Unterstützung ein unverzichtbarer Ersatz für demokratische Legitimierung. Manche Monarchen und Politiker waren geradezu besessen von der Presse und verbrachten Tag für Tag Stunden damit, die Artikel durchzugehen. Wilhelm II. war ein Extremfall, aber seine Empfindlichkeit gegenüber öffentlicher Kritik war keineswegs ungewöhnlich.[655] »Wenn wir das Vertrauen der öffentlichen Meinung in unsere Außenpolitik verlieren«, hatte Zar Alexander III. seinem Außenminister Lamsdorf gesagt, »dann ist alles verloren.«[656] Im Europa des beginnenden 20. Jahrhunderts hätte wohl kein einziger Regierungsvertreter bestritten, dass die Presse bei der Gestaltung der Außenpolitik eine Rolle spielte. Aber ließen sie sich von ihr mitreißen?

Die intensive Beschäftigung mit der veröffentlichten Meinung entbehrte nicht einer gewissen Ambivalenz. Minister, Beamte und Monarchen hielten die Presse für einen Spiegel und Kanal für die Stimmung und Haltung der Bevölkerung, ja fürchteten sie deshalb gelegentlich sogar. Denn jeder

Außenminister wusste genau, wie es war, wenn man sich einer feindlichen Pressekampagne ausgesetzt sah, auf die man keinerlei Einfluss hatte: Grey wurde 1911 zur Zielscheibe des Spottes der liberalen Presse, Kiderlen-Wächter wurde in den nationalistischen Zeitungen nach der zweiten Marokkokrise angegriffen, der Kaiser wurde aus unzähligen Gründen lächerlich gemacht, nicht zuletzt wegen seiner vermeintlich zahmen und unentschlossenen Sichtweise der Außenpolitik. Französische Politiker, die allzu großer Nachgiebigkeit gegen Deutschland verdächtigt wurden, konnten wie Joseph Caillaux aus dem Amt gejagt werden. Im Januar 1914 wurden Sasonow und sein Ministerium von der nationalistischen russischen Presse wegen ihrer »Verzagtheit« verunglimpft.[657] Die Angst vor negativer Publicity war ein Grund für die Verschwiegenheit so vieler Außenministerien. Wie Charles Hardinge 1908 in einem Brief an Nicolson, damals britischer Botschafter in St. Petersburg, anmerkte, war es schwierig, Greys Linie einer Annäherung an Russland der britischen Öffentlichkeit zu verkaufen: »Wir mussten die Wahrheit unterdrücken und gelegentlich zu Ausflüchten greifen, um der feindseligen öffentlichen Meinung zu begegnen …«[658] In St. Petersburg war die Erinnerung an den Sturm der Empörung, der Iswolski vernichtet hatte, in der ganzen Vorkriegszeit noch frisch im Gedächtnis.[659]

Die meisten Politiker hatten ein vernünftiges und differenziertes Bild von der Presse. Man erkannte, dass sie schnelllebig war – sie unterlag kurzfristigen Kampagnen, und der Wirbel, den sie verursachte, klang rasch wieder ab. Den Politikern war klar, dass die öffentliche Stimmung von widersprüchlichen Impulsen abhing, dass die Forderungen, die sie an die Regierung hatten, selten realistisch waren; sie sahen, um Theodore Roosevelt hier zu zitieren, dass die öffentliche Meinung für gewöhnlich »ein loses Mundwerk mit der untätigen Hand« kombinierte.[660] Die öffentliche Meinung war hektisch und neigte zur Panik, aber sie war auch extrem veränderlich: Man denke nur daran, wie die traditionelle Anglophobie der französischen Presse während Eduards Besuch in Paris 1903 dahinschmolz. Als der König mit seinem Gefolge vom Bahnhof Porte Dauphine kommend die Champs Élysées entlangfuhr, ertönten Rufe wie »Es lebe Faschoda!«, »Es leben die

Buren!« und »Es lebe Jeanne d'Arc!«, von den feindlichen Schlagzeilen und beleidigenden Karikaturen ganz zu schweigen. Aber binnen weniger Tage nahm der König seine Gastgeber mit bezaubernden Reden und charmanten Kommentaren für sich ein, die rasch von den wichtigsten Zeitungen aufgegriffen wurden.[661] In Serbien ebbte die Woge der nationalen Empörung über Österreichs Veto gegen eine Zollunion mit Bulgarien anno 1906 rasch ab, als den serbischen Bürgern bewusst wurde, dass die Bedingungen des von Österreich-Ungarn angebotenen Handelsvertrags in Wirklichkeit für die serbischen Verbraucher günstiger waren als eine Union mit Sofia.[662] Während der zweiten Marokkokrise von 1911 kam es in Deutschland zu extremen Schwankungen in der öffentlichen Meinung: Anfang September lockte eine Friedensdemonstration in Berlin 100000 Menschen auf die Straße, aber schon wenige Wochen später war die Stimmung nicht mehr so friedlich, was sich etwa in der Entscheidung auf dem Parteitag der Sozialdemokraten in Jena äußerte, im Fall eines Krieges nicht zum Generalstreik aufzurufen.[663] Noch im Frühjahr und Sommer 1914 fielen dem französischen Gesandten in Belgrad die starken Schwankungen in der serbischen Berichterstattung über die Beziehungen zu Österreich-Ungarn auf: Im März und April war es zwar zu heftigen Kampagnen gegen Wien gekommen, doch die erste Juniwoche brachte eine überraschende Entspannung und versöhnliche Stimmung auf beiden Seiten der österreichisch-serbischen Grenze.[664]

Was jene aggressiven ultranationalistischen Organisationen anging, die sich in fast allen europäischen Hauptstädten zu Wort meldeten, so repräsentierten die meisten eine kleine, extremistische Anhängerschar. Es war ein auffälliges Merkmal der meisten kriegerischen ultranationalistischen Lobbygruppen, dass ihre Führungen durch ständige Grabenkämpfe und Spaltungen geschwächt wurden: Der Alldeutsche Verband wurde von inneren Streitigkeiten zerrissen; selbst der weit größere und gemäßigtere Flottenverein litt in den Jahren 1905 bis 1908 unter einem internen »Bürgerkrieg« zwischen regierungsfreundlichen und oppositionellen Gruppen. Die Union des russischen Volkes, eine im August 1906 gegründete chauvinistische, antisemitische, ultranationalistische Organisation, die rund

900 Ableger in Städten in ganz Russland hatte, zerfiel in den Jahren 1908/09 nach heftigen Grabenkämpfen in eine Reihe kleinerer und untereinander feindseliger Gruppierungen.[665]

Es ist immer noch unklar, in welcher Beziehung die öffentliche Meinung innerhalb der eloquenten Eliten mit direktem Zugang zur Presse zu den Anschauungen stand, die unter der Masse der Bevölkerung herrschten. Panikmache und chauvinistische Kampagnen garantierten eine hohe Auflage, aber wie tief waren sie in der Gesellschaft verwurzelt? Es sei ein schwerer Fehler anzunehmen, warnte der deutsche Generalkonsul in Moskau im Dezember 1912, dass die Kampflust und Germanophobie der russischen »Kriegspartei« und slawophilen Presse charakteristisch für die Stimmung im Land seien, denn diese Kreise würden lediglich »in höchst loser Fühlung mit den tatsächlichen Strömungen des russischen Lebens« stehen. Das Problem an der deutschen Berichterstattung über diese Themen sei, so der Konsul, dass sie in der Regel von Journalisten geschrieben würden, die keine Ahnung von Russland und sehr begrenzte soziale Kontakte in die Oberschicht hätten.[666] Im Mai 1913 erkannte der belgische Gesandte in Paris, Baron Guillaume, das Aufblühen »eines gewissen Chauvinismus« in Frankreich. Dieser könne nicht nur in den nationalistischen Zeitungen, sondern auch in Theatern, Kabaretts und Konzerten beobachtet werden, wo zahlreiche Vorführungen chauvinistische Kost zum Besten gaben, die eigens »berechnet sei, um die Gemüter allzu sehr zu erregen«. Er fügte hinzu: »Das wahre Volk Frankreichs billigt diese Manifestationen jedoch keineswegs …«[667]

Sämtliche Regierungen, mit Ausnahme Großbritanniens, unterhielten Presseämter, deren Aufgabe es war, die Berichterstattung über Themen, die Sicherheit und internationale Beziehungen betrafen, sowohl zu überwachen als auch, soweit möglich, zu gestalten. In Großbritannien hielt der Außenminister es anscheinend nicht für nötig, die Öffentlichkeit von den Vorteilen seiner Politik zu überzeugen (oder nur darüber zu informieren), und es gab keine offiziellen Bemühungen, die Presse zu beeinflussen. Viele große Zeitungen erhielten stattliche Zuwendungen, aber sie kamen von privaten oder parteipolitischen Quellen, nicht von der Regierung. Das verhinderte natürlich nicht, dass sich ein dichtes Netz informeller Beziehungen zwischen

Beamten in Whitehall und einflussreichen Journalisten entwickelte.[668] In Italien sah das ganz anders aus. Giovanni Giolitti, der Ministerpräsident von 1911 bis 1914 (zum vierten Mal), bezahlte regelmäßig mindestens dreißig Journalisten dafür, dass sie positiv über seine Politik schrieben.[669] Das russische Außenministerium bekam im Jahr 1906 eine Presseabteilung, und ab dem Jahr 1910 arrangierte Sasonow im Ministerium regelmäßige Treffen zum Tee mit den wichtigsten Chefredakteuren und Duma-Sprechern.[670] Die Beziehungen zwischen den russischen Diplomaten und einigen bevorzugten Zeitungen seien so eng, berichtete ein Journalist im Jahr 1911, dass das Außenministerium in St. Petersburg »häufig den Anschein einer Redaktionsfiliale der *Nowoje Wremja*« gewinne. Der Chefredakteur der Zeitung Jegorow sei häufig im Pressebüro des Ministeriums anzutreffen, und Nelidow, der Leiter des Büros und seinerseits ehemaliger Journalist, sei häufiger Gast in den Redaktionsräumen.[671] In Frankreich herrschte eine besonders enge Beziehung zwischen Diplomaten und Journalisten: Fast die Hälfte der Außenminister der Dritten Republik waren ehemalige Autoren oder Journalisten, und die »Kommunikationskanäle« zwischen Außenministern und der Presse waren »fast immer offen«.[672] Im Dezember 1912 startete Raymond Poincaré, in seiner Funktion als Ministerpräsident, sogar die neue Zeitschrift *La Politique Étrangère*, um seine außenpolitischen Anschauungen unter der ganzen französischen politischen Elite zu verbreiten.

Halboffizielle Zeitungen und »lancierte« Artikel in der einheimischen Presse, um das Meinungsklima zu testen, waren vertraute Werkzeuge der Diplomatie auf dem Kontinent. Die lancierte Berichterstattung war zwar als autonomer Ausdruck einer unabhängigen Presse getarnt, ihre Effektivität hing jedoch genau davon ab, wie stark die Leser dahinter eine offizielle Urheberschaft vermuteten. In Serbien war beispielsweise allgemein bekannt, dass *Samouprava* die Anschauungen der Regierung repräsentierte; die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* galt als das amtliche Organ des deutschen Auswärtigen Amtes; in Russland machte die Regierung ihre Anschauungen über die eigene halboffizielle Zeitschrift *Rossija* bekannt, startete gelegentlich aber auch gezielte Kampagnen in beliebteren Zeitungen wie *Nowoje Wremja*.[673] Das französische Außenministerium verteilte aus einem

geheimen Fonds Bargeld an Journalisten und pflegte enge Beziehungen zu *Le Temps* und *Agence Havas*, während es den nicht ganz so seriösen *Le Matin* für »Versuchsballone« verwendete.[674]

Derartige Interventionen konnten auch schiefgehen. Sobald bekannt war, dass eine bestimmte Zeitung häufig lancierte Beiträge brachte, bestand das Risiko, dass indiskrete, tendenziöse oder falsche Berichte derselben Zeitung irrtümlich für bewusste Signale der Regierung gehalten wurden. Das passierte beispielsweise im Februar 1913, als *Le Temps* einen Artikel brachte, der auf *nicht autorisierten*, durchgesickerten Informationen von einer anonymen Quelle basierte und einige Details der aktuellen Überlegungen der Regierung zur französischen Aufrüstung enthüllte – wutentbrannte Dementis der Regierung waren die Folge.[675] Die Bemühungen des russischen Außenministers Iswolski im Jahr 1908, »die [russische] öffentliche Meinung und die Presse« auf die Meldung vorzubereiten, dass Russland die Annexion Bosnien-Herzegowinas durch Österreich gebilligt hatte, entpuppten sich als völlig unzureichend gegen die Wucht der öffentlichen Reaktion.[676] Und im Jahr 1914 wandte sich *Nowoje Wremja*, ungeachtet der zuvor engen Beziehung zum Außenministerium, gegen Sasonow und warf ihm allzu große Schüchternheit bei der Verteidigung russischer Interessen vor, möglicherweise weil sie inzwischen unter dem Einfluss des Kriegsministeriums stand.[677] Unmittelbar nach der Friedjung-Affäre von 1909, als sich der österreichische Außenminister Aehrenthal mit aller Kraft hinter eine Pressekampagne stellte, die auf falschen Anklagen des Verrats gegen prominente serbische Politiker beruhte, war die Regierung gezwungen, den Leiter des Literarischen Büros im Außenministerium zu opfern; sein Nachfolger wurde mitten in einem Sturm der Kritik seitens der Presse und des Parlaments wegen der stümperhaft gehandhabten »Prochaska-Affäre« im Winter 1912 entlassen. Damals erwiesen sich die Unterstellungen, die Serben hätten einen österreichischen Konsularbeamten misshandelt, ebenfalls als gefälscht.[678]

Offizielle Manipulationen der Presse gab es auch jenseits der Landesgrenzen. Anfang 1905 verteilten die Russen monatlich rund 8000 Pfund an die Pariser Presse, weil sie hofften, öffentliche Unterstützung für

ein hohes Darlehen von Frankreich zu erhalten. Die französische Regierung subventionierte profranzösische Zeitungen in Italien (und Spanien während der Konferenz in Algeciras), und während des russisch-japanischen Krieges und der Balkankriege ließen die Russen französischen Journalisten hohe Schmiergelder zukommen.[679] Die Deutschen verfügten über einen recht bescheidenen Fonds zur Unterstützung freundlich gesinnter Journalisten in St. Petersburg und versorgten Zeitungsredakteure in London mit Subventionen, in der meist vergeblichen Hoffnung, eine positivere Berichterstattung über Deutschland zu bewirken.[680]

Lancierte Leitartikel waren unter Umständen auch für die Augen einer fremden Regierung formuliert. Während der Marokkokrise von 1905 enthüllte Théophile Delcassé beispielsweise mit Hilfe kaum getarnter Presseartikel Details der britischen Militärplanung, um die Deutschen einzuschüchtern. Die lancierte Berichterstattung fungierte hier als eine Form der dementierbaren, subdiplomatischen Kommunikation, die einen abschreckenden oder motivierenden Effekt haben konnte, ohne konkrete Verpflichtungen einzugehen. Wenn Delcassé selbst eine deutlichere Drohung geäußert hätte, dann hätte er das britische Foreign Office in eine unmögliche Lage gebracht. Im Februar 1912 schickte der französische Botschafter in St. Petersburg Georges Louis die Übersetzung eines Artikels in der *Nowoje Wremja* und wies in einem Begleitbrief darauf hin, dass der Artikel »sehr genau die Meinung russischer militärischer Kreise« wiedergebe.[681] In diesem Fall ermöglichten lancierte Berichte es einzelnen Organisationen innerhalb der Regierung (hier dem Kriegsministerium), ihre Ansichten in Umlauf zu bringen, ohne die Regierung zu kompromittieren. Allerdings kam es auch vor, dass verschiedene Ministerien die Presse widersprüchlich instruierten: Im März 1914 etwa veröffentlichten die *Birschewija Wedomosti* (Börsennachrichten) einen Leitartikel, der vermutlich von Suchomlinow »inspiriert« war, mit der Ankündigung, dass Russland »zum Krieg bereit« sei und den Gedanken einer rein defensiven Strategie »aufgegeben« habe. Sasonow antwortete mit einem versöhnlichen Gegenstück in der halboffiziellen *Rossija*. Das war der klassische Fall paralleler Signale. Suchomlinow versicherte den Franzosen die Bereitschaft und

Entschlossenheit Russlands, ihre Bündnisverpflichtungen zu erfüllen; Sasonows Antwort hingegen war für das deutsche (möglicherweise auch das britische) Auswärtige Amt gedacht.

Ein um die gleiche Zeit in der *Kölnischen Zeitung* veröffentlichter Artikel, der in Anbetracht der jüngsten Aufstockung der russischen Militärausgaben St. Petersburg aggressive Intentionen unterstellte, war so gut wie sicher vom deutschen Außenministerium lanciert worden, weil man sich eine klärende Antwort von Russland erhoffte.[682] In Regionen, wo die europäischen Mächte um lokalen Einfluss wetteiferten, war der Einsatz subventionierter Presseorgane, um Freunde zu gewinnen und die Machenschaften des Gegners zu diskreditieren, gang und gäbe. Die Deutschen machten sich Sorgen um den großen Einfluss »englischen Geldes« auf die russische Presse, und deutsche Gesandte in Konstantinopel beschwerten sich häufig über die Dominanz der französischsprachigen Presse, deren subventionierte Leitartikelschreiber alles tun würden, um eine feindselige Stimmung gegen Deutschland zu schüren.[683]

In diesem Kontext war die Presse das *Instrument* der Außenpolitik, nicht das Ziel. Das hielt die Entscheidungsträger aber nicht davon ab, die Presse als Indikator für die Meinung ernst zu nehmen. Im Frühjahr 1912 machte sich Jules Cambon Sorgen, dass der Chauvinismus der französischen Presse das Risiko eines Konflikts steigern könnte: »Ich wünsche mir, dass jene Franzosen, deren Beruf es ist, die Meinung zu bilden oder zu repräsentieren, [sich zurückhalten] würden, und dass sie nicht ihren Spaß daran hätten, mit dem Feuer zu spielen, indem sie von einem unvermeidlichen Krieg schreiben. In dieser Welt ist nichts unvermeidlich …«[684] Sechs Monate später, als der Erste Balkankrieg tobte und panslawistische Gefühle in Teilen der russischen Presse einen Höhenflug erlebten, fürchtete der russische Botschafter in Berlin (oder behauptete es zumindest), dass der »Geisteszustand der Bevölkerung seines Landes das Verhalten seiner Regierung dominieren« könnte.[685]

Minister und Diplomaten, die überzeugt waren, dass ihre eigenen Regierungen den Entscheidungsprozess gegen die Wechselfälle der einheimischen veröffentlichten Meinung abschirmen konnten, hatten bei fremden Regierungen diesbezüglich häufig ihre Zweifel. Unmittelbar nach

der zweiten Marokkokrise von 1911 fürchtete die deutsche militärische Führung, dass nationalistische Agitation und das wiedererwachte Selbstvertrauen in Frankreich eine sonst friedliche Regierung in Paris unter Druck setzen könnten, einen Überraschungsangriff gegen Deutschland zu starten.[686] Umgekehrt war die Angst, dass eine im Grunde friedliche deutsche Führung von chauvinistischen Meinungsmachern im eigenen Land zu einem Krieg gegen ihre Nachbarn gedrängt werden könnte, ein ständig wiederkehrendes Thema bei politischen Diskussionen in Frankreich.[687] Vor allem von der russischen Regierung nahmen viele an, sie sei anfällig für Druck seitens der öffentlichen Sphäre – insbesondere als die Agitation zur Balkanpolitik begann –, und diese Vermutung war nicht ganz von der Hand zu weisen, wie der Verlauf der Julikrise zeigen sollte. Aber die Russen hielten ihrerseits auch die parlamentarischen, westlichen Regierungen für extrem anfällig für öffentlichen Druck, gerade weil sie demokratisch gewählt wurden. Die Briten förderten diese Schlussfolgerung sogar, wenn sie durchblicken ließen, wie Grey es gerne tat, dass »der Kurs der englischen Regierung in […] einer Krise von der Sichtweise abhängig sein muss, welche die englische öffentliche Meinung eingenommen hat«.[688] Häufig versteckten sich Politiker hinter der Behauptung, dass sie lediglich gemäß den Zwängen handeln würden, die ihnen die Meinung im eigenen Land auferlegte: In den Jahren 1908/09 warnten die Franzosen beispielsweise die Russen davor, wegen der Balkanhalbinsel einen Krieg anzufangen, und zwar mit der Begründung, diese Region spiele für die französische Öffentlichkeit keine Rolle; Iswolski wiederum revanchierte sich im Jahr 1911, als er Paris drängte (ohne zu vergessen, seine französischen Gesprächspartner an ihren früheren Ratschlag zu erinnern), sich mit den Deutschen zu einigen, mit der Begründung: »Russland hätte Schwierigkeiten, die öffentliche Meinung dazu zu bringen, einen Krieg um Marokko zu akzeptieren.«[689] Der serbische Botschafter in Wien behauptete im November 1912, dass Ministerpräsident Nikola Pašić keine andere Wahl habe, als eine irredentistische Politik im Namen seines Landes zu führen – wenn er stattdessen versuche, Österreich zu besänftigen, würde ihn die »Kriegspartei« in Belgrad kurzerhand entlassen und an seine Stelle einen der ihren setzen. Sasonow rechtfertigte seinerseits

die streitlustigen öffentlichen Gesten der serbischen Politiker mit dem Verweis auf die »ein wenig überreizte« öffentliche Meinung in Serbien.[690]

Sasonows Behauptung gegenüber dem deutschen Botschafter Pourtalès im November 1912, dass er mit Blick auf die öffentliche Meinung gezwungen sei, Serbiens Interessen gegen Österreich-Ungarn zu verteidigen, war absolut charakteristisch. Mit dem gleichen Argument wollte er die Rumänen überreden, im Januar 1913 keinen Konflikt mit Bulgarien anzuzetteln. Sie sollten sich vorsehen, mahnte er, denn wenn Rumänien gegen Bulgarien Krieg führe, werde er sich einer aufgeheizten öffentlichen Meinung nicht widersetzen können.[691] In Wirklichkeit hatte Sasonow wenig Respekt vor den Zeitungsverlegern und Leitartikelschreibern und war überzeugt, dass er die russische Meinung besser kenne als die Zeitungen. Wenn nötig, war er durchaus bereit, auch gegen den Strom der Pressekommentare zu schwimmen, während er gleichzeitig die chauvinistischen Kampagnen im eigenen Land ausnutzte, um den Repräsentanten anderer Mächte einzureden, er sei gezwungen, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen.[692] Die Leser der Depeschen durchschauten häufig diese Ausflüchte: Als Kaiser Wilhelm 1908 und 1909 Berichte erhielt, die ihm mitteilten, dass die proslawische öffentliche Meinung die russische Regierung zu Schritten im Hinblick auf Bosnien-Herzegowina drängen könnte, kritzelte er das Wort »Bluff« an den Rand.[693] Dennoch: Die verbreitete Annahme, dass *fremde* Regierungen gezwungen seien, sich nach der Meinung im eigenen Land zu richten, bedeutete, dass Zeitungsartikel das tägliche Brot der diplomatischen Korrespondenz waren. Ganze Stapel von Zeitungsausschnitten und Übersetzungen füllten die Akten, die aus jeder Vertretung in die Außenministerien strömten.

In Anbetracht der Anstrengungen aller Regierungen, auf die eine oder andere Weise die veröffentlichte Meinung zu gestalten, war es desto wichtiger, die Presse zu überwachen, weil so die Möglichkeit bestand, dass Zeitungsartikel den Schlüssel wenn nicht zur öffentlichen Meinung, so zumindest zur Meinung und zu den Absichten der Regierung lieferte. Grey sah etwa in der antibritischen Pressekampagne im September 1911 während der Marokkokrise ein taktisches Manöver der deutschen Regierung mit dem

Ziel, Unterstützung für weitere Flottengesetze in den bevorstehenden Reichstagswahlen zu mobilisieren; der österreichische Botschafter hingegen warf dem russischen Außenminister vor, eine negative Berichterstattung über österreichisch-russische Entspannungsbemühungen nach der Bosnienkrise zu fördern.[694] Diplomaten hielten in den Zeitungen ständig Ausschau nach lancierten Artikeln, die eventuell Aufschluss über die Denkweise des einen oder anderen Ministeriums gaben. Aber weil die meisten Regierungen mehrere Organe nutzten, konnte man kaum mit Sicherheit sagen, ob ein bestimmter Artikel nun lanciert war oder nicht. Als beispielsweise im Mai 1910 die französische Zeitung *Le Temps* einen Artikel veröffentlichte, der scharf die jüngsten russischen Stationierungspläne kritisierte, ging das russische Außenministerium (in diesem Fall irrtümlich) davon aus, dass der Artikel von offizieller Seite lanciert war, und schickte an Paris eine Protestnote.[695] Es sei ein Fehler, schrieb der deutsche Botschafter in Paris, immer davon auszugehen, dass die in *Le Temps* geäußerten Ansichten jene des Außenministeriums oder der Regierung wiedergeben würden – der Chefredakteur André Tardieu habe sich wegen seiner unkonventionellen Äußerungen zu Fragen des nationalen Interesses schon manches Mal mit den Behörden gestritten.[696] Im Januar 1914 warnte der belgische Gesandte in Paris seine Regierung, dass die großen politischen Leitartikel in *Le Temps* zwar in der Regel das Werk von Tardieu seien, dass sie aber meist von dem russischen Botschafter Iswolski lanciert würden.[697] Dieser Schleier der Ungewissheit bedeutete nicht nur, dass Botschaftsangestellte beim Durchforsten der Presse aufpassen mussten, sondern auch, dass negative veröffentlichte Kommentare über fremde Regierungen unter Umständen Anlass zu Fehden wurden, bei denen sich zwei Außenministerien durch die Seiten der inspirierten Artikel kleinere Scharmützel lieferten. Und im Zuge des Pressekrieges wurden die Emotionen der Bevölkerung eventuell so aufgepeitscht, dass man sie kaum noch kontrollieren konnte. Das Foreign Office und das deutsche Auswärtige Amt neigten beide dazu, die Kontrolle der anderen Regierung über die öffentliche Meinung zu überschätzen.[698]

Pressekriege konnten auch ganz spontan, ohne jede Regierungsbeteiligung entstehen. Die Regierungen waren sich im Großen und Ganzen darüber im

Klaren, dass Schlammschlachten zwischen chauvinistischen Zeitungsredakteuren so sehr eskalieren konnten, dass sie die internationalen Beziehungen zu vergiften drohten. Bei einem Treffen zwischen Zar Nikolaus II., König Eduard VII. und Charles Hardinge, das in Reval im Juni 1908 stattfand, vertraute der Zar Hardinge an, dass die »Freiheit« der russischen Presse ihm und seiner Regierung »beträchtlichen Ärger« bereitet habe, denn »jeder Vorfall, der sich in einer fernen Provinz des Reiches ereignet, wie ein Erdbeben oder Unwetter, wird sofort Deutschland zur Last gelegt, und unlängst seien ernste Beschwerden bei ihm und der Regierung wegen des unfreundlichen Tons der russischen Presse eingegangen«. Doch der Zar gab zu, dass er sich außerstande sah, daran etwas zu ändern, außer durch ein gelegentliches offizielles Kommuniqué an die Presse, und selbst dies habe »im Allgemeinen nur eine schwache Wirkung«. Er »wünschte sich sehr, dass die Presse ihr Augenmerk eher auf innere als auf auswärtige Angelegenheiten richte«.[699]

Von 1896, als die britischen Zeitungen empört auf die Krüger-Depesche reagierten, bis 1911, als die britischen und deutschen Zeitungen wegen der Ereignisse in Marokko aneinandergerieten, kam es wiederholt zu Pressekriegen zwischen Großbritannien und Deutschland. Anstrengungen der beiden Regierungen in den Jahren 1906 und 1907, eine »Abrüstung der Presse« zu erreichen, indem Delegationen hoher Journalisten ausgetauscht wurden, zeigten kaum Wirkung.[700] Pressekriege waren deshalb möglich, weil die Zeitungen in jedem Staat häufig über die Haltungen berichteten, die ausländische Zeitungen zu Fragen des nationalen Interesses einnahmen. Es kam durchaus vor, dass ganze Artikel nachgedruckt oder paraphrasiert wurden. So konnte Tatischtschew, der russische Militärbevollmächtigte in Berlin, im Februar 1913 Zar Nikolaus II. berichten, dass panslawistische Artikel in *Nowoje Wremja* in Deutschland einen »bedrückenden Eindruck« hinterließen.[701] Zwischen Österreich und Serbien waren die internationalen Pressebeziehungen besonders angespannt, weil die großen Zeitungen hier ihre Widerparts jenseits der Grenze mit Argusaugen beobachteten (oder mit Ausschnitten und Übersetzungen von ihren jeweiligen Außenministerien versorgt wurden) und weil Beschwerden über die Berichterstattung auf der

anderen Seite der Grenze ein Standardthema waren – dieses Problem sollte bei der Diplomatie der Julikrise 1914 eine wichtige Rolle spielen.

Dennoch ist es fraglich, ob die europäische Presse in den Jahren vor 1914 immer kriegerischer wurde. Nach aktuellen Forschungen zu den deutschen Zeitungen zeichnet sich ein komplexeres Bild ab. Eine Studie der deutschen Berichterstattung während einer Reihe schwerer Krisen vor dem Krieg (Marokko, Bosnien, die Balkankriege etc.) stellte eine immer stärker polarisierte Sichtweise der internationalen Beziehungen und ein sinkendes Vertrauen in diplomatische Lösungen fest. Aber es gab auch Ruhephasen dazwischen, und die Ära der britisch-deutschen Pressekriege brach im Jahr 1912 abrupt ab – die letzten beiden Vorkriegsjahre waren geradezu eine Phase »ungewöhnlicher Harmonie und Friedfertigkeit«.[702] Sogar Friedrich von Bernhardi, dessen Buch *Deutschland und der nächste Krieg* (1912) häufig als Beispiel für die steigende Kampflust der deutschen Meinung angeführt wird, begann sein entsetzlich aggressives Traktat mit einer langen Passage, in der er den »Pazifismus« seiner Landsleute beklagte.[703] Überdies äußerte sich der Chauvinismus nicht immer nur mit einer Stimme. In Großbritannien war die antirussische Stimmung in den letzten Jahren vor dem Kriegsausbruch ungeachtet des britisch-russischen Abkommens von 1907 immer noch sehr stark. Im Winter 1911/12, als die zweite Marokkokrise abklang, warf die Parteibasis der Liberalen Grey vor, eine allzu große Nähe zu Russland auf Kosten einer kooperativeren Beziehung zu Deutschland zu suchen. Die Versammlungen, die Ende Januar 1912 im ganzen Land veranstaltet wurden, waren nicht zuletzt von einer Feindseligkeit gegen Russland getrieben, dessen Machenschaften als eine Gefahr für britische Interessen an mehreren Punkten der Peripherie des Empires angesehen wurden.[704]

Politiker sprachen häufig (oder klagten) von der Meinung als einer externen Kraft, die Druck auf die Regierung ausübe. Implizit gaben sie damit zu verstehen, dass Meinung, sei sie öffentlich oder veröffentlicht, etwas war, das außerhalb der Regierung stand, wie ein Nebel, der gegen die Fensterscheiben der Ministerien drückte, etwas, das Entscheidungsträger, wenn sie wollten, von ihrem eigenen Handlungsraum ausschließen konnten. Und unter

Meinung verstanden sie meistens die öffentliche Zustimmung oder Ablehnung ihrer eigenen Person oder politischen Linien. Aber es gibt noch etwas, das tiefer reicht als Meinung, etwas, das man Mentalität nennen könnte: ein Gerüst »unausgesprochener Annahmen«, wie der Historiker James Joll es nannte, das die Haltungen und das Auftreten der Politiker, Gesetzgeber und Publizisten gleichermaßen prägte.[705] Auf dieser Ebene kann man eventuell eine erhöhte Kriegsbereitschaft in ganz Europa ausmachen, vor allem innerhalb der gebildeten Elite. Allerdings äußerte sich dies nicht in der Form blutrünstiger Aufrufe zur Gewalt gegen andere Staaten, sondern vielmehr in einem »defensiven Patriotismus«,[706] der die Möglichkeit eines Krieges umfasste, ohne ihn unbedingt zu begrüßen – eine Haltung, die von der Überzeugung bestärkt wurde, dass Konflikt ein »natürliches« Merkmal der internationalen Politik sei. »Der Gedanke eines langfristigen Friedens ist ein leerer Traum«, schrieb Viscount Esher, ein Befürworter der britisch-französischen Entente und enger Freund und Ratgeber von Eduard VII. im Jahr 1910. Zwei Jahre später ermahnte er ein Publikum von Examenskandidaten in Cambridge, nicht die »poetischen und romantischen Aspekte eines Aufeinanderprallens der Waffen« zu unterschätzen, denn wer dies tue, »lege einen geschwächten Geist und eine verarmte Phantasie an den Tag«.[707] Der Krieg sei, beobachtete Henry Spenser Wilkinson, der Chichele-Professor für Militärgeschichte in Oxford, in seiner Antrittsrede, »eine Form des menschlichen Umgangs«. Diese fatalistische Akzeptanz der Unvermeidlichkeit eines Krieges wurde durch eine ganze Reihe unterschiedlicher Argumente und Haltungen zusammengehalten: Manche argumentierten den Lehren Darwins oder Huxleys folgend, dass England und Deutschland in Anbetracht ihrer Tatkraft und Ambitionen zwangsläufig aneinandergeraten mussten, trotz ihrer engen »rassischen« Verwandtschaft. Andere behaupteten, Aufruhr sei ein natürliches Merkmal hochentwickelter Zivilisationen mit ihren raffinierten Waffen; wieder andere priesen den Krieg als eine Therapie, als »Wohltat für die Gesellschaft und Kraft für gesellschaftlichen Fortschritt«.[708]

Eine »Opferideologie« erleichterte die Rezeption solcher Anschauungen sowohl in Großbritannien als auch in Deutschland, und diese Haltung wurde

wiederum von positiven Darstellungen militärischer Konflikte genährt, die in Zeitungen und Büchern zu finden waren, die Jungen im Schulalter lasen.[709] Ein von einem streitlustigen Geistlichen aus Neuseeland verfasstes Pamphlet, das von der National Service League veröffentlicht wurde, forderte jeden Schuljungen eindringlich auf, sich daran zu erinnern, dass er »zwischen seiner Mutter und seinen Schwestern, seiner Geliebten und seinen Freundinnen und allen Frauen, denen er jemals begegnet, und der unvorstellbaren Infamie einer fremden Invasion steht«.[710] Selbst die 1908 gegründete Pfadfinder-Bewegung besaß von Anfang an, ungeachtet der Zelebrierung des Lebens in freier Natur und der Lagerfeuerromantik, eine »starke militärische Note, die in der ganzen Vorkriegszeit betont wurde«.[711] In Russland erlebten die Jahre nach dem russisch-japanischen Krieg eine »militärische Wiedergeburt«, die von dem Wunsch nach einer Militärreform getragen wurde: Im Jahr 1910 erschienen 572 neue Titel zu militärischen Themen. Zum größten Teil handelte es sich nicht um kriegshetzerische Traktate, sondern um politische Beiträge zu der Diskussion, wie die Reform des russischen Militärs mit dem allgemeineren gesellschaftlichen Wandel verknüpft werden sollte, der die Gesellschaft auf die Opfer einer großen Kriegsanstrengung vorbereitete.[712]

Diese Entwicklungen, die in allen europäischen Staaten Parallelen hatten, erklären nicht zuletzt die Bereitschaft der Parlamente, die finanzielle Belastung höherer Rüstungsausgaben in der Vorkriegsphase zu akzeptieren. Als in Frankreich 1913 die Abgeordnetenkammer das neue Wehrgesetz mit einer dreijährigen Dienstzeit nach hitziger Diskussion verabschiedete, spiegelte sich darin das wiederbelebte »Ansehen des Krieges« in einer öffentlichen Sphäre wider, die seit der Dreyfus-Affäre eine stark antimilitaristische Haltung eingenommen hatte. Allerdings sollten wir nicht vergessen, dass radikale Abgeordnete dieses Gesetz zum Teil deswegen unterstützten, weil es zum ersten Mal durch eine progressive Vermögenssteuer finanziert werden sollte.[713] Auch in Deutschland gelang es Bethmann Hollweg, eine Mitte-Rechts-Koalition zur Unterstützung des umfassenden Wehrgesetzes von 1913 zu finden; für den separaten Gesetzentwurf, um diese Maßnahmen zu finanzieren, konnte er eine Mitte-

Links-Koalition gewinnen, allerdings nur weil er bereit war, einen Teil des Geldes durch eine neue Steuer für die grundbesitzende Klasse zu finanzieren. In beiden Fällen mussten Argumente für eine erhöhte militärische Bereitschaft mit anderen gesellschaftspolitischen Anreizen vermischt werden, um den nötigen Rückhalt für eine Verabschiedung dieser umfangreichen Gesetzentwürfe im Parlament zu bekommen. In Russland hingegen war die Begeisterung der politischen Elite für Aufrüstung nach 1908 so groß, dass die Duma die Zuwendungen sogar schneller genehmigte, als die Befehlshaber sich überlegen konnten, wofür sie die Gelder verwenden wollten. Hier war es der Block der Oktobristen, nicht die Minister, der anfangs die Kampagne für eine Aufstockung des russischen Militärs förderte.[714] Auch in Großbritannien hinterließ die vorherrschende Stimmung eines defensiven Patriotismus in der Legislative Spuren: Während im Jahr 1902 nur drei Abgeordnete die Liga zur Einführung eines Wehrdienstes (National Service League) unterstützten, war die Zahl im Jahr 1912 auf 180 geklettert.[715]

Die Presse wirkte sich auf ganz unterschiedliche Weise auf die Berechnungen der Entscheidungsträger aus: Sie stand niemals unter deren Kontrolle, und die Politiker standen ihrerseits nie unter der Kontrolle der Presse. Man könnte eher von einer wechselseitigen Beziehung zwischen öffentlicher Meinung und öffentlichem Leben sprechen, einem Prozess der unablässigen gegenseitigen Beeinflussung, in dem die Politiker phasenweise versuchten, die Meinung in eine günstige Richtung zu lenken, aber sorgsam darauf achteten, ihre eigene Autonomie zu wahren und die Integrität des Entscheidungsprozesses zu verteidigen. Auf der anderen Seite betrachteten Staatsmänner weiterhin die ausländische Presse als Indikator nicht nur für die öffentliche Meinung, sondern auch für offizielle Anschauungen und Intentionen, und das hieß, dass eine Ungewissheit, wer denn nun welche Äußerung lanciert oder gebilligt hatte, die zwischenstaatliche Kommunikation zusätzlich belasten konnte. Weit grundlegender – und zugleich schwieriger zu messen – war der Wandel in der Mentalität, der sich nicht in den Rufen der Chauvinisten nach Standhaftigkeit und Konfrontationskurs äußerte, sondern in einer tiefen und verbreiteten Bereitschaft, einen Krieg zu akzeptieren. Man sah darin eine der Natur der

internationalen Beziehungen innewohnende Unvermeidlichkeit. Die Bedeutung dieser angestauten Bereitschaft sollte sich in der Julikrise 1914 nicht in Form aggressiver programmatischer Äußerungen zeigen, sondern durch das vielsagende Schweigen jener zivilen Führer, die in einer besseren Welt möglicherweise darauf hingewiesen hätten, dass ein Krieg zwischen Großmächten das Schlimmste war, was passieren konnte.

Die Fluidität der Macht

Selbst wenn wir annehmen, dass kompakte Exekutiven mit einer einheitlichen und kohärenten Zielsetzung die Außenpolitik der europäischen Mächte vor dem Krieg formulierten und steuerten, wäre die Rekonstruktion der Beziehungen unter ihnen dennoch eine beängstigende Aufgabe, wenn man bedenkt, dass man die Beziehung zwischen zwei Mächten nie ganz verstehen kann, ohne auf die Beziehungen zu den anderen zu verweisen. Doch im Europa der Jahre 1903 bis 1914 war die Wirklichkeit sogar noch komplexer, als das »internationale« Modell vermuten lässt. Die chaotischen Interventionen der Monarchen, die ambivalente Beziehung zwischen Staatsdienst und Militär, der Wettstreit unter einflussreichen Politikern in Systemen, die sich durch eine geringe Solidarität unter Ministern oder Kabinettsmitgliedern auszeichneten, sowie die Agitation einer Massenpresse vor einem Hintergrund immer wiederkehrender Krisen und erhöhter Spannungen wegen Sicherheitsfragen – all dies verwandelte diese Jahre in eine Phase beispielloser Unsicherheit in den internationalen Beziehungen. Die daraus folgenden Schwankungen der Politik und widersprüchlichen Signale machten es nicht nur den Historikern, sondern zuallererst den damaligen Politikern schwer, das internationale Umfeld zu deuten.

Es wäre allerdings ein Fehler, diese Beobachtung allzu sehr hervorzuheben. Alle komplexen politischen Exekutiven, selbst autoritäre, sind inneren Spannungen und Schwankungen ausgesetzt.[716] Die Literatur über die auswärtigen Beziehungen der USA im 20. Jahrhundert befasst sich ausgiebig mit Machtkämpfen und Intrigen innerhalb der Regierung. In einer ausgezeichneten Studie über den Eintritt der USA in den Vietnamkrieg weist

Andew Preston nach, dass die Präsidenten Lyndon B. Johnson und John F. Kennedy zwar zögerten, in den Krieg zu ziehen, und das State Department mehrheitlich gegen eine Intervention war. Der kleinere und beweglichere Nationale Sicherheitsrat, der sich für einen Krieg aussprach und weitgehend außerhalb der Aufsicht durch den Kongress agierte, verengte jedoch die Optionen des Präsidenten in Vietnam so sehr, dass ein Krieg praktisch unvermeidlich war.[717]

Die Ausgangslage im Europa vor dem Ersten Weltkrieg war allerdings in einem wichtigen Punkt anders (und ungünstiger): Bei all den Spannungen, die innerhalb der amerikanischen Administration aufkommen mögen, ist sie dennoch – der Verfassung gemäß – eine sehr stark fokussierte Organisation, in der die Verantwortung für Entscheidungen in der Außenpolitik letztlich eindeutig beim Präsidenten liegt. Bei den europäischen Regierungen vor dem Krieg war dies nicht der Fall. Es hielten sich hartnäckig Zweifel, ob etwa Grey das Recht hatte, sich so stark zu binden, wie er es tat, ohne das Kabinett oder Parlament zu konsultieren; ja, diese Zweifel waren so akut, dass sie ihn davon abhielten, seine Absichten klar und unmissverständlich bekannt zu geben. In Frankreich war die Lage noch verschwommener, denn das Kräftegleichgewicht zwischen dem Außenministerium, dem Kabinett und dem Präsidenten blieb ungeklärt. Selbst der geschickte und zielstrebige Poincaré sah sich im Frühjahr 1914 mit Bestrebungen konfrontiert, ihn völlig von dem Entscheidungsprozess auszuschließen. In Österreich-Ungarn, und in geringerem Ausmaß in Russland, wechselte die Fähigkeit, die Außenpolitik zu gestalten, in einem losen Kreislauf innerhalb des bienenkorbähnlichen Aufbaus der politischen Elite und konzentrierte sich an verschiedenen Punkten des Systems, je nachdem, wer effektivere und entschlossenere Partner fand. In diesen Fällen, ebenso wie in Deutschland, trug die Anwesenheit eines »allerhöchsten« Souveräns nicht zur Klärung bei, sondern vernebelte eher die Machtverhältnisse im System.

Es geht nicht darum, wie in der Kubakrise, die Beweggründe zweier Supermächte zu rekonstruieren, die ihre jeweiligen Optionen prüften, sondern darum, nachhaltige, rasch aufeinanderfolgende Interaktionen zwischen Regierungsstrukturen zu verstehen, die vergleichsweise wenig über die

Intentionen der anderen wussten. Überdies operierten sie mit einer niedrigen Zuversicht und wenig Vertrauen (selbst innerhalb der Bündnisse) und unter einer starken Feindseligkeit und Paranoia. Die Unbeständigkeit, die einer solchen Konstellation innewohnt, wurde noch durch die Fluidität der Macht innerhalb jeder Exekutive gesteigert, sowie durch ihre Tendenz, von einem Knotenpunkt im System zum anderen zu wechseln. Es mag zutreffen, dass abweichende Meinungen und Polemiken innerhalb des diplomatischen Dienstes insofern einen heilsamen Effekt haben konnten, als sie Fragen und Einsprüche auslösten, die in einem disziplinierteren politischen Umfeld womöglich unterdrückt worden wären.[718] Aber die damit verbundenen Risiken waren mit Sicherheit größer als der Nutzen: Wenn Falken das Aussenden von Signalen auf beiden Seiten einer konfliktträchtigen Interaktion dominierten, wie im Fall der zweiten Marokkokrise und nach dem 28. Juni 1914, konnte es zu einer raschen und unberechenbaren Eskalation kommen.

576 Ralf Forsbach, *Alfred von Kiderlen-Wächter (1852–1912). Ein Diplomatenleben im Kaiserreich,* 2 Bde., Göttingen 1997, Bd. 2, S. 500 f.

577 Oscar Freiherr von der Lancken-Wakenitz an Langwerth von Simmern, Paris, 21. August 1911, *GP*, Bd. 29, Dok. 10717, S. 339.

578 Zu Kiderlens Versäumnis, Bethmann Hollweg über die Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten, siehe den Tagebucheintrag von Kurt Riezler, 30. Juli 1911, in Karl Dietrich Erdmann (Hg.), *Kurt Riezler. Tagebücher, Aufsätze, Dokumente,* Göttingen 1972, S. 178 f.

579 Bericht von Schoen an Auswärtiges Amt Berlin, Paris, 7. Mai 1911, *GP*, Bd. 29, Dok. 10554, Bl. 113.

580 David Stevenson, *Armaments and the Coming of War: Europe 1904–1914,* Cambridge 1996, S. 182 f.; Oncken, *Panthersprung,* S. 136–144; zur Mission der *Panther* als Manifestation der »Klugheit« Kiderlens und dem Bestreben, »kriegsähnliche Komplikationen« zu vermeiden, siehe insb. Allain, *Agadir,* S. 333.

581 G. S. Gooch, »Kiderlen-Wächter«, in: *Cambridge Historical Journal*, 5/2 (1936), S. 178–192, hier S. 187.

582 Forsbach, *Kiderlen-Wächter*, S. 469, 471, 474, 476 f.

583 Diese Bemerkungen sind dokumentiert in »Indications données à M. Stéphen Pichon à M. de Margerie, 18. Oktober 1918«, in AMAE, NS Allemagne 51, Bl. 202, auf Französisch zitiert in Stefan Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltrieges*, München 2009, S. 228.

584 Grey an Bertie, 19. und 20. Juli 1911, Bertie an Grey, 21. Juli 1911, *BD*, Bd. 7, Dok. 397, 405, 408, S. 376, 382, 385; siehe auch Samuel R. Williamson, *The Politics of Grand Strategy. Britain and*

France Prepare for War, 1904–1914, Cambridge, Mass. 1969, S. 146 f.

585 Keith M. Wilson, »The Agadir Crisis, the Mansion House Speech and the Double-edgedness of Agreements«, in: *Historical Journal*, 15/3 (1972), S. 517.

586 Bertie an Grey, Paris, 17. Juli 1911, *BD*, Bd. 7, Dok. 391, S. 370 f.

587 Grey an Goschen, London, 21. Juli 1911, ebenda, Dok. 411, S. 390.

588 »Mr Lloyd George on British Prestige«, in: *The Times*, 22. Juli 1911, S. 7, Sp. A.

589 Stevenson, *Armaments*, S. 186.

590 Timothy Boyle, »New Light on Lloyd George's Mansion House Speech«, in: *Historical Journal*, 23/2 (1980), S. 431 ff.; zur antideutschen Orientierung der Rede siehe Richard A. Cosgrove, »A Note on Lloyd George's Speech at the Mansion House, 21 July 1911«, in: *Historical Journal*, 12/4 (1969), S. 698–701; zur Absicht der liberalen Imperialisten hinter der Rede siehe Wilson, »The Agadir Crisis«, S. 513–532; auch ders., *The Policy of the Entente. Essays on the Determinants of British Foreign Policy, 1904–1914,* Cambridge 1985, S. 27; Williamson, *Grand Strategy*, S. 153 ff.

591 Vgl. Wilson, »Agadir Crisis«, S. 513 f.

592 Wilson, *Policy of the Entente*, S. 27.

593 Steiner, *British Foreign Office*, S. 125.

594 Zum Stellenwert der »Kriegsoption« in Greys Politik siehe Jost Dülffer, Martin Kröger und Rolf-Harald Wippich, *Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Ersten Weltkrieg 1856–1914,* München 1997, S. 639.

595 Bethmann an Metternich, 22. November 1911, *GP*, Bd. 29, Dok. 10657, S. 261–266 (zum Befehl der britischen Regierung »zur Kriegsbereitschaft«); Bethmann an Metternich, 22. November 1911, *GP*, Bd. 31, Dok. 11321, S. 31 ff. (S. 32 zur Bereitschaft loszuschlagen). Zur Rolle Großbritanniens bei der Eskalation der Krise: Hew Strachan, *The First World War,* Oxford 2001, S. 26.

596 Aehrenthal, Audienz bei Kaiser Franz Joseph, Mendel, 3. August 1911, *ÖUAP*, Bd. 3, Dok. 2579, S. 292 ff., hier S. 294.

597 Gespräch zwischen Kiderlen und Osten-Sacken, berichtet in Osten-Sacken an Neratow, Berlin, 20. August 1911, *IBZI*, Serie 3, Bd. 1, Teil 1, Dok. 238, S. 344.

598 Friedrich Kießling, *Gegen den »großen Krieg«? Entspannung in den internationalen Beziehungen, 1911–1914,* München 2002, S. 59.

599 Wilson, *Policy of the Entente*, S. 31–36.

600 Ebenda, S. 29.

601 Williamson, *Grand Strategy*, S. 46; Christopher Andrew, *Théophile Delcassé and the Making of the Entente Cordiale. A Reappraisal of French Foreign Policy (1898–1905),* London 1968, S. 283 f.; zu Haldanes Beteiligung an dieser Entwicklung siehe Edward M. Spiers, *Haldane. An Army Reformer,* Edinburgh 1980, S. 78.

602 Williamson, *Grand Strategy*, insb. Kap. 7.

603 Wilson, *Policy of the Entente*, S. 123.

604 Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik*, S. 156–171, 196.

605 Baron Guillaume an Davignon, 14. April 1913, MAEB AD, France 11, Correspondance politique – légations.

606 Edward House, *The Intimate Papers of Edward House,* 2 Bde., London 1926, Bd. 1: *Behind the Political Curtain, 1912–1915*, S. 254 f.; zitiert nach der gekürzten deutschen Übersetzung: Edward House, *Die vertraulichen Dokumente des Obersten House,* hg. Charles Seymour, Stuttgart, Berlin,

Leipzig 1930, S. 24.

607 Auf dieses bemerkenswerte Detail hat mich Professor Laurence W. Martin hingewiesen, der Autor von *Peace Without Victory. Woodrow Wilson and the British Liberals,* Port Washington 1973.

608 Peter Gatrell, *Government, Industry and Rearmament in Russia, 1900–1914. The Last Argument of Tsarism,* Cambridge 1994, S. 128 f.; William C. Fuller, *Strategy and Power in Russia, 1600–1914,* New York 1992, S. 411; Stevenson, *Armaments*, S. 156.

609 Gatrell, *Government*, S. 147 f.

610 W. A. Suchomlinow, *Erinnerungen*, Berlin 1924, S. 271–277; V. N. Kokovtsov, *Out of My Past: The Memoirs of Count Kokovtsov, Russian Minister of Finance, 1904–1914, Chairman of the Council of Ministers, 1911–1914*, bearb. v. H. H. Fischer, Stanford 1935, S. 229, 313 ff.

611 Stevenson, *Armaments*, S. 178.

612 Peter-Christian Witt, *Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913. Eine Studie zur Innenpolitik des wilhelminischen Deutschland,* Lübeck 1970, S. 317–320, 323.

613 Stig Förster, *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-Quo-Sicherung und Aggression, 1890–1913,* Stuttgart, Wiesbaden 1985, S. 112–116, 224.

614 Siehe Terence Zuber, *Inventing the Schlieffen Plan,* Oxford 2002, passim.

615 Zu den strukturellen Beschränkungen für die Militärausgaben des Reichs siehe Niall Ferguson, »Public Finance and National Security. The Domestic Origins of the First World War Revisited«, in: *Past & Present*, 142 (1994), S. 141–168.

616 Karl von Einem an Bernhard von Bülow, 18. Juni 1906, zitiert in Herrmann, *The Arming of Europe,* S. 67; Originalwortlaut siehe PA-AA R794, Nr. 1367/06.

617 Annika Mombauer, *Helmuth von Moltke and the Origins of the First World War*, Cambridge 2001, S. 88.

618 David G. Herrmann, *The Arming of Europe and the Making of the First World War,* Princeton 1996, S. 64 f.

619 Conrad zitiert in ebenda, S. 98; Stevenson, *Armaments*, S. 6; Norman Stone, »Army and Society in the Habsburg Monarchy 1900–1914«, in: *Past & Present*, 33 (April 1966), S. 95–111; István Deák, »The Fall of Austria-Hungary: Peace, Stability, and Legitimacy«, in: Geir Lundestad (Hg.), *The Fall of Great Powers,* Oxford 1994, S. 89.

620 Zur Auseinandersetzung um Gelder siehe Joseph Joffre, *Mémoires du Maréchal Joffre (1910–1917),* Paris 1932, S. 41–59, Zitat auf S. 58; Gerd Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem ErstenWeltkrieg. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913–1914,* Wiesbaden 1980; Stevenson, *Armaments*, S. 218; zur Änderung der öffentlichen Meinung siehe Paul B. Miller, *From Revolutionaries to Citizens. Antimilitarism in France, 1870–1914,* Durham und London 2002, S. 173–200.

621 Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik*, S. 47 f.

622 Förster, *Der doppelte Militarismus*, S. 216–220, 272; Herrmann, *The Arming of Europe*, S. 190; Witt, *Die Finanzpolitik,* S. 356 f.

623 William C. Fuller, *Civil-Military Conflict in Imperial Russia 1881–1914,* Princeton 1985, S. 225; Zitat: H. H. Fisher (Hg.), *Out of My Past. The Memoirs of Count Kokovtsov Russian Minister of Finance, 1904–1911, Chairman of the Council of Ministers, 1911–1914,* Stanford 1935, S. 340.

624 Joseph Caillaux, *Mes Mémoires;* 3 Bde., Paris 1942–1947, Bd. 2: *Mes audaces – Agadir … 1909–12*, S. 211–215; Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik*, S. 20.

625 Lieven, *Nicholas II*, S. 175; der Verweis auf »zivile Haltungen« stammt von Durnovo, siehe D. C. B. Lieven, *Russia's Rulers Under the Old Regime*, New Haven 1989, S. 218.

626 Bruce W. Menning, *Bayonets Before Bullets. The Imperial Russian Army, 1861–1914*, Bloomington 1992, S. 221–237.

627 Fuller, *Strategy and Power*, S. 424–433.

628 Fisher (Hg.), *Memoirs of Count Kokovtsov*, S. 348.

629 David M. McDonald, »A Lever without a Fulcrum: Domestic Factors and Russian Foreign Policy, 1904–1914«, in: Hugh Ragsdale (Hg.), *Imperial Russian Foreign Policy*, Cambridge 1993, S. 268–314, hier S. 302; zur Unterstützung für Suchomlinow im Rat siehe Fisher (Hg.), *Memoirs of Count Kokovtsov*, S. 349.

630 Siehe beispielsweise Peter Rassow, »Schlieffen und Holstein«, in: *Historische Zeitschrift*, 173 (1952), S. 297–313.

631 Widenmann an Tirpitz, London, 28. Oktober und 30 Oktober 1911, *GP*, Bd. 31, Dok. 11313, 11314, S. 11–17.

632 Eine scharfsinnige Analyse der Berichte Widenmanns, auf die sich meine Ausführungen stützen, findet sich in Kießling, *Gegen den »großen Krieg«?*, S. 73 f.

633 Bethmann Hollweg an Metternich, Berlin, 31. Oktober 1911; Metternich an Bethmann Hollweg, London, 1. November 1911, *GP*, Bd. 31, Dok. 11315, 11316, S. 17–24.

634 Kießling, *Gegen den »großen Krieg«?*, S. 74.

635 Alfred von Waldersee an Jagow (Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten), 6. Mai 1919, zitiert in Dieter Hoffmann, *Der Sprung ins Dunkle: Oder wie der 1. Weltkrieg entfesselt wurde*, Leipzig 2010, S. 137.

636 D. Ralston, *The Army of the Republic*, Cambridge, Mass. 1967, S. 338 ff. beobachtet, dass sich Moltke im Gegensatz zu Joffre mit einem Kaiser auseinandersetzen musste, der seine Pflichten als »Oberster Befehlshaber« ernst nahm; diese Anschauung wird kritisiert von Douglas Porch, *The March to the Marne. The French Army, 1871–1914*, Cambridge 1981, S. 171 f.

637 Tagebucheinträge von Wilson vom 9. August 1911 und 16. November 1911, Imperial War Museum London; drittes Zitat: Hew Strachan, *The Politics of the British Army*, Oxford 1997, S. 114; zu Wilsons politischen Anschauungen siehe ebenda, S. 114 f., 125 f.

638 Samuel Williamson und Russell Van Wyk, *Soldiers, Statesmen and the Coming of the Great War. A Brief Documentary History*, Boston 2003, S. 218.

639 Raymond Poincaré, »Entretien avec Kokowtsoff – Chemins de fer stratégiques«, St. Petersburg, August 1912, AMAE, NS Russie 41, Bl. 280.

640 Porch, *March to the Marne*, S. 175; zur bindenden Wirkung des russischen Bündnisses auf die französischen Sicherheitsvorkehrungen siehe auch die Bemerkungen Maurice Herbettes vom 17. Juni 1914, die dokumentiert sind in Georges Louis, *Les Carnets de Georges Louis*, 2 Bde., Paris 1926, Bd. 2, S. 114.

641 Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik*, S. 254.

642 Mombauer, *Moltke*, S. 45.

643 Fuller, *Civil-Military Conflict*, S. 225.

644 Marc Trachtenberg, »The Coming of the First World War: A Reassessment«, in: ders., *History and Strategy*, Princeton 1991, S. 47–99.

645 Pourtalès an Bethmann Hollweg, St. Petersburg, 1. Februar 1913, Bericht über ein Gespräch mit

Sasonow, PA-AA, R 10896.

646 Ebenda, 11. März 1914, PA-AA, R 10898.

647 Miliukov, *Political Memoirs*, S. 235.

648 Modris Eksteins, »Sir Edward Grey and Imperial Germany in 1914«, in: *Journal of Contemporary History*, 6/3 (1971), S. 121–131.

649 Bernhard von Bülow, Rede vor dem Reichstag, 29. März 1909, zitiert in: Bernhard Rosenberger, *Zeitungen als Kriegstreiber? Die Rolle der Presse im Vorfeld des Ersten Weltkrieges,* Köln 1998, S. 33.

650 Zu dieser Entwicklung und der Auswirkung auf die deutsche Politik siehe Joachim Radkau, *Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler,* München 1998; Mommsen, *Bürgerstolz und Weltmachtstreben,* S. 187; Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte,* 5 Bde., München 1987–2008, Bd. 3, S. 905; J. Sperber, *The Kaiser's Voters. Electors and Elections in Imperial Germany,* Cambridge 1997; J. N. Retallack, *Notables of the Right. The Conservative Party and Political Mobilization in Germany,* Winchester 1988; G. Eley, *The Reshaping of the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck,* New Haven 1980; T. Nipperdey, *Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918,* Düsseldorf 1961; D. Blackbourn, »The Politics of Demagogy in Imperial Germany«, in: ders., *Populists and Patricians. Essays in Modern German History,* London 1987, S. 217–245, hier S. 222 ff.

651 Bosworth, *Italy*, S. 44.

652 Zu Corradini und seinem Einfluss, in einem paneuropäischen Kontext, siehe Monique de Taeye-Henen, *Le Nationalisme d'Enrico Corradini et les origines du fascisme dans la revue florentine Il Regno, 1903–1906*, Paris 1973; sowie die nützliche Einleitung zu Enrico Corradini, *Scritti e discorsi*, bearb. v. Lucia Strappini, Turin 1980, S. vii–lix.

653 William Mulligan, *The Origins of the First World War,* Cambridge 2010, S. 139.

654 McDonald, *United Government*, S. 182; Louise McReynolds, *The News Under Russia's Old Regime. The Development of a Mass-Circulation Press,* Princeton 1991, S. 223–252.

655 Siehe Bosworth, *Italy*, S. 17; Clark, *Wilhelm II.*, S. 210–243; Geppert, *Pressekriege*, passim.

656 Lieven, *Nicholas II*, S. 96.

657 Buisseret (belgischer Gesandter in St. Petersburg) an Davignon (belgischer Außenminister), 17. Januar 1914, MAEB AD, Empire Russe 34, 1914.

658 Hardinge an Nicolson, 28. Oktober 1908, zitiert in Keith Neilson, »›My Beloved Russians‹: Sir Arthur Nicolson and Russia, 1906–1916«, in: *International History Review*, 9/4 (1987), S. 538 f.

659 Judith A. Head, »Public Opinions and Middle-Eastern Railways. The Russo-German Railway Negotations of 1910–11«, in: *International History Review*, 6/1 (1984), S. 28–47, hier S. 46 f.

660 Theodore Roosevelt, *America and the World War,* London 1915, S. 36.

661 Hibbert, *Edward VII*, S. 256 f.; Tombs und Tombs, *That Sweet Enemy*, S. 438 ff.

662 Kosztowits an Tets van Goudriaan, 7. März 1906, NA, 2.05.36, Dok. 10, Rapporten aan en briefwisseling met het Ministerie van Buitenlandse Zaken.

663 Stevenson, *Armaments*, S. 193; Allain, *Agadir*, S. 379–382.

664 Descos (französischer Gesandter in Belgrad) an Doumergue (französischer Außenminister), 23. März 1914, 22. April 1914, 9. Juni 1914 in *DDF*, 3. Serie (1911–14), Bd. 10, Dok.. 17, 145, 347, S. 26 f., 252–255, 513 ff.

665 Fuller, *Civil-Military Conflict*, S. 210.

666 Kohlhaas, Denkschrift an Pourtalès, Moskau, 3. Dezember 1912, PA-AA, R 10895.

667 Guillaume an Davignon, Paris, 5. Mai 1913, MAEB AD, France 11, 1914.

668 Keith Robbins, »Public Opinion, the Press and Pressure Groups«, in: F. H. Hinsley (Hg.), *British Foreign Policy under Sir Edward Grey*, Cambridge 1977, S. 70–88, hier S. 72; Geppert, *Pressekriege*, S. 59–69.

669 Denis Mack Smith, *Italy and Its Monarchy*, New Haven 1989, S. 191.

670 D. W. Spring, »Russia and the Coming of War«, in: R. J. W. Evans und H. Pogge von Strandmann (Hg.), *The Coming of the First World War*, Oxford 1988, S. 57–86, hier S. 59 f.

671 Bericht eines unbekannten deutschen Journalisten im *Lokal-Anzeiger* von St. Petersburg, weitergeleitet in Pourtalès an Bethmann, St. Petersburg, 17. März 1911, PA-AA, R 10544.

672 Hayne, *French Foreign Office*, S. 43 f.

673 McDonald, *United Government*, S. 133 f., 191.

674 Hayne, *French Foreign Office*, S. 47.

675 Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik*, S. 47 f.

676 Fuller, *Strategy and Power in Russia*, S. 419 f.

677 Buisseret an Davignon, St. Petersburg, 17. Januar 1914, 27. März 1914, 9. Juni 1914, MAEB AD, Empire Russe 34, 1914.

678 Leopold Kammerhofer, *Diplomatie und Pressepolitik 1848–1918*, in: Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch (Hg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, 10 Bde., Wien 1973–2006, Bd. 6/1: *Die Habsburger Monarchie im System der internationalen Beziehungen*, S. 459–495, hier S. 489 f.; Joseph Goričar und Lyman Beecher Stowe, *The Inside Story of Austro-German Intrigue or How the World War Was Brought About*, New York 1920.

679 Hayne, *French Foreign Office*, S. 45.

680 Zu den Zuwendungen an Journalisten in St. Petersburg: Pourtalès an Bethmann Hollweg, St. Petersburg, 2. Dezember 1911, PA-AA, R 10544; zu britischen Zuwendungen: Mulligan, *Origins of the First World War*, S. 169.

681 Georges Louis an politische und kommerzielle Abteilung, MFA, St. Petersburg, 24. Februar 1912, AMAE NS Russie 41.

682 Günther Kronenbitter, *›Krieg im Frieden‹. Die Führung der k.u.k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906–1914*, München 2003, S. 450.

683 »Englisches Geld«: Graf Mirbach-Sorquitten an Bethmann Hollweg, 3. Juli 1914, PA-AA, R 10544; Konstantinopel: Sean McMeekin, *The Berlin–Baghdad Express.The Ottoman Empire and Germany's Bid for World Power 1898–1918*, London 2010, S. 69.

684 Jules Cambon an Maurice Paléologue, Berlin, 10. Mai 1912, AMAE PA-AP, 43 Cambon Jules, 56, Bl. 204.

685 Jules Cambon an Raymond Poincaré, Berlin, 26. Oktober 1912, AMAE PAAP, 43 Cambon Jules 56, Bl. 51 f.

686 Moltke an Bethmann, 2. Dezember 1912, PA-AA Berlin, R789.

687 Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik*, S. 45 f., 49 f.; Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik*, S. 216 ff., 227.

688 Zitiert in H. Temperley und L. Penson, *Foundations of British Foreign Policy from Pitt to Salisbury*, Cambridge 1938, S. 519 f.

689 Justin de Selves an Georges Louis, 21. August 1911, *DDF*, 2. Serie, Bd. 14, Dok. 200, S. 255 f.; Louis an de Selves, 1. September 1911, ebenda, Dok. 234, S. 305 ff.

690 Tschirschky an Bethmann Hollweg, Bericht über ein Gespräch mit Jovanović, 18. November 1912; Pourtalès an Bethmann Hollweg, Bericht über ein Gespräch mit Sasonow, St. Petersburg, 10. Dezember 1912, PA-AA, R 10895.

691 Pourtalès an Bethmann Hollweg, St. Petersburg, 17. November 1912, ebenda; zu dieser Praxis in der russischen Diplomatie siehe auch Geyer, *Der russische Imperialismus*, S. 235 f.

692 Ronald Bobroff, »Behind the Balkan Wars. Russian Policy towards Bulgaria and the Turkish Straits, 1912–13«, in: *Russian Review*, 59/1 (2000), S. 76–95, hier S. 79.

693 Pourtalès an Bülow, St. Petersburg, 11. Dezember 1908, *GP*, Bd. 26/1, Dok. 9187, S. 387 f.; Wilhelm II. an Franz Joseph, Berlin, 26. Januar 1909, *GP*, Bd. 26/2, Dok. 9193, S. 401 f.; Nikolaus II. an Wilhelm II., St. Petersburg, 25. Januar 1909, ebenda, Dok. 9194, S. 402 ff.

694 Grey an Asquith, 13. September 1911, zitiert in Kießling, *Gegen den »großen Krieg«?*, S. 40; Pourtalès an Bethmann Hollweg, St. Petersburg, 12. Februar 1910, PA-AA, R 10894.

695 Stevenson, *Armaments*, S. 160.

696 Radolin an Bethmann Hollweg, Paris, 10. Februar 1910, PA-AA, R 10894.

697 Guillaume an Davignon, 5. Januar 1914, MAEB AD, France 12, 1914.

698 Geppert, *Pressekriege*, S. 123, 230.

699 Lieven, *Nicholas II*, S. 192.

700 Geppert, *Pressekriege*, S. 358.

701 Tatischtschew an Nikolaus II., 27. Februar 1913, GARF, Fond 601, op. 1, delo 746 (2).

702 Rosenberger, *Zeitungen*, passim; Geppert, *Pressekriege*, S. 27.

703 Friedrich von Bernhardi, *Deutschland und der nächste Krieg*, Stuttgart und Berlin 1912, insb. Kap. 1.

704 Kießling, *Gegen den »großen Krieg«?*, S. 70, 99.

705 James Joll, *1914: The Unspoken Assumptions. An Inaugural Lecture Delivered 25 April 1968*, London 1968.

706 Zum »defensiven Patriotismus« als Versäumnis aller öffentlichen Sphären in Europa siehe Mulligan, *Origins*, S. 159.

707 R. B. Brett, 2. Viscount Esher, »To-day and to-morrow«, in: ders., *To-day and To-morrow and Other Essays*, London 1910, S. 13; ders., *Modern War and Peace*, Cambridge 1912, S. 19.

708 Zitiert in John Gooch, »Attitudes to War in Late Victorian and Edwardian England«, in: ders., *The Prospect of War: Studies in British Defence Policy, 1847–1942*, London 1981, S. 35–51.

709 Zur »Opferideologie« siehe Alexander Watson und Patrick Porter, »Bereaved and Aggrieved: Combat Motivation and the Ideology of Sacrifice in the First World War«, in: *Historical Research*, 83 (2010), S. 146–164; zur positiven Schilderung von Konflikten siehe Glenn R. Wilkinson, »›The Blessings of War‹: The Depiction of Military Force in Edwardian Newspapers«, in: *Journal of Contemporary History*, 33 (1998), S. 97–115.

710 Zitiert in C. E. Playne, *The Pre-War Mind in Britain: A Historical Review*, London 1928, S. 148.

711 Eine ausgezeichnete Darstellung dieser Themen bietet Zara Steiner, »Views of War: Britain Before the Great War – and After«, in: *International Relations*, 17 (2003), S. 7–33.

712 Fuller, *Civil-Military Conflict*, S. 197; ders., *Strategy and Power*, S. 395.

713 Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik*, S. 121–130; Herrmann, *The Arming of Europe*, S. 194.

714 Stevenson, *Armaments*, S. 150; Herrmann, *The Arming of Europe*, S. 113 f.

715 Playne, *The Pre-War Mind*, S. 147 f.

716 Brendan Simms, *The Impact of Napoleon. Prussian High Politics, Foreign Policy and the Crisis of the Executive, 1797–1806,* Cambridge 1997.

717 Andrew Preston, *The War Council: McGeorge Bundy, the NSC, and Vietnam,* Cambridge, Mass. 2006.

718 Philip E. Mosely, »Russian Policy in 1911–12«, in: *Journal of Modern History*, 12 (1940), S. 69–86, hier S. 86.

KAPITEL 5
VERWICKLUNGEN AUF DEM BALKAN

Der Erste Weltkrieg war genau genommen der dritte Balkankrieg, bevor er zum Weltkrieg wurde. Wie konnte das passieren? Konflikte und Krisen an der südöstlichen Peripherie, wo das Osmanische Reich an das christliche Europa grenzte, waren nichts Neues. Im Rahmen des europäischen Systems wurden sie stets geschlichtet, ohne den Frieden des Kontinents insgesamt zu gefährden. In den letzten Jahren vor 1914 änderte sich das jedoch grundlegend. Im Herbst 1911 begann Italien einen Eroberungskrieg in einer afrikanischen Provinz des Osmanischen Reiches und löste dadurch eine Kette opportunistischer Überfälle auf osmanische Territorien auf der Balkanhalbinsel aus. Das geopolitische Gleichgewicht, das eine Eindämmung lokaler Konflikte ermöglicht hatte, geriet schlagartig aus den Fugen. Im Zuge der beiden Balkankriege von 1912 und 1913 sah sich Österreich-Ungarn mit einer neuen und bedrohlichen Situation an der südöstlichen Peripherie konfrontiert, während der Rückzug des Osmanischen Reiches strategische Fragen aufwarf, die russische Diplomaten und Politiker auf keinen Fall ignorieren durften. Die beiden kontinentalen Bündnisblöcke wurden immer tiefer in die Auseinandersetzungen und Aversionen in einer Region der Welt hineingezogen, die in eine Phase noch nie da gewesener Unbeständigkeit eintrat. Im Verlauf dieses Prozesses wurden die Konflikte auf dem Schauplatz Balkan eng mit der Geopolitik des europäischen Systems verknüpft, und dadurch bildete sich eine ganze Reihe von Eskalationsmechanismen heraus, die es letztlich ermöglichten, dass im Sommer 1914 ein auf dem Balkan ausgebrochener Konflikt binnen fünf Wochen den gesamten Kontinent erfasste.

Luftschläge auf Libyen

Früh am Morgen des 5. Januar 1912 wurde George Frederick Abbott in

seinem Zelt in der libyschen Wüste von Rufen und Schüssen geweckt. Als er aus dem Zelt rannte, sah er die arabischen und türkischen Soldaten seines Lagers in den Himmel starren. Sie erblickten einen italienischen Eindecker in einer Höhe von 600 Metern, die Tragflächen glänzten in den Strahlen der Morgensonne. Unbeeindruckt von den Schüssen aus dem Lager schwebte das Flugzeug elegant in Richtung Südwesten davon. Die italienische Invasion in Libyen war seit vier Monaten im Gange. Der Türkenfreund Abbott hatte sich den dortigen osmanischen Streitkräften als britischer Beobachter angeschlossen mit der Absicht, eine Geschichte des Feldzuges zu schreiben. Ihm fiel auf, dass die Araber, »einmal abgesehen davon, dass sie mit ihren Gewehren drauflos knallten«, von dem Flugapparat kaum beeindruckt schienen: »Sie verfügen über eine immense Fähigkeit, Neues als etwas Selbstverständliches zu akzeptieren.« Als das Flugzeug einen Tag später zurückkehrte, bombardierte es das Lager mit Stapeln von Flugblättern, die im Sonnenlicht »wie unzählige Flocken Spielzeugschnee« flatterten. Die Araber, erinnerte sich Abbott, »hörten mit dem Schießen auf und hoben gebückt eifrig die Blätter auf, in der Hoffnung, dass es Geldscheine wären«.[719]

Abbotts osmanische Kameraden hatten Glück, dass sie nur mit verbaler italienischer Kriegspropaganda in antiquiertem Arabisch bombardiert wurden. An anderen Orten hatte das eklatante technologische Ungleichgewicht zwischen den italienischen Streitkräften und den Untertanen des osmanischen Reiches, in dessen Provinzen sie eindrangen, tödliche Folgen. Vor vielen großen Operationen im Libyenkrieg stiegen Flugzeuge zur Aufklärung auf und meldeten die Position und Stärke des Gegners, sodass die Italiener die türkischen Geschütze von Feldbatterien oder von vor der Küste liegenden Panzerschiffen aus unter Feuer nehmen konnten. Das war der erste Krieg, in dem es zu Bombardierungen aus der Luft kam. Im Februar 1912 geriet ein Rückzug der Osmanen zwischen der Oase Zanzur und dem Ort Gargaresch südöstlich von Tripolis zu einer wilden Flucht, als das italienische lenkbare Luftschiff P3 mitten unter die zurückweichenden Soldaten Bomben abwarf.[720] Lenkbare Luftschiffe konnten bis zu 250 Bomben mit hochexplosivem Sprengstoff an Bord nehmen. In kleinerer Zahl wurden auch von Flugzeugen aus Bomben abgeworfen. Das war allerdings

ein schwieriges Unterfangen, weil der Pilot irgendwie die Maschine steuern musste, während er die Bombe zwischen die Knie geklemmt hatte und mit der freien Hand die Lunte anbrachte, bevor er auf die Truppen unter ihm zielte.[721]

Militärische Suchscheinwerfer waren zwar nicht ganz so neu (die Royal Navy hatte schon 1882 Suchscheinwerfer gegen ägyptische Truppen in Alexandria eingesetzt), spielten aber als weitere Hightechwaffe in den zeitgenössischen Darstellungen des Libyenkrieges eine wesentliche Rolle. Vermutlich kam ihnen sogar eine größere strategische Bedeutung als den Flugzeugen und Luftschiffen zu, weil ihr Einsatz die osmanischen Streitkräfte daran hinderte, Nachtangriffe durchzuführen, oder zumindest erheblich höhere Verluste forderte. Der britische Beobachter Ernest Bennett erinnerte sich, dass er sich einmal gemeinsam mit einem kleinen Trupp arabischer Kämpfer auf einem Küstenpfad zu ihrem Biwak bei Bir Terin schlich, als die Gruppe plötzlich von dem Scheinwerfer eines italienischen Kreuzers erfasst wurde: »Der Anblick der armen arabischen Silhouetten vor den elektrischen Strahlen machte mich ganz traurig. Scheinwerfer, Maxim [Schnellfeuergewehre], Batterien, Kriegsschiffe, Flugzeuge – das Ganze schien so aussichtslos!«[722]

Die Kaskade von Kriegen, die den Balkan ins Unglück stürzten, nahm in Afrika ihren Anfang. Eben der italienische Angriff auf Libyen im Jahr 1911 machte den Weg frei für den massiven Angriff auf die Peripherie des Osmanischen Reiches auf dem Balkan. Anders als Ägypten (inzwischen britisch) und Marokko (inzwischen de facto französisch) waren die drei Provinzen oder *vilâyets*, die später unter dem Namen Libyen bekannt wurden, feste Bestandteile des Osmanischen Reiches. Der völlig grundlose italienische Angriff auf diese letzten osmanischen Besitzungen in Afrika »brach das Eis«, wie ein zeitgenössischer britischer Beobachter schrieb, für die Balkanstaaten.[723] Schon seit einigen Jahren wurde über einen gemeinsamen Feldzug, um die Türken von der Balkanhalbinsel zu vertreiben, gesprochen. Erst nach Italiens Überfall fühlten sich die Balkanstaaten stark genug, zu den Waffen zu greifen. Im Jahr 1924 erinnerte sich Miroslav Spalajković, der ehemalige Leiter des serbischen Außenministeriums in

Belgrad, bei einem Rückblick auf die Ereignisse, dass der italienische Angriff auf Tripolis den Prozess in Gang gesetzt hatte, der letztlich zum Krieg führte: »Alle darauffolgenden Ereignisse sind nicht mehr als die Weiterführung dieser ersten Aggression.«[724]

Die italienische Diplomatie hatte schon vor der Jahrhundertwende versucht, sich in Nordafrika eine italienische Interessensphäre zu verschaffen. Im Sommer 1902 hatten Rom und Paris nach den Bestimmungen des Prinetti-Barrère-Abkommens heimlich vereinbart, dass im Falle einer umfassenden Neuverteilung von Territorien Frankreich Marokko nehmen würde, während man in Libyen Italien freie Hand lassen wollte. Dieses Abkommen ratifizierte einen Annäherungsprozess an Frankreich, den Erzrivalen in Nordafrika, der bereits 1898 angefangen hatte.[725] Eine Note aus London im März 1902 sagte freundlicherweise zu, dass Großbritannien dafür sorgen werde, dass »jede Änderung im Status Libyens im Einklang mit italienischen Interessen erfolgen werde«. Diese Vereinbarungen stehen exemplarisch für eine Politik der Zugeständnisse mit dem Ziel, die Einbindung Italiens, des unzuverlässigsten Partners, in den Dreibund zu lockern. Ganz im Sinne dieses Ansatzes vereinbarte Zar Nikolaus II. den »Racconigi-Handel« von 1909 mit König Victor Emmanuel III., dem zufolge Russland Italiens besonderes Interesse an Libyen im Gegenzug für Italiens Unterstützung eines russischen Zugangs zu den türkischen Meerengen anerkannte.[726]

Es war nicht schwierig, dem politisch interessierten Teil der italienischen Öffentlichkeit, einen auf Invasion und Annexion abzielenden Kurs schmackhaft zu machen. Kolonialismus war damals in Italien, wie in ganz Europa, auf dem Vormarsch, und die »Erinnerung« an das Afrika des Altertums, als Libyen die Kornkammer des Römischen Reiches gewesen war, verschaffte dem sogenannten Tripolitanien einen zentralen Platz am kolonialen Horizont des Königreichs. Im Jahr 1908 wurde das bescheidene *Ufficio Coloniale*, Kolonialamt, in Rom aufgestockt und zur *Direzione Centrale degli Affari Coloniali*, Zentralverwaltung kolonialer Angelegenheiten, aufgewertet – ein Hinweis auf das wachsende Gewicht der afrikanischen Fragen innerhalb der Regierung.[727] Von 1909 an warb der Nationalist Enrico Corradini, unterstützt von dem nationalistischen Organ

L'Idea Nazionale, vehement für ein imperialistisches Unternehmen, das sich auf Libyen konzentrierte; im Frühjahr 1911 forderte er bereits ganz offen eine Invasion und Besetzung.[728] Innerhalb der politischen Elite ging man allgemein davon aus, dass Italien irgendwo etwas »Fruchtbares« brauche, wohin man die Auswanderer verpflanzen könne. Sogar die Sozialisten waren für diese Argumente empfänglich, auch wenn sie dazu neigten, sie als eine wirtschaftliche Notwendigkeit auszugeben.[729]

Bis zum Sommer 1911 hielten die führenden Politiker Italiens jedoch an dem alten Axiom des Landes fest, dass Italien nicht den Zerfall des Osmanischen Reiches provozieren dürfe. Noch im Sommer des Jahres wies Ministerpräsident Giovanni Giolitti standhaft Forderungen zurück, bei etlichen Themen im Zusammenhang mit der Verwaltung des osmanischen Albaniens eine aggressivere Haltung gegenüber Konstantinopel zu vertreten.[730] Die französische Intervention in Marokko veränderte jedoch alles. Das italienische Außenministerium war der Meinung, dass es nunmehr ausgezeichnete Gründe für die Forderung eines *quid pro quo* in Libyen habe. Mit Blick auf die »radikale Änderung« der Lage im Mittelmeer sei es jetzt unmöglich, erklärte ein hoher Beamter des Außenministeriums, eine weitere Untätigkeit »gegenüber der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen«.[731]

Ausgerechnet Großbritannien, Frankreich und Russland, die Mächte der Entente, nicht Italiens Partner im Dreibund, ermunterten Rom, in die Offensive zu gehen. Anfang Juli 1911 erwähnten die Italiener gegenüber der britischen Regierung die »Schikanen«, denen italienische Untertanen in Tripolis angeblich durch die osmanischen Behörden ausgesetzt waren (es war Standard, dass die europäischen Mächte ihre kolonialen Eroberungen und Raubzüge mit der Behauptung rechtfertigten, ihre Anwesenheit sei notwendig, um Staatsangehörige vor Misshandlungen zu schützen). Am 28. Juli, als die Frage einer Intervention vom italienischen Botschafter in London Marquis Guglielmo Imperiali gegenüber dem britischen Außenminister zur Sprache kam, fiel Greys Reaktion erstaunlich positiv aus. Grey wünsche »mit Blick auf die sehr guten Beziehungen zwischen uns, mit Italien zu sympathisieren«, sagte er dem Botschafter. Falls die Italiener in Tripolis ungerecht behandelt würden und falls »die Hand Italiens gezwungen sei«,

nahm Grey es auf sich, »gegenüber den Türken die Meinung zu vertreten, dass die türkische Regierung angesichts der unfairen Behandlung, welche sie den Italienern zuteilwerden ließen, nichts anderes erwarten könne«.[732] Es verwundert nicht, dass die Italiener diese nebulösen Äußerungen als grünes Licht für einen Angriff auf Libyen werteten.[733] Grey blieb dieser Linie auch weiterhin treu: Am 19. September wies er den Ständigen Staatssekretär Sir Arthur Nicolson an, dass es »von höchster Wichtigkeit« sei, dass weder England noch Frankreich Italien in seinen Plänen behindere.[734] Italienische Sondierungen in St. Petersburg ergaben noch entgegenkommendere Reaktionen. Dem italienischen Botschafter in St. Petersburg wurde mitgeteilt, dass Russland sich nicht beschweren werde, falls Italien Libyen erwarb, ja, St. Petersburg drängte Italien sogar, »prompt und entschlossen« zu handeln.[735]

Mit den Staaten der Entente wurden somit im Vorfeld intensive Gespräche geführt. Gegenüber den Bündnispartnern im Dreibund legte Italien hingegen eine geradezu arrogante Gleichgültigkeit an den Tag. Am 14. September trafen sich Giolitti und der Marquis di San Giuliano, Italiens Außenminister, in Rom und vereinbarten, so rasch wie möglich eine militärische Aktion zu starten, damit sie bereits in vollem Gange war, »bevor die österreichische und deutsche Regierung etwas davon erfuhren«.[736] Diese Vorsichtsmaßnahme war durchaus angebracht, weil es den Deutschen überhaupt nicht in den Kram passte, dass ihr Partner Italien gegen ihre osmanischen Freunde in den Krieg zog. Außerdem bemühte sich Berlin bereits nach Kräften um eine friedliche Beilegung der Streitigkeiten zwischen Rom und Konstantinopel. Der deutsche Botschafter in der osmanischen Hauptstadt warnte seinen italienischen Kollegen sogar, dass eine italienische Besetzung Libyens unter Umständen die jungtürkische Regierung stürzen und derartige Unruhen auslösen könnte, welche die gesamte östliche Frage neu aufwerfen würden.[737] Der österreichische Außenminister Graf Aehrenthal drängte die Italiener wiederholt zur Zurückhaltung und warnte sie, dass eine übereilte Aktion in Libyen unerwünschte Konsequenzen auf der Balkanhalbinsel haben könnte. Er erinnerte sie daran, dass sie selbst stets erklärt hätten, die Stabilität und Integrität des Osmanischen Reiches seien ganz im Interesse

Italiens.[738]

San Giuliano war sich über die Widersprüche in Italiens Politik im Klaren und sah ebenfalls die »unerwünschten Konsequenzen«, die den Österreichern Kopfzerbrechen machten. In einem langen Bericht vom 28. Juli 1911 an den König und an den Ministerpräsidenten wog der Außenminister die Argumente für und gegen eine Invasion gegeneinander ab. Er gestand die »Wahrscheinlichkeit« ein, dass der Schaden, den das Osmanische Reich erleiden würde, »die Balkanvölker zu Aktionen gegen es verleiten und eine Krise beschleunigen würden, die Österreich eventuell […] fast schon zwingen würde, auf dem Balkan einzugreifen«.[739] Diesen weitsichtigen Bemerkungen lag allerdings weniger die Sorge um das österreichisch-ungarische Reich als solches zugrunde, sondern die Befürchtung, dass eine Welle von Unruhen unter Umständen die österreichischen Interessen auf dem Balkan auf Italiens Kosten begünstigen könnte – vor allem in Albanien, das in vielen Kreisen bereits als künftige italienische Kolonie gehandelt wurde.[740] Doch die Risiken auf dem Balkan wurden in San Giulianos Augen durch den Gedanken aufgewogen, dass es schon bald zu spät sein könnte für ein italienisches Abenteuer in Nordafrika:

> Wenn politische Ursachen das Osmanische Reich nicht schwächen oder auflösen, dann wird es in zwei oder drei Jahren über eine starke Flotte verfügen, die ein Unternehmen gegen Tripolis schwieriger für uns oder gar unmöglich machen würde.[741]

Dieses letzte Argument sticht in erster Linie deshalb hervor, weil es keinerlei Grundlage hat. Freilich trachtete die osmanische Regierung danach, ihre überalterte Flotte aufzuwerten; ein modernes Schlachtschiff hatte sie bereits in England in Auftrag gegeben, ein zweiter Kauf aus Brasilien war in Arbeit. Aber diese bescheidenen Anstrengungen wurden von den italienischen Flottenprogrammen in den Schatten gestellt, von der aktuellen Stärke der italienischen Flotte ganz zu schweigen. Und es gab keinen Grund zu der Annahme, dass sie jemals Italiens komfortable Flottenüberlegenheit über die Osmanen im östlichen Mittelmeer in Frage stellen würden.[742] San Giulianos

Argumentation basierte somit weniger auf den Fakten des Kräfteverhältnisses auf See als auf einer Art zeitweiliger Paranoia, die in den Überlegungen vieler europäischer Staatsmänner jener Ära zu beobachten war: das Gefühl, dass die Zeit ihnen davonläuft, dass in einem Umfeld der schwindenden Aktivposten und wachsenden Gefahren jede Verzögerung mit Sicherheit schwer bestraft wurde.

Also erging nach einer Reihe kleinerer Seegefechte am 3. Oktober 1911 in einem Geschwader italienischer Kriegsschiffe, die vor dem Hafen von Tripolis vor Anker lagen, das Signal zur Alarmbereitschaft. Ein italienischer Kommandant an Bord eines der Schiffe erinnerte sich noch an »ein Rennen der Schützen zu den Kanonen, der Träger zu den Munitionsräumen, der Signalgeber zu den Lautsprechern«. Munitionsaufzüge beförderten die weißen Geschosse mit einer roten Spitze zu den Geschützbatterien, wo sie in sauberen Reihen hinter jeder Kanone ausgelegt wurden. Um genau 15.13 Uhr gab die *Benedetto Brin* den ersten Schuss auf das rote Fort ab, das auf der Landspitze stand, die den Hafen von Tripolis abriegelte. Das war das Signal zu einer gewaltigen Salve, die »in Wolken aus weißem Rauch über das Meer donnerte«.[743] Die Stadt Tripolis fiel nach kurzem Widerstand und wurde von 1700 italienischen Marineinfanteristen nur 48 Stunden nach Beginn der Feindseligkeiten besetzt. Die Besetzung von Tobruk, Derna, Benghazi und Homs folgte in den nächsten Wochen. In den darauffolgenden Monaten fielen italienische Truppen, anfangs 20000, später 100000 Mann, über das schwach verteidigte *vilâyet* Tripolitanien her.

Aus der »raschen Liquidierung«, auf die San Giuliano gehofft hatte, wurde allerdings nichts. Den Italienern fiel es schwer, in das Landesinnere vorzustoßen, und in den ersten sechs Monaten beschränkte sich der Krieg auf Brückenköpfe an der Küste. Ein italienisches Dekret vom 5. November, das offiziell die »Annexion« Tripolitaniens und der Cyrenaica bekannt gab, war eine Geste, um voreiligen Vermittlungsversuchen durch die anderen Mächte zuvorzukommen, keine wahrheitsgetreue Wiedergabe der militärischen Lage. Bei einer Reihe von Flotteneinsätzen vor der libanesischen Küste im Januar und Februar 1912 zerstörten die Italiener die osmanische Flotte in Beirut und schalteten die einzige verbliebene Bedrohung der italienischen Dominanz im

südlichen Mittelmeer aus. Aber der Bodenkrieg zog sich unter haarsträubenden Berichten über italienische Gräueltaten gegen die arabische Bevölkerung in die Länge. Trotz ihrer technologischen Unterlegenheit brachten die osmanischen Verteidiger und ihre Helfer den Invasoren schwere Niederlagen bei. Eine Reihe konzentrischer türkisch-arabischer Angriffe auf den italienischen Halbkreis um Tripolis im ersten Kriegsmonat durchbrach an mehreren Punkten die Reihen, rieb einige Einheiten auf und forderte hohe Verluste, während bewaffnete »Rebellen« innerhalb des Halbkreises den verteidigenden Truppen in den Rücken fielen.[744] Während des gesamten Konfliktes behinderten kleine Scharmützel, Hinterhalte und guerillaartige Angriffe die Bewegung zwischen den wichtigsten Brückenköpfen an der Küste oder ins Landesinnere. Es sollte zwanzig Jahre dauern, bis die Italiener das libysche Hinterland »befriedeten«.

San Guiliano hatte erkannt, dass die Invasion und Eroberung Libyens auf die christlichen Staaten der Balkanhalbinsel eventuell eine enthemmende Wirkung haben würde. Wenn dieses Ergebnis schon nach der anfänglichen Invasion wahrscheinlich war, so wurde es geradezu unvermeidlich, als Italien versuchte, das Patt an Land durch eine Verlegung des Seekrieges in osmanische Heimatgewässer zu überwinden. Am 18. April 1912 beschossen italienische Kanonenboote die beiden äußeren Festungen an der Einfahrt in die türkischen Meerengen. Die Artilleriebesatzungen feuerten 346 Granaten von Anlageplätzen aus, die sieben Meilen vor der Küste lagen. Sie töteten einen Soldaten und ein Pferd und beschädigten eine Kaserne. Es war eher eine symbolische Demonstration als ein echter Schlag gegen die militärische Stärke des Gegners. Die Türken antworteten, wie zu erwarten, mit der Schließung der Straßen für den neutralen Handel.

Zehn Tage später kam es zu einem weiteren Angriff auf die Dodekanes-Inseln am südlichen Ende der Ägäis; vom 28. April bis zum 21. Mai 1912 übernahmen die Italiener die Kontrolle über 13 Inseln, deren griechische Bewohner sie als Helden und Befreier begrüßten. Nach einer Pause erhöhten die Italiener im Juli den Druck und schickten acht U-Boote in die Straßen. Einmal mehr war eine Schließung im Gespräch, allerdings willigte Konstantinopel diesmal auf russisches Drängen hin ein, durch das Legen von

Minen lediglich die Breite der Wasserstraße zu verringern. Im Oktober 1912 drohte die italienische Regierung, einen massiven Seekrieg in der Ägäis zu beginnen, wenn die osmanische Regierung nicht einem Frieden zustimmte. Auf Druck der Großmächte hin – insbesondere Russlands und Österreichs, die durch die unterbrochene Schifffahrt und die wachsende Gefahr von Komplikationen auf dem Balkan unmittelbar betroffen waren – gaben die Türken endlich nach und unterzeichneten am 15. Oktober einen geheimen Friedensvertrag, in dem sie die Autonomie Tripolitaniens und der Cyrenaica erklärten. Ein imperialer *Ferman* (Erlass) vom selben Tag kündigte den Rückzug der direkten osmanischen Herrschaft aus der verlorenen Provinz an. Drei Tage später wurde diese Regelung öffentlich im Vertrag von Lausanne bestätigt.[745]

Der heute fast vergessene italienisch-türkische Krieg störte das europäische und internationale System in mehrfacher Hinsicht empfindlich. Der libysche Kampf gegen die italienische Besatzung zählte zu den maßgeblichen frühen Katalysatoren beim Aufkommen des modernen arabischen Nationalismus.[746] Die Mächte der Entente hatten Italien zu diesem kühnen unprovozierten Eroberungszug ermuntert, während sich Italiens Partner im Dreibund widerwillig fügten.[747] Diese Konstellation kam einer Art Offenbarung gleich. Die Interventionen der Mächte entlarvten die Schwäche, ja die Unstimmigkeit des Dreibundes. Die wiederholten Warnungen aus Wien und Berlin, dass Italiens Vorgehen die gesamte Balkanhalbinsel auf gefährliche und unberechenbare Weise erschüttern werde, wurden ignoriert. Italien war, so schien es zumindest, nur nominell ein Verbündeter.

Allerdings gab es noch keinen sichtbaren Hinweis auf Italiens späteren Seitenwechsel zur Entente. Die italienische Außenpolitik spielte immer noch ein komplexes und ambivalentes Spiel, in dem sich widersprüchliche Verpflichtungen mehr oder weniger ausbalancierten. Die traditionelle Rivalität mit Frankreich in Nordafrika schwelte weiterhin unter der Oberfläche. Spektakuläre Vorfälle auf See, wie die Beschlagnahmung französischer Dampfschiffe durch italienische Flottenverbände, weil türkische Waffen und Verstärkungen an Bord vermutet wurden, sorgten

dafür, dass der Krieg die wechselseitige Verbitterung und Paranoia zwischen Italien und seiner verhassten lateinischen *sorellastra* (Stiefschwester) weiter schürte.[748] Dennoch bestätigte der Krieg eine wichtige Erkenntnis für Paris und London, nämlich dass Italien momentan für die Entente innerhalb des Dreibundes nützlicher war als außerhalb. In einem Brief vom Januar 1912 an Ministerpräsident Raymond Poincaré bemerkte Paul Cambon, dass Italien »als Bündnispartner eher lästig als nützlich« sei:

> Gegen Österreich hegt es [Italien] eine latente Feindseligkeit, die nichts besänftigen kann; was Frankreich betrifft, haben wir Grund zu der Annahme, dass es im Falle eines Konflikts neutral bleiben oder wahrscheinlich den Gang der Ereignisse abwarten werde, ehe es sich beteiligt. Folglich müssen wir es unbedingt enger an uns binden …[749]

Der Hintergrund der Unruhe im Dreibund war eine Entwicklung von weit grundlegenderer Bedeutung. Bei dem Angriff auf Libyen hatte Italien die mehr oder weniger widerwillige Unterstützung aller europäischen Mächte. Das war an sich bereits bemerkenswert, denn es deckte auf, dass sich die pro-osmanische Koalition mittlerweile weitgehend aufgelöst hatte. In den 1850er Jahren war ein Konzert der Mächte entstanden, um russische Feldzüge gegen das Osmanische Reich einzudämmen – das Ergebnis war der Krimkrieg gewesen. Diese Konstellation hatte sich nach dem russisch-türkischen Krieg bei der Konferenz von Berlin 1878 in anderer Form wiederum zusammengefunden und während der bulgarischen Krisen Mitte der Achtziger neu gruppiert. Inzwischen war davon nichts mehr übrig. In der Anfangsphase des Krieges gegen Italien hatte sich das Osmanische Reich um ein Bündnis mit England bemüht, aber London ging nicht darauf ein, weil es sich Italien nicht zum Feind machen wollte. Nach den beiden folgenden Balkankriegen blieb von dem Mächtekonzert nur noch ein Scherbenhaufen, ohne Aussicht, ihn zu kitten.[750]

Ein tiefgreifender Umbruch vollzog sich. Die Briten verabschiedeten sich schrittweise von der jahrhundertealten Verpflichtung, die Russen im Schwarzen Meer einzuschließen, indem sie die Integrität des Osmanischen

Reiches förderten. Freilich war das britische Misstrauen gegen Russland noch so stark, dass eine völlige Lockerung der Wachsamkeit an den Meerengen nicht in Frage kam. Grey weigerte sich im Jahr 1908, auf Iswolskis Bitte um eine Lockerung der Beschränkungen des Zugangs zu den türkischen Meerengen einzugehen, obwohl die beiden Staaten ein Jahr zuvor das britisch-russische Abkommen unterzeichnet hatten. Bis zum Jahr 1914 wurde die osmanische Flotte im Bosporus von einem Briten kommandiert, von Admiral Sir Arthur Henry Limpus. Doch die allmähliche Lockerung des britischen Engagements für das osmanische Regime schuf bis zu einem gewissen Grad ein geopolitisches Vakuum, in das Deutschland ebenfalls nach und nach hineinrutschte.[751] Im Jahr 1887 hatte Bismarck dem russischen Botschafter in Berlin versichert, dass Deutschland keinerlei Einwände dagegen habe, die Russen »als Herr der Straßen, Besitzer des Eingangs zum Bosporus und Konstantinopels selbst« zu sehen.[752] Aber nach dem Abschied Bismarcks im Jahr 1890 und der Lockerung der traditionellen Verbindung zu Russland strebten die deutschen Politiker engere Beziehungen zu Konstantinopel an. Kaiser Wilhelm II. unternahm im Oktober 1889 sowie im Oktober 1898 weithin publizierte Reisen in das Osmanische Reich, und seit den neunziger Jahren hatte die deutsche Finanzwelt maßgeblichen Anteil am Schienenbau im Osmanischen Reich, anfangs in Gestalt der Anatolischen Bahn, später in der berühmten Bagdad-Bahn. Das 1903 begonnene Projekt sollte die Verbindung von Berlin über Konstantinopel bis in den osmanischen Irak vollenden.

Diesem britischen und deutschen Kurswechsel lag eine strukturelle Kontinuität zugrunde. Das Problem der Meerengen – man könnte auch sagen: das Problem, den russischen Einfluss auf den östlichen Mittelmeerraum einzuschränken – zählte zu den Konstanten des modernen europäischen Systems (wenn man das kurze Zwischenspiel von 1915 bis 1917 ausklammert, als Frankreich und Großbritannien dem Zarenreich Konstantinopel und die Meerengen versprachen, um die Kriegskoalition zu erhalten). Es trat selbst nach 1945 noch in Erscheinung, als die Türkei gegen eine potenzielle sowjetische Aggression durch ein Bündnis mit den Vereinigten Staaten abgeschirmt wurde. Dieses wichtige strategische

Engagement hat zur Folge gehabt, dass die Türkei seit 1952 NATO-Mitglied ist, obwohl sie immer noch nicht der Europäischen Union angehört. Der Umstand, dass ausgerechnet zu *diesem* kritischen Zeitpunkt Großbritannien schrittweise durch Deutschland in der Rolle des Wächters der Meerengen abgelöst wurde, war von enormer Bedeutung, weil er mit der Spaltung Europas in zwei Bündnisblöcke einherging. Die Frage der türkischen Meerengen, die einst dazu beigetragen hatte, das europäische Konzert zu einigen, wurde nunmehr immer stärker in die Antagonismen eines bipolaren Systems hineingezogen.

Irrungen und Wirrungen auf dem Balkan

Zu der Zeit, als sich die osmanische Regierung im Herbst 1912 um einen Frieden mit Italien bemühte, waren die Vorbereitungen für einen großen Konflikt auf dem Balkan bereits weit gediehen. Am 28. September 1911, dem Tag, an dem Italien Konstantinopel sein Ultimatum überreichte, warnte der serbische Außenminister, dass der italienisch-türkische Krieg, falls er sich in die Länge ziehen sollte, unweigerlich Auswirkungen auf den Balkan haben werde.[753] Fast sofort nach Bekanntgabe der italienischen Kriegserklärung im Oktober 1911 erfolgten die ersten Schritte zu einem Treffen zwischen Vertretern der serbischen und bulgarischen Regierung, um über ein gemeinsames militärisches Unternehmen zu sprechen.[754] Ein erster serbischer Entwurf zu einem Bündnisvertrag mit Bulgarien, der die Rahmenbedingungen für einen Offensivkrieg gegen die Türkei vorgab, wurde im November 1911 fertiggestellt. Auf das im März 1912 unterzeichnete serbisch-bulgarische Defensivbündnis folgte im Mai ein unverhohlen offensives Bündnis, just in dem Moment, als Italien die Dodekanes-Inseln eroberte. Die serbisch-bulgarischen Abkommen konzentrierten sich in erster Linie auf militärische Ziele gegen das osmanische Südosteuropa, sahen aber auch die Option einer gemeinsamen Aktion gegen Österreich-Ungarn vor.[755] Um den serbisch-bulgarischen Kern sammelte sich nunmehr ein geheimer Balkanbund, dessen Ziel es war, die Türken von der Halbinsel zu vertreiben. Die Friedensverhandlungen zwischen Italien und dem Osmanischen Reich

waren noch im Gange, als die verbündeten Staaten bereits zu einem allgemeinen Balkankrieg mobilisierten. Die Feindseligkeiten begannen am 8. Oktober 1912 mit einem Angriff Montenegros auf osmanische Stellungen. Am 18. Oktober 1912, am selben Tag, als der Frieden von Lausanne unterzeichnet wurde, gab der serbische König Peter I. in einer königlichen Erklärung bekannt, dass er »durch die Gnade Gottes seiner tapferen Armee befohlen hat, sich dem Heiligen Krieg zur Befreiung unserer Brüder und für eine bessere Zukunft anzuschließen«.[756]

So gut wie jeder hatte den Krieg, der im Oktober 1912 auf dem Balkan ausbrach, kommen gesehen. Die zeitgenössischen Beobachter waren allerdings von der Schnelligkeit und dem Ausmaß der Siege überrascht, die die Staaten des Balkanbundes errangen. Auf der ganzen Halbinsel flackerten Kämpfe auf, während serbische, bulgarische, griechische und montenegrinische Armeen gegen osmanische Bastionen vorrückten. Wegen der geographischen Lage war der Osten Thrakiens die Hauptstoßrichtung der bulgarischen Kriegführung. Die weiten, hügeligen Hochebenen dieses Landstrichs verengen sich zu dem Isthmus, an dessen Ende Konstantinopel liegt. In diese Region strömten die Bulgaren mit fast 300000 Mann – etwa 15 Prozent der gesamten männlichen Bevölkerung des Landes (insgesamt wurden knapp über dreißig Prozent der bulgarischen Männer im Ersten Balkankrieg mobilisiert).[757] Bei Kirk-Kilisse (Lüleburgas) tobte drei Tage lang eine erbitterte Schlacht entlang einer fast sechzig Kilometer langen Front, die sich von der osmanischen Festung Edirne (Adrianopel) nach Osten erstreckte. Angeführt von dem ungestümen Radko Dimitrijew, der wegen seiner Statur und Vorliebe, die Truppen in der Hitze des Gefechts zu leiten, »Napoleon« genannt wurde, griff die bulgarische Infanterie voller Entschlossenheit an. Als die osmanischen Truppen einen ungeordneten Rückzug antraten, setzten die Bulgaren ihnen durch Schlamm und schwere Regenfälle nach, bis sie ein Terrain erreichten, für das sie weder geeignete Karten noch Informationen hatten – ihre Kommandeure hätten nie gedacht, dass sie so weit kommen würden. Der bulgarische Angriff wurde schließlich an der befestigten Tschataldja-Linie gestoppt, nur gut dreißig Kilometer vor Konstantinopel. Mit der Hauptstadt im Rücken hielten die osmanischen

Truppen hier die Front und forderten mit gezieltem Artilleriefeuer unter den vorrückenden Reihen entsetzliche Opfer. Eine Angriffswelle nach der anderen wurde zurückgeworfen. Näher kamen die Bulgaren nie an Konstantinopel heran.

Während die Bulgaren in Thrakien eindrangen, rückte die 1. serbische Armee mit rund 132000 Mann in den Norden Makedoniens ein. Am 22. Oktober stießen sie, früher als erwartet, auf ein osmanisches Heer, das um die Stadt Kumanowo ihr Lager aufgeschlagen hatte. Am nächsten Tag kam es bei kaltem Dauerregen auf einer 16 Kilometer breiten Front zur Schlacht. Nach zwei Tagen brachten die Serben den Osmanen eine vernichtende Niederlage bei. Das serbische Heer stieß nicht sofort energisch nach, rückte jedoch weiter nach Süden vor. Nach drei Tagen sporadischer, aber heftiger Gefechte um die Stadt Prilep – wiederum bei schwerem Herbstregen – verjagten die Serben einmal mehr die Osmanen aus ihren Stellungen. Auf Bitte ihrer bulgarischen Verbündeten hin, die unbedingt vor den Griechen Saloniki einnehmen wollten, aber keine Truppen entbehren konnten, befahl das serbische Kommando der 1. Armee am 8. November, auf Bitola zu marschieren, eine malerische Stadt am Fluss Dragor im Südwesten von Makedonien. Hier hatten die Osmanen ihr Lager aufgeschlagen und befestigten ihre Stellung. Die Artillerie postierten sie auf den Oblakow-Höhen, von denen aus man den Hauptzugang von Norden her überblickte. Schweres Artilleriefeuer von den Höhen aus stoppte die Serben anfangs. Erst nachdem der Kamm gestürmt und am 17. November eingenommen wurde, wendete sich das Schlachtenglück entscheidend zugunsten der Serben. Von dem erhöhten Punkt aus feuerten die serbischen Geschütze bemerkenswert zielgenau eine Salve nach der anderen ab. Sie zerstörten die osmanischen Batterien, die die Stadt verteidigten, und machten den Weg frei für einen Infanterieangriff, der die Flanke der Osmanen aufrollte. Das war die letzte osmanische Stellung in Makedonien. Unterdessen war die serbische 3. Armee nach Westen in den Norden Albaniens vorgerückt, wo sie die montenegrinische Armee bei der Belagerung der befestigten Stadt Scutari unterstützte.

Seit Beginn des Konflikts richteten die Griechen ihr ganzes Augenmerk auf

die Eroberung von Saloniki – die größte Stadt Makedoniens und der strategisch wichtige Hafen der Region. Die makedonischen Festungen an der linken Flanke überließ das griechische Heer aus Thessalien den Serben und Bulgaren und marschierte nach Nordosten. Dabei überrannten sie osmanische Stellungen am Sarantaporos-Pass und Giannitsa am 22. Oktober und 2. November. Die Straße nach Saloniki war jetzt frei. Es folgte ein fast schon komisches Zwischenspiel: In der ersten Novemberwoche fingen griechische Einheiten an, die Stadt zu umstellen. Die Bulgaren erkannten, dass die Griechen im Begriff waren, die heiß ersehnte Beute zu erobern, und befahlen ihrer eigenen 7. Rila-Division, schleunigst nach Süden vorzurücken, in der Hoffnung einer griechischen Besetzung zuvorzukommen. Wegen dieser Truppenverschiebung mussten die Bulgaren notgedrungen den Serben Bitola überlassen. Als sich die bulgarische Division der Stadt Saloniki näherte, wurden Kuriere vorausgeschickt, die den osmanischen Kommandanten drängten, sich der bulgarischen Armee zu günstigeren Konditionen zu ergeben. Von dem Kommandanten kam die verzweifelte Antwort: »Ich habe nur ein Thessaloniki, das ich bereits übergeben habe.« Die Griechen hatten die Nase vorn gehabt. Nachdem das griechische Kommando anfangs den bulgarischen Truppen sogar den Zutritt verweigerte, willigte der Befehlshaber am Ende ein, 15000 bulgarische Soldaten einzulassen, um die Stadt gemeinsam mit 25000 griechischen Soldaten zu besetzen. In einem parallelen Feldzug in Epirus, dem Süden von Albanien, geriet der griechische Vormarsch vor gut befestigten osmanischen Stellungen um Janina ins Stocken. In einigen Regionen wurde noch weitergekämpft, aber der Erfolg der Verbündeten war schon jetzt außergewöhnlich: In nur sechs Wochen hatten sie fast die Hälfte der ganzen europäischen Türkei erobert. Als am 3. Dezember 1912 ein Waffenstillstand unterzeichnet wurde, leisteten die Osmanen westlich der Tschataldja-Linie nur noch in Adrianopel, Janina und Scutari Widerstand. Alle drei Städte wurden noch belagert.

Wie der Streit um Saloniki vermuten lässt, barg der Erste Balkankrieg bereits die Saat eines zweiten Konfliktes um die territoriale Beute des ersten in sich. In dem Bündnisvertrag vom März 1912 hatten sich Serbien und Bulgarien auf einen klaren Teilungsplan geeinigt: Die Bulgaren sollten den

Süden Makedoniens bekommen, einschließlich der Städte Ohrid, Prilep und Bitola. Serbien wurde das Kosovo (das Kernland der serbischen Heldenlegenden) und der Sandschak Novi Pazar zugesprochen. Der Norden Makedoniens, einschließlich der wichtigen Stadt Skopje, fiel in eine »umstrittene Zone«. Falls sich die beiden Parteien nicht einigen konnten, verpflichteten sie sich beide, einen Schiedsspruch des russischen Zaren zu akzeptieren. Die Bulgaren waren mit dieser Vereinbarung zufrieden, insbesondere weil sie davon ausgingen, dass die Russen zu ihren Gunsten entscheiden würden.[758]

Die Serben hingegen waren alles andere als glücklich. In der politischen Elite hatten viele den Eindruck, dass der Bündnisvertrag vom März, den der gemäßigte Ministerpräsident Milovan Milovanović ausgehandelt hatte, zu große Gebiete preisgegeben hatte. Zu den Kritikern zählten der Generalstabschef Radomir Putnik und der Führer der Radikalen Volkspartei Nikola Pašić. »Meiner Meinung nach«, kommentierte Pašić später, »haben wir zu große Zugeständnisse gemacht, oder besser gesagt, wir haben auf einige serbische Gebiete verzichtet, die wir niemals hätten aufgeben dürfen, selbst wenn wir dann keine Einigung erzielt hätten.«[759] Wenige Monate danach starb Milovanović im Juli 1912 überraschend; damit fehlte der wohl wichtigste Verfechter einer moderaten Linie in der serbischen Außenpolitik. Sechs Wochen nach seinem Tod übernahm der fanatische Nationalist Pašić die Ämter des Ministerpräsidenten und des Außenministers.



719 G. F. Abbott, *The Holy War in Tripoli*, London 1912, S. 192–195.

720 Gustavo Ramaciotti, *Tripoli. A Narrative of the Principal Engagements of the Italian-Turkish War*, London 1912, S. 117.

721 Ernest N. Bennett, *With the Turks in Tripoli. Being Some Experiences of the Turco-Italian War of 1911*, London 1912, S. 24 f.

722 Ebenda, S. 77.

723 George Young, *Nationalism and War in the Near East*, Oxford 1915.

724 »M. Miroslaw Spalaïkovitch«, Interview mit Spalajković in *La Revue Diplomatique*, 31. Juli 1924, Ausschnitt ist abgelegt in AS, Personal fonds Miroslav Spalajković, Fiche 101, Bl. 95.

725 William C. Askew, *Europe and Italy's Acquisition of Libya 1911–1912*, Durham 1942, S. 19; zur Aufnahme einer Libyen-Garantie in die zweite Erneuerung des Dreibundes im Jahr 1887 siehe Holger Afflerbach, *Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg*, Wien 2002, S. 691.

726 R. J. B. Bosworth, *Italy, the Least of the Great Powers. Italian Foreign Policy before the First World War*, Cambridge 1979, S. 137 f.

727 Enrico Serra, »La burocrazia della politica estera italiana«, in: R. J. B. Bosworth und Sergio Romano (Hg.), *La Politica estera italiana (1860–1985)*, Bologna 1991, S. 69–90, hier S. 80.

728 Miles Ignotus (Pseud.), »Italian Nationalism and the War with Turkey«, in: *Fortnightly Review*, 90 (Dezember 1911), S. 1084–1096, hier S. 1088–1091; Askew, *Europe and Italy's Acquisition of Libya*, S. 25, 27; Francesco Malgeri, *Guerra Libica (1911–1912)*, Rom 1970, S. 37–96.

729 Zum sozialistischen Chauvinismus zur Zeit der Invasion siehe Bennett, *With the Turks*, S. 7.

730 Bosworth, *Italy*, S. 151.

731 Pietro di Scalea an San Giuliano, 13. August 1911, zitiert in ebenda, S. 158.

732 So fasste Grey sein Gespräch mit dem Botschafter in einem späteren Brief an Sir Rennell Rodd zusammen, siehe Grey an Rodd, 28. Juli 1911, TNA FO 371/1250, Bl. 311.

733 Bosworth, *Italy*, S. 152 f.

734 Grey an Nicolson, London, 19. September 1911, *BD*, Bd. 9/1, Dok. 231, S. 274.

735 Bosworth, *Italy*, S. 159; Afflerbach, *Dreibund*, S. 693.

736 Zitiert in Bosworth, *Italy*, S. 160.

737 Der Botschafter war der ehemalige Außenminister Marschall von Bieberstein, der den italienischen Feldzug kategorisch ablehnte. Zu den Spannungen in der deutschen Politik siehe W. David Wrigley, »Germany and the Turco-Italian War, 1911–1912«, in: *International Journal of Middle Eastern Studies*, 11/3 (1980), S. 313–338, insb. S. 315, 319 f.; auch Malgeri, *Guerra Libica*, S. 138; Afflerbach, *Dreibund*, S. 693 f.

738 Malgeri, *Guerra Libica*, S. 119.

739 Memorandum San Giuliano an Giolitti, Fiuggi, 28. Juli 1911, in Claudio Pavone, *Dalle carte di Giovanni Giolitti: quarant'anni di politica italiana*, 3 Bde., Mailand 1962, Bd. 3: *Dai prodromi della grande guerra al fascismo, 1910–1928*, Dok. 49, S. 52–56.

740 Timothy W. Childs, *Italo-Turkish Diplomacy and the War Over Libya*, Leiden 1990, S. 44 f.

741 Report San Giuliano an Giolitti, 28. Juli 1911, in Pavone, *Dalle carte*, S. 52–56.

742 Childs, *Italo-Turkish Diplomacy*, S. 46 f.

743 Chevalier Tullio Irace, *With the Italians in Tripoli. The Authentic History of the Turco-Italian War*, London 1912, S. 11 f.

744 Eine gute Darstellung der Kämpfe um Tripolis im Oktober und November 1911 bietet, ungeachtet der stark pro-italienischen Voreingenommenheit, W. K. McLure, *Italy in North Africa. An Account of the Tripoli Enterprise*, London 1913, S. 60–109; zu internationalen Berichten über italienische Gräueltaten und allgemein zum arabischen Widerstand siehe Malgeri, *Guerra Libica*, S. 195 und 165–194.

745 Der englischsprachige Wortlaut der Verträge und des *Ferman*, der Autonomie zugesteht, sind enthalten in Childs, *Italo-Turkish Diplomacy*, S. 243–253.

746 Sergio Romano, *La Quarta Sponda: La Guerra di Libia, 1911–1912*, Mailand 1977, S. 14.

747 Malgeri, *Guerra Libica*, S. 303, 306–309.

748 Ebenda, S. 327 ff.

749 Paul Cambon an Poincaré, 25. Januar 1912, *DDF*, 3. Serie, Bd. 1, Dok. 516, S. 535–538, hier S. 536.

750 Zum Versagen des »Konzertsystems« in den letzten Vorkriegsjahren siehe Richard Langhorne, *The Collapse of the Concert of Europe. International Politics, 1890–1914*, New York 1981, insb. S. 97–107; Günther Kronenbitter, »Diplomatisches Scheitern: Die Julikrise 1914 und die Konzertdiplomatie der europäischen Großmächte«, in: Bernhard Chiari und Gerhard P. Groß (Hg.), *Am Rande Europas? Balkan – Raum und Bevölkerung als Wirkungsfelder militärischer Gewalt*, München 2009, S. 55–66; F. R. Bridge, »Österreich(-Ungarn) unter den Großmächten«, in Wandruszka und Urbanitsch (Hg.), *Die Habsburgermonarchie*, Bd. 6/1, S. 196–373, hier S. 329–332.

751 Rainer Lahme, *Deutsche Außenpolitik 1890–1894. Von der Gleichgewichtspolitik Bismarcks zur Allianzstrategie Caprivis*, Göttingen 1990, S. 316–337, 494.

752 Französischer Originalwortlaut zitiert in William L. Langer, *The Franco-Russian Alliance, 1890–1894*, Cambridge 1929, S. 83; vgl. dazu auch Herbert von Bismarck an von Schweinitz (deutscher Botschafter in St. Petersburg), 16. November 1886, *GP*, Bd. 6, Dok. 1207, S. 102 f.

753 Treadway, *Falcon and Eagle*, S. 88 f.

754 Andrew Rossos, *Russia and the Balkans. Inter-Balkan Rivalries and Russian Foreign Policy, 1908–1914*, Toronto 1981, S. 36.

755 Richard C. Hall, *The Balkan Wars, 1912–1913. Prelude to the First World War*, London 2000, S. 11.

756 Zitiert in Robert Elsie (Hg.), *Kosovo. In the Heart of the Balkan Powder Keg*, Boulder 1997, S. 333.

757 Auf diese Zahlen kam Hall, *Balkan Wars*, S. 24.

758 Richard C. Hall, *Bulgaria's Road to the First World War*, Boulder 1997, S. 78 f.

759 Alex N. Dragnich, *Serbia, Nikola Pašić and Yugoslavia*, New Brunswick 1974, S. 101.



Der Balkan: Waffenstillstandslinien nach dem Ersten Balkankrieg



Der Balkan nach dem Zweiten Balkankrieg

Die ersten unmissverständlichen Signale, dass die serbische Regierung die Absicht hatte, die Bedingungen des Bündnisvertrags zu brechen, waren schon vor Beginn des Ersten Balkankrieges zu bemerken. Am 15. September 1912 hatte Pašić ein vertrauliches Zirkular an die serbischen Delegationen bei den europäischen Mächten geschickt, in dem er von »Alt-Serbien« sprach und dieses Gebiet so definierte, dass es Prilep, Kičevo und Ohrid umfasste, Gebiete, die man im März noch Bulgarien versprochen hatte. Als der Krieg begonnen hatte, wurden die serbischen Pläne zu Makedonien vorübergehend von dem Vormarsch in Nordalbanien überschattet, einer Region, die mit der verführerischen Aussicht auf einen Adriahafen lockte. Hier zeigte sich das alte Problem der serbischen nationalen »Vereinigung«: dass sie theoretisch eine Ausdehnung in mehrere verschiedene Richtungen umfassen konnte, sodass die Entscheidungsträger zwischen zwei Optionen wählen mussten. Sobald sich jedoch abzeichnete, dass Österreich-Ungarn nicht gewillt war, den Serben den Landstrich Albanien zu überlassen, und der Adriahafen damit in weite Ferne rückte, sprachen die Politiker in Belgrad ganz offen darüber, die Bestimmungen des Vertrags mit Bulgarien zugunsten von Serbien zu ändern. Ein besonders heikles Thema war Monastir, das die Serben nach wiederholten Salven und schweren Verlusten »mit dem Bajonett« erobert hatten.[760] Alarmiert verlangten die Bulgaren eine Klärung, die Pašić mit den üblichen Ausflüchten lieferte: »Sämtliche Meinungsverschiedenheiten könnten und würden ohne Weiteres ausgeräumt werden«, versicherte er den Bulgaren zur selben Zeit, als hinter den Kulissen Gespräche über eine Annexion nicht nur Prileps und Bitolas aus der bulgarischen Zone gesprochen wurde, sondern auch der sehnlich begehrten Stadt Skopje in der »umstrittenen Zone«.[761] Hinzu kamen Meldungen von serbischen Misshandlungen der Bulgaren in den »befreiten Ländereien«. Und der folgende formelartige Dialog, den der serbische Thronerbe Prinz Alexander auf einer Tour durch die eroberten Gebiete in mehreren makedonischen Städten mit den Einheimischen führte, war ebenfalls nicht gerade hilfreich:

»Was seid ihr?«

»Bulgaren.«

»Ihr seid keine Bulgaren. Ich fick deinen Vater!«[762]

Einige Monate lang sah es so aus, als könne ein Konflikt vermieden werden, weil sowohl Belgrad als auch Sofia Ende April 1913 einwilligten, den Streit um Makedonien dem russischen Schiedsspruch zu unterwerfen. In dem Bestreben, das Thema zu klären, schickte Sofia Dimitar Rizow, den bulgarischen Diplomaten, der an der Entstehung des serbisch-bulgarischen Bündnisvertrages von 1904 mitgearbeitet hatte (siehe Kapitel 2), nach Belgrad, um den Grundstein für eine friedliche Einigung zu legen.[763] Wenn überhaupt jemand ein Abkommen vermitteln konnte, dann war es Rizow, der bekannte Verfechter einer serbisch-bulgarischen Kollaboration. Aber bei seinen Gesprächen mit der serbischen Regierung gelangte er zu der Überzeugung, dass Belgrad überhaupt nicht die Absicht hatte, irgendwelche Gebiete und Festungen aufzugeben, die es momentan in der »bulgarischen Zone« besetzt hielt. Vor allem schockierte ihn der Einfluss des russischen Gesandten Hartwig. Dieser habe in serbischen Angelegenheiten so großen Einfluss, berichtete er dem bulgarischen Ministerpräsidenten, »dass seine [diplomatischen] Kollegen ihn insgeheim ›den Regenten‹ nannten, weil er in Wirklichkeit die Funktionen des altersschwachen serbischen Königs wahrnahm«.[764] Am 28. Mai, also einen Tag nach Rizows Abreise aus Belgrad, ging Pašić mit seiner Annexionspolitik an die Öffentlichkeit und erklärte vor der Skupština, dass Serbien sämtliche Gebiete behalten werde, um die es so erbittert gekämpft hatte.

Ein weiterer Konflikt um Makedonien ließ sich damit nicht vermeiden. In der letzten Maiwoche 1913 wurden große Kontingente serbischer Truppen an Stellungen entlang der bulgarischen Grenze verlegt, und die Bahnlinien wurden vorübergehend für den zivilen Verkehr geschlossen.[765] Am 30. Juni sprach Pašić einmal mehr vor der Skupština und verteidigte seine Makedonienpolitik gegen extrem nationalistische Abgeordnete, die forderten, Serbien hätte einfach die eroberten Provinzen sofort beschlagnahmen müssen.

Genau in dem Moment, als sich die Debatte allmählich aufheizte, traf ein Kurier ein und informierte den Ministerpräsidenten, dass bulgarische Kräfte

um zwei Uhr morgens serbische Stellungen in den umstrittenen Gebieten angegriffen hätten. Ein Aufschrei der Empörung ertönte im Plenarsaal, und Pašić verließ die Sitzung, um die Vorbereitungen der Regierung für eine Gegenoffensive zu koordinieren.

In dem folgenden bündnisübergreifenden Krieg vereinigten Serbien, Griechenland, die Türkei und Rumänien ihre Streitkräfte, um sich aus der Peripherie Bulgariens Gebiete unter den Nagel zu reißen. Bulgarische Truppen, die in Makedonien eindrangen, wurden von den Serben Anfang Juli am Fluss Bregalnica gestellt. Die inzwischen gut verschanzten bulgarischen Truppen um Kalimantsi im Nordosten Makedoniens wehrten vom 15. bis 18. Juli einen serbischen Gegenangriff ab und verhinderten einen Einmarsch der Serben in Westbulgarien. Während die serbische Front stagnierte, griffen die Griechen von Süden her an. Der Feldzug kulminierte in der blutigen, aber unentschiedenen Schlacht von Kresna Gorge. Gleichzeitig zwang ein rumänischer Angriff im Osten, der die rumänischen Truppen bis zehn Kilometer an Sofia heranführte, die bulgarische Regierung, um einen Waffenstillstand zu bitten. In dem Frieden von Bukarest, der am 10. August 1913 geschlossen wurde, verlor Bulgarien nach einem enormen Aderlass den größten Teil der Gebiete, die es im Ersten Balkankrieg gewonnen hatte.

Der Zauderer

Die russische Politik gegenüber den Ereignissen auf dem Balkan veränderte sich im Schatten der bosnischen Annexionskrise 1908/09. Die Russen vergaßen (oder erfuhren erst gar nicht), welche Rolle Iswolski gespielt hatte, als er den Austausch Bosnien-Herzegowinas gegen die österreichische Unterstützung in der Frage der Meerengen vorgeschlagen hatte. Der allgemeinere internationale Kontext (etwa die Weigerung der Briten, den freien Zugang Russlands zu den Meerengen zu unterstützen) wurde ebenfalls aus dem Gedächtnis gelöscht. In der nationalistischen und panslawistischen Propaganda wurde die Annexion Bosniens schließlich zu einem weiteren infamen Kapitel in der Geschichte österreichischer Hinterlist stilisiert, das durch Deutschlands Intervention zur Verteidigung seines Bündnispartners im

März 1909 noch verschlimmert wurde. Es war eine »Demütigung«, wie Russland sie nie wieder erleiden musste. Doch das Debakel hatte auch das Ausmaß der Isolation Russlands in der Balkanfrage offensichtlich gemacht, weil sich weder Großbritannien noch Frankreich allzu sehr darum bemüht hatten, St. Petersburg bei der Entwirrung des Chaos behilflich zu sein, das nicht zuletzt Iswolski angerichtet hatte. Künftig musste man, so viel stand fest, einen Weg finden, in der Region Druck auszuüben, ohne die westlichen Partner Russlands vor den Kopf zu stoßen.

Das auffälligste Merkmal der russischen Balkanpolitik in den Jahren 1911/12 war die Schwäche der zentralen Kontrolle und Koordination. Das Attentat auf Stolypin am 18. September 1911 brachte das ganze System durcheinander. Nur zehn Tage nach dem Tod des Ministerpräsidenten überreichte die italienische Regierung der osmanischen Regierung ihr Ultimatum. Der neue Regierungschef Wladimir Kokowzow war noch dabei, sich zu orientieren. Sasonow war vom März bis Dezember 1911 im Ausland und kurierte eine schwere Krankheit aus. In seiner Abwesenheit bemühte sich der stellvertretende Außenminister Anatol Neratow, auf der Höhe der Ereignisse zu bleiben. Die Zügel der ministeriellen Kontrolle lockerten sich. Das Ergebnis war eine Spaltung der russischen Politik in parallele und miteinander unvereinbare Linien. Auf der einen Seite versuchte der russische Botschafter in Konstantinopel Nikolai Tscharykow, die missliche Lage des Osmanischen Reiches auszunutzen, um günstigere Bedingungen für die russische Schifffahrt in den türkischen Meerengen auszuhandeln.[766] Als sich die Libyenkrise zuspitzte, schlug Tscharykow der osmanischen Regierung vor, dass Russland den türkischen Besitz Konstantinopels samt eines verteidigungsfähigen Hinterlandes in Thrakien garantiere. Im Gegenzug sollte Konstantinopel den Russen freie Durchfahrt für Kriegsschiffe durch die Dardanellen und den Bosporus gewähren.[767]

Zur selben Zeit fuhr Nikolai Hartwig, der Gesandte in Belgrad, einen völlig anderen Kurs. Hartwig hatte die Schule der asiatischen Abteilung im russischen Außenministerium durchlaufen, eine Subkultur, die sich durch eine Vorliebe für eindeutige Positionen und skrupellose Methoden auszeichnete.[768] Seit seiner Ankunft in der serbischen Hauptstadt im Herbst

1909 hatte er sich für eine aktive russische Politik auf der Balkanhalbinsel ausgesprochen. Er hatte aus seiner Austrophobie und seinen panslawistischen Anschauungen kein Hehl gemacht. Andrej Toschew, der bulgarische Gesandte in der serbischen Hauptstadt, übertrieb zweifellos, als er behauptete, dass Hartwig »Schritt für Schritt die tatsächliche Leitung des [serbischen] Königreichs selbst in die Hand nahm«, aber Hartwig hatte zweifellos im politischen Leben Belgrads einen unvergleichlich starken Einfluss.[769] Seine Beliebtheit am Hof des Zaren Nikolaus II. und das generelle Fehlen einer strengen Kontrolle oder Überwachung seitens St. Petersburgs hatten zur Folge, dass Hartwig, wie der Chargé d'affaires an der russischen Gesandtschaft voller Bedauern bemerkte, relativ große Freiheiten bei der Äußerung seiner Anschauungen hatte, auch wenn diese den offiziellen Signalen aus dem Ministerium widersprachen. Er hatte sich »eine so starke Position verschafft, dass er den Serben seine eigene Version der Schritte übermitteln konnte, die Russland in Kürze unternehmen wollte«.[770]

Während Tscharykow die Möglichkeit einer dauerhaften Annäherung an Konstantinopel auslotete, drängte Hartwig die Serben, mit Bulgarien ein Offensivbündnis gegen das Osmanische Reich zu bilden. Er selbst war der ideale Mann, um diese Bemühungen zu koordinieren, weil sein alter Freund Miroslav Spalajković, der während des Friedjung-Prozesses im Grunde in der russischen Gesandtschaft gewohnt hatte, inzwischen einen Posten als serbischer Gesandter in Sofia angenommen hatte. Dort trug er dazu bei, den Weg zu einem serbisch-bulgarischen Vertrag frei zu machen. Abgesehen davon, dass Hartwig der serbischen Regierung seine Argumente nahelegte, überschüttete er den stellvertretenden Außenminister Neratow mit Briefen, in denen er darauf bestand, dass die Bildung eines Balkanbundes gegen die Osmanen (und implizit gegen Österreich-Ungarn) das einzige Mittel sei, um die russischen Interessen in der Region zu verteidigen. »Die aktuelle Lage sieht so aus«, teilte er am 6. Oktober 1911, drei Tage nach dem italienischen Artilleriebeschuss auf Tripolis, Neratow mit, »dass beide Staaten [Serbien und Bulgarien] das größte Verbrechen gegen Russland und das Slawentum begingen, wenn sie auch nur das leiseste Wanken erkennen ließen.«[771]

Also stand Sasonow bei seiner Rückkehr aus der Kur Ende 1911 vor der

Wahl zwischen zwei unvereinbaren Optionen. Er beschloss, sich von Tscharykow zu distanzieren. Der osmanischen Regierung teilte man kurzerhand mit, sie solle die Offerten des Botschafters vergessen, und ein paar Monate später wurde Tscharykow von seinem Posten abberufen.[772] Sasonow erklärte, dass er seinen Botschafter bestrafe, weil er seine Anweisungen missachtet, sich über »sämtliche Barrieren«, die St. Petersburg aufgestellt hatte, hinweggesetzt und dadurch »ein heilloses Durcheinander angerichtet« habe.[773] Aber das war reine Vernebelungstaktik: Tscharykow hatte die Unterstützung des stellvertretenden Außenministers Neratow für seine Vorschläge eingeholt, und er war mit Sicherheit nicht der einzige russische Gesandte, der unablässig auf eigene Faust Politik gestaltete. In der Beziehung war Hartwig ein viel üblerer Missetäter. Der eigentliche Grund dafür, dass Sasonow den Botschafter in Konstantinopel desavouierte, war die Befürchtung, dass die Zeit für eine erneute russische Initiative in Sachen Meerengen noch nicht reif sei.[774] Im Dezember 1911 hatte Sasonow auf dem Rückweg aus der Kur in der Schweiz von Iswolski und dem russischen Botschafter in London Graf Benckendorff erfahren, dass ein Drängen in der Frage der Meerengen die Beziehungen zu Frankreich und Großbritannien belasten würde. Vor allem die britische Haltung gab Anlass zur Sorge, weil im Winter 1911/12 neue Spannungen wegen des englisch-russischen Arrangements in Persien aufkamen. Je mehr sich die Situation zuspitzte, desto unwahrscheinlicher war, dass Großbritannien eine wohlwollende Haltung zu den russischen Zielen am Bosporus einnehmen würde. Unterdessen hatte die laue Unterstützung Russlands für das Marokko-Abenteuer Frankreichs im Frühjahr und Sommer 1911 die Beziehung zu Paris ein wenig abgekühlt. Die französische Regierung hatte jedenfalls kein Interesse daran, den Russen den Zugang zum östlichen Mittelmeer zu erleichtern, das sie als ihre eigene Interessensphäre betrachteten. Der wohl wichtigste Faktor war: Mit Blick auf die enorm hohen französischen Investitionen im Osmanischen Reich stand Paris jeder russischen Initiative außerordentlich skeptisch gegenüber, die höchstwahrscheinlich zu Lasten der eigenen Finanzen ging. Zu einer Zeit, in der Wertpapiere der Ententemächte relativ schwach schienen, waren potenziell Uneinigkeit erzeugende

Vorschläge hinsichtlich eines Gebietes von so strategischer Bedeutung wie die türkischen Meerengen unangebracht. Mit anderen Worten, vorerst war Sasonow verpflichtet, den Zusammenhalt der Entente über die russischen Interessen an einem verbesserten Zugang zu den Meerengen zu stellen.



Sergej Sasonow

University of Texas Libraries, University of Texas, Austin

Zur selben Zeit, als Sasonow sich von Tscharykows Initiative distanzierte, unterstützte er Hartwigs proserbische Linie auf dem Balkan, weil er darin ein Mittel sah, den österreichischen Plänen entgegenzutreten und gleichzeitig indirekt die Osmanen unter Druck zu setzen. Doch der russische Außenminister vermied es sorgsam, die Osmanen auf eine Weise herauszufordern, die die westlichen Partner in der Entente entfremden würde. Der Wunsch, die Gelegenheiten, die sich am Bosporus auftaten, zu nutzen, musste gegen das Risiko, allein zu handeln, abgewogen werden. Er ermunterte die Italiener bei ihren Überfällen auf die Dardanellen, obwohl dies leicht zur Schließung der Wasserstraße führen konnte, die der russischen Handelsschifffahrt empfindlich schaden würde. Sasonow informierte die Briten und Franzosen, dass er sich zum Ziel gesetzt habe, Italien für eine

Partnerschaft auf dem Balkan zu gewinnen. Wie er George Buchanan, dem britischen Botschafter in St. Petersburg, mitteilte, sah er in den Italienern »ein wertvolles Gegengewicht zu Österreich«; in Wirklichkeit hoffte er, dass die italienischen Überfälle früher oder später den Russen einen Vorwand lieferten, Zugang für ihre eigenen Kriegsschiffe zu fordern.[775] Es sei ganz wesentlich, ermahnte Sasonow Iswolski Anfang Oktober 1912, dass sich Russland nicht selbst als derjenige präsentiere, »der den Widerstand gegen die Türkei sammle und vereinige«.[776]

Sasonow befürwortete auch die Bildung des Balkanbundes. Seit seinem Amtsantritt war er ein Fürsprecher eines solchen Bundes gewesen und erklärte, er sei ganz begeistert von der Vision einer halben Million Bajonette, die einen Schutzwall zwischen den Mittelmächten und den Balkanstaaten bildeten.[777] Seine Motive für die Unterstützung eines serbisch-bulgarischen Bündnisvertrags waren sowohl antiösterreichisch als auch antitürkisch. Der Vertrag vom März 1912 erklärte, dass die Signatarstaaten »einander mit ihren ganzen Kräften zu Hilfe kommen werden«, in dem Fall, dass »eine Großmacht den Versuch unternehmen sollte«, ehemals türkisches Gebiet auf dem Balkan »zu annektieren, besetzen oder vorübergehend einzumarschieren« – eine klare, wenn auch verklausulierte Anspielung auf Österreich, von dem man annahm, dass es ein Auge auf den Sandschak Novi Pazar geworfen habe.[778]

Sasonow wusste genau, dass die Balkanhalbinsel im Zuge des Libyenkrieges vermutlich höchst instabil werden würde. Es war außerordentlich wichtig, so glaubte er, dass Russland die Kontrolle über jeden entstehenden Konflikt behielt. Die Bestimmungen des serbisch-bulgarischen Vertrags sahen dementsprechend für Russland eine koordinierende und vermittelnde Rolle bei jeder Regelung nach einem Konflikt vor. Ein Geheimprotokoll legte fest, dass die Signatarmächte Russland im Vorfeld über ihre Absicht, einen Krieg zu beginnen, informieren mussten. Falls sich die beiden Staaten nicht darauf einigten, ob und wann sie einen Angriff (auf die Türkei) beginnen sollten, wäre ein russisches Veto für beide bindend. Falls sich eine Vereinbarung über die Aufteilung des eroberten Territoriums als hinfällig erweisen sollte, musste die Frage

Russland zur Entscheidung vorgelegt werden: Der russische Schiedsspruch war für beide Vertragsparteien bindend.[779]

Das Bündnis erschien folglich als ein probates Mittel, um russische Interessen durchzusetzen.[780] Allerdings blieben etliche Zweifel. Frühere Erfahrungen ließen vermuten, dass der Balkanbund, an dessen Zustandekommen Russland maßgeblich beteiligt gewesen war, möglicherweise nicht auf die Einflüsterungen aus St. Petersburg hören würde. Eine Uneinigkeit in diesem Punkt hatte im Oktober und November 1911 einen erbitterten Streit zwischen Hartwig, der sich für eine aggressive Balkanpolitik aussprach, und Anatoli Nekljudow, dem russischen Gesandten in Sofia, ausgelöst, der befürchtete, dass das Bündnis der russischen Kontrolle entgleiten würde. Nekljudow hatte erhebliche Bedenken: Was war, wenn sich die beiden Signatarstaaten wirklich auf die Durchführbarkeit und den Zeitpunkt eines Angriffs einigten? In diesem Fall wäre das russische Veto bedeutungslos (genauso kam es auch). Und was wäre, wenn die beiden Unterzeichner andere Nachbarstaaten, wie Montenegro und Griechenland, für ihre Koalition gewannen, ohne Rücksprache mit St. Petersburg? Auch dazu kam es: Russland wurde über die geheimen Militärabsprachen informiert, die dem Bündnisvertrag beigefügt wurden, aber nicht um Rat gefragt; die Proteste St. Petersburgs gegen die Einbindung Montenegros und Griechenlands wurden ignoriert. Der Balkanbund drohte außer Kontrolle zu geraten, bevor er überhaupt zustande gekommen war.[781]

Als der Tiger auf dem Balkan im Oktober 1912 aus dem Käfig ausbrach, versuchte Sasonow demonstrativ, ihn zu zähmen, vor allem jedoch, um nach außen den Schein zu wahren. Dem russischen Botschafter in London wurde auf der einen Seite mitgeteilt, dass er auf keinen Fall Vorschlägen zustimmen dürfe, die eine Zusammenarbeit Russlands mit Österreich betrafen.[782] Parallel dazu wurden die Staaten des Bundes gewarnt, dass sie nicht mit einer russischen Unterstützung rechnen könnten.[783] Diese Ermahnungen dürften in serbischen und bulgarischen Ohren seltsam geklungen haben, wenn man bedenkt, wie sehr die beiden Staaten von Russland ermuntert worden waren, gegen die Türken gemeinsame Sache zu machen. Milenko Vesnić, der serbische Gesandte in Frankreich, erinnerte sich an ein Treffen mit Sasonow

im Oktober 1912 in Paris, genau zu der Zeit, als der Krieg ausbrach. Bei einem Gespräch vor einer Gruppe französischer Regierungsvertreter im Quai d’Orsay sagte Sasonow zu Vesnić, dass die serbische Mobilmachung seiner Meinung nach ein »schlecht geplanter diplomatischer Schritt« gewesen sei und dass der Krieg unbedingt eingedämmt und rasch zu einem Ende gebracht werden müsse. Irritiert, aber unerschrocken erinnerte Vesnić Sasonow daran, dass das russische Außenministerium »über das zwischen Serbien und Bulgarien getroffene Abkommen voll und ganz informiert« gewesen sei. Peinlich berührt (immerhin waren französische Regierungsvertreter anwesend!) erwiderte Sasonow, das treffe zwar zu, aber lediglich für den ersten Vertrag, der »rein defensiv« gewesen sei – eine, gelinde gesagt, zweifelhafte Behauptung.[784] Die russische Diplomatie spielte ein doppeltes Spiel: als Kriegstreiber und Friedenswächter zugleich. Sasonow sagte der Regierung in Sofia, dass er nichts gegen einen Balkankrieg an sich habe, der Zeitpunkt ihm jedoch gewisse Sorge mache: Ein Balkankrieg könne weitreichende Konsequenzen haben, und Russland sei militärisch noch nicht bereit, einen allgemeinen Flächenbrand zu riskieren.[785] Die Verwirrung, die Sasonows eigene zweideutigen Botschaften schufen, wurde durch die glühende Kriegshetze Hartwigs und des russischen Militärattachés in Sofia noch gesteigert, die beide ihre jeweiligen Gesprächspartner in dem Glauben bestärkten, falls etwas schiefgehen sollte, werde Russland seine »kleinen Brüder« nicht im Stich lassen. Dem Vernehmen nach weinte Nekljudow, der russische Gesandte in Sofia, vor Freude, als die serbische und bulgarische Mobilmachung bekannt gegeben wurde.[786]

Aber was wäre, wenn die russische Balkanpolitik den eigenen Plänen bezüglich der Meerengen gar nicht zuträglich war, sondern sie aufs Spiel setzte? Die politische Führung in St. Petersburg konnte mit dem Gedanken leben, dass die Meerengen vorerst unter der relativ schwachen Aufsicht der Osmanen blieben, aber die Vorstellung, dass eine andere Macht eventuell an den Ufern des Bosporus Fuß fassen könnte, war absolut inakzeptabel. Im Oktober 1912 ließ der erstaunlich rasche Vormarsch der bulgarischen Streitkräfte auf die Tschataldja-Linie in Ostthrakien – den letzten großen Verteidigungswall vor der osmanischen Hauptstadt – bei Sasonow und seinen

Kollegen die Alarmglocken schrillen. Wie sollte Russland reagieren, falls die Bulgaren, deren eigenwilliger König bekanntlich mit der alten Krone von Byzanz liebäugelte, Konstantinopel eroberten und besetzten? In diesem Fall sei Russland, teilte Sasonow dem britischen Botschafter Buchanan mit, »verpflichtet, sie zu verjagen«. Denn Russland könne, fügte er unaufrichtig hinzu, »auch wenn es selbst nicht den Wunsch habe, sich in Konstantinopel festzusetzen, keiner anderen Macht gestatten, es in Besitz zu nehmen«.[787] In einem Brief an Nekljudow, der für die Gesandtschaften in Paris, London, Konstantinopel und Belgrad kopiert wurde, brachte Sasonow das vertraute Argument vor, dass sich die russische öffentliche Meinung im Falle einer bulgarischen Eroberung Konstantinopels gegen Sofia wenden werde.[788] Dem bulgarischen Gesandten in St. Petersburg ließ man eine ominöse Warnung zukommen: »Betretet unter keinen Umständen Konstantinopel, weil ihr eure Angelegenheiten sonst allzu sehr erschwert.«[789] Lediglich der verlustreiche Zusammenbruch des bulgarischen Vormarsches an der Tschataldja-Linie bewahrte Sasonow davor, in einer Weise zu intervenieren, die unter Umständen die verbündeten Mächte beunruhigt hätte.

Diese Manöver spielten sich vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Pressekampagne in Russland ab. Russische Zeitungsredakteure waren begeistert über die Nachricht von den Kämpfen zwischen den Balkanstaaten und dem Erzfeind am Bosporus. Kein anderes Thema verfügte über ein vergleichbares Potenzial, in der russischen Stadtbevölkerung Aufregung, Solidarität, Empörung und Wut auszulösen. »Wenn die Slawen und die Griechen als Sieger hervorgehen«, fragte die *Nowoje Wremja* Ende Oktober 1912, »wo ist dann die eiserne Hand, die ihnen […] die Früchte des Sieges entreißt, die sie mit ihrem Blut bezahlt haben?«[790] Es ist schwierig, den Einfluss dieser Strömungen auf Sasonow zu beurteilen. Der russische Außenminister ärgerte sich über das Interesse der Presse an den Details seiner Politik und begegnete Journalisten und ihren Ansichten demonstrativ mit Geringschätzung. Andererseits reagierte er offenbar äußerst empfindlich auf Pressekritik. Einmal berief er eine Pressekonferenz ein, um sich über die feindselige Behandlung seitens einiger Journalisten zu beschweren. In einem Rundschreiben vom 31. Oktober an Russlands Botschafter bei den

Großmächten erklärte Sasonow, dass er nicht die Absicht habe, seine politische Linie von den nationalistischen Stimmen in der russischen Presse beeinflussen zu lassen. Im Folgenden ließ er allerdings durchblicken, dass die Gesandten in Betracht ziehen könnten, die Pressekampagnen zu nutzen, »um [ausländische] Kabinette mit dem Gedanken anzufreunden, dass man unbedingt auch die Schwierigkeit unserer Position berücksichtigen müsse«[791] – mit anderen Worten: Er bestritt zwar, dass die Presse ein Faktor für seine eigene Entscheidungsfindung war, erkannte aber, dass man sich mit Hilfe feindseliger Zeitungsartikel im Ausland einen gewissen Handlungsspielraum für diplomatische Verhandlungen verschaffen konnte. Kaum ein Dokument enthüllt besser die Komplexität der Beziehung zwischen zentralen Entscheidungsträgern und der Presse.

Improvisation und hektische Kurswechsel blieben weiterhin die Kennzeichen von Sasonows Politik während des Ersten Balkankriegs. Ende Oktober verkündete er feierlich, er unterstütze die österreichische Politik, den Status quo auf der Balkanhalbinsel zu bewahren. Aber dann, am 8. November, teilte er der italienischen Regierung mit, dass ein Zugang Serbiens zur Adria absolut notwendig sei, und fügte unheilvoll hinzu: »Es ist gefährlich, die Fakten zu ignorieren.« Nur drei Tage später informierte er jedoch Hartwig, dass die Schaffung eines unabhängigen *albanischen* Staates an der Adriaküste eine »unvermeidliche Notwendigkeit« sei, und fügte einmal mehr hinzu: »Es ist gefährlich, die Fakten zu ignorieren.«[792] Hartwig wurde angewiesen, Pašić zu ermahnen, dass Russland, falls die Serben allzu sehr drängten, gezwungen sein könnte, tatenlos zuzusehen und sie sich selbst zu überlassen – eine Aufgabe, die der russische Gesandte unter Protest und mit unverhohlener Abscheu ausführte. Kopien dieser Botschaft wurden von Sasonow an London und Paris weitergeleitet.[793] Am 17. November plädierte er jedoch schon wieder für einen serbischen Korridor an die Küste.[794] An Paris und London wurden Noten geschickt, in denen es unmissverständlich hieß, Russland könne gezwungen sein, militärisch gegen Österreich-Ungarn vorzugehen, falls Letzteres Serbien angreife; die beiden verbündeten Regierungen wurden aufgefordert, sich dazu zu äußern.[795] »Sasonow wechselt so unausgesetzt seinen Standpunkt«, schrieb der britische

Botschafter George Buchanan im November 1912 aus St. Petersburg, »dass es schwerfällt, mit den aufeinander folgenden optimistischen und pessimistischen Phasen Schritt zu halten, die er durchläuft.«[796] »Ich habe Sasonow schon mehrmals seine Inkonsequenz und häufigen Seitenwechsel vorgeworfen«, berichtete Buchanan zwei Monate später. Fairerweise müsse man jedoch, so Buchanan weiter, sagen, dass der russische Minister »in seinen Handlungen nicht frei« sei – vor allen Dingen war er gezwungen, die Anschauungen des Zaren zu berücksichtigen, der unlängst unter den Einfluss der militärischen Partei in St. Petersburg geraten sei.[797] Robert Vansittart, der ehemalige dritte Sekretär in Paris und Teheran, der inzwischen im Foreign Office in London tätig war, fasste das Problem kurz und bündig zusammen: »Mr. Sasonow ist ein trauriger Zauderer.«[798]

Die Balkan-Winterkrise von 1912/13

Während Sasonow hin und her schwankte, gab es unter der russischen Führung Anzeichen für eine Verhärtung der Haltungen zum Balkan. Die Entscheidung, eine probeweise Mobilmachung am 30. September 1912 anzukündigen, zur selben Zeit als die Balkanstaaten mobilisierten, ließ vermuten, dass Russland die Absicht hatte, seine Balkandiplomatie mit militärischen Aktionen zu decken, die Wien einschüchtern sollten. Der österreichische Generalstab meldete, dass 50000 bis 60000 russische Reservisten im Bezirk Warschau des polnischen Ausläufers (der an das österreichische Galizien grenzte) eingezogen worden seien und dass weitere 170000 Einberufungen erwartet würden. Auf diese Weise würde eine massive Truppenkonzentration entlang der Grenze zu Österreich-Ungarn entstehen. Als Sasonow danach gefragt wurde, behauptete er, davon nichts zu wissen; Suchomlinow hingegen erklärte, dass der Außenminister voll informiert worden sei.[799] Ob Sasonow nun an der Entscheidung beteiligt war oder nicht (beide Szenarien sind gleichermaßen plausibel), das Mobilmachungsmanöver (sowie die Entscheidung, es auch nach Ausbruch des Balkankrieges fortzuführen) markierte einen Abschied von der Zurückhaltung, die bislang die Politik Russlands gekennzeichnet hatte. Die

russische Denkweise schloss allmählich eine Strategie »echter Macht« ein, in der man diplomatischen Bemühungen mit der Drohung militärischer Gewalt Nachdruck verlieh. »Wir können uns auf die echte Unterstützung Frankreichs und Englands«, kommentierte Sasonow in einem Brief vom 10. Oktober 1912 an Kokowzow, »vermutlich nur so weit verlassen, als beide Staaten das Ausmaß unserer Bereitschaft erkennen, mögliche Risiken auf uns zu nehmen.«[800] Lediglich die vollste militärische Bereitschaft, teilte er Iswolski in einer widersinnigen Argumentation mit, die charakteristisch für seine Politik in den Jahren vor Kriegsausbruch war, werde es Russland ermöglichen, »friedlichen Druck« im Sinne der eigenen Ziele auszuüben.[801]

Der Wechsel zu einer offensiveren Balkanpolitik markierte auch eine Verschiebung im Kräftegleichgewicht zwischen Kokowzow und Suchomlinow. Im Laufe der Verhandlungen um das Militärbudget von 1913 im Oktober/November 1912 wurde deutlich, dass der Zar nicht länger bereit war, Kokowzow bei seinen Rufen zur Beschränkung der Militärausgaben zu unterstützen. Auf einer Reihe von Sitzungen vom 31. Oktober bis zum 2. November einigte sich der Ministerrat auf eine zusätzliche Schuldenaufnahme in Höhe von 66,8 Millionen Rubel für das Militär. Der Urheber dieses Schachzuges war nicht Suchomlinow, sondern Sasonow, der am 23. Oktober an Kokowzow geschrieben hatte, dass er die Bereitschaft der Armee für eine Konfrontation mit Österreich-Ungarn oder der Türkei steigern wolle. Kokowzow blieb nichts anderes übrig, als den Brief an Suchomlinow weiterzuleiten, der anschließend offiziell den Kredit beantragte. Das war ein entscheidender Schritt zur Untergrabung der Position Kokowzows: Der Ministerpräsident war außerstande, eine Initiative zu überstimmen, die sowohl vom Außen- als auch vom Kriegsminister unterstützt wurde – und hinter den Kulissen auch vom Zaren selbst.[802] Nach dem 5. November, als der Zar einen Befehl genehmigte, der die Entlassung der dienstältesten russischen Wehrpflichtigen verschob, erhöhte sich die Zahl der Reservisten mit einer verlängerten Dienstzeit auf rund 400000.[803] Die Truppenstärke an der Grenze lag nunmehr (laut Informationen, die St. Petersburg den Franzosen zukommen ließ) knapp unter dem Niveau für Kriegszeiten, und diese Schritte wurden von weiteren Maßnahmen flankiert: der Aufstellung

einiger Einheiten an vorgeschobenen Stellungen in der Nähe der galizischen Grenze zu Österreich, der Beschlagnahmung von Waffen und dem Zurückhalten beweglicher Güter. Man wollte dafür sorgen, wie Stabschef Schilinski dem französischen Militärattaché mitteilte, dass »wir für jede Eventualität […] gerüstet sind«.[804]

Der entscheidende Schritt in Richtung einer weiteren Eskalation kam in der vierten Novemberwoche, als es Kriegsminister Suchomlinow und Mitgliedern des Militärkommandos um ein Haar gelungen wäre, den Zaren zu überreden, den Befehl für eine Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn zu geben. Kokowzow erinnerte sich, dass er am 22. November erfuhr, dass der Zar ihn und Sasonow am nächsten Morgen zu sprechen wünsche. Als sie eintrafen, stellten sie zu ihrem Entsetzen fest, dass eine Militärkonferenz bereits beschlossen hatte, für die Militärbezirke Kiew und Warschau, die an österreichisch-ungarisches Staatsgebiet grenzten, die Mobilmachung zu befehlen. Suchomlinow hätte offenbar am liebsten schon einen Tag früher mit der Mobilisierung begonnen, aber der Zar hatte den Befehl verschoben, damit er zuerst mit den zuständigen Ministern Rücksprache halten konnte. Empört über die eigenmächtigen Manöver des Militärs wies Kokowzow auf die Idiotie der vorgeschlagenen Maßnahme hin. Vor allen Dingen ergab eine Teilmobilmachung gegen Österreich überhaupt keinen Sinn, denn Deutschland war verpflichtet, Österreich beizustehen, falls es angegriffen wurde. Und wie stand es mit Frankreich? Da man mit Paris nicht Rücksprache gehalten hatte, konnte es nach einer überraschenden Mobilmachung durchaus sein, dass Russland allein mit den Konsequenzen seiner Narretei fertig werden musste. Und schließlich kam auch die verfassungsrechtliche Seite zur Sprache: Suchomlinow sei, so Kokowzow, überhaupt nicht befugt, eine derartige Politik einzuleiten, ohne zunächst den Außenminister um Rat zu fragen. Nikolaus II. machte einen Rückzieher und willigte ein, die Befehle des Kriegsministers aufzuheben.[805] Bei dieser Gelegenheit stellte sich Sasonow an die Seite des Ministerpräsidenten und bezeichnete den Vorschlag als politisch unsinnig, strategisch undurchführbar und äußerst riskant. Das war eine der letzten Zuckungen der »einigen Regierung« im zaristischen Russland.

Es bleibt jedoch Fakt, dass Sasonow in der Winterkrise 1912/13 einen Konfrontationskurs gegen Österreich unterstützte, eine Politik, die gewährleistete, dass die russisch-österreichische Grenze »im Sturmzentrum der Diplomatie« blieb.[806] Nach dem Patt zwischen Zivilisten und militärischem Kommando um die Mobilmachung kam es vorübergehend zu einem Gesinnungswechsel, aber die Stimmung in St. Petersburg blieb kriegerisch. Mitte Dezember schlug Kriegsminister Suchomlinow dem Ministerrat eine Reihe von Maßnahmen vor: die Verstärkung der Kavallerieeinheiten an der Grenze in den Militärbezirken Kiew und Warschau, eine Einberufung von Reservisten zur Ausbildung, um die Grenzverbände auf Kriegsstärke aufzustocken, die Verlegung von Pferden in die Grenzregionen, die Verstärkung der Militärwachen und ein Exportverbot für Pferde. Wenn alle diese Maßnahmen durchgeführt worden wären, hätte die Winterkrise durchaus die Schwelle zum Krieg überwinden können – eine gesamteuropäische Eskalation wäre sicher gewesen, wenn man bedenkt, dass Paris die Russen zu der Zeit drängte, ihre Maßnahmen gegen Österreich zu verschärfen, und im Falle eines militärischen Konflikts mit Deutschland seine Unterstützung zugesagt hatte. Aber das ging Sasonow denn doch zu weit, und einmal mehr lehnte er gemeinsam mit Kokowzow Suchomlinows Vorschlag ab. Diesmal errangen die Fürsprecher des Friedens allerdings nur einen Teilsieg: Die Einziehung von Infanteriereservisten und das Exportverbot für Pferde wurden abgelehnt, weil sie allzu hetzerisch waren, doch die anderen Maßnahmen wurden umgesetzt, mit den zu erwartenden, beunruhigenden Auswirkungen auf die Stimmung in Wien.[807]

Angesichts der vorangegangenen Ereignisse erweckte Sasonows Angebot in der letzten Dezemberwoche 1912, einen Teil der russischen Verstärkungen entlang der galizischen Grenze außer Dienst zu stellen, aber nur unter der Bedingung, dass Wien zuerst seine Truppen abzog, eher den Eindruck eines weiteren Einschüchterungsversuchs als den eines echten Bemühens um Deeskalation und Truppenabbau.[808] Als die Österreicher darauf nicht eingingen, intensivierte St. Petersburg die Drohung einmal mehr, indem es durchblicken ließ, die Zahl der Wehrdienstleistenden könne mit Hilfe einer öffentlichen Ankündigung, die eine allgemeine Kriegspanik auslöste, noch

weiter aufgestockt werden. Sasonow sagte sogar dem britischen Botschafter George Buchanan Anfang Januar 1913, dass er einen »Entwurf für die Mobilisierung an der österreichischen Grenze« habe und plane, weitere Truppen heranzuführen. Einmal mehr wurden eine Mobilmachung des Militärbezirks Kiew sowie ein russisches Ultimatum an Wien ins Gespräch gebracht (dieses Mal von Sasonow, nicht nur von Suchomlinow).[809]

Das daraus hervorgehende österreichisch-russische bewaffnete Patt war für beide Seiten politisch und finanziell schmerzhaft: In Wien belastete die Auseinandersetzung an der Grenze die knappen Finanzen der Monarchie massiv. Sie warf darüber hinaus die Frage nach der Loyalität der Reservisten aus den tschechischen, slowakischen, südslawischen und sonstigen Minderheiten auf, von denen viele ihren zivilen Arbeitsplatz verlieren konnten, falls die Alarmbereitschaft noch länger anhalten sollte. Auf russischer Seite bestanden ebenfalls Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit der Grenztruppen – die Gehorsamsverweigerung unter den erneut einberufenen Reservisten drohte auf die Truppen der Friedensstärke überzugreifen, und Offiziere entlang der galizischen Front forderten entweder sofort einen Krieg oder den Abbau der Reserven. Das Finanzministerium und sein Leiter Wladimir Kokowzow beschwerten sich ebenfalls über die finanzielle Belastung, die durch das Zurückhalten der Reservisten entstand. Allgemein schienen finanzielle Sorgen in St. Petersburg, wo die Armee im Geld schwamm, jedoch weniger ins Gewicht zu fallen als in Wien, wo Minister einen völligen Kollaps der finanziellen Kontrolle befürchteten.[810] Kokowzow gelang es, die Waagschale zugunsten einer Deeskalation zu neigen, und überzeugte den Zaren, von weiteren potenziell provokativen Maßnahmen Abstand zu nehmen.

Letztlich machten die Österreicher den ersten Rückzieher, indem sie allmählich die Stärke der Grenztruppen ab Ende Januar schrittweise reduzierten. Im Februar und März ließ Außenminister Berchtold Zugeständnisse an Belgrad folgen. Am 21. Februar schlug Franz Joseph eine nachhaltige Reduzierung der Kompaniestärken in Galizien vor, und Nikolaus II. willigte seinerseits ein, die Entlassung der dienstältesten Wehrpflichtigen vorzuschlagen. In der zweiten Märzwoche war offiziell von Deeskalation die

Rede, mit umfassenden und öffentlich angekündigten Truppenreduzierungen auf beiden Seiten der Grenze.[811]

Die Balkankrise vom Winter 1912/13 war zur allgemeinen Erleichterung vorübergegangen. Aber sie veränderte nachhaltig die Konturen der Politik in Wien und St. Petersburg. Österreichische Entscheidungsträger gewöhnten sich einen stärker militarisierten Stil in der Diplomatie an.[812] In St. Petersburg kristallisierte sich eine Kriegspartei heraus. Zu den unnachgiebigsten Mitgliedern zählten die Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch und Pjotr Nikolajewitsch, beide hohe Militärbefehlshaber und beide mit montenegrinischen Prinzessinnen verheiratet. »Der ganze Pazifismus des Zaren«, schrieb der belgische Gesandte in St. Petersburg zu Beginn des Jahres 1913, »kann jene [am Hof] nicht zum Schweigen bringen, die verkünden, dass es nicht in Frage komme, jemals wieder vor Österreich einen Rückzieher zu machen.«[813] Kriegerische Anschauungen waren auf dem Vormarsch, nicht nur weil der Zar (zeitweise) und hohe Befehlshaber des Heers und der Marine sie befürworteten, sondern auch weil sich eine einflussreiche Clique ziviler Minister für sie aussprach, unter denen Alexander Kriwoschein, der Landwirtschaftsminister, der wichtigste war. Kriwoschein zählte zu den dynamischsten und bemerkenswertesten Figuren auf der russischen politischen Bühne. Er war der vollendete politische Netzwerker: intelligent, gebildet, gerissen und mit einem unfehlbaren Talent gesegnet, die richtigen Freunde zu finden.[814] Als junger Mann war er berühmt für sein Geschick, sich mit den Söhnen einflussreicher Minister anzufreunden, die ihm anschließend attraktive Posten verschafften. Im Jahr 1905 fand er Zugang zu dem Kreis, der mit dem Sekretär des Zaren Dmitri Trepow in Verbindung gebracht wurde (der Herbst 1905 war der einzige Zeitraum, in dem der Zar die Dienste eines Privatsekretärs in Anspruch nahm). Im Jahr 1906 erhielt Kriwoschein, obwohl er noch keinen ständigen offiziellen Posten hatte, bereits eine Audienz beim Souverän.[815] Außerdem war Kriwoschein enorm reich, weil er in die Familie Morosow eingeheiratet hatte, die Erben eines gigantischen Textilimperiums, ein Bund, der ihm auch enge Beziehungen zu Moskaus industrieller Elite sicherte.



Alexander W. Kriwoschein

Kriwoscheins Politik wurde von seinen frühen Erfahrungen im russischen Polen geprägt: Er war in Warschau aufgewachsen. Die Region war eine Brutstätte für nationalistische russische Regierungsbeamte. Russische Bürokraten in den polnischen Gouvernements im Westen fühlten sich, mit den Worten eines hohen Beamten, »wie unter einer Belagerung, ihre Gedanken drifteten fortwährend in Richtung nationale Autorität«.[816] Der Ausläufer im Westen entwickelte sich nach 1905 zu einer Hochburg für die Nationalisten in der Duma. Außenpolitik zählte anfangs nicht zu den besonderen Talenten Kriwoscheins. Er war ein Agrar- und Verwaltungsreformer im Stile Stolypins. Die Kommunikation mit Ausländern fiel ihm schwer, weil er im Gegensatz zu den meisten Mitgliedern seiner Klasse in Russland weder Deutsch noch Französisch fließend beherrschte. Dennoch: Als sein politischer Stern aufging, bekam er Lust, auch auf dem Feld der Außenpolitik, dem prestigeträchtigsten der Regierungsarbeit, Einfluss auszuüben. Überdies beinhaltete seine Ernennung

zum Minister für die Regelung von Grundbesitz und Landwirtschaft im Mai 1908 eine stärkere geopolitische Dimension, als der Name vermuten ließ. Kriwoscheins Ministerium war an der russischen Besiedlung im Fernen Osten beteiligt, und deshalb hatte er ein reges Interesse an Sicherheitsfragen entlang der Grenze zwischen dem russischen Fernen Osten und der chinesischen inneren Mandschurei.[817] Wie viele östlich orientierte Politiker plädierte auch Kriwoschein für gute Beziehungen zu Deutschland. Er teilte nicht Iswolskis apokalyptische Sichtweise der österreichischen Annexion Bosnien-Herzegowinas und wehrte sich gegen die Rufe des Außenministers nach »Rache« an den Mächten des Dreibundes.[818]

In den letzten Jahren vor dem Sommer 1914 durchlief Kriwoschein jedoch einen Gesinnungswandel. Sein mächtiger Mentor Stolypin war tot. Die einige Regierung befand sich in Auflösung. Kriwoschein pflegte fortan einen intensiveren Umgang mit nationalistischen Kreisen in der Duma und der Öffentlichkeit. Während der Winterkrise unterstützte er Suchomlinows aggressiven Kurs auf dem Balkan, mit der Begründung, dass es an der Zeit sei, »aufzuhören, vor den Deutschen zu katzbuckeln«. Stattdessen müsse man Vertrauen zum russischen Volk und seiner jahrhundertealten Liebe zum eigenen Vaterland haben.[819] Im Frühjahr 1913 führte er eine lautstarke Kampagne an, die eine Revision der Bedingungen des derzeitigen Zollvertrags mit Deutschland anstrebte. Der Vertrag war von Sergej Witte und Kokowzow im Jahr 1904 mit den Deutschen ausgehandelt worden; im Jahr 1913 waren viele in der russischen politischen Elite der Meinung, der Vertrag gestatte es »den gerissenen, kaltherzigen deutschen Industriellen«, von dem »einfachen russischen Arbeiter des Bodens« einen »Tribut« einzufordern.[820] Die Kampagne, eine klare Absage an Kokowzows Agrarpolitik, befeuerte die Fehde zwischen der deutschen und russischen Presse. Kriwoscheins Sohn erinnerte sich später, dass sein Vater, als der Streit mehr und mehr eskalierte und die Beziehungen zu Deutschland sich abkühlten, ein gern gesehener Gast in der französischen Botschaft wurde, wo man ihn häufig im Kreis seiner neuen französischen Freunde antraf.[821]

Kriwoscheins wachsende Begeisterung für eine entschlossene Außenpolitik spiegelte auch den Anspruch wider (der für Iswolski und Sasonow ebenso

wichtig war), Themen zu finden, die ein Band zwischen Gesellschaft und Regierung schmiedeten. Kriwoschein und sein Ministerium zeichneten sich unter den Regierungs- und Behördenkreisen durch ihre enge Zusammenarbeit mit den *semstwos* (gewählte Organe einer lokalen Selbstverwaltung) und einer Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus. Im Juli 1913 eröffnete er eine Landwirtschaftsausstellung in Kiew mit einer kurzen Ansprache, die unter dem Schlagwort der »Wir und die«-Rede berühmt wurde. Er erklärte, Russland werde nur dann zu Wohlstand kommen, wenn es keine schädliche Trennung zwischen »uns«, der Regierung, und »denen«, der Gesellschaft, mehr gebe. Kurz gesagt: Kriwoschein stand für eine ernst zu nehmende Mischung aus technokratischem Modernismus, Populismus, agrarischem Separatismus, parlamentarischer Autorität und zunehmend aggressiven Anschauungen in der Außenpolitik. Im Jahr 1913 war er zweifellos der zivile Minister mit den besten Verbindungen und dem größten Einfluss. Es ist kein Wunder, dass Kokowzow verzweifelt von seiner eigenen »Isolation« und »völligen Hilflosigkeit« angesichts einer Ministergruppe redete, die eindeutig entschlossen war, ihn aus dem Amt zu jagen.[822]

Bulgarien oder Serbien?

Früher oder später mussten Sasonow und seine Kollegen eine strategische Entscheidung treffen: Sollte Russland Bulgarien oder Serbien unterstützen? Von den beiden Ländern war Bulgarien eindeutig strategisch wichtiger. Wegen der Lage am Schwarzen Meer und an der Bosporusküste war das Land ein bedeutender Partner. Die Niederlage der osmanischen Streitkräfte im russisch-türkischen Krieg 1877/78 hatte unter russischer Vormundschaft die Rahmenbedingungen für die Gründung eines selbstverwalteten bulgarischen Staates unter nomineller Oberhoheit der Pforte geschaffen. Folglich war Bulgarien historisch ein Vasallenstaat St. Petersburgs. Aber Sofia wurde niemals zu dem gehorsamen Satelliten, den die Russen sich gewünscht hätten. Die politischen Gruppen der Russophilen und »Westler« wetteiferten um die Kontrolle über die Außenpolitik (wie im Grunde noch heute), und die bulgarische Führung machte sich die strategisch wichtige

Lage des Landes zunutze, indem sie immer wieder die Bündnispartner wechselte.

Nach der Thronbesteigung durch Ferdinand von Sachsen-Coburg und Gotha-Koháry, der Bulgarien von 1885 bis 1918 regierte, kam es immer häufiger zu Kurswechseln. Ferdinand manövrierte zwischen den russophilen und germanophilen Fraktionen seiner Minister.[823] Der bulgarische Monarch »machte es sich stets zur Regel, sich auf keine eindeutige Handlungslinie festzulegen«, erinnerte sich Sir George Buchanan später. »Als Opportunist, der sich allein von seinen eigenen persönlichen Interessen leiten ließ, zog er es vor, […] zuerst mit der einen, dann mit der anderen Macht zu kokettieren«.[824] Die bosnische Annexionskrise brachte eine Abkühlung der Beziehungen zu St. Petersburg mit sich, weil sich Ferdinand selbst vorübergehend an die Seite Wiens stellte. Er nutzte die Gunst der Stunde, um den Berliner Vertrag außer Kraft zu setzen (der Bulgarien als autonomes Fürstentum des Osmanischen Reiches definierte), die bulgarische Einheit und Unabhängigkeit zu erklären und sich in einer pompösen Zeremonie in Weliko Tarnowo, der alten Hauptstadt des Landes, zum »Zaren« der Bulgaren auszurufen. Iswolski war über diese Illoyalität entsetzt und warnte, dass die Bulgaren für den Verrat an ihren Freunden schon bald den Preis würden zahlen müssen. Es war eine vorübergehende Irritation: Als die Verhandlungen zwischen Sofia und Konstantinopel um die Anerkennung der Unabhängigkeit des Königreichs scheiterten und die Osmanen begannen, Truppen an der bulgarischen Grenze zusammenzuziehen, wandte sich Sofia an St. Petersburg um Hilfe, und alles war vergeben. Die Russen handelten ein Unabhängigkeitsabkommen mit Konstantinopel aus, und Bulgarien wurde eine Zeitlang ein loyaler regionaler Partner der Entente.[825]

Aber selbst die bulgarenfreundlichsten Politiker in St. Petersburg erkannten, dass die Beziehungen zu Sofia serbische Interessen berücksichtigen mussten, vor allem nach der bosnischen Annexionskrise, die eine Woge proserbischer Gefühle in der russischen öffentlichen Meinung ausgelöst hatte. Im Dezember 1909 arbeitete das russische Kriegsministerium, weil es unbedingt einen neuen Vorposten auf dem Balkan aufbauen wollte, ein Geheimabkommen aus, das gemeinsame russisch-bulgarische Operationen

gegen das Habsburger Reich, Rumänien oder die Türkei vorsah und Bulgarien ganz Makedonien und die Dobrudscha (ein umstrittenes Gebiet an der Grenze zu Rumänien) in Aussicht stellte. Aber das Abkommen wurde auf Iswolskis Anweisung zu den Akten gelegt, weil es den serbischen Interessen allzu sehr geschadet hätte. Da Hartwig seinerseits in Belgrad die Serben gegen Österreich-Ungarn aufstachelte und in St. Petersburg für sie warb, zeigte sich immer deutlicher die Unversöhnlichkeit der serbischen und bulgarischen Optionen.

Im März 1910 kamen Delegationen aus Sofia *und* Belgrad im Abstand von nur zwei Wochen zu Gesprächen auf höchster Ebene nach St. Petersburg. Die Bulgaren drängten ihre russischen Gesprächspartner, Serbien fallen zu lassen und sich klar zu Sofia zu bekennen – nur auf dieser Basis könne eine stabile Koalition der Balkanstaaten entstehen. Die Russen seien außerstande, teilte der bulgarische Regierungschef Malinow Iswolski mit, gleichzeitig ein Großbulgarien und ein Großserbien zu schaffen:

> Wenn ihr euch einmal entscheidet, in eurem eigenen Interesse mit uns gemeinsame Sache zu machen, werden wir ohne Weiteres die makedonische Frage mit den Serben regeln. Sobald das in Belgrad begriffen wird – und ihr müsst klar Stellung beziehen, damit das begriffen wird –, werden die Serben viel zugänglicher werden.[826]

Die Bulgaren waren kaum abgereist, als König Peter, der am Zarenhof viel beliebter war als der gerissene Ferdinand, eintraf, um für die serbische Sache zu werben. Er erreichte wichtige Zusagen: Russland hatte nicht länger die Absicht, Bulgarien den Status eines privilegierten Vasallen zukommen zu lassen. Die langjährige Verpflichtung Russlands, den bulgarischen Anspruch auf Makedonien zu unterstützen, blieb offiziell zwar in Kraft, aber hinter den Kulissen versprach Iswolski, dass er Mittel und Wege finden werde, »die Interessen und Rechte Serbiens zu befriedigen«. Vor allen Dingen akzeptierte Russland inzwischen, dass ein Teil Makedoniens Serbien zufallen musste – eine Nachricht, die das Außenministerium in Belgrad geradezu elektrisierte.[827]

Zu den reizvollen Aspekten der Balkanbundpolitik zählte in russischen

Augen gerade der Umstand, dass sie es zumindest im Moment ermöglichte, die Unvereinbarkeit der Optionen zu überbrücken. Sobald das serbisch-bulgarische Bündnis vom März 1912 eine augenscheinlich beiderseits akzeptable Lösung für das Problem Makedonien fand, könnte man sich vorstellen, dass sich der Bund als ein dauerhaftes Instrument der russischen Politik auf der Halbinsel erweisen würde. Der vorgesehene russische Schiedsspruch in der umstrittenen Zone wahrte allem Anschein nach die Sonderrolle Russlands auf der Halbinsel und schuf gleichzeitig einen Mechanismus, durch den der slawische Schirmherr den Konflikt zwischen seinen Schützlingen eindämmen und kanalisieren konnte.

Der unerwartet schnelle Vormarsch der bulgarischen Streitkräfte auf Konstantinopel löste in St. Petersburg Panik aus. Sasonow hatte Sofia gedrängt, so »klug« und vernünftig zu sein, »im richtigen Moment anzuhalten«: Seine Aufregung wurde durch den absurden Verdacht noch verstärkt, dass die Franzosen womöglich die Bulgaren anspornten, die osmanische Hauptstadt einzunehmen.[828] Die Stimmung beruhigte sich aber nach dem Zusammenbruch des bulgarischen Vormarschs, und unmittelbar nach dem Krieg konzentrierte sich St. Petersburg darauf, eine Einigung zwischen den beiden Siegermächten nach den im Vertrag vom März 1912 vorgegebenen Bedingungen auszuhandeln. Serbien weigerte sich jedoch, die Territorien zu räumen, die es erobert hatte, und Bulgarien weigerte sich, seinen Anspruch auf diese Gebiete aufzugeben. Eine Schlichtung war so gut wie unmöglich: Die Bulgaren erklärten, jeder Schiedsspruch müsse auf dem Vertrag vom März 1912 basieren, während sich die serbische Regierung auf den Standpunkt stellte, dass die Ereignisse vor Ort den Vertrag null und nichtig gemacht hätten. Die Balkanstaaten benahmen sich, mit den Worten des Zaren Nikolaus, wie »artige Jugendliche«, die »als Erwachsene zu dickköpfigen Raufbolden wurden«.[829]

Sasonow tendierte anfangs zu Bulgarien und tadelte mit einiger Berechtigung Serbien, weil es sich weigerte, die eroberten Gebiete zu räumen. Aber Ende März 1913 schwenkte der russische Außenminister wieder in Richtung Belgrad und drängte Sofia, Zugeständnisse zu machen. Als er erfuhr, dass die Bulgaren im Begriff waren, ihren Botschafter in

Belgrad Andrej Toschew zurückzurufen, platzte Sasonow der Kragen. Er warf den Bulgaren vor, auf Anweisungen Wiens zu handeln; mit ihrer »Unverschämtheit gegenüber Russland und dem Slawentum« würden die Bulgaren sich selbst »in den Ruin« treiben.[830] Die Bulgaren willigten ein, den Botschafter Toschew nicht zurückzurufen, und der Riss wurde gekittet, aber es kam zu einer dauerhaften russischen Umorientierung weg von Sofia. Das lag nicht zuletzt daran, dass die Bulgaren am 29. Juni ihrerseits die Feindseligkeiten begannen, denn Sasonow hatte wiederholt gewarnt, dass derjenige, der den nächsten Krieg beginne, wer immer es war, einen hohen Preis dafür zahlen werde. (Allerdings hatten die Russen auch hier die Finger im Spiel: Hartwig hatte nämlich Nikola Pašić angewiesen, unter keinen Umständen selbst die Initiative zu ergreifen, sondern einen bulgarischen Angriff abzuwarten.)

Unterdessen änderte sich auch die russische Politik gegenüber Rumänien. Im Ersten Balkankrieg hatte sich Sasonow in Bukarest dafür eingesetzt, dass ein opportunistischer rumänischer Angriff auf bulgarisches Territorium ausblieb – er spielte auf die Dobrudscha an, die Grenzregion, auf die beide Staaten Ansprüche anmeldeten. Anfang Sommer 1913 hingegen, als es zu keiner Einigung zwischen Serbien und Bulgarien in der Makedonienfrage kam, ließ Sasonow Bukarest wissen, dass Russland nunmehr *nicht* eingreifen werde, falls Rumänien in einem serbisch-bulgarischen Krieg gegen den Aggressor vorgehen sollte.[831] Das war der bislang massivste gegen Bulgarien gerichtete Schachzug; damit bezog Russland so klar Stellung wie nie zuvor.

Der Wechsel St. Petersburgs zu einer eindeutig proserbischen Haltung wurde durch finanzielle Transaktionen erhärtet. Unmittelbar nach dem Zweiten Balkankrieg waren die kriegführenden Staaten, wie es in der Untersuchung der Carnegie-Stiftung zu den Ursachen und zur Führung der Balkankriege hieß, in der Verfassung von »Bettlern, [die] sich Geld leihen möchten, um ihre Schulden zu bezahlen und wiederum ihre militärischen und produktiven Kräfte aufzubauen«.[832] Kein Land befand sich in einem schlimmeren Zustand als Bulgarien, das einen Krieg gegen vier Widersacher unter katastrophalen menschlichen und wirtschaftlichen Verlusten geführt hatte (Bulgarien verlor im zweiten Krieg 93000 Mann – mehr als seine vier

Gegner zusammen).[833] Unter dem neuen, liberalen Regierungschef Wassil Radoslawow, der am 17. Juli 1913 an der Spitze einer Koalition das Amt antrat, verschickte die bulgarische Regierung Gesuche um ein hohes Darlehen. Wien antwortete Ende Oktober als Erstes mit einem kleinen Darlehen in Höhe von 30 Millionen Francs, doch diese Summe reichte nicht einmal so weit, dass die bulgarische Regierung weiterhin ihre Schulden tilgen konnte. Ungeachtet der Versicherungen, dass Sofia die Dardanellen für alle Zeiten der russischen Einflusssphäre zuschreiben werde, weigerte St. Petersburg sich, den Bulgaren aus der Klemme zu helfen. Sasonow vertrat die Auffassung, dass Russland sämtliche finanziellen Hilfen für Sofia zurückhalten müsse, solange die Regierung Radoslawow, die er für feindlich gesinnt hielt, an der Macht blieb. Jedenfalls war Russland ohnehin nicht in der Lage, Kredite in der von Sofia gewünschten Höhe zu vergeben, selbst wenn es gewollt hätte. Noch wichtiger war deshalb, dass die russische Regierung Frankreich, das noch über beträchtliche Finanzreserven verfügte, unter Druck setzte, sich an die russische Linie zu halten und Sofia nicht zu unterstützen.[834]

Das soll nicht etwa heißen, dass die Franzosen groß überredet werden mussten. Seit dem österreichisch-serbischen »Schweinekrieg« ließen sie Belgrad politisch motivierte Gelder zukommen. Die internationale Kreditvergabe war ein bewährtes und überaus effektives Instrument der französischen Diplomatie. André de Panafieu, der französische Gesandte in Sofia, fasste die Beziehung zwischen Geld und Außenpolitik treffend zusammen, als er in einer Depesche vom 20. Januar 1914 darauf hinwies, dass man immer problemlos Gründe finde, ein Darlehen für Bulgarien abzulehnen, solange Sofia freundschaftliche Beziehungen zu Wien pflegte.[835] Aber Sasonow war sich darüber im Klaren, dass es sich als kontraproduktiv erweisen könnte, wenn er zu weit ging. Als der neue russische Gesandte Alexander Sawinski im Januar 1914 nach Sofia geschickt wurde, hatte er den Auftrag, ein Abdriften Bulgariens zu den germanischen Mächten zu verhindern.[836] Von dem russischen Chargé d’affaires in Sofia gingen Warnungen ein, dass eine Blockade des Darlehens lediglich bedeute, dass Bulgarien verstärkt deutsches Geld verwenden werde, um österreichische

Waffen zu kaufen.[837] In Anbetracht dieser Argumente, die Iswolski Paris mit allem Nachdruck mitgeteilt hatte, dachte der Quai d'Orsay im Februar erstmals über ein Darlehen für Bulgarien nach, allerdings unter massiven Auflagen, etwa der Forderung, dass das Geld für den Kauf französischer Waffen und Munition verwendet werden musste.[838]

Wie zu erwarten, sprangen die Deutschen in die Bresche. Mitte März willigte die deutsche Regierung ein, ein von deutschen Banken gedecktes Darlehen für Bulgarien zu unterstützen. Das entsprach keineswegs einem langfristigen deutschen Plan, Bulgarien in die Fänge des Dreibundes zu locken – im Sommer boten die Deutschen auch Serbien hohe Kredite zu großzügigen Bedingungen an.[839] Aber zufällig verfügten die Serben bereits über eine hohe Kreditlinie und hatten nicht die Absicht, ein Angebot anzunehmen, das ihre Loyalität zur Entente in Frage stellen konnte, während die Bulgaren ganz verzweifelt waren. Als die russische und französische Regierung von den Verhandlungen zwischen Berlin und Sofia erfuhren, versuchten sie hektisch, das Darlehen noch mit allen Mitteln zu verhindern. Sawinski lancierte inspirierte Artikel in der bulgarischen russophilen Presse und drängte Sasonow unablässig, den Druck auf Sofia zu erhöhen.[840] Und in letzter Sekunde trat die französische Bank Périer & Co., ein Spezialist für Darlehen in Lateinamerika und im Osten, mit einem Gegenangebot auf den Plan: 500 Millionen Francs zu 5 Prozent. Das Angebot von Périer, das so gut wie sicher von den Russen über Iswolski in Paris ausgehandelt worden war, sah vor, das Darlehen mit einer russischen Bürgschaft abzusichern – bei einem Zahlungsverzug verpflichtete sich Russland, die bulgarischen Verpflichtungen zu übernehmen. Auf diese Weise sollte ein sehr hoher Kredit mit einer politischen Abhängigkeit kombiniert werden, die den Einfluss der Entente auf dem Balkan erhöht hätte. Die Bulgaren sollten überredet werden, das Darlehen zu akzeptieren, zu einem späteren Zeitpunkt sollten sie gedrängt werden, die Regierung zu wechseln.[841] Doch das Angebot von Périer lag zu spät in endgültiger Form vor (16. Juni 1914), um die Karten neu zu mischen; und am Ende setzte sich das deutsche Kreditangebot nach langwierigen Verhandlungen um günstigere Konditionen durch.[842] Unter tumultartigen Szenen wurde das deutsche Finanzpaket von der bulgarischen *Sobranje* (dem

Landesparlament) am 16. Juli verabschiedet, wenn man das so nennen kann. In Wirklichkeit wurde die Gesetzesvorlage weder verlesen noch diskutiert, geschweige denn förmlich über sie abgestimmt. Am Ende der Sitzung gab die Regierung kurzerhand bekannt, dass das Parlament sie verabschiedet habe. Die Opposition beschuldigte die Regierung prompt, sie würde das Land verkaufen, und »warf den Ministern Bücher und Tintenfässer an den Kopf«. Der Regierungschef Radoslawow rief zur Ordnung und fuchtelte dabei mit einem Revolver herum.[843] Das Darlehen war zu einem gefährlichen Instrument geworden, das die Bündnisblöcke ins Feld führten. Eine derartige Instrumentalisierung internationaler Kredite war nichts Neues, aber ihr Einsatz hatte hier den Effekt, dass Bulgarien fest in die Politik des Dreibundes eingebunden wurde, genau wie Serbien in das politische System der Entente integriert worden war.

Was sich auf dem Balkan abspielte, war nicht weniger als die Aufhebung der alten Bündnismuster. In der Vergangenheit hatte Russland Bulgarien unterstützt, während Österreich-Ungarn nach Belgrad und Bukarest geblickt hatte. Im Jahr 1914 war dieses Arrangement auf den Kopf gestellt worden. Rumänien war ebenfalls Teil dieses Prozesses. Im Frühsommer 1913 lud Sasonow die Regierung in Bukarest ein, sich im Falle eines serbisch-bulgarischen Krieges einen Teil Bulgariens unter den Nagel zu reißen. Die Zeit war reif für solch ein Angebot, weil sich die Rumänen über Wiens Flirt mit Sofia ärgerten; König Carol von Rumänien passte auch der österreichische Widerstand gegen den Vertrag von Bukarest nicht, den er als seine persönliche diplomatische Errungenschaft ansah.[844] Die verstärkte Annäherung zwischen St. Petersburg und Bukarest wurde am 14. Juni 1914 förmlich bestätigt, als der Zar König Carol in Constanţa an der Schwarzmeerküste einen Besuch abstattete. Es handelte sich um einen symbolisch überladenen Anlass. Der einzige ausländische Repräsentant, der jemals aus den Händen des Zaren eine Auszeichnung erhielt, war der französische Gesandte in Rumänien Jean Camille Blondel, den unlängst, wie der Zufall es wollte, auch der serbische König Peter ausgezeichnet hatte. An den Feierlichkeiten nahm Ottokar Czernin, der österreichisch-ungarische Gesandte in Bukarest, teil, der konstatierte: »… die seit einem Jahre erwartete

Schwenkung Rumäniens zur Triple Entente ist in den Augen der Öffentlichkeit am Tage von Constantza vollzogen worden.«[845]

Als Folge schwand der politische Einfluss Österreich-Ungarns auf der Halbinsel weiter. Der rumänische Irredentismus wurde künftig von Bessarabien abgelenkt, wo er mit russischen Interessen kollidierte, und richtete sich stattdessen auf Transsylvanien, wo er die Integrität der Habsburger Monarchie bedrohte. Rumäniens Bereitschaft, sich für russische Ziele einnehmen zu lassen, hatte natürlich auch Grenzen. Als Sasonow den rumänischen Regierungschef und Außenminister Ion Brătianu fragte, welche Haltung Rumänien »im Fall eines bewaffneten Konflikts zwischen Russland und Österreich-Ungarn einnehmen würde, *falls Russland sich durch die Umstände gezwungen sähe, die Feindseligkeiten zu beginnen«,* gab der über Sasonows Frage »sichtlich schockierte« rumänische Politiker eine »ausweichende Antwort«. Auf weitere Fragen hin räumte Brătianu ein, dass Bukarest und Petersburg ein gemeinsames Interesse hätten, »jede Schwächung Serbiens« zu verhindern. Das genügte Sasonow. Die russisch-rumänische Annäherung bildete folglich, wie es in einem französischen Bericht hieß, »ein neues Mittel für Russland, um Österreich unter Druck zu setzen«.[846] Das wohl Bemerkenswerteste an dieser Umstrukturierung der Geopolitik auf dem Balkan war die Geschwindigkeit, mit der sie zustande kam. Das war kein Phänomen von langfristigem Charakter, für das man Jahre benötigt hätte, um es zunichtezumachen, sondern eher eine kurzfristige Anpassung an rasche Veränderungen in der geopolitischen Umgebung. Im November 1913 hatte Sasonow dem belgischen Gesandten in St. Petersburg gesagt, dass die derzeitige Umorientierung Bulgariens in Richtung Wien vermutlich kurzlebig sein werde – sie sei das Werk einer bestimmten Fraktion im Parlament mit Rückendeckung des launenhaften Königs Ferdinand, »für den wir nicht den geringsten Respekt haben«.[847] Mit etwas mehr Zeit hätte die neue Ausrichtung auf dem Balkan ebenso rasch den Weg frei machen können für weitere Anpassungen und neue Konstellationen. Die Hauptsache ist allerdings, dass dieses spezielle Bündnismuster im Sommer 1914 noch in Kraft war.

Serbien war jetzt Russlands Vorposten auf dem Balkan. Dieser Zustand war

weder unvermeidlich noch naturgemäß. Im Jahr 1909 war Aehrenthal über Russlands größenwahnsinnige Anmaßung hergezogen, als Schutzmacht von Serbien aufzutreten, und zwar selbst in Situationen, wo die Interessen der Mächte von der serbischen Frage überhaupt nicht tangiert wurden. Damit hatte er nicht ganz Unrecht. Russlands Behauptung, im Namen seiner orthodoxen »Kinder« auf dem Balkan zu handeln, war nicht mehr als eine populistische Rechtfertigung für eine Politik mit dem Ziel, Österreich-Ungarn zu schwächen, im eigenen Land die Popularität zu steigern und die Hegemonie über das Hinterland auf dem Balkan zu den türkischen Meerengen zu erlangen. Die Doktrin des Panslawismus mochte in der russischen nationalistischen Presse populär sein, aber sie hatte als Plattform für politisches Handeln ebenso wenig eine Berechtigung wie etwa Hitlers Lebensraum-Konzept. Und sie war auch in keiner Weise eine kohärente Basis für eine Politik, denn auch die Bulgaren waren orthodoxen Slawen, und die Rumänen waren zwar orthodox, aber kein slawisches Volk. Russlands Schulterschluss mit Serbien wurde von Machtpolitik getrieben, nicht von diffusen Triebkräften des Panslawismus. Er schuf eine gefährliche Asymmetrie in den Beziehungen zwischen den beiden Großmächten auf dem Balkan, denn Österreich-Ungarn besaß keinen vergleichbaren Vorposten an der Peripherie des russischen Reiches.

Es lässt sich kaum sagen, wie stark die Wirkung der russischen Bindung an das serbische Königreich war, aber sie lässt sich nicht leugnen. Im Februar 1914 kehrte Pašić von seinem Besuch in Russland zurück, »ganz berauscht und berührt bis in die Tiefe seiner Seele« durch die Gunst, die ihm der russische Zar erwiesen hatte:

> In jedem Wort Ihres Zaren [so Pašić zu Hartwig] fühlte ich außerdem das besondere Wohlwollen Seiner Kaiserlichen Majestät für Serbien; das war für uns ein wertvoller Lohn unserer unveränderlichen Ergebenheit für Russland, von dessen Weisungen ich mich unabänderlich in allen Angelegenheiten der auswärtigen Politik leiten ließ. Die Gnade des Zaren ist in unseren Augen auch ein Unterpfand für eine lichte Zukunft Serbiens, das natürlich ohne die mächtige moralische Hilfe Russlands nicht imstande

wäre, die Schwierigkeiten zu überwinden, welche die Serbien stets feindlich gesinnte Nachbarmonarchie ihr auf Schritt und Tritt bereitet.[848]

Die Depeschen von Spalajković in St. Petersburg vermittelten ein ähnlich begeistertes Vertrauen in die Stärke der russischen Unterstützung. Der Zar »erklärte seine Sympathien für Serbien«, berichtete Spalajković nach einem Treffen mit dem russischen Souverän am 21. Januar 1914, »und versicherte mir, dass dies für die ganze russische Nation gelte und insbesondere für jenen Teil, der den Einfluss hat, um Entscheidungen zu treffen«.[849] Die »ganze russische Presse ist proserbisch«, meldete er am 27. März. Jede Kritik an den Serben in der bulgarischen Presse wurde in russischen Zeitungen extrem feindselig kommentiert. »Früher hatten die Bulgaren Einfluss auf die russische Presse, jetzt sind wir an der Reihe«, erklärte er. Nur eine Zeitung, *Retsch* (Rede), war nicht ganz so freundlich. Unlängst hatte sie Artikel veröffentlicht, die das Verhalten der serbischen Regierung in den frisch eroberten Gebieten Makedoniens kritisierte.[850] Doch diese negativen Berichte hatten allem Anschein nach keine Wirkung auf die offizielle russische Sicht auf die neuen Provinzen, die ermutigend rosig war. Laut Spalajković, der mit Sasonows Stellvertreter Neratow gesprochen hatte, war das russische Außenministerium sehr beeindruckt von der Arbeit der Serben in den annektierten Gebieten und spreche unbekümmert davon, wie sie Straßen bauten und Gebäude restaurierten, »sodass sie in sehr kurzer Zeit nicht mehr wiederzuerkennen waren« – kein Wort von Vertreibungen oder Massakern in den Gebieten.[851]

Leon Descos, der französische Gesandte in Belgrad, registrierte die neue zuversichtliche Stimmung in Belgrad. Als er über eine Rede von Pašić vor der Skupština berichtete, kommentierte er, dass man, um die derzeitige »Politik des Friedens« der Regierung fortzusetzen, Serbien die Gelegenheit geben müsse, »seine Armee zu verstärken und sein Bündnis zu pflegen und aus neuen Ereignissen, wenn sie kamen, das Bestmögliche herauszuholen«. Es sei bemerkenswert, dass »ausgerechnet Herr Pašić, der für gewöhnlich so bescheiden ist, sich offenbar eine gewisse Autorität in der Balkanpolitik anmaßen möchte – womöglich meint er, der Moment für Serbien sei

gekommen, eine führende Rolle zu übernehmen«. Auf der anderen Seite lebe, fügte Descos hinzu, »der serbische Regierungschef in so engem Kontakt mit dem russischen Gesandten, dass es schwerfällt, den Letzteren von jenen [serbischen] Staatsmännern zu unterscheiden, deren Ideen das Thema beherrschen«.[852] Nach der Bestätigung einer weitgehenden Identität serbischer und russischer Interessen stieg bei den Führern in Belgrad die Bereitschaft, den Einflüsterungen St. Petersburgs Folge zu leisten. Ende 1912 etwa beschwerte sich der russische Botschafter in Wien in St. Petersburg, dass der serbische Gesandte bei seinen Gesprächen mit den Österreichern allzu freundlich auftrete. Das Ergebnis war eine Note vom russischen Außenministerium an Pašić, in der man ihn ermahnte, die Serben sollten »allzu offene Rücksprachen« mit den Österreichern doch bitte meiden, damit nicht das »Gerücht einer Sonderverständigung [Serbiens] mit Wien« aufkomme. Pašić reagierte, indem er seinem Repräsentanten ein Telegramm mit nur drei Worten schickte: »Seien Sie vorsichtig«, das er in Gegenwart Hartwigs geschrieben hatte.[853] »Sie werden natürlich unseren Anweisungen folgen«, versicherte Hartwig Sasonow in seinem Neujahrsbrief vom Januar 1914.[854]

Österreichs Probleme

»Der tatsächliche Ausbruch des großen Balkankrieges«, berichtete der *Times*-Korrespondent Wickham Steed am 17. Oktober 1912 aus Wien, »wird hier als Moment von historischer Bedeutung empfunden. Welchen Verlauf er auch nehmen mag, er wird auf jeden Fall die Lage von Grund auf verändern.«[855] Keiner anderen Großmacht bereitete der Konflikt auf dem Balkan so große und dringende Probleme wie Österreich-Ungarn. In Anbetracht der erstaunlich schnellen Siege der Staaten des Balkanbundes sah sich Wien mit einer ganzen Reihe von Themen konfrontiert, die zum Teil eng miteinander verbunden waren. Vor allem stand damit unstrittig fest, dass die österreichische Balkanpolitik irreparabel ruiniert worden war. Das Axiom Wiens, dass man die Türkei als wichtigste Ordnungsmacht in der Region halten musste, war inzwischen aufgehoben. Schnelle Improvisation war

angesagt. Die im Sommer 1912 beschworene Doktrin vom Erhalt des Status quo musste aufgegeben werden; an ihrer Stelle kristallisierte sich ein Programm heraus, welches sich darauf konzentrierte, die Veränderungen auf dem Balkan in Richtungen zu lenken, die die österreichisch-ungarischen Interessen möglichst wenig beeinträchtigten. Serbische Eroberungen waren akzeptabel, allerdings mussten sie einhergehen mit einer Garantie des serbischen Wohlverhaltens in der Zukunft, am besten in Form einer institutionalisierten wirtschaftlichen Kooperation. (Wien war bereit, eine neue Kooperation auf der Basis erheblich großzügigerer Konditionen zu regeln, als dies der alten Zollunion zufolge der Fall gewesen war; eine Delegation wurde nach Belgrad geschickt, um Bedingungen vorzuschlagen).[856] Auf der anderen Seite durfte man es Serbien unter keinen Umständen gestatten, seine Landesgrenze bis zur Adria vorzuschieben. Dahinter verbarg sich die Befürchtung, dass ein serbischer Hafen unter Umständen unter die Kontrolle einer fremden Macht (nämlich Russland) geraten konnte. Das mag etwas weit hergeholt klingen, hatte aber mit Blick auf Hartwigs Ruf als vehement austrophober, ungekrönter »König von Belgrad« durchaus eine gewisse Berechtigung.

Wien bestand ferner – im Einklang mit der bewährten Politik – auf der Gründung und Bewahrung eines unabhängigen Staates Albanien. Mit dieser unter dem Wahlspruch »Der Balkan den Balkanvölkern« propagierten politischen Linie wurde das Verbot einer serbischen Landnahme an der Adriaküste untermauert, weil jeder Hafen, auf den Belgrad ein Auge geworfen hatte, zwangsläufig auf albanisch besiedeltem Boden lag.[857] Die Ankündigung dieser Politik löste sofort Protestschreie seitens proserbischer Elemente innerhalb der Monarchie aus – auf einer Sitzung des bosnischen Landtags in Sarajevo im November 1912 nahmen serbische Abgeordnete eine Resolution mit dem Inhalt an, dass »die Opfer und Siege« der serbischen Armeen »die ›Restauration‹ Albaniens zu Serbien rechtfertigten«, und äußerten ihre Verbitterung über die Tatsache, dass die österreichisch-ungarische Monarchie weiterhin die »autonomen Rechte« der Südslawen missachte, während sie sich für die Sache der »unkultivierten Albanen« einsetzte.[858] Den europäischen Mächten erschien Berchtolds Programm

jedoch als moderate Antwort auf die dramatischen Veränderungen auf dem Balkan. Selbst Sasonow schloss sich am Ende der allgemeinen Befürwortung einer Unabhängigkeit Albaniens an.

Der Unsicherheitsfaktor in der Konstellation war Serbien. Ende Oktober 1912 rückten serbische Truppen bereits in Richtung Küste vor und machten grausam jeden Widerstand nieder, den die Albaner ihnen auf dem Weg entgegensetzten. Etliche kleinere Provokationen vergifteten zusätzlich das Klima: Die Serben fingen österreichische Konsularpost ab und störten auch die weitere Kommunikation des Konsulats. Es kursierten Berichte, dass die Konsule verhaftet oder entführt worden seien. Wurde der österreichisch-ungarische Konsul in Mitrovitza etwa zu seinem eigenen Schutz von der serbischen Armee vier Tage lang unter Hausarrest gestellt, wie die serbischen Behörden behaupteten, oder damit er nicht mit eigenen Augen die Vertreibung der einheimischen albanischen Bevölkerung mit ansah, wie der Konsul selbst erklärte? Mitten in dieser Panik unternahm das österreichisch-ungarische Außenministerium einen weiteren Versuch, die Nachrichten zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Als es sich als unmöglich erwies, Kontakt zu Oskar Prochaska, dem österreichisch-ungarischen Konsul in Prizren, aufzunehmen, kursierten in Wien Gerüchte, er sei von seinen serbischen Häschern entführt und entmannt worden. Das Ministerium leitete eine Untersuchung ein und fand heraus, dass er zwar tatsächlich unrechtmäßig (unter frei erfundenen Anklagen, den türkischen Widerstand zu unterstützen) festgehalten wurde, das Gerücht um die Kastration jedoch falsch war. Statt das Gerücht sofort zu entlarven, ließ das Ministerium es noch ein oder zwei Wochen in der Welt, um aus der erwarteten Empörung das größtmögliche Kapital zu schlagen. Prochaska trat ein paar Wochen später – vollständig unversehrt – vor die Öffentlichkeit. Der Schuss ging jedoch nach hinten los, und die Zahl der negativen Kommentare war weit höher. Die Prochaska-Affäre war ein bescheidener, aber ungeschickter Versuch der Medienmanipulation, der all jenen Munition lieferte, die behaupteten, dass Österreich immer mit gefälschten Dokumenten und aus der Luft gegriffenen Anklagen argumentiere.[859]

Eine Zeitlang sah es so aus, als würde die albanische Frage einen größeren

europäischen Konflikt auslösen. Mitte November 1912 besetzten montenegrinische und serbische Truppen einen Streifen im Norden Albaniens, darunter Alessio (Lezhë) und die Hafenstädte San Giovanni di Medua (Shëngjin) und Durazzo (Durrës). Eine größtenteils montenegrinische Streitmacht belagerte die Stadt Scutari (Shkodër), die Heimat von 30000 Albanern. Die Invasionstruppen drohten, vollendete Tatsachen zu schaffen, die Wiens Politik untergraben würden. Berchtold bestand auf der Gründung eines unabhängigen Staates Albanien und auf dem Abzug der Invasionstruppen. Die Montenegriner und Serben weigerten sich jedoch, ihre Stellungen in Albanien aufzugeben. Wien war entschlossen, wenn nötig die Invasoren auch mit Waffengewalt zu vertreiben. Die russische Probemobilmachung und Aufstockung der Truppenstärke entlang der Grenze zu Österreich-Ungarn ließen allerdings vermuten, dass St. Petersburg möglicherweise ebenfalls bereit war, seine Vasallenstaaten mit militärischen Mitteln zu unterstützen. Am 22. November teilte König Nikola von Montenegro dem österreichischen Gesandten in Cetinje mit: »Wenn die Monarchie versucht, mich mit Gewalt zu vertreiben, dann werde ich bis zur letzten Ziege und zur letzten Patrone kämpfen.«[860]

Die Albanienfrage ließ der europäischen Politik den ganzen Winter und Frühling 1912/13 hindurch keine Ruhe. Am 17. Dezember 1912 kam das Thema auf der ersten Sitzung der Botschafterkonferenz der Großmächte in London unter dem Vorsitz von Edward Grey zur Sprache, um die Fragen, die durch den Balkankrieg aufgekommen waren, zu klären. Die Botschafter vereinbarten, einen neutralen, autonomen albanischen Staat unter der gemeinsamen Garantie der Mächte zu gründen. Sasonow akzeptierte – nach einigem Hin und Her – eine albanische Autonomie. Die Grenzziehung des neuen Staates erwies sich jedoch als Zankapfel. Die Russen forderten, dass die Städte Prizren, Peć, Dibra, Djakovica und Scutari ihren serbisch-montenegrinischen Schützlingen zugeschlagen wurden, während Österreich-Ungarn sie in das neue Albanien eingliedern wollte. Wien besänftigte am Ende St. Petersburg, indem es Serbien den größten Teil des umstrittenen Gebiets entlang der albanischen Grenze überließ – eine Politik, die ursprünglich nicht von Berchtold, sondern von seinem Botschafter in London

Graf Benckendorff vorangetrieben wurde, der erheblich zur Versöhnung der entgegengesetzten Standpunkte während der Konferenz beitrug.[861] Im März 1913 war der Streit um die albanisch-serbische Grenze – zumindest theoretisch – weitgehend geklärt.

Aber die Lage blieb angespannt, weil immer noch über 100000 serbische Truppen in Albanien standen. Erst am 11. April kündigte die Regierung in Belgrad an, dass sie ihre Truppen aus dem Land abziehen werde. Die internationale Aufmerksamkeit richtete sich nun auf die Montenegriner, die immer noch Scutari belagerten und einen Abzug ablehnten. König Nikola erklärte, dass er eventuell nachgeben würde, falls die Großmächte einen direkten Angriff auf montenegrinisches Gebiet einleiten und ihm damit Gelegenheit zu einem »ehrenvollen Rückzug« geben würden – ob er das ernst meinte oder die internationale Gemeinschaft lediglich an der Nase herumführte, konnte niemand sagen.[862] In der Nacht vom 22. zum 23. April kapitulierte Essad Pascha Toptani, der in Albanien geborene Kommandant von Scutari, und zog seine Garnison aus der Stadt ab. Montenegrinische Flaggen wurden über der Stadt und ihrer Festung gehisst, und in ganz Montenegro und Serbien wurde gejubelt. Dem holländischen Gesandten in Belgrad zufolge wurde die Meldung vom Fall Scutaris in der serbischen Hauptstadt mit »unbeschreiblichem Jubel« begrüßt; in der ganzen Stadt wurden Fahnen aufgehängt, alle Läden wurden geschlossen, und eine Menschenmenge von 20000 Feiernden versammelte sich vor der russischen Botschaft.[863]

Als weitere gemeinsame Noten aus London, die einen Abzug Montenegros forderten, ignoriert wurden, kam man überein, auf der nächsten Sitzung der Botschafterkonferenz (geplant für den 5. Mai) eine gemeinsame Antwort der Großmächte zu verabschieden. Die Österreicher bereiteten unterdessen eine unilaterale Aktion gegen die montenegrinischen Eindringlinge vor für den Fall, dass die Diplomatie scheiterte. Wie die Russen auf eine österreichische Militäraktion reagieren würden, war unklar. Ende Januar 1913 hatten der russische Hof und das Außenministerium allmählich genug von dem ungestümen montenegrinischen König. Nikola glaubte womöglich, dass er im Interesse der Slawen handelte und deshalb die volle Unterstützung Russlands

verdient hatte – in Wirklichkeit betrachtete das Außenministerium in St. Petersburg ihn als Risikofaktor, dem es in erster Linie darum ging, sein Ansehen im eigenen Land aufzupolieren.[864] Im April 1913 griff das russische Außenministerium zu der äußerst ungewöhnlichen Maßnahme, sich öffentlich von Nikola und seinen Absichten zu Scutari zu distanzieren. In der Erklärung tadelte Sasonow (der zwar nicht namentlich genannt wurde, aber die Urheberschaft einräumte) die Presse, weil sie das Thema völlig unsachgemäß behandelt habe, und stellte fest, dass Nikola keinen Anspruch auf Scutari habe, das eine »rein albanische« Stadt sei.[865] Somit war Russland bereit, eine gemeinsame Initiative der Mächte mitzutragen. Als sich die Krise um Scutari zuspitzte, warnte Sasonow jedoch auch, dass die öffentliche Meinung in Russland ihn unter Umständen zwingen könnte, militärisch zu intervenieren, falls die Österreicher eigenmächtig handelten. »Das politische Ergebnis«, berichtete Buchanan aus St. Petersburg, »ist finsterer als in jeder anderen Phase der Krise.«[866]

Nach monatelangem weltweitem Zittern löste sich das Problem plötzlich von selbst. Am 4. Mai, einen Tag vor dem nächsten Treffen der Botschafter in London, kündigte König Nikola an, dass er »das Schicksal der Stadt Scutari in die Hände der Mächte« lege. Anschließend wurde die Stadt dem Staat Albanien zugeschlagen. Ein in London am 30. Mai 1913 unterzeichneter Friedensvertrag beendete offiziell den Ersten Balkankrieg. Am 29. Juli, auf der vierten Sitzung der Konferenz, bestätigten die Botschafter, dass Albanien ein unabhängiger, souveräner Staat werden sollte, ungeachtet der Tatsache, dass knapp die Hälfte des albanisch besiedelten Gebietes (vor allem das Kosovo) außerhalb der in London vereinbarten Grenzen lag.[867]

Auf dem Friedensvertrag von London war kaum die Tinte trocken, als erneut ein Krieg auf dem Balkan ausbrach. Diesmal ging es um die Aufteilung der Beute aus dem ersten Konflikt. Der darauf folgende Vertrag von Bukarest vom 10. August 1913 sprach Serbien neue Gebiete im Südosten Makedoniens zu und bestätigte damit eine Vergrößerung der Fläche des Königreichs um fast 100 Prozent (im Vergleich zum Stand von 1912) und eine Steigerung der Bevölkerung um knapp über 64 Prozent. In Wien

herrschte eine gewisse Verwirrung, wie man auf die neue Situation reagieren sollte. Berchtold bemühte sich noch immer darum, die politische Kontrolle mitten in einem Wirrwarr rivalisierender Vorschläge zurückzugewinnen, als im Sommer 1913 Meldungen von neuerlichen Unruhen an der albanisch-serbischen Grenze nach Wien gelangten. Trotz wiederholter Rügen und Warnungen weigerte sich Belgrad weiterhin, seine Truppen aus bestimmten Gebieten auf der albanischen Seite der auf der Londoner Konferenz vereinbarten Grenze abzuziehen. Angeblich sollten die Soldaten Serbien vor albanischen Raubzügen schützen; in Wirklichkeit war das schlechte Benehmen der serbischen Truppen selbst der Hauptgrund für die Unruhen entlang der Grenze. Im Juli forderte Wien einen Truppenabzug, allerdings ohne Erfolg. Danach legte eine Gruppe von Großmächten, unter Edward Greys Federführung, eine kollektive Forderung, die Truppen zu evakuieren, vor, aber auch diese zeigte keine Wirkung. Frankreich und Russland blockierten Anfang September einen weiteren kollektiven Protest; auf individuelle Protestnoten von Österreich, Deutschland und Großbritannien antwortete der geschäftsführende Außenminister Miroslav Spalajković mit einem Dementi, dass sich überhaupt serbische Truppen in dem umstrittenen Gebiet aufhielten, gefolgt von der ein wenig inkonsequenten Erklärung einige Tage später, dass die fraglichen Truppen inzwischen hinter die Linie des Flusses Drin zurückgezogen worden seien. Dennoch befanden sich immer noch serbische Truppen innerhalb der von London gezogenen Grenzen. Meldungen am 17. September, dass Belgrad im Begriff sei, Zollämter in mehreren besetzten Gebieten einzurichten, lösten in Wien weitere Bestürzung aus.[868]

Dieses mühsame Katz-und-Maus-Spiel zwischen Wien und Belgrad erklärt nicht zuletzt, warum die österreichischen Entscheidungsträger allmählich das Vertrauen in die Wirkung üblicher diplomatischer Verfahren bei Interessenkonflikten mit Serbien verloren. Als Albaner in der Nähe der Grenze auf die serbischen Provokationen (etwa die Verweigerung des Zugangs zu wichtigen albanischen Marktstädten jenseits der serbischen Grenze, ein Verstoß gegen das Londoner Abkommen) mit einer Wiederaufnahme des Guerillakrieges reagierten, stießen serbische Einheiten

wiederum tief in albanisches Gebiet vor. Der serbische Gesandte in Wien Jovanović sorgte für große Beunruhigung, als er am 26. September in einem Interview mit einer Wiener Zeitung erklärte, dass Serbien angesichts der Schwierigkeit, ein ordnungsgemäßes albanisches Gremium zu finden, das man für die Grenzübertritte verantwortlich machen könne, womöglich gezwungen sei, »auf eigene Faust Maßnahmen zu ergreifen«. Pašić goss am 30. September noch einmal Öl ins Feuer, indem er ankündigte, dass Serbien die Absicht habe, »zu seinem eigenen Schutz strategische Punkte« innerhalb des albanischen Territoriums zu besetzen.[869] Auf eine österreichische Note an die Regierung Pašić am 1. Oktober, die um eine Klarstellung bat, folgte eine ausweichende Antwort.

Pašićs Stippvisite am 3. Oktober in Wien trug keineswegs zur Verbesserung der Lage bei. Entwaffnet von der freundlichen und leutseligen Art des serbische Regierungschefs, verpasste der österreichische Außenminister Berchtold die Gelegenheit, den Ernst der Lage aus österreichischer Sicht darzulegen. Pašić versicherte Vertretern der Presse in Wien, dass er »eine positive Perspektive für die künftigen Beziehungen zwischen Serbien und der Doppelmonarchie« gewonnen habe, aber er sprach beunruhigenderweise auch über die Notwendigkeit von »Grenzveränderungen« an der albanischen Grenze.[870] Ankündigungen aus Belgrad, dass Serbien nicht die Absicht habe, »ganz Europa zu trotzen«, um albanisches Territorium zu besetzen, waren ermutigend, ebenso freundschaftliche Äußerungen eines hohen ausländischen Beamten in Belgrad, der den österreichischen Chargé d’affaires Ritter von Storck »so herzlich empfing, als ob Pašić soeben ein Verteidigungsbündnis in Wien abgeschlossen hätte«.[871] Aber sämtlichen Versuchen, sich nach dem genauen Stand der Politik zu Albanien zu erkundigen, wich man höflich aus. Gleichzeitig ging der Vormarsch serbischer Truppen in Albanien weiter. Am 9. Oktober, als der österreichische Chargé d’affaires darauf bestand, mit Pašić persönlich über diese Angelegenheit zu sprechen, traf er den Regierungschef einmal mehr in überaus heiterer Stimmung an. Dabei sprach Pašić immer noch von einer »provisorischen« serbischen Besetzung albanischen Territoriums.[872] Darauf folgten am 15. Oktober Ankündigungen in der halboffiziellen Zeitung *Samouprawa*, dass Serbien schließlich die Absicht

habe, »strategische Punkte« in Albanien zu besetzen.[873] Nachdem die serbische Regierung auf eine weitere österreichische Warnung trotzig geantwortet hatte, wurde Belgrad am 17. Oktober ein Ultimatum überreicht. Serbien sollte innerhalb von acht Tagen das albanische Territorium räumen. Andernfalls werde Österreich-Ungarn »die geeigneten Mittel ergreifen, um die Erfüllung der Forderungen zu gewährleisten«.[874]

Das Ultimatum hatte Erfolg. Im Herbst 1913 waren sich die Großmächte einig, dass Serbiens Ansprüche auf einen Streifen Albaniens unrechtmäßig waren. Sogar Außenminister Sasonow in St. Petersburg räusperte sich und räumte ein, dass »Serbien mehr Schuld als allgemein angenommen an den Ereignissen habe, die zu dem jüngsten Ultimatum geführt hatten«, und drängte Belgrad zum Nachgeben.[875] Zwei Tage nach Eingang des Ultimatums kündigte Pašić an, dass man die serbischen Truppen abziehen werde. Bis zum 26. Oktober hatten sie die umstrittenen Gebiete geräumt.

Das Patt vom Oktober 1913 zwischen Serbien und Österreich-Ungarn resultierte in mehreren Präzedenzfällen für den Umgang Wiens mit der Krise, die nach Sarajevo zwischen den beiden Staaten ausbrach. Allen voran bewies es augenscheinlich, dass ein Ultimatum Wirkung zeigte. Die österreichische Note vom 17. Oktober stieß in der Presse auf breite Unterstützung, und die Meldung, dass die Serben endlich ihre Truppen aus Albanien abgezogen hatten, wurde in Wien frenetisch bejubelt. Berchtold war für seine angebliche Schüchternheit während der Scutari-Krise noch getadelt worden, jetzt war er der Mann der Stunde. Auch die serbische Steuerung der Kommunikation mit Wien hinterließ einen beunruhigenden Eindruck: Eine verschlagene, an Milde grenzende Höflichkeit maskierte eine Politik sorgsam dosierter Provokationen und Verweigerung. Hier stießen nicht nur Interessen aufeinander, sondern auch Politikstile. Belgrad zog sich, so schien es zumindest, immer nur so weit zurück, wie Wien drängte, und akzeptierte voller Gleichmut auch die kleinste daraus folgende Demütigung. Sobald die Österreicher den Druck verringerten, fingen die Nadelstiche und Provokationen von Neuem an. Das Axiom, dass Serbien letztlich nur die Sprache der Gewalt verstehe, gewann an Bedeutung.

Für Österreich-Ungarn änderte sich mit den Balkankriegen alles. Vor allen Dingen zeigten sie, wie isoliert Wien war und wie wenig Verständnis andere Regierungskanzleien für seine Sichtweise der Ereignisse auf dem Balkan aufbrachten. Die Feindschaft St. Petersburgs gegenüber der Doppelmonarchie und die völlige Missachtung der Interessen Wiens in der Region musste man als gegeben hinnehmen. Beunruhigender war die Gleichgültigkeit der anderen Mächte. Die Weigerung der internationalen Gemeinschaft zu erkennen, dass Österreichs Sicherheit an der südlichen Peripherie ernsthaft bedroht war, spiegelte eine allgemeine Verschiebung der Haltungen wider. Die westlichen Mächte hatten traditionell Österreich als den Dreh- und Angelpunkt der Stabilität in Mittel- und Osteuropa angesehen, somit als eine Macht, die um jeden Preis bewahrt werden musste. Aber im Jahr 1913 schien diese Maxime nicht mehr ganz so zwingend. Sie wurde von der Tendenz untergraben (die sich nach 1907 rasch unter den Entente-Staaten ausbreitete), Europa im Sinne von Bündnisblöcken aufzufassen, statt als ein kontinentales, geopolitisches Ökosystem, in dem jede Macht ihren Platz hat. Der antiösterreichische Geist eines großen Teils der politischen Berichterstattung in Großbritannien und Frankreich in den letzten Vorkriegsjahren verstärkte diese Tendenz noch, indem die Anschauung propagiert wurde, Österreich-Ungarn sei eine anachronistische und dem Untergang geweihte politische Entität oder, wie serbische Zeitungen es nannten: »der zweite kranke Mann Europas« (neben dem Osmanischen Reich, für das diese Bezeichnung gerne verwendet wurde).[876]

Besonders alarmierend war die lauwarme deutsche Unterstützung. Berlin billigte im Oktober (zu einer Zeit, als die Unterstützung lediglich mit einem geringen Risiko eines größeren Konflikts verbunden war) energisch eine Politik der Konfrontation gegen Serbien, aber ansonsten war die Rückmeldung recht gemischt. Im Februar 1913, als die Truppenstärke auf beiden Seiten der galizischen Grenze so hoch war, dass jeden Moment ein Krieg ausbrechen konnte, mahnte sogar das Militär zur Zurückhaltung. Moltke versicherte seinem Kollegen Conrad von Hötzendorf in einem Brief, dass Deutschland zwar nicht zögern werde, Österreich-Ungarn gegen einen russischen Angriff beizustehen, dass »es aber schwierig sein würde, eine

wirksame Parole zu finden, wenn österreichischerseits jetzt ein Krieg herausgefordert werden sollte, für dessen Entfesselung im deutschen Volke ein Verständnis nicht vorhanden wäre«.[877]

Zu den Hauptsorgen Wiens zählte die Haltung des deutschen Kaisers Wilhelm II. Statt seine Regierung zur Solidarität mit den Österreichern zu drängen, untersagte Wilhelm dem Auswärtigen Amt in Berlin ausdrücklich, sich an Aktionen zu beteiligen, welche »die Bulgaren-Serben-Griechen in ihrem berechtigten Siegeslauf hemmen« würden.[878] Die Balkankriege seien, so führte er aus, Teil einer welthistorischen Entwicklung, die den Islam wieder aus Europa zurückdrängen werde. Wenn man es den Balkanstaaten gestatte, sich auf Kosten der Türkei zu konsolidieren, so werde dies die Basis für eine Reihe stabiler politischer Einheiten schaffen, die zu gegebener Zeit eventuell eine Art Bundesstaat bilden könnten: die »Vereinigten Staaten des Balkan«. Nichts eigne sich besser, um den Frieden zu bewahren, die österreichisch-russischen Spannungen zu lindern und einen neuen regionalen Markt für deutsche Exporte zu öffnen.[879] Und Wilhelm äußerte sich weiterhin in diesem Sinn. Während der Krise im November 1912 wegen des serbischen Vorstoßes in Richtung Adriaküste lehnte Wilhelm ausdrücklich die Vorstellung ab, dass die deutsche Regierung verpflichtet sei, Wien gegen Belgrad zu unterstützen. Die aktuellen Veränderungen auf der Halbinsel seien zwar gewiss unangenehm für Wien, aber er werde »wegen Albanien und Durazzo unter keinen Umständen gegen Paris und Moskau marschieren«. Am 9. November schlug er dem Auswärtigen Amt sogar vor, es solle Wien drängen, Albanien unter die Herrschaft eines serbischen Prinzen zu stellen.[880]

Derartige weltfremde Spekulationen waren für die geplagten Entscheidungsträger in Wien ein schwacher Trost. Bei einer Geheimkonferenz mit seinem Freund Erzherzog Franz Ferdinand am 22. November 1912 äußerte Wilhelm seine Bereitschaft, die österreichische Haltung zur serbischen Truppenpräsenz in Albanien zu unterstützen, selbst auf die Gefahr eines Krieges mit Russland hin, aber nur wenn gewährleistet sei, dass weder Großbritannien noch Frankreich intervenieren würden; im Übrigen, fügte er hinzu, sei es äußerst unwahrscheinlich, dass ein isoliertes Russland sich auf so einen Konflikt einlassen werde.[881] Aber selbst diese

schwach ermutigenden Signale wurden drei Tage später durch offizielle Botschaften von Bethmann Hollweg und Kiderlen-Wächter zunichtegemacht, in denen es hieß, dass Deutschland eine multilaterale Lösung anstrebe.[882] Im Februar 1913, als die Winterkrise auf dem Balkan ihren Höhepunkt erreichte, drängte Wilhelm Franz Ferdinand in einem Brief, eine ausgehandelte Deeskalation mit Russland anzustreben, und zwar mit der Begründung, dass die fraglichen Angelegenheiten nicht so wichtig wären, dass sie eine Fortsetzung des derzeitigen bewaffneten Patts rechtfertigen würden.[883] Am 18. Oktober, als die Albanienkrise regelrecht hochkochte, räumte Wilhelm in einem Gespräch mit Conrad ein, dass möglicherweise »endlich« eine Situation eingetreten sei, »in der eine Großmacht nicht länger zusehen kann, sondern zum Schwert greifen muss«. Aber nur zehn Tage danach sagte er dem österreichischen Botschafter in Berlin, dass Wien Belgrad besänftigen solle, indem es die Führung mit hohen Geldgeschenken (»vom König angefangen seien alle für Geld zu haben«), militärischen Austauschprogrammen und verbesserten Handelsbestimmungen besteche.[884] Im Dezember 1913 versicherte Wilhelm dem österreichischen Gesandten in München, dass »etliche Millionen« genügen würden, um Berchtold einen soliden Rückhalt in Belgrad zu erkaufen.[885]

In einem am 25. April 1914 abgeschickten Bericht malte Fritz Graf Szapáry, ein Senkrechtstarter im Außenministerium und Experte für österreichisch-deutsche Beziehungen, der inzwischen als Gesandter in St. Petersburg diente, ein düsteres Bild von der aktuellen deutschen Balkanpolitik. Die unerschütterliche deutsche Rückendeckung, die zum glücklichen Ende der bosnischen Annexionskrise im März 1909 beigetragen hatte, gehöre der Vergangenheit an, erklärte Szapáry. An ihre Stelle sei nunmehr (Szapáry zitierte den schönfärberischen Jargon der Entscheidungsträger in Berlin) »die neudeutsche Politik der streitlosen Auseinandersetzung zur Sicherung wirtschaftlich-kultureller Betätigungsgebiete« getreten. Sämtliche offensiven Positionen gegenüber Russland seien aufgegeben worden, und Berlin unternehme überhaupt nichts, ohne zuerst St. Petersburg zu konsultieren. Während der Balkankriege habe Deutschland die österreichische Position geschwächt, indem es sich in den Chor der Befürworter eines

désinteressement einreihte und Wien drängte, die serbischen Eroberungen und Provokationen hinzunehmen. Das Ganze laufe auf eine »Aufopferung der österreichisch-ungarischen Orientinteressen« hinaus. Das war eine recht theatralische Sichtweise der Angelegenheit, eingetrübt von den Ahnungen des Ungarn Szapáry bezüglich der verstärkten Unterstützung Russlands für Rumänien, aber sie gab eine allgemein empfundene Enttäuschung über das Versäumnis Berlins wieder, in irgendeiner Form auf dem Balkan realen Druck auszuüben. Besonders ärgerlich war die Eile, mit der Berlin den Vertrag von Bukarest gebilligt hatte. So nahm es Österreich die Gelegenheit, die Position Bulgariens zu verbessern, das die Österreicher, nicht die Deutschen, als potenzielles Gegengewicht zur serbischen Macht ansahen.[886]

Dieses Gefühl der Isolation, gepaart mit den wiederholten Nadelstichen von 1912/13, erhöhte wiederum die Bereitschaft in Wien, zu unilateralen Maßnahmen zu greifen. Es gab Anzeichen dafür, dass der Widerstand gegen kriegerische Lösungen unter den wichtigen Entscheidungsträgern in Wien nachließ. Das wohl augenfälligste Signal des Stimmungswandels war die Entscheidung auf dem Höhepunkt der russischen Mobilmachung, Conrad zurückzurufen. »Sie müssen wieder Chef des Generalstabs werden«, teilte der Kaiser dem General bei einer Audienz am 7. Dezember 1912 müde mit.[887] Nach seiner Wiedereinsetzung riet Conrad natürlich weiterhin zum Krieg, aber das war nichts Neues. Beunruhigender war der nachlassende Widerstand gegen extreme Maßnahmen unter den anderen zentralen Akteuren. Im Herbst 1912 sprach sich früher oder später fast jeder (auch der ungarische Premier Tisza) für einen Konfrontationskurs aus, der von der Androhung militärischer Gewalt gestützt wurde. Eine bemerkenswerte Ausnahme war Franz Ferdinand, der Berchtold in einem deutlichen Brief vom 12. Oktober davor warnte zuzulassen, dass die Monarchie in Conrads »Hexenküche des Krieges« hineingezogen werde. Man müsse auch an Russland denken, an Bulgarien und an die Deutschen, die höchstwahrscheinlich vor jeder allzu riskanten Demarche zurückschrecken würden. Was Belgrad betreffe, fügte Franz Ferdinand hinzu, seien die Einzigen, die tatsächlich den Konflikt suchten, die Anhänger der Kriegspartei der Königsmörder (eben jener Partei, die ihn anderthalb Jahre später ermorden sollte). Er glaube jedenfalls nicht,

schloss er, dass »eine Notwendigkeit« für einen Krieg bestehe. Der Druck, Krieg zu führen, gehe ausschließlich von jenen Dienern der österreichisch-ungarischen Krone aus, die wissentlich oder unwissentlich zum Schaden der Monarchie arbeiteten.[888] Doch am 11. Dezember 1912, während einer Sitzung hoher Regierungsvertreter mit dem Kaiser im Palast Schönbrunn, gab selbst Franz Ferdinand sein gewohntes Plädoyer für einen Frieden um jeden Preis auf und sprach sich für eine militärische Konfrontation mit Serbien aus.

Das war allerdings nur ein kurzer Ausrutscher: Sobald er die Gegenargumente Berchtolds und der zivilen Minister gehört hatte, distanzierte sich der Thronerbe wiederum von seiner vorherigen Ansicht und plädierte für Berchtolds diplomatische Lösung. Vier Monate danach wechselte Berchtold seinerseits ins andere Lager. Auf einer Sitzung des gemeinsamen Ministerrats am 2. Mai 1913 billigte Berchtold, der wegen des neuerlichen Angriffs von Montenegro auf Scutari entnervt war, zum ersten Mal das Plädoyer für eine Mobilmachung gegen Montenegro. Allerdings kam dies natürlich nicht einem Aufruf zu einem europäischen oder auch nur lokalen Krieg gleich, denn Montenegro war zu der Zeit völlig isoliert – selbst die Serben hatten ihnen die Unterstützung entzogen.[889] Berchtold hoffte, dass schon eine Mobilmachung ausreichen werde, um die Eindringlinge aus Albanien zu vertreiben, und hielt es für sehr unwahrscheinlich, dass Russland intervenieren würde. Wie sich zeigte, erwies sich selbst eine Mobilmachung als überflüssig: Nikola machte einen Rückzieher, bevor das Ultimatum übergeben wurde.[890] Dennoch kündigte der resolute Ton während der Sitzung eine kriegerischere Haltung in Wien an. Im September/Oktober 1913, nach der zweiten serbischen Invasion im Norden Albaniens, als Conrad wie üblich für einen Krieg plädierte, stimmte Berchtold erneut allgemein einem Konfrontationskurs zu, genau wie Franz Joseph, was wiederum untypisch für ihn war. In diesem Moment waren Franz Ferdinand und Tisza (aus völlig unterschiedlichen Gründen) die einzigen Tauben unter den höchsten Entscheidungsträgern. Und der Erfolg des Ultimatums, das den Abzug der serbischen Truppen bewirkte, wurde an sich als Rechtfertigung für einen kämpferischeren Diplomatie-Stil gewertet.[891]

Parallel zu der Militanz der Haltung wurden sich die Entscheidungsträger

zunehmend bewusst, in welchem Ausmaß wirtschaftliche Zwänge begannen, die strategischen Optionen Österreich-Ungarns einzuengen. Die Teilmobilmachungen während der Balkankriege hatten die Monarchie erheblich finanziell belastet. Die zusätzlichen Kosten für die Jahre 1912/13 beliefen sich auf 390 Millionen Kronen, so viel wie das gesamte Jahresbudget der österreichisch-ungarischen Armee, eine ernstzunehmende Entwicklung in einer Zeit, als die Volkswirtschaft der Monarchie allmählich in eine Rezession glitt.[892] In diesem Zusammenhang sollte man daran erinnern, dass Österreich-Ungarn im Vergleich sehr wenig für sein Heer ausgab; unter den Großmächten hatte nur Italien einen noch kleineren Militärhaushalt. Die Doppelmonarchie zog jedes Jahr einen kleineren Anteil der Bevölkerung (0,27 Prozent) als Frankreich (0,63 Prozent) oder Deutschland (0,46 Prozent) ein. In den Jahren 1906 bis 1912 hatte die Wirtschaft geboomt, aber nur ein sehr kleiner Anteil dieser Einnahmen war in das Militärbudget geflossen. Das Reich führte im Jahr 1912 weniger Infanteriebataillone ins Feld als noch 1866, als die Truppen bei Königgrätz und Custoza den Preußen und Italienern eine Schlacht geliefert hatten, und das trotz einer Verdoppelung der Bevölkerung im gleichen Zeitraum. Ein Grund dafür war die dualistische Staatsform, denn die Ungarn blockierten konsequent jedes militärische Wachstum;[893] der Druck, die Nationalitäten mit kostspieligen Infrastrukturprojekten zu besänftigen, war ein weiterer Hemmschuh für militärische Investitionen. Hinzu kam, Mobilmachungen im Sommer und/oder Anfang Herbst störten gravierend die agrarisch geprägte Volkswirtschaft, weil dadurch ein großer Teil der Arbeitskräfte auf dem Land von der Ernte abgehalten wurde.[894] In den Jahren 1912/13 hätten die Mobilmachungen zu Friedenszeiten, so konnten Kritiker der Regierung argumentieren, erhebliche Kosten verursacht und die Wirtschaft gestört, ohne die Sicherheit des Reichs sonderlich zu fördern. Taktisch bedingte Mobilmachungen waren allem Anschein nach ein Instrument, das die Monarchie sich nicht länger leisten konnte. Aber wenn dem so war, dann war die Flexibilität der Regierung beim Umgang mit Krisen auf dem Balkan zweifellos erheblich eingeschränkt. Ohne die indirekte Option rein taktischer Mobilmachungen hatte der Entscheidungsprozess zwangsläufig weniger

Facetten. Es war nur noch die Frage von Frieden oder Krieg.

Die Balkanisierung des französisch-russischen Bündnisses

Im Sommer 1912 war noch überhaupt nicht klar, ob Frankreich Russland in einem reinen Balkankonflikt unterstützen würde. Die Bestimmungen der französisch-russischen Militärkonvention von 1893/94 waren in diesem Punkt zweideutig. Paragraph 2 forderte, dass im Fall einer allgemeinen Mobilmachung durch *irgendeine* Macht des Dreibundes Frankreich und Russland gleichzeitig und unverzüglich die Gesamtheit ihrer Streitkräfte mobilisieren und so schnell wie möglich an ihre Grenzen verlegen würden, und zwar ohne vorherige Absprache.[895] Das implizierte anscheinend, dass eine ernste Balkankrise, die eine österreichische Mobilmachung auslöste, unter Umständen automatisch eine gemeinsame Gegenmobilisierung durch Frankreich und Russland bewirkte. Und das hätte wiederum mit Sicherheit eine deutsche Gegenmobilisierung zur Folge, denn die Paragraphen 1 und 2 des österreichisch-deutschen Zweibundes von 1879 legten fest, dass die Signatarstaaten einander beistehen würden, falls eine von ihnen von Russland oder von einer von Russland unterstützten Macht angegriffen werden sollte. Hier lag ein Mechanismus vor, der oberflächlich betrachtet imstande war, eine Balkankrise zu einem kontinentalen Krieg zu eskalieren, umso mehr, als nicht zwischen einer Teil- und Generalmobilmachung Österreichs unterschieden wurde.

Zur allgemeinen Verwirrung sah Paragraph 1 der französisch-russischen Militärkonvention nur unter folgenden Bedingungen eine Pflicht zur Intervention vor: a) ein Angriff durch Deutschland auf Frankreich *oder* b) ein Angriff auf Russland entweder durch Deutschland oder durch Österreich-Ungarn mit deutscher Unterstützung. Dieser Paragraph legte die Latte für eine französische Militärintervention weit höher als Paragraph 2. In dieser Unstimmigkeit im Wortlaut spiegelten sich die asymmetrischen Bedürfnisse wider, aus denen der Vertrag in erster Linie hervorgegangen war. Für Frankreich waren das Bündnis und die damit verbundene Militärkonvention ein Mittel, Deutschland entgegenzutreten und einzudämmen. Für Russland

war Österreich-Ungarn die Hauptsorge – die französischen Unterhändler waren, sosehr sie sich auch bemühten, außerstande, ihre russischen Gesprächspartner dazu zu bewegen, auf die Verknüpfung zwischen einer österreichisch-ungarischen und einer französischen Generalmobilmachung in Paragraph 2 zu verzichten. Damit hielten die Russen de facto einen Auslöser in der Hand. Sie konnten, zumindest auf dem Papier, nach Belieben zu jeder Zeit einen kontinentalen Krieg zur Unterstützung ihrer Ziele auf dem Balkan auslösen.[896]

Doch Bündnisverträge sind, wie Verfassungen, bestenfalls nur eine ungefähre Richtlinie für politische Realitäten. Die Entscheidungsträger in Paris erkannten die mit Paragraph 2 verbundenen Risiken und beeilten sich, eine restriktive Auslegung der französischen Verpflichtungen durchzusetzen. Im Jahr 1897 etwa teilte Außenminister Gabriel Hanotaux während des 30-Tage-Krieges zwischen Griechenland und dem Osmanischen Reich St. Petersburg mit, dass Frankreich eine österreichisch-ungarische Intervention nicht als *casus foederis* (durch den Vertrag erfassten Fall) betrachte.[897] Und wir haben gesehen, wie widerwillig sich Frankreich in die Annexionskrise von 1908/09 hineinziehen ließ, eine Krise, bei der es sich weigerte, eine echte Gefahr für französische oder russische »vitale Interessen« zu erkennen.[898] Im Jahr 1911 wurden auf Drängen der Franzosen die Bestimmungen der Militärkonvention geändert. Die Verpflichtung, sich gegenseitig Beistand zu leisten, blieb für den Fall einer *deutschen* Generalmobilmachung in Kraft: im Fall einer österreichischen General- oder Teilmobilmachung wurde jedoch beschlossen, dass Russland und Frankreich sich auf eine angemessene Vorgehensweise einigen würden.[899]

Im Jahr 1912 wurde dieser Trend plötzlich umgekehrt – wie sich zeigen sollte, eine der wichtigsten Kurskorrekturen der Vorkriegszeit. Nachdem die Regierung in Paris jahrelang versucht hatte, Frankreich gegen die Folgen der Erschütterungen auf dem Balkan abzuschirmen, dehnte sie nunmehr das französische Engagement dahingehend aus, dass eine bewaffnete Intervention in einer reinen Balkankrise nicht ausgeschlossen war. Die treibende Kraft hinter diesem Kurswechsel war Raymond Poincaré, der Ministerpräsident und Außenminister vom 14. Januar 1912 bis 21. Januar 1913 und von da an

Präsident der Republik. Einen Tag nach seinem Amtsantritt erklärte Poincaré öffentlich, dass er die aufrichtigsten Beziehungen zu Russland unterhalten und die Außenpolitik Frankreichs »im engen Einvernehmen« mit dem Bündnispartner führen werde.[900] Es war absolut ungewöhnlich, dass ein frischgebackener französischer Außenminister so eine programmatische Erklärung abgab. In einer Reihe von Gesprächen mit Alexander Iswolski in Paris versicherte Poincaré den Russen, dass sie im Fall eines Krieges, der aus dem Streit zwischen Österreich und Serbien entstand, auf die französische Unterstützung zählen konnten.[901] Die russische Regierung habe, teilte er im November 1912 Iswolski mit, keinen Grund, eine »fehlende Unterstützung auf [französischer] Seite« zu befürchten.[902]

Es ist gar nicht so einfach, die Entwicklung dieser Denkweise zurückzuverfolgen. Poincarés instinktive Beschäftigung mit der von Deutschland ausgehenden Gefahr war eine treibende Kraft. Er war zehn Jahre alt gewesen, als die Deutschen seine Heimat Lothringen im Jahr 1870 überrannt und seine Familie vertrieben hatten. Seine Heimatstadt Barle-Duc wurde drei Jahre lang von den Deutschen besetzt, bis zur Zahlung der französischen Wiedergutmachung. Das hieß keineswegs, dass Poincaré ein Revanchist aus demselben Holz wie Boulanger war, aber er hegte sein Leben lang ein tiefes Misstrauen gegen die Deutschen; ihre Bemühungen um eine Entspannung mit Russland und Frankreich wurden kurzerhand als Hinterlist und Täuschungsmanöver abgetan. Das Heil, so war Poincaré überzeugt, liege allein in der Stärkung des französisch-russischen Bündnisses, dem Grundpfeiler der französischen Sicherheit.[903] Außerdem wollte er einen Rückfall in das Chaos der zweiten Marokkokrise vermeiden, als parallele Stränge für Verwirrung gesorgt hatten. Sein Charakter spielte hier eine wichtige Rolle: Er liebte Klarheit und verfolgte seine Ziele mit einer bemerkenswerten Konsequenz. Kritiker werteten dieses entschlossene Streben nach klar definierten Zielen als Beweis für einen bedauerlichen Mangel an Flexibilität. Poincarés »Sturheit« *(raideur)*, so Paul Cambon, spiegle seine »Unerfahrenheit in der Diplomatie und die Geistesverfassung eines Mannes des Rechts« wider.[904] Cambons Bruder Jules sprach von einem »Verstand, in dem alles nummeriert, klassifiziert und dokumentiert ist, wie in

einer Akte«.[905]

Aber Poincaré war nicht der Einzige, der der französischen Sicherheitspolitik gerne eine aggressivere Ausrichtung verliehen hätte. Sein Aufstieg in ein hohes Amt spielte sich vor dem Hintergrund einer veränderten Tonlage in der französischen Politik nach Agadir ab, die Historiker die »nationalistische Wiedergeburt« genannt haben. Republikanische Politiker hatten nach der Dreyfus-Affäre zu einem defensiven Ansatz in der französischen Sicherheitspolitik geneigt, dessen Kennzeichen der Ausbau der Grenzbefestigungen, schwere Artillerie und eine kurze Grundausbildung für eine Armee waren, die man sich als »Nation unter Waffen« vorstellte. Im Gegensatz dazu kehrte Frankreich in den Jahren nach der zweiten Marokkokrise zu einer Politik zurück, die stärker die professionellen Interessen der Armee berücksichtigte, die die Notwendigkeit längerer Ausbildungszeiten sowie stärker konzentrierter und effizienterer Kommandostrukturen akzeptierte und einen eindeutig offensiven Ansatz beim nächsten Krieg vorsah.[906] Zur selben Zeit wich die pazifistische und antimilitaristische Stimmung, die im Jahr 1905 in der Bevölkerung vorgeherrscht hatte, einer streitlustigeren Haltung. Von der Woge des Nationalismus wurde zwar nicht ganz Frankreich erfasst (überwiegend ließen sich junge, intelligente Pariser von der neuen Kriegslust anstecken), aber die Wiederherstellung der militärischen Stärke wurde zu einer neuen Doktrin der republikanischen Politik.[907]

Vermutlich waren der italienische Angriff auf Libyen und der beginnende Zusammenbruch der osmanischen Macht in Europa der Anlass für Poincaré, den Balkan in sein strategisches Denken einzubeziehen. Bereits im März 1912 hatte er zu Iswolski gesagt, dass die langjährige Unterscheidung zwischen lokalen Balkankrisen auf der einen Seite und Themen von größerer geopolitischer Bedeutung auf der anderen keine praktische Bedeutung mehr habe. In Anbetracht des derzeitigen Bündnissystems in Europa sei es schwierig, sich ein Ereignis auf dem Balkan vorzustellen, das sich nicht auf das allgemeine Gleichgewicht in Europa auswirken würde. Jedes bewaffnete Aufeinanderprallen zwischen Russland und Österreich-Ungarn wegen Angelegenheiten auf dem Balkan würde einen *casus foederis* für das

österreichisch-deutsche Bündnis bilden; und das würde wiederum die Aktivierung des französisch-russischen Bündnisses nach sich ziehen.[908]

War sich Poincaré der Risiken bewusst, die eine Unterstützung der russischen Politik auf dem Balkan mit sich brachte? Ein Gespräch zwischen dem französischen Regierungschef und Außenminister Sasonow bei einem Besuch in St. Petersburg im August 1912 gibt darüber Aufschluss. Poincaré wusste, dass die Serben und Bulgaren einen Vertrag unterschrieben hatten, weil Iswolski ihn im April informiert hatte, aber er wusste nicht, welche Bestimmungen der Vertrag enthielt.[909] Als das französische Außenministerium St. Petersburg um eine Klarstellung gebeten hatte, erhielt es keine Antwort (Sasonow behauptete später, er habe die Zustellung des Wortlauts an Poincaré verzögert, weil der gefürchtet habe, dass Teile davon an die französische Presse durchsickerten).[910] Bei einem Interview mit dem Außenminister in St. Petersburg im August stellte Poincaré die gleiche Frage wieder. Sasonow legte den Wortlaut auf Russisch vor und übersetzte ihn für den französischen Regierungschef. Die Details trafen Poincaré wie ein Schock, insbesondere die Passagen zur gleichzeitigen Mobilmachung gegen die Türkei und, wenn nötig, Österreich, ganz zu schweigen von der Aufteilung von Gebieten, die damals noch tief im osmanischen Makedonien lagen. Der womöglich beunruhigendste Punkt aber war die Rolle, die Russland als Schiedsrichter bei künftigen Streitigkeiten zugedacht war – eine Rolle, die, wie Poincaré feststellte, »in jeder Zeile des Abkommens auftaucht«. Die Notizen, die er sich nach dem Treffen machte, geben sein Unbehagen ansatzweise wieder:

> Allem Anschein nach enthält der Vertrag nicht nur die Saat für einen Krieg gegen die Türkei, sondern auch für einen Krieg gegen Österreich. Außerdem etabliert er die Hegemonie Russlands über die slawischen Königreiche, weil Russland als der Schiedsrichter in allen Fragen bezeichnet wird. Ich bemerke Sasonow gegenüber, dass dieses Abkommen nicht im Geringsten den Informationen entspricht, die ich darüber erhalten hatte, dass es, wenn man das Kind beim Namen nennen will, ein Kriegsabkommen sei und dass es nicht nur die tieferen Motive der Serben

und Bulgaren enthülle, sondern auch Anlass zu der Befürchtung gebe, dass ihre Hoffnungen von Russland genährt worden seien …[911]

Poincaré war nicht der Einzige, dem bei dem Ausmaß des russischen Engagements auf dem Balkan das kalte Grausen kam. Jean Doulcet, ein Rechtsberater an der französischen Botschaft in St. Petersburg, wies um dieselbe Zeit ebenfalls darauf hin, dass die Balkanabkommen im Grunde »Aufteilungsverträge« seien; die russische Unterstützung lasse darauf schließen, dass »die Russen bereit sind, Österreich nicht im Geringsten zu berücksichtigen und mit der Auflösung der Türkei fortzufahren, ohne sich um seine [i. e. Österreichs] Interessen zu kümmern«.[912]

An diesem Punkt sollte man annehmen, dass Poincaré die ersten Zweifel kamen, ob es wirklich klug war, St. Petersburg auf dem Balkan zu unterstützen. Doch die Entdeckung, wie tief sich die Russen bereits in die unruhigen Angelegenheiten der Halbinsel eingelassen hatten, hatte anscheinend den gegenteiligen Effekt. Vielleicht hatte er aber auch einfach nur erkannt, dass in Anbetracht der allgemeinen Richtung der russischen Politik ein künftiger Balkankonflikt nicht nur wahrscheinlich, sondern so gut wie sicher war und folglich in den Horizont des Bündnisses aufgenommen werden musste. Ein weiterer Faktor war Poincarés Überzeugung, die von Teilen des französischen Militärs geteilt wurde, dass ein vom Balkan ausgehender Krieg das Szenario war, das mit der größten Wahrscheinlichkeit eine rückhaltlose Beteiligung der Russen an einem gemeinsamen Feldzug gegen Deutschland bewirkte. Ein österreichisch-serbischer Krieg würde – so sagten Poincarés Militärberater ihm – die Hälfte bis zwei Drittel der österreichischen Streitkräfte binden und somit große Kontingente russischer Truppen für den Einsatz gegen Deutschland freistellen. Deutschland sei dadurch gezwungen, einen größeren Teil seiner Truppen nach Osten zu verlegen und den Druck auf die französische Armee im Westen zu verringern.[913]

Was immer der Grund für den Kurswechsel gewesen sein mochte, im Herbst 1912 sprach sich Poincaré jedenfalls vehement für eine bewaffnete Intervention Russlands auf dem Balkan aus. In einem Gespräch mit Iswolski

in der zweiten Septemberwoche, als sich der Erste Balkankrieg bereits andeutete, aber noch nicht begonnen hatte, sagte der französische Regierungschef dem russischen Botschafter, dass die Zerschlagung Bulgariens durch die Türkei oder ein Angriff Österreich-Ungarns auf Serbien Russland zwingen könnte, »seine passive Rolle aufzugeben«. Sollte Russland eine militärische Intervention gegen Österreich-Ungarn einleiten müssen und sollte dies wiederum eine Intervention durch Deutschland nach sich ziehen (was nach den Bestimmungen des Zweibundes unvermeidlich war), »so erkenne die französische Regierung dies im Voraus als *casus foederis* an und würde nicht einen Augenblick zögern, die Verpflichtungen, die sie Russland gegenüber auf sich genommen hat, zu erfüllen«.[914] Sechs Wochen danach, als der Krieg voll im Gange war, meldete Iswolski dem russischen Außenminister, dass Poincaré »keine Angst« vor der Vorstellung habe, dass es sich als erforderlich erweisen könnte, »unter bestimmten Umständen einen Krieg zu beginnen«, und dass er sicher sei, dass die Staaten der Triple Entente siegen würden. Diese Zuversicht, fügte Iswolski hinzu, stütze sich auf eine detaillierte Analyse des französischen Generalstabs, die vor kurzem auf den Schreibtisch des Regierungschefs gelangt war.[915]

Tatsächlich nahm Poincaré seine Verpflichtungen so ernst, dass phasenweise die Gefahr bestand, Frankreich würde dem russischen Startschuss zuvorkommen. Am 4. November 1912, nach dem ersten Monat des Ersten Balkankrieges, schlug er Sasonow in einem Brief vor, dass Russland gemeinsam mit Frankreich und England durch einen Präventivschlag eine österreichische Intervention in dem Konflikt verhinderte.[916] Diese Offerte kam so unerwartet, dass Iswolski es für nötig hielt, sie Sasonow zu erklären. Bis vor kurzem, führte der Botschafter aus, habe die französische Regierung nicht den Wunsch gehabt, sich in etwas hineinziehen zu lassen, das sie als reine Balkanangelegenheit betrachtete. Aber unlängst habe sie ihre Meinung geändert. Paris erkenne mittlerweile an, dass »Gebietseroberungen Österreichs das allgemeine Gleichgewicht Europas und dadurch *die eigenen Interessen Frankreichs* in Frage ziehen würden« (hier lag eine eindeutige Umkehrung der Wortwahl vor, die Frankreich verwendet hatte, um sein mangelndes Interesse an der Bosnienkrise zu

rechtfertigen). Poincarés engagierte Herangehensweise an die Balkanpolitik, schloss Iswolski, bedeute eine neue Anschauung im französischen Außenministerium. Er riet dem Außenministerium in St. Petersburg, diese unverzüglich zu nutzen und sich die Unterstützung Frankreichs und Englands für die Zukunft zu sichern.[917]

Mitte November befürchtete Sasonow in der Tat einen österreichischen Angriff auf Serbien (oder zumindest auf serbische Streitkräfte in Albanien) und erkundigte sich, wie London und Paris auf eine bewaffnete Antwort Russlands reagieren würden. Grey antwortete getreu seiner Art ausweichend: Die Frage sei, erwiderte er, rein akademisch und »man konnte nicht eine Entscheidung über einen hypothetischen Ernstfall nennen, der noch nicht eingetreten ist«.[918] Poincaré hingegen verlangte von Sasonow eine klare Auskunft: Was die russische Regierung denn genau vorhabe, wollte er wissen. Das müsse eindeutig dargelegt werden, weil sonst »die französische Regierung, wenn sie die Initiative ergreift, Gefahr laufe, eine Position einzunehmen, die entweder nicht ganz den Absichten des Bündnispartners entsprach oder darüber hinausging«. Die Russen dürften nicht daran zweifeln, dass Frankreich sie im Fall einer Balkankrise unterstützen werde: »Wenn Russland in den Krieg geht, wird Frankreich dasselbe tun, weil wir wissen, dass in dieser Sache Deutschland hinter Österreich stehen würde.«[919] In einem Gespräch mit dem italienischen Botschafter in Paris nur wenige Tage später bestätigte Poincaré, dass Russland, »falls der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Krieg führen sollte, ganz auf die bewaffnete Unterstützung Frankreichs zählen könne«.[920]

In seinen Memoiren dementierte Poincaré vehement, jemals diese Versicherungen abgegeben zu haben.[921] Und Iswolski ist natürlich kein völlig unbeteiligter Zeuge. Immerhin war er der Mann, dessen unkluges Vorgehen in der bosnischen Annexionskrise seine Karriere in St. Petersburg ruiniert hatte – ein Diplomat, der ein hohes Amt im Groll verlassen hatte und immer noch von der angeblichen Hinterlist Aehrenthals und Österreichs regelrecht besessen war. Hatte er womöglich gelogen, um seinen Nachfolger (und ehemaligen Untergebenen) Sasonow in der Balkanpolitik zu einem entschlosseneren Vorgehen zu bewegen? Hatte er womöglich, wie Poincaré

selbst andeutete, das Engagement des französischen Regierungschefs überbewertet, um seine eigene Rolle bei der Festigung des Bündnisses hochzuspielen?

Das sind durchaus berechtigte Vermutungen, aber nach den vorliegenden Hinweisen sind sie falsch. Ein Beispiel: Poincarés Behauptung, die Iswolski am 12. September meldete, dass das französische Militär im Falle einer kontinentalen Eskalation eines vom Balkan ausgehenden Krieges siegessicher sei, wird von einem wild entschlossenen Memorandum des Generalstabs vom 2. September bestätigt – ein Dokument, von dem Iswolski kaum unabhängig erfahren haben konnte. Das lässt darauf schließen, dass zumindest das fragliche Gespräch tatsächlich stattgefunden hat.[922] Das von Iswolski am 17. November gemeldete Unbehagen Poincarés angesichts der Gefahr, die Russen zu überholen, klingt echt – während der Julikrise 1914 sollte Poincaré genau die gleichen Zweifel seinem Tagebuch anvertrauen. Ferner bestätigen einige Zeitzeugen die Version, etwa der ehemalige Regierungschef und Außenminister Alexandre Ribot, ein brillanter Jurist und Politologe, der sich im Herbst 1912 mehrmals mit Poincaré traf. In einer privaten Notiz vom 31. Oktober 1912 schrieb Ribot: »Poincaré glaubt, dass Serbien Üsküb nicht räumen wird und dass Russland, falls Österreich interveniert, um eine Intervention nicht herumkommen wird. Deutschland und Frankreich werden durch ihre Bündnisverträge verpflichtet sein, den Schauplatz zu betreten. Der Ministerrat hat darüber beraten und beschlossen, dass Frankreich seine Verpflichtungen erfüllen sollte.«[923]

Poincarés Kurswechsel löste unter den höchsten Entscheidungsträgern und Funktionären gemischte Reaktionen aus. Sein Misstrauen gegenüber Deutschland und seine Anschauungen zum *casus foederis* fanden Anklang bei einer einflussreichen, am *Sciences Po* (dem politologischen Institut) geschulten Subkultur im Außenministerium, für die eine Sympathie mit den slawischen Nationen und Feindschaft gegen Deutschland Axiome waren. Und seitens der obersten Ränge des Militärs erhielt er breite Unterstützung. In seinem Memorandum vom 2. September 1912 (das gleiche, das Poincaré in seinem Gespräch mit dem russischen Botschafter zitierte) instruierte Oberst Vignal vom 2. Büro des französischen Generalstabs den

Regierungschef, dass *ein vom Balkan ausgehender Krieg* die besten Voraussetzungen für einen Sieg der Entente schaffen würde. Da die Österreicher durch einen Kampf mit den südslawischen Völkern gebunden seien, sei Deutschland gezwungen, beträchtliche Kräfte von der Westoffensive abzuziehen, um den Osten gegen Russland zu verteidigen. Unter diesen Umständen habe »die Triple Entente die größten Erfolgsaussichten und könnte einen Sieg erringen, der es gestattete, die Landkarte Europas neu zu zeichnen, ungeachtet lokaler österreichischer Erfolge auf dem Balkan«.[924]

Andere standen der neuen Orientierung kritischer gegenüber. Der Botschafter in London Paul Cambon war bestürzt über die auf Konfrontation ausgerichtete Haltung, die Poincaré gegenüber Österreich-Ungarn in den ersten Wochen des Ersten Balkankrieges einnahm. Am 5. November 1912, bei einem Aufenthalt in Paris, schrieb Paul an seinen Bruder Jules und beschwerte sich über einen Artikel in *Le Temps*, den offenkundig Poincaré lanciert hatte und der Österreich direkt herausforderte und Wien »ohne Nuancen, ohne jede Geduld und ohne jede Zurückhaltung« Vorwürfe machte. Dann berichtete er von einem Gespräch mit Poincaré am Samstagabend, dem 2. November. Cambon hatte es gewagt anzudeuten, dass Frankreich eventuell in Betracht ziehen sollte, Österreich einen Teil des Sandschak von Novi Pazar zu überlassen – ohnehin nichts weiter als ein »Haufen Steine« – im Gegenzug für die Erklärung des Desinteresses an weiteren Gebieten auf dem Balkan. Die Antwort des Regierungschefs verblüffte ihn: »Es sei ausgeschlossen zuzulassen, dass [Österreich], eine Macht, die nicht Krieg geführt hatte, die kein Recht darauf hatte, etc., einen Vorteil erlangte; das werde die Meinung in Frankreich aufrühren und entspräche einem Rückschlag für die Triple Entente!« Frankreich, »das seit Beginn des Krieges so viel getan hatte« (Cambon fügte hier in Klammern ein Ausrufezeichen ein), wäre dann, so Poincaré weiter, verpflichtet, »ebenfalls Vorteile zu fordern, etwa eine Insel in der Ägäis …« Am nächsten Morgen (Sonntag, der 3. November) machte sich Cambon, dem das Gespräch offenbar die ganze Nacht hindurch keine Ruhe gelassen hatte, zu Poincaré auf, um seine Einwände darzulegen. Der Sandschak sei einen Konflikt nicht wert, sagte er dem Regierungschef, eine

Insel in der Ägäis würde mehr Unruhe schaffen, als sie wert sei. Cambon zweifelte auch Poincarés Äußerung an, unter dem Druck der »Meinung« zu handeln. Entgegen dieser Behauptung sei die französische öffentliche Meinung gegenüber solchen Fragen »gleichgültig«. Es sei überaus wichtig, warnte Cambon, dass die Regierung nicht ihrerseits »eine Meinungsströmung« aufrüttelte, »die eine Lösung unmöglich mache«. Poincaré wollte davon nichts hören und brach die Diskussion ab:

> »Ich habe meine Ansichten der Regierung im [Minister-]Rat vorgetragen«, erwiderte Poincaré trocken. »Sie sind anschließend gebilligt worden, es liegt ein Kabinettsbeschluss vor, wir können hier nicht zurück.«
>
> »Was meinen Sie mit: Wir können nicht zurück?«, entgegnete ich. »Bis auf zwei oder drei Minister haben die Kabinettsmitglieder keine Ahnung von Außenpolitik, und das Gespräch kann in solchen Fragen immer offen bleiben.«
>
> »Es gibt einen Regierungsbeschluss«, erwiderte er sehr trocken. »Es ist sinnlos, in der Angelegenheit weiter Druck zu machen.«[925]

Das Bemerkenswerte an diesem Wortwechsel ist nicht der Gegenstand an sich, weil Österreich weder einen Teil des Sandschak besetzte oder beanspruchte, sondern seine Truppen aus der Region abzog und es den benachbarten Staaten Serbien und Montenegro überließ. Die Krise ging vorüber und wurde vergessen. Viel wichtiger ist das Gefühl, das Poincarés Äußerungen vermitteln, dass Frankreich tief und unmittelbar in die Unruhen auf dem Balkan verwickelt sei. Der wohl auffälligste Hinweis war die bizarre Vorstellung des Regierungschefs, dass Paris, falls man Österreich einen Teil des Sandschak überlasse, gezwungen sei, in Form »einer Insel in der Ägäis« Kompensation zu verlangen. Und noch unheilvoller war das Gefühl, das nicht nur aus Cambons Brief, sondern auch aus der Notiz von Ribot hervorgeht, dass die französische Balkanpolitik nicht länger spontan als Reaktion auf neue Situationen gestaltet wurde, sondern in unumstößlichen Verpflichtungen, in »Entscheidungen«, für die es »kein Zurück« gab.

Paris forciert das Tempo

In einem Brief vom 19. Dezember 1912 berichtete Oberst Ignatjew, der russische Militärattaché in Paris, über eine lange und aufschlussreiche Unterhaltung mit Alexandre Millerand, dem französischen Kriegsminister. Millerand brachte die österreichischen Truppenverstärkungen an der serbischen und galizischen Grenze zur Sprache:

> Millerand: Was ist Ihrer Meinung nach das Ziel der österreichischen Mobilmachung?
>
> ich [i. e. Ignatjew]: Vorhersagen zu dieser Frage sind schwierig, aber die österreichischen Vorbereitungen gegenüber Russland sind in ihrem Wesen bislang zweifellos defensiv.
>
> Millerand: Schön, aber meinen Sie nicht, dass die Besetzung Serbiens[926] ein direkter Aufruf *[wysow]* zu einem Krieg wäre?
>
> ich: Diese Frage kann ich nicht beantworten, aber ich weiß, dass wir weder einen europäischen Krieg wünschen noch Maßnahmen ergreifen wollen, die einen europäischen Flächenbrand auslösen könnten.
>
> Millerand: Also, wären Sie gezwungen, Serbien sich selbst zu überlassen? Das ist natürlich Ihre Sache. Aber es muss deutlich gemacht werden, dass es nicht an uns liegt. Wir sind bereit *[My gotowy]*.[927]

Ignatjew berichtete, dass Millerand »verwirrt«, ja sogar »verärgert« über die unverbindlichen Antworten schien. Es gehe nicht allein, beharrte der französische Minister, um Albanien oder die Serben oder Durazzo, sondern um die »österreichische Hegemonie auf der ganzen Balkanhalbinsel« – eine Frage, in der die russische Regierung sich wohl kaum ein weiteres Entgegenkommen erlauben könne.[928]

Die Äußerungen des französischen Kriegsministers, eines angesehenen sozialistischen Politikers und Neulings in der Außenpolitik, der in seiner Laufbahn mehr mit Themen wie Altersrente, Bildung und Arbeitsbedingungen zu tun gehabt hatte als mit geopolitischen Fragen, sind bemerkenswert. Aber im Jahr 1912 war Millerand, ein enger Freund von Poincaré, den dieser seit der Schule kannte, zu einem führenden Vertreter der französischen nationalen Wiedergeburt geworden. Der allgemein für seine

Zähigkeit, seinen Fleiß und tiefen Patriotismus bewunderte Kriegsminister wollte nicht nur die militärische Moral aufrichten und die Autonomie des Oberkommandos stärken, sondern auch der französischen Bevölkerung einen kriegerischen Geist einflößen.[929] Seine Äußerungen gegenüber Ignatjew spiegelten eine Haltung wider, die während der Winterkrise von 1912/13 unter der französischen Führung weit verbreitet war. »General Castelnau«, berichtete Ignatjew, »beteuerte mir zwei Mal, dass er persönlich zum Krieg bereit sei und sogar dass er gerne einen Krieg hätte.« Tatsächlich befand sich die französische Regierung insgesamt »in voller Bereitschaft, uns gegen Österreich und Deutschland zu unterstützen, nicht nur mit diplomatischen Mitteln, sondern wenn nötig mit Waffengewalt«. Der Grund für diese Bereitschaft war, so meinte Ignatjew, die französische Zuversicht, dass ein Balkankrieg die günstigste Ausgangslage für einen allgemeinen Konflikt schaffen werde, denn er zwinge Deutschland, militärische Schritte in erster Linie gegen Russland zu richten, »wodurch die Franzosen in ihrem Rücken blieben«.[930] Die Botschaften, die im November und Dezember 1912 aus Paris eingingen, waren sogar so enthusiastisch, dass Sasonow persönlich die Franzosen inoffiziell drängte, sich ein wenig zu beruhigen.[931]

Drahtzieher dieser Politik war Poincaré. Viele Außenminister und viele Regierungschefs kamen und gingen, ohne der französischen Außenpolitik ihren Stempel aufzudrücken. Aber Poincaré war eine Ausnahme. Mit Hilfe der Kombination aus den Ämtern des Regierungschefs und Außenministers gelang es ihm, unerwünschte Einflüsse abzuwehren. Er erschien regelmäßig und zudem früh bei der Arbeit, ein untrügliches Zeichen für ernste Absichten im französischen Außenministerium jener Zeit, das eher von einer gewissen Geruhsamkeit geprägt war. Er bestand darauf, Dossiers zu lesen und zu kommentieren und seine Post selbst zu öffnen; es kursierten Gerüchte, dass er manchmal selbst Berichte verfasste. Er hatte wenig Geduld mit dem Dünkel der Botschafter, die, wie er im Januar 1914 mürrisch anmerkte, dazu neigten, die Sichtweise der Regierung zu übernehmen, bei der sie akkreditiert waren.[932] Um zu gewährleisten, dass der Quai d’Orsay nicht außer Kontrolle geriet, schuf Poincaré ein inneres Kabinett aus vertrauenswürdigen und loyalen Beratern, genau wie Delcassé um die Jahrhundertwende.

Im Januar 1913 wurde Poincaré zum Präsidenten der Republik gewählt und schaffte als Erster den Sprung direkt vom Amt des Regierungschefs in das des Staatschefs. Merkwürdigerweise brachte dies, zumindest in der Theorie, eine Einschränkung seiner Fähigkeit mit sich, die Außenpolitik zu gestalten, weil das Amt des Präsidenten Sitte und Tradition zufolge, ungeachtet der beeindruckenden Prärogative, tendenziell kein Zentrum der Macht war. Der Präsident wurde von den beiden Kammern des Parlaments gewählt und sollte als der »Balljunge auf der Kegelbahn« agieren, der die umgefallenen Kabinette aufsammelte, wenn die Kammer sie gestürzt hatte.[933] Doch der ehemalige Regierungschef hatte nicht die Absicht, sich die Zügel aus der Hand nehmen zu lassen; schon vor seiner Wahl hatte Poincaré deutlich gemacht, dass er vorhatte, sämtliche konstitutionellen Instrumente zu nutzen, mit denen der Präsident ausgestattet war – bei seiner fundierten Kenntnis des Verfassungsrechts machte er dies garantiert mit großer Bravour. Im Jahr 1912 hatte er sogar ein Lehrbuch zur Politikwissenschaft veröffentlicht, in dem er ausführte, dass die Befugnisse des Präsidenten (etwa das Recht, die Kammern des Parlaments aufzulösen) ein stabilisierender Faktor in der Verfassung seien und dass der Präsident in internationalen Angelegenheiten eine vorherrschende Rolle spielen solle.[934]

Nach der Wahl zum Präsidenten der Republik verwendete Poincaré seinen indirekten Einfluss auf die Auswahl der Kandidaten, um dafür zu sorgen, dass seine Nachfolger im Außenministerium entweder schwach und unerfahren waren, oder aber, dass es sich um Anhänger seiner eigenen strategischen und diplomatischen Vision handelte. Am besten aber vereinten sie alle drei Eigenschaften in ihrer Person. Charles Jonnart, der Nachfolger Poincarés bis März 1913, war ein Paradebeispiel: Der ehemalige Generalgouverneur Algeriens hatte so gut wie keine Ahnung von den auswärtigen Beziehungen und war bei den alltäglichen Angelegenheiten auf Poincarés Schützling Maurice Paléologue, den Leiter der politischen Abteilung, angewiesen.[935] »Ich kommandiere immer noch Jonnart«, vertraute Poincaré am 26. Januar 1913 seinem Tagebuch an. »Ich gehe jeden Morgen zum Quai d’Orsay.«[936]

Während die französische Führung den Geltungsbereich des Bündnisses so

ausdehnte, dass es mögliche Ereignisse auf dem Balkan abdeckte, wurden außerdem wichtige Bestimmungen im Zusammenhang mit dem französisch-russischen Militärbündnis geändert. Das französische Oberkommando war über Suchomlinows Stationierungsplan von 1910 entsetzt gewesen, der die Gebiete der russischen Truppenkonzentration aus dem Ausläufer Polen mehrere Hundert Kilometer nach Osten verlegte. Die geplanten Mobilmachungsfristen für einen Angriff im Westen verlängerten sich dadurch, und die Simultanität des Handelns wurde torpediert, die im Wortlaut des Abkommens ausdrücklich festgehalten ist.[937] Bei den alljährlichen französisch-russischen Generalstabsgesprächen von 1911 setzten die französischen Delegierten ihre russischen Kollegen in diesem Punkt massiv unter Druck. Die Antwort des russischen Stabschef Jakow Schilinski war nicht sonderlich vertrauenerweckend. Er versprach, dass sich die russischen Streitkräfte alle Mühe geben würden, ihren Angriff so bald wie möglich nach dem 15. Tag der Mobilmachung zu beginnen. Aber er räumte auch ein, dass es bis 1913 und 1914 dauern würde, die Armee mit Feldgeschützen und Maschinengewehren auszurüsten.[938]

Die Frage, wie schnell und wie viele Truppen Russland im Fall des *casus foederis* mobilisieren würde und in welcher Richtung sie zum Einsatz kamen, dominierte die französisch-russischen Stabsgespräche im Sommer 1912 und 1913. Im Juli 1912 bat der französische Generalstabschef Joseph Joffre die Russen darum, sämtliche Eisenbahnlinien zur ostpreußischen und galizischen Grenze zweispurig auszubauen. Einige strategisch wichtige Linien wurden sogar vierspurig, um eine schnellere Verlegung von großen Kontingenten zu ermöglichen. Das französisch-russische Flottenabkommen vom Juli 1912, das eine engere Kooperation und Koordination der beiden Flotten vorsah, war ein weiteres Ergebnis dieser Bemühungen. Außerdem gab es eine allmähliche Verbesserung bei den russischen Zusagen: Während Schilinski im Jahr 1912 zusagte, Deutschland bis zum 15. Tag mit 800000 Mann anzugreifen, glaubte er ein Jahr später, sobald die Verbesserungen durchgeführt waren, weitere zwei Tage aus dem Zeitplan streichen zu können.[939] Die Richtung der Mobilmachung gab weiterhin Anlass zur Sorge. Die Protokolle der Stabsgespräche dokumentieren die unablässigen Bemühungen der

französischen Stabsoffiziere, das Augenmerk der Russen auf Deutschland als Hauptgegner zu lenken, statt auf Österreich. Denn die Franzosen waren zwar bereit, die Legitimität eines *casus belli* auf dem Balkan anzuerkennen, doch der ganze militärische Zweck des Bündnisses wäre (aus französischer Sicht) durchkreuzt, wenn die Russen die Hauptmasse ihrer Streitmacht gegen das Habsburger Reich einsetzten und es den Franzosen überlassen würden, mit einem massiven deutschen Angriff im Westen selbst fertigzuwerden. Als dieses Thema auf der Sitzung von 1912 angesprochen wurde, wandte Schilinski ein, dass die Russen noch weitere Bedrohungen berücksichtigen mussten: Auch die Österreicher hätten ihre strategisch wichtigen Bahnlinien ausgebaut, und die Russen konnten sich, bei der Sensibilität der Region für Nationalstolz, auf keinen Fall eine Niederlage auf dem Balkan leisten. Schweden war eine weitere potenzielle Gefahr, und schließlich die Türkei. Aber Joffre bestand darauf, dass die »Vernichtung der deutschen Streitkräfte« *(l’anéantissement des forces de l’Allemagne)* im Grunde alle anderen Probleme des Bündnisses lösen würde; es sei unerlässlich, sich »um jeden Preis« auf dieses Ziel zu konzentrieren.[940] Eine im Nachhinein verfasste Notiz des Generalstabs, die das Ergebnis der Gespräche zusammenfasste, dokumentierte schlussendlich: »Das russische Kommando erkennt Deutschland als Hauptgegner an.«[941]

Poincaré bemühte sich nach Kräften, diese Aufwertung der russischen Seite des Bündnisses zu beschleunigen. Als er vor der Abreise nach St. Petersburg im August 1912 Joffre fragte, welche Themen er mit seinen Gastgebern besprechen sollte, wies der Stabschef »auf die Verbesserung des Schienennetzes hin und erwähnte sonst nichts«.[942] In der russischen Hauptstadt setzte der Regierungschef dann gewissenhaft allen seinen Gesprächspartnern in der Eisenbahnfrage zu: »Ich setzte ihn [Zar Nikolaus II.] von unserem Interesse an den Verbesserungen in Kenntnis, um die unser Generalstab bittet«; »Ich erkläre ihm [Sasonow] die Notwendigkeit eines zweispurigen und vierspurigen Ausbaus der Linien«; und so weiter.[943] Poincarés Notizen bieten sogar einen kurzen Einblick in den Machtkampf, der sich zwischen Kokowzow und dem Oberkommando innerhalb der russischen Verwaltung abspielte. Der russische Regierungschef stand den

Plänen zu einer aggressiven Politik auf dem Balkan skeptisch gegenüber und war, als Finanzspezialist, alles andere als begeistert über die Aussicht, riesige Summen geliehenen Geldes für Bahnlinien von zweifelhaftem kommerziellem Wert auszugeben. Als er auf Poincarés Anregungen mit der Feststellung antwortete, dass die Russen derzeit die Frage der Bahnverbesserungen »prüfen« würden, betonte Poincaré eindringlich: »Diese Prüfung ist sehr dringend, weil höchstwahrscheinlich an der deutschen Grenze [zu Russland] der Ausgang des Krieges entschieden wird.« Was Kokowzow davon hielt, dass Poincaré wie selbstverständlich von einem bevorstehenden Krieg sprach, kann man sich unschwer ausmalen. Poincaré notierte lediglich, dass sein Kollege »irritiert« über die Vorstellung wirkte, dass das russische Oberkommando die Unterstützung der französischen Regierung gewonnen hatte, um sich militärische Hilfsmittel zu verschaffen, ohne den Finanzminister (also Kokowzow persönlich) direkt zu konsultieren.[944] Bei jeder Gelegenheit half Poincaré, den Druck auf die Russen zu erhöhen, damit sie wieder aufrüsteten.[945]

Die Franzosen praktizierten im eigenen Land, was sie den Russen predigten. Nach der Ernennung von Joseph Joffre zum Generalstabschef im Juli 1911, auf dem Höhepunkt der zweiten Marokkokrise, lag die französische Strategie in den Händen eines Mannes, der sich der Theorie der »offensiven Schule« verschrieben hatte. Französische Strategen hatten mit Blick auf eine Auseinandersetzung mit Deutschland tendenziell für einen defensiven Ansatz plädiert: Die Feldzugpläne XV (1903) und XVI (1909) sahen beide defensive Aufstellungen für die erste Phase vor, gefolgt von einem entscheidenden Gegenschlag, sobald die Absichten des Feindes bekannt waren, eher nach dem Muster von Suchomlinows Stationierungsplan aus dem Jahr 1910. Aber Joffre änderte den Plan XVI dahingehend, dass ein aggressiver Vorstoß durch das Elsass in deutsches Territorium möglich war, weil er überzeugt war, dass »allein die Offensive die Möglichkeit biete, den Willen des Gegners zu brechen«. Er arbeitete auch viel aktiver mit Frankreichs Bündnis- und Ententepartnern zusammen als seine Vorgänger. Joffre war auf französischer Seite die treibende Kraft bei den Stabsgesprächen von 1911, 1912 und 1913; seine Partnerschaft mit seinem russischen Widerpart Schilinski gab den

Ausschlag für ihren Erfolg. Es gab auch intensive Diskussionen mit den englischen Befehlshabern, insbesondere mit Henry Wilson. Joffre bezog als erster französischer Stratege das britische Expeditionskorps in seine Pläne mit ein – seine Überarbeitung von Plan XVI umfasste detaillierte Bestimmungen zur Konzentration britischer Kräfte entlang der belgischen Grenze.[946]

In Joffre fand Poincaré einen geeigneten militärischen Partner für sein eigenes strategisches Konzept. Freilich gab es auch einige Meinungsverschiedenheiten. Die wohl aufschlussreichste betraf die Frage der belgischen Neutralität. Durchgesickerte Informationen aus deutschen Dokumenten und anderem militärischem Aufklärungsmaterial ließen vermuten, dass die Deutschen im Falle eines Krieges Frankreich über das neutrale Belgien angreifen wollten. Am 21. Februar 1912, als der frisch ins Amt des Regierungschefs eingesetzte Poincaré eine informelle Sitzung im Quai d’Orsay einberief, um die französischen Verteidigungsvorbereitungen zu prüfen, plädierte Joffre für einen Präventivschlag durch belgisches Gebiet. Das sei, so argumentierte er, die einzige Möglichkeit, die numerische Unterlegenheit Frankreichs gegenüber Deutschland zu kompensieren. Die Briten würden mit Sicherheit einsehen, dass diese Maßnahme zwingend notwendig gewesen sei, und aktuelle Anzeichen für eine Abkühlung der Beziehung zwischen Belgien und Deutschland ließen vermuten, dass man eventuell sogar im Vorfeld das Einverständnis der belgischen Regierung erhalte. Aber Poincaré weigerte sich kategorisch, Joffres Vorschlag in Betracht zu ziehen, mit der Begründung, eine Invasion in Belgien berge das Risiko, dass man sich die britische öffentliche Meinung zum Feind mache. Damit würde es Edward Grey schwerfallen, die Versprechen gegenüber Paris zu halten. Es handelte sich um eine klare Demonstration des Primats der zivilen über die militärische Autorität in der französischen Republik, aber auch der Weitsicht Poincarés und seines Geschicks, indem er eine äußerst aggressive Auslegung des *casus foederis* im Osten mit einem defensiven Ansatz an der französischen Grenze kombinierte. Auf diese Weise löste Paris ein kniffliges Problem, vor dem mehrere kriegführende Parteien im Jahr 1914 stehen sollten, nämlich das »paradoxe Erfordernis, dass ein

Verteidigungskrieg aggressiv beginnt«.[947]

Die Verfestigung der Vertragsbindungen setzte sich nach Poincarés Aufstieg zum Präsidenten der Republik fort. Die Ernennung von Théophile Delcassé zum Botschafter in St. Petersburg im Frühjahr 1913 war ein eindeutiges Signal. Delcassé sollte den Posten nicht lange bekleiden – er stellte von Anfang an klar, dass er lediglich bis zu den französischen Wahlen von 1914 in St. Petersburg bleiben wollte. Dennoch ließ die Wahl dieses bekannten, langjährigen, ehemaligen Außenministers, der auf dem Höhepunkt der ersten Marokkokrise gestürzt war, keinen Zweifel an der Orientierung der französischen Politik. Mit Delcassé in St. Petersburg und Iswolski in Paris wurden beide Bündnisparteien von Botschaftern repräsentiert, die eine starke persönliche Feindschaft gegen Deutschland hegten. Delcassés Deutschenhass hatte in den letzten Jahren noch zugenommen – als er sich mit Jules Cambon auf dem Weg nach Osten, der über Berlin führte, traf, weigerte er sich dem Vernehmen nach, den Zug zu verlassen, damit seine Schuhsohlen nicht deutschen Boden berührten.[948] Der neue Botschafter war bekannt für sein Fachwissen auf dem Gebiet strategisch wichtiger Eisenbahnen (in seiner Funktion als Außenminister um die Jahrhundertwende hatte er einst die russische Regierung gedrängt, gegen das britische Empire Schienen zu bauen!).[949] Es ist kein Wunder, dass die russische Presse seine Ernennung begrüßte und darauf hinwies, dass sein »kämpferisches Temperament« ein Aktivposten für die Triple Entente sei.[950] Poincaré kündigte in seinem Vorstellungsschreiben an den Zaren an, dass der neue Botschafter das Ziel habe, »die Bande des französisch-russischen Bündnisses enger zu ziehen«. Darauf folgte die unweigerliche Erinnerung daran, wie wichtig es war, so schnell wie möglich die strategischen Routen Russlands zu den Westgrenzen des Reiches auszubauen.[951] Ignatjew berichtete, dass Delcassé von der französischen Regierung autorisiert worden sei, »uns jedes beliebige Darlehen vorzuschlagen, das wir dafür brauchen«.[952]

Delcassé arbeitete während seiner kurzen Amtszeit (23. März 1913 bis 30. Januar 1914) so hart wie stets; er war sogar so fleißig, dass man ihn kaum in der St. Petersburger Gesellschaft antraf. Gleich auf seiner ersten Audienz

beim Zaren, nur einen Tag nach der Ankunft, betonte er, wie wichtig »der Ausbau des Schienennetzes im Einklang mit den Wünschen des Stabschefs« sei, und ging sogar so weit, direkt darum zu bitten, dass Kokowzow die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellte.[953] Während seiner ganzen Zeit in St. Petersburg traf sich Delcassé kaum mit anderen als Sasonow und Kokowzow – sogar dem britischen Botschafter fiel es schwer, ein Treffen mit ihm zu arrangieren. »Ich leite die gesamte russische Außenpolitik«, prahlte Delcassé vor seinen französischen Kollegen. »Die Leute hier haben nicht die leiseste Ahnung.«[954] Er beaufsichtigte die Verhandlungen, die einen weiteren hohen französischen Kredit einbrachten: 2500 Millionen Francs sollten von privaten russischen Eisenbahngesellschaften auf dem französischen Kapitalmarkt über einen Zeitraum von fünf Jahren in jährlichen Raten in Höhe von 500 Millionen Francs ausgegeben werden, unter der Bedingung, dass die strategischen Bahnlinien in die westliche Peripherie des Zarenreichs in der Art und Weise ausgebaut wurden, wie man es bei gemeinsamen Stabsgesprächen 1913 vorgesehen hatte.[955] Maurice Paléologue, Delcassés Nachfolger in der Botschaft in St. Petersburg ab Januar 1914, war aus demselben Holz geschnitzt und hatte die Absicht, eine Verbesserung der strategischen Ausgangsposition mit einem energischeren Ansatz in der Außenpolitik zu kombinieren.

Poincaré unter Druck

In den ersten 18 Monaten seiner Präsidentschaft (bis Kriegsausbruch) verstärkte Poincaré die offensive Ausrichtung der französischen militärischen Planung. Er befürwortete die Kampagne für eine Verlängerung des Wehrdienstes auf drei Jahre, die im Sommer 1913 von dem französischen Abgeordnetenhaus und dem Senat verabschiedet wurde. Die Stärke des stehenden Heeres wurde dadurch auf rund 700000 Mann aufgestockt, und die Differenz der Truppenstärke zwischen Frankreich und Deutschland auf nur 50000 verringert; überdies wurde den Russen vor Augen geführt, dass die Franzosen ihren Part bei den vereinten Anstrengungen gegen den »Hauptgegner« tatsächlich ernst nahmen.[956] Durch die Wahl gefügiger

Regierungschefs, die Übernahme der Kontrolle im Obersten Kriegsrat und die volle Ausschöpfung seiner Vollmachten gemäß dem *secteur réservé*, der dem Präsidenten das Recht vorbehielt, Entscheidungen auf dem Feld der Außen- und Verteidigungspolitik zu beeinflussen, wurde Poincaré zum stärksten Präsidenten, den die Dritte Republik jemals hatte.[957]

Der ganze Aktionismus hatte auch eine öffentliche Dimension. Der Chauvinismus der Regierungspropaganda seit der Bildung des Poincaré-Millerand-Delcassé-Ministeriums war ein ständig wiederkehrendes Thema in den Sendungen des belgischen Vertreters in Paris, Baron Guillaume. Vor allem erstaunte Guillaume die rhetorische Heftigkeit der Kampagne für das Wehrgesetz, die, nachdem sie Poincaré zum Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen verholfen hatte, unvermindert weiterging »ohne Rücksicht auf die Gefahren, die sie hervorbringt«.[958] »Eben die Herren Poincaré, Delcassé und Millerand«, beobachtete Guillaume im Januar 1914, »erfanden und verfolgten die nationalistische und chauvinistische Politik«, deren Wiedergeburt nunmehr ein so markantes Kennzeichen des öffentlichen Lebens in Frankreich war. Er sah darin »die höchste Gefahr für den Frieden im heutigen Europa«.[959] Poincaré sei nicht nur ein »Pariser Grande«, schrieb der belgische Gesandte im Mai 1914, sondern ein wirklich nationaler Politiker, der extrem hart und mit großem Geschick daran arbeite, seine Anhängerschar in den Provinzen auszubauen. Er war ein ausgezeichneter Redner, der häufig durch ganz Frankreich reiste, zahlreiche Ansprachen hielt und in jeder Stadt begeistert empfangen wurde.[960]

Ungeachtet dieser Erfolge in der Provinz blieb Poincarés Position in Paris, dank der inhärenten Unbeständigkeit des französischen politischen Systems, weiterhin unsicher. Unter anderem rotierte die Drehtür des französischen Außenministeriums weiter, und Poincarés Lieblingskandidat Charles Jonnart schied nach nur zwei Monaten aus dem Amt aus. Unter seinem Nachfolger, dem schwachen Stéphen Pichon, kamen die in Kapitel 4 untersuchten Mechanismen erneut zum Tragen: Pichon tat sich mit den einflussreichsten Botschaftern und ihren Verbündeten innerhalb der Zentrale zusammen. Die Folge war eine vorübergehende Tendenz zu einer gemäßigteren (oder zumindest nicht so unnachgiebigen) Haltung gegenüber Berlin. Als Pichon

im Dezember 1913 mit der Regierung Barthou aus dem Amt ausschied, hielt Poincaré nach einem Strohmann als Nachfolger Ausschau. Der neue Regierungschef und Außenminister Gaston Doumergue musste vor Amtsantritt einwilligen, dass er am Wehrgesetz und Poincarés Außenpolitik festhalten werde. Der Präsident hoffte, dass Doumergue, der in den auswärtigen Beziehungen keinerlei Erfahrung hatte, gezwungen sein werde, sich ihm in allen wichtigen Fragen zu fügen. Aber diese Taktik ging nach hinten los, denn Doumergue war zwar ein vehementer Befürworter des russischen Bündnisses, arbeitete aber auch gegen Poincaré, indem er dessen Erzrivalen Joseph Caillaux zum Finanzminister machte und den Präsidenten schrittweise aus Debatten um die Außenpolitik ausschloss.[961]

Poincaré hatte immer noch einflussreiche und gewissenlose Gegner. Wie anfällig er für ihre politischen Machenschaften war, hatte sich im Mai 1913 gezeigt, als eine Kabinettskrise wegen der Entdeckung abgefangener diplomatischer Korrespondenz ausbrach. Die Materialien enthüllten, dass der Präsident und Vertreter der katholischen Kirche geheime Verhandlungen geführt hatten. Im Frühjahr 1913 hatten Poincaré und Pichon diese Gespräche in der Hoffnung begonnen, die Wahl eines Nachfolgers auf den Heiligen Stuhl durchzusetzen, der Frankreich unterstützen würde. Das mag im Grunde recht harmlos erscheinen, wenn man an Frankreichs Interesse denkt, seinen Einfluss auf die religiösen Protektorate in der Levante zu konsolidieren. Aber derartige Kontakte zwischen einem hohen Politiker der Republik und der katholischen Kirche waren im antiklerikalen Vorkriegsfrankreich eine außerordentlich delikate Angelegenheit. Die Gespräche wurden unter absoluter Geheimhaltung geführt, um den Radikalen und ihren Verbündeten keine Munition für ihre kirchenfeindlichen Kampagnen zu liefern. Aber im April und Mai 1913 fing der Sicherheitsdienst im Innenministerium, die Sûreté, drei Telegramme vom italienischen Botschafter in Paris ab und entschlüsselte die Schreiben, in denen auf die Verhandlungen zwischen Poincaré, Pichon und dem Vatikan Bezug genommen wurde. Am 6. Mai legte der Innenminister Louis-Lucien Klotz in einer Kabinettssitzung die Telegramme vor. Bei dem folgenden Tumult drohte Pichon mit Rücktritt, falls weiterhin Telegramme abgefangen und weitergeleitet würden. Die

Maßnahmen wurden gestoppt, doch das Kind war bereits in den Brunnen gefallen, denn das sensible Material konnte theoretisch künftig von skrupellosen Menschen dazu genutzt werden, Poincaré als einen »Klerikalen« auszugeben, der sich nicht für ein öffentliches Amt eignete.

Hinzu kam eine private Dimension des Problems: Poincaré hatte seine Frau Henriette (zweifach geschieden) in einer rein zivilen Zeremonie geheiratet, wie es von einem hohen Amtsträger in der Republik auch erwartet wurde. Aber im Mai 1913, nachdem bekannt geworden war, dass Henriettes erste beiden Ehemänner verstorben waren, willigte er auf das Drängen seiner Frau und mit Blick auf die Wünsche seiner geliebten und kürzlich verstorbenen Mutter ein, den Ehebund mit einer religiösen Zeremonie feierlich zu weihen. Das war erneut eine Entscheidung mit dem Potenzial, die antiklerikale Meinung anzuheizen. Die Zeremonie wurde unter strengster Geheimhaltung durchgeführt, aber Poincaré lebte von da an in der ständigen Angst vor einer antiklerikalen Kampagne, bei der er seine Popularität verlieren würde. Er werde bespitzelt, vertraute er einem Kollegen an, sogar innerhalb der Mauern des Élysée-Palastes, wo »Polizeispitzel, Diener, Zeremonienmeister, Besucher, mehr als hundert Menschen jeden Tag ein Auge auf mich werfen, alle meine Gesten beobachten und sie mehr oder weniger genau weiterleiten«.[962] Dieser Umstand bereitete ihm so großes Kopfzerbrechen, dass er sich einige Mühe gab, die führenden Radikalen zu kaufen. Zum großen Ärger der Brüder Cambon bot er sogar den Botschaftsposten in London dem anglophilen Führer der Radikalen an, der zugleich sein schärfster Kritiker war: Georges Clemenceau (der den Posten allerdings ablehnte).[963] Die Angst vor Intrigen und feindlichen Enthüllungen verfolgte den Präsidenten bis zum Kriegsausbruch.

Kurzum: Poincaré blieb verwundbar. Es hatte sogar den Anschein, dass sich die große Stunde des Mannes und seiner Politik allmählich dem Ende zuneigte. Die Welle des nationalistischen Elans, auf dessen Kamm er sein Amt im Nachspiel der zweiten Marokkokrise angetreten hatte, flaute Anfang 1914 allmählich ab und machte einer neuen und komplexen Kräftekonstellation Platz.[964] Von den Sozialisten und Radikalen wurde Poincaré »immer stärker gehasst«, und seine Rivalen Clemenceau und

Caillaux ließen keine Gelegenheit aus, ihn anzugreifen und aufzustacheln.[965] Am beunruhigendsten war die Aussicht, dass eine neue oppositionelle Gruppierung eventuell die Aufhebung des dreijährigen Wehrdienstes durchsetzen und dadurch das Gerüst des französisch-russischen Bündnisses schwächen könnte.[966] In einem Land, das (vor allem seit der Dreyfus-Affäre) von stark antimilitaristischen Strömungen geprägt war, war die Verlängerung des Wehrdienstes eine außerordentlich umstrittene Maßnahme. Es war nicht einfach, die Ergebnisse der tumultartigen allgemeinen Wahlen vom 26. April und 10. Mai 1914 zu interpretieren, aber sie ließen vermuten, dass die Mehrheit für den dreijährigen Dienst am seidenen Faden hing. Nach dem Sturz der Regierung Doumergue am 2. Juni 1914 musste Poincaré eine politische Kombination finden, die das Gesetz noch rettete. Nach mehreren misslungenen Anläufen (einschließlich des Sturzes einer Regierung am Tag des ersten Auftritts im Parlament, ein fast beispielloses historisches Ereignis)[967] wandte sich Poincaré an den Ex-Sozialisten René Viviani, der am 12. Juni ein neues Kabinett bildete, in dem zehn der 17 Minister den dreijährigen Wehrdienst unterstützten. Als die Regierung am 16. Juni im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit bekam, sah es ganz so aus, als sei die Krise vorüber. Der dreijährige Wehrdienst war gesichert, zumindest vorerst. Aber wer konnte sagen, wie lange er Bestand haben würde?

Auch die internationale Entwicklung gab Anlass zur Sorge. In den Jahren 1913 und 1914 wurden sich die Entscheidungsträger in Paris zunehmend der gewachsenen Macht Russlands bewusst. Französische Militärbeobachter berichteten, dass das russische Heer seit den Rückschlägen im russisch-japanischen Krieg enorme Fortschritte gemacht habe; der russische Soldat sei »erstklassig, hart, gut ausgebildet, diszipliniert und engagiert«, und man ging davon aus, dass sich die russische Armee gegen ihre »möglichen Feinde« durchsetzen werde.[968] Französische Finanzexperten bestätigten diese Sichtweise der russischen Perspektiven. Ein neugieriger Schüler der russischen Volkswirtschaft war Maurice de Verneuil, ein Bevollmächtigter der Makler an der Pariser Börse mit der Befugnis, gegen die Zulassung von Wertpapieren an der Pariser Börse ein Veto einzulegen. Verneuil hatte schon lange in russisch-französischen Unternehmen gearbeitet, als er nach St.

Petersburg reiste, um die Bedingungen des neuen französischen Darlehens mit Regierungschef Kokowzow auszuhandeln. In einem Brief vom 7. Juli 1913 berichtete Verneuil dem Außenminister Pichon seine Eindrücke. Er habe sich bereits eine sehr günstige Meinung von dem russischen wirtschaftlichen Fortschritt gebildet, schrieb er, aber sein jüngster Besuch in der russischen Hauptstadt habe ihn überzeugt, dass die Wirklichkeit noch weit beeindruckender sei:

> Es ist etwas wirklich Fantastisches in Vorbereitung, dessen Symptome selbst den Verstand der kundigsten Beobachter verblüffen werden. Ich habe den sehr klaren Eindruck, dass wir in den kommenden 30 Jahren in Russland ein erstaunliches Wirtschaftswachstum erleben werden, das der kolossalen Bewegung gleichkommen wird (wenn es sie nicht gar übertrifft), die sich im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten abgespielt hatte.[969]

Verneuil war nicht der Einzige: Im Jahr 1914 beschworen die Berichte des französischen Militärattachés in St. Petersbrug, General de Laguiche, einen russischen »Koloss« herauf, der über »unerschöpfliche Ressourcen« verfügte, mit »erstklassigen« Soldaten ausgerüstet sei und »unbegrenzte Macht« ausübe. Nach dem Besuch der Frühjahrsmanöver dieses Jahres sprudelte Laguiche geradezu über vor Begeisterung: »Je öfter ich hingehe, desto mehr bewundere ich dieses Material; der russische Mann ist stärker als alle Männer, die ich kenne. Es existiert dort eine Quelle der Stärke und Macht, der ich noch in keiner anderen Armee begegnet bin.«[970] Die Presseberichte verstärkten tendenziell diesen Eindruck noch. Im November 1913 erschien in *Le Temps* ein Artikel, in dem der Russlandkorrespondent der Zeitung Charles Rivet schwärmte:

> Man kann diese großartige russische [militärische] Anstrengung gar nicht genug bewundern. Sie wird ohne die geringste Beeinträchtigung für den Wohlstand des Landes hervorgebracht. […] während in Frankreich zusätzliche Militärausgaben ein Haushaltsproblem darstellen, hat Russland es nicht nötig, nach neuen Einkommensquellen Ausschau zu halten. […]

> Bei diesem Wettrüsten ist Russland somit eher in der Lage als alle anderen, den Wettstreit auszuhalten. Die Bevölkerungsentwicklung geht einher mit einem Wachstum des Wohlstands; die Rahmenbedingungen gestatten es ihm – sogar über einen längeren Zeitraum –, sich einer konstanten Aufstockung der militärischen Kontingente und Kosten zu stellen. Es wird nie gezwungen sein, eine Verlangsamung dieses Wachstums vorzuschlagen, noch sind Russlands Militärführer, was das angeht, überhaupt gewillt, das zu tun.[971]

Zu denjenigen, die diese blauäugige Sichtweise Russlands teilten, zählte auch Poincaré.[972]

Auf den ersten Blick waren das lauter gute Nachrichten für das französisch-russische Bündnis. Aber in Paris kamen allmählich auch Zweifel auf. Was wäre, wenn Russland so reich und mächtig würde, dass es nicht länger auf das Versprechen des französischen Beistands angewiesen wäre? Zumindest würde ein so unaufhaltsames Wachstum mit Sicherheit das Kräftegleichgewicht innerhalb der Allianz zum Nachteil Frankreichs verschieben, denn, wie General de Laguiche im Februar 1914 anmerkte, »je weniger Russland andere Nationen braucht, desto leichter wird es ihm fallen, sich von unserem Druck zu befreien«.[973] Diese düstere Vorahnung erscheint uns im Nachhinein geradezu lächerlich: Sie gründete sich auf einer grotesken Überschätzung des russischen wirtschaftlichen Fortschritts und der militärischen Stärke.[974] Aber diese falschen Zukunftsperspektiven waren für die Menschen, die sie sich ausmalten, durchaus real; zusammen mit anderen Faktoren in einer sich rasch verändernden Umgebung legten sie die Vermutung nahe, dass man möglicherweise nicht mehr lange über die Instrumente, die momentan zur Eindämmung Deutschlands bereit standen, verfügen würde.

In den letzten Juniwochen 1914 hatte Poincaré, zu seiner eigenen Überraschung, immer noch das Sagen. Seine Politik war gesichert, zumindest bis zum Sturz der aktuellen Regierung. René Viviani war ein außerordentlich effektiver Parlamentarier, aber ein absoluter Neuling in der Außenpolitik. Falls es zu einer Krise kommen sollte, war es kein Problem für den

Präsidenten, die Politik zu lenken. Die offensive militärische Strategie und die Zusage des Bündnisfalles auf dem Balkan waren noch in Kraft. Aber mittel- und langfristig schienen Poincarés persönliche Zukunft und die seines politischen Kurses eher ungewiss. Diese Kombination aus gegenwärtiger Stärke und langfristiger Verwundbarkeit sollte sein Vorgehen in der Krise prägen, die nach den tödlichen Schüssen Gavrilo Princips am 28. Juni in Sarajevo ausbrach. Wie so viele Entscheidungsträger, die an jenen Ereignissen beteiligt waren, hatte auch Poincaré das Gefühl, dass die Zeit gegen ihn arbeite.

760 Rapaport (Generalkonsul der Niederlande) an Vredenburch (Gesandter der Niederlande in Bukarest, offiziell zuständig für Serbien), Belgrad, 23. März 1913, NA, 2.05.36, 9 Consulaat-Generaal Belgrado en Gezantschap Zuid-Slavië.

761 Rossos, *Russia and the Balkans*, S. 161; Iwan T. Teodorow, *Balkanskite woini (1912–1913). Istoritscheski, diplomatitscheski i strategitscheski otscherk*, Sofia 2007, S. 182.

762 Teodorow, *Balkanskite woini*, S. 259, 261.

763 Kiril Valtchev Merjansky, »The Secret Serbian-Bulgarian Treaty of Alliance of 1904 and the Russian Policy in the Balkans before the Bosnian Crisis«, Master-Examensarbeit (MA), Wright State University, 2007, S. 19, 27, 52, 79.

764 Rossos, *Russia and the Balkans*, S. 175.

765 Rapaport an Vredenburch, Belgrad, 27. Mai 1913, NA, 2.05.36, Dok. 9, Consulaat-Generaal Belgrado en Gezantschap Zuid-Slavië, 1891–1940.

766 Philip E. Mosely, »Russian Policy in 1911–12«, in: *Journal of Modern History*, 12 (1940), S. 73 f.; Rossos, *Russia and the Balkans*, S. 12, 15.

767 Ronald Bobroff, *Roads to Glory*. *Late Imperial Russia and the Turkish Straits*, London 2006, S. 23 f.

768 Siehe David Schimmelpenninck van der Oye, »Russian Foreign Policy: 1815–1917«, in: D. C. B. Lieven (Hg.), *Cambridge History of Russia*, 3 Bde., Cambridge 2006, Bd. 2: *Imperial Russia, 1689–1917*, S. 554–574, hier S. 573.

769 Zitiert in Rossos, *Russia and the Balkans*, S. 27.

770 V. N. Strandmann, *Balkanske Uspomene*, aus dem Russischen ins Serbische übersetzt von Jovan Katschaki, Belgrad 2009, S. 238 f.

771 Hartwig an Neratow, Belgrad, 6. Oktober 1911, in *IBZI*, Serie 3, Bd. 1, Teil 2, Dok. 545.

772 Mosely, »Russian Policy«, S. 74; eine nähere Schilderung dieser Entwicklungen bietet Edward C. Thaden, »Charykov and Russian Foreign Policy at Constantinople in 1911«, in: *Journal of Central European Affairs*, 16 (1956/57), S. 25–43; dazu auch Alan Bodger, »Russia and the End of the Ottoman Empire«, in: Marian Kent (Hg.), *The Great Powers and the End of the Ottoman Empire*, London 1984, S. 76–110; Bobroff, *Roads to Glory*, S. 24 f.

773 Buchanan an Nicolson, St. Petersburg, 21. März 1912, *BD*, Bd. 9/1, Dok. 563, S. 561 f.; Edward C. Thaden, *Russia and the Balkan Alliance of 1912*, University Park 1965, S. 56 f. und »Charykov and

Russian Foreign Policy at Constantinople«, in: ders. und Marianna Forster Thaden, *Interpreting History. Collective Essays on Russia's Relations with Europe,* Boulder 1990, S. 99–119.

774 Bobroff, *Roads to Glory*, S. 26f.

775 Ebenda, S. 30 f.

776 Sasonow an Iswolski, St. Petersburg, 2. Oktober 1912, AWPRI, Fond 151 (PA), op. 482, d. 130, Bl. 5.

777 Sasonow, Gespräch mit Nekljudow, Davos, Oktober 1911, zitiert in Thaden, *Russia*, S. 78.

778 Zu der Überzeugung Sasonows, dass die Österreicher den Sandschak besetzen würden, wenn die Russen Wien nicht durch ein Abkommen zum Status quo »gebunden« hätten, siehe Sasonow, vertraulicher Brief an die russischen Botschafter in Paris, London, Berlin, Wien, Rom, Konstantinopel, Sofia, Belgrad, Cetinje, Athen und Bukarest 18. Oktober 1912, AWPRI, Fond 151 (PA), op. 482, d. 130, Bl. 79–81.

779 Katrin Boeckh, *Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg. Kleinstaatenpolitik und ethnische Selbstbestimmung auf dem Balkan,* München 1996, S. 26 f.; David Stevenson, *Armaments and the Coming of War. Europe 1904–1915,* Oxford 1996, S. 232 f.

780 Rossos, *Russia and the Balkans,* S. 45.

781 Zu den geheimen Absprachen und dem folgenden Militärabkommen vom 12. Mai 1912 siehe Boeckh, *Von den Balkankriegen,* S. 25 ff.; Thaden, *Russia,* S. 56, 101, 103; Bobroff, *Roads of Glory*, S. 43 f.

782 Sasonow an Benckendorff, 24. Oktober 1912, transkribiert in: »Perwaja Balkanskaja woina (okontschanije)«, *KA*, 16 (1926), S. 3–24, Dok. 36, S. 9; siehe auch Benno Siebert (Hg.), *Benckendorffs diplomatischer Schriftwechsel,* 3 Bde., Berlin 1928, Bd. 2, Dok. 698, S. 462 f.; David M. McDonald, *United Government and Foreign Policy in Russia 1900–1914,* Cambridge, Mass. 1992, S. 180.

783 McDonald, *United Government,* S. 181.

784 Radoslav Vesnić, *Dr Milenko Vesnić, Gransenjer Srbske Diplomatije,* Belgrad 2008, S. 296.

785 Stevenson, *Armaments*, S. 234; Ernst Christian Helmreich, *The Diplomacy of the Balkan Wars, 1912–1913,* Cambridge, Mass. 1938, S. 153; Thaden, *Russia*, S. 113.

786 Helmreich, *Balkan Wars*, S. 156 f.

787 Gespräch mit Sasonow, berichtet in Buchanan an Grey, 18. September 1912, *BD*, Bd. 9/1, Dok. 722, S. 693 ff., hier S. 694.

788 Sasonow an Nekljudow, St. Petersburg, 18. Oktober 1912, AWPRI Fond 151 (PA), op. 482, d. 130, Bl. 69 f.

789 Rossos, *Russia and the Balkans,* S. 87 f.

790 *Nowoje Wremja*, zitiert in Buchanan an Grey, 30. Oktober 1912, *BD*, 9/2, Dok. 78, S. 63–66.

791 Sasonow an Iswolski, Benckendorff, Swerbejew etc., 31. Oktober 1912, *KA*, Bd. 16, Dok. 45, zitiert in Bobroff, *Roads to Glory*, S. 48.

792 Buchanan an Grey, 30. Oktober 1912, *BD*, Bd. 9/2, Dok. 78, S. 63–66; Sasonow an Krupenski (russischer Botschafter in Rom), St. Petersburg, 8. November 1912; Sasonow an Hartwig, St. Petersburg, 11. November 1912, beide in AWPRI, Fond 151 (PA), op. 482, d. 130, ll. 110, Bl. 121–121 verso.

793 Sasonow an Hartwig, »geheimes Telegramm«, St. Petersburg, 11. November 1912, AWPRI, Fond 151 (PA), op. 482, d. 130, Bl. 121 f.; »Note de l'ambassade de Russie«, 12. November 1912, *DDF*,

3. Serie, Bd. 4, Dok. 431, S. 443 f.; Rossos, *Russia and the Balkans*, S. 97.

794 Pourtalès an Bethmann Hollweg, St. Petersburg, 17. November 1912, PA-AA, R 10895.

795 Sasonow an Iswolski, St. Petersburg, 14. November 1912, in Friedrich Stieve (Hg.), *Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis, 1911–1914*, 4 Bde., Berlin 1924, Bd. 2: *Der Tripoliskrieg und der Erste Balkankrieg*, Dok. 566, S. 345.

796 Report von Buchanan datiert auf den 28. November 1912, zitiert in L. C. F. Turner, *Origins of the First World War*, London 1973, S. 34; siehe auch den bestätigenden Kommentar von Pourtalès in Pourtalès an Bethmann Hollweg, St. Petersburg, 17. November 1912, PA-AA, R 10895.

797 Buchanan an Nicolson, St. Petersburg, 9. Januar 1913, *BD*, Bd. 9, Dok. 481, S. 383.

798 Zitiert in Rossos, *Russia and the Balkans*, S. 109; zur Unfähigkeit Russlands, allgemeiner »seine eigene Agenda festzulegen und zu verfolgen«, siehe Hew Strachan, *The First World War,* Oxford 2001, S. 20.

799 Stevenson, *Armaments*, S. 234; Helmreich, *Russia and the Balkans*, S. 157–162.

800 Sasonow an Kokowzow, »streng vertraulich«, St. Petersburg, 23. Oktober 1912, AWPRI, Fond 151 (PA), op. 482, d. 130, Bl. 46–46 verso.

801 Ebenda, Bl. 47–47 verso.

802 W. I. Bowykin, *Is istorii wosniknowenija perwoi mirowoi woiny: Otnoschenija Rossii i Franzii w 1912–1914 gg,* Moskau 1961, S. 136 f.

803 Bruce W. Menning, »Russian Military Intelligence, July 1914. What St Petersburg Perceived and Why It Mattered«, unveröffentlichtes Typoskript.

804 Laguiche an Kriegsministerium, St. Petersburg, 16. Dezember 1912, zitiert in Stevenson, *Armaments*, S. 237.

805 McDonald, *United Government*, S. 185.

806 Stevenson, *Armaments*, S. 260.

807 Bowykin, *Is istorii wosniknowenija*, S. 152 f.

808 Zur Reaktion in Wien auf dieses Angebot siehe Tschirschky an AM Wien, 28. Dezember 1912; Zimmermann an Tschirschky, Berlin, 3. Januar 1913, Tschirschky an Bethmann Hollweg, Wien, 2. Januar 1913, *GP*, Bd. 34/1, Dok. 12580, 12605, 12607, S. 91, 117 ff., 120 f.

809 Zu den russischen militärischen Maßnahmen siehe Grey an Buchanan, 2. Januar 1913; Buchanan an Grey, 30. Dezember 1912, *BD*, Bd. 9/2, Dok. 438, 419; zur »Mobilmachung«, siehe Louis an Poincaré, 25. und 27. Dezember 1912, *DDF*, 3. Serie, Bd. 5, Dok. 122, 131, S. 142 f., 153.

810 Zur Lage in Österreich siehe Stevenson, *Armaments*, S. 262; zu Russland: Pourtalès an Bethmann Hollweg, St. Petersburg, 20. Februar 1913, PA-AA, R 10896.

811 Zur Krise und dem darauffolgenden Rückzieher siehe Lucius an Außenministerium, 23. Dezember 1912, *GP*, 43/1, Dok. 12570; Buchanan an Grey, 30. Dezember 1912, Grey an Buchanan, 2. Januar 1913, *BD*, 9 (2), Dok. 419, 438; Louis an Poincaré, 25. und 27. Dezember 1912, *DDF*, 3, Serie, Bd. 5, Dok. 122, 131.

812 Zur Auswirkung der Winterkrise auf die österreichisch-russischen Beziehungen auf dem Balkan siehe Samuel R. Williamson, »Military Dimensions of Habsburg-Romanov Relations During the Era of the Balkan Wars«, in: Béla K. Király und Dimitrije Djordjević (Hg.), *East Central European Society and the Balkan Wars*, Boulder 1987, S. 317–337.

813 Buisseret an Davignon, St. Petersburg, 7. Januar 1913, MAEB AD, Russie 3, 1906–1913.

814 W. I. Gurko, *Tscherty i Siluety Proschlogo. Prawitelstwo i Obschtschestwennost w Zarstwowanije Nikolaja II w Isobraschenii Sowremennika,* Moskau 2000, S. 241.

815 A. Ju Arijew (Hg.), *Sudba Weka. Kriwoscheiny,* St. Petersburg 2002, S. 91.

816 S. E. Kryschanowskii, *Wospominanija,* Berlin 1938, S. 20.

817 Im Jahr 1910 schrieb Kriwoschein sogar an Stolypin und bat um eine erhöhte Truppenstärke entlang des Amur-Tales am östlichen Rand der russischen Besiedelung. Kriwoschein an Stolypin, St. Petersburg, 30. April 1910, RGIA, F. 1276, op. 6, d. 690, Bl. 129–130 ob.

818 Arijew (Hg.), *Sudba Weka*, S. 189.

819 H. H. Fisher (Hg.), *Out of My Past. The Memoirs of Count Kokovtsov Russian Minister of Finance, 1904–1914, Chairman of the Council of Ministers, 1911–1914*, Stanford 1935, S. 349.

820 I. W. Bestuschew, *Borba w Rossii po Woprossam Wneschnej Politiki Nakanune Perwoi Mirowoi Woiny*, Moskau 1965 S. 74, 162; Kriwoschein geriet mit Kokowzow auch wegen subventionierter Kredite für Bauern in Streit, eine Maßnahme, die Kokowzow im Namen der Haushaltsdisziplin ablehnte; zu den politischen Spannungen, die auf beiden Seiten durch die russisch-deutschen Handelsbeziehungen aufkamen, siehe Horst Linke, *Das Zarische Russland und der Erste Weltkrieg. Diplomatie und Kriegsziele 1914–1917*, München 1982, S. 23 f.

821 Arijew (Hg.), *Sudba Weka*, S. 189.

822 McDonald, *United Government*, S. 185.

823 Paul Miliukov, *Political Memoirs 1905–1917*, Ann Arbor 1967, S. 177.

824 Sir George Buchanan, *My Mission to Russia and Other Diplomatic Memories*, 2 Bde., London 1923, Bd. 1, S. 71 (deutsch: *Meine Mission in Russland*, Berlin 1926).

825 Rossos, *Russia and the Balkans*, S. 19.

826 Zitiert in ebenda, S. 28.

827 Ebenda, S. 29.

828 Sasonows Rat an Sofia: Sasonow an Nekljudow, St. Petersburg, 31. Oktober 1912; Verdacht gegen Frankreich: Sasonow an Iswolski, St. Petersburg, 8. November 1912, beide zitiert in Bowykin, *Is istorii wosniknowenija*, S. 138, 142.

829 Mit diesen Worten gab Sasonow die Meinung des Zaren wieder, zitiert in Teodorow, *Balkanskite woini*, S. 192.

830 Sasonow an Bobtschew, 12. Juni 1913, zitiert in ebenda, S. 233.

831 Rossos, *Russia and the Balkans*, S. 192; Teodorow, *Balkanskite woini*, S. 42, 212.

832 Carnegie Endowment for International Peace (Hg.), *Report of the International Commission to Enquire into the Causes and Conduct of the Balkan Wars*, Washington 1914, S. 264.

833 Hall, *Balkan Wars*, S. 135.

834 Wolfgang-Uwe Friedrich, *Bulgarien und die Mächte 1913–1915*, Stuttgart 1985, S. 21–26.

835 Panafieu an Pichon, Sofia, 20. Januar 1914, *DDF*, 3. Serie, Bd. 9, Dok. 118, S. 139 ff.

836 Sawinski an Sasonow, Sofia, 1. Februar 1914, *IBZI*, 3. Serie, Bd. 1, Dok. 157, S. 144–148, insb. S. 147.

837 Friedrich, *Bulgarien und die Mächte*, S. 27.

838 Notiz der Abteilung, Bedingungen für ein bulgarisches Darlehen, Paris, 16. Februar 1914, *DDF*, 3. Serie, Bd. 9, Dok. 306, S. 389 f.

839 Malenic an Pašić, Berlin, 30. Juni 1914, AS, MID – PO, 415, Bl. 613–620.

840 Alexander Savinsky, *Reflections from a Russian Diplomat*, London 1927, S. 215–223; Dard (französischer Gesandter in Sofia) an Doumergue (französischer Außenminister), Sofia, 18. Mai 1914, *DDF*, 3. Serie, Bd. 10, Dok. 246, S. 379–382.

841 Friedrich, *Bulgarien und die Mächte*, S. 33 ff.; Doumergue an Iswolski, Paris, 30. Mai 1914, *DDF*, 3. Serie, Bd. 10, Dok. 305, S. 455.

842 Matthew A. Yokell, »Sold to the Highest Bidder. An Investigation of Diplomacy Regarding Bulgaria’s Entry into World War I«, Master-Examensarbeit, University of Richmond, 2010, S. 33 f., online zugänglich unter: https://dspace.lasrworks.org/bitstream/handle/10349/911/10HIS-YokellMatthew.pdf?sequence=1; Dard an Doumergue, Sofia, 29. Mai 1914, *DDF*, 3. Serie, Bd. 10, Dok. 302, S. 452.

843 Savinsky, *Reflections*, S. 223 f.

844 Samuel R. Williamson, »Vienna and July 1914: The Origins of the Great War Once More«, in: ders. und Peter Pastor (Hg.), *Essays on World War I: Origins and Prisoners of War*, New York 1983, S. 9–36, insb. S. 19.

845 Czernin an Berchtold, Bukarest-Sinaia, 22. Juni 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 9902, S. 173–176, hier S. 173.

846 Das Gespräch zwischen Sasonow und Bratianu wird dokumentiert in Sasonow, »Text für eine Audienz bei Nikolaus II.«, 18. Juni 1914, in *IBZI*, Serie 1, Bd. 3, Dok. 339, S. 296 (Hervorhebung des Autors); französisches Außenministerium, Abteilung für politische und kommerzielle Angelegenheiten (Europa), »Note pour le Président du Conseil«, Paris, 11. Juli 1914, AMAE NS, Russie 46 (Politique étrangère. Autriche-Hongrie-Russie), Bl. 312 ff., hier Bl. 314.

847 Buisseret an Davignon, St. Petersburg, 25. November 1913, MAEB AD, Russie 3 1906–1914.

848 Hartwig an Sasonow, Belgrad, 24. Februar 1914, *IBZI*, Reihe 1, Bd. 1, 314, S. 311 ff.

849 Spalajković an Pašić, St. Petersburg, 8.–21. Januar 1914, AS, MID – PO, 416, Bl. 420 f.

850 Spalajković an Pašić, St. Petersburg, 14.–27. März 1914, ebenda, Bl. 451.

851 Spalajković an Pašić, St. Petersburg, 24. April–7. Mai 1914, ebenda, Bl. 475.

852 Descos (französischer Gesandter in Belgrad) an Doumergue (französischer Außenminister), Belgrad, 6. April 1914, *DDF*, 3. Serie (1911–1914), Bd. 10, Dok. 80, S. 124 ff.

853 Milos Bogičević, *Die auswärtige Politik Serbiens 1903–1914*, 3 Bde., Berlin 1931, Bd. 1, S. 280; Friedrich Würthle, *Die Spur führt nach Belgrad*, Wien 1975, S. 28.

854 Hartwig an Sasonow, Belgrad, 14. Januar 1914, *IBZI*, Reihe 1, Bd. 1, Dok. 7, S. 5 f.

855 Austrian Sympathies«, in: *The Times*, 18. Oktober 1912, S. 5, Sp. B.

856 Boeckh, *Von den Balkankriegen*, S. 26 f.

857 F. R. Bridge, *From Sadowa to Sarajevo. The Foreign Policy of Austria-Hungary, 1866–1914*, London 1972, S. 346; siehe auch »Servia and the Sea«, in: *The Times*, 9 November 1912, S. 7, Sp. A.

858 [Wickham Steed], »The Problem of Albania«, in: *The Times*, 18. November 1912, S. 5, Sp. A. Die russische panslawistische und nationalistische Presse argumentierte ganz ähnlich.

859 Samuel R. Williamson, *Austria-Hungary and the Origins of the First World War*, Houndmills 1991, S. 127 f.; Bridge, *From Sadowa to Sarajevo*, S. 347; eine ausgezeichnete Studie der Prochaska-Affäre ist Robert A. Kann, *Die Prochaska-Affäre vom Herbst 1912. Zwischen kaltem und heißem Krieg*, Wien 1977.

860 Zitiert in Treadway, *Falcon and Eagle*, S. 125.

861 Friedrich Kießling, *Gegen den großen Krieg? Entspannung in den internationalen Beziehungen*, München 2002, S. 186.

862 Zitiert in Treadway, *Falcon and Eagle*, S. 137.

863 Rapaport an Vredenburch, Belgrad, 23. April 1913, NA, 2.05.36, 9, Consulaat-Generaal Belgrado en Gezantschap Zuid-Slavië 1891–1940.

864 Giers (russischer Gesandter in Montenegro) an Nikolaus II., Cetinje, [Anfang Januar] 1913 und 21. Januar 1913, GARF, Fond 601, op. 1, del. 785.

865 Buisseret an Davignon, St. Petersburg, 11. April 1913, MAEB AD, Russia 3.

866 Buchanan an Nicolson, 1. Mai 1913, zitiert in Treadway, *Falcon and Eagle*, S. 148.

867 Zum Wortlaut dieser Resolution, siehe Robert Elsie, »Texts and Documents of Albanian History«, online eingesehen unter: http://www.albanianhistory.net/texts20_1/AH1913_2.html.

868 Die Passage folgt der Abfolge, wie sie in Samuel R. Williamsons unveröffentlichtem Kapitel wiedergegeben wird: »Serbia and Austria-Hungary: The Final Rehearsal, October 1913«.

869 Erklärung des serbischen Gesandten in Wien, Jovanović, gegenüber der *Neuen Freien Presse*, berichtet in: »The Albanian Outbreak«, in: *The Times*, 27. September, 1913, S. 5, Sp. A; »Return of M. Pashitch to Belgrade«, in: *The Times*, 1. Oktober, S. 6, Sp. E.

870 Williamson, »Serbia and Austria-Hungary«, S. 14 f.

871 »M. Pashitch in Vienna«, in: *The Times*, 4. Oktober 1913, S. 5, Sp. C; Williamson, »Serbia and Austria-Hungary«, S. 19.

872 Ebenda, S. 21.

873 »Servian Aggression in Albania«, in: *The Times*, 16. Oktober 1913, S. 7, Sp. C.

874 Französischer Originalwortlaut zitiert in Williamson, *Austria-Hungary*, S. 153.

875 Bericht zu Sasonows Stellungnahme in O'Beirne (britischer Chargé d'affaires in St. Petersburg) an Grey, St. Petersburg, 28. Oktober 1913, in *BD*, Bd. 10 (i), Dok. 56, S. 49.

876 Paul Schroeder, »Stealing Horses to Great Applause. Austria-Hungary's Decision in 1914 in Systemic Perspective«, in: Holger Afflerbach und David Stevenson (Hg.), *An Improbable War*, S. 17–42, insb. S. 38 ff.

877 Major von Fabeck an Generalstab, Berlin, 11. Februar 1913, angehängt: Entwurf eines Briefs von Moltke an Conrad, Berlin, 10. Februar 1913, PA-AA, R 10896.

878 Wilhelm II., Randbemerkung auf Telegramm des Wolffschen Telegraphenbureaus an Wilhelm II., Berlin, 4. November 1912, in *GP*, Bd. 33, Dok. 12321, S. 276 f.; Varnbüler an Weizsäcker, Berlin, 18. November 1812, HSA Stuttgart E50/03 206; zu Wilhelms Haltung im Balkankrieg siehe auch Clark, *Wilhelm II.*, S. 247–252.

879 Wilhelm II., Randbemerkung auf Kiderlen-Wächter an Wilhelm II., Berlin, 3. November 1912, in *GP*, Bd. 33, Dok. 12320, S. 274 ff.

880 Wilhelm II. an Auswärtiges Amt, Letzlingen, 9. November 1912, in ebenda, Bd. 33, Dok. 12348, S. 302.

881 E. C. Helmreich, »An Unpublished Report on Austro-German Military Conversations of November 1912«, in: *Journal of Modern History*, 5 (1933), S. 197–207, hier S. 206. So gab Erzherzog Franz Ferdinand den Inhalt des Gesprächs wieder; der österreichische Botschafter Szögyény hingegen berichtete von einer aggressiveren Haltung, dass der Kaiser nämlich die Bereitschaft geäußert habe, das Risiko eines Krieges mit allen drei Ententemächten einzugehen.

882 Stevenson, *Armaments*, S. 250, 259; Helmreich, »Unpublished Report«, S. 202 f.

883 Wilhelm II. an Franz Ferdinand (Entwurf), 24. Februar 1913, PA-AA, R 10896.

884 Conrad, *Aus meiner Dienstzeit*, Bd. 3, S. 470; Szögyény an MFA Wien, Berlin, 28. Oktober 1913, *ÖUAP*, Bd. 7, Dok. 8934, S. 512 ff.

885 Velics an Berchtold, München, 16. Dezember 1913, ebenda, Dok. 9096, S. 658.

886 Szapáry an Außenministerium, St. Petersburg, 25. April 1914, ebenda, Dok. 9656, S. 25 ff.

887 Conrad, *Aus meiner Dienstzeit*, Bd. 2, S. 379; dazu auch Lawrence Sondhaus, *Architect of the Apocalypse*, Boston 2000, S. 120.

888 Williamson, »Serbia and Austria-Hungary«, S. 23; Hugo Hantsch, *Leopold Graf Berchtold. Grandseigneur and Staatsmann*, 2 Bde., Graz 1963, Bd. 2, S. 499 f.

889 Treadway, *Falcon and Eagle*, S. 143 ff.

890 Ebenda, S. 150–156.

891 Stevenson, *Armaments*, S. 271; siehe auch Williamson, *Austria-Hungary*, S. 155 f.

892 Williamson, *Austria-Hungary*, S. 157 f.

893 Norman Stone, »Army and Society in the Habsburg Monarchy 1900–1914«, in: *Past & Present*, 33 (April 1966), S. 95–111; zu den Zahlen der Infanteristen siehe Holger Herwig, *The First World War. Germany and Austria-Hungary, 1914–1918*, London 1997, S. 12.

894 Kronenbitter, *Großmachtpolitik Österreich-Ungarns*, S. 146 f., 149, 154.

895 Eine deutsche Wiedergabe der Konvention ist enthalten in George F. Kennan, *Die schicksalhafte Allianz. Frankreich am Vorabend des Ersten Weltkriegs*, Köln 1990, S. 247, der französische Originalwortlaut findet sich im Anhang, ebenda, S. 356 f.

896 Kennan, *Fateful Alliance*, S. 250 ff.

897 Hanotaux an Montebello (französischer Botschafter in St. Petersburg), Paris, 10. April 1897, *DDF*, Serie 1, Bd. 13, Dok. 193, S. 340–346.

898 Stevenson, *Armaments*, S. 125.

899 Eine Diskussion dieser Themen, auf die sich meine eigene Darstellung großenteils stützt, enthält Stefan Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges*, München 2009, S. 246–250; siehe auch Murielle Avice-Hanoun, »L'Alliance franco-russe (1892–1914)«, in: Ilja Mieck und Pierre Guillen (Hg.), *Deutschland – Frankreich – Russland. Begegnungen und Konfrontationen. La France et l'Allemagne face à la Russie*, München 2000, S. 109–124, hier S. 113 f.

900 Friedrich Stieve, *Iswolski und der Weltkrieg. Auf Grund der neuen Dokumenten-Veröffentlichung des Deutschen Auswärtigen Amtes*, Berlin 1924, S. 45; vgl. ders., *Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie. Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911–1917*, Berlin 1926, Bd. 2, S. 33.

901 Dazu siehe D. C. B. Lieven, *Russia and the Origins of the First World War*, London 1983, S. 48; Luigi Albertini, *The Origins of the War of 1914*, 3 Bde., Oxford 1953, Bd. 1, S. 372 f.; Thaden, *Russia*, S. 115–118; zur entlastenden Version Poincarés dieser Gespräche, von denen er dementiert, dass sie eine politische Bedeutung gehabt hätten siehe ders., *Au service de la France – neuf années de souvenirs*, 10 Bde., Paris 1926–1933, Bd. 2, S. 202.

902 Poincaré an Iswolski, Paris, 16. November 1912, *DDF*, 3. Serie, Bd. 4, Dok. 468, S. 480 f.

903 Gerd Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913–1914*, Wiesbaden 1980, S. 26 f.

904 Paul Cambon an Jules Cambon, Paris, 5. November 1912, AMAE PA-AP, 43, Bl. 251–257, hier Bl. 252.

905 Jules Cambon an Paul Cambon, Berlin, 14. Dezember 1912, ebenda, 100, Bl. 178 ff.

906 Douglas Porch, *The March to the Marne. The French Army, 1871–1914*, Cambridge 1981, S. 169 f.

907 Ebenda.

908 Iswolski an Sasonow, Paris, 28. März 1912, *IBZI*, Reihe 3, Bd. 2, Teil 2, Dok. 699.

909 Risto Ropponen, *Die Kraft Russlands. Wie beurteilte die politische und militärische Führung der europäischen Großmächte in der Zeit von 1905 bis 1914 die Kraft Russlands?*, Helsinki 1968, S. 235.

910 Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik*, S. 26 f.; Mosely, »Russian Policy«, S. 84; Sergei

Dmitrievic Sazonov, *Les Années fatales*, Paris 1927, S. 57.

911 Raymond Poincaré, »Entretien avec M. Sazonoff«, August 1912, AMAE, AE NS, Russie 41, Bl. 270 ff., 282 f. Zur Version Sasonows vom selben Treffen, die zwar das Missfallen des französischen Ministers erwähnt, aber beobachtet, dass er schon bald allen Grund gehabt habe, die »große politische Bedeutung« des serbisch-bulgarischen Vertrags anzuerkennen, siehe Sazonov, *Les Années fatales*, S. 60.

912 Notizen zu verschiedenen Gesprächen, St. Petersburg, 12. August 1913, AMAE, Papiers Jean Doulcet, Bd. 23, Saint Petersbourg IV, Notes personnelles, 1912–1917, Bl. 312.

913 Ropponen, *Die Kraft Russlands*, S. 236.

914 Iswolski an Sasonow, Paris, 12. September 1912, in Stieve, *Schriftwechsel Iswolskis*, Bd. 2, Dok. 429, S. 249–252, hier S. 251.

915 Iswolski an Sasonow, Paris, 24. Oktober 1912, zitiert in Bowykin, *Is istorii wosniknowenija*, S. 137.

916 Poincaré an Iswolski, 4. November 1912, in: Narodny komissariat po inostrannym delam (Hg.), *Materialy po istorii franko-russkich otnoschenii sa 1910–1914 gg: sbornik sekretnych diplomatitscheskich dokumentow bywschego Imperatorskogo rossiiskogo ministerstwa inostrannych del*, Moskau 1922, S. 297; siehe auch Bowykin, *Is istorii wosniknowenija*, S. 142.

917 Iswolski an Sasonow (Brief), Paris, 7. November 1912, in ebenda, S. 295ff.; Stieve, *Schriftwechsel Iswolskis*, Bd. 2, Dok. 554, S. 335 ff., hier S. 336 (Hervorhebung des Autors).

918 Rossos, *Russia and the Balkans*, S. 100.

919 Iswolski an Sasonow, 17. November 1912, in Narodny komissariat po inostrannym delam (Hg.), *Materialy po istorii franko-russkich otnoschenii sa 1910–1914 g.g*, S. 299 f., Dok. 169; zu Poincarés Versicherungen siehe Stieve, *Iswolski und der Weltkrieg*, S. 99, 121; ders. (Hg.), *Schriftwechsel Iswolskis*, Bd. 2, Dok. 567, S. 346; siehe auch Bowykin, *Is istorii wosniknowenija*, S. 146.

920 Iswolski an Sasonow, 20. November 1912, und Iswolski an Sasonow, 20. November 1912, *IBZI*, Serie 3, Bd. 4, Teil 1, Dok. 298 und 300.

921 Poincaré, *Au service de la France*, Bd. 2, S. 199–206, wo der Autor Iswolski beschuldigte, aus seinen Gesprächen mit dem Botschafter eine »malerische und allzu bunte Geschichte« konstruiert zu haben.

922 Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik*, S. 256.

923 Alexandre Ribot, Notiz vom 31. Oktober 1912, AN, 563 AP 5, zitiert in ebenda, S. 257.

924 »Note de l'État-Major de l'Armée«, 2. September 1912, und Paul an Jules Cambon, Dieppe, 3. September 1912, *DDF*, 3. Serie, Bd. 3, Dok. 359, 366, S. 439 f., 449 ff.

925 Paul an Jules Cambon, Paris, 5. November 1912, AMAE, PA-AP, 43, Cambon, Jules, Lettres de Paul à Jules 1882–1922, 101, Bl. 251–257, hier Bl. 252 f.

926 Was Millerand damit meinte, ist unklar, weil es im Jahr 1912 keine österreichische »Besetzung« Serbiens gab; vermutlich spielt er auf die Annexion Bosniens an, in diesem Fall dürfte der hier überlieferte Begriff wohl eher von Ignatjew als von Millerand stammen.

927 Ignatjew an Schilinski (russischer Generalstabschef), Paris, 19. Dezember 1912, zitiert in Bowykin, *Is istorii wosniknowenija*, S. 149.

928 Ebenda.

929 Zu Millerand als Kriegsminister im Januar 1912 bis Januar 1913, siehe Marjorie M. Farrar, »Politics Versus Patriotism: Alexandre Millerand as French Minister of War«, in: *French Historical*

Studies, 11/4 (1980), S. 577–609; zur früheren Laufbahn des Ministers als gemäßigter Sozialist siehe Leslie Derfler, *Alexandre Millerand. The Socialist Years*, Den Haag 1977; eine ausgewogene, knappe Darstellung des Wechsels enthält Marjorie M. Farrar, *Principled Pragmatist: The Political Career of Alexandre Millerand*, New York 1991; einige aufschlussreiche Überlegungen zu den Spannungen in Millerands Laufbahn enthält Antoine Prost, Marie-Louise Goorgen, Noelle Gérome und Danielle Tartakowsky, »Four French Historians Review English Research on the History of French Labour and Socialism«, in: *The Historical Journal*, 37/3 (1994), S. 709–715, insb. S. 714.

930 Ignatjew an Schilinski, Paris, 4. Dezember 1912, zitiert in Bowykin, *Is istorii wosniknowenija*, S. 150.

931 Lucius an Bethmann Hollweg, St. Petersburg, 8. Januar 1913, im Bericht über ein Gespräch mit Sasonow, PA-AA, R 10896.

932 Raymond M. B. Poincaré, »Notes journalières«, 29. Januar 1914, BNF (NAF 16026), Poincaré MSS; M. B. Hayne, *The French Foreign Office and the Origins of the First World War, 1898–1914*, Oxford 1993, S. 239.

933 G. Wright, *The Reshaping of French Democracy. The Story of the Founding of the Fourth Republic*, New York 1948, S. 10.

934 John Keiger, *France and the Origins of the First World War*, London 1983, S. 117.

935 Zu seiner Beziehung zu Außenminister Jonnart siehe Paléologues Tagebucheinträge vom 22. Januar und 13. Februar 1913, in M. Paléologue, *Au Quai d'Orsay à la veille de la tourmente. Journal 1913–1914*, Paris 1947, S. 15, 42.

936 Zitiert in Keiger, *France and the Origins*, S. 120.

937 William C. Fuller, *Strategy and Power in Russia*, *1600–1914*, New York 1992, S. 440, 444.

938 Stevenson, *Armaments*, S. 161.

939 Fuller, *Strategy and Power*, S. 439.

940 »8ème Conférence. Procès-verbal de l'entretien du 13 Juillet 1912 entre les Chefs d'État-Major des armées française et russe«, AMAE, AE NS, Russie 41, Bl. 131–137, hier Bl. 134 f.

941 État-Major de l'Armée, 3ème bureau, »Note sur l'action militaire de la Russie en Europe«, ebenda, Bl. 255–263.

942 Stevenson, *Armaments*, S. 162.

943 Raymond Poincaré, »Entretien avec l'Empéreur – Chemins de fer stratégiques«; »Entretien avec M. Sazonoff – Mobilisation«, St. Petersburg, August 1912, AMAE, AE NS Russie 41, Bl. 278 f., 288.

944 Raymond Poincaré, »Entretien avec Kokowtsoff – Chemins de fer stratégiques«, St. Petersburg, August 1912, ebenda, Bl. 280.

945 Bowykin, *Is istorii wosniknowenija*, S. 147.

946 S. R. Williamson, »Joffre Reshapes French Strategy, 1911–1913«, in: Paul Kennedy (Hg.), *The War Plans of the Great Powers*, *1880–1914*, London 1979, S. 133–154, hier S. 134 ff.

947 Zur deutschen Variante des gleichen Problems siehe Jonathan Steinberg, »A German Plan for the Invasion of Holland and Belgium, 1897«, in: Kennedy (Hg.), *War Plans*, S. 155–170, hier S. 162. Steinberg verweist hier auf das deutsche strategische Denken, aber die Entscheidungsträger in Paris standen vor dem gleichen Problem.

948 Hayne, *French Foreign Policy*, S. 266.

949 D. N. Collins, »The Franco-Russian Alliance and Russian Railways, 1891–1914«, in: *The*

Historical Journal, 16/4 (1973), S. 777–788, hier S. 779.

950 Buisseret an Davignon, St. Petersburg, 25. Februar 1913, MAEB AD, Russia 3, 1906–13.

951 François Roth, »Raymond Poincaré et Théophile Delcassé: Histoire d'une relation politique«, in: Conseil général de l'Ariège (Hg.), *Delcassé et l'Europe à la veille de la Grande Guerre,* Foix 2001, S. 231–246, hier S. 236.

952 Bowykin, *Is istorii wosniknowenija*, S. 151.

953 Delcassé an Pichon, St. Petersburg, 24. März 1913, *DDF*, 3. Serie, Bd. 6, Dok. 59, S. 81 f.; zu einem Gespräch mit Sasonow über dieselbe Frage siehe Delcassé an Jonnart, St. Petersburg, 21. März 1913, ebenda, Dok. 44, S. 66.

954 Bericht über ein Gespräch mit Delcassé vom 18. Juni 1914 von General Laguiche, Militärattaché in St. Petersburg, in Georges Louis, *Les Carnets de Georges Louis*, 2 Bde., Paris 1926, Bd. 2, S. 126.

955 B. W. Ananich, *Rossija i meschdunarodnyi kapital 1897–1914. Otscherki istori i finansowych otnoschenii*, Leningrad 1970, S. 270 f.

956 Zum Wehrgesetz und Poincarés Rolle bei der Durchsetzung siehe J. F. V. Keiger, *Raymond Poincaré*, Cambridge 1997, S. 152 f., 162 f.; Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik,* S. 132 f.

957 Keiger, *France and the Origins*, S. 144.

958 Guillaume an Davignon, Paris, 17. April 1913, 12. Juni 1913, MAEB AD, France 11, Correspondance politique – légations.

959 Guillaume an Davignon, Paris, 16. Januar 1914, ebenda.

960 Guillaume an Davignon, Paris, 28. Mai 1914, ebenda.

961 Keiger, *France and the Origins*, S. 136 f.

962 Tagebucheintrag vom 18. April 1913 in Maurice Paléologue, *Journal, 1913–1914*, S. 103.

963 Keiger, *France and the Origins*, S. 136; zu diesen Ereignissen siehe auch die Tagebucheinträge vom 16. April bis 5. Mai 1913, in Paléologue, *Journal*, *1913–1914*, S. 100–124.

964 Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik*, passim.

965 Guillaume an Davignon, Paris, 9. Juni 1914, MAEB AD, France 12, Correspondance politique – légations.

966 Zum wachsenden Widerstand gegen den dreijährigen Wehrdienst siehe Guillaume an Davignon, Paris, 16. Januar 1914, ebenda.

967 Zum Scheitern der Regierung Ribot am Tag ihres ersten Auftritts im Parlament siehe Guillaume an Davignon, Paris, 13. Juni 1914, ebenda.

968 Bericht von Hauptmann Parchement vor Ort im Bezirk Wilna im Oktober 1912, zitiert in Pertti Luntinen, *French Information on the Russian War Plans, 1880–1914,* Helsinki 1984, S. 175.

969 Verneuil an [Pichon], Brolles, 7. Juli 1913, AMAE NS, Russie 42, Bl. 58 ff., hier Bl. 59.

970 Im Original zitiert in Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik*, S. 271 ff.

971 Charles Rivet, »Lettre de Russie: L'Effort militaire russe«, in: *Le Temps*, 13. November 1913, Zeitungsausschnitt in Buisseret an Davignon, St. Petersburg, 15. November 1913, MAEB AD, Russie 3 1906–1914.

972 Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik,* S. 275.

973 Laguiche an Dupont, 14. Februar 1914, zitiert in ebenda, S. 279.

974 Paul Kennedy, »The First World War and the International Power System«, in: Steven E. Miller (Hg.), *Military Strategy and the Origins of the First World War,* Princeton 1985, S. 7–40, hier S. 28.

KAPITEL 6
DIE LETZTEN CHANCEN: ENTSPANNUNG UND GEFAHR 1912–1914

»Seit ich im Foreign Office bin«, schrieb Arthur Nicolson Anfang Mai 1914, »habe ich keine so ruhigen Gewässer erlebt.«[975] Nicolsons Äußerung macht auf eines der merkwürdigsten Kennzeichen der letzten beiden Vorkriegsjahre aufmerksam, nämlich den Umstand, dass ausgerechnet zu einer Zeit, als das Wettrüsten zunehmend ins Rollen kam und einige militärische und zivile Führer immer militantere Haltungen einnahmen, das internationale europäische System insgesamt eine erstaunliche Befähigung zum Krisenmanagement und zur Entspannung an den Tag legte. Heißt das, dass ein allgemeiner Krieg in den letzten eineinhalb Jahren vor dem Ausbruch des Weltkrieges unwahrscheinlicher wurde? Oder kaschierte das Phänomen der Entspannung lediglich die Realität eines zunehmenden strukturellen Antagonismus zwischen den Bündnisblöcken? Und falls Letzteres zutrifft, welche Wechselwirkung bestand zwischen den mit der Entspannung verbundenen Prozessen und jenen Ursachen, die den Ausbruch eines allgemeinen Krieges ermöglichten?

Die Grenzen der Entspannung

Im Sommer 1912 trafen sich der deutsche Kaiser und der russische Zar in Begleitung eines Gefolges hoher Staatsmänner zu informellen Gesprächen in Baltischport (heute: Paldiski), einem russischen Ostseehafen auf der Halbinsel Pakri im Nordwesten von Estland. Das Treffen, das als Gegenbesuch für den Aufenthalt des Zaren in Potsdam von 1910 gedacht war, verlief außerordentlich gut. Während die Monarchen miteinander spazieren gingen, dinierten und die Truppen inspizierten, setzten sich die Politiker zu freundschaftlichen, ausführlichen Gesprächen zusammen. Kokowzow und Bethmann Hollweg (die sich in Baltischport zum ersten Mal

begegneten) waren sich sofort sympathisch. Beide waren zurückhaltende, konservative Persönlichkeiten mit dezidiert gemäßigten Anschauungen. In einem ruhigen und offenen Gespräch erörterten die beiden Regierungschefs die Rüstungspolitik der beiden Mächte. Jeder bekräftigte gegenüber dem anderen den im Grunde defensiven Charakter seiner Absichten, und die beiden waren sich einig, dass der seinerzeitige Anstieg der Militärausgaben außerordentlich bedauerlich sei, weil er eine beunruhigende Wirkung auf die öffentliche Meinung habe. Es sei zu hoffen, meinte Bethmann Hollweg sinngemäß, dass alle Länder so viele gemeinsame Interessen hätten, dass sie Waffen lediglich als ein Mittel der Vorbeugung betrachteten, ohne zu gestatten, dass sie jemals angewandt werden.[976]



Graf Wladimir Kokowzow

Getty Images

Bethmann Hollwegs Gespräche mit Außenminister Sergej Sasonow berührten eine breite Palette von Themen, waren jedoch davon geprägt, dass sich beide bemühten, versöhnliche Töne anzuschlagen. Zur erhöhten Instabilität auf dem Balkan versicherte Sasonow dem Kanzler, dass Russlands »Mission« gegenüber den christlichen slawischen Staaten historisch abgeschlossen und somit überholt sei. Russland habe, erklärte Sasonow, keineswegs die Absicht, die derzeitigen Schwierigkeiten des Osmanischen Reiches auszunutzen. Bethmann Hollweg erklärte seinerseits, dass ihm nichts ferner liege, als sich in die inneren Abläufe der Entente einzumischen, obwohl man Deutschland gelegentlich genau das vorwerfe. Andererseits sah er keinen Grund, weshalb Deutschland nicht friedliche Beziehungen zu den Entente-Mächten pflegen sollte. »Und wie sieht es in Österreich aus?«, fragte Sasonow gegen Ende des Gesprächs. Bethmann Hollweg versicherte ihm, dass eine aggressive österreichische Balkanpolitik überhaupt nicht in Frage komme. »Also steht es noch ebenso wie in Potsdam, kein Encouragement Österreichs [durch Deutschland]?«, fragte Sasonow, worauf der Kanzler erwiderte, dass Berlin nicht die geringste Absicht habe, eine riskante Politik in Wien zu unterstützen. Beide Männer waren sich, bevor sie auseinandergingen, einig, dass es eine ausgezeichnete Idee wäre, »diese Entrevues […] zu einem regelmäßigen Inventarstück der deutsch-russischen Beziehungen« zu machen, die alle zwei Jahre wiederholt werden sollten.[977]

Erstaunlicherweise zeigte sich selbst der Kaiser in Baltischport von seiner besten Seite. Der Zar hatte vor jeder Begegnung mit seinem redseligen Vetter Angst – er behielt seine eigene Meinung gerne für sich, weil er, wie Kokowzow beobachtete, »den Redeschwall des deutschen Kaisers fürchtete, der ihm so fremd war«.[978] In einer im Vorfeld des Besuchs verfassten Note bat der deutsche Botschafter in St. Petersburg, Graf Pourtalès, eindringlich, dem Kaiser einzuschärfen, dass er tendenziöse Gesprächsthemen meiden und sich wenn möglich »zuhörend halten und dem Zaren Gelegenheit geben [sollte], auch seine Meinungen zum Ausdruck zu bringen«.[979] Während der meisten Zeit hielt sich Wilhelm bewundernswert zurück. Er trat allerdings in ein paar kleinere Fettnäpfchen: Nach dem ersten Mittagessen auf der

zaristischen Jacht *Standart* nahm der Kaiser Sasonow beiseite und sprach über eine Stunde lang mit ihm über seine Beziehung zu seinen Eltern (redete auf ihn ein, dürfte der treffendere Ausdruck sein), die ihn angeblich nie geliebt hätten. Sasonow wertete dies als einen schockierenden Beleg für die ausgeprägte Tendenz des deutschen Kaisers, »die Grenzen der Zurückhaltung und des Gefühls persönlicher Würde zu überschreiten«, die in einer so hohen Position eigentlich zu erwarten wären.[980] Am zweiten Tag des Treffens während der Besichtigung der verfallenen Befestigungsanlagen, die Peter der Große rings um den Hafen errichtet hatte, vergaß Wilhelm bei drückender Hitze einmal mehr seine Instruktionen und nagelte Kokowzow mit seinem aktuellen Lieblingsthema fest: der Gründung eines paneuropäischen Öltrusts, der imstande wäre, mit dem amerikanischen Konzern Standard Oil zu konkurrieren. Das Gespräch wurde, wie Kokowzow sich erinnerte, »sehr aufgewühlt und überschritt die von der Hofetikette gesteckten Grenzen«.

> Die Sonne brannte. Der Zar wollte unser Gespräch nicht unterbrechen, aber hinter Kaiser Wilhelms Rücken machte er zu mir Gesten der Ungeduld. Der Kaiser hingegen erwiderte meine Argumente weiterhin mit wachsendem Eifer. Schließlich schien der Zar die Geduld zu verlieren, trat zu uns und fing an, unser Gespräch anzuhören, worauf sich Kaiser Wilhelm mit folgenden Worten (auf Französisch) an ihn wandte: »Ihr Vorsitzender des Rats hat für meine Ideen nichts übrig, und ich möchte ihn gerne überzeugen. Ich möchte, dass Sie mir gestatten, meine Argumente mit in Berlin gesammelten Daten zu beweisen, und wenn ich fertig bin, würde ich gerne mit Ihrer Erlaubnis dieses Gespräch fortsetzen.«[981]

Man stelle sich diese Szene einmal bildlich vor: die brennende Sonne auf den steinernen Überresten des alten Forts, Kokowzow im Jackett schwitzend, der Kaiser mit hochrotem Kopf und zitterndem Schnauzbart, während er sich für das Thema begeistert, wild gestikulierend, ohne Augen für das Unbehagen seiner Gesprächspartner, und hinter ihm der Zar, der verzweifelt versucht, der Tortur ein Ende zu setzen und die Gesellschaft zu einem schattigeren Platz zu dirigieren. Ob Wilhelm Kokowzow jemals die »in Berlin gesammelten Daten« über Erdölkonsortien schickte, ist unbekannt, darf aber angezweifelt

werden – seine Ausbrüche von Enthusiasmus waren meist ebenso kurzlebig wie heftig. Kein Wunder, dass der deutsche Kaiser in royalen Kreisen eine Art Schreckgespenst war.

Wilhelms Missgeschicke trübten jedoch nicht die gute Laune der beiden Parteien, und der Gipfel ging in einer unerwarteten Hochstimmung zu Ende. Am 6. Juli hieß es in einem offiziellen gemeinsamen Kommuniqué für die Presse, dass das Treffen »besonders herzlichen Charakter« gehabt habe, dass es ein neuerlicher Beweis für die »Freundschaftsbeziehungen« sei, die zwischen den beiden Monarchen bestünden, und den »festen Entschluss« bestätige, die »zwischen beiden Ländern bestehenden, altehrwürdigen Traditionen hochzuhalten«.[982]

Das Treffen in Baltischport markiert den Höhepunkt der russisch-deutschen Entspannung in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch.[983] Doch die Ergebnisse hielten sich in extrem engen Grenzen. So freundschaftlich die Gespräche verliefen, sie führten nicht zu substanziellen Entscheidungen. Das offizielle Kommuniqué, das der Presse übergeben wurde, beschränkte sich auf nichtssagende Allgemeinplätze und erklärte ausdrücklich, bei dem Treffen sei es weder darum gegangen, »neue Abmachungen« hervorzubringen, »noch auch darum, irgendwelche Änderungen in der Gruppierung der europäischen Mächte herbeizuführen, deren Wert für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts und Friedens sich erprobt hat«.[984] Die gegenseitigen Versicherungen, die Bethmann Hollweg und Sasonow zur Lage auf dem Balkan abgaben, verschleierten eine gefährliche Ungereimtheit: Während die Deutschen tatsächlich die Österreicher zur Zurückhaltung drängten und bereits in Wien Zweifel an der Vertragstreue Berlins säten, taten die Russen mit ihren Vasallen auf dem Balkan genau das Gegenteil – und wollten das auch nicht ändern. Sasonows Beteuerungen gegenüber Bethmann Hollweg, dass Russland nicht die Absicht habe, die Schwierigkeiten, mit denen das Osmanische Reich zu kämpfen hatte, auszunutzen, und dass seine »historische Mission« auf der Halbinsel inzwischen der Vergangenheit angehöre, waren, gelinde gesagt, irreführend. Wenn das die Basis für eine russisch-deutsche Verständigung sein sollte, so handelte es sich um ein wahrhaft zerbrechliches Fundament. Und schon die

zurückhaltenden Formulierungen des Kommuniqués reichten aus, um in London und Paris Paranoia-Anfälle auszulösen. Sowohl vor als auch nach dem Gipfeltreffen versicherte das Außenministerium in St. Petersburg den Regierungen in London und Paris, dass sein Engagement für die Triple Entente stärker als je zuvor sei. In gewisser Weise deckte die zögerliche Annäherung in Baltischport somit auf, wie schwierig sich eine wahrhaft multilaterale Entspannung höchstwahrscheinlich gestalten würde.

Vergleichbare strukturelle und politische Beschränkungen standen einer dauerhaften Entspannung zwischen Deutschland und Großbritannien im Wege. Die Haldane-Mission vom Februar 1912, als sich Deutschland und Großbritannien nicht auf eine Begrenzung des Flottenbaus einigen konnten, ist ein gutes Beispiel. Der ursprüngliche Architekt der Mission war Bethmann Hollweg. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, eine Einigung mit Großbritannien herbeizuführen, auf deren Grundlage internationale (in erster Linie koloniale) Fragen gemeinsam gelöst werden könnten − statt über Konkurrenz und Konfrontation. Der Kanzler betrachtete das ehrgeizige Flottenprogramm von Admiral Tirpitz als Haupthindernis für solch eine Übereinkunft. Wegen der persönlichen Unterstützung des Kaisers für das Flottenprogramm und der zerrissenen Struktur der deutschen Exekutive konnte der Kanzler die aktuelle Linie jedoch nicht direkt außer Kraft setzen, sondern musste Umwege gehen. Um Tirpitz' Einfluss zu schwächen, verbündete sich Bethmann Hollweg bei seiner langfristigen Kampagne gegen das Reichsmarineamt mit der Admiralität (die Admiralität kritisierte Tirpitz ihrerseits wegen der Konzentration auf den Schiffbau statt auf die Ausbildung von Marinepersonal). Er spornte das Heer, das schon seit längerem ein Schattendasein führte, während das Budget der Marine in die Höhe schoss, an, nachdrücklich eine Modernisierung und Aufstockung zu fordern.[985] Und selbstverständlich instruierte er Metternich, den deutschen Botschafter in London, ihm die dringend benötigten Argumente zu liefern, um den Kaiser zu überzeugen, dass eine Beschränkung des Flottenbaus unter Umständen eine überzeugendere Wirkung auf London hätte als die derzeitige Politik der Stärke und Konfrontation. Kurzum, Bethmann Hollweg setzte eifrig sämtliche Hebel in Bewegung, um die Verteidigungspolitik des Reiches von

der Fixierung auf den Flottenbau abzubringen.

Wie Joseph Caillaux während der zweiten Marokkokrise setzte auch Bethmann Hollweg einen unpolitischen Vermittler ein, den in Hamburg ansässigen Schiffsmagnaten Albert Ballin, der an der Öffnung eines ganz wichtigen Kommunikationskanals maßgeblichen Anteil hatte. Wie viele führende Figuren im Handels- und Bankensektor war Ballin vollkommen von dem zivilisatorischen Wert des internationalen Handels und der geradezu verbrecherischen Dummheit eines europäischen Krieges überzeugt. Über seine Kontakte zu dem britischen Banker Sir Ernest Cassel gelang es Ballin, Berlin die Botschaft zukommen zu lassen, dass die Briten prinzipiell durchaus an einer bilateralen Verständigung über Themen interessiert wären, die sich aus dem Flottenbau und der Kolonialpolitik ergaben. Im Februar 1912 reiste Kriegsminister Lord Haldane nach Berlin, um die Optionen auszuloten.

Warum scheiterte die Haldane-Mission? Es lag nicht einfach an der deutschen Unnachgiebigkeit beim Umfang und Tempo des Flottenbaus, weil Bethmann Hollweg und – wenn auch widerwillig – Kaiser Wilhelm II. diesbezüglich durchaus Zugeständnisse machten.[986] Der eigentliche Knackpunkt war vielmehr das Beharren Berlins auf einer konkreten Gegenleistung, nämlich der Zusage einer britischen Neutralität im Fall eines Krieges zwischen Deutschland und einer anderen Kontinentalmacht. Warum zierten sich die Briten so sehr, auf diesen Wunsch einzugehen? Das Argument, dass sie an die Bestimmungen ihres Bündnisses mit Frankreich gebunden waren, kann nicht gelten, weil Bethmann Hollweg bereit war, das vorgeschlagene Neutralitätsabkommen auf Fälle zu beschränken, in denen Deutschland nicht als der »Angreifer« gelten würde. Er räumte ausdrücklich ein, dass eine »Pflicht zur Neutralität« entfallen werde, »insoweit sie mit den zurzeit bestehenden Bündnissen nicht vereinbar ist, die die hohen Vertragsschließenden abgeschlossen haben«.[987] Der eigentliche Grund für die britische Zurückhaltung war eher die verständliche Abneigung, seinem Gegenüber quasi ohne Gegenleistung etwas zu versprechen: Großbritannien gewann ohnehin mühelos das Wettrüsten und genoss eine unumstrittene Vorherrschaft auf See. Bethmann Hollweg und Wilhelm aber wollten ein

Neutralitätsabkommen im Austausch dafür, dass Deutschland anerkannte, dass dieser Zustand von Dauer sein werde. Aber warum sollte Großbritannien etwas für einen Vorteil geben, den es bereits besaß?[988] Mit einem Wort: Nicht die Zahl der Schiffe als solche verhinderte ein Abkommen, sondern die Unversöhnlichkeit der von beiden Seiten wahrgenommenen Interessen.[989]

Haldane schüttelte bei seiner Rückkehr aus Berlin den Kopf über die Verwirrung, die er dort bemerkt hatte: Selbst für einen Außenstehenden war offensichtlich, dass es Bethmann Hollweg nicht gelungen war, den Kaiser und das Reichsmarineamt für seine Politik zu gewinnen. Aber auch in Großbritannien wurden mächtige Interessen gegen den Erfolg der Mission ins Feld geführt.[990] Von Anfang an wurde sie in London als reiner Sondierungsauftrag aufgefasst. Haldane musste unter dem Deckmantel einer Bildungsstudie nach Berlin reisen (er war damals Vorsitzender der Royal Commission an der London University) und besaß, wie es in einer britischen Note an die deutsche Regierung hieß, »keine Befugnis, irgendwelche Vereinbarungen zu schließen oder einen seiner Kollegen zu etwas zu verpflichten«.[991] Bei der Mission ging es, wie Haldane Jules Cambon persönlich versicherte, um Entspannung, nicht um vertragliche Bindung.[992] In Paris versuchte Bertie mit allen Mitteln, die Einigung zu torpedieren, indem er Poincaré einen Tipp gab und den Quai d'Orsay aufstachelte, London unter Druck zu setzen.[993] Bezeichnenderweise war der Mann, der Haldane bei den Gesprächen mit Rat und Tat zur Seite stehen sollte, kein anderer als Sir Arthur Nicolson. Bekanntlich hatte Nicolson schon immer die Meinung vertreten, dass man mit jedem Zugeständnis an Deutschland Gefahr laufe, sich die Russen zum Feind zu machen, deren Wohlwollen für die britische Sicherheit unerlässlich war. Nicolson machte auch kein Hehl aus seiner Feindseligkeit gegen Haldanes Unternehmen. »Mir will nicht in den Kopf«, sagte er zu Sir Francis Bertie, dem britischen Botschafter in Paris im Februar 1912, »warum wir die ausgezeichnete Stellung, in der wir uns befinden, aufgeben und einen Rückzieher machen sollten, damit wir in Anstrengungen hineingezogen werden, uns in sogenannte ›Verpflichtungen‹ zu verwickeln, die unsere Beziehungen zu Frankreich und Russland

zweifellos, wenn nicht tatsächlich belasten würden«.[994] Der Botschafter pflichtete ihm bei: Die Haldane-Mission sei ein »dummer Schachzug«, der lediglich zu dem Zweck unternommen worden sei, die schärfsten Kritiker Greys zum Schweigen zu bringen.[995] Also bestand von Anfang an keine realistische Erfolgschance für die Mission.[996] Zur großen Erleichterung von Nicolson und Bertie lehnte Grey es ab, eine »Neutralitätsklausel« in Betracht zu ziehen, und die Gespräche Haldanes scheiterten. Botschafter Goschen gratulierte Nicolson von Berlin aus: »Sie hatten maßgeblich Anteil an diesem guten Werk.«[997]

Wie aus Nicolsons Kommentar hervorgeht, wurde die Politik der Entspannung, zumindest in Großbritannien, von dem Blockdenken eingeengt, das immer noch als unverzichtbare Grundlage für die nationale Sicherheit akzeptiert wurde. Entspannung konnte eine Blockstrategie eventuell ergänzen, aber nicht ersetzen. Sir Edward Grey hatte diese Auffassung im November 1911 in einer Rede vor dem Unterhaus prägnant zum Ausdruck gebracht: »Man schließt keine neuen Freundschaften, die sich lohnen würden, indem man alte aufgibt. Lasst uns mit allen Mitteln neue Freundschaften schließen, aber nicht auf Kosten der bereits bestehenden.«[998]

Gerade weil in die Mission Haldanes so wenig investiert wurde, ließ sich ihr Scheitern auch ohne Weiteres verkraften, und die britisch-deutsche Annäherung wurde fortgesetzt. Erst im Licht der späteren Ereignisse erlangte der gescheiterte Versuch, sich auf ein Flottenabkommen zu einigen, eine historische Bedeutung. Im Herbst 1912, als die Balkankrise ausbrach, schlug der deutsche Außenminister Kiderlen-Wächter dem britischen Botschafter in Berlin Goschen vor, dass beide Länder ihre Antwort koordinierten, um zu vermeiden, dass sie in feindliche Lager gerieten. Sir Edward Grey ließ seinerseits Bethmann Hollweg mitteilen, dass er den »Wunsch nach intimer politischer Kooperation mit uns« hege.[999] Großbritannien und Deutschland unterstützten gemeinsam die Botschafterkonferenz, die zwischen Dezember 1912 und Juli 1913 in London tagte. Die beiden Mächte halfen beim Aushandeln von Kompromisslösungen für die heikelsten Probleme, die der Erste Balkankrieg aufgeworfen hatte. Ferner drängten sie ihre jeweiligen

Bündnispartner, Russland und Österreich, zur Zurückhaltung.[1000]

Selbstverständlich spielten hier etliche Hintergedanken eine Rolle. Staatssekretär Jagow, der nach Kiderlens überraschendem Tod im Dezember 1912 dessen politischen Kurs fortführte, hoffte, dass eine Fortsetzung der Zusammenarbeit auf dem Balkan die britische Bindung an die Entente-Mächte schwächen würde, da London die Aggressivität der russischen Politik in der Region erkennen würde. Grey hoffte seinerseits, dass die Deutschen weiterhin die Österreicher im Zaum hielten und auf diese Weise verhinderten, dass die regionalen Balkankonflikte den europäischen Frieden gefährdeten. Aber keine Seite war bereit, an ihrer jeweiligen Blockstrategie zu rütteln. Die englisch-deutsche »Balkan-Entspannung« funktionierte zum großen Teil deswegen, weil sie so strikt auf ein Gebiet (die Balkanhalbinsel) begrenzt war, an dem keiner der beiden Staaten größere Interessen hatte. Sie hing ferner von der österreichischen und russischen Bereitschaft ab, auf einen Krieg zu verzichten. Das Ganze war eine recht fadenscheinige Angelegenheit ohne substanziellen Inhalt, die nur so lange Bestand haben konnte, wie der Frieden nicht ernsthaft in Gefahr war.

Somit könnte man sagen, dass das Potenzial für eine Entspannung durch die Belastbarkeit der Bündnisblöcke begrenzt wurde. Dies lässt sich nicht bestreiten, bis auf die Einschränkung, dass damit impliziert wird, die Bündnisblöcke wären feste und unbewegliche Fixpunkte der internationalen Politik gewesen. Aber wir dürfen dabei nicht vergessen, für wie zerbrechlich und flüchtig viele wichtige Entscheidungsträger das Bündnissystem hielten. Die Österreicher fürchteten immer wieder, dass die Deutschen im Begriff seien, ihre Meinungsverschiedenheiten mit Russland beizulegen und ihre Habsburger Verbündeten im Stich zu lassen. Und diese Befürchtung hatte durchaus ihre Berechtigung, weil die Quellen die Vermutung nahelegen, dass die deutsche Linie der Zurückhaltung gegenüber Wien im Lauf der Jahre 1910 bis 1913 lediglich die Russen auf dem Balkan anspornte, ohne dass Österreich zum Ausgleich einen sicherheitspolitischen Vorteil daraus zog.[1001] Poincaré sah in dem ergebnislosen Treffen in Baltischport den unheilvollen Vorboten einer russisch-deutschen Partnerschaft auf dem Balkan und bei den Meerengen. Im Frühjahr 1913 herrschte in Paris sogar eine gewisse

Verärgerung über den jüngsten »Flirt« zwischen den Höfen von St. James und Berlin. König Georg V. hatte man im Verdacht, engere Beziehungen zu Deutschland anzustreben.[1002] Was Sir George Buchanan betraf, so genügte dem britischen Botschafter in St. Petersburg schon das geringste Anzeichen eines Tauwetters zwischen Wien und St. Petersburg, um die schockierende Aussicht heraufzubeschwören, dass Russland aus der Entente ausscheren und sich mit Deutschland und Österreich verbünden könnte, wie zur Zeit des Dreikaiserabkommens in den 1870er und 1880er Jahren.

Im Fall der britischen Beziehungen zu Russland wurde die Befürchtung, einen mächtigen Freund zu verlieren, noch von der Angst verstärkt, einen mächtigen Gegner zu bekommen. In den letzten drei Jahren vor Kriegsausbruch traten die alten geopolitischen Spannungen zwischen Russland und Großbritannien wieder in den Vordergrund. Überall an der chinesisch-zentralasiatischen Grenze kam es zu Zwischenfällen, von Tibet und der Äußeren Mongolei bis hin nach Turkestan und Afghanistan; das dringlichste Problem war jedoch Persien. Im Sommer 1912 warf ein bewaffnetes Eindringen Russlands in den Norden Persiens die Frage auf, ob das englisch-russische Abkommen in seiner jetzigen Form fortgesetzt werden könne. Bereits im November 1911 warnte Grey Graf Benckendorff, den russischen Botschafter in London, dass er in Kürze gezwungen sein könnte, öffentlich die »Missbilligung« der russischen Aktivitäten in Persien zu erklären, und dass Russland die Zukunft des englisch-russischen Abkommens aufs Spiel setze.[1003] Und das war ein Thema, das nicht nur im Foreign Office, sondern auch im Kabinett, im Parlament und in der Presse auf Interesse stieß. Als sich Sasonow und Grey im September 1912 auf Schloss Balmoral zu Gesprächen hauptsächlich über die persische Frage trafen, kam es zu Demonstrationen gegen den russischen Minister. Die Angst um Großbritanniens imperiale Zukunft im Verein mit der traditionellen Russophobie der liberalen Bewegung und der britischen Presse bildeten eine einflussreiche Mischung. Diese Sorgen blieben das ganze Jahr 1913 über und noch Anfang 1914 akut. In Briefen vom Februar und März 1914 an Botschafter Buchanan in St. Petersburg kommentierte Grey wütend russische Pläne, eine strategische Eisenbahn quer durch Persien bis zur indischen

Grenze zu bauen. Die Russen drängten britische Handelsinteressen in Persien nach und nach an den Rand, selbst innerhalb der Zone, die nach den Bestimmungen ihres Abkommens Großbritannien zugeschlagen worden war. Die Lage entlang der chinesischen Grenze war gewiss nicht erfreulicher: In den Jahren 1912/13 meldeten britische Agenten, dass die Russen eine »ungewöhnliche militärische Aktivität« zwischen der Mongolei und Tibet entfachten; Lieferungen russischer Gewehre waren beim Transport durch Urga nach Lhasa entdeckt worden, und russische burjatische »Mönche« bildeten die tibetische Armee aus. Zur selben Zeit drangen Russen in das chinesische Turkestan vor, um nur 250 Kilometer von der britischen Garnison in Srinagar entfernt befestigte Stellungen zu errichten.[1004] Russland wartete bloß, so schien es zumindest, auf die nächste Gelegenheit, nach Indien einzumarschieren.[1005]

Diese wahrgenommenen Bedrohungen erzeugten feine Risse im politischen Gerüst des Foreign Office. In Greys Augen steigerte das ärgerliche Verhalten der Russen noch den Wert der englisch-deutschen Entspannung auf dem Balkan. Man konnte sich nur darüber wundern, wie problemlos britische und deutsche Diplomaten zusammenarbeiteten, zu einer Zeit, als Sasonows opportunistischer Zickzackkurs auf dem Balkan den britischen Partner Russlands auf eine harte Probe stellte. Und Grey wurde bei diesen Überlegungen von seinem langjährigen Privatsekretär William Tyrrell bestärkt, der den Außenminister häufiger als jeder andere Kollege zu Gesicht bekam. Tyrrell hatte zuvor für die »antideutsche Richtung« plädiert, wurde aber später zu einem »überzeugten Befürworter der Verständigung«.[1006] Der Reiz dieser Option wurde zweifellos durch das Bewusstsein verstärkt, dass die größte Gefahr, die von Berlin ausgegangen war, »ihren Stachel verloren hatte«, weil Deutschland im Wettrüsten unterlegen war.[1007] Die Rückkehr zu einer flexibleren Politik versprach die russenfeindlichen Argumente der radikalen Opposition zum Schweigen zu bringen, wie auch der »Grey muss gehen«-Brigade den Wind aus den Segeln zu nehmen. Letztere sahen in der feindlichen Haltung des Außenministers gegen Berlin eine unnötige Gefahr für die britische Unabhängigkeit und den europäischen Frieden.

Aber diese Option blieb ein Wunschtraum, solange die Risiken, die mit dem

Verlust der russischen Bündnistreue verbunden waren, nicht durch die Vorzüge einer engeren Zusammenarbeit mit Deutschland kompensiert wurden. Bis dieser Punkt erreicht war – und davon war 1913/14 noch lange nichts zu sehen –, sprachen die Argumente weiterhin für eine Besänftigung Russlands und eine aggressive Haltung gegenüber Deutschland. Russland war im Jahr 1913 ein weit gefährlicherer Gegner als noch 1900, insbesondere wenn man das Land durch die Brille der britischen Politiker betrachtete, die die russische Macht, genau wie ihre französischen Kollegen, extrem überschätzten. In all den Jahren vom russisch-japanischen Krieg bis zur Julikrise 1914, und trotz unzähliger gegenteiliger Hinweise, präsentierten britische Militärattachés und Experten ein positives Bild von der russischen Militärmacht, das im Rückblick geradezu absurd erscheint.[1008] In einem ausgesprochen charakteristischen Bericht vom September 1909 meldete General Sir Ian Hamilton, der zuvor als Militärattaché bei den japanischen Truppen in der Mandschurei die russische Armee in Aktion gesehen hatte, dass die Streitkräfte in der Zwischenzeit gewaltige Verbesserungen umgesetzt hätten. Dank eines »außergewöhnlichen Fortschritts« bei der »Feuer- und Bewegungstaktik« könne man russische Soldaten nunmehr als »bessere Kämpfer und verwegenere Soldaten als die deutschen« beschreiben. Da Hamilton auch deutschen Manövern beigewohnt hatte, hatten seine Worte einiges Gewicht.[1009]

In den Köpfen einiger Entscheidungsträger in London stellte die russische Bedrohung immer noch die von Deutschland ausgehende Gefahr in den Schatten. »Unsere Leute«, räumte ein hoher Beamter des Foreign Office Anfang Dezember 1912 ein, als die erste Albanienkrise ihren Höhepunkt erreicht hatte, »haben vor allem Angst, dass Deutschland nach St. Petersburg geht und vorschlägt, Österreich zurückzuhalten, wenn Russland die Entente verlässt. Das ist die eigentliche Gefahr der Situation, nicht ein Konflikt der Mächte. Wir haben wirklich Angst, dass Russland nach dem Chaos der Krise womöglich an der Seite des Dreibundes stehen wird.«[1010] In Nicolsons Augen hing die Sicherheit Großbritanniens und seines Weltreiches immer noch vom englisch-russischen Abkommen ab, das er am liebsten (neben der französischen Entente) zu einem richtigen Bündnis ausgeweitet hätte. Es war

mit erheblich mehr Nachteilen verbunden, »ein unfreundliches Frankreich und Russland zu haben, als ein unfreundliches Deutschland«.[1011] »Es ist absolut lebenswichtig für uns, zu Russland möglichst gute Beziehungen zu pflegen«, schrieb er im Mai 1914, »denn falls wir ein unfreundliches oder nur gleichgültiges Russland haben, dürften wir an bestimmten Örtlichkeiten, wo wir leider nicht in der Lage sind, uns selbst zu verteidigen, in große Schwierigkeiten geraten«.[1012] Schon mit der geringsten Geste der Annäherung an Berlin setzte London sein Ansehen als verlässlicher Partner aufs Spiel, und sobald der Ruf ruiniert war, bestand die Gefahr, dass Russland Großbritannien einfach fallen ließ und wieder in die Rolle des imperialen Rivalen verfiel. Nicolsons Anschauung lag die (in den letzten Vorkriegsjahren von vielen in London geteilte) Überzeugung zugrunde, dass die furchterregende Expansion der russischen Wirtschaftskraft und militärischen Stärke das Land schon bald in eine relative Unabhängigkeit versetzen werde, in der es auf Großbritannien würde verzichten können.

Daraus folgte, dass England sich um jeden Preis Russlands Loyalität erkaufen musste. Nicolson war bestürzt über die Rolle, die Sasonow beim Zustandekommen der serbisch-bulgarischen Allianz gegen die Türkei spielte, und generell über das unablässige Aufstacheln der serbischen Regierung, doch das waren lästige Kleinigkeiten im Vergleich zu der Katastrophe eines russischen Ausscheidens aus der Entente. Britischen Diplomaten war folglich eine kontrollierte Anspannung auf dem Balkan in mancher Hinsicht lieber als die Aussicht eines Rückfalls in das österreichisch-russische Kondominium der Zeit vor 1903, das wiederum eine Rückkehr zu der weltweiten englisch-russischen Rivalität vor 1907 erleichtert hätte – ein Szenario, für das sich die Briten 1913 noch schlechter gerüstet fühlten als in der Zeit der Burenkriege.[1013] Im Sommer 1912 vertrat Nicolson sogar die Auffassung, dass eine russische Expansion auf dem Balkan ohnehin unvermeidlich sei und dass Großbritannien deshalb am besten gar nicht erst versuche, sich dem zu widersetzen. »Das Ziel Russlands ist es nunmehr, da es seine Finanzen in beste Ordnung gebracht und die Armee reorganisiert hat«, teilte er dem britischen Botschafter in Wien mit, »seine dominierende Stellung auf dem Balkan wiederherzustellen und zu behaupten«.[1014]

Zwischen dem beweglichen Gerüst der Bündnisblöcke und einer Entspannung bestand eine komplexe Wechselwirkung. Die Entspannung konnte unter Umständen das Gefahrenpotenzial sogar steigern, indem sie bei den Hauptakteuren das Bewusstsein für die drohenden Gefahren schwächte. Die Botschafterkonferenz in London, die Grey zum großen Teil als sein Verdienst ansah, stärkte sein Vertrauen in die eigene Fähigkeit, Krisen zu lösen und »den Frieden zu retten« – ein Vertrauen, das seine Befähigung zu einem rechtzeitigen Eingreifen bei den Ereignissen vom Juli 1914 beeinträchtigte. Grey lernte aus der englisch-deutschen Entspannung auf dem Balkan die Lektion, dass Deutschland weiterhin den österreichischen Bündnispartner zurückhalten werde, komme, was wolle. Jagow und Bethmann Hollweg zogen daraus die ebenso problematische Erkenntnis, dass London nunmehr zumindest die Augen für die wahre Natur der russischen Balkanpolitik geöffnet worden seien und dass Großbritannien vermutlich neutral bleiben werde, falls die Russen in der Region einen Konflikt beginnen sollten. Außerdem konnte Entspannung in einem Teil des europäischen Systems gleichzeitig eine Verhärtung der Verpflichtungen in einem anderen mit sich bringen. Beispielsweise wirkte sich die Ungewissheit über die Absichten Londons (geschürt von der englisch-deutschen Kollaboration auf dem Balkan) auf die französischen Beziehungen zu St. Petersburg aus. »Die französische Regierung«, schrieb der belgische Gesandte in Paris im April 1913, »trachtet danach, ihr Bündnis mit Russland immer mehr zu festigen, weil sie sich bewusst ist, dass die Freundschaft zu England immer weniger stabil und wirkungsvoll ist«.[1015]

Diese Überlegungen lassen scheinbar darauf schließen, dass das europäische Vorkriegssystem irgendwie in einer Konstellation feststeckte, aus der ein Krieg der einzige Ausweg war. Das wäre eine mögliche Schlussfolgerung aus der Beobachtung, dass selbst Entspannungstendenzen eine Gefahr für den Frieden bedeuteten. Wir dürfen aber nicht vergessen, wie dynamisch das System immer noch war oder wie offen seine Zukunft zu der Zeit schien. In den letzten Monaten vor Kriegsausbruch ahnten einige führende britische Politiker bereits, dass das Abkommen mit Russland zu Persien im Jahr 1915 womöglich nicht wie geplant erneuert werden würde.[1016] Tyrrell vertrat im

Frühjahr 1913 die Anschauung, dass Großbritannien das ungebührliche Verhalten der Russen bis zum Abklingen der Krise auf dem Balkan tolerieren solle, dann aber (1914 oder vielleicht auch 1915) in Persien, der Mongolei und China einen harten Kurs verfolgen müsse. Es entstand eine Kluft zwischen Grey und Nicolson, der im Jahr 1914 bereits zunehmend isoliert war. Viele leitende Kollegen im Foreign Office betrachteten Nicolsons bedingungsloses Festhalten an dem englisch-russischen Bündnis mit tiefer Skepsis. Tyrrell und Grey (sowie andere Beamte des Foreign Office) waren geradezu empört über das Versäumnis der russischen Regierung, sich an die Bedingungen des Abkommens von 1907 zu halten, und gewannen allmählich den Eindruck, dass eine Einigung mit Deutschland eventuell als nützliches Korrektiv zu St. Petersburg dienen könnte. Im Frühjahr 1914 erkannte selbst Nicolson die Zeichen der Zeit: Am 27. März warnte er einen Kollegen, nicht davon auszugehen, dass die gegenwärtige Machtkonstellation Bestand haben werde: »Ich halte es für extrem wahrscheinlich, dass wir in Kürze frische Entwicklungen und neue Gruppierungen in der europäischen politischen Lage erleben werden.«[1017]

»Jetzt oder nie«

Was bedeutete das nun für Deutschland? Zur Beantwortung dieser Frage muss man sich die Ambivalenz der internationalen Entwicklungen der letzten zwei Vorkriegsjahre vor Augen führen. Auf der einen Seite war in der Phase nach der zweiten Marokkokrise ein Nachlassen der Spannung zu beobachten, insbesondere zwischen Deutschland und Großbritannien, und es gab Anzeichen, dass die kontinentalen Bündnisblöcke im Laufe der Zeit womöglich ihre Funktion und ihren Zusammenhalt verlieren würden. Folglich gab es Grund zu der Annahme, dass die Entspannung nicht nur eine vorübergehende Atempause von den gegenseitigen Feindseligkeiten war, sondern eine echte Chance für das internationale System bot. So gesehen war ein allgemeiner Krieg alles andere als unvermeidlich.[1018] Auf der anderen Seite bewirkten jedoch die Marokko- und Balkankrisen eine drastische Steigerung der militärischen Bereitschaft und lieferten Anzeichen für eine

aggressivere russische Politik auf der Balkanhalbinsel, mit Pariser Rückendeckung. Und die Angst, dass sich die Bande der Entente lockern könnten, hatte kurzfristig eine Versteifung der Bündnisverpflichtungen zur Folge – eine Tendenz, die von dem Aufstieg vergleichsweise streitlustiger politischer Gruppierungen in ganz Europa verstärkt wurde.

Die deutsche Politik spiegelte die Inkohärenz und Ambivalenz dieses größeren Bildes wider. Als Erstes muss man festhalten, dass die Deutschen von dem spektakulären russischen Wirtschaftswachstum und der Vitalität des Landes ebenso beeindruckt waren wie alle anderen. Nach seiner Russlandreise im Sommer 1912 fasste Bethmann Hollweg seine Eindrücke für Jules Cambon in ganz ähnliche Worte wie Verneuil für Pichon neun Monate später:

> Der Kanzler brachte ein so tiefes Gefühl der Bewunderung und des Erstaunens zum Ausdruck, dass es sich auf seine Politik auswirkt. Die Größe des Landes, seine Weite, sein landwirtschaftlicher Reichtum, ebenso wie der Eifer der Bevölkerung, dem immer noch, wie er anmerkte, jede Form von Intellektualismus abhanden komme. Er verglich die Jugend Russlands mit der Amerikas, und ihm scheint es so, dass während [die Jugend] Russlands von Zukunftschancen gesättigt ist, Amerika anscheinend kein einziges neues Element dem gemeinsamen Erbe der Menschheit hinzufügt.[1019]

Vom Standpunkt der einflussreichsten deutschen Militärs aus schien es völlig offensichtlich, dass sich die geopolitische Lage rasch zum Nachteil Deutschlands veränderte. Helmuth von Moltke, seit Januar 1906 der Nachfolger Schlieffens als Generalstabschef, präsentierte unerschütterlich eine trostlose und kriegerische Sichtweise der internationalen Lage Deutschlands. Seine Anschauung lässt sich auf zwei axiomatische Annahmen reduzieren: Erstens würde sich ein Krieg zwischen den beiden Bündnisblöcken langfristig ohnehin nicht vermeiden lassen. Zweitens arbeite die Zeit eher gegen Deutschland. Mit jedem neuen Jahr würde die militärische Stärke der voraussichtlichen Gegner Deutschlands, insbesondere die Russlands mit seiner rasch expandierenden Wirtschaft und dem praktisch

unbegrenzten Menschenreservoir, wachsen, bis sie eine unanfechtbare Überlegenheit erreichten, die es ihnen gestatten würde, nach Belieben selbst den Moment und die Bedingungen zu bestimmen, zu denen ein Konflikt ausgetragen werden würde.

Zwischen diesen beiden Axiomen bestand ein grundlegender Unterschied. Das erste war eine nicht überprüfbare psychische Projektion, die Moltkes eigener Paranoia und pessimistischer Haltung entsprang.[1020] Das zweite hingegen wurde, auch wenn es ebenfalls eine gehörige Portion Paranoia enthielt, zumindest durch eine vergleichende Analyse der relativen militärischen Stärke der europäischen Mächte bestätigt. Moltkes Besorgnis wegen des immer größeren Ungleichgewichts zwischen den beiden Blöcken und der ständigen Verschlechterung der deutschen Siegeschancen bei einem zukünftigen Konflikt gewann nach 1910 an Plausibilität, als die Russen den ersten großen Aufrüstungszyklus für Artillerie und Bodentruppen einleiteten.[1021]



Helmuth von Moltke im Jahr 1914

dpa/Corbis

Die nächste Eskalation der europäischen Kriegsbereitschaft und vielfacher Rüstungsinvestitionen setzte im Zuge der zweiten Marokkokrise und der von den Balkankriegen ausgelösten Krise ein. Im November 1912, als die Russen ihre Maßnahmen gegen Österreich-Ungarn intensivierten und die französische Regierung als unbeteiligter Zuschauer jubelte, legte die deutsche Regierung eine bemerkenswerte Zurückhaltung an den Tag: Es wurden keine Reservisten einberufen, Wehrdienstleistende wurden nicht in der Armee belassen, und es fand keine versuchsweise Mobilmachung statt.[1022] Aber ab Mitte November, als sich das gigantische Ausmaß der russischen militärischen Vorbereitungen abzeichnete, nahm die Besorgnis der deutschen Heeresleitung zu. Besonders alarmierend für die Deutschen war, dass der letzte Jahrgang russischer Wehrdienstleistender einbehalten wurde, sodass die Truppenstärke entlang der deutschen Grenze im polnischen Ausläufer schlagartig erhöht wurde. Diese Bedenken wurden überdies durch Informationen verschiedener Quellen und Orte genährt, dass in den Chefetagen der russischen Armee die Meinung vorherrsche, der Konflikt mit Österreich lasse sich ohnehin nicht vermeiden und jetzt sei der geeignete Zeitpunkt zum Zuschlagen gekommen.[1023]

Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg war über diese Prophezeiungen und die Truppenbewegungen auf beiden Seiten der galizischen Grenze beunruhigt und wollte unbedingt dem Eindruck entgegentreten, Deutschland habe kein Interesse mehr daran, Österreich-Ungarn gegen regionale Bedrohungen zu beschützen. Am 2. Dezember 1912 hielt er deshalb im Reichstag eine zehnminütige Rede. Sie war eine überarbeitete Version – knapper gefasst und bescheidener im Ton – von Lloyd Georges Rede im Mansion House vom Vorjahr. Der Kanzler begann mit dem Hinweis, dass Deutschland bislang seinen Einfluss dafür verwendet habe, den Krieg lokal zu begrenzen, und dass er bislang in der Tat lokalisiert worden sei – eine Feststellung, die ihm den Beifall des Parlaments eintrug. Für den Fall, dass dennoch unlösbare Schwierigkeiten auftauchen sollten,

was er nicht hoffe, müssten die unmittelbar daran beteiligten Mächte ihre Ansprüche durchsetzen. Das gelte auch für die deutschen Verbündeten. Es folgte eine sorgfältig formulierte Warnung:

> Wenn sie [die Verbündeten] aber bei der Geltendmachung ihrer Interessen, wider alles Erwarten, von dritter Seite angegriffen und damit in ihrer Existenz bedroht werden sollten, dann würden wir, unserer Bundespflicht getreu, fest entschlossen an ihre Seite zu treten haben (Bravo! Rechts und bei den NL [Nationalliberalen]) und dann würden wir zur Wahrung unserer eigenen Stellung in Europa, zur Verteidigung unserer eigenen Zukunft und Sicherheit fechten. Ich bin fest überzeugt, dass wir bei einer solchen Politik das ganze Volk hinter uns haben werden (erneutes Bravo!).[1024]

Die Londoner *Times*, die am folgenden Tag den vollen Wortlaut der Rede abdruckte, entdeckte in den Worten des Kanzlers nichts »Neues oder Sensationelles«. »Es ist vollkommen klar«, schrieb der Berliner Korrespondent der Zeitung, »dass Deutschland den Frieden sowohl wünsche als auch anstrebe.«[1025] Lord Haldane sah das jedoch ganz anders. Völlig unerwartet berief der britische Kriegsminister den deutschen Botschafter Fürst Max von Lichnowsky zu sich und teilte ihm mit, dass Großbritannien im Fall eines Krieges zwischen Deutschland und dem französisch-russischen Bündnis höchstwahrscheinlich auf der Seite der Gegner Deutschlands kämpfen werde. Lichnowskys Bericht über dieses Gespräch mit Haldane löste in Berlin − oder genauer: beim Kaiser − Panik aus. Wilhelm II., der für Signale aus London stets sehr empfänglich war, erklärte, dass er in Haldanes Warnung »eine moralische Kriegserklärung« entdecke.[1026] Tief erschüttert bestellte Wilhelm II. Moltke, Tirpitz, den Chef der Admiralität Josias von Heeringen und Admiral Wilhelm Müller, den Chef des Marinekabinetts, am Sonntag dem 8. Dezember um 11 Uhr zu einer Dringlichkeitssitzung im Königspalast zu sich. Die Sitzung begann mit kriegerischen Sprüchen seitens des Kaisers: Österreich müsse gegenüber Serbien (dessen Truppen zu der Zeit noch in Albanien standen) Härte zeigen, und Deutschland müsse ihm

beistehen, falls Russland angreife. Wenn es dazu kommen sollte, wetterte der Kaiser, werde Deutschland die Hauptmacht seiner Armee gegen Frankreich werfen und mit seinen Unterseebooten britische Truppenschiffe torpedieren. Am Ende der folgenden Unterhaltung forderte er die Marine eindringlich auf, den U-Boot-Bau zu beschleunigen, und verlangte, »durch die Presse besser die Volksthümlichkeit [sic!] eines Krieges gegen Russland« vorzubereiten. Ferner teilte er die Einschätzung von Generalstabschef Helmuth von Moltke, dass ein Krieg »unvermeidbar« sei und deshalb »je eher desto besser« stattfinden solle.[1027]

Die Historiker streiten sich darüber, welche Bedeutung diesem »Kriegsrat«, wie der nicht dazugebetene Bethmann Hollweg das Treffen sarkastisch nannte, zukommt. Einige argumentieren, der Kriegsrat vom Dezember 1912 habe nicht nur die durchweg zentrale Stellung des Kaisers im Entscheidungsprozess belegt, sondern auch den Weg für einen umfassenden Kriegsplan frei gemacht. Dazu mussten unter anderem die Marine, das Heer, die deutsche Wirtschaft und die deutsche Öffentlichkeit auf einen Krieg eingestimmt und auf diese Weise auf die Auslösung eines vorsätzlichen Konflikts vorbereitet werden.[1028] Andere Historiker haben das Treffen als eine reflexartige Antwort auf eine internationale Krise gewertet und lehnen die Interpretation ab, dass das deutsche Militär und die politische Führung damit den Startschuss zu den Vorbereitungen für einen im Voraus geplanten europäischen Krieg gegeben hätten. Wer hat Recht? An der Aggressivität der militärischen Ratschläge, die auf dem Kriegsrat vorgebracht wurden, kann kein Zweifel bestehen, und es liegt auf der Hand, dass der Kaiser zumindest in diesem Moment bereit schien, die Ansichten seiner aggressivsten Befehlshaber zu billigen. Andererseits löste das Treffen in Wirklichkeit keinen Countdown zu einem Präventivkrieg aus. Der einzige Augenzeugenbericht, der uns vorliegt, nämlich das Tagebuch Admiral Müllers, stellt alles in allem fest, dass das Ergebnis des Treffens »so ziemlich 0 [Null]« gewesen sei. Es begann weder ein landesweiter Propagandafeldzug, noch wurde eine konzertierte Anstrengung gestartet, um die deutsche Wirtschaft auf den Krieg vorzubereiten.[1029] Die Hauptfigur in dem Drama vom 8. Dezember war nicht Wilhelm, sondern Bethmann Hollweg, der in der

Folge »den Kaiser in die Schranken wies« und gar eine »Nullifikation« der bei der Sitzung getroffenen Entscheidungen erreichte.[1030] Der Kriegsrat vom 8. Dezember 1912 blieb eine Episode: Bereits Anfang Januar war die Krisenstimmung in Berlin verflogen, und Wilhelm hatte sich wieder beruhigt. Bethmann Hollweg redete ihm die Pläne für ein aufgestocktes Flottenprogramm aus, die vom Kaiser geforderte Beschleunigung des U-Boot-Baus fand nie statt, und als im April/Mai 1913 wegen der serbisch-montenegrinischen Besetzung der albanischen Stadt Scutari auf dem Balkan erneut eine Krise ausbrach, zeigte sich, dass Wilhelm weiterhin alle Schritte ablehnte, die dazu geeignet waren, einen Krieg auszulösen.[1031]

Weit bedeutender als das Treffen im Neuen Palais im Dezember war die Entscheidung im Vormonat, ein beispielloses Wachstum der deutschen militärischen Friedensstärke anzustreben. Das Wehrgesetz von 1913 ging auf die Ängste wegen der verschlechterten Sicherheitslage Deutschlands zurück, verstärkt durch die Bestürzung über Russlands Verhalten in der Balkankrise. In einem detaillierten Memorandum vom Dezember 1912 plädierte Moltke für ein ehrgeiziges Aufstockungs- und Modernisierungsprogramm. Sollte es zum Krieg kommen, so seine Argumentation, sehe sich Deutschland höchstwahrscheinlich gezwungen, an zwei Fronten gegen Frankreich und Russland zu kämpfen, mit schwacher Unterstützung von Österreich und keiner aus Italien. Falls sich Großbritannien, wie es nach Haldanes Warnung ganz den Anschein hatte, auch an dem Kampf beteiligen sollte, könne Deutschland 192 Infanteriebataillone weniger als Großbritannien, Frankreich und Belgien zusammen ins Feld führen. Und Russland durfte auch nicht länger vernachlässigt werden – seine Macht wuchs von Jahr zu Jahr.[1032] Bei Vorträgen in geheimen Sitzungen des Haushaltsausschusses des Reichstags im April malten die Generäle die Aussichten für Deutschland in den düstersten Farben; sie sahen kaum Chancen für eine friedliche Auflösung der gegenwärtigen Umzingelung Deutschlands und äußerten sich pessimistisch über die Erfolgsaussichten des deutschen Heeres. Bis zum Jahr 1916 würden die Russen unwiderruflich die militärische Überlegenheit erlangen. Die Franzosen waren bezüglich der strategisch wichtigen Eisenbahnen, Mobilmachungs- und Aufstellungsfristen bereits überlegen: Während die

Deutschen im Jahr 1913 nur 13 durchgehende Eisenbahnlinien zur gemeinsamen Grenze hatten, besaßen die Franzosen 16, überdies alle zweigleisig ausgebaut, mit Verbindungen zu Umgehungsschleifen, Bahnhöfen und Kreuzungen.[1033]

Nach etlichem Geschacher um Details und Gelder trat der neue Gesetzentwurf im Juli in Kraft. Die Friedensstärke der Armee wurde um 136000 auf 890000 Offiziere und Soldaten aufgestockt. Doch die neuen Maßnahmen befriedigten längst nicht die deutschen Sicherheitsbedürfnisse, weil sie Steigerungen der Rüstungsausgaben in Frankreich und Russland auslösten, die das deutsche Wachstum schon bald wieder neutralisierten. Im ersten Zyklus des Wettrüstens hatten die Russen das Tempo vorgegeben; jetzt waren es die Deutschen. Das Wehrgesetz von 1913 gab den Ausschlag für die Verabschiedung des dreijährigen Wehrdienstes in Frankreich im August 1913. Und in Russland löste das deutsche Wehrgesetz (zusammen mit dem französischen Drängen) den Erweiterungs- und Modernisierungsplan aus, der gemeinhin das »Große Programm« genannt wird. Im März 1913 wurden vom Zaren gigantische Summen für die Artillerie und andere Waffensysteme in einem überaus ehrgeizigen Schema genehmigt, das die russische Friedensstärke im Winter bis 1917 um 800000 Mann aufgestockt hätte, von denen der größte Teil im europäischen Russland konzentriert werden sollte (im Gegensatz zum Stationierungsplan von 1910).[1034] Im Jahr 1914 war die russische Armee mit rund 1,5 Millionen Mann doppelt so groß wie die deutsche und um 300000 Mann größer als die deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte zusammen; man ging davon aus, dass die russische Stärke als Folge der Aufstockung bis 1916/17 die Zwei-Millionen-Grenze deutlich überschreiten würde.[1035] Und im Jahr 1914 kam zu diesen Maßnahmen noch das von Frankreich finanzierte russische Schienenbauprogramm hinzu. Seit 1905 war die deutsche Antwort auf seine missliche strategische Lage der Schlieffen-Plan gewesen, nach dem das Problem eines Zweifrontenkrieges durch einen massiven Schlag gegen Frankreich gelöst werden sollte, kombiniert mit dem Halten der Stellungen im Osten. Erst wenn die Lage an der Westfront geklärt sein würde, wollte sich Deutschland nach Osten gegen Russland wenden. Aber was wäre, wenn

sich das Kräftegleichgewicht zwischen den beiden Blöcken so sehr verschoben hätte, dass sich der Schlieffen-Plan als unsinnig offenbarte?

Historiker haben darauf hingewiesen, dass Deutschland seine Verbesserungen rascher umsetzte als seine beiden Widersacher der Entente und dass dies der deutschen Militärführung im Jahr 1914 einen kurzfristigen strategischen Vorteil verschaffte.[1036] Die wirtschaftliche Basis der militärischen Stärke Russlands blieb zudem weiterhin wackelig: Zwischen 1900 und 1913 ging die russische Produktivkraft im Vergleich zur deutschen sogar zurück.[1037] Doch aus Berliner Sicht waren die deutschen Perspektiven weiterhin trübe. Im Jahr 1904 hatte die gemeinsame Stärke der französisch-russischen Streitkräfte die österreichisch-deutschen um 260982 Mann übertroffen. Im Jahr 1914 lag die Differenz bei schätzungsweise einer Million Mann, und die Kluft wurde rasch größer. In einem Bericht vom 25. Mai 1914 meldete der deutsche Militärattaché in St. Petersburg die jüngste Aufstockung des Rekrutenkontingents (von 455000 auf 585000 Mann) und berechnete das zu erwartende Wachstum der Friedensstärke im Laufe der kommenden drei bis vier Jahre. Er gelangte zu dem Schluss, dass sich das Wachstum der russischen Armee dadurch mit einem in der Geschichte der Streitkräfte aller Länder noch nie beobachteten Tempo beschleunige. Moltke wertete das französisch-russische Darlehen als einen der empfindlichsten strategischsten Schläge, den Frankreich Deutschland seit dem Krieg 1870/71 versetzt habe. Er sah voraus, dass dies einen entscheidenden Wendepunkt zum Nachteil Deutschlands herbeiführen werde.[1038] Russlands Schlagkraft werde nach den Einschätzungen der deutschen Strategen bis 1916/17 ausreichen, um die im Schlieffen-Plan enthaltenen Kalkulationen zunichtezumachen.[1039]

Moltke ließen die Gefahren, die aus Ost und West drohten, keine Ruhe. Er war überzeugt, dass ihnen die Zeit davonlaufe, und wurde zum lautesten Fürsprecher eines »Präventivkrieges«, der es dem Deutschen Reich gestatten würde, den bevorstehenden Konflikt unter günstigen Voraussetzungen zu entscheiden. Er betrachtete jede vorüberziehende Vorkriegskrise als verpasste Gelegenheit, ein wachsendes strategisches Ungleichgewicht zu korrigieren, das Deutschland in Kürze unwiderruflich in eine nachteilige Lage

brächte.[1040] Der Gedanke an einen Präventivkrieg war in der Heeresleitung sehr verbreitet – unlängst hat eine Studie mehrere Dutzend Gelegenheiten entdeckt, bei denen hohe Befehlshaber nachdrücklich »je eher, desto besser« einen Krieg forderten, selbst wenn dies hieß, selbst die Initiative zu ergreifen und die Schande des Aggressors auf sich zu nehmen.[1041] Im Übrigen beurteilten nicht nur die Deutschen die internationale Lage auf diese Weise. Anfang 1914 bemerkte Poincaré gegenüber dem Chefredakteur der Zeitung *Le Matin*, dass das russische Wachstum den Deutschen Sorge bereite: »Sie wissen, dass dieser riesige Koloss jeden Tag an Zusammenhalt gewinnt; sie wollen ihn angreifen und zerstören, bevor er den Höhepunkt der Macht erreicht hat.«[1042] Als der britische Einsatzleiter Generalmajor Henry Wilson im März 1914 die Zusammenfassung einer Depesche erhielt, welche die Verbesserungen der russischen Armee seit 1913 aufzählte, fügte Wilson folgenden Kommentar an:

> Das ist eine überaus wichtige Depesche. Nunmehr ist ohne Weiteres einzusehen, warum sich Deutschland so große Sorgen um die Zukunft macht und warum es denkt, dass es eine Frage von »Jetzt oder nie« sei.[1043]

Ein Hauch Fatalismus lag der Angriffslust des deutschen Militärs zugrunde. Wenn von Krieg die Rede war, sprachen deutsche Generäle weniger von Sieg als von der zweifachen Bedrohung der Niederlage und Vernichtung.[1044] Welche Gefahren eine derartige Denkweise, die es den Befehlshabern gestattete, selbst aggressivste Initiativen als im Grunde defensiv auszugeben, in sich barg, liegt auf der Hand. Aber in welchem Ausmaß prägten die Plädoyers für einen Präventivkrieg tatsächlich die deutsche Außenpolitik? Selbst in einem prätorianischen System wie dem preußisch-deutschen hing viel von der Fähigkeit der obersten Befehlshaber ab, ihre zivilen Kollegen dazu zu bringen, sich ihre strategische Sichtweise anzueignen. In dieser Beziehung hatten sie allerdings keinen sonderlichen Erfolg. Moltke drängte im Neuen Palais im Dezember 1912 »je eher desto besser« auf einen Krieg, aber obwohl der Kaiser anscheinend für kurze Zeit die Ansicht des Stabschefs teilte, wurde nichts daraus.

Paradoxerweise erschwerte gerade das Fehlen eines gemeinsamen deutschen Entscheidungsgremiums wie der Ministerrat in St. Petersburg es den Militärs, eine politische Lobbygruppe für ihre Ideen zu bilden und mit dem Verweis auf die militärischen Notwendigkeiten als Totschlagargument fiskale Beschränkungen zu überwinden. In Paris arbeiteten die höchsten zivilen und militärischen Beamten gemeinsam daran, höhere Ausgaben zu ermöglichen, um eine offensiver ausgerichtete Strategie zu unterstützen. In Deutschland trennten so tiefe institutionelle und konstitutionelle Barrieren die militärische und die zivile Befehlskette voneinander, dass ein ähnlicher Synergieeffekt kaum erreicht werden konnte. Es gab kein deutsches Äquivalent für Alexander Kriwoschein, und Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg war eine stärkere und beeindruckendere Persönlichkeit als sein russischer Gegenspieler Wladimir Kokowzow. Nach der zweiten Marokkokrise von 1911 verfolgte Bethmann Hollweg konsequent eine Politik, die auf eine unscheinbare und pragmatische Zusammenarbeit mit Großbritannien und Russland ausgerichtet war. Frankreich müsse über eine vorsichtige Politik gegenüber Russland und England in Schach gehalten werden, schrieb er sinngemäß im März 1913. Den deutschen Chauvinisten gefalle das natürlich überhaupt nicht, und es sei unpopulär. Aber er sehe in der nahen Zukunft für Deutschland keine Alternative.[1045] Die zivile Führung übernahm also vor 1914 niemals die Argumente für einen Präventivkrieg als Plattform für ihre Politik – sie wurden ebenso abgelehnt wie die noch dringlicheren Appelle Conrads in Wien. Weder im Jahr 1905 noch 1911 (als die Bedingungen aus deutscher Sicht in Wirklichkeit weit günstiger als im Sommer 1914 waren) hatte die deutsche Regierung den Beginn eines Präventivkriegs in Betracht gezogen. Während der zweiten Marokkokrise von 1911 trugen die Briten, und nicht die Franzosen oder die Deutschen, am stärksten zu einer Militarisierung der Krise bei. Und in der Winterkrise 1912/13 war die französische, nicht die deutsche, Politik kurz davor (wenn auch nur zeitweilig), einen Präventivkrieg zu befürworten. Berlin war in seinen Ratschlägen für Wien weit zurückhaltender als Paris in seiner Kommunikation mit St. Petersburg.

Was den Kaiser anging, so neigte er zwar zu spontanen Ausbrüchen mit

markigen Sprüchen, geriet aber in Panik und riet zur Mäßigung, sobald ein realer Konflikt in den Bereich des Möglichen rückte – sehr zur Enttäuschung der Generäle. Wilhelm II. hoffte weiterhin auf eine langfristige Verständigung mit Großbritannien. Seine Äußerungen im Jahr 1913 lassen darauf schließen, dass er einen englisch-deutschen Krieg immer noch für »undenkbar« hielt. Er blieb außerdem zuversichtlich, dass die deutsche militärische Stärke Russland von einer bewaffneten Intervention in einem Konflikt zwischen Österreich und Serbien abhalten werde.[1046] Diese Selbstgefälligkeit veranlasste den streitbaren General Erich von Falkenhayn, der in Kürze Kriegsminister werden sollte, zu der in einem Brief vom Januar 1913 geäußerten Bemerkung, dass die politische Führung – auch der Kaiser selbst – wegen des irrigen Glaubens an einen dauerhaften Frieden Moltke in seinem »Ringen« um eine aggressivere Außenpolitik »allein« lasse.[1047] Die Weigerung des Kaisers, einen Präventivkrieg in Betracht zu ziehen, war einer wachsenden »militärischen Opposition« ein Dorn im Auge.[1048] Das Primat der zivilen über die militärische Führung blieb intakt.[1049] Aber das heißt keineswegs, dass wir die Argumente für einen Präventivschlag als völlig unbedeutend für die Aktionen der deutschen oder anderen Entscheidungsträger verwerfen dürfen. Im Gegenteil, die Präventivkriegslogik übte heimlich einen wichtigen Druck auf die Denkweise der Hauptakteure in der Krise vom Sommer 1914 aus.

Deutsche am Bosporus

Deutsche Entscheidungsträger (andere als jene, die vollauf mit der Rüstung Deutschlands für einen künftigen Zweifrontenkrieg beschäftigt waren) sondierten darüber hinaus, ob eine Zukunft denkbar war, in der Deutschland seine Interessen ohne die unkalkulierbaren Risiken eines Krieges verfolgte. Eine einflussreiche Gruppe, darunter der Staatssekretär des Kolonialamtes Bernhard Dernburg, Botschafter Paul Metternich in London und sein Kollege Richard von Kühlmann, der spätere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin, forderte weiterhin nachdrücklich eine Politik der Entspannung und der Zugeständnisse gegenüber London. Diese Linie fand in dem politischen

Traktat *Deutsche Weltpolitik und kein Krieg!* Ausdruck, das 1913 anonym in Berlin veröffentlicht wurde. Der Verfasser war jedoch Richard Plehn, der in London eng mit Kühlmann zusammengearbeitet hatte.[1050] Und in Whitehall gab es starke Partner für solch einen Kurs, vor allem unter den Grey-Gegnern in den Reihen der Liberalen wie Kolonialminister Lewis Harcourt.[1051]

Ungeachtet des Scheiterns der Haldane-Mission hatten die Versuche, das Verhältnis zu Großbritannien zu entspannen, reale Früchte getragen. Eine neue Verhandlungsrunde um koloniale Fragen war im Sommer 1912 eröffnet worden; im April 1913 unterzeichneten die beiden Staaten eine Einigung über die afrikanischen Territorien, die damals noch dem portugiesischen Kolonialreich angehörten, dessen finanzieller Zusammenbruch jedoch in Kürze erwartet wurde. Das Abkommen wurde zwar nie ratifiziert, weil Berlin und London sich nicht einigen konnten, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form der Inhalt veröffentlicht werden sollte, aber es signalisierte eine grundsätzliche Bereitschaft auf beiden Seiten, Interessensphären abzustecken und beim Ausschluss Dritter zusammenzuarbeiten.[1052]

In Anbetracht der sehr eingeschränkten Optionen, die Deutschland auf der globalen Bühne zur Verfügung standen, und der relativ geschlossenen Bündnisblöcke in Europa erregte vor allem eine Region die Aufmerksamkeit der Staatsmänner, die an einer Weltpolitik ohne Krieg interessiert waren: das Osmanische Reich.[1053] Die deutsche Politik hatte sich in dieser Region, wo die Rivalitäten der Kolonialmächte besonders heftig aufeinander trafen, traditionell eher zurückgehalten, doch in den 1880er Jahren wurde Berlin aktiver. Von der Regierung in Konstantinopel, die seit der britischen Besetzung Ägyptens (1882) ihren Partnern in Berlin aktiv den Hof machte, wurde die deutsche Regierung dazu regelrecht eingeladen.[1054] Deutsche Banken, Baufirmen und Eisenbahngesellschaften hielten allmählich in den weniger entwickelten Gebieten des Reiches Einzug und erwarben Konzessionen und Interessensphären. Die Arbeit an einer weitgehend deutsch finanzierten und produzierten anatolischen Eisenbahn begann im Jahr 1888 und sollte Konstantinopel mit Ankara und Konya verbinden; beide Linien wurden bis 1896 fertiggestellt. Die Unterstützung der Regierung für diese Projekte, die anfangs eher sprunghaft war, wurde nach und nach stärker und

konsequenter. Im Jahr 1911 konnte der deutsche Botschafter in Konstantinopel das Osmanische Reich bereits als eine »politische, militärische und wirtschaftliche Interessensphäre« Deutschlands bezeichnen.[1055] Mit den Investitionen in osmanischen Territorien, in erster Linie in wichtige Infrastrukturprojekte, hofften die Deutschen, das Osmanische Reich angesichts der Bedrohung seitens der anderen Mächte, allen voran Russland, zu stabilisieren. Und falls der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches das Tor zu einer territorialen Aufteilung unter den Weltreichen öffnen sollte, wollten sie sichergehen, dass sie einen Platz an dem Tisch bekamen, wo die Beute verteilt wurde.[1056]

Auf die Anatolische Bahn setzte man große Hoffnungen. Die osmanischen Behörden in Konstantinopel hatten die Absicht, den »wilden Osten« Anatoliens zu befrieden und zu integrieren, der zu jener Zeit immer noch von tscherkessischen Banden überfallen wurde. Die am wenigsten entwickelten Regionen des Reiches sollten zivilisiert werden. Konstantinopel betrachtete Anatolien durch die orientalistische Brille als Kolonie, die saniert werden müsse. Neue Anbaufrüchte wurden in den Regionen eingeführt, die von der Eisenbahn erschlossen wurden – darunter auch Produkte wie Zuckerrüben und Kartoffeln, die schon einmal in der Region angebaut worden waren, wie sich herausstellte. Außerdem wurde versucht, Industrieprodukte einzuführen wie Halfagras, das zu hochwertigem Papier weiterverarbeitet werden konnte. Viele Projekte kamen nie über das Versuchsstadium hinaus, entweder weil das Klima und der Boden ungeeignet waren oder weil die Einheimischen für die neuen Techniken nichts übrig hatten. Für die Bewohner des dörflichen Anatoliens, von denen einige Grasbüschel zu den Stationen brachten, um die Pferde zu füttern, von denen sie annahmen, dass sie den Zug ziehen würden, war der Auftritt der Dampflokomotive ein unvergessliches Erlebnis.[1057]

Auch in Deutschland wirkte sich das anatolische Projekt belebend auf die koloniale Fantasie aus. Einige Alldeutsche sahen in Anatolien (man stelle sich vor) ein mögliches Gebiet für künftige deutsche Massenansiedlungen; andere waren stärker am Zugang zu Märkten, Handelsstraßen und Rohstoffen interessiert.[1058] Der Schienenbau nahm (genau wie der Bau von Staudämmen in den 1930er bis 1950er Jahren oder die Weltraumreisen in den 1960ern) um

die Jahrhundertwende eine besondere Stellung in der kolonialen Vorstellungswelt ein. In Großbritannien und der Kapkolonie wurden Pläne für den Bau einer Eisenbahn vom Kap der Guten Hoffnung bis nach Kairo vorbereitet; um die gleiche Zeit planten die Franzosen eine rivalisierende afrikanische West-Ost-Verbindung vom Senegal bis nach Dschibuti. Die Geschichte der großen weltweiten Telegrafennetze hatte bereits die enge Verbindung zwischen Infrastruktur und Macht hergestellt, insbesondere in jenen Regionen des britischen Empires, wo Telegrafenämter Miniaturvorposten der imperialen Autorität und Disziplin waren.

Folglich herrschte im Jahr 1903 große Bestürzung, als bekannt wurde, dass ein Unternehmen im Besitz von deutschen Banken von der osmanischen Regierung mit dem Bau einer gigantischen Eisenbahnlinie beauftragt worden war. Sie sollte von dem Ausgangspunkt Ankara der Anatolischen Bahn über Adana und Aleppo quer durch Mesopotamien nach Bagdad und (letztlich) bis nach Basra am Persischen Golf führen. Das Projekt, das es theoretisch eines Tages ermöglichen sollte, mit dem Zug direkt von Berlin bis Bagdad zu reisen, stieß auf Misstrauen und Widerstand seitens der anderen Kolonialmächte. Die Briten waren über die Aussicht besorgt, dass die Deutschen privilegierten Zugang zu den Ölfeldern des osmanischen Iraks erhalten würden, deren Bedeutung zu einer Zeit zunahm, als die Royal Navy beabsichtigte, von Schiffen mit Kohlefeuerung auf Erdöl umzustellen.[1059] Die Deutschen könnten, befürchtete London, Großbritannien die Vorherrschaft im Kolonialhandel streitig machen, wenn es ihnen gelang, mit Hilfe eines Landwegs nach Osten die von der britischen Seemacht auferlegten Beschränkungen zu überwinden. Obwohl der Verlauf der Bahnlinie – sehr zum Missfallen der Ingenieure und Investoren – so weit von russischen Interessensgebieten wie möglich entfernt verlegt wurde, fürchtete St. Petersburg dennoch, dass die Deutschen dadurch eventuell die russische Kontrolle des Kaukasus und Nordpersiens gefährden könnten.

Diese Projektionen strategischer Ängste erscheinen im Rückblick weit hergeholt, aber sie übten damals starken Einfluss auf die Politiker aus, die zu der Auffassung neigten, dass auf wirtschaftliche Investitionen unweigerlich geopolitische Einflussnahme folgen musste. Die zeitweiligen pro-

osmanischen und proislamischen politischen Gesten Kaiser Wilhelms trugen nicht dazu bei, diesen Verdacht auszuräumen. Im Jahr 1898 hatte Wilhelm, bei seiner zweiten Reise in den Nahen Osten, im Rathaus von Damaskus spontan einen Trinkspruch ausgebracht, der anschließend von allen Zeitungen weltweit zitiert wurde: Der derzeitige Sultan Abdul Hamid II. und »die 300 Millionen Mohammedaner, die, auf der Erde zerstreut lebend, in ihm ihren Kalifen verehren, [mögen] dessen versichert sein, dass zu allen Zeiten der deutsche Kaiser ihr Freund sein wird!«[1060] Diese Äußerung – das Resultat einer euphorischen Stimmung wegen der jubelnden arabischen Menschenmengen – weckte Ängste vor einem Deutschen Reich, das sich mit den Kräften des Panislamismus und arabischen Nationalismus verbündete, die in den britischen und russischen Reichen bereits verstärkt Zulauf hatten.[1061]

In Wirklichkeit war das wirtschaftliche Engagement der Deutschen im internationalen Vergleich keineswegs unverhältnismäßig stark. Deutsche Unternehmen investierten massiv in die Stromversorgung, die Landwirtschaft, den Bergbau und das Verkehrswesen; der Handel zwischen Deutschland und dem Osmanischen Reich blühte. Aber die Deutschen lagen (im Jahr 1913) bei den Importen aus dem Osmanischen Reich immer noch hinter Großbritannien, Frankreich und Österreich-Ungarn und bei den Exporten ins Osmanische Reich hinter Großbritannien und Österreich-Ungarn. Die Franzosen investierten immer noch rund fünfzig Prozent mehr als die Deutschen. Man konnte auch nicht behaupten, dass das deutsche Kapital aggressiver aufgetreten wäre als die europäischen und britischen Mitbewerber. Im Wettlauf um die strategische Kontrolle über die hochgepriesenen Erdölkonzessionen Mesopotamiens manövrierten beispielsweise britische Banken und Investoren mit Londoner Rückendeckung über knallharte Verhandlungen und eine skrupellose Finanzdiplomatie die Deutschen problemlos in eine ungünstige Position.[1062] Sogar im Sektor Schienenbau, in dem über die Hälfte aller deutschen Investitionen gebündelt waren (340 Millionen Gold-Francs), waren die französischen Investitionen durchaus vergleichbar (ca. 320 Millionen). Während den Franzosen 62,9 Prozent der öffentlichen Schulden des

Osmanischen Reiches gehörten, die von einer internationalen Behörde im Namen der Geldgeber verwaltet wurden, teilten sich Deutschland und Großbritannien fast den gesamten Rest ungefähr gleichmäßig unter sich auf. Und das einflussreichste Finanzinstitut in Konstantinopel, die Banque Impériale Ottomane, die darüber hinaus das lukrative Tabakmonopol und zahlreiche andere Unternehmen kontrollierte, besaß auch das Exklusivrecht, im Osmanischen Reich Banknoten auszugeben. Es war eine französisch-britische Bank, keine deutsche; überdies war sie insofern auch ein Instrument der französischen Politik, als ihr Kreditgeschäft und die fiskalen Operationen von Paris aus gelenkt wurden.[1063]

Nach langen Verhandlungen trug eine Reihe internationaler Abkommen erheblich dazu bei, die Spannungen wegen der Bagdadbahn zu neutralisieren. Ein französisch-deutsches Abkommen vom 15. Februar 1914 steckte die Grenzen ab zwischen den Interessensphären der wichtigsten deutschen und französischen Investoren (französisches Kapital war für die Finanzierung des Projektes unerlässlich), und am 15. Juni gelang es den Deutschen, den britischen Widerstand zu überwinden, indem sie unter anderem die britische Kontrolle des wichtigen Abschnitts Basra-Persischer Golf der künftigen Eisenbahn akzeptierten – ein Zugeständnis, mit dem das Projekt einen großen Teil seines geostrategischen Wertes für die Deutschen verlor. Diese und andere Episoden der Zusammenarbeit, als politische Fragen hinter Versuchen in der Wirtschaft zurücktraten, sich pragmatisch zu einigen, gaben Anlass zu der Hoffnung, dass das Osmanische Reich tatsächlich der Schauplatz für eine Weltpolitik ohne Krieg werden könnte, was im Laufe der Zeit die Basis für eine wie auch immer geartete Partnerschaft mit Großbritannien hätte bilden können.[1064]

Viel schwerwiegender als das Ringen um die Kontrolle über die Bagdadbahn war die Krise, die im Dezember 1913 wegen des Eintreffens einer deutschen Militärmission in Konstantinopel ausbrach. Nach den katastrophalen Feldzügen auf dem Balkan suchte die osmanische Regierung verzweifelt ausländische Unterstützung bei der Stärkung der Streitkräfte durch eine grundlegende Reform. Obwohl das osmanische Oberkommando kurz in Betracht zog, eine französische Militärmission einzuladen, boten sich

die Deutschen eher als Partner an. Deutsche Militärberater waren seit Ende der 1880er Jahre ein fester Bestandteil in Konstantinopel, als »Goltz-Pascha« Ausbildungslehrgänge für türkische Offizierskader geleitet hatte.[1065] Aber diese Mission sollte einen größeren Umfang als die bisherigen Bemühungen haben. Der Leiter sollte eine Kommandorolle erhalten (die Weigerung, den bisherigen Beratern eine so hohe Autorität zuzugestehen, wurde als Hauptgrund für das Scheitern der früheren Projekte gewertet) und war für die gesamte militärische Ausbildung zuständig, auch für die Schulung des Generalstabs. Ferner verfügte er über eine unbegrenzte Befugnis zu Inspektionen und sollte von einer Phalanx aus vierzig deutschen Offizieren im aktiven Dienst begleitet werden. Und die Hauptsache: Als befehlshabender General des osmanischen 1. Armeekorps war er auch für die Verteidigung der Meerengen und Konstantinopels selbst zuständig.[1066] Als Leiter dieser Mission wurde Generalleutnant Otto Liman von Sanders ausgewählt, der Kommandeur der 22. Division in Kassel.

Da weder der Kaiser noch Kanzler Bethmann Hollweg diese Mission als grundlegende Abweichung von der bisherigen Praxis ansahen und da die Details zwischen dem osmanischen und deutschen Oberkommando intern geregelt worden waren, wurde sie nicht als eine Angelegenheit für offizielle diplomatische Verhandlungen mit Russland betrachtet. Stattdessen sprach der Kaiser das Thema im Mai 1913 bei einem Treffen mit Nikolaus II. und Georg V. anlässlich der Hochzeit von Prinzessin Victoria Louise von Preußen und Prinz Ernst August von Hannover informell an. Keiner der beiden Monarchen erhob wie auch immer geartete Einwände gegen die geplante Mission. Sie wurde mit keinem Wort erwähnt, als sich Bethmann Hollweg und Sasonow im November 1913 zu kurzen Gesprächen trafen, weil der Kanzler davon ausging, dass Sasonow vom Zaren bereits informiert worden war.[1067] Als jedoch Details über Limans Auftrag bekannt wurden, ertönte in den russischen Zeitungen ein Aufschrei der Empörung. Dem öffentlichen Zorn, der vom russischen Außenministerium geschürt wurde, lag die Vermutung zugrunde, dass die Mission nicht nur den deutschen Einfluss in Konstantinopel stärken würde, das zunehmend als strategischer Engpass von enormer Bedeutung für Russland angesehen wurde, sondern dass sie auch die

Lebensfähigkeit des Osmanischen Reichs selbst erneuern werde. Dessen Zusammenbruch und seine Aufteilung waren fester Bestandteil des russischen strategischen Denkens für die nahe und mittelfristige Zukunft.[1068] Der russische militärische Bevollmächtigte in Berlin schilderte Liman in einem Brief an den Zaren als »sehr tatkräftigen und selbstherrlichen« Charakter.[1069] Es war auch nicht gerade hilfreich, dass der Kaiser auf einer geheimen Audienz für die Mitglieder der Mission die abreisenden Männer eindringlich aufgefordert hatte, »für mich eine neue starke Armee« aufzubauen, die »meinen Befehlen gehorcht« und als »Gegengewicht gegen die aggressiven Absichten Russlands« diene. Diese Worte meldete der russische Militärattaché in Berlin Oberst Pawel Basarow nach St. Petersburg.[1070] Sasonow wertete die deutsche Mission deshalb als eine »eminent politische Frage«.[1071] In St. Petersburg herrschte heillose Bestürzung: »Ich habe sie noch nie so aufgeregt erlebt«, vertraute Edward Grey dem deutschen Botschafter in London an.[1072]

Warum reagierten die Russen so heftig auf die Liman-Mission? Wir sollten uns vor Augen führen, dass selbst während der Krisen von 1912/13, als Sasonows Politik anscheinend der Balkanhalbinsel Priorität vor den Dardanellen eingeräumt hatte, die Meerengen ein zentraler Bestandteil des russischen strategischen Denkens geblieben waren. Welche Bedeutung die Wasserstraßen für die russische Wirtschaft hatten, war nie zuvor deutlicher zutage getreten. In den Jahren 1903 bis 1912 passierten 37 Prozent der russischen Exporte die Dardanellen; der Anteil an den Weizen- und Roggenexporten, die beide für Russlands geldhungrige, industrialisierende Wirtschaft lebenswichtig waren, lag weit höher, bei rund 75 bis 80 Prozent.[1073] Die Bedeutung dieses Bindegliedes wurde durch die beiden Balkankriege eindrücklich vor Augen geführt. Seit Beginn des Konflikts hielt Sasonow unzählige Vorträge sowohl bei den kriegführenden Staaten als auch bei den verbündeten Großmächten und erläuterte, dass eine Schließung der Meerengen für die neutrale Handelsschifffahrt den russischen Exporteuren »enorme Verluste« beibringen würde und dass sämtliche Maßnahmen zu vermeiden seien, die diesen Schritt herbeiführen würden.[1074] Wie der Zufall

es wollte, verursachten die Kriege zweimal die Schließung der Dardanellen, die dem russischen Handel schweren Schaden zufügten.

Unterbrechungen waren eine Sache, der dauerhafte Verlust des Einflusses in einer Region von maßgeblichem geopolitischem Interesse war etwas ganz anderes − eine weit größere Sorge. Im Sommer 1911 hatte Suchomlinow befürchtet, dass die Deutschen auf dem Bosporus Fuß fassen könnten. »Hinter der Türkei«, warnte er, »steht Deutschland.«[1075] Im November 1912 schienen die Bulgaren kurz davor, Konstantinopel zu besetzen. Zu der Zeit hatte Sasonow Iswolski angewiesen, Poincaré vorzuwarnen, dass die Russen, falls die Stadt eingenommen werden würde, gezwungen wären, dort unverzüglich die gesamte Schwarzmeerflotte einzusetzen.[1076] In den folgenden Wochen erörterte Sasonow mit dem Generalstab und der Admiralität Pläne für eine Landung russischer Truppen, um Konstantinopel zu schützen und russische Interessen zu wahren. Einen britischen Vorschlag, die Hauptstadt zu internationalisieren, lehnte er mit der Begründung ab, dadurch werde höchstwahrscheinlich der russische Einfluss in der Region verwässert. Es wurden neue Pläne für die gewaltsame Besetzung Konstantinopels und der gesamten Meerengen ausgearbeitet.[1077] In einem für Kokowzow und die Geheimdienstchefs verfassten Papier vom 12. November erklärte Sasonow, welche Vorteile eine russische Eroberung hätte: Es würde ihnen eines der Welthandelszentren sichern, den »Schlüssel zum Mittelmeer« sowie »die Basis für eine beispiellose Entfaltung der russischen Macht« verschaffen. Russland wäre dann, so argumentierte er, »in einer globalen Position etabliert, welche die natürliche Krönung seiner Anstrengungen und Opfer im Laufe von zwei Jahrhunderten unserer Geschichte wäre«. In einer vielsagenden Anspielung auf die Bedeutung der Öffentlichkeit gelangte Sasonow zu der Schlussfolgerung, dass eine so ruhmreiche Errungenschaft »Regierung und Gesellschaft« hinter einer Frage von »unstrittiger landesweiter Bedeutung vereinen« und damit auch »unserem inneren Leben Heilung bringen« würde.[1078]

Russland habe bei den jüngsten Sperrungen der Straßen Millionen Rubel verloren, erklärte Sasonow am 23. November 1912 Nikolaus II.: »Stellen Sie sich vor, was passieren würde, wenn die Meerengen statt an die Türkei einem

Staat zufielen, der imstande wäre, sich russischen Forderungen zu widersetzen.«[1079] Derartige Ängste sorgten dafür, dass den ganzen Sommer und Herbst 1913 hindurch das Kommando der russischen Schwarzmeerflotte auf die Option fixiert blieb, unverzüglich die Dardanellen zu besetzen. Russland müsse, wie Kapitän A. W. Nemitz vom Generalstab der Marine erklärte, »bereit sein, [die Einnahme der Straßen] in unmittelbarer Zukunft durchzuführen«.[1080] Befürchtungen wegen der wachsenden türkischen Flotte steigerten noch die Dringlichkeit dieser Vorschläge. Die Türken hatten bereits eine Dreadnought bestellt, die damals in Großbritannien gebaut wurde, und zwei weitere wurden in den Jahren 1912 bis 1914 in Auftrag gegeben. Allerdings war bei Kriegsausbruch noch keine einzige eingetroffen. Dennoch ließ die Aussicht auf eine lokale türkische Überlegenheit über die russische Flotte die Seekriegsstrategen in St. Petersburg nichts Gutes ahnen – eine Ahnung, die nichts weniger als die Umkehrung ihrer eigenen imperialen Pläne bedeutete.[1081]

Somit waren die Russen (und vor allem Sasonow, der an allen wichtigen Strategiediskussionen direkt beteiligt war) zu der Zeit, als Liman von Sanders nach Konstantinopel kam, bereits hoch sensibilisiert für die Frage der Kontrolle über die Meerengen. In erster Linie störte den russischen Außenminister die deutsche Kommandofunktion. Anfangs weigerten sich die Deutschen, in dieser Frage nachzugeben, weil der Mangel an echter Autorität bei früheren Generationen von Militärberatern (von den Deutschen ebenso wie von den Osmanen) als Hauptgrund für ihr Scheitern angesehen wurde. Die Erfahrung deutete darauf hin, dass das Recht, Anweisungen zu erteilen, unzureichend war ohne die Vollmacht, dafür zu sorgen, dass sie auch umgesetzt wurden. Sasonow ließ sich davon nicht beeindrucken und versuchte den Druck auf Berlin zu erhöhen. Er schlug London und Paris eine gemeinsame Note der Entente-Mächte vor, die aufs Schärfste gegen die Mission protestierte und mit der Drohung endete: »In der Tat, wenn Deutschland eine solche Vormachtstellung in Konstantinopel erlangen sollte, würden die anderen Mächte sich gezwungen sehen, ihre eignen Interessen in der Türkei wahrzunehmen.«[1082]

Die Initiative war kein Erfolg, in erster Linie weil die Russen als Einzige

Limans Mission als eine Bedrohung ihrer vitalen Interessen ansahen. Weder der französische noch der britische Militärattaché in Konstantinopel war sonderlich alarmiert über dessen Ankunft. Es sei durchaus vernünftig, meldeten sie, wenn die Deutschen nach dem Scheitern der bisherigen Missionen auf strengeren Kontrollen beständen, um etwas von bleibendem Wert zu erreichen. Grey erklärte, dass die Dringlichkeit der irischen Frage und die »schwierige innere Lage des Landes« jede direkte britische Beteiligung in der Frage ausschließen.[1083] Jedenfalls waren die Briten wegen der deutschen Initiativen in der Türkei längst nicht so besorgt wie wegen der wachsenden Dominanz des *französischen* Kapitals. »Die Unabhängigkeit der Türkei ist vor den Avancen der französischen Finanziers eine schwindende Größe«, teilte Sir Louis Mallet Edward Grey im März 1914 mit. In einer mitreißenden Rede vor dem Unterhaus am 18. März warnte der konservative Abgeordnete Sir Mark Sykes, der Experte für das Osmanische Reich und den Nahen Osten, dass der Würgegriff des französischen Kapitals im osmanischen Syrien letztlich den »Weg für eine Annexion frei machen« werde.[1084]

Überdies war bereits eine britische Marinemission am Bosporus tätig, deren Vollmacht durch das Eintreffen von Admiral Arthur Limpus im Jahr 1912 erweitert worden war. Laut Beschäftigungsvertrag war Limpus *»commandant de la flotte«*.[1085] Neben der Aufsicht über die Verbesserungen bei der Ausbildung und Versorgung der osmanischen Marine koordinierte Limpus die Stationierung der Torpedoboote und die Verteilung von Minen in den türkischen Meerengen – eine der wichtigsten Maßnahmen, um fremden Kriegsschiffen den Zugang zu verwehren.[1086] Limpus fasste seine Mission in einem breiten politischen Sinn auf: Seine Korrespondenz mit der osmanischen Admiralität betraf nicht nur Fragen der technischen Modernisierung, Versorgung und Ausbildung, sondern auch allgemeinere Fragen von strategischer Bedeutung, wie die erforderliche Flottenstärke, damit »die Russen bei der Verlegung von Truppen über das Schwarze Meer ein Risiko eingingen«.[1087] Mit anderen Worten, seine Anwesenheit in Konstantinopel diente auch Zwecken, die eng mit denen Limans verwandt waren. Limpus betrachtete mit weisem Gleichmut die englisch-deutsche

Herrschaft über die osmanische see- und landgestützte Verteidigung. »England hat die größte Erfahrung in Flottenangelegenheiten, was Küsteneinrichtungen betrifft«, erklärte er im Juni 1912 der osmanischen Admiralität:

> Deutschland hat die stärkste Armee, und gemeinhin geht man davon aus, auch die effizienteste. Ich bin mir sicher, dass es das Klügste war, deutsche Berater für alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Armee einzustellen. Ich bin mir sicher, dass es das Klügste ist, sämtliche Berater in Flottenangelegenheiten aus England zu holen.[1088]

Deshalb fiel es Sasonow schwer, bei seinen Entente-Partnern eine ähnliche Empörung wie in Russland über die Ankunft der deutschen Mission zu wecken. Grey lehnte die von Sasonow vorgelegte drohende gemeinsame Note ab und schlug stattdessen eine viel unauffälligere Erkundigung in Konstantinopel nach dem Ausmaß der deutschen Mission vor. Auch wenn Delcassé in St. Petersburg heftig billigend nickte,[1089] war der Quai d’Orsay noch weniger begeistert als das britische Foreign Office, weil das französische Außenministerium in den Worten der drohenden gemeinsamen Note Sasonows die Aussicht auf eine umfassende »Auflösung der asiatischen Türkei« mit potenziell verheerenden Folgen für französische finanzielle Interessen ausmachte. Paris befürwortete deshalb Greys friedliebenderen Vorschlag.[1090] Mit anderen Worten: Auf das zerfallende Osmanische Reich konzentrierten sich so viele unterschiedliche Formen imperialer Ambitionen und Paranoia, dass die Entente-Mächte außerstande waren, sich gegen eine wahrgenommene Bedrohung zusammenzutun.

Und doch: Die Liman-Episode löste eine gefährliche Eskalation der Stimmung unter den zentralen russischen Akteuren aus. Sasonow schäumte vor Wut über die halbherzigen Reaktionen Großbritanniens und Frankreichs auf die russischen Proteste. In einem Telegramm vom 12. Dezember 1913 an den russischen Botschafter in London sprach er verbittert von dem abnehmenden Vertrauen in die Wirkung der britischen Unterstützung und fügte hinzu, dass der »Mangel an Solidarität zwischen den Mächten der

Entente unsere ernstliche Besorgnis erregt«.[1091] In einem Bericht an den Zaren vom 23. Dezember vertrat er eine offen militante Haltung. Er verlangte nachdrücklich, sofort »gemeinsame Militärmaßnahmen« vorzubereiten und mit Frankreich und Großbritannien zu koordinieren. Die Entente-Mächte sollten »bestimmte Punkte in Kleinasien erobern und besetzen und erklären, dass sie dort so lange bleiben würden, bis ihre Ziele verwirklicht wären«. Selbstverständlich bestehe die Gefahr, dass eine so spektakuläre Initiative »europäische Komplikationen« auslöse, aber wahrscheinlicher sei, dass die demonstrative »feste Entschlossenheit« den gewünschten Effekt haben werde, die Deutschen zum Rückzug zu zwingen. Umgekehrt könne ein Nachgeben »die verheerendsten Konsequenzen haben«. Eine Konferenz auf höchster Ebene sollte einberufen werden, um über die von der Liman-Affäre aufgeworfenen Fragen zu sprechen.[1092]

Die am 13. Januar 1913 eröffnete Konferenz wurde von Regierungschef Wladimir Kokowzow geleitet. Außer ihm nahmen teil: Sasonow, Kriegsminister Suchomlinow, Stabschef General Schilinski und Marineminister Grigorowitsch. Die Sitzung begann mit einer Diskussion der erforderlichen »Nötigungsmaßnahmen«, um Konstantinopel dazu zu bringen, die Bitte um eine deutsche Militärmission zurückzuziehen. Der Gedanke, dass man mit Hilfe wirtschaftlicher Sanktionen die osmanische Regierung unter Druck setzen könnte, wurde verworfen – sie hätten auch den sehr großen finanziellen Interessen der Franzosen im Osmanischen Reich schaden und die Entente belasten können. Eine Alternative war die bewaffnete Eroberung von strategisch wichtigen osmanischen Punkten durch Truppen der Entente. Entscheidende Voraussetzung dafür war jedoch, wie Sasonow deutlich machte, die französische Unterstützung. Kokowzow plädierte, wie gewohnt, gegen kämpferische Aktionen und wies darauf hin, dass ein Krieg schlichtweg mit viel zu großen Risiken verbunden sei. Während des gesamten Treffens bemühte er sich, die Diskussion in gemäßigte und vernünftige Bahnen zu lenken. Statt in einer gereizten Stimmung spontane Vergeltungsmaßnahmen durchzuführen, sei es wichtig, regte er an, die genauen Grenzen dessen festzulegen, was Russland noch tolerieren könne und was nicht. Die deutsche Regierung suche, merkte Kokowzow an, »nach

einem Ausweg aus der durch die russischen Forderungen geschaffenen Lage« und hätte bereits ihre Bereitschaft zu Zugeständnissen signalisiert. Folglich dürften keinesfalls »kategorische Erklärungen ultimativen Charakters« an Berlin gerichtet werden, die es wiederum zwängen, die eigene Haltung zu verhärten.[1093] Diesmal wurde der Regierungschef jedoch gleichermaßen von Suchomlinow, Sasonow, Grigorowitsch und Schilinski angegriffen, die argumentierten, dass die Wahrscheinlichkeit einer bewaffneten deutschen Intervention minimal sei und dass ein Krieg, falls es zum Schlimmsten kommen sollte, zwar nicht wünschenswert, aber doch akzeptabel sei. Kriegsminister Suchomlinow und Stabschef Schilinski erklärten beide »kategorisch die volle Bereitschaft Russlands zum Zwiekampf [sic] mit Deutschland, von einem Zwiekampf mit Österreich schon gar nicht zu reden«.[1094]

Diese dramatischen Szenarien erwiesen sich letztlich als bedeutungslos, weil die Deutschen rasch einlenkten und die Krise vorüberging. Alarmiert von der Heftigkeit der russischen Reaktion und von London und Paris zum Nachgeben gedrängt, willigte die Berliner Regierung ein, Liman der Armee des Sultans zu unterstellen: Er blieb Generalinspektor, aber nach der Beförderung zum »Feldmarschall des Osmanischen Reiches« konnte er ohne Gesichtsverlust auf das Kommando des 1. Armeekorps verzichten.[1095]

Die Liman-Affäre entfachte keinen kontinentalen Krieg, aber sie war, aus heutiger Sicht, überaus aufschlussreich. Sie demonstrierte, wie kriegerisch die Denkweise einiger russischer Politiker inzwischen geworden war. Vor allem Sasonow war von den Schwankungen seiner Anfangsphase im Amt zu einem festeren und deutlicher deutschfeindlichen Standpunkt übergegangen – er hatte angefangen, eine Version der deutsch-russischen Beziehung zu konstruieren, die keinen Raum für eine Verständigung mit Berlin ließ: Russland war immer der sanftmütige, friedliebende Nachbar und Deutschland der doppelzüngige Verräter gewesen, der die Russen bei jeder Gelegenheit schikanierte und demütigte. Aber jetzt war die Zeit gekommen, standhaft zu bleiben! Man darf keinesfalls unterschätzen, wie stark derartige Versionen den politischen Horizont einschränken können. Und die wiederholten Versicherungen aus Paris hatten eindeutig Spuren hinterlassen: Bei der

Konferenz vom 13. Januar konstatierte Sasonow, dass es zwar unklar sei, wie Großbritannien auf einen Krieg zwischen Russland und Deutschland reagieren werde, es sei aber sicher, dass die Franzosen im Fall eines Krieges gegen Deutschland »aktive Unterstützung, bis aufs Äußerste« leisten würden. Der französische Botschafter M. Delcassé habe ihm unlängst versichert, berichtete Sasonow, dass »Frankreich so weit gehen würde, wie Russland es wünscht«. Was Großbritannien angehe, so könnte zunächst in London eine zögerliche Haltung herrschen, aber allem Anschein nach werde es »unzweifelhaft« intervenieren, sollte sich der Konflikt zum Nachteil Frankreichs und Russlands entwickeln.[1096]

Auch der Zar nahm allmählich eine härtere Haltung ein: In einem Gespräch mit Botschafter Buchanan Anfang April 1914 beobachtete er, dass »gemeinhin angenommen werde, dass nichts Deutschland und Russland langfristig trennen könne«. Doch das sei »nicht der Fall: etwa die Frage der Dardanellen«. Hier fürchtete der Zar, dass die Deutschen darauf hinarbeiteten, Russland im Schwarzen Meer einzuschließen. Sollte Deutschland dies tatsächlich versuchen, sei es unerlässlich, dass sich die drei Mächte der Entente enger zusammenschlössen, um Berlin zu signalisieren, dass »alle drei gemeinsam die deutsche Aggression bekämpfen würden«.[1097] Was die Deutschen anging, so schuf die Heftigkeit der russischen Reaktion auf die Liman-Mission im Verein mit der Verbitterung über die deutsche Kapitulation vor den russischen Forderungen die Wahrnehmung, dass nunmehr eine unüberbrückbare Kluft Berlin von St. Petersburg trennte. »Die russisch-preußischen Beziehungen sind ein für alle Mal todt!«, jammerte der Kaiser. »Wir sind Feinde geworden!«[1098]

Dem friedliebenden Kokowzow bescherte die Liman-Affäre die endgültige Untergrabung seiner ohnehin bereits geschwächten Position. Er hatte in Frankreich Verhandlungen wegen eines neuen Eisenbahndarlehens geführt, als die Krise ausgebrochen war. Sasonow bat ihn, nach Berlin zu fahren und mit den Deutschen zu verhandeln. Aus Kokowzows Berichten geht hervor, dass er schmerzlich spürte, wie sehr man ihn bereits an den Rand gedrängt hatte. Es sei ihm schwergefallen, merkte er in einer kaum verhüllten Beschwerde an Sasonow an, seinen deutschen Gesprächspartnern die

»Besonderheiten« eines russischen Systems verständlich zu machen, das dem Vorsitzenden des Ministerrats so begrenzte »Vollmachten und Privilegien« einräume.[1099] Der Vorsitz bei dem Treffen vom 13. Januar war die letzte Gelegenheit, bei der Kokowzow diese Rolle spielen durfte. Ende Januar 1914 wurde er vom Zaren sowohl als Vorsitzender des Ministerrats als auch als Finanzminister entlassen.



Iwan Goremykin

Kokowzows Entlassung war nicht nur für ihn als Person eine Niederlage, sondern auch für die Politik und allgemeiner für die vorsichtige und zurückhaltende Tendenz in der russischen Politik, für die er stand. Neuer Vorsitzender des Ministerrats wurde Iwan Goremykin, der gemeinhin nur als Aushängeschild angesehen wurde. »Ein alter Mann«, wie sich Sasonow später erinnerte, »der schon längst nicht nur die Fähigkeit verloren hatte, sich für etwas anderes als seine persönliche Ruhe und Wohlergehen zu

interessieren, sondern auch die Befähigung, den um ihn herum ablaufenden Aktivitäten Rechnung zu tragen.«[1100] Die eigentliche treibende Kraft im neuen Rat war Kriwoschein mit seinen hervorragenden Verbindungen, der seit 1913 die Kampagne gegen Kokowzow koordiniert hatte. Kokowzows Nachfolger im Finanzressort Peter A. Bark war ein kompetenter, aber unauffälliger Mann und Kriwoscheins Schützling. Kriwoschein war ein vehementer Befürworter der harten Linie, die Suchomlinow und Sasonow mit zunehmendem Eifer verfochten. Ohne Kokowzow als Fürsprecher der Zurückhaltung verschob sich das Kräftegleichgewicht im Ministerrat zugunsten der militanteren Lösungen.

Schließlich deckte die Liman-Affäre auf, wie stark Russland mittlerweile auf die Meerengen fixiert war.[1101] Gleichzeitig warf sie beunruhigende Fragen auf, inwiefern die Entente-Partner weiterhin das russische Streben nach einem ungehinderten Zugang zu den Meerengen unterstützten. Sasonows Zweifel in diesem Punkt spiegelten sich in der eher inkonsequenten Schlussfolgerung der Konferenz vom 13. Januar wider, auf der zum einen vereinbart wurde, dass die Russen mit Unterstützung der Entente eine Reihe immer schärferer Sanktionen gegen Konstantinopel starten sollten, und zum anderen, dass die Russen sich, falls die Entente weiterhin ihre Unterstützung *zurückhalten* sollte, auf nichtmilitärische Maßnahmen beschränken sollten. Die Russen waren zu Recht skeptisch bezüglich der Unterstützung durch die Entente. Selbst nach dem Ende der Krise hatten die Briten weiterhin Bedenken bei der Aussicht, dass Russland »die Frage [der türkischen Meerengen] in nicht allzu ferner Zukunft erneut aufwerfen« werde.[1102]

Anders gesagt: Es war schwierig, sich ein Szenario vorzustellen, in dem es den Russen gelingen würde, die nötige internationale Rückendeckung für eine Politik zu bekommen, die direkt und ganz offen die Kontrolle über die Meerengen zum Ziel hatte. Vor diesem Problem hatte schon Tscharykow im November 1911 gestanden, als er die Möglichkeit einer bilateralen Einigung mit der Pforte ausgelotet hatte. Damals hatte Sasonow beschlossen, sich von seinem Botschafter in Konstantinopel zu distanzieren, weil er zu dem Schluss gelangt war, dass es für einen direkten Zugriff auf die Meerengen noch zu

früh war. Stattdessen hatte er sich Hartwig zugeneigt, dessen militant panslawistische Politik sich auf die Balkanhalbinsel konzentrierte, insbesondere auf Serbien. Die Logik dieser Entscheidung lässt vermuten, dass das Scheitern oder die Enttäuschung über die Meerengen-Strategie früher oder später dazu angetan war, höchstwahrscheinlich einen neuerlichen Schwenk in Richtung Balkan auszulösen. Das war in gewisser Weise eine Restoption mangels Alternativen. Aber eine aggressive Politik auf dem Balkan bedeutete keineswegs den völligen Verzicht auf Russlands ultimatives Interesse an den Meerengen. Vielmehr handelte es sich um eine längere und verschlungenere Straße zum selben Ziel. Im strategischen Denken Russlands wurde der Balkan in den Jahren 1912 bis 1914 zunehmend als Hinterland der Meerengen angesehen, als der Schlüssel zur endgültigen Kontrolle über den osmanischen Engpass am Bosporus.[1103] Diese Ansicht stützte sich auf die Überzeugung, die in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch zunehmend Sasonows Denken beherrschte, dass nämlich Russlands Anspruch auf die Meerengen lediglich im Kontext eines allgemeinen europäischen Krieges jemals realisiert werden könnte – eines Krieges, den Russland mit dem Endziel führen würde, die Kontrolle über den Bosporus und die Dardanellen zu erlangen.[1104]

Diese Bedenken finden in dem Protokoll der staatlichen Sonderkonferenz vom 8. Februar 1914 ihren Niederschlag. Die von Sasonow einberufene und geleitete Sitzung markierte eine dezidierte Abkehr von der Kokowzow'schen Zurückhaltung und bekräftigte die Bedeutung der russischen Kontrolle über die Meerengen. Allerdings falle es schwer, wie Sasonow einräumte, sich vorzustellen, wie die Meerengen eingenommen werden könnten, ohne einen allgemeinen europäischen Krieg auszulösen. Die Diskussion wandte sich der Frage zu, wie Russland zwei völlig verschiedene Aufgaben gewichten sollte: die Eroberung der Dardanellen und der Sieg in einem europäischen Krieg, wofür der Einsatz aller verfügbaren Streitkräfte nötig wäre. Auf Sasonows Ausführungen hin merkte Stabschef Schilinski an, dass Russland im Fall eines europäischen Krieges nicht imstande wäre, Truppen für die Eroberung der Meerengen abzustellen – diese würden an der Westfront gebraucht. Aber – und das war der entscheidende, konzeptionelle Schritt – wenn Russland im

Krieg an der Westfront den Sieg davontrug, dann würde sich die Frage der Dardanellen gemeinsam mit anderen regionalen Fragen als Teil des größeren Konflikts von selbst klären. Generalquartiermeister Juri Danilow stimmte dem zu. Er sprach sich gegen eine militärische Operation aus, die lediglich die Sicherung der Meerengen zum Ziel hatte:

> Der Krieg an unserer Westfront würde die äußerste Anspannung aller Kräfte des Staates erfordern, bei der wir auf kein Armeekorps verzichten könnten, um es für spezielle Aufgaben zurückzulassen. Wir müssen bestrebt sein, den Erfolg auf dem wichtigsten Kriegsschauplatz sicherzustellen. Mit dem Siege auf diesem Kriegsschauplatz würden uns günstige Entscheidungen auch in allen Teilfragen zufallen.[1105]

Auf der Konferenz wurden jedoch auch andere Auffassungen vertreten. Kapitän Nemitz, der Chef der Einsatzabteilung der russischen Admiralität, warnte, dass das von Sasonow, Schilinski und Danilow angeregte Szenario nur dann vernünftig sei, wenn der Feind, der Konstantinopel bedrohe, zufällig der gleiche sei, der Russland an der Westfront gegenüberstehe (also Deutschland und/oder Österreich-Ungarn). In diesem Fall könne sich Russland in der Tat ganz auf den primären Konflikt konzentrieren, in der Annahme, dass die Meerengen ihm früher oder später zufallen würden. Aber beim Griff nach den Meerengen, warf Nemitz ein, habe Russland andere Gegner als Deutschland und Österreich. Deshalb sei es wahrscheinlich, dass »fremde Flotten und Armeen« – eine Anspielung auf Großbritannien – die Meerengen besetzen könnten, während Russland an der deutschen und österreichischen Front kämpfte und ausblutete.[1106] Nemitz hatte ein gutes Argument vorzuweisen: Die Erfahrung der letzten Jahre hatte gelehrt, dass jeder russische Versuch, unilateral die Regelung in den Meerengen zu ändern, bei Freund und Feind höchstwahrscheinlich gleichermaßen auf Ablehnung stoßen werde.[1107]

Diese Überlegungen erklären wiederum nicht zuletzt, weshalb die Krise um die Liman-Mission ein so wichtiges Bindeglied in der russischen Politik gegenüber Großbritannien war.[1108] Sasonow drängte von da an darauf, die

Entente zu einem umfassenden Bündnis umzugestalten; er zählte auch zu den Hauptprotagonisten hinter den Flottengesprächen mit London, die am 7. Juni 1914 begannen. In seinen Memoiren erinnerte sich Sasonow, dass die deutsche Militärmission am Bosporus Russland »gezwungen« habe, ein »konkretes Abkommen« mit Großbritannien »im Bewusstsein der gemeinsamen Gefahr« zu schließen, die Berlin darstellte – und das passt natürlich hervorragend in unsere retrospektive Sichtweise, die sich am Ausbruch des Krieges 1914 orientiert. Auch wenn Sasonow zweifellos davon träumte, Deutschland mit dem »größten in der Geschichte der Menschheit bekannten Bündnis« einzudämmen und entgegenzutreten,[1109] so liegt auch auf der Hand (selbst wenn der Außenminister diese Angelegenheit nicht öffentlich zugeben durfte), dass ein Flottenabkommen mit England darüber hinaus versprach, die größte Seemacht der Welt zu *zähmen* und von unerwünschten Initiativen bei den Meerengen abzuhalten. Dieser Rückschluss wird durch den russischen Protest bestätigt, der im Mai 1914 in London offiziell gegen die Rolle britischer Offiziere bei der Aufstellung der türkischen Flotte eingereicht wurde.[1110] Für Russland war dies, genau wie für Großbritannien, immer noch eine Welt, in der es mehr als einen potenziellen Feind gab. Unter dem Geflecht der Bündnisse schwelten andere imperiale Rivalitäten.

Der Katalysator Balkan

In einem Brief vom Mai 1913 an Hartwig, dessen Inhalt an Pašić weitergeleitet wurde, gab Sasonow einen Abriss der Ereignisse auf dem Balkan und ihrer Bedeutung für das Königreich. Serbien habe, bemerkte er, lediglich »die erste Etappe seines historischen Pfades« hinter sich:

> Um sein Bestimmungsziel zu erreichen, muss es noch einen schrecklichen Kampf durchstehen, in dessen Verlauf seine ganze Existenz auf dem Spiel steht. […] Das gelobte Land Serbiens liegt im Territorium des heutigen Österreich-Ungarns und nicht in der Richtung, in die es derzeit strebt, wo die Bulgaren ihm den Weg verstellen. Unter diesen Bedingungen liegt es im vitalen Interesse Serbiens […], sich durch zielstrebige und geduldige

> Arbeit in einen Zustand der Bereitschaft für den unausweichlichen künftigen Kampf zu versetzen. Die Zeit arbeitet für Serbien und für den Sturz seiner Feinde, die bereits eindeutige Anzeichen des Verfalls aufweisen.[1111]

Das Bemerkenswerte an diesem Brief ist nicht nur die Freimütigkeit, mit der Sasonow die serbische Aggression von Bulgarien nach Österreich-Ungarn umlenken möchte, sondern auch seine Behauptung, dass er damit lediglich das Urteil der Geschichte akzeptiere, dem zufolge die Tage des Habsburger Staatswesens bereits gezählt seien. Derartigen Schilderungen vom unvermeidlichen Niedergang Österreichs begegnen wir häufig in den Reden der Entente-Politiker, und es lohnt sich, darauf hinzuweisen, wie nützlich sie waren. Sie dienten der Legitimierung des bewaffneten Kampfes der Serben, die nach dieser Version als Vorboten einer vorbestimmten Moderne erscheinen – dazu auserwählt, die veralteten Strukturen der Doppelmonarchie hinwegzufegen. Gleichzeitig verschleierten sie die reichlich vorhandenen Hinweise, dass die Balkanstaaten, und allen voran Serbien, im Gegensatz zu Österreich-Ungarn, das zu den Zentren der kulturellen, administrativen und industriellen europäischen Moderne zählte, noch in einer Spirale wirtschaftlicher Rückständigkeit und sinkender Produktivität steckten. Die wichtigste Funktion derartiger dominierender Narrative war jedoch mit Sicherheit, dass sie es den Entscheidungsträgern ermöglichten, auch vor sich selbst die Verantwortung für ihre Handlungen zu verbergen. Wenn die Zukunft bereits vorbestimmt war, dann bedeutete Politik nicht länger die Wahl zwischen verschiedenen Optionen, die jeweils eine andere Zukunft implizierten. Vielmehr lautete die Aufgabe dann, sich in die von Personen unabhängige Strömung der Geschichte einzureihen.

Im Frühjahr 1914 hatte das französisch-russische Bündnis entlang der österreichisch-serbischen Grenze einen geopolitischen Zündmechanismus konstruiert. Paris und St. Petersburg hatten die Verteidigungspolitik von drei der größten Mächte mit dem unsicheren Schicksal der gewaltsamsten und instabilsten Region Europas verknüpft. Für Frankreich war der Einsatz für den serbischen Staat eine logische Konsequenz der Verpflichtung im

französisch-russischen Bündnis, das an sich wiederum die Konsequenz dessen war, was französische Politiker als unveränderliche politische Einschränkungen ansahen. Die erste war demographisch bedingt. Selbst mit der enormen Aufstockung, die durch den dreijährigen Wehrdienst ermöglicht wurde, verfügte die französische Armee nicht über genügend Kommandeure, um sich der deutschen Bedrohung allein zu stellen. Ein Erfolg gegen die Deutschen hing folglich von zwei Faktoren ab: der Anwesenheit eines britischen Expeditionskorps an der Westfront der Alliierten und einer raschen Offensive durch Belgien, die es den französischen Streitkräften ermöglichen würde, das schwer befestigte Terrain im Elsass und in Lothringen zu umgehen. Leider schlossen sich die beiden Optionen gegenseitig aus, denn ein Bruch der belgischen Neutralität hätte den Verlust der britischen Unterstützung bedeutet. Aber selbst der Verzicht auf die strategischen Vorteile einer Invasion in Belgien garantierte nicht unbedingt eine britische Intervention in der ersten, entscheidenden Phase des bevorstehenden Krieges, weil die britische Politik mit ihrer zwiespältigen Haltung etliche Zweifel aufkommen ließ.

Folglich fühlte sich Frankreich gezwungen, im Osten eine Kompensation für die Sicherheitsrisiken im Westen zu suchen. Wie der belgische Gesandte im Frühjahr 1913 gesagt hatte: Je weniger »solide und wirkungsvoll« die britische Freundschaft schien, desto dringender spürten französische Strategen das Bedürfnis, die Bande ihrer Allianz mit Russland zu »stärken«.[1112] Die französische Regierung konzentrierte sich von 1911 an darauf, die russische Offensivkapazität zu verbessern, und sorgte in den Jahren 1912/13 dafür, dass sich die russischen Stationierungspläne gegen Deutschland richteten statt gegen Österreich, den angeblichen Gegner auf dem Balkan. Die engen militärischen Beziehungen wurden zunehmend durch hohe finanzielle Anreize noch intensiviert. Diese Politik hatte aus strategischer Sicht ihren Preis, weil die französische Autonomie unweigerlich eingeschränkt wurde, wenn Paris es so sehr darauf anlegte, Russland instand zu setzen, gegen Deutschland die Initiative zu ergreifen. Schon an der Tatsache, dass die französischen Politiker die daraus resultierenden Einschränkungen in Kauf zu nehmen bereit waren, ließ sich ihre Bereitschaft

ablesen, die Bedingungen des französisch-russischen Bündnisses eigens so auszuweiten, dass sie auch das Szenario eines Balkankrieges als Katalysator abdeckten; ein Zugeständnis, das de facto den Russen die Initiative überließ. Die Franzosen waren bereit, dieses Risiko einzugehen, weil ihre Hauptsorge nicht etwa die Frage war, ob die Russen übereilt handeln, sondern ob sie überhaupt in Aktion treten würden, ob sie womöglich so übermächtig werden würden, dass sie das Interesse an dem Bündnis verlieren könnten, oder ob sie ihre Kräfte auf den Kampf gegen Österreich, statt gegen den »Hauptgegner«, konzentrieren würden.

Das Balkan-Szenario hatte gerade deshalb einen gewissen Reiz, weil es die sicherste Möglichkeit zu sein schien, die volle russische Unterstützung für gemeinsame Operationen zu gewährleisten. Das lag nicht nur daran, dass Russland traditionell ein starkes Interesse an der Balkanregion hatte, sondern auch daran, dass der Konflikt der Serben mit Österreich-Ungarn die nationalen Gefühle in Russland mit Sicherheit in einer Weise aufbrachte, die den Politikern kaum eine andere Wahl ließ als zu handeln. Deshalb waren die hohen französischen Darlehen (damals mit die höchsten der Finanzgeschichte) auch so wichtig; sie waren an den Bau einer strategischen Bahnlinie geknüpft, mit deren Hilfe die Hauptmacht der russischen Streitkräfte gegen Deutschland geworfen wurde. Deutschland wäre somit gezwungen (das hoffte man zumindest), seine Streitkräfte zu teilen, die Wucht des Angriffs im Westen würde abgeschwächt, und Frankreich hätte dann den nötigen Vorsprung, um den Sieg zu erringen.

Das russische Engagement für den Vorposten Serbien hatte einen ganz anderen Hintergrund. Die Russen hatten schon seit langem eine Politik betrieben, die das Ziel verfolgte, in irgendeiner Form eine Partnerschaft mit einer Liga von Balkanstaaten einzugehen, die imstande waren, als Bollwerk gegen Österreich-Ungarn zu fungieren. Diese Politik griffen sie während des italienischen Krieges in Lybien wieder auf und handelten die Gründung des serbisch-bulgarischen Bündnisses aus, nach dem Russland zum Schiedsrichter auf dem Balkan erklärt wurde. Als nach dem Ersten der Zweite Balkankrieg wegen des Streits um die Gebietsgewinne ausbrach, erkannten die Russen, dass die Ligapolitik nunmehr überholt war, und

beschlossen, nach einigen Ausflüchten, Serbien zum Hauptpartner zu machen – auf Kosten Bulgariens, das rasch in das finanzielle und (später) politische Umfeld der Mittelmächte geriet. Das intensivierte Engagement in Serbien verpflichtete Russland zu einem direkten Konfrontationskurs gegen Österreich-Ungarn, wie die Ereignisse von Dezember 1912 bis Januar 1913 gezeigt hatten.

Doch die Russen brauchten eine Weile, bis sie sich die strategische Vision, die der französische Generalstab so hartnäckig anbot, zu eigen machten. Suchomlinows Stationierungsplan von 1910 ärgerte die Franzosen regelrecht, weil er die Gebiete der Truppenkonzentration weit von den Westgrenzen Russlands zurückverlegte. In den folgenden Jahren bemühten sich die Franzosen unermüdlich und letztlich erfolgreich, den russischen Widerstand gegen eine Strategie zu überwinden, die sich auf einen möglichst schnellen und massiven Schlag gegen die Westgrenze konzentrierte. Vier Bahnlinien waren dazu bestimmt, möglichst viele Truppen gegen das Kernland des Feindes ins Feld zu führen.

Wenn das russische und das französische strategische Denken bis zu einem gewissen Grad im Gleichschritt verliefen, so hatte das mehrere Gründe. Schon das Versprechen hoher französischer Darlehen bot einen starken Anreiz zur Kollaboration. Da sich niemand vorstellen konnte, dass die Deutschen bei einem russischen Angriff auf Österreich tatenlos zusehen würden, wurde immer deutlicher, dass Russland die österreichische Macht auf der Balkanhalbinsel nur dann würde brechen können, wenn es Deutschland besiegen konnte. Schließlich, und dies ist der wichtigste Punkt, löste das Eintreffen von Liman von Sanders in Konstantinopel nicht nur eine Eskalation der russischen Kriegsbereitschaft und des Misstrauens gegenüber deutschen Zielen aus, sondern auch eine Klarstellung, inwiefern die Balkanpolitik mit Russlands grundlegenderen Interessen an den türkischen Meerengen verknüpft war. Wie die Sonderkonferenz vom 8. Februar deutlich machte, hatten Sasonow, Suchomlinow und Schilinski inzwischen akzeptiert, dass das Ziel Zugang oder Kontrolle der Meerengen, auch wenn man sich über dessen enorme Bedeutung für die wirtschaftliche und strategische Zukunft des Landes einig war, der Aufgabe untergeordnet werden musste,

sich in dem europäischen Konflikt gegen die Mittelmächte zu behaupten. Der eigentliche Grund dafür war nicht etwa die Angst, Deutschland könne sich ein dominierendes Interesse an den Meerengen verschaffen, sondern der Umstand, dass die Entente-Mächte selbst nicht bereit waren, einen direkten russischen Zugriff auf diesen strategisch wichtigen Ort zu unterstützen. Tatsächlich hatten die drei Entente-Mächte so verschiedene Perspektiven für die Meerengen, dass das russische Außenministerium schließlich einen allgemeinen Krieg (was im Grunde einen auf dem Balkan begonnen Krieg implizierte) als den einzigen Kontext ansah, in dem Russland sich sicher sein konnte, über die Unterstützung der westlichen Partner zu verfügen.[1113]

Allerdings ist an dieser Stelle eine wichtige Trennlinie zu ziehen: Weder die französischen noch die russischen Strategen planten zu irgendeinem Zeitpunkt, einen Aggressionskrieg gegen die Mittelmächte zu starten. Wir befassen uns hier mit Szenarien, nicht mit Plänen als solchen. Es ist jedoch verblüffend, wie wenige Gedanken sich die Politiker darüber machten, welchen Effekt ihre Aktionen aller Wahrscheinlichkeit nach auf Deutschland haben würden. Französische Politiker waren sich darüber im Klaren, wie sehr sich das Gleichgewicht der militärischen Bedrohung gegen Deutschland gewendet hatte – ein Bericht des französischen Generalstabs vom Juni 1914 stellte befriedigt fest: »Die militärische Lage hat sich zum Nachteil Deutschlands verändert.« Auch britische militärische Lageeinschätzungen kamen zu dieser Schlussfolgerung. Da sie aber ihre eigenen Aktionen als rein defensiv ansahen und aggressive Absichten ausschließlich dem Gegner zuschrieben, zogen die Hauptakteure nie ernsthaft die Möglichkeit in Betracht, dass die von ihnen durchgeführten Maßnahmen ihrerseits die Optionen für Berlin einschränken könnten. Es war ein bezeichnendes Beispiel für ein Phänomen, das Theoretiker der internationalen Beziehungen das »Sicherheitsdilemma« nennen, in dem die Schritte, die ein Staat unternimmt, um seine Sicherheit zu vergrößern, »die anderen unsicherer machen und zwingen, sich auf das Schlimmste vorzubereiten«.[1114]

Waren sich die Briten darüber im Klaren, welche Risiken die Balkanisierung der Sicherheitspolitik der Entente mit sich brachte? Britische Entscheidungsträger erkannten sehr genau, dass die Verschiebung in der

europäischen Geopolitik einen Mechanismus geschaffen hatte, der unter Umständen, wenn er entsprechend in Gang gesetzt würde, einen Balkankonflikt zu einem europäischen Krieg ausufern lassen könnte. Und sie standen dieser Option (wie generell allen Aspekten der Lage in Europa) zwiespältig gegenüber. Selbst die russophilsten britischen Politiker nahmen die Balkanpolitik St. Petersburgs nicht unkritisch hin: Im März 1912 beklagte Arthur Nicolson, als er von der Rolle der Russen beim Aushandeln eines serbisch-bulgarischen Vertrags erfuhr, die jüngste russische Initiative: »Weil sie zeigt, dass die russische Regierung nicht die Absicht hat, auf dem Balkan Hand in Hand mit der österreichischen Regierung zu arbeiten, und das bedauere ich persönlich sehr.«[1115] Als Sasonow im September 1912 in London und Balmoral mit führenden britischen Staatsmännern zusammenkam, war er über die »übertriebene Besonnenheit« der britischen Ansichten zum Balkan und über ihr Misstrauen gegenüber jedem russischen Schritt erstaunt, der eigens darauf berechnet schien, die osmanische Regierung unter Druck zu setzen.[1116] Im November 1912, als die serbische Armee quer durch Albanien zur Adriaküste vorstieß, warnte Viscount Bertie, der britische Botschafter in Paris, den französischen Außenminister, dass Großbritannien nicht in den Krieg ziehen werde, um Belgrad einen Adriahafen zu verschaffen.[1117]

Nur wenige Tage später, am 4. Dezember, bestellte Edward Grey den deutschen Botschafter Fürst Max von Lichnowsky zu sich und sprach eine deutliche Warnung aus, wie Lichnowsky notierte:

> Entstände aber ein europäischer Krieg dadurch, dass Österreich gegen Serbien vorginge, und Russland, durch die öffentliche Meinung gezwungen, und um nicht abermals eine Demütigung wie 1909 zu erleben, in Galizien einmarschiere, was uns zur Hilfsleistung veranlassen würde, so sei die Beteiligung Frankreichs unausbleiblich und die weiteren Folgen absehbar. [1118]

Den Anlass für diesen Wortwechsel gab − das darf nicht vergessen werden − Kanzler Bethmann Hollwegs zehnminütige Rede vor dem Deutschen

Reichstag, in der er gewarnt hatte, dass Deutschland, falls Österreich wider Erwarten von einer anderen Großmacht (eine eindeutige Anspielung auf Russland, dessen militärische Maßnahmen entlang der galizischen Grenze die Kriegsangst geschürt hatten) angegriffen werde, zum Schutz seines Bündnispartners intervenieren werde. Lichnowsky befand, dass Greys Bemerkung eine »nicht misszuverstehende Anspielung« sei. Grey habe damit bedeutet, dass England ein höchst vitales Interesse daran habe, *zu verhindern, dass Frankreich von Deutschland niedergeworfen werde.*[1119] Als Kaiser Wilhelm einige Tage später Lichnowskys Zusammenfassung las, geriet er in Panik und wertete sie als eine »moralische Kriegserklärung« an Deutschland. Diese Warnung hatte den Kriegsrat in Potsdam vom 8. Dezember 1912 ausgelöst. Und aus den französischen Quellen geht hervor, dass der britische Außenminister Grey anschließend (noch am selben Tag der Warnung) den Inhalt des Gesprächs zwischen Lord Haldane und Fürst Lichnowsky an den Botschafter Paul Cambon weitergab, der die Einzelheiten wiederum an Poincaré weiterleitete.[1120]

Das Bemerkenswerte an Haldanes Warnung ist, wie eindeutig er die Kausalverknüpfungen des Balkan-Szenarios herstellte und wie viele Annahmen hier mitspielten. Zum Ersten übernahm Haldane seinerseits Sasonows und Iswolskis Sichtweise der Demütigung von 1909 und vergaß anscheinend ganz, dass eigentlich die britische Weigerung, mit Iswolski über die Meerengen zu verhandeln, den damaligen russischen Außenminister veranlasst hatte, die Krise auszulösen, indem er behauptete, sein österreichischer Kollege habe ihn düpiert. Die Auffassung, dass Russland wiederholte Demütigungen seitens der Mittelmächte erlitten habe, war, gelinde gesagt, zweifelhaft – die Russen konnten nämlich im Gegenteil von Glück sagen, dass sie den selbstverschuldeten Gefahren relativ unbeschadet entronnen waren.[1121]

Als Zweites wäre die höchst fragwürdige Vorstellung zu nennen, dass den russischen Entscheidungsträgern nichts anderes übrig bleibe, als Österreich anzugreifen, falls ein Konflikt zwischen Österreich und Serbien die Meinung im eigenen Land aufhetzen sollte. In Wahrheit war überhaupt nicht gesagt, dass die russische Öffentlichkeit eine übereilte Aktion Serbiens wegen

forderte; einige nationalistische Zeitungen taten dies mit Sicherheit, keine Frage, aber es gab auch andere Stimmen, wie den konservativen *Graschdanin* (Bürger) des Fürsten Meschtscherski, die »gegen die ohnmächtige slawophile Romantik« wetterten und die Vorstellung kritisierten, dass Russland in einem österreichisch-serbischen Konflikt unweigerlich an die Seite Serbiens treten müsse. Im Februar 1913, auf dem Höhepunkt der Winterkrise, schätzte der ehemalige russische Regierungschef Sergej Witte, dass allenfalls zehn Prozent der russischen Bevölkerung für einen Krieg und neunzig Prozent dagegen seien.[1122] Ebenso bemerkenswert war Haldanes Vermutung, dass diese Intervention Russlands, obwohl sie einen aggressiven Akt gegen einen Staat bedeutete, dessen Vorgehen die russische Sicherheit nicht unmittelbar bedrohte, zwangsläufig Frankreich auf den Plan rufen werde – eine Sichtweise, die durch Poincarés Erweiterung der vertraglichen Verpflichtungen, sodass sie auch die Möglichkeit eines russischen Angriffs auf eine andere europäische Großmacht abdeckten, im Grunde gebilligt oder zumindest implizit akzeptiert worden war. Diese werde wiederum, ließ Haldane durchblicken, Großbritannien verpflichten, an einem gewissen Punkt an der Seite Frankreichs zu intervenieren. Haldane mag bei der Aussicht, »für Serbien zu kämpfen«, nicht ganz wohl gewesen sein – das äußerte er mit Sicherheit mehrmals –, aber er hatte das Balkan-Szenario verstanden, gebilligt und verinnerlicht. Und dieses Szenario, das muss man sich vor Augen halten, war kein neutraler Aspekt des internationalen Systems. Es verkörperte keineswegs eine unpersönliche Notwendigkeit; vielmehr war es ein Geflecht aus parteiischen Haltungen, Verpflichtungen und Drohungen. Es enthüllte, inwieweit die Briten eine reine Politik der »balance of power« aufgegeben hatten zugunsten einer Politik, die eine maximale Sicherheit der Entente zum Ziel hatte.[1123] Als Haldane dieses Szenario Lichnowsky knapp schilderte, sagte er nicht eine vorbestimmte Zukunft voraus, sondern äußerte sich selbst im Sinne einer Reihe von Missverständnissen, die diese Zukunft erst ermöglichten.

Eine entscheidende Voraussetzung für alle diese Berechnungen war die Weigerung – ob nun explizit oder implizit –, Österreich-Ungarn das Recht zu gewähren, seine nächsten Interessen nach der Manier einer europäischen

Macht zu verteidigen. Die französischen und britischen Entscheidungsträger blieben aufreizend unbestimmt, wenn es um die genauen Bedingungen ging, unter denen ein österreichisch-serbischer Konflikt ausbrechen könnte. Poincaré gab sich keine Mühe, in seinen Gesprächen mit Iswolski die Kriterien näher zu definieren; und der französische Kriegsminister und hohe militärische Befehlshaber forderten im Winter 1912/13 nachdrücklich ein aggressives Vorgehen, obwohl noch gar kein österreichischer Angriff auf Serbien erfolgt war. Grey war in seiner Haltung gespalten und versuchte zu differenzieren: In einer Note an Bertie in Paris vom 4. Dezember 1912 deutete der britische Außenminister an, dass die britische Reaktion auf einen Balkankonflikt davon abhinge, »auf welche Weise der Krieg ausgebrochen war«.

> Wenn Serbien Österreich provozierte und ihm berechtigten Anlass zur Verärgerung gab, dann würde eine andere Stimmung herrschen, als wenn Österreich eindeutig aggressiv agieren würde.[1124]

Aber was war ein »berechtigter Anlass zur Verärgerung«? In einem so polarisierten Umfeld wie Europa in den Jahren 1912 bis 1914 war es schwierig, sich darauf zu einigen, welche Form der Provokation eine bewaffnete Antwort rechtfertigte. Und die Weigerung, österreichisch-ungarische kategorische Sicherheitsinteressen bei der Kalkulation zu berücksichtigen, war ein weiterer Beweis dafür, wie gleichgültig den Mächten inzwischen das weitere Schicksal der Doppelmonarchie war, entweder weil sie sie als Schoßhund Deutschlands ohne geopolitische Identität betrachteten oder weil sie die Auffassung akzeptierten, dass die Zeit für die Monarchie abgelaufen war und dass sie in Kürze jüngeren und geeigneteren Nachfolgerstaaten Platz machen musste. Eine Ironie der Situation war, dass es keinen Unterschied machte, ob der Habsburgische Außenminister ein energischer Charakter wie Aehrenthal war oder eine sanftere Figur wie Berchtold: Ersterem wurden aggressive Absichten unterstellt, Letzterer galt als Berlin hörig.[1125]

Das Todesurteil für das Habsburger Reich wurde noch durch eine rosarote Sichtweise Serbiens als Nation der Freiheitskämpfer bekräftigt, denen die

Zukunft gehörte. Diese Tendenz ist nicht nur dort auszumachen, wo man sie am ehesten erwarten würde, nämlich in Hartwigs begeisterten Berichten aus Belgrad, sondern auch in den wohlgesinnten Depeschen, die Léon Descos verfasste, der französische Gesandte in der serbischen Hauptstadt. Die langjährige Politik des finanziellen Beistands aus Frankreich wurde fortgesetzt. Im Januar 1914 ging ein weiteres hohes französisches Darlehen ein (das Doppelte des gesamten serbischen Staatshaushaltes für das Jahr 1912), um die enormen Militärausgaben Belgrads zu decken, und Pašić handelte mit St. Petersburg eine Militärhilfe aus, die 120000 Gewehre, 24 Haubitzen, 36 Geschütze »der neuesten Bauart« und die zugehörige Munition umfasste. Er hatte – zu Unrecht – behauptet, dass Österreich-Ungarn vergleichbare Waffen an Bulgarien liefern würde.[1126]

Grey entschied sich bei den Verhandlungen auf der Londoner Konferenz von 1913 für eine latent proserbische Linie, indem er Belgrads Ansprüche gegenüber denen des neuen albanischen Staates unterstützte. Er machte sich keineswegs die großserbische Sache an sich zu eigen, sondern betrachtete eine Befriedung Serbiens als unerlässlich für die Beständigkeit der Entente.[1127] Bei den festgelegten Grenzen blieb über die Hälfte der albanischen Bevölkerung außerhalb des neu gegründeten Königreichs Albanien. Viele Albaner, die unter serbische Herrschaft gerieten, litten unter Verfolgung, Deportation, Misshandlung und Massakern.[1128] Doch der britische Geschäftsträger Crackanthorpe, der in der serbischen Elite viele Freunde hatte, unterdrückte zunächst die Meldung von den Gräueltaten in den neu eroberten Gebieten und spielte sie anschließend herunter. Als sich die Beweise für die Missetaten häuften, kam es intern immer wieder zu Äußerungen von Abscheu, allerdings nie so stark, dass sie sich auf die politische Linie ausgewirkt hätten, die die Russen nicht brüskieren wollte.

Zwei weitere Faktoren steigerten noch die Empfindlichkeit des Krisenauslösers Balkan. Zum einen wuchs die Entschlossenheit Österreichs, den serbischen Gebietsansprüchen Einhalt zu gebieten. Wie gezeigt, tendierten die Entscheidungsträger in Wien, sobald die Lage auf dem Balkan gefährlich wurde, zu aggressiveren Lösungen. Die Stimmung schwankte weiterhin, während Krisen sich zuspitzten und wieder abflauten, aber es

stellte sich ein kumulativer Effekt ein: Jedes Mal nahmen mehr zentrale Akteure eine aggressive Haltung ein. Und die Sprunghaftigkeit der Politiker wurde durch finanzielle und innere, ethische Faktoren noch verstärkt. Weil das Geld für weitere Mobilmachungen zu Friedenszeiten knapp wurde und die Ängste wegen ihrer Auswirkungen auf Rekruten aus nationalen Minderheiten wuchsen, verringerte sich für Österreich-Ungarn die Zahl der Optionen. Die politische Perspektive bot weniger Möglichkeiten. Allerdings sollten wir nicht vergessen, dass der letzte Überblick über die Region vor dem Krieg aus der Feder eines österreichischen Beamten, das düstere Matscheko-Memorandum, das im Juni 1914 für Berchtold ausgearbeitet wurde, mit keinem Wort eine Militäraktion als Mittel für die Lösung der unzähligen Probleme Österreichs auf der Halbinsel erwähnte.

Schließlich stützte sich Deutschland zunehmend auf eine »Politik der Stärke«. Die Gewohnheit, Autonomie und Sicherheit über die Maximierung der eigenen Stärke anzustreben, war ein tief verwurzeltes Merkmal der deutschen Politik von Bismarck bis Bülow und Bethmann Hollweg. Der Umstand, dass das Trachten nach Stärke die Nachbarn des Deutschen Reiches zu Feinden machen und potenzielle Bündnispartner abschrecken könnte, war ein Problem, dem sich eine ganze Reihe Politiker nicht gebührend widmete. Aber solange die Politik weiterhin eine so abschreckende Wirkung hatte, dass die Möglichkeit eines gemeinsamen Angriffs durch das gegnerische Lager ausgeschlossen war, bestand zwar die ernste Gefahr einer Isolierung, aber sie war nicht allzu groß. Im Jahr 1912 hatte die massive Steigerung der militärischen Bereitschaft der Entente die langfristige Haltbarkeit dieses Ansatzes jedoch untergraben.

In den Jahren vor dem Kriegsausbruch beschäftigten die deutschen Strategen und Politiker vor allem zwei Fragen: Die erste, oben erörterte drehte sich darum, wie lange die militärische Stärke Deutschlands voraussichtlich noch ausreichen würde, um seine Gegner abzuwehren, falls es zum Krieg kommen sollte. Die zweite betraf die russischen Absichten. Bereitete die russische Führung womöglich aktiv einen Präventivkrieg gegen Deutschland vor? Die beiden Fragen waren miteinander verknüpft. Wenn man nämlich zu dem Schluss kam, dass Russland tatsächlich *einen Krieg*

gegen Deutschland anstrebte, dann kamen einem die Argumente, die dafür sprachen, ihn mit Hilfe politisch kostspieliger Zugeständnisse zu vermeiden, deutlich schwächer vor. Wenn es nicht mehr darum ging, den Krieg zu vermeiden, sondern ihn lediglich aufzuschieben, dann war es vernünftig, den von den Antagonisten angebotenen Krieg jetzt zu akzeptieren, statt eine spätere Wiederholung des gleichen Szenarios unter erheblich ungünstigeren Bedingungen abzuwarten. Diese Gedanken bereiteten den deutschen Entscheidungsträgern während der Julikrise großes Kopfzerbrechen.

Eine Krise der Männlichkeit?

Wenn man sich die europäischen Kanzleien im Frühjahr und Frühsommer 1914 ansieht, kann man sich über die ungünstige Konstellation der Charaktere nur wundern. Von Castelnau und Joffre bis hin zu Schilinski, Conrad von Hötzendorf, Wilson und Moltke waren die hohen Militärs allesamt vehemente Verfechter der strategischen Offensive, die einen zwar wechselnden, aber erheblichen Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger hatten. In den Jahren 1913 und 1914 repräsentierten zunächst Delcassé, dann Paléologue, beide Hardliner, Frankreich in St. Petersburg; Iswolski hingegen, der immer noch die Demütigung von 1909 unbedingt rächen wollte, residierte in Paris. Der französische Gesandte in Sofia, André Panafieu, stellte im Dezember 1912 fest, dass Iswolski »der beste Botschafter in Paris« sei, weil er »ein persönliches Interesse gegen Deutschland und Österreich« hatte, und seinen russischen Kollegen fiel auf, dass seine Stimme jedes Mal, wenn die österreichische Politik gegenüber Belgrad zur Sprache kam, »den spürbaren Hauch einer Bitterkeit annahm, die seit der Zeit der Annexion nicht mehr von ihm gewichen war«.[1129] Der reizbare Österreich-Feind Miroslav Spalajković stand inzwischen in Diensten der serbischen Gesandtschaft in St. Petersburg – sein alter Gegner Graf Forgách gestaltete nunmehr in Wien die Politik mit. Man fühlt sich an ein Stück von Harold Pinter erinnert, wo sich alle Charaktere sehr gut kennen und einander kaum leiden können.

Allerdings handelte es sich um ein Stück mit ausschließlich männlichen

Darstellern. Welche Bedeutung hatte dieser Umstand? Mannhaftigkeit ist und war eine sehr allgemeine Kategorie, die unzählige Verhaltensformen umfasst: Das Mannhafte an diesen besonderen Männern wurde durch Klassenzugehörigkeit, Herkunft und Beruf gebrochen. Es ist jedoch verblüffend, wie häufig die Hauptakteure an dezidiert männliche Verhaltensmuster appellierten und wie eng sie mit ihrem Politikverständnis verwoben waren. »Ich vertraue aufrichtig darauf, dass wir in dieser Angelegenheit standhaft bleiben müssen«, schrieb Arthur Nicolson seinem Freund Charles Hardinge, als er ihm riet, sämtliche Angebote einer Annäherung aus Berlin auszuschlagen.[1130] Es sei unerlässlich, schrieb der deutsche Botschafter in Paris Wilhelm von Schoen im März 1912, dass die Berliner Regierung eine »vollkommen kühle Ruhe« in ihren Beziehungen zu Frankreich bewahre und sich »kalten Blutes« den Aufgaben der nationalen Verteidigung widme, die wegen der internationalen Lage geboten wären.[1131] Als Bertie von der Gefahr sprach, dass die Deutschen »uns ins Wasser schubsen und die Sachen wegnehmen« könnten, wählte er für das internationale System das Bild einer dörflichen Spielwiese, auf der sich männliche Halbwüchsige austobten. Sasonow rühmte die »Gradlinigkeit« von Poincarés Charakter und »die unerschütterliche Willensstärke«;[1132] Paul Cambon sah an ihm die »Steifheit« des professionellen Juristen, während die Anziehungskraft des zurückhaltenden und selbstbewussten »Naturburschen« ein zentraler Bestandteil von Greys Identität als Mann der Öffentlichkeit war. In der Krise von 1914 Österreich-Ungarn aus Angst keine Rückendeckung zu geben, wäre, wie Bethmann Hollweg in seinen Memoiren kommentierte, einer Selbstentmannung gleichgekommen, denn: »Den Fall Österreichs hätte Deutschland nur als östlichen Winken gefügiger Vasall überlebt.«[1133]

Derartige Anspielungen auf das *fin-de-siècle*-Mannestum sind in der Korrespondenz und den Memoranden jener Jahre so häufig anzutreffen, dass es schwerfällt, ihre Wirkung zu lokalisieren. Aber sie spiegeln mit Sicherheit einen sehr speziellen Moment in der Geschichte der europäischen Männlichkeit wider. Wie Historiker der Geschlechterforschung festgestellt haben, wich in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und im ersten des 20. eine vergleichsweise üppige Form der patriarchalen Identität, die sich

in erster Linie um die Befriedigung der Lüste (Essen, Sex, Waren) drehte, einer schmäleren, härteren und abstinenteren Variante. Gleichzeitig verschärfte die Konkurrenz durch untergeordnete und marginalisierte Männer – etwa Proletarier und Nichtweiße – den Ausdruck der »wahren Männlichkeit« innerhalb der Eliten. Besonders in militärischen Führungskreisen verdrängten Stehvermögen, Härte, Pflichtgefühl und unerschütterlicher Diensteifer die frühere Betonung einer hohen Abstammung, die nunmehr als verweichlicht galt.[1134] »Männlich zu sein, männlich so sehr als möglich, unbedingt, ungemischt männlich, das gilt ihnen [den Männern] als Auszeichnung«, schrieb die Wiener Feministin und Freidenkerin Rosa Mayreder im Jahr 1905. »Sie sind unempfindlich für das Brutale oder Niedrige oder Verkehrte einer Handlung, wenn sie mit dem traditionellen Kanon der Männlichkeit übereinstimmt.«[1135]

Doch diese zunehmend übersteigerten Formen der Männlichkeit standen in einem Spannungsverhältnis mit den Idealen des Gehorsams, der Höflichkeit, Kultiviertheit und Milde, die immer noch als die Kennzeichen des »Gentleman« galten.[1136] Womöglich kann man die Anzeichen für Rollenstress und Ermüdungserscheinungen, die an vielen wichtigen Entscheidungsträgern zu beobachten sind (Stimmungsschwankungen, Besessenheit, nervliche Anspannung, Unentschlossenheit, psychosomatische Krankheit und Eskapismus, um nur einige zu nennen), einer Akzentuierung der Geschlechterrollen zuschreiben, die manche Männer allmählich unerträglich belastete. Conrad von Hötzendorf vereinigte in sich die spröde Person eines streitlustigen Zuchtmeisters mit dem dringenden Bedürfnis nach der Stütze einer Frau, in deren Gesellschaft die unbewegliche Maske des Kommandeurs abfiel und ein unersättliches Ego mit dem dringenden Bedürfnis nach Trost und psychischem Halt enthüllte. Seine Mutter Barbara lebte mit oder in der Nähe von Conrad, bis sie im Jahr 1915 starb. Das Vakuum füllte er, indem er endlich die inzwischen geschiedene Gina von Reininghaus heiratete und sie in das österreichisch-ungarische Hauptquartier nach Teschen mitnahm – sehr zum Erstaunen seiner Kollegen und der Wiener Gesellschaft.[1137]

Auch der französische Gesandte in Belgrad Léon Descos ist ein

interessanter Fall. Ein russischer Kollege, der Descos gut kannte, berichtete, dass der »schwere moralische Schlag« der beiden Balkankriege sein »Nervensystem« angegriffen habe. »Er wurde allmählich immer einsamer […], und von Zeit zu Zeit wiederholte er seine Lieblingsleier über die Unantastbarkeit des Friedens.«[1138] Während der Balkankriege klagte Berchtold in seinem Tagebuch unablässig über Albträume, schlaflose Nächte und Kopfschmerzen.[1139] Als der neue französische Regierungschef René Viviani, generell ein recht friedliebender Mensch, zu den Gipfelgesprächen vom Juli 1914 nach St. Petersburg fuhr, befand er sich am Rand eines Nervenzusammenbruchs. Auch Hartwig stand unter Stress. Alexander Sawinski, der russische Gesandte in Sofia, war der Meinung, dass Hartwig in den Balkankriegen »seine Balance verloren« habe: Hartwig sehe, so beobachtete Sawinski, »überall Feinde, die er sich selbst gemacht hat«. Anfang Sommer 1914 klagte Hartwig beständig über Herzbeschwerden und sehnte sich nach der Sommerpause und einer Kur in Bad Nauheim. Er sollte die Julikrise nicht überleben.[1140] Die Nervosität, die viele als das Kennzeichen dieser Ära ansahen, manifestierte sich in diesen mächtigen Männern nicht nur in Ängsten, sondern auch in einem manischen Trachten nach dem Triumph über die »Schwäche« des eigenen Willens, danach, eine »Person der Courage« zu sein, wie Walther Rathenau 1904 schrieb, statt eine »Person der Angst«.[1141] Wie man die Charaktere in dieser Geschichte innerhalb der allgemeineren Konturen der Geschlechtergeschichte auch aufstellt, allem Anschein nach akzentuierte ein Verhaltenscodex, der auf einer Vorliebe für unbeugsame Forschheit anstelle der Geschmeidigkeit, taktischen Flexibilität und Raffinesse einer früheren Generation von Staatsmännern (Bismarck, Cavour, Salisbury) basierte, das Konfliktpotenzial.

Wie offen war die Zukunft?

In seinem Buch *System der subjektiven Öffentlichen Rechte*, das 1892 erschien, analysierte der österreichische Anwalt Georg Jellinek »die normative Kraft des Faktischen«, wie er es nannte. Damit meinte er die unter Menschen verbreitete Tendenz, dem bestehenden Status quo eine normative

Autorität zuzusprechen. Die Menschen täten dies, so argumentierte er, weil ihre Wahrnehmung des Ist-Zustands von den Kräften geprägt werde, die in diesem Zustand zum Tragen kommen. Die in diesem hermeneutischen Zirkel gefangenen Menschen wechseln tendenziell rasch von der Wahrnehmung des Bestehenden zur Annahme, dass ein bestimmter Zustand normal sei und somit eine gewisse moralische Notwendigkeit beinhalten müsse. Wenn es zu Umwälzungen oder Störungen kommt, passen sie sich rasch an die neuen Umstände an und weisen ihnen die gleiche normative Eigenschaft zu, die sie in der früheren Ordnung wahrgenommen hatten.[1142]

Etwas ganz Ähnliches passiert, wenn wir über historische Ereignisse nachdenken, insbesondere katastrophale wie den Ersten Weltkrieg. Sobald sie eingetreten sind, vermitteln sie uns ein Gefühl der Notwendigkeit (oder zumindest hat es den Anschein). Dieser Prozess spielt sich auf mehreren Ebenen ab. Er ist in den Briefen, Reden und Memoiren zentraler Akteure zu beobachten, die eilends betonen, dass es zu dem eingeschlagenen Weg keine Alternative gegeben habe, dass der Krieg »unvermeidlich« gewesen sei und folglich niemand ihn hätte verhindern können. Diese Thesen einer Unvermeidlichkeit tauchen in unterschiedlichen Versionen auf: Zum einen weisen sie womöglich einfach die Verantwortung anderen Staaten oder Akteuren zu, zum anderen schreiben sie dem System an sich eine Tendenz zum Krieg zu, unabhängig vom Willen der individuellen Akteure, oder sie verweisen auf unpersönliche Kräfte wie die Geschichte oder das Schicksal.

Die Suche nach den Kriegsursachen, die inzwischen fast ein Jahrhundert lang die Literatur über diesen Konflikt dominiert, verstärkt diese Tendenz noch: Mögliche Kriegsursachen, die man sich aus den Jahrzehnten der europäischen Vorkriegszeit herauspickt, werden wie Gewichte auf die Waagschale gelegt, bis sie sich von der Wahrscheinlichkeit zur Unvermeidlichkeit neigt. Eventualitäten, Wahlmöglichkeiten und Urheberschaft werden aus dem Sichtfeld einfach ausgeklammert. Das ist unter anderem ein Problem der Perspektive. Wenn wir von unserem fernen Aussichtspunkt zu Beginn des 21. Jahrhunderts aus auf die Wendungen der europäischen internationalen Beziehungen vor 1914 zurückblicken, können wir nicht vermeiden, sie durch die Brille der folgenden Ereignisse zu

betrachten. Die Ereignisse fügen sich zu etwas zusammen, das Diderots Beschreibung eines gut komponierten Bildes ähnelt: »eine Ganzheit, die unter einem einzigen Blickwinkel enthalten ist«.[1143] Es wäre natürlich falsch, in dem Versuch, dieses Problem zu korrigieren, nunmehr Eventualitäten oder Unachtsamkeit zum Fetisch zu erheben. Das würde lediglich das Problem einer allzu großen Vorherbestimmtheit durch eine zu geringe Bestimmtheit ersetzen, durch einen Krieg ohne jeden Anlass. So wichtig die Erkenntnis ist, dass dieser Krieg ohne Weiteres hätte vermieden werden können − und aus welchen Gründen –, muss diese Einsicht gewissenhaft mit einer Einschätzung, wie und warum es tatsächlich dazu kam, ausbalanciert werden.

Ein auffälliges Merkmal der Interaktionen zwischen den europäischen Exekutiven war die andauernde, allenthalben anzutreffende Ungewissheit über die Intentionen der Freunde ebenso wie die potenzieller Feinde. Die Machtverschiebung unter Fraktionen und Amtsinhabern blieb ein Problem, genau wie Sorgen um den möglichen Einfluss der öffentlichen Meinung. Würde sich Grey gegen seine Gegner im Kabinett und Parlament durchsetzen? Sollte Poincaré die Kontrolle über das französische Ministerium behalten? Noch kurz zuvor hatten militärische Stimmen das Sagen in den Strategiedebatten in Wien gehabt, aber im Zuge der Redl-Affäre schien Conrads Einfluss zu schwinden, seine Entlassung war nur noch eine Frage der Zeit. Andererseits waren die Falken in St. Petersburg im Aufwind. Zu diesen innenpolitisch bedingten Unwägbarkeiten kam noch die Schwierigkeit hinzu, die Machtverhältnisse innerhalb ausländischer Regierungsapparate zu deuten. Britische Beobachter glaubten (fälschlich, wie wir heute wissen), dass friedliebende Konservative wie Kokowzow (trotz seiner Entlassung kurz zuvor) und Pjotr Durnowo ihren Einfluss auf den Zaren verstärkt hätten und ihnen in Kürze ein Comeback gelingen würde. In Paris wurde aufgeregt über einen bevorstehenden Sieg einer prodeutschen Fraktion unter Führung des ehemaligen Regierungschefs Sergej Witte gemunkelt. Nicht zu vergessen die ständige Nervosität wegen der Empfänglichkeit zentraler Entscheidungsträger für Trends in der öffentlichen Meinung. In einem am letzten Februartag 1914 aus Berlin abgesandten Bericht räumte der russische Bevollmächtigte Generalmajor Ilja Leonidowitsch Tatischtschew, ein Freund des deutschen

Kaisers, ein, dass er in der deutschen Presse zwar ein hohes Maß an Feindseligkeit gegen Russland beobachtet habe, aber nicht beurteilen könne, inwiefern dies dazu angetan war, Wilhelm II. zu beeinflussen: »Ich glaube allgemein jedoch, dass die Friedensliebe Seiner Majestät unerschütterlich ist. Aber in seinem Gefolge wird sie womöglich schwächer.« Zwei Wochen später gab er jedoch Entwarnung und stellte fest, dass die jüngste russisch-deutsche Pressefehde bei dem deutschen Monarchen offenbar keine Wirkung gezeigt habe.[1144] Hinter der ganzen Paranoia und Aggression verbarg sich eine grundlegende Ungewissheit, wie die Stimmung und die Absichten der anderen Kanzleien zu deuten seien, ganz zu schweigen davon, wie man ihre Reaktionen auf bislang nicht eingetretene Eventualfälle vorausahnen konnte.

Die Zukunft war noch offen – wenn auch nur knapp. Bei aller Verhärtung der Fronten in beiden bewaffneten Lagern Europas gab es Anzeichen dafür, dass der Moment einer umfassenden Auseinandersetzung vorüberziehen könnte. Das englisch-russische Bündnis war mittlerweile extrem belastet; es sah nicht danach aus, dass es die geplante Frist für eine Verlängerung im Jahr 1915 überstehen würde. Und es gab sogar Hinweise auf einen Sinneswandel unter britischen Politikern, die unlängst auf dem Balkan die Früchte der Entspannung mit Deutschland geerntet hatten. Es ist keineswegs offensichtlich oder sicher, dass Poincaré seine Sicherheitspolitik langfristig hätte fortführen können. Es gab sogar zögerliche Fingerzeige auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Wien und Belgrad, als man eine Verständigung über den Austausch politischer Häftlinge und die Regelung der östlichen Eisenbahn anstrebte und auch fand. Vor allem plante zu diesem Zeitpunkt keine einzige europäische Großmacht den Beginn eines Aggressionskrieges gegen ihre Nachbarn. Sie fürchteten eine Initiative dieser Art von der Seite ihrer Gegner, und als sich die militärische Bereitschaft der Entente rasant steigerte, wurde unter den Militärs in Wien und Berlin viel von einem Präventivschlag geredet, um das Patt zu überwinden, aber ein Präventivkrieg war nie Bestandteil einer politischen Linie geworden. Ebenso wenig hatte Wien beschlossen, ohne provoziert worden zu sein, in Serbien einzumarschieren – was einem geopolitischen Selbstmord gleichgekommen wäre. Das System musste noch von außerhalb gezündet werden, mit Hilfe des

Auslösers, den die Russen und Franzosen an der österreichisch-serbischen Grenze gelegt hatten. Hätte Pašićs Regierung eine Politik verfolgt, die eine innenpolitische Konsolidierung anstrebte, und die irredentistische Bewegung, die für ihre eigene Autorität eine ebenso große Gefahr darstellte wie für den Frieden Europas, im Keim erstickt, dann hätten die jungen Männer womöglich niemals die Drina überquert. Man hätte Wien rechtzeitig eine eindeutigere Warnung zukommen lassen können, und die Schüsse wären niemals gefallen. Die ineinander verflochtenen Verpflichtungen, die letztlich das katastrophale Resultat von 1914 hervorbrachten, waren keine langfristigen Merkmale des europäischen Systems, sondern die Konsequenz zahlreicher kurzfristiger Nachbesserungen, die ihrerseits wiederum ein Indiz dafür waren, wie rasch sich die Beziehungen unter den Mächten entwickelten.

Und wenn der Auslöser nicht gezündet worden wäre, dann wäre an die Stelle der kommenden Ereignisse, die anno 1914 Geschichte wurden, eine andere Zukunft getreten – durchaus denkbar, dass die Triple Entente dann die Lösung der Balkankrise nicht überdauert und dass die englisch-deutsche Entspannung eine substanziellere Form angenommen hätte. Paradoxerweise trug ausgerechnet die Plausibilität der »zweiten Zukunft« dazu bei, die Wahrscheinlichkeit der ersten Variante zu steigern: Gerade um zu verhindern, dass Russland ausscherte, und um die vollste Unterstützung zu erhalten, erhöhte Frankreich nämlich den Druck auf St. Petersburg. Wäre das Geflecht der Bündnisse verlässlicher und beständiger erschienen, dann hätten sich zentrale Entscheidungsträger womöglich nicht so stark unter Druck gefühlt. Umgekehrt hatten auch die Momente der Entspannung, die für die letzten Jahre vor dem Krieg so charakteristisch waren, einen widersinnigen Effekt: Indem sie einen Kontinentalkrieg *scheinbar* ganz an den Rand des Horizonts der Wahrscheinlichkeit zurückdrängten, verführten sie die Hauptakteure dazu, die mit ihren Interventionen verbundenen Risiken zu unterschätzen. Nicht zuletzt aus diesem Grund schien die Gefahr eines Konflikts zwischen den großen Bündnisblöcken genau in dem Moment zu schwinden, als die Kette der Ereignisse, die letztlich Europa in einen Krieg stürzte, in Gang gesetzt wurde.

975 Zitiert in Zara S. Steiner, *The Foreign Office and Foreign Policy, 1898–1914,* Cambridge 1969, S. 153.

976 Zu den Gesprächen in Baltischport vom 4.-6. Juli 1912, siehe H. H. Fisher (Hg.), *Out of My Past. The Memoirs of Count Kokovtsov, Russian Minister of Finance, 1904–1911, Chairman of the Council of Ministers, 1911–1914*, Stanford 1935, *S.* 322.

977 Notizen von Bethmann Hollweg zu dem Gespräch mit Sasonow, 6. Juli 1912, *GP*, Bd. 31, Dok. 11542, S. 439–444.

978 Fisher (Hg.), *Memoirs of Count Kokovtsov*, S. 320.

979 Notizen von Pourtalès, 29. Juni 1912, *GP*, Bd. 31, Dok. 11537, S. 433–436.

980 S[ergej] D[mitrijewitsch] Sasonoff [=Sasonow], *Sechs schwere Jahre,* Berlin 1927, S. 55 f.

981 Fisher (Hg.), *Memoirs of Count Kokovtsov*, S. 320 f.

982 Bethmann Hollweg an Auswärtiges Amt, Baltischport, an Bord der *Hohenzollern*, 6. Juli 1912, *GP*, Bd. 31, Dok. 11540, S. 437f.

983 Zur Frage der Entspannung als möglicher Kraft der internationalen Politik vor 1914 siehe Friedrich Kießling, *Gegen den großen Krieg? Entspannung in den internationalen Beziehungen, 1911–1914,* München 2002, S. 77–148.

984 Bethmann Hollweg an Auswärtiges Amt, Baltischport, an Bord der *Hohenzollern*, 6. Juli 1912, *GP*, Bd. 31, Dok. 11540, S. 437 f.

985 Klaus Hildebrand, *Das vergangene Reich*. *Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, 1871–1945*, Stuttgart 1995, S. 269–276.

986 Vgl. Volker Berghahn, *Germany and the Approach of War in 1914,* Basingstoke 1993, S. 120 ff.; Imanuel Geiss, »›Weltpolitik‹. Die deutsche Version des Imperialismus«, in: Gregor Schöllgen (Hg.), *Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland,* Darmstadt 1991, S. 148–169, hier S. 166 f.

987 So lautete Bethmann Hollwegs »Entwurf« einer Vorlage für die englisch-deutschen Verhandlungen, zitiert in *GP*, Bd. 31, Dok. 11395, S. 167 f.; dazu auch R. Langhorne, »Great Britain and Germany, 1911–1914«, in: Francis Harry Hinsley (Hg.), *British Foreign Policy under Sir Edward Grey,* Cambridge 1977, S. 288–314, hier S. 293 f.

988 Niall Ferguson, *Pity of War,* London 1998, S. 72 (deutsch: *Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert,* Stuttgart 1999); Langhorne, »Great Britain and Germany«, S. 294 f.

989 R. Langhorne, »The Naval Question in Anglo-German Relations, 1912–1914«, in: *Historical Journal,* 14 (1971), S. 359–370, hier S. 369; vgl. Fritz Fischer, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914,* Düsseldorf 1969, S. 182–187.

990 R. J. Crampton, *Hollow Détente. Anglo-German Relations in the Balkans, 1911–1914,* London 1980, S. 56 ff., 72 f.; Kießling, *Gegen den großen Krieg?,* S. 102 f.

991 Zu den Zielen der Mission und Haldanes »Verleugnung« durch die britische Regierung, siehe B. D. E. Kraft, *Lord Haldane's Zending naar Berlijn in 1912. De duitsch-engelsche onderhandelingen over de vlootquaestie,* Utrecht 1931, S. 209 ff., 214–217, 220 f.; Note an die deutsche Regierung, März 1912, zitiert in: Gregor Schöllgen, *Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage, 1871–1914,* München 1984, S. 330.

992 Kraft, *Zending naar Berlijn,* S. 246.

993 Samuel R. Williamson, *The Politics of Grand Strategy. Britain and France Prepare for War, 1904–1914,* Cambridge, Mass, 1969, S. 258.

994 Nicolson an Bertie, 8. Februar 1912, TNA FO 800/171, zitiert in Steiner, *Foreign Office*, S. 127.

995 Bertie an Nicolson, Paris, 11. Februar 1912, zitiert in Thomas Otte, *The Foreign Office Mind. The Making of British Foreign Policy, 1865–1914,* Cambridge 2011, S. 364; zu Nicolsons Beteiligung und Einsatz bei dem britisch-russischen Abkommen siehe Keith Neilson, »›My Beloved Russians‹: Sir Arthur Nicolson and Russia, 1906–1916«, in: *International History Review*, 9/4 (1987), S. 521–554.

996 Jonathan Steinberg, »Diplomatie als Wille und Vorstellung: Die Berliner Mission Lord Haldanes im Februar 1912«, in: Herbert Schottelius und Wilhelm Deist (Hg.), *Marine und Marinepolitik im kaiserlichen Deutschland, 1871–1914*, Düsseldorf 1972, S. 263–282, hier S. 264; zur Mission und ihrem Scheitern siehe auch Michael Epkenhans, *Die wilhelminische Flottenrüstung. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration*, München 1991, S. 113–137; David Stevenson, *Armaments and the Coming of War: Europe 1904–1914*, Cambridge 1996, S. 205 ff.

997 Goschen an Nicolson, Berlin, 20. April 1912, TNA FO 800/355, Bl. 20–22.

998 »Foreign Affairs. The Morocco Crisis. Sir E. Grey’s Speech«, in: *The Times*, 28. November 1911, S. 13, Sp. B.

999 Kühlmann an Bethmann Hollweg, London, 14. Oktober 1912, *GP*, Bd. 33, Dok. 12284, S. 228; siehe auch die Diskussion in Jost Dülffer, Martin Kröger und Rolf-Harald Wippich, *Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg 1856–1914*, München 1997, S. 650.

1000 Crampton, *Hollow Détente*.

1001 Kießling, *Gegen den großen Krieg?*, S. 89, 122; Paul W. Schroeder, »Embedded Counterfactuals and World War I as an Unavoidable War«, S. 28 f.

1002 Ronald Bobroff, *Roads to Glory*. *Late Imperial Russia and the Turkish Straits*, London 2006; zu den französischen Sorgen wegen Georg V.: Guillaume an Davignon, Paris, 11. April 1913, MAEB AD, France 11, Correspondance politique − légations.

1003 Ira Klein, »The Anglo-Russian Convention and the Problem of Central Asia, 1907–1914«, in: *Journal of British Studies*, 11 (1971), S. 126–147, hier S. 128.

1004 Ebenda, S. 141.

1005 Grey an Buchanan, London, 11. Februar 1914, Grey an Buchanan, London, 18. März 1914, TNA, Grey Papers, FO 800/74, zitiert in Thomas McCall, »The Influence of British Military Attachés on Foreign Policy Towards Russia, 1904–1917«, Master-Examensarbeit, University of Cambridge, 2011, S. 53.

1006 Fürst Max von Lichnowsky, »Meine Londoner Mission«, in: ders., *Auf dem Wege zum Abgrund. Londoner Berichte, Erinnerungen und sonstige Schriften*, Dresden 1927, S. 125.

1007 Steiner, *Foreign Office*, S. 121–140, 49; Otte, *Foreign Office Mind*, S. 380.

1008 McCall, »British Military Attachés«, S. 33–75.

1009 Hamilton an Haldane, 1. September 1909, zitiert in ebenda, S. 60.

1010 Notizen von H. A. Gwynne, Chefredakteur der *Morning Post*, zu einem vertraulichen Gespräch im FO, vermutlich mit Sir William Tyrrell, zitiert und analysiert in Keith M. Wilson, »The British Démarche of 3 and 4 December 1912: H. A. Gwynne’s Note on Britain, Russia and the First Balkan War«, in: *Slavonic and East European Review*, 60/4 (1984), S. 552–559, hier S. 556.

1011 Nicolson an Goschen, London, 15. April 1912, *BD*, Bd. 6, Dok. 575, S. 747.

1012 Nicolson an Goschen, London, 25. Mai 1914, TNA, FO Bl. 162–14, hier Bl. 163, 800/374.

1013 Kießling, *Gegen den großen Krieg*?, S. 82 f., Bowykin, *Is istorii wosniknowenija*, S. 180.

1014 Zitiert in Steiner, *British Foreign Office*, S. 134; allgemein zu Nicolsons Anschauungen siehe ebenda, S. 128 f., 131, 133 f., 136 f.; Otte, *Foreign Office Mind*, S. 384.

1015 Guillaume an Davignon, Paris, 14. April 1914, MAEB AD, France 11, correspondance politique – légations.

1016 Otte, *Foreign Office Mind*, S. 358 f., 387 f.

1017 Nicolson an Bunsen, London, 30. März 1914, TNA, FO 800/373, Bl. 80–83, hier Bl. 83.

1018 Diese Aspekte des internationalen Systems werden näher ausgeführt in Kießling, *Gegen den großen Krieg?*, und Holger Afflerbach und David Stevenson (Hg.), *An Improbable War? The Outbreak of World War I and European Political Culture before 1914*, Oxford 2007, beide passim.

1019 Jules Cambon an Poincaré, Berlin, 28. Juli 1912, AMAE, PA-AP, 43, Cambon Jules 56, Bl. 45.

1020 Annika Mombauer, *Helmuth von Moltke and the Origins of the First World War*, Cambridge 2001, S. 145, 211, 281.

1021 Stevenson, *Armaments*, S. 159–163.

1022 Ebenda, S. 247.

1023 Zu den deutschen Interpretationen der Haltungen unter hohen russischen Befehlshabern siehe z. B. Pourtalès an Bethmann Hollweg, St. Petersburg, 20. November 1912; Griesinger (deutscher Gesandter in Belgrad) an Bethmann Hollweg, 5. Februar 1913; der Originalwortlaut des Zitats findet sich in Romberg (deutscher Gesandter in Bern) an Bethmann Hollweg, Bern, 1. Februar 1913, wo er von einem Gespräch zwischen dem russischen Militärattaché in der Stadt und einem Mitglied der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft berichtete; sämtliche Quellen im Bestand PA-AA, R 10895.

1024 Zitiert in Schultheß, *Europ. Gesch.* Kal. 1912, S. 244, Stenographische Berichte des Reichstages RT, Bd. 286, Sp. 2472 ff., 2. Dezember 1912; siehe auch Fischer, *Krieg der Illusionen*, S. 229 f.; auf Englisch abgedruckt in: *The Times*, 3. Dezember 1912, S. 6, Sp. B.

1025 *The Times*, 3. Dezember 1912, S. 6, Sp. B.

1026 Auf Deutsch zitiert in Lamar Cecil, *Wilhelm II*, 2 Bde., Chapel Hill 1989 und 1996, Bd. 2: *Emperor and Exile, 1900–1941, S.* 186; zu Bethmann Hollwegs Rede und Bedeutung siehe Dülffer, Kröger und Wippich, *Vermiedene Kriege*, S. 652 ff.

1027 Eine volle Rekonstruktion des Treffens sowie eine Erörterung der Bedeutung enthält J. C. G. Röhl, »Der militärpolitische Entscheidungsprozess in Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges«, in: ders., *Kaiser, Hof und Staat.Wilhelm II. und die deutsche Politik*, München 1995, S. 175–202, hier S. 176.

1028 Röhl, »Der militärpolitische Entscheidungsprozess«, passim; sowie ders., »Admiral von Müller and the Approach of War, 1911–1914«, in: *Historical Journal*, 12 (1969), S. 651–673. Röhls Interpretation des »Kriegsrats« vom Dezember 1912 als dem Moment, an dem der Countdown für einen im Voraus von Deutschland geplanten Krieg startete, ist die Meinung der Minderheit. Auf einer Konferenz in London (»The Fischer Controversy 50 Years On«, 13.–15. Oktober 2011, German Historical Institute London) spitzte Röhl die These gar noch zu, indem er andeutete, dass der Kriegsrat jener Moment gewesen sei, an dem die Deutschen beschlossen, nicht sofort einen Krieg zu beginnen, sondern ihn bis Sommer 1914 zu »verschieben« – eine These, die zuvor bereits Fritz Fischer in *Krieg der Illusionen*, S. 234, 241, vertrat. Die Aufschubthese ist auch ein zentraler Bestandteil der Argumentation im dritten Band von Röhls Biografie des Kaisers, siehe J. C. G. Röhl, *Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund, 1900–1941*, München 2008.

1029 Röhl, »Der militärpolitische Entscheidungsprozess«; Stevenson, *Armaments*, S. 288 f.; F. Fischer, »The Foreign Policy of Imperial Germany and the Outbreak of the First World War«, in: Schöllgen, *Escape into War*?, S. 19–40; hier S. 22; M. S. Coetzee, *The German Army League,* New York 1990, S. 36 f.; Wolfgang J. Mommsen, »Domestic Factors in German Foreign Policy before 1914«, in: *Central European History*, 6 (1973), S. 3–43, hier S. 12 ff.

1030 E. Hölzle, *Die Selbstentmachtung Europas. Das Experiment des Friedens vor und im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 1975, S. 180–183; Hildebrand, *Das vergangene Reich, S.* 289.

1031 Jagow an Lichnowsky, Berlin, 26. April 1913; Jagow an Flotow, Berlin, 28. April 1913, *GP*, 34/2, S. 737 f., 752; zum U-Boot-Bau und anderen Flottenprogrammen siehe Holger H. Herwig, »*Luxury« Fleet. The Imperial German Navy, 1888–1918,* London 1980, S. 87 ff.; Gary E. Weir, »Tirpitz, Technology and Building U-boats 1897–1916«, in: *International History Review*, 6 (1984), S. 174–190; Hew Strachan, *The First World War*, Oxford 2001, S. 53 ff.

1032 Moltke an Bethmann Hollweg und Heeringen, 21. Dezember 1912, zitiert in Stevenson, *Armaments*, S. 291 f.

1033 David Stevenson, »War by Timetable? The Railway Race Before 1914«, in: *Past & Present*, 162 (1999), S. 163–194, hier S. 175.

1034 Peter Gattrell, *Government, Industry and Rearmament in Russia*, *1900–1914. The Last Argument of Tsarism,* Cambridge 1994, S. 133 f.

1035 Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914–18,* Düsseldorf 1961, S. 48.

1036 Siehe Stevenson, *Armaments*, S. 298, 314; I. V. Bestuzhev, »Russian Foreign Policy, February-June 1914«, in: *Journal of Contemporary History*, 1/3 (1966), S. 93–112, hier S. 96.

1037 Paul Kennedy, »The First World War and the International Power System«, in: Steven E. Miller (Hg.), *Military Strategy and the Origins of the First World War*, Princeton 1985, S. 29.

1038 Militärbericht Nr. 28, St. Petersburg, 8.-21. Mai 1914 (Kopie für die Reichsadmiralität), BA-MA Freiburg, RM5/1439. Ich bin Oliver Griffin sehr dankbar, dass er mir eine Kopie dieses Dokuments zuschickte. Moltkes Anschauungen (vom 15. Dezember 1913 und 11. Juli 1914) werden zitiert in Stevenson, »War by Timetable?«, S. 186.

1039 Matthew Seligmann und Roderick McLean, *Germany from Reich to Republic*, London 2000, S. 142 ff.

1040 Ferguson, »Public Finance and National Security. The Domestic Origins of the First World War Revisited«, in: *Past & Present*, 142 (1994); zu Moltkes Rufen nach einem Präventivkrieg in den Jahren 1908/09 siehe Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, S. 49 f.; ders., *Krieg der Illusionen*, S. 105 f.; Norman Stone, »Moltke-Conrad: Relations Between the German and Austro-Hungarian General Staffs«, in: *Historical Journal*, 9 (1966), S. 201–228; Isabel V. Hull, »Kaiser Wilhelm II and the ›Liebenberg Circle‹«, in: J. C. G. Röhl und N. Sombart (Hg.), *Kaiser Wilhelm II. New Interpretations*, Cambridge 1982, S. 193–220, insbs. 212; Holger H. Herwig, »Germany«, in: Richard F. Hamilton und Holger H. Herwig (Hg.), *The Origins of World War I*, Cambridge 2003, S. 150–187, insb. S. 166.

1041 Dieter Hoffmann, *Der Sprung ins Dunkle oder wie der 1. Weltkrieg entfesselt wurde*, Leipzig 2010, siehe insbesondere die Tabelle auf S. 325–330.

1042 Französischer Wortlaut zitiert in Stefan Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges*, München 2009, S. 276.

1043 Henry Wilson, Randbemerkung auf einer Zusammenfassung der aktuellen Sendung von Oberst

Knox in St. Petersburg, 23. März 1914, TNA, WO 106/1039.

1044 Kevin Kramer, »A World of Enemies: New Perspectives on German Military Culture and the Origins of the First World War«, in: *Central European History*, 39 (2006), S. 270–298, hier S. 272; zur Beziehung zwischen der Angst vor dem Krieg und der Bereitschaft dazu siehe auch Kießling, *Gegen den großen Krieg?*, S. 57.

1045 Bethmann Hollweg an Eisendecher, 26. Dezember 1911 und 23. März 1913, beide zitiert in Konrad H. Jarausch, »The Illusion of Limited War: Chancellor Bethmann Hollweg's Calculated Risk, July 1914«, in: *Central European History*, 2/1 (1969), S. 48–76.

1046 Cecil, *Wilhelm II*, Bd. 2, S. 195.

1047 Falkenhayn an Hanneken, 29. Januar 1913, zitiert in: Holger Afflerbach, *Falkenhayn: Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich*, München 1994, S. 102 (Falkenhayn wurde am 7. Juni 1913 Kriegsminister).

1048 Ebenda, S. 76.

1049 Zum Primat der zivilen Führer im Europa von 1914 siehe Marc Trachtenberg, »The Coming of the First World War: A Reassessment«, in: ders., *History and Strategy*, Princeton 1991, S. 47–99.

1050 Anon., *Deutsche Weltpolitik und kein Krieg!*, Berlin 1913.

1051 Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 278.

1052 Strachan, *First World War*, S. 33.

1053 Zu den deutschen Optionen siehe Hildebrand, *Das vergangene Reich, S.* 277–282.

1054 Mehmet Yerçil, »A History of the Anatolian Railway, 1871–1914«, PhD-Arbeit, Cambridge 2010.

1055 Marschall von Biberstein an Bethmann Hollweg, Konstantinopel, 4. Dezember 1911, *GP*, Bd. 30, Dok. 10987.

1056 Carl Mühlmann, *Deutschland und die Türkei 1913–1914. Die Berufung der deutschen Militärmission nach der Türkei 1913, das deutsch-türkische Bündnis 1914 und der Eintritt der Türkei in den Weltkrieg*, Berlin 1929, S. 5.

1057 Yerçil, »Anatolian Railway«, S. 91.

1058 Ebenda, S. 95–120.

1059 Helmut Mejcher, »Oil and British Policy Towards Mesopotamia«, in: *Middle Eastern Studies*, 8/3 (1972), S. 377–391, insb. S. 377 f.

1060 Zitiert in J. C. G. Röhl, *Wilhelm II. Der Aufbau der persönlichen Monarchie, 1888–1900*, München 2001, S. 1059.

1061 Zum deutschen Interesse am Panislamismus als Instrument der Außenpolitik siehe Sean McMeekin, *The Berlin–Baghdad Express. The Ottoman Empire and Germany's Bid for World Power, 1898–1918*, London 2010, S. 7–53.

1062 Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, S. 54.

1063 Herbert Feis, *Europe, The World's Banker 1870–1914*, New York 1939, S. 53; Ulrich Trumpener, *Germany and the Ottoman Empire 1914–1918*, Princeton 1968, S. 3–11; Harry N. Howard, *The Partition of Turkey, 1913–1923*, Norman 1931, S. 49 f.

1064 Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 281 f.

1065 Zu »Goltz-Pascha« und anderen deutschen Militärberatern in Konstantinopel vor Liman siehe Bernd F. Schulte, *Vor dem Kriegsausbruch 1914. Deutschland, die Türkei und der Balkan*, Düsseldorf 1980, S. 17–38.

1066 Mühlmann, *Deutschland und die Türkei*, S. 10 f.; Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 297.

1067 Theobald von Bethmann Hollweg, *Betrachtungen zum Weltkriege,* 2 Bde., Berlin 1919, Bd. 1, S. 88 f.

1068 Zur offiziell lancierten Pressekampagne in *Nowoje Wremja*, siehe David MacLaren McDonald, *United Government and Foreign Policy in Russia, 1900–1914*, Cambridge, Mass. 1992, S. 191; zur Entschlossenheit der osmanischen Behörden, mit Hilfe der deutschen Mission ihre Streitkräfte zu modernisieren und sich damit gegen weitere Annexionen zu wappnen, siehe Swerbejew (russischer Botschafter in Berlin) an Sasonow, 16. Januar 1914, *IBZI*, Serie 3, Bd. 1, Dok. 21, S. 22 f.

1069 Tatischtschew an Nikolaus II., Berlin, 6. November 1913, GARF, Fond 601, op. 1, del 746 (2).

1070 Zitiert aus Basarows Bericht vom 16. Dezember 1913, in Fischer, *Krieg der Illusionen*, S. 486 f. Wie Basarow von dem Inhalt der Rede erfahren hat, ist nicht bekannt.

1071 Pourtalès an Auswärtiges Amt, 28. November und 5. Dezember 1913, *GP*, Bd. 38, Dok. 15457, 15466; Mühlmann, *Deutschland und die Türkei,* S. 12.

1072 Auf Englisch zitiert in Lichnowsky, »Meine Londoner Mission«, in: ders., *Auf dem Wege zum Abgrund,* Bd. 1, S. 108.

1073 Bowykin, *Is istorii wosniknowenija*, S. 125 f.; Fischer, *Krieg der Illusionen*, S. 214 f.

1074 Sasonow an Demidow (russischer Gesandter in Athen), St. Petersburg, 16. Oktober 1912, mit Kopien für Konstantinopel, Paris und London; Sasonow an Girs, St. Petersburg, 18. Oktober 1912; Sasonow an russische Botschafter in Paris, London, Berlin, Wien und Rom, 5. Oktober 1912, alle enthalten in AWPRI, Fond 151 (PA), op. 482, d. 130, Bl. 14, 20, 22.

1075 Suchomlinow an Neratow, 11. August 1911, *IBZI*, Serie 3, Bd. 1, Dok. 310, S. 375–378, hier S. 376.

1076 Sasonow an Iswolski, 4. November 1912 (Kopien an London und Konstantinopel); Sasonow an Giers (Botschafter in Konstantinopel), »geheimes Telegramm«, St. Petersburg, 2, November 1912, beide in AWPRI, Fond 151 (PA), op. 482, d. 130, Bl. 96, 87.

1077 Bobroff, *Roads to Glory*, S. 52 f.

1078 Sasonow an Kokowzow und Geheimdienstchefs, 12. November 1912, zitiert in ebenda, S. 55.

1079 Sasonow an Nikolaus II., 23. November 1912, zitiert in Bowykin, *Is istorii wosniknowenija*, S. 126.

1080 Ia. Sacher, »Konstantinopol i proliwy«, in: *KA*, 6 (1924), S. 48–76, hier S. 55, und 7 (1924), S. 32–54.

1081 Bobroff, *Roads to Glory*, S. 76–95.

1082 Sasonow an russischen Chargé d'affaires, London, 7. Dezember 1913, in: B. von Siebert (Hg.), *Graf Benckendorffs diplomatischer Schriftwechsel,* Berlin 1928, Bd. 3, Dok. Nr. 982, S. 208 f.

1083 D. C. B. Lieven, *Russia and the Origins of the First World War,* London 1983, S. 47; Etter (russischer Chargé d'affaires, London) an Sasonow, London, 14. Januar 1914, *IBZI*, Serie 3, Bd. 1, Dok. 3, S. 2 f.

1084 Louis Mallet an Edward Grey, London, 23. März 1914, TNA FO 800/80; Great Britain, House of Commons Debates, 1914, Bd. 59, Sp. 2169 f., beide Äußerungen zitiert in: William I. Shorrock, »The Origin of the French Mandate in Syria and Lebanon: The Railroad Question, 1901–1914«, in: *International Journal of Middle East Studies*, 1/2 (1970), S. 133–153, hier S. 153; siehe auch Stuart Cohen, »Mesopotamia in British Strategy, 1903–1914«, in: *International Journal of Middle East Studies*, 9/2 (1978), S. 171–181, insb. S. 174–177.

1085 Note der Verständigung zwischen SE Khourshid Pascha, Marineminister, im Namen der osmanischen Regierung, und Admiral Limpus, 25. Mai 1912, Limpus Papers. Caird Library, NMM, LIM/12; zur Ernennung von Limpus siehe auch Paul G. Halpern, *The Mediterranean Naval Situation, 1908–1914*, Cambridge, Mass. 1971, S. 321.

1086 Siehe »Instructions for Hallifax Bey«, 11. Mai 1914, ebenda, LIM/9.

1087 Limpus an osmanische Admiralität, 5. Juni 1912, ebenda, LIM 8/1 (letter-book), Bl. 63–67.

1088 Ebenda, Bl. 68 f.

1089 Delcassé an Außenministerium, 29. Januar 1914, AMAE NS, Russie 42, Bl. 223 f.; siehe auch Iswolski an Sasonow, Paris, 15. Januar 1914, *IBZI*, Serie 3, Bd. 1, Dok. 12, S. 12 ff., in dem er den französischen Widerstand gegen einen russischen Finanzboykott des Osmanischen Reiches meldet.

1090 lswolski an Sasonow, Paris, 18. Dezember 1913; Iswolski an Sasonow, Paris, 18. Dezember 1913, in: Stieve (Hg.), *Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis*, Bd. 3, Dok. 1179, 1181, S. 425, 428–431; Dülffer, Kröger und Wipplich, *Vermiedene Kriege*, S. 663 f.

1091 Sasonow an Benckendorff, St. Petersburg, 11. Dezember 1913, in: Benno Siebert (Hg.), *Benckendorffs diplomatischer Schriftwechsel*, 3 Bde., Berlin 1928, Bd. 3, Dok. 991, S. 217.

1092 Zu diesem Bericht siehe McDonald, *United Government*, S. 193; zur fokussierenden Wirkung der Liman-Affäre siehe Strachan, *First World War*, S. 61.

1093 M. Pokrowski, *Drei Konferenzen. Zur Vorgeschichte des Krieges*, [Berlin] 1920, S. 34, 38.

1094 Ebenda, S. 42.

1095 Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 298.

1096 Pokrowski, *Drei Konferenzen*, S. 39, 41; zu Sasonows Rolle bei diesen Gesprächen siehe Horst Linke, *Das Zarische Russland und der Erste Weltkrieg. Diplomatie und Kriegsziele 1914–1917*, München 1982, S.22.

1097 Buchanan an Grey, 3. April 1914, zitiert in Lieven, *Russia and the Origins*, S. 197.

1098 Abschließende Randbemerkung auf Pourtalès an Bethmann Hollweg, St. Petersburg, 25. Februar 1914, *GP*, Bd. 39, Dok. 15841, S. 545; siehe auch die Diskussion in Dülffer, Kröger und Wippich, *Vermiedene Kriege*, S. 670.

1099 Zitiert in McDonald, *United Government*, S. 193.

1100 Sergei Dmitrievich Sazonov, *Fateful Years, 1909–16: The Reminiscences of Serge Sazonov*, London 1928, S. 80.

1101 Uwe Liszkowski, *Zwischen Liberalismus und Imperialismus*. *Die Zaristische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg im Urteil Miljukovs und der Kadettenpartei, 1905–1914*, Stuttgart 1974, S. 224 f.

1102 Mallet an Grey (Nr. 400), 2. Juni 1914, und Notizen von Russell und Crowe, 9. und 14. Juni 1914, zitiert in Thomas Otte, *Foreign Office Mind*, S. 378 f.

1103 Lieven, *Russia and the Origins*, S. 42–46; siehe auch Bowykin, *Is istorii wosniknowenija*, S. 129.

1104 Bobroff, *Roads to Glory*, S. 151; ders., »Behind the Balkan Wars«, S. 78.

1105 »Journal der Sonderkonferenz, 8. Februar 1914«, in Pokrowski, *Drei Konferenzen*, S. 47, 52.

1106 Ebenda, S. 52 f.

1107 Bowykin, *Is istorii wosniknowenija*, S. 128.

1108 Stephen Schröder, *Die englisch-russische Marinekonvention*, Göttingen 2006, S. 97–101; Linke, *Das Zarische Russland*, S. 28 ff.

1109 Zitiert in Schröder, *Die englisch-russische Marinekonvention*, S. 128.

1110 William A. Renzi, »Great Britain, Russia and the Straits, 1914–1915«, in: *Journal of Modern History*, 42/1 (1970), S. 1–20, hier S. 2 f.; Mustafa Aksakal, *The Ottoman Road to War in 1914. The Ottoman Empire and the First World War*, Cambridge 2008, S. 46.

1111 Sasonow an Hartwig, zitiert in: Friedrich Stieve, *Iswolski und der Weltkrieg, auf Gund der neuen Dokumenten-Veröffentlichung des Deutschen Auswärtigen Amtes*, Berlin 1924, S. 178.

1112 Guillaume an Davignon, Paris, 14. April 1914, MAEB AD, France 11, Correspondance politique – légations.

1113 Zur beherrschenden Stellung dieser Idee in Sasonows Denken siehe Bobroff, *Roads to Glory*, S. 151–156.

1114 John H. Herz, »Idealist Internationalism and the Security Dilemma«, in: *World Politics*, 2/2 (1950), S. 157–180, hier S. 157; zur Bedeutung dieses Problems für die Krise von 1914 siehe Jack L. Snyder, »Perceptions of the Security Dilemma in 1914«, in: Robert Jervis, Richard Ned Lebow und Janice Gross Stein, *Psychology and Deterrence*, Baltimore 1989, S. 153–179; Klaus Hildebrand, »Julikrise 1914: Das europäische Sicherheitsdilemma. Betrachtungen über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 36 (1985), S. 469–502; Gian Enrico Rusconi, *Rischio 1914. Come si decide una guerra*, Bologna 1987, S. 171–187.

1115 Nicolson an Cartwright, London, 18. März 1912, TNA, FO, 800/354, Bl. 253 f.

1116 Sazonov, *Les Années fatales*, S. 63.

1117 Bertie an Grey, Paris, 26. November 1912, in *BD*, Bd. 9/2, Dok. 280, S. 206.

1118 Lichnowsky, *Auf dem Wege zum Abgrund*, Bd. 1, S. 269f.

1119 Vgl. ebenda, S. 270. Hervorhebung im Original.

1120 Cambon an Poincaré, London, 4. Dezember 1912, *DDF*, 3. Serie, Bd. 4, Dok. 622, S. 642 f.; siehe auch Wilson, »The British Démarche«, S. 555.

1121 Schroeder, »Embedded Conterfactuals«, S. 37.

1122 Bericht über ein Gespräch mit Witte durch einen Sonderagenten der Hamburg-Amerika-Linie, weitergeleitet in Müller an Bethmann Hollweg, Hamburg, 21. Februar 1913, PA-AA, R 10137, Allgemeine Angelegenheiten Russlands, 1. Januar 1907–31. Dezember 1915; zu einem weiteren Bericht, der die Meinung vertrat, dass ein Krieg nur bei einem kleinen Teil der russischen Elite beliebt sei, siehe Kohlhaas (deutscher Generalkonsul in Moskau), Memorandum, Moskau, 3. Dezember 1912, PA-AA, R 10895.

1123 Zu dieser Tendenz in der britischen Politik siehe Christopher John Bartlett, *British Foreign Policy in the Twentieth Century*, London 1989, S. 20; Paul W. Schroeder, »Alliances, 1815–1914: Weapons of Power and Tools of Management«, in: Klaus Knorr (Hg.), *Historical Dimension of National Security Problems*, Lawrence 1976, S. 227–262, hier S. 248; Christel Gade, *Gleichgewichtspolitik oder Bündnispflege? Maximen britischer Außenpolitik (1909–1914)*, Göttingen 1997, S. 22; zum Verzicht Frankreichs auf eine Politik des Kräftegleichgewichts siehe Bowykin, *Is istorii wosniknowenija*, S. 133.

1124 Grey an Bertie, London, 4. Dezember 1912, *BD*, Bd. 9/2, Dok. 328, S. 244; Grey sagte zu Botschafter Buchanan in St. Petersburg in etwas das Gleiche, siehe Grey an Buchanan, 17. Februar 1913, ebenda, Dok. 626, S. 506.

1125 Zum britischen Misstrauen gegenüber den österreichischen Plänen, der Annahme, dass Wien eine Marionette Berlins sei, und zu den Störungen des österreichisch-ungarischen Systems siehe Kießling, *Gegen den großen Krieg?*, S. 127 ff.; Strachan, *First World War*, S. 81.

1126 Katrin Boeckh, *Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg. Kleinstaatenpolitik und ethnische Selbstbestimmung auf dem Balkan,* München 1996, S. 121, 131; V. N. Strandmann, *Balkanske Uspomene*, Belgrad 2009, S. 244; Pašić an Sasonow, 2. Februar 1914, *IBZI*, Serie 3, Bd. 1, Dok. 161, S. 149 f. Zu diesen Lieferungen, die einige Zeit brauchten, bis sie den russischen Apparat durchlaufen hatten, siehe: Suchomlinow an Sasonow, 30. März 1914; Sasonow an Hartwig, St. Petersburg, 9. April 1914; Sasonow an Hartwig, St. Petersburg, 14. April 1914; Hartwig an Sasonow, 28. April 1914 – alle in *IBZI*, Serie 1, Bd. 1, Dok. 161, S. 149 f.; ebenda, Serie 1, Bd. 2, Dok. 124, 186, 218, 316, S. 124, 198, 227 f. und 309.

1127 Miranda Vickers, *The Albanians. A Modern History,* London und New York 1999, S. 70.

1128 Mark Mazower, *The Balkans,* London 2000, S. 105 f.

1129 Notizen zu einem Gespräch mit André Panafieu von Jean Doulcet, Sekretär an der französischen Botschaft in St. Petersburg, St. Petersburg, 11. Dezember [1912], AMAE, Papiers Jean Doulcet, Bd. 23, Notes personnelles, 1912–1917; Strandmann, *Balkanske Uspomene*, S. 239.

1130 Nicolson an Hardinge, London, 1. Februar 1912, zitiert in: Richard Langhorne, »Anglo-German Negotiations Concerning the Future of the Portuguese Colonies, 1911–1914«, in: *Historical Journal,* 16/2 (1973), S. 361–387, hier S. 371.

1131 Schoen an Bethmann Hollweg, Paris, 22. März 1912, *GP*, Bd. 31, Dok. 11520, S. 396–401, hier S. 400 f.

1132 Sazonov, *Les Années fatales*, S. 61.

1133 Bethmann Hollweg, *Betrachtungen zum Weltkrieg*, Bd. 1, S. 133.

1134 Zur »Verhärtung« des Männerbildes unter Offizieren vor 1914 siehe Markus Funck, »Ready for War? Conceptions of Military Manliness in the Prusso-German Officer Corps before the First World War«, in: Karen Hagemann und Stephanie Schüler-Springorum (Hg.), *Home/Front. The Military, War and Gender in Twentieth-Century Germany,* New York 2002, S. 43–68.

1135 Rosa Mayreder, »Von der Männlichkeit«, in: dies., *Zur Kritik der Weiblichkeit*, *Essays,* hrsg. v. Hana Schnedl, München 1981, S. 80–97, hier S. 92.

1136 Christopher E. Forth, *The Dreyfus Affair and the Crisis in French Masculinity,* Baltimore 2004; siehe dazu auch die Aufsätze in: Hagemann und Schüler-Springorum (Hg.), *Home/Front,* insb. Karen Hagemann, »Home/Front. The Military, Violence and Gender Relations in the Age of the World Wars«, S. 1–42; zum Männlichkeitsbild der Eliten im englisch-deutschen Vergleich siehe Sonja Levsen, »Constructing Elite Identities. University Students, Military Masculinity and the Consequences of the Great War in Britain and Germany«, in: *Past & Present*, 198/1 (2008), S. 147–183; zu Spannungen innerhalb hegemonischer Männlichkeitsmodelle Mark Connellan, »From Manliness to Masculinities«, in: *Sporting Traditions*, 17/2 (2001), S. 46–63.

1137 Samuel R. Williamson, »Vienna and July: The Origins of the Great War Once More«, in: ders. und Peter Pastor (Hg.), *Essays on World War I: Origins and Prisoners of War*, New York 1983, S. 9–36, insb. S. 13 f.

1138 Strandmann, *Balkanske Uspomene*, S. 241.

1139 Hugo Hantsch, *Leopold Graf Berchtold. Grandseigneur und Staatsmann,* 2 Bde., Graz 1963, Bd. 2, S. 374, 455, 475 Anm. 14, 500, 520.

1140 Strandmann, *Balkanske Uspomene*, S. 244.

1141 Joachim Radkau, *Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler,* München 1998, S. 396 f.

1142 Georg Jellinek, *System der subjektiven Öffentlichen Rechte,* Freiburg 1892, S. 8–17, 21–28; zu

Jellineks »normativer Kraft des Faktischen«, siehe Oliver Lepsius, *Besitz und Sachherrschaft im öffentlichen Recht*, Tübingen 2002, S. 176–179.

1143 Denis Diderot, »Composition in Painting«, *Encyclopédie*, Bd. 3 (1753), in: Beatrix Tollemache, *Diderot's Thoughts on Art and Style*, New York 1971, S. 25–34.

1144 Tatischtschew an Nikolaus II., Berlin, 28. Februar 1914 und 13. März 1914, GARF, Fond 601, op. 1, del 746 (2).

TEIL III

KRISE

KAPITEL 7
MORD IN SARAJEVO

Das Attentat

Am Morgen des 28. Juni 1914, einem Sonntag, trafen Erzherzog Franz Ferdinand, der habsburgische Thronerbe, und seine Frau Sophie Chotek von Chotkowa und Wognin mit dem Zug in der Stadt Sarajevo ein und bestiegen für die Fahrt zum Rathaus entlang des Appelkais ein Automobil. Sieben Fahrzeuge fuhren in der Kolonne. In dem Wagen an der Spitze saß der Polizeikommandant von Sarajevo Karl Mayerhoffer mit weiteren Polizisten, es folgten der Bürgermeister von Sarajevo Fehim Effendi Čurčić, mit Fes und im dunklen Anzug, und Regierungskommissar Dr. Edmund Gerde. Hinter ihnen, im dritten Wagen – einem prächtigen Sportcoupé von Gräf und Stift mit zurückgeschlagenem Verdeck, damit die Fahrgäste von der Schar der Gratulanten, die die Straßen säumten, gesehen wurden –, saßen der Erzherzog und seine Frau. Auf dem Klappsitz vor ihnen saß Feldzeugmeister Oskar Potiorek, der Landeschef von Bosnien, vorn auf dem Beifahrersitz Oberstleutnant Graf Franz von Harrach. Ihnen folgten vier weitere Automobile mit einheimischen Polizisten und Personen aus dem Gefolge des Erzherzogs und des Gouverneurs.

Ein herrliches Panorama bot sich dem Paar, als die Kolonne auf den Appelkai einschwenkte, eine breite Allee, die entlang der Uferbefestigung der Miljačka durch das Zentrum von Sarajevo führte. Auf beiden Seiten des Flusses, der östlich der Stadt aus einer Schlucht hervorbricht, ragen steile Berge auf eine Höhe von über 1500 Meter auf. Die Hänge waren mit Villen und Häusern inmitten von Obstplantagen übersät. Oberhalb davon lagen die Friedhöfe mit unzähligen glänzenden Punkten aus weißem Marmor, gekrönt von dunklen Tannen und nacktem Fels. Die Minarette der zahlreichen Moscheen überragten die Bäume und Gebäude entlang des Flusses, eine Erinnerung an die osmanische Vergangenheit der Stadt. Im Stadtzentrum,

links vom Appelkai, befand sich der Basar, ein Labyrinth aus Gassen, in dem sich ein schattiger Stand an den anderen reihte, angelehnt an Kaufhäuser aus solidem Stein. Teppichhändler, Gärtner, Sattler, Kupferschmiede sowie Handwerker aller Art gingen hier ihrem Gewerbe nach, jeder in dem ihm zugewiesenen Areal. In einem kleinen Gebäude mitten im Basar wurde an die Armen Kaffee ausgeschenkt, auf Kosten des *waqf,* der muslimischen wohltätigen Einrichtung. Am Vortag war es kühl und regnerisch gewesen, aber am Morgen des 28. Juni herrschte strahlender Sonnenschein.



Franz Ferdinand und Sophie (ganz rechts) am 28. Juni in Sarajevo

Die Österreicher hatten für den Besuch ein unglückliches Datum gewählt: Ausgerechnet an diesem Tag, dem Veitstag, hatten im Jahr 1389 osmanische Verbände ein serbisches Heer auf dem Amselfeld (Kosovo Polje) vernichtend geschlagen und damit die Ära eines serbischen Reiches auf dem Balkan beendet. Gleichzeitig hatten sie damit die Voraussetzung für die spätere Integration des restlichen Serbiens in das Osmanische Reich geschaffen. Die Gedenkfeiern waren 1914 in allen serbischen Gebieten zwangsläufig sehr

intensiv, weil es der erste Veitstag seit der »Befreiung« des Kosovos im Zweiten Balkankrieg war. »Diese heilige Flamme, die von Kosovo ausgehend Geschlechter [von Serben] begeisterte, ist zu einem mächtigen Feuer entflammt«, verkündete das Organ der Schwarzen Hand *Pijemont* am 28. Juni 1914. »Kosovo ist frei! Kosovo ist gerächt!«[1145] Für serbische Ultranationalisten, sowohl in Serbien selbst als auch im ganzen irredentistischen Netzwerk in Bosnien, war die Ankunft des Thronerben an diesem Tag in Sarajevo ein symbolischer Affront, der nicht unbeantwortet bleiben durfte.

Sieben in zwei Zellen organisierte Terroristen versammelten sich in den Tagen vor dem Besuch in der Stadt. Am Morgen der Ankunft stellten sie sich in Abständen entlang des Kais auf. Um die Hüfte hatten sie sich Bomben gebunden, die nicht größer als Seifenstücke waren und ein Zündhütchen mit einem chemischen Zünder von zwölf Sekunden hatten. In ihren Taschen steckten geladene Pistolen. Die Reserve an Waffen und Personen war unerlässlich für den Erfolg des Unternehmens. Falls ein Mann durchsucht und verhaftet wurde oder einfach nicht in Aktion trat, stand ein anderer bereit, um seinen Platz einzunehmen. Jeder hatte außerdem ein Tütchen Zyanidpulver bei sich, um sich damit nach dem Anschlag das Leben nehmen zu können.

Die offiziellen Sicherheitsvorkehrungen glänzten durch Abwesenheit. Trotz der Warnungen, dass ein Terroranschlag wahrscheinlich sei, fuhren der Erzherzog und seine Frau im offenen Wagen an einer Menschenmenge vorbei, noch dazu auf einer Route, die alles andere als eine Überraschung war. Von einem Kordon aus Soldaten, der bei solchen Gelegenheiten für gewöhnlich am Randstein steht, war nichts zu sehen, sodass die Wagenkolonne praktisch ungeschützt an der dichten Menschenmenge vorbeifuhr. Sogar die eigene Leibwache fehlte: Ihr Chef war irrtümlich mit drei bosnischen Offizieren in ein Auto gestiegen und hatte den Rest seiner Männer am Bahnhof zurückgelassen.[1146]

Das erzherzogliche Paar machte sich verblüffend wenig Sorgen um die eigene Sicherheit. Franz Ferdinand hatte die letzten drei Tage mit seiner Frau in dem kleinen Ferienort Ilidze verbracht, wo er und Sophie ausschließlich

freundlichen Menschen begegnet waren. Sie hatten sogar Zeit für einen spontanen Einkaufsbummel auf dem Basar von Sarajevo gehabt, wo sie völlig unbehelligt durch die dicht bevölkerten Gassen schlenderten. Woher sollten sie wissen, dass Gavrilo Princip, der junge bosnische Serbe, der sie nur drei Tage später erschießen sollte, ebenfalls den Basar besuchte und sie beschattete? Bei einem Abendessen am letzten Abend in Ilidze, bevor sie mit dem Zug nach Sarajevo fuhren, saß Sophie zufällig neben dem Führer der bosnischen Kroaten, Dr. Josip Sunarić, der die lokalen Behörden davor gewarnt hatte, das Paar zu einer Zeit des gesteigerten Nationalgefühls für die einheimischen Serben nach Bosnien zu bringen. »Mein lieber Dr. Sunarić«, sagte sie zu ihm, »Sie sind doch im Unrecht. […] Wo immer wir waren, hat uns jeder bis zum letzten Serben mit solcher Freundschaftlichkeit, Höflichkeit und echter Wärme begrüßt, dass wir über unseren Besuch sehr glücklich sind!«[1147] Franz Ferdinand war ohnehin bekannt für seine Ungeduld bei Sicherheitsvorkehrungen und wollte diesem letzten Abschnitt seiner Bosnienreise einen besonders lockeren und zivilen Anstrich verleihen. In den letzten Tagen hatte er in den Hügeln der Umgebung unablässig die Rolle des Generalinspekteurs der Armee gespielt; nunmehr hatte er den Wunsch, als Erbe des Habsburgischen Throns mit seinen künftigen Untertanen in Kontakt zu kommen.

Der wichtigste Punkt aber war: Der 28. Juni war Sophies und Franz Ferdinands Hochzeitstag. Trotz der unzähligen Steine, die ihnen von der Habsburgischen Etikette in den Weg geworfen wurden, hatten der Erzherzog und seine Frau seit der Heirat ein außerordentlich glückliches Familienleben geführt. Die Heirat »meiner Soph« sei das »Allergescheiteste« gewesen, das er je in seinem Leben getan habe, vertraute Franz Ferdinand im Jahr 1904 seiner Stiefmutter an. Seine Frau war sein »ganzes Glück«, und ihre Kinder waren seine »ganze Wonne und Stolz«. »Den ganzen Tag sitze ich bei ihnen und bewundere sie, weil ich sie so lieb habe.«[1148] Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass die Herzlichkeit dieser Beziehung – die bei dynastischen Eheschließungen unüblich war – bis zu ihrem Besuch in Sarajevo nachgelassen hat. Sophie hatte darauf bestanden, am Hochzeitstag an der Seite ihres Mannes zu bleiben, und es war zweifellos ein besonderes

Vergnügen für beide, dass sie in diesem reizvollen und exotischen Vorposten des österreichisch-ungarischen Reiches gemeinsam in einer Weise verkehren konnten, die in Wien häufig unmöglich war.

Die Autos rollten an den Häusern und Geschäften vorbei, die mit den habsburgischen schwarz-gelben und den bosnischen rot-gelben Fahnen geschmückt waren, und auf Muhamed Mehmedbašić zu, der an der Ćumurija-Brücke Stellung bezogen hatte. Als die Menge um ihn herum in Beifallsrufe ausbrach, machte er sich bereit, die Bombe scharf zu machen und zu werfen. Es war ein kritischer Augenblick, denn sobald das Zündhütchen gebrochen war (eine Aktion, die ein lautes Geräusch erzeugte), gab es kein Zurück mehr: Die Bombe musste geworfen werden. Mehmedbašić gelang es, die Bombe freizubekommen, aber in diesem letzten Moment glaubte er zu spüren, wie jemand – womöglich ein Polizist – hinter ihn trat. Vor Schreck war er gelähmt, genau wie im Januar 1914, als er den Auftrag, Oskar Potiorek im Zug zu töten, verpatzt hatte. Die Autos fuhren vorbei. Der nächste Attentäter in der Reihe, zugleich der erste, der in Aktion trat, war der bosnische Serbe Nedeljko Čabrinović, der sich an der Flussseite des Kais aufgestellt hatte. Er holte seine Bombe hervor und zerschlug das Zündhütchen an einem Laternenpfahl. Als der Leibwächter des Erzherzogs, Graf Harrach, den Knall hörte, glaubte er, ein Reifen sei geplatzt, aber der Fahrer sah die Bombe heranfliegen und trat auf das Gaspedal. Ob der Erzherzog selbst die Bombe sah und es ihm gelang, sie mit der Hand wegzuschlagen, oder ob sie einfach an dem zusammengefalteten Dach hinter dem Fahrgastraum abprallte, ist nicht ganz klar. Auf jeden Fall verfehlte sie ihr Ziel, fiel auf den Boden und explodierte unter dem folgenden Fahrzeug. Sie verletzte mehrere Offiziere im Wageninneren und riss ein Loch in die Straße.

Der Erzherzog reagierte erstaunlich kaltblütig auf diesen Vorfall. Als er sich umsah, bemerkte er, dass der vierte Wagen stehen geblieben war. Die Luft schwirrte vor Staub und Rauch, und von der Wucht der Detonation klingelten den Wageninsassen noch die Ohren. Ein Splitter hatte Sophies Wange gestreift, aber sonst blieb das Paar unverletzt. Die Passagiere im vierten Wagen waren verletzt, aber am Leben; einige versuchten auszusteigen. Am

schwersten hatte es General Potioreks Adjutant Oberst Erik von Merizzi erwischt. Er war zwar bei Bewusstsein, blutete aber stark aus einer Kopfwunde. Einige Zuschauer waren ebenfalls verletzt worden.

Sobald Čabrinović die Bombe geworfen hatte, nahm er das Zyanidpulver ein, das er bei sich trug, und warf sich über die Brüstung in den Fluss. Weder das eine noch das andere hatte den gewünschten Effekt: Das Gift war von einer schlechten Qualität, sodass es dem jungen Mann die Kehle und die Magenschleimhaut verbrannte, ihn aber nicht umbrachte oder bewusstlos machte. Und die Miljačka hatte in der Sommerhitze zu niedrigen Wasserstand, um ihn zu ertränken oder mitzureißen. Stattdessen fiel er lediglich mehr als sieben Meter tief auf das sandige Flussufer, wo er schnell von einem Ladenbesitzer, einem mit einer Pistole bewaffneten Barbier und zwei Polizisten gefasst wurde.

Statt die Gefahrenzone sofort zu verlassen, kümmerte sich der Erzherzog um die Behandlung der Verwundeten und ordnete anschließend an, dass die Kolonne zum Rathaus in der Stadtmitte weiterfahren und danach über den Appelkai wieder zurückfahren solle, damit er und seine Frau die Verwundeten im Krankenhaus besuchen könnten. »Der Kerl ist verrückt«, meinte Franz Ferdinand dem Vernehmen nach. »Meine Herren, wir wollen unser Programm fortsetzen.« Die Wagenkolonne setzte sich wieder in Bewegung, und die hintersten Fahrzeuge fuhren um das rauchende Wrack des vierten Wagens herum. Die übrigen Attentäter, die immer noch auf ihren Posten warteten, bekamen somit reichlich Gelegenheit, ihre Aufgabe zu vollenden. Aber sie waren jung und unerfahren; drei von ihnen verloren die Nerven, als das Auto mit den Passagieren in nächster Nähe an ihnen vorbeifuhr. Vaso Čubrilović, der Jüngste von ihnen, erstarrte im letzten Moment wie Mehmedbašić – offenbar hatte ihn der unerwartete Anblick der Frau des Erzherzogs neben ihm im Wagen aus der Fassung gebracht. »Ich stand davon [von dem Attentat] erst an jenem Platz ab. Ich war immer fest entschlossen, das Attentat auszuführen, allein ich wusste nicht, dass auch die Herzogin dabei sei«, erinnerte er sich später. Um sie habe es ihm leidgetan.[1149] Cvijetko Popović bekam ebenfalls Angst. Er verharrte auf seinem Posten und war bereit, den Sprengkörper zu werfen, konnte sich aber

nicht dazu überwinden, »weil ich in jenem Augenblicke bei seinem Anblick den Mut verlor«.[1150] Als er die Detonation von Čabrinovićs Bombe hörte, rannte Popović zu dem Gebäude der Prosvjeta, einer serbischen Kulturorganisation, und versteckte seine Bombe im Keller hinter einer Kiste.

Gavrilo Princip war anfangs völlig perplex. Als er die Explosion hörte, ging er davon aus, dass der Anschlag bereits geglückt sei. Er rannte zu Čabrinovićs Position, sah aber nur noch, wie er von seinen Häschern abgeführt wurde, sich vor Schmerzen krümmend, weil das Gift ihm die Kehle verbrannte. »Sofort wusste ich, dass ihm sein Unternehmen nicht gelungen sei, und er sich auch nicht hatte vergiften können. Deshalb wollte ich ihn schnell mit der Pistole erschießen. In diesem Augenblick fuhren die Automobile vorbei.«[1151] Princip gab den Plan, seinen Komplizen zu erschießen, auf und wandte sich stattdessen der Wagenkolonne zu, aber als er den Erzherzog erblickte (unverkennbar in seinem mit grünen Straußenfedern geschmückten Helm), fuhren die Autos zu schnell für einen sicheren Schuss. Princip bewahrte Ruhe – unter den gegebenen Umständen eine bemerkenswerte Leistung. Als ihm bewusst wurde, dass das Paar schon bald zurückkehren würde, suchte er sich einen neuen Platz an der rechten Seite der Franz-Joseph-Straße, entlang der angekündigten Route, auf der die Kolonne die Stadt verlassen sollte. Trifko Grabež hatte seinen Posten verlassen, um nach Princip zu suchen, und war nach der ersten Explosion in die Menschenmenge geraten. Als die Kolonne an ihm vorüberfuhr, handelte auch er nicht, vermutlich aus Angst, auch wenn er später behauptete, die Menschen hätten so dicht gestanden, dass es ihm nicht gelungen sei, die Bombe unter der Kleidung hervorzuholen.

Zunächst sah es ganz so aus, dass der Erzherzog mit guten Gründen darauf bestanden hatte, das Programm fortzusetzen: Die Kolonne erreichte ohne weiteren Zwischenfall das Rathaus von Sarajevo. Es folgte eine tragikomische Episode. Der Bürgermeister Fehim Effendi Čurčić hatte die Aufgabe, die übliche Rede zur Begrüßung der hohen Gäste zu halten. In seinem Wagen der Kolonne hatte Čurčić erfahren, dass der Tag bereits eine üble Wendung genommen hatte und dass sein harmloser Redetext der Situation nicht gerecht wurde, aber er war viel zu nervös, um eine neue Rede

zu improvisieren oder auch nur die Worte so zu ändern, dass sie den jüngsten Geschehnissen Rechnung trugen. In einem Zustand höchster Erregung und schwer atmend trat er vor, um seine Rede vorzutragen, die so hübsche Wendungen wie die folgenden enthielt: »Eure kaiserliche und königliche Hoheit! Hochbeglückt sind unsere Herzen über den gnädigsten Besuch …« Er hatte kaum angesetzt, da wurde er schon von einem wütenden Wortschwall des Erzherzogs unterbrochen, dessen Zorn und Schock, die sich seit dem Anschlag angestaut hatten, nunmehr ausbrachen: »Herr Bürgermeister! Da kommt man nach Sarajevo, um einen Besuch zu machen, und man wirft auf einen mit Bomben. Das ist empörend!« Es folgte bestürzte Stille, und es war zu sehen, wie Sophie ihrem Mann etwas ins Ohr flüsterte. Franz Ferdinand beruhigte sich wieder: »So, jetzt können Sie sprechen.«[1152] Als sich der Bürgermeister bis ans Ende seiner Ansprache gequält hatte, entstand eine weitere Pause, weil man feststellte, dass die Blätter mit der vorbereiteten Antwort Franz Ferdinands vom Blut des verwundeten Offiziers im dritten Wagen ganz feucht waren.[1153] Franz Ferdinand hielt eine schöne Ansprache, in der er taktvoll auf die morgendlichen Ereignisse einging: »Ich […] danke Ihnen, Herr Bürgermeister, herzlich erfreut, für die mir und meiner Gemahlin seitens der Bevölkerung bereiteten jubelnden Ovationen, um so mehr, als ich darin auch den Ausdruck der Freude über das Misslingen des Attentates erblicke.«[1154] Es folgten einige abschließende Worte auf Serbokroatisch, mit denen der Erzherzog den Bürgermeister bat, den Menschen der Stadt seine besten Wünsche auszurichten.

Nach den Reden musste sich das Paar trennen. Sophie sollte sich mit einer Delegation muslimischer Frauen in einem Raum im ersten Stock des Rathauses treffen. Männer waren dort nicht zugelassen, damit die Frauen ihren Schleier ablegen durften. Der Raum war warm und eng, und die Herzogin wirkte traurig und in Gedanken ganz bei ihren Kindern. Beim Anblick eines kleinen Mädchens, das seine Mutter zu dem Treffen begleitet hatte, musste sie daran denken, dass das Mädchen ungefähr so groß wie ihre Sophie war. Ein andermal erklärte sie, dass sie und ihr Mann sich darauf freuen würden, ihre Kinder wiederzusehen, denn sie hätten sie noch nie so lange allein gelassen.[1155] Unterdessen hatte der Erzherzog ein Telegramm an

den Kaiser diktiert, in dem er ihm versicherte, dass sie beide wohlauf seien, und besichtigte den Vorhof des Rathauses. Der Schock der morgendlichen Ereignisse war ihm anscheinend allmählich anzumerken. Er sprach mit »merkwürdig dünner Stimme«, erinnerte sich ein einheimischer Augenzeuge später, und ging sehr seltsam, mit einem »marionettenhaften Stolzieren«.[1156]

Wie sollte der Besuch nun weitergehen? Ursprünglich war geplant gewesen, ein kurzes Stück am Kai entlang zurückzufahren und unmittelbar nach dem Basar nach rechts in die Franz-Joseph-Straße zum Nationalmuseum einzubiegen. Der Erzherzog fragte Potiorek, ob er einen weiteren Anschlag erwarte. Laut seiner eigenen Aussage gab Potiorek darauf die entmutigende Antwort, er »hoffe nicht, aber dass man ein solches Unternehmen aus nächster Nähe mit allen Sicherheitsmaßnahmen nicht verhindern könne«.[1157] Um ganz sicherzugehen, schlug Potiorek vor, den Rest des Programms abzusagen und direkt aus der Stadt nach Ilidze zu fahren oder zur Residenz des Gouverneurs, Konak, und von dort aus am linken Flussufer entlang zum Bahnhof Bistrik. Der Erzherzog wollte aber Potioreks verwundeten Adjutanten besuchen, der sich inzwischen im Garnisonskrankenhaus am Westrand der Stadt befand. Man vereinbarte, den Museumsbesuch zu streichen. Die Wagenkolonne sollte den ganzen Appelkai entlangfahren, statt die Franz-Joseph-Straße zu nehmen, wie ein weiterer potenzieller Attentäter annehmen würde. Ursprünglich hätte sich das Paar jetzt trennen sollen: der Erzherzog ins Museum und seine Frau zum Gouverneurspalast. Aber Sophie ergriff die Initiative und erklärte ihrem Mann vor dem ganzen Gefolge: »Nein, Franz, ich fahre mit dir [ins Hospital].«[1158] Zur Sicherheit beschloss Graf Harrach, sich für den Fall eines weiteren Angriffs auf der linken Seite des Autos (also auf der Flussseite) auf das Trittbrett zu stellen.

Die Kolonne setzte sich in der steigenden Hitze wieder in Bewegung, nunmehr vom Rathaus aus nach Westen. Allerdings hatte niemand die Fahrer über die geänderte Route informiert. Als sie am Basarviertel vorbeifuhren, bog das erste Fahrzeug nach rechts in die Franz-Joseph-Straße ab, und der Wagen mit Franz Ferdinand und Sophie machte Anstalten, ihm zu folgen. Potiorek rief dem Fahrer ärgerlich zu: »Sie fahren ja falsch! Wir sollen über den Appelkai!« Der Motor wurde ausgekuppelt, und der Wagen rollte

langsam zurück auf die Hauptverkehrsader.

Damit war der Moment für Gavrilo Princip gekommen. Er hatte sich vor einem Laden an der rechten Seite der Franz-Joseph-Straße aufgestellt und befand sich auf der Höhe des Fahrzeugs, als es fast zum Stehen kam. Da es ihm nicht gelang, rechtzeitig die an seine Hüfte gebundene Bombe loszumachen, zog er stattdessen die Pistole und schoss zwei Mal aus kurzer Entfernung, während Harrach von der linken Seite aus entsetzt das Geschehen verfolgte. Die Zeit schien, wie wir aus Princips späterer Aussage wissen, stehen zu bleiben, während er aus dem Schatten der Markise trat, um zu zielen. Die Anwesenheit der Herzogin nahm Princip gar nicht richtig wahr: »Ich sah im Automobil nur ihn [Franz Ferdinand] und Potiorek. Auf diesen wollte ich schießen, doch die Kugel ging anderswohin. Ich war in diesem Augenblicke sehr aufgeregt …«[1159]

Potiorek schildert in seinen Erinnerungen ein ganz ähnliches Gefühl der Irrealität – der Gouverneur erinnerte sich, dass er stocksteif im Wagen gesessen und dem Mörder direkt ins Gesicht gesehen hatte, als die Schüsse fielen, aber er hatte weder Rauch noch Mündungsfeuer gesehen und lediglich gedämpfte Schüsse gehört, die von weit her zu kommen schienen.[1160] Zunächst sah es so aus, als hätte der Schütze sein Ziel verfehlt, weil Franz Ferdinand und seine Frau reglos und aufrecht auf ihrem Platz verharrten. In Wirklichkeit lagen beide bereits im Sterben. Die erste Kugel hatte die Tür des Autos durchschlagen, war in den Unterleib der Herzogin eingedrungen und hatte die Bauchschlagader durchtrennt; die zweite hatte den Erzherzog am Hals getroffen und die Halsvene zerrissen.

Als der Wagen am Fluss entlang zum Palast Konak losraste, kippte Sophie zur Seite, bis ihr Gesicht zwischen den Knien ihres Mannes lag. Potiorek nahm zuerst an, sie sei durch den Schock ohnmächtig geworden; erst als er Blut aus dem Mund des Erzherzogs rinnen sah, erkannte er, dass etwas Ernsteres passiert war. Graf Harrach, der immer noch auf dem Trittbrett stand, lehnte sich in den Fahrgastraum und schaffte es, den Erzherzog aufrecht zu halten, indem er ihn am Kragen packte. Er hörte Franz Ferdinand mit leiser Stimme Worte sprechen, die in der ganzen Monarchie berühmt werden sollten: »Sopherl, Sopherl, sterbe nicht, bleibe am Leben für unsere

Kinder!«[1161] Der Helm mit den Straußenfedern rutschte ihm vom Kopf. Als Harrach ihn fragte, ob er Schmerzen habe, flüsterte der Erzherzog mehrmals: »Es ist nichts!« Anschließend verlor er das Bewusstsein.

Hinter dem zurückrollenden Fahrzeug umstellte die Menge Gavrilo Princip. Die Pistole wurde ihm aus der Hand geschlagen, als er sie zur Schläfe führte, um sich das Leben zu nehmen. Das Gleiche galt für das Päckchen Zyanid, das er verzweifelt zu schlucken versuchte. Er wurde von den umstehenden Menschen geschlagen, getreten und mit Spazierstöcken verdroschen. Man hätte ihn auf der Stelle gelyncht, wäre es Polizeibeamten nicht gelungen, ihn in Gewahrsam zu nehmen.

Sophie war bereits tot, als sie den Konak erreichten und das Paar in aller Eile in die beiden Räume im ersten Stock gebracht wurde. Franz Ferdinand fiel allmählich ins Koma. Sein Kammerdiener Doktor Andreas Morsey, der den ganzen Weg vom Tatort gerannt war, um den Erzherzog einzuholen, versuchte, ihm das Atmen zu erleichtern, indem er die Uniform vorne aufschnitt. Blut spritzte hervor und befleckte die gelben Manschetten an der Uniform des Dieners. Morsey kniete sich neben das Bett und fragte Franz Ferdinand, ob er seinen Kindern noch etwas sagen wolle, aber es kam keine Antwort mehr; die Lippen des Erzherzogs erstarrten bereits. Binnen weniger Minuten realisierten die anwesenden Personen, dass der Thronerbe tot war. Es war kurz nach 11 Uhr. Als sich die Nachricht vom Palast aus verbreitete, begannen in ganz Sarajevo die Glocken zu läuten.

Blitzlichtmomente

Das Attentat machte sich für Stefan Zweig zunächst als eine Störung des Lebensrhythmus bemerkbar. Am Nachmittag des 28. Juni erholte er sich in Baden, einem kleinen Kurort in der Nähe von Wien. Als er ein ruhiges Örtchen abseits der Menge im Kurpark gefunden hatte, nahm er dort mit einem Buch Platz, einer Abhandlung über Tolstoi und Dostojewski des St. Petersburger Symbolisten Dmitri Sergejewitsch Mereschkowski. Schon bald war er ganz in die Lektüre vertieft,

aber doch war der Wind zwischen den Bäumen, das Gezwitscher der

> Vögel, und die vom Kurpark herschwebende Musik gleichzeitig in meinem Bewusstsein. Ich hörte deutlich die Melodien mit, ohne dadurch gestört zu sein, denn unser Ohr ist ja so anpassungsfähig, dass ein dauerndes Geräusch, eine donnernde Straße, ein rauschender Bach nach wenigen Minuten sich völlig dem Bewusstsein eingepasst [hat] und im Gegenteil nur ein unerwartetes Stocken im Rhythmus uns aufhorchen lässt. So hielt ich im Lesen inne, als plötzlich die Musik abbrach. Ich wusste nicht, welches Musikstück es war, das die Kurkapelle gespielt hatte. Ich spürte nur, dass die Musik mit einem Mal aussetzte. Instinktiv sah ich vom Buche auf. Auch die Menge, die als eine einzige flutende helle Masse zwischen den Bäumen promenierte, schien sich zu verändern; auch sie stockte in ihrem Auf und Ab. Es musste sich etwas ereignet haben.[1162]

Die Morde von Sarajevo waren, wie ein halbes Jahrhundert später das Attentat auf Präsident John F. Kennedy in Dallas 1963, ein Ereignis, dessen heißes Licht die Menschen und Orte eines Augenblicks erfasste und sie ins Gedächtnis einbrannte. Menschen erinnern sich noch genau, wo sie waren und wer bei ihnen war, als sie die Nachricht hörten.[1163] Die Wiener Freidenkerin und Feministin Rosa Mayreder reiste mit ihrem Mann Karl, der chronisch depressiv war, durch Deutschland, als sie die Nachricht von den Morden im Schaufenster eines Dresdner Kaufhauses von ihrem Hotelzimmer aus auf der anderen Straßenseite ausgestellt sah.[1164] Ein halbes Jahrhundert nach dem Ereignis erinnerte sich Fürst Alfons Clary-Aldringen, dass er damals mit seinen Verwandten der Familie Kinski im Böhmischen Wald Rehböcke gejagt hatte. In der Abenddämmerung, als sich die Jäger am Waldrand am Weg versammelten, kam der Koch vom Gut Kinsky auf einem Fahrrad daher und brachte eine Nachricht vom lokalen Postmeister mit.[1165] Der Abgeordnete Joseph Redlich erfuhr die schockierende Neuigkeit über das Telefon; den Rest des Nachmittags verbrachte er mit hektischen Anrufen bei Freunden, Verwandten und politischen Partnern. Der Dramatiker Arthur Schnitzler, der nur vier Wochen zuvor geträumt hatte, dass der Jesuitenorden ihm den Auftrag erteilt habe, den Erzherzog zu ermorden, erfuhr ebenfalls telefonisch von dem Mord.[1166]

Der »gemeinsame« Finanzminister Österreich-Ungarns, Leon Biliński, verspürte den Schock der Neuigkeit, noch bevor sie bei ihm eintraf. Am Morgen des 28. Juni war er zu Hause in Wien und las die *Neue Freie Presse.* Die Pferde warteten vor dem Haus, um ihn zum Elf-Uhr-Gottesdienst zu bringen. Zufällig fiel ihm ein Artikel ins Auge, der knapp die Vorkehrungen zum Besuch des Erzherzogs in Bosnien schilderte.



Leon Biliński

Noch heute erinnere ich mich genau daran, dass ich einen echten, körperlichen Schmerz empfand, während ich die Einzelheiten seiner Reise [nach Sarajevo] las. Da mir aber kein rationaler Grund für diesen Schmerz bewusst wurde, musste ich mir einreden, dass ich keinen Grund hatte, wegen dieses Ereignisses den Erzherzog zu bedauern. Wenige Augenblicke später klingelte das Telefon.[1167]

Die Nachricht schien so furchtbar, wie der russische Botschafter in Wien berichtete, dass sich viele anfangs weigerten, sie zu glauben. Erst am Abend, als Sonderausgaben der Zeitungen erschienen und die ersten Trauerfahnen an öffentlichen Gebäuden auftauchten, wurde ihnen klar, dass es die Wahrheit war. Die Bewohner der Hauptstadt »erörterten bis tief in die Nacht hinein auf den Straßen das furchtbare Ereignis«.[1168] Innerhalb von 24 Stunden hatte sich die Nachricht überall verbreitet, selbst in die fiktive Prager Pension, wo Herr Schwejk, ein *Idiot savant* und akkreditierter Händler von Mischlingshunden, saß und sein rheumatisches Knie einrieb. In der fiktiven Welt von Jaroslav Hašeks meisterhaftem Schelmenroman der Nachkriegsära *Der brave Soldat Schwejk* bringt die Neuigkeit vom Tod des Erzherzogs – überbracht von der Aufwartefrau Frau Müller – die Handlung ins Rollen, indem sie den Romanhelden zu einem arglosen politischen Monolog (dem ersten von vielen) veranlasst, der ihn unter dem Vorwurf der Volksverhetzung ins Gefängnis und danach unter dem Verdacht der Schwachsinnigkeit in eine Irrenanstalt bringt.

> In Sarajewo ham sie ihn mit einem Revolver niedergeschossen, gnä’ Herr. Er ist dort mit seiner Erzherzogin im Automobil gefahren.
>
> Da schau her, im Automobil, Frau Müller, ja, so ein Herr kann sich das erlauben und denkt gar nicht dran, wie so eine Fahrt im Automobil unglücklich ausgehn kann. Und noch dazu in Sarajewo, das ist in Bosnien, Frau Müller. Das ham sicher die Türken gemacht. Wir hätten ihnen halt dieses Bosnien und Herzegowina nich nehmen solln.[1169]

Die Meldung aus Sarajevo klang noch Jahre später in der literarischen Fantasie des untergegangenen Reiches nach, von dem unheilvollen Lärm der Telefone in Karl Kraus’ Stück *Die letzten Tage der Menschheit* bis hin zu Joseph Roths Leutnant Trotta von Sipolje, dem die Unglücksbotschaft wie »die Verwirklichung einer oft vorgeträumten Begebenheit« vorkam.[1170]

Es ist schwierig, die Wirkung des Mordanschlags auf die österreichisch-ungarischen Zeitgenossen des Erzherzogs zu beurteilen. Das »Markanteste« am Charakter der öffentlichen Person Franz Ferdinand war, wie ein guter

Kenner des Thronfolgers schreibt, eine Härte, und »die große Unpopularität, deren er sich erfreute, geht zweifellos auf diesen Charakterzug zurück«.[1171] Franz Ferdinand war kein Publikumsliebling. Er hatte kein Charisma, war reizbar und neigte zu unvermittelten Wutausbrüchen. Das rundliche, unbewegliche Gesicht hatte überhaupt nichts Einnehmendes für jene, die niemals erlebt hatten, wie sein Gesicht in der Gesellschaft seiner Familie oder enger Freunde zum Leben erwachen konnte, erhellt von tiefblauen Augen. Zeitgenossen wiesen auf eine unablässige Sehnsucht nach Respekt und Anerkennung hin. Über das leiseste Anzeichen von Aufsässigkeit war er empört. Andererseits verabscheute er Speichellecker und war deshalb kaum zufriedenzustellen. Er war, wie sein politischer Verbündeter und Bewunderer Graf Ottokar Czernin beobachtete, »ein guter Hasser«, der niemals einen bösen Streich vergaß. Seine Tobsuchtsanfälle wurden so sehr gefürchtet, dass Minister und hohe Beamte »selten ohne Herzklopfen zu ihm gingen«.[1172] Er hatte wenige enge Freunde. Anderen Menschen begegnete er vor allem mit Misstrauen: »Ich halte jeden, wenn ich ihn zum ersten Mal sehe, für einen gemeinen Kerl«, erklärte er einmal, »und lasse mir die bessere Meinung erst allmählich abkaufen.«[1173] Seine Jagdleidenschaft, die selbst nach damaligen Standards extrem war, trug ihm manch abschätzigen Kommentar ein, insbesondere in den Tälern rings um sein Jagdschloss Blühnbach. Um das heimische Wild vor Ansteckungen zu schützen, riegelte Franz Ferdinand das Gebiet rings um das Schloss hermetisch ab – sehr zum Ärger vieler Bergfreunde, denen der Zugang zu beliebten Bergwanderwegen verwehrt wurde, und der ansässigen Bauern, die ihre Ziegen nicht mehr auf den Almen oberhalb ihrer Dörfer weiden lassen konnten.[1174] In einem Tagebucheintrag vom Tag des Attentats vermerkte der Dramatiker Arthur Schnitzler, wie schnell die »erste Erschütterung« der Morde nachgelassen habe, gelindert von der Erinnerung an die »ungeheure Unbeliebtheit« des Erzherzogs.[1175]

Somit kann von einer überströmenden kollektiven Trauer bei Bekanntwerden der Morde keine Rede sein. Das erklärt nicht zuletzt, warum das Attentat immer zusammen mit dem Ort des Geschehens genannt wird, nicht mit den Namen der Opfer. (Hingegen spricht bei dem Mord an John F. Kennedy niemand von dem »Attentat in Dallas«.)[1176] Manche Historiker sind

aufgrund der Unbeliebtheit des Erzherzogs zu dem Schluss gelangt, dass der Mord an sich kein so wichtiger Katalysator der Ereignisse war, allenfalls ein Vorwand für Entscheidungen, deren Wurzeln in einer ferneren Vergangenheit lagen. Aber diese Schlussfolgerung führt auf einen Irrweg. Dagegen spricht zunächst die Tatsache, dass der Thronerbe, ob nun beliebt oder nicht, wegen seines Elans und Reformeifers zumindest allgemein geschätzt wurde. Franz Ferdinand sei, sagte der österreichische Gesandte in Konstantinopel seinem serbischen Kollegen, ein Mann von »einer seltenen Dynamik und einem starken Willen«, der sich ganz den Staatsangelegenheiten gewidmet habe und großen Einfluss gehabt hätte.[1177] Er war der Mann, der um sich all jene geschart hatte, »die einsahen, dass es so nicht weitergehen und nur ein völliger Kurswechsel in der inneren Politik« den Fortbestand des Reiches garantieren konnte.[1178] Überdies ging es hier nicht nur um die Auslöschung der Person Franz Ferdinand, sondern um den Schlag gegen die Sache, die er repräsentiert hatte: die Zukunft der Dynastie, des Reiches und des »habsburgischen Staatsgedankens«, der es zusammenhielt.

Das gesamte Ansehen Franz Ferdinands erfuhr jedenfalls durch seinen gewaltsamen Tod eine grundlegende Wandlung – ein Prozess, der vor allen Dingen, und mit unglaublicher Geschwindigkeit, von den Zeitungen bewerkstelligt wurde. Innerhalb von 24 Stunden nach den Schüssen stand bereits der größte Teil der vertrauten Version fest: von dem gescheiterten Bombenwurf Čabrinovićs und dem anschließenden Sprung in die Miljačka bis hin zu der stoischen Weigerung des Erzherzogs, die Fahrt nach der ersten Bombe ganz abzubrechen, seiner Fürsorge für die Verletzten in dem Wagen hinter ihm, seinem unbeherrschten Wortwechsel mit Bürgermeister Čurcić, dem verhängnisvollen falschen Abbiegen in die Franz-Joseph-Straße und sogar den letzten Worten des sterbenden Erzherzogs an seine bewusstlose Frau.[1179] Die Berichterstattung erzeugte das übermächtige Gefühl, ein Ereignis von großer Tragweite zu erleben. Die dicken schwarzen Balken auf den Titelseiten fanden ein Echo in den schwarzen Fahnen und Wimpeln, welche die Straßen und Gebäude der Städte in der Monarchie verwandelten – sogar die Straßenbahnen wurden schwarz abgedeckt. Leitartikler schrieben von der Tatkraft und dem politischen Weitblick des Verstorbenen, dem

gewaltsamen Ende einer liebevollen Ehe, der Trauer der drei verwaisten Kinder sowie der resignierten Betroffenheit eines betagten Kaisers, der bereits mehr Verluste als Normalsterbliche erlitten hatte.

Zum ersten Mal wurden überdies die private Seite und das Familienleben des Erzherzogs der Öffentlichkeit präsentiert. Eine charakteristische Passage aus der *Reichspost* vom 30. Juni zitierte den Erzherzog mit folgendem Ausspruch zum Thema Familie: »Wenn ich […] in den Kreis meiner Familie zurückkehre […], lasse ich meine Sorgen hinter der Tür und kann kaum all das Glück aufnehmen, das mich umgibt.«[1180] Diese authentischen Auszüge, die von engen Vertrauten des Toten überliefert wurden, brachen die Schranke auf, die den Privatmenschen von der abstoßenden öffentlichen Person getrennt hatte, und erzeugten Emotionen, die nicht deshalb weniger real waren, weil die Medien sie hervorgerufen hatten. Karl Kraus beschrieb es nur zwei Wochen nach den Morden trefflich: »Was sein Leben verschwieg, davon spricht sein Tod …«[1181]

Dennoch hatte das Attentat für die meisten Menschen eher eine politische als eine emotionale Bedeutung. Die Leitartikler entwickelten schon rasch ein Gespür für die historische Bedeutung des Ereignisses. Die *Neue Freie Presse*, die Zeitung des gebildeten Wiener Bürgertums, sprach von einem »Schicksalsschlag« (und benutzte damit einen Begriff, der in den Tagen nach dem Anschlag überall in der Presse auftauchte).[1182] Als das furchtbare Ereignis bekannt geworden sei, erklärte der Kommentator, sei es ihm so vorgekommen, als wäre ein Sturm durch die Monarchie gefegt, als hätte die Geschichte mit blutrotem Stift das grässliche Axiom einer neuen Epoche geschrieben. Die *Innsbrucker Nachrichten* schrieben von »einem beispiellosen Ereignis« in der Geschichte Österreichs. Mit dem Tod des Erzherzogs habe die Monarchie, bemerkten die Kommentatoren der *Reichspost*, nicht nur ihren künftigen Souverän verloren, sondern auch eine einzigartig tatkräftige und entschlossene öffentliche Persönlichkeit, auf die angeblich die Völker des Habsburger Reiches alle ihre Hoffnungen, ihre ganze Zukunft gesetzt hatten.[1183]

Das war natürlich die österreichische Perspektive. In Budapest sah das Bild

ein wenig anders aus. Viele begrüßten hier die Nachricht, dass die Nemesis der Magyaren umgekommen war, mit heimlicher Erleichterung. Aber selbst hier bezeichnete die bürgerliche Presse das Ereignis als einen welthistorischen Moment und schäumte vor Wut gegen die mutmaßlichen Urheber der Gräueltat.[1184] Nur ein ganz in sich zurückgezogener Mensch konnte die Konzentration und die Verfinsterung der Stimmung völlig übersehen. Der Fall Franz Kafkas in Prag, dessen Tagebuch kein Wort über die politischen Ereignisse des Tages enthält und sich stattdessen ausschließlich mit einer Chronik rein privater Missgeschicke befasst (auf dem Weg zu einem Termin verirrt, die falsche Straßenbahn genommen und ein Telefongespräch versäumt), war eine absolute Ausnahme.[1185]

Die Ermittlungen laufen an

Die polizeiliche Untersuchung des Anschlags begann unmittelbar nach Princips Schüssen. Nur wenige Stunden später wurde Gavrilo Princip, der von dem Zyanid noch ganz benommen und von der halb vollzogenen Lynchjustiz an der Franz-Joseph-Straße mit blauen Flecken und Kratzern übersät war, Leo Pfeffer aus Sarajevo vorgeführt, einem österreichischen Untersuchungsrichter. Der junge Attentäter, erinnerte sich Pfeffer später, sei unterentwickelt, abgemagert und bleich gewesen. Er habe ein scharf geschnittenes Gesicht gehabt. Dem Richter fiel es schwer, sich vorzustellen, dass ein so zerbrechlich wirkender Mensch ein so schweres Verbrechen begangen haben könnte. Anfangs schien Princip außerstande zu sprechen, aber als Pfeffer ihn direkt ansprach, antwortete er absolut klar und mit einer immer lauteren und festeren Stimme.[1186] In den folgenden Tagen bemühte er sich heldenhaft, eine Rekonstruktion des Hintergrunds des Attentats durch die Österreicher zu verhindern. Beim ersten Verhör am Nachmittag des 28. Juni behauptete er, er habe ganz auf eigene Faust gehandelt, und bestritt jede Verbindung zu Čabrinović. »Ich stand auf der Lateinerbrücke, als ich den Knall [der von Čabrinović geworfenen Bombe] hörte«, erklärte Princip. »Ich wusste sogleich, dass es einer der Unsrigen sei.« Am nächsten Tag fügte er ein weiteres Detail hinzu, um die Authentizität seiner Version zu erhärten: Er

sei über den Lärm der Explosion so verblüfft gewesen, dass er ganz vergessen habe, auf den Erzherzog zu schießen, als dieser den Appelkai entlangfuhr. Deshalb habe er sich eine neue Position für seinen Anschlag suchen müssen. Anfangs bestätigte Čabrinović diese Version des Geschehens. Am Nachmittag des Anschlags behauptete auch er, dass er ohne Komplizen gehandelt und eine Bombe verwendet habe, die er in Belgrad von einem »Anarchisten« bekommen habe, an dessen Namen er sich nicht erinnere.



Die Attentäter vor Gericht

Getty Images

Am nächsten Morgen, am Montag, dem 29. Juni, änderte Čabrinović jedoch plötzlich seine Version der Geschichte. Jetzt gab er zu, dass er und Princip Komplizen gewesen seien, die das Verbrechen gemeinsam in Belgrad geplant hätten. Die Waffen hätten sie von »ehemaligen Partisanen« in der Stadt bekommen, Männern, die in den Balkankriegen gekämpft und ihre Waffen nach der Demobilisierung behalten hätten. Als er gedrängt wurde, die

»Partisanen« zu identifizieren, nannte Čabrinović den Eisenbahnbeamten Ciganović, das unterste Glied in Apis' Befehlskette. Als Princip am Montagvormittag mit diesen Details konfrontiert wurde, gab auch er zu, dass die beiden Mitverschwörer waren.

Es ist denkbar, dass die Ermittlung an diesem Punkt auf der Stelle trat. Die beiden jungen Männer hatten sich auf eine plausible und in sich schlüssige Geschichte geeinigt. Pfeffer war kein besonders aggressiver oder eindringlicher Vernehmungsbeamter. Es gab weder physische Einschüchterungen der Gefangenen, noch kamen außerjuristische Drohungen zum Einsatz. Pfeffer verzichtete allem Anschein nach sogar darauf, die Tatverdächtigen mit belastenden oder widersprüchlichen Details der Aussagen des jeweils anderen unter Druck zu setzen, weil er eine unabhängige und nicht erzwungene Aussage für das einzige vernünftige Mittel hielt, die Wahrheit zu erfahren. In Wirklichkeit konnte von einer unabhängigen Aussage gar keine Rede sein, weil Čabrinović und Princip in ihren separaten Haftzellen imstande waren, über ein System verschlüsselter Klopfzeichen miteinander zu kommunizieren, von dem sie in einem russischen Roman gelesen hatten.[1187]

Die Ermittlung kam nicht durch die Aussage des Bombenwerfers oder Schützen voran, sondern durch die Ausweitung der Polizeifahndung, weil man davon ausging, dass die beiden mit Sicherheit weitere Komplizen gehabt hatten.[1188] Unter den Personen, die auf diesem Weg der Polizei in die Hände fielen, war kein Geringerer als Danilo Ilić. Die Polizei hatte keine stichhaltigen Beweise gegen ihn in der Hand. Sie wusste lediglich, dass er ein Freund von Princip war und dass er Kontakt zu serbischen nationalistischen Kreisen unterhielt. Andererseits hatte Ilić keine Ahnung, wie viel die Polizei wusste, und dürfte angenommen haben, dass entweder Princip oder Čabrinović oder beide ihn bereits belastet hatten. Als die Polizei ihn am Mittwoch, dem 1. Juli, Untersuchungsrichter Pfeffer vorführte, geriet Ilić in Panik und schlug einen Kuhhandel vor. Er wolle alles aufdecken, was er wisse, wenn der Untersuchungsrichter es auf sich nehme, ihm die Todesstrafe zu ersparen. Pfeffer konnte keine bindenden Versprechen machen, wies Ilić aber darauf hin, dass das österreichische Recht es als mildernden Umstand

werte, wenn er der Polizei maßgebliche Hinweise gebe.

Damit gab sich Ilić zufrieden. Seine Aussage entlarvte Princips und Čabrinovićs Version und brachte die Ermittlung einen großen Schritt weiter. Der Bombenwerfer und der Schütze hätten nicht allein gehandelt, sagte Ilić aus. Sie seien Mitglieder einer siebenköpfigen Gruppe gewesen, von denen drei aus Belgrad stammten. Ilić habe persönlich die anderen drei rekrutiert. Er nannte jedes Mitglied der Gruppe beim Namen und stellte kluge Vermutungen über ihren aktuellen Aufenthaltsort an. Völlig begeistert über diese Enthüllungen, rannte Pfeffer aus dem Verhörzimmer zum Telefon. Es ergingen Befehle, alle genannten Personen zu verhaften.



Verhaftung eines Verdächtigen

De Agostini/Getty Images

Als Erster wurde Trifko Grabež ausfindig gemacht, das dritte Mitglied der

Belgrader Zelle. Nach Princips Schüssen hatte Grabež umfassende Vorkehrungen getroffen, um jeden Verdacht von sich abzulenken. Er ging gemächlich von dem Schauplatz zum Haus eines Onkels in Sarajevo, wo er seine Pistole und Bombe versteckte. Dann schlenderte er durch die Stadt zu einem anderen Onkel, einem Abgeordneten des bosnischen Landtags, wo er zu Mittag aß und die Nacht verbrachte. Am nächsten Morgen nahm er einen Zug nach Pale, seinem Heimatort, und hoffte, von dort aus nach Serbien zu entkommen. Er wurde in einer kleinen Stadt in der Nähe der Grenze gefasst. Bereits neun Tage nach dem Anschlag waren auch Čubrilović und Popović verhaftet. Lediglich Mehmedbašić war noch auf freiem Fuß. Er hatte bereits die Grenze nach Montenegro überschritten und befand sich somit vorläufig außerhalb der Reichweite der österreichischen Polizei. Aber auch ohne Mehmedbašić hatte die Polizei in Sarajevo reichlich Material in der Hand, um die Ermittlungen fortzusetzen. Ilićs Aussagen belasteten eine Schar weiterer Komplizen, den Schullehrer, den Schmuggler und die ahnungslosen Bauern, die den jungen Männern unterwegs geholfen hatten, sei es indem sie sie für eine Nacht aufnahmen oder indem sie sie transportierten oder ihre Waffen versteckten.

Die Rekonstruktion der Verbindungen zu Serbien gestaltete sich schwieriger. Die Waffen selbst waren serbische Fabrikate; die Pistolen wurden in serbischer Lizenz hergestellt, und die sichergestellten Bomben stammten aus dem serbischen Staatsarsenal in Kragujevac. Am 29. Juni nannte Čabrinović Ciganović als den Mann, der ihnen in Belgrad ihre Pistolen und Bomben verschafft hatte. Aber Ciganović war nur eine kleine Nummer in diesem Netzwerk und auf jeden Fall ein Exilbosnier. Wenn man ihn anklagte, so wies das noch lange nicht in die Richtung einer staatlichen serbischen Komplizenschaft. Und falls Ciganović tatsächlich, wie der italienische Historiker Albertini schlussfolgerte, als Nikola Pašićs Agent und Spion innerhalb der Schwarzen Hand arbeitete,[1189] so tat er dies nur inoffiziell und wäre selbst von einer überaus gründlichen Ermittlung nicht aufgedeckt worden. Bei Major Voja Tankosić sah die Sache anders aus. Er war serbischer Staatsbürger, in der Partisanenbewegung bekannt und ein persönlicher Berater von Apis, dem Chef der serbischen militärischen

Aufklärung. Sein Name wurde freiwillig von Ilić genannt, der erklärte, dass Tankosić den Attentätern nicht nur Waffen verschafft habe, sondern sie in Belgrad auch in der Schießkunst unterrichtet habe. Er hatte ihnen auch eingeschärft, unbedingt Selbstmord zu begehen, statt sich lebend gefangen nehmen zu lassen. Die Belgrader leugneten anfangs, Tankosić zu kennen; erst nachdem man sie nacheinander Ilić gegenübergestellt hatte (einer der ganz wenigen Fälle, in denen über die Gegenüberstellung von Gefangenen versucht wurde, ein Geständnis zu bekommen), gaben Princip, Čabrinović und Grabež zu, dass Tankosić an der Planung der Verschwörung beteiligt gewesen war.

Inzwischen waren jedoch bereits zwei Wochen vergangen, und die Österreicher waren Apis, dem eigentlichen Kopf der Verschwörung, noch kein Stück näher gekommen. Wenn man sich die erhaltenen Zeugenaussagen ansieht, kommt man nicht umhin, dem Historiker Joachim Remak beizupflichten, dass Princip, Čabrinović und Grabež eine Strategie der bewussten Verschleierung gewählt hatten, die »über eine raffinierte Verwirrungstaktik von einem anfänglichen Dementi zu einem widerwilligen – und unvollständigen – Geständnis« geführt habe.[1190] Alle drei gaben sich große Mühe, den von Ilićs Enthüllungen angerichteten Schaden zu begrenzen und die Beschuldigung amtlicher Kreise in Belgrad so gut es ging zu verhindern. Kein Einziger erwähnte die Schwarze Hand; vielmehr verwiesen sie auf Verbindungen zwischen Ciganović und der Narodna Odbrana, ein Köder, der die österreichischen Ermittler von der richtigen Spur ablenken sollte. Und das eher gemächliche Vorgehen von Untersuchungsrichter Pfeffer gab den verhafteten Attentätern reichlich Gelegenheit, ihre Versionen aufeinander abzustimmen und auf diese Weise dafür zu sorgen, dass sich das große Bild nur langsam herausschälte.

Der schleppende Verlauf der polizeilichen Ermittlung hielt die österreichische Führung natürlich nicht davon ab, eine Verbindung nach Belgrad anzudeuten oder sich eine Meinung zum allgemeinen Hintergrund der Verschwörung zu bilden. Die von Gouverneur Potiorek nur wenige Stunden nach den Attentaten abgeschickten Telegramme deuteten bereits eine serbische Komplizenschaft an. Der »Bombenwerfer« Čabrinović gehöre,

meldete er, einer serbischen sozialistischen Gruppe an, »welche die Parole aus Belgrad zu erhalten pflegt«. Der »serbisch-orthodoxe« Student Princip habe einige Zeit in der serbischen Hauptstadt studiert, und bei Durchsuchungen sei im Haus des älteren Bruders von Princip in Hadzici »eine ganze Bibliothek nationalistisch-revolutionärer Schriften Belgrader Provenienz« ans Licht gekommen.[1191] Aus der österreichischen Botschaft in Belgrad ging ein verschlüsseltes Telegramm ein mit der Meldung, dass Čabrinović noch wenige Wochen vor dem Attentat bei einem Belgrader Verlag beschäftigt gewesen sei. In einem längeren Bericht, der am 29. Juni abgeschickt wurde, wies der österreichische Gesandte darauf hin, dass die jungen Männer ihre »politische Erziehung« in Belgrad erhalten hätten, und brachte die Mörder mit der Kultur der serbischen nationalen Erinnerung in Verbindung. Von besonderer Bedeutung war der gefeierte mittelalterliche Selbstmordattentäter Miloš Obilić: »Wo Serben leben, gilt Obilić als der Nationalheros.«

> Noch darf ich nicht wagen, die Belgrader direkt des Mordes zu bezichtigen; die Schuldigen sind sie aber indirekt gewiss, und ihre Rädelsführer nicht nur unter dem ungebildeten Volke, sondern in der Propagandaabteilung des Auswärtigen Amtes, bei der serbischen Professorenschaft und Pressleitung zu suchen, die jahrelang Hass gesät und jetzt Mord und Totschlag geerntet haben.[1192]

Gouverneur Potiorek hielt sich noch weniger zurück. In einem verschlüsselten Telegramm an den Kriegsminister stellte er fest, dass die Mörder zugegeben hätten, dass sie ihre Waffen in Belgrad bekommen hätten. Aber selbst ohne Geständnis gab der Gouverneur an, es sei seine »volle Überzeugung«, dass die wahren Gründe für diese Freveltat in Serbien zu suchen seien. Es sei zwar nicht seine Aufgabe zu beurteilen, welche Maßnahmen zu treffen seien, aber er persönlich sei der Meinung, dass »nur durch eine energische Aktion auf dem Gebiete der äußeren Politik in Bosnien-Herzegowina Ruhe und normale Verhältnisse geschaffen werden können«.[1193] In diesen ersten Berichten ist noch der Schock über die

Ereignisse zu spüren: »Wir alle stehen noch immer derart unter dem erschütternden Eindruck der gestrigen Katastrophe«, schrieb der österreichische Gesandte in Belgrad, »dass es mir schwerfällt, mit der nötigen Fassung, Sachlichkeit und Ruhe das blutige Drama in Sarajevo von hier aus entsprechend zu beurteilen.«[1194] Rachsucht, feindliche Unterstellungen zu den serbischen Zielen und eine wachsende Fülle von Indizien prägten die offiziellen österreichischen Wahrnehmungen des Verbrechens von der ersten Stunde an, in einem Prozess, der lediglich indirekt mit den Enthüllungen verknüpft war, welche die polizeilichen Ermittlungen selbst ans Licht brachte.

Serbische Reaktionen

Besonders aufmerksam verfolgte man in Österreich die serbischen Reaktionen auf das Verbrechen. Die Belgrader Regierung bemühte sich, die erwarteten Anstandsformen zu wahren, aber von Anfang an stellten österreichische Beobachter eine eklatante Diskrepanz zwischen der Fassade der offiziellen Beileidsbekundungen und dem Jubel fest, den die meisten Serben empfanden und ausdrückten. Der österreichische Gesandte in Belgrad berichtete einen Tag nach dem Mord, dass eine für den Abend des 28. Juni geplante Feier zum Gedenken an den Mörder Miloš Obilić abgesagt worden sei. Aber er leitete auch Berichte von Informanten weiter, dass es in der ganzen Stadt zu privaten Äußerungen der Befriedigung gekommen sei.[1195] Von den Feldern des Kosovos, wo gigantische Feiern zum Veitstag geplant gewesen waren, berichtete der österreichische Konsul, dass die Nachricht aus Sarajevo von der »fanatisierten Menge« mit einer Stimme begrüßt worden sei, die er »nach den zahlreichen Beifallsäußerungen […] nicht anders als tierisch bezeichnen kann«.[1196] Die vorläufige Ankündigung, dass der serbische Hof sechs Wochen Staatstrauer halten werde, wurde in der Folge korrigiert: Lediglich acht Tage Staatstrauer waren geplant. Aber selbst diese bescheidene Anerkennung wurde von der Realität Lügen gestraft, die darin bestand, dass die Straßen und Kaffeehäuser von serbischen Patrioten nur so wimmelten, die den Schlag gegen die Habsburger bejubelten.[1197]

Die Zweifel der Österreicher fanden durch die anhaltenden Schmähungen der serbischen nationalistischen Presse immer mehr Nahrung. Am 29. Juni regten sich die Mitarbeiter der österreichischen Botschaft über massenhaft verteilte Flugblätter in Belgrad auf, welche die angebliche »Ausrottung der Serben in Bosnien« durch »gekaufte Massen« beklagten, während die österreichischen Behörden »mit gekreuzten Händen« zusähen. Und in einem Leitartikel in dem nationalistischen Organ *Politika* am nächsten Tag gab der Kommentator den Österreichern selbst die Schuld an den Morden und verunglimpfte die Wiener Regierung, weil sie die Situation so manipulierte, dass die »Lüge« der serbischen Komplizenschaft verbreitet werde. Andere Artikel priesen die Attentäter als »brave, ehrenvolle Jugendliche«.[1198] Beiträge von dieser Sorte (und davon gab es viele) wurden regelmäßig übersetzt und in der österreichisch-ungarischen Presse in Auszügen nachgedruckt, wo sie dazu beitrugen, die öffentliche Verärgerung noch zu schüren. Besonders gefährlich (weil nicht ganz falsch) waren Artikel, die behaupteten, dass die Belgrader Regierung Wien förmlich im Voraus über die Verschwörung gegen den Erzherzog in Kenntnis gesetzt habe. Ein Beitrag mit der Überschrift »Eine unbeachtete Warnung« erklärte, dass Jovan Jovanović, der serbische Gesandte in Wien, Einzelheiten von der Verschwörung an Graf Berchtold weitergeleitet habe, der für das Vertrauen »sehr dankbar« gewesen sei und sowohl den Kaiser als auch den Thronerben informiert habe.[1199] Diese Behauptung enthielt ein Körnchen Wahrheit und zielte in zwei Richtungen, weil sie zum einen eine Nachlässigkeit auf österreichischer Seite und zum anderen die Mitwisserschaft der serbischen Regierung andeutete.

Allerdings konnten die serbischen Politiker gar nichts dafür tun, diese Vorwürfe zu vermeiden. Die Belgrader Regierung konnte weder den Veranstaltern verbieten, die Morde in Kaffeehäusern zu feiern, noch konnte sie das Verhalten der Menschenmenge auf dem Kosovo kontrollieren. Die Presse war eine Grauzone. Von Wien aus erkannte Jovanović die Gefahr, die von den ungestümen Belgrader Zeitungen ausging, und drängte Pašić mehrmals, gegen die schlimmsten Übeltäter vorzugehen, damit die extremistischen Äußerungen nicht wiederum von der Wiener Presse

ausgenutzt würden.[1200] Auch die Österreicher brachten deutlich ihr Missfallen zum Ausdruck, und von anderen serbischen Gesandtschaften gingen ebenfalls Warnungen ein, die Presse in die Schranken zu weisen.[1201] Aber die Regierung Pašić hatte formal Recht, wenn sie darauf bestand, dass sie laut Verfassung keine Mittel hatte, um die Organe der freien serbischen Presse zu kontrollieren. Außerdem wies Pašić tatsächlich den Chef des serbischen Pressebüros an, die Belgrader Journalisten zur Vorsicht zu mahnen.[1202] Ferner ist bemerkenswert, dass Geschichten von einer offiziellen Warnung an Wien durch die Belgrader Regierung nach dem offiziellen Dementi von Pašić am 7. Juli so rasch verpufften.[1203] Ob Pašić den Ton der Zeitungen zu dieser Zeit mit Hilfe von Notstandsgesetzen möglicherweise etwas hätte mäßigen können, ist eine andere Frage – jedenfalls entschied er sich dagegen, womöglich weil er scharfe Maßnahmen gegen die nationalistische Presse so kurz nach dem erbitterten Streit vom Mai 1914 zwischen dem Radikalen Kabinett und prätorianischen Elementen in der Armee aus politischer Sicht für unangebracht hielt. Darüber hinaus waren für den 14. August Neuwahlen geplant; in der aufgeheizten Stimmung eines Wahlkampfs konnte Pašić es sich kaum leisten, die Nationalisten vor den Kopf zu stoßen.

Es kam zu weiteren, vermeidbareren Missgeschicken. Am 29. Juni gab Miroslav Spalajković, der serbische Gesandte in St. Petersburg, gegenüber der russischen Presse Erklärungen ab, welche die bosnische Agitation gegen Wien rechtfertigten, und verunglimpfte die österreichischen Maßnahmen gegen serbische Untertanen, die der Mitgliedschaft in irredentistischen Gruppierungen verdächtigt wurden. Jahrelang, so Spalajković zur *Wetschernjeje Wremja*, habe die politische Führung in Wien antiösterreichische Organisationen fingiert, darunter auch die »sogenannte« Schwarze Hand, die »sich bei genauer Nachprüfung als tendenziöse Erfindung« entpuppe. Es gebe überhaupt keine revolutionäre Organisation in Serbien, betonte er. In einem Interview am darauffolgenden Tag für die Zeitung *Nowoje Wremja* bestritt der serbische Diplomat, dass die Mörder ihre Waffen aus Belgrad bekommen hätten, und beschuldigte die Jesuiten, dass sie eine Fehde zwischen Kroaten und Serben in Bosnien schüren würden. Er

warnte, dass die Verhaftung prominenter Serben in Bosnien sogar einen Militärschlag Serbiens gegen die Doppelmonarchie provozieren könnte. [1204] Spalajković konnte auf eine lange Geschichte verbitterter Beziehungen zu seinen österreichischen diplomatischen Widerparts zurückblicken und war berüchtigt für seine Reizbarkeit. Sogar der russische Außenminister Sasonow, ein Freund des serbischen Gesandten, bezeichnete ihn als »unausgeglichen«.[1205] Diese öffentlichen Äußerungen, die direkt an die Entscheidungsträger in Wien weitergeleitet wurden, trugen jedoch dazu bei, das Klima in den ersten Tagen nach den Morden zu vergiften.

Auch Pašić wirbelte mit unangebrachten prahlerischen Reden noch viel Staub auf. Am 29. Juni hielt er in Neu-Serbien eine Rede, an der mehrere Minister, 22 Mitglieder der Skupština, zahlreiche lokale Funktionäre und eine Delegation von Serben aus verschiedenen Regionen der Doppelmonarchie teilnahmen. Pašić warnte, falls die Österreicher versuchen sollten, den »bedauerlichen Vorfall« politisch gegen Serbien auszunutzen, so würden die Serben »es verstehen, sich dagegen zur Wehr zu setzen und ihre Pflicht zu erfüllen«.[1206] Das war eine außergewöhnliche Geste zu einem Zeitpunkt, als die von dem Ereignis hervorgerufenen Emotionen noch frisch waren. In einem Zirkular, das am 1. Juli an alle serbischen Gesandtschaften verschickt wurde, vertrat Pašić eine ähnliche Linie und stellte die aufrichtigen und angestrengten Bemühungen der Belgrader Regierung den ruchlosen Machenschaften der Wiener Presse gegenüber. Serbien und seine Vertreter müssten jeder Versuchung seitens Wien widerstehen, »die europäische Meinung zu verführen«. In einer späteren Verlautbarung zum gleichen Thema warf Pašić den Wiener Redakteuren vor, bewusst den Ton der serbischen Berichterstattung zu verzerren, und wies die Vorstellung zurück, dass die Belgrader Regierung Maßnahmen treffen müsse, um etwas zu zügeln, das im Grunde eine berechtigte Reaktion auf österreichische Provokationen war.[1207] Mit einem Wort, es gab Momente, in denen Pašić die serbischen Zeitungen in dem Streit eher anstachelte, als auf sie einzuwirken, den Ton ihrer Berichterstattung zu mäßigen.

Die Begegnungen des serbischen Regierungschefs mit österreichischen

Gesandten und Diplomaten waren nie einfach gewesen; in den ersten Tagen nach den Morden waren sie allerdings besonders heikel. Am 3. Juli versicherte Pašić beispielsweise bei einem offiziellen Requiem in Belgrad in memoriam des Erzherzogs dem österreichischen Gesandten, man werde die Angelegenheit so behandeln, »als würde es sich um den eigenen Herrscher handeln«. Diese Worte waren zweifellos gut gemeint, aber in einem Land mit einer so rührigen und aktuellen Tradition des Königsmordes mussten sie dem österreichischen Gesprächspartner als geschmacklos, wenn nicht gar makaber erscheinen.[1208]

Noch wichtiger als Pašićs Wortwahl war die Frage, ob Verlass darauf war, dass er oder seine Regierung mit den Österreichern bei den Ermittlungen der Hintermänner der Verschwörung kollaborieren würden. Auch hier gab es reichlich Anlass zu Zweifeln. Am 30. Juni traf sich der österreichische Gesandte in Belgrad Wilhelm Ritter von Storck mit dem Generalsekretär des serbischen Außenministeriums Slavko Gruić und erkundigte sich, was die serbische Polizei denn unternommen habe, um die Spuren der Verschwörung zu verfolgen, die bekanntlich auf serbisches Territorium führen würden. Gruić antwortete verblüffend (und womöglich unaufrichtig) naiv, dass die Polizei bislang überhaupt nichts unternommen habe – ob die österreichische Regierung denn eine derartige Untersuchung wünsche? An diesem Punkt verlor Storck die Geduld und erklärte, dass er es für eine generelle Pflicht seitens der Belgrader Polizei halte, der Angelegenheit nach Möglichkeit auf den Grund zu gehen, ob Wien nun ausdrücklich darum bitte oder nicht.[1209]

Aber ungeachtet der offiziellen Zusicherungen leiteten die serbischen Behörden niemals eine Ermittlung ein, die der Schwere des Verbrechens und der dadurch heraufbeschworenen Krise angemessen gewesen wäre. Auf Gruićs Veranlassung hin erteilte Innenminister Stojan Protić freilich dem Polizeichef in der serbischen Hauptstadt Vasil Lazarević den Befehl, die Verbindungen der Mörder in die Hauptstadt zu untersuchen. Eine Woche später schloss Lazarević seine »Ermittlung« mit der munteren Erklärung, dass das Attentat in Sarajevo keinerlei Verbindungen zur serbischen Hauptstadt aufweise. In Belgrad habe, fügte der Polizeichef hinzu, ein Mensch mit dem Namen »Ciganović« weder »existiert noch jemals existiert«.[1210] Als Storck

um den Beistand der serbischen Polizei und des Außenministeriums bei der Fahndung nach einer Gruppe von Studenten bat, die man verdächtigte, weitere Anschläge zu planen, wurde ihm ein solches Wirrwarr aus Vernebelungsversuchen und widersprüchlichen Informationen aufgetischt, dass er zum Schluss gelangte, dass das serbische Außenministerium trotz der Versicherungen Nikola Pašićs nicht als verlässlicher Partner gelten konnte. Von einem vorläufigen Vorgehen gegen die Schwarze Hand war keine Rede, Apis blieb im Amt, und Pašićs zögerliche Untersuchung unter den Grenztruppen wegen Schmuggelaktionen erreichte längst nicht den erforderlichen Umfang.

Statt den Österreichern auf halbem Weg entgegenzukommen, fiel Pašić (und dies galt für die serbischen Behörden überhaupt) wieder in gewohnte Posen und Haltungen zurück: Die Serben seien ihrerseits die Opfer in dieser Angelegenheit, sowohl in Bosnien-Herzegowina und insbesondere jetzt nach Sarajevo; die Österreicher hätten ihnen die Schuld ohnehin in die Schuhe geschoben; die Serben hätten das Recht, sich zu verteidigen, mit Worten ebenso wie, wenn nötig, mit Waffen, und dergleichen mehr. In Pašićs Augen stand dies alles im Einklang mit seiner Sichtweise, dass die Morde überhaupt nichts mit dem »amtlichen Serbien« zu tun hätten.[1211] So gesehen hätte jede eigenständige Maßnahme gegen Personen oder Gruppen, die in den Mord verwickelt waren, bereits die Anerkennung einer Verantwortung Belgrads für die Verbrechen impliziert. Eine demonstrative, nüchterne Distanziertheit sollte hingegen das Signal aussenden, dass Belgrad diese Angelegenheit als rein innere habsburgische Krise ansehe, welche die skrupellosen Wiener Politiker mit aller Kraft gegen Serbien auszunutzen versuchten. Im Einklang mit dieser Sichtweise bezeichneten offizielle serbische Verlautbarungen die österreichischen Anschuldigungen als einen durch nichts provozierten Angriff auf Serbiens Ansehen, auf den ein hochmütiges, offizielles Schweigen die geeignete Antwort sei.[1212] Durch die Brille der Belgrader Führung betrachtet, ergab dies alles durchaus Sinn, aber diese Haltung brachte zwangsläufig die Österreicher auf, die darin nichts anderes als Unverfrorenheit, Arglist und Ausflüchte sahen, von einer weiteren Bestätigung der serbischen Mitverantwortung in der Angelegenheit ganz zu

schweigen. Vor allen Dingen ließen die prompt bekundeten Dementis aus Belgrad vermuten, dass die serbische Regierung bei der Lösung der durch die Anschläge aufgeworfenen Probleme nicht die Rolle eines Partners oder Nachbarn spielen würde oder konnte. Das war für die Wiener Regierung nichts Neues, die in ihrem Umgang mit Belgrad nichts anderes erwartete als Ausflüchte und Doppelzüngigkeit. Dennoch hatte es in dieser Situation Bedeutung, weil es in der Folge schwerfiel, sich vorzustellen, wie die Beziehungen ohne einen gewissen äußeren Zwang normalisiert werden könnten.

Was ist zu tun?

Die Morde übten auf die österreichisch-ungarischen Entscheidungsträger eine sofortige und tiefe Wirkung aus. Nach den Anschlägen vom 28. Juni kristallisierte sich unter ihnen binnen weniger Tage der Konsens heraus, dass nur eine militärische Aktion das Problem der Beziehungen zu Serbien lösen könne. Es musste etwas unternommen werden, um auf die Provokation zu antworten. In größerer Zahl und einiger als je zuvor setzten die Falken Außenminister Leopold von Berchtold mit der Forderung nach einer raschen Operation unter Druck. »Ich habe im verflossenen Krisenjahre zu schreiben erlaubt, dass wir, ohne Krieg, in Hinkunft würden lernen müssen, serbische Unverschämtheiten zu ertragen«, schrieb Ritter von Storck am 30. Juni an Berchtold. »Jetzt gewinnt der Sachverhalt noch ein ganz anderes Gesicht.«

> Bei einer Entscheidung über die Frage, ob Krieg oder Frieden, werden wir uns nicht mehr vom Gedanken leiten lassen dürfen, dass wir durch einen Krieg mit Serbien ja doch nichts gewinnen könnten, sondern wir werden die erste günstige Gelegenheit zu einem vernichtenden Schlag gegen das Königreich ohne alle Rücksicht auf solche Konsiderationen […] ergreifen müssen.[1213]

Prinz Gottfried zu Hohenlohe-Schillingsfürst, ein hoher Diplomat, der bereits zum Nachfolger des langjährig amtierenden österreichischen Botschafters in Berlin, Graf László Szögyény-Marich, bestimmt worden war, stellte

Berchtold am Morgen nach den Anschlägen zur Rede. Falls man nunmehr keine ernsten Maßnahmen ergreife, drohte Hohenlohe mit einer Anmaßung, die bereits an Aufsässigkeit grenzte, werde er seinen Posten in Berlin nicht antreten.[1214] Noch am selben Abend, nach einem Nachmittag, an dem Berchtold vermutlich etliche vergleichbare Gespräche über sich ergehen lassen musste, erschien Conrad von Hötzendorf. Da nach den Morden von Sarajevo jegliche Einschränkungen seines politischen Einflusses aufgehoben waren, gab der Generalstabschef sein vertrautes Mantra von sich. Es sei jetzt Zeit zu handeln; ohne weitere Verhandlungen mit Belgrad müsse die Mobilmachung befohlen werden. »Hat man eine giftige Natter an der Ferse, so tritt man ihr auf den Kopf und wartet nicht auf den tödlichen Biss.« Der Ratschlag des Stabschefs lasse sich, wie Berchtold sich später erinnerte, mit drei Worten zusammenfassen: »Krieg, Krieg, Krieg!«[1215] Der frisch von einer Inspektion in Südtirol zurückgekehrte Kriegsminister Krobatin stieß in das gleiche Horn, als er sich am Dienstagmorgen, dem 30. Juni, mit Berchtold und Conrad traf. Das Heer sei bereit, erklärte Krobatin. Ein Krieg sei »der letzte und einzige Ausweg« aus der derzeit misslichen Lage der Monarchie.[1216]

Leon Biliński, der gemeinsame Finanzminister, schloss sich ihnen an. Als einer der drei gemeinsamen Minister, die als eine Art Reichsregierung in Österreich-Ungarn fungierten, hatte er bei der Formulierung der Politik während der Krise ein wichtiges Wort mitzureden. Biliński war kein Serbenfeind. Als zuständiger Minister für die Verwaltung in Bosnien war er für seinen flexiblen und zugänglichen Umgang mit den nationalen Minderheiten in der Provinz bekannt. Er brachte sich selbst Serbisch bei − zumindest konnte er es lesen und verstehen − und sprach mit seinen südslawischen Kollegen lieber Russisch als Deutsch. Es fiel ihnen leichter, ihr gemeinsames slawisches Erbe zu verfolgen und darauf aufmerksam zu machen. Die Treffen verliefen in einer ausgeprägt informellen und freundschaftlichen Atmosphäre, und die Diskussionen wurden mit einem enormen Quantum an starkem Mokka und reichlich guten Zigaretten geölt.[1217] Bis zu den Vorfällen in Sarajevo hatte sich Biliński konsequent um eine konstruktive, langfristige Beziehung zu den nationalen Minderheiten in

Bosnien-Herzegowina bemüht. Sogar nach den Anschlägen widersetzte er sich den Versuchen des kriegerischen Landeschefs Potiorek, in Bosnien Repressionsmaßnahmen einzuführen.[1218]

In der Frage der auswärtigen Beziehungen zu Serbien hatte Biliński während der Balkankrisen zwischen einer versöhnlichen und einer aggressiven Haltung geschwankt. Bei der Auseinandersetzung um Nordalbanien im Mai 1913 und in der Albanienkrise im Oktober vertrat er aggressive Anschauungen, auch wenn er damals warnte, dass Wien damit besser vor dem Befehl zur Mobilmachung aufhöre, da weder der Kaiser noch der Thronerbe einem Krieg zustimmen würden.[1219] Andererseits pflegte er ausgezeichnete Beziehungen zu Jovanović, dem serbischen Gesandten in Wien, und erreichte mit dessen Hilfe, dass sich der Streit um serbisch-albanische Grenzkorrekturen harmonisch lösen ließ.

Im Zweiten Balkankrieg sprach er sich gegen die Linie aus, Bulgarien gegen Belgrad zu unterstützen, und forderte stattdessen eine Annäherung an das siegreiche, expandierende Serbien. Konsequent und vehement lehnte er Conrads Idee ab, bewusst einen Krieg gegen die Nachbarstaaten zu inszenieren, weil dadurch Österreich-Ungarn zum Aggressor stigmatisiert und unter den Großmächten isoliert werde.[1220]

Die Morde setzten dieser Gleichung ein abruptes Ende. Vom Nachmittag des 28. Juni 1914 an war Biliński ein unerbittlicher Fürsprecher einer direkt gegen Serbien gerichteten Aktion. Er hatte Franz Ferdinand nie sonderlich nahe gestanden, aber es fiel ihm schwer, das Gefühl abzuschütteln, seine Pflicht, sich um die Opfer der Schüsse zu kümmern, vernachlässigt zu haben. Aus heutiger Sicht ist klar, dass ihn überhaupt keine Schuld traf. Er war von Potiorek nicht über den Plan informiert worden, den Erzherzog und seine Frau in die Stadt zu lotsen – darauf war auch der Übelkeitsanfall zurückzuführen, den er erlitt, als er Einzelheiten über den geplanten Besuch aus der Zeitung erfuhr. Zudem hatte man ihn auch bezüglich der Sicherheitsvorkehrungen nicht zu Rate gezogen. Dennoch verbrachte der Minister seine ersten Treffen mit dem Kaiser und Berchtold nach Sarajevo damit, dass er sich pedantisch – sogar unter Zuhilfenahme von Dokumenten – gegen den, allerdings nur in seiner Einbildung existierenden, Vorwurf

verteidigte, er habe seine Pflichten vernachlässigt.[1221]

Zu den schärfsten Falken zählte Bilińskis Untergebener Oskar Potiorek. Im Gegensatz zum Minister hatte der Gouverneur reichlich Grund, sich Pflichtvernachlässigung vorzuwerfen. In erster Linie hatte sich Potiorek dafür ausgesprochen, die Manöver in Bosnien durchzuführen. Er trug die Verantwortung für die lachhaften Sicherheitsmaßnahmen am Tag des Besuchs. Und er organisierte die Abfahrt nach dem Empfang im Rathaus schlecht. Aber wenn er sich irgendwelche Selbstvorwürfe machte, so kaschierte Potiorek sie hinter der Pose einer aggressiven Streitbarkeit.[1222] In seinen von Sarajevo aus an den Generalstab und das Kriegsministerium gesandten Berichten forderte Potiorek einen schnellen Militärschlag gegen Belgrad. Die Zeit laufe der Monarchie davon. Bosnien werde durch die Aktionen der serbischen irredentistischen Netzwerke schon bald unregierbar – das gehe so weit, dass es in Kürze unmöglich sein würde, dort große Truppenkontingente einzusetzen. Lediglich durch die Zerschlagung der serbischen nationalen Organisationen in der Provinz und die Ausmerzung der Wurzel des Problems in Belgrad werde die Monarchie ihr Sicherheitsproblem auf dem Balkan lösen. Potiorek gehörte nicht zum engeren Kreis der Entscheidungsträger, aber seine Berichte waren trotzdem wichtig. Franz Ferdinand hatte stets argumentiert, dass ein Krieg gegen einen äußeren Feind für das Habsburger Reich gerade wegen dessen Zerbrechlichkeit überhaupt nicht in Frage komme. Potiorek drehte nun den Spieß um und behauptete, ein Krieg werde die inneren Probleme lösen, statt sie zu verschärfen. Dieser eher konstruierte Reiz des »Primats der Innenpolitik«, wie die Historiker es später nannten, half Conrad und Krobatin, die Einwände einiger ziviler Kollegen zu entkräften.

Die oberen Etagen des Außenministeriums gingen rasch zu einer militanten Linie über. Bereits am 30. Juni meldete der deutsche Gesandte in Wien, Baron Tschirschky, dass seine Informanten (zum größten Teil Mitarbeiter des Außenministeriums) den Wunsch geäußert hätten, »es müsse einmal gründlich mit den Serben abgerechnet werden«.[1223] Die Motive für den Kurswechsel schwankten von Person zu Person: Baron Alexander von Musulin, der selbsterklärte »Serbien-Experte« des Auswärtigen Amtes, der

später das Ultimatum an Belgrad verfassen sollte und an mehreren wichtigen ersten Treffen im Auswärtigen Amt teilnahm, war Kroate. Er hegte einen tiefen Hass gegen den großserbischen Nationalismus und sah in der Krise nach den Schüssen von Sarajevo die letzte Gelegenheit, den Vormarsch des Panserbianismus mit der Unterstützung der Kroaten im Reich zu stoppen.[1224] Friedrich (ungarisch: Frigyes) Graf Szapáry, der österreichische Gesandte in St. Petersburg, der sich in den ersten Wochen nach dem Anschlag wegen der Krankheit seiner Frau zufällig in Wien aufhielt, machte sich vor allem Sorgen um den verstärkten Einfluss der Russen auf dem Balkan. Graf Johann Forgách, seit Oktober 1913 Leiter der politischen Abteilung des Außenministeriums, hatte weder seine unglücklichen Jahre in Belgrad noch seine erbitterten Auseinandersetzungen mit Spalajković vergessen. Ein militantes Kollektivdenken erfasste das ganze Ministerium. Der Vorliebe für eine Politik der Konfrontation lag das vertraute Thema einer aktiven Außenpolitik zugrunde – in der Wahrnehmung der Beteiligten das genaue Gegenteil von der Passivität und dem Durchwursteln, die angeblich bislang die österreichische Politik geprägt hatten. Aehrenthal hatte während der Bosnienkrise 1908/09 seinen Standpunkt auf diese Weise vertreten und dabei seinen aktiven Ansatz dem »Fatalismus« seiner Vorgänger gegenübergestellt. Forgách, Graf Alexander (»Alek«) Hoyos (Berchtolds *chef de cabinet*), Szapáry, der Abteilungsleiter Graf Albert Nemes und Baron Musulin waren allesamt begeisterte Schüler Aehrenthals. Während der Balkankrisen von 1912 und 1913 hatten diese Männer Berchtold wiederholt gedrängt, sich weder von den russischen Einschüchterungsversuchen noch der wachsenden Impertinenz Serbiens beeindrucken zu lassen, und jammerten im privaten Kreis über den in ihren Augen viel zu nachgiebigen Ansatz.[1225]

Die Schüsse von Sarajevo schürten nicht nur die Kriegshetze der Falken. Sie machten auch die beste Hoffnung auf einen Frieden zunichte. Wenn Franz Ferdinand seine Bosnienreise 1914 überlebt hätte, hätte er wie schon so oft weiterhin vor den Risiken eines militärischen Abenteuers gewarnt. Nach seiner Rückkehr von den Sommermanövern hätte er Conrad von seinem Posten abgesetzt. Diesmal hätte es für den streitlustigen Stabschef keine Rückkehr gegeben. »Die Welt weiß nicht, dass der Erzherzog immer gegen

den Krieg war«, sagte ein hoher österreichischer Diplomat dem Politiker Joseph Redlich in der letzten Juliwoche. »So hat er uns durch seinen Tod zu der Energie verholfen, die er nie aufbringen wollte, solange er lebte!«[1226]

Niemand stand in den ersten Tagen nach den Morden mehr unter Druck als der österreichisch-ungarische gemeinsame Außenminister Leopold von Berchtold. Er war von der traurigen Nachricht aus Sarajevo persönlich tief getroffen. Franz Ferdinand und er waren ungefähr gleich alt und kannten sich schon seit ihrer Kindheit. Bei allen Unterschieden zwischen dem hitzköpfigen, selbstsicheren und rechthaberischen Erzherzog und dem kultivierten, sensiblen und verweiblichten Grafen hatten sich die beiden Männer stets gegenseitig respektiert. Berchtold hatte reichlich Gelegenheit, hinter dem in der Öffentlichkeit mürrischen Thronerben den temperamentvollen, impulsiven Menschen kennen zu lernen. Außerdem hatte ihre Beziehung auch eine weitläufige familiäre Dimension: Berchtolds Frau Nandine war in ihrer Kindheit eine enge Freundin von Sophie Chotek gewesen, und die beiden blieben sich seither sehr verbunden. Berchtold verschlug es die Sprache, als er während einer Wohltätigkeitsveranstaltung in der Nähe seines Schlosses bei Buchlau die Neuigkeit erfuhr, und er stieg in den nächsten Zug nach Wien. Dort nahm er an etlichen aufeinanderfolgenden Treffen teil. »Der Schatten des Toten, eines großen Toten lag auf diesen Beratungen«, erinnerte sich Berchtold später. »Mir waren dieselben unendlich peinlich. Immer wieder glaubte ich, die Erscheinung des schuldlos Hingemordeten vor mir zu sehen. Die hochragende Gestalt, wuchtig und trotzig, die großen strahlenden, wasserblauen Augen unter der finsteren, willensstarken Stirne …«[1227]

Musste man Berchtold dazu drängen, den Krieg gegen Serbien zu akzeptieren? Die Falken, die am nächsten Morgen über ihn herfielen, gingen mit Sicherheit davon aus, dass man den Außenminister dazu bewegen musste, auf Konfrontationskurs zu gehen. Auch wenn Berchtold hier und da standhaft geblieben war (etwa in der Albanienfrage), galt er immer noch weithin als ein Mann der Besonnenheit und Versöhnung und folglich in der Außenpolitik als zu weich. Ein hoher Habsburger Botschafter sprach im Mai 1914 gar von dem »Dilettantismus Berchtolds« und meinte, dessen

»Unzulänglichkeit und Willenlosigkeit« hätten dazu geführt, dass der Außenpolitik der Monarchie eine klare Orientierung gefehlt habe.[1228] Um den Minister nach Sarajevo zur Tat zu drängen, kombinierten die aggressivsten Kollegen ihre Ratschläge zur aktuellen Krise mit bissigen Kommentaren zur österreichisch-ungarischen Politik seit dem Tod Aehrenthals im Jahr 1912. Conrad nahm, wie stets, kein Blatt vor den Mund. Nur dank Berchtolds Zögern und übergroßer Vorsicht während der Balkankriege sei Österreich-Ungarn in diese missliche Lage geraten, erklärte er dem Minister am 30. Juni frank und frei.

In Wirklichkeit entschloss sich Berchtold selbst allem Anschein nach schon früh und vermutlich unabhängig von anderen dazu, direkt zu agieren. Der Mann der Winkelzüge und Zurückhaltung wurde über Nacht zu einem unerschütterlich standhaften Führer.[1229] Er hatte eine Gelegenheit, seine Sichtweise der Krise auf der ersten Audienz nach Sarajevo beim Kaiser im Palast Schönbrunn am 30. Juni um 13 Uhr darzulegen. Diese Begegnung war von entscheidender Bedeutung; in seinen nicht veröffentlichten Memoiren rief Berchtold sie sich ganz genau in Erinnerung. An dieser Stelle darf der Hinweis nicht fehlen, dass er den Kaiser in tiefer Trauer wegen der Morde in Sarajevo antraf, ungeachtet der heiklen Beziehung zum Erzherzog und dessen morganatischer Ehegattin. Unter Missachtung des Protokolls legte der 83-jährige Monarch die Hand des Ministers in seine und bat ihn, sich zu setzen. Seine Augen wurden feucht, während sie über die aktuellen Ereignisse sprachen.[1230] Berchtold erklärte – und der Kaiser stimmte dem zu –, dass die »Politik der Langmut« der Monarchie nunmehr ihre Glaubwürdigkeit verloren habe. Wenn Österreich-Ungarn in einer so extremen Situation Schwäche zeige, so warnte Berchtold, »würden die Nachbarn im Süden und Osten um so sicherer mit unserer Ohnmacht rechnen und um so konsequenter ihr Zerstörungswerk zu Ende führen«. Die Doppelmonarchie war in »eine Zwangslage geraten«. Der Kaiser schien, wie Berchtold sich erinnerte, außerordentlich gut informiert über die aktuelle Lage und akzeptierte die Notwendigkeit, etwas zu unternehmen. Aber er bestand darauf, dass Berchtold alle weiteren Schritte mit Graf István Tisza, dem Regierungschef von Ungarn, abstimmte, der sich damals in Wien aufhielt.[1231]

Hier lag der Keim für ein potenziell gravierendes Problem: Tisza lehnte jede Politik vehement ab, die auf einen sofortigen Konflikt zusteuerte. Tisza, Regierungschef in den Jahren 1903 bis 1905 und erneut seit 1913, war die dominierende Persönlichkeit der ungarischen Politik. Dieser überaus tatkräftige und ehrgeizige Mann, ein glühender Bewunderer Bismarcks, hatte über eine skrupellose Kombination aus Wählerbestechung, rücksichtsloser Einschüchterung politischer Gegner durch die Polizei und Wirtschafts- und Infrastrukturreformen, die der Ungarisch sprechenden Mittelschicht und assimilierenden Elementen in anderen nationalen Eliten zugutekamen, seine Macht ausgebaut. Tisza personifizierte geradezu das 1867 geschaffene System des Ausgleichs. Er war ein Nationalist, aber er glaubte fest an die Union mit Österreich, die er für unverzichtbar für die Sicherheit Ungarns hielt. Er war absolut entschlossen, die Hegemonie der ungarischen Elite zu bewahren, und lehnte folglich jede Ausweitung des restriktiven Wahlrechts ab, das die Nichtmagyaren von der Politik ausschloss.

Für Tisza war die Ermordung des Thronerben kein Anlass zur Trauer, sondern löste eher seine Stimmung. Die von Franz Ferdinand geplanten Reformen hätten die gesamte Machtstruktur in Gefahr gebracht, in der Tisza Karriere gemacht hatte. Vor allem die engen Verbindungen des Erzherzogs zu Teilen der rumänischen Intelligenz waren Tisza ein Dorn im Auge. Franz Ferdinands Ermordung kam deshalb in seinen Augen einer unverhofften Erlösung gleich, und der ungarische Regierungschef teilte weder den Zorn noch das Gefühl der Dringlichkeit, das so viele seiner österreichischen Kollegen umtrieb. Bei einem Treffen mit Berchtold am Nachmittag des 30. Juni sowie in einem Brief an den Kaiser am folgenden Tag warnte Tisza davor, das Attentat als »Vorwand« für einen Krieg mit Serbien zu nutzen. Für eine Zurückhaltung sprach seiner Ansicht nach in erster Linie die derzeit nachteilige Konstellation unter den Balkanstaaten. Das Hauptproblem war Rumänien, das im Sommer 1914 bereits im Begriff war, sich mit St. Petersburg und den Entente-Mächten zu verbünden. Mit Blick auf die enorme Größe der rumänischen Minderheit in Transsylvanien und die kaum zu verteidigende lange rumänische Grenze stellte die Neuorientierung Bukarests eine ernste Sicherheitsgefahr dar. Es sei Wahnsinn, argumentierte Tisza,

einen Krieg mit Serbien zu riskieren, solange die Frage der rumänischen Bündnistreue und des Verhaltens in einem möglichen Konflikt nicht geklärt war. Tisza sah zwei Optionen: Entweder mussten die Rumänen, mit Berlins Hilfe, überredet werden, im Umfeld des Dreibundes zu bleiben, oder sie mussten durch das Knüpfen engerer österreichisch-ungarischer und deutscher Beziehungen zu Bulgarien, dem Gegner Rumäniens im Zweiten Balkankrieg, eingedämmt werden.

> Bei allem Größenwahn der Rumänen ist nämlich die entscheidende Triebkraft in der Psyche dieses Volkes die Angst vor Bulgarien. Werden sie sehen, dass sie uns von einem Bündnis mit Bulgarien nicht zurückhalten konnten, so werden sie vielleicht suchen, in den Bund aufgenommen zu werden, um in dieser Weise vor bulgarischer Aggression geschützt zu werden.[1232]

Das entsprach dem vertrauten Kalkül auf dem Balkan, gebrochen durch eine spezifisch ungarische Sichtweise der misslichen Sicherheitslage des Reiches. Rumänien ragte immer schon unheilvoll am Horizont der ungarischen Elite auf, und diese Voreingenommenheit wurde im Falle Tiszas durch den Umstand verstärkt, dass er der Nachkomme einer transsylvanischen Adelsfamilie war. Tisza und seine engsten Berater betrachteten gute Beziehungen zu St. Petersburg als den Schlüssel zur ungarischen Sicherheit, und die Idee, die alte Entente mit Russland wiederaufzubauen, war unter der ungarischen Führung damals sehr verbreitet. Der Protest des ungarischen Regierungschefs war keineswegs kategorisch, wie man anmerken muss. Tisza hatte in der zweiten Albanienkrise im Oktober 1913 eine militärische Intervention befürwortet; und er zog auch die Möglichkeit eines Krieges gegen Serbien zu einem späteren Zeitpunkt in Betracht, falls es zu einer angemessenen Provokation unter günstigeren Vorzeichen kommen sollte. Er war jedoch ein vehementer Gegner einer Politik der direkten Aktion, die der größte Teil der österreichischen Entscheidungsträger befürwortete.[1233]

So stark die Emotionen auch waren, die in den Tagen nach den Morden die österreichische politische Elite bewegten, so zeichnete sich doch bald ab, dass eine sofortige militärische Antwort außer Frage stand. Zuallererst stellte sich

das Problem, Tisza von der in Wien vorherrschenden Anschauung zu überzeugen; es war politisch und verfassungsmäßig unmöglich, diesen mächtigen Akteur im dualistischen System einfach zu überstimmen. Sodann musste eine Beteiligung der serbischen Führung erst noch nachgewiesen werden. In einem Treffen mit Berchtold am Nachmittag des 30. Juni warb Tisza dafür, dass der serbischen Regierung zumindest »Zeit gelassen werden sollte, ihre Loyalität zu bezeigen«. Berchtold war diesbezüglich zwar skeptisch, akzeptierte aber, dass jede militärische Aktion bis zu einer weiteren Bestätigung »der serbischen Mitschuld« aufgeschoben wurde.[1234] Es sollte einige Tage dauern, bis sich ein umfassenderes Bild von den Verbindungen zu Belgrad abzeichnete. Ein weiterer heikler Aspekt war die Vorlaufzeit, die für eine militärische Aktion erforderlich war. Conrad drängte wiederholt seine zivilen Kollegen, »sofort loszuschlagen« (also ohne den Ausgang der Ermittlung abzuwarten), aber am Morgen des 30. Juni teilte er Berchtold mit, dass der Generalstab 16 Tage brauche, um die Streitkräfte für eine Operation gegen Serbien zu mobilisieren – dies sollte sich noch als krasse Untertreibung erweisen.[1235] Somit war eine größere Verzögerung unvermeidlich, selbst wenn sich die Führung auf einen konkreten Aktionsplan einigen sollte.

Schließlich, und dies war wohl der wichtigste Punkt, stellte sich die Frage nach der deutschen Haltung. Würde Berlin einen Konfrontationskurs gegen Belgrad unterstützen? Der deutsche Rückhalt für die österreichisch-ungarische Balkanpolitik war in letzter Zeit eher unbeständig gewesen. Vor nicht einmal acht Wochen hatte Botschafter Friedrich Szapáry von St. Petersburg aus das systematische »Opfer« der Balkaninteressen Österreich-Ungarns durch Deutschland beklagt. In den ersten Tagen der Krise trafen unterschiedliche Botschaften aus Berlin ein: Am 1. Juli wandte sich der bekannte deutsche Journalist Viktor Naumann an Berchtolds Kabinettschef Graf Alexander Hoyos und teilte ihm mit, dass die deutsche Führung seiner Meinung nach einem österreichisch-ungarischen Schlag gegen Serbien freundlich entgegensehe und bereit sei, das Risiko eines Krieges gegen Russland einzugehen, falls St. Petersburg beschließen sollte, die Angelegenheit zu forcieren. Naumann hatte keine offizielle Funktion inne,

aber da er bekanntlich sehr eng mit Wilhelm von Stumm, dem Leiter der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt in Berlin, in Verbindung stand, hatten seine Worte durchaus Gewicht.[1236] Zur selben Zeit ermahnte jedoch der deutsche Botschafter Baron Tschirschky die Österreicher zur Vorsicht. Jedes Mal, wenn die Österreicher ihm gegenüber die Notwendigkeit, hart durchzugreifen, erwähnten, habe er, schrieb Tschirschky am 30. Juni, »jeden solchen Anlass [genutzt], um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen«.[1237] Und in einem Gespräch mit dem österreichischen Botschafter in Berlin äußerte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Arthur Zimmermann sein Mitgefühl für die missliche Lage Wiens, warnte aber davor, Belgrad mit »demütigenden Forderungen« zu konfrontieren.[1238]

Die Ansichten des deutschen Kaisers gaben weiteren Anlass zur Sorge. Im Herbst und Winter 1913 hatte Wilhelm II. wiederholt den Österreichern geraten, Belgrad mit großzügigen Geldgeschenken und Austauschprogrammen zu gewinnen. Noch im Juni 1914, bei seiner letzten Begegnung mit Franz Ferdinand, hatte sich der Kaiser geweigert, sich festzulegen. Darauf angesprochen, ob Österreich-Ungarn auch künftig rückhaltlos auf Deutschland zählen könne, war Wilhelm der Frage ausgewichen und den Österreichern eine Antwort schuldig geblieben.[1239] In einer Denkschrift, die Tisza am 1. Juli Kaiser Franz Joseph vorlegte, wies der ungarische Regierungschef seinen Souverän auf »die Eingenommenheit dieses hohen Herrn für Serbien« hin und warnte, dass einige Überzeugungsarbeit nötig wäre, ehe der deutsche Kaiser die Wiener Balkanpolitik unterstützen werde.[1240] Die österreichisch-ungarische Führung hoffte anfangs, dass die beiden Kaiser Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch unter vier Augen haben würden, wenn Wilhelm II. zum Begräbnis des Erzherzogs nach Wien käme, doch der Besuch wurde wegen Gerüchten über eine weitere serbische Mordverschwörung gegen den deutschen Kaiser abgesagt. Es mussten andere Mittel und Wege gefunden werden, um die Politik mit Berlin abzustimmen.

Zumindest in diesem Punkt waren sich Berchtold, Tisza und die übrigen österreichischen Entscheidungsträger einig: Deutschland musste angemessen

zu Rate gezogen werden, ehe weitere Schritte eingeleitet wurden. Berchtold beaufsichtigte die Vorbereitung einer diplomatischen Mission nach Berlin. An den deutschen Bündnispartner sollten zwei Dokumente weitergeleitet werden: ein persönlicher Brief von Kaiser Franz Joseph an Wilhelm II., der vom Kaiser eigenhändig unterzeichnet war, aber in Wirklichkeit von Berchtolds Stabschef Alexander Hoyos verfasst wurde, und eine eilig überarbeitete Fassung des Matscheko-Memorandums, dem ein kurzes Nachwort mit Blick auf die Lage nach den Morden beigefügt war.

Diese beiden Dokumente kommen einem aus heutiger Sicht überaus merkwürdig vor. Das überarbeitete Matscheko-Memorandum bot den gleichen weitschweifigen Überblick über die verschlechterte Lage auf dem Balkan wie die ursprüngliche Fassung, allerdings mit einer stärkeren Hervorhebung der verheerenden Folgen der rumänischen Untreue – ein Punkt, der sowohl auf die freundlichen Beziehungen Berlins zu Bukarest als auch auf Tiszas Bedenken wegen Transsylvanien abzielte. Die Aggressivität des französisch-russischen Bündnisses wurde deutlicher in den Vordergrund gerückt und als Gefahr nicht nur für Österreich-Ungarn, sondern auch für Deutschland ausgegeben. Am Ende des Dokuments befand sich ein Nachwort, das mit den Worten begann: »Die vorliegende Denkschrift war eben fertiggestellt, als die furchtbaren Ereignisse von Sarajevo eintraten.« Es war von der »Gefährlichkeit und Intensität der vor nichts zurückschreckenden großserbischen Bestrebungen« die Rede, gefolgt von dem Hinweis, dass die Bemühungen der Monarchie, über eine Politik des guten Willens und der Kompromisse gute Beziehungen zu Serbien zu knüpfen, inzwischen völlig sinnlos erscheinen würden. Mit keinem Wort wurde ein Krieg direkt erwähnt, aber das Nachwort verwies auf die »Unüberbrückbarkeit« des österreichisch-serbischen Gegensatzes im Licht der aktuellen Ereignisse. Das Dokument schloss mit einem schiefen Bild: Die österreichisch-ungarische Monarchie müsse nunmehr »mit entschlossener Hand die Fäden zerreißen, die ihre Gegner zu einem Netze über ihrem Haupte verdichten wollen«.[1241]

Das persönliche Schreiben von Franz Joseph an Wilhelm II. war direkter. Es ging ebenfalls auf Rumänien und die Machenschaften der Russen ein, aber es endete mit einer unmissverständlichen Andeutung bevorstehender Aktionen

gegen Serbien. Das Attentat sei, so führte es aus, »nicht die Bluttat eines Einzelnen« gewesen, sondern »ein wohlorganisiertes Komplott […], dessen Fäden nach Belgrad reichen«. Nur wenn Serbien »als politischer Machtfaktor auf dem Balkan ausgeschaltet wird«, sei Österreich-Ungarn sicher.

> Auch Du wirst nach den jüngsten furchtbaren Geschehnissen in Bosnien die Überzeugung haben, dass an eine Versöhnung des Gegensatzes, welcher Serbien von uns trennt, nicht mehr zu denken ist, und dass die erhaltende Friedenspolitik aller europäischen Monarchen bedroht sein wird, solange dieser Herd von verbrecherischer Agitation in Belgrad ungestraft fortlebt.[1242]

Den heutigen Leser dieser Korrespondenz muten vor allem ihre Nervosität und mangelnde Konzentration seltsam an, die Vorliebe für geschwollene Metaphern gegenüber klaren Formulierungen, die Verwendung theatralischer Effekthascherei mit dem Ziel, eine emotionale Wirkung zu erzielen, sowie die Gegenüberstellung verschiedener Sichtweisen beim Fehlen einer vereinigenden übergeordneten Version. Es wird nicht ausdrücklich um deutschen Beistand gebeten und keine einzige politische Maßnahme vorgeschlagen, keine Liste der Optionen aufgestellt, sondern lediglich ein düsteres, verworrenes Panorama aus Drohungen und Vorahnungen gezeichnet. Und es war auch nicht klar, in welcher Relation die Passagen, in denen die Lage auf dem Balkan allgemein analysiert wird (wo die Notwendigkeit einer diplomatischen Lösung angedeutet wird), zu jenen Passagen über Serbien stehen, die beim Leser keinen Zweifel lassen, dass dem Schreiber ein Krieg vorschwebt.

Berchtold hatte ursprünglich beabsichtigt, den kaiserlichen Brief und das überarbeitete Matscheko-Memorandum mit der üblichen offiziellen Kurierpost nach Berlin zu schicken. Aber am späten Samstagabend, dem 4. Juli, telegrafierte er Botschafter Graf László Szögyény in Berlin, dass sein Stabschef Graf Hoyos die Dokumente persönlich nach Berlin bringen werde. Szögyény sollte Gesprächstermine mit dem Kaiser und mit Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg arrangieren. Hoyos zählte trotz seines Alters (er war erst 36) zu den energischsten und ehrgeizigsten Falken der jüngeren

Beamtengeneration im Auswärtigen Amt. Außerdem hatte er gute Beziehungen in Berlin. Im Jahr 1908 hatte sich Botschafter Szögyény bei seiner Abberufung von einem Posten in der deutschen Hauptstadt positiv über die Beziehungen von außergewöhnlicher Intimität und Vertrauen geäußert, die Hoyos zu führenden politischen Kreisen in Deutschland aufgebaut hatte.[1243] Während einer Tätigkeit in China hatte Hoyos auch Arthur Zimmermann kennen gelernt, der damals seinen Vorgesetzten Staatssekretär Gottlieb von Jagow vertrat. Jagow war gerade in den Flitterwochen, als die Krise ausbrach. Hoyos betrachtete die Beziehung zu Deutschland als den Grundpfeiler der österreichisch-ungarischen Sicherheit und die Vorbedingung für eine aktive Politik auf dem Balkan – das war in seinen Augen die Lehre aus der Annexionskrise von 1908/09, bei der er selbst nur eine Nebenrolle gespielt hatte. Vor allem war Hoyos ein Hardliner, der von Anfang an eine militärische Lösung befürwortete. Während des Tauziehens, das veranstaltet wurde, um Tiszas Zustimmung zu erhalten, bot der junge Stabschef seinem überlasteten Chef die dringend benötigte moralische Unterstützung.[1244]

Indem Berchtold Hoyos für die Mission in Berlin auswählte, sorgte er dafür, dass die beiden Dokumente aus Wien eindeutig kriegerisch ausgelegt wurden. Für die Deutschen konnte kein Zweifel bestehen, dass es die Österreicher ernst meinten. Vorgeblich entsprach Berchtold zwar Tiszas Ratschlag, der sich geweigert hatte, wie auch immer geartete Schritte zu billigen, solange die deutsche Regierung nicht konsultiert worden war, aber in Wirklichkeit nutzte er die Mission, um den ungarischen Regierungschef vom Entscheidungsprozess auszuschließen und zu gewährleisten, dass sich die habsburgische Politik im Einklang mit seiner eigenen Präferenz für eine rasche und entscheidende Reaktion auf die Freveltat in Sarajevo entwickelte.[1245] Die Bedeutung dieser Angelegenheit darf nicht unterschätzt werden, denn von Seiten der Österreicher wurde »viel von Ideen gesprochen«, aber »niemals ein fest umschriebener Aktionsplan formuliert«, wie der deutsche Botschafter Berchtold am 2. Juli süffisant vorhielt.[1246]

Die Zeitpläne für eine Mobilmachung, politische Uneinigkeit, der Fortschritt der Untersuchung in Sarajevo, die Notwendigkeit, die deutsche

Unterstützung zu garantieren – das waren allesamt ausgezeichnete Gründe, eine Militäraktion gegen Serbien zu verschieben. Nicht einmal Conrad war imstande, eine glaubwürdige Alternative zu seinen zivilen Kollegen vorzulegen. Und dennoch konnten die Österreicher die ganze Julikrise hindurch den Verdacht nicht abschütteln, dass es besser gewesen wäre, einfach ohne Mobilmachung und ohne Kriegserklärung gegen Belgrad vorzugehen – gewissermaßen in einer reflexartigen Reaktion auf eine ernste Provokation, wie die Aktion allgemein bewertet werden würde. Warum Österreich-Ungarn denn Serbien nicht sofort angegriffen und die Sache aus der Welt geschafft hätte, fragte der rumänische Ministerpräsident Ion Brătianu am 24. Juli, als die Krise in ihre entscheidende Phase eintrat. »Dann hätten wir [die Österreicher] die Sympathien Europas für uns behalten«, meinte er.[1247] Über die Frage, wie sich die Krise dann entwickelt hätte, kann man nur spekulieren, aber eines ist klar: Zu der Zeit, als Alek Hoyos in den Nachtzug nach Berlin stieg, hatte sich das Fenster für dieses virtuelle Szenario bereits geschlossen.

1145 *Pijemont*, 28. Juni 1914, zitiert in: Wolf Dietrich Behschnitt, *Nationalismus bei Serben und Kroaten, 1830–1914,* München 1980, S. 132.

1146 Leon Biliński, *Wspomnienia i dokumenty*, 2 Bde., Warschau 1924/25, Bd. 1, S. 282.

1147 Zitiert in Vladimir Dedijer, *The Road to Sarajevo* London 1967, S. 10; deutsch: *Die Zeitbombe Sarajewo,* Wien, Frankfurt/Main, Zürich 1967, S. 11.

1148 Zitiert nach Gerd Holler, *Franz Ferdinand von Österreich-Este,* Wien 1982, S. 105; siehe auch Joachim Remak, *Sarajevo. The Story of a Political Murder,* London 1959, S. 25.

1149 Aussage von Veljko Čubrilović, in: J. Kohler (Hg.), *Der Prozess gegen die Attentäter von Sarajevo. Nach dem amtlichen Stenogramm der Gerichtsverhandlung aktenmäßig dargestellt,* Berlin 1918, S. 72.

1150 Aussage von Cvijetko Popović, in ebenda, S. 77.

1151 Aussage von Gavril Princip, in ebenda, S. 30.

1152 Igelstroem (russischer Generalkonsul in Sarajevo) an Schebeko, Sarajevo, 7. Juli 1914, *IBZI*, Serie 3, Bd. 4, Dok. 120, S. 123; zitiert nach: Holler, *Franz Ferdinand,* S. 287; vgl. Rudolf Kiszling, *Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este. Leben, Pläne und Wirken am Schicksalsweg der Donaumonarchie,* Graz 1953, S. 298.

1153 Rebecca West, *Black Lamb and Grey Falcon. A Journey through Yugoslavia,* London 1955, S. 332 (deutsch: *Schwarzes Lamm und grauer Falke. Eine Reise durch Jugoslawien,* Berlin 2002, S. 116).

1154 Zitiert nach Holler, *Franz Ferdinand,* S. 287.

1155 Zitiert in Remak, *Sarajevo*, S. 134.

1156 Das sind die Erinnerungen des jugoslawischen Leiters des Touristenbüros, wie Rebecca West sie bei ihrem Besuch in der Stadt 1936/37 dokumentierte, siehe West, *Schwarzes Lamm und grauer Falke*, S. 116, 122 f.

1157 Aussage von Potiorek, in Kohler (Hg.), *Der Prozess, S.* 156 f.

1158 Zitiert in Dedijer, *Zeitbombe Sarajewo*, S. 19; Rudolf Jeřábek, *Potiorek. General im Schatten von Sarajevo*, Graz 1991, S. 82–86.

1159 Kohler (Hg.), *Der Prozess*, S. 30.

1160 Aussage von Oskar von Potiorek, in ebenda, S. 157.

1161 Aussage von Franz von Harrach, in ebenda, S. 159.

1162 Stefan Zweig, *Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers*, Frankfurt/Main 1970, S. 249.

1163 R. J. W. Evans, »The Habsburg Monarchy and the Coming of War«, in ders. und H. Pogge von Strandmann (Hg.), *The Coming of the First World War*, Oxford 1988, S. 33–57.

1164 Tagebucheintrag, 17. September 1914, in: Rosa Mayreder, *Tagebücher 1873–1936*, hg. v. Harriet Anderson, Frankfurt/Main 1988, S. 145.

1165 Alfons Clary-Aldringen, *Geschichten eines alten Österreichers*, Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1977, S. 184 f.

1166 Tagebucheintrag vom 1. Juni 1914, in: Arthur Schnitzler, *Tagebücher 1913–1916*, Wien 1983, S. 117.

1167 Biliński, *Wspomnienia i dokumenty*, Bd. 1, S. 276.

1168 Schebeko an Sasonow, 1. Juli 1914, *IBZI*, Reihe 1, Bd. 4, Dok. 46, S. 52.

1169 Jaroslav Hašek, *Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk*, Reinbek bei Hamburg 1960; Aufl. 1996, S. 10.

1170 Joseph Roth, *Der Radetzkymarsch*, Köln 1989, S. 287.

1171 Graf Ottokar Czernin, *Im Weltkriege*, Berlin 1919, S. 47; Vgl. Robert A. Kann, »Groß-Österreich«, in: ders., *Erzherzog Franz Ferdinand Studien*, München 1976, S. 26–46, hier S. 31.

1172 Czernin, *Im Weltkriege*, S. 48, 50.

1173 Kiszling, *Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este*, S. 49 f.

1174 Robert Hoffmann, *Erzherzog Franz Ferdinand und der Fortschritt. Altstadterhaltung und bürgerlicher Modernisierungswille in Salzburg*, Wien 1994, S. 94 f.

1175 Tagebucheinträge vom 28. Juni und 24. September 1914, in Schnitzler, *Tagebücher*, S. 123, 138.

1176 Siehe dazu Bernd Sösemann, »Die Bereitschaft zum Krieg. Sarajevo 1914«, in: Alexander Demandt (Hg.), *Das Attentat in der Geschichte*, Köln 1996, S. 295–320.

1177 Djordjević an Pašić, Konstantinopel, 30. Juni 1914, AS, MID – PO, 411, Bl. 744–748, hier Bl. 744 f.

1178 Schebeko an Sasonow, 1. Juli 1914, *IBZI*, Reihe 1, Bd. 4, Dok. 47, S. 53.

1179 Siehe beispielsweise: »Die Ermordung des Thronfolgerpaares«, in: *Prager Tagblatt*, 29. Juni 1914, 2. Extra-Ausgabe, S. 1; »Ermordung des Thronfolgerpaares«, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 29. Juni 1914, S. 2; »Die erste Nachricht«, »Das erste Attentat«, »Das tödliche Attentat«, in: *Pester Lloyd*, 29. Juni 1914, S. 2; »Die letzten Worte des Erzherzogs«, in: *Vorarlberger Volksblatt*, 1. Juli 1914, S. 2.

1180 »Franz Ferdinand über seine Ehe«, in: *Die Reichspost*, 30. Juni 1914, Nachmittagsausgabe, S. 4;

zitiert nach Holler, *Franz Ferdinand*, S. 105.

1181 Karl Kraus, »Franz Ferdinand und die Talente«, in: *Die Fackel*, 10. Juli 1914, S. 1–4.

1182 Siehe beispielsweise »Nichtamtlicher Teil«, in: *Wiener Zeitung*, 29. Juni 1914, S. 2.

1183 »Ermordung des Thronfolgerpaares«, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 29. Juni 1914, S. 1; »Die Ermordung des Thronfolgers und seiner Gemahlin«, in: *Die Reichspost*, 29. Juni 1914, S. 1; zur Rolle des Hoffnungsträgers für das Habsburger Reich siehe auch »Erzherzog Franz Ferdinand. Das Standrecht in Sarajevo«, in: *Neue Freie Presse*, 30. Juni 1914, S. 1.

1184 Józef Galántai, *Hungary in the First World War*, Budapest 1989, S. 26 f.

1185 Franz Kafka, *Tagebücher*, hg. Hans-Gerhard Koch, Michael Müller und Malcolm Pasley, Frankfurt am Main 1990, S. 543.

1186 Zitiert in Remak, *Sarajevo*, S. 183.

1187 Ebenda, S. 186; sowie Kohler (Hg.), *Der Prozess*, S. 30.

1188 Potiorek an Biliński, Sarajevo, 29. Juni 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 9947, S. 213 f., hier S. 214.

1189 Luigi Albertini, *The Origins of the War of 1914*, 3 Bde., Oxford 1953, Bd. 2, S. 55, 97 f.

1190 Remak, *Sarajevo*, S. 194 ff., 198.

1191 Potiorek an Biliński, Sarajevo, 28. Juni 1914; Potiorek an Biliński, Sarajevo, 28. Juni 1914; Potiorek an Biliński, Sarajevo, 29. Juni 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 9939, 9940 und 9947, S. 208 f., 213 f.; zum Bedürfnis Potioreks, seine möglicherweise unbewussten Schuldgefühle im Zusammenhang mit den Morden zu besänftigen, indem er alle angeblich verdächtigen Serben in Bosnien verhaftete, siehe Jeřábek, *Potiorek*, S. 88.

1192 Wilhelm Ritter von Storck an MAA Wien, Belgrad, 29. Juni 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 9941, 9943, S. 209–212.

1193 Potiorek an Krobatin, Sarajevo, 29. Juni 1914, ebenda, Dok. 9948, S. 214; zu Potioreks Beharren auf einer Mittäterschaft der Belgrader Regierung bei diesem Verbrechen siehe auch Roberto Segre, *Vienna e Belgrado 1876–1914*, Mailand [1935], S. 48.

1194 Wilhelm Ritter von Storck an MAA Wien, Belgrad, 29. Juni 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 9943, S. 210 ff.

1195 Storck an MAA Wien, Belgrad, 29. Juni 1914, ebenda, Dok. 9943, S. 210 ff.

1196 Heinrich Jehlitschka an MAA Wien, Telegramm, Üsküb, 1. Juli 1914, ebenda, Dok. 9972, S. 237–240, hier S. 239.

1197 Storck an MAA Wien, Belgrad, 30. Juni 1914, ebenda, Dok. 9951, S. 218 f. Vergleichbare Berichte wurden auch aus anderen Teilen Serbiens zugeschickt; siehe beispielsweise, Bericht des Konsulatsverwalters Josef Umlauf in Mitrovica; 5. Juli 1914, ebenda, Dok. 10064, S. 311 f.

1198 Anhang zu Storck an MAA Wien, Belgrad, 1. Juli 1914, ebenda, Dok. 9964, S. 232 ff.; das von Straza veröffentlichte Pamphlet vom 30. Juni, HHStA, PA I, Liasse Krieg, 810, Bl. 78.

1199 In Wahrheit war die »Warnung« ganz vage gehalten gewesen; es wurden keine Einzelheiten der Verschwörung genannt, und Jovanović sprach mit Biliński, nicht mit Berchtold; Transkript aus *Stampa*, 30. Juni 1914, ebenda, Bl. 24.

1200 Jovanović (serbischer Gesandter in Wien) an Pašić, Wien, 1. Juli 1914; siehe auch ders. an dens., Wien, 6. Juli 1914, AS, MID – PO, 411, Bl. 659, 775.

1201 Djordjević (serbischer Gesandter in Konstantinopel) an Pašić, Konstantinopel, 29. Juni 1914. Djordjević berichtete, dass der rumänische Gesandte in Konstantinopel ihn gewarnt habe, dass die serbische Presse darauf achten solle, »diese Tat nicht zu feiern, sondern zu verurteilen«; Djordjević

stimmte dem nicht ganz zu, drängte Pašić aber, einen Ton der »würdevollen Zurückhaltung« anzustreben; Vesnić an Pašić, Paris, 1. Juli 1914, ebenda, 411, Bl. 662, 710.

1202 Mark Cornwall, »Serbia«, in: Keith M. Wilson (Hg.), *Decisions for War 1914,* London 1995, S. 55–96, hier S. 62.

1203 Zu Pašićs Dementi siehe Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 99; Djordje Stanković, *Nikola Pašić, saveznivi i stvaranje Jugoslavije*, Zajecar 1995, S. 40.

1204 Siehe Bericht Czernin (österreichisch-ungarischer Gesandter in St. Petersburg) an MAA Wien, St. Petersburg, 3. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10017, S. 282 f.; vollständiges Transkript des Artikels in *Wetschernjeje Wremja*, 29. Juni 1914, ebenda, Dok. 10017, S. 283.

1205 Szapáry an MAA Wien, St. Petersburg, 21. Juli 1914, ebenda, Dok. 10461, S. 567 f.

1206 Generalkonsul Heinrich Jehlitschka an MAA Wien, Telegramm, Üsküb, 1. Juli 1914, ebenda, Dok. 9972, S. 237–240, hier S. 239.

1207 Pašić an alle serbischen Gesandtschaften, Belgrad, 1. Juli 1914; Pašić an alle serbischen Gesandtschaften, Belgrad, 14. Juli 1914, in *DSP*, Bd. 7/1, Dok. 299, 415.

1208 Storck an MAA Wien, Belgrad, 3. Juli 1914; Storck an MAA Wien, Belgrad, 3. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10000, 10004, S. 274, 276.

1209 Storck an MAA Wien, Belgrad, 30 Juni 1914, ebenda, Dok. 9950, S. 218.

1210 *Neue Freie Presse*, 7. Juli 1914 (Nr. 17911), S. 4, Sp. 1.

1211 Cornwall, »Serbia«, passim.

1212 Zur Linie eines hochmütigen Schweigens siehe beispielsweise: Hartwig an Sasonow, 9. Juli 1914, *IBZI*, Serie 3, Bd. 4, Dok. 148, S. 147.

1213 Storck an MAA Wien, Belgrad, 30. Juni 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 9951, S. 218 f.

1214 Hugo Hantsch, *Leopold Graf Berchtold*. *Grandseigneur und Staatsmann*, 2 Bde., Graz 1963, Bd. 2, S. 557.

1215 Zitiert in ebenda, S. 558.

1216 Ebenda, S. 559.

1217 Biliński, *Wspomnienia i dokumenty*, Bd. 1, S. 238.

1218 Siehe beispielsweise Biliński an Potiorek, Wien, 30. Juni und 3. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 9962, 10029, S. 227–231, 289 ff.

1219 Siehe die Schilderung des Treffens vom 13. Oktober 1913 in: Conrad von Hötzendorf, *Aus meiner Dienstzeit*, *1906–1918,* 5 Bde., Wien 1921–25, Bd. 3, S. 464.

1220 John Leslie, »The Antecedents of Austria-Hungary's War Aims. Policies and Policy-makers in Vienna and Budapest before and during 1914«, in: Elisabeth Springer und Leopold Kammerhold (Hg.), *Archiv und Forschung. Das Haus-, Hof- und Staatsarchiv in seiner Bedeutung für die Geschichte Österreichs und Europas*, Wien 1993, S. 366 f.

1221 Biliński, *Wspomnienia i dokumenty*, Bd. 1, S. 277.

1222 N. Shebeko, *Souvenirs*. *Essai historique sur les origins de la guerre de 1914,* Paris 1936, S. 185.

1223 Tschirschky an Bethmann Hollweg, Wien, 30. Juni 1914, in *DD*, Bd. 1, Dok. 7, S. 10 f.

1224 Zu Musulins Motiven siehe die von Graf Alexander Hoyos verfassten Memoiren, die transkribiert sind in: Fritz Fellner, »Die Mission ›Hoyos‹«, in: ders., *Vom Dreibund zum Völkerbund. Studien zur Geschichte der internationalen Beziehungen 1882–1919*, hg. H. Maschl und B. Mazohl-Wallnig, Wien 1994, S. 112–141, hier S. 135.

1225 Leslie, *Antecedents*, S. 378 (Zitat: Szapáry an Berchtold, 19. November 1912).

1226 Joseph Redlich, Tagebucheintrag vom 24. Juli 1914, in: Fritz Fellner (Hg.), *Schicksalsjahre Österreichs, 1908–1919: Das politische Tagebuch Josef Redlichs*, 2 Bde., Graz 1953/54, Bd. 1, S. 239.

1227 Berchtold, »Die ersten Tage nach dem Attentat vom 28. Juni«, zitiert in Hantsch, *Berchtold*, Bd. 2, S. 552.

1228 Botschafter Mérey (Rom) an seinen Vater, 5. Mai 1914, zitiert in Fellner, »Die Mission ›Hoyos‹«, S. 119.

1229 Siehe R. A. Kann, *Kaiser Franz Joseph und der Ausbruch des Krieges*, Wien 1971, S. 11, wo ein Zeitungsinterview mit Biliński zitiert wird; William Jannen, »The Austro-Hungarian Decision for War in July 1914«, in: Samuel R. Williamson und Peter Pastor (Hg.), *Essays on World War I: Origins and Prisoners of War,* New York 1983, S. 55–81, insb. S. 72.

1230 Dieses Detail wurde Margutti vermutlich von dem Adjutanten des Kaisers General Graf Paar mitgeteilt, siehe [Albert Alexander] Baron von Margutti, *The Emperor Francis Joseph and His Times,* London [1921], S. 138.

1231 Berchtolds Memoiren, zitiert in Hantsch, *Berchtold*, Bd. 2, S. 559 f.

1232 Tisza, Denkschrift für Kaiser Franz Joseph, Budapest, 1. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 9978, S. 248 f.

1233 Günther Kronenbitter, »*Krieg in Frieden*«. *Die Führung der k.u.k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906–1914,* München 2003, S. 465 f.; Segre, *Vienna e Belgrado*, S. 49; Sidney Bradshaw Fay, *The Origins of the World War*, Bd. 2, S. 224–236.

1234 Berchtolds Memoiren, zitiert in Hantsch, *Berchtold*, Bd. 2, S. 560 f.

1235 Conrad, *Aus meiner Dienstzeit*, Bd. 4, S. 34; Samuel R. Williamson, *Austria-Hungary and the Origins of the First World War,* Houndmills 1991, S. 199 f.

1236 Notizen von Hoyos zu einem Gespräch mit Naumann, 1. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 9966, S. 235 f.; dazu auch Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 129 f.; Dieter Hoffmann, *Der Sprung ins Dunkle: Oder wie der* 1. *Weltkrieg entfesselt wurde*, Leipzig 2010, S. 181 f.; Fritz Fischer, *Krieg der Illusionen*. *Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969, S. 686 f.

1237 Tschirschky an Bethmann Hollweg, Wien, 30. Juni 1914, in *DD*, Bd. 1, Dok. 7, S. 10 f.; nachgedruckt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Nr. 3, S. 58 f.

1238 Szögyény an Berchtold, Berlin, 4. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10039, S. 295.

1239 Ebenda, S. 36; vgl. Fischer, *Krieg der Illusionen*, S. 683.

1240 Tisza, Denkschrift für Kaiser Franz Joseph, Budapest, 1. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 9978, S. 248 f.

1241 Denkschrift [1. Juli 1914], ebenda, Anhang zu Dok. 9984, S. 253–261, hier S. 261.

1242 Franz Joseph an Kaiser Wilhelm II., 2. Juli 1914, ebenda, Dok. 9984, S. 250 ff.

1243 Bericht von Szögyény über Hoyos (1908) zitiert in: Verena Moritz, »›Wir sind also fähig, zu wollen!‹ Alexander Hoyos und die Entfesselung des Ersten Weltkrieges«, in: Verena Moritz und Hannes Leidinger (Hg.), *Die Nacht des Kirpitschnikow. Eine andere Geschichte des Ersten Weltkrieges,* Wien 2006, S. 66–96, hier S. 82 f.

1244 Fellner, »Die Mission ›Hoyos‹«, S. 119, 125, 115 f.

1245 Eine scharfsinnige Erörterung der Intentionen Berchtolds, auf die sich die folgende Argumentation stützt, bietet Williamson, *Austria-Hungary*, S. 195 f.; zur Hoyos-Mission siehe auch

Manfred Rauchensteiner, *Der Tod des Doppeladlers*. *Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg*, Graz 1994, S. 70–73; Hantsch, *Berchtold*, Bd. 2, S. 567–573.

1246 Berchtold, Bericht über ein Gespräch mit dem deutschen Botschafter, Wien, 3. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 1006, S. 277 f.; nachgedruckt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Dok. 14, S. 74 f.

1247 Gespräch mit Brătianu, berichtet in Czernin an MAA Wien, Sinaia, 24. Juli 1914, HHStA, PA I, Liasse Krieg 812, Bl. 699–708.

KAPITEL 8
DIE KRISE ZIEHT IMMER GRÖSSERE KREISE

Reaktionen im Ausland

Am Nachmittag des 28. Juni befand sich der deutsche Kaiser vor der Nordseeküste und bereitete seine Jacht *Meteor* auf die Segelregatta in Kiel vor. Die Barkasse *Hulda* kam unter lautem Tuten längsseits, und Admiral Wilhelm Müller, der Chef des Reichsmarinekabinetts, rief dem Kaiser die Nachricht von den Morden über das Wasser zu. Nach einer kurzen Sitzung an Bord der Jacht wurde beschlossen, dass Wilhelm unverzüglich nach Berlin zurückkehren müsse, »um die Sache selbst in die Hand zu nehmen und den Frieden in Europa zu bewahren«.[1248] Um die gleiche Zeit wurde Präsident Raymond Poincaré auf der Rennbahn Longchamp in Paris ein Telegramm übergeben. Mit einigen Mitgliedern des diplomatischen Korps sah er sich dort ein Grand-Prix-Rennen an. Graf Szécsen, der österreichisch-ungarische Botschafter, zog sich sofort zurück. Der Präsident und die meisten anderen Vertreter blieben noch und sahen sich in aller Ruhe das Nachmittagsrennen an.

Schon diese beiden Episoden, so unbedeutend sie an sich scheinen, lassen auf eine Vielfalt von Reaktionen und Perspektiven schließen, welche die Julikrise von 1914 generell belasten sollte. In Deutschland löste die Nachricht von dem Attentat, wie der britische Botschafter in Berlin berichtete, allgemeine Bestürzung aus. Der Kaiser war erst kurz zuvor von einem Besuch beim Erzherzog in dessen böhmischer Residenz Konopischt (heute Konopište) zurückgekehrt, und die »Intimität« zwischen den beiden Männern war »ebenso allgemein bekannt, wie zur großen Freude der Deutschen«. Überdies empfanden viele in Deutschland tiefes Mitgefühl für den alten Kaiser.[1249] Bei den Deutschen äußerte sich die Wirkung dieses Ereignisses genau wie bei den Österreichern in unzähligen persönlichen Eindrücken, wie jenem des Historikers Friedrich Meinecke, dem es so vorkam, als würde ihm

schwarz vor Augen, als er die Schlagzeile über die Morde an den Büroräumen einer Zeitung las.[1250]

Auch in Rumänien wurde die Nachricht allgemein tief bedauert, trotz der aktuellen politischen Entfremdung zwischen Bukarest und Wien. Die rumänische Presse rühmte den Verstorbenen einhellig als »Beschützer der Minderheiten und Förderer der nationalen Ziele« innerhalb seines Reiches.[1251] Der russische Gesandte in Bukarest berichtete, dass Rumänen auf beiden Seiten der Karpaten in Franz Ferdinand die treibende Kraft hinter den aktuellen Bemühungen um einen Kompromiss zwischen der ungarischen Verwaltung und den Rumänen in Transsylvanien gesehen hätten. Viele »Staatsmänner und Politiker« hätten gehofft, meldete er, dass die Thronbesteigung durch den Erzherzog die Tür zu einer Restauration der guten Beziehungen zu Wien öffnen würde. Der serbische Gesandte in Bukarest stellte ebenfalls reumütig fest, dass die Reaktionen der Rumänen auf die Morde »längst nicht so freundlich gegenüber Serbien sind, wie wir erwartet hatten«.[1252]

In anderen Ländern zeigte sich ein anderes Bild. Am stärksten war der Gegensatz in Serbien selbst, wo der britische Botschafter »eher ein Gefühl der Betäubung als des Bedauerns« unter der Bevölkerung registrierte.[1253] Im benachbarten Montenegro berichtete der Sekretär der österreichischen Gesandtschaft Lothar Egger Ritter von Möllwald, dass es zwar Sympathiebekundungen für die Toten von Sarajevo gegeben habe, dass man aber den Österreichern selbst die Schuld an der Katastrophe gebe.[1254] In der kleinen Stadt Metalka, unmittelbar hinter der österreichischen Grenze zu Montenegro, flatterten am 2. Juli noch die Fahnen der Festtage. Bei Nachforschungen durch die Österreicher stellte sich heraus, dass man die Fahnen erst am 30. Juni gehisst hatte – sie wehten nicht zum Andenken an die Schlacht auf dem Amselfeld, sondern um die in der Nähe stationierten österreichischen Grenzsoldaten zu verhöhnen.[1255] Aus St. Petersburg meldete der eigensinnige serbische Gesandte Miroslav Spalajković am 9. Juli, dass die Nachricht von Franz Ferdinands Ermordung »mit Freuden« aufgenommen worden sei.[1256]

In Italien, gleichzeitig Verbündeter und Rivale Österreichs, löste der Tod des Erzherzogs und seiner Gattin gemischte Gefühle aus. Der Erzherzog war den Italienern in der Doppelmonarchie fast genauso feindlich gesinnt gewesen wie den Ungarn. Bei allen offiziellen Beileidsbekundungen sei es offensichtlich, schrieb der britische Botschafter in Rom Rennell Rodd, »dass die Bevölkerung im Allgemeinen die Beseitigung des verstorbenen Erzherzogs fast schon als Vorsehung angesehen« habe. Die Berichte des österreichischen Botschafters und des serbischen Gesandten bestätigten diesen Eindruck.[1257] Nach dem Bericht des russischen Botschafters begrüßte die Menschenmenge in einem überfüllten Kinosaal in Rom die Meldung am Sonntagnachmittag mit Jubel sowie der Aufforderung an das Orchester, die Nationalhymne *Marcia reale! Marcia reale!* zu spielen. Als das Orchester das Lied anstimmte, ertönte begeisterter Applaus. »Das Verbrechen ist abscheulich«, bemerkte Außenminister Antonino San Giuliano gegenüber Botschafter Sergej Swerbejew, »aber der Weltfrieden wird es nicht beklagen.« In einem Gespräch mit dem serbischen Gesandten in Rom fasste ein italienischer Journalist seine Empfindungen mit folgenden Worten zusammen: »Grazie Serbia!«[1258]

In Paris wurde die Meldung aus Sarajevo von einem Riesenskandal von der Titelseite verdrängt. Am 16. März 1914 hatte Madame Caillaux, die Frau des ehemaligen Regierungschefs Joseph Caillaux, das Büro von Gaston Calmette, dem Chefredakteur des *Figaro*, betreten und sechs Schüsse auf ihn abgefeuert. Der Grund für diesen Mord war die Kampagne, die die Zeitung gegen ihren Mann geführt hatte. Calmette veröffentlichte damals Liebesbriefe, die sie selbst an Joseph Caillaux geschrieben hatte, während er noch mit seiner ersten Frau verheiratet gewesen war. Der Prozess sollte am 20. Juli beginnen, und das öffentliche Interesse an der Story, in der ein Sexskandal und ein Verbrechen aus Leidenschaft, verübt von einer in der Öffentlichkeit sehr präsenten Frau, zusammenkamen, war naturgemäß sehr groß. Noch am 29. Juli widmete die angesehene Zeitung *Le Temps* dem Freispruch von Madame Caillaux (mit der Begründung, dass die Verletzung ihrer Ehre das Verbrechen gerechtfertigt habe) doppelt so viele Spalten wie der Krise, die sich in Mitteleuropa zusammenbraute.[1259] Was die Pariser

Pressereaktionen auf die Meldung aus Sarajevo anging, so herrschte die Haltung vor, dass Wien kein Recht habe, die serbische Regierung der Mittäterschaft an den Morden zu bezichtigen – vielmehr warfen französische Zeitungen der Wiener Presse vor, antiserbische Empfindungen zu schüren.[1260]

Aus London hingegen berichtete der serbische Gesandte voller Entsetzen, dass die britische Presse offenbar »der Propaganda der Österreicher folge« und Serbien die Schuld an dem Attentat gebe: »Sie sagen, das seien die Handlungen eines serbischen Revolutionärs und dass er Verbindungen zu Belgrad habe; das ist für Serbien nicht gut.«[1261] Ein Leitartikel in der *Times* vom 16. Juli erklärte, dass es das gute Recht der Österreicher sei, auf einer sorgfältigen Untersuchung aller Verzweigungen der Verschwörung zu bestehen und zu fordern, dass Serbien künftig die irredentistische Agitation gegen die Monarchie unterbinde.[1262]

Wie diese Beispiele zeigen, wurde die Haltung gegenüber den Morden durch die Beziehungen geprägt, die jeweils zu Österreich bestanden. Rumänien ist ein interessanter Fall. Die öffentliche Meinung war im Allgemeinen dem toten Erzherzog, der für seine rumänienfreundlichen Anschauungen bekannt war, freundlich gesinnt. Aber König Carol, die treibende Kraft bei der unlängst erfolgten Neuorientierung Rumäniens zu den Entente-Mächten, vertrat eine belgradfreundliche Sichtweise. Er war zuversichtlich, dass die serbische Regierung eine umfassende und sorgfältige Untersuchung des Verbrechens durchführen werde und dass Österreich deshalb kein Recht habe, Forderungen an Belgrad zu stellen.[1263]

Eine weit unheilvollere Entwicklung war die Kumulation eines Geflechts von Mutmaßungen, welche die Bedeutung des Ereignisses herunterspielten und ihm dadurch das Potenzial eines *casus belli* absprachen. Zunächst wäre hier die Behauptung zu nennen, die in der diplomatischen Korrespondenz der Entente-Mächte und ihres heimlichen Partners Italien häufig verbreitet wurde, dass nämlich der tote Erzherzog an der Spitze einer österreichisch-ungarischen Kriegspartei gestanden habe – eine Behauptung, die nicht der Wahrheit entsprach. Die Hervorhebung der mangelnden Popularität des Opfers diente dazu, die Authentizität der österreichischen Empörung über die

Verbrechen in Frage zu stellen; gleichzeitig wurde die These erhärtet, die Verschwörung spiegele die lokale Unbeliebtheit der Habsburger Dynastie unter den Südslawen der Monarchie wider und habe deshalb mit Serbien nicht das Geringste zu tun. Schließlich existierte noch die höchst abenteuerliche – als das Ergebnis langer und tiefgründiger Nachforschungen ausgegebene – Mutmaßung, dass das offizielle Serbien überhaupt nicht an den Anschlägen in Sarajevo beteiligt gewesen sei. Laut einer Depesche des serbischen Gesandten in Berlin vom 13. Juli 1914 hatte das russische Außenministerium dem russischen Botschafter in Berlin mitgeteilt, dass es »keine serbische Beteiligung an dem Attentat in Sarajevo« gegeben habe – und das zu einer Zeit, als die österreichische Ermittlung, bei all ihrer Nachlässigkeit, bereits eindeutige Beweise für das Gegenteil zutage gefördert hatte. Aus St. Petersburg berichtete Miroslav Spalajković zufrieden, dass die Zeitungen in St. Petersburg trotz des Dossiers mit Beweismaterial, welches das österreichische Korrespondenzbüro an die russische Presse weitergeleitet hatte, der Linie der russischen Regierung folgten und den Vorfall in Sarajevo als eine »rein innerösterreichische Angelegenheit« behandelten.[1264]

Wenn man dieses Motiv durch die russische Kurierpost verfolgt, wird deutlich, wie sich daraus das Argument entwickelte, Wien stehe überhaupt kein Recht zu, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, und die Morde seien zu einem fingierten Vorwand für eine Vorgehensweise umgedichtet worden, deren wahre Hintergründe anderweitig zu suchen seien. Franz Ferdinand sei in den letzten Jahren nicht mehr als ein Handlanger des Kaisers gewesen, meldete Botschafter Nikolai Schebeko aus Wien. Was die echten antiserbischen Gefühle in Wien nach den Morden anging, so waren sie das Werk »deutscher Elemente«. (Schebeko erwähnte mit keinem Wort die maßgebliche Rolle, die Kroaten bei antiserbischen Demonstrationen nach den Anschlägen spielten, fügte in einer späteren Sendung jedoch rätselhaft hinzu, dass »bulgarische Elemente« ebenfalls beteiligt gewesen seien.) Insbesondere der deutsche Botschafter Heinrich von Tschirschky, meldete Schebeko am 1. Juli, bemühe sich nach Kräften, »das traurige Ereignis […] auszunutzen«, indem er die öffentliche Meinung gegen Serbien und Russland aufhetze. (In Wirklichkeit tat Tschirschky zu der Zeit genau das Gegenteil: Er ermahnte alle und jeden

zur Vorsicht, sehr zum Ärger des Kaisers in Berlin; erst später änderte er diese Linie.)[1265]

Aus Belgrad meldete Hartwig nach St. Petersburg, dass sämtliche Behauptungen der österreichisch-ungarischen Behörden falsch seien: Es herrsche keine Schadenfreude in Serbien, ganz im Gegenteil sei die ganze serbische Nation von dem Mitgefühl über die grässlichen Morde in Sarajevo bewegt; die von Belgrad ausgehenden Netzwerke, die den Terroristen angeblich bei ihrer Verschwörung geholfen hatten, würden schlicht nicht existieren; Čabrinović habe seine Bomben oder Waffen nicht aus dem Arsenal in Kragujevac bekommen, und so weiter. Die Behauptung, dass die Österreicher Beweismaterial fingieren würden, war an dieser Stelle wichtig, nicht nur weil sie an den Skandal der Friedjung-Prozesse erinnerte, die in Serbien immer noch nicht vergessen waren (siehe Kapitel 2), und auch nicht weil sie falsch war (was mit Sicherheit zutraf), sondern weil sie implizierte, dass Wien aus den Schüssen in Sarajevo bewusst einen Vorwand für einen Angriff auf Belgrad konstruieren wollte, dem ein verbrecherischer Expansionsdrang zugrunde lag.[1266] Hinter diesen ganzen Machenschaften steckten mutmaßlich die Deutschen, die in den aktuellen Ereignissen, wie der russische Gesandte in Sofia anmerkte, durchaus eine Gelegenheit sehen könnten, einen Präventivschlag gegen ihren östlichen Nachbarn zu führen und damit das Wachstum des militärischen Übergewichts des französisch-russischen Bündnisses zu stoppen.[1267] Damit war – schon Wochen vor Kriegsausbruch! – eine Argumentationskette in die Welt gesetzt, die in der Geschichtsschreibung noch lange Bestand haben sollte.

Aus alldem folgte, in den Augen russischer Politiker, selbstverständlich, dass Österreich kein Recht habe, wie auch immer geartete Maßnahmen gegen Serbien zu ergreifen. Fixpunkt der russischen Haltung war die These, dass ein souveräner Staat nicht für die Aktionen von Privatpersonen auf fremdem Boden verantwortlich gemacht werden könne, insbesondere weil es sich bei den Betreffenden um »unreife Anarchisten« gehandelt habe – die russischen Quellen erwähnen kaum einmal die serbisch- oder südslawisch-nationalistische Orientierung der Attentäter.[1268] Es wäre falsch und irrig, ein ganzes Volk für die Missetaten Einzelner auf fremdem Boden zur

Rechenschaft zu ziehen.[1269] Es sei »unfair«, sagte Botschafter Schebeko am 5. Juli einem britischen Kollegen in Wien, dass die Österreicher Serbien sogar vorwarfen, sie hätten »indirekt mit ihrer Antipathie das Komplott gefördert, dem der Erzherzog zum Opfer gefallen sei«.[1270] Bei einem Gespräch zwischen Sasonow und dem österreichischen Chargé d'affaires in St. Petersburg Ottokar von Czernin zeigte sich, wie kurz die Leine war, welche die russische Politik nach Sarajevo Wien zuzugestehen bereit war. Czernin hatte die »Möglichkeit« erwähnt, dass die österreichisch-ungarische Regierung die Unterstützung der serbischen Regierung bei einer Ermittlung innerhalb Serbiens wegen des aktuellen Attentats verlangen könnte. Sasonow warnte daraufhin den österreichischen Diplomaten, dass dieser Schritt »in Russland einen sehr schlechten Eindruck machen« würde. Österreich-Ungarn sollte diesen Gedanken fallen lassen, wenn »es seinen Fuß nicht auf einen gefährlichen Pfad« setzen wolle.[1271] In einem Gespräch am 18. Juni mit dem österreichischen Botschafter Friedrich Graf Szapáry, der nach einer kurzen Pause, in der er seine sterbende Frau in Wien gepflegt hatte, mittlerweile nach St. Petersburg zurückgekehrt war, vertrat Sasonow noch pointierter die gleiche Ansicht und verkündete, es werde »niemals ein Beweis für die Tolerierung solcher Machenschaften seitens der serbischen Regierung erbracht werden können«.[1272]

Diese Einordnung der Ereignisse war wichtig, weil sie Teil des Prozesses war, in dessen Verlauf Russland entschied, wie es im Falle österreichischer Maßnahmen gegen Serbien antworten solle. Die Bluttat in Sarajevo, deren verwerflicher Charakter außer Frage stand, sollte sauber von ihrem serbischen Kontext getrennt werden, um die angebliche Intention Österreichs zu entlarven, »das Verbrechen als Vorwand für einen moralischen Schlag gegen Belgrad auszunutzen«.[1273] Das war natürlich eine sehr russische Sichtweise der Ereignisse, durchdrungen von historisch gewachsener Sympathie für den heldenhaften Kampf des serbischen »kleinen Bruders«. Aber weil die Russen auch selbst entschieden, ob und wann die österreichisch-serbische Auseinandersetzung ihre Intervention rechtfertigte, kam ihrer Sichtweise der Frage höchste Bedeutung zu. Und es gab keinen Anlass, davon auszugehen, dass die anderen Entente-Mächte auf einer

ausgewogeneren Urteilsfindung bestehen würden. Die französische Regierung hatte St. Petersburg im Falle eines österreichisch-serbischen Konflikts bereits einen Blankoscheck ausgestellt. Ohne sich mit der Angelegenheit näher zu befassen, stritt Poincaré unerschütterlich jede Verbindung zwischen Belgrad und den Attentaten ab. In einem aufschlussreichen Gespräch mit dem österreichischen Botschafter in Paris am 4. Juli 1914 verglich der französische Präsident die Morde in Sarajevo mit dem Anschlag auf den französischen Präsidenten Sadi Carnot durch einen italienischen Anarchisten im Jahr 1894. Es war eine Geste, die scheinbar Mitgefühl ausdrücken sollte, diente aber in Wirklichkeit dazu, die Freveltat von Sarajevo als Tat eines anormalen Einzelnen darzustellen, für den keine politische Behörde, schon gar kein souveräner Staat zur Verantwortung gezogen werden könne. Der Österreicher ermahnte den Präsidenten als Antwort – vergebens – daran, dass der Mord an Carnot »mit keinerlei antifranzösischer Agitation in Italien in Zusammenhang stand, während man jetzt zugeben muss, dass in Serbien seit Jahren mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln gegen die Monarchie gehetzt wird«.[1274]

Edward Grey hatte zumindest ein Interesse daran bekundet herauszufinden, ob nun Österreich oder Serbien der Provokateur sei, mit der Begründung, dass die britische öffentliche Meinung keinen Krieg der Triple Entente im Namen eines serbischen Aggressors billigen würde. Aber er hatte sich sehr vage darüber geäußert, wie man bei der Entscheidung dieses Streites vorgehen könne, und seine Bemerkungen in den ersten Tagen nach den Morden ließen vermuten, dass er nicht vorhatte, allzu strenge Kriterien an die Russen anzulegen. Am 8. Juli bemerkte Graf Alexander Benckendorff, der russische Botschafter in London, gegenüber Edward Grey, dass er »nicht sehe, worauf eine Demarche gegen Serbien gestützt werden könne«. Der Außenminister antwortete zögerlich:

> Ich sagte, dass ich nicht wisse, welche Optionen in Betracht gezogen würden. Ich konnte lediglich vermuten, dass eine während des Prozesses gegen die an der Ermordung des Erzherzogs Beteiligten gemachte Entdeckung – etwa dass die Bomben aus Belgrad stammten – in den

> Augen der österreichischen Regierung die Grundlage für den Vorwurf der Nachlässigkeit seitens der serbischen Regierung sein könnte. Aber das wären lediglich Fantastereien und Mutmaßungen meinerseits.
>
> Graf Benckendorff sagte, er habe Hoffnung, dass Deutschland Österreich zurückhalten werde. Er konnte sich nicht vorstellten, dass Deutschland einen Streit überstürzen wolle.[1275]

Grey gab auf diesen letzten Einwand keine Antwort (zumindest keine, die belegt wäre) − ein Punkt, dem erhebliche Bedeutung zukam, weil er Deutschland die schwere Aufgabe aufbürdete, seinen Verbündeten zurückzuhalten, und gleichzeitig die Unvermeidlichkeit eines »Streites« (was in diesem Kontext gleichbedeutend mit einem Krieg unter Großmächten war) für den Fall akzeptierte, dass Berlin scheitern sollte. Das gleiche Argument wurde mit deutlicheren Worten in einem Telegramm aus Wien übermittelt, das Grey am nächsten Tag erreichte. Es schilderte ein Gespräch zwischen dem britischen Botschafter in Wien und seinem russischen Kollegen, in dem der Russe erklärte, er könne nicht glauben, dass Österreich so dumm sein werde, sich »in einen Krieg treiben« zu lassen,



Graf Alexander Benckendorff

> denn ein isolierter Kampf mit Serbien wäre unmöglich und Russland wäre gezwungen, zur Verteidigung Serbiens zu den Waffen zu greifen. Das stehe völlig außer Frage. Ein serbischer Krieg bedeute einen allgemeinen europäischen Krieg.[1276]

Innerhalb von zehn Tagen hatten die Russen eine perfekte Gegenversion der Ereignisse in Sarajevo konstruiert. Freilich enthielt das Bild ein paar Widersprüche. Wie ein österreichischer Diplomat darlegte, ergab es keinen Sinn, wenn die Russen einerseits behaupteten, dass die Südslawen in Bosnien-Herzegowina in ihrem Hass auf die habsburgische Tyrannei vereint seien, und sich andererseits über die Übergriffe gegen dort lebende Serben durch Pöbelhaufen aufgebrachter Kroaten beschwerten. Und die russische Behauptung, dass sich Serbien nichts sehnlicher wünsche, als in Frieden und Harmonie mit seinem Nachbarn zu leben, passt schlecht zu den früheren

Versprechen Sasonows gegenüber Pašić (über Hartwig), Serbien werde in Kürze die südslawischen Territorien des zerfallenden Habsburger Reiches erhalten. Die weithin dokumentierte Behauptung Spalajkovićs gegenüber der Presse in St. Petersburg, dass die Belgrader Regierung Wien im Vorfeld vor einer Mordverschwörung gewarnt hatte, warf peinliche (von den Russen allerdings vernachlässigte) Fragen auf, woher und wie viel Serbien denn davon wusste. Vor allem wurde die ganze Geschichte von der russischen Förderung des serbischen Expansionsdrangs und der Instabilität auf dem Balkan allgemein ausgeklammert. Schließlich fehlte in dem Bild bemerkenswerterweise jeder Hinweis auf die eigenen Kontakte Russlands zum serbischen Untergrund. Nach dem Krieg räumte Oberst Viktor Artamonow, der russische Militärattaché in Belgrad, ganz offen eine enge Verbindung zu Apis in jener Zeit ein. Er gab sogar zu, dass er dem Kopf der Schwarzen Hand zur Unterstützung ihrer Spionagetätigkeit in Bosnien Mittel hatte zukommen lassen. Allerdings dementierte er weiterhin, über die Mordverschwörung gegen den Erzherzog vorab informiert gewesen zu sein.[1277]

Auf jeden Fall war bereits klar, dass weder London noch Paris beabsichtigte, die russische Version der Ereignisse anzuzweifeln: Ein unbeliebter, hetzerischer Zuchtmeister war von Bürgern seines eigenen Landes umgebracht worden, die durch jahrelange Demütigung und schlechte Behandlung zur Raserei getrieben worden waren. Und jetzt wollte das korrupte, kollabierende und dennoch angeblich räuberische Regime, das er repräsentiert hatte, seinen nicht bedauerten Tod einem schuldlosen und friedlichen slawischen Nachbarn anhängen. Wenn man die Ereignisse in Sarajevo auf diese Weise darstellte, so kam das zwar noch nicht einem Aufruf zum Handeln gleich, aber diese Sichtweise räumte bereits alle Hindernisse für eine russische Militärintervention im Fall eines österreichisch-serbischen Konflikts aus dem Weg. Das Szenario des Krisenkatalysators Balkan konnte jeden Moment in Gang gesetzt werden.

Graf Hoyos in Berlin

Noch bevor Alexander Hoyos am Morgen des 5. Juli mit dem Nachtzug in Berlin eintraf, hatte hier die Ansicht an Boden gewonnen, dass Österreich-Ungarn das Recht habe, eine wie auch immer geartete Demarche gegen Belgrad zu richten. Maßgeblichen Anteil an diesem Stimmungswandel hatte der Kaiser. Als Wilhelm Tschirschkys Depesche vom 30. Juni las, in der er berichtete, dass er die Österreicher zur Ruhe gedrängt habe, bemerkte Wilhelm wütend am Rand:

> Wer hat ihn dazu ermächtigt? Das ist sehr dumm! geht ihn gar nichts an, da es lediglich Österreichs Sache ist [zu entscheiden], was es hierauf zu thun gedenkt. Nachher heisst es dann, wenn es schief geht, Deutschland hat nicht gewollt! Tschirschky soll den Unsinn gefälligst lassen! Mit den Serben muss aufgeräumt werden, *und* zwar *bald*, versteht sich alles von selbst, und sind Binsenwahrheiten.[1278]

Diese Reaktion des Kaisers muss Tschirschky zugetragen worden sein, weil er am 3. Juli Berchtold die Unterstützung Berlins für eine österreichische Aktion zusagte − vorausgesetzt, die Ziele seien klar definiert und die diplomatische Lage günstig.[1279] Hoyos konnte sich somit gewiss sein, wohlwollend angehört zu werden, als er in der deutschen Hauptstadt eintraf. Als Erstes musste er Szögyény, den österreichischen Botschafter in Berlin, über die beiden Dokumente informieren, die er mitgebracht hatte: das überarbeitete Matscheko-Memorandum und den persönlichen Brief des österreichischen Kaisers an Wilhelm II. Anschließend reiste Szögyény mit Kopien der beiden Dokumente nach Potsdam weiter, wo er mit Kaiser Wilhelm zu Mittag aß, während sich Hoyos mit Arthur Zimmermann traf, dem Unterstaatssekretär im Berliner Auswärtigen Amt.

Wilhelm II. empfing den Botschafter im Neuen Palais, einem riesigen Barockbau am westlichen Rand des Schlossparks von Potsdam. Laut Szögyénys Bericht las Wilhelm rasch beide Dokumente und bemerkte anschließend, dass er »eine ernste Aktion unsererseits gegenüber Serbien erwartet habe«, aber auch berücksichtigen müsse, dass ein solcher Kurs »eine ernste europäische Komplikation« mit sich bringen könne. Er könne deshalb »vor einer Beratung mit dem Reichskanzler keine definitive Antwort

erteilen«. Daraufhin begab man sich zu Tisch. Szögyény schreibt weiter:

> Nach dem Déjeuner, als ich nochmals Ernst [sic!] der Situation mit großem Nachdrucke betonte, ermächtigte mich Seine Majestät, unserem Allergnädigsten Herrn [Franz Joseph] zu melden, dass wir auch in diesem Falle auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen können. Wie gesagt müsse er vorerst die Meinung des Reichskanzlers anhören, doch zweifle er nicht im Geringsten daran, dass Herr von Bethmann Hollweg vollkommen seiner Meinung zustimmen werde. Insbesondere gelte dies betreffend einer Aktion unsererseits gegenüber Serbien. Nach seiner [Kaiser Wilhelms] Meinung muss aber mit dieser Aktion nicht zugewartet werden. Russlands Haltung werde jedenfalls feindselig sein, doch sei er hierauf schon seit Jahren vorbereitet, und sollte es sogar zu einem Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Russland kommen, so könnten wir davon überzeugt sein, dass Deutschland in gewohnter Bündnistreue an unserer Seite stehen werde. Russland sei übrigens, wie die Dinge heute stünden, noch keineswegs kriegsbereit und werde es sich gewiss noch sehr überlegen, an die Waffen zu appellieren. […] wenn wir aber wirklich die Notwendigkeit einer kriegerischen Aktion gegen Serbien erkannt hätten, so würde er [Kaiser Wilhelm] es bedauern, wenn wir den jetzigen, für uns günstigen Moment unbenützt ließen.[1280]

Während der Kaiser und der Botschafter in Potsdam miteinander sprachen, traf sich Hoyos mit Unterstaatssekretär Zimmermann im Auswärtigen Amt zu einem informellen Gespräch. Der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Gottlieb von Jagow war immer noch in den Flitterwochen und stand folglich nicht zur Verfügung. Hoyos und Zimmermann einigten sich grundsätzlich darauf, dass Deutschland eine österreichische Aktion gegen Serbien unterstützen würde. Zimmermann las sich die beiden Dokumente durch und wies darauf hin, dass er nicht befugt sei, eine offizielle Stellungnahme abzugeben. Dann kommentierte er laut Hoyos’ späterer Erinnerung: »90 % Wahrscheinlichkeit für einen europäischen Krieg, wenn Sie [Österreich] etwas gegen Serbien unternehmen.« Allerdings sagte er dem Grafen im weiteren Verlauf des Gesprächs dennoch die deutsche

Unterstützung für den österreichischen Plan zu.[1281] Die frühere Besorgnis des Unterstaatssekretärs, die er in seinem vom 4. Juli datierenden Aufruf an Wien, umsichtig zu handeln, geäußert hatte, war inzwischen eindeutig verflogen.

Am selben Nachmittag traf sich um 17 Uhr ein kleiner Kreis im Neuen Palais, um die morgendlichen Ereignisse zu diskutieren und die Einschätzungen abzustimmen. Anwesend waren Kaiser Wilhelm, sein Adjutant General Hans von Plessen, der Chef des Militärkabinetts General Moritz von Lyncker und Kriegsminister General Erich von Falkenhayn. Unterstaatssekretär Zimmermann und Reichskanzler Bethmann Hollweg, der inzwischen von seinem Gut zurückgekehrt war, nahmen ebenfalls teil. Plessen notierte die Details in sein Tagebuch. Der Kaiser las den Brief von Franz Joseph vor, aus dem alle schlussfolgerten, dass sich die Österreicher auf einen Krieg gegen Serbien vorbereiteten und sich zuerst der Unterstützung Deutschlands versichern wollten. »Bei uns herrscht die Ansicht, dass die Österreicher je früher desto besser gegen Serbien vorgehen und dass die Russen – obwohl Freunde Serbiens – doch nicht mitmachen.«[1282]

Tags darauf, am 6. Juli, empfing Bethmann Hollweg im Beisein von Zimmermann Graf Hoyos und Botschafter Szögyény, um den Österreichern die offizielle Antwort auf ihre Ausführungen zu geben. (Kaiser Wilhelm war bereits zu seiner jährlichen Nordlandreise aus Berlin abgereist.) Zunächst ging Bethmann Hollweg ausführlich auf die allgemeine Sicherheitslage auf dem Balkan ein. Bulgarien müsse enger in den Dreibund integriert werden, Bukarest solle gebeten werden, die Unterstützung eines rumänischen Irredentismus in Transsylvanien zu reduzieren, und dergleichen mehr. Erst dann wandte er sich der vorgeschlagenen Militäraktion zu:

> Unser Verhältnis zu Serbien betreffend [nach Szögyénys Bericht zitiert], stehe deutsche Regierung auf dem Standpunkt, dass wir beurteilen müssten, was zu geschehen hätte, um dieses Verhältnis zu klären; wir könnten hierbei – wie auch immer unsere Entscheidung ausfallen möge – mit Sicherheit darauf rechnen, dass Deutschland als Bundesgenosse und

> Freund der Monarchie hinter ihr stehe. Im weiteren Verlauf der Konversation habe ich festgestellt, dass auch Reichskanzler, ebenso wie sein kaiserlicher Herr ein sofortiges Einschreiten unsererseits gegen Serbien als radikalste und beste Lösung unserer Schwierigkeiten am Balkan ansieht. Vom internationalen Standpunkt hält er den jetzigen Augenblick für günstiger als einen späteren.[1283]

Ungeachtet der Merkwürdigkeiten dieses kurzen Berichts (unter anderem ging es nur in neun von 54 gedruckten Zeilen Text tatsächlich um die vorgeschlagenen Maßnahmen gegen Serbien, und mit keinem Wort wurde eine mögliche russische Antwort erwähnt) liegt hier eine eindeutige Entscheidung vor, und zwar eine von enormer Bedeutung. Dieses eine Mal sprach die deutsche Regierung mit einer Stimme. Der Kaiser und der Kanzler (der zugleich preußischer Außenminister war) waren sich einig, wie auch der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes als Vertretung für Jagow, den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten. Der Kriegsminister war informiert worden und hatte dem Kaiser bestätigt, dass die deutsche Armee für alle Eventualitäten gerüstet sei. Das Ergebnis war die Zusicherung der deutschen Unterstützung, die allgemein als »Blankoscheck« bekannt wurde.

Insofern diese − ansonsten leicht irreführende Metapher − die Zusage der Unterstützung für den Bündnispartner impliziert, handelt es sich um eine angemessene Umschreibung der deutschen Intentionen. Der Kaiser und der Kanzler waren überzeugt, dass die Österreicher das Recht hätten, gegen Serbien aktiv zu werden, ohne Angst vor russischen Einschüchterungsversuchen haben zu müssen. Erheblich problematischer ist die Behauptung, dass die Deutschen die österreichischen Botschaften überinterpretiert und Zusagen abgegeben hätten, die weit über die Absichten der Österreicher hinausgegangen seien, ja dass sie Wien geradezu gedrängt hätten, in den Krieg zu ziehen.[1284] Es trifft zwar zu, dass Franz Josephs Note nicht direkt von einem »Krieg« gegen Serbien sprach, aber sie ließ den Leser nicht im Zweifel, dass Wien selbst die radikalste Aktion in Betracht zog. Wie sollte man sonst seine nachdrückliche Behauptung deuten, dass »an eine Versöhnung des Gegensatzes, welcher Serbien von uns trennt, nicht mehr zu

denken ist« und dass das Problem erst dann gelöst sei, wenn Serbien »als politischer Machtfaktor am Balkan ausgeschaltet« werde? Jedenfalls hatte Graf Hoyos nicht die Spur eines Zweifels an der Wiener Denkweise gelassen. Er sicherte sich das Recht, die österreichischen Stellungnahmen während seiner »Mission« in Berlin persönlich zu kontrollieren. Später enthüllte er dem Historiker Luigi Albertini, dass er, und nicht der langjährige Botschafter, die Depesche Szögyénys verfasst hatte, in der Bethmann Hollwegs Zusagen zusammengefasst wurden.[1285]

Wie hoch schätzte die deutsche Führung das Risiko ein, dass ein österreichischer Angriff auf Serbien eine russische Intervention nach sich ziehen, Deutschland zwingen würde, seinem Bündnispartner beizustehen, einen *casus foederis* für das französisch-russische Bündnis auslösen und so einen allgemeinen kontinentalen Krieg herbeiführen würde? Einige Historiker argumentierten, Wilhelm, Bethmann Hollweg und ihre militärischen Berater hätten die Krise, die sich über Sarajevo zusammenbraute, als ideale Gelegenheit angesehen, mit den übrigen Großmächten zu günstigen Ausgangsbedingungen einen Konflikt vom Zaun zu brechen. In den Jahren zuvor hatten deutsche Militärs wiederholt für einen Präventivkrieg plädiert, mit der Begründung, dass Deutschland die Zeit davonlaufe, weil sich das Kräftegleichgewicht rasch zuungunsten des Dreibundes verschiebe. Ein sofort beginnender Krieg könne unter Umständen noch gewonnen werden; innerhalb von fünf Jahren würde sich jedoch die Kluft bei der Rüstung so sehr vergrößern, dass die Entente-Mächte so gut wie unschlagbar wären.

Aber wie viel Gewicht maß die deutsche Regierung bei ihren Überlegungen solchen Argumenten zu? Bei der Beantwortung dieser Frage sollten wir uns als Erstes vor Augen halten, dass die maßgeblichen Entscheidungsträger eine russische Intervention für nicht sehr wahrscheinlich hielten und auch keine provozieren wollten. Am 2. Juli berichtete Baron Hermann von Salza und Lichtenau, der sächsische Gesandte in Berlin, einige hohe Militärs würden zwar wiederum argumentieren, »dass wir es zum Kriege jetzt, wo Russland noch nicht fertig, kommen lassen sollten«, aber er hielt es für unwahrscheinlich, dass sich der Kaiser dieser Ansicht anschließen würde. In

einem am nächsten Tag verfassten Bericht des sächsischen Militärbevollmächtigten hieß es, dass sich der Kaiser, im Gegensatz zu jenen, welche die Aussicht auf einen Krieg je früher desto besser begrüßten, dem Vernehmen nach für den Erhalt des Friedens ausgesprochen habe. Die Teilnehmer an dem Treffen in Potsdam am 5. Juli vertraten alle die Auffassung, dass die Russen, auch wenn sie Serbiens Freunde seien, letztlich »nicht mitmachen« würden. Deshalb hatte der Kaiser auf Falkenhayns Frage, ob »irgendwelche Vorbereitungen« für den Eventualfall eines Konflikts zwischen Großmächten getroffen werden sollten, ablehnend reagiert. Das Zögern der Deutschen, militärische Vorkehrungen zu treffen, das bis weit in den Juli hinein ein prägendes Merkmal für das deutsche Krisenmanagement blieb, mag nicht zuletzt das Vertrauen der Armee in den bestehenden Bereitschaftszustand wiedergeben. Aber es zeigt auch den Wunsch der deutschen Führung, den Konflikt auf den Balkan zu begrenzen, selbst auf die Gefahr hin, die Kriegsbereitschaft zu gefährden, sollte die Eindämmung misslingen.[1286]

Insbesondere der Kaiser blieb zuversichtlich, dass man den Konflikt lokalisieren könnte. Am Morgen des 6. Juli, vor der Abreise aus Berlin, sagte er dem geschäftsführenden Marinestaatssekretär Admiral von Capelle: »Er glaube nicht an größere kriegerische Verwicklungen. Der Zar werde sich in diesem Fall nach seiner Ansicht nicht auf Seite der Prinzenmörder stellen. Außerdem seien Russland und Frankreich nicht kriegsbereit.« Andere hohe Militärs instruierte er ganz ähnlich. Er wollte damit keineswegs nur den starken Mann spielen: Kaiser Wilhelm war seit langem der Meinung, dass die russische militärische Bereitschaft derzeit zwar steige, dass es aber noch einige Zeit dauern werde, bis die Russen wirklich bereit seien, einen Schlag zu riskieren. Ende Oktober 1913 hatte er im Zuge der Albanienkrise zum österreichischen Botschafter Szögyény gesagt: »Vorläufig flöße Russland [ihm] noch keine Besorgnis ein; für die nächsten sechs Jahren könne man von der Seite sicher sein.«[1287]

Diese Argumentation war keine Alternative zum Plädoyer für einen Präventivkrieg; im Gegenteil, sie war teilweise damit verflochten. Die Befürworter eines Präventivkriegs stützten sich auf zwei unabhängige und

voneinander zu trennende Elemente. Das erste war die Beobachtung, dass sich die deutschen Erfolgsaussichten bei einem europäischen Krieg mit der Zeit rapide verschlechterten; das zweite war die daraus zu ziehende Schlussfolgerung, dass Deutschland das Problem lösen sollte, indem es selbst einen Krieg anstrebte, ehe es zu spät dafür war. Der erste Teil hielt Einzug in die Denkweise der wichtigsten zivilen Entscheidungsträger, der zweite hingegen nicht. Immerhin implizierten die Hinweise, dass sich die Erfolgsaussichten derzeit verringerten, zugleich, dass das Risiko einer russischen Intervention minimal war. Wenn die russischen Siegeschancen in einem Krieg gegen Deutschland drei Jahre später wirklich erheblich besser als 1914 sein sollten, warum sollte St. Petersburg dann jetzt das Risiko eines Kontinentalkrieges eingehen, solange es noch nicht dazu bereit war?

Wenn man in diese Richtung dachte, zeichneten sich zwei Szenarien ab. Das erste, das Bethmann Hollweg und seinen Kollegen erheblich wahrscheinlicher erschien, sah so aus, dass die Russen von einer Intervention absahen und die Österreicher ihren Streit mit Serbien regeln ließen. Zu einem späteren Zeitpunkt würden sie womöglich gemeinsam mit ein oder zwei anderen Mächten auf diplomatischem Weg reagieren. Nach dem zweiten Szenario, das für unwahrscheinlich gehalten wurde, würden die Russen die Rechtmäßigkeit des österreichischen Anliegens bestreiten, über die Unvollständigkeit ihres eigenen Rüstungsprogramms hinwegsehen und trotzdem intervenieren. Gerade auf dieser zweiten Ebene der Bedingtheit kam die Logik des Präventivkrieges zum Tragen: Denn wenn es *ohnehin* zum Krieg kommen sollte, dann lieber gleich.

Diesem Kalkül lag die feste und, wie wir im Nachhinein sehen können, irrige Annahme zugrunde, dass die Russen vermutlich nicht intervenierten. Die Gründe für diese eklatante Fehleinschätzung des Risikos sind schnell gefunden: Die Annahme des österreichischen Ultimatums im Oktober 1913 durch die Russen sprach für dieses Szenario. Außerdem waren viele Entscheidungsträger, wie bereits angedeutet, fest überzeugt, dass die Zeit für Russland arbeite. Die Attentate wurden in Berlin als ein Angriff auf das monarchische Prinzip angesehen, der aus einem politischen Kulturkreis mit einem starken Hang zum Königsmord lanciert worden war (eine Ansicht, die

auch in etlichen britischen Zeitungsartikeln zu finden war). So stark Russlands panslawistische Sympathien auch sein mochten, es fiel einem schwer, sich den Zaren an der Seite »der Prinzenmörder« vorzustellen, wie der Kaiser mehrfach betonte. Erschwerend kam noch hinzu, dass es immer schon schwierig war, die Intentionen der russischen Exekutive zu deuten. Die Deutschen waren sich nicht im Klaren darüber, inwieweit der österreichisch-serbische Streit bereits in das französisch-russische strategische Denken eingebunden war. Und sie erkannten nicht, wie gleichgültig den beiden Westmächten die Frage war, wer den Streit nun angefangen hatte.

Darüber hinaus war den Deutschen noch nicht klar geworden, welche Bedeutung die Absetzung Kokowzows vom Amt des Vorsitzenden des Ministerrats hatte. Es fiel ihnen schwer, das Kräftegleichgewicht innerhalb des neuen Rates zu bewerten. Das ging nicht nur ihnen so: Britische Diplomaten versuchten ebenfalls verzweifelt, die neue Konstellation einzuordnen, und gelangten zu der völlig abwegigen Schlussfolgerung, dass der Einfluss der konservativen Kriegsgegner wie Kokowzow und Durnowo wiederum steige, und in Paris befürchtete man, dass eine »prodeutsche« Fraktion mit Sergej Witte an der Spitze die Kontrolle über die Politik an sich reißen könnte.[1288] Die Undurchschaubarkeit des Systems erschwerte es – in diesem Fall wie schon so oft zuvor –, das Risiko einzuschätzen. Gleichzeitig ließ die aktuelle deutsche Erfahrung einer Hand in Hand gehenden Zusammenarbeit mit London auf dem Balkan vermuten, dass England, ungeachtet der unlängst gescheiterten Flottengespräche, durchaus Verständnis für Berlins Haltung haben und St. Petersburg zur Mäßigung drängen könnte. Hier zeigte sich eine Gefahr der Entspannung: dass sie die Entscheidungsträger unter Umständen dazu verleitete, die Risiken zu unterschätzen, die mit ihren Aktionen verbunden waren.

Somit könnte man, wie manche Historiker dies taten, von einer Politik des kalkulierten Risikos sprechen.[1289] Aber diese Bezeichnung klammert ein wichtiges Glied in der Kette der deutschen Denkweise aus: nämlich die Annahme, dass eine russische Intervention, da sie weder aus moralisch-rechtlicher noch aus sicherheitspolitischer Sicht zu rechtfertigen war, in Wirklichkeit der Beweis für etwas weit Unheilvolleres war, nämlich für den

Wunsch St. Petersburgs, einen Krieg mit den Mittelmächten *zu suchen*, die Gelegenheit, die sich durch die österreichische Demarche bot, zu nutzen, um einen Feldzug zu beginnen, der die Stärke des Dreibundes brechen sollte. So gesehen, erschien die österreichisch-serbische Krise weniger als eine Gelegenheit, einen Krieg zu suchen, als vielmehr ein Mittel, um den wahren Charakter der russischen Intentionen herauszufinden. Und falls sich herausstellen sollte, dass Russland den Krieg wünschte (was in deutschen Augen mit Blick auf die massive Aufrüstung, die enge Zusammenarbeit mit Frankreich, die Empörung über die Liman-Mission und die aktuellen Marinegespräche mit Großbritannien durchaus plausibel war), dann wäre es besser, den von den Russen angebotenen Krieg jetzt zu akzeptieren, als einen Rückzieher zu machen – einmal mehr kam hier die Argumentationslinie der abnehmenden Erfolgsaussichten und des Präventivkrieges als eine Art sekundärer Bedingtheit zum Tragen. Falls man sich zum Nachgeben entschließen sollte, sah sich Deutschland mit der Aussicht konfrontiert, den einzigen verbliebenen Bündnispartner zu verlieren und seitens der Entente-Mächte zunehmend unter Druck gesetzt zu werden. Ihre Fähigkeit, die eigenen Wünsche durchzusetzen, würde steigen, weil sich das militärische Kräftegleichgewicht unwiderruflich zuungunsten von Deutschland und Österreich-Ungarn, oder was immer davon noch übrig wäre, verschieben würde.[1290]

Somit war das, streng genommen, eigentlich keine risikofreudige Strategie, sondern eine Strategie mit dem Ziel, das wahre Ausmaß der von Russland ausgehenden Bedrohung zu sondieren. Oder anders gesagt: Wenn die Russen *tatsächlich* beschließen sollten, gegen Deutschland zu mobilisieren und dadurch einen Kontinentalkrieg auszulösen, so würde dies keineswegs das Risiko ausdrücken, das durch die deutschen Aktionen geschaffen worden war, sondern den Grad der Entschlossenheit Russlands, das europäische System mit Hilfe eines Krieges neu zu justieren. Von dieser zugegebenermaßen recht begrenzten Sichtweise aus gingen die Deutschen keine Risiken ein, sondern prüften bestehende Bedrohungen. Auf genau diese Logik stützten sich Bethmann Hollwegs häufige Verweise auf die von Russland ausgehende Gefahr in den letzten Monaten vor Kriegsausbruch.

Um diese Voreingenommenheit nachzuvollziehen, müssen wir uns in Erinnerung rufen, wie herausragend das Thema in der Öffentlichkeit, die von Politikern und Zeitungsverlegern gesteuert wurde, im Frühjahr und Sommer 1914 diskutiert wurde. Am 2. Januar 1914 fing die Pariser Zeitung *Le Matin* an, unter dem Titel »La plus grande Russie« (Das größere Russland) eine sensationelle Reihe aus fünf langen Artikeln zu veröffentlichen. Die vom Chefredakteur Stéphane Lauzanne, der erst kurz zuvor von einer Reise nach Moskau und St. Petersburg zurückgekehrt war, verfassten Artikel beeindruckten Leser in Berlin nicht nur wegen der hämischen Angriffslust im Ton, sondern auch durch die offensichtliche Genauigkeit und Struktur der darin enthaltenen Informationen. Der wohl alarmierendste Beitrag war eine Landkarte mit der Überschrift »Der Kriegsplan Russlands«. Das gesamte Gebiet zwischen Ostsee und Schwarzem Meer war darauf dicht übersät von einem Archipel aus Truppenkonzentrationen, die über ein Gitter aus Bahnlinien miteinander verbunden waren. Aus dem dazugehörigen Kommentar ging hervor, dass dies »die genauen Stellungen der russischen Armeekorps zum 31. Dezember 1913« waren; der Leser wurde ausdrücklich aufgefordert, »die außergewöhnliche Ansammlung von Streitkräften an der russisch-preußischen Grenze« zu beachten. Die Artikel brachten eine etwas fantastische und übersteigerte Sichtweise der russischen militärischen Stärke zum Ausdruck und dienten möglicherweise in Wirklichkeit dazu, den Widerstand gegen das neue Russland-Darlehen zu schwächen, aber auf deutsche Leser, die über die gigantischen Darlehen Bescheid wussten, die erst kurz zuvor zwischen Frankreich und Russland vereinbart worden waren, übten sie eine alarmierende Wirkung aus. Der Effekt wurde noch durch die Vermutung gesteigert, dass die enthaltenen Informationen von einer Regierungsquelle stammten. Die Zeitung *Le Matin* stand bekanntlich Poincaré nahe, und es war kein Geheimnis, dass sich Lauzanne auf seiner Russlandreise mit Sasonow und hohen russischen Militärs getroffen hatte.[1291]

Es gab noch viele, ähnlich haarsträubende Unternehmen mit lancierten Presseartikeln: In einem Leitartikel zum Neujahr, der um die gleiche Zeit erschien, brachte die Militärzeitschrift *Raswetschik*, die gemeinhin als das Organ des Generalstabs galt, eine schaurige Vision von dem bevorstehenden

Krieg gegen Deutschland:

> Doch nicht nur die Truppe, das ganze russische Volk muss daran gewöhnt werden, dass wir uns zum Vernichtungskampf gegen die Deutschen rüsten und dass die deutschen Reiche [sic!] vernichtet werden müssen, auch wenn wir dabei Hunderttausende von Leben verlieren müssen.[1292]

Diese Form der halboffiziellen Panikmache hielt bis in den Sommer hinein an. Besonders beunruhigend war ein Artikel vom 13. Juni in der Tageszeitung *Birschewija Wedomosti* (Börsennachrichten) mit der Schlagzeile: »Russland ist bereit. Frankreich muss es auch sein.« Er wurde in der französischen und deutschen Presse mehrfach nachgedruckt. Insbesondere alarmierte die Politiker in Berlin die (zutreffende) Vermutung des Botschafters Graf Friedrich Pourtalès in St. Petersburg, dass der Beitrag von keinem Geringeren als Kriegsminister Wladimir Suchomlinow persönlich lanciert worden sei. Der Artikel skizzierte eindrucksvoll die gewaltige Militärmaschine, die im Fall eines Krieges Deutschland überrollen würde: Die russische Armee, prahlte der Schreiber, werde in Kürze eine Stärke von 2,32 Millionen Mann erreichen (Deutschland und Österreich-Ungarn hätten hingegen zusammen nur 1,8 Millionen Mann). Dank eines rasch sich ausdehnenden strategischen Schienennetzes werde überdies die Mobilmachungszeit erheblich verkürzt.[1293]

Suchomlinows Hauptabsicht war höchstwahrscheinlich nicht, die Deutschen zu erschrecken, sondern die französische Regierung von dem Ausmaß des russischen militärischen Beitrags zum Bündnis zu überzeugen und seine Partner zu ermahnen, dass sie ebenfalls ihren Beitrag leisten mussten. Gleichwohl wirkte er auf deutsche Leser erwartungsgemäß beunruhigend. Unter diesen war auch Kaiser Wilhelm, der seine übersetzte Fassung mit den üblichen spontanen Ausbrüchen übersäte wie etwa folgendem Kommentar: »Na! Endlich haben die Russen die Karten aufgedeckt! Wer in Deutschland jetzt noch nicht glauben will, dass von Russo-Gallien mit Hochdruck auf einen baldigen Krieg gegen uns hingearbeitet wird […], der verdient, umgehend ins Irrenhaus nach Dalldorf geschickt zu werden!«[1294] Ein anderer

Leser war Kanzler Bethmann Hollweg. In einem Brief vom 16. Juni an Botschafter Lichnowsky in London stellte der Kanzler fest, dass die Kriegslust der »Militaristenpartei« in Russland noch nie »so rücksichtslos enthüllt« worden sei. »Waren es bisher nur die extremsten Kreise unter den Alldeutschen und Militaristen, welche Russland die planvolle Vorbereitung eines baldigen Angriffskrieges auf uns zuschoben, so beginnen sich jetzt auch ruhigere Politiker« – zu denen Bethmann Hollweg vermutlich sich selbst zählte – »dieser Ansicht zuzuneigen«.[1295] Unter ihnen war auch der Staatssekretär des Äußeren Gottlieb von Jagow. Er vertrat die Auffassung, dass Russland, auch wenn es noch nicht zu einem Krieg bereit sei, schon bald Deutschland mit seinen riesigen Streitkräften, der Ostseeflotte und dem strategischen Schienennetz überrennen werde.[1296] Die Berichte des Generalstabs vom 27. November 1913 und 7. Juli 1914 enthielten aktualisierte Analysen des russischen strategischen Eisenbahnprogramms, samt einer Karte, auf der die neuen Schlagadern (zum größten Teil mit mehreren parallelen Gleisen, die bis tief ins russische Hinterland reichten und an den deutschen und österreichischen Grenzen zusammenliefen) mit farbiger Tinte markiert waren.[1297]

Diese Vorahnungen wurden durch die britisch-russischen Flottengespräche vom Juni 1914 noch verstärkt, die darauf schließen ließen, dass die strategische Planung der Entente-Mächte in eine neue und gefährliche Phase eingetreten war. Im Mai 1914 hatte das britische Kabinett auf Drängen des französischen Außenministeriums gemeinsame Flottengespräche mit den Russen gebilligt. Trotz der strengen Geheimhaltung, unter denen sie stattfanden, waren die Deutschen in Wirklichkeit über einen Agenten in der russischen Botschaft in London gut über die Details der britisch-russischen Verhandlungen informiert: über den zweiten Sekretär Benno von Siebert, einen Baltendeutschen in russischen Diensten. Durch diese Quelle erfuhr Berlin unter anderem, dass London und St. Petersburg die Möglichkeit erörtert hatten, dass die britische Flotte im Fall eines Krieges ein russisches Expeditionskorps in Pommern an Land setzte. Diese Neuigkeit löste in Berlin Alarmstimmung aus. In den Jahren 1913/14 überstiegen die russischen Ausgaben für die Flotte zum ersten Mal die des Kaiserreiches. Es herrschte

große Besorgnis wegen einer aggressiveren russischen Außenpolitik und einer stetigen Verfestigung der Entente, die der deutschen Politik in Kürze jeden Handlungsspielraum zu rauben drohte. Die Diskrepanzen zwischen Edward Greys ausweichenden Antworten auf Nachfragen des Fürsten Lichnowsky und den Einzelheiten, die Siebert enthüllt hatte, vermittelten den alarmierenden Eindruck, dass die Briten etwas zu verbergen hatten. Eine Vertrauenskrise zwischen Berlin und London brach aus – eine Angelegenheit, die Bethmann Hollweg sehr zu schaffen machte. Immerhin hatte er seine Politik stets auf die Annahme gestützt, dass Großbritannien, auch wenn es teilweise in die Entente integriert war, niemals einen Aggressionskrieg gegen Deutschland durch die Entente-Mächte unterstützen würde.[1298]

Die Tagebücher des Diplomaten und Philosophen Kurt Riezler, des engsten Beraters und Vertrauten Bethmann Hollwegs, vermitteln den Tenor der Denkweise des Kanzlers zu der Zeit, als die Entscheidung fiel, Wien zu unterstützen. Nach dem Treffen mit Szögyény und Hoyos am 6. Juli waren die beiden Männer gemeinsam auf das Gut des Kanzlers bei Hohenfinow gefahren. Riezler erinnerte sich wie folgt an sein Gespräch mit Bethmann Hollweg am selben Abend:

> Abends auf der Veranda unter dem Nachthimmel langes Gespräch über die Lage. Die geheimen Nachrichten [vom deutschen Agenten in der russischen Botschaft in London], die er mir mitteilt, geben ein erschütterndes Bild. Er sieht die englisch[-]russischen Verhandlungen über eine Marinekonvention, Landung in Pommern sehr ernst an, letztes Glied in der Kette. […] Russlands militärische Macht schnell wachsend; bei strategischem Ausbau Polens die Lage unhaltbar. Österreich immer schwächer und unbeweglicher […]

Mit diesen Befürchtungen bezüglich Russlands waren Zweifel an der Zuverlässigkeit und längerfristigen Beständigkeit des Bündnisses mit Österreich eng verflochten:

> Der Kanzler spricht von schweren Entscheidungen. Ermordung Franz

> Ferdinands. Das amtliche Serbien beteiligt. Österreich will sich aufraffen. Sendung Franz Josefs an den Kaiser mit Anfrage wegen casus foederis.
>
> Unser altes Dilemma bei jeder österreichischen Balkanaktion. Reden wir ihnen zu, so sagen sie, wir hätten sie hineingestoßen; reden wir ab, so heißt es, wir hätten sie im Stich gelassen. Dann nähern sie sich den Westmächten, deren Arme offen stehen, und wir verlieren den letzten mäßigen Bundesgenossen.[1299]

Bei einer Unterhaltung mit Riezler am folgenden Tag bemerkte Bethmann Hollweg, dass Österreich »jedenfalls unfähig [sei], für eine deutsche Sache als unser Verbündeter in den Krieg zu ziehen«.[1300] Vielmehr werde ein Krieg »aus dem Osten«, der aus einem Balkankonflikt entstanden und in erster Linie von österreichisch-ungarischen Interessen getrieben sei, gewährleisten, dass Wien sich voll und ganz engagiere: »Kommt der Krieg aus dem Osten, so dass wir also für Österreich-Ungarn und nicht Österreich-Ungarn für uns zu Felde zieht, so haben wir die Aussicht, ihn zu gewinnen.«[1301] Dieses Argument entspricht exakt einem der Hauptargumente der französischen Politiker, dass nämlich ein vom Balkan ausgehender Krieg mit der größten Wahrscheinlichkeit die volle russische Unterstützung für das gemeinsame Unternehmen gegen Deutschland gewährleiste. Weder die französischen noch die deutschen Politiker verließen sich darauf, dass sich ihre jeweiligen Bündnispartner in einem Kampf voll einsetzen würden, bei dem die Interessen ihrer eigenen Länder auf dem Spiel standen.

Der Weg zum österreichischen Ultimatum

Eine Entscheidung war gefallen: Die österreichische Führung, oder zumindest die Gruppe um Berchtold, beabsichtigte, eine militärische Lösung ihres Konflikts mit Serbien zu suchen. Aber in allen anderen Punkten hatte das strategische Kollektivgehirn in Wien bislang keine kohärente Position gefunden. Beispielsweise war man sich zu der Zeit, als Hoyos nach Berlin abreiste, noch nicht einig, welche Politik nach einem österreichischen Sieg gegenüber Serbien verfolgt werden sollte. Als Zimmermann sich nach Österreichs Nachkriegszielen erkundigte, antwortete Hoyos mit einer bizarren

improvisierten Antwort: Serbien werde unter Österreich, Bulgarien und Rumänien aufgeteilt werden. Hoyos war keineswegs befugt, Zimmermann diesen Kurs vorzuschlagen, auch hatten seine österreichischen Kollegen einer Teilung keineswegs zugestimmt. Später erinnerte er sich, dass er die Teilungsvariante erfunden hatte, weil er befürchtet habe, dass die Deutschen das Vertrauen in die Österreicher verlieren würden, falls sie den Eindruck hätten, dass »wir unsere Politik Serbien gegenüber nicht genau formulieren könnten und unsichere Ziele hätten«. Es sei völlig bedeutungslos gewesen, welche Ziele er genannt habe, die Hauptsache sei es gewesen, dem Bündnispartner den Anschein der Entschlossenheit und Standhaftigkeit zu vermitteln.[1302] Tisza schäumte vor Wut, als er von Hoyos' Eigenmächtigkeit erfuhr; die Ungarn, mehr noch als die politische Elite in Wien, sahen der Aussicht auf zornige südslawische Untertanen im Habsburger Reich voller Entsetzen entgegen. Wien stellte in der Folgezeit klar, dass keine Annexion serbischen Territoriums beabsichtigt sei. Aber der außergewöhnliche Ausrutscher von Hoyos gibt einen Eindruck von der Zerfahrenheit wider, die die österreichische Politik während der Krise kennzeichnete.

Die Wahl des richtigen Zeitpunkts war die nächste Schwierigkeit. Die Deutschen hatten darauf bestanden, dass, wenn eine Aktion gegen Serbien durchgeführt werden solle, sie möglichst bald stattfinden solle, solange die allgemeine Empörung über die Anschläge noch frisch war. Aber schnell zu handeln war nicht gerade das Markenzeichen der österreichischen politischen Kultur. Es zeigte sich schon bald, dass bis zum Beginn einer Militäraktion einige Zeit verstreichen würde. Diese Schwerfälligkeit hatte vor allem zwei Gründe. Der erste war politischer, der zweite logistischer Natur.

Auf einer Sitzung des Ministerrats für gemeinsame Angelegenheiten in Wien am 7. Juli, einen Tag nach Hoyos' Rückkehr aus Berlin, wurde deutlich, dass unter den wichtigsten Entscheidungsträgern immer noch Uneinigkeit herrschte, wie man weiter verfahren solle. Berchtold eröffnete die Sitzung, indem er seine Kollegen daran erinnerte, dass Bosnien-Herzegowina erst dann stabilisiert werde, wenn man die von Belgrad ausgehende externe Bedrohung in den Griff bekommen habe. Wenn man nichts unternehme, werde es immer schwieriger werden, der von Russland

geförderten irredentistischen Bewegungen in südslawischen und rumänischen Territorien Herr zu werden. Dieses Argument zielte auf den ungarischen Regierungschef Graf István (ungarisch für Stefan) Tisza ab, für den die Stabilität Transsylvaniens ein zentrales Anliegen war. Dies überzeugte Tisza allerdings nicht. In seiner Antwort auf Berchtold räumte er ein, dass die Haltung der serbischen Presse und die Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungen in Sarajevo die Argumente für einen Militärschlag erhärten würden. Aber zuallererst müssten sämtliche diplomatischen Optionen ausgelotet werden. Man müsse Belgrad ein Ultimatum vorlegen, dessen Forderungen »zwar hart, aber nicht unerfüllbar« wären. Ferner müsse man ausreichend Truppen bereitstellen, um Transsylvanien gegen einen opportunistischen Überfall seitens Rumäniens zu schützen. Schließlich müsse Wien danach trachten, seine Stellung unter den Balkanmächten zu stärken: Wien solle engere Beziehungen zu Bulgarien und dem Osmanischen Reich anstreben − in der Hoffnung, auf dem Balkan ein Gegengewicht zu Serbien zu schaffen und »Rumänien zur Wiederkehr zum Dreibund [zu] zwingen«.[1303]

Das überraschte keinen der Anwesenden am Tisch. Es war die vertraute Sichtweise der Budapester Regierung, in der Transsylvanien eine zentrale Stellung einnahm. Aber Tisza stand einem soliden Block aus Kollegen gegenüber, die entschlossen waren, Serbien Forderungen vorzulegen, von denen sie annahmen, dass Belgrad sie ablehnen würde. Ein rein diplomatischer Erfolg, warnte Kriegsminister Alexander von Krobatin, wäre völlig wertlos, weil er in Belgrad, Bukarest, St. Petersburg und den südslawischen Gebieten der Monarchie als ein Zeichen der Schwäche und Unentschlossenheit Wiens gewertet würde. Die Zeit laufe ab für Österreich-Ungarn – von Jahr zu Jahr werde die Sicherheitslage der Monarchie auf dem Balkan immer instabiler. Die im Protokoll, das kein Geringerer als Graf Hoyos führte, festgehaltenen Schlussfolgerungen spiegelten eine merkwürdige, aber nicht ganz stimmige Kombination der hervortretenden Positionen wider. Alle waren sich über die Notwendigkeit einer raschen Lösung des Streits mit Serbien »im kriegerischen oder im friedlichen Sinne« einig. Zweitens einigten sich die Minister auf Graf Tiszas Vorschlag, gegen

Serbien erst zu mobilisieren, nachdem man Belgrad ein Ultimatum überreicht hatte. Schließlich wurde dokumentiert, dass alle Anwesenden im Raum mit Ausnahme des ungarischen Regierungschefs der Meinung seien, dass ein rein diplomatischer Erfolg, selbst wenn er eine »eklatante Demütigung Serbiens« bedeute, wertlos sei und dass das Ultimatum deshalb so hart formuliert werden müsse, dass eine Ablehnung gewiss sei, »damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde«.[1304]

Nach der Mittagspause stießen Franz Conrad von Hötzendorf und Karl Kailer als Vertreter des Marinestabschefs zu der Sitzung, und die Minister gingen die militärischen Pläne durch. Auf die Frage des Kriegsministers Krobatin hin erläuterte Conrad, dass der Kriegsplan gegen Serbien (benannt als »Plan B« für »Balkan«) zwar den Einsatz großer Truppenteile am Südrand vorsehe, ein Eingreifen Russlands in den Konflikt jedoch die Österreicher zwingen würde, den Brennpunkt der Operationen vom Süden nach Nordost zu verlagern. Es könne einige Zeit dauern, um sich Klarheit darüber zu verschaffen, ob und wann diese Verlegung notwendig wäre, aber Conrad hoffte, er werde bis zum fünften Tag nach der Mobilmachung Bescheid wissen, ob man Russland bei der Planung berücksichtigen müsse. Diese Verzögerung könnte unter Umständen sogar den Verlust eines Teils von Nordgalizien an die Russen bedeuten. Es blieb allerdings unklar, wie das logistisch hochkomplexe Unterfangen des Wechsels von einem Kriegsplan zu einem anderen bewerkstelligt werden sollte, und die Minister fragten auch nicht nach.[1305]

Diese Diskussion bezeichnete eine Zäsur. Die Aussichten auf eine friedliche Lösung waren nach dem Ende der Sitzung recht gering.[1306] Aber es deutete noch nichts auf eine übereilte Aktion hin. Die Option eines sofortigen Überraschungsangriffs ohne Kriegserklärung wurde verworfen. Tisza bestand weiterhin darauf, dass Serbien zuerst auf diplomatischem Wege gemaßregelt werden müsse, und seine Zustimmung war für eine derart bedeutende Entscheidung verfassungsmäßig vorgeschrieben. Erst eine Woche später beugte er sich der Mehrheit, in erster Linie weil er zu der Ansicht gelangt war, dass ein Scheitern in der serbischen Frage eine destabilisierende Wirkung auf das ungarische Transsylvanien gehabt hätte. Aber es gab noch

ein zweites, schwieriger zu überwindendes Hindernis für ein rasches Vorgehen: In ländlichen Gegenden der Doppelmonarchie schuf der Wehrdienst im Sommer ernste Probleme, indem er junge Männer zu einer Zeit von ihren Häusern und Feldern fernhielt, in der der größte Teil der Ernte eingefahren wurde. Um dieses Problem zu lösen, hatte der österreichische Generalstab das System des Ernteurlaubs eingeführt. Männer im aktiven Dienst konnten so zu ihren Familien zurückkehren, um bei der Ernte zu helfen, und sich anschließend zu den Sommermanövern wieder bei ihren Einheiten melden. Am 6. Juli, dem Tag vor der Sitzung, hatte Conrad selbst dafür gesorgt, dass die Soldaten, die in Einheiten in Agram (Zagreb), Graz, Pressburg (Bratislava), Krakau, Temesvar (Timisoara), Innsbruck und Budapest stationiert waren, sich im Ernteurlaub befanden und erst am 25. Juli in den Dienst zurückkehren würden.

Somit blieben Conrad kaum noch Optionen: Er konnte die nächsten Ernteurlaube streichen lassen (was er auch tat), aber er konnte nicht die vielen Tausend Soldaten zurückrufen, die sich bereits verabschiedet hatten, ohne ernsthaft die Einholung der Ernte zu stören, die bäuerlichen Untertanen in vielen Regionen mit nationalen Minderheiten zu verärgern, das Schienennetz zu überlasten und in ganz Europa den Verdacht zu wecken, dass Österreich einen sofortigen Militärschlag plane. Es ist, gelinde gesagt, merkwürdig, dass ausgerechnet Conrad, auf den diese Urlaubsregelungen zurückgingen, dieses Problem nicht vorhergesehen hatte, als er Berchtold schon am Abend nach den Attentaten vorgeschlagen hatte, dass Österreich sofort Serbien angreifen solle, nach dem Vorbild des japanischen Überfalls auf die russische Flotte in Port Arthur anno 1904, der ohne vorherige Kriegserklärung erfolgt war.[1307]

Mittlerweile hatte man sich in Wien einigermaßen über das weitere Vorgehen geeinigt. Bei einem Treffen auf höchster Ebene am 14. Juli wurde vereinbart, einen Entwurf für das Ultimatum vom Ministerrat am Sonntag, dem 19. Juli, zu überprüfen und zu verabschieden. Das Ultimatum selbst sollte der Belgrader Regierung jedoch erst am Donnerstag, dem 23. Juli, überreicht werden. Auf diese Weise wollte man eine Koinzidenz mit dem Staatsbesuch des französischen Präsidenten Raymond Poincaré und seines

neuen Regierungschefs René Viviani in St. Petersburg vermeiden, der für den 20. bis 23. Juli geplant war. Berchtold und Tisza waren sich einig, dass »die Absendung des Ultimatums während dieser Zusammenkunft in St. Petersburg als Affront angesehen werden würde und dass eine persönliche Aussprache des ehrgeizigen Präsidenten der Republik mit seiner Majestät dem Kaiser von Russland […] die Wahrscheinlichkeit eines kriegerischen Eingreifens Russlands und Frankreichs erhöhen würde«.[1308]

Von diesem Moment an war die Geheimhaltung von Plänen von höchster Bedeutung, sowohl aus strategischen als auch aus diplomatischen Gründen. Es sei unerlässlich, teilte Conrad Berchtold schon am 10. Juli mit, jede Aktion zu vermeiden, welche die Serben schon im Voraus über die österreichischen Absichten warnen und ihnen damit Zeit geben würde, dem österreichischen Heer zuvorzukommen.[1309] Aktuelle österreichische Einschätzungen der serbischen militärischen Stärke ließen darauf schließen, dass die serbische Armee durchaus nicht leicht zu besiegen sein würde. (Wie Recht sie mit dieser Einschätzung hatten, sollte sich im Winter 1914 zeigen, als es der serbischen Armee gelang, die österreichischen Truppen aus dem Königreich zu vertreiben.) Geheimhaltung war auch deshalb geboten, weil es die einzige Hoffnung Wiens war, seine Forderungen Belgrad vorzulegen, bevor die Entente-Mächte Gelegenheit hatten, gemeinsam zu beratschlagen, wie am besten darauf zu reagieren sei – aus dem gleichen Grund war es auch so wichtig, den Besuch von Poincaré und Viviani in St. Petersburg abzuwarten. Infolgedessen wies Berchtold die Presse ausdrücklich an, das Thema Serbien zu meiden. Dieser Schritt zeigte offenbar Wirkung: In den mittleren Wochen der Krise klammerten die Tageszeitungen serbische Themen auffällig aus – ein Umstand, der dazu beitrug, ein trügerisches Gefühl der Ruhe zu vermitteln, zu einem Zeitpunkt, als die Krise in Wirklichkeit in ihre entscheidende Phase eintrat. In den offiziellen Beziehungen zu Russland gab sich Wien alle Mühe, auch nur die leiseste Spannung zu vermeiden; Graf Friedrich Szapáry, der österreichische Botschafter in St. Petersburg, zeichnete sich besonders durch seine Bemühungen aus, das russische Außenministerium mit Beteuerungen zu beruhigen, dass alles gut werde.[1310]

Unglücklicherweise wurde diese Politik der Geheimhaltung aber durch ein Leck gestört, das merkwürdigerweise in Berlin seinen Ursprung hatte. Am 11. Juli informierte der deutsche Außen-Staatssekretär Gottlieb von Jagow den deutschen Botschafter in Rom über Österreichs Absichten. Der Botschafter Hans von Flotow leitete die Information an den italienischen Außenminister San Giuliano weiter, und das italienische Außenministerium schickte die Information per chiffriertem Telegramm prompt an die italienischen Gesandtschaften in St. Petersburg, Bukarest und Wien. Die Österreicher, die den italienischen Code geknackt hatten und die diplomatische Korrespondenz zwischen Wien und Rom aufmerksam verfolgten, erfuhren fast ohne Verzögerung, dass die Italiener über eine deutsche Quelle von den österreichischen Plänen gehört und die Nachricht an zwei Hauptstädte weitergeleitet hatten, die keineswegs zu Freunden zählten. Das italienische Außenministerium wollte die Russen und Rumänen dazu anspornen, die österreichische Demarche dadurch zu verhindern, dass sie »in Berlin und Wien drohend« auftraten.[1311] Die Österreicher hatten allen Grund zu der Annahme, dass die Russen, mit ihrer in Europa beispiellosen Funkaufklärung, ihrerseits die italienischen Telegramme ebenfalls abgefangen und so von dem bevorstehenden Ultimatum erfahren hatten. In Wirklichkeit waren die italienischen Telegramme für die Russen entbehrlich, weil sie von dem geplanten Ultimatum bereits über andere deutsche *und* österreichische Quellen informiert waren. Am 16. Juli erfuhr der russische Botschafter in Wien in einem Gespräch mit dem pensionierten deutschen Diplomaten Graf Heinrich von Lützow, dass Österreich an Serbien Forderungen stellen wollte, »welche für die Würde dieses Staates unannehmbar sind«. Lützows Quelle wiederum war, erstaunlicherweise, ein langes und offenes Gespräch mit Berchtold und Forgách. Schebekos Bericht über diese sensationelle Entdeckung wurde über das russische Außenministerium an Zar Nikolaus II. weitergeleitet: »Meiner Meinung nach darf ein Staat einem anderen keinerlei Forderungen präsentieren, natürlich [nur], wenn er nicht zu einem Kriege entschlossen ist.«[1312] Keine Äußerung könnte deutlicher ausdrücken, dass die Russen Österreich generell das Recht abstritten, in irgendeiner Form von Belgrad Satisfaktion zu verlangen.

Dieser Bruch der österreichischen Geheimhaltung hatte zwei wichtige Folgen: Erstens wussten um den 20. Juli herum die Russen und die mit ihnen verbündeten Großmächte bereits in vollem Ausmaß Bescheid über die Pläne Österreichs. Auch die serbischen Behörden waren informiert, wie wir aus einem vom 17. Juli stammenden Bericht von Dayrell Crackanthorpe, dem britischen Gesandten in Belgrad, wissen.[1313] Sowohl in St. Petersburg als auch in Belgrad erleichterte dieses Vorauswissen – also die Kenntnis der Forderungen *noch vor der Übergabe des Ultimatums an Belgrad* – die Formulierung und Koordination einer energischen ablehnenden Haltung, die in Pašićs Zirkular vom 19. Juli an die serbischen Gesandtschaften im Ausland treffend ausgedrückt war: »Wir können diese Forderungen nicht akzeptieren, die kein anderes Land, das die eigene Unabhängigkeit und Würde achtet, akzeptieren würde.«[1314] Das bedeutete unter anderem, dass bis zum 20. Juli, als die französische Delegation in St. Petersburg eintraf, bereits reichlich Gelegenheit bestanden hatte, sich eine eigene Meinung zu einem möglichen Ultimatum zu bilden. Die später von Sasonow verbreitete und in der Literatur aufgegriffene Vorstellung, dass die Nachricht vom Ultimatum für die Russen und Franzosen am 23. Juli, als dem serbischen Außenministerium das Ultimatum übergeben wurde, ein furchtbarer Schock gewesen sei, ist deshalb Unfug.

Die zweite Folge betraf den Umgang Wiens mit dem deutschen Bündnispartner. Berchtold warf den Deutschen vor, sie hätten seine Strategie der Geheimhaltung untergraben, und reagierte auf die Indiskretionen, indem er die Kommunikation mit Berlin komplett abbrach. Das hatte den Effekt, dass die Deutschen über den genauen Inhalt des österreichischen Ultimatums nicht besser informiert waren als ihre Gegner in der Entente. Es zählt zu den seltsamsten Merkmalen des österreichischen Krisenmanagements, dass man der deutschen Führung in Berlin erst am Abend des 22. Juli eine Kopie des Ultimatums zukommen ließ.[1315] Doch die deutschen Beteuerungen, über keine Informationen zu verfügen, klangen naturgemäß in den Ohren der Diplomaten der Entente unaufrichtig. Vielmehr werteten die ausländischen Vertreter sie als Beweis dafür, dass die Deutschen und Österreicher zusammen heimlich ein von langer Hand vorbereitetes Gemeinschaftsprojekt

planten, dem man mit einer koordinierten und festen Antwort entgegentreten müsse – eine Annahme, die für den Frieden nichts Gutes verhieß, als die Krise in die Endphase eintrat.

Es lohnt sich, die Eigenarten des österreichisch-ungarischen Entscheidungsprozesses noch einmal näher zu betrachten. Der von vielen Falken in der Regierung als Weichling verunglimpfte Berchtold, der angeblich außerstande war, klare Entscheidungen zu treffen, übernahm nach dem 28. Juni in recht beeindruckender Weise die Kontrolle über die politische Diskussion. Aber das konnte er lediglich über einen mühsamen und zeitaufreibenden Prozess der Konsenssuche erreichen. Die irritierenden Dissonanzen in den Dokumenten, welche das Zustandekommen der österreichischen Entscheidung für einen Krieg aufzeigen, illustrieren die Notwendigkeit, entgegengesetzte Sichtweisen zu berücksichtigen – ohne sie zwangsläufig miteinander in Einklang zu bringen.

Der wohl auffälligste Mangel der österreichischen Entscheidungsfindung war die Beschränktheit des individuellen und kollektiven Sichtfeldes. Die Österreicher glichen Igeln, die ohne nach links oder rechts zu schauen, über eine Autobahn trippeln.[1316] Die folgenschwere Option einer russischen Generalmobilmachung und des daraus unweigerlich folgenden allgemeinen europäischen Krieges wurde von den österreichischen Entscheidungsträgern, die mehrmals darüber diskutierten, mit Sicherheit wahrgenommen. Aber sie wurde nie in den Prozess einbezogen, in dem die Optionen gegeneinander abgewogen und beurteilt wurden. Der Frage, ob Österreich-Ungarn überhaupt imstande war, einen Krieg gegen eine oder mehrere europäische Großmächte zu führen, wurde nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet.[1317] Dafür gibt es mehrere Gründe: Zum Ersten hatte die österreichisch-ungarische Regierung ein außerordentlich großes Vertrauen in die Stärke der deutschen Waffen, die allein schon ausreichen würden, so glaubte man, die Russen abzuschrecken oder, wenn sie sich nicht beeindrucken ließen, zu besiegen.[1318] Und zweitens war der bienenkorbähnliche Aufbau der österreichisch-ungarischen politischen Elite der Formulierung von Entscheidungen über eine sorgfältige Sichtung und das Abwägen

widersprüchlicher Informationen alles andere als förderlich, ja, er behinderte den Prozess eher. Die Teilnehmer an der Debatte neigten dazu, ihre Meinung mit markigen Worten, häufig im Verein mit gegenseitigen Anschuldigungen, zu verkünden, statt zu versuchen, die Probleme Wiens insgesamt zu betrachten. Der Solipsismus der österreichischen Entscheidungsfindung spiegelte außerdem ein tiefes Gefühl der geopolitischen Isolation wider. Die Auffassung, dass österreichisch-ungarische Politiker eine Verantwortung für Europa hätten, sei Unsinn, kommentierte ein politischer Insider sinngemäß, weil es überhaupt kein Europa gebe. Die öffentliche Meinung in Russland und Frankreich werde immer behaupten, dass die Österreicher die Schuldigen wären, selbst wenn eines Nachts die Serben mitten im Frieden zu Tausenden, mit Bomben bewaffnet, über die Grenze marschieren würden.[1319] Doch der wohl wichtigste Grund für die irritierende Beschränktheit der österreichischen politischen Debatte ist mit Sicherheit der Umstand, dass die Österreicher von der Rechtmäßigkeit ihrer Sache und des von ihnen geplanten Heilmittels gegen Serbien so überzeugt waren, dass sie sich gar keine Alternative dazu denken konnten – selbst Tisza hatte am 7. Juli letzten Endes die Auffassung akzeptiert, dass Belgrad an den Verbrechen in Sarajevo beteiligt gewesen sei, und war grundsätzlich bereit, eine militärische Antwort in Erwägung zu ziehen, vorausgesetzt, der Zeitpunkt und der diplomatische Kontext stimmten. Untätigkeit konnte lediglich die verbreitete Überzeugung bestätigen, dass dieses Reich bereits in den letzten Zügen liege. Umgekehrt war die moralische Wirkung einer kühnen Tat jedoch dazu imstande, alles zu verändern: Österreich-Ungarn würde wiederum an sich glauben. Das würde gewissermaßen heißen: »Ich will, also bin ich.«[1320]

Kurzum, die Österreicher waren im Begriff, eine, wie die Entscheidungstheoretiker sagen, »Richtungsentscheidung« zu treffen – eine Entscheidung, bei der es um einen unvorstellbar hohen Einsatz geht, die eine transformative und unwiderrufliche Wirkung erzielen wird und mit einem gesteigerten Grad an Emotionen verbunden ist. Eine Untätigkeit hingegen konnte unter Umständen dauerhafte Konsequenzen haben. Solche Entscheidungen können insofern durchaus existenzielle Dimensionen annehmen, als sie versprechen, die gesamte Entscheidungsfindung neu zu

gestalten, daraus etwas völlig Neuartiges zu machen. Den Kern solcher Entscheidungen bildet etwas in der Identität Verwurzeltes, das sich nicht so ohne Weiteres rational erfassen lässt.[1321] Das soll nicht heißen, dass die österreichische Entscheidungsfindung »irrational« war. Die aktuelle Krise wurde im Licht vergangener Entwicklungen beurteilt, und verschiedene Faktoren und Risiken wurden in die Diskussion eingebracht. Und es ist auch nicht ohne Weiteres zu sehen, wie die Österreicher mit einer nicht so drastischen Lösung hätten leben können, wenn man bedenkt, dass sich die serbischen Behörden weigerten, die österreichischen Erwartungen zu erfüllen, dass es kein internationales rechtliches Gremium gab, das in solchen Fällen hätte urteilen können, und dass es in dem damaligen internationalen Klima unmöglich war, ein künftiges Wohlverhalten der Belgrader Regierung zu gewährleisten. Doch im Kern der österreichischen Reaktion steckte (und zwar in einem Ausmaß, wie er für keinen anderen Akteur von 1914 galt) ein veranlagungsbedingter, intuitiver Sprung, ein »nackter Entscheidungsakt«,[1322] der sich auf eine gemeinsame Auffassung von dem stützte, was das Habsburger Reich war und sein musste, wenn es den Status einer Großmacht behalten wollte.

Der merkwürdige Tod Nikolai Hartwigs

Mitten in der Phase, in der sich die österreichische Politik etwas beruhigt hatte, starb plötzlich der russische Gesandte in Belgrad. Nikolai Hartwig hatte schon seit längerem unter Angina pectoris gelitten. Er war fettleibig und neigte zu immer heftigeren Kopfschmerzen, die nicht nur die Folge von Stress, sondern vermutlich auch von zu hohem Blutdruck waren. Jeden Sommer fuhr er für gewöhnlich nach Bad Nauheim zur Kur, von wo er stets mit frischem Mut und um einige Kilo erleichtert zurückkehrte. Als sein Untergebener Wassili Strandtmann seinen Urlaub in Venedig abbrach, sobald er von den Morden hörte, und in Belgrad eintraf, fand er Hartwig in schlechter Verfassung vor. Der Gesandte sehnte sich geradezu nach der üblichen Kur und teilte Strandtmann mit, dass er ein Gesuch eingereicht hatte, am 13. Juli in Urlaub zu fahren, »weil vor dem Herbst keine wichtigen

Ereignisse zu erwarten seien«.

Am 10. Juli, drei Tage vor seiner Abreise, hörte Hartwig, dass der österreichische Gesandte Baron Wladimir Giesl soeben nach Belgrad zurückgekehrt sei. Er rief in der österreichischen Gesandtschaft an und vereinbarte ein Treffen, um einige Missverständnisse zu klären. Es hieß allgemein in Belgrad, dass die russische Gesandtschaft am 3. Juli, dem Tag des Requiems für den Erzherzog, als einzige in der serbischen Hauptstadt nicht die Flagge auf Halbmast gehängt habe. Sowohl der italienische als auch der britische Leiter der Gesandtschaft in Belgrad hatten das Versäumnis bemerkt.[1323] Überdies habe Hartwig dem Vernehmen nach am Abend nach den Morden in der Gesandtschaft einen Empfang gegeben, weswegen in den benachbarten Straßen Jubel und Gelächter zu hören gewesen seien. Der russische Gesandte befürchtete vermutlich auch, dass seinem österreichischen Kollegen womöglich noch andere Indiskretionen zu Ohren gekommen sein könnten.[1324] In Wirklichkeit verlief das Gespräch recht freundschaftlich. Giesl nahm wohlwollend Hartwigs Erklärungen und Entschuldigungen an, und die beiden Männer trafen sich zu einem langen Gespräch in Giesls Amtszimmer.

Nachdem Hartwig ausführlich über seine gesundheitlichen Probleme und Urlaubspläne berichtet hatte, kam er auf den Hauptgrund seines Besuchs zu sprechen: sein Plädoyer für die Unschuld Serbiens an den Morden und eine Rechtfertigung dessen künftiger Absichten. Aber er hatte kaum den ersten Satz begonnen, als er gegen 21.20 Uhr das Bewusstsein verlor und langsam, mit der glimmenden Zigarette zwischen den Fingern, vom Diwan auf den Teppich rutschte. Eilig wurde Hartwigs Wagen geschickt, um seine Tochter Ludmilla zu holen, und ein serbischer Arzt tauchte auf, gefolgt von Hartwigs Hausarzt. Trotz der Anwendung von Wasser, Eau de Cologne, Äther und Eis gelang es jedoch nicht, ihn wieder ins Bewusstsein zurückzurufen. Die Beileidsbekundung der Baronin Giesl wies Hartwigs Tochter brüsk mit dem Hinweis ab, »österreichische Worte« bedeuteten ihr nichts. Ludmilla von Hartwig, die den Abend mit dem serbischen Kronprinzen Alexander verbracht hatte, legte großen Wert darauf, den Raum zu inspizieren, in dem ihr Vater gestorben war. Dort linste sie in einige große japanische Vasen,

schnupperte an der Flasche Eau de Cologne, mit der man versucht hatte, Hartwig wiederzubeleben, und erkundigte sich knapp, ob man ihrem Vater etwas zu essen oder zu trinken angeboten habe. Giesl erwiderte, dass der Gesandte lediglich einige russische Zigaretten geraucht habe, die er mitgebracht hatte. Die Tochter bat um die Zigaretten und nahm sie in ihrer Börse mit. Weder die nicht zu übersehende Krankheit Hartwigs, aus der er nie ein Hehl gemacht hatte, noch die Beteuerungen des österreichischen Gesandten verhinderten, dass in der ganzen Stadt Mordtheorien kursierten.[1325] Eine Zeitung bezeichnete Giesl und seine Frau als »moderne Borgias«, die unerwünschte Gäste vergiften würden, und einige Tage danach belauschte Giesl selbst eine Unterhaltung zwischen zwei Kunden im Laden seines Barbiers:

> Österreich schickt uns seltsame Botschafter. Zuerst hatten wir einen Dummkopf [Forgách] und jetzt haben wir einen Mörder. Giesl hat einen elektrischen Stuhl aus Wien mitgebracht, der jeden, der sich darauf setzt, auf der Stelle umbringt, ohne die geringste Spur zu hinterlassen.[1326]

Zum Glück erkannten die beiden Gesprächspartner Giesl auf dem Nachbarstuhl nicht. Auf Ersuchen der Familie Hartwigs und der Belgrader Regierung erteilte Sasonow die Erlaubnis, Hartwig in Serbien beizusetzen – ein höchst ungewöhnliches Verfahren für einen russischen Diplomaten, der im auswärtigen Dienst verstorben war.[1327] Die Äußerungen allgemeiner Trauer und der beispiellose Pomp, die das Staatsbegräbnis in Belgrad begleiteten, zeugten von der außerordentlichen Stellung, die Hartwig in der serbischen Öffentlichkeit bekleidet hatte. Wenn man Hartwigs Beitrag zur Balkanpolitik jedoch bewerten möchte, wäre es kleinlich zu bestreiten, dass der russische Gesandte zu der Zeit, als er auf Giesls Diwan zusammenbrach, bereits seine Hauptziele erreicht hatte. Mit den Worten des französischen Gesandten starb Hartwig genau in dem Moment, als sein »unbeugsamer Wille« triumphiert hatte, indem er »dem Serbentum seine absolute Autorität und ganz Europa die serbische Frage, die ihm so sehr am Herzen lag, in der gewaltsamen Form aufgezwungen hatte«.[1328]

1248 Zitiert nach David Fromkin, *Europas letzter Sommer. Die scheinbar friedlichen Wochen vor dem Ersten Weltkrieg*, München 2005, S. 174.

1249 Rumbold an Grey, 3. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 26, S. 18.

1250 Friedrich Meinecke, *Erlebtes, 1862–1919*, Stuttgart 1964, S. 245.

1251 Akers-Douglas an Grey, Bukarest, 30. Juni 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 30, S. 23.

1252 Poklewski-Koziell an Sasonow, 4. Juli 1914, *IBZI*, Bd. 4, Dok. 81, S. 87; Hristić an Pašić, Bukarest, 30. Juni 1914, AS, MID – PO, 411, Bl. 689.

1253 Crackanthorpe an Grey, Belgrad, 2. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 27, S. 19 f.

1254 Möllwald an MAA Wien, Cetinje, 29. Juni 1914, HHStA, PA I, Liasse Krieg, 810, Bl. 22.

1255 Notiz des Kriegsministeriums (sig. Krobatin), Wien, 2. Juli 1914; Berchtold an Möllwald, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 9996, 10040, S. 270 f., 295 f.

1256 Spalajković an Pašić, St Petersburg, 9. Juli 1914, AS, MID – PO, 412, Bl. 28.

1257 Rodd an Grey, Rom, 7. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 36, S. 28; Mérey an Berchtold, Rom, 2. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 9988, S. 263; Michailović an Pašić, Rom, 1. Juli 1914, AS, MID – PO, 411, Bl. 762–765.

1258 Swerbejew an Sasonow, persönlicher Brief, Rom, 30. Juni 1914, *IBZI*, Serie 3, Bd. 4, Dok. 29, S. 37; Michailović an Pašić, Rom, 1. Juli 1914, AS, MID – PO, 411, Bl. 762–765.

1259 John Keiger, *France and the Origins of the First World War*, London 1983, S. 139, 145.

1260 Szécsen an Berchtold, Paris, 1. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 9970, S. 237.

1261 Bosković an Pašić, London, 18. Juli 1914, AS, MID – PO, 411, Bl. 684.

1262 Mensdorff an MAA Wien, London, 16. Juli 1914, HHStA, PA I, Liasse Krieg, 812, Bl. 478.

1263 Czernin an MAA Wien, Bukarest, 10. Juli 1914, ebenda, 810, Bl. 369.

1264 Jovanović an Pašić, Berlin, 13. Juli 1914, AS, MID – PO, 412, Bl. 63–64; Spalajković an Pašić, St. Petersburg, 12. Juli 1914, ebenda, Bl. 105 f.

1265 Schebeko an Sasonow, Wien, 30. Juni 1914; Wien, 1. Juli 1914, *IBZI*, Reihe 1, Bd. 4, Dok. 32, 46, 47, S. 39, 53 f.

1266 Hartwig an Sasonow, Belgrad, 30. Juni 1914, ebenda, Bd. 4, Dok. 35, S. 43; zur Bedeutung der Friedjung-Affäre als Vorwand für die spontane Ablehnung der österreichischen Vorwürfe gegen Serbien siehe auch Manfred Rauchensteiner, *Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg*, Graz 1994, S. 77.

1267 Bronewsky an Sasonow, Sofia, 8. Juli 1914, *IBZI*, Serie 3, Bd. 4, Dok. 136, S. 143.

1268 Swerbejew (Botschafter in Berlin) an Sasonow, 2. Juli 1914, ebenda, Dok. 62, S. 68.

1269 Benckendorff an Sasonow, London, 30. Juni 1914, ebenda, Dok. 26, S. 32.

1270 Bunsen (britischer Gesandter in Wien) an Grey, 5. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 40, S. 31 f.

1271 Carlotti an San Giuliano, St. Petersburg, 8. Juli 1914, *IBZI*, Reihe 1, Bd. 4, Dok. 128, S. 128; die russische Veröffentlichung dieser Kommunikation weist darauf hin, dass in den Unterlagen des russischen Außenministeriums keine Dokumente zu dem Gespräch enthalten sind, und die Wiedergabe dieses Treffens durch Czernin beschreibt das Gespräch, erwähnt aber diesen Punkt nicht. Das könnte daran liegen, dass Czernin von einer Kontaktperson in Wien privilegierte Informationen erhalten hatte, aber die Tatsache verschleiern wollte, dass er österreichische Intentionen an Sasonow weitergegeben hatte. Die enge Übereinstimmung zwischen Czernins Aussage und dem offiziellen Denken in Wien zu diesem Zeitpunkt lässt jedoch vermuten, dass der

Kommentar tatsächlich abgegeben wurde und der Wortwechsel authentisch war.

1272 Szapáry an Berchtold, 18. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10365, S. 495.

1273 Das sagte Schebeko wörtlich zu Berchtold am 30. Juli in Wien, siehe N. Shebeko, *Souvenirs. Essai historique sur les origines de la guerre de 1914,* Paris 1936, S. 258.

1274 Szécsen an Berchtold, 4. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10047, S. 299.

1275 Grey an Buchanan, London, 8. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 39, S. 31.

1276 Bunsen an Grey, 5. Juli 1914, ebenda, Dok. 41, S. 31 f.

1277 Bernadotte Everly Schmitt, *Interviewing the Authors of the War,* Chicago 1930, S. 10. Während Schmitt Artamonows Dementi akzeptierte, blieb Albertini hingegen skeptisch; siehe Luigi Albertini, *The Origins of the War of 1914*, 3 Bde., Oxford 1953, Bd. 2, S. 81–86.

1278 Wilhelm II., Randbemerkungen auf Tschirschky an Bethmann Hollweg, Wien, 30. Juni 1914, in: Imanuel Geiss (Hg.), *Julikrise und Kriegsausbruch 1914*. *Eine Dokumentensammlung,* 2 Bde., Hannover 1963/64, hier Bd. 1, Dok. 2, S. 59. (Hervorhebung im Original.)

1279 Berchtold, Bericht über ein Gespräch mit Tschirschky, 3. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10006, S. 277; Hugo Hantsch, *Leopold Graf Berchtold*. *Grandseigneur und Staatsmann,* 2 Bde., Graz 1963, Bd. 2, S. 566.

1280 Szögyény an Berchtold, Berlin, 5. Juli 1914, in *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10058, S. 306 f.; nachgedruckt in Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 1, Nr. 21, S. 83 f.

1281 Hoyos' Erinnerung in: Fritz Fellner, »Die Mission ›Hoyos‹«, in: ders., *Vom Dreibund zum Völkerbund. Studien zur Geschichte der Internationalen Beziehungen 1882–1919,* hg. v. H. Mashl und B. Mazohl-Wallnig, Wien 1994, S. 137.

1282 Holger Afflerbach, *Falkenhayn: Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich,* München 1994, S. 151; Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 142; Annika Mombauer, *Helmut von Moltke and the Origins of the First World War,* Cambridge 2001, S. 190; Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, S. 79.

1283 Szögyény an Berchtold, Berlin, 6. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10076, S. 320.

1284 Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, S. 80; Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 137–140.

1285 Franz Joseph an Wilhelm II., *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 9984, nachgedruckt in Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 1, Nr. 9, S. 63 ff.; vgl. Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 147; Hantsch, *Berchtold*, Bd. 2, S. 571 f.

1286 Salza Lichtenau (sächsischer Gesandter) an Vitzthum (sächsischer Außenminister), 2. Juli 1914; schriftliche Mitteilung Falkenhayns an den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, beide in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 12, 23b, S. 71 f., 87; vgl. Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 159, 137 f.; Afflerbach, *Falkenhayn*, S. 151; Stevenson, *Armaments*, S. 372, 375.

1287 Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 32, S. 95 f.; Stevenson, *Armaments*, S. 372; vgl. Szögyény an Berchtold, Berlin, 28. Oktober 1913, *ÖUAP*, Bd. 7, Dok. 8934, S. 513 ff. (Gespräch Wilhelms II. mit Berchtold, 26. Oktober 1913).

1288 Zu den britischen Befürchtungen im Frühjahr und Sommer 1914 wegen der Zuverlässigkeit der Russen siehe Thomas Otte, *The Foreign Office Mind. The Making of British Foreign Policy, 1865–1914*, Cambridge 2001, S. 376 ff.; zur französischen Besorgnis wegen Sergej Witte: Stefan Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges*, München 2009, S. 266 ff.

1289 Konrad H. Jarausch, »The Illusion of Limited War: Chancellor Bethmann Hollweg's Calculated Risk, July 1914«, in: *Central European History*, 2/1 (1969), S. 48–76; Gian Enrico Rusconi, *Rischio 1914. Come si decide una Guerra*, Bologna 1987, S. 95–115.

1290 Jarausch, »Bethmann Hollweg’s Calculated Risk«, S. 48.

1291 Dieter Hoffmann, *Der Sprung ins Dunkle: Oder wie der 1.Weltkrieg entfesselt wurde,* Leipzig 2010, S. 159–162 sowie 331; *Le Matin* vom 4. Januar 1914; siehe auch Ignatijew an Danilow (russischer Generalquartiermeister), Paris, 22. Januar 1914, *IBZI*, Serie 3, Bd. 1, 77, S. 65–68, hier S. 66. Iswolski hatte den Verdacht, dass der Artikel von einem mittleren Beamten am Quai d’Orsay lanciert worden war, siehe ebenda, S. 66, Anm. 1.

1292 Zitiert in Hermann von Kuhl, *Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges,* Berlin 1920, S. 72.

1293 Pourtalès an Bethmann Hollweg, 13. Juni 1914, *DD*, Bd.1, Dok. 1, S. 1; sowie *GP*, Bd. 39, Dok. 15861, S. 586 ff.

1294 Wilhelm II., Randbemerkungen auf der Übersetzung desselben Artikels, ebenda, Dok. 2, S. 3.

1295 Bethmann Hollweg an Lichnowsky, Berlin, 16. Juni 1914, *GP*, Bd. 39, Dok. 15883, S. 628 ff., insb. S. 628.

1296 I. V. Bestuzhev, »Russian Foreign Policy, February–June 1914«, in: *Journal of Contemporary History*, 1/3 (1966), S. 93–112, hier S. 96.

1297 Memorandum des Generalstabs, Berlin, 27. November 1913 und 7. Juli 1914, PA-AA, R 11011.

1298 Zara S. Steiner, *Britain and the Origins of the First World War,* London 1977, S. 120–124; Wolfgang J. Mommsen, »Domestic Factors in German Foreign Policy before 1914«, in: *Central European History*, *6* (1973), S. 3–43, hier S. 36–39.

1299 Karl Dietrich Erdmann (Hg.), *Kurt Riezler. Tagebücher, Aufsätze, Dokumente,* Göttingen 1972, Tagebucheintrag vom 7. Juli 1914, S. 182 f. Die Veröffentlichung der Tagebücher löste eine lange und häufig hitzig geführte Debatte aus, sowohl um das Ausmaß der deutschen Verantwortung für den Kriegsausbruch (die »Fischer-Kontroverse« schwelte damals noch) als auch um die Authentizität der Tagebücher, insbesondere die Teile vor dem Krieg. Vor allem Bernd Sösemann warf Erdmann vor, das Manuskript, das aus massiv redigierten, teilweise verstümmelten losen Blätter kombiniert mit dem Anschein nach Originaltagebucheinträgen und späteren Schlussfolgerungen bestand, zu Unrecht als ein »Tagebuch« auszugeben, das dem Leser einen zeitgenössischen Einblick in die Ereignisse vermitteln würde. Siehe Bernd Sösemann, »Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Kritische Bemerkungen zu der Edition: Kurt Riezler, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente«, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte,* 110 (1974), S. 261–275; ders., »Die Tagebücher Kurt Riezlers. Untersuchungen zu ihrer Echtheit und Edition«, in: *Historische Zeitschrift*, 236 (1983), S. 327–369; sowie Erdmanns ausführlich Antwort: Karl Dietrich Erdmann, »Zur Echtheit der Tagebücher Kurt Riezlers. Eine Antikritik«, in: *Historische Zeitschrift*, 236 (1983), S. 371–402. Zum dauerhaften Wert der Ausgabe und der Notizen Riezlers ungeachtet des komplexen Charakters dieser Quelle siehe Holger Afflerbachs Einleitung zum Nachdruck der Edition von Erdmann (Göttingen 2008).

1300 Erdmann (Hg.), *Riezler*, Tagebucheintrag vom 7. Juli 1914, S. 182.

1301 Ebenda, Tagebucheintrag vom 8. Juli 1914, S. 184; zur Bedeutung dieses Arguments für die deutsche Politik siehe auch Jürgen Angelow, *Der Weg in die Urkatastrophe. Der Zerfall des alten Europa 1900–1914*, Berlin 2010, S. 25 f.

1302 A. Hoyos, »Meine Mission nach Berlin«, in Fellner, »Die Mission ›Hoyos‹«, S. 137.

1303 »Protokoll des Ministerrats für gemeinsame Angelegenheiten, einberufen am 7. Juli 1914«, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10118, S. 343–351, hier S. 343 ff.

1304 Ebenda, S. 349.

1305 Gunther E. Rothenberg, *The Army of Francis Joseph*, Lafayette 1976, S. 177 ff.; Rauchensteiner, *Tod des Doppeladlers*, S. 74 f.; Roberto Segre, *Vienna e Belgrado 1876–1914*, Milan, [1935], S. 61.

1306 Samuel R.Williamson, *Austria-Hungary and the Origins of the First World War*, Houndmills 1991, S. 199.

1307 Conrad von Hötzendorf, *Aus meiner Dienstzeit, 1906–1918*, 5 Bde., Wien 1921–1925, Bd. 4, S. 33.

1308 Berchtold, Vortrag an den Kaiser, 14. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10272, S. 447 f.

1309 Conrad an Berchtold, Wien, 10. Juli 1914, ebenda, Dok. 10226, S. 414 f.

1310 Shebeko, *Souvenirs*, S. 214; Sidney Bradshaw Fay, *The Origins of the World War*, Bd. 2, S. 243–248.

1311 Der österreichische Botschafter Graf Mérey informierte Wien in einem ausführlichen Telegramm vom 18. Juli über die deutsche Indiskretion; in seiner Antwort deutete Berchtold an, dass er aus »geheimer, sicherer Quelle« (eine verdeckte Anspielung auf Informationen aus abgefangener Korrespondenz) von den Instruktionen Roms an die Gesandten in Bukarest und St. Petersburg erfahren habe, siehe Mérey an Berchtold, Rom, 18. Juli 1914, und Berchtold an Mérey, Wien, 20. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10364, 10418, S. 494, 538. Zu den Implikationen dieses Bruchs der Geheimhaltung siehe Williamson, *Austria-Hungary and the Origins*, S. 201; ders., »Confrontation with Serbia: The Consequences of Vienna's Failure to Achieve Surprise in July 1914«, in: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs*, 43 (1993), S. 168–177; ders., »The Origins of the FirstWorld War«, in: *Journal of Interdisciplinary History*, 18 (1988), S. 795–818, hier S. 811 f. Zu der ganzen Episode siehe auch: San Giuliano an Berlin, St. Petersburg, Wien und Belgrad, 16. Juli 1914, in: Italian Foreign Ministry (Hg.), *I Documenti Diplomatici Italiani*, 4. Serie, 1908–1914, 12 Bde., Rom 1964, Bd. 12, Dok. 272; R. J. B. Bosworth, *Italy, the Least of the Great Powers: Italian Foreign Policy before the First World War*, Cambridge 1979, S. 380–386.

1312 Zitiert nach Geiss (Hg.), *Julikrise*, Dok. 117, S. 194; siehe auch Shebeko, *Souvenirs*, S. 213.

1313 Crackanthorpe an Grey, Belgrad, 17. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 53, S. 41; nachgedruckt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Dok. 126, S. 201.

1314 Pašić an serbische Gesandtschaften, Belgrad, 19. Juli 1914, AS, MID – PO 412, Bl. 138.

1315 Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 254–257, mit weiteren Einzelheiten dazu.

1316 Robin Okey, *The Habsburg Monarch, c. 1765–1918. From Enlightenment to Eclipse*, London 2001, S. 377.

1317 William Jannen, »The Austro-Hungarian Decision for War in July 1914«, in: Samuel R. Williamson und Peter Pastor (Hg.), *Essays on World War I: Origins and Prisoners of War*, New York 1983, S. 55–81, insb. S. 58 ff.

1318 Zu Wiens Vertrauen in die abschreckende Wirkung siehe Segre, *Vienna e Belgrado*, S. 69.

1319 Denkschrift verfasst zwischen dem 28. Juni und 7. Juli 1914 von Berthold Molden, Journalist und freier Mitarbeiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes in Wien, HHStA NL Szapáry, Kt. 5; zitiert in: Solomon Wank, »Desperate Counsel in Vienna in July 1914: Berthold Molden's Unpublished Memorandum«, in: *Central European History*, 26/3 (1993), S. 281–310, hier S. 292; vgl. dazu Kießling, *Gegen den »großen Krieg?«*, S. 298, Anm. 106.

1320 Denkschrift Molden, zitiert in Wank, »Desperate Counsel in Vienna in July 1914«, S. 293.

1321 Edna Ullmann-Margalit, »Big Decisions: Opting, Converting, Drifting«, Hebrew University of Jerusalem, Centre for the Study of Rationality, Discussion Paper # 409, online erhältlich unter: http://www.ratio.huji.ac.il/. Siehe auch: Edna Ullmann-Margalit und Sidney Morgenbesser, »Picking

and Choosing«, in: *Social Research*, 44/4 (1977), S. 758–785. Ich möchte an dieser Stelle Ira Katznelson für den Hinweis auf diese Artikel danken.

1322 Ullmann-Margalit, »Big Decisions«, S. 11.

1323 Storck an MAA Wien, Belgrad, Telegramm, 6. Juli 1914, HHStA, PA I, Liasse Krieg 810, Bl. 223; laut diesem Bericht hatte der britische Gesandte Crackanthorpe Storck im Vertrauen mitgeteilt, dass er das Benehmen seiner »Kollegen in der Triple Entente für mehr als seltsam« halte.

1324 Diesen Verdacht hatte der italienische Gesandte Cora, der bei mehreren Gelegenheiten (auch bei der berühmten Bridge-Partie) anwesend war, bei denen sich Hartwig über den Tod des Erzherzogs lustig gemacht hatte; siehe Storck an Berchtold, Belgrad, 13. Juli 1914, ebenda, Bl. 422.

1325 Giesl an Berchtold, Belgrad, 11. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10193, S. 396 ff.; es existiert ein weiterer umfassender Bericht über den Tod des Gesandten in Strandtmann an Sasonow, Belgrad, 11. Juli 1914, *IBZI*, Serie 1, Bd. 4, Dok. 164, S. 163.

1326 Zitiert in Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 277; vgl. Baron Wladimir Giesl, *Zwei Jahrzehnte im Nahen Orient*, Berlin 1927, S. 259 ff.

1327 Sasonow an Strandmann, St. Petersburg, 13. Juli 1914, *IBZI*, Serie 1, Bd. 4, Dok. 192, S. 179.

1328 Descos an Viviani, Belgrad, 11. Juli 1914, *DDF*, 3. Serie, Bd. 10, Dok. 499, S. 719 ff., hier S. 721.

KAPITEL 9
DIE FRANZOSEN IN ST. PETERSBURG

Graf de Robien steigt in einen anderen Zug

Am 6. Juli 1914 verließ der 26-jährige französische Diplomat Louis de Robien Paris in Richtung St. Petersburg, wo er den Posten des Attachés an der französischen Botschaft antreten sollte. Das Datum seiner Abreise war vorgezogen worden, um sicherzustellen, dass er rechtzeitig eintraf, um bei den Vorbereitungen für den am 20. Juli geplanten Staatsbesuch von Präsident Poincaré mitzuhelfen. Um Zeit zu sparen, nahm de Robien nicht den Nord-Express, der nicht jeden Tag fuhr, sondern stieg in einen gewöhnlichen Schlafwagen im Schnellzug nach Köln. Dort hatte er Zeit, sich kurz den Rhein und den gotischen Dom anzusehen, ehe der Anschlusszug das Ruhrgebiet durchquerte, »das stets so beeindruckend und nicht ohne einen gewissen Reiz« war. Von dort fuhr der Zug nach Osten und durchquerte Deutschland an der breitesten Stelle, bis er Wirballen (die heute litauische Stadt Kybartai) an der Ostgrenze von Ostpreußen erreichte. Hier musste de Robien zu seinem großen Ärger den komfortablen deutschen Schlafwagen verlassen und wegen der abweichenden Spurbreite im russischen Reich in einen anderen Zug umsteigen. Seine erste Begegnung mit den Einheimischen auf der anderen Seite der Grenze machte nachhaltigen Eindruck auf ihn: Kaum hatte der Zug angehalten, wurden die Waggons von einer »Horde bärtiger Männer« in Stiefeln und weißen Schürzen gestürmt, die sich so schnell seines Gepäcks bemächtigten, dass er ihnen kaum folgen konnte. De Robien und seine Reisegefährten wurden zu einer Sperre geleitet, vor der »Soldaten mit großen Säbeln« standen. Hier überprüfte man ihre Reisepässe, ein Vorgang, der de Robien erstaunte, weil »man in jener Ära der Freiheit überallhin in Europa außer Russland ohne Pass reiste«. Nachdem er seine Reisedokumente vorgelegt hatte, wartete er in einem riesigen Raum, in

dessen Ecken Ikonen hingen, erleuchtet von brennenden Kerzen – eine »seltsame Aufmachung«, wie er fand, für etwas, das im Grunde ein Wartesaal war. Endlich waren die Formalitäten erledigt, und der Zug fuhr durch eine Landschaft »von schrecklicher Traurigkeit« mit vereinzelten Dörfern, aus denen die Zwiebeltürme der Kirchen herausragten. Er versuchte, mit einigen Beamten, die anscheinend Ingenieure waren, ein Gespräch anzufangen, aber sie sprachen nur ein paar Brocken Deutsch. »Wir kamen uns vor«, erinnerte er sich, »als wären wir in China.«[1329]

Seine Ankunft in St. Petersburg, wo er die Kriegsjahre und die Katastrophe zweier Revolutionen erleben würde, trug nicht dazu bei, sein Gefühl der Fremdheit zu zerstreuen. Im Gegenteil, sie machte lediglich »seine Enttäuschung vollkommen«. Die russische Hauptstadt wimmelte nur so vor »furchtbaren, kleinen Fuhrwerken, langen, schlecht erhaltenen Straßen und bärtigen, exotisch wirkenden Kutschern«. Anfangs quartierte er sich im Hotel France ein, wo die Zimmer zwar geräumig, aber die Einrichtung so hässlich und das Ambiente so ungemütlich und anders war, »als wir es in Europa gewohnt waren«, dass er beschloss, seine Reservierung zu stornieren und stattdessen ins Hotel d’Europe am berühmten Newski Prospekt umzuziehen. Aber auch das Hotel d’Europe war nicht sonderlich europäisch, und die Geschäfte entlang der Uferpromenade waren eine Enttäuschung – die besten unter ihnen würden, schrieb der Pariser Edelmann, an eine französische Provinzstadt erinnern.[1330]

Er hatte Probleme, sich zurechtzufinden, weil kaum ein Passant ihn verstand. Das war ein regelrechter Schock für ihn, denn seine Kollegen in Paris hatten ihm versichert, dass jedermann Französisch spräche. Speis und Trank boten dem anspruchsvollen Grafen wenig Trost: Die russische Küche, berichtete er, sei furchtbar, insbesondere die Fischsuppen seien geradezu »abscheulich«; lediglich Borschtsch erschien ihm als »ein Rezept, das sich lohnte, es auf der Speisekarte zu lassen«. Was ihren Wodka anging, der in einem Schluck getrunken wurde, so war er »eines zivilisierten Gaumens unwürdig, der den langsamen Genuss unserer Cognacs, unserer Armagnacs, unserer Marcs und unserer Kirschwasser gewöhnt war«.[1331]

Nachdem de Robien sich in der Stadt zurechtgefunden hatte, suchte er

seinen neuen Arbeitsplatz auf. Einen gewissen Trost fand er in der Tatsache, dass die französische Botschaft, die in einem noblen Palast untergebracht war, der einst der Familie Dolgoruki gehört hatte, an einem der schönsten Plätze am Ufer der Newa lag. De Robien war von den Lakaien in ihren blauen Livreen und kurzen Beinkleidern beeindruckt. Im Erdgeschoss, mit Blick auf den Fluss, befand sich das Büro des Botschafters, das mit Wandteppichen und Gemälden von van der Meulen geschmückt war. Daneben lag ein kleineres Zimmer, in dem das Telefon stand – hier traf sich das Personal der Botschaft jeden Nachmittag zum Tee. Neben diesem Zimmer war das Büro des Rechtsberaters M. Doulcet, dessen Wände mit Porträts aller Botschafter Frankreichs am russischen Hof dekoriert waren. Auf der Rückseite, hinter einem Büro voller Sekretäre und Archivakten, war eine Tür, die zur Tresorkammer führte, wo geheime Dokumente und die Chiffriercodes aufbewahrt wurden. Der Stolz der Botschaft war der Empfangssaal im ersten Stock, ein elegantes Boudoir mit einer Wandverkleidung aus grünem und goldenem Damast, dekoriert mit Gemälden von Guardi, die dem Botschafter gehörten, und ausgestattet mit vergoldeten Lehnstühlen, die angeblich in den Zimmern Marie Antoinettes gestanden hatten.[1332]

De Robien kannte Botschafter Maurice Paléologue bereits, eine legendäre Persönlichkeit, die den Posten seit Januar innehatte und den Charakter der Botschaft bis zu seinem Abschied drei Jahre später prägen sollte. Aufnahmen aus dem Jahr 1914 zeigen einen stattlichen Mann mittlerer Größe mit einem kahlgeschorenen Kopf und »sehr leuchtenden Augen, die tief in ihren Höhlen lagen«. Paléologue war eher ein »Fantast als ein Diplomat«, erinnerte sich de Robien. Er betrachtete sämtliche Ereignisse aus dramatischer und literarischer Perspektive. »Jedes Mal wenn er ein Ereignis erzählte oder versuchte, eine Unterhaltung wiederzugeben, dann schuf er sie in seiner Fantasie fast völlig neu und verlieh ihnen mehr Lebendigkeit als Wahrheit.« Paléologue war außerordentlich stolz auf seinen Namen, den er nach eigenen Angaben von den Kaisern des Byzantinischen Reiches geerbt hatte. Seine »exotische« Herkunft (sein Vater war ein griechischer politischer Flüchtling, seine Mutter belgische Musikerin) machte er mit einem glühenden und

demonstrativen Patriotismus wett, sowie dem Bestreben, sich selbst als die Personifizierung französischer Finesse und kultureller Überlegenheit zu präsentieren.

Sobald sich Paléologue in St. Petersburg eingerichtet hatte, füllte er, der noch nie einen so hohen Posten bekleidet hatte, die Dimensionen seines neuen Amtes voll aus. De Robien fiel auf, wie der Botschafter die Vertreter »kleinerer« Länder seine eigene Bedeutung spüren ließ: Wenn der Sekretär etwa die Ankunft des belgischen Gesandten Buisseret oder seines holländischen Kollegen Sweerts ankündigte, hatte Paléologue die Angewohnheit, durch die Hintertür das Haus zu verlassen und einen Spaziergang zu machen. Gut eine Stunde später begrüßte er sie dann im Vorzimmer mit offenen Armen und erklärte: »Mein lieber Kollege, ich habe heute so viel zu tun …« Er legte einen Hang zur Verschwendung und Prahlerei an den Tag, der selbst in der Welt der hohen Botschafter außergewöhnlich ausgeprägt war. In der St. Petersburger Gesellschaft wurde viel Aufhebens darum gemacht, dass die Bankette der Botschaft von dem Küchenchef zubereitet wurden, den Paléologue aus Paris mitgebracht hatte. De Robien führte dieses ganze Getue auf Paléologues »orientalische« Abstammung zurück und fügte spöttisch hinzu, dass Paléologues Hang zum Prunk, wie bei vielen Emporkömmlingen, bereits etwas Affektiertes und Unnatürliches an sich habe.[1333]

Paléologue hatte eine Heidenangst vor eben jener Art detaillierter Depeschen, die das übliche diplomatische Alltagsgeschäft waren. Lieber gab er seine Eindrücke in anschaulichen Szenen wieder, belebt von Dialogen, in denen prägnante Sätze die langen und häufig zweideutigen, wortreichen Umschreibungen ersetzten, die zur alltäglichen Korrespondenz der Diplomaten in Russland gehörten. De Robien erinnerte sich eines Tages, an dem der Botschafter zu einem Gespräch über eine wichtige militärische Angelegenheit eine Audienz beim Zaren haben sollte. Paléologue wollte die Depesche sofort nach der Rückkehr in die Botschaft abschicken, damit sie Paris zu einem Zeitpunkt erreichte, wo sie »die größtmögliche Wirkung erzielte«. Zu diesem Zweck verfasste er, noch bevor er die Botschaft überhaupt verlassen hatte, eine Schilderung der Begegnung. De Robien und

seine Kollegen verschlüsselten also die detaillierte Wiedergabe eines Gesprächs, das nie stattgefunden hatte. Inmitten dieser angeblichen Dokumentation erinnerte sich der Graf an einen charakteristischen Satz Paléologues: »An diesem Punkt erreichte die Unterhaltung einen wichtigen Wendepunkt, und der Kaiser bot mir eine Zigarette an.«[1334]

De Robiens Kommentare wurden dem Wesen des Botschafters, so boshaft sie auch waren, vermutlich gerecht. Paléologue zählte zu den schillerndsten Figuren auf dem Botschafterposten in französischen Diensten. Viele Jahre lang hatte er in der Pariser Zentrale geschmachtet und ermüdende Aushilfsjobs erledigen müssen. Später wurde ihm die Aufsicht über die geheimen Akten anvertraut, insbesondere jene im Zusammenhang mit dem französisch-russischen Bündnis und mit der Verbindung zwischen Außenministerium und militärischer Aufklärung – eine Arbeit, die er liebte. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen als Hüter des gesammelten Wissens des Ministeriums über die Allianz und über die ihr drohenden militärischen Gefahren (er hatte etwa Zugang zu französischen Informationen über den zweigleisigen Mobilmachungsplan Deutschlands) hatte er sich eine Sichtweise der internationalen Beziehungen angeeignet, die sich sehr stark auf die Bedrohung durch Deutschland und die überwältigende Bedeutung des Zusammenhalts der Alliierten konzentrierte.[1335] Seine historischen Schriften vermitteln eine romantische Vorstellung von einer großen Persönlichkeit, die in Momenten von welthistorischer Bedeutung in Aktion tritt:

> In bestimmten Fällen [schreibt Paléologue in seiner Biografie des Grafen Cavour] überlässt der kluge Mann vieles dem Zufall; die Vernunft veranlasst ihn, blind den Impulsen oder Instinkten jenseits jeder Vernunft zu folgen, die vom Himmel geschickt scheinen. Niemand kann sagen, wann man sie wagen darf oder wann man die Finger davon lassen soll; kein Buch, keine Regeln, noch Erfahrung kann ihn das lehren; allein ein gewisses Gespür und eine gewisse Tollkühnheit können ihm das sagen.[1336]

Die ausgeprägte und unerschütterliche Germanophobie Paléologues ging einher mit einem Hang zu katastrophalen Szenarien, den viele seiner

Kollegen für gefährlich hielten. Während seiner Tätigkeit in Sofia (1907–1912), einer der wenigen Posten im Ausland, die er vor der Übernahme der Botschaft in St. Petersburg innehatte, berichtete ein dortiger Kollege, dass Paléologues Depeschen ebenso wie seine Gespräche nur so wimmelten von wildem Gerede von »Horizonten, Wolken und drohenden Stürmen«. In der Tat fällt es schwer, auch nur einen zeitgenössischen Kommentar über den künftigen Botschafter zu finden, in dem er uneingeschränkt gelobt wird. Es lägen schlichtweg viel zu viele schlechte Berichte vor, stellte ein hoher Beamter des Außenministeriums im Mai 1914 fest, um zu dem neuen Botschafter »Vertrauen« zu haben.[1337] Iswolski bezeichnete ihn als einen »Phraseur, Phantast und sehr glatt«. Selbst seine britischen Kollegen in Sofia beschrieben Paléologue im Jahr 1912 als »reizbar«, »geneigt, sensationelle und schwarzseherische Gerüchte zu verbreiten«, und als »Verbreiter von Märchen«.[1338]

Paléologues Berufung an die Botschaft in St. Petersburg, auf den strategisch wohl heikelsten und wichtigsten Posten im französischen diplomatischen Dienst, ist somit erklärungsbedürftig. Er verdankte seinen Aufstieg eher der damaligen politischen Ausrichtung als der üblichen Palette beruflicher Qualifikationen. Delcassé hatte seinerzeit Paléologue entdeckt und ihn vehement gefördert, in erster Linie weil er seine Anschauungen zu Deutschland als Gefahr für Frankreich teilte – in Paléologue fand Delcassé einen Untergebenen, der seine eigenen Ideen wiederholte und bekräftigte. Nach Delcassés Sturz im Jahr 1905 sank Paléologues Stern, und er fand sich schließlich mit verschiedenen niederen Posten ab. Poincaré rettete ihn jedoch: Die beiden Männer waren seit ihrer Zeit als Schüler am Lycée Louis le Grand in Paris befreundet. Das »große Talent« Paléologues bestand, wie de Robien gehässig anmerkte, darin, dass er am Gymnasium ein Klassenkamerad von Poincaré und Millerand gewesen war: »Der Freundschaft zu ihnen verdankte er seine erstaunliche Karriere.«[1339] Als Regierungschef rief Poincaré im Jahr 1912 Paléologue aus Sofia zurück und ernannte ihn zum politischen Leiter am Quai d’Orsay. Diese dramatische Beförderung – ein eindrucksvoller Sprung in der Hierarchie für einen so skurrilen und umstrittenen Mann – schockierte viele langjährige Botschafter. Der französische Botschafter in

Madrid bemerkte gegenüber Bertie, dass Paléologue »nicht aus dem richtigen Holz für einen Leitungsposten« geschnitzt sei; der französische Botschafter in Japan hingegen sprach ganz offen von einer »erbärmlichen Wahl«.[1340] Das waren harte Worte, selbst gemessen am Standard des diplomatischen Dienstes, wo Emporkömmlinge häufig eifersüchtige Sticheleien auf sich ziehen. »Wir können nur hoffen«, bemerkte Eyre Crowe in London, »dass die Atmosphäre in Paris eine beruhigende Wirkung auf M. Paléologue haben wird, aber für gewöhnlich ist das nicht die Wirkung von Paris.«[1341]

Poincaré wusste von dem schlechten Ruf Paléologues und bemühte sich nach Kräften, dessen Exzesse zu zügeln, aber die beiden Freunde gingen eine enge Arbeitsbeziehung ein, die sich auf ein großes Einvernehmen in allen zentralen Fragen stützte. Poincaré verließ sich mit der Zeit zunehmend auf Paléologues Urteil.[1342] Tatsächlich war es Paléologue, der Poincaré anspornte, Frankreichs Engagement auf dem Balkan zu stärken. Paléologue hielt eine Versöhnung der österreichischen und russischen Interessen in der Region für unmöglich, und seine Besessenheit von den ruchlosen Plänen Berlins und Wiens machte ihn blind für die russischen Machenschaften. Er sah in den beiden Balkankriegen eine Gelegenheit für Russland, seine Stellung auf der Halbinsel zu konsolidieren.[1343] Paléologues enge Beziehung zu Poincaré war ein Grund dafür, dass Sasonow die Ernennung des neuen Botschafters nach St. Petersburg begrüßte, obwohl er von dessen Eigenarten wusste.[1344] Es war ein Mann, von dem man erwarten konnte, dass er im Januar 1914 dort weitermachen würde, wo Delcassé aufgehört hatte. In einem Gespräch mit einem russischen Diplomaten, der zufällig durch Paris kam, erklärte Paléologue am Vorabend seiner Abreise, dass er den Posten in St. Petersburg so ausfüllen werde, dass er die bisherige Politik der Zugeständnisse beenden werde. Er werde »für eine künftige harte Linie ohne Kompromisse oder Wanken kämpfen. Genug davon, wir sollten Deutschland unsere Stärke zeigen!«[1345] Das waren die Überzeugungen, Haltungen und Beziehungen, von denen sich der neue Botschafter während der Julikrise 1914 leiten ließ.

Poincaré reist nach Russland

Am Mittwoch, dem 15. Juli verließ der Präsidentenzug um 23.30 Uhr den Gare du Nord in Paris mit dem Ziel Dünkirchen. An Bord befanden sich Präsident Raymond Poincaré, sein Regierungschef René Viviani und Paléologues Nachfolger als politischer Leiter am Quai d'Orsay Pierre de Margerie. Früh am Morgen bestiegen sie das Schlachtschiff *France* zur Fahrt über die Ostsee nach Kronstadt und St. Petersburg. Viviani war neu im Amt – der ehemalige Sozialist war erst seit vier Wochen Regierungschef und hatte keinerlei außenpolitische Erfahrung. Sein größter Nutzen für Poincaré bestand darin, dass er unlängst zum Befürworter der dreijährigen Dienstzeit geworden war, im Parlament einen ansehnlichen Rückhalt hatte und bereit war, Poincarés Ansichten zur Verteidigung zu unterstützen. Im Laufe des Staatsbesuchs stellte sich schon bald heraus, dass er politisch überfordert war. Pierre de Margerie hingegen war ein erfahrener Karrierediplomat, den Poincaré im Frühjahr 1912 im Alter von 51 Jahren nach Paris auf den Posten des stellvertretenden Direktors an den Quai d'Orsay geholt hatte. Poincaré hatte diese Stelle eines Aufpassers eigens ins Leben gerufen, weil er hoffte, dass de Margerie ein Auge auf Paléologue haben und Indiskretionen jedweder Art ausbügeln würde. Wie der Zufall es wollte, erwies sich das jedoch als überflüssig. Paléologue machte seine Arbeit ganz zur Zufriedenheit Poincarés, und als er gewissermaßen zur Belohnung nach St. Petersburg berufen wurde, folgte de Margerie ihm auf den Posten des politischen Leiters nach. In dieser Funktion erwies er sich als effizient und – in den Augen des Präsidenten das Hauptargument – als politisch absolut loyal.[1346] Weder Viviani noch de Margerie waren imstande, die Kontrolle des Präsidenten über die Politik ernsthaft in Frage zu stellen.



Raymond Poincaré



René Viviani

Poincaré musste über vieles nachdenken, als er am 16. Juli um 5 Uhr morgens an Bord der *France* ging. An erster Stelle stand die sensationelle Anklage der französischen Militärverwaltung durch Senator Charles Humbert. In einer Rede vor dem Senat am 13. Juli anlässlich der Vorlage seines Berichts zur Abstimmung über einen Sonderhaushalt für Rüstungsgüter hatte Humbert, der Senator für das Department Meuse (an der Grenze zu Belgien) die französische Militärverwaltung scharf attackiert. Die französischen Forts, behauptete er, seien in einem schlechten Zustand, den Geschützen fehle es an Munition, und die drahtlosen Einrichtungen für die Kommunikation von Fort zu Fort seien fehleranfällig. Jedes Mal, wenn die deutsche Anlage in Metz auf Sendung gehe, so Humbert, falle die Station in Verdun aus. Die französische Artillerie sei zahlenmäßig der deutschen unterlegen, insbesondere bei den schweren Geschützen. Ein Detail erregte vor allem Aufsehen in der französischen Öffentlichkeit, insbesondere bei den Müttern der Nation: Die Armee litt unter einem jämmerlichen Mangel an

Stiefeln; sollte jetzt der Krieg ausbrechen, so Humbert, müssten französische Soldaten mit nur einem Paar Stiefel ins Feld ziehen, sowie einem einzigen, dreißig Jahre alten Reservestiefel im Tornister. Die Rede löste einen politischen Skandal aus. In seiner Erwiderung bestritt Kriegsminister Adolphe Messimy nicht, dass die Vorwürfe eine gewisse Berechtigung hätten, betonte aber, dass man inzwischen überall Fortschritte mache.[1347] Die Mängel bei der Versorgung der Artillerie wurden erst im Jahr 1917 völlig behoben.

Die ganze Angelegenheit war umso ärgerlicher, als der Mann an der Spitze der darauf folgenden Agitation im Parlament Poincarés alter Feind Georges Clemenceau war. Dieser erklärte prompt, die in dem Bericht aufgedeckte Inkompetenz rechtfertige eine Ablehnung des neuen Militärbudgets durch das Parlament. Am Tag ihrer Fahrt nach Dünkirchen wirkte Viviani nervös und trotz Poincarés Bemühungen, ihn zu beruhigen, ganz von dem Gedanken an Intrigen und Verschwörungen erfüllt.[1348]

Damit nicht genug, sollte der Prozess gegen Madame Caillaux am 20. Juli beginnen, und es gab allen Grund zu befürchten, dass Enthüllungen vor Gericht eine Kette von Skandalen auslösen könnten, welche die Regierung erschüttern würden. Wie groß die Gefahr wirklich war, wurde deutlich, als Gerüchte kursierten, dass sich im Besitz des ermordeten Zeitungsredakteurs Calmette auch entschlüsselte deutsche Telegramme befanden, die den vollen Umfang der Verhandlungen Caillaux’ mit dem Deutschen Reich während der Marokkokrise von 1911 aufdeckten. In dieser Korrespondenz hatte Caillaux (zumindest ausweislich der Telegramme) davon gesprochen, dass eine Annäherung an Berlin wünschenswert sei. Joseph Caillaux behauptete ferner, über eidesstattliche Erklärungen zu verfügen, die beweisen würden, dass Poincaré die Kampagne gegen ihn inszeniert habe. Am 11. Juli, vier Tage vor der Abreise des Präsidenten nach Russland, drohte er, diese zu veröffentlichen, falls sich Poincaré nicht für einen Freispruch von Madame Caillaux einsetze.[1349] Das verborgene Räderwerk der politischen Intrigen in Paris drehte sich immer noch mit voller Kraft.

Trotz dieser Sorgen trat Poincaré seine Reise über die Ostsee in einer erstaunlich ruhigen und gefassten Stimmung an. Es war mit Sicherheit eine

große Erleichterung für ihn, Paris zu einem Zeitpunkt zu entfliehen, als der Caillaux-Prozess die Zeitungen in Alarmstimmung versetzt hatte. Die ersten drei Tage verbrachte er an Deck der *France* und instruierte Viviani, dessen Unwissenheit in außenpolitischen Angelegenheiten er als »schockierend« empfand, für die Mission in St. Petersburg.[1350] Seine Zusammenfassung dieser Lehrstunden, die uns eine klare Vorstellung von Poincarés Denkweise vermitteln, als er aus Paris abreiste, enthielten »Details über das Bündnis«, einen Überblick über »die verschiedenen Themen, die man 1912 in St. Petersburg angesprochen hatte«, »die Militärkonventionen zwischen Frankreich und Russland«, Russlands Annäherung an England mit Blick auf eine Marinekonvention und die »Beziehungen zu Deutschland«. »Ich habe mit Deutschland niemals Schwierigkeiten gehabt«, erklärte Poincaré, »weil ich ihm immer mit großer Standhaftigkeit entgegengetreten bin.«[1351] Zu den »1912 in St. Petersburg angesprochenen Themen« zählten unter anderem der Ausbau der strategischen Bahnlinien, die Bedeutung massiver Offensivoperationen vom polnischen Ausläufer aus und die Notwendigkeit, sich auf Deutschland als Hauptgegner zu konzentrieren. Der Verweis auf England ist ein Hinweis, dass Poincaré keineswegs nur an das eigene Bündnis mit Russland dachte, sondern auch an die noch nicht ausgereifte Triple Entente. Poincarés Credo in der Sicherheitspolitik lautete kurz und bündig: Das Bündnis ist unsere Grundlage; es ist der unverzichtbare Schlüssel zu unserer militärischen Verteidigung; es kann lediglich durch Unnachgiebigkeit gegen sämtliche Forderungen des gegnerischen Blocks erhalten werden. An diesen Axiomen richtete sich seine Interpretation der Krise aus, die sich auf dem Balkan zusammenbraute.

Nach den Tagebucheinträgen zu urteilen, empfand Poincaré die Tage auf See als sehr entspannend. Während sich Viviani Sorgen machte wegen der Nachrichten über den Pariser Skandal, die bruchstückhaft telegrafisch aus Paris zu ihnen gelangten, genoss Poincaré die warme Luft an Deck und die Brechung der Sonnenstrahlen im blauen Meer, das von »nicht wahrnehmbaren Wellen« bewegt wurde. Es gab nur eine kleine Störung: Während sich die *France* am 20. Juli mit einer Geschwindigkeit von 15 Knoten im morgendlichen Dämmerlicht dem Hafen von Kronstadt näherte,

schaffte sie es, einen russischen Schlepper zu rammen, der gerade eine Fregatte zum Ankerplatz schleppte. Der Zwischenfall weckte Poincaré in seiner Kabine. Wie peinlich, dass ein französisches Kriegsschiff, das in neutralen Gewässern unter dem Kommando eines Admirals der Flotte fuhr, einen Schlepper einer verbündeten Nation beschädigte. Es war, wie er verärgert in sein Tagebuch schrieb, »eine Geste, der jegliches Geschick und Eleganz mangelte«.

Die gute Laune des Präsidenten stellte sich allerdings durch das brillante Schauspiel wieder ein, mit der die *France* begrüßt wurde, als sie in den Hafen von Kronstadt einlief. Aus allen Richtungen kamen Boote und festlich dekorierte Paket- und Vergnügungsschiffe herangefahren, um die Besucher zu begrüßen. Die kaiserliche Barkasse kam längsseits, um Poincaré zur Jacht *Alexandria* des Zaren überzusetzen. »Ich verlasse die *France*«, notierte Poincaré, »mit dem Gefühl, das mich immer überkommt, wenn ich, unter dem Donner der Kanonen, eines unserer Kriegsschiffe verlasse.«[1352] Auf der anderen Seite des Hafens, auf der Brücke der *Alexandria* neben dem Zaren, hatte Maurice Paléologue einen ausgezeichneten Blick auf die Szene und dachte sich bereits einen entsprechenden Absatz für seine Memoiren aus:

> Der Anblick ist großartig. In silberschimmernder, zitternder Beleuchtung auf türkisblauen, smaragdgrünen Wellen naht langsam die *France*, zieht tiefe Furchen in die Fluten, bleibt majestätisch stehen. Das gewaltige Panzerschiff, welches das Oberhaupt des französischen Staates zu uns bringt, rechtfertigt vollauf seinen Namen: es ist wirklich Frankreich, das Russland entgegenkommt. Ich fühle, wie mir das Herz höher klopft.[1353]

Das Pokerspiel

Die Protokolle der Gipfelgespräche, die im Laufe der folgenden drei Tage stattfanden, sind nicht erhalten. In den dreißiger Jahren suchten die Herausgeber der *Documents Diplomatiques Français* vergeblich nach ihnen.[1354] Und die russischen Aufzeichnungen der Sitzungen sind ebenfalls verloren gegangen. In Anbetracht der archivalischen Diskontinuität während der Kriegs- und Bürgerkriegsjahre ist dies allerdings weniger erstaunlich.

Dennoch ist es möglich, mit Hilfe der Aufzeichnungen in Poincarés Tagebüchern sowie der Memoiren Paléologues und der Notizen, die sich andere an diesen schicksalhaften Tagen anwesende Diplomaten machten, eine relativ klare Vorstellung von dem zu gewinnen, was sich bei den Treffen ereignete.

Die Gespräche drehten sich in erster Linie um die Krise, die sich in Mitteleuropa anbahnte. Es ist wichtig, das zu betonen, weil häufig angedeutet wurde, dass die Sitzungen mit Sicherheit einer im Voraus abgesprochenen Agenda gefolgt seien, da es sich schließlich um einen lange geplanten Staatsbesuch gehandelt habe − nicht um eine Krisensitzung. Deshalb habe die serbische Frage einen untergeordneten Platz eingenommen. Genau das Gegenteil war der Fall. Noch bevor Poincaré die *France* verlassen hatte, hatte der Zar bereits dem Botschafter gesagt, wie sehr er sich auf die Begegnung mit dem Präsidenten der Republik freue: »Wir werden Ernstes zu besprechen haben. Ich bin sicher, dass wir in allen Dingen übereinstimmen werden … Aber eine Frage macht mir Sorgen: unser Abkommen mit England. Wir *müssen* es dazu bringen, unserer Allianz beizutreten.«[1355]

Sobald die Formalitäten erledigt waren, begaben sich der Zar und sein Gast ins Heck der *Alexandria* und nahmen ihre Unterhaltung auf. »Ich möchte fast sagen: ihre Besprechung«, schreibt Paléologue. »Denn man sieht es ihnen an, dass sie über ernste Angelegenheiten reden, dass sie sich gegenseitig ausfragen, dass sie debattieren.« Für den Botschafter hatte es den Anschein, als würde Poincaré das Gespräch dominieren; schon bald sprach »nur er allein, und der Kaiser stimmt nur noch zu. Aber sein ganzer Gesichtsausdruck [des Zaren] lässt erkennen, dass er völlig einverstanden ist.«[1356] Laut Poincarés Tagebuch ging es bei dem Gespräch auf der Jacht zuallererst um die Allianz, über die der Zar »mit großer Entschlossenheit« sprach. Nikolaus II. erkundigte sich nach dem Humbert-Skandal, der nach seinen Angaben in Russland einen sehr schlechten Eindruck hinterlassen hatte, und drängte Poincaré, alles Nötige zu veranlassen, damit der dreijährige Wehrdienst nicht gekippt werde. Poincaré versicherte ihm seinerseits, dass die neue französische Kammer ihren wahren Willen bewiesen hätte, indem sie für die Beibehaltung des Gesetzes gestimmt habe, und dass auch Viviani ein

überzeugter Befürworter sei. Dann sprach der Zar die Beziehungen zwischen Sergej Witte und Joseph Caillaux an, die dem Vernehmen nach die Exponenten einer neuen Außenpolitik waren, die sich auf eine Annäherung zwischen Russland, Frankreich, Deutschland und Großbritannien stütze. Doch die beiden Männer waren sich einig, dass dies ein undurchführbares Unterfangen sei, das für die derzeitige geopolitische Ausrichtung keine Gefahr darstelle.[1357]

Kurzum, schon während sie in Richtung Küste fuhren, stellten Poincaré und der Zar fest, dass sie beide in die gleiche Richtung dachten. Das Hauptthema war Bündnistreue, und das beinhaltete nicht nur diplomatische Unterstützung, sondern auch die Bereitschaft zu militärischen Aktionen. Am zweiten Tag, dem 21. Juli, suchte der Zar Poincaré in seinen Räumlichkeiten am Peterhof auf, und die beiden Männer unterhielten sich eine Stunde lang unter vier Augen. Diesmal drehte sich das Gespräch zunächst um die Spannungen zwischen Russland und Großbritannien in Persien. Poincaré schlug einen versöhnlichen Ton an und betonte, das seien lediglich kleinere Ärgernisse, welche die guten englisch-russischen Beziehungen nicht belasten dürften. Beide Männer waren sich einig, dass die Quelle der Probleme weder in London noch in St. Petersburg liege, sondern dass sie von nicht näher genannten »lokalen Interessen« ohne größere Bedeutung ausgingen. Und der Zar stellte mit Erleichterung fest, dass Edward Grey nicht zugelassen hatte, dass die Verhandlungen um eine Marinekonvention scheiterten, weil Berlin von den Gesprächen erfahren hatte. Auch andere Themen kamen zur Sprache (Albanien, griechisch-türkische Spannungen um die Ägäischen Inseln und die italienische Politik), aber das »lebhafteste Interesse« des Zaren, notierte Poincaré, galt Österreich und dessen Plänen im Zuge der Ereignisse von Sarajevo. An diesem Punkt des Gesprächs gab der Zar, laut Poincaré, einen höchst aufschlussreichen Kommentar ab: »Er wiederholt mir gegenüber, dass ihm unter den gegenwärtigen Umständen das vollständige Bündnis zwischen unseren beiden Regierungen notwendiger als je zuvor erscheine.« Nicht lange danach verabschiedete sich Nikolaus.[1358]

Einmal mehr war die unerschütterliche Solidarität des französisch-russischen Bündnisses angesichts möglicher Provokationen von Seiten

Österreichs das zentrale Thema. Aber was hieß das in der Praxis? Bedeutete es, dass das Bündnis auf eine österreichische Demarche gegen Serbien mit einem Krieg antworten würde, der zwangsläufig kontinentale Dimensionen annehmen musste? Poincaré lieferte am selben Nachmittag (dem 21. Juli) eine verschlüsselte Antwort auf diese Frage, als er gemeinsam mit Viviani und Paléologue mehrere Botschafter empfing. Der Zweite in der Reihe war der österreichisch-ungarische Botschafter Friedrich Szapáry, der frisch aus Wien zurückgekehrt war, wo er am Bett seiner sterbenden Frau gesessen hatte. Nach einigen Worten des Mitgefühls wegen der Attentate erkundigte sich Poincaré, ob es irgendwelche Neuigkeiten aus Serbien gebe. »Die bezügliche Untersuchung [sei] noch im Gang«, antwortete Szapáry. Paléologues Wiedergabe von Poincarés Erwiderung deckt sich weitgehend mit der Version in Szapárys Depesche:

> Die Ergebnisse dieser Untersuchung erfüllen mich mit tiefer Besorgnis, Exzellenz, denn ich erinnere mich an zwei frühere Untersuchungen, die Ihre Beziehungen zu Serbien nicht gerade verbessert haben … Erinnern Sie sich, Exzellenz, der Affäre Friedjung und der Affäre Prochaska?[1359]

Das war eine ungewöhnliche Antwort für ein Staatsoberhaupt, das sich zu Besuch in einer fremden Hauptstadt aufhielt und sich an den Repräsentanten eines Drittstaats wandte. Einmal abgesehen von dem spöttischen Ton, zweifelte er damit im Grunde schon im Voraus die Glaubwürdigkeit aller Ergebnisse an, welche die Österreicher bei ihrer Untersuchung der Hintergründe der Anschläge vorlegen würden. Es lief auf die Erklärung hinaus, dass Frankreich nicht akzeptierte und auch niemals akzeptieren würde, dass die serbische Regierung für die Morde in irgendeiner Form Verantwortung trage. Folglich waren auch sämtliche gegen Belgrad erhobenen Forderungen in seinen Augen illegitim. Die Friedjung- und Prochaska-Affären waren der Vorwand dafür, österreichische Beschwerden von vornherein abzulehnen. Für den Fall, dass dies noch nicht deutlich genug war, fuhr Poincaré fort:

> Ich wies den Botschafter mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass Serbien in

> Europa Freunde habe, die sich über eine derartige Aktion wundern würden.[1360]

Paléologue überliefert eine noch schärfere Formulierung:

> Serbien hat sehr warme Anhänger im russischen Volke. Und Russland hat einen Bundesgenossen, Frankreich. Was können sich da für Entwicklungen ergeben![1361]

Auch Szapáry berichtete, dass der französische Präsident davon gesprochen habe, eine österreichische Aktion werde »eine für den Frieden gefährliche Situation« schaffen. Was immer Poincaré genau gesagt haben mochte, die Wirkung war schockierend, und zwar nicht nur für Szapáry, sondern auch für die Russen, die in der Nähe standen. Einige von ihnen waren, wie de Robien notierte, »für ihre Antipathie gegen Österreich bekannt«.[1362] Am Ende seiner Depesche fügte Szapáry eine Einschätzung des ganzen Vorfalls an (und man kann seinem Urteil kaum widersprechen): »Das vom Standpunkt eines hier auf Besuch weilenden fremden Staatsoberhauptes taktlose, wie eine Drohung klingende Auftreten des Präsidenten, welches von der reservierten, vorsichtigen Haltung des Herrn Sasonow so auffällig absticht, bestätigt die Erwartung, dass Herr Poincaré hier nichts weniger als kalmierend [sic!] einwirken werde.«[1363]

Mit dem Hinweis auf den Gegensatz zwischen Sasonow und Poincaré traf Szapáry einen wunden Punkt in den französisch-russischen Beziehungen. Auf einem Bankett der Botschaft am selben Abend – einem großen Empfang zu Ehren des Präsidenten – saß Poincaré neben Sasonow. In der drückenden Hitze (der Saal war schlecht belüftet) sprachen sie über die österreichisch-serbische Lage. Zu seiner Bestürzung wirkte Sasonow in Poincarés Augen zerstreut und wenig geneigt, Standhaftigkeit zu beweisen. »Der Zeitpunkt ist für uns ungünstig«, erklärte Sasonow, »unsere Bauern sind noch ganz mit der Arbeit auf den Feldern beschäftigt.«[1364] Unterdessen herrschte im kleinen Salon nebenan, wo sich die weniger bedeutenden Gäste amüsierten, eine ganz andere Stimmung. Hier war zu hören, wie ein Oberst aus Poincarés Gefolge einen Trinkspruch »auf den nächsten Krieg und den sicheren Sieg«

anregte.[1365] Poincaré war über Sasonows Unentschlossenheit beunruhigt. »Wir müssen«, sagte er zu Paléologue, »Sasonow vor den finsteren Plänen Österreichs warnen, ihn ermuntern, standhaft zu bleiben, und ihm unsere Unterstützung zusagen.«[1366]

Später am selben Abend, nach einem Empfang durch die Stadtversammlung, fand sich Poincaré in Gesellschaft von René Viviani und Alexander Iswolski auf der kaiserlichen Jacht wieder. Der russische Botschafter in Paris war eigens angereist, um an diesen Gesprächen teilzunehmen. Iswolski schien ganz in Gedanken – womöglich hatte er mit Sasonow gesprochen. Viviani wirkte »traurig und wortkarg«. Während die Jacht bei fast völliger Stille in Richtung Peterhof segelte, sah Poincaré zum Nachthimmel auf und fragte sich: »Was hat Österreich für uns auf Lager?«[1367]

Der folgende Tag, der 22. Juli, war besonders schwierig. Viviani erlitt offenbar einen Nervenzusammenbruch. Am Nachmittag spitzte sich die Sache zu, als es dem französischen Regierungschef, den man beim Mittagessen zufällig zur Linken des Zaren gesetzt hatte, unmöglich war, eine der an ihn gerichteten Fragen zu beantworten. Mitten am Nachmittag wurde sein Benehmen noch befremdlicher. Während Nikolaus und Poincaré den Klängen einer Militärkapelle lauschten, wurde Viviani beobachtet, wie er für sich in der Nähe des kaiserlichen Zeltes stand, vor sich hin murmelte, herumnörgelte, laut fluchte und allgemein die Aufmerksamkeit auf sich zog. Paléologues Bemühungen, ihn zu beruhigen, hatten keinen Erfolg. In seinem Tagebuch kommentierte Poincaré lapidar: »Viviani wird immer trauriger, und allmählich fällt es allen auf. Das Dinner ist ausgezeichnet.«[1368] Schließlich wurde bekannt gegeben, dass Viviani an einer »Leberkolik« leide und sich deshalb vorzeitig zurückziehen müsse.

Was dem Regierungschef so zusetzte, lässt sich nicht mit absoluter Sicherheit ermitteln. Seine nervliche Zerrüttung könnte durchaus, wie einige Historiker andeuteten, durch seine Befürchtungen wegen der Entwicklungen in Paris ausgelöst worden sein – am Mittwoch war ein Telegramm mit der Mitteilung eingetroffen, dass Caillaux gedroht hatte, mehrere sensible Transkripte vor Gericht zu verlesen.[1369] Wahrscheinlicher ist jedoch, dass

Viviani, ein überzeugter Pazifist, bestürzt war über die immer aggressiver werdende kriegerische Stimmung bei den französisch-russischen Zusammenkünften. Genau das dachte mit Sicherheit de Robien. Für den französischen Attaché lag es auf der Hand, dass Viviani »von all diesen Äußerungen des militärischen Geistes ganz erschöpft« war. Am 22. Juli wurde, wie de Robien notierte, von nichts anderem als dem Krieg geredet: »Man spürte, dass sich die Atmosphäre seit dem Vorabend verändert hatte.« Er lachte zwar, als die Marinesoldaten der Besatzung der *France* ihm erzählten, Angst zu haben, man könnte sie auf der Heimfahrt angreifen. Aber ihre Nervosität war kein gutes Omen.

Der Höhepunkt der Russlandreise Poincarés fand am letzten Tag, am Donnerstag, dem 23. Juli, statt, als die Staatsoberhäupter eine Parade von 70000 Mann vor dem Hintergrund von Militärmusik abnahmen, die hauptsächlich aus den Märschen *Sambre et Meuse* und *Marche Lorraine* bestand. Offenbar hielten die Russen Letzteren für »die persönliche Hymne Poincarés«. Besonders erstaunlich war der Umstand, dass die Soldaten nicht ihre schmucken Galauniformen trugen, sondern die Kampfanzüge in Khaki, die sie während der Ausbildung getragen hatten – de Robien deutete dies als ein weiteres Anzeichen für eine allgemeine Kriegsbereitschaft.[1370]

Poincaré und Paléologue waren am Abend des 22. Juli Augenzeugen einer überaus merkwürdigen Bekundung der Bündnistreue geworden, als Großherzog Nikolai Nikolajewitsch, der Befehlshaber der Kaiserlichen Garde, ein Festessen für die Gäste in Krasnoje Selo gab, einem Petersburger Erholungsort mit vielen stattlichen Villen, darunter die Sommerresidenzen der Zaren. Es war eine malerische Szenerie: Drei lange Tische waren in halboffenen Pavillons um einen frisch bewässerten Park gedeckt, inmitten wohlriechender Blütenknospen. Als der französische Botschafter ankam, wurde er von der Frau Großherzog Nikolais Anastasia und ihrer Schwester Militza begrüßt, die mit Nikolais Bruder Pjotr Nikolajewitsch verheiratet war. Die beiden Schwestern waren Töchter des bemerkenswert tatkräftigen und ehrgeizigen Königs Nikola von Montenegro. »Wissen Sie«, sagten sie (beide gleichzeitig), »dass wir historische, ja heilige Tage durchleben?«

> Morgen während der Truppenschau werden die Militärkapellen nur die *Marche Lorraine* und *Sambre et Meuse* spielen. Ich habe heute von meinem Vater ein Telegramm in der vereinbarten Fassung erhalten. Er meldet mir, dass der Krieg noch vor Schluss dieses Monats ausbrechen wird … Ach, was ist mein Vater für ein Held! … Er ist der Ilias würdig! Sehen Sie sich diese Bonbonnière an, die mich nie verlässt. Sie enthält lothringische Erde, ja, lothringische Erde, die ich jenseits der Grenze aufgelesen habe, als ich vor zwei Jahren mit meinem Manne in Frankreich war. Und jetzt, sehen Sie sich die Ehrentafel an. Sie ist mit Disteln geschmückt. Ich wollte keine anderen Blumen. Nun, das sind Disteln aus Lothringen. Ich habe einige Zweige davon auf dem annektierten Gebiete gepflückt, ich habe sie nach Hause gebracht und die Samen in meinem Garten pflanzen lassen … Militza, sprich du noch mit ihm, sprich du mit dem Botschafter, sage ihm alles, was dieser Tag für uns bedeutet, während ich den Kaiser empfange …[1371]

Die Großherzogin meinte das keineswegs im übertragenen Sinn. Ein Brief des französischen Militärattachés in St. Petersburg General Laguiche vom November 1912 bestätigt, dass die Großherzogin im Sommer dieses Jahres, während ihr Mann die französischen Manöver in der Nähe von Nancy besichtigte, jemanden über die Grenze in das vom Deutschen Reich kontrollierte Lothringen geschickt hatte – mit dem Befehl, eine Distel und etwas Erde zu holen. Sie brachte die Distel mit nach Russland, pflegte sie, bis sie keimte, pflanzte die Samen in die Lothringer Erde ein, goss sie fleißig, bis neue Disteln wuchsen, mischte dann die Lothringer Erde mit russischer Erde als Symbol für das französisch-russische Bündnis und gab sie ihrem Gärtner zum Aussetzen. Dabei warnte sie ihn, falls die Disteln eingingen, würde er seine Stelle verlieren. Aus diesem Garten erntete sie die Exemplare, die sie im Juli 1914 Poincaré zeigte.[1372] Diese extravaganten Gesten hatten reale politische Bedeutung; Anastasias Mann Großherzog Nikolai, ein Panslawist und der erste Vetter nach dem Zaren, zählte zu denjenigen, die Nikolaus II. am ärgsten drängten, militärisch in Serbiens Namen zu intervenieren, falls Österreich Belgrad »unannehmbare« Forderungen vorlegen sollte.

Die montenegrinische Schwärmerei hörte während des ganzen Festessens nicht auf, als Anastasia ihren Nachbarn eine Prophezeiung nach der anderen präsentierte: »Der Krieg wird ausbrechen … Von Österreich wird nichts mehr übrig bleiben … Sie werden sich Elsass und Lothringen zurücknehmen … Unsere Armeen werden sich in Berlin vereinigen … Deutschland wird vernichtet werden …«[1373] und so fort. Auch Poincaré erlebte die Prinzessinnen in Aktion. Er saß während einer Ballettvorführung als Entreakt neben Sasonow, als Anastasia und Militza herantraten und anfingen, den Außenminister wegen fehlender Leidenschaft bezüglich der Unterstützung Serbiens zu tadeln. Einmal mehr gab die Laschheit des Außenministers zu denken, aber Poincaré stellte mit Befriedigung fest: »Der Zar erscheint mir seinerseits, ohne dass er ebenso ekstatisch wie die beiden Großherzoginnen ist, entschlossener als Sasonow, Serbien auf diplomatischem Wege zu verteidigen.«[1374]

Diese Dissonanzen verhinderten nicht, dass sich die beiden Bündnispartner auf eine gemeinsame Vorgehensweise einigten. Am 23. Juli, dem Tag der Abreise der Franzosen, verständigte sich Viviani, der sich anscheinend von seiner »Leberkolik« ein wenig erholt hatte, um 18 Uhr mit Sasonow darauf, an die russischen und französischen Botschafter in Wien Anweisungen zu versenden. Die Botschafter sollten eine freundliche, gemeinsame Demarche verfassen, die Österreich zur Mäßigung riet und die Hoffnung ausdrückte, dass die Wiener Regierung nichts unternehmen werde, das die Ehre oder Unabhängigkeit Serbiens antasten würde. Diese Worte waren natürlich sorgfältig gewählt, um der von den Österreichern geplanten Note im Vorfeld einen Riegel vorzuschieben. Beide Parteien wussten ja bereits davon. George Buchanan erklärte sich bereit anzuregen, dass seine Regierung eine ähnliche Botschaft abschickte.[1375]

An jenem Abend, während des Dinners vor der Abreise an Deck der *France*, kam es zu einem höchst sinnbildlichen Streit zwischen Viviani und Paléologue um den Wortlaut eines Kommuniqués, das für die Presse verfasst werden sollte. Paléologues Fassung endete mit einer deutlichen Anspielung auf Serbien:

> Die beiden Regierungen haben die völlige Übereinstimmung ihrer Anschauungen und ihrer Absichten zur Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts festgestellt, namentlich im Hinblick auf die Balkanhalbinsel.

Viviani war über diese Formulierung unglücklich. »Der letzte Satz Ihrer Notiz sagt mir nicht besonders zu; er klingt allzu sehr wie eine Verpflichtung, die russische Balkanpolitik mitzumachen«, sagte er. Eine neue, unverfänglichere Fassung wurde ausgearbeitet:

> Der Besuch, den der Präsident der Republik S.M. dem Kaiser von Russland abstattete, hat den beiden befreundeten und verbündeten Regierungen Gelegenheit geboten, die völlige Übereinstimmung ihrer Ansichten über die verschiedenen Probleme festzustellen, die sich namentlich im Orient aus der Sorge um den allgemeinen Frieden und um das europäische Gleichgewicht für die Großmächte ergeben.[1376]

Das ist ein schönes Beispiel für die Kunst des Euphemismus. Aber trotz der besonnenen Wortwahl wurde das überarbeitete Kommuniqué ohne Weiteres entschlüsselt und von den liberalen und panslawistischen russischen Zeitungen ausgenutzt, die anfingen, ganz offen eine Militärintervention zur Unterstützung Belgrads zu fordern.[1377]

Poincaré war über den Verlauf des Abendessens nicht sonderlich glücklich. Der schwere Regen am Nachmittag hatte die Markise auf dem Achterdeck, wo die Gäste eigentlich Platz nehmen sollten, fast völlig zerfetzt. Und der Schiffskoch bekleckerte sich auch nicht gerade mit Ruhm: Der Suppengang kam sehr spät, und »kein Einziger lobte die Speisen«, notierte Poincaré später. Aber der Präsident konnte dennoch mit dem allgemeinen Eindruck seines Besuchs zufrieden sein. Er hatte Gelegenheit bekommen, sein Credo der Standhaftigkeit zu predigen, und seine Worte waren auf offene Ohren gestoßen. In diesem Kontext bedeutete Standhaftigkeit einen unnachgiebigen Widerstand gegen jede österreichische Maßnahme gegen Serbien. Zu keiner Zeit lassen die Quellen darauf schließen, dass Poincaré oder seine russischen Gesprächspartner überhaupt einen Gedanken daran verschwendeten, welche

Maßnahmen Österreich-Ungarn eigentlich mit vollem Recht im Zuge der Morde treffen könnte. Eine Improvisation oder neue politische Stellungnahme war völlig überflüssig: Poincaré blieb einfach auf dem Kurs, auf den er seit dem Sommer 1912 hingearbeitet hatte. Das könnte unter anderem erklären, warum er, im Gegensatz zu vielen in seinem Umfeld, während des Besuchs so bemerkenswert ruhig blieb. Das war genau das Szenario des Katalysators Balkan, das in so vielen französisch-russischen Gesprächen bereits vorhergesehen wurde. Vorausgesetzt, auch die Russen blieben standhaft, sollten sich die Ereignisse genau so entwickeln, wie diese Linie es vorausgesehen hatte. Poincaré nannte das eine Politik für den Frieden, weil er davon ausging, dass Deutschland und Österreich angesichts einer so unerschrockenen Solidarität wohl einen Rückzieher machen würden. Aber wenn alles schiefging, gab es Schlimmeres als einen Krieg an der Seite des mächtigen Russlands und der, wie man hoffte, Militär-, See-, Handels- und Industriemacht Großbritannien.

De Robien, der dies alles aus nächster Nähe verfolgte, war nicht beeindruckt. Seinem Empfinden nach hatte Poincaré absichtlich die Autorität Vivianis übergangen, der als Premier und Außenminister eigentlich der zuständige Amtsinhaber war, und Nikolaus II. Zusagen und Versprechen geradezu aufgedrängt. Unmittelbar vor dem Abschied ermahnte Poincaré den Zaren: »Diesmal müssen wir hart bleiben.«

> Fast genau in diesem Augenblick wurde [wie de Robien sich erinnerte] das österreichische Ultimatum an Belgrad übergeben. Unsere Gegner hatten ebenfalls beschlossen, »hart zu bleiben«. Auf beiden Seiten malte man sich aus, dass »Bluffen« ausreichen würde, um einen Erfolg zu erzielen. Keiner der Akteure dachte, dass es nötig sein würde, bis zum Äußersten zu gehen. Das tragische Pokerspiel hatte begonnen.[1378]

Es gehöre zur Natur großer Menschen, sollte Paléologue später schreiben, derart verhängnisvolle Spiele zu spielen. Der »Mann der Tat« wird, so beobachtete er in seiner Studie über Cavour, »zu einem Spieler, denn jede ernste Aktion impliziert nicht nur eine Vorwegnahme der Zukunft, sondern einen Anspruch auf die Fähigkeit, Ereignisse zu entscheiden, sie zu lenken

und zu kontrollieren«.[1379]

1329 Louis de Robien, »Arrivée en Russie«, Louis de Robien MSS, AN 427, AP 1, Bd. 2, Bl. 1 f.

1330 Ebenda, Bl. 3 f.

1331 Ebenda, Bl. 6 f.

1332 Ebenda, Bl. 8 f.

1333 Ebenda, Bl. 13.

1334 Ebenda, Bl. 12.

1335 M. B. Hayne, *The French Foreign Office and the Origins of the First World War, 1898–1914*, Oxford 1993, S. 117 f.

1336 Maurice Paléologue, *Cavour*, London 1927, S. 69.

1337 Daeschner an Doulcet, Paris, 25. Mai 1914, AMAE, PA-AP, 240 Doulcet, Bd. 21.

1338 Iswolski an Sasonow, Paris, 15. Januar 1914, *IBZI*, Reihe 1, Bd. 1, Dok. 13, S. 14 ff.; Bertie an Grey, Paris, 26. Januar und 15. Juni 1912; siehe Bertie an Nicolson, 26. Januar 1912, TNA FO 800/165, Bl. 133 f.

1339 De Robien, »Arrivée«, Bl. 10.

1340 Bertie an Nicolson, 26. Januar 1912, TNA FO 800/165, Bl. 133 f.; »lamentable choix«: Gérard, Botschafter in Japan, Bemerkungen vom 18. Juni 1914, dokumentiert in: Georges Louis, *Les Carnets de Georges Louis*, 2 Bde., Paris 1926, Bd. 2, S. 125.

1341 Crowe, Randbemerkung auf Bertie an Grey, Paris, 26. Januar 1912, zitiert in: John Keiger, *France and the Origins of the First World War*, London 1983, S. 5.

1342 Ebenda, S. 51.

1343 Hayne, *French Foreign Office*, S. 253 f., 133.

1344 Iswolski an Sasonow, Paris, 15. Januar 1914, *IBZI*, Serie 3, Bd. 1, Dok. 13, S. 14 ff.

1345 Bericht über ein Gespräch mit Paléologue, Anfang Januar 1914, in: V. N. Strandtmann, *Balkanske Uspomene*, Belgrad 2009, S. 240.

1346 Zum Ruf de Margeries, Poincaré loyal ergeben zu sein, siehe Sewastopulo (russischer Geschäftsträger, Paris) an Sasonow, Paris, 15. Januar 1914, *IBZI*, Serie 3, Bd. 1, Dok. 16, S. 19; zu de Margeries Zuneigung und Loyalität zu Poincaré siehe Bernard Auffray, *Pierre de Margerie, 1861–1942 et la vie diplomatique de son temps*, Paris 1976, S. 243 f.; Keiger, *France and the Origins*, S. 51.

1347 »The French Army«, in: *The Times*, 14. Juli 1914, S. 8, Sp. D; »French Military Deficiencies«, »No Cause for Alarm«, in: *The Times*, 15. Juli 1914, S. 7, Sp. A.; Gerd Krumeich, *Armaments and Politics in France on the Eve of the First World War. The Introduction of the Three-Year Conscription 1913–1914*, Leamington Spa 1984, S. 214; Keiger, *France and the Origins*, S. 149.

1348 Poincaré, Tagebucheintrag vom 15. Juli 1914, Notes journaliéres, BNF 16027.

1349 Poincaré, Tagebucheintrag vom 11. Juli 1914, ebenda.

1350 Poincaré, Tagebucheintrag vom 18. Juli 1914, ebenda.

1351 Poincaré, Tagebucheintrag vom 16. Juli 1914, ebenda.

1352 Poincaré, Tagebucheintrag vom 20. Juli 1914, ebenda.

1353 Maurice Paléologue, *An Ambassador's Memoirs 1914–1917*, London 1973, S. 5 (deutsch: *Am*

Zarenhof während des Weltkrieges. Tagebücher und Betrachtungen, München 1929, S. 3).

1354 Vgl. Luigi Albertini, *The Origins of the War of 1914*, 3 Bde., Oxford 1953, Bd. 2, S. 189.

1355 Paléologue, *Am Zarenhof*, S.2

1356 Ebenda, S. 4.

1357 Poincaré, Tagebucheintrag vom 20. Juli 1914, Notes journaliéres, BNF 16027.

1358 Poincaré, Tagebucheintrag vom 21. Juli 1914, ebenda.

1359 Paléologue, *Am Zarenhof*, S. 9; Szapáry meldete ebenfalls eine »indirekte Anspielung auf die ›Prochaska-Affäre‹«, siehe Szapáry an Berchtold, St. Petersburg, 21. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10461, S. 567 f.; Friedrich Würthle, *Die Spur führt nach Belgrad*, Wien 1975, S. 207, 330 f.

1360 Poincaré, Tagebucheintrag vom 21. Juli 1914, Notes journaliéres, BNF 16027.

1361 Paléologue, *Am Zarenhof*, S. 9.

1362 Louis de Robien, »Voyage de Poincaré«, AN 427 AP 1, Bd. 2, Bl. 54. De Robien war nicht persönlich anwesend, als die Worte ausgesprochen wurden, erfuhr jedoch über russische Augenzeugen von ihrer Wirkung.

1363 Szapáry an Berchtold, St. Petersburg, 21. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10461, S. 568; vgl. zu einer abweichenden Sichtweise des Wortwechsels Keiger, *France and the Origins*, S. 151, der argumentiert, dass Szapáry in den Worten des Präsidenten zu Unrecht eine Drohung erblickte.

1364 Poincaré, Tagebucheintrag vom 21. Juli 1914, Notes journaliéres, BNF 16027.

1365 De Robien, »Voyage de Poincaré«, Bl. 55.

1366 Ebenda, Bl. 57.

1367 Poincaré, Tagebucheintrag vom 21. Juli 1914, Notes journaliéres, BNF 16027.

1368 Poincaré, Tagebucheintrag vom 22. Juli 1914, ebenda.

1369 Christopher Andrew, »Governments and Secret Services: A Historical Perspective«, in: *International Journal*, 34/2 (1979), S. 167–186, hier S. 174.

1370 De Robien, »Voyage de Poincaré«, Bl. 56 ff.

1371 Paléologue, *An Ambassador’s Memoirs*, S. 15.

1372 Diese Anekdote wird in einem Brief Laguiches an den französischen Botschafter in St. Petersburg (damals Georges Louis) und das französische Kriegsministerium vom 25. November 1912 überliefert, der im historischen Militärarchiv eingesehen werden kann: Service Historique de la Défence, Château de Vincennes, Carton 7 N 1478. Ich möchte Professor Paul Robinson von der Graduate School of Public and International Affairs an der University of Ottawa dafür danken, dass er mich auf diese Quelle hingewiesen und mir die Referenzdaten geschickt hat.

1373 Paléologue, *An Ambassador’s Memoirs*, S. 15.

1374 Poincaré, Tagebucheintrag vom 22. Juli 1914, Notes journalières, BNF 16027.

1375 Poincaré, Tagebucheintrag vom 23. Juli 1914, ebenda.

1376 Paléologue, *An Ambassador’s Memoirs*, S. 16 f.

1377 De Robien, »Voyage de Poincaré«, Bl. 62.

1378 Ebenda, Bl. 62 f.

1379 Paléologue, *Cavour*, S. 70.

KAPITEL 10
DAS ULTIMATUM

Österreich stellt Forderungen

Während Poincaré und Viviani zum Hafen von Kronstadt fuhren, legten die Österreicher letzte Hand an das Ultimatum an, das Belgrad vorgelegt werden sollte. Um kein Aufsehen zu erregen, begaben sich die Mitglieder des Ministerrats für gemeinsame Angelegenheiten in unauffälligen Fahrzeugen am Sonntag, dem 19. Juli, zu Berchtolds Privatgemächern. Bei dieser Sitzung sollte die »bevorstehende diplomatische Aktion gegen Serbien« geklärt werden. Es kam zu einer informellen Diskussion über die Note, die an Belgrad geschickt werden sollte; und der Wortlaut wurde endgültig festgelegt. Man einigte sich darauf, das Ultimatum am 23. Juli um 17 Uhr zu übergeben (es wurde später auf 18 Uhr verschoben, um zu gewährleisten, dass Poincaré zu der Zeit bereits auf hoher See war). Außenminister Graf Leopold von Berchtold erklärte hochtrabend, er halte es für »nicht wahrscheinlich, dass unser Schritt noch vor der Abreise des Präsidenten der französischen Republik von St. Petersburg bekannt werden wird«. Da er jedoch genau wusste, dass Rom von den Wiener Plänen bereits erfahren hatte, war Schnelligkeit dringend geboten. Der serbischen Regierung sollte für ihre Antwort eine Frist von 48 Stunden eingeräumt werden; falls die Serben die Forderungen nicht bedingungslos akzeptierten, lief das Ultimatum am frühen Abend des 25. Juli ab.

Und was sollte dann kommen? Der Rest der Diskussion drehte sich um verschiedene Aspekte des Szenarios nach Ablauf des Ultimatums. Stabschef Franz Conrad von Hötzendorf versicherte dem ungarischen Regierungschef István Tisza, dass man genügend Truppen zur Verfügung stellen werde, um Transsylvanien gegen einen möglichen rumänischen Angriff zu schützen. Tisza bestand darauf, dass Österreich-Ungarn von Anfang an deutlich machen müsse, »dass mit der Aktion gegen Serbien keine Eroberungspläne

für die Monarchie verknüpft seien« und dass es nicht die Absicht habe, Territorien des serbischen Königreichs zu annektieren. Er lehnte wie schon beim vorausgegangenen Treffen jede Maßnahme vehement ab, die dazu geeignet war, dem Habsburger Reich noch mehr zornige Südslawen zu bescheren; außerdem befürchtete er, dass sich die Russen auf keinen Fall heraushalten würden, wenn mit österreichischen Gebietsgewinnen gerechnet werden musste. Diese Forderung löste eine heftige Diskussion aus. Insbesondere Berchtold argumentierte, dass sich eine territoriale Verkleinerung der serbischen Staatsmacht im Nachspiel eines Konflikts als ein unverzichtbares Mittel erweisen könnte, um die Bedrohung für die österreichisch-ungarische Sicherheit durch Serbien zu neutralisieren. Tisza blieb bei seinem Standpunkt, und die Teilnehmer einigten sich auf einen Kompromiss: Wien würde offiziell zu gegebener Zeit bekannt geben, dass die Doppelmonarchie keinen Eroberungskrieg führe und keinerlei Gebietsansprüche gegenüber Serbien stelle. Allerdings ließ es dabei die Möglichkeit offen, dass andere Staaten, insbesondere Bulgarien, Gebiete annektierten, die derzeit von den Serben kontrolliert würden.[1380]

Weder diese noch die übrigen österreichischen Sitzungen auf höchster Ebene brachten etwas hervor, das auch nur annähernd einer, wie man heute sagen würde, Ausstiegsstrategie geähnelt hätte. Serbien war kein Schurkenstaat in einem ansonsten ruhigen Umfeld: Das benachbarte Albanien war immer noch extrem instabil; es bestand immer die Möglichkeit, dass Bulgarien, sobald es sich Territorien aus dem serbisch kontrollierten Makedonien einverleibt hatte, zu seiner früheren russlandfreundlichen Politik zurückkehrte − und wie sollte man bulgarische Annexionen in Makedonien mit territorialen Kompensationen für Rumänien in Einklang bringen?[1381] Blieb die österreichfeindliche Dynastie Karadjordjević in Serbien an der Macht, und wenn nicht, wer oder was trat an ihre Stelle? Darüber hinaus gab es noch praktische Fragen von untergeordneter Bedeutung: Wer würde sich um die österreichischen Vertretungen in Belgrad und Cetinje kümmern, falls Österreich-Ungarn gezwungen wäre, die Beziehungen abzubrechen – eventuell die Deutschen?[1382] Das alles blieb unklar. Und wie schon bei der Sitzung vom 7. Juli wurde einmal mehr die Möglichkeit einer russischen

Intervention nur oberflächlich erörtert. Conrads Kommentare zur militärischen Lage konzentrierten sich ausschließlich auf Österreichs Plan B − ein reines Militärszenario auf dem Balkan − statt auf Plan R, der für die Möglichkeit eines russischen Angriffs auf den österreichischen Teil Galiziens vorgesehen war. Aber von den anwesenden Ministern kam kein einziger auf die Idee, Conrad eindringlich zu befragen, wie er zu reagieren gedenke, sollten die Russen tatsächlich intervenieren, oder ihn zu fragen, wie schwierig der Wechsel von einem Aufstellungsszenario zum anderen sei.[1383] Die Blicke der österreichischen Elite waren immer noch ganz gebannt auf den Streit mit Belgrad gerichtet, allgemeinere Sorgen blieben ausgeklammert. Selbst als in Wien die Nachricht von Poincarés ungewöhnlicher Warnung gegenüber Szapáry eintraf, dass Serbien »Freunde« habe (eine Botschaft, die signalisierte, dass Frankreich und Russland ihre Ansichten, was eine geeignete Antwort auf eine österreichische Demarche sei, harmonisiert hatten), dachte Berchtold nicht an einen Kurswechsel.[1384]

Die Note und das Ultimatum wurden von Baron Alexander Musulin von Gomirje verfasst, einem vergleichsweise niedrigstehenden Beamten, seit 1910 Rechtsberater in den Sektionen Kirchenpolitik und Ostasien. Musulin wurde mit der Ausarbeitung des Ultimatums beauftragt, weil er als ausgezeichneter Stilist galt. Er war, wie Lewis Namier es später nannte, »einer jener durchschnittlichen, persönlich aufrichtigen, gut meinenden Menschen, die ein dunkles Schicksal zu Bauern in dem Spiel auserwählt hatte, das in der größten Katastrophe der europäischen Geschichte enden sollte«.[1385] Musulin schliff an seinem Text wie ein Juwelier an einem Edelstein.[1386] Der Begleittext zum Ultimatum erinnerte Serbien als Erstes daran, dass es im Nachspiel der Bosnienkrise versprochen hatte, »eine freundnachbarliche Beziehung« zu Österreich-Ungarn anzustreben. Trotz dieses Versprechens habe, so hieß es weiter, die serbische Regierung weiterhin die Existenz einer »subversiven Bewegung« auf ihrem Territorium geduldet, welche »durch Akte des Terrorismus, durch eine Reihe von Attentaten und durch Morde Ausdruck gefunden« habe – eine etwas theatralische Anspielung auf rund ein Dutzend gescheiterter südslawischer Verschwörungen, die den Morden von Sarajevo vorausgegangen waren. Statt

eine derartige Tätigkeit zu unterdrücken, »duldete« die serbische Regierung, behauptete die Note, »das verbrecherische Treiben der verschiedenen gegen die Monarchie gerichteten Vereine und Vereinigungen«, sowie »alle Manifestationen, welche die serbische Bevölkerung zum Hasse gegen die Monarchie und zur Verachtung ihrer Einrichtungen verleiten konnten«.[1387] Die vorläufige Ermittlung zur Mordverschwörung gegen den Erzherzog habe ergeben, dass sie in Belgrad geplant worden sei und die Mörder dort ihre Waffen erhalten hätten. Mit Hilfe von Beamten der serbischen Grenzwache seien sie nach Bosnien geschleust worden. Deshalb sei jetzt Schluss mit der Haltung der »Langmut«, welche die Monarchie bislang in ihren Beziehungen zu Serbien an den Tag gelegt habe. Im letzten Teil des Briefes wurde verlangt, dass die Belgrader Regierung im gesamten Königreich eine Stellungnahme veröffentliche (der Text war beigefügt), in der sie sich vom panserbischen Irredentismus distanzierte.

An diesem Text, der auch die Grundlage des Briefs bildete, den man fünf Tage später den anderen Mächten zukommen ließ, als Österreich Serbien den Krieg erklärte, ist vor allem eines bemerkenswert: Mit keinem Wort wird eine direkte Mittäterschaft des serbischen Staates an den Morden in Sarajevo unterstellt. Stattdessen wird etwas vorsichtiger behauptet, dass die serbischen Behörden jene Organisationen und Aktivitäten »geduldet« hätten, aus denen die Mörder hervorgegangen seien. An dieser behutsamen Formulierung lässt sich nicht zuletzt ablesen, was die Österreicher wussten und was nicht. Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Wien hatte den Rechtsberater Dr. Friedrich von Wiesner nach Sarajevo geschickt, um das gesamte vorliegende Beweismaterial zum Hintergrund der Verschwörung zusammenzutragen und auszuwerten. Am 13. Juli schickte Wiesner nach einer sorgfältigen Untersuchung einen Bericht mit der Schlussfolgerung, dass bislang keine Beweise für die Verantwortung oder Mittäterschaft der Belgrader Regierung vorlägen.[1388] Dieser Bericht sollte später von all jenen zitiert werden, die behaupteten, dass Österreich die Ereignisse von Sarajevo lediglich als Vorwand benutzt habe, da es den Krieg ohnehin gewollt habe. Aber die damalige Lage war komplexer. Wie Wiesner später dem amerikanischen Historiker Bernadotte Everly Schmitt erklärte, war sein

Telegramm »weitgehend missverstanden« worden:

> Persönlich sei er [erinnerte sich Wiesner] damals durch die bei der Ermittlung zusammengetragenen Hinweise durchaus von der moralischen Mitschuld der serbischen Regierung an dem Verbrechen von Sarajevo überzeugt gewesen, aber weil das Beweismaterial nicht so beschaffen gewesen sei, dass es vor Gericht Bestand gehabt hätte, sei er nicht bereit gewesen, es in einem richtigen Prozess gegen Serbien zu verwenden. Das habe er, sagte er, bei seiner Rückkehr nach Wien deutlich gemacht.[1389]

Da die Österreicher ihr Anliegen juristisch unbedingt so einwandfrei wie möglich präsentieren wollten, kam es nicht in Frage, Serbien eine direkte Mitschuld an den Morden in Sarajevo zu unterstellen. Das vorliegende Material zur Vorbereitung und Ausbildung der Attentäter und zum Überschreiten der serbischen Grenze reichte lediglich aus, um die Beteiligung verschiedener untergeordneter Behörden zu beweisen. Bei der Jagd nach den nebulösen Strukturen der Narodna Odbrana hatten die Österreicher überdies die viel wichtigere Schwarze Hand übersehen, deren Netzwerke bis tief in den serbischen Staat reichten. Es war ihnen weder gelungen, die Spur zu Apis zu verfolgen, noch hatten sie die Frage eindeutig klären können, ob die serbische Regierung im Voraus von der Verschwörung gewusst habe − womöglich weil Leon Biliński, dem es peinlich war, dass er sein kurzes Gespräch mit dem serbischen Botschafter nicht an Berchtold gemeldet hatte, die ganze Episode für sich behielt. Wenn die Österreicher genauer Bescheid gewusst hätten, dann hätten sie sich mit Sicherheit noch stärker berechtigt gefühlt, die geplanten Maßnahmen durchzuführen. Momentan zwang die Schande des Friedjung-Prozesses, den die Russen und Franzosen bereits als Argument gegen die Glaubwürdigkeit der Wiener Behauptungen ins Feld geführt hatten, die Verfasser des Ultimatums, den Wortlaut so zu wählen, dass jede These auf der Basis der bei der Ermittlung in Sarajevo bereits zutage geförderten Informationen zweifelsfrei bewiesen werden konnte.

Darauf folgten die zehn Forderungen des eigentlichen Ultimatums. Die ersten drei Punkte konzentrierten sich auf die Unterdrückung irredentistischer Organe und der antiösterreichischen Propaganda, die sie produzierten. Die

Punkte 4, 6 und 8 sprachen die Notwendigkeit an, Maßnahmen gegen Personen zu ergreifen, die an dem Verbrechen von Sarajevo beteiligt gewesen waren, auch gegen kompromittierte Militärangehörige und Grenzsoldaten und »jene Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni […], die sich auf serbischem Territorium befinden«. Punkt 7 war konkreter: Er verlangte »mit aller Beschleunigung« die Verhaftung des Majors Voja Tankosić und Milan Ciganovićs. Tankosić war, was die Österreicher nicht wussten, ein Aktivist der Schwarzen Hand, der Apis nahe stand. Er war derjenige gewesen, der die drei jungen Männer rekrutiert hatte, die den Kern des Verschwörungsteams gebildet hatten. Ciganović war den Österreichern lediglich als ein »serbischer Staatsbeamter« bekannt, der wie Tankosić »durch die Ergebnisse der Untersuchung kompromittiert« war. Aber er war, laut der späteren Aussage von Ljuba Jovanović, gleichzeitig ein Mitglied der Schwarzen Hand und arbeitete als eine Art Doppelagent heimlich auch für Pašić.[1390] Unter Punkt 9 bat Wien Belgrad um »Aufklärung […] über die nicht zu rechtfertigenden Äußerungen hoher serbischer Funktionäre in Serbien und im Auslande, die, ihrer offiziellen Stellung ungeachtet, nicht gezögert haben, sich nach dem Attentat am 28. Juni in Interviews in feindlicher Weise gegen Österreich-Ungarn auszusprechen«. Dieser Punkt verwies unter anderem auf die Interviews, die Spalajković in St. Petersburg gegeben hatte; er führt uns außerdem vor Augen, wie tief die österreichische Haltung von den serbischen Reaktionen auf das Verbrechen getroffen worden war. Punkt 10 bat lediglich um die offizielle Mitteilung, dass »ohne Verzug« entsprechende Maßnahmen eingeleitet würden, um die genannten Forderungen zu erfüllen.

Die umstrittensten Forderungen waren die Punkte 5 und 6. Unter Punkt 5 verlangte Wien von der Belgrader Regierung die Erlaubnis, »dass in Serbien Organe der k. und k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken«; und Punkt 6 erklärte, dass von Österreich-Ungarn »delegierte Organe an den bezüglichen Ermittlungen«, gemeint sind Ermittlungen auf serbischem Territorium gegen Mitverschwörer, teilnehmen würden. Wie in Wien üblich, wurde der Text von mehreren Autoren verfasst, aber Berchtold

war derjenige gewesen, der auf der ausdrücklichen Forderung einer österreichischen Beteiligung an den Ermittlungen bestanden hatte.[1391] Der Grund lag auf der Hand: Wien traute den serbischen Behörden nicht zu, die Ermittlungen konsequent durchzuführen, wenn die Österreicher ihnen nicht auf die Finger schauten. Und man darf nicht vergessen, dass keine einzige Maßnahme der serbischen Regierung zwischen dem 28. Juni und der Übergabe des Ultimatums den Österreichern Anlass gab, diese Voreingenommenheit abzulegen.

Die Forderung nach österreichischer Beteiligung war die mit der serbischen Souveränität unvereinbare Forderung, die in Paris, St. Petersburg und Belgrad bereits als potenzieller Auslöser eines größeren Konflikts ausgemacht worden war. Man kann natürlich zu Recht fragen, ob ein Staat für Aktionen verantwortlich gemacht werden kann, die Bürger auf seinem Territorium privat geplant haben. Aber die Angelegenheit allein durch die Brille der unverletzlichen Souveränität Serbiens zu beurteilen, verzerrte das Bild ein wenig. Zunächst stellte sich hier die Frage der Gegenseitigkeit. Der serbische Staat (oder zumindest seine Führung) akzeptierte sehr wohl die Verantwortung für die spätere »Wiedervereinigung« aller Serben, auch jener, die in der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie lebten. Das implizierte bestenfalls eine begrenzte Anerkennung der Souveränitätsrechte des Habsburger Reiches innerhalb der nicht erlösten Gebiete des »Serbentums«. Ferner war es Tatsache, dass der serbische Staat unter Pašić nur eine sehr begrenzte Kontrolle über die irredentistischen Netzwerke ausübte. Die gegenseitige Durchdringung der konspirativen Netzwerke innerhalb des serbischen Staates und der transnationalen Ableger des ethnischen Irredentismus führten jeden Versuch ad absurdum, die Spannungen zwischen Serbien und Österreich-Ungarn unter dem Aspekt einer gegenseitigen Beziehung zwischen souveränen Territorialstaaten zu verstehen. Und natürlich existierten damals noch keine transnationalen Organe und rechtlichen Rahmen, die heutzutage in derartigen Konflikten urteilen und ihre Lösung überwachen.

Als Edward Grey den vollen Wortlaut des österreichischen Ultimatums zu Gesicht bekam, bezeichnete er es als »das furchtbarste Dokument, das ich je

einen Staat an einen anderen Staat habe richten sehen«; in einem Brief an seine Frau nannte Winston Churchill die Note »das unverfrorenste Dokument dieser Art, das jemals geschrieben wurde«.[1392] Wir wissen nicht, welche Vergleiche Grey und Churchill im Sinn hatten; und die Besonderheit der historischen Situation, die durch die Verbrechen von Sarajevo herbeigeführt worden war, macht vergleichende Beurteilungen schwierig. Aber es wäre mit Sicherheit falsch, die österreichische Note als einen anormalen Rückschritt in eine barbarische und längst vergangene Ära vor dem Aufstieg souveräner Staaten zu werten. Die österreichische Note war beispielsweise deutlich zurückhaltender als das Ultimatum, das die NATO in der Form des im Februar und März 1999 verfassten Rambouillet-Abkommens Serbien-Jugoslawien vorlegte, um die Serben zur Einhaltung der NATO-Linie im Kosovo zu zwingen. Unter den Bestimmungen findet sich etwa folgender Passus:

> Das NATO-Personal wird, zusammen mit seinen Fahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen und Ausrüstungsgegenständen, in der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien freien und ungehinderten Zugang genießen, unter Einschluss ihres Luftraums und ihrer Territorialgewässer. Dies schließt das Recht ein, beschränkt sich aber nicht darauf, Feldlager zu errichten, zu manövrieren, sich einzuquartieren und alle Gebiete und Einrichtungen zu nutzen, die erforderlich sind für Unterstützung, Übungen und Operationen.[1393]

Henry Kissinger hatte zweifellos Recht, wenn er den Rambouillet-Vertrag als »eine Provokation, eine Entschuldigung dafür, mit den Bombardierungen beginnen zu können«, bezeichnete.[1394] Verglichen damit waren die Forderungen der österreichischen Note harmlos.

Wiens Ultimatum wurde freilich unter der Annahme verfasst, dass die Serben es höchstwahrscheinlich nicht akzeptieren würden. Es war kein Versuch, in letzter Sekunde den Frieden zwischen den beiden Nachbarstaaten zu retten, sondern ein kompromissloses Manifest der österreichischen Haltung. Andererseits beinhaltete es, im Gegensatz zu Rambouillet, keineswegs die Forderung eines völligen Kniefalls des serbischen Staates; die

Bedingungen konzentrierten sich ganz auf die Bedrohung, die der serbische Irredentismus für die österreichische Sicherheit darstellte, und gerade die Punkte 5 und 6 spiegelten Bedenken zur Verlässlichkeit des serbischen Gehorsams wider, bei denen die Verfasser allen Grund zu der Annahme hatten, dass sie berechtigt waren. Noch am 16. Juli, als der britische Gesandte Dayrell Crackanthorpe gegenüber Slavko Gruić, dem Generalsekretär des serbischen Auswärtigen Amtes, durchblicken ließ, dass es möglicherweise sinnvoll wäre, eine unabhängige serbische Ermittlung die Verbrechen aufklären zu lassen, hatte dieser starrsinnig erklärt, dass es unmöglich sei, »irgendwelche bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, bevor man das Ergebnis des Sarajevoer Gerichtsverfahrens […] kennen gelernt habe«. Sobald der Bericht veröffentlicht sei, fuhr Gruić fort, sei die serbische Regierung »durchaus bereit, jedem mit dem internationalen Brauch in Einklang stehenden Verlangen nach weiterer Untersuchung, die durch die Umstände etwa geboten sei, nachzukommen«. Sollte es jedoch zum Schlimmsten kommen, fügte Gruić unheilvoll hinzu, »werde Serbien nicht allein dastehen. Russland würde bei einem mutwilligen Angriff auf Serbien nicht ruhig bleiben«.[1395] Diese nebulösen Formulierungen ließen vermuten, dass die Chancen, dass Belgrad ohne jeden Zwang die Forderungen eines feindseligen Nachbarn erfüllte, in der Tat gering waren. Eben diese Fragen der Durchsetzung und Einhaltung hatte seinerzeit die serbische Regierung in ihrem Zirkular an die Mächte geltend gemacht, mit dem sie 1912 den Angriff der Balkanstaaten auf das Osmanische Reich gerechtfertigt hatte. Das wiederholte Versäumnis der Osmanen, die dringend erforderlichen Reformen in Makedonien einzuleiten, so argumentierte Belgrad damals, bedeute, dass ihre Weigerung, jede Form einer »ausländischen Beteiligung« an diesen Reformen zu akzeptieren, und ihre Versprechen, »selbst ernsthafte Reformen durchzuführen«, »in der ganzen Welt« mit einem »tief verwurzelten Misstrauen« aufgenommen wurden.[1396] Ob im Juli 1914 in Belgrad irgendwem diese Parallele auffiel, ist allerdings fraglich.

Serbien antwortet

Am Morgen des 23. Juli rief der österreichische Gesandte Baron Wladimir von Giesl im Außenministerium in Belgrad an, um den dortigen Beamten mitzuteilen, dass Wien ihnen noch am selben Abend eine »wichtige Mitteilung« für den serbischen Regierungschef übergeben werde. Pašić hielt sich zu der Zeit wegen einer Wahlkampfreise nicht in der Hauptstadt auf; Finanzminister Lazar Paču war zu seinem Stellvertreter ernannt worden. Nachdem Paču die Vorankündigung der Note erhalten hatte, gelang es ihm, Pašić telefonisch in Niš zu erreichen. Trotz der flehentlichen Bitten seines Ministers weigerte sich Pašić, in die Hauptstadt zurückzukehren. »Empfange [Giesl] an meiner Stelle«, lautete die Anweisung. Als Giesl um 18 Uhr persönlich im Ministerium erschien (der Übergabetermin war um eine Stunde verschoben worden), wurde er von Paču und Gruić empfangen, den man gebeten hatte, dem Treffen beizuwohnen, weil der Finanzminister kein Französisch sprach.

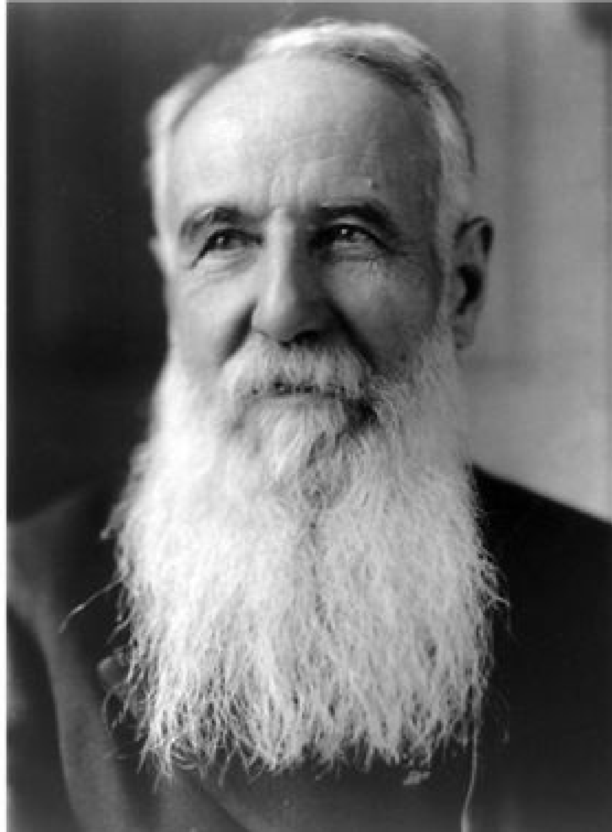
Giesl übergab Paču das Ultimatum, einen zweiseitigen Anhang und ein Begleitschreiben an Paču als den geschäftsführenden Regierungschef und teilte ihm mit, dass die Frist für eine Antwort genau 48 Stunden betrage. Nach Ablauf der Frist werde Giesl, sofern keine zufriedenstellende Antwort oder überhaupt keine Antwort vorliege, die diplomatischen Beziehungen abbrechen und mit allen Mitarbeitern der Gesandtschaft nach Wien zurückkehren. Ohne die Akte zu öffnen, erwiderte Paču, es sei möglicherweise praktisch unmöglich, die zuständigen Amtsträger rechtzeitig zu versammeln, um eine Entscheidung mitzuteilen, da die Wahlen im vollen Gange seien und viele Minister sich nicht in Belgrad aufhielten. Giesl erwiderte, dass »die Rückkehr der Minister im Zeitalter der Eisenbahnen, des Telegrafen und Telefons bei der Größe des Landes nur die Affäre einiger Stunden sein könne. […] Im Übrigen sei dies eine interne Angelegenheit der serbischen Regierung, die ich weiter nicht zu beurteilen hätte.«[1397] Giesls Telegramm nach Wien schloss mit den Worten: »Eine andere Diskussion fand nicht statt«, aber bei Gesprächen mit dem italienischen Historiker Luigi Albertini nach dem Krieg erinnerte sich der ehemalige österreichische Gesandte, dass Paču gezögert und erklärt habe, er sehe sich außerstande, die Note entgegenzunehmen. Giesl habe daraufhin sinngemäß erwidert, in

diesem Fall werde er sie auf den Tisch legen, und Paču könne damit verfahren, wie ihm beliebe.[1398]

Sobald Giesl gegangen war, rief Paču diejenigen serbischen Minister zusammen, die sich noch in der Hauptstadt aufhielten, und ging mit ihnen den Text durch. Vor allem der Finanzminister war schockiert, weil er trotz aller gegenteiliger Hinweise erwartet hatte, dass die Deutschen Wien letztlich von jedem Schritt abhalten würden, »der es [das Deutsche Reich] auch in einen Krieg hineinziehen könnte«. Eine Zeitlang studierten die Männer die Note bei »Totenstille, weil keiner es wagte, als Erster seine Gedanken preiszugeben«. Als Erster meldete sich der Bildungsminister Ljuba Jovanović zu Wort. Er lief mehrmals im Zimmer auf und ab, ehe er erklärte: »Wir haben keine andere Wahl, als es auszukämpfen.«[1399]

Es folgte ein merkwürdiges Intermezzo. In Anbetracht der außerordentlichen Bedeutung der Note war allen Anwesenden klar, dass Pašić sofort nach Belgrad zurückkehren müsse. Den Vormittag hatte er auf einer Veranstaltung zu den Wahlen vom 14. August in Niš im Süden verbracht. Nach seiner Rede schien der Regierungschef urplötzlich das Interesse am Wahlkampf zu verlieren. »Es wäre gut, wenn wir uns eine kleine Ruhepause gönnen würden«, sagte er zu Sajinović, dem politischen Direktor des Außenministeriums, der ihn auf der Reise begleitete. »Was hältst du davon, uns nach Salonika [d. h. Thessaloniki, das nach dem Vertrag von Bukarest 1913 Griechenland zugeschlagen war] abzusetzen, wo wir zwei oder drei Tage inkognito bleiben könnten?« Während Pašić und sein Gefährte darauf warteten, dass der Sonderwaggon des Regierungschefs an den Zug nach Thessaloniki gekoppelt wurde, teilte der Stationsaufseher Pašić mit, dass für ihn ein dringender Anruf aus Belgrad eingegangen sei. Es war Lazar Paču, der seinen Regierungschef anflehte, in die Hauptstadt zu kommen. Doch Pašić hatte nicht die geringste Absicht, so schnell wie möglich nach Belgrad zurückzukehren. »Ich sagte zu Laza, dass wir die Antwort erteilen würden, sobald ich nach Belgrad zurückgekehrt sei. Laza sagte mir, nach dem, was er gehört habe, handle es sich hier um keine gewöhnliche Note. Aber ich blieb bei meiner Antwort.« Er und Sajinović stiegen tatsächlich in den Zug nach Thessaloniki und nahmen ihre Plätze ein. Erst als der Zug

Lescovac, fast fünfzig Kilometer südlich von Niš, erreichte, ließ sich der Regierungschef von einem Telegramm des Prinzregenten Alexander zur Rückkehr bewegen.[1400]



Nikola Pašić im Jahr 1919

Harris and Ewing Collection, Library of Congress

Dies alles war ein bizarres, aber nicht untypisches Verhalten für ihn. Erinnern wir uns daran, dass er im Sommer 1903, als man ihm Einzelheiten über den geplanten Mord an König Alexander und Königin Draga mitgeteilt hatte, derart reagierte, dass er mit seiner Familie mit dem Zug an die damals unter österreichischer Herrschaft stehende Adriaküste fuhr. Und dort wartete er ab, was weiter passierte. Was Pašić am Nachmittag des 23. Juli 1914 wirklich durch den Kopf ging, lässt sich unmöglich herausfinden. Möglicherweise hoffte er einfach, wie Albertini andeutet, dass er die schwere Verantwortung, die Note anzunehmen, von sich schieben konnte. Interessanterweise hatte Berchtold über nicht näher genannte Kanäle

erfahren, dass Pašić die Absicht hatte, unmittelbar nach der Übergabe zurückzutreten.[1401] Womöglich geriet er einfach in Panik, oder er verspürte das Bedürfnis, sich den Kopf frei zu machen und in aller Ruhe die Optionen zu überdenken. Die Erfordernisse einer landesweiten Wahl, im Verein mit der schwersten äußeren Krise in der Geschichte des modernen serbischen Staates, setzten ihn zweifellos massiv unter Druck. Was immer ihn bewegt haben mochte, der Moment ging vorüber, und der Regierungschef und der politische Leiter trafen am 24. Juli um 5 Uhr morgens in Belgrad ein.

Es dauerte einige Zeit, bis sich eine serbische Antwort auf das Ultimatum herausschälte. Noch am Abend des 23. Juli, während Pašić im Zug saß, verschickte Paču ein Rundschreiben an die serbischen Gesandtschaften, in dem er erklärte, dass die in der österreichischen Demarche enthaltenen Forderungen so weitgehend seien, »dass keine serbische Regierung sie in ihrer Gänze akzeptieren könne«. Diese Ansicht bekräftigte Paču auf einem Besuch bei Geschäftsträger Wassil Strandtmann, der seit Hartwigs Tod die russische Gesandtschaft leitete. Nachdem Paču gegangen war, erörterte allem Anschein nach Prinz Alexander die Krise gemeinsam mit Strandtmann. Er betonte ebenfalls, dass die Annahme des Ultimatums absolut »unvereinbar mit der Würde Serbiens als eines unabhängigen Staates und unnötig demütigend« wäre. Er fügte hinzu, dass er ganz auf die Großmut des Zaren von Russland vertraue und ihn bitte, »sich gnädigst für die Geschicke Serbiens einzusetzen«. Früh am nächsten Morgen suchte Pašić seinerseits Strandtmann auf. Der Regierungschef stellte sich auf den Standpunkt, dass Serbien die österreichische Note weder akzeptieren noch ablehnen könne und dass unverzüglich um eine Verlängerung der gesetzten Frist ersucht werden müsse. An die Mächte werde der Appell ergehen, die Unabhängigkeit Serbiens zu schützen. Aber, fügte Pašić hinzu, »wenn der Krieg unvermeidlich ist, werden wir kämpfen«.[1402]

Aus alldem ließe sich folgern, dass die serbische politische Führung beinahe augenblicklich zu der einhelligen Ansicht gelangt sei, dass Serbien sich wehren und, wenn nötig, in den Krieg ziehen müsse. Doch diese Äußerungen wurden allesamt von Strandtmann überliefert. Höchstwahrscheinlich spornte der Wunsch, sich die russische Unterstützung zu sichern, die Minister vor Ort

in Belgrad an, nachdrücklich zu unterstreichen, dass man die Forderungen unmöglich annehmen könne. Andere Quellen lassen darauf schließen, dass die Entscheidungsträger untereinander höchst bestürzt über die Aussicht eines österreichischen Angriffs waren und keine Alternative zu einer Annahme des Ultimatums sahen.[1403] Die Erinnerung an den Oktober 1913, als Sasonow Belgrad geraten hatte, einem österreichischen Ultimatum wegen der Besetzung Albaniens nachzugeben, war noch so frisch, dass sie Zweifel nährte, ob die Russen Serbien in der jetzigen Krise unterstützen würden. Eine Sondierung der französischen Haltung war schwierig, weil sich die wichtigsten französischen Politiker auf dem Rückweg von einer Russlandreise befanden und der französische Gesandte Leon Descos, der schon seit einiger Zeit Stresssymptome aufgewiesen hatte, einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte. Man hatte ihn nach Paris zurückgerufen, und sein Nachfolger war noch nicht eingetroffen.

Die erste Kabinettssitzung, die Paču noch am Abend des 23. Juli einberufen hatte, brachte keine Einigung; und die Lage war auch nach Pašićs Rückkehr am nächsten Morgen noch nicht geklärt. Pašić beschloss lediglich, dass keine Entscheidung getroffen werden sollte, solange sich die Russen nicht geäußert hatten. Zusätzlich zu den Gesprächen mit Strandtmann, die natürlich sofort nach St. Petersburg gemeldet wurden, wurden zwei offizielle Gesuche mit der Bitte um Klärung abgeschickt. Pašić telegrafierte an den Gesandten Spalajković und bat ihn, die Ansichten der russischen Regierung zu sondieren. Am selben Tag schickte Prinzregent Alexander dem Zaren ein Telegramm, in dem er erklärte, dass Serbien sich nicht selbst verteidigen könne und dass die Belgrader Regierung bereit sei, alle Forderungen des Ultimatums zu akzeptieren, »deren Annahme Eure Majestät nach Kenntnisnahme uns anraten würde«.[1404] Der italienische Historiker Luciano Magrini gelangte aus seinen Gesprächen mit zentralen serbischen Entscheidungsträgern und anderen Augenzeugen jener Ereignisse zu dem Schluss, dass die Belgrader Regierung im Grunde beschlossen hatte, das Ultimatum zu akzeptieren und einen Krieg zu vermeiden. »Man ging davon aus, dass man von Serbien in seiner damaligen, bekannten Verfassung nichts anderes erwarten konnte, als sich der schrecklichen Drohung zu beugen.«[1405]

Ganz offensichtlich verfasste Pašić in resignativer Stimmung sein Telegramm an die serbischen Gesandtschaften, in dem er erklärte, dass Belgrad die Absicht habe, eine »in allen Punkten versöhnliche« Antwort zu geben und Wien »volle Satisfaktion« anzubieten.[1406] Das war ganz eindeutig ein großer Schritt zurück im Vergleich zu Pačus weit unnachgiebigerem Rundschreiben zwei Tage zuvor. Ein Telegramm von Crackanthorpe an Grey, das am 25. Juli kurz nach Mittag abgeschickt worden war, bestätigt, dass die Serben zu diesem Zeitpunkt sogar bereit waren, die berüchtigten Forderungen 5 und 6 zu akzeptieren, die eine gemischte Untersuchungskommission verlangten, »sofern dargetan werden kann, dass Einsetzung solcher Kommission im Einklang mit internationalem Brauch ist«.[1407]

Womöglich machte die Rückendeckung, die die Russen ihnen boten, den Serben wieder neuen Mut. Am 23. Juli war gegen 8.30 Uhr ein Telegramm von Spalajković eingegangen, das er am Vorabend abgeschickt hatte und in dem er über sein Gespräch mit Poincaré beim Staatsbesuch berichtete. Der französische Präsident hatte den serbischen Gesandten gefragt, ob es Neuigkeiten aus Belgrad gebe; als Spalajković antwortete, dass die Lage sehr schlecht sei, hatte Poincaré erwidert: »Wir werden Ihnen helfen, sie zu verbessern.«[1408] Das war erfreulich, aber nicht sonderlich konkret. Am 24. Juli traf gegen Mitternacht ein Telegramm in Belgrad ein, das ankündigte, dass »eine kühne Entscheidung« unmittelbar bevorstehe.[1409]

Die wichtigsten Depeschen Spalajkovićs waren zwei in der Nacht vom 24. auf den 25. Juli abgeschickte Telegramme, die ein Gespräch mit Sasonow am 24. Juli irgendwann vor 19 Uhr wiedergeben, in dem der russische Außenminister dem serbischen Gesandten die Ergebnisse einer Sitzung des Ministerrats mitteilte, die am selben Nachmittag um 15 Uhr stattgefunden hatte. Im ersten Telegramm berichtete Spalajković, dass der russische Außenminister »das österreichisch-ungarische Ultimatum voller Abscheu verurteilt« und erklärt habe, kein Staat könne derartige Forderungen akzeptieren, ohne »Selbstmord zu begehen«. Sasonow hatte Spalajković versichert, dass Serbien »inoffiziell mit der russischen Unterstützung rechnen« könne. Allerdings ging er nicht näher darauf ein, welche Form diese Unterstützung haben würde, weil das Angelegenheiten seien, »die der Zar

entscheiden und mit Frankreich besprechen« müsse. Unterdessen solle Serbien jede unnötige Provokation vermeiden. Falls das Land angegriffen werde und außerstande sei, sich zu verteidigen, solle es zunächst die Streitkräfte nach Südosten ins Landesinnere zurückziehen.[1410] Mit diesem Schachzug sollte keineswegs eine österreichische Besetzung akzeptiert, sondern die Kampfbereitschaft der serbischen Streitkräfte für einen späteren Einsatz gewahrt werden. Das zweite Telegramm jener Nacht, das am 25. Juli um 1.40 Uhr abgeschickt wurde, meldete, dass der russische Ministerrat beschlossen hatte, »energische Maßnahmen, sogar die Mobilmachung« anzuordnen, und in Kürze ein »offizielles Kommuniqué« veröffentlichen werde, in dem Russland Serbien unter seinen Schutz stelle.[1411]

Am 25. Juli schickte Spalajković um 20 Uhr eine weitere Depesche ab und berichtete, dass er mit dem serbischen Militärattaché gesprochen habe, der soeben von der Residenz des Zaren in Zarskoje Selo zurückgekehrt sei. Der Attaché hatte mit dem russischen Generalstabschef gesprochen und teilte Spalajković mit, dass der Militärrat die »größte Kriegsbereitschaft« an den Tag gelegt habe und entschlossen sei, »für den Schutz Serbiens jede Mühe auf sich zu nehmen«. Insbesondere der Zar habe alle mit seiner Entschlossenheit überrascht. Außerdem sei angeordnet worden, dass genau um 18 Uhr, dem Fristende für die serbische Antwort, sämtliche Kadetten Russlands im letzten Ausbildungsjahr in den Offiziersrang erhoben werden sollten – ein eindeutiges Signal für eine unmittelbar bevorstehende Mobilmachung. »In allen Kreisen, ohne Ausnahme, herrscht die größte Entschlossenheit und Freude bezüglich der vom Zaren und seiner Regierung eingenommenen Haltung.«[1412] Andere Depeschen berichteten über die militärischen Maßnahmen, die man bereits ergriffen hatte, über eine Stimmung voller »Stolz und [Bereitschaft zu] jedem Opfer«, welche die herrschenden Kreise und die öffentliche Sphäre erfüllte, und über die Begeisterung, mit der die Nachricht aus London begrüßt worden sei, dass die britische Flotte in Alarmbereitschaft versetzt worden war.[1413]

Vermutlich vertrieben diese Neuigkeiten aus Russland die fatalistische Stimmung in Belgrad und brachten die Minister davon ab, einen Krieg zu

vermeiden, indem sie die Forderungen des Ultimatums akzeptierten.[1414] Spalajkovićs Telegramm vom 24. Juli, das Sasonows vage Zusage der Unterstützung übermittelte, traf am 25. Juli in zwei Teilen in Belgrad ein, der erste um 4.17 Uhr und der zweite um 10 Uhr. Das Telegramm, das eine russische Mobilmachung andeutete, traf am selben Tag um 11.30 Uhr ein, noch rechtzeitig vor der Formulierung der serbischen Antwort auf die österreichische Note.[1415]

Ungeachtet dieser Verhärtung der Stimmung gaben sich die serbischen Minister große Mühe, ihre Antwort an Wien so zu formulieren, dass es zumindest den Anschein hatte, dass sie ein möglichst großes Entgegenkommen signalisierten, ohne die serbische Souveränität zu verletzen. Nikola Pašić, Ljuba Jovanović sowie die meisten damals in Belgrad anwesenden Minister, wie der Innen-, der Wirtschafts- und der Justizminister, Stojan Protić, Velizar Janković und Marko Djuričić, legten alle bei den unzähligen Überarbeitungen des Wortlauts mit Hand an. Slavko Gruić, der Generalsekretär des serbischen Auswärtigen Amtes, beschrieb später gegenüber Luigi Albertini die hektische Aktivität, die der Übergabe der Antwortnote vorausging. Am Samstagnachmittag (dem 25. Juli) existierten mehrere Fassungen, weil ein Minister nach dem anderen verschiedene Passagen hinzugefügt oder gestrichen hatte; selbst die endgültige Fassung wimmelte so sehr von Änderungen, Einfügungen und Streichungen, dass man sie kaum lesen konnte.

> Nach 16 Uhr schien der Text schließlich endgültig zu stehen, und man unternahm einen Versuch, ihn abzutippen. Aber der Sekretär war unerfahren und sehr nervös, und die Schreibmaschine versagte ihren Dienst, mit der Folge, dass die Antwort mit hektographischer Tinte von Hand geschrieben werden musste, von der dann Kopien abgezogen wurden. […] In der letzten halben Stunde wurde fieberhaft gearbeitet. Die Antwort wurde mit dem Stift hier und da noch korrigiert. Ein ganzer in Klammern stehender Satz wurde mit Tinte durchgestrichen und unleserlich gemacht. Um 17.45 Uhr übergab Gruić den Text in einem Umschlag Pašić.[1416]

Pašić hatte gehofft, dass Gruić oder ein anderer kleiner Beamter die Antwort dem österreichischen Gesandten Baron Giesl übergeben würde. Als sich aber niemand freiwillig meldete, sagte er: »Na schön, dann mache ich es eben selbst«, stieg die Treppe hinab und ging zu dem Treffen mit Giesl. Unterdessen beeilten sich die Minister und Beamten, den Zug nach Niš noch zu erreichen, wohin die serbische Regierung zur Vorbereitung auf den bevorstehenden Konflikt umzog.

Die serbische Antwort mochte unordentlich ausgesehen haben, aber sie war ein Meisterstück diplomatischer Doppeldeutigkeit. Baron Musulin, der die erste Fassung des österreichischen Ultimatums geschrieben hatte, bezeichnete sie als »das glänzendste Beispiel diplomatischer Gewandtheit«, das er kenne.[1417] Die Antwort begann mit einem selbstbewussten Paukenschlag: Die serbische Regierung habe, so wurde versichert, während der Balkankriege mehrfach Beweise für ihre pazifistische und gemäßigte Politik geliefert. Ja, es sei »Serbien und den Opfern, die es ausschließlich im Interesse des europäischen Friedens gebracht hat, zu danken, wenn dieser Frieden erhalten geblieben« sei. Deshalb zeigten sich die Verfasser auch optimistisch, dass sämtliche Missverständnisse mit Österreich-Ungarn ausgeräumt werden könnten. Da die Regierung nicht für die Aktionen privater Einzelpersonen verantwortlich gemacht werden könne und keine unmittelbare Kontrolle über die Presse oder die »friedliche Arbeit von Gesellschaften« ausübe, sei sie »schmerzlich überrascht« gewesen über die von Wien erhobenen Vorwürfe.[1418]

In ihrer Erwiderung auf die einzelnen Anklagepunkte fanden die Verfasser eine subtile Mischung aus Zustimmung, bedingter Zustimmung, Ausflüchten und Zurückweisungen. Sie willigten offiziell ein, jede Propaganda zu verurteilen, welche die Auflösung des österreichisch-ungarischen Reiches oder die Annexion seiner Territorien zum Ziel hatte (sie verwendeten allerdings das Modalverb »sollte«, um den Umkehrschluss zu vermeiden, dass jemals eine derartige Propaganda stattgefunden hatte). Zur Frage der Unterdrückung irredentistischer Organisationen entgegnet die Note, dass der serbischen Regierung »keinerlei Beweise dafür« vorlägen, »dass der Verein ›Narodna Odbrana‹ und andere ähnliche Gesellschaften« bislang

»irgendwelche verbrecherischen Handlungen« begangen hätten – nichtsdestotrotz erklärte sich Belgrad bereit, die Narodna Odbrana und jede andere Gesellschaft, »die gegen Österreich-Ungarn wirken sollte«, aufzulösen. Unter Punkt 3 erklärt die Regierung, dass sie bereitwillig aus dem serbischen Schulunterricht jegliche gegen Österreich gerichtete Propaganda entfernen werde, »falls ihr die k. u. k. Regierung tatsächliche Nachweise für diese Propaganda liefert«. Unter Punkt 4 willigt die Regierung ein, verdächtige Personen aus dem Militär zu entlassen, aber wiederum erst, wenn die österreichisch-ungarischen Behörden ihr »die Namen dieser Offiziere und Beamten und die Tatsachen mitteilt, welche denselben zur Last gelegt werden«. Zur Frage der Bildung einer gemischten österreichisch-serbischen Untersuchungskommission (Punkt 5) erklärt die serbische Regierung in ihrer Antwort, dass sie sich »über den Sinn und die Tragweite jenes Begehrens […] nicht volle Rechenschaft geben könne«, dass sie aber eine Mitwirkung akzeptieren werde, »welche den Grundsätzen des Völkerrechts und des Strafprozesses sowie den freundnachbarlichen Beziehungen entsprechen würde«. Punkt 6 (zur Teilnahme österreichischer Beamter bei der Strafverfolgung verdächtiger Personen) wurde rundweg mit der Begründung abgelehnt, dass er gegen die serbische Verfassung verstoße – das war die Forderung, welche die serbische Souveränität berührte, bei der Sasonow Belgrad gedrängt hatte, standhaft zu bleiben. Was die Verhaftung von Tankosić und Ciganović anging, erklärte die serbische Regierung in Punkt 7, dass die Verhaftung Tankosićs »noch am Abend des Tages, an dem ihr die Note zukam«, angeordnet worden sei. Allerdings habe Ciganović »bisher nicht ausgeforscht werden« können. Einmal mehr wird die österreichische Regierung gebeten, »zwecks Durchführung der Untersuchung so bald als möglich die bestehenden Verdachtsgründe und die bei der Untersuchung in Sarajevo gesammelten Schuldbeweise in der üblichen Form bekannt zu geben«. Diese Antwort kann man nicht anders als doppelzüngig nennen: Sobald der Name Ciganović im Zusammenhang mit der Untersuchung in Sarajevo aufgetaucht war, beförderte die Belgrader Polizeipräfektur ihn schleunigst mit einem Sonderauftrag aus der Hauptstadt, während offiziell geleugnet wurde, dass jemals eine Person mit dem Namen Milan Ciganović

in Belgrad gelebt hatte.[1419] Die Antwort akzeptiert bedingungslos die Punkte 8 und 10 bezüglich der Strafverfolgung von Grenzbeamten, die illegaler Tätigkeiten für schuldig befunden wurden, und der Pflicht, die österreichisch-ungarische Regierung über alle getroffenen Maßnahmen zu informieren. Aber auf Punkt 9, in dem die Österreicher eine Erklärung für die feindseligen öffentlichen Kommentare serbischer Vertreter in den Tagen nach der Ermordung verlangten, antwortet die serbische Regierung ausweichend: Sie sei »gerne bereit«, darüber Auskunft zu geben, »sobald die k. u. k. Regierung die Stellen dieser Ausführungen bezeichnet und bewiesen haben wird, dass diese Äußerungen von den betreffenden Funktionären tatsächlich gemacht worden sind«.[1420]

Es fällt schwer, Musulins ehrfürchtiger Bewunderung für diesen geschickt ausformulierten Text zu widersprechen. Die häufig zu hörende Behauptung, diese Antwort sei einer fast vollständigen Kapitulation vor den österreichischen Forderungen gleichgekommen, ist von Grund auf falsch. Es handelt sich hier um ein Dokument, das für Serbiens Freunde geschrieben wurde, nicht für seinen Gegner. Es bietet den Österreichern erstaunlich wenig.[1421] Vor allen Dingen schiebt es Wien den Schwarzen Peter zu, die Ermittlungen zum serbischen Hintergrund der Verschwörung voranzutreiben, ohne umgekehrt jene Form der Zusammenarbeit zu bewilligen, die eine effektive Verfolgung der relevanten Spuren ermöglicht hätte. So gesehen, entspricht sie einer Fortsetzung der Linie, welche die serbischen Behörden seit dem 28. Juni verfolgt hatten: jegliche Beteiligung rundweg abstreiten und jeden Schritt vermeiden, der als Eingeständnis einer Beteiligung gewertet werden könnte. Etliche Erwiderungen auf konkrete Punkte eröffneten die Aussicht auf langwierige, heftige und am Ende höchstwahrscheinlich nutzlose Verhandlungen mit den Österreichern, was denn nun als »tatsächliche Nachweise« für irredentistische Propaganda oder für konspirative Aktionen von Offizieren und Beamten gewertet werden könne. Der Verweis auf das »Völkerrecht« war zwar ein geschickter Propagandaschachzug, aber reine Vernebelung, weil für derartige Fälle weder eine internationale Rechtsprechung existierte, noch internationale Organe mit der Vollmacht, sie auf gesetzlichem Wege und für die Beteiligten bindend zu

entscheiden. Doch der Text vermittelte perfekt den Tonfall, wie er einem vernünftigen Staatsmann zu eigen ist, der in einem Zustand echter Verwirrung sich alle Mühe gibt, empörende und inakzeptable Forderungen sinnvoll zu lösen. Das war die gemäßigte Stimme des politischen, konstitutionellen Serbiens, das sämtliche Verbindungen zu seinem expansionistischen, panserbischen Zwilling auf eine Weise bestritt, die in der Geschichte der serbischen auswärtigen Beziehungen eine lange Tradition hatte. Selbstverständlich reichte sie aus, die Freunde Serbiens davon zu überzeugen, dass Wien in Anbetracht einer so vollständigen Kapitulation keinen Grund haben würde, in Aktion zu treten.

In Wirklichkeit handelte es sich um eine hübsch verpackte Ablehnung der meisten Forderungen. Man kann sich durchaus fragen, ob Pašić nicht einen anderen Kurs hätte einschlagen können. Immerhin hatte er inzwischen mit seiner Weigerung, durch die Schließung irredentistischer Netzwerke die Initiative zu ergreifen, zugelassen, dass die Krise diesen Punkt erreicht hatte. Verschiedene Gründe für die Passivität des Regierungschefs nach dem 28. Juni wurden bereits erörtert: seine anhaltende Verwundbarkeit nach den aktuellen Auseinandersetzungen mit der Militärpartei und dem Netzwerk der Schwarzen Hand, die tief verinnerlichten Gewohnheiten der Zurückhaltung und Verschwiegenheit, die er sich im Laufe von mehr als dreißig Jahren an der gefahrvollen Spitze der serbischen Politik angeeignet hatte, sowie die grundlegende Sympathie Pašićs und seiner Kollegen für die Sache der Irredentisten. Dem muss eine weitere Überlegung hinzugefügt werden: Pašić dürfte allen Grund gehabt haben, eine gründliche Untersuchung des Verbrechens zu fürchten, weil dies durchaus Verbindungen hätte aufdecken können, die in das Zentrum der serbischen politischen Elite reichten. Jedes Licht, das auf die Machenschaften von Apis fiel, hätte Belgrads Stellung, milde ausgedrückt, erheblich schwächen können. Viel beunruhigender war jedoch die Möglichkeit, dass bei der Verfolgung und Ermittlung gegen den Doppelagenten Ciganović, den die Österreicher bereits als Tatverdächtigen im Visier hatten, aufgedeckt worden wäre, dass Pašić und seine Minister im Voraus von den Attentatsplänen gewusst hatten – ein Vorauswissen, das Pašić in seinem Interview mit der Budapester Zeitung *Az Est* (Der Abend)

vom 7. Juli vehement dementiert hatte. In gewissem Sinn verlangten die Österreicher vielleicht wirklich das Unmögliche, nämlich dass das offizielle Serbien der politischen Landkarte das expansionistische, ethnische Serbien des Irredentismus in die Schranken wies. Das Problem bestand darin, dass die beiden voneinander abhängig und untrennbar miteinander verknüpft waren; sie waren zwei Seiten desselben Gemeinwesens. Im Kriegsministerium in Belgrad, einem offiziellen Gebäude, wie es kaum ein anderes gab, hing vor dem großen Empfangssaal das Bild einer serbischen Landschaft mit einer allegorischen weiblichen Figur im Vordergrund, auf deren Schild die »noch zu befreienden Provinzen« aufgezählt waren: Bosnien, Herzegowina, Vojvodina, Dalmatien und so weiter.[1422]

Schon vor Erhalt der Antwort war sich Giesl darüber im Klaren, dass die Demarche nicht bedingungslos akzeptiert werden würde. Seit 15 Uhr desselben Tages war ein Befehl zur serbischen Generalmobilmachung in Kraft; die städtische Garnison war unter großem Lärm und Eile ausgerückt, um die Höhen um die Stadt zu besetzen; die Landesbank und die Staatsarchive räumten Belgrad und zogen ins Landesinnere um, und das diplomatische Korps bereitete sich darauf vor, der Regierung an ihren provisorischen Sitz in Kragujevac, auf dem Weg nach Niš, zu folgen.[1423] Es gab sogar eine vertrauliche Warnung von einem Minister, der an der Ausarbeitung der Antwort mitgewirkt hatte.[1424] Fünf Minuten vor Ablauf der gesetzten Frist, am Samstag dem 25. Juli um 17.55 Uhr, tauchte Pašić in der österreichischen Gesandtschaft auf und übergab die Note mit einigen Worten in gebrochenem Deutsch (er sprach kein Französisch): »Einen Teil Ihrer Forderungen haben wir angenommen … für den Rest hoffen wir auf die Loyalität und Ritterlichkeit des österreichischen Generals.« Dann ging er wieder. Giesl überflog kurz den Text, erkannte auf den ersten Blick, dass er zu wünschen übrig ließ, und unterschrieb einen bereits vorgefertigten Brief, in dem er dem Regierungschef mitteilte, dass er noch am selben Abend mit dem gesamten Gesandtschaftspersonal Belgrad verlassen werde. Der Schutz österreichisch-ungarischer Bürger und Eigentums wurde förmlich der deutschen Gesandtschaft anvertraut, die Chiffrierschlüssel wurden aus dem Tresorraum geholt und verbrannt, und das Gepäck, das bereits fertig gepackt

war, wurde zu den Fahrzeugen gebracht, die vor dem Tor warteten. Bereits um 18.30 Uhr saßen Giesl, seine Frau und das Gesandtschaftspersonal im Zug und verließen Belgrad. Zehn Minuten später überquerten sie die Grenze zu Österreich-Ungarn.

Bedeutete das Krieg? In einem seltsamen Telegramm vom 24. Juli an Graf Albert von Mensdorff wies Außenminister Berchtold den österreichischen Botschafter in London an, Sir Edward Grey mitzuteilen, dass die österreichische Note kein förmliches Ultimatum gewesen sei, sondern »eine befristete demarche«, deren Ablauf ohne zufriedenstellendes Resultat den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und den Beginn der notwendigen militärischen Vorbereitungen nach sich ziehen werde. Aber selbst zu diesem Zeitpunkt war ein Krieg noch nicht unvermeidlich: Falls die serbische Regierung demnächst »unter dem Drucke unserer militärischen Vorkehrungen nachgeben« würde, fuhr Berchtold fort, so werde man sie auffordern, eine Entschädigung für die entstandenen Kosten an Österreich zu zahlen.[1425] Am nächsten Tag, auf der Fahrt nach Bad Ischl zu einer Audienz bei Kaiser Franz Joseph, erreichte Berchtold in Lambach ein Telegramm des ersten Abteilungsleiters Baron Karl von Macchio. Macchio berichtete, dass der russische Geschäftsträger Fürst Nikolai Kudaschtschew offiziell um eine Verlängerung der Frist ersucht habe. In seiner Antwort erklärte Berchtold, dass die Frist unmöglich verlängert werden könne, fügte aber hinzu, dass Serbien selbst nach Ablauf der Frist einen Krieg verhindern könne, indem es Österreichs Forderungen nachkomme.[1426] Möglicherweise lassen diese Worte, wie Albertini vermutete, darauf schließen, dass Berchtold hier vorübergehend der Mut verließ;[1427] vielleicht handelte es sich aber auch nur um einen Versuch, Zeit zu gewinnen – wir haben gesehen, wie groß die Angst der Österreicher war, mit ihren militärischen Vorbereitungen ins Hintertreffen zu geraten, sobald sie notwendig geworden waren.

Rückblickend betrachtet liegt es auf der Hand, dass diese Manöver in letzter Minute sinnlos waren. Am 26. und 27. Juli trafen begeisterte Depeschen von Spalajković mit der Neuigkeit ein, dass die Russen eine Armee von 1700000 Mann mobilisieren würden und die Absicht hätten, »unverzüglich eine energische Offensive gegen Österreich-Ungarn einzuleiten, sobald es Serbien

angreife«. Der Zar sei davon überzeugt, meldete Spalajković am 26. Juli, dass die Serben »wie die Löwen« kämpfen würden und die Österreicher eventuell sogar aus eigener Kraft von ihrem Rückzugsort im Landesinneren aus schlagen könnten. Die deutsche Haltung war zu dieser Zeit noch unklar, aber selbst wenn sich die Deutschen nicht an den Kämpfen beteiligen sollten, so Spalajković, sehe der Zar gute Chancen, »eine Teilung Österreich-Ungarns« zu bewerkstelligen; und wenn dies scheitern sollte, würden die Russen »die französischen Militärpläne ausführen, so dass der Sieg über Deutschland ebenfalls gewiss sei«.[1428]

Spalajković, der ehemalige Leiter des serbischen Außenministeriums, war so begeistert, dass er sich herausnahm, folgende Linie vorzuschlagen: »Meiner Meinung nach bietet uns dies eine ausgezeichnete Gelegenheit, das Ereignis klug auszunutzen und eine volle Vereinigung der Serben zu erreichen. Deshalb ist es wünschenswert, dass Österreich-Ungarn uns angreift. In diesem Falle, vorwärts im Namen des Herrn!« Diese überschwänglichen Tiraden aus St. Petersburg trugen zu einer weiteren Vergiftung der Stimmung bei. Zugeständnisse an die Österreicher auf den letzten Drücker waren jetzt undenkbar. Pašić hatte schon seit langem geglaubt, dass die Vereinigung aller Serben nicht in Friedenszeiten erreicht werden könne, dass man sie lediglich in der Glut eines großen Krieges und mit dem Beistand einer Großmacht schmieden könne. Dies war eigentlich kein konkreter Plan und war es nie gewesen – es war lediglich eine Fantasievorstellung der Zukunft, deren Stunde jetzt gekommen zu sein schien. Fast zwei Wochen sollten vergehen, bis die ersten richtigen Kämpfe ausbrachen, aber der Weg zum Krieg zeichnete sich bereits ab. Für Serbien gab es kein Zurück mehr.

Ein »lokaler Krieg« beginnt

Am Morgen des 28. Juli 1914 unterschrieb Kaiser Franz Joseph in seinem Arbeitszimmer in der kaiserlichen Villa in Bad Ischl am Schreibtisch mit einem Federkiel die Kriegserklärung an Serbien. Vor ihm stand eine Büste seiner verstorbenen Frau aus weißem Marmor. Rechts, in der Nähe seines

Ellenbogens, befand sich ein elektrischer Zigarrenanzünder auf dem neuesten Stand der Technik, eine unhandliche Apparatur aus Bronze auf einem Sockel aus dunklem Holz, dessen geflochtenes Kabel zu einer Steckdose hinter dem Schreibtisch führte. Der Text hatte die Form eines Manifests, das die Österreicher bereits 1866 für die Kriegserklärung an Preußen verwendet hatten:

> An Meine Völker! Es war Mein sehnlichster Wunsch, die Jahre, die Mir durch Gottes Gnade noch beschieden sind, Werken des Friedens zu weihen und Meine Völker vor den schweren Opfern und Lasten des Krieges zu bewahren. Im Rate der Vorsehung ward es anders beschlossen. Die Umtriebe eines hasserfüllten Gegners zwingen Mich, zur Wahrung der Ehre Meiner Monarchie, zum Schutze ihres Ansehens und ihrer Machtstellung, zur Sicherheit ihres Besitzstandes nach langen Jahren des Friedens zum Schwerte zu greifen.[1429]

Zu der Zeit glich Belgrad bereits einer Geisterstadt. Alle Männer im wehrfähigen Alter waren eingezogen worden, und viele Familien hatten die Stadt verlassen und bei Verwandten im Landesinnern Zuflucht gesucht. Der größte Teil der Ausländer war abgereist. Am 28. Juli verbreitete sich ab 14 Uhr das Gerücht von dem bevorstehenden Krieg wie ein Lauffeuer in der ganzen Stadt. Sonderausgaben aller Tageszeitungen waren ausverkauft, sobald die Verkäufer sie auf der Straße anpriesen.[1430] Noch vor Tagesende wurden zwei serbische Donaudampfschiffe mit Munition und Minen an Bord von österreichischen Pionieren und Grenzwächtern konfisziert. Kurz nach ein Uhr in der Nacht sprengten serbische Soldaten die Brücke über die Save zwischen Semlin und Belgrad. Österreichische Kanonenboote eröffneten das Feuer, und nach einem kurzen Feuergefecht zogen sich die serbischen Truppen zurück.

Die Nachricht, dass der Krieg endlich erklärt worden war, versetzte den damals 58-jährigen Sigmund Freud in eine Hochstimmung: »Ich fühle mich aber vielleicht zum ersten Mal seit 30 Jahren als Österreicher und möchte es noch einmal mit diesem wenig hoffnungsvollen Reich versuchen.« Und an

anderer Stelle: »Meine ganze Libido gehört Österreich-Ungarn.«[1431]

1380 »Protokoll des Ministerrats für gemeinsame Angelegenheiten in Wien am 19. Juli 1914«, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10393, S. 511–514; Conrad von Hötzendorf, *Aus meiner Dienstzeit 1906–1918,* 5 Bde., Wien 1921–1925, Bd. 4, S. 87–92.

1381 Diese Frage wird angesprochen in Czernin an Berchtold, »streng geheim«, Sinaia, 27. Juli 1914, HHStA, PA I, Liasse Krieg 812, Bl. 193–198.

1382 Szögyény an MAA Wien, Berlin, 14. Juli 1914, ebenda, Bl. 446.

1383 Ebenda, Bl. 512.

1384 Samuel R. Williamson, *Austria-Hungary and the Origins of the First World War,* Houndmills 1991, S. 203.

1385 Lewis Bernstein Namier, *In the Margin of History,* London 1939, S. 247.

1386 Manfred Rauchensteiner, *Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Urgarn und der Erste Weltkrieg*, Graz 1994, S. 78.

1387 Siehe den Text der österreichischen Note und des Ultimatums in *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10395, S. 515 ff.; zitiert nach Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 1, S. 233–236, hier 233 f.

1388 Wiesner an Berchtold (zwei Telegramme), Sarajevo, 13. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10252, 12253, S. 436 f.; zur Wirkung des Berichts von Wiesner siehe Sidney Bradshaw Fay, *The Origins of the World War*, Bd. 2, S. 236–239 (deutsch: *Der Ursprung des Weltkrieges*, Bd. 2, S. 165–168).

1389 Bernadotte Everly Schmitt, *Interviewing the Authors of the War*, Chicago 1930, S. 22.

1390 Luigi Albertini, *The Origins of the War of 1914,* 3 Bde., Oxford 1953, Bd. 2, S. 90–97.

1391 Musulin hatte Punkt 6 grob entworfen; von Berchtold wurde er überarbeitet, dann von Musulin nachbearbeitet und schließlich von Forgách neu formuliert, ebenda, Bd. 2, S. 255 f.

1392 Grey an Bunsen (Botschafter in Wien), mit einem Bericht über sein Gespräch mit österreichisch-ungarischem Botschafter, *BD*, Bd. 11, Dok. 91, S. 73 f., zitiert nach Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 1, Dok. 310, S. 373; Churchill zitiert in David Fromkin, *Europas letzter Sommer. Die scheinbar friedlichen Wochen vor dem Ersten Weltkrieg,* München 2005, S. 235.

1393 Rambouillet-Vertrag, Interim Agreement for Peace and Self-Government in Kosovo, US State Department, englischer Originalwortlaut unter: http://www.state.gov/www/regions/eur/ksvo_rambouillet_text.html; deutsche Übersetzung: http://www.likedeeler-online.de/Like/vor2004/dokumente/like_doku_rambouillet.htm; zitierter Passus unter Anhang B: Status des multinationalen Militärs Implementierungsstreitmacht.

1394 Ian Bancroft, »Serbia's Anniversary is a Timely Reminder«, unter: Guardian Unlimited, 24. März 2009, eingesehen unter: http://global.factiva.com/ha/default.aspx; deutsche Übersetzung unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Rambouillet.

1395 Crackanthorpe an Grey, Belgrad, 18. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 80, S. 64 f.; zitiert nach Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 1, Dok. 143, S. 219 f.

1396 Königliche Vertretung Serbiens, London, an die Niederlande MAA, 18. Oktober 1912, NA 2.05.3, Ministerie van Buitenlandsa Zaken, doc. 648, Correspondentie over de Balkan-oorlog.

1397 Giesl an Berchtold, Belgrad, 23. Juli 1914, *ÖUAP,* Bd. 8, Dok. 10526, S. 596.

1398 Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 285.

1399 Erinnerung von Ljuba Jovanović, zitiert in ebenda, Bd. 2, S. 347

1400 An diese Details erinnerte sich Gruić, zitiert in ebenda, S. 347.

1401 Berchtold an Giesl, Wien, 23. Juli 1014, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10519, S. 594.

1402 Strandtmann an Sasonow, 24. Juli 1914, *IBZI*, Reihe 3, Bd. 5, Dok. 35, S. 38; zitiert nach Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 1, Dok. 293 und 295, S. 361 f.

1403 Diese Erinnerung hatte etwa Oberst Pavlović, der im Oktober 1915 mit Luciano Magrini während des serbischen Rückzugs in ein Gespräch verwickelt wurde, siehe Magrini, *Il dramma di Seraievo. Origini i responsabilità della guerra europea,* Mailand 1929, S. 203 ff.

1404 Pašić an Spalajković, Belgrad, 24. Juli 1914, *DSP*, Bd. 7/2, Dok. 501; Regent Alexander an Zar Nikolaus II., Transkript in Strandtmann an Sasonow, 24. Juli 1914, *IBZI*, Reihe 3, Bd. 5, Dok. 37, S. 39; zitiert nach Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 1, Dok. 295, S. 362.

1405 Magrini, *Il dramma di Seraievo, S.* 205 f.

1406 N. Pašić an serbische Gesandtschaften im Ausland, Belgrad, 25. Juli 1914, in: British Foreign Office (Hg.), *Collected Diplomatic Documents Relating to the Outbreak of the European War,* London 1915, S. 389 f.

1407 Crackanthorpe an Grey, Belgrad, 12.30 Uhr, 25. Juli 1914, *BD,* Bd. 11, Dok. 114, S. 87 f.; zitiert nach Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 1, Dok. 381, S. 431.

1408 Spalajković an Pašić, St. Petersburg, abgeschickt 18.15 Uhr, 22. Juli 1914, *DSP*, Bd. 7/2, Dok. 484.

1409 Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 354.

1410 Spalajković an Pašić, St. Petersburg, abgeschickt Mitternacht, 24. Juli 1914, *DSP*, Bd. 7/2, Dok. 527.

1411 Gale Stokes, »The Serbian Documents from 1914: A Preview«, in: *Journal of Modern History*, 48 (1976), S. 69–84, hier S. 72; Spalajković an Pašić, St. Petersburg, abgeschickt 1.40 Uhr, 25. Juli 1914 (die Herausgeber geben irrtümlich den 24. Juli als Datum an), *DSP*, Bd. 7/2, Dok. 503.

1412 Spalajković an Pašić, St. Petersburg, 20 Uhr, 25. Juli 1914, *DSP*, Bd. 7/2, Dok. 556.

1413 Spalajković an Pašić, St. Petersburg, 15.22 Uhr, 25. Juli 1914, ders. an dens., 14.55 Uhr, 26. Juli 1914, ebenda, Dok. 559, 556.

1414 Zur Wirkung der Telegramme aus Russland siehe Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 354 ff.; und speziell zur Ablehnung der Punkte 5 und 6 des Ultimatums durch Sasonow siehe Magrini, *Il dramma di Seraievo,* S. 206; Stokes, »Serbian Documents«; vgl. Mark Cornwall, »Serbia«, in: Keith M. Wilson (Hg.), *Decisions for War 1914,* London 1995, S. 79 f. Cornwall, dessen Analyse der Entwicklungen in Belgrad unübertroffen ist, argumentiert, dass der Wortlaut der Telegramme aus St. Petersburg zu vage gewesen sei, um Pašić mit absoluter Sicherheit zu überzeugen, dass die Russen die Absicht hatten, Serbien zu Hilfe zu kommen. Es trifft zwar zu, dass Sasonow bezüglich der Details, was Russland zur Unterstützung zu unternehmen gedenke und wann, vage blieb (was auch gar nicht anders möglich war), aber meiner Meinung nach sollte die ständig steigende Dringlichkeit in Spalajkovićs Telegrammen ausgereicht haben, um der serbischen Führung zu signalisieren, dass die Russen im Begriff waren zu intervenieren. Allerdings muss man zugestehen, dass die serbische Entschlossenheit, Widerstand zu leisten, von Anfang an stark war, was aus den ersten Schritten Belgrads nach der Übergabe hervorgeht.

1415 Zur Telegrammübertragung und den Ankunftszeiten siehe die Anmerkung des Herausgebers zu Spalajković an Pašić, St. Petersburg, abgeschickt Mitternacht, 24. Juli 1914, *DSP*, Bd. 7/2, Dok. 527, sowie Stokes, »Serbian Documents«.

1416 Gruićs Erinnerung, zitiert in Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 363 f.

1417 Alexander Musulin von Gomirje, *Das Haus am Ballhausplatz. Erinnerungen eines österreich-ungarischen Diplomaten,* München 1924, S. 241.

1418 Originalwortlaut der Antwort (auf Französisch) in »Note der serbischen Regierung an die Belgrader Gesandtschaft«, Belgrad, ohne Datum [25. Juli 1914], *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10648, S. 660–663; deutsche Übersetzung in: Imanuel Geiss (Hg.), *Juli 1914. Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs,* München 1980, Dok. 72, S. 190–194.

1419 Miloš Bogičević, *Le Procès de Salonique*, *Juin 1917,* Paris 1927, S. 132; Joachim Remak, *Sarajevo. The Story of a Political Murder,* London 1959, S. 207.

1420 »Note der serbischen Regierung an die Belgrader Gesandtschaft«, zitiert nach Geiss (Hg.), *Juli 1914*, Dok. 72, S. 190–194.

1421 Roberto Segre, *Vienna e Belgrado 1876–1914,* Mailand [1935], S. 78; siehe auch James Joll, *The Origins of the First World War,* London 1984, S. 13; Joachim Remak, »1914 – The Third Balkan War: Origins Reconsidered«, in: *Journal of Modern History*, 43 (1971), S. 353–366.

1422 Siehe »Monarchiefeindliche Bilder im Belgrader Kriegsministerium«, eine dem Dossier beigefügte Notiz, das nach Eingang der serbischen Antwort an die österreichisch-ungarischen Gesandtschaften verschickt wurde, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10654, S. 665–704, hier S. 704.

1423 Militärattaché in Belgrad an Generalstabschef, Belgrad, 25. Juli 1914, Kriegsarchiv Wien, AOL Evidenzbureau, 3506, 1914, Resumés d. vertraulichen Nachrichten – Italien, Russland, Balkan, ‘B’ [Balkan]; N. Shebeko, *Souvenirs. Essai historique sur les origines de la guerre de 1914,* Paris 1936, S. 231.

1424 Die Darstellung von Giesls Abreise aus Belgrad stützt sich stark auf Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 373.

1425 Berchtold an Mensdorff, Wien, 24. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10599, S. 636; nachgedruckt in Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 1, Dok. 260, S. 332 f.

1426 Macchio an Berchtold, Wien, 25. Juli 1914; Berchtold an Macchio, Lambach, 25. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10703, 10704, S. 731 f.

1427 Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 376–380.

1428 Spalajković an serbisches MAA in Niš, St. Petersburg, 4.10 Uhr, 26. Juli 1914, *DSP*, Bd. 7/2, Dok. 584.

1429 Franz Joseph, Kaiserliches Handschreiben und Manifest, vom 28. Juli 1914, online einsehbar unter: http://www.europeana.eu/portal/record/9200193/D68D3A2C7C4214139F0ECEE8EDB62B9101C2D start=1&query=title%3A%22An+Meine+V%C3%B6lker!+-+Schreiben+von+Kaiser+Franz+Joseph+-+Kriegserkl%C3%A4rung%22&startPage=1&rows=12; nachgedruckt in: Sonderausgabe des Amtsblattes der k.u.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, Nr. 61 vom 29. Juli 1914.

1430 Rapaport an Vredenburch, Belgrad, 28. Juli 1914, NA, 2.05.36, 9, Consulaat-Generaal Belgrado en Gezandschap Zuid-Slavië.

1431 Brief an Karl Abraham, Karlsbad, 26. Juli 1914 in: Sigmund Freud, Karl Abraham, *Briefe. 1907–1926,* Frankfurt/Main 1965, S. 180 sowie S. 181–184; Ernest Jones, *Sigmund Freud: Life and Work,* 3 Bde., London 1953–1957, Bd. 2, S. 192; deutsch: *Das Leben und Werk von Sigmund Freud.* Bd. 2: *Jahre der Reife*, *1901–1919,* Bern 1962, S. 207.

KAPITEL 11
WARNSCHÜSSE

Standhaftigkeit lautet die Parole

Nach vier hektischen Tagen voller Empfänge, Militärparaden, Reden, Banketten und Trinksprüchen brauchte Maurice Paléologue eine Pause. Nachdem er sich am Abend des 23. Juli auf der *France* von Poincaré verabschiedet hatte, sagte er seinem Diener, er möge ihn am nächsten Morgen ausschlafen lassen. Doch es sollte anders kommen: Um sieben Uhr kam ein dringender Telefonanruf, der das österreichische Ultimatum ankündigte. Während der Botschafter noch im Halbschlaf im Bett lag, drang die Neuigkeit allmählich wie ein Wachtraum in sein Bewusstsein:

> Das Ereignis erscheint mir zugleich unwahrscheinlich und gewiss, eingebildet und bestätigt. Mir ist, als würde ich mein gestriges Gespräch mit dem Kaiser fortsetzen, als würde ich Voraussetzungen und Vorahnungen aussprechen; gleichzeitig habe ich die starke, unumstößliche, unwiderrufliche Empfindung der vollzogenen Tatsache.[1432]

Paléologue sagte seine Verabredung zum Mittagessen ab und erklärte sich stattdessen zu einem Treffen mit Außenminister Sergej Sasonow und dem britischen Botschafter Sir George Buchanan in der französischen Botschaft bereit.[1433] Laut seiner eigenen Version erinnerte Paléologue seine beiden Gäste an die Trinksprüche, die der französische Präsident und der Zar am Vorabend ausgetauscht hatten, und wiederholte, dass die Entente-Mächte »Festigkeit« beweisen sollten. Sasonow war bestürzt: »Aber wenn uns diese Politik zum Krieg führte?« Festigkeit werde, so Paléologue, lediglich dann zum Krieg führen, wenn die »germanischen Mächte von vornherein entschlossen sind, Gewaltmittel anzuwenden, um sich der Hegemonie im Orient zu versichern« (hier wiederholte der französische Botschafter genau

das Argument, das Bethmann Hollweg in der zweiten Juliwoche gegenüber Riezler vorgebracht hatte).

Ob Sasonow wirklich so passiv blieb, wie Paléologues Version vermuten lässt, kann angezweifelt werden: In der Depesche, die George Buchanan über das gleiche Gespräch angefertigt hat, war es nämlich Sasonow, der mit seiner Erklärung, »Russland werde auf jeden Fall mobilmachen müssen«, den Einsatz erhöhte.[1434] Wer immer nun was gesagt haben mag, die drei Männer schätzten die Lage, die durch die Übergabe der österreichischen Note entstanden war, eindeutig als sehr ernst ein. Sasonow und Paléologue drängten Buchanan gemeinsam, seine Regierung dazu zu bewegen, von einer Politik der Neutralität abzurücken, die »einem Selbstmord gleichkäme«. Buchanan pflichtete dem bei und sagte zu, gegenüber Grey die »Politik des Widerstandes gegen die deutschen Forderungen zu unterstützen«.[1435] Graf de Robien, der am Nachmittag mit dem Botschafter sprach, war entsetzt. »Bei diesem unheilvollen Mittagessen«, erinnerte er sich, »hetzten sie sich gegenseitig auf. Paléologue war offenbar besonders energisch und prahlte mit seinen Gesprächen mit Poincaré …«[1436]

In Wirklichkeit musste Sasonow weder von Paléologue noch von sonst jemandem zu etwas überredet werden. Schon vor seinem Mittagessen in der französischen Botschaft hatte er den österreichischen Botschafter in einer Weise abgekanzelt, dass kein Zweifel bestehen konnte, wie er die Lage einschätzte und wie er darauf zu reagieren beabsichtigte. Während Friedrich Szapáry, wie es in solchen Fällen üblich war, die österreichische Note laut vorlas, konnte sich Sasonow mehrmals nicht zurückhalten: »Ich weiß, was es ist. Sie wollen Serbien den Krieg machen! Ich weiß, was da vorgeht, die deutschen Zeitungen feuern Sie an. Vous mettez le feu à l’Europe. C’est une grande responsabilité que vous assumez, vous verrez l’impression que cela fera ici et à Londre et Paris et peut-être aussi ailleurs.« Szapáry bot an, ihm ein Dossier mit Beweismaterial zu schicken, das Wiens Vorwürfe erhärte, aber Sasonow winkte ab und hatte kein Interesse daran: »C’est que vous voulez la guerre et vous avez brûlé vos ponts.« Auf Szapárys Einwand, dass Österreich ein Recht habe, seine lebenswichtigen Interessen zu verteidigen, und »die friedliebendste Macht der Welt« sei, gab Sasonow sarkastisch

zurück: »On voit comme vous êtes pacifiques puisque vous mettez le feu à l’Europe.«[1437] [1438] Szapáry verließ den Außenminister in höchster Erregung und begab sich schnurstracks in die österreichische Botschaft, um seinen Bericht zu verschlüsseln und zu verschicken.

Kaum war der österreichische Botschafter gegangen, rief Sasonow bereits den russischen Generalstabschef Nikolai Januschkewitsch ins Außenministerium. Die Regierung, so Sasonow, werde in Kürze eine offizielle Presseerklärung abgeben, aus der hervorgehe, dass Russland nicht die Absicht habe, »untätig zu bleiben«, wenn die »Würde und Integrität des serbischen Volkes, seiner Blutsbrüder, in Gefahr« seien (eine entsprechende Mitteilung wurde am nächsten Tag an die Presse gegeben). Anschließend erörterte er mit Januschkewitsch Pläne für eine »Teilmobilmachung allein gegen Österreich-Ungarn«.[1439] In den Tagen nach der Übergabe des Ultimatums blieb der russische Außenminister bei seiner standhaften Linie, indem er Positionen vertrat und Entscheidungen traf, welche die Krise verschärften.

Am selben Nachmittag fand um 15 Uhr eine zweistündige Sitzung des Ministerrats statt. Der eben erst vom Mittagessen mit Paléologue und Buchanan zurückgekehrte Sasonow ergriff als Erster das Wort. Zunächst gab er einen knappen Überblick über den allgemeineren Hintergrund der aktuellen Krise, wie er ihn sah. Deutschland betreibe, erklärte er, schon seit langem »systematische Vorbereitungen«, die nicht nur seine Macht in Mitteleuropa vergrößern, sondern auch seine Ziele durchsetzen sollten, und zwar in »sämtlichen internationalen Fragen, ohne Rücksicht auf die Meinung und den Einfluss der Mächte, die nicht dem Dreibund angehören«. Im Laufe der letzten zehn Jahre sei Russland diesen Herausforderungen stets mit Mäßigung und Nachsicht begegnet, doch diese Zugeständnisse hätten die Deutschen lediglich »angespornt«, »aggressive Methoden« anzuwenden. Nunmehr sei die Zeit gekommen, standhaft zu bleiben. Das österreichische Ultimatum sei »mit dem deutschen, stillschweigenden Einverständnis« verfasst worden; die Annahme durch Belgrad würde Serbien de facto zu einem Protektorat der Mittelmächte degradieren. Wenn Russland seine »historische Mission« aufgebe, die Unabhängigkeit der slawischen Völker zu

gewährleisten, so werde man es als »dekadenten Staat betrachten«, es werde »seine ganze Autorität verspielen« und sein »Ansehen auf dem Balkan« verlieren, und »fortan müsse es sich mit einem zweiten Rang unter den Mächten zufrieden geben«. Eine harte Haltung, warnte er, berge allerdings das Risiko eines Krieges gegen Österreich und Deutschland; eine Aussicht, die umso bedrohlicher sei, als man noch nicht sagen könne, welche Haltung Großbritannien einnehmen werde.[1440]

Als Nächster sprach Landwirtschaftsminister Alexander Kriwoschein, einer jener Minister, die massiv gegen Wladimir Kokowzow intrigiert hatten. Er erfreute sich der besonderen Gunst des Zaren und unterhielt hervorragende Kontakte zur nationalistischen Lobby in der Duma. Als Landwirtschaftsminister stand er außerdem eng mit den *semstwos* in Verbindung, den vom Adel dominierten gewählten Organen der Selbstverwaltung, die in fast allen Teilen des russischen Reiches existierten. Seit Jahren hatte er Beziehungen zu der Zeitung *Nowoje Wremja*, die für ihre nationalistische Agitation zur Balkanpolitik und zu den türkischen Meerengen bekannt war.[1441] Kriwoschein hatte seinerzeit im November 1912 Suchomlinows Politik der Teilmobilmachung gegen Österreich mit der Begründung unterstützt, es sei »höchste Zeit, dass Russland aufhöre, vor den Deutschen zu katzbuckeln«.[1442] Allem Anschein nach pflegte er auch eine recht freundschaftliche Beziehung zu der redseligen Militza aus Montenegro, die ihn als Verbündeten im Kampf Montenegros um die Befreiung der Südslawen betrachtete.[1443] Nach Kokowzows Abschied war Kriwoschein der mächtigste Mann im Ministerrat. In der Außenpolitik vertrat er aggressive und zunehmend deutschlandfeindliche Ansichten.

In seiner Rede im Ministerrat am 24. Juli führte Kriwoschein eine komplexe Palette von Argumenten für und gegen einen Militärschlag ins Feld, plädierte letztlich jedoch für eine scharfe Antwort auf die österreichische Demarche. Russland befinde sich, stellte er fest, zweifellos in einer unvergleichlich günstigeren politischen, finanziellen und militärischen Lage als nach der Katastrophe von 1904/05. Das Wiederaufrüstungsprogramm sei jedoch noch nicht abgeschlossen, und es sei fraglich, ob die russischen Streitkräfte jemals imstande wären, mit denen Deutschlands und Österreich-Ungarns

hinsichtlich der »modernen, technischen Effizienz« zu konkurrieren. Andererseits hätten sich die »allgemeinen Bedingungen« in den letzten Jahren verbessert (womöglich eine Anspielung auf die Stärkung des französisch-russischen Bündnisses), und die kaiserliche Regierung täte sich schwer, der Öffentlichkeit und der Duma zu erklären, weshalb sie »zögere, mutig zu handeln«. Darauf folgte die Pointe seiner Argumentation: In der Vergangenheit hätten Russlands »übertrieben vorsichtige Haltungen« es nicht geschafft, die Mächte Mitteleuropas zu »besänftigen«. Freilich gehe Russland im Falle von Feindseligkeiten ein hohes Risiko ein; das habe der russisch-japanische Krieg gezeigt. Aber auch wenn Russland den Frieden wünsche, könne dies nicht über eine weitere »Versöhnung« erreicht werden. »Der Krieg wird trotz unserer Bemühungen um Versöhnung ausbrechen.« Unter den gegenwärtigen Umständen sei deshalb »eine festere und energischere Haltung gegenüber den unvernünftigen Forderungen der Mittelmächte« die beste Politik.[1444]

Kriwoscheins Rede machte auf die Teilnehmer großen Eindruck, und kein einziger nachfolgender Redner sagte etwas, um seine Schlussfolgerungen zu lindern. Kriegsminister Wladimir Suchomlinow und Marineminister Iwan Grigorowitsch räumten ein, dass das Rüstungsprogramm noch nicht abgeschlossen sei, erklärten aber beide dennoch, »dass man nicht länger zögern dürfe«, und sahen »keinen Einwand gegen die Demonstration größerer Standhaftigkeit«. Peter Bark, der für das Finanzministerium sprach, hatte Bedenken, ob Russland imstande wäre, die finanziellen und wirtschaftlichen Belastungen eines Kontinentalkrieges zu tragen, aber selbst er räumte ein, dass weitere Zugeständnisse per se keine Friedensgarantie seien. »Da die Ehre, Würde und Autorität Russlands auf dem Spiel stünden«, sah auch er keinen Grund, von der Mehrheitsmeinung abzurücken. Zusammenfassend kam der Vorsitzende des Ministerrats Iwan Goremykin zu dem Schluss, dass es »die Pflicht der kaiserlichen Regierung sei, unverzüglich eine Entscheidung zugunsten Serbiens zu treffen«. Festigkeit werde mit einer größeren Wahrscheinlichkeit als Versöhnung den Frieden sichern, und falls dies scheitern sollte, müsse »Russland bereit sein, die von ihm geforderten Opfer zu bringen«.[1445] Schließlich einigten sich die

Sitzungsteilnehmer auf folgende fünf Punkte: 1. Österreich solle ersucht werden, die Frist des Ultimatums zu verlängern; 2. Serbien solle geraten werden, an der Grenze keine Schlacht anzubieten, sondern die Streitkräfte ins Landesinnere zurückzuziehen; 3. der Zar solle grundsätzlich der Mobilmachung der Militärbezirke Kiew, Odessa, Kasan und Moskau zustimmen; 4. der Kriegsminister wurde angewiesen, die Aufstockung der militärischen Ausrüstung zu beschleunigen; und 5. derzeit in Deutschland und Österreich investierte russische Gelder sollten abgezogen werden.[1446]

»Diesmal gibt’s Krieg«

Am nächsten Tag, dem 25. Juli, fand eine weitere Sitzung des Ministerrats mit noch ernsterem Charakter statt, die der Zar persönlich leitete und an der Stabschef Nikolai Januschkewitsch und Großherzog Nikolai Nikolajewitsch teilnahmen, der Kommandant des St. Petersburger Bezirks und Mann von Anastasia von Montenegro, die gegenüber Präsident Poincaré so freimütig ihre Meinung geäußert hatte. Die Sitzung bestätigte die Entscheidungen vom Vortag und vereinbarte weitere, umfassendere militärische Maßnahmen. Vor allem beschloss der Rat, die komplexen Bestimmungen einer sogenannten »Kriegsvorbereitungsperiode« zu genehmigen. Diese Maßnahmen, die unzählige Vorkehrungen zur Vorbereitung einer Mobilmachung umfassten, sollten nicht auf die Bezirke entlang der Grenze zu Österreich beschränkt sein, sondern im ganzen europäischen Russland gelten.[1447]

Die historische Bedeutung der Sitzungen vom 24. und 25. Juli kann kaum hoch genug veranschlagt werden. In gewisser Weise kamen sie einer in letzter Minute vollzogenen Wiedergeburt des Ministerrats gleich, dessen Einfluss auf die Außenpolitik seit Stolypins Tod stetig abgenommen hatte. Es war ziemlich ungewöhnlich, dass außenpolitische Entscheidungen im Ministerrat in dieser Form diskutiert wurden.[1448] Wenn Sasonow seinen Ministerkollegen das Deutsche Reich als den angeblichen Urheber der aktuellen Krise präsentierte, lässt sich daran ablesen, wie sehr er die Logik des französisch-russischen Bündnisses verinnerlicht hatte, nach der Deutschland und nicht Österreich der »Hauptgegner« war. Dass es sich hier

eher um eine österreichische als um eine deutsche Krise handelte, spielte keine Rolle, weil Österreich nur als Strohmann für eine heimtückische deutsche Politik angesehen wurde, deren letztliche Ziele, einmal abgesehen von der »Hegemoniestellung im Nahen Osten«, noch unklar waren. Was die mangelhafte Bereitschaft Russlands zum Krieg (verglichen mit den voraussichtlichen Bedingungen drei Jahre später) anging, so hakten die Minister dieses Thema mit dem vagen Verweis auf einen Krieg ab, der »ohnehin« kommen werde, selbst wenn Russland beschließen würde, die Deutschen zu »versöhnen«, indem man ihren österreichischen Bundesgenossen nicht angriff. Diese Argumentation glich auf den ersten Blick der Denkrichtung, die in den ersten Juliwochen Bethmann Hollweg unablässig durch den Kopf ging: dass man die Sarajevo-Krise als ein Instrument betrachten könne, um die russischen Absichten auszuloten – wenn sich die Russen, wider Erwarten, für einen europäischen Krieg entscheiden sollten, so hieß das, dass sie ohnehin den Krieg gewollt hatten. Allerdings bestand ein wesentlicher Unterschied: Im Falle Bethmann Hollwegs wurde dieses Argument ins Feld geführt, um die *Annahme* eines Krieges zu rechtfertigen, falls Russland beschließen sollte, einen Krieg zu beginnen; zu keinem Zeitpunkt (bis nach der russischen Generalmobilmachung) diente das Argument dazu, *präventive* militärische Maßnahmen durch das Deutsche Reich zu rechtfertigen. In St. Petersburg hingegen gingen diese Maßnahmen, die ihrem Wesen nach als vorbeugend angesehen wurden, nicht aus einer unmittelbaren Bedrohung Russlands hervor, zudem war es sehr wahrscheinlich (wenn nicht sicher), dass sie die Krise zuspitzen würden.

Die praktischen militärischen Maßnahmen, die auf den beiden Sitzungen beschlossen wurden, waren besonders rätselhaft. Als Erstes war die von Sasonow und Januschkewitsch vereinbarte und im Prinzip am 24. Juli genehmigte Teilmobilmachung ein außerordentlich unpraktisches und potenziell riskantes Verfahren. Selbst eine Teilmobilmachung hätte, sofern sie Österreich-Ungarn unmittelbar gefährdete, das Räderwerk des österreichisch-deutschen Bündnisses unweigerlich in Gang gesetzt und Gegenmaßnahmen seitens Berlins erfordert. Genauso hätte eine deutsche Teilmobilmachung gegen Russland unweigerlich Gegenmaßnahmen

Frankreichs ausgelöst, unabhängig davon, ob Deutschland an der Westfront mobilisiert hätte oder nicht. Und wenn diese Gegenmaßnahmen tatsächlich eintreten sollten, dann wären jene Grenzregionen, in denen die Mobilmachung *nicht* durchgeführt worden war, doppelt exponiert gewesen, wie auch die rechte Flanke der südlichen Heeresgruppe, die man gegen Österreich mobilisiert hatte. Der Handlungsspielraum, der durch die teilweise Mobilmachung hätte entstehen sollen, war folglich weitgehend illusorisch. Noch besorgniserregender war die Tatsache, dass die russischen Pläne eine Teilmobilmachung überhaupt nicht vorsahen. Es existierte kein separates Muster für eine Mobilmachung allein gegen Österreich. Das damals gültige Planungsschema, mit der Bezeichnung Mobilmachungsplan Nr. 19, war ein »nahtloses Ganzes, eine Alles-oder-Nichts-Aufstellung«, die nicht zwischen den beiden Gegnern unterschied.[1449] Wegen der Schwankungen in der Bevölkerungsdichte in den verschiedenen Bezirken waren die jeweiligen Truppenkontingente größtenteils auf Reservisten aus anderen Mobilmachungszonen angewiesen. Darüber hinaus waren einige Einheiten in den Nachbarregionen Österreichs im Fall einer Generalmobilmachung für den Einsatz in Teilen des polnischen Ausläufers vorgesehen, der an das Deutsche Reich grenzte. Als wäre das nicht schon schlimm genug, hätte eine auf bestimmte Sektoren begrenzte Mobilmachung die hochkomplexen Arrangements für den Bahnverkehr in den Zonen der Truppenkonzentration zunichtegemacht. Die Improvisation einer Mobilmachung allein gegen Österreich war deshalb nicht nur an sich bereits riskant, sie könnte darüber hinaus Russlands Fähigkeit aufs Spiel setzen, zu einer Generalmobilmachung überzugehen, falls diese im Anschluss daran erforderlich werden sollte.[1450]

Angesichts dieser Schwierigkeiten ist es erstaunlich, dass eine Teilmobilmachung überhaupt ernsthaft in Betracht gezogen wurde. Warum forderte Sasonow sie dann so nachdrücklich? Man kann den oberflächlichen Reiz einer Maßnahme nachvollziehen, die scheinbar eine Option noch unterhalb der Schwelle einer Generalmobilmachung bot, nach der ein Kontinentalkrieg unausweichlich wäre. Sasonow hatte zweifellos die Winterkrise von 1912/13 vor Augen, als die Armee eine etappenweise Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn improvisierte. Und als Zivilist in

einem Umfeld, wo militärisches Fachwissen wie der Augapfel gehütet wurde und die Kommunikation zwischen ziviler und militärischer Seite schwach ausgeprägt war, wusste es Sasonow, dessen militärische Ignoranz bekannt war, wahrscheinlich nicht besser. Er wurde von seinem Generalstabschef Januschkewitsch eindeutig schlecht beraten. Dessen Fähigkeiten waren recht bescheiden, und nach nur fünf Monaten auf diesem Posten war er noch leicht überfordert. Januschkewitsch, eher ein Höfling als Soldat, hatte noch nie auf dem Feld gestanden, und seine Beförderung, die dem Vernehmen nach allgemeine Überraschung ausgelöst hatte, war vermutlich eher auf die Gunst des Zaren als auf seine berufliche Qualifikation zurückzuführen.[1451] Aber sogar nachdem Januschkewitschs Untergebene und Januschkewitsch selbst auf die Unsinnigkeit einer Teilmobilmachung hingewiesen hatten, lehnte Sasonow es ab, sich davon zu verabschieden. Womöglich glaubte er, dass er für den Zaren eine Alternative zur Generalmobilmachung in petto haben musste; oder er hoffte, eine Teilmobilmachung werde ausreichen, um die Österreicher und Deutschen zum Nachgeben zu bewegen. Vielleicht hoffte er aber auch, den Zaren mit dem Angebot einer Teilmobilmachung in eine Situation zu bringen, in der er gezwungen wäre, wirklich Ernst zu machen. Zumindest lassen diese Unwägbarkeiten auf eine gewisse Uneinigkeit im Zentrum der russischen Exekutive schließen. Dieser Eindruck wird auch durch den Umstand bestätigt, dass der Zar Sasonows Teilmobilmachung um eine Alarmierung der Ostseeflotte erweitern durfte, obwohl dies die eigentliche Absicht des Außenministers zunichtemachte, das Deutsche Reich möglichst nicht zu brüskieren.[1452]

Jedenfalls blieb die Teilmobilmachung vorerst ein Ablenkungsmanöver – zumindest bis zum 28. Juli, als die Regierung beschloss, sie tatsächlich bekannt zu geben. Unterdessen hatte der Ministerrat eine noch wichtigere Entscheidung getroffen, nämlich die Inkraftsetzung des »Reglements für die Kriegsvorbereitungsperiode vom 2. März 1913«. Dieses Gesetz im Vorfeld einer Mobilmachung gewährleistete eine erhöhte Sicherheit und Bereitschaft in Magazinen und Nachschubdepots, die beschleunigte Durchführung von Reparaturarbeiten an der Eisenbahn, Bereitschaftsüberprüfungen in allen Ministerien, die Aufstellung von Schutztruppen an gefährdeten

Grenzabschnitten sowie die Einziehung von Reservisten in Ausbildungslager. Darüber hinaus wurden weitere Maßnahmen durchgeführt: Soldaten, die fernab von ihren Stützpunkten eine Ausbildung absolvierten, wurden unverzüglich zurückgerufen; rund 3000 Kadetten wurden in den Offiziersrang erhoben, um das Offizierskorps auf die erforderliche Kriegsstärke aufzustocken; Häfen wurden vermint, Pferde und Wägen bereitgestellt, und in allen Festungen in den Militärbezirken Warschau, Vilnius und St. Petersburg wurde der Kriegszustand erklärt, sodass die Militärbehörden die erforderlichen Befugnisse besaßen, um eine schnelle Generalmobilmachung zu gewährleisten, sobald der Befehl erteilt war. Überdies wurden diese Maßnahmen nicht nur in den österreichischen Grenzgebieten in Kraft gesetzt, sondern im gesamten europäischen Russland.[1453]

Dieser Schritt waren natürlich mit einem gewissen Risiko verbunden. Denn wie sollten die Deutschen und Österreicher den Unterschied zwischen den russischen umfassenden Maßnahmen im Vorfeld der Mobilmachung und der Anfangsphase einer eigentlichen Mobilmachung erkennen? Der Wortlaut des Reglements vom 2. März vermittelt einen Eindruck vom Ausmaß der eingeleiteten Maßnahmen. Demnach sollten Reservisten in Grenzdivisionen zurückgerufen und »über die Uniformen und vermutlichen Aufstellungen des Gegners instruiert« werden.

> Die Pferde sind neu zu beschlagen. Urlaub ist nicht mehr zu erteilen. Beurlaubte Offiziere oder Mannschaften haben zurückzukehren. Spionageverdächtige sind zu verhaften. Es sind Maßnahmen vorzubereiten, um die Ausfuhr von Pferden, Vieh und Getreide zu verhindern. Bargeld und Wertpapiere sind aus den Banken in der Nähe der Grenze nach dem [Landes-]Inneren zurückzuziehen. Kriegsschiffe haben in ihre Häfen zurückzukehren und erhalten dort volle Kriegsausrüstung.[1454]

Januschkewitsch steigerte die Wahrscheinlichkeit eines Missverständnisses noch, indem er die Kommandanten in allen Militärbezirken anwies, sich nicht an den Wortlaut des Reglements gebunden zu fühlen und über die

vorgeschriebenen Schritte hinauszugehen, wo es ihnen angebracht erschien.

Tatsächlich hielten etliche Beobachter die Kriegsvorbereitungen irrtümlich bereits für eine Teilmobilmachung. Der belgische Militärattaché in St. Petersburg meldete am 26. Juli, der Zar habe die Mobilmachung von »zehn Armeekorps in den Militärbezirken Kiew und Odessa« angeordnet, und fügte hinzu, dass die Meldung in »Militärkreisen mit der größten Begeisterung aufgenommen« worden sei. In einer Sendung vom folgenden Tag wies er darauf hin, dass man der Presse mitgeteilt habe, jede öffentliche Diskussion der »Mobilisierung der Armee« sei streng verboten.[1455] Deutsche und österreichische Konsulatsbeamte, Diplomaten und Attachés brachten sofort alarmierende Berichte nach Berlin und Wien auf den Weg. Aus Kopenhagen meldete der österreichische Gesandte Graf Dionys Széchényi am 26. Juli, dass der dänische Außenminister Eric Scavenius aus St. Petersburg Nachrichten erhalten habe, die vermuten ließen, dass Russland bereits mit der Mobilmachung begonnen habe – allerdings hielt es Széchényi in Anbetracht der übereilten Offensivmaßnahmen für unwahrscheinlich, dass sich Frankreich oder England zu einer Intervention verpflichtet fühlen könnten.[1456] Am nächsten Tag meldete der österreichische Konsul Hein in Kiew den Rückruf der Offiziere in die Garnisonen und die langen Reihen von Artillerieeinheiten, die aus dem Lager in Kiew mit unbekanntem Ziel nach Westen rollten. Später am selben Tag (dem 27. Juli) meldete er 16 mit Artillerie beladene Züge und Kosaken, die aus Kiew ausrückten, sowie 26 Militärzüge mit Artillerie und Pionieren auf dem Weg aus Odessa – alle mit dem Ziel österreichische Grenze. Der riesige Kiewer Stützpunkt stand jetzt leer – die Soldaten waren entweder in ihre Winterquartiere abgezogen oder versammelten sich auf dem Bahnhof, um in den Zug zu steigen.[1457] Aus Szczakowa in Polen kam eine verschlüsselte Sendung mit der Information, dass man die Manöver, die in der Region durchgeführt worden waren, abgebrochen und sämtliche Truppen in der Stadt zusammengezogen habe: »ein großes Kontingent« Artillerie war im Wiener Bahnhof der Stadt in Waggons verladen worden. In der Nacht zuvor hatten sieben mit Pionieren voll besetzte Züge den Bahnhof verlassen.[1458] Aus Moskau gingen Berichte ein, dass die russische kaiserliche Luftwaffe, nach der französischen die

zweitgrößte, nach Westen verlegt worden sei; während zugleich ein Kavallerieregiment aus dem fernen Jekaterinoslaw (heute: Dnjepropetrowsk) in die Stadt verlegt worden war, über tausend Kilometer südlich davon.[1459] Von den österreichischen Behörden in Galizien kamen Meldungen über entschieden große Truppenkonzentrationen, einschließlich Artillerie und Kosaken, die an Stellungen unmittelbar jenseits der Grenze verlegt wurden.[1460] Aus Batum an der Ostküste des Schwarzen Meeres wurde gemeldet, Infanterieregimenter, Kosaken und Dragoner befänden sich auf dem Weg nach Warschau.[1461] Die Telegramme der Konsulate in ganz Russland an die deutsche Botschaft in St. Petersburg berichteten von der Verminung von Flüssen, der Beschlagnahmung von Fahrzeugen, von einer ganzen russischen Artilleriedivision, die von Kiew aus nach Westen marschiere, vom Abfangen deutscher verschlüsselter Telegramme durch das Moskauer Telegrafenamt sowie über Truppen, die von Manövern zurückkehrten, über Infanterie- und Kavallerieeinheiten, die sich Lublin und Kovel näherten, das Sammeln großer Pferdebestände an den Orten der Truppenkonzentration, große Konvois aus Militärfahrzeugen und andere Anzeichen umfassender Kriegsvorbereitungen.[1462] Schon am Abend des 25. Juli, als Maurice Paléologue zum Warschauer Bahnhof in St. Petersburg ging, um sich von Iswolski zu verabschieden, der »in aller Eile« nach Paris zurückkehrte, wunderten sich die beiden Männer über die Unruhe in ihrer Umgebung:

> An den [Bahnsteigen] herrscht lebhafte Bewegung: Die Züge sind von Offizieren und Mannschaften überfüllt. Das sieht sehr stark nach Mobilisierung aus. Wir tauschen rasch unsere Eindrücke aus und schließen in gleicher Weise: »Diesmal gibt's Krieg.«[1463]

Die russischen Beweggründe

Mit den von ihnen veranlassten Maßnahmen verschärften Sasonow und seine Kollegen die Krise und erhöhten die Wahrscheinlichkeit eines allgemeinen europäischen Krieges drastisch. Zum einen veränderte die russische Vorbereitung der Mobilmachung die politische Stimmung in Serbien

grundlegend, sodass es nunmehr undenkbar geworden war, dass sich die Belgrader Regierung, die eine Annahme des Ultimatums ernsthaft in Betracht gezogen hatte, dem österreichischen Druck noch beugen könnte. Außerdem erhöhten die Maßnahmen den innenpolitischen Druck auf die russische Regierung, weil der Anblick der Männer in Uniform und die Nachricht, dass Russland gegenüber dem Schicksal Serbiens »nicht gleichgültig« bleiben würde, die Euphorie in der nationalistischen Presse schürten. In Österreich-Ungarn läuteten deswegen die Alarmglocken. Vor allem aber erhöhten die Maßnahmen massiv den Druck auf Deutschland, das bislang von militärischen Vorbereitungen abgesehen hatte und immer noch mit einer Lokalisierung des österreichisch-serbischen Konflikts rechnete.

Warum griff Sasonow zu dieser Maßnahme? Er war kein leicht zugänglicher Mensch und legte niemals eine verlässliche Version seiner Handlungen und Motive in jenen Tagen vor, aber die glaubwürdigste und naheliegendste Antwort finden wir in seiner ersten Reaktion auf die Nachricht vom Ultimatum: »*C'est la guerre européenne!*« Sasonow war von Anfang an überzeugt, dass eine österreichische Militäraktion gegen Serbien zwangsläufig einen russischen Gegenangriff auslösen musste. Seine Reaktion auf das Ultimatum stand völlig im Einklang mit seinen früheren Zusagen. Sasonow hatte niemals anerkannt, dass Österreich-Ungarn angesichts des serbischen Irredentismus ein Recht auf Abwehrmaßnahmen habe. Im Gegenteil hatte er den Irredentismus auf dem Balkan stets gefördert und ausdrücklich die Anschauung vertreten, dass Serbien der rechtmäßige Nachfolger für die Ländereien der nicht befreiten südslawischen Völker innerhalb der Doppelmonarchie war – eines überalterten, multiethnischen Konstrukts, dessen Tage in seinen Augen ohnehin gezählt waren. Offenbar kam ihm überhaupt nicht in den Sinn, dass die Tage des multiethnischen russischen Reiches, dessen Minderheiten unter erheblich schlechteren Bedingungen als die Österreich-Ungarns lebten, ebenfalls gezählt sein könnten.

Sasonow hatte den Österreichern von Anfang an das Recht abgesprochen, nach den Attentaten *in irgendeiner Form* gegen Serbien aktiv zu werden. In einer ganzen Reihe von Situationen hatte er mehrfach angedeutet, dass

Russland jede Operation gegen den Vasallenstaat militärisch beantworten werde. Bereits am 18. Juli, kurz nachdem durchgesickert war, dass eine österreichische Note in Vorbereitung war, hatte Sasonow zu Sir George Buchanan auf dessen Nachfrage gesagt, »dass eine Art österreichischen Ultimatums in Belgrad Russland nicht gleichgültig lassen könne und es möglicherweise zwingen würde, einige militärische Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen«.[1464] Sasonow muss sich über die damit verbundenen enormen Risiken im Klaren gewesen sein, denn er hatte sich auf dem Höhepunkt der Balkankrise gemeinsam mit Kokowzow gegen eine solche Teilmobilmachung gegen Österreich ausgesprochen, mit der Begründung – wie Kokowzow uns überliefert: »Ganz gleich, wie wir die vorgeschlagenen Maßnahmen nennen mögen, eine Mobilmachung bleibt eine Mobilmachung, die von unseren Gegnern mit einem richtigen Krieg beantwortet werden muss.«[1465]

Im Jahr 1914 war die Lage freilich völlig anders. Die Risiken waren erheblich größer, und da Kokowzow aus dem Weg geräumt war, war die Stimmung nicht so gehemmt. Aber es gab noch einen wichtigen Unterschied: Gerade im November 1912 hatte Sasonow sein Plädoyer, nachzugeben, an eine Bedingung geknüpft und erklärt: »Selbst wenn wir zum Krieg bereit wären, […] hätten wir nicht das Recht, solche Schritte zu ergreifen, ohne zuerst mit unseren Bündnispartnern ein Einvernehmen zu erzielen.«[1466] Über dieses Einvernehmen konnte – zumindest im Fall Frankreichs – im Sommer 1914 kein Zweifel mehr bestehen. Nicht nur, dass Poincaré und Paléologue so nachdrücklich die Standhaftigkeit Russlands in der serbischen Frage verlangt hatten, darüber hinaus entsprach dies exakt dem Szenario des Katalysators Balkan, den die Bündnispartner nach unzähligen Diskussionen und Gipfeltreffen in den letzten Jahren zum idealen *casus belli* erklärt hatten. In einer bemerkenswerten Sendung vom 30. Juli berichtete der russische Militärattaché in Paris, Graf Alexej Ignatjew, der viele Kontakte zu den höchsten französischen Militärbefehlshabern unterhielt, dass er bei allen Menschen in seinem Umfeld »eine unverhohlene Freude über die Chance entdeckte, in den Augen der Franzosen vorteilhafte strategische Bedingungen zu nutzen«.[1467] Der belgische Gesandte in Paris registrierte die gleiche

elektrisierte Stimmung: »Der französische Generalstab ist für den Krieg«, schrieb er am 30. Juli. »Der französische Generalstab will den Krieg, weil er den Augenblick für günstig hält und weil man endlich einmal Schluss machen müsse.«[1468]

Es stimmt schlichtweg nicht, wie hier und da behauptet wurde, dass Paléologue die französischen Absichten missverstanden habe und der russischen Regierung Zusagen gegeben habe, über die er keine Vollmacht besaß. Ebenso wenig trifft es zu, dass er Paris falsch über die russische Mobilmachung informiert hatte, damit die Krise so weit gedeihe, dass Paris außerstande sein würde, den Bündnispartner noch zurückzuhalten. Im Gegenteil hielt er das französische Außenministerium die ganze Zeit über sämtliche von der russischen Regierung ergriffenen Maßnahmen auf dem Laufenden. Ein am 24. Juli um 18.30 Uhr geschriebenes Telegramm billigte das Prinzip der Bündnistreue im Interesse der »Sicherung des Friedens durch den Einsatz von Gewalt«; ein weiteres Telegramm, am selben Abend um 23 Uhr verfasst, verwies auf die Maßnahmen, welche »Russland zweifellos ergreifen müsste, sollte die nationale Souveränität oder die territoriale Integrität Serbiens bedroht werden«. Schließlich berichtete ein am folgenden Tag um 16.45 Uhr verfasstes Telegramm mit den Vermerken »dringend« und »geheim«, dass der Ministerrat an jenem Tag »im Prinzip« beschlossen habe, »13 Armeekorps zu mobilisieren, die eventuell gegen Österreich operieren würden«. Darauf folgte der entscheidende Satz:

> Die Mobilmachung würde erst effektiv und veröffentlicht werden, wenn die österreichisch-ungarische Regierung sich anschicken würde, Serbien durch Waffengewalt unter Druck zu setzen. Die geheimen Vorbereitungen *[preparatifs clandestins]* laufen dennoch ab heute an.[1469]

In Anbetracht dieser Nachrichten sollte Viviani später empört dagegen protestieren, dass man es zugelassen hatte, dass die Dinge so rasch so weit gediehen. Er verlangte von Paléologue einen vollständigen Bericht über seine Aktivitäten während der entscheidenden Tage der Krise und warf ihm vor, er habe wichtige Informationen über russische Maßnahmen zurückgehalten (hier nahm der Mythos von Paléologues unbefugten Machenschaften seinen

Anfang). Aber auch wenn Viviani aus dem Entscheidungsprozess ausgeklammert war (was Poincaré zweifellos beabsichtigt hatte), so waren der französische Präsident und die Pariser Regierung keineswegs außen vor. Für den Fall, dass Paléologues Noten nicht genügend Informationen brachten, gingen parallel dazu Sendungen des französischen Militärattachés General Pierre Laguiche ein, der zum Beispiel am 26. Juli meldete, dass bereits »geheime militärische Aufstellungen« in Warschau, Vilnius und St. Petersburg im Gange seien, ausnahmslos Bezirke entlang der deutschen Grenze.[1470] Aber es folgte kein Aufruf zur Zurückhaltung aus dem Quai d'Orsay. Ebenso wenig distanzierte sich Poincaré, auch wenn er später maßgebliche Details seines eigenen Anteils an der Krise fälschte, jemals öffentlich von Paléologue oder von der Politik, die er in St. Petersburg so enthusiastisch vorgetragen hatte.

Freilich gab es Momente, in denen Sasonows Glaube an einen friedlichen Ausgang offenbar wieder auflebte. Wie gezeigt, warteten die Österreicher nach Übergabe des Ultimatums am 23. Juli eine Zeitlang ab, in der Hoffnung, dass die aktuellen österreichischen Militärvorbereitungen in letzter Minute Zugeständnisse Belgrads bewirken würden. Sasonow deutete dies irrtümlich als Zeichen, dass Wien möglicherweise einen Rückzieher machen könnte, und fing an, von einer Verhandlungslösung zu sprechen. »Bis zum letzten Augenblick«, sagte er dem französischen Botschafter am 26. Juli, »werde er sich bereit zeigen zu verhandeln.« Was er damit meinte, wurde deutlich, als er Szapáry zu einer »offenen und loyalen Erläuterung« seiner Ansichten zu sich rief. Indem Sasonow die österreichische Note Punkt für Punkt durchging, betonte er nachdrücklich den »inakzeptablen, absurden und beleidigenden« Charakter jedes einzelnen Absatzes und schloss mit einem Angebot: »Nehmen Sie Ihr Ultimatum zurück, ändern Sie die Form, und ich garantiere Ihnen, wir werden zu einem Ergebnis kommen.«[1471] Diese »Verhandlung« kann man kaum als Grundlage für ergiebige weitere Gespräche bezeichnen. Jedenfalls war der eigentliche Grund für die kurze österreichische Pause nach der Übergabe des Ultimatums mit Sicherheit nicht der österreichische Zweifel an der Rechtmäßigkeit ihrer Sache, sondern die Hoffnung, dass Belgrad noch in letzter Minute einlenken würde. Die

Meldung über russische Vorbereitungen zu einer Mobilmachung machten diese Hoffnung naturgemäß zunichte. Kaum jemand beobachtete begeisterter das Schauspiel, wie Kosaken in die Züge stiegen, als Miroslav Spalajković, der in ihnen die Vorzeichen eines Endkampfes um die serbische Einheit und Freiheit sah. Wenn der Zar die Serben aufforderte, »wie die Löwen« zu kämpfen, war es unwahrscheinlich, dass Belgrad noch einmal über die Bedingungen des Ultimatums nachdachte. Und in der Zwischenzeit hatte Sasonow Belgrad ausdrücklich geraten, das britische Angebot, als Schlichter aufzutreten, *nicht* zu akzeptieren.

Selbst als die Russen eine Zuspitzung der Krise zuließen, mussten sie eine gewisse Vorsicht walten lassen. Die Franzosen waren verpflichtet, Russland bei einer Intervention auf dem Balkan zu unterstützen, unabhängig von den konkreten Umständen, unter denen diese Intervention für notwendig erachtet wurde. Aber es war immer noch wichtig, die französische und britische öffentliche Meinung zu besänftigen und die Deutschen so lange wie möglich aus dem Spiel zu halten. Seit November 1912 galt in Russland für die praktische Durchführung der Mobilmachung die etablierte Annahme, dass die Konzentration der Truppen und des Materials wenn möglich abgeschlossen werden sollte, »ohne die Feindseligkeiten zu beginnen, damit dem Gegner nicht unwiederbringlich die Hoffnung genommen wird, der Krieg könne noch vermieden werden«. In dieser Phase einer latenten Mobilmachung sollten die eigenen Maßnahmen »durch geschickte diplomatische Verhandlungen« kaschiert werden, »um die Befürchtungen des Gegners möglichst einzuschläfern«.[1472] Als in Russland die Mobilmachung befohlen wurde, meldete Paléologue dem Außenministerium in Paris nach Rücksprache mit Sasonow am 25. Juli, dass sie lediglich gegen Österreich erfolgen werde und dass man vermeiden werde, in die Offensive zu gehen, »um Deutschland keinen Vorwand zu geben, *den casus foederis sofort eintreten zu lassen*«.[1473] Für die russische, französische und britische öffentliche Meinung war es außerdem wichtig, dass *Österreich*, nicht Russland als der Angreifer angesehen wurde. »Wir müssen das Wiener Kabinett sich ganz ins Unrecht setzen lassen«, sagte Sasonow am 24. Juli zu Paléologue.[1474] Genau dieser Gedanke, dass man dem Gegner die Chance geben sollte, als Angreifer

aufzutreten, kam in den letzten Tagen der Krise in sämtlichen Entscheidungszentren beider Lager auf.

Geschah dies alles einzig und allein im Namen Serbiens? War Russland wirklich bereit, einen Krieg zu riskieren, um die Integrität eines fernen Vasallenstaates zu schützen? Wie gezeigt, nahm die Bedeutung Serbiens in den letzten Jahren vor dem Krieg in russischen Augen zu, teils weil die Entfremdung von Sofia sich vertiefte, teils weil Serbien ein geeigneteres Instrument als Bulgarien war, um die Doppelmonarchie unter Druck zu setzen. In russischen panslawistischen und nationalistischen Kreisen herrschte eine starke Sympathie für die serbische Sache – das war ein Thema, mit dem die Regierung nützliche Brücken zu ihrer eigenen Mittelschicht schlagen konnte. Andererseits war St. Petersburg im Oktober 1913 bereit gewesen, Belgrad sich selbst zu überlassen, als die Österreicher mit einem Ultimatum den Abzug serbischer Truppen aus Nordalbanien gefordert hatten. Und im Gegensatz zu Russlands Nachbarland Bulgarien, das auch einen Streifen Schwarzmeerküste hatte, konnte man Serbien kaum eine geopolitische Bedeutung für die russische Sicherheit zusprechen.

Der resolute Charakter der russischen Antwort ergibt nur dann Sinn, wenn man sie vor dem Hintergrund der wachsenden Befürchtungen der russischen Führung wegen der türkischen Meerengen betrachtet. Russland (genauer: das russische Marineoberkommando) hatte seit den 1890er Jahren sehnsüchtig Expeditionen zur Eroberung des Bosporus geplant.[1475] Und wir haben gesehen, inwiefern das Vorrücken der Bulgaren auf Konstantinopel, die Unterbrechung der Getreideexporte während der Balkankriege und die Krise um Liman von Sanders das Thema in den Jahren 1912 bis 1914 immer wieder an die Spitze der Agenda katapultierten.[1476] Im Sommer 1914 kamen weitere Faktoren zusammen, welche die russische Empfindlichkeit mit Blick auf die Meerengen steigerten. Der wohl wichtigste war ein regionales Wettrüsten zwischen dem Osmanischen Reich und Griechenland, das von einem Streit um die nördlichen Ägäischen Inseln geschürt wurde. Um ihren Vorsprung vor den Griechen zu halten, hatten die osmanischen Marinebehörden zwei Kriegsschiffe der Dreadnought-Klasse bei den britischen Firmen Armstrong und Vickers bestellt. Das erste sollte bereits

Ende Juli 1914 geliefert werden.[1477]

Dieser lokale Machtkampf ließ bei den Russen die Alarmglocken läuten. Erstens bestand die Gefahr, dass im Fall von Feindseligkeiten einmal mehr die Meerengen für die russische Handelsschifffahrt geschlossen würden, mit allen damit verbundenen Kosten und wirtschaftlichen Schäden. Ferner könnte ein kleinerer Staat (Griechenland oder Bulgarien) kurzerhand einen Streifen osmanischen Territoriums besetzen, auf das die Russen selbst ein Auge geworfen hatten. Es war auch zu befürchten, dass ein griechisch-türkischer Krieg die britische Marine auf den Plan rufen würde, ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, als die Russen London drängten, die britischen Flottenoperationen zurückzufahren. Aber der wohl weitaus beängstigendste Faktor war die Perspektive, dass eine türkische Dreadnought im Schwarzen Meer auftauchen könnte, wo die Russen über keine Kriegsschiffe dieser Klasse verfügten. Die Ankunft neuer türkischer Dreadnoughts würde, so warnte der russische Marineminister im Januar 1914, »mit der Flotte, die die Türkei bereits besitzt, eine Seemacht ausmachen, die unsere jetzige Schwarzmeerflotte erdrückend, annähernd um das Sechsfache übertrifft«.[1478] »Dabei ist es klar, welche verhängnisvollen Folgen der Verlust der beherrschenden Stellung im Schwarzen Meere für uns haben kann«, bedeutete Sasonow im Mai 1914 dem russischen Botschafter in London. »Und deshalb dürfen wir dem weiteren und außerdem so raschen Ausbau der ottomanischen Seestreitkräfte selbstverständlich nicht ruhig zuschauen.«[1479] Ende Juli 1914 bat Sasonow die Briten immer noch eindringlich, die für Konstantinopel bestimmten Dreadnoughts zurückzuhalten.[1480]

Wie viel Gewicht diese Sorgen in den russischen Überlegungen während der Julikrise hatten, lässt sich schwer sagen.[1481] Da sich die offiziellen Dokumente verstärkt auf das österreichisch-serbische Epizentrum der Krise konzentrierten, bestand die Tendenz, die russischen Entscheidungen ausschließlich mit Blick auf die Solidarität mit den slawischen »kleinen Brüdern« und der Sorge um das russische Ansehen auf der Balkanhalbinsel zu erklären. Sasonow hatte diese Lektion gelernt und wusste, dass ein offener Versuch, die Kontrolle über die Meerengen zu erlangen, bei seinen Bündnispartnern nicht gut ankommen würde. Das Bild wird allerdings noch

durch den Umstand verkompliziert, dass der Bosporus eine besondere Leidenschaft der Marine war, die der Generalstab des Heeres nicht teilte.

Andererseits maß Kriwoschein dem Thema Meerengen zweifellos eine hohe Bedeutung bei. Immerhin war er sich als Verantwortlicher für die Agrarexporte schmerzlich der Verwundbarkeit der russischen Handelsschifffahrt bewusst. Im Zuge der aktuellen Instabilität der Region war der Schauplatz Balkan tendenziell mit der Frage der Meerengen verschmolzen, sodass die Halbinsel zunehmend als das strategische Hinterland der Meerengen angesehen wurde.[1482] Konnte Russland den Balkan kontrollieren, befand sich St. Petersburg in einer erheblich günstigeren Ausgangsposition, um unerwünschte Angriffe auf den Bosporus zu verhindern. Pläne zu den Meerengen waren somit ein maßgeblicher Faktor für die Entscheidung, bei der Bedrohung Serbiens standhaft zu bleiben.

Wie immer nun die genaue Reihenfolge der geopolitischen Prioritäten ausgesehen haben mag, die Russen hatten bereits den Kriegspfad betreten. Von diesem Punkt an wurden die wahrscheinlichen Spielräume immer enger. Im Rückblick wird es schwieriger (wenn auch nicht ganz unmöglich), sich Alternativen zu dem Krieg vorzustellen, der in den ersten Augusttagen 1914 ausbrach. Genau das meinte zweifellos auch General Sergej Dobrorolski, der Chef der russischen Mobilmachungsabteilung, als er im Jahr 1921 erklärte, dass nach den Sitzungen in St. Petersburg vom 24. und 25. Juli »der Krieg bereits beschlossene Sache war, und die ganze Flut von Telegrammen zwischen den Regierungen Russlands und des Deutschen Reiches waren nicht mehr als die Inszenierung eines historischen Schauspiels«.[1483] Dennoch sprachen die Russen und ihre französischen Bündnispartner in den entscheidenden Tagen der vierten Juliwoche unablässig von einer Politik des Friedens. Die Politik der »Standhaftigkeit«, wie Poincaré, Sasonow, Paléologue, Iswolski, Kriwoschein und ihresgleichen sie auslegten, war eine Politik mit dem Ziel, den Frieden »notfalls mit Gewalt zu sichern«.

Man ist geneigt, diese Worte als euphemistische Nebelschwaden zu verwerfen, die die Aggressivität der russischen und französischen Politik verschleiern und womöglich auch vermeiden sollten, dass die Entscheidungsträger in London brüskiert würden. Aber die gleichen

Formulierungen wurden auch in der internen Korrespondenz und in privaten Äußerungen verwendet. Hier besteht ein bemerkenswerter Kontrast zu den entsprechenden deutschen Dokumenten, die den Krieg direkter als eine externe Bedrohung, eine Notwendigkeit und ein Instrument der Politik bezeichnen. Aber wenn man sich genauer ansieht, was die russischen und französischen Staatsmänner wirklich taten, während sie von der Notwendigkeit sprachen, den Frieden zu sichern, so liegt die Vermutung nahe, dass der Unterschied eher graduell als substanziell war. Warum dieser Unterschied überhaupt existierte, ist nicht ohne Weiteres zu erkennen, aber wir sollten uns hüten, ihn als ein Symptom des deutschen Militarismus oder der Kriegslust zu werten. Es könnte sich in ihm durchaus der nachhaltige Einfluss Clausewitz’ auf die deutsche politische Sprache spiegeln. Der Krieg von 1914 bis 1918 war die absolute Negation all dessen, für das Clausewitz gestanden und plädiert hatte, aber seine scharfsinnigen Schriften über Konflikte hatten den Krieg als ein ausgesprochen politisches Instrument dargestellt, dessen Einsatz – als letzter Ausweg – stets politischen Zielen dienen sollte. Im Gegensatz dazu ließ die Wortwahl der russischen und französischen Entscheidungsträger darauf schließen, dass sie von der Annahme ausgingen, Krieg und Frieden seien krasse existenzielle Alternativen. Allerdings ließen sich die Entscheidungsträger, die Europa im Juli 1914 in den Krieg führten, weder von den Clausewitz’schen weisen Ermahnungen zum Primat der Politik noch von inbrünstigen Beschwörungen des Friedens als höchstem menschlichem Gut aufhalten.

1432 Maurice Paléologue, Tagebucheintrag vom 24. Juli 1914, in: ders., *Am Zarenhof während des Weltkrieges. Tagebücher und Betrachtungen,* München 1929, S. 21.

1433 De Robien, »Copie des notes prises par Chambrun du 23 juillet au 3 août 1914«, AN 427, AP 1, Louis de Robien MSS, Bd. 2, Bl. 2, Rückseite. Diese aufschlussreiche Quelle umfasst Notizen des Grafen de Robien zum Durchschlag einer getippten Darstellung, die Chambrun auf Ersuchen Vivianis anfertigte und die detailliert die Aktivitäten des Botschafters in den Tagen vor Kriegsausbruch aufzählt.

1434 Buchanan an Grey, 24. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 101, S. 81; übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 1, Dok. 312, S. 375–378, hier S. 376.

1435 Paléologue, Tagebucheintrag vom 24. Juli 1914, *Am Zarenhof,* S. 22 f.

1436 De Robien, »Copie des notes prises par Chambrun«, Bl. 2, Rückseite.

1437 Szapáry an Berchtold, St. Petersburg, 24. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10616, 10617, 10619, S. 645, 646 f., 648; Dok. 10616 nachgedruckt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 259, S. 332.

1438 Dt. Übers.: »Sie setzen Europa in Brand. Sie übernehmen eine schwere Verantwortung. Sie werden sehen, welchen Eindruck das in London, Paris und vielleicht auch sonst noch machen wird.« – »Sie sind diejenigen, die den Krieg wollen, und Sie haben alle Brücken abgebrochen.« – »Man sieht jetzt, wie friedliebend Sie sind, wo Sie Europa in Brand setzen.«

1439 Mit diesen Worten informierte Januschkewitsch General Dobrorolski, den Chef der Mobilmachungsabteilung des russischen Heeres, über das Gespräch, siehe S. K. Dobrorolsky, »La Mobilisation de l'armée russe en 1914«, in: *Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale*, 1 (1923), S. 53–69, 144–159, hier S. 64; zu den Presseerklärungen vgl. Paléologue, Tagebucheintrag vom 25. Juli 1914, *Am Zarenhof*, S. 25 f.

1440 Diese Zitate, die sich auf die unveröffentlichten Memoiren des Finanzministers Pjotr (auch Sir Peter) Bark stützen, sind den Transskripten entnommen in: D. C. B. Lieven, *Russia and the Origins of the First World War*, London 1983, S. 142.

1441 A. Ju Arijew (Hg.), *Sudba Weka. Kriwoscheiny*, St. Petersburg 2002, S. 76; siehe auch die Briefe Menschikows, eines führenden Kolumnisten der *Nowoje Wremya*, an Kriwoschein in RGIA, insb. F. 1571, op. 1, d. 181, Bl. 2–3.

1442 H. H. Fisher (Hg.), *Out of My Past. The Memoirs of Count Kokovtsov, Russian Minister of Finance, 1904–1914, Chairman of the Council of Ministers, 1911–1914*, Stanford 1935, S. 349.

1443 Siehe ihren Brief an Kriwoschein in RGIA, F. 1571, op. 1, d. 289, Bl. 3, 7.

1444 Nach Barks Überlieferung der Sitzung, zitiert in Lieven, *Russia and the Origins*, S. 142 f.

1445 Ebenda, S. 143 f.

1446 Sonderjournal des russischen Ministerrats, 24. Juli 1914, *IBZI*, Reihe 3, Bd. 5, Dok. 19, S. 25; zitiert nach Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 286, S. 354 f.

1447 Leonard Turner, »Russian Mobilisation in 1914«, in: *Journal of Contemporary History*, 3/1 (1968), S. 75; das Sonderjournal dieser Sitzung ist nachgedruckt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 361, S. 418 f.

1448 Lieven, *Russia and the Origins*, S. 59 ff.; zur Bedeutung der russischen Entscheidungen vom 24. und 25. Juli siehe auch Jürgen Angelow, *Der Weg in die Urkatastrophe. Der Zerfall des alten Europa 1900–1914*, Berlin 2010, S. 145.

1449 Bruce W. Menning, »Russian Military Intelligence, July 1914. What St Petersburg Perceived and Why It Mattered«, unveröffentlichtes Typoskript, S. 20: Dobrorolsky, »La Mobilisation de l'armée russe«, S. 64–67.

1450 Dobrorolsky, »La Mobilisation de l'armée russe«, passim; Sidney Bradshaw Fay, *The Origins of the World War*, Bd. 2, S. 286–300 (deutsch: *Der Ursprung des Weltkrieges*, Bd. 2, S. 203–215).

1451 Turner, »Russian Mobilisation«, S. 65–88, hier S. 75; A. Knox, *With the Russian Army, 1914–1917*, 2 Bde., New York 1921, Bd. 1, S. 42.

1452 Luigi Albertini, *The Origins of the War of 1914*, 3 Bde., Oxford 1953, Bd. 2, S. 558; Turner, »Russian Mobilisation«.

1453 Lieven, *Russia and the Origins*, S. 144 f.; Dobrorolsky, »La Mobilisation de l'armée russe«, S. 68; Turner, »Russian Mobilisation«, S. 76.

1454 »Reglement für die Kriegsvorbereitungsperiode vom 2. März 1913«, paraphrasiert in Fay, *Der Ursprung des Weltkrieges*, Bd. 2, S. 226; ausführlicher dazu siehe Gunther Frantz, *Russlands Eintritt in den Weltkrieg*, Berlin 1924, S. 190–198.

1455 De l’Escaille an Davignon, St. Petersburg, 26. und 27. Juli 1914, siehe auch Buisseret an Davignon, St. Petersburg, 26. Juli 1914, MAEB AD, Empire Russe, 34.

1456 Széchényi an MAA Wien, Kopenhagen, 26. Juli 1914, HHStA, PA, I. Liasse Krieg, 812, Bl. 63.

1457 Hein an MAA Wien, Kiew, 27. Juli 1914, ebenda, Bl. 226.

1458 Andrian an MAA Wien, 27. Juli 1914, Szczakowa, 27. Juli 1914, ebenda, Bl. 237.

1459 Von Haydin an MAA Wien, Moskau, 28. Juli 1914, ebenda, Bl. 3.

1460 Stürghk (Auszüge aus dem Bericht des Landeschefs von Galizien) an MAA Wien, Wien, 28. Juli 1914, ebenda, Bl. 26.

1461 Corossacz an MAA Wien, Tiflis, 28. Juli 1914, ebenda, Bl. 69.

1462 Zu diesen Berichten siehe Sean McMeekin, *The Russian Origins of the First World War*, Cambridge, Mass. 2011, S. 62; zu alarmierenden Konzentrationen von Pferden, Dobrorolsky, »La Mobilisation de l’armée russe«, S. 68 f.

1463 Paléologue, Tagebucheintrag vom 25. Juli 1914, *Am Zarenhof*, S. 26. In deutscher Übersetzung ist irrtümlich von »Flussufern« die Rede.

1464 Buchanan an Grey, St. Petersburg, 18. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 60, S. 47; deutsche Übersetzung in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 142, S. 218 f.

1465 Fisher (Hg.), *Memoirs of Count Kokovtsov*, S. 346 f.

1466 Ebenda, S. 347.

1467 Ignatjew an Generalstab, Paris, 30. Juli 1914, RGWIA, Fond 15304 – Uprawlenije Wojennogo Agenta wo Franzii, op. 2, d. 16, Berichte und Korrespondenz mit Hilfe besonderer Hefte angefertigt, Bl. 38.

1468 Guillaume an Davignon, Paris, 30. Juli 1914, MAEB AD, France 12, Correspondance politique – legations; zitiert nach Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, S. 734 f.

1469 Paléologue an Quai d’Orsay, 18.30 Uhr, 24. Juli 1914; 23 Uhr, 24. Juli 1914; 16.45 Uhr, 25. Juli 1914, alle in Rohfassung, AMAE, PA-AP, Maurice Paléologue, Correspondance politique 1, Bl. 30–32; deutsche Übersetzung in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 304, 307, 377, S. 368, 371, 429; dieses Dokument wird ausführlich diskutiert in: M. B. Hayne, *The French Foreign Office and the Origins of the First World War, 1898–1914*, Oxford 1993, S. 298.

1470 Laguiche an französischen Generalstab, auszugsweise enthalten in Paléologue an MAA Paris, St. Petersburg, 26. Juli 1914, zitiert in McMeekin, *Russian Origins*, S. 69.

1471 So gab Sasonow das Gespräch gegenüber Paléologue wieder, siehe Paléologue an Quai d’Orsay, 19.30 Uhr, 26. Juli 1914, AMAE, PA-AP, Maurice Paléologue, Correspondance politique 1, Bl. 35; Szapáry hob in seinem Bericht über die Begegnung den freundlichen Ton des Ministers hervor, schloss allerdings mit der Vermutung, dass diese Offerte, da die militärischen Vorbereitungen Russlands bereits im Gange seien, lediglich ein Spiel auf Zeit gewesen sei, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10835, S. 804 ff.

1472 Am 8. November 1912 verabschiedete eine geheime russische Militärkommission neue Richtlinien für die Maßnahmen im Vorfeld einer Generalmobilmachung, siehe Fay, *Der Ursprung des Weltkrieges*, Bd. 2, S. 219.

1473 Paléologue an Quai d’Orsay, 16.45 Uhr, 25. Juli 1914, in Rohfassung, AMAE, PA-AP, Maurice Paléologue, Correspondance politique 1, Bl. 32 Rückseite; deutsche Übersetzung in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 377, S. 429.

1474 Paléologue an Quai d’Orsay, 23.00 Uhr, 25. Juli 1914, in Rohfassung, AMAE, PA-AP, Maurice

Paléologue, Correspondance politique 1, Bl. 31 Rückseite; deutsche Übersetzung in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 307, S. 371.

1475 McMeekin, *Russian Origins*, S. 34.

1476 Ronald Bobroff, *Roads to Glory. Late Imperial Russia and the Turkish Straits*, London 2006, S. 52 f.

1477 Mustafa Aksakal, *The Ottoman Road to War in 1914. The Ottoman Empire and the First World War*, Cambridge 2008, S. 43; zum griechisch-türkischen Wettrüsten siehe Paul G. Halpern, *The Mediterranean Naval Situation, 1908–1914*, Cambridge, Mass. 1971, S. 314–354.

1478 Grigorowitsch an Sasonow, 19. Januar 1914, *IBZI*, Reihe 3, Bd. 1, Dok. 50, S. 45 ff.

1479 Sasonow an Benckendorff, St. Petersburg, 8. Mai 1914, ebenda, Bd. 2, Dok. 384, S. 381 f., hier S. 382; Aksakal, *Ottoman Road to War*, S. 46.

1480 Sasonow an Benckendorff, St. Petersburg, 30. Juli 1914, *IBZI*, Reihe 3, Bd. 5, Dok. 281, S. 195.

1481 Zu den Meerengen als Motiv der russischen Außenpolitik siehe Bobroff, *Roads to Glory*, passim; zu einer näheren Erläuterung der Sichtweise, dass die Kontrolle über den Bosporus während der Julikrise der entscheidende Faktor in der russischen Politik gewesen sei, siehe McMeekin, *Russian Origins*, S. 6–40 und S. 98–114, wo McMeekin auf die wachsende Bedeutung der Meerengen nach Kriegsausbruch eingeht.

1482 Lieven, *Russia and the Origins*, S. 45 ff., 99 ff.

1483 Dobrorolsky, »La Mobilisation de l’armée russe«, S. 68.

KAPITEL 12
DIE LETZTEN TAGE

Ein seltsames Licht fällt
auf die europäische
Landkarte

Während des größten Teils der Julikrise von 1914 blickten die Politiker in London wie gebannt auf die neun Countys der Provinz Ulster in Nordirland. Am 21. Mai 1914 war eine Gesetzesvorlage zur Einführung einer irischen Home Rule, also Selbstverwaltung, vom House of Commons in dritter Lesung verabschiedet, vom House of Lords aber abgelehnt worden. Die auf die Stimmen der irischen Nationalisten angewiesene liberale Regierung unter Herbert Henry Asquith beschloss, von den Bestimmungen des Parliament Act Gebrauch zu machen, nach denen eine Regierung in solchen Fällen das Oberhaus umgehen und eine Vorlage kraft königlicher Zustimmung verabschieden kann. Die drohende Teil-Dezentralisierung durch Abtretung von Regierungsfunktionen an das katholische Irland löste eine erbitterte Kontroverse aus. Am heikelsten war die Frage, welche Countys der konfessionell gemischten Provinz Ulster von der Selbstverwaltung ausgenommen werden und somit im Vereinigten Königreich verbleiben sollten. Da beide Seiten (katholische irische Nationalisten und protestantische Unionisten) unbedingt eine Lösung erreichen wollten, die ihren Forderungen entsprach, rüsteten sie sich prompt für einen bewaffneten Machtkampf. Im Frühjahr stand Irland kurz vor einem regelrechten Bürgerkrieg. Das war der Nährboden der Unruhen, welche die Nordirlandpolitik noch bis ins 21. Jahrhundert hinein belasten sollten.[1484]

Die von der Ulster-Frage hervorgerufenen Spannungen wirkten sich bis ins Innerste des politischen Lebens des Vereinigten Königreichs aus, weil sie die ehemalige, derzeitige und künftige Identität des britischen Gemeinwesens berührten. Die Konservative Partei (mit dem offiziellen Namen Conservative

and Unionist Party) war ein glühender Gegner der irischen Selbstverwaltung. Unionistische Gefühle waren auch im Offizierskorps der britischen Armee stark vertreten, wo viele Rekruten aus protestantischen, anglo-irischen Familien mit einem starken Engagement für die Union stammten. In der Tat schien es sogar zweifelhaft, ob die Armee loyal bleiben würde, falls man sie auffordern sollte, die irische Home Rule durchzusetzen. Beim sogenannten Curragh Incident vom 20. März 1914 wollten 57 britische Offiziere, die in der Kaserne Curragh im County Kildare stationiert waren, lieber ihr Offizierspatent zurückgeben, als die Einführung der Home Rule gegen den Widerstand der Unionisten durchzusetzen.[1485]



Herbert Henry Asquith

Zu den Mitgliedern der Armeeführung, welche die Aufsässigkeit der Unionisten unterstützten, zählte der Einsatzleiter Henry Wilson, der maßgeblich zur Erweiterung der britischen Pläne für den Ernstfall einer

Intervention auf dem Kontinent beigetragen hatte. Wilson gab sich immer weniger Mühe, seine Verachtung für »Squiff« (wie er Asquith nannte) und sein »dreckiges Kabinett« zu verbergen. Er scheute sich nicht, den Premierminister mit Hilfe der Frage der irischen Selbstverwaltung zu erpressen, damit dieser Forderungen der Unionisten erfüllte. In einem dem Wehrausschuss vorgelegten Memorandum, das am 29. Juni 1914 dem Kabinett präsentiert werden sollte, argumentierten Wilson und seine Kollegen, dass die Armee das gesamte britische Expeditionskorps nach Irland verlegen müsse, wenn sie dort die Home Rule durchsetzen und die Ordnung wiederherstellen sollte.[1486] Oder anders gesagt: Wenn die britische Regierung die Home Rule einführen wollte, so musste sie in absehbarer Zukunft auf jegliche militärische Intervention in Europa verzichten; und umgekehrt bedeutete eine kontinentale Intervention zugleich den Verzicht auf die Home Rule in Irland. Das hieß wiederum, dass Offiziere mit unionistischen Sympathien (die in einem von protestantischen, anglo-irischen Familien dominierten Offizierskorps stark verbreitet waren) eine britische Intervention auf dem Kontinent tendenziell als ein Mittel betrachteten, die Einführung der Home Rule zu verschieben oder ganz zu verhindern. In keinem anderen Land in Europa, allenfalls mit Ausnahme Österreich-Ungarns, übten innenpolitische Gegebenheiten einen so unmittelbaren Druck auf die politischen Anschauungen der höchsten militärischen Befehlshaber aus.

Die Provinz Ulster nahm immer noch ganz die Aufmerksamkeit der britischen Regierung in Anspruch, als die Meldungen aus Sarajevo eingingen. Der Premierminister führte kein Tagebuch, aber seine intime Korrespondenz mit seiner jungen Gefährtin und Gesinnungsgenossin Venetia Stanley, einer eleganten und klugen Lebedame, kommt mit ihren offenen und detaillierten Schilderungen der täglichen Aktivitäten Asquiths einem Tagebuch gleich. Die Briefe legen die Vermutung nahe, dass der gewaltsame Tod der »österreichischen Mitglieder des Königshauses« am 28. Juni kaum in das politische Bewusstsein des Premierministers eingedrungen war, das ganz auf »die merkwürdigen Dinge, die in Ulster vor sich gehen«, konzentriert war.[1487] Über die internationale Lage verlor Asquith bis zum 24. Juli kein Wort mehr, als er voller Bedauern erzählte, dass ein weiteres Tauziehen um

Ulster gescheitert war, und zwar an der komplexen konfessionellen Landkarte der Countys Tyrone und Fermanagh. Erst am Ende einer langen Erörterung der Nordirlandfrage erwähnte der Premierminister, beinahe als nachträglichen Einfall, dass Österreich Serbien soeben »ein schikanierendes und demütigendes Ultimatum« übergeben hatte, »das es eigentlich nicht annehmen kann«.

> Wir befinden uns in einer messbaren oder vorstellbaren Entfernung von einem realen Armageddon, das Ulster und die nationalistischen Freiwilligen auf ihr wahres Maß schrumpfen lassen dürfte. Zum Glück besteht offenbar kein Grund, weshalb wir mehr als reine Zuschauer sein sollten.[1488]

Der Brief beginnt mit der irritierenden Feststellung, dass »das Licht ausgegangen« sei, aber Asquith spielte damit lediglich darauf an, dass Venetia am selben Morgen von London aus zum Landsitz ihrer Familie in Anglesey aufgebrochen war − und nicht auf die bevorstehende Auslöschung der europäischen Zivilisation.

Edward Grey war in jenen Tagen sehr stark mit privaten Dingen beschäftigt: Sein Augenlicht verschlechterte sich; es fiel ihm immer schwerer, beim Squash dem Ball zu folgen, und er konnte nachts seinen Lieblingsstern nicht mehr erkennen. Er hatte die Absicht, mehr Zeit auf dem Land zu verbringen, und es war die Rede davon, einen angesehenen deutschen Augenarzt aufzusuchen. Im Gegensatz zu Asquith erfasste Grey jedoch sofort den Ernst der Krise, die sich in Südosteuropa zusammenbraute.

In seinen Gesprächen mit den Botschaftern der Großmächte im Juli in London fuhr Grey, wie so oft, einen Slalomkurs, der jede eindeutige Zusage vermied. Am 8. Juli warnte er Paul Cambon, dass Frankreich und Großbritannien alles in ihrer Macht Stehende tun müssten, um St. Petersburg zu beruhigen, falls der österreichische Kaiser von der öffentlichen Meinung im Land gezwungen werde, Serbien eine Demarche zu schicken. Cambon »pflichtete dieser Auffassung warm bei«.[1489] Am selben Tag warnte Grey den russischen Botschafter Graf Benckendorff, dass Berlin wegen der

jüngsten britisch-russischen Flottengespräche nervös sei und dass es wichtig sei, den Deutschen keinen Grund zu der Annahme zu geben, man bereite einen »Coup« gegen sie vor.[1490] Am 9. Juli versicherte er dem deutschen Botschafter Fürst Max von Lichnowsky, dass keine geheimen und bindenden Abmachungen zwischen Großbritannien und Frankreich oder Russland existierten. Er fügte aber hinzu, dass die britischen Beziehungen zu seinen Entente-Partnern »nichts von ihrer früheren Innigkeit« verloren hätten und dass Lichnowsky sich vor Augen führen müsse, dass zwischen den verschiedenen Militär- und Marinebehörden seit 1906 »Unterhaltungen« stattgefunden hätten, allerdings ohne »aggressive Spitze«.[1491]

Die Gespräche des Außenministers mit dem österreichischen Botschafter verliefen höflich, aber reserviert und unverbindlich. Als sich Graf Albert von Mensdorff am 17. Juli bei Grey über die Exzesse der Belgrader Presse beschwerte, erkundigte sich Grey – was ein wenig sonderbar anmutet –, ob sich denn nicht wenigstens *eine* serbische Zeitung einigermaßen korrekt verhalten habe. Mensdorff räumte ein, das sei durchaus möglich, erklärte aber daraufhin, dass die Doppelmonarchie nicht länger eine derart intensive politische Subversion dulden könne. »Sir Edward Grey gab dies zu, ging aber in eine weitere Erörterung über diesen Gegenstand nicht ein«, berichtete Mensdorff.[1492] Als Grey den Wortlaut der österreichischen Note an Belgrad erhalten hatte, berief er Mensdorff am 24. Juli noch einmal zu sich. Bei dieser Gelegenheit bezeichnete er die Note als »das formidabelste Dokument« dieser Art, das er jemals gesehen habe. Im selben Gespräch räumte der Außenminister jedoch auch ein, dass die österreichischen Behauptungen bezüglich der Mittäterschaft gewisser serbischer Regierungsbehörden und sogar einige in der Note genannte Forderungen »berechtigt« seien.[1493] Noch am selben Tag regte er an, nachdem er sich der Zustimmung seines Kabinetts versichert hatte, dass ein Konzert der vier nicht direkt an dem Streit beteiligten Mächte (Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland) im Fall einer Eskalation zwischen Russland und Österreich intervenieren sollte.[1494]

Keine einzige Äußerung ließ darauf schließen, dass Grey die Absicht hatte, in den Konflikt einzutreten. Er hatte häufig angemerkt, dass die öffentliche

Meinung (womit er im Grunde die veröffentlichte Meinung meinte) letztlich über das britische Vorgehen entscheiden werde, und in der Öffentlichkeit hatte eine Intervention wenig Freunde. So gut wie alle großen Zeitungen betrachteten die Aussicht auf eine britische Beteiligung an einem europäischen Krieg mit Widerwillen. Der *Manchester Guardian* erklärte, dass Großbritannien nicht in Gefahr sei, durch »Bündnisverträge« in den österreichisch-serbischen Konflikt hineingezogen zu werden, und verkündete, dass Manchester sich so wenig um Belgrad schere wie Belgrad um Manchester. Am 29. Juli äußerten die *Daily News* Abscheu bei der Vorstellung, dass britische Leben »im Namen der russischen Hegemonie über die slawische Welt« geopfert werden könnten.[1495] Am 1. August meldete sich der liberale Chefredakteur Alfred George Gardiner mit einem Artikel zu Wort, der den Titel trug: »Warum wir nicht kämpfen dürfen«. Die beiden zentralen Argumente lauteten, dass zwischen Großbritannien und Deutschland keine grundlegenden Interessenkonflikte beständen und dass eine Zerschlagung des Deutschen Reiches in Wirklichkeit eine russische Diktatur über »Europa und Asien« etablieren würde. Das war der Tenor der liberalen Publikationen, aber auch die konservativen Blätter waren mit Blick auf einen möglichen Krieg alles andere als euphorisch. Die *Yorkshire Post* etwa zweifelte, ob England im Fall eines österreichisch-deutschen Sieges über die französisch-russische Allianz wirklich schlechter dastehen würde als bei einem französisch-russischen Sieg. Sie konnte »keinen Grund erkennen, weshalb Großbritannien da hineingezogen werden sollte«. Die *Cambridge Daily News* stimmten am 28. Juli der Auffassung zu, dass das britische Interesse in dem drohenden Konflikt zu vernachlässigen sei, und der *Oxford Chronicle* verkündete am 31. Juli, dass es die Pflicht der Regierung sei, den Streit zu begrenzen und sich tunlichst herauszuhalten.[1496] Nur die *Times* plädierte konsequent für eine britische Intervention. Auch wenn am 17. Juli noch ein einigermaßen wohlwollender Artikel über die österreichische Haltung von Wickham Steed erschien, ahnte die Zeitung vom 22. Juli an einen kontinentalen Konflikt voraus und sprach sich am 27., 29. und 31. Juli für eine britische Beteiligung aus. Besonders heftig waren die Tiraden des Journalisten, Selbstverlegers und Schwindlers Horatio Bottomley, dessen

Leitartikel für seine eigene Publikation *John Bull* in der ersten Juliwoche mit den Worten begann: »Wir haben Serbien immer schon als Brutstätte kaltblütiger Verschwörungen und Tücke betrachtet.« Dann forderte er, dass »Serbien ausgelöscht werden muss«, ehe er anschließend der britischen Regierung inkonsequenterweise riet, »sich die Krise zunutze zu machen«, um die deutsche Flotte zu »vernichten«.[1497] Der serbische Gesandte in London, Bosković, war über die Berichterstattung in *John Bull* so bestürzt, dass er im britischen Foreign Office offiziell protestierte und sich juristisch beraten ließ, ob eine Klage gegen das Blatt wegen der »Lügen« über Serbien erwägenswert sei.[1498]

Zumindest für die Zeit bis Anfang August kann man somit nicht behaupten, dass die öffentliche Meinung die britische Regierung zu einer Intervention gedrängt hätte. Und es sah auch nicht danach aus, dass das Kabinett die Initiative ergreifen würde. Die meisten Minister waren zu der Zeit immer noch überzeugte Gegner einer Intervention. Es war die gleiche Konstellation, die im November 1911 den Kabinettsaufstand gegen Greys Politik hervorgebracht hatte. Hier zeigte sich das grundlegende Problem, mit dem Grey immer zu kämpfen hatte: dass ein großer Teil der eigenen Partei seiner Außenpolitik misstraute. Eine Zeitlang konnte er auf die Unterstützung der Konservativen im Parlament zählen, aber im Sommer 1914, auf dem Höhepunkt der Stimmung gegen eine irische Selbstverwaltung, schien auch diese Basis fraglich. In Anbetracht dieser Zwänge kehrte er zu seiner gewohnten Praxis zurück, die Diskussionen der internationalen Lage auf seine drei liberal-imperialistischen Partner zu beschränken: Asquith, Haldane und Churchill.

Erst auf der Kabinettssitzung vom 24. Juli, nach langen und schwierigen Diskussionen über die Details der lokalen Verwaltungsgrenzen in Ulster, brachte er das Thema der britischen Politik in der aktuellen Krise zur Sprache und regte an, ein Konzert der vier nicht unmittelbar von dem österreichisch-serbischen Streit berührten Mächte einzurichten, um zwischen den beiden Antagonisten zu vermitteln. Es war seit mehr als einem Monat die erste Diskussion über Außenpolitik im Kabinett. In einer etwas hochtrabenden, aber erstaunlich eindrucksvollen Passage beschwor Churchill die Situation

herauf, als dem Kabinett allmählich die Bedeutung der Worte Greys bewusst wurde: »Die Gemeinden Fermanagh und Tyrone traten zurück in die Nebel und Böen Irlands, und allmählich fiel in sichtlichen Abstufungen ein merkwürdiges Licht auf die Landkarte Europas.«[1499] Das Kabinett billigte Greys Vorschlag einer Initiative der vier Mächte und löste sich danach über das Wochenende auf.

Als das Ende der vierten Juliwoche näher rückte, forderte Grey allmählich eindringlicher eine Klärung der Bedingungen, unter denen die Regierung möglicherweise zu einer militärischen Intervention bereit wäre. Am Montag, dem 27. Juli, erkundigte er sich, ob das Kabinett eine Intervention unterstützen würde, wenn Frankreich von Deutschland angegriffen werden sollte. Greys alte Widersacher, John Morley, John Simon, John Burns, William Beauchamp und Lewis Harcourt, drohten allesamt mit einem sofortigen Rücktritt, falls es zu dieser Entscheidung kommen sollte. Auf einer spätabendlichen Sitzung am 29./30. Juli, nachdem eine lange Diskussion zu keiner Entscheidung geführt hatte, drängte Grey darauf, Frankreich die Unterstützung zuzusagen. Nur vier Kabinettskollegen (darunter Asquith, Haldane und Churchill) billigten den Vorschlag; die anderen waren dagegen.

Selbst die Frage der belgischen Neutralität schien nicht dazu angetan, über eine Intervention zu entscheiden. Man ging aufgrund von militärischen Informationen, die der französische Generalstab beschafft hatte, sowie aufgrund von abgefangenen Funksprüchen gemeinhin davon aus, dass die Deutschen über Belgien gegen Frankreich marschieren würden – ein eindeutiger Verstoß gegen das internationale Abkommen von 1839, das die Neutralität des Landes garantierte. Doch das Kabinett vertrat die Auffassung, dass Großbritannien zwar in der Tat eine Signatarmacht des Abkommens sei, dass die Verpflichtung, die Neutralität zu schützen, jedoch für alle Signatarmächte kollektiv gelte, nicht für die einzelnen. Sollte das Thema tatsächlich auf die Tagesordnung kommen, werde die britische Reaktion, beschlossen die Minister, »eher politischer Natur als eine Verpflichtung« sein.[1500] Es ist sehr erstaunlich, wie kaltblütig hohe britische Militärs und Staatsmänner über einen deutschen Bruch der belgischen Neutralität nachdachten. Auf der Basis der britisch-französischen Stabsgespräche im

Jahr 1911 war Henry Wilson zu dem Schluss gelangt, dass die Deutschen sich vermutlich dazu entschließen würden, die Ardennen im Süden Belgiens zu durchqueren und ihre Truppen auf die Region südlich der Flüsse Sambre und Maas (Meuse) zu beschränken. Diese Erkenntnisse wurden auf der 114. Sitzung des Verteidigungsausschusses präsentiert.[1501] Das gleiche Szenario wurde vom Kabinett am 29. Juli diskutiert, als Lloyd George anhand einer Karte darlegte, weshalb die Deutschen höchstwahrscheinlich »nur den südlichsten Zipfel« Belgiens durchqueren würden. Statt diese Aussicht voller Empörung abzulehnen, nahmen die Minister die Pläne als (aus deutscher Sicht) strategisch notwendig und folglich so gut wie unvermeidlich hin. Die strategischen Sorgen der Briten konzentrierten sich in erster Linie auf Antwerpen und die Mündung des Flusses Schelde, die man stets als zentralen Bestandteil der britischen Sicherheit angesehen hatte. »Ich sehe nicht ein«, kommentierte Churchill, »warum wir einmarschieren sollten, wenn sie nur ein kleines Stück nach Belgien eindringen.«[1502] Lloyd George behauptete später, dass er sich geweigert hätte, in den Krieg zu ziehen, wenn sich die deutsche Invasion in Belgien tatsächlich auf die Route durch die Ardennen beschränkt hätte.[1503] Britische Politiker gingen jedenfalls davon aus, dass die Belgier ihrerseits im Süden nicht bis zum Äußersten kämpfen würden, sondern dass sie sich nach einer halbherzigen Gegenwehr, um zu zeigen, dass man die Verletzung der Staatsgrenzen nicht ohne Weiteres tolerieren wolle, auf ihre befestigten Linien weiter im Norden zurückziehen würden.[1504] Von einem Automatismus zwischen einer deutschen Invasion in Belgien und einer britischen Intervention konnte somit keine Rede sein.

Es wäre jedoch ein Fehler, aus diesen Anzeichen eines Widerwillens zu schließen, dass Grey oder seine engsten Verbündeten ihre langjährige Bindung an die Entente aufgegeben hätten. Vielmehr betrachtete Grey die Krise, die sich in Europa entwickelte, fast ausschließlich aus dem Blickwinkel der Entente. Es bereitete ihm große Sorgen, dass sich das Parlament womöglich nicht an die moralische Verpflichtung gegenüber Frankreich halten würde, auf die er so hartnäckig hingearbeitet hatte. Er teilte die persönliche Abneigung seiner Kollegen für die abenteuerliche Politik der Belgrader Regierung völlig und wusste auch über die Massaker und

Repressionen in den frisch eroberten Gebieten Bescheid. Mit Sicherheit verfügte er über genügend Informationen, um zu erkennen, welche Gefahr Serbien für die Habsburger Monarchie darstellte. Er brachte auch seinen Widerwillen über die Vorstellung zum Ausdruck, dass eine Großmacht »durch Serbien in einen Krieg hineingezogen würde«.[1505] Allerdings zeigte er wiederum keinerlei Interesse, in einer anderen Weise zu intervenieren, sodass Österreich eventuell noch andere Optionen als das Ultimatum gehabt hätte. Die in der Kabinettssitzung vom 24. Juli angeregte Vermittlung durch vier Mächte war ein Reinfall.[1506] Betrachtete man die vier betroffenen Mächte (Großbritannien, Deutschland, Italien und Frankreich), konnte man davon ausgehen, dass nur eine die Interessen Österreich-Ungarns vertrat. Darüber hinaus verfügten weder Österreich-Ungarn noch das internationale System über Mittel und Wege, um die Einhaltung irgendwelcher Vereinbarungen auch zu gewährleisten. Schließlich wäre ausgerechnet jene Großmacht, die am engsten mit der Förderung des serbischen Irredentismus verknüpft war, nicht an dem Konzert beteiligt, geschweige denn an dessen Entscheidung gebunden gewesen. Greys Vertrauen in die eigene Fähigkeit, so etwas wie eine Schlichtung zuwege zu bringen, war nicht zuletzt zweifellos auf das hohe Ansehen zurückzuführen, das er sich 1913 mit dem Vorsitz auf der Botschafterkonferenz in London erworben hatte. Aber der Streit um albanische Grenzgebiete und eine Vermittlung in Sachen Krieg und Frieden unter Großmächten waren zwei Paar Stiefel.

In seinen Reaktionen auf die Krise ordnete Grey seine Auffassung von der österreichisch-serbischen Auseinandersetzung den höheren Imperativen der Entente unter, was im Grunde hieß, stillschweigend die russische Linie zu unterstützen. Grey sprach in Abständen von der Bedeutung, Russland zu »beruhigen«, und bat St. Petersburg, unnötig provozierende Schritte zu vermeiden, aber er zeigte ein bemerkenswert geringes Wissen oder Interesse in Bezug darauf, was während der kritischen Tage nach der Übergabe der österreichischen Note wirklich in Russland passierte. Diese Unkenntnis der Lage ging nicht allein auf sein Konto, denn die Russen verbargen absichtlich das Ausmaß ihrer »geheimen Vorbereitungen« vor Sir George Buchanan und teilten ihm am 26. Juli mit, dass die »Schutzmaßnahmen« in Moskau und St.

Petersburg lediglich in Kraft gesetzt worden seien, um mit einer Streikwelle fertig zu werden, die damals gerade die russische Industrie lahmlegte. Buchanan war nicht völlig überzeugt: In einer kurzen Depesche an Grey vom 26. Juli wies er darauf hin, dass die von ihm beobachteten Maßnahmen, da die Streiks »so gut wie vorbei« seien, »zweifellos« mit der »bevorstehenden Mobilmachung« in Zusammenhang stehen müssten.[1507] Aber Grey hatte daran kein Interesse, und es gab keinen Versuch von Seiten Buchanans, diesen Hinweisen nachzugehen, geschweige denn eine Anweisung aus London, Erkundungen einzuholen. Genau dieses Vorgehen war charakteristisch für die Kommunikation des britischen Außenministeriums mit Russland. Am 26. Juli, also an dem Tag, an dem Buchanan seinen Bericht schrieb, traf sich Nicolson mit Fürst Lichnowsky. Der deutsche Botschafter kam mit einem dringenden Telegramm seiner Regierung, in dem gemeldet wurde, dass Russland offenbar »Reservistenjahrgänge« einberufe, was auf eine Mobilmachung schließen ließ. Nicolson erwiderte, dass London »keine Nachrichten hinsichtlich einer allgemeinen Mobilmachung oder überhaupt einer augenblicklichen Mobilmachung« vorlägen. Er fügte jedoch hinzu:

> Es wäre indes schwierig und heikel für uns, Petersburg zu bitten, gar nicht zu mobilisieren – wenn Österreich eine derartige Maßnahme beabsichtige – und man würde uns nicht anhören. Die Hauptsache sei, *aktive* militärische Operationen möglichst zu verhindern.[1508]

Das war eine, gelinde gesagt, merkwürdige Interpretation der Lage, weil sie eine Gleichsetzung der österreichischen und russischen Mobilmachung implizierte und dabei völlig die Tatsache überging, dass sich die österreichischen Maßnahmen ausschließlich gegen Serbien richteten, die russischen hingegen gegen Österreich (und Deutschland insofern, als das Reglement vom 2. März 1913 für so gut wie alle westlichen Militärbezirke galt und auf die Ostseeflotte ausgeweitet worden war). Greys Kommentare enthüllen eine eklatante (oder zum Teil womöglich beabsichtigte) Ignoranz, was Mobilmachungsmaßnahmen in einer Ära bedeuteten, wo die Geschwindigkeit der Truppenkonzentration und des Angriffs als die maßgeblichen Kriterien für einen militärischen Erfolg angesehen wurden.

Und wenn Grey tatsächlich ein Interesse daran hatte, unparteiisch an das zugegeben heikle Problem einer Vermittlung und Lokalisierung des Konflikts heranzugehen, so hätte er schließlich den Wunsch äußern können, die Stärken und Schwächen der österreichischen Anklagen gegen Serbien näher zu untersuchen und russische Gegenmaßnahmen zu verhindern, die mit Sicherheit einen allgemeinen Konflikt auslösen würden. Aber er unternahm nichts in dieser Richtung. Bei der Begegnung mit Benckendorff am 8. Juli und bei mehreren Gelegenheiten danach hatte sich Grey letztlich mit der russischen Anschauung abgefunden, dass »ein serbischer Krieg unweigerlich einen europäischen Krieg bedeute«.[1509]

Grey wusste in groben Zügen, was bei dem französischen Staatsbesuch in St. Petersburg herausgekommen war. In einer Sendung vom 24. Juli (nach Poincarés Abreise) berichtete Botschafter Buchanan, dass die Treffen in der russischen Hauptstadt eine »vollkommene Gemeinsamkeit der Ansichten« zwischen Russland und Frankreich zur »Erhaltung des allgemeinen Friedens und des Gleichgewichts der Kräfte in Europa« ergeben hätten. Die beiden Staaten hätten »feierlich« die »durch das Bündnis auferlegten Verpflichtungen« bestätigt; Sasonow hatte Buchanan gebeten, gegenüber Grey die Hoffnung zu äußern, dass die britische Regierung »sich mit Frankreich und Russland solidarisch erklären« werde.[1510] In seinen Kommentaren zu dieser Sendung verwendete Eyre Crowe schärfere Formulierungen, als Grey es wohl getan hätte, aber er gab trefflich die innere Logik der Haltung wieder, die der Außenminister einnehmen sollte:

> Was wir auch von der rechtlichen Seite der österreichischen Anklagen gegen Serbien halten mögen, Frankreich und Russland sind der Ansicht, dass sie Vorwände sind und dass die größere Frage von Dreibund gegen Dreiverband [= Triple Entente] endgültig aufgeworfen ist. Ich glaube, es wäre unklug, um nicht zu sagen gefährlich, wenn England versuchte, dieser Meinung zu widersprechen oder durch Vorstellungen in St. Petersburg und Paris diese klare Sachlage zu verdunkeln. […] In diesem Kampf, der nicht um den Besitz Serbiens geht, sondern bei dem es sich um das Ziel Deutschlands, seine politische Vorherrschaft in Europa zu

errichten, und um den Wunsch der Mächte handelt, ihre individuelle Freiheit zu erhalten – in diesem Kampf sind unsere Interessen mi denen Frankreichs und Russlands verknüpft.[1511]

Dem deutschen Botschafter Lichnowsky versicherte Grey, dass Großbritannien keinerlei rechtlich bindende Verpflichtungen gegenüber seinen Entente-Partnern eingegangen sei. Er warnte ihn jedoch am 29. Juli (ohne vorherige ausdrückliche Autorisierung durch das Kabinett), dass sich die britische Regierung für den Fall, dass Deutschland und Frankreich in den Konflikt hineingezogen würden, »unter Umständen zu schnellen Entschlüssen gedrängt sehen« würde.[1512] Als Bethmann Hollweg am 30. Juli in einem Telegramm London vorschlug, dass das Deutsche Reich davon absehen werde, französische Gebiete zu annektieren, falls Großbritannien neutral bleiben werde, telegrafierte Grey an den britischen Botschafter in Berlin Goschen, dass dieser Vorschlag »keinen Augenblick lang in Betracht gezogen werden« könne.[1513]

Greys Aktionen und Versäumnisse enthüllten, wie stark das Denken im Rahmen der Entente seine Sichtweise der sich zuspitzenden Krise prägte. Im Grunde war dies eine neuerliche Wiederholung des Balkan-Szenarios, das zur treibenden Logik des französisch-russischen Bündnisses geworden war und das auch Grey in seiner Warnung an den deutschen Botschafter Anfang Dezember 1912 verinnerlicht hatte (siehe Kapitel 5): Es kam zu einem Konflikt auf dem Balkan (es spielte eigentlich keine Rolle, wer ihn begonnen hatte), Russland würde sich einschalten und so Deutschland mit hineinziehen, und Frankreich würde »unweigerlich« an der Seite seines Bundesgenossen intervenieren. In dieser Situation konnte Großbritannien nicht untätig bleiben und zusehen, wie Frankreich von Deutschland niedergeworfen wurde. Das ist genau das Drehbuch – ungeachtet vorübergehender Zweifel und Ausflüchte –, an das sich Grey im Jahr 1914 hielt. Er unternahm keine Prüfung oder Abwägung der österreichischen Anklagen gegen Serbien, ja er zeigte nicht das geringste Interesse daran, und das nicht etwa, weil er die serbische Regierung für unschuldig hielt,[1514] sondern weil er stillschweigend die französisch-russische Sichtweise akzeptiert hatte, dass die österreichische

Drohung gegen Serbien lediglich, wie Eyre Crowe es genannt hatte, ein »Vorwand« sei, um den *casus foederis* auszulösen.

Einer der Kernpunkte dieses Szenarios war, dass Großbritannien die Legitimität eines russischen Angriffs gegen Österreich, um einen Streit zwischen Österreich und Serbien zu lösen, akzeptierte – oder zumindest nicht bestritt – und darüber hinaus auch anerkannte, dass Frankreich eine derartige russische Initiative unweigerlich unterstützen müsse. Die genauen Umstände des österreichisch-serbischen Streits und Fragen nach der Schuldhaftigkeit waren zweitrangig; den Ausschlag gab allein die Situation, die darauf folgte, dass sich die Russen (und die Franzosen) eingeschaltet hatten. Und wenn man das Problem auf diese Weise deutete, so lag der Schwarze Peter naturgemäß beim Deutschen Reich, dessen Intervention zum Schutz Österreichs zwangsläufig eine französische Mobilmachung und einen kontinentalen Krieg auslösen musste.

Poincaré kehrt nach Paris zurück

Zu der Zeit, als Grey am Ende der Kabinettssitzung vom 24. Juli seine Idee einer Vermittlung durch die vier Mächte vortrug, überquerten Poincaré und Viviani gerade an Bord der *France* den Finnischen Meerbusen mit russischen Torpedobooten als Eskorte. Nachdem sie am nächsten Tag in Schweden angekommen war, nutzte Poincaré den Zugang zu telegrafischer Kommunikation, um dafür zu sorgen, dass die Kontrolle über die Formulierung der Politik in seiner und (nominell) Vivianis Hand blieb. Er wies den Regierungschef an, gegenüber der französischen Presse eine Erklärung abzugeben, dass Viviani mit allen relevanten Parteien in Verbindung stehe und wiederum die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen habe. »Es ist wichtig«, bemerkte Poincaré, »dass man in Frankreich nicht den Eindruck bekommt, dass Bienvenu-Martin [der unerfahrene geschäftsführende Außenminister in Paris] sich selbst überlassen geblieben ist.«[1515] Im Laufe der vergangenen 24 Stunden waren bruchstückhaft Informationen über die aufkommende österreichisch-serbische Krise zu der Funkstation an Bord der *France* durchgedrungen. Als

sich nach und nach ein klareres Bild abzeichnete, blieb Poincaré bei der Haltung, die er in St. Petersburg bereits umrissen hatte: Die österreichische Demarche war illegitim, Wiens Forderungen waren »für Serbien offensichtlich unannehmbar«, genau genommen bildeten sie gar »einen Verstoß gegen die Menschenrechte«. Die Verantwortung für die Wahrung des Friedens lag nicht länger bei Russland, dessen militärische Vorbereitungen völlig im Einklang mit den während des französischen Staatsbesuchs bestätigten und vereinbarten Positionen standen, sondern bei den Deutschen, die ihrerseits den österreichischen Bundesgenossen in die Schranken weisen mussten. Falls die Deutschen dies versäumten, notierte Poincaré am 25. Juli in sein Tagebuch, »würden sie sich in eine sehr unrechtmäßige Lage bringen, indem sie die Verantwortung für die Gewaltakte Österreichs auf sich nähmen«.[1516]



Nikolaus II. und Raymond Poincaré

Hulton Royals Collection/Getty Images

Den wohl aufschlussreichsten Einblick in Poincarés Verständnis seiner

Rolle bei den Ereignissen gewährte seine Reaktion auf eine Nachricht, die ihn in Stockholm erreichte. Es ging darum, dass Sasonow die Serben gedrängt habe, den Österreichern nicht an der Grenze Widerstand zu leisten, sondern die Streitkräfte ins Landesinnere zurückzuziehen, vor der internationalen Gemeinschaft zu protestieren, dass Truppen in ihr Land einmarschiert wären, und an die Mächte zu appellieren, die Aktion zu verurteilen. Sasonow verfolgte mit diesem Ratschlag das Ziel, internationale Sympathien für die serbische Sache zu mobilisieren und gleichzeitig die Österreicher so tief wie möglich in ihre Aufstellungen nach Plan B zu verwickeln, dass die verfügbaren Ressourcen für die Abwehr eines russischen Angriffs in Galizien geschwächt würden. Poincaré deutete die Nachricht irrtümlich als Indiz dafür, dass Sasonow den Mut verloren habe und nunmehr zu einem »Rücktritt« von den Verpflichtungen Russlands gegenüber dem Balkanstaat riet. »Wir können uns gewiss *nicht tapferer* [d. h. Belgrad-treuer] *erweisen als die Russen«,* schrieb er. »Serbien hat gute Chancen, gedemütigt zu werden.«[1517] Das war oder sah zumindest so aus wie ein Rückfall in jene Tage des Winters 1912/13, als französische Politiker die Russen gedrängt hatten, auf dem Balkan standhafter gegenüber Österreich aufzutreten. Zu jener Zeit hatte der russische Militärattaché in Paris irritiert auf die kriegerischen Reden des französischen Militärs reagiert. Jetzt lag aber eine andere Situation vor. Man hatte sich auf eine politische Linie geeinigt, und Poincarés Befürchtung, dass Sasonow im Begriff war, einmal mehr umzufallen, war unbegründet.

Es mag seltsam erscheinen, dass Poincaré in Anbetracht der sich zuspitzenden Krise in Mittel- und Südosteuropa nicht einfach den geplanten Besuch in Schweden auf der Heimreise absagte. Der Zwischenhalt in Stockholm wird gelegentlich als Beweis für die weitgehende Passivität des französischen Staatsoberhaupts mit Blick auf die Krise angeführt. Warum hätten Poincaré und Viviani, wenn der Präsident eine aktivere Rolle bei den Ereignissen anstrebte, auf dem Rückweg nach Paris noch einen touristischen Abstecher einschieben sollen?[1518] Die Antwort darauf ist, dass der Besuch in Schweden nichts mit Tourismus zu tun hatte, sondern ein wichtiger Bestandteil der Bündnisstrategie war, die in St. Petersburg erneut bestätigt

worden war. Poincaré und der Zar hatten über die Notwendigkeit gesprochen, sich die schwedische Neutralität zu sichern (zur Vorbereitung eines, wie man schließen muss, bevorstehenden europäischen Krieges). Die schwedisch-russischen Beziehungen waren in jüngster Zeit durch eine aggressive russische Spionagetätigkeit und schwedische Ängste vor einem bevorstehenden russischen Angriff über die gemeinsame Grenze oder über die Ostsee belastet gewesen.[1519] An ihrem letzten gemeinsamen Tag in St. Petersburg hatte Zar Nikolaus II. den französischen Präsidenten persönlich gebeten, dem schwedischen König Gustav V. seine friedlichen Absichten mitzuteilen. Poincaré sollte dem König erklären, dass Russland keinerlei aggressive Absichten gegenüber seinem Nachbarn hege und dass er, der bislang keine Kenntnis von der Spionagetätigkeit gehabt habe, dieser sofort einen Riegel vorschieben werde.[1520] Vor allem galt es unbedingt zu verhindern, dass Schweden den Deutschen in die Arme fiel, samt den gravierenden strategischen Komplikationen, die dies mit sich bringen würde. Am 25. Juli erledigte Poincaré diesen Botengang während eines mit Gustav V. verbrachten Nachmittags erfolgreich und konnte berichten, dass der König von Herzen den Wunsch des Zaren teile, dass Schweden neutral bleibe.[1521]

Natürlich war es ein wenig seltsam, sich in Schweden bei einem Bankett den Bauch vollzuschlagen, während sich die Krise in Europa zuspitzte, umso mehr, als die Belastung dem armen Viviani offenbar erneut arg zusetzte. Aber die französische öffentliche Meinung blieb immer noch ruhig – die Aufmerksamkeit richtete sich weiterhin in erster Linie auf den Caillaux-Prozess, der erst am 28. Juli mit dem überraschenden Freispruch Madame Caillaux’ endete. Unter diesen Umständen hätte, wie Poincaré wohl wusste, eine frühe Heimkehr die französische und europäische Meinung eher alarmiert statt beruhigt. Darüber hinaus würde so »der Eindruck entstehen, dass sich Frankreich womöglich selbst an dem Konflikt beteiligen werde«.[1522] Aber sobald am 27. Juli bekannt wurde, dass der deutsche Kaiser vorzeitig von seiner Nordlandreise auf der kaiserlichen Jacht nach Berlin zurückgekehrt war, verlor auch Poincaré, der inzwischen mit Telegrammen von Ministern bombardiert wurde, die ihn zur Rückkehr drängten, keine Zeit und sagte die restlichen Staatsbesuche in Dänemark und Norwegen ab, die

ohnehin aus strategischer Sicht längst nicht so dringlich waren. Der Besatzung der *France* gab er Befehl, sofort Dünkirchen anzusteuern.[1523]

Sie hatten kaum den Kurs geändert, als die *France* und ihr Begleitschiff, die *Jean Bart* der Dreadnought-Klasse, einem deutschen Schlachtkreuzer begegneten, der von Kiel aus der Mecklenburger Bucht auslief, gefolgt von einem deutschen Torpedoboot, das kehrtmachte und verschwand. Der deutsche Schlachtkreuzer gab die üblichen Salutschüsse ab, mit Platzpatronen aus allen Rohren an der Schiffsseite, und die *Jean Bart* antwortete entsprechend – die *France* hingegen blieb stumm, wie es bei Schiffen mit einem Staatsoberhaupt an Bord Brauch war. Wenige Minuten später fing der Funker auf der *France* einen verschlüsselten Funkspruch ab, den der Schlachtkreuzer unmittelbar nach dem Salut abgesetzt hatte – vermutlich um Berlin zu informieren, dass der französische Präsident inzwischen auf dem Weg nach Paris war.[1524]

Poincaré und Viviani stellten fest, dass ihre Einschätzungen der internationalen Lage immer weiter auseinandergingen. Poincaré fiel auf, dass der Regierungschef »immer erregter und besorgter« wirkte und von den »widersprüchlichsten Gedanken« ganz in Anspruch genommen wurde.[1525] Als am 27. Juli ein Telegramm Edward Greys einging, in dem dieser bestätigte, dass England im Fall eines Krieges auf dem Balkan nicht untätig bleiben werde, gab Poincaré »Viviani ein Vorbild an Standhaftigkeit«, um ihn aufzumuntern. Der Präsident verbrachte, wie schon bei der Hinreise, einen großen Teil des Tages damit, Viviani zu erklären, »dass Schwäche […] immer die Mutter der Komplikationen« sei und dass der einzig vernünftige Kurs darin bestehe, »eine anhaltende Standhaftigkeit« an den Tag zu legen. Aber Viviani blieb »nervös, aufgebracht [und] gab unablässig störende Worte oder Sätze von sich, die auf eine düstere Sichtweise der außenpolitischen Angelegenheiten schließen ließen«. Pierre de Margerie, der Chef der politischen Abteilung am Quai d’Orsay, war ebenfalls über Vivianis »einzigartigen Gemütszustand« beunruhigt. Zur Entrüstung Poincarés schien der Regierungschef außerstande, zu irgendetwas anderem als Parteitagen und politischen Bündnissen um den Führer der Sozialisten Jean Jaurès einen zusammenhängenden Satz zu formulieren.[1526]

Auch Poincaré spürte die Anspannung. Besonders besorgniserregend war eine Folge verworrener und fast schon unverständlicher Funktelegramme vom 27. Juli, die mehrere Äußerungen Sir Edward Greys überlieferten. Nachdem er den österreichischen Botschafter in London gewarnt hatte, dass Großbritannien bei einem vom Balkan ausgehenden Krieg nicht untätig bleiben werde, warnte Grey nunmehr den französischen Botschafter Paul Cambon, dass die britische öffentliche Meinung eine britische Teilnahme an einem Krieg wegen der serbischen Frage nicht unterstützen werde. Während Viviani jedoch einen zielstrebigen Marsch in den Krieg fürchtete, hatte Poincaré vor allem davor Angst, dass der österreichischen Demarche gegen Serbien nicht energisch entgegengetreten und Widerstand geleistet werde.

> … wenn Österreich seinen Sieg [die mutmaßliche Akzeptanz der österreichischen Forderungen durch Belgrad] noch weiter treiben möchte, wenn es den Krieg erklärt oder in Belgrad einmarschiert, wird Europa das zulassen? Wird [Europa] erst zwischen Österreich und Russland intervenieren, um [einer weiteren Eskalation] Einhalt zu gebieten? Das würde bedeuten, Österreichs Standpunkt zu übernehmen und für es die Jagdsaison auf Serbien zu eröffnen. Alle diese Einwände legte ich gegenüber Viviani dar …[1527]

Als sie sich am 28. Juli der französischen Küste näherten, wies Poincaré den Funkoffizier an, die Absage des Empfangs in Dünkirchen anzukündigen – der Zug des Präsidenten sollte bereitgestellt werden, damit die Reisegruppe direkt vom Hafen nach Paris fahren könne. Die Luft über der Nordsee war inzwischen kälter und der Himmel grauer, das Meer war bewegt, und es gingen immer wieder heftige Schauer nieder. Aus den letzten Funktelegrammen ging hervor, dass die Briten eine »kollektive Demarche« der Mächte befürworteten, um die Krise zu entschärfen. Das war für den französischen Präsidenten eine ermutigende Nachricht, weil das hieß, dass man bei den Russen davon ausging, dass sie nur dann einen Rückzieher machten, wenn auch die Österreicher nachgaben. Und zuletzt kam noch eine sehr erfreuliche Nachricht aus Paris: In seiner Antwort auf den deutschen Botschafter Wilhelm von Schoen, der darauf bestanden hatte, dass die

österreichisch-serbische Auseinandersetzung eine Angelegenheit sei, welche die beiden Länder untereinander lösen müssten, hatte der geschäftsführende Außenminister Jean-Baptiste Bienvenu-Martin erklärt, dass Frankreich nichts unternehmen werde, um Russland zurückzuhalten, wenn Deutschland nicht Österreich-Ungarn zurückhalte. Hocherfreut über diese unerwartet scharfe Erwiderung, wies Poincaré de Margerie an, er solle Viviani auffordern, nach Paris zu melden, dass er dieser Antwort des geschäftsführenden Ministers zustimmte – was für eine hübsche Illustration der Befehlskette, die in den letzten Julitagen 1914 die französische Außenpolitik gestaltete.[1528]

Bei seiner Ankunft in Frankreich war Poincaré bereits zu der Schlussfolgerung gelangt, dass sich ein europäischer Krieg nicht länger vermeiden lasse – und das, obwohl immer noch keine Anzeichen für militärische Gegenmaßnahmen seitens Deutschlands zu bemerken waren.[1529] Er traf die Minister in einer ruhigen und entschlossenen Stimmung an und registrierte erleichtert, dass ihre Haltung energischer war als die des kleingläubigen Viviani. Poincaré hatte bereits an Bienvenu-Martin telegrafiert und ihn angewiesen, sich mit seinen Kollegen im Kriegs-, Marine-, Innen- und Finanzministerium in Verbindung zu setzen, um zu gewährleisten, dass alle »erforderlichen Vorkehrungen« für den Fall, dass sich die Spannungen zuspitzten, getroffen waren. Zufrieden stellte er fest, dass man in allen relevanten Ressorts bereits große Fortschritte erzielt hatte. Abel Ferry, der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, und René Renoult, der Minister für öffentliche Bauarbeiten, waren nach Dünkirchen gefahren, um den Präsidenten zu empfangen, und informierten ihn, dass man bereits Soldaten aus dem Urlaub zurückgerufen habe, dass die Truppen in Trainingslagern zu ihren Garnisonen zurückgekehrt seien, dass Paris die Präfekten in Alarmbereitschaft versetzt und Staatsdiener angewiesen habe, auf ihren Posten zu bleiben, und dass man wichtige Vorräte beschafft habe: »Kurzum, man hatte die nötigen Schritte eingeleitet, die notfalls eine sofortige Mobilmachung ermöglichen würden.«[1530] Als Renoult ihn im Zug von Dünkirchen nach Paris fragte, ob eine politische Einigung unter den Großmächten noch möglich sei, erwiderte Poincaré: »Nein, es kann keine Regelung geben. Es kann keine Einigung geben.«[1531] Wohl am

aufschlussreichsten ist, wie Poincaré in seinem Tagebuch die Menschenmengen beschreibt, die sich auf dem Weg nach Paris zu seiner Begrüßung versammelt hatten. Es lässt auf die Gemütsverfassung eines politischen Führers schließen, der sich bereits auf einen Krieg eingestellt hatte:

> Sofort stellen wir fest, dass die Moral der Bevölkerung ausgezeichnet ist, insbesondere die der Hilfs- und Hafenarbeiter. Eine sehr dichte Menschenmenge war auf die Anlegeplätze und Kais geströmt und begrüßte uns mit wiederholten Rufen: »Vive la France! Vive Poincaré!« Ich unterdrücke meine Gefühle und wechsle ein paar Worte mit dem Bürgermeister, mit Senatoren und Abgeordneten. Sie versichern mir allesamt, und der Präfekt bestätigt dies, dass wir auf die Einheit und Entschlossenheit des Landes zählen können.[1532]

Die russische Regierung hatte bereits weitreichende Vorbereitungsmaßnahmen für die Mobilmachung getroffen. Paris war darüber voll im Bilde, sowohl über Maurice Paléologue in der kurzen Note vom 25. Juli, als auch über die ausführlichere Nachricht des französischen Militärattachés General Pierre de Laguiche vom folgenden Tag.[1533] Als Nächstes überbrachte Botschafter Alexander Iswolski am Morgen des 29. Juli die Nachricht, dass eine russische Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn noch für denselben Tag geplant sei. Es ist schwierig, Poincarés Reaktion auf diese Meldung zu rekonstruieren, weil er später [während der Arbeit an seinen Memoiren] die zweite Hälfte des Eintrags vom 29. Juli aus dem Manuskript seines Tagebuchs entfernte; eine Seite, die sich allem Anschein nach mit den russischen Maßnahmen befasste.[1534] Zudem sind keine Protokolle von der Diskussion im Ministerrat erhalten, der noch am selben Tag einberufen wurde. Aber laut einer Schilderung, die am selben Abend ein beteiligter Minister (der Innenminister Louis Malvy) Joseph Caillaux vertraulich mitteilte, billigte der Ministerrat die russischen Maßnahmen ausdrücklich.[1535] Weder am 26./27. noch am 29. Juli fühlte sich Paris dazu berufen, den Bündnispartner zur Zurückhaltung zu mahnen.

Das Ganze stand im Einklang mit dem Szenario Katalysator Balkan und der französischen Strategie, die der Geschwindigkeit und Effektivität der russischen Mobilmachung großes Gewicht beimaß. Doch diese Priorität musste gegen die Notwendigkeit abgewogen werden, eine britische Intervention zu garantieren. Ende Juli war sich die britische Regierung noch unschlüssig, ob, wann und in welcher Weise sie sich an dem bevorstehenden europäischen Krieg beteiligen solle. Eines war jedoch klar: Wenn sich Frankreich an der Seite seines Bundesgenossen an einem Angriffskrieg beteiligte, untergrub es damit den moralischen Anspruch auf eine britische Unterstützung erheblich. Für die französische Sicherheit im Falle eines deutschen Angriffs im Westen war es jedoch erforderlich, dass Paris auf einer möglichst schnellen militärischen Antwort seitens St. Petersburgs bestand. Das war das vertraute Paradoxon: Der Krieg, der im Westen nur defensiv ausgetragen werden konnte, musste im Osten aggressiv begonnen werden. Diese widersprüchlichen Imperative setzten die Entscheidungsträger in Paris massiv unter Druck. Dieser Druck wurde am Abend des 29. Juli besonders spürbar, als die Deutschen St. Petersburg warnten, sie würden eine Mobilmachung der eigenen Truppen in Betracht ziehen, falls Russland seine Mobilmachung nicht stoppte.

Am späten Abend des 29. Juli traf ein Telegramm von Sasonow in der russischen Botschaft in Paris ein, das Iswolski über diese Warnung informierte. Da Russland nunmehr keinen Rückzieher mehr machen könne, schrieb Sasonow, habe die russische Regierung die Absicht, »unsere Rüstungen zu beschleunigen und mit der wahrscheinlichen Unvermeidbarkeit eines Krieges zu rechnen«. Iswolski wurde angewiesen, im Namen Sasonows der französischen Regierung für ihre großzügige Zusage zu danken, »dass wir in vollem Umfang auf die Bündnisunterstützung Frankreichs rechnen können«.[1536] Da die Russen Frankreich bereits über die frühere Entscheidung informiert hatten, eine Teilmobilmachung (nur gegen Österreich) in Gang zu setzen, kann man daraus den Schluss ziehen, dass Sasonow mit seiner »Beschleunigung« auf eine bevorstehende russische Generalmobilmachung anspielte, ein Schritt, der einen Kontinentalkrieg tatsächlich unvermeidlich gemacht hätte.[1537] Wie zu erwarten, löste diese Nachricht in Paris hektische

Aktivität aus. Iswolski schickte seinen Gesandtschaftssekretär mitten in der Nacht zum Quai d’Orsay und ging selbst zu Viviani, um ihm Sasonows Telegramm vorzulegen. Wenig später, am 30. Juli um 4 Uhr morgens, traf sich Viviani im Elysée-Palast mit Kriegsminister Adolphe Messimy und Präsident Poincaré, um die Neuigkeit zu diskutieren. Das Ergebnis war eine sorgfältig formulierte französische Antwort, die am Morgen desselben Tages abgeschickt wurde:

> Frankreich ist andererseits entschlossen, alle seine Bundespflichten zu erfüllen. Die zwischen den weniger direkt beteiligten Mächten schwebenden Unterhandlungen lassen noch der Hoffnung Raum, dass der Frieden erhalten bleiben könne; nach meiner Meinung wäre es daher zweckmäßig, wenn Russland bei den Vorsichts- und Verteidigungsmaßnahmen, zu denen es glaube schreiten zu müssen, unmittelbar keinerlei Anordnung träfe, die Deutschland einen Vorwand zu einer ganzen oder teilweisen Mobilmachung seiner Kräfte bieten würde.[1538]

Diese Antwort wird gelegentlich als Beweis dafür zitiert, dass die französische Regierung alarmiert auf die russischen Maßnahmen reagiert habe und bereit gewesen sei, im Namen des Friedens die Sicherheitsvorkehrungen des französisch-russischen Bündnisses zu gefährden.[1539] Für Viviani hatte es mit Sicherheit ganz diesen Anschein: Bei einem Treffen mit dem ehemaligen Außenminister Gabriel Hanotaux am selben Abend beklagte er sich, dass die Russen »uns vor vollendete Tatsachen stellen und uns kaum einmal überhaupt um Rat fragen«.[1540] Doch der eigentliche Zweck der Note war weit komplexer. Sie sollte die Briten überzeugen, dass sich Frankreich alle Mühe gab, seinen Bündnispartner zurückzuhalten – mit diesem Hintergedanken wurde eine Kopie der Nachricht sofort an Paul Cambon in London geschickt. Die Verknüpfung mit der englisch-französischen Entente geht ausdrücklich aus Poincarés Tagebuch hervor, das dokumentiert, dass die Nachricht an St. Petersburg »mit Blick auf die zwiespältige Haltung Englands« formuliert wurde.[1541]

Gleichzeitig wurden jedoch de Margerie und Messimy von Poincaré angewiesen (allem Anschein nach ohne Vivianis Wissen), gegenüber Iswolski das eigentliche Wesen der Absichten der französischen Regierung deutlich zu machen. Iswolskis Bericht über die Gespräche mit dem Diplomaten und Minister schwächte den Einfluss des früheren Telegramms, in dem zur Zurückhaltung gemahnt worden war, erheblich ab:

> Margerie, den ich soeben sprach, sagte mir, die französische Regierung *wünsche sich durchaus nicht in unsere militärischen Vorbereitungen einzumischen*, halte es aber angesichts der Weiterführung der Verhandlungen zur Erhaltung des Friedens für äußerst wünschenswert, dass diese Vorbereitungen möglichst wenig offenen und herausfordernden Charakter trügen. Den gleichen Gedanken entwickelnd, sagte auch der Kriegsminister zu Graf Ignatjew [dem russischen Militärattaché in Paris], wir könnten die Erklärung abgeben, wir seien in Rücksicht auf die höheren Interessen des Friedens einverstanden, die Maßnahmen zur Mobilmachung zeitweilig zu verlangsamen, *was uns ja nicht hindern würde, die militärischen Vorbereitungen fortzusetzen und sogar energischer zu betreiben, sofern wir nach Möglichkeit auf Massentransporte von Truppen verzichteten.*[1542]

Diese beiden Telegramme, die am 30. Juli verschickt wurden, erfassen trefflich die komplexe Dreiecksbeziehung der französischen Politik, die zwischen den unerbittlichen Imperativen des französisch-russischen Bündnisses und der verschwommenen Logik der englisch-französischen Entente vermitteln musste. Der Appell an die »höheren Interessen des Friedens« bedeutete im Wesentlichen, dem Gegner eine Möglichkeit zum Rückzug zu geben – eine Eventualität, die immer unwahrscheinlicher schien. Unterdessen setzte Russland seine Kriegsvorbereitungen fort − in der Form einer Quasi-Mobilmachung, die auf eine Konzentration der Truppen an der Westgrenze verzichtete. Als Abel Ferry sich am Morgen des 30. Juli im Ministerrat Notizen machte, fasste der Unterstaatssekretär im Quai d'Orsay die französische Linie wie folgt zusammen: *»Russische Mobilmachung nicht stoppen. Mobilisieren, aber nicht konzentrieren.«*[1543] In Poincarés Tagebuch

folgt auf die Passage vom selben Tag, die das Telegramm nach St. Petersburg mit der Bitte um Zurückhaltung dokumentiert, dieser Satz: »Gleichzeitig treffen wir die notwendigen Maßnahmen, um unsere Schutztruppen im Osten aufzustellen.«[1544]

Russland macht mobil

Am Abend des 29. Juli leitete der russische Generalstabschef den Ukas für die Generalmobilmachung an General Sergej Dobrorolski weiter. Als Leiter der Mobilmachung war es Dobrorolskis Aufgabe, die Unterschriften der Minister einzuholen, ohne die der Befehl nicht in Kraft treten konnte. Später erinnerte sich der General an seine Besuche bei den Kriegs-, Marine- und Innenministern. Es herrschte eine düstere Stimmung. Der einst so offen kriegerisch aufgetretene Suchomlinow war in den letzten Tagen sehr wortkarg geworden. Womöglich bereute er inzwischen, wie Dobrorolski mutmaßte, den hetzerischen Artikel, den er einige Monate zuvor in den *Birschewija Wedomosti* (Börsennachrichten) lanciert und in dem es geheißen hatte, Russland sei »bereit zum Krieg«.[1545] Der Marineminister war beim Anblick des Ukas regelrecht schockiert: »Wie bitte, Krieg mit Deutschland? Unsere Flotte ist auf keinen Fall imstande, allein der deutschen Flotte standzuhalten.« Er rief Suchomlinow an und bat um Bestätigung, dann unterschrieb er »schweren Herzens«. Im Amtszimmer des reaktionären, ultramonarchistischen Innenministers Nikolai Maklakow traf Dobrorolski »eine Atmosphäre des Gebets« an: Große Ikonen auf einem schmalen Tischchen leuchteten im Schein einer Kerze. »In Russland«, so der Minister, »wird ein Krieg bei den niederen Massen der Bevölkerung niemals populär sein. Revolutionäre Gedanken sind eher nach ihrem Geschmack als ein Sieg über Deutschland. Aber niemand kann seinem Schicksal entrinnen …« Maklakow bekreuzigte sich und unterschrieb den Befehl ebenfalls.[1546]

Gegen 21 Uhr machte sich Dobrorolski, nachdem er alle erforderlichen Unterschriften beisammen hatte, auf den Weg zum zentralen Telegrafenamt von St. Petersburg. Der Leiter der Abteilung für Post und Telegramme war bereits im Voraus dazu aufgefordert worden, sich für eine Sendung »von

höchster Bedeutung« bereitzuhalten. Sorgfältig wurde der Text mit mehreren Durchschlägen abgetippt, sodass er gleichzeitig von den Apparaten im Hauptsaal abgeschickt werden konnte, die St. Petersburg mit den wichtigsten Zentren des russischen Reiches verbanden. Von dort aus wurde er wiederum an alle Städte in sämtlichen Bezirken weitergeleitet. Gemäß dem vorgeschriebenen Protokoll für die Übertragung von Mobilmachungsbefehlen hatte das Telegrafenamt den gesamten Verkehr geschlossen. Um 21.30 Uhr, kurz vor Beginn der Übertragung, klingelte das Telefon: Es war Generalstabschef Januschkewitsch. Er befahl Dobrorolski, den Text nicht abzuschicken, sondern weitere Instruktionen abzuwarten. Wenige Minuten später traf in Gestalt des Stabsoffiziers Tugan-Baranowski ein völlig aufgelöster Kurier ein: Der Zar hatte es sich anders überlegt. Anstelle des Mobilmachungsbefehls sollte ein Befehl für eine *teilweise* Mobilmachung verkündet werden, gemäß den Richtlinien, die man »im Prinzip« auf den Sitzungen vom 24. und 25. Juli beschlossen hatte. Der neue Befehl wurde entsprechend aufgesetzt und in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli 1914 gegen Mitternacht übertragen. Damit wurden in den Bezirken Kiew, Odessa, Moskau und Kasan Maßnahmen zur Mobilisierung eingeleitet.[1547]

Diese plötzliche Kehrtwende löste fast schon komische Verwirrungen an der französischen Botschaft aus. General Laguiche, der Militärattaché, wurde kurz nach 22 Uhr über die bevorstehende Mobilmachung informiert, von den Russen aber angewiesen, Botschafter Paléologue nicht in Kenntnis zu setzen, damit dessen Indiskretion nicht die Geheimhaltung der Entscheidung gefährde. Doch Paléologue erfuhr rund eine Stunde später über eine andere Quelle (nämlich einen indiskreten Russen) davon und schickte sofort seinen ersten Sekretär Charles de Chambrun in das russische Außenministerium, um Paris mit einem dringenden Telegramm darüber zu informieren, dass eine geheime Generalmobilmachung eingeleitet werde (die telegrafische Verbindung des Ministeriums wurde gewählt, weil man befürchtete, dass die französischen Codes womöglich nicht sicher waren; gleichzeitig schickte Paléologue ein mit französischen Chiffren verschlüsseltes Telegramm an den Quai d’Orsay mit dem Wortlaut: »Bitte an russischer Botschaft als Angelegenheit von höchster Dringlichkeit mein Telegramm Nr. 304

abholen.«). Als Chambrun das Ministerium erreichte, lief er Laguiche über den Weg, der soeben erfahren hatte, dass der Zar den Mobilmachungsbefehl widerrufen hatte. Laguiche wies Chambrun an, den Abschnitt seines Telegramms zu streichen, der auf die Entscheidung, »heimlich mit der Mobilmachung zu beginnen«, verwies. Das an die russische Botschaft in Paris geschickte Telegramm kündigte folglich nur die russische Mobilmachung gegen Österreich an, sodass Viviani und seine Kollegen immer noch nicht wussten, wie nahe St. Petersburg einer Generalmobilmachung bereits gewesen war. Am nächsten Morgen schäumte Paléologue vor Wut über die Versuche des Militärattachés und seines eigenen ersten Sekretärs, seine Kommunikation mit Paris zu behindern.

Jedenfalls war die am 29. Juli ausgerufene Teilmobilmachung keine dauerhafte Lösung. Eine Teilmobilmachung stellte die russischen Stabsleute vor unüberwindbare Schwierigkeiten, weil sie Vorkehrungen für eine spätere volle Mobilmachung zu stören drohte. Wenn der Befehl nicht widerrufen oder innerhalb von 24 Stunden durch den Befehl zur Generalmobilmachung ersetzt wurde, konnte die russische Bereitschaft zu einem Angriff im Westen irreparablen Schaden erleiden. Am frühen Morgen des 30. Juli telefonierten Sasonow und Kriwoschein miteinander – beide waren »sehr beunruhigt über den Stopp der Generalmobilmachung«.[1548] Sasonow schlug vor, dass Kriwoschein um eine Audienz beim Zaren bitten solle, um ihm die Dringlichkeit der Generalmobilmachung vor Augen zu führen. Um 11 Uhr traf sich Sasonow mit Januschkewitsch in dessen Büro, und der Stabschef zählte einmal mehr die Gründe auf, weshalb man sofort zu einer Generalmobilmachung übergehen solle. Von diesem Büro aus ließ Sasonow ein Telefongespräch zum Palast in Peterhof durchstellen. Nach qualvollen Minuten des Wartens hörte Sasonow die anfangs nicht wiederzuerkennende Stimme eines Mannes, »der offenbar nicht gewohnt war, zu telefonieren, und wissen wollte, mit wem er spreche«.[1549] Der Zar erklärte sich bereit, Sasonow am selben Nachmittag um 15 Uhr zu empfangen (er weigerte sich, gleichzeitig auch Kriwoschein zu empfangen, weil er es hasste, wenn sich Minister zusammentaten, um eine Lobbygruppe zu bilden).

In Peterhof wurde Sasonow sofort in das Arbeitszimmer des Zaren geführt,

wo er den Monarchen »müde und bekümmert« antraf. Auf die Bitte des Zaren hin fand die Audienz in Gegenwart des Generals Tatischtschew statt, der in Kürze auf seinen Posten als russischer Militärattaché beim deutschen Kaiser zurückkehren sollte. Sasonow sprach fünfzig Minuten lang, erklärte die technischen Schwierigkeiten und erinnerte Nikolaus daran, dass die Deutschen »alle unsere Vermittlungsvorschläge« abgelehnt hätten, »die die Grenzen der Nachgiebigkeit weit überschritten, die man von einer in ihrer Kraft unerschütterten Großmacht erwarten konnte«. Am Ende zog er aus alldem den Schluss, dass Russland »dem Kriege nicht entgehen« könne. Der Zar beendete die Audienz mit einer endgültigen Entscheidung: »Sie haben Recht. Uns bleibt nichts anderes zu tun übrig, als den Angriff abzuwarten. Übermitteln Sie dem Generalstabschef meinen Befehl zur Mobilmachung.«[1550]

Endlich nahm Januschkewitsch mit großer Erleichterung den Anruf entgegen, auf den er gewartet hatte. »Erteilen Sie Ihre Befehle, General«, wies Sasonow ihn an, »und dann – verschwinden Sie am besten für den Rest des Tages.« Aber Sasonows Befürchtung, dass der Befehl ein weiteres Mal widerrufen werden würde, erwies sich als unbegründet. Einmal mehr oblag es General Dobrorolski, zum zentralen Telegrafenamt zu gehen und das Telegramm abzuschicken, das eine Generalmobilmachung anordnete. Diesmal wussten alle, was auf dem Spiel stand. Als Dobrorolski gegen 18 Uhr die Halle des Telegrafenamts betrat, »herrschte eine feierliche Stille unter den Telegrafenbeamten, Männern wie Frauen«. Alle mussten sich vor seinen oder ihren Apparat setzen und auf die Kopie des Telegramms warten. Es kam kein Kurier des Zaren. Ein paar Minuten nach 18 Uhr fingen die Apparate an zu ticken, auch wenn die Menschen stumm blieben. Das Ticken und Klacken erfüllte den Saal nach und nach mit einem dichten, zielstrebigen Rattern.[1551]

Die russische Generalmobilmachung zählte zu den schwerwiegendsten Entscheidungen während der Julikrise. Es war bislang die erste Generalmobilmachung. Sie kam zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Regierung noch nicht einmal den Status der drohenden Kriegsgefahr

ausgerufen hatte, das deutsche Pendant zur russischen Kriegsvorbereitungsperiode, die seit dem 26. Juli in Kraft war. Österreich-Ungarn steckte seinerseits noch mitten in einer Teilmobilmachung mit dem Ziel, Serbien niederzuwerfen. Später herrschte unter französischen und russischen Politikern wegen dieser Abfolge der Ereignisse ein gewisses Unbehagen. In dem Orangebuch, das die russische Regierung nach Kriegsausbruch veröffentlichte, um die eigenen Aktionen während der Krise zu rechtfertigen, datierten die Herausgeber den österreichischen Befehl zur Generalmobilmachung drei Tage zurück, sodass der russische Schritt als reine Reaktion auf andere Entwicklungen erschien. Ein Telegramm des Botschafters Nikolai Schebeko in Wien vom 29. Juli, in dem er erklärte, dass der Befehl zur Generalmobilmachung für den folgenden Tag »erwartet« werde, wurde auf den 28. Juli zurückdatiert und wie folgt umformuliert: »Der Befehl zur Generalmobilmachung ist unterschrieben worden« – in Wahrheit sollte der Befehl zur österreichischen Generalmobilmachung erst am 31. Juli erteilt werden und am folgenden Tag in Kraft treten. Das französische Gelbbuch ging noch abenteuerlicher mit den Quellen um, indem kurzerhand ein fiktives Kommuniqué des Botschafters Paléologue vom 31. Juli eingefügt wurde, das erklärte, der russische Befehl sei »als Folge der Generalmobilmachung Österreichs« und der »Mobilmachungsmaßnahmen, welche das Deutsche Reich in den vergangenen sechs Tagen heimlich, aber kontinuierlich getroffen« habe, erteilt worden. In Wirklichkeit war Deutschland aus militärischer Sicht während der gesamten Krise eine Insel relativer Ruhe gewesen.[1552]

Warum unternahmen die Russen diesen Schritt? Der entscheidende Faktor war für Sasonow zweifellos die österreichische Kriegserklärung gegen Serbien am 28. Juli, auf die er beinahe umgehend mit einem Telegramm an die Botschaften in London, Paris, Wien, Berlin und Rom in dem Sinne antwortete, dass Russland am nächsten Tag die (teilweise) Mobilmachung der an Österreich angrenzenden Militärbezirke ankündigen werde.[1553] (Eben dieses Telegramm wurde am 29. Juli im französischen Ministerrat diskutiert.) Zu diesem Zeitpunkt legte Sasonow immer noch Wert darauf, gegenüber Berlin »das Fehlen irgendwelcher Angriffsabsichten Russlands gegen

Deutschland« zu versichern – die Entscheidung für eine Teilmobilmachung, im Gegensatz zu einer allgemeinen, war Bestandteil dieser Linie.[1554] Warum ging er dann aber so schnell zu einer Generalmobilmachung über? Vier Gründe drängen sich auf. Den ersten haben wir bereits erörtert, nämlich die technische Unmöglichkeit, eine Teilmobilmachung (für die kein richtiger Plan existierte) mit der Option einer anschließenden Generalmobilmachung zu kombinieren.

Ein weiterer Grund war Sasonows Überzeugung – die er seit Beginn der Krise äußerte, allerdings mit wachsender Empörung und Nachdruck –, dass die Unnachgiebigkeit Österreichs in Wirklichkeit die Linie des Deutschen Reiches sei. Dieser Gedanke war tief in der russischen Balkanpolitik verwurzelt, die seit geraumer Zeit aufgehört hatte, Österreich-Ungarn als autonomen Faktor in der europäischen Politik ernst zu nehmen – man denke an Sasonows Bemerkung gegenüber Bethmann Hollweg im Sommer 1912 in Baltischport, er solle Österreich nicht zu irgendwelchen Abenteuern ermuntern. Und sie wurde durch Berichte bestätigt, die (ganz richtig) darauf schließen ließen, dass Deutschland weiterhin die österreichische Position unterstützte, statt seinen Partner zum Nachgeben zu drängen. In seinen Erinnerungen gab Sasonow an, dass er am 28. Juli, also am Tag der österreichischen Kriegserklärung, dem russischen Botschafter in London, Graf Benckendorff, ein Telegramm geschickt habe. Der Außenminister berichtete von einer Unterredung mit Graf Pourtalès (dem deutschen Botschafter in St. Petersburg), die ihn »in der Überzeugung bestärkt« habe, dass Deutschland »die Unnachgiebigkeit Österreichs unterstützt«. Diesem Gedanken kommt hier große Bedeutung zu, weil er den Russen gestattete, Berlin als den Dreh- und Angelpunkt der Krise auszugeben und als den Akteur, auf dem alle Hoffnungen auf Frieden ruhten. Benckendorff fasste es trefflich zusammen, als er schrieb: »Der Schlüssel zur Lage befindet sich unzweifelhaft in Berlin.«[1555]

Sasonow schickte noch am selben Tag ein zweites Telegramm an Benckendorff, in dem er darauf hinwies, dass wegen der Kriegserklärung an Serbien weitere Verhandlungen mit Österreich »offenbar unzweckmäßig« seien.[1556] Die Haltung des russischen Außenministers verhärtete sich am

nächsten Tag erheblich, als Pourtalès am Nachmittag bei ihm vorsprach und ihm eine Botschaft des deutschen Kanzlers verlas: Falls Russland seine militärischen Vorbereitungen fortsetze, sehe sich Deutschland seinerseits gezwungen, ebenfalls zu mobilisieren. Darauf erwiderte Sasonow, der die Warnung des Kanzlers als ein Ultimatum auffasste, knapp: »Nunmehr habe ich keine Zweifel mehr über den wahren Grund der österreichischen Unnachgiebigkeit.« Pourtalès sprang empört auf und erklärte, er protestiere mit aller Kraft gegen diese kränkende Behauptung.[1557] Die Begegnung endete kühl. Das Entscheidende war in den Augen des Russen, dass eine Teilmobilmachung, wenn Deutschland ungeachtet des äußerlichen Stillhaltens in Wirklichkeit die treibende Kraft hinter der österreichischen Politik war, in Anbetracht der Unerschütterlichkeit des österreichisch-deutschen Blocks keinen Sinn ergab – was sprach dann dagegen, die wahre Natur der Gefahr anzuerkennen und umfassend gegen beide Mächte zu mobilisieren? Schließlich wurde Sasonow in der Unterstützung einer Generalmobilmachung noch durch die Versicherung bestärkt, die Maurice Paléologue am 28. Juli abgegeben hatte über die »Instruktionen seiner Regierung«, dass die Russen auf »die volle Bereitschaft Frankreichs, nötigenfalls seine Bündnispflichten zu erfüllen«, zählen können.[1558]

Die Russen dürften sich zu dieser frühen Stunde auch der britischen Unterstützung sicher gefühlt haben. »Heute sind sie in St. Petersburg fest überzeugt, in der Tat ist ihnen versichert worden«, schrieb der belgische Militärattaché Bernard de l’Escaille am 30. Juli, »dass England Frankreich unterstützen wird. Diese Unterstützung hat enormes Gewicht und hat nicht unerheblich dazu beigetragen, der Kriegspartei einen Vorteil zu verschaffen.«[1559] Von welcher »Versicherung« (wenn es sie überhaupt gab) de l’Escaille hier sprach und wann genau sie einging, ist unklar, aber er hatte mit Sicherheit Recht, dass die russischen Entscheidungsträger weiterhin auf eine britische Intervention vertrauten, zumindest langfristig.

Kaum war die erste Entscheidung zur Generalmobilmachung gefallen und vom Zaren auch akzeptiert worden, wurde sie jedoch zugunsten einer offiziell zwar vereinbarten, aber impraktikablen Option einer Teilmobilmachung gegen Österreich abgeändert. Der eigentliche Grund dafür waren die Angst

und das Zurückschrecken des Zaren vor einem Krieg − nun, da er vor der Aufgabe stand, ihn zur Realität werden zu lassen. So gut wie alle, die den Zaren kannten und Aufzeichnungen über die Persönlichkeit des Monarchen hinterließen, sind sich einig, dass er zwei Wesenszüge in sich vereinte, die sich schlecht miteinander vertrugen. Die eine war ein überaus verständliches Grauen vor der Aussicht eines Krieges und der damit verbundenen Zerstörung für sein Land; die andere war seine Empfänglichkeit für das hochtrabende Pathos nationalistischer Politiker und Reden, eine Vorliebe für Männer und Maßnahmen, welche die patriotischen Gefühle aufputschten. Was den Zaren am 29. Juli zur Zurückhaltung bewegte, war das Eintreffen eines Telegramms von Kaiser Wilhelm II. um 21.20 Uhr, unmittelbar bevor der Befehl zur Generalmobilmachung im Telegrafenamt abgeschickt werden sollte. Der deutsche Vetter des Zaren betonte, dass seine Regierung »eine direkte Verständigung« zwischen Wien und St. Petersburg immer noch für möglich halte, und schloss mit den Worten:

> Natürlich würden militärische Maßnahmen von Seiten Russlands, die Österreich als Drohung ansehen würde, ein Unheil beschleunigen, das wir beide zu vermeiden wünschen, und meine Stellung als Vermittler gefährden, die ich auf Deinen Appell an meine Freundschaft und meinen Beistand bereitwillig übernommen habe.[1560]

Mit den Worten »Ich werde nicht die Verantwortung für ein monströses Blutbad übernehmen« bestand der Zar darauf, den Befehl zu widerrufen. Januschkewitsch griff zum Telefon, um Dobrorolski aufzuhalten, und ein Kurier wurde eilends zum Telegrafenamt geschickt, um dort zu erklären, dass stattdessen ein Befehl zur Teilmobilmachung bekannt gegeben werden solle.

An dieser Stelle lohnt es sich, kurz innezuhalten und über den Umstand nachzudenken, dass die Wirkung eines Telegramms des dritten Cousins des Zaren in Berlin ausreichte, um einen Befehl zur Generalmobilmachung um fast 24 Stunden zu verzögern. Nach der Revolution vom Februar 1917 wurden dem revolutionären Publizisten und scharfen Kritiker des Zarismus Wladimir Burzew die privaten Unterlagen des Zaren anvertraut, unter denen er ein Depot persönlicher Telegramme entdeckte, welche der Kaiser und der

Zar untereinander ausgetauscht hatten. Unter den Kosenamen »Willy« und »Nicky« korrespondierten die beiden Männer auf Englisch miteinander und schrieben in einem informellen, bisweilen sogar intimen Ton. Die Entdeckung dieser Dokumente war damals eine Sensation. Im September 1917 veröffentlichte sie der Journalist Herman Bernstein, der über die revolutionären Ereignisse berichtete, im *New York Herald,* und vier Monate später wurden sie (mit einem Vorwort von Theodore Roosevelt) in Buchform neu aufgelegt.[1561]

Die »Willy-Nicky-Telegramme«, wie sie gemeinhin genannt wurden, üben noch heute eine anhaltende Faszination aus, zum Teil weil man bei der Lektüre scheinbar eine private Unterhaltung zwischen zwei Herrschern aus einem inzwischen vergangenen Europa belauscht, zum Teil weil sie das Gefühl einer Welt vermitteln, in der das Schicksal von Nationen noch in den Händen extrem mächtiger Individuen lag. In Wirklichkeit sind beide Eindrücke irreführend, zumindest was die berühmten Telegramme aus dem Jahr 1914 betrifft. Die während der Julikrise ausgetauschten Telegramme waren weder geheim (denn ihre Existenz war allgemein bekannt und wurde diskutiert)[1562] noch privat. In Wirklichkeit handelte es sich um diplomatische Kurierpost in der Form privater Korrespondenz. An beiden Enden dieses Kommunikationskanals wurde der Inhalt von Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes sorgfältig geprüft. Sie waren ein Beispiel für den merkwürdigen Austausch von Monarch zu Monarch, der bis zum Kriegsausbruch ein Merkmal des europäischen Systems blieb, allerdings waren in diesem Fall die Monarchen die Übermittler, nicht die Urheber der ausgetauschten Signale. Ihre Existenz spiegelt lediglich die monarchische Struktur der europäischen Exekutiven wider, nicht die Macht der jeweiligen Monarchen, die Politik zu beeinflussen. Das Telegramm vom 29. Juli war eine Ausnahme: Es traf in einem ganz besonderen Moment ein, als dieses eine Mal alles von der Entscheidung des Zaren abhing, nicht weil er der dominierende Akteur im Entscheidungsprozess gewesen wäre, sondern weil seine Billigung (und Unterschrift) für einen Befehl zur Generalmobilmachung unabdingbar war. Das war weniger eine Frage des politischen Einflusses an sich, sondern des verbliebenen militärischen Absolutismus des autokratischen

Regierungssystems. In einem Moment, in dem es dem Zaren absolut schwerfiel, die zentrale Entscheidung zu treffen (mit Blick auf die Höhe des Einsatzes durchaus verständlich), genügte ein Telegramm von »Willy«, um die Waage gegen die Generalmobilmachung zu kippen. Doch der Effekt hielt nicht einmal einen Tag lang an, weil beide Monarchen lediglich die grundlegend gegensätzlichen Positionen ihrer jeweiligen Exekutiven artikulierten. Am Morgen des 30. Juli, als der Zar ein Telegramm von Wilhelm II. erhielt, in dem er die Warnung wiederholte, die der deutsche Botschafter Graf Pourtalès am Vortag ausgesprochen hatte, gab Nikolaus II. jede Hoffnung auf, dass eine Absprache unter den Vettern den Frieden retten könne, und kehrte zur Option Generalmobilmachung zurück.[1563]

Noch ein letzter Gedanke zu der russischen Entscheidung für eine Mobilmachung: Als Sasonow am Nachmittag des 30. Juli mit dem Zaren sprach, war dieser ganz mit dem Gedanken an die Gefahr beschäftigt, die von der österreichischen Mobilmachung für Russland ausging. »Er [Kaiser Wilhelm] hat vergessen und will nicht zugeben, dass die österreichische Mobilmachung vor der russischen begonnen worden ist, und fordert jetzt, dass wir die unsrige einstellen, ohne die österreichische mit einem Wort zu erwähnen. […] Wenn ich jetzt mein Einverständnis zu den Forderungen Deutschlands erklären würde, würden wir der mobilisierten österreichischen Armee waffenlos gegenüberstehen.«[1564] Allerdings waren die österreichischen Vorbereitungen zu diesem Zeitpunkt noch ganz auf die Aufgabe konzentriert, den Sieg über Serbien zu gewährleisten, unabhängig von der wachsenden Drohung einer russischen Antwort. Die Angst des Zaren war nicht der Ausdruck individueller Paranoia; vielmehr spiegelte sich darin eine allgemeinere Tendenz in der Gefahrenanalyse des russischen Militärs. Der russische Militärgeheimdienst überschätzte die militärische Stärke Österreichs durchweg und ging, was noch wichtiger ist, von einer sehr eindrucksvollen Kapazität zu heimlichen Präventivmaßnahmen aus – eine Annahme, die in der Balkankrise 1912/13 erhärtet worden war, als es den Österreichern gelungen war, in Galizien Truppen zusammenzuziehen, ohne die Aufmerksamkeit der Russen zu erregen.[1565] Diese Tendenzen wurden paradoxerweise durch die sehr detaillierte Kenntnis (die man dem inzwischen

verstorbenen Oberst Redl und anderen gut platzierten Informanten verdankte) über die österreichischen Aufmarschpläne noch verstärkt. Das war kein neues Problem: Schon im Jahr 1910 rühmte sich Suchomlinow, der damals frisch ernannte Kriegsminister, dass er konkrete österreichische Aufmarschpläne des Heeres und der Marine »für die Eroberung Mazedoniens« gesehen habe. Diese Hinweise enthüllten, behauptete er, das enorme Ausmaß der Bedrohung russischer Interessen durch den österreichisch-ungarischen Expansionismus auf dem Balkan und führten sämtliche diplomatischen Zusicherungen ad absurdum. Dass diese – in Wirklichkeit veralteten und überholten – Dokumente womöglich nur Pläne für den Ernstfall waren statt Zielvorgaben der österreichischen Politik, ist Suchomlinow offenbar nicht in den Sinn gekommen. Vermutlich wollte er sie als Argument für eine Aufstockung des Militärhaushalts nutzen.[1566] Die Neigung zu einer paranoiden Überbewertung erbeuteter Planungsdokumente plagte die russische Sicherheitspolitik bis ins Jahr 1914 hinein. Gerade weil die Russen so gut über die österreichischen Mobilmachungspläne Bescheid wussten, tendierten sie einerseits dazu, einzelne Maßnahmen als Teil eines kohärenten Ganzen zu deuten, betrachteten aber andererseits die geringste Abweichung von der erwarteten Abfolge als eine potenzielle Bedrohung.

Im Jahr 1913 hatten die Russen beispielsweise über ihre Geheimdienstquellen erfahren, dass die Österreicher volle sieben Armeekorps für den Fall eines Krieges gegen Serbien vorgesehen hatten. Doch im Juli 1914 ließen Berichte des Botschafters Schebeko und des russischen Militärattachés Vineken (die von zweifelhafter Korrektheit waren) darauf schließen, dass die Zahl der sich derzeit vorbereitenden Korps möglicherweise bei acht oder neun lag. Der russische Geheimdienst deutete diese Diskrepanz als Indiz dafür, dass Conrad möglicherweise von seinem auf Serbien ausgerichteten Plan B zu dem gegen Russland gerichteten Plan R übergegangen sei, mit anderen Worten im Begriff war, einen »verdeckten Wechsel zu einer vollständigen oder fast vollständigen österreichischen Mobilmachung« einzuleiten.[1567] Im Rückblick wissen wir, dass österreichische Schätzungen der serbischen Schlagkraft tatsächlich gestiegen waren und deshalb auch die Aufstellungen erhöht wurden, die man zur

Niederwerfung der Streitkräfte des Landes für nötig hielt. Der Verlauf des ersten Kriegsjahres sollte demonstrieren, dass selbst diese überarbeiteten österreichischen Schätzungen nicht ausreichten, um einen entscheidenden Sieg gegen die Serben zu erringen, die in der Tat »wie Löwen kämpften«, wie der Zar es vorausgesagt hatte. Das war ein klassisches Beispiel für die falschen Interpretationen, die aufkommen können, wenn ein Bündel hochklassiger, strukturierter Informationen den Empfänger dazu verleitet, die eingehenden Daten in ein Muster einzupassen, das aus dem Kontext gerissen und unter Umständen veraltet ist. In einer von Paranoia erfüllten Umgebung sind nüchterne Einschätzungen des tatsächlichen Bedrohungsgrades so gut wie unmöglich. Das Entscheidende an diesen Interpretationen der österreichischen Maßnahmen ist jedoch, dass der Zar als eifriger Leser der täglichen Geheimdienstberichte des Generalstabs die Einschätzungen ernst nahm. Wie fast jede andere Macht in dieser Krise konnten auch die Russen von sich behaupten, dass sie mit dem Rücken zur Wand standen.

Der Sprung ins Dunkel

Während der mittleren Juliwochen klammerten sich die deutschen Entscheidungsträger krampfhaft an ihre Linie der Lokalisierung des Konflikts. In der Anfangsphase war es noch relativ einfach, sich eine rasche Lösung der Krise auszumalen. Wilhelm II. sagte zu Kaiser Franz Joseph am 6. Juli, dass »sich die Situation in acht Tagen durch Nachgeben Serbiens klären werde …«. Es sei allerdings auch möglich, wie er gegenüber Kriegsminister Erich von Falkenhayn anmerkte, dass »Entspannung bzw. Klärung der Lage nicht vor drei Wochen« erfolge.[1568] Aber selbst in der dritten Juliwoche, als die Hoffnung auf eine rasche Lösung nicht mehr realistisch schien, blieb die politische Führung noch bei ihrer Linie der Lokalisierung. Am 17. Juli erfuhr der Geschäftsträger der sächsischen Gesandtschaft in Berlin, dass man »mit einer Lokalisierung des Konfliktes« rechne, »da England durchaus friedfertigt gesinnt ist, und ebenso wenig Frankreich und Russland kriegerische Neigungen zu verspüren schienen«.[1569] In einem Zirkular vom 21. Juli an die deutschen Botschafter in Paris, London

und St. Petersburg erklärte Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg: »Wir wünschen dringend die Lokalisierung des Konflikts, weil jedes Eingreifen einer anderen Macht infolge der verschiedenen Bündnisverpflichtungen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde.«[1570]



Theobald von Bethmann Hollweg

Hulton Archive/Getty Images

Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Lokalisierung war, dass die Deutschen ihrerseits jede Aktion vermieden, die aller Wahrscheinlichkeit nach eine Eskalation auslösen konnte. Teils eben deswegen und teils, weil sich der Kanzler die Autonomie und die Freiheit von Ablenkungen erhalten wollte, die er für das Krisenmanagement brauchte, ermunterte Bethmann Hollweg den Kaiser, die geplante Kreuzfahrt anzutreten. Aus demselben

Grund wurden die höchsten Militärbefehlshaber aufgefordert, in den Urlaub zu fahren beziehungsweise dort zu bleiben. Generalstabschef Helmuth von Moltke, der Chef des Reichsmarineamtes Admiral Alfred von Tirpitz und der Chef des Admiralstabs Hugo von Pohl befanden sich bereits im Urlaub, Generalquartiermeister General Graf Alfred von Waldersee verließ Berlin für ein paar Wochen und fuhr auf das Gut seines Schwiegervaters in Mecklenburg, genau wie Kriegsminister Erich von Falkenhayn, der zu einer kurzen Inspektionsreise abfuhr, an die sich sein Jahresurlaub anschloss.

Es wäre ein Fehler, diese Reisen allzu wichtig zu nehmen. Die betroffenen Personen waren sich über den Ernst der Krise im Klaren und vertrauten auf den bestehenden Bereitschaftszustand des deutschen Militärs; sie erkannten ferner, dass eine weitere Eskalation unwahrscheinlich war, bis die Österreicher in irgendeiner Form gegenüber Belgrad aktiv wurden.[1571] Andererseits würde es zu weit gehen, wenn man von einer raffinierten deutschen List sprechen würde, um die Aufmerksamkeit der Welt von den Vorbereitungen zu einem Kontinentalkrieg abzulenken, den man längst beschlossen und vorausgeplant hatte. Die internen Memoranden und die Korrespondenz dieser Tage lassen darauf schließen, dass sowohl die politische Führung als auch die Heeres- und Marineleitung zuversichtlich waren, dass die Strategie der Lokalisierung funktionieren würde. Es gab keine Gespräche auf höchster Ebene unter den deutschen Befehlshabern, und Helmuth von Moltke kehrte erst am 25. Juli von einer Kur in Karlsbad (Böhmen) zurück. Am 13. Juli kommentierte er ein Schreiben des deutschen Militärattachés in Wien mit den Worten: »Österr[eich] soll die Serben schlagen, dann bald Frieden schließen und als einzige Bedingung ein österr.-serb. Bündnis fordern. Ähnlich wie Preußen es 1866 mit Österr. gemacht hat« – zu diesem Zeitpunkt hielt er es offenbar noch für möglich, dass Österreich seinen Angriff gegen Serbien starten und abschließen konnte, ohne die Russen auf den Plan zu rufen.[1572]

Besonders bemerkenswert ist ferner die Untätigkeit der militärischen Geheimdienste. Major Walter Nicolai, der Leiter von Abteilung IIIb des Generalstabs, der für Spionage und Spionageabwehr zuständig war, verbrachte mit seiner Familie seinen Urlaub im Harz und wurde nicht

zurückgerufen. Die Geheimdienstposten an der Ostfront erhielten nach den Sitzungen in Potsdam keine besonderen Anweisungen und trafen allem Anschein nach keine Vorkehrungen. Erst am 16. Juli fiel es jemandem in der Einsatzleitung ein, dass es wünschenswert sein könnte, die Entwicklungen in Russland aufmerksamer zu verfolgen, als dies in Zeiten völliger politischer Ruhe üblich sei, aber selbst dieses Zirkular betonte ausdrücklich, dass dies kein Aufruf zu irgendwelchen Sonderoperationen sei.[1573] In mehreren Grenzbezirken zum russischen Staatsgebiet wurde es den Geheimdienstoffizieren vor Ort erlaubt, wie Moltke bis zum 25. Juli im Urlaub zu bleiben.[1574]

Um den Plan einer Lokalisierung nicht zu gefährden, drängten Bethmann Hollweg und das deutsche Auswärtige Amt die Österreicher wiederholt, endlich in die Gänge zu kommen und den sehnsüchtig erwarteten *fait accompli* zu schaffen. Doch die Entscheidungsträger in Wien waren entweder außerstande oder nicht willens, diesem Wunsch nachzukommen. Das kümmerliche Räderwerk der Habsburger Monarchie eignete sich nicht gerade dafür, schnelle Entscheidungen hervorzubringen. Schon am 11. Juli regte sich Bethmann Hollweg zum ersten Mal über die quälende Trägheit der österreichischen Vorbereitungen auf. Laut einem Tagebucheintrag, den Kurt Riezler auf Bethmann Hollwegs Landsitz anfertigte, fasste er das Problem so zusammen: »Anscheinend brauchen sie [die Österreicher] furchtbar lange, um zu mobilisieren. 16 Tage sagt [Conrad von] Hötzendorf. Das ist sehr gefährlich. Ein schnelles *fait accompli* und dann freundlich gegen die Entente – dann kann der Choc [sic!] ausgehalten werden.«[1575] Noch am 17. Juli wies Botschaftsrat Wilhelm Stolberg an der deutschen Botschaft in Wien Bethmann Hollweg darauf hin, dass zwischen Berchtold und Tisza noch »Verhandlungen« stattfänden.[1576] Um eine schnelle Entscheidung zu gewährleisten und die Wahrscheinlichkeit internationaler Komplikationen so gering wie möglich zu halten, setzte Außenminister Leopold Berchtold die Frist für die Beantwortung der österreichischen Note auf nur 48 Stunden fest. Aus dem gleichen Grund drängte der deutsche Staatssekretär Gottlieb von Jagow die Österreicher, den geplanten Termin für die Kriegserklärung gegen Serbien vom 29. auf den 28. Juli vorzuziehen.

Wenn die Trägheit des österreichischen Regierungshandelns eine Vorbedingung für eine erfolgreiche Lokalisierung des Konflikts zunichtemachte, warum hielten die Deutschen dann so hartnäckig daran fest? Nicht zuletzt deswegen, weil sie immer noch glaubten, dass tiefere strukturelle Faktoren (wie das nicht abgeschlossene russische Rüstungsprogramm) gegen eine bewaffnete Intervention sprachen. Die französische Regierung war schwieriger zu durchschauen − umso mehr, weil der Präsident, der Regierungschef und der Leiter der politischen Abteilung des Quai d'Orsay allesamt in der dritten und vierten Juliwoche in Russland oder auf hoher See waren. Aber das deutsche Vertrauen darauf, dass die Entente mutmaßlich untätig bleiben würde, erhielt durch den Humbert-Report über die französische militärische Bereitschaft neue Nahrung.

Die Deutschen begegneten Humberts sensationellen Enthüllungen zur angeblichen Unzulänglichkeit der französischen Militärvorbereitungen mit Skepsis, weil sie in der unbeherrschten Sprache des Berichts einen im Grunde politischen Angriff auf Kriegsminister Adolphe Messimy und seinen Stab sahen. Deutsche Militärexperten wiesen auch prompt darauf hin, dass die kleineren französischen Feldgeschütze den deutschen Modellen in Wirklichkeit qualitativ überlegen waren. Da die französische Armee ihren früheren defensiven Ansatz zugunsten einer offensiven Strategie aufgegeben hatte, sei der relative Niedergang der Befestigungsanlagen ein Ablenkungsmanöver.[1577] In einer geheimen Denkschrift nach den Enthüllungen Humberts gelangte Moltke jedoch zu dem Schluss, dass die militärischen Vorbereitungen Frankreichs an dessen Ostgrenze tatsächlich mangelhaft waren, insbesondere auf den Feldern der schweren Artillerie, der Mörser und bombensicheren Munitionsdepots.[1578] Zumindest legte der Humbert-Report die Vermutung nahe, dass die französische Regierung, vor allem das französische Oberkommando, keinen großen Wert darauf legte, das französisch-russische Bündnis in einen Krieg um Serbien zu verwickeln; und die Russen wurden dadurch bestimmt auch abgeschreckt.[1579]

Ein weiterer Grund für das Festhalten an der Lokalisierung war, aus deutscher Sicht, der Mangel an Alternativen. Den habsburgischen Bundesgenossen im Stich zu lassen, stand außer Frage, und zwar nicht nur

wegen des eigenen Ansehens und aus machtpolitischen Gründen, sondern auch weil die deutschen Entscheidungsträger die Berechtigung der österreichischen Vorwürfe gegen Serbien anerkannten. Wenn sich das Gleichgewicht der militärischen Schlagkraft zum Nachteil Deutschlands verschob, wäre die Lage unberechenbar schlechter, wenn Deutschland die einzige verbündete Großmacht verlieren würde – die deutschen Strategen hatten Italien bereits als zu unzuverlässig abgeschrieben, um es als wesentlichen Aktivposten zu berücksichtigen.[1580] Die zwiespältige Haltung der Italiener untergrub auch die Glaubwürdigkeit des von Grey favorisierten Vorschlags, dass ein Konzert der vier nicht unmittelbar beteiligten Mächte gemeinsam den Streit schlichten sollte: Wenn sich Italien – was in Anbetracht seiner österreichfeindlichen Balkanpolitik anzunehmen war – an die Seite der beiden Entente-Mächte Großbritannien und Frankreich stellte, wie sollte da ein faires Ergebnis für Österreich-Ungarn herauskommen? Die Deutschen waren bereit, britische Anregungen an Wien weiterzuleiten, aber Bethmann Hollweg vertrat seinerseits die Ansicht, dass Deutschland eine multilaterale Intervention lediglich zwischen Russland und Österreich befürworten sollte, nicht zwischen Österreich und Serbien.[1581]

Die Lokalisierungsstrategie basierte ferner auf der Bethmann Hollweg so sehr am Herzen liegenden Überzeugung (die auch das Aufkommen von Alternativen erschwerte), dass, wenn die Russen tatsächlich trotz alledem beschlossen, im Namen ihres Schützlings zu intervenieren, der daraus resultierende Krieg sich als ein Ereignis abspielen würde, das sich der Kontrolle des Deutschen Reiches entziehen werde, als ein Schicksal, das den Mittelmächten von einem aggressiven Russland und seinen Partnern in der Entente aufgezwungen werde. Dieser Gedankengang ist in einem Brief des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten Gottlieb von Jagow an Botschafter Lichnowsky in London zu finden:

> Wir müssen sehen, den Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren. Ob dies gelingen kann, wird zunächst von Russland und in zweiter Linie von dem mäßigenden Einfluss seiner Ententebrüder abhängen. […] Ich will keinen Präventivkrieg, aber wenn der Kampf sich

bietet, dürfen wir nicht kneifen.[1582]

Einmal mehr zeigt sich hier die Tendenz, die in der Argumentation so vieler Akteure in der Krise zu beobachten ist: nämlich sich selbst als jemanden wahrzunehmen, der unter unwiderstehlichen externen Zwängen handelt, während die Verantwortung für die Entscheidung über Krieg und Frieden eindeutig dem Gegner aufgebürdet wird.

Durch ihre Unterstützung Österreich-Ungarns und mit dem unbekümmerten Vertrauen auf eine mögliche Lokalisierung leisteten die deutschen Führer ihren Beitrag zur Eskalation der Krise. Dennoch lässt nichts an ihrer Reaktion auf die Ereignisse vom Sommer 1914 darauf schließen, dass sie die Krise als die willkommene Gelegenheit betrachteten, einen seit langem ausgearbeiteten Plan für die Auslösung eines Präventivkriegs gegen die deutschen Nachbarstaaten in Gang zu setzen. Im Gegenteil brauchten Zimmermann, Jagow und Bethmann Hollweg erstaunlich lange, bis sie das ganze Ausmaß der Katastrophe erkannten, die sich um sie herum zusammenbraute. Am 13. Juli war Unterstaatssekretär Arthur Zimmermann noch zuversichtlich, dass es »keinen großen europäischen Konflikt« geben werde. Selbst am 26. Juli vertraten hohe Beamte des Auswärtigen Amtes noch die Auffassung, dass sich sowohl Frankreich als auch England aus einem Balkankonflikt heraushalten würden. Die deutschen Entscheidungsträger waren alles andere als Herr der Lage, sondern schienen sich eher verzweifelt darum zu bemühen, mit der Entwicklung Schritt zu halten. In den entscheidenden Tagen der Krise machte Jagow auf hohe Kollegen »einen sehr nervösen, unbestimmten und ängstlichen Eindruck«; es schien, als sei er »seiner Stellung nicht gewachsen«, während Bethmann Hollweg den Admiral Tirpitz an einen »Ertrinkenden« erinnerte.[1583]

In diesen heißen Juliwochen unternahm der deutsche Kaiser seine übliche Kreuzfahrt um Skandinavien. Ausgedehnte Segeltörns, meist in der Ostsee, waren schon seit langem eine Konstante in Wilhelms Sommerkalender. Sie gestatteten es ihm, der Anspannung, komplexer Beanspruchung und dem Gefühl der Ohnmacht zu entfliehen, die ihm in Berlin keine Ruhe ließen. An Bord der königlichen Jacht *Hohenzollern*, umgeben von artigen

Speichelleckern, die stets zur Stelle waren, wenn es darum ging, den Kaiser zu erheitern, konnte Wilhelm II. den Herrn über seine ganze Umgebung spielen und den ungestümen Trieben seiner Persönlichkeit freien Lauf lassen. Nach einigen angenehmen Tagen auf der Kieler Regatta, begleitet von unzähligen Verbrüderungen mit Offizieren der Kaiserlichen Marine, segelte Wilhelm weiter zur norwegischen Hafenstadt Balholm, wo er bis zum 25. Juli vor Anker blieb. Von hier aus schickte er am 14. Juli Franz Joseph eine erste persönliche Antwort auf seine Bitte um deutschen Beistand. Der Brief wiederholte die frühere Unterstützungszusage und verunglimpfte die »wahnwitzigen Fanatiker«, deren »panslawistische Hetzarbeit« die Doppelmonarchie bedrohte; mit keinem Wort war allerdings von Krieg die Rede. Wilhelm erklärte, dass er zwar »davon absehen« müsse, »zu der zwischen Deiner Regierung und Serbien schwebenden Frage Stellung zu nehmen«, aber er betrachte es als »moralische Pflicht aller Kulturstaaten«, der antimonarchistischen »Propaganda der Tat mit allen Machtmitteln entgegenzutreten«. Der Rest des Briefes verwies jedoch ausschließlich auf *diplomatische* Initiativen in der Balkanregion, um die Entstehung eines »Balkanbundes unter russischer Patronanz« zu verhindern. Abschließend gab er seinem herzlichen Wunsch Ausdruck, dass der österreichische Kaiser sich bald von seinem Verlust erholen werde.[1584]

Aus den Randbemerkungen des Kaisers auf den amtlichen Dokumenten, die auf der Jacht zu ihm gelangten, geht hervor, dass er, wie viele führende politische und militärische Figuren in Berlin, ungeduldig auf die Entscheidung aus Wien wartete.[1585] Seine Hauptsorge galt allem Anschein nach dem Umstand, dass die Gunst der weltweiten Empörung über die Morde von Sarajevo durch ein allzu langes Zögern verspielt würde oder dass die Österreicher womöglich am Ende der Mut verlassen könnte. Erfreut kommentierte er die Nachricht, dass um den 15. Juli ein »energischer Entschluss« fallen werde. Er bedauerte lediglich, dass bis zur Übergabe der österreichischen Forderungen an Belgrad weiter Zeit ins Land gehen werde.[1586]

Am 19. Juli wurde Wilhelm jedoch durch ein Telegramm des Staatssekretärs Jagow an die *Hohenzollern* in einen Zustand »erheblicher

Erregung« versetzt. Das Telegramm enthielt nichts wesentlich Neues, die Ankündigung, dass nunmehr ein Ultimatum für den 23. Juli geplant sei und dass Vorkehrungen getroffen werden sollten, damit der Kaiser unbedingt erreichbar sei, »falls nicht vorherzusehende Ereignisse auch für uns wichtige Entscheidungen (Mobilmachung) benötigen sollten«, führte jedoch Wilhelm das potenzielle Ausmaß der mittlerweile drohenden Krise vor Augen.[1587] Er gab sofort Befehl, dass die Hochseeflotte einen geplanten Landgang in Skandinavien absagen und sich stattdessen für die unverzügliche Abreise bereithalten solle. Seine Angst war in Anbetracht der Tatsache, dass die britische Flotte ausgerechnet zu dieser Zeit mobilmachte und folglich bereits in hohem Grade kampfbereit war, verständlich. Aber Bethmann Hollweg und Jagow vertraten zu Recht die Ansicht, dass dies lediglich Verdacht erregen und die Krise möglicherweise verschärfen würde, da die Briten womöglich auf ihre Demobilisierung verzichten würden. Am 22. Juli überstimmte die deutsche Regierung Wilhelm und seinen Marinestab und ordnete an, dass der Besuch in Norwegen wie geplant stattfinden solle. Diplomatische Erwägungen hatten immer noch Vorrang vor strategischen Überlegungen.[1588]

Ungeachtet der steigenden Spannung blieb Wilhelm zuversichtlich, dass eine allgemeine Krise würde vermieden werden können. Als er eine Kopie des österreichischen Ultimatums an Belgrad zu Gesicht bekam, entfuhr es ihm: »Was, das ist doch einmal eine forsche Note!« Wilhelm hatte offenbar wie viele in seinem Gefolge befürchtet, dass die Österreicher im letzten Moment doch davor zurückschrecken würden, Serbien herauszufordern. Die Einlassung Admiral Müllers, das Ultimatum bedeute, dass ein Krieg unmittelbar bevorstehe, konterte Wilhelm energisch. Die Serben, erklärte er nachdrücklich, würden niemals einen Krieg gegen Österreich riskieren. Müller wertete dies – ganz richtig, wie sich herausstellen sollte – als Zeichen, dass der Kaiser auf militärische Komplikationen noch überhaupt nicht gefasst sei und umfallen würde, sobald er erkannt habe, dass ein Krieg nunmehr tatsächlich in den Bereich des Möglichen gerückt war.[1589]

1484 Das Standardwerk dazu ist A. T. Q. Stewart, *The Ulster Crisis*, London 1969.

1485 Siehe dazu Ian F. W. Beckett, *The Army and the Curragh Incident 1914*, London 1986; James

Fergusson, *The Curragh Incident*, London 1964.

1486 Zara S. Steiner, *Britain and the Origins of the First World War*, London 1977, S. 215: Keith Jeffery, *Field Marshal Sir Henry Wilson. A Political Soldier*, Oxford 2006, S. 126.

1487 Asquith an Venetia Stanley, 30. Juni 1914, in: Michael und Eleanor Brock (Hg.), *H. H. Asquith. Letters to Venetia Stanley*, Oxford 1985, S. 93.

1488 Asquith an Venetia Stanley, 24. Juli 1914, in ebenda, S. 122.

1489 Grey an Bertie, London, 8. Juli 1914, in: Imanuel Geiss (Hg.), *Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung*, 2 Bde., Hannover 1963/64, Bd. 1, Dok. 55, S. 133; *BD*, Bd. 11, Dok. 38, S. 30.

1490 Grey an Buchanan, London, 8. Juli 1914, in: Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 56, S. 133 ff.; *BD*, Bd. 11, Dok. 39, S. 30 f.

1491 Gespräche mit Grey, berichtet in Lichnowsky an Bethmann Hollweg, London, 9. Juli 1914, in: Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 60, S. 136 f.

1492 Mensdorff an MAA Wien, London, 17. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10337, S. 480 f.

1493 Mensdorff an MAA Wien, London, 24. Juli 1914, ebenda, Bd. 8, Dok. 10600, S. 636.

1494 Steiner, *Britain and the Origins*, S. 222; Grey an Bertie, London, 24. Juli 1914, übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 311, S. 374 f.

1495 Zitiert in H. D. Lasswell, *Propaganda Technique in the World War*, New York 1927, S. 49.

1496 Adrian Gregory, »A Clash of Cultures. The British Press and the Opening of the Great War«, in: Troy E. Paddock (Hg.), *A Call to Arms. Propaganda, Public Opinion and Newspapers in the Great War*, Westport 2004, S. 15–50, hier S. 20.

1497 *John Bull*, 11, Juli 1914, S. 6; Niall Ferguson, *Pity of War*, London 1998, S. 219 (deutsch: *Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1999); Gregory, »A Clash of Cultures«, S. 20 f.

1498 Bosković an Pašić, London, 12. Juli 1914, AS, MID – PO 412, Bl. 36: Der beleidigende Artikel ist veröffentlicht in *John Bull*, 11. Juli 1914, S. 6.

1499 Winston S. Churchill, *The World Crisis*, 2 Bde., London, Nachdruck 1968, Bd. 1, S. 114 (deutsch: *Die Weltkrise 1911–1918*, Zürich 1947, Bd. 1).

1500 Steiner, *Britain and the Origins*, S. 224 f.

1501 Wilsons Präsentation vor dem Committee of Imperial Defence am 23. August 1911 ist auszugsweise enthalten in *BD*, Bd. 8, Dok. 314, S. 381.

1502 Zitiert in Michael Brock, »Britain Enters the War«, in: R. J. W. Evans und H. Pogge von Strandmann (Hg.), *The Coming of the First World War*, Oxford 1988, S. 145–178, hier S. 150.

1503 Siehe Trevor Wilson (Hg.), *The Political Diaries of C. S. Scott 1911–1928*, London 1970, S. 96 f., 104.

1504 Brock, »Britain Enters the War«, S. 153 f.

1505 Grey an Rumbold, London, 20. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 68, S. 54, übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 170, S. 250 f.

1506 Zur Unstimmigkeit und Undurchführbarkeit von Greys Vorschlag eines »Konzerts« siehe Sidney Bradshaw Fay, *The Origins of the World War*, Bd. 2, S. 360 ff. (deutsch: *Der Ursprung des Weltkrieges*, Bd. 2, S. 273–276).

1507 Buchanan an Grey, St. Petersburg, 26. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 155, S. 107.

1508 Nicolson an Grey, Bericht über »Gespräch mit deutschem Botschafter«, 26. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 146, S. 155; übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 466, S. 72 f.

1509 Benckendorffs langer Bericht über das Gespräch mit Grey vom 8. Juli bestätigt, dass der britische Außenminister Russlands Sichtweise der serbischen Situation nicht in Frage stellte, sondern die Krise ausschließlich mit Blick auf die Beziehung zwischen den beiden Bündnisgruppen interpretierte, Benckendorff an Sasonow, London, 9. Juli 1914, *IBZI*, Reihe 1, Bd. 4, Dok. 146, S. 141–144, zitiert nach Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 64, S. 140–143.

1510 Buchanan an Grey, St. Petersburg, 24. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 101, S. 80 ff. (einschließlich Vermerke); übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 312, S. 375–378.

1511 Crowe, Vermerk vom 25. Juli zu Buchanan an Grey, St. Petersburg, 24. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 101, S. 81; Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 312, S. 377 f.

1512 Lichnowsky an Jagow, London, 29. Juli 1914, in: Max Montgelas und Karl Schücking (Hg.), *Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch*, Bd. 1, Dok. 368, S. 86–89, hier S. 87; nachgedruckt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 678, S. 277–280.

1513 Grey an Goschen, London, 30. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 303, S. 193 f., übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 846, S. 420 f.

1514 Zu Greys Annahme der österreichischen Anklagen gegen Serbien siehe Steiner, *Britain and the Origins*, S. 220–223.

1515 Poincaré, Tagebucheintrag vom 25. Juli 1914, Notes journalières, BNF 16027.

1516 Ebenda.

1517 Ebenda, Hervorhebung des Autors.

1518 Jean-Jacques Becker, *1914. Comment les français sont entrés dans la guerre. Contribution à l'étude de l'opinion publique printemps-été 1914*, Paris 1977, S. 140; zur französischen Passivität siehe John Keiger, *France and the Origins of the First World War*, London 1983, S. 166 f.; sowie ders., »France«, in: Keith M. Wilson (Hg.), *Decisions for War 1914*, London 1995, S. 121–149, insb. S. 122 f.

1519 Zur schwedischen öffentlichen Meinung, die angeblich »in Angst vor Russland lebte«, siehe Buisseret an Davignon, St. Petersburg, 28. November 1913, MAEB AD, Russie 3, 1906–1914.

1520 Das Gespräch wird überliefert in Poincaré, Tagebucheintrag vom 23. Juli 1914, Notes journalières, BNF 16027.

1521 Poincaré, Tagebucheintrag vom 25. Juli 1914, ebenda.

1522 Ebenda.

1523 Poincaré, Tagebucheintrag vom 27. Juli 1914, ebenda. Die *France* war bereits auf dem Weg nach Kopenhagen, als beschlossen wurde, nach Paris zurückzukehren.

1524 Ebenda.

1525 Ebenda.

1526 Ebenda.

1527 Ebenda.

1528 Poincaré, Tagebucheintrag vom 28. Juli 1914.

1529 Keiger, »France«, in Wilson (Hg.), *Decisions*, S. 123; Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs*, S. 313.

1530 Poincaré, Tagebucheintrag vom 29. Juli 1914, Notes journalières, BNF 16027.

1531 Joseph Caillaux, *Mes Mémoires,* 3 Bde., Paris 1942–1947, Bd. 3: *Clairvoyance et force d'âme dans mes épreuves, 1912–1930,* S. 169 f.

1532 Poincaré, Tagebucheintrag vom 29. Juli 1914, Notes journalières, BNF 16027.

1533 Laguiche an Messimy, St. Petersburg, 26. Juli 1914, *DDF*, 3. Serie, Bd. 11, Dok. 89, S. 77 f.

1534 Die Seite fehlt in dem Manuskript in der Bibliothèque Nationale, siehe Poincaré, Tagebucheintrag vom 29. Juli 1914, Notes journalières, BNF 16027, Bl. 124. Der letzte Absatz überliefert, dass die Briten Sasonow um seine Meinung zu der Idee, in London eine Botschafterkonferenz der vier Mächte einzuberufen, um die österreichisch-serbische Frage zu lösen, gebeten hätten, und schließt dummerweise mit dem unvollständigen Satz: »Sazonoff a malheureusement –«.

1535 Caillaux, *Mes Mémoires*, Bd. 3, S. 170 f.

1536 Sasonow an Iswolski, St. Petersburg, 29. Juli 1914, *IBZI*, Reihe 1, Bd. 5, Dok. 221, S. 159 f.; dazu auch »Note de l'Ambassade de Russie. Communication d'un télégramme de M. Sazonoff«, 30. Juli 1914, *DDF,* 3. Serie, Bd. 11, Dok. 301, S. 257 f.

1537 Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik,* S. 321.

1538 Auszugsweise in Viviani an Paléologue und Paul Cambon, Paris, 30. Juli 1914, *DDF*, 3. Serie, Bd. 11, Dok. 305, S. 261 ff.; übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 2, Dok. 824, S. 403 f.; meine Interpretation dieses Dokuments folgt der Argumentation in Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik*, S. 317–320.

1539 Siehe Keiger, »France«, in Wilson (Hg.), *Decisions for War,* S. 121–149, hier S. 147.

1540 Gabriel Hanotaux, *Carnets (1907–1925),* hg. v. Georges Dethan, Georges-Henri Soutou und Marie-Renée Mouton, Paris 1982, S. 103 f.

1541 Poincaré, Tagebucheintrag vom 30. Juli 1914, Notes journalières, BNF 16027; zu dieser Verknüpfung siehe Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik,* S. 322.

1542 Iswolski an Sasonow, Paris, 30. Juli 1914, *IBZI*, Reihe 1, Bd. 5, Dok. 291, S. 201 f., Hervorhebung des Autors; vgl. auch die Diskussionen in Keiger, »France«, S. 127; Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik,* S. 323 f.

1543 Im Original zitiert in Schmidt, *Frankreichs Außenpolitik*, S. 326. Schmidt argumentiert, eine Mobilmachung ohne Konzentration der Truppen sei vermutlich das gewesen, was Messimy gemeint habe, wenn er von einer Beschleunigung ohne »massenhafte Truppenverlegungen« sprach.

1544 Poincaré, Tagebucheintrag vom 30. Juli 1914, Notes journalières, BNF 16027.

1545 Dobrorolsky, »La Mobilization de l'armée russe«, S. 147; der Artikel »Rossija chotschet mira, no gotowa woine« (Russland möchte Frieden, ist aber bereit zum Krieg) erschien in den *Birschewija Wedomosti* und wurde am 13. März 1914 in dem nationalistischen Organ *Retsch* (Rede) erneut abgedruckt.

1546 Dobrorolsky, »La Mobilization de l'armée russe«, S. 147.

1547 Ebenda, S. 148 f.

1548 Baron M. F. Schilling (Hg.), *How the War Began in 1914. Being the Diary of the Russian Foreign Office from the 3rd to the 20th (Old Style) of July, 1914*, London 1925, S. 62.

1549 S. D. Sasonoff, *Sechs schwere Jahre,* Berlin 1927, S. 248.

1550 Ebenda, S. 248–252; es ist eine ausgezeichnete Darstellung dieser Ereignisse enthalten in Fay, *Origins*, Bd.2, S. 450–481 (deutsch: *Der Ursprung,* S. 330–353).

1551 Dobrorolsky, »La Mobilization de l'armée russe«, S. 151.

1552 Diese Unstimmigkeiten werden erörtert in Bruce W. Menning, »Russian Military Intelligence,

July 1914. What St Petersburg Perceived and Why It Mattered«, unveröffentlichtes Typoskript, S. 23; siehe auch Ministère des affaires étrangères (Hg.), *Documents diplomatiques, 1914. La guerre européenne. Pièces relatives aux négotiations qui ont précédé la déclaration de guerre de l'Allemagne à la Russie at à la France*, Paris 1914, Dok. 118, S. 116; zu weiteren Auslassungen und Unterdrückungen siehe auch Konrad Gisbert Wilhelm Freiherr von Romberg, *Die Fälschungen des russischen Orangebuches. Der wahre Telegrammwechsel Paris – Petersburg bei Kriegsausbruch*, Berlin, Leipzig 1922.

1553 Telegramm Nr. 1538 an London, Paris, Wien, Berlin und Rom, 28. Juli 1914, zitiert in Schilling, *How the War Began*, S. 44; übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 601, S. 205.

1554 Telegramm Nr. 1539 an Berlin, Paris, London, Wien und Rom, 28. Juli 1914, zitiert nach Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 602, S. 206.

1555 Telegramm von Benckendorff an Sasonow, zitiert in Sasonoff, *Sechs schwere Jahre*, S. 231 f.; vgl. Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 599, S. 204.

1556 Zitiert nach Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 601, S. 205.

1557 Zu Sasonows Deutung der Warnung Bethmann Hollwegs siehe Luigi Albertini, *The Origins of the War of 1914*, 3 Bde., Oxford 1953, Bd. 2, S. 491; Horst Linke, *Das Zarische Russland und der Erste Weltkrieg. Diplomatie und Kriegsziele, 1914–1917*, München 1982, S. 33; zum Wortwechsel mit Pourtalès siehe »16/29 July«, in: Schilling (Hg.), *How the War Began*, S. 48 f.

1558 »15/28 July«, ebenda, S. 43; vgl. Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 603, S. 206.

1559 De l'Escaille an Davignon, St. Petersburg, 30. Juli 1914, MAEB AD, Empire Russe 34, 1914; dieses Telegramm, das von den Deutschen abgefangen und während des Krieges veröffentlicht wurde, wurde zu einem wohlbekannten Fixpunkt in der Kriegsschulddiskussion nach dem Krieg, siehe etwa Deutsches Auswärtiges Amt (Hg.), *Belgische Aktenstücke, 1905–1914*, Berlin [1917]; dazu auch Theobald von Bethmann Hollweg, *Betrachtungen zum Weltkriege*, 2 Bde., Berlin 1919, Bd. 1, S. 124.

1560 Telegramm von Kaiser Wilhelm an Nikolaus II., Berlin, 29. Juli 1914, zitiert in Schilling (Hg.), *How the War Began*, S. 55; übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 687, S. 285.

1561 Siehe beispielsweise Herman Bernstein, »Kaiser Unmasked as Cunning Trickster Who Plotted for War While He Prated of Peace. ›Nicky‹ Telegrams Reveal Czar as No Better, Falling Readily into Snares that ›Willy‹ Set«, in: *Washington Post*, 18. September 1917, Auszug in: AMAE NS, Russie 45 Allemagne-Russie; Herman Bernstein, *The Willy-Nicky Correspondence. Being the Secret and Intimate Telegrams Exchanged Between the Kaiser and the Tsar*, New York 1918; Sidney B. Fay, »The Kaiser's Secret Negotiations with the Tsar, 1904–5«, in: *American Historical Review*, 24 (1918), S. 48–72; Isaac Don Levine (Hg.), *The Kaiser's Letters to the Tsar. Copied from Government Archives in Petrograd and Brought from Russia by Isaac Don Levine*, London 1920. Diese frühen Ausgaben enthalten nicht die Telegramme, welche die beiden Souveräne im Jahr 1914 austauschten, vermutlich weil Letztere in Wirklichkeit keine persönlichen, sondern diplomatische Telegramme waren, die deshalb separat von der privaten Korrespondenz des Monarchen archiviert wurden. Diese Erkenntnis verdanke ich John Röhl, dem ich dafür herzlich danke.

1562 Michael S. Neiberg, *Dance of the Furies, Europe and the Outbreak of World War I*, Cambridge, Mass. 2011, S. 116.

1563 Sasonoff, *Sechs schwere Jahre*, S. 250.

1564 Ebenda.

1565 Menning, »Russian Military Intelligence«, S. 13–18; D. C. B. Lieven, *Russia and the Origins of the First World War*, London 1983, S. 148 f.

1566 Tschirschky an Bethmann Hollweg, Wien, 2. Juli 1910, Bericht über ein Gespräch zwischen Kulakowski und Suchomlinow, PA-AA, R 10894.

1567 Menning, »Russian Military Intelligence«, S. 30 f.

1568 Zitiert in V. R. Berghahn und W. Deist, »Kaiserliche Marine und Kriegsausbruch 1914«, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 1 (1970), S. 37–58; Albert Hopman (hoher Beamter im Reichsmarineamt), Tagebucheinträge vom 6. und 7. Juli 1914, in Michael Epkenhans (Hg.), *Albert Hopman. Das ereignisreiche Leben eines ›Wilhelminers‹. Tagebücher, Briefe, Aufzeichnungen, 1901 bis 1920*, Oldenburg 2004, S. 383, 385.

1569 Biedermann (sächsischer Geschäftsträger in Berlin) an Vitzthum (sächsischer Außenminister), Berlin, 17. Juli 1914, in: Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 125, S. 199 f.

1570 Bethmann Hollweg an die Botschafter in St. Petersburg, Paris und London, Berlin, 21. Juli 1914, in ebenda, Dok. 188, S. 264 ff., hier S. 265.

1571 Annika Mombauer, *Helmuth von Moltke and the Origins of the First World War*, Cambridge 2001, S. 190–193, 196; zum deutschen Vertrauen in die eigene militärische Bereitschaft siehe Mark Hewitson, *Germany and the Causes of the First World War*, Oxford 2006, passim.

1572 Zitiert in August Bach (Hg.), *Deutsche Gesandtschaftsberichte zum Kriegsausbruch 1914*, Berlin 1937, S. 16; vgl. L. C. F. Turner, *Origins of the First World War*, London 1973, S. 86.

1573 Zitiert in Ulrich Trumpener, »War Premeditated? German Intelligence Operations in July 1914«, in: *Central European History*, 9 (1976), S. 58–85, hier S. 64.

1574 Ebenda.

1575 Riezler, Tagebucheintrag vom 11. Juli 1914, in: Karl Dietrich Erdmann (Hg.), *Kurt Riezler. Tagebücher Aufsätze Dokumente*, Göttingen 1972, S. 185.

1576 Botschaftsrat Stolberg an Bethmann Hollweg, Wien, 17. Juli 1914, in: Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 123, S. 198.

1577 »German View of French Disclosures«, in: *The Times*, 17. Juli 1914, S. 7, Sp. C; »Attitude of Germany«, ebenda, 25. Juli 1914, S. 10, Sp. C.

1578 Mombauer, *Helmuth von Moltke*, S. 194 f., Anm 44.

1579 Zu dieser Schlussfolgerung gelangte Graf Kageneck, der deutsche Militärattaché in Wien, siehe ebenda, S. 194. Zur Auswirkung der Enthüllungen Humberts auf die deutsche Denkweise während der Krise siehe auch Theodor Wolff (Chefredakteur des *Berliner Tageblatt*), Tagebucheintrag vom 24. Juli 1914, in dem er eine offizielle Skepsis zur französischen Kriegsbereitschaft dokumentierte, in: Bernd Sösemann (Hg.), *Tagebücher 1914–1919. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Republik in Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am »Berliner Tageblatt« und Mitbegründers der »Deutschen Demokratischen Partei« Theodor Wolff*, Boppard 1984, S. 64 f.; Hopman, Tagebucheintrag vom 14. Juli 1914, in Epkenhans (Hg.), *Tagebücher*, S. 389.

1580 Risto Ropponen, *Italien als Verbündeter. Die Einstellung der politischen und militärischen Führung Deutschlands und Österreich-Ungarns zu Italien von der Niederlage von Adua 1896 bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1914*, Helsinki 1986, S. 139, 141 f., 209 f.

1581 Bethmann Hollweg an Schoen und Bethmann Hollweg an Lichnowsky, beide Berlin, 27. Juli 1914, in: Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 491, 492, S. 103.

1582 Jagow an Lichnowsky (Privatbrief), Berlin, 18. Juli 1914, in: Karl Kautsky (Hg.), *Die deutschen Dokumente zu Kriegsausbruch*, 4 Bde., Berlin 1927, Bd. 1, Dok. 72, S. 99 ff., hier S. 100; nachgedruckt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 135, S. 207 ff.

1583 Zum deutschen Vertrauen auf eine Lokalisierung siehe Hopman, Tagebucheinträge vom 8., 13., 24., 26. Juli 1914, S. 386, 388, 394 f., 397 f.; zu Jagows Ängsten siehe ebenda, 21. Juli 1914, S. 391 f.; zum Bild Bethmann Hollwegs als Ertrinkender siehe Alfred von Tirpitz, *Erinnerungen*, Leipzig 1920, S. 242; zu diesen Merkmalen der Krise siehe auch Williamson und May, »An Identity of Opinion«, insb. Anm. 107, S. 353.

1584 Wilhelm II. an Franz Joseph, Balholm, 14. Juli 1914, *ÖUAP*, Bd. 8, Dok. 10262, S. 422 f.

1585 Siehe insb. Wilhelms Randbemerkungen auf Tschirschky an Jagow, Wien, 10. Juli 1914, in: Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 1, Dok. 66, S. 144 f.

1586 Wilhelm II., Randbemerkungen auf Tschirschky an Bethmann Hollweg, Wien, 14. Juli 1914, in ebenda, Dok. 91, S. 164 f.

1587 Lamar Cecil, *Wilhelm II,* 2 Bde., Chapel Hill 1989 und 1996, Bd. 2: *Emperor and Exile, 1900–1941, S.* 202; Jagow an Wedel (kaiserliches Gefolge), Berlin, 18. Juli 1914, zitiert in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 131, S. 205.

1588 David Stevenson, *Armaments and the Coming of War*, *Europe 1904–1914*, Oxford 1996, S. 376; siehe dazu Jagow an Bethmann Hollweg, Berlin, 22. Juli 1914, sowie Bethmann Hollweg an Jagow, Hohenfinow, 22. Juli 1914, in: Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 1, Dok. 204 und 205, S. 282 f.

1589 Siehe G. A. von Müller, *Regierte der Kaiser? Aus den Kriegstagebüchern des Chefs des Marinekabinettes im Ersten Weltkrieg Admiral Georg Alexander von Müller,* Göttingen 1959; Holger Afflerbach, *Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr im Ersten Weltkrieg. Quellen aus der militärischen Umgebung des Kaisers,* München 2005, S. 11.

Am Nachmittag des 27. Juli kehrte Wilhelm nach Potsdam zurück. Am frühen Vormittag des nächsten Tages las er zum ersten Mal den Wortlaut der serbischen Antwort auf das fünf Tage zuvor gestellte Ultimatum. Seine Reaktion war, gelinde gesagt, überraschend. Er schrieb auf seine Kopie der serbischen Note die Worte: »Eine brillante Leistung für eine Frist von bloß 48 Stunden. Das ist mehr als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort.« Er war erstaunt, als er hörte, dass die Österreicher bereits eine Teilmobilmachung angeordnet hätten: »Darauf hätte *ich* niemals Mobilmachung befohlen.«[1590] Noch am selben Morgen (28. Juli) um 10 Uhr schickte er eilends einen Brief an Jagow, in dem er erklärte, dass nun, da Serbien »eine Kapitulation demüthigster Art« hingenommen habe, »jeder Grund zum Kriege« entfalle. Statt sofort in das Land einzumarschieren, sollten die Österreicher, so Wilhelm weiter, eine vorübergehende Besetzung der evakuierten Stadt Belgrad als Faustpfand für ein künftiges Entgegenkommen in Erwägung ziehen. Noch wichtiger: Wilhelm wies Jagow an, den Österreichern mitzuteilen, dass nach seiner Einschätzung »ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden sei« und dass Wilhelm persönlich bereit sei, »den Frieden in Österreich zu vermitteln. […] Das werde ich thun auf Meine Manier, und so schonend für das österreich[ische] Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Armee als möglich.«[1591] Außerdem teilte er Generalstabschef Moltke mit, dass, wenn Serbien seine Garantien für Österreich-Ungarn einhalte, in seinen Augen kein Kriegsgrund mehr vorliege. Im Laufe des Tages hielt er laut Angaben des Kriegsministers Falkenhayn »wirre Reden, aus denen nur klar hervorgeht, dass er den Krieg jetzt nicht mehr will und entschlossen ist, um diesen Preis selbst Österreich-Ungarn sitzen zu lassen«.[1592]

Manche Historiker haben diesen unvermittelten Anflug umsichtiger Gedanken als Beweis für ein Nervenversagen gewertet. Noch am 6. Juli hatte der Kaiser dem Industriellen Gustav Krupp bei einer Begegnung in Kiel wiederholt versichert: »Diesmal falle ich nicht um.« Krupp wunderte sich damals über das Pathos dieser schwachen Versuche, seinen Mut zu beweisen.[1593] Luigi Albertini formulierte treffend: »Wilhelm spuckte große Töne, solange die Gefahr noch weit weg war, hielt aber den Mund, als er eine

reale Kriegsgefahr näher rücken sah.«[1594] Diese Argumentation hat durchaus etwas für sich: Wilhelms Bereitschaft, sich für die Verteidigung der österreichischen Interessen einzusetzen, war stets umgekehrt proportional zu seiner Einschätzung des Risikos eines großen Konflikts. Und am 28. Juli schienen die Risiken in der Tat sehr hoch. Die aktuellen Telegramme von Max von Lichnowsky in London meldeten, Sir Edward Grey habe erklärt, dass »Serbien den österreichischen Forderungen in einem Umfang entgegengekommen sei, wie er es niemals für möglich gehalten habe«. Überdies warnte der britische Außenminister, dass ein Flächenbrand bevorstehe, falls Österreich sich nicht mäßige und seine Position abmildere.[1595] So hyperempfindlich, wie Wilhelm stets auf die britische Haltung reagierte, nahm er diese Warnungen mit Sicherheit ernst – ja, sie könnten sogar den Ausschlag für seine Interpretation der serbischen Antwort gegeben haben, die überhaupt nicht mit der Sichtweise des Kanzlers und des Auswärtigen Amtes übereinstimmte. In mancher Hinsicht fiel Wilhelms Note vom 28. Juli jedoch weniger aus dem Rahmen seiner bisherigen Einmischungen, als die Vorstellung eines »Nervenversagens« nahe legen mochte: Seine Kommentare während der Krise lassen darauf schließen, dass er im Gegensatz zu jenen Persönlichkeiten in Wien und Berlin, die das Ultimatum als reinen Vorwand für eine Militäraktion ansahen, es als ein authentisches, diplomatisches Instrument betrachtete, das bei der Beilegung der Krise eine entscheidende Rolle spielte. Zudem belegen sie, dass er stets an der Vorstellung einer politischen Lösung der Balkanfrage festgehalten hatte.

In der Struktur der deutschen Entscheidungsfindung war ein Riss aufgetaucht, doch er war schon bald wieder gekittet worden. Das wohl Erstaunlichste an dem Brief an Staatssekretär Jagow vom 28. Juli ist allerdings, dass ihm einfach nicht Folge geleistet wurde. Wenn Wilhelm über die Machtfülle verfügt hätte, die ihm gelegentlich zugesprochen wird, hätte sein Eingreifen hier durchaus den Verlauf der Krise und womöglich den Gang der Weltgeschichte beeinflussen können. Aber er war über die aktuellen Entwicklungen in Wien nicht auf dem Laufenden, wo die Führung inzwischen ungeduldig auf den Schlag gegen Serbien wartete. Und noch

wichtiger war: Da er fast drei Wochen auf See verbracht hatte, wusste er über den aktuellen Stand der Entwicklung in Berlin ebenso wenig Bescheid. Seine Anweisungen an Jagow hatten keinen Einfluss auf die deutschen Repräsentanten in Wien. Bethmann Hollweg informierte die Österreicher nicht rechtzeitig über Wilhelms Sichtweise, um sie davon abzuhalten, Serbien am 28. Juli den Krieg zu erklären. Das dringende Telegramm des Kanzlers an Tschirschky, das noch am selben Abend abgesandt wurde, enthielt zwar einige Vorschläge Wilhelms, überging aber das entscheidende Beharren des Kaisers, dass es nunmehr keinen Kriegsgrund mehr gebe. Stattdessen blieb Bethmann Hollweg bei der früheren, inzwischen von Wilhelm aufgegebenen Linie, dass die Deutschen »sorgfältig zu vermeiden haben, dass der Eindruck entsteht, als wünschten wir Österreich zurückzuhalten«.[1596]

Weshalb Bethmann Hollweg dies tat, ist immer noch schwer zu sagen. Die Ansicht, dass er schon damit begonnen hatte, seine Diplomatie für einen Präventivkrieg einzuspannen, lässt sich anhand der Quellen nicht erhärten. Vermutlich hatte er sich bereits auf eine alternative Strategie festgelegt, die sich darauf konzentrierte, gemeinsam mit Wien Russland von einer Überreaktion auf das österreichische Vorgehen abzuhalten. Am 28. Juli überredete Bethmann Hollweg den Kaiser dazu, ein Telegramm an Nikolaus II. zu schicken, in dem er dem Zaren versicherte, dass die deutsche Regierung alles in ihren Kräften Stehende tun werde, um eine befriedigende Einigung zwischen Wien und St. Petersburg herbeizuführen; nur 24 Stunden zuvor hatte Wilhelm einen solchen Schritt noch als verfrüht verworfen.[1597] Das Ergebnis war das bereits erwähnte Telegramm an »Nicky«, in dem Wilhelm diesen anflehte, seine Rolle als Vermittler nicht zu torpedieren. Bethmann Hollweg setzte sich bereits zum Ziel, den Konflikt zu lokalisieren, nicht ihn zu verhindern; überdies war er entschlossen, seine Linie gegen Eingriffe von oben abzusichern.

Vom 25. Juli an häuften sich die Hinweise auf militärische Bewegungen in Russland. Der Geheimdienstoffizier in Königsberg meldete, dass eine ungewöhnlich lange Sendung verschlüsselter Funksprüche zwischen dem Eiffelturm und der russischen Funkstation bei Bobrujsk abgefangen worden

sei.[1598] Am Morgen des 26. Juli ging die Meldung des Generals Philipp Oskar von Chelius, des deutschen Militärbevollmächtigten am Zarenhof, ein, er habe »den bestimmten Eindruck«, dass die Behörden »eine Mobilisierung [gegen Österreich] angeordnet« hätten.[1599] Um ein umfassenderes Bild von den Umständen jenseits der Grenze zu erhalten, brach Major Nicolai von der Abteilung IIIb seinen Urlaub ab, kehrte nach Berlin zurück und gab den Befehl, die sogenannten »*Spannungsreisenden*« zu mobilisieren. Dabei handelte es sich um Freiwillige aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten, deren Aufgabe es war, bei den ersten Anzeichen internationaler Spannungen unter dem Deckmantel einer Urlaubs- oder Geschäftsreise nach Russland oder Frankreich zu fahren und von dort aus heimlich ihre Beobachtungen mitzuteilen. Dadurch sollte herausgefunden werden, wie Major Nicolai in seinen Anweisungen schrieb, ob in Frankreich und Russland Kriegsvorbereitungen stattfänden.[1600] Einige machten mehrere kurze Ausflüge über die Grenze und meldeten ihre Beobachtungen persönlich, wie der unermüdliche Herr Henoumont, dem es gelang, innerhalb von drei Tagen zwei Mal nach Warschau zu reisen, und der nach der Schließung der Grenze eine Zeitlang in Polen festsaß. Andere reisten weiter ins Land und schickten verschlüsselte Nachrichten über das amtliche Telegrafennetz. Der vorherrschende Eindruck zu der Zeit war allerdings nicht, dass Eile geboten war – die Geheimdienstoffiziere, die die Reisenden anleiteten, erhielten am 25. Juli die Information, dass sich die Phase der Spannung möglicherweise in die Länge ziehen werde. Falls die Spannung nachlasse, könnten jene Reisenden, deren Urlaub man gestrichen hatte, ihre Erholung fortsetzen.[1601]

Die Spannungsreisenden und anderen Agenten, die von den Geheimdienststationen entlang der Ostgrenze aus operierten, gaben schon bald Hinweise auf russische Kriegsvorbereitungen. Aus der Station in Königsberg wurden leere Güterzüge gemeldet, die nach Osten gebracht wurden, sowie Truppenbewegungen um Kowno und Alarmbereitschaft für die Grenzsoldaten. Am 26. Juli meldete der Spannungsreisende Ventski aus Vilnius um 22 Uhr über einen kommerziellen Telegrafendienst, dass in der Stadt die Kriegsvorbereitungen bereits weit fortgeschritten seien. Während

des 27. und 28. Juli gingen unablässig Meldungen von Spannungsreisenden und anderen Agenten bei dem neu geschaffenen Organ zur Bewertung von Nachrichten, der »Nachrichtenabteilung IVK« im Generalstab, ein. Am Nachmittag des 28. Juli verfasste der Ausschuss eine Einschätzung, welche die aktuellen vorliegenden Informationen sinngemäß wie folgt zusammenfasste:

> Russland anscheinend Teilmobilmachung. Ausmaß bislang nicht mit absoluter Sicherheit zu sagen. Militärbezirke Odessa und Kiew ziemlich sicher. Vereinzelte Meldung zu Mobilmachung des Militärbezirks Warschau bislang nicht bestätigt. In anderen Bezirken, insbesondere Wilna, Mobilmachung noch nicht befohlen. Dennoch ist sicher, dass Russland auch an deutscher Grenze militärische Maßnahmen trifft, die als Vorbereitung auf einen Krieg angesehen werden müssen. Vermutlich Ausrufung ihrer »Kriegsvorbereitungsperiode«, für das ganze Reich ausgerufen. Grenzwachen überall zum Kampf gerüstet und marschbereit.[1602]

Im Zuge dieser dramatischen Verschlechterung der Situation, die durch die Meldung der Teilmobilmachung vom 29. Juli noch verschärft wurde, mischte sich ein Element Panik in die deutsche Diplomatie: Aus Sorge über Nachrichten aus London sowie die ständig eingehenden Meldungen über russische militärische Vorbereitungen änderte Bethmann Hollweg schlagartig seinen Kurs. Nachdem er Wilhelms Bemühungen vom 28. Juli, Wien zurückzuhalten, unterlaufen hatte, versuchte er dies nun einen Tag später selbst mit einer Reihe eindringlich formulierter Telegramme an Botschafter Tschirschky.[1603] Doch seine Bemühungen wurden wiederum durch die Schnelligkeit der russischen Vorbereitungen zunichtegemacht. Es bestand die Gefahr, dass die Deutschen zu Gegenmaßnahmen gezwungen wären, bevor ein Vermittlungsversuch allmählich Wirkung zeigte.

Nach der Meldung von der russischen Mobilmachung am 30. Juli war es lediglich eine Frage der Zeit, bis Berlin nun seinerseits mit militärischen Maßnahmen antwortete. Zwei Tage zuvor war es Kriegsminister Erich von Falkenhayn nach einer Auseinandersetzung mit Bethmann Hollweg

gelungen, Soldaten in Ausbildungslagern wieder in ihre Stützpunkte zurückzurufen. Die ersten Vorbereitungsmaßnahmen, die zu diesem Zeitpunkt angeordnet wurden (Einkauf von Weizen in der Angriffszone im Westen, Verteilen besonderer Wachen für Eisenbahnen und der Rückruf der Soldaten in die Garnisonen), konnten noch geheim gehalten und folglich, zumindest theoretisch, parallel zu den diplomatischen Bemühungen der Konflikteindämmung fortgeführt werden. Das ließ sich jedoch von dem »Zustand drohender Kriegsgefahr« nicht mehr sagen, der letzten Phase der Alarmbereitschaft vor der Mobilmachung. Die Frage, ob und wann das Deutsche Reich diese Maßnahme ergreifen sollte, die in Russland bereits seit dem 26. Juli in Kraft war, zählte in den letzten Tagen des Friedens zu den größten Zankäpfeln innerhalb der Berliner Führung.

Bei einer Sitzung am 29. Juli, dem Tag der russischen Teilmobilmachung, herrschte selbst unter den hohen Militärs noch Uneinigkeit: Kriegsminister Erich von Falkenhayn plädierte für die Ausrufung des Zustands drohender Kriegsgefahr, während Generalstabschef Helmuth von Moltke, genau wie der Kanzler, lediglich den Schutz wichtiger Verkehrsinfrastruktur verbessern wollte. Offenbar schwankte Kaiser Wilhelm zwischen beiden Optionen hin und her. In Berlin wie St. Petersburg ermöglichte die verstärkte Konzentration der politischen Führung auf bedeutsame und umstrittene *souveräne* Entscheidungen es dem Staatsoberhaupt, wiederum als zentraler Teilnehmer am politischen Entscheidungsprozess aufzutreten. Das Telegramm von Nikolaus II., das Wilhelm am selben Morgen bekommen hatte und in dem der Zar »äußerste [russische] Maßnahmen« androhte, »die zum Kriege führen werden«, veranlasste ihn anfangs, den Kriegsminister zu unterstützen. Aber auf Drängen Bethmann Hollwegs änderte er seine Meinung, und der Zustand drohender Kriegsgefahr wurde vorerst nicht ausgerufen. Falkenhayn bedauerte diese Entscheidung, notierte aber in seinem Tagebuch, Verständnis für die Beweggründe zu haben, »denn wer noch an die Erhaltung des Friedens glaubt, oder sie wenigstens wünscht, kann natürlich dem Ausspruch der drohenden Kriegsgefahr bei uns nicht beitreten«.[1604]

Am 31. Juli traf nach weiterem Hin und Her bezüglich der nächsten

militärischen Schritte die Meldung des deutschen Botschafters in Moskau, Graf Pourtalès, ein, dass die Russen seit Mitternacht die Generalmobilmachung befohlen hätten. Nun befahl der Kaiser telefonisch, die drohende Kriegsgefahr auszurufen, und der Befehl wurde von Falkenhayn am 31. Juli um 13 Uhr an die Streitkräfte weitergeleitet. Die Verantwortung für die Mobilmachung trugen nun eindeutig die Russen – ein sehr wichtiger Aspekt für die Berliner Führung, die mit Blick auf pazifistische Kundgebungen in einigen deutschen Städten sorgsam darauf achtete, dass kein Zweifel am defensiven Charakter des deutschen Kriegseintritts bestehen konnte. Besonders starkes Kopfzerbrechen bereiteten der Regierung die Sozialdemokraten, die bei den zurückliegenden Reichstagswahlen über ein Drittel der Wählerstimmen erhalten hatten. Bethmann Hollweg hatte sich am 28. Juli mit dem Führer des rechten SPD-Flügels Albert Südekum getroffen, der versprochen hatte, dass sich die SPD nicht gegen eine Regierung stellen werde, die sich gegen einen russischen Angriff zu verteidigen hatte (antirussische Affekte waren innerhalb der SPD ebenso stark vertreten wie in der liberalen Bewegung in Großbritannien). Am 30. Juli konnte der Kanzler seinen Kollegen in der Regierung versichern, dass sie im Falle eines Krieges keine Subversion aus der organisierten Arbeiterklasse zu fürchten brauchten.[1605]

Angesichts der Entwicklungen in Russland konnte Wilhelm kaum weiterhin die Erklärung der drohenden Kriegsgefahr blockieren, aber es ist bemerkenswert, dass ihm diese Entscheidung, laut Überlieferung des bayerischen Militärbevollmächtigten General Wenninger, von Falkenhayn »abgerungen« werden musste. Am Nachmittag hatte Wilhelm jedoch offenbar wieder seine Gelassenheit zurückgewonnen, hauptsächlich weil er sich eingeredet hatte, dass er mittlerweile unter äußerem Zwang handelte – für so gut wie alle Akteure in der Julikrise ein ganz wesentlicher Aspekt. Auf einer Sitzung, an der Kriegsminister Falkenhayn teilnahm, präsentierte Wilhelm eine beherzte Schilderung der aktuellen Lage, in der er die ganze Schuld an dem drohenden Konflikt Russland in die Schuhe schob. »Seine Haltung und Sprache hier würdig eines deutschen Kaisers«, notierte Falkenhayn in sein Tagebuch, »würdig eines preußischen Königs!« Das

waren starke Worte von einem Soldaten an der Spitze jener Falken, die an Wilhelm wegen seiner Friedensliebe und Scheu vor einem Krieg kein gutes Haar gelassen hatten.[1606] Als die russische Regierung sich weigerte, den eigenen Mobilmachungsbefehl zu widerrufen, erklärte das Deutsche Reich Russland am 1. August 1914 den Krieg.

»Hier muss ein Missverständnis vorliegen«

In den letzten Julitagen widmete der deutsche Kaiser seine ganze Aufmerksamkeit weiterhin Großbritannien. Das lag nicht zuletzt daran, dass er, wie viele Deutsche, Großbritannien als das Zünglein an der Waage im kontinentalen System betrachtete, das über den Ausbruch eines allgemeinen Krieges entschied. Wilhelm neigte dazu – eine verbreitete Tendenz damals –, das britische Gewicht in der kontinentalen Diplomatie zu überschätzen und zugleich das Ausmaß der Verpflichtungen zu unterschätzen, die seine wichtigsten Entscheidungsträger (Grey an erster Stelle) bereits eingegangen waren. Aber das Ganze hatte mit Sicherheit auch eine psychologische Dimension: In England hatte Wilhelm verzweifelt, allerdings selten erfolgreich, Beifall, Anerkennung und Zuneigung gesucht. Das Land stand für einen großen Teil von dem, was er bewunderte: eine mit den besten Kanonen und der modernsten Ausrüstung ausgestattete Flotte, Wohlstand, Kultiviertheit, Weltoffenheit und (zumindest in den Kreisen, in denen er bei seinen Besuchen verkehrte) ein gewisses aristokratisches, selbstsicheres Auftreten, das ihm imponierte, das er aber nicht nachahmen konnte. Es war die Heimat seiner gestorbenen Großmutter, über die Wilhelm später einmal sagte, dass sie, wenn sie noch gelebt hätte, es Nicky und George niemals erlaubt hätte, sich auf diese Art gegen ihn zu verbünden. Es war das Königreich seines beneideten und verhassten Onkels Eduard VII., dem es (im Gegensatz zu Wilhelm) gelungen war, das internationale Ansehen seines Landes aufzubessern. Und natürlich war es das Geburtsland seiner Mutter, die inzwischen seit 13 Jahren tot war und zu der er ein so schwieriges und ungeklärtes Verhältnis gehabt hatte. Ein wahres Wirrwarr an Gefühlen und Assoziationen begleitete ihn stets, wenn Wilhelm versuchte, die britische

Politik zu interpretieren.

Eine Nachricht seines Bruders Prinz Heinrich von Preußen vom 28. Juli mit der Andeutung, König Georg V. habe die Absicht, Großbritannien aus dem Krieg herauszuhalten, hatte dem Kaiser Mut gemacht. Am frühen Morgen des 26. Juli war Heinrich, der bei Cowes gesegelt war, in den Buckingham-Palast geeilt, um sich vor der Abreise nach Deutschland vom britischen König zu verabschieden. Zwischen den beiden Männern hatte sich ein Gespräch entwickelt, in dem Georg V. nach Heinrichs Angaben erklärte, dass sie »alles versuchen würden, um sich daraus herauszuhalten, und neutral bleiben würden«.[1607] Diese Worte wurden an den Kaiser telegrafiert, sobald der Prinz am 28. Juli im Hafen von Kiel angelegt hatte. Wilhelm wertete diese Aussage als gleichbedeutend mit einer offiziellen Versicherung der britischen Neutralität. Als Admiral Tirpitz ihn wegen seiner Auffassung angriff, erwiderte Wilhelm mit seiner charakteristischen Mischung aus Prunksucht und Naivität, er habe das Wort eines Königs, und das genüge ihm.[1608] Ob der britische König diese Worte wirklich gesagt hatte, ist unklar. Sein Tagebuch ist in dieser Frage erwartungsgemäß wenig hilfreich. Dort heißt es lediglich: »Heinrich von Preußen stattete mir in der Frühe einen Besuch ab; er kehrt sofort nach Deutschland zurück.« Eine weitere Schilderung der Begegnung, die Georg vermutlich auf die Bitte Edward Greys hin angefertigt hatte, geht jedoch ausführlicher auf das Gespräch ein. Nach dieser Quelle antwortete der britische König auf Heinrichs Frage, was England im Falle eines europäischen Krieges tun werde:

> Ich weiß nicht, was wir tun sollen, wir liegen mit keinem Einzigen im Streit, und ich hoffe, dass wir neutral bleiben werden. Aber wenn Deutschland Russland den Krieg erklärt und Frankreich sich Russland anschließt, dann fürchte ich, werden wir hineingezogen. Aber Sie können sicher sein, dass ich und meine Regierung alles tun werden, um einen europäischen Krieg zu verhindern![1609]

Heinrichs Version des Wortwechsels enthielt folglich eine gehörige Portion Wunschdenken, auch wenn die Möglichkeit, dass Georg V. seine eigene

Darstellung der Erwartung des Außenministers anpasste, nicht ganz auszuschließen ist. In diesem Fall mag die Wahrheit in der Mitte zwischen beiden Versionen liegen. Wie dem auch sei, Heinrichs Telegramm reichte aus, um erneut die Zuversicht des Kaisers zu stärken, dass Großbritannien neutral bleiben würde. Sein Optimismus schien durch das Zögern der britischen Regierung, insbesondere Greys, die eigenen Intentionen bekannt zu geben, bestätigt zu werden.



Fürst Max von Lichnowsky

Entsprechend aufgebracht war Wilhelm, als er am Morgen des 30. Juli von einem Gespräch zwischen Grey und dem deutschen Botschafter Fürst Lichnowsky erfuhr, in dem der britische Außenminister gewarnt hatte, dass Großbritannien zwar »abseits stehen« werde, wenn der Konflikt auf Österreich, Serbien und Russland beschränkt bleibe (eine absurde Vorstellung), aber an der Seite der Entente intervenieren werde, sollten sich

Deutschland und Frankreich beteiligen. Die Note des Botschafters provozierte den deutschen Monarchen zu einer Fülle empörter Randbemerkungen: Die Engländer waren auf einmal »Halunken« und »gemeines Krämergesindel«, die Deutschland zwingen wollten, Österreich »sitzen zu lassen«, und die es wagten, Deutschland mit düsteren Konsequenzen zu drohen, während sie sich zugleich weigerten, ihre Bündnispartner zurückzurufen.[1610] Als am nächsten Tag die Nachricht von der russischen Generalmobilmachung eintraf, kreisten Wilhelms Gedanken wieder um Großbritannien. Im Zusammenhang mit der Warnung Greys bewies die russische Mobilmachung für ihn, dass England nunmehr die Absicht habe, den »Vorwand«, den eine Ausweitung des Konflikts liefern würde, dazu zu nutzen, »alle europ[äischen] Staaten zu Englands Gunsten gegen uns« auszuspielen.[1611]

Am Nachmittag des 1. August erreichte dann kurz nach 17 Uhr eine sensationelle Meldung die deutsche Hauptstadt. Nur wenige Minuten nachdem Berlin den Befehl zu einer Generalmobilmachung erteilt hatte, ging ein Telegramm Lichnowskys aus London ein, in dem dieser eine Begegnung mit dem britischen Außenminister schilderte, die am selben Morgen stattgefunden hatte. Allem Anschein nach wollte Grey anbieten, die Briten nicht nur aus dem Krieg herauszuhalten, falls Deutschland auf einen Angriff auf Frankreich verzichte, sondern sich auch für eine französische Neutralität einzusetzen. Der Text des Telegramms lautete wie folgt:

> Sir E[dward] Grey lässt mir soeben durch Sir W[illiam] Tyrrell sagen, er hoffe mir am Nachmittag als Ergebnis einer soeben stattfindenden Ministerberatung [Lichnowsky schickte das Telegramm um 11.14 Uhr ab] Eröffnungen machen zu können, welche geeignet wären, die große Katastrophe zu verhindern. Gemeint damit scheint zu sein, nach Andeutungen Sir Williams, dass, falls wir Frankreich nicht angriffen, England auch neutral bleiben und die Passivität Frankreichs verbürgen würde. Näheres erfahre [ich]heute Nachmittag. Eben hat mich Sir E. Grey ans Telephon gerufen und mich gefragt, ob ich glaubte, erklären zu können, dass für den Fall, dass Frankreich neutral bleibe in einem deutsch-

> russischen Kriege, wir die Franzosen nicht angriffen. Ich erklärte ihm, die Verantwortung hierfür übernehmen zu können, und wird er diese Erklärung in der heutigen Kabinettsitzung verwerten. Nachtrag. Sir W. Tyrrell bat mich dringend, dahin zu wirken, dass unsere Truppen nicht die französische Grenze verletzen. Alles hängt davon ab. Die französischen Truppen seien zurückgewichen bei einer vorgekommenen [Grenz-]Überschreitung.[1612]

Von diesem unerwarteten Angebot völlig überrumpelt, beeilten sich die Entscheidungsträger in Berlin, eine freundlich positive Antwort auf die Note zu formulieren. Der Entwurf war noch nicht fertig, als gegen 18 Uhr ein weiteres Telegramm aus London einging: »In Anschluss an [mein voriges Telegramm]. Sir William Tyrrell war eben bei mir, um mir zu sagen, Sir E. Grey wolle mir heute Nachmittag Vorschläge für Neutralität Englands machen, selbst für den Fall, dass wir mit Russland wie mit Frankreich Krieg hätten. Ich sehe Sir E. Grey um 3.30 [15.30 Uhr] und werde sofort berichten.«[1613]

Diese Neuigkeiten aus London bildeten den Hintergrund für einen heftigen Streit zwischen dem Kaiser und dem Generalstabschef. Die deutsche Mobilmachung hatte bereits begonnen, was bedeutete, dass sich das komplexe Räderwerk des Schlieffen-Plans in Gang gesetzt hatte. Nach Erhalt des ersten Telegramms Lichnowskys vertrat Wilhelm die Auffassung, dass der Mobilmachungsbefehl für den Moment zwar nicht widerrufen werden könne, er aber bereit sei, jeden Vorstoß gegen Frankreich im Gegenzug für eine Zusage der britisch-französischen Neutralität zu stoppen. Mit der Unterstützung von Bethmann Hollweg, Tirpitz und Jagow gab Wilhelm den Befehl, dass keine weiteren Truppenbewegungen erfolgen sollten, bis eine weitere Nachricht aus London einging, die näheren Aufschluss über die Natur des britischen Angebots gab. Während Wilhelm und Bethmann Hollweg jedoch gerne diese letzte Gelegenheit ergreifen wollten, einen Krieg im Westen zu vermeiden, vertrat Moltke die Auffassung, dass die Generalmobilmachung, nachdem sie einmal in Gang gesetzt sei, nicht mehr aufgehalten werden könne. »Hierüber entspann sich nun eine äußerst lebhafte

und dramatische Diskussion«, erinnerte sich ein Augenzeuge. »Moltke, sehr erregt, mit bebenden Lippen, beharrte auf seinem Standpunkt; vergeblich redeten der Kanzler und der Kaiser und gelegentlich alle anderen auf ihn ein […]«[1614] Es wäre selbstmörderisch, wandte Moltke ein, den Rücken Deutschlands einem Frankreich zu entblößen, das seinerseits mobilmache. Überdies seien die ersten Patrouillen bereits in Luxemburg eingerückt, und die 16. Division aus Trier werde bald nachfolgen. Aber Wilhelm ließ sich davon nicht beeindrucken. Er ließ sofort nach Trier den Befehl durchgeben, die 16. Division vor der Grenze zu Luxemburg zu stoppen. Als Moltke den Kaiser eindringlich bat, die Besetzung Luxemburgs nicht zu verhindern, weil die luxemburgische Eisenbahn sonst nicht beschlagnahmt werden könne, erwiderte der Kaiser, er solle stattdessen eben »andere Bahnen« nutzen. Die Diskussion erreichte einen toten Punkt. Moltke wäre beinahe hysterisch geworden. In einer Aussprache unter vier Augen vertraute der Generalstabschef, den Tränen nahe, Kriegsminister Falkenhayn an, »völlig gebrochen zu sein, weil diese Entscheidung des Kaisers ihm zeige, dass dieser immer noch auf Frieden hofft«.[1615]

Selbst nach Eingang des späteren Telegramms argumentierte Moltke, dass der Mobilmachungsplan in diesem Stadium nicht mehr dahingehend geändert werden könne, dass Frankreich ausgeklammert werde, aber Wilhelm wollte davon nichts hören: »Ihr Onkel würde mir eine andere Antwort gegeben haben«, erklärte er. Wenn er, der Kaiser, den Befehl gebe, dann müsse es auch möglich sein.[1616] Die emotionale Belastung durch diese Auseinandersetzung war offenbar so groß, dass Moltkes Frau später davon ausging, dass der Generalstabschef deswegen einen leichten Schlaganfall erlitten hatte.[1617]

Während schon die Sektkorken knallten, schrieben Bethmann Hollweg und Jagow noch an ihrer Antwort auf das erste Telegramm aus London. Deutschland würde den Vorschlag annehmen, schrieben sie, »falls England sich mit seiner gesamten Streitmacht für die unbedingte Neutralität Frankreichs im deutsch-russischen Konflikt verbürgt«. Die Mobilmachung werde fortgesetzt werden, aber bis Montag, den 3. August, abends um 19 Uhr würden keine deutschen Truppen die französische Grenze überschreiten,

sofern das Abkommen bis dahin endgültig beschlossen sei. Der Kaiser bekräftigte die Nachricht in einem eigenen Telegramm an König Georg V., in dem er freudig das Angebot einer »französischen Neutralität unter der Garantie Großbritanniens« akzeptierte und die Hoffnung äußerte, dass Frankreich »nicht nervös« werden möge. »Die Truppen an meiner Grenze werden soeben telegraphisch und telephonisch abgehalten, die französische Grenze zu überschreiten.«[1618] Staatssekretär Jagow bat seinerseits Lichnowsky, Grey für seine Initiative zu danken.[1619]

Nicht lange danach traf ein weiteres Telegramm Lichnowskys aus London ein. Das sehnlich erwartete Gespräch mit Sir Grey um 15.30 Uhr hatte inzwischen stattgefunden, aber zur Überraschung des deutschen Botschafters schlug Grey weder eine britische oder französische Neutralität vor, noch hatte es den Anschein, als habe er diese Angelegenheit überhaupt im Kabinett zur Sprache gebracht. Stattdessen deutete er lediglich die Möglichkeit an, dass sich die deutschen und französischen Streitkräfte »im Falle eines russischen Krieges bewaffnet gegenüberstehen blieben«, ohne sich gegenseitig anzugreifen, und konzentrierte sich ansonsten auf deutsche Schritte, die eine britische Intervention auslösen könnten. »Sollte andererseits die belgische Neutralität durch einen der Kriegführenden [Frankreich oder Deutschland] verletzt werden«, warnte Grey, »so würde es außerordentlich schwierig sein, die öffentliche Stimmung Englands zu beschwichtigen.« Lichnowsky drehte daraufhin mit seiner Frage den Spieß um: Ob Grey denn die britische Neutralität garantieren könne, wenn Deutschland darin einwilligte, das belgische Staatsgebiet nicht zu betreten? Merkwürdigerweise war Grey darauf nicht gefasst gewesen – er musste notgedrungen einräumen, dass er eine derartige Garantie nicht abgeben könne, weil England freie Hand haben müsse. Mit anderen Worten, Grey nahm allem Anschein nach seinen früheren Vorschlag zurück. Gleichzeitig enthüllte er – möglicherweise unabsichtlich –, dass er seinen Vorschlag gemacht hatte, ohne zuvor Frankreich zu konsultieren. In seinem Bericht über dieses etwas unklare Gespräch meldete Lichnowsky kurz und bündig, dass die Briten offenbar nicht bereit waren, irgendwelche Zusagen abzugeben, die ihre Handlungsfreiheit einschränken würden, dass Grey allerdings eingewilligt habe, sich nach der Möglichkeit

eines französisch-deutschen bewaffneten Patts zu erkundigen.[1620] In Berlin gab dieses Telegramm, das am Abend eintraf, Rätsel auf − es blieb unbeantwortet.

Unterdessen hatte jedoch das Telegramm des Kaisers an König Georg V., in dem Wilhelm freudig den Vorschlag der britischen Regierung bezüglich einer französischen Neutralität akzeptiert hatte, sein Bestimmungsziel erreicht und in London Verwirrung ausgelöst. Offenbar war niemand in die Kehrtwende von Greys Aktionen an jenem Tag eingeweiht worden, und der Außenminister wurde eilig in den Buckingham-Palast gerufen, um eine Erklärung abzugeben und ein Antwortschreiben aufzusetzen. Gegen 21 Uhr schrieb er mit dem Bleistift den Text, mit dem Georg Wilhelms Telegramm beantwortete:

> In Beantwortung Deines Telegramms […] glaube ich, dass ein Missverständnis vorliegen muss hinsichtlich einer Anregung, die in einer freundschaftlichen Unterredung zwischen Fürst Lichnowsky und Sir Edward Grey diesen Nachmittag erfolgt ist, als sie darüber sprachen, wie ein Zusammenstoß zwischen den deutschen und französischen Armeen vermieden werden könnte, solange noch die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Österreich und Russland besteht. Sir Edward Grey will den Fürsten Lichnowsky morgen früh sehen, um festzustellen, ob ein Missverständnis von seiner Seite vorliegt.[1621]

Alle noch verbliebenen Unklarheiten wurden durch ein weiteres Telegramm des Fürsten Lichnowsky ausgeräumt, der Jagows Annahme des britischen »Vorschlags« etwa um die gleiche Zeit erhalten hatte wie König Georg V. das überschwängliche Telegramm seines Vetters. Mit nüchterner Klarheit schrieb Lichnowsky: »Da positiver englischer Vorschlag überhaupt nicht vorliegt, ist dortseitiges Telegramm […] erledigt. Habe deshalb keine weiteren Schritte unternommen.«[1622]

In Berlin war es inzwischen nach 23 Uhr. Die Erlösung für Moltke war in Sicht, der zu diesem Zeitpunkt im Hauptquartier des Generalstabs Tränen der Verzweiflung vergoss, weil der Kaiser befohlen hatte, die 16. Division zu

stoppen. Kurz vor Mitternacht wurde er in den Palast zurückgerufen, um über die letzte Entwicklung informiert zu werden. Beim Eintreffen zeigte Wilhelm ihm ein weiteres Telegramm, das soeben eingetroffen war und die (korrigierte) britische Position umriss. Er sagte: »Nun können Sie machen, was Sie wollen.«[1623]

Was wollte Grey mit der Aktion bezwecken? Seine Äußerungen gegenüber Lichnowsky, Cambon und mehreren britischen Kollegen am 1. August sind so schwierig zu enträtseln, dass die Deutungsversuche innerhalb der Literatur zum Ursprung des Ersten Weltkriegs eine Art Subdiskussion hervorbrachten. Am 29. Juli hatte Grey Lichnowsky noch gewarnt, dass Großbritannien gezwungen sein könnte, rasch in Aktion zu treten, falls Deutschland und Frankreich in den Krieg hineingezogen würden – diese Warnung hatte der Kaiser wie geschildert wüst kommentiert.[1624] Am 31. Juli hatte er jedoch auch seinen Botschafter in Paris, Francis Bertie, gewarnt, dass man von der britischen Meinung nicht erwarten könne, dass sie eine britische Intervention in einem Streit unterstütze, der mit den eigenen Interessen des Landes so wenig zu tun habe.[1625] Womöglich eröffnete Grey Lichnowsky gegenüber tatsächlich die Aussicht auf eine britische Neutralität – das würde bedeuten, dass der deutsche Botschafter in Wirklichkeit seine grundlegenden Intentionen keineswegs missverstanden hatte.[1626] Nach dieser Lesart würde aus dem »Missverständnis« Greys Versuch, sich aus dem Chaos herauszuwinden, in das er sich selbst manövriert hatte. Oder er wollte schon Vorkehrungen treffen, weil er sich selbst nicht sicher war, ob das britische Kabinett seine Politik der Unterstützung für Frankreich billigen werde. Falls die Ministerkollegen ihm nämlich den Gehorsam verweigerten, konnte der Vorschlag einer Neutralität Großbritannien zumindest ein Druckmittel verschaffen, mit dem es verschiedene Zusagen des Deutschen Reichs erhalten konnte (etwa ein Versprechen, auf einen Präventivschlag gegen Frankreich zu verzichten).[1627] Womöglich hatte Grey aber überhaupt kein Interesse an einer Neutralität, wurde jedoch zeitweilig von seinem liberal-imperialistischen Verbündeten, Lordkanzler Richard Haldane, gedrängt, einen Weg zu suchen, um den Beginn der Feindseligkeiten zwischen Frankreich und Deutschland zu verhindern oder zumindest zu verzögern, damit sie mehr Zeit hatten, das

britische Expeditionskorps besser auszubilden. Die Beunruhigung über die zunehmende Instabilität der internationalen Finanzmärkte in den letzten Juliwochen dürfte ihm ebenfalls zu denken gegeben haben.[1628]

Welche Meinung man auch vertritt – und die Uneinigkeit unter den Historikern ist schon bezeichnend genug –, es lässt sich nicht bestreiten, dass aus Greys zweideutigen Aktionen um ein Haar offene Widersprüche entstanden wären. Der Vorschlag einer britischen Neutralität, selbst angesichts eines kontinentalen Kriegs unter französischer Beteiligung, wäre einer Umkehrung der Positionen gleichgekommen, die der Außenminister selbst zuvor vertreten hatte – und zwar so eklatant, dass es schwerfällt zu glauben, dass das wirklich seine Absicht war. Andererseits ist der Vorschlag, dass Frankreich und Deutschland ein bewaffnetes Patt einhalten sollten, unbestreitbar in den Dokumenten enthalten. In einem am 1. August um 17.25 Uhr an Bertie geschickten Telegramm berichtete Grey selbst, er habe gegenüber dem deutschen Botschafter angeregt, »dass französische und deutsche Armee nach Mobilmachung an Westgrenze haltmachen und keine die Grenze überschreiten solle, solange es die andere nicht tue […] Ich vermag nicht zu beurteilen, ob dies mit französischen Bündnispflichten vereinbar wäre.«[1629] Doch selbst dieser Vorschlag ist bizarr, denn er stützte sich auf die Annahme, dass Frankreich bereit sein könnte, das Bündnis mit Russland zu brechen, auf dessen Stärkung Poincaré und seine Kollegen in den Jahren zuvor so zielstrebig hingearbeitet hatten. Im besten Fall lässt der Vorschlag auf einen sehr getrübten Blick auf die Realität der allgemeineren politischen und militärischen Lage schließen. Wie dem auch sei, Grey wurde wenig später von Bertie zur Ordnung gerufen, der seinem Ärger über die Mutmaßungen des Außenministers in einer bemerkenswert impertinenten Antwort Luft machte:

> Ich kann mir nicht vorstellen, dass es sich, wenn Russland mit Österreich im Krieg steht und von Deutschland angegriffen wird, mit den französischen Verpflichtungen gegenüber Russland vereinbaren ließe, still zu halten. Wenn Frankreich sich dazu verpflichten würde, würden die Deutschen zuerst die Russen angreifen und dann, wenn sie diese besiegt

> haben, würden sie sich gegen die Franzosen wenden. Soll ich mich genau erkundigen, welche Verpflichtungen die Französen gemäß dem französisch-russischen Bündnis eingegangen sind?[1630]

Bekanntlich wurde aus dieser seltsamen Option nichts. Grey verwarf sie selbst, noch bevor Berties gehässige Note auf seinem Schreibtisch landete. Eines wissen wir aber mit Sicherheit: In jenen Tagen arbeitete Grey unter extremem Druck. Er fand kaum noch Schlaf. Er hatte keine Möglichkeit herauszufinden, ob und wann das Kabinett seine Interventionspolitik unterstützen würde, und er wurde von mehreren Kollegen in verschiedene Richtungen gedrängt, etwa von den Gegnern einer Intervention in seiner eigenen Regierung (die im Kabinett immer noch die Mehrheit hatten) und von den Befürwortern der konservativen Opposition.

Hinzu kam noch Druck von einer anderen Seite, der möglicherweise die Winkelzüge des 1. August erklärte: nämlich der russische Mobilmachungsbefehl vom 30. Juli. Am späten Abend des 31. Juli teilte der deutsche Botschafter in London der britischen Regierung mit, dass Berlin als Antwort auf den russischen Befehl den Zustand drohender Kriegsgefahr ausgerufen habe. Dann kündigte er an, dass Deutschland, falls Russland nicht unverzüglich seinen Befehl zur Generalmobilmachung widerrufe, gezwungen sei, seine eigenen Streitkräfte zu mobilisieren, was »Krieg bedeute«.[1631] Diese Nachricht ließ in London die Alarmglocken läuten. Mitten in der Nacht um 1.30 Uhr fuhren Premierminister Herbert Asquith und Greys Privatsekretär Sir William Tyrrell in einem Taxi eilends zum Buckingham-Palast, um den König aufzuwecken. Er sollte in einem Telegramm an den Zaren appellieren, die russische Mobilmachung zu stoppen. Asquith schilderte später die Szene:

> Der arme König wurde aus dem Bett gezerrt, und eins meiner seltsamsten Erlebnisse (und du weißt, dass ich so manches erlebt habe) war es, neben ihm zu sitzen – er in einem braunen Morgenrock, über dem Nachthemd & mit einer Fülle von Anzeichen, dass man ihn aus seinem »Schönheitsschlaf« geweckt hatte –, während ich die Nachricht & die vorgeschlagene Antwort las. Er machte lediglich den Vorschlag, dass sie

persönlicher und direkter formuliert werden sollte – durch das Einfügen der Worte »Mein teurer Nicky« – und das Ergänzen von »Georgie« am Ende der Unterschrift![1632]

Die diplomatische Aktivität intensivierte sich vom Morgengrauen an.

Die Auswirkung der Nachricht aus St. Petersburg sollten wir im Licht dessen betrachten, was wir über die Ambivalenz des Denkens im Foreign Office über Russland in den letzten Monaten vor der Julikrise wissen. Wie gezeigt, hatten Grey und Tyrrell schon seit einiger Zeit über eine Neuausrichtung der Beziehung zu Russland nachgedacht. Mit Blick auf den anhaltenden russischen Druck auf Persien und andere Gebiete an der Peripherie des Empires war bereits davon die Rede gewesen, die englisch-russische Konvention aufzugeben und stattdessen eine offenere Politik anzustreben, die eine Annäherung an Deutschland nicht völlig ausschloss. Das wurde niemals zur Linie des Foreign Office, aber die Meldung, dass die russische Mobilmachung soeben deutsche Gegenmaßnahmen ausgelöst hatte, rückte den russischen Aspekt der sich zuspitzenden Krise in den Vordergrund. Britische Politiker hatten weder ein besonderes Interesse an Serbien, noch hegten sie große Sympathien für das Land. Hier handelte es sich um einen Krieg im Osten, der von Interessen hervorgerufen wurde, die mit der offiziellen Denkweise von Whitehall wenig zu tun hatten. Ließ dieser Umstand Grey womöglich an dem Szenario Katalysator Balkan zweifeln?

Am Morgen des 29. Juli wies Grey Paul Cambon (zu dessen großem Entsetzen) darauf hin, dass Frankreich sich hier in einen Streit hineinziehen lasse, »der es nicht unmittelbar angehe, an dem es aber infolge seines Bündnisses ehren- und interessenhalber teilnehmen müsse. Wir seien frei von Verpflichtungen und hätten dann zu entscheiden, was die britischen Interessen von uns erheischten.« Grey fügte hinzu: »Und unser Gedanke sei stets gewesen, uns wegen einer Balkanfrage nicht in einen Krieg hineinziehen zu lassen.«[1633] Zwei Tage später, nach der Ausrufung des Zustands drohender Kriegsgefahr in Berlin, griff er das gleiche Argument erneut auf und bestand, gegen Cambons Einwendungen, darauf, dass die derzeitige Krise nicht zu vergleichen sei mit der zweiten Marokkokrise im Jahr 1911,

als Großbritannien Frankreich beigestanden habe, denn: »Im vorliegenden Fall wird Frankreich in einen Streit hineingezogen, mit dem es direkt nichts zu tun hat.«[1634] Als Cambon seine große Enttäuschung über diese Antwort kundtat und sich erkundigte, ob Großbritannien denn bereit sei, Frankreich zu helfen, falls Deutschland es angreifen sollte, formulierte Grey noch deutlicher seine Haltung: »Die letzte Nachricht besagte, dass Russland eine Gesamtmobilmachung seiner Flotte und Armee angeordnet habe. Dadurch würde, wie mir scheint, eine Krise überstürzt herbeigeführt und der Eindruck erweckt, dass die deutsche Mobilmachung durch Russland erzwungen werde.«[1635] Erst aus dieser Sichtweise der Ereignisse konnte es sinnvoll erscheinen, ein Stillhalten zwischen Deutschland und Frankreich vorzuschlagen, während sich Russland im Osten allein, vom Bündnispartner im Stich gelassen, mit Deutschland und Österreich herumschlagen sollte. »Wenn Frankreich daraus [aus dem Angebot] keinen Nutzen zu ziehen vermöge«, erklärte Grey am Nachmittag des 1. August dem französischen Botschafter, »dann deshalb, weil es durch ein Bündnis gebunden sei, an dem wir nicht beteiligt wären *und dessen Bestimmungen wir nicht kennten.«*[1636] Mit diesen Worten kühlte Grey nicht nur deutlich die Beziehung zu Frankreich ab, indem er ihm den Beistand versagte, und gewann Zeit für militärische Vorbereitungen; vielmehr wehrte er sich gegen den Automatismus einer bestimmten Auffassung der Triple Entente – einer Auffassung, die er allerdings selbst von Zeit zu Zeit geteilt und auch verfochten hatte. Es ärgerte ihn ganz eindeutig, zumindest in diesem kritischen Moment, dass man einen fernen Streit in Südosteuropa als den Auslöser eines kontinentalen Krieges akzeptiert hatte, obwohl keine einzige der drei Entente-Mächte unmittelbar angegriffen oder von einem Angriff bedroht wurde. Am Ende blieb Grey der Linie der Entente treu, die er seit 1912 vertreten hatte, aber diese Momente der Umsicht führen uns ein besonders heikles Merkmal der Julikrise vor Augen, dass nämlich die schwere Wahl zwischen entgegengesetzten Optionen häufig nicht nur Parteien und Kabinette spaltete, sondern auch das Denken der Hauptakteure.

Die Nöte des Paul Cambon

Für Paul Cambon waren es die schwersten Tage seines Lebens. Von dem Moment an, als er von der österreichischen Note an Belgrad erfuhr, war er überzeugt, dass ein europäischer Krieg unmittelbar bevorstand. Obwohl er gelegentlich Poincaré wegen seiner Förderung des russischen Engagements auf dem Balkan kritisiert hatte, vertrat er nunmehr die Ansicht, dass das französisch-russische Bündnis angesichts der österreichischen Drohung gegen Serbien standhaft bleiben müsse. Tatsächlich verließ er London am Nachmittag des 25. Juli, um den unerfahrenen geschäftsführenden Außenminister Bienvenu-Martin zu instruieren. Vermutlich war es auf Cambons Anweisungen zurückzuführen, dass der geschäftsführende Minister dem deutschen Botschafter die scharfe Antwort überreichte, die Poincaré so sehr erfreut hatte, als er am 28. Juli auf hoher See von ihr erfuhr.[1637]

Für Cambon hing, genau wie für Wilhelm II., alles von Großbritannien ab. »Wenn die britische Regierung noch heute energisch in der Angelegenheit handelt, könnte der Frieden noch gerettet werden«, sagte er am 24. Juli zu dem Journalisten André Géraud.[1638] Bei einem Treffen mit Grey, vormittags am 28. Juli, formulierte er das gleiche Argument um: »Wenn erst einmal angenommen würde, dass wir [Großbritannien] einem europäischen Kriege sicher fernblieben, dann wäre die Aussicht auf Erhaltung des Friedens sehr gefährdet.«[1639] Einmal mehr zeigte sich hier, wie reflexhaft Verantwortung abgeschoben wurde, um die Bürde über die Entscheidung zwischen Krieg und Frieden anderen aufzuerlegen. Aus dieser Sicht trug jetzt Großbritannien die Verantwortung für die Erhaltung des Friedens, indem es seine gewaltige See- und Handelsmacht gegen Berlin in die Waagschale warf und Deutschland so davon abhielt, seinem Bundesgenossen beizustehen. Jahrelang hatte Cambon seinen politischen Vorgesetzten versichert, dass sie sich auf die britische Unterstützung absolut verlassen könnten.

Er befand sich in einer nicht gerade beneidenswerten Lage. Genau genommen handelte es sich in diesem Fall nicht um einen Defensivkrieg, sondern um einen Krieg, in den Frankreich hineingezogen worden war, um Russlands Intervention in einen Balkankonflikt zu unterstützen – eine Verpflichtung, bezüglich derer Cambon selbst kurz zuvor noch Bedenken geäußert hatte. Die französische Regierung tat ihr Möglichstes, diesen

Nachteil auszugleichen, indem sie sorgsam sämtliche aggressiven Schritte gegen Deutschland mied: Am Morgen des 30. Juli einigte sich der Ministerrat in Paris darauf, dass französische Schutztruppen Positionen entlang einer Linie von den Vogesen bis nach Luxemburg einnahmen, allerdings mit einem Mindestabstand von zehn Kilometern zur Grenze. Auf diese Weise sollten kleinere Scharmützel mit deutschen Grenzpatrouillen verhindert und die Regierung in London vom friedlichen Charakter der französischen Politik überzeugt werden. Man war der Meinung, dass der moralische Effekt und der Propagandawert dieser Verbotszone die militärischen Risiken aufwogen. London wurde über diese neue Linie durch Cambon unverzüglich in Kenntnis gesetzt.[1640] Dennoch bleibt es eine Tatsache, dass Großbritannien, wie Grey mehrfach betonte, weder dem Bündnis angehörte, das Frankreich angeblich zur Intervention zwang, noch offiziell über die Bestimmungen des Bündnisvertrages informiert worden war. Weder Russland noch Frankreich war angegriffen worden oder sah sich der unmittelbaren Drohung eines Angriffs ausgesetzt. Es war gut und schön, wenn Cambon gegenüber Grey erklärte, dass Frankreich »verpflichtet sei, Russland im Falle eines Angriffs beizustehen«, aber zum jetzigen Zeitpunkt gab es keinerlei Indiz dafür, dass Österreich oder Deutschland die Absicht hatte, Russland anzugreifen.[1641] Und es hatte auch nicht den Anschein, dass eine britische Absichtserklärung die Mittelmächte von einer Politik würde abschrecken können, die sie ohne Rücksprache mit Großbritannien eingeschlagen hatten.

Den Hintergrund zu dieser prekären Lage bildete eine Diskrepanz in den Sichtweisen, die tief in der Geschichte der englisch-französischen Entente wurzelte. Cambon war stets sehnsüchtig davon ausgegangen, dass Großbritannien die Entente genau wie Frankreich als ein Instrument zum Ausgleich und zur Eindämmung des Deutschen Reiches betrachtete. Er erkannte nicht, dass die Entente in den Augen britischer Politiker komplexeren Zielen diente. Unter anderem war sie ein Mittel, um die Bedrohung der verstreuten Territorien des britischen Empires durch jene Macht abzuwehren, die ihnen am ehesten schaden konnte, nämlich Russland. Ein Grund für Cambons Versäumnis war wahrscheinlich, dass er sich allzu sehr auf die Versicherungen und den Ratschlag des ständigen

Unterstaatssekretärs Sir Arthur Nicolson verlassen hatte, der ein leidenschaftlicher Fürsprecher der russischen und französischen Verbindung war und es am liebsten gesehen hätte, wenn sich beide Verbindungen zu einem ausgewachsenen Bündnis entwickelt hätten. Doch Nicolson war, so viel Einfluss er auch hatte, nicht der Lenker der Politik in London, und seine Ansichten standen nicht mehr im Einklang mit denen der Gruppe um Grey, deren Misstrauen gegenüber Russland zunahm und die stattdessen immer stärker zu einer prodeutschen (oder zumindest nicht antideutschen) Linie neigte.[1642] Das ist ein Paradebeispiel dafür, wie schwer es selbst den am besten informierten Zeitgenossen fiel, die Intentionen der Verbündeten und Gegner zu deuten.

Abweichungen in der geopolitischen Perspektive wurden durch eine tiefe Antipathie des britischen politischen Establishments gegen jede Form bindender Verpflichtungen verstärkt, einer Abneigung, zu der noch die tiefe Feindseligkeit gegen Russland vor allem unter führenden liberalen Radikalen hinzukam. Die Entente Cordiale hatte somit für die beiden Partner eine sehr unterschiedliche Bedeutung.[1643] Während des gesamten Bestehens der Entente trachtete das Foreign Office danach, »das Ausmaß der Entente möglichst klein zu halten, während der Quai d’Orsay sich alle Mühe gab, möglichst viel herauszuschlagen«.[1644] Alle diese Meinungsverschiedenheiten wurden darüber hinaus noch durch die beiden Personen verstärkt, die in London die Entente personifizierten: Edward Grey und Paul Cambon, Ersterer behutsam, ausweichend und völlig ignorant mit Blick auf Frankreich und Europa, Letzterer ein glühender Franzose und mit ganzer Seele für die Entente eintretend, die die Krönung nicht nur seiner politischen Karriere, sondern seines Lebens als Patriot war und blieb.

Auch Grey arbeitete unter starken Zwängen. Es gelang ihm nicht, am 27. Juli die Unterstützung des Kabinetts für eine Intervention zu erlangen. Zwei Tage später scheiterte er erneut, als sein Antrag, Frankreich offiziell britischen Beistand zu versprechen, nur von vier Kollegen befürwortet wurde (Asquith, Haldane, Churchill und Crewe). Es war dieselbe Sitzung, bei der das Kabinett auch die Auffassung ablehnte, dass Großbritannien als Signatarmacht des Neutralitätsabkommens für Belgien aus dem Jahr 1839

automatisch verpflichtet sei, einen Bruch der Neutralität von deutscher Seite mit militärischer Gewalt zu beantworten. Die Garantie der Neutralität, argumentierten die Radikalen, obliege nicht allein Großbritannien, sondern allen Signatarmächten. Falls die Angelegenheit akut werden sollte, beschloss das Kabinett, so handle es sich bei der Entscheidung eher »um eine politische, als um eine gesetzliche Verpflichtung«.[1645] Sowohl die Franzosen als auch die Russen bestanden darauf, dass lediglich eine eindeutige britische Solidaritätserklärung zur englisch-französischen Entente Deutschland und Österreich dazu bringen werde, »den Schwanz einzuziehen«.[1646] Darüber hinaus wurde Grey von seinen engsten Beratern unter Druck gesetzt: Nicolson und Eyre Crowe drängten ihn beide, eine Solidaritätserklärung mit den Entente-Staaten abzugeben. In einer Denkschrift vom 31. Juli lieferte Crowe Grey neue Argumente für seine Widersacher im Kabinett. Es möge sein, dass man nicht von einer vertraglichen Verpflichtung gegenüber Frankreich sprechen könne, schrieb er, aber Großbritanniens »moralische« Verpflichtung gegenüber seinem »Freund« jenseits des Ärmelkanals könne mit Sicherheit niemand bestreiten:

> Das Argument, dass es keine schriftlichen uns an Frankreich bindenden Verpflichtungen gibt, ist streng genommen zutreffend. Es besteht keine vertragsmäßige Verpflichtung. Die Entente wurde jedoch abgeschlossen, gekräftigt und in einer Weise erprobt und gefeiert, die den Glauben rechtfertigt, dass ein moralisches Band geschmiedet worden ist. Die ganze Politik der Entente kann keinen Sinn haben, wenn sie nicht bedeutet, dass England in einem gerechten Streitfall seinen Freunden beistehen werde. Diese Ehren-Erwartung wurde erweckt. Ohne unseren guten Namen ernster Kritik auszusetzen, können wir das nicht von uns weisen.[1647]

Nicolson hingegen konzentrierte sich auf Belgien und die britische Verpflichtung, seine Neutralität zu garantieren. Doch die Bedingungen, unter denen die Gruppe um Grey in der Vergangenheit die Politik gestaltet hatte, hatten sich verändert. Das Zentrum der Entscheidungsfindung hatte sich vom Foreign Office zum Kabinett verschoben, sodass Greys Gefolge aus

Befürwortern der Entente außen vor blieb.

Nach einer morgendlichen Kabinettssitzung am 1. August erklärte Grey einem verzweifelten Cambon, dass das Kabinett schlicht und einfach jede Form von Intervention ablehne. Cambon protestierte, dass er diese Nachricht nicht nach Paris weiterleiten werde; er werde lediglich erklären, dass bislang keine Entscheidung gefallen sei. Aber es *gebe* ja eine Entscheidung, erwiderte Grey. Das Kabinett habe beschlossen, dass britische Interessen nicht hinreichend betroffen seien, um die Entsendung eines Expeditionskorps auf den Kontinent zu rechtfertigen. In seiner Verzweiflung versuchte der französische Botschafter es mit einem anderen Argument: Er erinnerte Grey daran, dass Frankreich nach den Bestimmungen der Marinekonvention von 1912 die Verteidigungsanlagen in seinen nördlichen Häfen abgebaut habe und die Sicherheit seiner Küste de facto der Royal Navy anvertraut habe. Selbst wenn kein förmliches Bündnis existiere, so gab er zu bedenken, »habe Großbritannien nicht die moralische Verpflichtung, uns beizustehen, zumindest uns die Unterstützung der Flotte zu gewähren, da wir auf seinen Rat hin die eigene abgezogen hätten«? Es ist recht ungewöhnlich, dass Grey von Cambon darauf aufmerksam gemacht werden musste, aber dessen Argument blieb nicht ohne Wirkung. Der Außenminister räumte ein, dass ein deutscher Angriff auf die französische Küste und/oder ein Bruch der belgischen Neutralität von deutscher Seite dazu angetan seien, die britische öffentliche Meinung zu verändern. Vor allem sagte er zu, die Frage der französischen Küsten am nächsten Tag im Kabinett anzusprechen. Cambon verließ den Außenminister kreideweiß und den Tränen nahe. Als er in das Botschafterzimmer neben Greys Amtszimmer taumelte, nahm Nicolson ihn bei der Hand und führte ihn zu einem Sessel. Cambon murmelte immerzu vor sich hin: »Sie werden uns im Stich lassen. Sie werden uns im Stich lassen.«[1648]

Großbritannien interveniert

In Wirklichkeit waren die Aussichten nicht so düster, wie Cambon damals annahm. In der Krisensituation der ersten Augusttage 1914 kochten die

Emotionen hoch. Cambons Angst, im Stich gelassen zu werden, und Greys Angst vor einer Überforderung, bevor die Billigung seiner Politik gesichert war, lösten eine Verschärfung und Polarisierung der Äußerungen aus, die zu einer falschen Deutung der zugrunde liegenden Realitäten der Situation führen könnten. Die Waagschale der Initiative senkte sich bereits unmerklich zugunsten einer britischen Intervention auf dem Kontinent. Am 29. Juli hatte das Kabinett auf Churchills Antrag als Erster Lord der Admiralität bereits einer vorbeugenden Mobilmachung der Flotte zugestimmt. Und noch am selben Abend gelang es Asquith, mit einem »starren Blick« und »einer Art Grunzen« Churchill die stillschweigende Billigung einer Aufstellung der Flotte auf Kriegspositionen zu signalisieren. Am 1. August mobilisierte Churchill, ohne die Genehmigung des Kabinetts einzuholen (aber mit der impliziten Billigung des Premiers), die britische Flotte.

Um die gleiche Zeit startete die konservative Opposition eine massive Lobbyarbeit zugunsten einer Intervention. Die Presse der Tories hatte bereits angefangen, sich für eine britische Intervention auszusprechen. Während der *Manchester Guardian*, die *Daily News* und der *Standard* (ausnahmslos liberale Zeitungen) an einer Politik der Neutralität festhielten, forderten konservative Blätter mit der *Times* an der Spitze eine harte Haltung gegenüber Österreich und Deutschland und die Beteiligung an dem drohenden kontinentalen Krieg. Und hinter den Kulissen warnte der Einsatzleiter Henry Wilson, ein überzeugter Befürworter der Intervention, der in jenen Tagen häufig zwischen der französischen Botschaft und dem Foreign Office hin und her wechselte, die konservative Führung, es bestehe ernsthaft die Gefahr, dass Großbritannien Frankreich im Stich lassen könnte.

Am 1. August, kurz nach Cambons Gespräch mit Grey, stattete der konservative Abgeordnete George Lloyd dem französischen Botschafter einen Besuch ab. Cambon war immer noch erregt: Was denn, so fragte er, aus den englisch-französischen Marineabkommen oder den Konsultationen der Generalstäbe geworden sei, die beide eine miteinander verflochtene Sicherheitspolitik voraussetzten? Und was sei mit den unzähligen Versicherungen der britischen Unterstützung im Lauf der letzten Jahre? »Alle unsere Pläne sind gemeinschaftlich festgelegt worden«, rief der Botschafter

aus. »Unsere Generalstäbe haben sich besprochen. Sie haben alle unsere Entwürfe und Vorbereitungen gesehen.«[1649] Nachdem Cambon seiner Empörung Luft gemacht hatte, widmete er sich geschickt seinem Gesprächspartner. Das Foreign Office habe in Wirklichkeit, so Cambon, der konservativen Opposition die Schuld an der eigenen Untätigkeit gegeben, indem es habe durchblicken lassen, dass man sich nicht darauf verlassen könne, dass die Tories eine Initiative unterstützen würden, die zum Krieg führen könnte. Lloyd dementierte dies energisch und war nach dem Gespräch mit dem Botschafter entschlossen, eine konservative Lobby für die Intervention zu mobilisieren. Noch am selben Abend fand zu später Stunde ein Treffen im Hause Austen Chamberlains statt, und bis zehn Uhr am nächsten Morgen (2. August) hatte man eine Gruppe prominenter Konservativer, darunter die Führer der Konservativen in beiden Kammern, Henry Lansdowne und Andrew Bonar Law, von der Notwendigkeit einer positiven Aktion überzeugt. Es ging ein Brief an Premierminister Asquith heraus, in dem es hieß, dass die Opposition eine Intervention unterstützen werde. Ferner warnten die Schreiber, dass eine Entscheidung für eine Neutralität nicht nur das Ansehen des Landes beschädigen, sondern auch seine Sicherheit gefährden würde.[1650]

Die entscheidende Schlacht wurde jedoch im Kabinett ausgetragen. Hier tendierte die Meinung immer noch eindeutig zu einer Nichtintervention. Die Mehrheit stand der Entente mit Frankreich misstrauisch gegenüber und war ein überzeugter Gegner der Konvention mit Russland.[1651] »Alle sehnen sich danach, sich herauszuhalten«, schrieb Asquith am 31. Juli an Venetia Stanley.[1652] Mindestens drei Viertel der Mitglieder, erinnerte sich Churchill später, seien entschlossen gewesen, sich nicht in »einen europäischen Streit« hineinziehen zu lassen, sofern Großbritannien nicht selbst angegriffen werde, »was unwahrscheinlich schien«.[1653] Außerdem konnten die Gegner einer Intervention mit einer gewissen Berechtigung für sich beanspruchen, von den Bank- und Handelskreisen in London unterstützt zu werden: Am 31. Juli stattete eine Delegation der städtischen Finanziers Asquith einen Besuch ab und warnte ihn davor, es zuzulassen, dass Großbritannien in einen europäischen Konflikt hineingezogen werde.

Die Kabinettssitzung am Vormittag des 1. August brachte eine Polarisierung und Klärung der Fronten. John Morley und John Simon führten die Gruppe der Interventionsgegner an und verlangten »jetzt und sofort« eine Deklaration, dass die britische Regierung *»unter keinen Umständen«* in Aktion treten werde. Churchill hingegen war »sehr kriegerisch« gestimmt und forderte die »sofortige Mobilmachung«. Grey erweckte den Eindruck, dass er zurücktreten werde, falls sich das Kabinett auf die Neutralität festlegen sollte. Haldane äußerte sich »diffus« und »nebulös«.[1654] Das Kabinett entschied sich gegen den sofortigen Einsatz des britischen Expeditionskorps auf dem Kontinent – eine Entscheidung, gegen die weder Grey noch die übrigen liberalen Imperialisten Einspruch erhoben. (Eben diese Entscheidung brachte Paul Cambon an den Rand der Verzweiflung.) John Morley war sich des Sieges der Nichtinterventionisten so sicher, dass er vor Churchill mit dem Sieg der »Friedenspartei« prahlte: »Am Ende haben wir Sie doch geschlagen.«[1655]

Dennoch hatte die britische Regierung bis zum Ende des nächsten Tages – Sonntag, der 2. August – bereits die entscheidenden Schritte in Richtung Intervention ergriffen. Auf der ersten Kabinettssitzung an jenem Tag, die von 11 bis 14 Uhr dauerte, wurde Grey ermächtigt, dem französischen Botschafter mitzuteilen, dass, falls die deutsche Flotte die Nordsee überqueren oder in den Ärmelkanal eindringen sollte, um die französische Schifffahrt zu stören oder die französische Küste anzugreifen, die britische Flotte vollen Schutz gewähren werde. Walter Runciman, der Vorsitzende des Ausschusses für Landwirtschaft und Fischerei, bezeichnete die Sitzung später als »das Kabinett, das beschloss, dass ein Krieg gegen Deutschland unvermeidlich war«.[1656] Auf einer späteren Sitzung von 18.30 bis 20 Uhr wurde vereinbart, dass eine »substanzielle Verletzung« der belgischen Neutralität »uns zum Handeln zwingen würde«.[1657] Dies wurde so aufgefasst, dass diese Zusicherung unweigerlich eine Intervention nach sich ziehen würde, denn die Deutschen hatten gegenüber der britischen Regierung deutlich gemacht, dass sie die Absicht hatten, durch Belgien gegen Frankreich aufzumarschieren. In der Erkenntnis, dass für die Gegner einer Intervention das Menetekel gesprochen war, gab Burns nach der ersten

Sitzung seinen Rücktritt bekannt; am Ende der zweiten kündigte auch Viscount John Morley seinen Rücktritt an. Die »Friedenspartei« befand sich in Auflösung.

Wie war eine so dramatische Kehrtwende möglich? Um diese Frage zu beantworten, muss man als Erstes darauf hinweisen, wie geschickt die Gruppe der Interventionisten die Rahmenbedingungen der Diskussion festgelegt hatte. Der Kabinettsminister Herbert Samuel trug dazu bei, einen Rahmen für die Diskussion vorzugeben, indem er im Vorfeld der beiden Sitzungen zwei Szenarien präsentierte, in denen erstens eine deutsche Bombardierung der französischen Küste und zweitens eine »substanzielle Verletzung« der belgischen Neutralität als mögliche Auslöser einer bewaffneten Erwiderung Großbritanniens genannt wurden. Der Reiz dieser beiden Vorschläge lag nicht zuletzt darin, dass gewährleistet war, dass »eine Aktion des Deutschen Reiches und nicht unserer Seite« den Ernstfall auslösen würde.[1658] Grey plädierte auf der Vormittagssitzung des 2. August sehr leidenschaftlich dafür, dass Großbritannien eine moralische Verpflichtung habe, Frankreich in dem kommenden Konflikt beizustehen, und fügte hinzu: »Wir haben Frankreich dazu gebracht, sich auf uns zu verlassen, und wenn wir ihm in seinem Todeskampf nicht beiständen, kann ich meine Arbeit im Foreign Office nicht fortsetzen …«[1659] Und während sich die Befürworter der Intervention um Grey und den Premierminister sammelten, versäumte die »Friedenspartei« es, parteiübergreifend oder außerparlamentarisch Unterstützung zu suchen, und erwies sich als außerstande, einen Anführer hervorzubringen, der es mit den Imperialisten und ihren konservativen Verbündeten hätte aufnehmen können.

Wie wichtig waren die Argumente, die von den liberalen Imperialisten vorgebracht wurden? Da die britische Kriegserklärung an Deutschland vom 4. August tatsächlich auf die deutsche Invasion in Belgien folgte und da die Entente schleunigst in ein umfassendes Bündnis umgewandelt wurde, dessen Geschichte später als eine dauerhafte britisch-französische Freundschaft neu geschrieben werden sollte, ging man gemeinhin davon aus, dass Belgien und Frankreich die Themen waren, die das Kabinett, das Parlament und die Bevölkerung in den Krieg trieben. Diese Anschauung ist keineswegs falsch:

Ihre Bedeutung sowohl für die Legitimierung der eingeschlagenen Linie als auch für die Zementierung der heiligen Einheit zwischen Kabinett, Parlament und öffentlicher Meinung, die in der Frühphase des Krieges ein so bezeichnendes Merkmal war, lässt sich nicht bestreiten.[1660] In einer brillanten Rede vor dem Unterhaus am 3. August verknüpfte Grey die englisch-französische Entente mit dem aufkommenden Konsens für einen Krieg. Die britischen Zusagen gegenüber Frankreich hätten, so Grey, stets kurz vor »einer Verpflichtung, im Krieg zu kooperieren«, haltgemacht. Aber schon die Tatsache der Kooperation im Bereich der Marine zwischen den beiden Ländern impliziere eine moralische Verpflichtung:

> Die französische Flotte befindet sich jetzt im Mittelmeer, und die Nord- und Westküste Frankreichs sind absolut unverteidigt. Indem die französische Flotte im Mittelmeer konzentriert ist, ist die Lage ganz anders, als sie früher zu sein pflegte, weil die Freundschaft, die zwischen den beiden Ländern entstanden ist, ihnen ein Gefühl der Sicherheit gegeben hat, dass von uns nichts zu befürchten sei. Die französischen Küsten sind absolut unverteidigt. Die französische Flotte befindet sich im Mittelmeer und ist seit einigen Jahren infolge des Gefühls von Vertrauen und Freundschaft, das zwischen den beiden Ländern bestand, dort konzentriert worden.[1661]

Dieser moralischen Verpflichtung fügte Grey noch ein Argument auf der Basis britischer Interessen hinzu, indem er durchblicken ließ, dass, falls Frankreich seine Flotte aus dem östlichen Mittelmeer abziehe, Italien die Gelegenheit nutzen könnte, von der eigenen Neutralität abzurücken. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte Großbritannien gezwungen sein, sich in die Schlacht zu stürzen, um die Handelsrouten im Mittelmeer zu verteidigen, die »für dieses Land so lebenswichtig« wären. Das war nach allen Darstellungen die erfolgreichste Rede der gesamten politischen Karriere Greys. Wenn man sie heute liest, kommt man nicht umhin, die Art und Weise zu bewundern, in der er in der verführerisch zögerlichen, Gentleman-ähnlichen Manier, die sein Markenzeichen war, die moralischen Glaubenssätze der imperialistischen Haltung definierte. Der wohl bezeichnendste Tribut stammte von dem

ehemaligen Gegner einer Intervention, dem Liberalen Christopher Addison: »[Greys Rede] machte, denke ich, dem ganzen Unterhaus, mit allenfalls drei oder vier Ausnahmen, glaubhaft, dass wir gezwungen waren, uns zu beteiligen.«[1662] Und sobald die Entscheidung gefallen war, stand mit einer erstaunlichen Geschwindigkeit die ganze Nation hinter ihr. Es entwickelte sich eine britische *union sacrée*, die von den Unionisten aller Art über die Labour Party bis hin zu den irischen Nationalisten alle politischen Gruppierungen umfasste.[1663] Cambons Vertrauen in den britischen Außenminister wurde somit bestätigt. Freilich hatte er einige schmerzliche Augenblicke durchgemacht, aber langfristig behielt der französische Botschafter Recht – und die Frist betrug immerhin nur ein paar Tage.

Dennoch legt der Umstand, dass in den letzten Julitagen weder Belgien noch Frankreich im Kabinett großes Gewicht hatten, die Vermutung nahe, dass wir die Bedeutung dieses Arguments einschränken und zwischen den Gründen für die Entscheidung und den Argumenten unterscheiden müssen, die zu ihrer Propagierung und Rechtfertigung ins Feld geführt wurden. Andere Faktoren dürften insbesondere bei jenen Wackelkandidaten unter den Ministern, deren Stimmen für die Verabschiedung einer Kabinettsresolution unverzichtbar waren, den Wechsel von der Neutralitäts- zur Interventionsposition ausgelöst haben. Innerhalb dieses größeren Rahmens spielten parteipolitische Erwägungen, wie die liberale Regierung nach dem Rücktritt Greys und Asquiths überleben könnte, mit Sicherheit eine wichtige Rolle. In Anbetracht der konservativen Unterstützung für eine Intervention (die nicht zuletzt von deren Haltung zur irischen Frage gefördert wurde, weil man davon ausging, dass die Einführung der Home Rule nach einer Intervention auf unbestimmte Zeit verschoben würde) hätte ein Zusammenbruch des liberalen Kabinetts lediglich eine etwas verzögerte Annahme von Greys Linie zur Folge gehabt. Für alle, denen die belgische Neutralität und die englisch-französischen Marineabkommen gleichgültig waren, war es mit Sicherheit ein starkes Argument, nicht zuzulassen, dass die Regierung an der Interventionsdebatte zerbrach.[1664]

Diesen Überlegungen lagen tiefere Ängste bezüglich der Gefahr zugrunde,

die der britischen Sicherheit durch den bevorstehenden Konflikt drohte. Seit der Jahrhundertwende war die Notwendigkeit, russische Bedrohungen abzuwehren, das zentrale Thema der britischen Politik gewesen. Im Jahr 1902 hatte Großbritannien das englisch-japanische Bündnis genutzt, um Russland im Fernen Osten zu neutralisieren. Die englisch-französische Entente von 1904 hatte Russland weiter geschwächt, zumindest als Gegenspieler Großbritanniens; und die Konvention von 1907 mit Russland bot – wenigstens in der Theorie – ein Mittel, um die Spannungen entlang der Peripherie des Empires zu lenken, deren effektive Besetzung mit Soldaten sich Großbritannien nicht länger leisten konnte. Die russische Bedrohung war im Jahr 1914 keineswegs verschwunden; in Wirklichkeit tauchte sie im letzten Jahr vor Kriegsausbruch von Neuem auf. Zu jener Zeit bestärkte das extrem rücksichtslose und provozierende Verhalten der Russen in Persien und Zentralasien manche Politiker in London in der Überzeugung, dass die britisch-russische Konvention womöglich in den letzten Zügen lag, andere hingegen forderten deswegen noch eindringlicher ein Bündnis mit St. Petersburg. Buchanan drückte es im April 1914 in einem Brief an Nicolson so aus: »Russland wird rasch so mächtig, dass wir seine Freundschaft fast um jeden Preis erhalten müssen. Wenn es zu der Überzeugung gelangt, dass wir als Freund unzuverlässig und nutzlos wären, könnte es eines Tages mit Deutschland einen Handel schließen und die Handlungsfreiheit in der Türkei und Persien wiedererlangen.«[1665] Nicolson war im Jahr 1912 noch deutlicher geworden:

> … es wäre von weit größerem Nachteil, ein unfreundliches Frankreich und Russland zu haben als ein unfreundliches Deutschland. [Deutschland kann] uns reichlich zu schaffen machen, aber es kann unsere wichtigeren Interessen nicht ernsthaft bedrohen, insbesondere Russland könnte uns hingegen extreme Schwierigkeiten und in der Tat Gefahr im Mittleren Osten und an unserer indischen Grenze bereiten, und es wäre äußerst unglücklich, falls wir zu dem Status quo zurückkehren würden, der vor 1904 und 1907 Bestand hatte.[1666]

Allerdings zog Großbritannien im Jahr 1914 in den Krieg, um Deutschland in Schach zu halten, nicht Russland. Unter den Historikern ist umstritten, welchen Einfluss die beiden scheinbar völlig unterschiedlichen Sicherheitsparadigmen jeweils hatten – während ältere (und einige neue) Studien die zentrale Bedeutung des kontinentalen Kräftegleichgewichts für das britische Denken und die Politik hervorheben, haben aktuelle revisionistische Darstellungen das Sichtfeld erweitert und argumentieren, dass Großbritannien wegen seiner Anfälligkeit als Weltmacht gezwungen war, den Fokus auf Russland als grundlegendere Gefahr zu richten. Es stimmt zwar, dass kontinentale Argumente nach den Krisen von 1905 und 1911 im britischen Denken mehr Gewicht erhielten.[1667] Aber es wäre falsch, der Spannung zwischen den beiden Standpunkten allzu viel Bedeutung beizumessen, die in den Argumentationen der Entscheidungsträger häufig miteinander vermischt wurden. Ein Beispiel hierfür ist die Notiz, die Eyre Crowe am 25. Juli an ein Telegramm von Botschafter Buchanan in St. Petersburg heftete. Crowe hatte immer schon dafür plädiert, das Kräftegleichgewicht auf dem Kontinent mit dem Fokus auf die Eindämmung Deutschlands zu bewahren. Aber er appellierte auch ausdrücklich an die Sicherheit des britischen Empires:

> Sollte der Krieg ausbrechen und England unbeteiligt bleiben, dann muss sich Folgendes ergeben: a) Entweder siegen Deutschland und Österreich, sie erdrücken Frankreich und demütigen Russland. […] Wie wird dann die Lage eines freundlosen England sein? b) Oder Frankreich und Russland siegen. Wie werden sie sich dann gegen England verhalten? Und wie wird’s mit Indien und dem Mittelmeer stehen?[1668]

Kurzum, die britischen Entscheidungsträger waren im Jahr 1914 nicht gezwungen, zwischen der kontinentalen und der imperialen Option zu wählen. Ob man nun Russland oder Deutschland als die Hauptgefahr betrachtete, das Ergebnis war dasselbe, weil eine britische Intervention an der Seite der Entente zugleich ein Mittel bot, um *sowohl* Russland zu besänftigen und zu zügeln, *als auch* Deutschland entgegenzutreten und es einzudämmen. Unter den Rahmenbedingungen von 1914 bündelte sich die Logik der

globalen und kontinentalen Sicherheit in der britischen Entscheidung, die Entente-Mächte gegen Deutschland und Österreich zu unterstützen.

Belgien

Die französische Politik kombinierte eine offensive Haltung auf dem russischen Kriegsschauplatz mit einer defensiven Haltung auf eigenem Boden. Im Fall Deutschlands waren die Pole umgekehrt. Da die Armee an zwei Fronten kämpfen musste, waren die deutschen Strategen gezwungen, zunächst einen entscheidenden Sieg an der einen Front anzustreben, um sich dann der anderen zuzuwenden. Dem Schlag gegen Westen wurde Vorrang eingeräumt, weil die Deutschen hier den entschlossensten und effektivsten Widerstand erwarteten. An der Ostfront sollte unterdessen eine Schutzstreitmacht zurückbleiben und den russischen Vormarsch aufhalten. Das Verhältnis zwischen den östlichen und westlichen Kontingenten veränderte sich in den letzten Jahren vor dem Krieg, als Moltke versuchte, der von der russischen militärischen Expansion und den Verbesserungen in der Infrastruktur ausgehenden Gefahr entgegenzutreten, aber die Logik des Plans blieb die gleiche: Deutschland sollte zuerst und am stärksten im Westen zuschlagen und seinen dortigen Gegner vernichten, bevor es sich dem Gegner im Osten widmete. Seit 1905 gingen deutsche Strategen davon aus, dass ein militärischer Erfolg im Westen nur möglich sein würde, wenn Deutschland Frankreich über die neutralen Staaten Luxemburg und Belgien angriff. Der Aufmarsch sollte über zwei Korridore auf beiden Seiten der Ardennen erfolgen: Einer ging durch Luxemburg, der andere schlängelte sich um den Ausläufer niederländischen Gebiets, den sogenannten Maastricht-Zipfel, und durchquerte den Süden Belgiens. Ein breiter, in fünf Arme unterteilter konzentrischer Angriff im Norden Frankreichs sollte die befestigten Stellungen um Verdun, Nancy, Epinal und Belfort umgehen und es den deutschen Truppen ermöglichen, Paris von Nordosten her zu bedrohen. Auf diesem Weg sollte eine rasche Lösung des Konflikts im Westen herbeigeführt werden.

Moltke und seine Untergebenen im Generalstab betrachteten diese

Aufstellung als den reinen Ausdruck unbestreitbarer militärischer Notwendigkeiten. Es wurden keine Alternativpläne ausgearbeitet, die der zivilen Führung andere Optionen geboten hätten. Das einzige alternative Szenario, der Plan für einen Ostfeldzug, der eine Mobilmachung allein gegen Russland vorsah, wurde im Jahr 1913 zu den Akten gelegt. Die militärischen Führer machten sich bemerkenswert wenig Gedanken über die politische Wirkung, die eine Verletzung der belgischen Neutralität auf den diplomatischen Handlungsspielraum in der kritischen Phase zwischen Frieden und Krieg haben könnte. Die Historiker haben zu Recht die Unbeweglichkeit der militärischen Planung kritisiert und darin die Früchte eines politischen Systems gesehen, in dem die Armee ihre eigenen Träume von einer »absoluten Vernichtung« verfolgte, ohne jegliche zivile Kontrolle oder Aufsicht.[1669] Aber hinter der Einengung der Optionen verbarg sich eine durchaus schlüssige Argumentation: Wegen der verstärkten gegenseitigen Verteidigungsmaßnahmen innerhalb des französisch-russischen Bündnisses war ein Krieg mit nur einer Front so gut wie undenkbar – deshalb wurde auch der Aufmarschplan für einen Ostfeldzug aufgegeben. Außerdem maßen deutsche Militärs (im Gegensatz zu ihren französischen Widerparts und den deutschen *zivilen* Führern) der Frage einer britischen Intervention keine große Bedeutung bei, denn die meisten deutschen Strategen hielten sie aus militärischer Sicht für irrelevant – ein weiteres Versagen strategischer und politischer Vorstellungskraft.

Als der Moment für die deutsche Mobilmachung am 1. August näher rückte, trafen die Politiker in Berlin zwei weitere historische Fehlentscheidungen. Die Umsetzung des Aufmarschs im Westen erforderte eine rasche und sofortige Invasion Belgiens. Die Verletzung der Neutralität zu verzögern, komme überhaupt nicht in Frage, argumentierte Moltke, weil die Vollendung der belgischen Befestigungsmaßnahmen in und um das befestigte Liège (Lüttich) den deutschen Vormarsch aufhalten und große Opfer fordern würde. Derart auf sofortigem Handeln zu bestehen, war aus politischer Sicht problematisch. Wenn Deutschland abgewartet hätte, bis seine Streitkräfte wirklich konzentriert und angriffsbereit waren, bevor sie die belgische Grenze überschritten, hätten die belgischen und französischen Truppen mehr

Zeit gehabt, ihre Verteidigungsvorkehrungen zu verstärken. Andererseits wäre es dann Grey und seinen Mitstreitern erheblich schwerer gefallen (allerdings wohl auch nicht unmöglich gewesen), für eine Intervention zu plädieren. Greys Widersacher hätten darauf hinweisen können, dass Russland und (im weiteren Sinne) Frankreich, nicht Deutschland die Feindseligkeiten forcieren würden; den britischen Fürsprechern einer Intervention wäre eines ihrer wichtigsten Argumente entzogen worden. In dieser Erkenntnis stellte Admiral Tirpitz, ein Mann der Marine, der die Bedeutung der britischen Rolle verstand, erbittert fest: »Das Rätsel, weshalb wir zuerst den Krieg erklärten, bleibt also für mich ungelöst.«[1670]

Die Übergabe eines Ultimatums an die belgische Regierung am 2. August war ein weiterer katastrophaler Fehler. In Anbetracht der bereits getroffenen Entscheidung, die belgische Neutralität zu verletzen, und mit Blick auf das Gebot der Schnelligkeit wäre es (aus deutscher Sicht) vermutlich besser gewesen, einfach einzumarschieren und das belgische Territorium zu durchqueren. Unterdessen hätte man sich entschuldigen und im Nachhinein die Angelegenheit als *fait accompli* über eine Schadensersatzzahlung regeln können. Genau ein solches Vorgehen hatte die britische Regierung eigentlich von den Deutschen erwartet. Und die Minister in Asquiths Kabinett, auch Churchill, hatten wiederholt die Ansicht geäußert, dass Großbritannien einen *Transit* durch Belgien nicht unbedingt als *casus belli* ansehen würde, solange die Deutschen südlich der Sambre-Meuse-Linie blieben und somit die strategisch wichtige Region um Antwerpen und die Schelde-Mündung mieden.

Die deutsche zivile Führung hingegen sah keine Alternative zur Übergabe eines Ultimatums, weil dies die einzig denkbare Möglichkeit schien, sich in irgendeiner Form mit Brüssel zu einigen und Großbritannien aus dem Krieg herauszuhalten. Das Ultimatum, das Moltke am 26. Juli entworfen hatte und das anschließend vom Auswärtigen Amt in Berlin überarbeitet worden war, appellierte an eine vernünftige Würdigung des deutschen nationalen Interesses mit Blick auf das enorme Ungleichgewicht der beteiligten Streitkräfte. Als Erstes hieß es dort, dass nach deutscher Einschätzung ein französischer Angriff durch belgisches Territorium unmittelbar bevorstehe

und dass es die deutsche Regierung »mit größtem Bedauern erfüllen würde, wenn Belgien einen Akt der Feindseligkeit gegen sich darin erblicken würde, dass die Maßnahmen seiner Gegner Deutschland zwingen, zur Gegenwehr auch seinerseits belgisches Gebiet zu betreten«. Es folgte eine ganze Reihe von Punkten: Deutschland werde (erstens) das gesamte belgische Staatsgebiet und die Besitztümer garantieren, das Staatsgebiet (zweitens) räumen, sobald die Feindseligkeiten beendet seien, und (drittens) für sämtliche belgische Kosten und Schäden aufkommen. Sollte Belgien jedoch den deutschen Streitkräften Widerstand leisten, so werde Deutschland (viertens) »zu seinem Bedauern gezwungen sein, das Königreich als Feind zu betrachten«. Aber wenn diese Eventualität vermieden werde, »würden die freundschaftlichen Bande, die beide Nachbarstaaten verbinden, eine weitere und dauernde Festigung erfahren«.[1671]

In letzter Minute wurde die Note in zwei bezeichnenden Punkten geändert. Die Frist für die belgische Antwort wurde auf Moltkes Bitte hin von 24 auf 12 Stunden verkürzt. Er konnte es kaum erwarten, die Truppen in Bewegung zu setzen. Zweitens wurde ein Passus gestrichen, der andeutete, dass die Belgier, falls sie eine »freundliche Haltung« einnähmen, eine territoriale Kompensation »auf Kosten Frankreichs« erwarten könnten. Dem Auswärtigen Amt war auf einmal aufgefallen, dass dieser Satz Großbritannien sogar noch stärker aufbringen könnte als die beabsichtigte Verletzung des belgischen Staatsgebiets. Der Umstand, dass dies Bethmann Hollweg nicht sofort aufgefallen war, wirft nicht gerade ein schmeichelhaftes Licht auf sein politisches Urteilsvermögen auf dem Höhepunkt der Krise.[1672]

Von dem Moment an, als der deutsche Gesandte Claus von Below Saleske die Note an den belgischen Außenminister Julien Davignon übergab, lief für die Deutschen alles furchtbar schief. Wenn Moltke mit den Streitkräften einfach durch den Süden Belgiens marschiert wäre, hätte man den Bruch der Neutralität noch mit der militärischen Notwendigkeit rechtfertigen können. Aber die Note zwang die belgische Regierung, noch vor der geplanten Aktion eine prinzipielle Antwort zu erteilen. Diese Aufgabe oblag dem belgischen König und dem Chef der belgischen Regierung Graf Charles de Broqueville. Der Graf brachte eine französische Übersetzung des Textes mit, als er um 20

Uhr zum Königspalast ging. Es konnte kein Zweifel daran bestehen, wie diese beiden Männer antworten würden. Der belgische König war für seine Geradlinigkeit und Entschlossenheit bekannt, und de Broqueville war ein vornehmer, altmodischer belgischer Patriot. Sie betrachteten die Note als eine Beleidigung der belgischen Ehre – was denn sonst? Eine Stunde später wurde das deutsche Ultimatum im Ministerrat und anschließend in einem Kronrat besprochen, dem neben den Ministern mit eigenen Ressorts noch eine Reihe ehrwürdiger Staatsmänner mit ministeriellen Ehrentiteln angehörte. Es gab keine Diskussion – von Anfang an war klar, dass Belgien Widerstand leisten würde. Mitten in der Nacht verfasste der Außenminister eine Antwort von beeindruckender Würde und Klarheit, die in einer hochsinnigen Ablehnung des deutschen Angebots gipfelte: »Wenn die belgische Regierung die ihr unterbreiteten Vorschläge annähme, würde sie die Ehre der Nation opfern und gleichzeitig ihre Pflichten gegenüber Europa verletzen.«[1673]

Am Morgen des 3. August wurden das Ultimatum und die belgische Antwort dem französischen Gesandten in Brüssel, Antony Klobukowski, vorgelegt, der die Meldung unverzüglich an die Nachrichtenagentur Havas weiterleitete. Ein Mediensturm fegte durch ganz Belgien und die Länder der Entente und entfachte überall große Empörung. In Belgien kam es zu einem regelrechten Ausbruch des Patriotismus. In ganz Brüssel und anderen großen Städten wurden die Straßen mit den Landesfahnen geschmückt; alle Parteien, von den antiklerikalen Liberalen und Sozialisten bis hin zu den klerikalen Katholiken bekräftigten ihre Entschlossenheit, die Heimat und die Landesehre gegen den Eindringling zu verteidigen.[1674] Am 5. August sprach der König im Parlament von der Notwendigkeit der nationalen Einheit bei der Verteidigung des Vaterlandes und fragte die versammelten Abgeordneten: »Sind Sie entschlossen, das heilige Vermächtnis unserer Vorfahren um jeden Preis zu bewahren?« Als Antwort ertönte von allen Seiten begeisterter Jubel.[1675] Das deutsche Ultimatum entpuppte sich somit als ein »furchtbarer psychologischer Lapsus«.[1676] Es klang in der Kriegspropaganda nach, überschattete die komplexe Kausalität des Krieges und verlieh den Kriegsanstrengungen der Entente ein unerschütterliches Gefühl moralischer Überlegenheit.

Viele Deutsche waren schockiert über die belgische Entscheidung, bis zum Äußersten Widerstand leisten zu wollen. »Oh, die armen Narren«, rief ein deutscher Diplomat in Brüssel dem Vernehmen nach aus. »Oh, die armen Narren! Warum gehen sie der Dampfwalze nicht einfach aus dem Weg. Wir wollen ihnen ja nichts tun, aber wenn sie uns im Wege stehen, dann werden sie überrollt werden. Oh, diese Narren!«[1677] Womöglich gerade weil die Deutschen dies erkannten, erneuerten sie sechs Tage später, am 8. August, ihren Appell an die belgische Vernunft. Die Festung Liège, die Moltke so wichtig war, war inzwischen nach heftiger Gegenwehr unter großen Opfern gefallen. In einer Note, die man Brand Whitlock, dem amerikanischen Gesandten in Brüssel, zukommen ließ, äußerte die Berliner Regierung ihr Bedauern über die »blutigen Auseinandersetzungen vor Lüttich« und fügte sinngemäß hinzu:

> Nunmehr, da die belgische Armee ihre Waffenehre durch den heldenhaften Widerstand gegen eine weit überlegene Streitmacht gewahrt habe, flehe die deutsche Regierung den König der Belgier und die belgische Regierung an, Belgien weitere Schrecken des Krieges zu ersparen. […] Deutschland versichert einmal mehr feierlich, dass es nicht die Absicht hat, sich Belgien anzueignen, und dass ihm diese Absicht fernliege. Deutschland ist immer noch bereit, Belgien zu räumen, sobald der Kriegszustand es ihm gestattet.[1678]

Auch dieses Angebot wurde abgelehnt.

Stiefel

Mit den aufeinanderfolgenden Generalmobilmachungen, Ultimaten und Kriegserklärungen kommt dieses Buch an sein Ende. Bei seiner letzten Begegnung mit Sasonow in St. Petersburg am Samstag, dem 1. August, murmelte der deutsche Botschafter Pourtalès »einige unverständliche Worte«, brach in Tränen aus, stammelte: »Das also ist das Ende meiner Sendung!« und verließ das Zimmer.[1679] Als Fürst Lichnowsky am 2. August Asquith einen Besuch abstattete, traf er den Premier »ganz gebrochen« an. »Die

Tränen liefen ihm über beide Wangen hinunter.«[1680] In Brüssel saßen die abreisenden Mitglieder der deutschen Gesandtschaft in einem verschlossenen Zimmer inmitten von gepackten Kisten und Aktenordnern auf ihren Stühlen und schminkten sich die Augenbrauen oder rauchten eine Zigarette nach der anderen, um ihre Nerven zu beruhigen.[1681]

Die Zeit der Diplomatie ging zu Ende, die Zeit der Soldaten und Seeleute hatte begonnen. Als der bayerische Militärbevollmächtigte in Berlin nach der Erteilung des Befehls zur Generalmobilmachung das deutsche Kriegsministerium aufsuchte, traf er »überall strahlende Gesichter« an: »Händeschütteln auf den Gängen; man gratuliert sich, dass man über den Graben ist.«[1682] Aus Paris berichtete am 30. Juli Oberst Ignatjew von der »unverhohlenen Freude« seiner französischen Kollegen, dass sie »die Gelegenheit haben, die, wie die Franzosen glauben, günstigen strategischen Umstände zu nutzen«.[1683] Der Erste Seelord Winston Churchill ließ sich von dem Gedanken an den bevorstehenden Kampf aufmuntern. »Alles treibt auf eine Katastrophe und Zusammenbruch zu«, schrieb er am 28. Juli seiner Frau. »Ich bin interessiert, gerüstet und glücklich.«[1684] In St. Petersburg versicherte ein leutseliger Alexander Kriwoschein einer Delegation der Staatsduma, dass Deutschland rasch vernichtet sein würde und dass der Krieg für Russland ein »Segen« sei: »Verlassen Sie sich auf uns, meine Herren, alles wird sich glänzend fügen.«[1685]

Mansell Merry, der Vikar der St.-Michaels-Kirche in Oxford, war Mitte Juli nach St. Petersburg gereist, um in den Sommermonaten als Kaplan der englischen Kirche in der Stadt zu dienen. Als der Mobilmachungsbefehl bekannt gegeben wurde, versuchte er, mit einem Dampfschiff nach Stockholm zu gelangen. Aber sein Schiff, die *Døbeln*, saß im Hafen fest – die Leuchttürme waren entlang der ganzen Küste des Finnischen Meerbusens gelöscht worden, und die Forts auf Kronstadt hatten Befehl erhalten, auf jedes Boot, das versuchen sollte, das Minenfeld zu passieren, das Feuer zu eröffnen. Am 31. Juli, einem hässlichen, grauen, stürmischen Tag in St. Petersburg, stellte Merry fest, dass er mit den anderen Möchtegern-Reisenden an Bord gefangen war, und beobachtete die Kolonnen von Soldaten und Marinereservisten, die über den Nikolajewski-Kai stapften. Einige

marschierten zu den »schmetternden Klängen« einer Blechkapelle, aber die meisten »trotteten umher, mit einem Bündel auf dem Rücken oder in der Hand, mit feierlichem Schweigen, die Frauen, von denen viele weinten, als würde ihnen das Herz brechen, bemühten sich atemlos, mit ihren Gatten, Söhnen oder Liebhabern an der Seite Schritt zu halten, während eine Kompanie nach der anderen vorüber [zog]«.[1686]

In den frühen Morgenstunden der Nacht vom 1. auf den 2. August hallte der Boulevard du Palais im Zentrum von Paris vom selben Klang marschierender Männer wider, die in langen Kolonnen nach Norden zu den Bahnhöfen Gare de'l Est und du Nord zogen. Es ertönte weder Musik noch Gesang oder Jubel, nur das Stampfen der Stiefel, das Klippklapp Hunderter Pferde, das Heulen der Automobile und das Knirschen der Eisenräder auf Kopfsteinpflaster, als die Geschütze an den dunklen Fenstern der Wohnungen vorüberrollten. Viele Bewohner lagen vermutlich wach im Bett oder verfolgten vom Fenster aus das Schauspiel.[1687]

Die öffentlichen Reaktionen auf die Nachricht vom Krieg straften die Behauptung Lügen, die von den Staatsmännern so häufig geäußert wurde, dass die Entscheidungsträger nämlich von der öffentlichen Meinung getrieben worden wären. Freilich kann von einem Widerstand gegen den Ruf zu den Waffen keine Rede sein. So gut wie überall strebten die Männer mehr oder weniger bereitwillig zu den Sammelpunkten.[1688] Dieser Bereitschaft, den Dienst anzutreten, lag allerdings keine Begeisterung für den Krieg an sich zugrunde, sondern ein defensiver Patriotismus, denn die Zusammenhänge dieses Konflikts waren so komplex und seltsam, dass die Soldaten und Zivilisten in allen kriegführenden Staaten überzeugt sein durften, dass sie einen Verteidigungskrieg führten, dass ihre jeweiligen Länder von einem entschlossenen Gegner entweder angegriffen oder provoziert worden waren, ja, dass sich ihre Regierungen nach Kräften bemüht hatten, den Frieden zu bewahren.[1689] Während sich die Bündnisblöcke auf den Krieg vorbereiteten, geriet die verzwickte Kette von Ereignissen, die den Flächenbrand entfacht hatte, rasch aus dem Blick. »Kein Mensch scheint sich daran zu erinnern«, notierte ein amerikanischer Diplomat in Brüssel am 2. August in sein Tagebuch, »dass noch vor wenigen

Tagen Serbien in dieser Angelegenheit die Hauptrolle gespielt hatte. Es scheint hinter den Kulissen abgetaucht zu sein.«[1690]

Vereinzelt gab es Bekundungen chauvinistischer Begeisterung für den bevorstehenden Kampf, aber das waren Ausnahmen. Der Mythos, dass die Europäer eifrig die Gelegenheit ergriffen hätten, einen verhassten Feind zu schlagen, ist inzwischen völlig widerlegt.[1691] An den meisten Orten und für die meisten Menschen wirkte die Nachricht von der Mobilmachung wie ein tiefer Schock, ein »Donnerschlag aus heiterem Himmel«. Und je weiter man sich von den städtischen Zentren entfernt, desto weniger Verständnis hatten die Menschen, die in dem kommenden Krieg kämpfen, sterben, verstümmelt oder verwaist werden sollten, offenbar für die Neuigkeit. In den Dörfern der russischen Provinz herrschte eine »fassungslose Stille«, die nur von dem Klang »weinender Männer, Frauen und Kinder« gestört wurde.[1692] In Vatilieu, einer kleinen Gemeinde in der Region Rhône-Alpes in Südostfrankreich, rief das Läuten der Sturmglocke die Arbeiter und Bauern auf den Dorfplatz. Einige, die direkt vom Feld herbeigerannt waren, hielten noch die Heugabel in der Hand.

> »Was kann das bedeuten? Was soll aus uns werden?«, fragten die Frauen. Frauen, Kinder, Männer wurden allesamt von ihren Gefühlen überwältigt. Die Frauen packten ihre Männer am Arm. Die Kinder fingen, als sie ihre Mütter weinen sahen, auch zu heulen an. Rings um uns herrschte eine Alarmstimmung und Bestürzung. Was für eine beklemmende Szenerie.[1693]

Ein englischer Reisender erinnerte sich an die Reaktion in einer Kosakensiedlung im Altai (Semipalatinsk), als von einem Reiter die »blaue Flagge« hochgehalten wurde und die Signalhörner Alarm bliesen und so die Nachricht von der Mobilmachung bekannt gaben. Der Zar hatte gesprochen, und die Kosaken mit ihrer einzigartigen militärischen Tradition »brannten darauf, gegen den Feind zu kämpfen«. Aber wer *war* der Feind? Das wusste keiner. Das Telegramm zur Mobilmachung machte dazu keine Angaben. Die Gerüchteküche brodelte. Anfangs stellten sich alle vor, dass es gegen China in den Krieg gehen musste: »Russland war in der Mongolei zu weit

gegangen, und China hatte den Krieg erklärt.« Dann machte ein anderes Gerücht die Runde: »Es geht gegen England, gegen England.« Diese Meinung hielt sich einige Zeit.

> Erst nach vier Tagen drang so etwas wie die Wahrheit zu uns durch, und dann wollte keiner sie glauben.[1694]

1590 Holger Afflerbach, *Falkenhayn: Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich,* München 1994, S. 153.

1591 Wilhelm an Jagow, Neues Palais, 28. Juli 1914, in: Geiss, *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 575, S. 184 f.; Afflerbach, *Falkenhayn*, S. 153.

1592 Zitiert in Afflerbach, *Falkenhayn*, S. 154.

1593 Zitiert nach John C. G. Röhl, *Wilhelm II. Der Weg in den Abgrund, 1900–1941,* München 2008, S. 1090; dazu auch Volker Berghahn, *Germany and the Approach of War in 1914,* Basingstoke 1993, S. 202 f.

1594 Albertini, *Origins*, Bd. 2, S. 467; dazu auch Geiss, *Juli 1914*, S. 215–218; Christopher Clark, *Wilhelm II. Die Herrschaft des letzten deutschen Kaisers,* München 2008, S. 274.

1595 Lichnowsky an Jagow, London, 27. Juli 1914, in: Imanuel Geiss (Hg.), *Juli 1914. Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs,* München 1965, Dok. 97, S. 232 f.

1596 Bethmann Hollweg an Tschirschky, Berlin, 22.15 Uhr, 28. Juli 1914, in: Geiss (Hg.), *Juli 1914*, Dok. 115, S. 256 f.; sowie Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 2, Dok. 592, S. 196 f.; Stevenson, *Armaments*, S. 401f; zur Abweichung zwischen der Sichtweise Bethmann Hollwegs und Wilhelms siehe den Kommentar von Geiss in: Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, S. 164 f.

1597 Bethmann Hollweg an Wilhelm II., Berlin, 22.15 Uhr (Eingang), 28. Juli 1914, in: Geiss (Hg.), *Juli 1914*, Dok. 114, 117, S. 255, 258 f.; dazu auch Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 2, Dok. 587, S. 192, sowie ebenda Anm. 2.

1598 Trumpener, »War Premeditated?«, S. 66 f.

1599 Chelius an Wilhelm II., St. Petersburg, 26. Juli 1914, in: Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 2, Dok. 441, S. 47 ff., hier S. 48, dazu auch ebenda, Bd. 1, Dok. 355, S. 411 f.

1600 Zitiert in Trumpener, »War Premeditated?«, S. 66.

1601 Ebenda.

1602 Generalstab, Bericht der Nachrichtenabteilung IVK, 28. Juli 1914, zitiert in ebenda, S. 72.

1603 Siehe beispielsweise Bethmann Hollweg an Tschirschky, Berlin, 29. Juli 1914 und derselbe an denselben zwei Mal am 30. Juli 1914, zitiert in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 690, 695, 696, S. 287–290.

1604 Falkenhayn, Tagebuch, 29. Juli 1914, zitiert in Afflerbach, *Falkenhayn*, S. 155.

1605 Berghahn, *Germany and the Approach of War*, S. 215.

1606 Falkenhayn, Tagebuch, 31. Juli 1914, zitiert in Afflerbach, *Falkenhayn*, S. 160.

1607 Georg V., überliefert von Prinz Heinrich von Preußen, Heinrich an Wilhelm II., 28. Juli 1914, *DD*, Bd. 1, S. 328 f.

1608 Harold Nicolson, *King George the Fifth*, London 1952, S. 245; Berghahn, *Germany and the*

Approach of War, S. 219.

1609 Nicolson, *King George the Fifth*, S. 246.

1610 Lichnowsky an Jagow, London, 29. Juli 1914, in: Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 678, S. 277–280.

1611 Wilhelm II., Randbemerkungen zu Pourtalès an Jagow, St. Petersburg, 30. Juli 1914, in: Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 698, S. 291 ff.

1612 Lichnowsky an Jagow, London, 1. August 1914, *DD*, Bd. 3, Dok. 562, S. 66; nachgedruckt in Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 2, Dok. 983, S. 544.

1613 Lichnowsky an Jagow, London, 1, August 1914, *DD*, Bd 3, Dok. 570, S. 70; nachgedruckt in Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 2, Dok. 996, S. 554.

1614 Zitiert in Afflerbach, *Falkenhayn*, S. 164.

1615 Falkenhayn, Tagebuch, 1. August 1914, zitiert in ebenda, S. 165 f. Falkenhayns Version des Wortwechsels wurde im Wesentlichen von Moltke bestätigt, ist aber möglicherweise nicht ganz glaubwürdig. Laut den Memoiren des Augenzeugen Flügeladjutant Max von Mutius fragte der Kaiser Moltke, ob ein Grenzübertritt im Westen, insbesondere das Eindringen der 16. Division nach Luxemburg, noch aufgehalten werden könne. Moltke erwiderte, das könne er nicht sagen, und ein Untergebener aus der Einsatzabteilung des Generalstabs, Oberstleutnant Tappen, bestätigte, dass dies noch möglich sei. Nach dieser Version überstimmte der Kaiser somit Moltke nicht direkt, sondern blieb innerhalb der konventionellen Grenzen seiner Stellung. Auf jeden Fall sind sich die überlieferten Schilderungen einig, dass diese Episode eine traumatische Wirkung auf den Generalstabschef hatte, der später immer wieder darauf zu sprechen kam; siehe Holger Afflerbach, *Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr im Ersten Weltkrieg. Quellen aus der militärischen Umgebung des Kaisers, 1914–1918*, München 2005, S.13.

1616 Siehe Moltkes Erinnerung an die Szene in Moltke an Plessen, Berlin, 2. Mai 1915, in Afflerbach, *Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr*, S. 769; vgl. Cecil, *Wilhelm II*, Bd. 2, S. 107.

1617 Mombauer, *Helmuth von Moltke*, S. 222.

1618 Bethmann Hollweg an Lichnowsky, und Wilhelm II. an Georg V., beide Berlin, 1. August 1914, in: Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 1005, 1007, S. 566 ff.

1619 Jagow an Lichnowsky, Berlin, 1. August 1914, ebenda, Dok. 1008, S. 568.

1620 Lichnowsky an Jagow, London, 1. August 1914, *DD*, Bd. 3, Dok. 596, S. 89 ff.; nachgedruckt in Geiss (Hg.), *Julikrise,* Bd. 2, Dok. 1003, S. 564 ff.

1621 Georg V. an Wilhelm II., London, 1. August 1914, *DD*, Bd. 3, Dok. 612, S. 103 f.

1622 Lichnowsky an Jagow, London, 1. August 1914, ebenda, Bd. 3, Dok. 603, S. 95.

1623 Zitiert in Afflerbach, *Falkenhayn*, S. 167.

1624 Lichnowsky an Jagow, London, 29 Juli 1914, in: Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 678, S. 277–280.

1625 Grey an Bertie, London, 31. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 352, S. 220; übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 957, S. 511.

1626 Harry F. Young, »The Misunderstanding of August 1, 1914«, in: *Journal of Modern History*, 48/4 (1976), S. 644–665.

1627 Stephen J. Valone, »›There Must Be Some Misunderstanding‹: Sir Edward Grey’s Diplomacy of August 1, 1914«, in: *Journal of British Studies*, 27/4 (1988), S. 405–424.

1628 Keith M. Wilson, »Understanding the ›Misunderstanding‹ of 1 August 1914«, in: *Historical*

Journal, 37/4 (1994), S. 885–889; zur Auswirkung der internationalen finanziellen Instabilität auf das britische Denken siehe Nicholas A. Lambert, *Planning Armageddon. British Economic Warfare and the First World War*, Cambridge, Mass. 2012, S. 185–231; eine Diskussion der Thesen Lamberts findet sich in Williamson, »July 1914: Revisited and Revised«, S. 17 f.; Sam Williamson möchte ich für den Hinweis auf diese Argumentationslinie Lamberts danken.

1629 Grey an Bertie, London, 1. August 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 419, S. 250; übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 1053, S. 599.

1630 Bertie an Grey, Paris, 2. August 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 453, S. 263; zur »Impertinenz« dieser Antwort siehe Wilson, »Understanding the ›Misunderstanding‹«, S. 888.

1631 Mitteilung der deutschen Botschaft, London, 31. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 344, S. 217; die Warnung wurde am nächsten Tag wiederholt, siehe Mitteilung der deutschen Botschaft, London, 1. August 1914, ebenda, Dok. 397, S. 241.

1632 Asquith an Venetia Stanley, London, 1. August 1914, in Brock und Brock (Hg.), *Letters to Venetia Stanley*, S. 140.

1633 Grey an Bertie, London, 29. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 283, S. 180; übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 741, S. 329 f.

1634 Grey an Bertie, London, 31. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 352, S. 220; übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 957, S. 511.

1635 Grey an Bertie, London, 31, Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 367, S. 226 f.; übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 963, S. 516 f.

1636 Grey an Bertie, London, 20.20 Uhr, 1 August 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 426, S. 426; übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 1055, S. 600 f. Man beachte den Zeitpunkt der Absendung. Es handelt sich um ein späteres Telegramm als das bereits für diesen Tag zitierte, das dem britischen Botschafter in Paris nähere Einzelheiten über das Gespräch mit Cambon mitteilte.

1637 Keith Eubank, *Paul Cambon: Master Diplomatist*, Norman 1960, S. 170 f.

1638 Gespräch mit Cambon am 24. Juli, erinnert in André Géraud, »The Old Diplomacy and the New«, in: *Foreign Affairs*, 23/2 (1945), S. 256–270, hier S. 260.

1639 Grey an Bertie, London, 28. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 238, S. 156; übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 639, S. 230.

1640 Keiger, »France«, S. 133.

1641 Cambon an Viviani, London, 29. Juli 1914, *DDF*, 3. Serie, Bd. 11, Dok. 281, S. 228 f.

1642 Steiner, *Britain and the Origins*, S. 181–186.

1643 Zu diesem Aspekt der Entente siehe John Keiger, »Why Allies? Necessity or Folly«, unveröffentlichtes MS eines Vortrags, den er auf der Konferenz »Forgetful Allies: Truth, Myth and Memory in the Two World Wars and After«, Cambridge, 26.–27. September 2011 hielt. Ich möchte John Keiger dafür danken, dass er mir noch vor Veröffentlichung einen Einblick in das Manuskript gestattete.

1644 Géneviève Tabouis, *Perfidious Albion – Entente Cordiale*, London 1938, S. 109.

1645 Zitiert in Steiner, *Britain and the Origins*, S. 225.

1646 Asquith an Stanley, London, 29. Juli 1914, in Brock und Brock (Hg.), *Letters to Venetia Stanley*, S. 132.

1647 Eyre Crowe, Memorandum vom 31. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Anlage zu Dok. 369, S. 228 f.; zitiert nach Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 2, Dok. 962, S. 514 f.

1648 Zur wachsenden Bedeutung des Kabinetts siehe: Steiner, *Britain and the Origins*, S. 228. Cambon wird zitiert in John Keiger, »How the Entente Cordiale Began«, in Richard Mayne, Douglas Johnson und Robert Tombs (Hg.), *Cross Channel Currents. 100 Years of the Entente Cordiale,* London 2004, S. 3–10, hier S. 10; vgl. Hermann Lutz, *Lord Grey und der Weltkrieg. Ein Schlüssel zum Verständnis der britischen amtlichen Aktenpublikation über den Kriegsausbruch 1914,* Berlin 1927, S. 76. Die Szene zwischen Cambon und Nicolson wird geschildert in Harold Nicolson, *Die Verschwörung der Diplomaten. Aus Sir Arthur Nicolsons Leben 1849–1928,* Frankfurt/Main 1930, S. 439 f.

1649 Austen Chamberlain, *Down the Years,* London, [1935], S. 94 (deutsch: *Englische Politik. Erinnerungen aus 50 Jahren*, Essen 1938).

1650 Colin Forbes Adams, *Life of Lord Lloyd,* London 1948, S. 59 f.; Chamberlain, *Down the Years,* S. 94–101; Ian Colvin, *The Life of Lord Carson,* 3 Bde., London 1932–1936, Bd. 3, S. 14–20; zu Cambons Unterhaltung mit Lloyd insb. S. 14 f.; Leopold S. Amery, *My Political Life,* 3 Bde., London [1953–1955], Bd. 2, S. 17 ff.

1651 Keith M. Wilson, *The Policy of the Entente. Essays on the Determinants of British Foreign Policy, 1904–1914,* Cambridge 1985, S. 135.

1652 Asquith an Stanley, London, 31. Juli 1914, in Brock und Brock (Hg.), *Letters to Venetia Stanley*, S. 138.

1653 Winston S. Churchill, *The World Crisis,* London 1931, S. 114.

1654 Asquith an Stanley, London, 1. August 1914, in Brock und Brock (Hg.), *Letters to Venetia Stanley*, S. 140.

1655 John Morley, *Memorandum on Resignation, August 1914,* London 1928, S. 5.

1656 Zitiert in Wilson, *Policy of the Entente*, S. 137.

1657 Lord Crewe an Georg V. in einem Bericht über die Kabinettsitzung vom 2. August 1914, 18.30 Uhr, in: J. A. Spender und Cyril Asquith, *Life of Herbert Henry Asquith,* 2 Bde., London 1932, Bd. 2, S. 82; Morley, *Memorandum*, S. 21.

1658 Zur Verantwortung Samuels für diese Szenarien und seinen Erfolg, für sie unter seinen Kollegen Unterstützer zu finden, siehe Wilson, *Policy of the Entente*, S. 142; sowie Herbert Samuel an seine Frau Beatrice, 2. August 1914, in C. J. Lowe und M. L. Dockrill, *The Mirage of Power*, 3 Bde., London 1972, Bd. 1, S. 150 f.; Cameron Hazlehurst, *Politicians at War*, *July 1914 to May 1915: A Prologue to the Triumph of Lloyd George*, London 1971, S. 93–98.

1659 Zu Greys Worten und seiner »Emotion« siehe George Allardice Riddell (Eigentümer der Zeitschrift *News of the World*), *Lord Riddell's War Diary, 1914–1918,* London 1933, S. 6.

1660 Zum Stellenwert Belgiens in der britischen Meinung siehe John Keiger, »Britain's ›Union Sacrée‹ in 1914«, in: Jean-Jacques Becker und Stéphane Audoin-Rouzeau (Hg.), *Les Sociétés européennes et la guerre de 1914–1918,* Paris 1990, S. 39–52, insb. S. 48 f.

1661 Zitiert nach Lutz, *Lord Grey und der Weltkrieg,* S. 79.

1662 C. Addison, *Four and a Half Years,* 2 Bde., London 1934, Bd. 1, S. 32, zitiert in Brock, »Britain Enters the War«, S. 161.

1663 Keiger, »Britain's ›Union Sacrée‹«, in: Becker und Audoin-Rouzeau (Hg.), *Les Sociétés européennes,* S. 39–52; Samuel R. Williamson, *The Politics of Grand Strategy. Britain and France Prepare for War, 1904–1914,* Cambridge, Mass. 1969, S. 357–360.

1664 Diese Argumentation vertrat Keith M. Wilson in »The British Cabinet's Decision for War, 2 August 1914«, in: *British Journal of International Studies* (1975), S. 148–159; nachgedruckt als Kap. 8 von ders., *The Policy of the Entente*.

1665 Buchanan an Nicolson, St. Petersburg, 16. April 1914, *BD*, Bd. 10/2, Dok. 538, S. 784 f.

1666 Nicolson an Goschen, 15. April 1912, ebenda, Bd. 6, Dok. 575, S. 747; Steiner, *Foreign Office*, S. 131; siehe auch Wilson, *The Policy of the Entente*, S. 78; Zara S. Steiner, »The Foreign Office under Sir Edward Grey«, in: Francis Harry Hinsley (Hg.), *British Foreign Policy under Sir Edward Grey*, Cambridge 1977, S. 22–69, hier S. 45.

1667 Williamson, *Politics of Grand Strategy*, S. 108–114, 167–204.

1668 Eyre Crowe, Vermerke zu Buchanan an Grey, St. Petersburg, 24. Juli 1914, *BD*, Bd. 11, Dok. 101, S. 80 ff., hier S. 82; übersetzt in Geiss (Hg.), *Julikrise*, Bd. 1, Dok. 312, S. 375–378, hier S. 377.

1669 Isabel V. Hull, *Absolute Destruction. Military Culture and the Practices of War in Imperial Germany*, Ithaca 2005, S. 160–181; Mombauer, *Helmuth von Moltke*, S. 102, 105, 164–167, 225.

1670 Alfred von Tirpitz, *Erinnerungen*, Leipzig 1920, S. 241 f.

1671 Note, die am 2. August um 19 Uhr von M. Below Saleske an M. Davignon, [belgischer] Außenminister, übergeben wurde, Auszug aus dem belgischen »Graubuch« in TNA, FO 371/1910 (2. August 1914) online unter http://www.nationalarchives.gov.uk/pathways/firstworldwar/first_world_war/p_ultimatum.htm.

1672 Jean Stengers, »Belgium«, in Wilson (Hg.), *Decisions for War, S.* 151–174.

1673 Ebenda; Antwort der belgischen Regierung auf das deutsche Ultimatum, 3. August 1914 um 7 Uhr, in: Hugh Gibson, *A Journal from Our Legation in Belgium*, New York 1917, S. 19; zitiert nach Karlheinz Schonauer, *1914. Protokoll eines gewollten Krieges*, Berlin 2012, S. 431.

1674 Stengers, »Belgium«, S. 161 f.

1675 Gibson, *A Journal*, S. 15.

1676 Stengers, »Belgium«, S. 163.

1677 Gibson, *A Journal*, S. 22.

1678 Zitiert in A. Nevins (Hg.), *The Letters and Journal of Brand Whitlock. The Journal*, New York 1936, S. 23; dazu auch Stengers, »Belgium«, S. 164.

1679 Maurice Paléologue, Tagebucheintrag vom 1. August 1914, in ders, *Am Zarenhof während des Weltkrieges. Tagebücher und Betrachtungen*, München 1929. S. 41 f.

1680 Fürst Max von Lichnowsky, »Meine Londoner Mission«, nachgedruckt in: ders., *Auf dem Wege zum Abgrund. Londoner Berichte, Erinnerungen und sonstige Schriften*, Dresden 1927, Bd. 1, S. 124 f.

1681 Gibson, *A Journal*, S. 21.

1682 Bernd F. Schulte, »Neue Dokumente zu Kriegsausbruch und Kriegsverlauf 1914«, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 25 (1979), S. 123–185, hier S. 140.

1683 Bericht von Oberst Ignatjew, 30. Juli 1914, RGWIA, Fond 15304 –Uprawlenije Wojennogo Agenta wo Franzii, op. 2, d. 16 – Berichte und Kommunikation, die mit besonderen Heften geführt wurden, Bl. 38.

1684 Zitiert in Hew Strachan, *The First World War*, Oxford 2001, S. 103.

1685 W. I. Gurko, *Tscherty i Siluety Proschlogo, Prawitelstwo i Obschtschestwennost w Zarstwowanije Nikolaja II Isobraschenii Sowremennika*, Moskau 2000, S. 651.

1686 W. Mansell Merry, *Two Months in Russia: July–September 1914*, Oxford 1916, S. 76 f.

1687 So lautete Richard Cobbs Zusammenfassung der Eindrücke, die aufgezeichnet sind in Roger Martin du Gard, *L'Été 1914*, 4 Bde., Paris 1936–1940, zitiert in: Cobb, »France and the Coming of

War«, in Evans und Pogge von Strandmann (Hg.), *The Coming of the First World War*, S. 125–144, hier S. 137.

1688 Strachan, *The First World War*, S. 103–162, insb. S. 153; zu Krawallen bei der Musterung in Russland siehe Joshua Sanborn, »The Mobilization of 1914 and the Question of the Russian Nation«, in: *Slavic Review*, 59/2 (2000), S. 267–289.

1689 Neiberg, *Dance of the Furies*, S. 128.

1690 Gibson, Tagebucheintrag vom 2. August 1914, in ders., *A Journal*, S. 8.

1691 Siehe Adrian Gregory, *The Last Great War. British Society and the First World War*, Cambridge 2008, insb. S. 9–39; ders., »British War Enthusiasm: A Reassessment«, in: Gail Braybon (Hg.), *Evidence, History and the Great War. Historians and the Impact of 1914–18*, Oxford 2003, S. 67–85; eine außerordentlich vielschichtige Schilderung der Reaktionen im ländlichen Frankreich auf die Meldung vom Krieg bietet Jean Jacques Becker, *1914: Comment les français*, S. 277–309; ders., *L'Année 14*, Paris 2004, S. 149–153; Stéphane Audoin-Rouzeau und Annette Becker, *1914–1918*: *Understanding the Great War*, London 2002, S. 95; zu »Schock, Traurigkeit und Bestürzung«, mit der die meisten Menschen die Nachricht vom Krieg begrüßten, siehe Leonard V. Smith, Stéphane Audoin-Rouzeau und Annette Becker, *France and the Great War*, Cambridge 2003, S. 27 ff.; S. J. Flood, *France 1914–1918: Public Opinion and the War Effort*, Basingstoke 1990, S. 5–33; Jeffrey Verhey, *The Spirit of 1914. Militarism, Myth and Mobilization in Germany*, Cambridge 2000, S. 231–236 (deutsch: *Der Geist von 1914 und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000).

1692 Sanborn, »Mobilization of 1914«, S. 272.

1693 Diese Schilderung überliefert der Grundschullehrer des Dorfes, zitiert in Flood, *France 1914–1918*, S. 7.

1694 Stephen Graham, *Russia and the World*, New York 1915, S. 2 f., zitiert in Leonid Heretz, *Russia on the Eve of Modernity. Popular Religion and Traditional Culture under the Last Tsars*, Cambridge 2008, S. 195. Viele russische Memoiren dokumentieren eine gewisse Verwirrung über die Identität des Feindes, siehe dazu Bertram Wolfe, »War Comes to Russia«, in: *Russian Review*, 22/2 (1963), insb. S. 126–129.

SCHLUSS

»Ich werde nie begreifen, wie es passieren konnte«, sagte die Autorin Rebecca West zu ihrem Mann, als sie 1936 auf dem Balkon des Rathauses von Sarajevo standen. Später sinnierte sie, dass dies nicht etwa daran liege, dass es zu wenige Informationen gebe, »vielmehr gibt es zu viele«.[1695] Dass die Krise von 1914 außerordentlich komplex war, zählt zu den zentralen Aussagen dieser Studie. Zum Teil war diese Komplexität auf Verhaltensmuster zurückzuführen, die noch heute auf der politischen Bühne anzutreffen sind. Der letzte Teil dieses Buches wurde auf dem Höhepunkt der Finanzkrise in der Eurozone 2011/12 geschrieben – einem aktuellen Ereignis von atemberaubender Komplexität. Bemerkenswerterweise waren sich die Akteure in der Eurokrise, genau wie jene von 1914, der Tatsache bewusst, dass ein Ausgang im Bereich des Möglichen lag, der katastrophale Folgen haben würde (das Scheitern des Euro). Alle wichtigen Protagonisten hofften, dass es nicht so weit kommen würde, aber neben diesem gemeinsamen Interesse hatten sie auch besondere – und widersprüchliche – eigene Interessen. In Anbetracht der Wechselwirkungen im ganzen System hingen die Konsequenzen jeder Maßnahme von den Reaktionen anderer ab, die wegen des undurchsichtigen Entscheidungsprozesses kaum im Voraus berechnet werden konnten. Und die ganze Zeit über nutzten die politischen Akteure während der Eurokrise die *Möglichkeit* einer allgemeinen Katastrophe aus, um sich bestimmte Vorteile zu verschaffen.

So gesehen sind die Akteure von 1914 unsere Zeitgenossen. Allerdings sind die Unterschiede ebenso bedeutend wie die Gemeinsamkeiten. Zumindest die Minister, deren Aufgabe die Lösung der Eurokrise ist, sind sich im Großen und Ganzen einig, worin überhaupt das Problem besteht – im Jahr 1914 hingegen verhinderte eine tiefe Kluft der ethischen und politischen Perspektiven einen Konsens und beschädigte das Vertrauen. Von so mächtigen supranationalen Institutionen, die heutzutage einen Rahmen für die Verteilung von Aufgaben, die Schlichtung von Konflikten und die Suche

nach Lösungswegen bieten, konnte man damals noch nicht einmal träumen. Darüber hinaus war die Vielschichtigkeit der Krise von 1914 nicht auf die Delegierung von Befugnissen und Zuständigkeiten auf ein einziges politisch-finanzielles Gerüst zurückzuführen, sondern auf die rasch aufeinanderfolgenden Interaktionen schwer bewaffneter, autonomer Machtzentren, die sich unterschiedlichen und rasch wechselnden Bedrohungen stellen mussten und unter hohem Risiko und geringem Vertrauen und Transparenz operierten.

Ausschlaggebend für die Komplexität der Ereignisse von 1914 waren die raschen Veränderungen im internationalen System: die plötzliche Entstehung eines albanischen Nationalstaats, das türkisch-russische Wettrüsten im Schwarzen Meer oder die Umorientierung der russischen Politik von Sofia auf Belgrad, um nur einige zu nennen. Das waren keine langfristigen historischen Übergänge, sondern kurzfristige Neuausrichtungen. Die Folgen wurden durch die Fluidität der Machtverhältnisse innerhalb der europäischen Exekutiven noch verstärkt: Greys Bemühungen, die von den radikalen Liberalen ausgehende Gefahr einzudämmen, die unsichere Vormachtstellung Poincarés und seine Bündnispolitik, oder die Kampagne, die Suchomlinow gegen Kokowzow inszenierte. Nach Wladimir Kokowzows Abschied aus dem Amt im Januar 1914 bot Zar Nikolaus II., laut den unveröffentlichten Memoiren eines politischen Insiders, seinen Posten zuerst dem streng konservativen Pjotr Durnowo an, einem forschen und zielstrebigen Mann, der jedes Engagement auf dem Balkan kategorisch ausschloss. Aber Durnowo lehnte das Amt ab, und stattdessen ging es an Iwan Goremykin, dessen Schwäche es Kriwoschein und dem militärischen Oberkommando ermöglichte, einen unverhältnismäßig starken Einfluss auf die Ministerräte vom Juli 1914 auszuüben.[1696] Man sollte dieses Detail zwar nicht überbewerten, aber es macht doch deutlich, wie stark sich kurzfristige Neuausrichtungen auf die Rahmenbedingungen auswirkten, innerhalb derer sich die Krise von 1914 entfaltete.

1695 Rebecca West, *Schwarzes Lamm und grauer Falke. Eine Reise durch Jugoslawien,* Berlin 2002, S. 122.

1696 Es handelt sich um die Memoiren des Fürsten B. A. Wassiltschiko, die besprochen werden in D. C. B. Lieven, »Bureaucratic Authoritarianism in Late Imperial Russia: The Personality, Career and Opinions of P. N. Durnovo«, in: *The Historical Journal*, 26/2 (1983), S. 391–402.



Gavrilo Princips Fußspuren, Sarajevo (Aufnahme aus dem Jahr 1955)

Hulton Archive/Getty Images

Das machte wiederum das System erheblich undurchsichtiger und unberechenbarer, und eine alles durchdringende Stimmung des gegenseitigen Misstrauens wurde gefördert, selbst unter den jeweiligen Bündnisblöcken – eine Entwicklung, die den Frieden gefährdete. Im Jahr 1914 war das Vertrauen zwischen der russischen und britischen Führung relativ gering, und es nahm noch weiter ab. Das minderte jedoch nicht die Bereitschaft des Foreign Office, einen europäischen Krieg zu den von Russland festgelegten Bedingungen zu akzeptieren; im Gegenteil, es bekräftigte noch die Argumente für eine Intervention. Das Gleiche lässt sich über das französisch-russische Bündnis sagen: Zweifel an seiner Zukunft hatten auf beiden Seiten den Effekt, dass die Bereitschaft, einen Konflikt zu wagen, eher stieg, als zu sinken. Veränderungen in den Machtverhältnissen innerhalb jeder Regierung – im Verein mit rasch wechselnden objektiven Rahmenbedingungen – riefen wiederum die Schwankungen der politischen Linie und die zweideutigen Botschaften hervor, die für die Vorkriegskrisen so charakteristisch waren. Allerdings lässt sich nicht klar sagen, ob der Begriff »politische Linie« für die Ereignisse im Vorfeld des Krieges immer angemessen ist, wenn man die Unbestimmtheit und Zweideutigkeit vieler abgegebener Verpflichtungen betrachtet. Ob Russland oder Deutschland in den Jahren 1912 bis 1914 eine klare Balkanpolitik hatten, ist fraglich – vielmehr sehen wir eine Vielfalt von Initiativen, Szenarien und Haltungen, deren allgemeine Tendenz manchmal kaum zu erkennen ist. Innerhalb der jeweiligen Exekutive bedeutete die Veränderlichkeit der Macht darüber hinaus, dass jene, die für die Gestaltung der Politik zuständig waren, dies unter einem beträchtlichen Druck im eigenen Land taten, weniger von Seiten der Presse oder öffentlichen Meinung oder auch von Industrie- und Finanzlobbygruppen, sondern von Seiten der Gegner innerhalb der eigenen Eliten und Regierungen. Und dies verstärkte ebenfalls das Gefühl der Dringlichkeit, das die Entscheidungsträger im Sommer 1914 auf Schritt und Tritt verfolgte.

Wir müssen zwischen den objektiven Faktoren, die auf die Führungspersonen einwirkten, und den Versionen unterscheiden, die sie sich selbst und gegenseitig über das, was sie taten, einredeten – nicht zuletzt zu der Frage, warum sie es taten. Alle Hauptakteure in unserer Geschichte

filterten das Weltgeschehen durch Narrative, die sich aus einzelnen Erfahrungen zusammensetzten und von Ängsten, Projektionen und Interessen zusammengehalten wurden, die man als Maximen ausgab. In Österreich stand das gängige Bild einer Nation jugendlicher Banditen und Königsmörder, die einen geduldigen älteren Nachbarn unablässig provozierten und an der Nase herumführten, einer nüchternen Einschätzung im Wege, wie man die Beziehungen zu Belgrad regeln sollte. In Serbien bewirkten überhöhte Vorstellungen von der eigenen Opferrolle und der Unterdrückung durch ein räuberisches, übermächtiges Habsburger Reich umgekehrt genau das Gleiche. In Deutschland belastete eine düstere Vision künftiger Invasionen und Teilungen im Sommer 1914 den Entscheidungsprozess. Und die russische Legende wiederholter Demütigungen durch die Mittelmächte hatte eine ähnliche Wirkung, indem sie gleichzeitig die Vergangenheit verzerrte und die Gegenwart verklärte. Das wohl wichtigste Narrativ war die weithin verbreitete Legende vom historisch notwendigen Niedergang Österreich-Ungarns. Nachdem diese Legende das ältere Bild von Österreichs Rolle als Garant der Stabilität in Mittel- und Osteuropa verdrängt hatte, nahm sie den Gegnern Wiens auch die letzten Skrupel und untergrub die Vorstellung, dass Österreich-Ungarn wie jede andere Großmacht auch Interessen hatte, die es mit gutem Recht energisch verteidigte.

Der Umstand, dass die Gegebenheiten auf der Balkanhalbinsel eine so zentrale Rolle für den Ausbruch des Krieges spielten, mag selbstverständlich erscheinen, schon wenn man an den Ort der Morde denkt, welche die Krise auslösten. Aber zwei Punkte müssen besonders betont werden: Zunächst einmal darf nicht vergessen werden, dass die Balkankriege die Beziehungen unter den größeren und kleineren Mächten auf eine hochbrisante Weise neu ausrichteten. In den Augen der österreichischen ebenso wie der russischen Führung erhielt das Ringen um die Kontrolle über die Ereignisse auf dem Balkan eine neue und bedrohlichere Dimension, insbesondere nach der Winterkrise 1912/13. Eine Konsequenz war die Balkanisierung des französisch-russischen Bündnisses. Frankreich und Russland konstruierten, mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und aus verschiedenen Gründen, eine geopolitische Zündschnur entlang der österreichisch-serbischen Grenze.

Das Szenario des Katalysators Balkan war weder eine Politik noch ein Plan oder eine Verschwörung, die im Laufe der Zeit heranreiften, und es bestand auch keine unausweichliche oder lineare Beziehung zwischen den Positionen, die in den Jahren 1912 und 1913 vertreten wurden, und dem Kriegsausbruch ein Jahr später. Man kann nicht sagen, dass das Szenario des Katalysators Balkan (genau genommen des Katalysators Serbien) Europa auf den Krieg zutrieb, der tatsächlich 1914 ausbrach, vielmehr lieferte dieses Szenario nach Ausbruch der Krise den konzeptionellen Rahmen für ihre Interpretation. Russland und Frankreich verknüpften auf diese Weise die Schicksale zweier Großmächte in einer extrem asymmetrischen Weise mit dem ungewissen Los eines unruhigen und von Zeit zu Zeit zur Gewalt neigenden Staates.

Für Österreich-Ungarn, dessen regionale Sicherheitsvorkehrungen durch die Balkankriege zunichtegemacht worden waren, waren die Morde von Sarajevo kein Vorwand für einen bereits existierenden Invasionsplan und Krieg. Sie waren ein transformatives Ereignis, das stark mit einer realen und symbolischen Gefahr aufgeladen war. Aus der Sicht des 21. Jahrhunderts lässt sich leicht sagen, dass Wien die von den Morden aufgeworfenen Fragen über ruhige bilaterale Verhandlungen mit Belgrad hätte klären müssen, aber vor der Kulisse von 1914 war das keine glaubwürdige Option. Ebenso wenig wie Sir Edward Greys halbherziger Vorschlag einer Vermittlung durch vier Mächte, der auf einer parteiischen Gleichgültigkeit gegenüber der machtpolitischen Realität der Lage Österreich-Ungarns basierte. Es ging nicht nur darum, dass die serbischen Behörden teils nicht willens, teils nicht imstande waren, die irredentistische Tätigkeit zu unterdrücken, die an erster Stelle die Morde ermöglicht hatte. Serbiens Freunde wollten Wien nicht einmal das Recht zugestehen, in seine Forderungen an Belgrad auch ein Mittel aufzunehmen, mit dem es den geforderten Gehorsam hätte überwachen und durchsetzen können. Sie lehnten derartige Forderungen mit der Begründung ab, sie würden sich nicht mit der Souveränität des serbischen Staates vereinbaren lassen. An diesem Punkt bestehen Parallelen zu der Diskussion, die im Weltsicherheitsrat im Oktober 2011 stattfand, über einen von den NATO-Staaten befürworteten Vorschlag, gegen das Assad-Regime in Syrien Sanktionen zu verhängen, um weitere Massaker an den rebellischen

Bürgern des Landes zu verhindern. Gegen diesen Vorschlag brachte der russische Repräsentant das Argument vor, diese Idee entspreche einem unangebracht »konfrontativen Ansatz«, der für die Westmächte typisch sei. Der chinesische Vertreter hingegen argumentierte, die Sanktionen seien unangemessen, weil sie die syrische »Souveränität« verletzten.

Und wie steht es nun um die Frage der Schuld? Mit der Behauptung, dass das Deutsche Reich und seine Bündnispartner moralisch für den Ausbruch des Krieges verantwortlich seien, sorgte Artikel 231 des Versailler Vertrages dafür, dass die Frage der Kriegsschuld im Mittelpunkt der Diskussion um den Ursprung des Krieges blieb. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen haben niemals ihre Anziehungskraft verloren. Die wohl einflussreichste Manifestation dieser Tradition ist die sogenannte »Fischer-Kontroverse« – ein Kürzel für eine Reihe von Argumenten, die in den sechziger Jahren Fritz Fischer, Imanuel Geiss und eine Schar jüngerer deutscher Historiker vorbrachten und nach denen Deutschland die Hauptschuld am Kriegsausbruch trug. Nach dieser Sichtweise (wenn man die vielen Varianten innerhalb der Fischer-Schule einmal beiseitelässt) stolperten oder schlitterten die Deutschen nicht in den Krieg. Sie *entschieden* sich für ihn – schlimmer noch, sie planten ihn im Voraus, in der Hoffnung, aus ihrer europäischen Isolation auszubrechen und den berüchtigten »Griff nach der Weltmacht« zu wagen. Aktuelle Untersuchungen zur folgenden Fischer-Kontroverse haben auf die Bezüge zwischen dieser Diskussion und dem spannungsreichen Prozess hingewiesen, in dessen Verlauf deutsche Intellektuelle das belastende moralische Vermächtnis der NS-Ära verarbeiteten. Fischers Argumentation ist in vielen Punkten scharf kritisiert worden.[1697] Dennoch dominiert eine entschärfte Version der Fischer-These noch heute die Studien von Deutschlands Weg in den Krieg.

Ist es wirklich nötig, dass wir ein Plädoyer gegen einen einzigen, schuldigen Staat halten oder eine Rangordnung der Staaten nach ihrem jeweiligen Anteil an der Verantwortung für den Kriegsausbruch aufstellen? In einem Standardwerk zum Ursprung des Krieges merkte Paul Kennedy einmal an, dass es »schwach« sei, der Suche nach dem Schuldigen auszuweichen, indem man allen oder keinem der kriegführenden Staaten die Schuld gibt.[1698] Ein

härterer Ansatz, impliziert Kennedy damit, darf nicht davor zurückschrecken, den Täter beim Namen zu nennen. Eine Darstellung, die sich in erster Linie mit der Schuldfrage befasst, ist nicht deswegen problematisch, weil sie am Ende eventuell der falschen Partei die Schuld gibt, sondern weil ein schuldorientiertes Untersuchungsmodell oft mit Vorurteilen einhergeht. Vor allem neigt eine solche Darstellung zu der Prämisse, dass in konfliktreichen Interaktionen ein Protagonist letztlich Recht und der andere Unrecht haben muss. War es von den Serben falsch, eine Vereinigung des Serbentums anzustreben? Hatten die Österreicher Unrecht, als sie auf der Unabhängigkeit Albaniens bestanden? War eines dieser Unternehmen »falscher« als das andere? Die Frage ist bedeutungslos. Ferner hat dieser anklägerische Ansatz den Nachteil, dass das Blickfeld eingeengt wird, indem man sich auf das politische Temperament und die Initiativen eines bestimmten Staates konzentriert, statt auf einen multilateralen Prozess der wechselseitigen Beeinflussung. Dann stellt sich das Problem, dass die Ermittler bei der Schuldsuche dazu neigen, die Aktionen der Entscheidungsträger als geplant und von einer kohärenten Absicht getrieben zu konstruieren. Man muss den Beweis erbringen, dass jemand den Krieg wollte und darüber hinaus verursachte. In der Extremform bringt diese Vorgehensweise Konspirationsnarrative hervor, in denen eine Clique mächtiger Einzelpersonen wie die Bösewichte mit Samtjackett in James-Bond-Filmen die Ereignisse hinter den Kulissen nach einem bösen Plan steuert. Die moralische Befriedigung, die dieser Ansatz bereitet, ist nicht zu bestreiten, und es ist natürlich logisch gesehen nicht ausgeschlossen, dass der Krieg im Sommer 1914 auf diese Weise zustande kam, aber hier wird die Ansicht vertreten, dass die vorliegenden Quellen eine derartige Argumentation nicht erhärten.

Der Kriegsausbruch von 1914 ist kein Agatha-Christie-Thriller, an dessen Ende wir den Schuldigen im Konservatorium über einen Leichnam gebeugt auf frischer Tat ertappen. In dieser Geschichte gibt es keine Tatwaffe als unwiderlegbaren Beweis, oder genauer: Es gibt sie in der Hand jedes einzelnen wichtigen Akteurs. So gesehen war der Kriegsausbruch eine Tragödie, kein Verbrechen.[1699] Wenn man dies anerkennt, so heißt das

keineswegs, dass wir die kriegerische und imperialistische Paranoia der österreichischen und deutschen Politiker kleinreden sollten, die zu Recht die Aufmerksamkeit Fritz Fischers und seiner historischen Schule auf sich zog. Aber die Deutschen waren nicht die einzigen Imperialisten, geschweige denn die einzigen, die unter einer Art Paranoia litten. Die Krise, die im Jahr 1914 zum Krieg führte, war die Frucht einer gemeinsamen politischen Kultur. Aber sie war darüber hinaus multipolar und wahrhaft interaktiv – genau das macht sie zu dem komplexesten Ereignis der Moderne, und eben deshalb geht die Diskussion um den Ursprung des Ersten Weltkriegs weiter, selbst ein Jahrhundert nach den tödlichen Schüssen Gavrilo Princips an der Franz-Joseph-Straße.

Eines liegt auf der Hand: Kein einziges der Anliegen, für die die Politiker von 1914 stritten, war die darauffolgende Katastrophe wert. Waren sich die Protagonisten überhaupt darüber im Klaren, um wie viel es tatsächlich ging? Früher hieß es, die Europäer hätten sich dem irrigen Glauben hingegeben, der nächste kontinentale Krieg werde ein kurzer, heftiger Kabinettskrieg nach dem Muster des 18. Jahrhunderts werden; die Männer wären »noch vor Weihnachten« wieder zu Hause, wie man so schön sagte. In jüngster Zeit ist die Vorherrschaft dieser »Illusion eines kurzen Krieges« in Frage gestellt worden.[1700] Der deutsche Schlieffen-Plan war auf einen massiven, blitzschnellen Schlag gegen Frankreich ausgerichtet, aber selbst in Schlieffens eigenem Stab warnten einige Stimmen, dass der nächste Krieg keine raschen Siege bringen werde, sondern eher ein zähes und blutiges, mühseliges Vorwärtsschleppen.[1701] Helmuth von Moltke hoffte zwar, dass ein europäischer Krieg nach seinem Ausbruch rasch entschieden werde, aber er räumte auch ein, dass sich die Kampfhandlungen unter Umständen über Jahre hinziehen und eine unvorstellbare Verheerung anrichten könnten. Der britische Premierminister Herbert Asquith fürchtete in der vierten Juliwoche das Nahen eines »Armageddons«. Französische und russische Generäle sprachen von einem »Vernichtungskrieg« und der »Auslöschung der Zivilisation«.

Sie wussten es, aber haben sie es auch wirklich so empfunden? Das ist womöglich der große Unterschied zwischen den Jahren vor 1914 und den

Jahren nach 1945. In den fünfziger und sechziger Jahren hatten die Entscheidungsträger ebenso wie die Bevölkerung auf schmerzliche Weise die Bedeutung eines Atomkriegs kennengelernt: Bilder von der Atompilzwolke über Hiroshima und Nagasaki waren Gegenstand der Albträume gewöhnlicher Bürger. Als Folge gipfelte das größte Wettrüsten der Menschheitsgeschichte niemals in einem Atomkrieg zwischen den Supermächten. Vor 1914 war das anders. In den Köpfen vieler Staatsmänner hoben sich anscheinend die Hoffnung auf einen kurzen Krieg und die Angst vor einem langen gegenseitig auf und rückten so eine umfassendere Einschätzung der Risiken in weite Ferne. Im März 1913 berichtete ein Journalist, der für den *Figaro* schrieb, über eine Reihe von Vorlesungen, die kurz zuvor in Paris einige führende Köpfe der französischen Militärmedizin gehalten hatten. Unter den Rednern war Professor Jacques-Ambroise Monprofit, der erst kurz zuvor von einer Mission in den Militärkrankenhäusern in Griechenland und Serbien zurückgekehrt war. Dort hatte er dazu beigetragen, die Standards der Chirurgie zu verbessern. Monprofit hatte beobachtet, dass »die von der französischen Kanone [die man vor Ausbruch des Ersten Balkankrieges an die Balkanstaaten verkauft hatte] verursachten Wunden nicht nur die häufigsten Wunden, sondern auch die schwersten waren, mit zertrümmerten Knochen, zerfetztem Gewebe und eingeschlagenen Brustkörben und Schädeln«. Die verursachten Leiden waren so schrecklich, dass der bekannte Experte für Militärchirurgie Professor Antoine Depage ein internationales Embargo für den künftigen Einsatz derartiger Waffen in der Schlacht anregte. »Wir sind uns über den Großmut seiner Motive im Klaren«, kommentierte der Journalist, »aber wenn wir davon ausgehen müssen, dass wir eines Tages auf dem Schlachtfeld zahlenmäßig unterlegen sein sollten, dann ist es ebenso gut, wenn unsere Feinde wissen, dass wir über solche Waffen verfügen, um uns zu verteidigen, Waffen, die gefürchtet werden müssen …« Der Artikel schloss mit der Erklärung, dass sich Frankreich sowohl zu der furchtbaren Kraft seiner Waffen als auch dazu beglückwünschen könne, dass es »eine medizinische Organisation [besitze], die wir voller Zuversicht als fabelhaft bezeichnen können«.[1702] Derartige vorschnelle Überlegungen finden wir im ganzen

Vorkriegseuropa, wohin man auch blickt.

So gesehen waren die Protagonisten von 1914 Schlafwandler − wachsam, aber blind, von Albträumen geplagt, aber unfähig, die Realität der Gräuel zu erkennen, die sie in Kürze in die Welt setzen sollten.

1697 Siehe beispielsweise Mark Hewitson, *Germany and the Causes of the First World War*, Oxford 2006, S. 3 f. Zu Fischers Studie als Form einer persönlichen Verarbeitung des nationalsozialistischen Erbes siehe Klaus Große Kracht, »Fritz Fischer und der deutsche Protestantismus«, in: *Zeitschrift für neuere Theologiegeschichte*, 10/2 (2003), S. 224–252; Rainer Nicolaysen, »Rebell wider Willen? Fritz Fischer und die Geschichte eines nationalen Tabubruchs«, in: Rainer Nicolaysen und Axel Schildt (Hg.), *100 Jahre Geschichtswissenschaft in Hamburg* (*Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte*, Bd. 18), Berlin und Hamburg 2011, S. 197–236.

1698 Paul Kennedy, *The Rise of the Anglo-German Antagonism*, London 1980, S. 467.

1699 Siehe Paul W. Schroeder, »Embedded Counterfactuals and World War I as an Unavoidable War«, S. 42; die These, der Krieg sei als unbeabsichtigtes Ergebnis einer Kette von Irrtümern zustande gekommen, die eine politische Elite begangen hatte, die einen allgemeinen Krieg als eine Katastrophe betrachtete, wird sehr stark in der italienischen Studie vertreten: Gian Enrico Rusconi, *Rischio 1914. Come si decide una Guerra*, Bologna 1987.

1700 Zur These vom kurzen Krieg: Gerhard Ritter, *Der Schlieffenplan. Kritik eines Mythos*, München 1965; Lancelot Farrar, *The Short War Illusion. German Policy, Strategy and Domestic Affairs, August–December 1914*, Santa Barbara 1973; Stephen Van Evera, »The Cult of the Offensive and the Origins of the First World War«, in: *International Security*, 9 (1984), S. 397–419; Kritik daran: Stig Förster, »Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges, 1871–1914: Metakritik eines Mythos«, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 54 (1995), S. 61–95; einen ausgezeichneten Kommentar zu der Debatte bietet: Holger H. Herwig, »Germany and the ›Short-War‹ Illusion: Toward a New Interpretation?«, in: *Journal of Military History*, 66/3, S. 681–693.

1701 Zitiert in Herwig, »Germany and the ›Short-War‹ Illusion«, S. 686.

1702 ›Horace Blanchon‹ (Pseud.), »Académie de Médecine«, in: *Le Figaro*, 5. März 1913, Ausschnitt in NA Archief, 2.05,03, Dok. 648, Correspondentie over de Balkan-oorlog.

DANK

Am 12. Mai 1916 meldete sich James Joseph O’Brien, ein Viehzüchter aus Tallwood Station im Norden von New South Wales, freiwillig zum Dienst in der Australian Imperial Force (AIF). Nach einer zweimonatigen Ausbildung in Sydney wurde Soldat O’Brien dem 35. Bataillon der 3. Division der AIF zugeteilt und ging an Bord der *SS Benalla* mit Kurs auf England, wo er eine weitere Ausbildung erhielt. Um den 18. August 1917 stieß er zu seiner Einheit in Frankreich, gerade rechtzeitig, um an den Schlachten des 3. Ypern-Feldzugs teilzunehmen.

Jim war mein Großonkel. Er war schon seit zwanzig Jahren tot, als meine Tante Joan Prett, geborene Munro, mir sein Kriegstagebuch gab, ein kleines braunes Notizbuch voller Packlisten, Adressen, Instruktionen und merkwürdig lakonischen Tagebucheinträgen. In einem Kommentar zur Schlacht um die Höhe bei Broodseinde am 4. Oktober 1917 schrieb Jim: »Es war eine großartige Schlacht, und ich habe nicht den Wunsch, noch eine zu erleben.« Die zweite Schlacht bei Passchendaele vom 12. Oktober 1917 schilderte er wie folgt:

> Wir verließen das Lager der Einheiten (das in der Nähe von Ypern lag) und brachen zum Sektor Passchendaele der Front auf. Wir brauchten zehn Stunden, um dorthin zu kommen, und wir waren nach dem Marsch völlig erledigt. 25 Minuten nach der Ankunft (um 5.25 Uhr am Morgen des 12.) sprangen wir über die Säcke. Alles ging gut, bis wir ein Sumpfgebiet erreichten, das uns beim Passieren einige Probleme bereitete. Als wir endlich *durch* waren, war unser Sperrfeuer um ungefähr eine Meile nach vorn verlegt worden, und wir mussten uns sputen, um es einzuholen. Gegen 11 Uhr erreichten wir unser zweites Ziel und blieben bis 16 Uhr dort, als wir uns zurückziehen mussten […]. Nur dem Willen Gottes habe ich es zu verdanken, dass ich davonkam, denn Maschinengewehrkugeln und Schrapnells flogen rings um mich her.

Jims aktiver Militärdienst endete abrupt am 30. Mai 1918 um 14 Uhr, als er, wie er im Tagebuch schrieb, »eine Bombe aus dem Vaterland stoppte und an beiden Beinen verwundet wurde«. Die Granate war vor seinen Füßen eingeschlagen, hatte ihn in die Luft geschleudert und die Männer um ihn getötet.

Als ich ihn kennenlernte, war Jim ein verbitterter, gebrechlicher alter Mann, dessen Gedächtnis allmählich nachließ. Er sprach kaum über seine Kriegserlebnisse, aber ich erinnere mich an ein Gespräch, das stattfand, als ich etwa neun war. Ich fragte ihn, ob die Männer, die im Krieg kämpften, Angst gehabt oder sich auf den Kampf gefreut hätten. Er erwiderte, dass manche Angst gehabt und manche sich gefreut hätten. Ob die Eifrigen denn besser gekämpft hätten als die Ängstlichen, wollte ich wissen. »Nein«, sagte Jim, »gerade die Eifrigen machten sich zuerst in die Hosen«. Diese Antwort machte starken Eindruck auf mich und gab mir lange zu denken – vor allem, dass er von »zuerst« sprach.

Die Gräuel dieses fernen Konflikts ziehen uns noch heute in ihren Bann. Doch das eigentliche Rätsel liegt woanders, nämlich in den undurchsichtigen und verworrenen Ereignissen, die dieses Blutbad heraufbeschworen haben. Bei ihrer Sondierung sind mir so viele geistige Beiträge zugutegekommen, dass ich sie unmöglich alle entgelten kann. Gespräche mit Daniel Anders, Margaret Lavinia Anderson, Chris Bayly, Tim Blanning, Konstantin Bosch, Richard Bosworth, Annabel Brett, Mark Cornwall, Richard Drayton, Richard Evans, Robert Evans, Niall Ferguson, Isabel V. Hull, Alan Kramer, Günther Kronenbitter, Michael Ledger-Lomas, Dominic Lieven, James Mackenzie, Alois Maderspacher, Mark Migotti, Annika Mombauer, Frank Lorenz Müller, William Mulligan, Paul Munro, Paul Robinson, Ulinka Rublack, James Sheehan, Brendan Simms, Robert Tombs und Adam Tooze halfen mir beim Feinschliff meiner Argumentation. Ira Katznelson stand mir bei der Entscheidungstheorie mit seinem Rat zur Seite; Andrew Preston bei entgegengesetzten Strukturen in der Gestaltung der Außenpolitik; Holger Afflerbach bei den Riezler-Tagebüchern, dem Dreibund und einigen Details der deutschen Politik in der Julikrise; Keith Jeffery bei Henry Wilson; John Röhl bei Kaiser Wilhelm II. Hartmut Pogge von Strandmann machte mich auf

die wenig bekannten, aber sehr aufschlussreichen Erinnerungen seines Verwandten Basil Strandmann aufmerksam, dem russischen Chargé d’affairs in Belgrad zur Zeit des Kriegsausbruchs. Keith Neilson ließ mir eine unveröffentlichte Studie der Entscheidungsträger an der Spitze des britischen Foreign Office zukommen; Bruce Menning gestattete mir, seinen wichtigen Artikel über die russische militärische Aufklärung einzusehen, den er für die Veröffentlichung im *Journal of Modern History* vorbereitet hatte; Thomas Otte schickte mir vor der Veröffentlichung eine elektronische Fassung seiner maßgeblichen neuen Monographie *The Foreign Office Mind,* und Jürgen Angelow gewährte mir ebenso großzügig Einblick in sein Werk *Der Weg in die Urkatastrophe;* John Keiger und Gerd Krumeich schickten Sonderdrucke und Literaturverzeichnisse zur französischen Außenpolitik; Andreas Rose schickte mir ein druckfrisches Exemplar von *Zwischen Empire und Kontinent;* Zara Steiner, deren Bücher auf diesem Gebiet Standardwerke sind, nahm sich viel Zeit für mich und stellte mir ein Dossier aus Artikeln und Anmerkungen zur Verfügung. Im Lauf der letzten fünf Jahre schickte mir Samuel R. Williamson, dessen Standardwerke zur internationalen Krise und Außenpolitik Österreich-Ungarns mehrere Spuren offenlegten, denen ich in diesem Buch nachgegangen bin, unveröffentlichte Kapitel, Kontaktadressen und Literaturverzeichnisse und gestattete es mir, ihn nach den Geheimnissen der österreichisch-ungarischen Politik auszufragen. Die E-Mail-Freundschaft, die daraus entstand, zählt zu dem schönsten Lohn der Arbeit an diesem Buch.

Mein Dank gebührt auch all jenen, die mir halfen, die sprachlichen Barrieren zu überwinden: Miroslav Došen für seine Hilfe bei serbischen gedruckten Quellen und Srdjan Jovanović für die Unterstützung bei Archivquellen in Belgrad; Rumen Tscholakow für die Hilfe bei bulgarischer Sekundärliteratur und Sergej Podbolotow, dem unermüdlichen Arbeiter im Weinberg der Geschichte, dessen Weisheit, Verstand und schwarzer Humor meine Forschungen in Moskau ebenso angenehm und erhellend wie ergiebig gestalteten. Ferner dürfen an dieser Stelle die großzügigen Denker nicht fehlen, die das Werk teilweise oder vollständig in den verschiedenen Phasen seiner Vollendung gelesen haben: Jonathan Steinberg und John Thompson

haben das Manuskript vollständig gelesen und einsichtsvolle Kommentare und Anregungen beigesteuert. David Reynolds trug dazu bei, kritische Passagen in den schwierigsten Kapiteln zu glätten. Patrick Higgins hat das erste Kapitel gelesen, kritisch kommentiert und mich vor etlichen Fallstricken gewarnt. Amitav Ghosh steuerte unschätzbare Rückmeldungen und Ratschläge bei. Für sämtliche noch enthaltenen Fehler trage ich die volle Verantwortung.

Ich habe das Glück, mit Andrew Wylie einen großartigen Agenten zu haben, dem ich viel verdanke. Simon Winder von Penguin danke ich herzlich für seinen Ansporn, seinen Rat und seine Begeisterung, sowie Richard Duguid für die Überwachung der Herstellung mit liebenswerter Effizienz. Die unermüdliche Redakteurin Bela Cunha spürte unzählige Irrtümer, unglückliche Wendungen, Unstimmigkeiten und überflüssige Anführungszeichen auf und korrigierte sie. Dabei verlor sie nie ihre gute Laune, ungeachtet meiner Anstrengungen, sie mit meinen endlosen Nachbesserungen am Text in den Wahnsinn zu treiben. Besonderer Dank gilt schließlich Norbert Juraschitz, der das Buch sehr engagiert und kenntnisreich ins Deutsche übertragen hat, sowie Heike Specht, Jan Schleusener, Brigitte Müller und Julia Hoffmann, die es für die Deutsche Verlags-Anstalt mit Hingabe und Umsicht zum Druck befördert haben.

Nina Lübbren, deren Großvater Julius Lübbren ebenfalls im Jahr 1917 bei Passchendaele gekämpft hatte (allerdings auf der anderen Seite), ertrug meine Bemühungen mit wohlwollender Neutralität. Das Buch ist mit Liebe und Bewunderung unseren beiden Söhnen Josef und Alexander gewidmet, in der Hoffnung, dass sie niemals einen Krieg erleben werden.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AMAE	Archive Ministère des Affaires Étrangères, Paris
AN	Archives Nationales, Paris
AS	Archiv Srbije, Belgrad
AWPRI	Archiw Wneschnej Politiki Rossiiskoi Imperii (Archiv der Außenpolitik des russischen Reiches), Moskau
BD	G. P. Gooch und H. Temperley (Hg.), *British Documents on the Origins of the War: 1898–1914,* 11 Bde., London 1926–1938
BNF	Bibliothèque Nationale de France, Paris
DD	Karl Kautsky, Graf Max Montgelas und Walter Schücking (Hg.), *Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch,* 4 Bde., Berlin 1919
DDF	Commission de publication de documents relatifs aux origines de la guerre de 1914 (Hg.), *Documents diplomatiques français relatifs aux origines de la guerre de 1914,* 41 Bde., Paris 1929–1959
DSP	Vladimir Dedijer und Života Anić (Hg.), *Dokumenti o Spoljnoj Politici Kraljevine Srbije,* 7 Bde., Belgrad 1980
GARF	Gossudarstwenny Archiw Rossiiskoi Federazii (Staatsarchiv der Russischen Föderation), Moskau
GP	Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy und Friedrich Wilhelm Thimme (Hg.), *Große Politik der europäischen Kabinette, 1871–1914,* 40 Bde., Berlin 1922–1927
HHStA	Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien
HSA	Hauptstaatsarchiv, Stuttgart
IBZI	Kommission beim Zentralexekutivkomitee der Sowjetregierung unter dem Vorsitz von M. N. Pokrowski (Hg.,), *Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus.*

	Dokumente aus den Archiven der zarischen und der provisorischen Regierung, übers. v. Otto Hoetzsch, 9 Bde., Berlin 1931–1939
KA	Krasny Archiw
MAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MAEB AD	Ministère des Affaires Étrangères Belgique – Archives Diplomatiques, Brüssel
MID-PO	Ministerstvo Inostrannich Del – Političko Odelenje (Serbisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Politische Abteilung)
NA	Nationaal Archief, Den Haag
NMM	National Maritime Museum, Greenwich
ÖUAP	Ludwig Bittner und Hans Uebersberger (Hg.), *Österreich-Ungarns Außenpolitik von der bosnischen Krise bis zum Kriegsausbruch 1914*, Wien 1930
PA-AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin
PA-AP	Papiers d’Agents – Archives Privées
RGIA	Rossiiski Gossudarstwenny Istoritscheski Archiw (Russisches historisches Staatsarchiv), St. Petersburg
RGWIA	Rossiiski Gossudarstwenny Wojenno-istoritscheski Archiw (Russisches militärgeschichtliches Staatsarchiv), Moskau
TNA	The National Archives, Kew

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

a) Benutzte Archive

Archive Ministère des Affaires étrangères, Paris (AMAE)
Papiers d'Agents – Archives Privées:
Jean Doulcet
Jules Cambon
Pierre de Margerie
Maurice Paléologue
NS Allemagne
NS Russie
NS Serbie

Archives Nationales, Paris (AN)
Louis de Robien MSS
Messimy MSS

Arkhiv Srbije, Belgrade (AS)
Ministerstvo Inostrannykh Dela -- Politicko Odelenje (MID - PO)
Personal fonds Miroslav Spalajković

Arkhiv vneshnei politiki Rossiiskoi Imperii (Archiv der Außenpolitik des russischen Reiches), Moskau (AWPRI)
Fond 151 Politisches Archiv

Bibliothèque Nationale de France, Paris (BNF)
NAF 16024-16039 Poincaré – Notes journalières

Gosudarstvennyi arkhiv Rossiiskoi Federatsii (Staatsarchiv der Russischen Föderation), Moskau (GARF)
Fond 543 Zarskoje Selo
Fond 601 Zar Nikolaus II.

Haus- Hof- und Staatsarchiv, Wien (HHStA)
PA I, Liasse Krieg, 810 – Akten betr. Sarajevo und Julikrise
PA Serbien XIX 62

Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HSA)
E50/03 Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten betr. Württ. Gesandtschaft in Berlin

Kriegsarchiv Wien – Österreichisches Staatsarchiv
AOL Evidenzbureau, 3506 – 1914, Resumes der vertraulichen Nachrichten – Italien, Russland, Balkan

Ministère des Affaires Étrangères Belgique – Archives Diplomatiques, Brüssel (MAEB AD)

Empire Russe
France

Nationaal Archief, Den Haag (NA)
2.05.36, Rapporten aan en briefwisseling met het Ministerie van Buitenlandse Zaken:
652 Algemeine Correspondentie over Albanië
9 Consulaat-Generaal Belgrado en Gezantschap Zuid-Slavië
2.05.03, Ministerie van Buitenlandse Zaken, nr. 652 Algemeine Correspondentie over Albanië

National Maritime Museum, Greenwich (NMM)
Limpus Papers, Caird Library

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA-AA)
R 10544 Geh. Akten betr. Die russische Presse
R 10894–10898 Akten betr. Das Verhältnis Russlands zu Österreich
R 10137 Akten betr. Allgemeine Angelegenheiten Russlands
R 11011 Akten betr. Eisenbahnen in Russland
R 14276 Bericht des österreichischen Generalkonsuls in Usküb vom 24.10.1913

Rossiiskii Gosudarstvennyi Istoricheskii Arkhiv (Russisches historisches Staatsarchiv), St. Petersburg (RGIA)
Fond 1276 Ministerrat
Fond 1571 Kriwoschein-Briefwechsel

Rossiiskii gosudarstvennyi voenno-istoricheskii arkhiv (Russisches Militärgeschichtliches Staatsarchiv), Moskau (RGWIA)
Fond 15304 Berichte von Militäragenten in Frankreich; Kommunikation mithilfe besonderer Notizhefte

The National Archives, Kew (TNA)
FO 105/157 Coup d’Etat. Extirpation of Obrenevitch. Dynasty and Election of King Peter. Karageorgevitch. Suspension of Relations with Serbia.
FO 371/1748 Foreign Office: Political Departments: General Corespondence from 1906–1966, Serbia.
FO 371/1910 Political Departments: General Corespondence from 1906–1966, (War).
FO 371/ 2098 Political Departments: General Corespondence from 1906–1966, Serbia.
FO 371/3958 Political Departments: General Corespondence from 1906–1966, Russia.
FO 416/50 Confidencial Print Persia. Affairs of Persia. Further Correspondence Part XXVIII.
FO 418/38 Confidencial Print Russia and Soviet Union. Affairs of Russia. Further Correspondence Part XIII.
FO 800/80 Private Offices: Various Ministers’ and Officials’ Papers. Grey, Sir Edward (Viscount).
FO 800/165 Private Offices: Various Ministers’ and Officials’ Papers. Bertie, Sir Francis. Series A Correspondence. France.
FO 800/171 Private Offices: Various Ministers’ and Officials’ Papers. Bertie, Sir Francis. Series A Correspondence. Germany.
FO 800/354 Private Offices: Various Ministers’ and Officials’ Papers. Nicolson, Sir Arthur. Miscellaneous correspondence volume 2, 01 January 1912–1931 December 1912.
FO 800/355 Private Offices: Various Ministers’ and Officials’ Papers. Nicolson, Sir Arthur.

Miscellaneous correspondence volume 3, 01 January 1912–1931 December 1912.
FO 800/373 Private Offices: Various Ministers’ and Officials’ Papers. Nicolson, Sir Arthur. Miscellaneous correspondence volume 2, 01 January 1914–1931 December 1914.
FO 800/374 Private Offices: Various Ministers’ and Officials’ Papers. Nicolson, Sir Arthur. Miscellaneous correspondence volume 3, 01 January 1912–1931 December 1912.
WO 106/1039 War Offices: Directorate of Military Operations and Military Intelligence, and predecessors: Correspondence and Papers. RUSSIA NORTH. Despatches from Colonel Knox. Increase in the Russian Army 1914 Feb. Army programme and Western Frontier

b) Literaturverzeichnis

»Un Diplomate« (Pseud.), *Paul Cambon, ambassadeur de France,* Paris 1937
Abbott, G. F., *The Holy War in Tripoli,* London 1912
Adams, Colin Forbes, *Life of Lord Lloyd,* London 1948
Addison, C., *Four and a Half Years,* 2 Bde., London 1934
Afflerbach, Holger und David Stevenson (Hg.), *An Improbable War? The Outbreak of World War I and European Political Culture before 1914,* Oxford 2007
–, »Einleitung zur Neuauflage«, in: Kurt Riezler, *Tagebücher, Aufsätze, Dokumente.* Göttingen 2008
–, »The Topos of Improbable War in Europe before 1914«, in: ders. und David Stevenson (Hg.), *An Improbable War? The Outbreak of World War I and European Political Culture before 1914,* Oxford 2007, S. 161–182
–, *Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg,* Wien 2002
–, *Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich,* München 1994
–, *Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr im Ersten Weltkrieg. Quellen aus der militärischen Umgebung des Kaisers,* München 2005
Ainsworth, James, »Naval Strategic Thought in Britain and Germany 1890–1914«, Dissertation, University of Cambridge 2011
Aksakal, Mustafa, *The Ottoman Road to War in 1914. The Ottoman Empire and the First World War,* Cambridge 2008
Albertini, Luigi, *Au service de la France – neuf années de souvenirs,* 10 Bde., Paris 1926–1933
–, *The Origins of the War of 1914,* 3 Bde., Oxford 1953
Allain, Jean-Claude, *Agadir, 1911. Une Crise impérialiste en Europe pour la conquete du Maroc,* Paris 1976
–, *Joseph Caillaux,* 2 Bde., Paris 1978
Allen, H. C., *Great Britain and the United States: A History of Anglo-American Relations (1783–1952,)* London 1954
Amery, Leopold S., *My Political Life,* 3 Bde., London [1953–1955]
Ananich, B. W., *Rossija i meschdunarodnyi kapital 1897–1914. Otscherki istori i finansowych otnoschenii,* Leningrad 1970
Andrew, Christopher und A. S. Kanya-Forstner, »Gabriel Hanotaux, the Colonial Party and the Fashoda Strategy«, in: E. F. Penrose (Hg.), *European Imperialism and the Partition of Africa,* London 1975, S. 55–104
–, »Governments and Secret Services: A Historical Perspective «, in: *International Journal*, 34/2 (1979), S. 167–186
–, *Théophile Delcassé and the Making of the Entente Cordiale. A Reappraisal of French Foreign*

Policy 1898–1905, London 1968
Angelow, Jürgen, *Der Weg in die Urkatastrophe. Der Zerfall des alten Europa 1900–1914,* Berlin 2010
Anonymus, *Deutsche Weltpolitik und kein Krieg!* Berlin 1913
Antić, Čedomir, »Crisis and Armament. Economic Relations between Great Britain and Serbia 1910–1912«, in: *Balcanica,* 36 (2006), S. 151–161
Antonić, Zdravko, »Svedočenje Vase Čubrilovića o sarajevskom atentatu i svom tamnovanju 1914–1918«, in: *Zbornik Matice srpske za istoriju,* 46 (1992), S. 163–180
Arijew, A. Ju (Hg.), *Sudba Weka. Kriwoscheiny*, St. Petersburg 2002
Askew, William C., *Europe and Italy's Acquisition of Libya 1911–1912*, Durham 1942
Astafjew, I. I., R*usskogermanskije diplomatitscheskije otnoschenija, 1905–1911 gg.,* [Moskau] 1972
Audoin-Rouzeau, Stéphane und Annette Becker, *1914–1918*: *Understanding the Great War,* London 2002
Auffray, Bernard, *Pierre de Margerie, 1861–1942 et la vie diplomatique de son temps,* Paris 1976
Avice-Hanoun, Murielle, »L'Alliance franco-russe (1892–1914)«, in: Ilja Mieck und Pierre Guillen (Hg.), *Deutschland– Frankreich – Russland. Begegnungen und Konfrontationen. La France et l'Allemagne face a la Russie,* München 2000, S. 109–124
Babits, Mihály, *Keresztükasul életemen,* Budapest 1939
Bach, August (Hg.), *Deutsche Gesandtschaftsberichte zum Kriegsausbruch 1914,* Berlin 1937
Baernreither, Joseph Maria, *Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen. Fragmente eines politischen Tagebuches 1897–1917*, hg. von Oskar Mitis, Wien 1939
–, *Fragmente eines politischen Tagebuches. Die südslawische Frage und Österreich-Ungarn vor dem Weltkrieg*, hg. Joseph Redlich, Berlin 1928
Bancroft, Ian, »Serbia's Anniversary is a Timely Reminder«, in: Guardian Unlimited, 24. März 2009 (online verfügbar unter: *http://global.factiva.com/ha/default.aspx;* deutsch: *http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Rambouillet)*
Bardolff, Karl, *Soldat im alten Österreich,* Jena 1938
Bartlett, Christopher John, *British Foreign Policy in the Twentieth Century,* London 1989
Bataković, D. T., »Nikola Pašić, les radicaux et la ›Main Noire‹«, in: *Balcanica,* 37 (2006), S. 143–169
Becker, Jean-Jacques, »L'ombre du nationalisme serbe«, in: *Vingtieme Siecle*, 69 (2001), S. 7–29
–, Jean-Jacques, *1914. Comment les français sont entrés dans la guerre*. *Contribution a l'étude de l'opinion publique printemps-été 1914,* Paris 1977
Beckett, Ian F. W., *The Army and the Curragh Incident 1914,* London 1986
Behschnitt, Wolf Dietrich, *Nationalismus bei Serben und Kroaten 1830–1914,* München 1980
Beller, Steven, *Franz Joseph. Eine Biographie,* Wien 1997
Beneš, Edvard, *Le Probleme Autrichien et la Question Tcheque,* Paris 1908
Bennett, Ernest N., *With the Turks in Tripoli. Being Some Experiences of the Turco-Italian War of 1911,* London 1912
Berghahn, Volker R. und Wilhelm Deist (Hg.), *Rüstung im Zeichen der wilhelminischen Weltpolitik. Grundlegende Dokumente 1890–1914,* Düsseldorf 1988
– und Wilhelm Deist, »Kaiserliche Marine und Kriegsausbruch 1914«, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 1 (1970), S. 37–58
–, *Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II*., Düsseldorf 1971
–, *Germany and the Approach of War in 1914,* Basingstoke 1993
Bernhardi, Friedrich von, *Deutschland und der nächste Krieg,* Stuttgart und Berlin 1912

Bernstein, Herman, *The Willy-Nicky Correspondence. Being the Secret and Intimate Telegrams Exchanged between the Kaiser and the Tsar,* New York 1918

Bestuschew, I. W., *Borba w Rossii po Woprossam Wneschnej Politiki Nakanune Perwoi Mirowoi Woiny,* Moskau 1965

–, »Russian Foreign Policy, February-June 1914«, in: *Journal of Contemporary History*, 1/3 (1966), S. 93–112

Bethmann Hollweg, Theobald von, *Betrachtungen zum Weltkriege,* 2 Bde., Berlin 1919

Biliński, Leon, *Wspomnienia i dokumenty,* 2 Bde., Warschau 1924/25

Blackbourn, David, »The Politics of Demagogy in Imperial Germany«, in: ders., *Populists and Patricians. Essays in Modern German History,* London 1987, S. 217–245

Bled, Jean-Paul, *Franz Joseph. Der letzte Monarch der alten Schule,* Wien 1988

Bobroff, Ronald, »Behind the Balkan Wars. Russian Policy towards Bulgaria and the Turkish Straits, 1912–13«, in: *Russian Review,* 59/1 (2000), S. 76–95

–, *Roads to Glory. Late Imperial Russia and the Turkish Straits,* London 2006

Bodger, Alan, »Russia and the End of the Ottoman Empire«, in: Marian Kent (Hg.), *The Great Powers and the End of the Ottoman Empire,* London 1984, S. 76–110

Boeckh, Katrin, *Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg. Kleinstaatenpolitik und ethnische Selbstbestimmung auf dem Balkan,* München 1996

Bogičević, Milos, *Die auswärtige Politik Serbiens 1903–1914,* 3 Bde., Berlin 1931

–, *Le Proces de Salonique*, *Juin 1917*, Paris 1927

Bosworth, R. J. B., *Italy, the Least of the Great Powers. Italian Foreign Policy before the First World War,* Cambridge 1979

Bourgeois, E., »Les archives d'État et l'enquete sur les origines de la guerre mondiale. A propos de la publication allemande: Die grosse Politik d. europ. Kabinette et de sa traduction française«, in: *Revue historique*, *1*55 (Mai–August 1927), S. 39–56

Bowykin, W. I., *Is istorii wosniknowenija perwoi mirowoi woiny: Otnoschenija Rossii i Franzii w 1912–1914 gg,* Moskau 1961

Boyer, John W., »Some Reflections on the Problem of Austria, Germany and Mitteleuropa«, in: *Central European History,* 22 (1989), S. 301–315

Boyle, Timothy, »New Light on Lloyd George's Mansion House Speech«, in: *Historical Journal*, 23*/*2 (1980), S. 431–433

Brett, R. B., 2. Viscount Esher, »To-day and to-morrow«, in: ders., *To-day and To-morrow and Other Essays,* London 1910, S. 1–17

–, *Modern War and Peace*, Cambridge 1912,

Bridge, Francis R., »Österreich(-Ungarn) unter den Großmächten«, in: Wandruszka und Urbanitsch (Hg.), *Die Habsburgermonarchie*, Bd. 6/1, S. 196–373

–, *From Sadowa to Sarajevo. The Foreign Policy of Austria-Hungary, 1866–1914,* London 1972

– und Roger Bullen, *The Great Powers and the European States System 1815–1914,* Harlow 1980

British Foreign Office (Hg.), *Collected Diplomatic Documents Relating to the Outbreak of the European War,* London 1915

Brock, Michael, »Britain Enters the War«, in: Evans und Pogge von Strandmann, *The Coming of the First World War,* S. 145–178

– und Eleanor Brock (Hg.), *H. H. Asquith. Letters to Venetia Stanley,* Oxford 1985

Buchanan, Sir George, *My Mission to Russia and Other Diplomatic Memories,* 2 Bde., London 1923 (deutsch: *Meine Mission in Russland,* Berlin 1926)

Budinow, Swetoslaw, *Balkanskite Woini (1912–1913). Istoritscheski predstawi w sistemata na nautschno-obresowatelnata komunikatsia,* Sofia 2005
Buha, Milovije, ›*Mlada Bosna*‹*–Sarajevski atentat. Zavod za udžbenike I nastavna sredstva,* Sarajevo 2006
Burz, Ulfried, »Austria and the Great War. Official Publications in the 1920s and 1930s«, in: Wilson, *Forging the Collective Memory*, S. 178–191
Bussmann, Walter (Hg.), *Staatssekretär Graf Herbert von Bismarck: Aus seiner politischen Privatkorrespondenz,* Göttingen 1964
Caillaux, Joseph, *Mes Mémoires*, 3 Bde., Paris 1942–1947
Cambon, Paul, *Correspondance 1870–1924,* 3 Bde., Paris 1940–1946
Canis, Konrad, *Bismarcks Außenpolitik 1870 bis 1890: Aufstieg und Gefährdung,* Paderborn 2004
–, *Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik, 1890 bis 1902,* Berlin 1997
Cannadine, David, *Ornamentalism. How the British Saw Their Empire,* London 2002
Carlgren, W. M., *Iswolsky und Aehrenthal vor der bosnischen Annexionskrise. Russische und österreichisch-ungarische Balkanpolitik 1906–1908,* Uppsala 1955
Carnegie Foundation Endowment for International Peace (Hg.), *Report of the International Commission to Enquire into the Causes and Conduct of the Balkan Wars*, Washington 1914
–, *Enquete dans les Balkans: rapport présenté aux directeurs de la Dotation par les membres de la commission d'enquete,* Paris 1914
Carter, Miranda, *The Three Emperors. Three Cousins, Three Empires and the Road to World War One,* London 2009
Cassels, Lavender, *The Archduke and the Assassin,* London 1984
Cecil, Lamar, »Der diplomatische Dienst im kaiserlichen Deutschland«, in: K. Schwabe (Hg.), *Das diplomatische Korps, 1871–1945,* Boppard am Rhein 1985, S. 15–39
–, *Wilhelm* II, 2 Bde., Chapel Hill 1989 und 1996
Chamberlain, Austen, *Down the Years,* London [1935] (deutsch: *Englische Politik. Erinnerungen aus 50 Jahren*, Essen 1938)
Childs, Timothy W., *Italo-Turkish Diplomacy and the War over Libya,* Leiden 1990
Chlumecky, Leopold von, *Erzherzog Franz Ferdinands Wirken und Wollen,* Berlin 1929
Churchill, Rogers Platt, *The Anglo-Russian Convention of 1907,* Cedar Rapids 1939
Churchill, Winston S., *The World Crisis*, 2 Bde., London 1931, Nachdruck 1968 (deutsch: *Die Weltkrise 1911–1918*)
Clarétie, Jules, »Vingt-huit ans a la Comédie-Française – Journal«, Tagebucheintrag vom 8. März 1900, in: *Revue des deux mondes* (November 1949/6), S. 122–140
Clark, Christopher, *Wilhelm II. Die Herrschaft des letzten deutschen Kaisers,* München 2008
Clarke, I. F., *Voices Prophesying War, 1763–1984,* London 1970
Clary-Aldringen, Alfons, *Geschichten eines alten Österreichers*, Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1977
Cobb, Richard, »France and the Coming of War«, in: Evans und Pogge von Strandmann (Hg.), *The Coming of the First World War*, S. 125–144
Coetzee, M. S., *The German Army League*, New York 1990
Cohen, Gary B., »Neither Absolutism nor Anarchy: New Narratives on Society and Government in Late Imperial Austria«, in: *Austrian History Yearbook*, 29/1 (1998), S. 37–61
Cohen, Stuart, »Mesopotamia in British Strategy, 1903–1914«, in: *International Journal of Middle East Studies*, 9/2 (1978), S. 171–181
Cole, Lawrence und Daniel Unowsky (Hg.), *The Limits of Loyalty. Imperial Symbolism, Popular*

Allegiances and State Patriotism in the Late Habsburg Monarchy, New York, Oxford 2007
– und Daniel Unowsky, »Introduction. Imperial Loyalty and Popular Allegiances in the Late Habsburg Monarchy«, in: dies. (Hg.), *Limits of Loyalty*, S. 1–10
–, »Military Veterans and Popular Patriotism in Imperial Austria, 1870–1914«, in: ders. und Daniel Unowsky (Hg.), *The Limits of Loyalty*, S. 36–61
Collins, D. N., »The Franco-Russian Alliance and Russian Railways, 1891–1914«, in: *The Historical Journal*, 16/4 (1973), S. 777–788
Colvin, Ian, *The Life of Lord Carson*, 3 Bde., London 1932–1936
Combarieu, Abel, *Sept ans a l'Élysée avec le président Émile Loubet: de l'affaire Dreyfus a la conférence d'Algésiras, 1899–1906*, Paris 1932
Connellan, Mark, »From Manliness to Masculinities«, in: *Sporting Traditions*, 17/2 (2001), S. 46–63
Cooke, W. Henry, »Joseph Caillaux. Statesman of the Third Republic«, in: *Pacific Historical Review*, 13/3 (1944), S. 292–297
Cornwall, Mark, »Serbia«, in: Keith M. Wilson (Hg.), *Decisions for War 1914*, London 1995, S. 55–96
Corradini, Enrico, *Scritti e discorsi*, bearb. von Lucia Strappini, Turin 1980
Cosgrove, Richard A., »A Note on Lloyd George's Speech at the Mansion House, 21 July 1911«, in: *Historical Journal*, 12/4 (1969), S. 698–701
Cowles, Virginia, *Edward VII and His Circle*, London [1956]
Craig, Gordon, *Deutsche Geschichte 1866–1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches*, München 1980
Crampton, R. J., *Hollow Détente. Anglo-German Relations in the Balkans, 1911–1914*, London 1980
Crouch, Mira, »Jews, Other Jews and ›Others‹: Some Marginal Considerations Concerning the Limits of Tolerance«, in: John Milfull (Hg.), *Why Germany? National Socialist Anti-Semitism and the European Context*, Providence 1993, S. 121–138
Curtis, William Eleroy, *The Turk and His Lost Provinces: Greece, Bulgaria, Servia, Bosnia*, Chicago, London 1903
Cvijić, Jovan, *The Annexation of Bosnia and Herzegovina and the Serb Problem*, London 1909
Czernin, Graf Ottokar, *Im Weltkriege*, Berlin 1919
Danforth, Loring M., »Competing Claims to Macedonian Identity: The Macedonian Question and the Breakup of Yugoslavia«, in: *Anthropology Today*, 9/4 (1993), S. 3–10
Deák, István, »The Fall of Austria-Hungary: Peace, Stability, and Legitimacy«, in: Geir Lundestad (Hg.), *The Fall of Great Powers*, Oxford 1994, S. 81–102
–, *Beyond Nationalism. A Social and Political History of the Habsburg Officer Corps*, New York 1990
Deak, John, »The Incomplete State in an Age of Total War. Or: The Habsburg Monarchy and the First World War as a Historiographical Problem«, unveröffentlichtes Manuskript, Universität von Notre Dame 2011
Dedijer, Vladimir, *The Road to Sarajevo 1914*, London 1967 (deutsch: *Die Zeitbombe Sarajewo*, Wien, Frankfurt/Main, Zürich 1967)
Dekhnewallah, A. (Pseud.), *The Great Russian Invasion of India. A Sequel to the Afghanistan Campaign of 1879–9*, London 1879
Derfler, Leslie, *Alexandre Millerand. The Socialist Years*, Den Haag 1977
Deutsches Auswärtiges Amt (Hg.), *Belgische Aktenstücke, 1905–1914*, Berlin [1917]
Diderot, Denis, »Composition in Painting«, *Encyclopédie*, Bd. 3 (1753), in: Beatrix Tollemache, *Diderot's Thoughts on Art and Style*, New York 1893–1971, S. 25–34
Digeon, Claude, *La Crise allemande dans la pensée française 1870–1914*, Paris 1959

Djordjević, D., »The Role of the Military in the Balkans in the Nineteenth Century«, in: Ralph Melville und Hans-Jürgen Schroeder (Hg.), *Der Berliner Kongress von 1878,* Wiesbaden 1982, S. 317–347
Djukanov, Nikac, *Bajade: anegdote o Nikoli Pašiću,* Belgrad 1996
Dobrorolsky, S. K., »La Mobilisation de l'armée russe en 1914«, in: *Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale*, 1 (1923), S. 53–69 und S. 144–159
Donia, Robert J., *Islam under the Double Eagle. The Muslims of Bosnia and Herzegovina, 1878–1914,* New York 1981
Donnino, Guido, *L'Accordo Italo-Russo di Racconigi,* Mailand 1983
Dragnich, Alex N., *Serbia, Nikola Pašić and Yugoslavia,* New Brunswick 1974
–, *The Development of Parliamentary Government in Serbia,* Boulder 1978
Dülffer, Jost, Martin Kröger und Rolf-Harald Wippich (Hg.), *Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Ersten Weltkrieg 1856–1914,* München 1997
Dumba, Constantin, *Memoirs of a Diplomat,* London 1933
Duroselle, J.-B., *La grande guerre des Français, 1914–1918: L'incompréhensible,* Paris 1994
Eatwell, Roger, »Hacia un nuevo modelo de liderazgo carismático de derecha«, in: Miguel Ángel Simon Gomez (Hg.), *La extrema derecha en Europa desde 1945 a nuestros días,* Madrid 2007, S. 19–38
–, »The Concept and Theory of Charismatic Leadership«, in: *Totalitarian Movements and Political Religions*, 7/2 (2006), S. 141–156
Edwards, E. W., »The Franco-German Agreement on Morocco, 1909«, in: *English Historical Review*, 78 (1963), S. 483–513
Eksteins, Modris, »Sir Edward Grey and Imperial Germany in 1914«, in: *Journal of Contemporary History*, 6/3 (1971), S. 121–131
Eley, Geoff, »The View from the Throne: The Personal Rule of Kaiser Wilhelm II«, in: *Historical Journal*, 28/2 (1985), S. 469–485
–, *The Reshaping of the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck,* New Haven 1980
Elsie, Robert (Hg.), *Kosovo. In the Heart of the Balkan Powder Keg,* Boulder 1997
–, »Texts and Documents of Albanian History« (online unter: *http://www.albanianhistory.net/texts20_1/AH1913_2.html*)
Engelberg, Ernst, *Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas,* München 1993
Epkenhans, Michael (Hg.), *Albert Hopman. Das ereignisreiche Leben eines ›Wilhelminers‹. Tagebücher, Briefe, Aufzeichnungen, 1901 bis 1920,* München 2004
–, *Die wilhelminische Flottenrüstung. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration,* München 1991
Erdmann, Karl Dietrich (Hg.), *Kurt Riezler. Tagebücher, Aufsätze, Dokumente,* Göttingen 1972
–, »Zur Echtheit der Tagebücher Kurt Riezlers. Eine Antikritik«, in: *Historische Zeitschrift*, 236 (1983), S. 371–402
Eubank, Keith, *Paul Cambon: Master Diplomatist,* Norman 1960
Eustis, J. B., »The Franco-Russian Alliance«, in: *The North American Review*, 165 (1897), S. 111–118
Evans, Arthur J., *Through Bosnia and the Herzegovina on Foot during the Insurrection, August and September, 1875,* London 1877
Evans, Richard J. W. und Hartmut Pogge von Strandmann (Hg.), *The Coming of the First World War,* Oxford 1988
–, »The Habsburg Monarchy and the Coming of War«, in: ders. und Pogge von Strandmann, *The*

Coming of the First World War, S. 33–57
Evera, Stephen Van, »The Cult of the Offensive and the Origins of the First World War«, in: *International Security*, 9 (1984), S. 397–419
Fairbanks Jr., Charles H., »The Origins of the Dreadnought Revolution. A Historiographical Essay«, in: *International History Review*, 13 (1991), S. 246–272
Farrar, Lancelot, *The Short War Illusion. German Policy, Strategy and Domestic Affairs, August–December 1914,* Santa Barbara 1973
Farrar, Marjorie M., »Politics Versus Patriotism: Alexandre Millerand as French Minister of War«, in: *French Historical Studies*, 11/4 (1980), S. 577–609
–, *Principled Pragmatist: The Political Career of Alexandre Millerand,* New York 1991
Fay, Sidney Bradshaw, *The Origins of the World War*, 2 Bde., New York 1929 (deutsch: *Der Ursprung des Weltkrieges,* 2 Bde., Berlin 1930)
–, »The Kaiser's Secret Negotiations with the Tsar, 1904–5«, in: *American Historical Review*, 24 (1918), S. 48–72
Feis, Herbert, *Europe, the World's Banker 1870–1914. An Account of European Foreign Investment and the Connection of World Finance with Diplomacy before the War,* New Haven 1930
Fellner, Fritz (Hg.), *Schicksalsjahre Österreichs, 1908–1919: Das politische Tagebuch Josef Redlichs*, 2 Bde., Graz 1953/54
–, »Die Mission ›Hoyos‹«, in: ders., *Vom Dreibund zum Völkerbund. Studien zur Geschichte der internationalen Beziehungen 1882–1919*, hg. von Heidrun Maschl und Brigitte Mazohl-Wallnig, Wien 1995, S. 112–141
Ferguson, Niall, »Public Finance and National Security. The Domestic Origins of the First World War Revisited«, in: *Past & Present*, 142 (1994), S. 141–168
–, *Pity of War,* London 1998 (deutsch: *Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert,* Stuttgart 1999)
Fergusson, James, *The Curragh Incident,* London 1964
Fiebig-von Hase, Ragnhild, »Die Rolle Kaiser Wilhelms II. in den deutschamerikanischen Beziehungen, 1890–1914«, in: Röhl, *Der Ort Kaiser Wilhelms,* S. 223–257
Fischer, Fritz, »The Foreign Policy of Imperial Germany and the Outbreak of the First World War«, in: Gregor Schöllgen (Hg.), *Escape into War*? The Foreign Policy of Imperial Germany, New York und Oxford 1990, S. 19–40
–, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914–18,* Düsseldorf 1961
–, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914,* Düsseldorf 1969
Fischer-Galati, Stephen, »Nationalism and Kaisertreue«, in: *Slavic Review*, 22 (1963), S. 31–36
Fisher H. H. (Hg.), *Out of My Past. The Memoirs of Count Kokovtsov, Russian Minister of Finance, 1904–1914, Chairman of the Council of Ministers, 1911–1914,* Stanford 1935
Flood, S. J., *France 1914–1918: Public Opinion and the War Effort,* Basingstoke 1990
Forsbach, Ralf, *Alfred von Kiderlen-Wächter (1852–1912). Ein Diplomatenleben im Kaiserreich,* 2 Bde., Göttingen 1997
Förster, Stig, »Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges, 1871–1914: Metakritik eines Mythos«, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 54 (1995), S. 61–95
–, *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-Quo-Sicherung und Aggression, 1890–1913,* Stuttgart und Wiesbaden 1985
Forth, Christopher E., *The Dreyfus Affair and the Crisis in French Masculinity,* Baltimore 2004

Frantz, Gunther, *Russlands Eintritt in den Weltkrieg,* Berlin 1924
Franz, Georg, *Erzherzog Franz Ferdinand und die Pläne zur Reform der Habsburger Monarchie,* Brünn 1943
Freifeld, Alice, »Empress Elisabeth as Hungarian Queen: The Uses of Celebrity Monarchy«, in: Cole und Unowsky, *Limits of Loyalty*, S. 138–161.
Friedberg, Aaron L., *The Weary Titan. Britain and the Experience of Relative Decline, 1895–1905,* Princeton 1988
Friedrich, Wolfgang-Uwe, *Bulgarien und die Mächte 1913–1915,* Stuttgart 1985
Fromkin, David, *Europas letzer Sommer. Die scheinbar friedlichen Wochen vor dem Ersten Weltkrieg,* München 2005
Fuller, William C., *Civil-Military Conflict in Imperial Russia 1881–1914,* Princeton 1985
–, *Strategy and Power in Russia, 1600–1914,* New York 1992
Funck, Markus, »Ready for War? Conceptions of Military Manliness in the Prusso-German Officer Corps before the First World War«, in: Hagemann und Schüler-Springorum, *Home/Front*, S. 43–68
Gade, Christel, *Gleichgewichtspolitik oder Bündnispflege? Maximen britischer Außenpolitik (1909–1914),* Göttingen 1997
Galántai, Józef, *Hungary in the First World War,* Budapest 1989
Gard, Roger Martin du, *L'Été 1914,* 4 Bde., Paris 1936–1940
Gatrell, Peter, *Government, Industry and Rearmament in Russia, 1900–1914. The Last Argument of Tsarism,* Cambridge 1994
Geiss, Imanuel (Hg.), *Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung,* 2 Bde., Hannover 1963/64
–, *Juli 1914. Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs*, München 1965
–, »›Weltpolitik‹. Die deutsche Version des Imperialismus«, in: Gregor Schöllgen (Hg.), *Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland*, Darmstadt 1991, S. 148–169
–, »Die manipulierte Kriegsschuldfrage. Deutsche Reichspolitik in der Julikrise 1914 und deutsche Kriegsziele im Spiegel des Schuldreferats des Auswärtigen Amtes, 1919–1931«, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen,* 34 (1983), S. 31–60
Georgevitch, Vladan, *Das Ende der Obrenovitch. Beiträge zur Geschichte Serbiens 1897–1900,* Leipzig 1905
Geppert, Dominik, *Pressekriege. Öffentlichkeit und Diplomatie in den deutsch-britischen Beziehungen (1896–1912),* München 2007
– und Andreas Rose, »Machtpolitik und Flottenbau vor 1914. Zur Neuinterpretation britischer Außenpolitik im Zeitalter des Hochimperialismus«, in: *Historische Zeitschrift*, 293 (2011), S. 401–437
Géraud, André, »The Old Diplomacy and the New«, in: *Foreign Affairs*, 23/2 (1945), S. 256–270
Gerin, René, *Les responsabilités de la guerre: quatorze questions, par René Gerin … quatorze réponses, par Raymond Poincaré,* Paris 1930
Geyer, Dietrich, *Der russische Imperialismus. Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860–1914*, Göttingen 1977
Gibson, Hugh, *A Journal from Our Legation in Belgium,* New York 1917
Giesl, Baron Wladimir, *Zwei Jahrzehnte im Nahen Orient*, Berlin 1927
Gillard, D., *The Struggle for Asia, 1828–1914. A Study in British and Russian Imperialism,* London 1977
Glaise von Horstenau, Edmund, *Franz Josephs Weggefährte: das Leben des Generalstabschefs, Grafen*

Beck nach seinen Aufzeichnungen und hinterlassenen Dokumenten, Zürich, Wien 1930
Goetz, Walter (Hg.), *Briefe Kaiser Wilhelms II. an den Zaren, 1894–1914,* Berlin 1920
Gomirje, Alexander Musulin von, *Das Haus am Ballhausplatz. Erinnerungen eines österreich-ungarischen Diplomaten,* München 1924
Gooch, G. S. »Kiderlen-Wächter«, in: *Cambridge Historical Journal*, 5/2 (1936), S. 178–192
Gooch, John, »Attitudes to War in Late Victorian and Edwardian England«, in: ders., *The Prospect of War: Studies in British Defence Policy, 1847–1942,* London 1981, S. 35–51
Good, David F., »›Stagnation‹ and ›Take-Off‹ in Austria, 1873–1913«, in: *Economic History Review,* 27/1 (1974), S. 72–88
Goričar, Joseph und Lyman Beecher Stowe, *The Inside Story of Austro-German Intrigue or How the World War Was Brought About,* New York 1920
Graham, Stephen, *Russia and the World*, New York 1915
Gregory, Adrian, »A Clash of Cultures. The British Press and the Opening of the Great War«, in: Troy E. Paddock (Hg.), *A Call to Arms. Propaganda, Public Opinion and Newspapers in the Great War,* Westport 2004, S. 15–50
–, »British War Enthusiasm: A Reassessment«, in: Gail Braybon (Hg.), *Evidence, History and the Great War. Historians and the Impact of 1914–18,* Oxford 2003, S. 67–85
–, *The Last Great War. British Society and the First World War*, Cambridge 2008
Grenville, J. A. S., *Lord Salisbury and Foreign Policy. The Close of the Nineteenth Century,* London 1970
Grey, Edward, *Fünfundzwanzig Jahre Politik, 1892–1916. Memoiren in 2 Bänden,* München 1926
– und Lady Grey, *Cottage Book. The Undiscovered Country Diary of an Edwardian Statesman,* bearb. Michael Waterhouse, London 2001
Gross, Nachum T., »The Industrial Revolution in the Habsburg Monarchy 1750–1914«, in: Carlo C. Cipolla (Hg.), *The Emergence of Industrial Societies,* 6 Bde., New York 1976, Bd. 4/1, S. 228–278
Große Kracht, Klaus, »Fritz Fischer und der deutsche Protestantismus«, in: *Zeitschrift für neuere Theologiegeschichte*, 10/2 (2003), S. 224–252
Grupp, Peter, *Theorie des Kolonialimperialismus und Methoden der imperialistischen Außenpolitik bei Gabriel Hanotaux,* Bern und Frankfurt, 1962
Gurko, W. I., *Tscherty i Siluety Proschlogo, Prawitelstwo i Obschtschestwennost w Zarstwowanije Nikolaja II Isobraschenii Sowremennika,* Moskau 2000
Gwynn, Stephen (Hg.), *The Letters and Friendships of Sir Cecil Spring-Rice,* London 1929
Hagemann, Karen und Stephanie Schüler-Springorum (Hg.), *Home/Front. The Military, War and Gender in Twentieth-Century Germany,* New York 2002
–, »Home/Front. The Military, Violence and Gender Relations in the Age of the World Wars«, in: Hagemann und Schüler-Springorum, *Home/Front*, S. 1–42
Hall, Richard C., *Bulgaria's Road to the First World War,* Boulder 1997
–, *The Balkan Wars, 1912–1913. Prelude to the First World War,* London 2000
Halpern, Paul G., *The Mediterranean Naval Situation, 1908–1914*, Cambridge, Mass. 1971
Hamann, Brigitte, *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators*, München 1996
Hamilton, Keith, »The Historical Diplomacy of the Third Republic«, in: Wilson, *Forging the Collective Memory,* S. 29–62
Hamilton, Richard F. und Holger Herwig, *Decisions for War 1914–1917,* Cambridge 2004
Hanotaux, Gabriel, *Carnets (1907–1925),* hg. von Georges Dethan, Georges-Henri Soutou und Marie-Renée Mouton, Paris 1982

Hantsch, Hugo, *Leopold Graf Berchtold. Grandseigneur and Staatsmann*, 2 Bde., Graz 1963
Hargreaves, J. D., »Entente Manquée: Anglo-French Relations, 1895–1896«, in: *Historical Journal*, 11 (1953–5), S. 65–92
Hašek, Jaroslav, *Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk*, Reinbek bei Hamburg 1960
Haselsteiner, Horst, »Nationale Expansionsvorstellungen bei Serben und Kroaten im 19. Jahrhundert«, in: *Österreichische Osthefte*, 39 (1997), S. 245–254
Hatton, S. H. S., »Britain and Germany in 1914: The July Crisis and War Aims«, in: *Past & Present*, 36/1 (1967), S. 138–143
Hayne, Mark B., *The French Foreign Office and the Origins of the First World War 1898–1914*, Oxford 1993
Hazlehurst, Cameron, *Politicians at War, July 1914 to May 1915: A Prologue to the Triumph of Lloyd George*, London 1971
Head, Judith A., »Public Opinions and Middle-Eastern Railways. The Russo-German Railway Negotations of 1910–11«, in: *International History Review*, 6/1 (1984), S. 28–47
Healy, Maureen, *Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. Total War and Everyday Life in World War I*, Cambridge 2004
Heggoy, Alf, *The African Policies of Gabriel Hanotaux, 1894–1898*, Athens 1972
Heinemann, Ulrich, *Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik*, Göttingen 1983
Helmreich, Ernst Christian, »An Unpublished Report on Austro-German Military Conversations of November 1912«, in: *Journal of Modern History*, 5 (1933), S. 197–207
–, *The Diplomacy of the Balkan Wars, 1912–1913*, Cambridge, Mass. 1938
Heretz, Leonid, *Russia on the Eve of Modernity. Popular Religion and Traditional Culture under the Last Tsars*, Cambridge 2008
Herring, George C., *From Colony to Superpower: US Foreign Relations since 1776*, New York 2009
Herrmann, David G., *The Arming of Europe and the Making of the First World War*, Princeton 1996
Herwig, Holger H., »Germany and the ›Short-War‹ Illusion: Toward a New Interpretation?«, in: *Journal of Military History*, 66/3, S. 681–693
–, »Germany«, in: Richard F. Hamilton und Holger H. Herwig (Hg.), *The Origins of World War I*, Cambridge 2003, S. 150–187
–, *»Luxury« Fleet. The Imperial German Navy, 1888–1918*, London 1980
–, *The First World War. Germany and Austria-Hungary, 1914–1918*, London 1997
Herz, John H., »Idealist Internationalism and the Security Dilemma«, in: *World Politics*, 2/2 (1950), S. 157–180
Hewitson, Mark, *Germany and the Causes of the First World War*, Oxford 2006
Hibbert, Christopher, *Edward VII. A Portrait*, London 1976
Hildebrand, Klaus, »Julikrise 1914: Das europäische Sicherheitsdilemma. Betrachtungen über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 36 (1985), S. 469–502
–, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945*, Stuttgart 1995
Hitchins, Keith, *The Nationality Problem in Austria-Hungary. The Reports of Alexander Vaida to Archduke Franz Ferdinand's Chancellery*, Leiden 1974
Höbelt, Lothar, »Parliamentary Politics in a Multinational Setting: Late Imperial Austria«, CAS Working Papers in Austrian Studies Series, Working Paper 92–6
–, »Parteien und Fraktionen im Cisleithanischen Reichsrat«, in: Adam Wandruszka und Peter

Urbanitsch (Hg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918,* 10 Bde., Wien 1973–2006, Bd. 7/1, S. 895–1006.
–, *Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte,* Wien 2009
Hoffmann, Dieter, *Der Sprung ins Dunkle: Oder wie der 1. Weltkrieg entfesselt wurde,* Leipzig 2010
Hoffmann, Robert, *Erzherzog Franz Ferdinand und der Fortschritt. Altstadterhaltung und bürgerlicher Modernisierungswille in Salzburg,* Wien 1994
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig zu, *Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit,* hg. Karl Alexander von Müller,
Holler, Gerd, *Franz Ferdinand von Österreich-Este*, Wien 1982
Hölzle, Erwin, *Die Selbstentmachtung Europas. Das Experiment des Friedens vor und im Ersten Weltkrieg,* Göttingen 1975
Hötzendorf, Conrad von, *Aus meiner Dienstzeit, 1906–1918,* 5 Bde., Wien 1921–1925
Hötzendorf, Gina Gräfin Conrad von, *Mein Leben mit Conrad von Hötzendorf*, Leipzig 1935
House, Edward, *The Intimate Papers of Edward House,* 2 Bde., London 1926 (dt. gekürzt unter dem Titel: *Die vertraulichen Dokumente des Obersten House*, hg. von Charles Seymour, Stuttgart, Berlin und Leipzig 1930)
Howard, Harry N., *The Partition of Turkey, 1913–1923,* Norman 1931
Hull, Isabel V., »Kaiser Wilhelm II and the ›Liebenberg Circle‹«, in: John C. G. Röhl und Nikolaus Sombart (Hg.), *Kaiser Wilhelm II. New Interpretations,* Cambridge 1982, S. 193–220
–, *Absolute Destruction. Military Culture and the Practices of War in Imperial Germany,* Ithaca 2005
Ignotus, Miles (Pseud.), »Italian Nationalism and the War with Turkey«, in: *Fortnightly Review*, 90 (Dezember 1911), S. 1084–1096
Iiams, Thomas M., *Dreyfus, Diplomatists and the Dual Alliance: Gabriel Hanotaux at the Quai d'Orsay, 1894–1898*, Genf 1962
Irace, Chevalier Tullio, *With the Italians in Tripoli. The Authentic History of the Turco-Italian War,* London 1912
Italian Foreign Ministry (Hg.), *I Documenti Diplomatici Italiani*, 4. Serie, 1908–1914, 12 Bde., Rom 1964
Izvolsky, Helene, »The Fateful Years: 1906–1911«, in: *Russian Review*, 28/2 (1969), S. 191–206
Jäger, Wolfgang, *Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte um den Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914–1980,* Göttingen 1984
Jakobs, Peter, *Das Werden des französisch-russischen Zweibundes, 1890–1894,* Wiesbaden 1968
Jannen, William, »The Austro-Hungarian Decision for War in July 1914«, in: Samuel R. Williamson und Peter Pastor (Hg.), *Essays on World War I: Origins and Prisoners of War,* New York 1983, S. 55–81
Janos, Andrew C., »The Decline of Oligarchy: Bureaucratic and Mass Politics in the Age of Dualism (1867–1918)«, in: ders. und William B. Slottman (Hg.), *Revolution in Perspective: Essays on the Hungarian Soviet Republic of 1919,* Berkeley 1971, S. 1–60
Jarausch, Konrad H., »Revising German History. Bethmann Hollweg Revisited«, in: *Central European History*, 21/3 (1988), S. 224–243
–, »The Illusion of Limited War: Chancellor Bethmann Hollweg's Calculated Risk, July 1914«, in: *Central European History*, 2/1(1969), S. 48–76
–, *The Enigmatic Chancellor. Bethmann Hollweg and the Hubris of Imperial Germany,* New Haven 1973
Jászi, Oszkár, »Danubia: Old and New«, in: *Proceedings of the American Philosophical Society,* 93/1

(1949), S. 1–31
–, *The Dissolution of the Habsburg Monarchy,* Chicago 1929
Jeffery, Keith, *Field Marshal Sir Henry Wilson. A Political Soldier*, Oxford 2006
Jelavich, Barbara, »Serbia in 1897: A Report of Sir Charles Eliot«, in: *Journal of Central European Affairs*, 18 (1958), S. 183–189
–, »What the Habsburg Government Knew about the Black Hand«, in: *Austrian History Yearbook*, 22 (1991), S. 131–150
–, *History of the Balkans*, 2 Bde., Cambridge 1983
Jelenić, Djurdje, *Nova Srbija i Jugoslavija. Istorija nacionalnog oslobodjenja i ujedinjenja Srba, Hrvata i Slovenaca, od Kočine krajine do vidovdanskog ustava (1788–1921),* Belgrad 1923
Jellinek, Georg, *System der subjektiven Öffentlichen Rechte*, Freiburg 1892
Jerábek, Rudolf, *Potiorek. General im Schatten von Sarajevo,* Graz 1991
Joffre, Joseph, *Mémoires du Maréchal Joffre (1910–1917),* Paris 1932
Joll, James, »The 1914 Debate Continues: Fritz Fischer and His Critics«, in: *Past & Present*, 34/1 (1966), S. 100–113
–, *1914: The Unspoken Assumptions. An Inaugural Lecture Delivered 25 April 1968,* London 1968
–, *The Origins of the First World War*, London 1984
Jones, Ernest, *Sigmund Freud: Life and Work*, 3 Bde., London 1953–1957 (deutsch: *Das Leben und Werk von Sigmund Freud*, Bern 1962)
Jovanović, Jovan, *Borba za Narodno Ujedinjenje*, *1903–1908*, Belgrad [1938]
Jovanović, Ljuba, »Nach dem Veitstage des Jahres 1914«, in: *Die Kriegsschuldfrage. Berliner Monatshefte für Internationale Aufklärung*, 3/1 (1925), S. 68–82
Jovanović, Slobodan, »Nicholas Pašić: After Ten Years«, in: *Slavonic and East European Review*, 15 (1937), S. 368–376
–, *Vlada Aleksandra Obrenovića*, 3 Bde., Belgrad 1934–1936
Ju Arijew, A. (Hg.), *Sudba Weka. Kriwoscheiny,* St. Petersburg 2002
Judah, Tim, *The Serbs. History, Myth and the Destruction of Yugoslavia,* 2. Aufl., New Haven 2000
Kafka, Franz, *Tagebücher*, hg. Hans-Gerhard Koch, Michael Müller und Malcolm Pasley, Frankfurt am Main 1990
Kammerhofer, Leopold, *Diplomatie und Pressepolitik 1848–1918,* in: Wandruszka und Urbanitsch (Hg.), *Die Habsburgermonarchie,* Bd. 6/1 , S. 459–495
Kann, R. A., *Geschichte des Habsburgerreiches 1526–1918*, Wien u.a. 1993
–, *Kaiser Franz Joseph und der Ausbruch des Krieges,* Wien 1971
–, »Gross-Österreich«, in: ders., *Erzherzog Franz Ferdinand Studien,* München 1976, S. 26–46
–, »Trends towards Colonialism in the Habsburg Empire, 1878–1918: The Case of Bosnia-Hercegovina 1878–1918«, in: Don Karl Rowney und George Edward Orchard (Hg.), *Russian and Slavic History*, Columbus 1977, S. 164–180
–, *Die Prochaska-Affäre vom Herbst 1912. Zwischen kaltem und heißem Krieg,* Wien 1977
–, »The Dynasty and the Imperial Idea«, in: *Austrian History Yearbook,* 3/1 (1967), S. 11–31
Katus, László, »The Common Market of the Austro-Hungarian Monarchy«, in: András Gerö (Hg.), *The Austro-Hungarian Monarchy Revisited*, New York 2009, S. 21–49
Kautsky, Karl (Hg.), *Die deutschen Dokumente zu Kriegsausbruch,* 4 Bde., Berlin 1927
Kazimirović, Vasa, *Nikola Pašić i njegovo doba 1845–1926,* Belgrad 1990
Keiger, John F. V., *Raymond Poincaré,* Cambridge 1997
–, »Britain's ›Union Sacrée‹ in 1914«, in: Jean-Jacques Becker und Stéphane Audoin-Rouzeau (Hg.),

Les Sociétés européennes et la guerre de 1914–1918, Paris 1990, S. 39–52
–, »France«, in: Keith M. Wilson (Hg.), *Decisions for War 1914,* London 1995, S. 121–149
–, »How the Entente Cordiale Began«, in Richard Mayne, Douglas Johnson und Robert Tombs (Hg.), *Cross Channel Currents. 100 Years of the Entente Cordiale,* London 2004, S. 3–10
–, »Why Allies? Necessity or Folly« (unveröffentlichtes Vortragsmanuskript 2011)
–, *France and the Origins of the First World War,* London 1983
Kennan, George F., *Die schicksalhafte Allianz. Frankreich und Rußland am Vorabend des Ersten Weltkriegs,* Köln 1990
–, *The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Prussian Relations, 1875–1890,* Princeton 1979
Kennedy, Paul (Hg.), *The War Plans of the Great Powers, 1880–1914,* London 1979
–, »The First World War and the International Power System«, in: Steven E. Miller (Hg.), *Military Strategy and the Origins of the First World War,* Princeton 1985, S. 7–40
–, *The Rise of the Anglo-German Antagonism, 1860–1914,* London 1980
Kent, Marian (Hg.), *The Great Powers and the End of the Ottoman Empire,* London 1984
Kießling, Friedrich, *Gegen den »großen Krieg«? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914,* München 2002
Kisch, Egon Erwin, *Mein Leben für die Zeitung 1906–1913. Journalistische Texte 1,* Berlin und Weimar 1983
Kiszling, Rudolf, *Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este. Leben, Pläne und Wirken am Schicksalsweg der Donaumonarchie*, Graz 1953
Klein, Ira, »The Anglo-Russian Convention and the Problem of Central Asia, 1907–1914«, in: *Journal of British Studies,* 11 (1971), S. 126–147
Knox, A., *With the Russian Army, 1914–1917,* 2 Bde., New York, 1921
Kohl, Horst (Hg.), *Politische Reden Bismarcks. Historisch-kritische Gesamtausgabe,* 14 Bde., Stuttgart 1892–1905
Kohler, J. (Hg.), *Der Prozess gegen die Attentäter von Sarajevo. Nach dem amtlichen Stenogramm der Gerichtsverhandlung aktenmäßig dargestellt,* Berlin 1918
Kohn, Hans, *Pan-Slavism. Its History and Ideology*, Notre Dame 1953
Kokovtsov, V. N., *Out of My Past: The Memoirs of Count Kokovtsov, Russian Minister of Finance, 1904–1914, Chairman of the Council of Ministers, 1911–1914,* bearb. von H. H. Fischer, Stanford 1935
Kolm, Evelyn, *Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus,* Frankfurt am Main 2001
Komlos, John, »Economic Growth and Industrialisation in Hungary 1830–1913«, in: *Journal of European Economic History,* 1 (1981), S. 5–46
–, *The Habsburg Monarchy as a Customs Union. Economic Development in Austria-Hungary in the Nineteenth Century,* Princeton 1983
Köver, György, »The Economic Achievements of the Austro-Hungarian Monarchy. Scales and Speed«, in: András Gerö (Hg.), *The Austro-Hungarian Monarchy Revisited*, New York 2009, S. 51–83
Kraft, B. D. E., *Lord Haldane's Zending naar Berlijn in 1912. De duitsch-engelsche onderhandelingen over de vlootquaestie,* Utrecht 1931
Kramer, Kevin, »A World of Enemies: New Perspectives on German Military Culture and the Origins of the First World War«, in: *Central European History,* 39 (2006), S. 270–298
Kraus, Karl, »Franz Ferdinand und die Talente«, in: *Die Fackel*, 10. Juli 1914, S. 1–4
–, *Die letzten Tage der Menschheit. Eine Tragödie in fünf Akten*, Frankfurt am Main 1986

Kronenbitter, Günther, »Diplomatisches Scheitern: Die Julikrise 1914 und die Konzertdiplomatie der europäischen Großmächte«, in: Bernhard Chiari und Gerhard P. Groß (Hg.), *Am Rande Europas? Balkan – Raum und Bevölkerung als Wirkungsfelder militärischer Gewalt,* München 2009, S. 55–66
–, »*Krieg im Frieden*«. *Die Führung der k.u.k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906–1914,* München 2003
Krumeich, Gerd, *Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem ErstenWeltkrieg. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913–1914,* Wiesbaden 1980 (engl. Übersetzung 1984)
Kryschanowskii, S. E., *Wospominanija,* Berlin 1938
Kuhl, Hermann von, *Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges,* Berlin 1920
Lahme, Rainer, *Deutsche Außenpolitik 1890–1894. Von der Gleichgewichtspolitik Bismarcks zur Allianzstrategie Caprivis,* Göttingen 1994
Lamb, Andrew, »Léhar's *Die Lustige Witwe* – Theatrical Fantasy or Political Reality?«, Beitrag im Programmheft der englischen Aufführung *The Merry Widow*, Royal Opera, London, 1997 (überarbeitet und online zugänglich unter *http://www.josef-weinberger.com/mw/politics.html*)
Lambert, Nicholas A., »Admiral Sir John Fischer and the Concept of Flotilla Defence, 1904–1909«, in: *The Journal of Military History*, 59 (1995), S. 639–660
–, *Planning Armageddon. British Economic Warfare and the First World War,* Cambridge, Mass. 2012
Lambi, Ivo Nikolai, *The Navy and German Power Politics, 1862–1914,* Boston 1984
Lampe, John R., »Varieties of Unsuccessful Industrialisation. The Balkan States Before 1914«, in: *Journal of Economic History,* 35 (1975), S. 56–85
Lamsdorf, W. N., *Dnewnik: 1894–1896*, bearb. W. I. Bowykin und I. A. Diakonowa, Moskau 1991
Langdon, John W., »Emerging from Fischer's Shadow: Recent Examinations of the Crisis of July 1914«, in: *The History Teacher,* 20, Nr. 1 (Nov. 1986), S. 63–86
–, *July 1914: The Long Debate, 1918–1990,* Oxford 1991
Langer, William L., »The Franco-Russian Alliance (1890–1894)«, in: *The Slavonic Review*, 3/9 (1925), S. 554–575
–, *The Franco-Russian Alliance, 1890–1894,* Cambridge 1929
Langhorne, Richard, »Great Britain and Germany, 1911–1914«, in: Francis Harry Hinsley (Hg.), *British Foreign Policy under Sir Edward Grey,* Cambridge 1977, S. 288–314
–, »The Naval Question in Anglo-German Relations, 1912–1914«, in: *Historical Journal,* 14 (1971), S. 359–370
–, »Anglo-German Negotiations Concerning the Future of the Portuguese Colonies, 1911–1914«, in: *Historical Journal,* 16/2 (1973), S. 361–387
–, *The Collapse of the Concert of Europe. International Politics, 1890–1914,* New York 1981
Lappenküper, Ulrich, *Die Mission Radowitz. Untersuchungen zur Russlandpolitik Otto von Bismarcks (1871–1875),* Göttingen 1990
Lasswell, H. D., *Propaganda Technique in the World War,* New York 1927
Lazarovich-Hrebelianovich, Prince, *The Servian People. Their Past Glory and Destiny,* New York 1910
Le Queux, William, *The Great War in England in 1897,* London 1894
LeCaine Agnew, Hugh, »The Flyspecks on Palivec's Portrait. Franz Joseph, the Symbols of Monarchy and Czech Popular Loyalty«, in: Cole und Unowsky (Hg.), *Limits of Loyalty,* S. 86–112
Lepsius, Oliver, *Besitz und Sachherrschaft im öffentlichen Recht,* Tübingen 2002
Lerman, Katherine, *Bismarck. Profiles in Power,* Harlow 2004

–, *The Chancellor as Courtier: Bernhard von Bülow and the Governance of Germany, 1900–1909,* Cambridge 1990
Leslie, John, »The Antecedents of Austria-Hungary's War Aims. Policies and Policy-makers in Vienna and Budapest before and during 1914«, in: Elisabeth Springer und Leopold Kammerhold (Hg.), *Archiv und Forschung. Das Haus-, Hof- und Staatsarchiv in seiner Bedeutung für die Geschichte Österreichs und Europas,* Wien 1993, S. 307–394
Levine, Isaac Don (Hg.), *The Kaiser's Letters to the Tsar. Copied from Government Archives in Petrograd and Brought from Russia by Isaac Don Levine,* London 1920
Levsen, Sonja, »Constructing Elite Identities. University Students, Military Masculinity and the Consequences of the Great War in Britain and Germany«, in: *Past & Present*, 198/1 (2008), S. 147–183
Lichnowsky Fürst Max von, *Auf dem Wege zum Abgrund. Londoner Berichte, Erinnerungen und sonstige Schriften,* Dresden 1927
–, *Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky. Meine Londoner Mission 1912–1914*, Berlin 1918
Lieven, Dominic C. B., »Bureaucratic Authoritarianism in Late Imperial Russia: The Personality, Career and Opinions of P. N. Durnovo«, in: *The Historical Journal,* 26/2 (1983), S. 391–402
–, *Nicholas II. Emperor of All the Russias,* London 1993
–, *Russia and the Origins of the First World War,* London 1983
–, *Russia's Rulers Under the Old Regime,* New Haven 1989
Linke, Horst, *Das Zarische Russland und der Erste Weltkrieg. Diplomatie und Kriegsziele 1914–1917,* München 1982
Liszkowski, Uwe, *Zwischen Liberalismus und Imperialismus. Die zaristische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg im Urteil Miljukovs und der Kadettenpartei, 1905–1914,* Stuttgart 1974
Ljubibratic, Dragoslav, *Mlada Bosna i Sarajevski atentat,* Sarajevo 1964
Lone, Stewart, *Japan's First Modern War. Army and Society in the Conflict with China, 1894–95,* London 1994
Louis, Georges, *Les Carnets de Georges Louis,* 2 Bde., Paris 1926
Lowe, Cedric James und Michael L. Dockrill, *The Mirage of Power,* 3 Bde., London 1972
Luntinen, Pertti, *French Information on the Russian War Plans, 1880–1914,* Helsinki 1984
Lutz, Hermann, *Lord Grey und der Weltkrieg. Ein Schlüssel zum Verständnis der britischen amtlichen Aktenpublikation über den Kriegsausbruch 1914,* Berlin 1927
Macartney, Carlile A., *The House of Austria. The Later Phase, 1790–1918,* Edinburgh 1978
MacKenzie, David, »Ljuba Jovanović-Čupa and the Search for Yugoslav Unity«, in: *International History Review,* 1/1 (1979), S. 36–54
–, »Officer Conspirators and Nationalism in Serbia, 1901–1914«, in: Stephen Fischer-Galati und Béla K. Kiraly (Hg.), *Essays on War and Society in East Central Europe, 1720–1920,* Boulder 1987, S. 117–150
–, »Serbia as Piedmont and the Yugoslav Idea, 1804–1914«, in: *East European Quarterly,* 28 (1994), S. 153–182
–, *Apis: The Congenial Conspirator. The Life of Colonel Dragutin T. Dimitrejević*, Boulder 1989
–, *Ilja Garašanin: Balkan Bismarck,* Boulder 1985
–, *The ›Black Hand‹ on Trial: Salonika, 1917,* Boulder 1995
MacLaren McDonald, David, *United Government and Foreign Policy in Russia, 1900–1914,* Cambridge, Mass. 1992
Magrini, Luciano, *Il dramma di Seraievo. Origini i responsabilita della guerra europea,* Mailand 1929

Malcolm, Noel, *Geschichte Bosniens*, Frankfurt am Main 1996
Malgeri, Francesco, *Guerra Libica (1911–1912),* Rom 1970
Manojlović, Violeta, »Defense of National Interest and Sovereignty: Serbian Government Policy in the Bosnian Crisis, 1906–1909«, MA Examensarbeit, Simon Fraser University, 1997
Marder, Arthur J., *From the Dreadnought to Scapa Flow. The Royal Navy in the Fischer Era, 1904–1919,* 5 Bde., Oxford 1961–70
Margutti, [Albert Alexander] Baron von, *The Emperor Francis Joseph and His Times,* London [1921]
Martel, Gordon, *Imperial Diplomacy: Rosebery and the Failure of Foreign Policy,* London 1986
Martin, Laurence W., *Peace Without Victory. Woodrow Wilson and the British Liberals*, Port Washington 1973
Masaryk, Tomáš G., *Der Agramer Hochverratsprozess und die Annexion von Bosnien und Herzegowina,* Wien 1909
–, *The Making of a State. Memories and Observations, 1914–1918,* London 1927
May, Arthur J. *The Hapsburg Monarchy, 1867–1914,* Cambridge, Mass. 1951
–, »R. W. Seton-Watson and British Anti-Hapsburg Sentiment«, in: *American Slavic and East European Review,* 20, Nr. 1 (1961), S. 40–54
Mayer, Martin, »Grundschulen in Serbien während des 19. Jahrhunderts. Elementarbildung in einer ›Nachzüglergesellschaft‹«, in: Norbert Reiter und Holm Sundhaussen (Hg.), *Allgemeinbildung als Modernisierungsfaktor. Zur Geschichte der Elementarbildung in Südosteuropa von der Aufklärung bis zum Zweiten Weltkrieg*, Berlin 1994, S. 77–102
Mayreder, Rosa, »Von der Männlichkeit«, in: dies., *Zur Kritik der Weiblichkeit*. *Essays,* hrsg. Hana Schnedl, München 1981, S. 80–97
–, *Tagebücher 1873–1936*, hg. Harriet Anderson, Frankfurt/Main 1988
Mazower, Mark, *The Balkans*, London 2000
McCall, Thomas, »The Influence of British Military Attachés on Foreign Policy Towards Russia, 1904–1917«, Master Examen, University of Cambridge, 2011
McCarthy, Justin, *Death and Exile. The Ethnic Cleansing of Ottoman Muslims, 1821–1922,* Princeton 1996
McDonald, David M., »A Lever without a Fulcrum: Domestic Factors and Russian Foreign Policy, 1904–1914«, in: Hugh Ragsdale (Hg.), *Imperial Russian Foreign Policy,* Cambridge 1993, S. 268–314
–, *United Government and Foreign Policy in Russia 1900–1914,* Cambridge, Mass. 1992
McLean, Roderick, *Royalty and Diplomacy in Europe, 1890–1914,* Cambridge 2001
McLure, W. K., *Italy in North Africa. An Account of the Tripoli Enterprise,* London 1913
McMeekin, Sean, *The Berlin–Baghdad Express. The Ottoman Empire and Germany's Bid for World Power 1898–1918,* London 2010
–, *The Russian Origins of the First World War,* Cambridge, Mass. 2011
McReynolds Louise, *The News Under Russia's Old Regime. The Development of a Mass-Circulation Press*, Princeton 1991
Meinecke, Friedrich, *Erlebtes, 1862–1919,* Stuttgart 1964
Meisner, Heinrich Otto, *Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee,* 3 Bde., Stuttgart 1922–23
Mejcher, Helmut, »Oil and British Policy towards Mesopotamia«, in: *Middle Eastern Studies*, 8/3 (1972), S. 377–391
Menning, Bruce W., »Russian Military Intelligence, July 1914. What St. Petersburg Perceived and

Why It Mattered« (unveröffentlichtes Typoskript erscheint in: *Journal of Modern History*)
–, *Bayonets before Bullets. The Imperial Russian Army, 1861–1914,* Bloomington 1992
Merjansky, Kiril Valtchev, »The Secret Serbian-Bulgarian Treaty of Alliance of 1904 and the Russian Policy in the Balkans before the Bosnian Crisis«, Master Examensarbeit (MA), Wright State University, 2007
Merry, W. Mansell, *Two Months in Russia: July–September 1914,* Oxford 1916
Miliukov, Paul, *Political Memoirs 1905–1917,* Ann Arbor 1967
Miller, Paul B., *From Revolutionaries to Citizens. Antimilitarism in France, 1870–1914,* Durham und London 2002
Ministere des affaires étrangeres (Hg.), *Documents diplomatiques, 1914. La guerre européenne. Pieces relatives aux négotiations qui ont précédé la declaration de guerre de l'Allemagne a la Russie at a la France,* Paris 1914
Minniti, Fortunato, »Gli Stati Maggiori e la politica estera italiana«, in: R. J. B. Bosworth und Sergio Romano (Hg.), *La Politica estera italiana (1860–1985)*, Bologna 1991, S. 91–120
Mitrović, Z., *Srpske političke stranke,* Belgrad 1939
Mombauer, Annika, *Helmuth von Moltke and the Origins of the First World War,* Cambridge 2001
–, *The Origins of the First World War: Controversies and Consensus,* London 2002
Mommsen, Wolfgang J., »Domestic Factors in German Foreign Policy before 1914«, in: *Central European History*, 6 (1973), S. 3–43
–, *Großmachtstellung und Weltpolitik. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches, 1870 bis 1914,* Frankfurt am Main 1993
Montgelas, Max und Karl Schücking (Hg.), *Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch, 4 Bde., Berlin 1927*
Moritz, Verena, »›Wir sind also fähig, zu wollen!‹ Alexander Hoyos und die Entfesselung des Ersten Weltkrieges«, in: dies. und Hannes Leidinger (Hg.), *Die Nacht des Kirpitschnikow. Eine andere Geschichte des Ersten Weltkrieges,* Wien 2006, S. 66–96
Morley, John, *Memorandum on Resignation, August 1914,* London 1928
Mosely, Philip E., »Russian Policy in 1911–12«, in: *Journal of Modern History*, 12 (1940), S. 69–86
Moses, John A., *The Politics of Illusion. The Fischer Controversy in German Historiography*, London 1975
Mousset, Albert, *Un drame istorique: l'attentat de Sarajevo,* Paris 1930
Mühlmann, Carl, *Deutschland und die Türkei 1913–1914. Die Berufung der deutschen Militärmission nach der Türkei 1913, das deutsch-türkische Bündnis 1914 und der Eintritt der Türkei in den Weltkrieg,* Berlin 1929
Müller, Georg Alexander von, *Regierte der Kaiser? Aus den Kriegstagebüchern des Chefs des Marinekabinettes im Ersten Weltkrieg Admiral Georg Alexander von Müller,* Göttingen 1959
Mulligan, William, *The Origins of the First World War,* Cambridge 2010
Murad, A., *Franz Joseph and His Empire,* New York 1978
Musil, Robert, *Der Mann ohne Eigenschaften,* Hamburg 1978
Namier, Lewis Bernstein, *In the Margin of History,* London 1939
Narodni komissariat po inostrannym delam (Hg.), *Materialy po istorii franko-russkich otnoschenii sa 1910–1914 g.g. Sbornik sekretnych diplomatitscheskich dokumentow bywschego Imperatorskogo rossiiskogo ministerstwa inostrannych del,* Moskau 1922
Neiberg, Michael S., *Dance of the Furies, Europe and the Outbreak of World War I,* Cambridge, Mass. 2011

Neilson, Keith, »›My Beloved Russians‹: Sir Arthur Nicolson and Russia, 1906–1916«, in: *International History Review*, 9/4 (1987), S. 521–554

–, »Britain, Russia and the Sino-Japanese War«, in: Ders., John Berryman und Ian Nish, *The Sino-Japanese War of 1894–5 in its International Dimension,* London [1994], S. 1–22

–, »Quot homines, tot sententiae: Bertie, Hardinge, Nicolson and British Policy, 1906–1916«, (unveröffentlichtes Manuskript)

–, *Britain and the Last Tsar. British Policy and Russia 1894–1917,* Oxford 1995

Nevins, A. (Hg.), *The Letters and Journal of Brand Whitlock. The Journal*, New York 1936

Nicholls, J. Alden, *Germany after Bismarck,* Cambridge, Mass. 1958

Nicolaysen, Rainer, »Rebell wider Willen? Fritz Fischer und die Geschichte eines nationalen Tabubruchs«, in: ders. und Axel Schildt (Hg.), *100 Jahre Geschichtswissenschaft in Hamburg,* Berlin und Hamburg 2011, S. 197–236

Nicolson, Harold, *Die Verschwörung der Diplomaten. Aus Sir Arthur Nicolsons Leben 1849–1928,* Frankfurt am Main 1930

–, *King George the Fifth,* London 1952

Nipperdey, Thomas, *Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918,* Düsseldorf 1961

Obst, Michael A., *»Einer nur ist Herr im Reiche«. Wilhelm II als politischer Redner,* Paderborn 2010

Okey, Robin, *The Habsburg Monarch, c. 1765–1918. From Enlightenment to Eclipse,* London 2001

Oncken, Erich, *Panthersprung nach Agadir. Die deutsche Politik während der zweiten Marokkokrise 1911*, Düsseldorf 1981

Oncken, Hermann, *Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges,* 2 Bde., Leipzig 1933

Otte, Thomas, *The China Question. Great Power Rivalry and British Isolation, 1894–1905,* Oxford 2007

–, *The Foreign Office Mind. The Making of British Foreign Policy, 1865–1914*, Cambridge 2011

Palairet, Michael, *The Balkan Economies c. 1800–1914. Evolution without Development,* Cambridge 1997

Paléologue, Maurice, *Au Quai d'Orsay a la veille de la tourmente. Journal 1913–1914,* Paris 1947

–, *An Ambassador's Memoirs 1914–1917*, London 1973 (deutsch: *Am Zarenhof während des Weltkrieges. Tagebücher und Betrachtungen,* München 1929)

–, *Cavour*, London 1927

–, *The Turning Point. Three Critical Years 1904–1906*, London 1935

–, *Un grand tournant de la politique mondiale (1904–1906),* Paris 1914

Pantenius, Hans Jürgen, *Der Angriffsgedanke gegen Italien bei Conrad von Hötzendorf. Ein Beitrag zur Koalitionskriegsführung im Ersten Weltkrieg,* 2 Bde., Köln 1984

Paulmann, Johannes, »›Dearest Nicky …‹ Monarchical Relations between Prussia, the German Empire and Russia during the Nineteenth Century«, in: Roger Bartlet und Karen Schönwalder (Hg.), *The German Lands and Eastern Europe. Essays on the History of Their Social, Cultural and Political Relations,* London 1999, S. 157–181

–, *Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg,* Paderborn 2000

Pav, Wolfgang, »Die dalmatinischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat nach der Wahlrechtsreform von 1907«, MA Arbeit, Universität Wien 2007 (online unter: *http://othes.univie.ac.at/342/1/11-29-2007_0202290.pdf*)

Pavlović, Aleksandar, *Liudi i dogadaji, ideje i ideali* Belgrad 2002

Pavone, Claudio, *Dalle carte di Giovanni Giolitti: quarant'anni di politica italiana*, 3 Bde., Mailand

1962
Penzler, Johannes (Hg.), *Fürst Bülows Reden nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik. Mit Erlaubnis des Reichskanzlers gesammelt und herausgegeben,* 2 Bde., Berlin 1907
Perkins, Bradford, *The Great Rapprochement: England and the United States 1895–1914,* London 1969
Péter, Lászlo, »Die Verfassungsentwicklung in Ungarn«, in: Wandruszka and Urbanitsch (Hg.), *Die Habsburgermonarchie*, Bd. 7/1, S. 239–540
Petersson, Nils, *Imperialismus und Modernisierung. Siam, China und die europäischen Mächte, 1895–1914*, München 2000
Petrović Njegoš, Petar, *Der Bergkranz*, München 2012
Pflanze, Otto, *Bismarck and the Development of Germany*, 3 Bde., Princeton 1990 (auf Deutsch 2 Bde., München 1997/98)
Playne, C. E., *The Pre-War Mind in Britain: A Historical Review*, London 1928
Poincaré, Raymond, *Au service de la France – neuf années de souvenirs*, 10 Bde., Paris 1926–1933
Pokrowski, M., *Drei Konferenzen. Zur Vorgeschichte des Krieges*, [Berlin] 1920
Popov, Čedomir, »Nova Osvetljenja Rusko-Srpskih odnosa« (Rezension von Latinka Petrović und Andrej Šemjakin (Hg.), *Nikola Pašić. Pisma članci i govori*, Belgrad 1995), in: *Zbornik Matice Srpske za Slavistiku,* 48/49 (1995), S. 278–283
Popović, M., *Borba za parlamentarni režim u Srbiji*, Belgrad 1938
Porch, Douglas, *The March to the Marne. The French Army*, *1871–1914,* Cambridge 1981
Preston, Andrew, *The War Council: McGeorge Bundy, the NSC, and Vietnam,* Cambridge, Mass. 2006
Professor Pharos (Pseud.), *Der Prozess gegen die Attentäter von Sarajewo,* hg. von Josef Kohler, Berlin 1918
Prost, Antoine, Marie-Louise Goorgen, Noelle Gérome und Danielle Tartakowsky, »Four French Historians Review English Research on the History of French Labour and Socialism«, in: *The Historical Journal*, 37/3 (1994), S. 709–715
Protić, Milan St., *Radikali u Srbjii: Ideje i Pokret*, Belgrad 1990
Radkau, Joachim, *Das Zeitalter der Nervosität. Deutschland zwischen Bismarck und Hitler,* München 1998
Radusinović, Milorad, »Antanta i Aneksiona kriza«, in: *Istorija 20. Veka*, 9 (1991), S. 7–22
Ralston, D., *The Army of the Republic*, Cambridge, Mass. 1967
Ramaciotti, Gustavo, *Tripoli. A Narrative of the Principal Engagements ofthe Italian-Turkish War,* London 1912
Rambouillet-Vertrag, Interim Agreement for Peace and Self-Government in Kosovo, US State Department (englisch: http://www.state.gov/www/regions/eur/ksvo_rambouillet_text.html; deutsch: http://www.likedeeler-online.de/Like/vor2004/dokumente/like_doku_rambouillet.htm)
Ranke, Leopold, *Die serbische Revolution. Aus serbischen Papieren und Mittheilungen,* 2. Aufl., Berlin 1844
Rassow, Peter, »Schlieffen und Holstein«, in: *Historische Zeitschrift*, 173 (1952), S. 297–313
Rauchensteiner, Manfred, *Der Tod des Doppeladlers*. *Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg,* Graz 1994
Remak, Joachim, »1914 – The Third Balkan War: Origins Reconsidered«, in: *Journal of Modern History*, 43 (1971), S. 353–366
–, »The Ausgleich and After – How Doomed the Habsburg Empire?«, in: Ludovik Holotik und Anton Vantuch (Hg.), *Der Österreich-Ungarische Ausgleich 1867,* Bratislava 1971, S. 971–988

–, *Sarajevo. The Story of a Political Murder,* London 1959
Renzi, William A., »Great Britain, Russia and the Straits, 1914–1915«, in: *Journal of Modern History*, 42/1 (1970), S. 1–20
Retallack, James N., *Notables of the Right. The Conservative Party and Political Mobilization in Germany*, Winchester 1988
Reynolds, David, *Britannia Overruled. British Policy and World Power in the Twentieth Century,* 2. Aufl., Harlow 2000
Rich, Norman, Max Henry Fisher und Werner Frauendienst (Hg.), *Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins*, 4 Bde., Göttingen, Berlin, Frankfurt 1957
Riddell, George Allardice, *Lord Riddell's War Diary, 1914–1918,* London 1933
Ritter, Gerhard, *Der Schlieffenplan. Kritik eines Mythos,* München 1965
Robbins, Keith, »Public Opinion, the Press and Pressure Groups«, in: Francis H. Hinsley (Hg.), *British Foreign Policy under Sir Edward Grey*, Cambridge 1977, S. 70–88
Roberts, John Morris, *Europe, 1880–1945,* 3. Aufl., Harlow 2001
Röhl, John C. G, *Wilhelm II. Bd. 2: Der Aufbau der persönlichen Monarchie, 1888–1900*, München 2001
–, *Wilhelm II. Bd. 3: Der Weg in den Abgrund, 1900–1941,* München 2008
– (Hg.), *Philipp Eulenburgs Politische Korrespondenz,* 3 Bde., Boppard am Rhein 1976–1983
–, »Admiral von Müller and the Approach of War, 1911–1914«, in: *Historical Journal*, 12 (1969), S. 651–673
–, »Der ›Königsmechanismus‹ im Kaiserreich«, in: ders., *Kaiser, Hof und Staat*, S. 116–140
–, »Der militärpolitische Entscheidungsprozess in Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges«, in: ders., *Kaiser, Hof und Staat,* S. 175–202
–, »Glanz und Ohnmacht des deutschen diplomatischen Dienstes« in: ders., *Kaiser Hof und Staat,* S. 162–174
–, »Kaiser Wilhelm II. Eine Charakterskizze«, in: ders., *Kaiser, Hof und Staat*, S. 17–34
–, *Deutschland ohne Bismarck. Die Regierungskrise im Zweiten Kaiserreich, 1890–1900,* Tübingen 1969
– (Hg.), *Kaiser, Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik*, 4. Aufl. München 1995
– (Hg.), *Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte*, München 1991
Rolo, Paul Jacques Victor, *Entente Cordiale. The Origins and Negotiation of the Anglo-French Agreements of* 8 *April 1904,* London 1969
Romano, Sergio, *La Quarta Sponda: La Guerra di Libia, 1911–1912,* Mailand 1977
Romberg, Konrad Gisbert Wilhelm Freiherr von, *Die Fälschungen des russischen Orangebuches. Der wahre Telegrammwechsel Paris – Petersburg bei Kriegsausbruch*, Berlin, Leipzig 1922
Roosevelt, Theodore, *America and the World War,* London 1915
Ropponen, Risto, *Die Kraft Russlands. Wie beurteilte die politische und militärische Führung der europäischen Großmächte in der Zeit von 1905 bis 1914 die Kraft Russlands?,* Helsinki 1968
–, *Italien als Verbündeter. Die Einstellung der politischen und militärischen Führung Deutschlands und Österreich-Ungarns zu Italien von der Niederlage von Adua 1896 bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1914,* Helsinki 1986
Rose, Andreas, *Zwischen Empire und Kontinent. Britische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg,* München 2011
Rose, Kenneth, *George V*, London 1983
Rosenbach, Harald, *Das deutsche Reich, Großbritannien und der Transvaal (1896–1902). Anfänge*

deutsch-britischer Entfremdung, Göttingen 1993
Rosenberger, Bernhard, *Zeitungen als Kriegstreiber? Die Rolle der Presse im Vorfeld des Ersten Weltkrieges,* Köln 1998
Rossos, Andrew, *Macedonia and the Macedonians. A History,* Stanford 2008
–, *Russia and the Balkans. Inter-Balkan Rivalries and Russian Foreign Policy 1908–1914,* Toronto 1981
Roth, François, ,,Raymond Poincaré et Théophile Delcassé: Histoire d'une relation politique«, in: Conseil général de l'Ariege (Hg.), *Delcassé et l'Europe a la veille de la Grande Guerre,* Foix 2001, S. 231–246
Roth, Joseph, Der *Radetzkymarsch*, Köln 1989
Rothenberg, Gunther E., *The Army of Francis Joseph,* Lafayette 1976
Rüger, Jan, *The Great Naval Game. Britain and Germany in the Age of Empire*, Cambridge 2007
Rusconi, Gian Enrico, *Rischio 1914. Come si decide una guerra*, Bologna 1987
Rutkowski, Ernst R., »Gustav Graf Kálnoky. Eine biographische Skizze«, in: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs,* 14 (1961), S. 330–343
Rybatschenok, I. S., *Rossija i Franzija: sojus interessow i sojus serdez, 1891–1897*: *russko-franzusski sojus w diplomatitscheskich dokumentach, fotografijach, rissunkach, karikaturach, stichach, tostach i menju,* Moskau 2004
Sacher, Ia., »Konstantinopol i proliwy«, in: *KA*, 6 (1924), S. 48–76
Sanborn, Joshua, »The Mobilization of 1914 and the Question of the Russian Nation«, in: *Slavic Review*, 59/2 (2000), S. 267–289
Sanderson, G. N., *England, Europe and the Upper Nile, 1882–1889,* Edinburgh 1965
Savinsky, Alexander, *Reflections from a Russian Diplomat*, London 1927
Sasonoff [=Sasonow], S[ergej] D[mitrijewitsch], *Sechs schwere Jahre,* Berlin 1927
Sazonov, Sergei Dmitrievic, *Les Années fatales*, Paris 1927
Sazonov, Sergei Dmitrievich, *Fateful Years, 1909–16: The Reminiscences of Serge Sazonov*, London 1928
Schilling, Baron M. F. (Hg.), *How the War Began in 1914. Being the Diary of the Russian Foreign Office from the 3rd to the 20th (Old Style) of July, 1914*, London 1925
Schimmelpenninck van der Oye, David, »Russian Foreign Policy: 1815–1917«, in: Dominic C. B. Lieven (Hg.), *Cambridge History of Russia,* 3 Bde., Cambridge 2006, Bd. 2, S. 554–575
Schmidt, Stefan, *Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges,* München 2009
Schmitt, Bernadotte Everly, *The Annexation of Bosnia 1908–1909,* Cambridge 1937
–, *Interviewing the Authors of the War*, Chicago 1930
Schnitzler, Arthur, *Tagebücher 1913–1916*, Wien 1983
Schödl, Günter, *Kroatische Nationalpolitik und »Jugoslavenstvo«. Studien zur nationalen Integration und regionaler Politik in Kroatien-Dalmatien am Beginn des 20. Jahrhunderts,* München 1990
Schöllgen, Gregor, *Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage, 1871–1914*, München 1984
Schonauer, Karlheinz, *1914. Protokoll eines gewollten Krieges*, Berlin 2012
Schröder, Stephen, *Die englisch-russische Marinekonvention,* Göttingen 2006
Schroeder, Paul W., »Alliances, 1815–1914: Weapons of Power and Tools of Management«, in: Klaus Knorr (Hg.), *Historical Dimension of National Security Problems*, Lawrence 1976, S. 227–262
–, »Embedded Counterfactuals and World War I as an Unavoidable War« (online unter:

http://ir.emu.edu.tr/stafff/ekaymak/courses/IR515/Articles/Schroeder%200n%20counterfactuals.pdf)
–, »The Lost Intermediaries: The Impact of 1870 on the European System«, in: *International History Review*, 6/1 (1984), S. 1–27
–, »Romania and the Great Powers before 1914«, in: *Revue Roumaine d'Histoire*, 14/1 (1975), S. 39–53
–, »Stealing Horses to Great Applause. Austria-Hungary's Decision in 1914 in Systemic Perspective«, in: Afflerbach und Stevenson (Hg.), *An Improbable War*, S. 17–42
Schulte, Bernd F., »Neue Dokumente zu Kriegsausbruch und Kriegsverlauf 1914«, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 25 (1979), S. 123–185
–, *Vor dem Kriegsausbruch 1914. Deutschland, die Türkei und der Balkan*, Düsseldorf 1980
Schulze, Max Stephan, »Patterns of Growth and Stagnation in the Late Nineteenth-Century Habsburg Economy«, in: *European Review of Economic History*, 4 (2000), S. 311–340
Schwertfeger, Bernhard, *Der Weltkrieg der Dokumente. Zehn Jahre Kriegsschuldforschung und ihr Ergebnis*, Berlin 1929
Segre, Roberto, *Vienna e Belgrado 1876–1914*, Mailand [1935]
Seligmann, Matthew und Roderick McLean, *Germany from Reich to Republic*, London 2000
Šemjakin, Andrej, *Ideologia Nikole Pašića. Formiranje i evolucija (1868–1891)*, Moskau 1998
Serra, Enrico, »La burocrazia della politica estera italiana«, in: R. J. B. Bosworth und Sergio Romano (Hg.), *La Politica estera italiana (1860–1985)*, Bologna 1991, S. 69–90
Shea, John, »Macedonia in History: Myths and Constants«, in: *Österreichische Osthefte*, 40 (1998), S. 147–168
Shebeko, N., *Souvenirs. Essai historique sur les origines de la guerre de 1914*, Paris 1936
Shorrock, William I., »The Origin of the French Mandate in Syria and Lebanon: The Railroad Question, 1901–1914«, in: *International Journal of Middle East Studies*, 1/2 (1970), S. 133–153
Siebert, Benno von (Hg.), Graf *Benckendorffs diplomatischer Schriftwechsel*, 3 Bde., Berlin 1928
Sieghart, Rudolf, *Die letzten Jahrzehnte einer Großmacht*, Berlin 1932
Sigmund Freud, Karl Abraham, *Briefe. 1907–1926*, Frankfurt/Main 1965
Simic, Andrei, *The Peasant Urbanites. A Study of Rural-Urban Mobility in Serbia*, New York 1973
Simms, Brendan, *The Impact of Napoleon. Prussian High Politics, Foreign Policy and the Crisis of the Executive, 1797–1806*, Cambridge 1997
Sked, Alan, *Der Fall des Hauses Habsburg. Der unzeitige Tod eines Kaiserreichs*, Berlin 1993
Smith, Denis Mack, *Italy and Its Monarchy*, New Haven 1989
Smith, Leonard V., Stéphane Audoin-Rouzeau und Annette Becker, *France and the Great War*, Cambridge 2003
Snyder, Jack L., »Perceptions of the Security Dilemma in 1914«, in: Robert Jervis, Richard Ned Lebow und Janice Gross Stein (Hg.), *Psychology and Deterrence*, Baltimore 1989, S. 153–179
Sondhaus, Lawrence, *Franz Conrad von Hötzendorf: Architect of the Apocalypse*, Boston 2000
–, *The Naval Policy of Austria-Hungary 1867–1918. Navalism, Industrial Development and the Politics of Dualism*, West Lafayette 1994
Soroka, Marina, *Britain, Russia and the Road to the First World War. The Fateful Embassy of Count Aleksandr Benckendorff (1903–16)*, London 2011
Sösemann, Bernd (Hg.), *Tagebücher 1914–1919. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Republik in Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am »Berliner Tageblatt« und Mitbegründers der »Deutschen Demokratischen Partei« Theodor Wolff*, Boppard 1984

–, »Die Bereitschaft zum Krieg. Sarajevo 1914«, in: Alexander Demandt (Hg.), *Das Attentat in der Geschichte,* Köln 1996, S. 295–320
–, »Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Kritische Bemerkungen zu der Edition: Kurt Riezler, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente«, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte,* 110 (1974), S. 262–275
–, »Die Tagebücher Kurt Riezlers. Untersuchungen zu ihrer Echtheit und Edition«, in: *Historische Zeitschrift*, 236 (1983), S. 327–369
Sosnosky, Theodor von, *Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866,* Berlin 1913
Spalajković, Miroslav, *La Bosnie et l'Herzégovine. Étude d'histoire diplomatique et de droit international,* Paris 1897
Spender, J. A. und Cyril Asquith, *Life of Herbert Henry Asquith,* 2 Bde., London 1932
Sperber, Jonathan, *The Kaiser's Voters. Electors and Elections in Imperial Germany,* Cambridge 1997
Spiers, Edward M., *Haldane. An Army Reformer,* Edinburgh 1980
Spring, Derek W., »Russia and the Coming of War«, in: Evans und Pogge von Strandmann, *The Coming of the First World War,* S. 57–86
–, »The Unfinished Collection. Russian Documents on the Origins of the First World War«, in: Wilson (Hg.), *Forging the Collective Memory,* S. 63–86
Stahl, F.-C., »Preußische Armee und Reichsheer, 1871–1914«, in: Otto Hauser (Hg.), *Zur Problematik Preußen und das Reich,* Köln und Wien 1984, S. 181–245
Stanković, Djordje, *Nikola Pašić, saveznivi i stvaranje Jugoslavije*, Zajecar 1995
–, *Nikola Pašić. Prilozi za biografiju,* Belgrad 2006
Steed, Henry Wickham, *The Hapsburg Monarchy,* London 1919
Stefanović Karadžić, Vuk, *Kovčežic za istoriju, jezik, običaje Srba sva tri zakona* [Ein Schatz der Geschichte, Sprache und Traditionen der Serben aller drei Konfessionen], Wien 1849, S. 1–27
Steinberg, Jonathan, »A German Plan for the Invasion of Holland and Belgium, 1897«, in: Kennedy (Hg.), *War Plans*, S. 155–170
–, »Diplomatie als Wille und Vorstellung: Die Berliner Mission Lord Haldanes im Februar 1912«, in: Herbert Schottelius und Wilhelm Deist (Hg.), *Marine und Marinepolitik im kaiserlichen Deutschland, 1871–1914*, Düsseldorf 1972, S. 263–282
–, *Yesterday's Deterrent; Tirpitz and the Birth of the German Battle Fleet,* London [1965]
Steiner, Zara S., »The Foreign Office under Sir Edward Grey«, in: Francis Harry Hinsley (Hg.), *British Foreign Policy under Sir Edward Grey,* Cambridge 1977, S. 22–69
–, *Britain and the Origins of the First World War,* London 1977
–, *The Foreign Office and Foreign Policy, 1898–1914,* Cambridge 1969
–, »Views of War: Britain before the Great War – and After«, in: *International Relations*, 17 (2003), S. 7–33
Stevenson, David, »War by Timetable? The Railway Race Before 1914«, in: *Past & Present*, 162 (1999), S. 163–194
–, *Armaments and the Coming of War, Europe 1904–1914,* Cambridge 1996
Stewart, A. T. Q., *The Ulster Crisis,* London 1969
Stieve, Friedrich (Hg.), *Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis, 1911–1914,* 4 Bde., Berlin 1924
Stieve, Friedrich, *Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie. Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911–1917, 2 Bde.,* Berlin 1926
–, *Iswolski und der Weltkrieg, auf Gund der neuen Dokumenten-Veröffentlichung des Deutschen Auswärtigen Amtes,* Berlin 1924

Stojancević, Vladimir, »Pašićevi pogledi na resavanje pitanja Stare Srbije i Makedonije do 1912. godine«, in: Vasilije Krestic, *Nikola Pašić. Zivot i delo. Zbornik radova za Naucnog Skupa u Srpskoj Akademiji Nauka i Utmetnosti* Belgrad 1997, S. 284–301
Stokes, Gale, »The Serbian Documents from 1914: A Preview«, in: *Journal of Modern History*, 48 (1976), S. 69–84
–, »The Social Role of the Serbian Army before World War I: A Synthesis«, in: Stephen Fischer-Galati und Béla K. Király (Hg.), *War and Society in Central Europe, 1740–1920,* Boulder 1987, S. 105–117
Stone, Norman, »Army and Society in the Habsburg Monarchy 1900–1914«, in: *Past & Present*, 33 (April 1966), S. 95–111
–, »Constitutional Crises in Hungary, 1903–1906«, in: *Slavonic and East European Review,* 45 (1967), S. 163–182
–, »Moltke-Conrad: Relations between the German and Austro-Hungarian General Staffs«, in: *Historical Journal*, 9 (1966), S. 201–228
Strachan, Hew, *The First World War*, Oxford 2001
–, *The Politics of the British Army*, Oxford 1997
Strandmann, V. N., *Balkanske Uspomene*, aus dem Russischen ins Serbische übers. von Jovan Kachaki, Belgrad 2009
Stranjaković, Dragoslav, »Kako postalo Garašaninovo ›Načertanije‹«, in: *Spomenik Srpske Kraljevske Akademije,* VCI, (1939), S. 64–115
Suchomlinow, W. A., *Erinnerungen*, Berlin 1924
Sugar, Peter F., »An Underrated Event: The Hungarian Constitutional Crisis of 1905–6«, in: *East European Quarterly*, 15/3 (1981) S. 281–306
–, *The Industrialization of Bosnia-Herzegovina, 1878–1918,* Seattle 1963
Sumida, John T., »Sir John Fischer and the Dreadnought. The Sources of Naval Mythology«, in: *The Journal of Military History*, 59 (1995), S. 619–638
Sundhaussen, Holm, *Geschichte Serbiens. 19.–21. Jahrhundert*, Wien, Köln, Weimar 2007
–, *Historische Statistik Serbiens. Mit europäischen Vergleichsdaten, 1834–1914,* München 1989
Swetschin, Michail, *Sapiski starogo generala o bylom*, Nizza 1964
Szegedy-Maszák, Mihály, »The Re-evaluated Past. The Memory of the Dual Monarchy in Hungarian Literature«, in: András Gerö (Hg.), *The Austro-Hungarian Monarchy Revisited*, New York 2009, S. 192–216
Tabouis, Génevieve, *Perfidious Albion – Entente Cordiale*, London 1938
Taeye-Henen, Monique de, *Le Nationalisme d'Enrico Corradini et les origines du fascisme dans la revue florentine Il Regno, 1903–1906*, Paris 1973
Taube, M. de, *La politique russe d'avant-guerre et la fin de l'empire des Tsars*, Paris 1928
Taylor, A. J. S., »Prelude to Fashoda: The Question of the Upper Nile, 1894–5«, in: *English Historical Review*, 65 (1950), S. 52–80
Temperley, H. und L. Penson, *Foundations of British Foreign Policy from Pitt to Salisbury,* Cambridge 1938
Teodorow, Iwan T., *Balkanskite woini (1912–1913). Istoritscheski, diplomatitscheski i strategitscheski otscherk*, Sofia 2007
Thaden, Edward C., »Charykov and Russian Foreign Policy at Constantinople in 1911«, in: *Journal of Central European Affairs*, 16 (1956/57), S. 25–43
–, »Charykov and Russian Foreign Policy at Constantinople«, in: ders. und Marianna Forster Thaden, *Interpreting History. Collective Essays on Russia's Relations with Europe,* Boulder 1990, S. 99–119

–, *Russia and the Balkan Alliance of 1912,* University Park 1965
Thimme, Friedrich, »Französische Kritiken zur deutschen Aktenpublikation«, in: *Europäische Gespräche,* 8/9 (1927), S. 461–479
Thompson, John A., »The Exaggeration of American Vulnerability: The Anatomy of a Tradition«, in: *Diplomatic History*, 16/1 (1992), S. 23–43.
Tirpitz, Alfred von, *Erinnerungen,* Leipzig 1920
Tomaszewski, Fiona, K., *A Great Russia. Russia and the Triple Entente,* Westport 2002
Tombs, Robert und Isabelle, *That Sweet Enemy. The French and British from the Sun King to the Present,* London 2006
Trachtenberg, Marc, »The Coming of the First World War: A Reassessment«, in: ders., *History and Strategy,* Princeton 1991, S. 47–99
Treat, Payson J., »The Cause of the Sino-Japanese War, 1894«, in: *The Pacific Historical Review,* 8 (1939), S. 149–157
Trebilcock, Clive, *The Industrialisation of the Continental Powers 1780–1914,* London 1981
Trumpener, Ulrich, »War Premeditated? German Intelligence Operations in July 1914«, in: *Central European History,* 9 (1976), S. 58–85
–, *Germany and the Ottoman Empire 1914–1918,* Princeton 1968
Tuchman, Barbara, *August 1914,* London 1962
–, *Proud Tower. A Portrait of the World before the War, 1890–1914*, London 1966
Turner, Leonard C. F., *Origins of the First World War*, London 1973
–, »Russian Mobilisation in 1914«, in: *Journal of Contemporary History,* 3/1 (1968), S. 65–88
Uebersberger, Hans, *Österreich zwischen Russland und Serbien. Zur südslawischen Frage und der Entstehung des Ersten Weltkrieges,* Köln, Graz, 1958
Ullmann-Margalit, Edna und Sidney Morgenbesser, »Picking and Choosing«, in: *Social Research*, 44/4 (1977), S. 758–785
–, »Big Decisions: Opting, Converting, Drifting«, Hebrew University of Jerusalem, Centre for the Study of Rationality, Discussion Paper # 409 (online unter: *http://www.ratio.huji.ac.il/)*
Vagts, Alfred, *Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik*, 2 Bde., New York 1935
Valone, Stephen J., »›There Must Be Some Misunderstanding‹: Sir Edward Grey's Diplomacy of August 1, 1914«, in: *Journal of British Studies*, 27/4 (1988), S. 405–424
Valtchev Merjanski, Kiril, »The Secret Serbian-Bulgarian Treaty of Alliance of 1904 and the Russian Policy in the Balkans before the Bosnian Crisis«, MA Arbeit, Wright State University 2007
Vasić, *Dragisa, Devetsto treća (majski prevrat) prilozi za istoriju Srbije od 8. jula 1900. do 17. januara 1907,* Belgrad 1925
Verhey, Jeffrey, *The Spirit of 1914. Militarism, Myth and Mobilization in Germany*, Cambridge 2000 (deutsch: *Der Geist von 1914 und die Erfindung der Volksgemeinschaft,* Hamburg 2000)
Verosta, Stephan, *Theorie und Realität von Bündnissen. Heinrich Lammasch, Karl Renner und der Zweibund, 1897–1914,* Wien 1971
Vesnić, Radoslav, *Dr Milenko Vesnić, Gransenjer Srbske Diplomatije,* Belgrad 2008
Vickers, Miranda, *The Albanians. A Modern History*, London und New York 1999
Vranesević, Branislav, »Die außenpolitischen Beziehungen zwischen Serbien und der Habsburgermonarchie«, in: Wandruszka und Urbanitsch (Hg.), *Die Habsburgermonarchie*, Bd. 6/2, S. 319–386
Vucinich, Wayne S., *Serbia between East and West. The Events of 1903–1906,* Stanford 1954
Vučković, Vojislav, *Unutrašnje krize Srbije i Prvi Svetski Rat*, Belgrad 1966

Wandruszka, Adam und Peter Urbanitsch (Hg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, 10 Bde., Wien 1973–2006
Wank, Solomon (Hg.), *Aus dem Nachlass Aehrenthal. Briefe und Dokumente zur österreichisch-ungarischen Innen- und Aussenpolitik 1885–1912*, 2 Bde., Graz 1994
–, »Aehrenthal's Programme for the Constitutional Transformation of the Habsburg Monarchy: Three Secret Memoires«, in: *Slavonic and East European Review*, 42 (1963), S. 513–536
–, »Desperate Counsel in Vienna in July 1914: Berthold Molden's Unpublished Memorandum«, in: *Central European History*, 26/3 (1993), S. 281–310
–, »Foreign Policy and the Nationality Problem in Austria-Hungary, 1867–1914«, in: *Austrian History Yearbook*, 3 (1967), S. 37–56
Watson, Alexander und Patrick Porter, »Bereaved and Aggrieved: Combat Motivation and the Ideology of Sacrifice in the First World War«, in: *Historical Research*, 83 (2010), S. 146–164
Watson, Christopher Seton, *Italy from Liberalism to Fascism, 1870–1925*, London 1967
Weber, Thomas, »*Our Friend ›The Enemy‹«. Elite Education in Britain and Germany before World War I*, Stanford 2008
Wehler, Hans-Ulrich, *Das deutsche Kaiserreich 1871–1918*, Göttingen 1973
–, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, 5 Bde., München, 1987–2008
Weir, Gary E., »Tirpitz, Technology and Building U-boats 1897–1916«, in: *International History Review*, 6 (1984), S. 174–190
Weitsman, Patricia A., *Dangerous Alliances, Proponents of Peace, Weapons of War*, Stanford 2004
Wessely, Kurt, »Die wirtschaftliche Entwicklung von Bosnien-Herzegowina«, in: Wandruszka und Urbanitsch (Hg.), *Die Habsburgermonarchie*, Bd. 1, S. 528–566
West, Rebecca, *Black Lamb and Grey Falcon. A Journey through Yugoslavia*, London 1955 (deutsch: *Schwarzes Lamm und grauer Falke. Eine Reise durch Jugoslawien*, Berlin 2002)
Whitehead, J. B., »General Report on the Kingdom of Servia for the Year 1906«, in: David Stevenson (Hg.), *British Documents on Foreign Affairs. Reports and Papers from the Foreign Office Confidential Print*, Teil 1: *From the Mid-Nineteenth Century to the First World War*, Serie F: *Europe, 1848–1914*, Bd. 16: *Montenegro, Romania, Servia 1885–1914*, Dok. 43, S. 205–220
Wilkinson, Glenn R., »›The Blessings of War‹: The Depiction of Military Force in Edwardian Newspapers«, in: *Journal of Contemporary History*, 33 (1998), S. 97–115
Willequet, Jacques, *Le Congo Belge et la Weltpolitik (1894–1914)*, Brüssel 1962
Williamson, Samuel R., »Confrontation with Serbia: The Consequences of Vienna's Failure to Achieve Surprise in July 1914«, in: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs*, 43 (1993), S. 168–177
–, »The Origins of the First World War«, in: *Journal of Interdisciplinary History*, 18 (1988), S. 795–818
–, »Joffre Reshapes French Strategy, 1911–1913«, in: Kennedy (Hg.), *War Plans*, S. 133–154
– und Ernest R. May, »An Identity of Opinion. Historians and July 1914«, in: *Journal of Modern History*, 79/2 (Juni 2007), S. 335–387
–, »Military Dimensions of Habsburg-Romanov Relations during the Era of the Balkan Wars«, in: Béla K. Király und Dimitrije Djordjević (Hg.), *East Central European Society and the Balkan Wars*, Boulder 1987, S. 317–337
–, »Serbia and Austria-Hungary: The Final Rehearsal, October 1913« (unveröffentlichtes Manuskript)
–, »Vienna and July 1914: The Origins of the Great War Once More«, in: ders. und Peter Pastor (Hg.), *Essays on World War I: Origins and Prisoners of War*, New York 1983, S. 9–36
–, *Austria-Hungary and the Origins of the First World War*, Houndmills 1991

–, *The Politics of Grand Strategy. Britain and France Prepare for War, 1904–1914,* Cambridge, Mass. 1969
– und Russell Van Wyk, *Soldiers, Statesmen and the Coming of the Great War. A Brief Documentary History*, Boston 2003
Wilson, Keith M. (Hg.), *Forging the Collective Memory. Government and International Historians through Two World Wars,* Providence, Oxford 1996
–, »Introduction. Governments, Historians and ›Historical Engineering‹«, in: ders. (Hg.), *Forging the Collective Memory,* S. 1–28
–, »The Agadir Crisis, the Mansion House Speech and the Double-edgedness of Agreements«, in: *Historical Journal*, 15/3 (1972), S. 513–532
–, »The British Cabinet's Decision for War, 2 August 1914«, in: *British Journal of International Studies* (1975), S. 148–159
–, »The British Démarche of 3 and 4 December 1912: H. A. Gwynne's Note on Britain, Russia and the First Balkan War«, in: *Slavonic and East European Review,* 60/4 (1984), S. 552–559
–, »The Imbalance in British Documents on the Origins of the War, 1898–1914. Gooch, Temperley and the India Office«, in: ders. (Hg.), *Forging the Collective Memory,* S. 230–264
–, »Understanding the ›Misunderstanding‹ of 1 August 1914«, in: *Historical Journal*, 37/4 (1994), S. 885–889
–, *The Policy of the Entente. Essays on the Determinants of British Foreign Policy, 1904–1914,* Cambridge 1985
Wilson, Trevor (Hg.), *The Political Diaries of C. S. Scott 1911–1928,* London 1970
Winter, Jay und Antoine Prost (Hg.), *The Great War in History. Debates and Controversies, 1914 to the Present*, Cambridge 2005
Winzen, Peter, *Bülow's Weltmachtkonzept. Untersuchungen zur Frühphase seiner Außenpolitik 1897–1901*, Boppard am Rhein 1977
–, *Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow. Weltmachtstratege ohne Fortune, Wegbereiter der großen Katastrophe,* Göttingen 2003
Winzen, S., »Zur Genesis von Weltmachtkonzept und Weltpolitik«, in: Röhl, *Der Ort Kaiser Wilhelms,* S. 189–222
Witt, Peter-Christian, *Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913. Eine Studie zur Innenpolitik des wilhelminischen Deutschland,* Lübeck 1970
Wolf, Christiane, »Representing Constitutional Monarchy in Late Nineteenth-Century and Early Twentieth-Century Britain, Germany and Austria«, in: Cole und Unowsky (Hg.), *Limits of Loyalty,* S. 199–222
Wolfe, Bertram, »War Comes to Russia«, in: *Russian Review*, 22/2 (1963), S. 123–138
Wolpert, Stanley, *Morley and India, 1906–1910,* Berkeley 1967
Wright, G., *The Reshaping of French Democracy. The Story of the Founding of the Fourth Republic,* New York 1948
Wrigley, W. David, »Germany and the Turco-Italian War, 1911–1912«, in: *International Journal of Middle Eastern Studies*, 11/3 (1980), S. 313–338
Würthle, Friedrich, *Die Spur führt nach Belgrad*, Wien 1975
–, *Die Sarajewoer Gerichtsakten, W*ien 1975
Yerçil, Mehmet, »A History of the Anatolian Railway, 1871–1914«, PhD Arbeit, Cambridge 2010
Yokell, Matthew A., »Sold to the Highest Bidder. An Investigation of Diplomacy Regarding Bulgaria's Entry into World War I«, Master Examensarbeit, University of Richmond, 2010 (online unter:

https://dspace.lasrworks.org/bitstream/handle/10349/911/10HIS-YokellMatthewpdf?sequence=1)
Young, George, *Nationalism and War in the Near East,* Oxford 1915
Young, Harry F., »The Misunderstanding of August 1, 1914«, in: *Journal of Modern History*, 48/4 (1976), S. 644–665
Zala, Sacha, *Geschichte unter der Schere politischer Zensur. Amtliche Aktensammlung im internationalen Vergleich*, München 2001
Živanović, Milan Z., *Solunski process hiljadu devetsto sedamnaeste. Prilog zaproucavanje političke istorije Srbije od 1903. do 1918. god*, Belgrad 1955
Zuber, Terence, *Inventing the Schlieffen Plan,* Oxford 2002
Zweig, Stefan, *Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers,* Frankfurt/Main 1970

PERSONEN- UND SACHREGISTER